

# **Trade follows Hallstein?**

Deutsche Aktivitäten  
im zentralafrikanischen Raum  
des Second Scramble.

## **Dissertation**

zur Erlangung des akademischen Grades

**doctor philosophiae**  
**(Dr. phil.)**

eingereicht  
an der Philosophischen Fakultät I  
der Humboldt-Universität zu Berlin

von Magister Torben Gülstorff

Erstgutachter: Prof. Dr. Andreas Eckert

Zweitgutachterin: Prof. Dr. Gabriele Metzler

Datum der Disputation: 13. Dezember 2012



Den beiden Menschen,  
die ich stets für meine Arbeit begeistern konnte  
und  
die mich über all die Jahre unterstützt haben:  
meinen Eltern





## **Inhaltsverzeichnis**

<b>Die 'Wiederentdeckung' Afrikas in Bonn und Ost-Berlin</b>	1
<b>Fragestellung, Ansatz und Gliederung</b>	4
<b>Forschungsdiskurs und Literaturlage</b>	8
<b>Quellenlage</b>	27
<b>Quellenkritik</b>	29

### **I. Afrika und Deutschland – Zum Stand der Forschung**

<b>Der erste Scramble for Africa</b>	31
Brandenburg-Preußen und das Deutsche Kaiserreich in Afrika	33
Deutsche Afrikaaktivitäten während der 'Weimarer Republik' und des 'Dritten Reichs'	34
<b>Der Second Scramble for Africa</b>	36
Westdeutsche Aktivitäten in Afrika (1945-1975)	42
Ostdeutsche Aktivitäten in Afrika (1945-1975)	44
<b>Der Zentralafrikanische Raum (1945-1975)</b>	46

### **II. Zur Afrikapolitik an deutschen Außenministerien**

<b>Planungen und Konferenzen in Bonn und Ost-Berlin</b>	52
<b>Zur Informationsgewinnung an deutschen Auslandsvertretungen</b>	59
<b>Deutsch-deutscher Gegensatz und Hallstein-Doktrin – Versuch einer Einordnung</b>	62

### **III. Deutsche Aktivitäten in Zentralafrika**

<b>Exkurs: 'Den Afrikaner' im Fokus – Vom deutschen Bemühen um die indigenen Eliten Zentralafrikas</b>	87
Der 'evolutionäre' Ansatz – Westdeutsche Bemühungen	87
Der 'revolutionäre' Ansatz – Ostdeutsche Bemühungen	95

## Staatliche Aktivitäten

### Diplomatie ...

a) ... in Afrika	102
b) ... in Zentralafrika	107
c) Ein Balanceakt zwischen westlicher Macht- und westdeutscher Wirtschaftspolitik – Westdeutsche Diplomatie in der Demokratischen Republik Kongo	119
d) 'Klassen'kampf um neue Märkte – Ostdeutsche Diplomatie in der Demokratischen Republik Kongo	133
e) Zwischenfazit	145

### Entwicklungshilfe ...

a) ... in Afrika	146
b) ... in Zentralafrika	150
c) Von der geostrategischen Relevanz einer Zementfabrik – Westdeutsche Entwicklungshilfe für die Republik Kongo	161
d) Entwicklung ohne großen Plan – Ostdeutsche Entwicklungshilfe für die Republik Kongo	171
e) Zwischenfazit	177

### Wirtschaftshilfe ...

a) ... in Afrika	178
b) ... in Zentralafrika	181
c) Mehr Tropenholz für deutsche Möbel – Westdeutsche Wirtschaftshilfe für die Gabunische Republik	191
d) Spielräume handelspolitischer Ambitionen – Ostdeutsche Wirtschaftshilfe für die Republik Kamerun	196
e) Zwischenfazit	203

### Kulturhilfe ...

a) ... in Afrika	204
b) ... in Zentralafrika	208
c) Postkoloniale Kulturarbeit in einer einstmaligen deutschen Kolonie – Westdeutsche Kulturhilfe für die Republik Kamerun	215
d) Über Vereinskultur zum Realsozialismus – Ostdeutsche Kulturhilfe für die Republik Kongo	223
e) Zwischenfazit	230

### Exkurs: Öffentlichkeitsarbeit ...

a) ... in Afrika	231
b) Westdeutsche Öffentlichkeitsarbeit in Zentralafrika	239
c) Ostdeutsche Öffentlichkeitsarbeit in Zentralafrika	247
d) Zwischenfazit	253

### Militärhilfe ...

a) ... in Afrika	254
b) ... in Zentralafrika	257
c) Unterstützung im 'Antiterrorkampf' – Westdeutsche Militärhilfe für die Republik Tschad	264
d) Vom schwierigen Aufbau einer Volksarmee – Ostdeutsche Militärhilfe für die Republik Kongo	269
e) Zwischenfazit	275

### Verdeckte Unterstützung ...

a) ... in Afrika	276
b) ... in Zentralafrika	277
c) Dem Lumumbismus eine Niederlage bereiten – Westdeutsche verdeckte Unterstützung für die Demokratische Republik Kongo	285
d) Weniger ist nicht immer mehr – Ostdeutsche verdeckte Unterstützung für die Demokratische Republik Kongo	301
e) Zwischenfazit	310

## **Wirtschaftliche Aktivitäten**

### **Außenwirtschaft ...**

a) ... in Afrika	311
b) ... in Zentralafrika	314
c) Von Investitionen und Kompensationen – Westdeutsche Außenwirtschaft in der Republik Angola	320
d) Konkurrenzdruck nicht gewachsen – Ostdeutsche Außenwirtschaft in der Zentralafrikanischen Republik	327
e) Zwischenfazit	334

### **Außenhandel ...**

a) ... in Afrika	335
b) ... in Zentralafrika	339
c) 'Falsches Spiel' mit einem Diktator – Westdeutscher Außenhandel in der Republik Äquatorialguinea	352
d) Von Rostock an die Küsten Afrikas – Ostdeutscher Außenhandel in Afrika	359
e) Zwischenfazit	364

### **Exkurs: Investitionen und Finanztransaktionen ...**

a) ... in Afrika	366
b) Westdeutsche Investitionen und Finanztransaktionen in Zentralafrika	367
c) Ostdeutsche Investitionen und Finanztransaktionen in Zentralafrika	370
d) Zwischenfazit	371

## **Gesellschaftliche Aktivitäten**

### **Exkurs: (Zentral)afrika im Blick**

a) (Zentral)afrika und die westdeutsche Gesellschaft	373
b) (Zentral)afrika und die ostdeutsche Gesellschaft	386
c) (Zentral)afrika im Fokus der Öffentlichkeitsarbeit und der Medien	389
d) Zwischenfazit	395

### **Parteiarbeit ...**

a) ... in Afrika	396
b) ... in Zentralafrika	400
c) Mäßigung als oberstes Gebot – Westdeutsche Parteiarbeit für die Republik Angola	405
d) Den Sozialismus auf Linie bringen – Ostdeutsche Parteiarbeit für die Republik Kongo	414
e) Zwischenfazit	420

### **Gewerkschaftsarbeit ...**

a) ... in Afrika	421
b) ... in Zentralafrika	423
c) Zwischen Antikommunismus und Antilumbismus – Westdeutsche Gewerkschaftsarbeit für die Demokratische Republik Kongo	432
d) Unterstützung für Genossen und Kampfgefährten – Ostdeutsche Gewerkschaftsarbeit für die Republik Kamerun	440
e) Zwischenfazit	447

### **Kirchlicher Beistand und Solidaritätshilfe ...**

a) ... in Afrika	448
b) ... in Zentralafrika	453
c) Hilfe nur für Glaubensbrüder – Westdeutscher Kirchlicher Beistand für die Republik Kamerun	463
d) Ein kleiner Beitrag zum Sieg des Sozialismus – Ostdeutsche Solidaritätshilfe für die Republik Angola	469
e) Zwischenfazit	476



## **IV. Analyse**

<b>Die quantitative und qualitative Entwicklung der Aktivitäten – Souverän auf Expansion</b>	478
<b>Die geographische Entwicklung der Aktivitäten – Schwerpunkte statt Flächen</b>	479
<b>Das nationale Motiv hinter den Aktivitäten – Der Ausbau der ökonomischen Beziehungen</b>	481
<b>Einflussnahmen politischer Bündnispartner – Die Schwäche der Lager</b>	482
<b>Einflussnahmen ökonomischer Bündnispartner – Die Stärke Westeuropas</b>	483
<b>Einflussnahmen geostrategischer Bündnispartner – Die Dominanz der Supermächte</b>	485

## **V. Auswertung**

<b>Deutschlands Beitrag zum Second Scramble Zentralafrikas</b>	487
<b>Zur Unvereinbarkeit der Ergebnisse dieser Arbeit mit einigen der derzeitige Forschung zu den deutschen Afrikaaktivitäten dominierenden Thesen</b>	489
a) Trade follows Hallstein? Doktrin und Gegensatz als Leitmotive der deutschen Afrikapolitiken	489
b) Jenseits deutscher Interessen? (Zentral)afrika als marginalisierter Raum	491
c) Erfolgreich ohne Machtpolitik? Das Gebaren des westdeutschen Staats in Afrika	492
d) Gefangen zwischen Einheitspartei und Moskau? Zur Entwicklung ostdeutscher Afrikaaktivitäten	493
e) Neuanfang oder Kontinuität? Deutsche Afrikapolitiken nach 1945	494
<b>Afrika ist überall – Deutschlands Auslandsaktivitäten in der ('Dritten') Welt</b>	495
<b>Der Blick auf die Ökonomie als Perspektivgewinn</b>	496
 <b>Quellenverzeichnis</b>	 499
 <b>Literaturverzeichnis</b>	 510

## Die 'Wiederentdeckung' Afrikas in Bonn und Ost-Berlin

*„Nach meiner Afrika-Reise habe ich die völlige Überzeugung gewonnen, – wie viele zahlreiche denkende Menschen in der Bundesrepublik, – dass die Zukunft Berlins und der deutschen Ostzone nicht auf den Konferenzen der grossen Vier [der alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkriegs] entschieden wird, sondern in Afrika und Asien.“<sup>1</sup>*

Mit diesen Worten hatte sich im Frühjahr 1960 Elsie Kühn-Leitz an Außenminister Heinrich von Brentano gewandt und unter Zuhilfenahme der immer noch ungelösten deutschen Frage für eine Verstärkung des staatlichen Engagements der Bundesrepublik Deutschland (BRD)<sup>2</sup> in Afrika – wie der gesamten 'Dritten Welt' – plädiert.

Kühn-Leitz gehörte einem kleinen aber engagierten Kreis von Westdeutschen an, der sich brennend für das Schicksal des afrikanischen Kontinents interessierte und privat für den Auf- und Ausbau der westdeutsch-afrikanischen Beziehungen engagierte. In zweifacher Hinsicht hob Kühn-Leitz sich jedoch deutlich vom wachsenden Kreis afrikabegeisterter Westdeutscher ab. Als Tochter von Ernst Leitz II., Geschäftsführer und Besitzer der Ernst Leitz Gesellschaft, einem Unternehmen, das in Wetzlar optische Geräte produzierte, standen ihr für ihr privates Engagement größere finanzielle Ressourcen zur Verfügung. Außerdem war sie in der westdeutschen Christdemokratie gut vernetzt, war Gründungsmitglied des hessischen Landesverbandes der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, war sogar mit Bundeskanzler Konrad Adenauer bekannt, was die Bereitschaft westdeutscher Behörden, ihr bei ihrem Vorhaben zur Seite zu stehen, stark begünstigte. Sie gehörte zu den ersten Westdeutschen, die um 1960 auf gesellschaftlicher Ebene Kontakt zu afrikanischen Politikern, Parteien und Massenorganisationen suchten. Ihrer Initiative war es auch zu verdanken, dass am 23. Februar 1960 ein Autobus der, ebenfalls von ihr mitbegründeten, deutsch-französischen Gesellschaft Wetzlar mit wertvoller Fracht die deutsch-belgische Grenze überquerte. Ein Grenzübertritt, der eine neue Phase der westdeutschen Aktivitäten in Belgisch-Kongo – wie dem gesamten zentralafrikanischen Raum – einleiten sollte.<sup>3</sup> An Bord des Busses befanden sich drei

<sup>1</sup> Kühn-Leitz an Minister Brentano (Auswärtiges Amt), 7. März 1960, PA AA, AA, B 34, 221.

<sup>2</sup> Im Folgenden wird die Bundesrepublik Deutschland, aus rein praktischen Gründen, nur noch unter dem Kürzel 'BRD' Erwähnung finden. Eine politische Aussage ist hiermit nicht verbunden. Große Teile der leider immer noch politisch-ideologisch aufgeladenen Forschung legen Wert auf andere Abkürzungen mit dem Hinweis, BRD sei ein ideologisch aufgeladener 'Kampfbegriff' der DDR. Hierzu sei angemerkt, dass Westdeutschland in den vom Autor eingesehenen ostdeutschen Akten zur Hochzeit des Kalten Krieges, um 1960, nicht mit BRD, sondern mit 'DBR', als 'Deutsche Bundesrepublik' abgekürzt wurde. Zudem fand der Begriff BRD in den 1950er und den beginnenden 1960er Jahren in Ost- wie Westdeutschland gleichermaßen Verwendung. Vor allem ist der Autor dieser Arbeit aber der Ansicht, dass der Begriff BRD spätestens seit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten wieder als das betrachtet werden sollte, was er ursprünglich repräsentierte: eine simple Abkürzung für 'Bundesrepublik Deutschland'.

<sup>3</sup> Referatsleiter Steltzer – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 24. Februar 1960, PA AA, AA, B 34, 221.

Funktionäre der belgisch-kongolesischen Partei *Mouvement National Congolais – Lumumba*. Deren Vorsitzender, Patrice Lumumba, sein Stellvertreter, Victor Nendaka, und der sogenannte politische Direktor der Partei, Christophe Gracis. Direkt nach der in Brüssel tagenden Konferenz am runden Tisch, auf der das Ob und Wie der Dekolonialisierung Belgisch-Kongos verhandelt wurde, waren sie, auf Einladung von Kühn-Leitz, in die BRD aufgebrochen – trotz Verbots des belgischen Geheimdienstes. Der erwartete den Bus der deutsch-französischen Gesellschaft dann auch bereits an der Grenze und machte klar, dass er die Ausreise der Kongolesen in die Bundesrepublik zu verhindern wüsste.<sup>4</sup> Doch war die belgische Staatsführung in der Frage einer möglichen Einbeziehung der BRD in die belgisch-kongolesische Dekolonialisierung gespalten<sup>5</sup> und Kühn-Leitz im Besitz bester Privatkontakte zur belgischen Staatselite. Bereits nach wenigen Telefonaten durfte der Bus ungehindert passieren. In den folgenden zwei Tagen nahmen die drei Kongolesen Kontakt zur Deutschen Afrika-Gesellschaft, dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, sowie zu Vertretern der westdeutschen Privatwirtschaft auf. Sie baten um die Möglichkeit der Errichtung eines Parteibüros in der BRD,<sup>6</sup> sowie um finanzielle und materielle Unterstützung durch die westdeutsche Wirtschaft für den anstehenden Wahlkampf um die Besetzung des Nationalparlaments und der Regionalparlamente Belgisch-Kongos.<sup>7</sup> Im Gegenzug verpflichtete sich Lumumba gegenüber seinen westdeutschen Partnern schriftlich, seine Partei auf einem pro-westlichen Kurs zu halten.<sup>8</sup>

Bereits zwei Monate zuvor, am 15. Dezember 1959, hatte der Kongolese Antoine Gizenga, Vorsitzender der sowjetophilen *Parti Socialiste Africain*, über West-Berlin die Staatsgrenze zur Deutschen Demokratischen Republik (DDR) überschritten und damit die ersten Kontakte Belgisch-Kongos nach Ostdeutschland geknüpft. Gizenga bat im Namen des *Cartel*, einer losen Vereinigung mehrerer kongolesischer Parteien zu denen auch seine Parti zählte,<sup>9</sup> um die Erlaubnis zur Errichtung eines kongolesischen Informationsbüros und – sollte Belgien die schnellstmögliche Unabhängigkeit Belgisch-Kongos doch noch verweigern – eines Sitzes für eine noch zu konstituierende kongolesische Exilregierung in Ost-Berlin.<sup>10</sup>

Die Wahl der vier Kongolesen, unterstützende inter- und transnationale Netzwerke für den von

---

<sup>4</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 22. Februar 1960, PA AA, AA, B 34, 221.

<sup>5</sup> Kühn-Leitz an Minister Brentano (Auswärtiges Amt), o.T. o.M. 1960, PA AA, AA, B 34, 221.

<sup>6</sup> Kühn-Leitz an Referatsleiter Steltzer – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 1. März 1960, PA AA, AA, B 34, 221.

<sup>7</sup> Kühn-Leitz an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 34, 221.

<sup>8</sup> Mitarbeiter Schneider (Deutsch-Französische Gesellschaft, Wetzlar) an Kühn-Leitz, 12. Dezember 1960, PA AA, AA, B 34, 221.

<sup>9</sup> Vorsitzender Gizenga (Parti Socialiste Africain) an Ministerrat, 16. Dezember 1959, PA AA, MfAA, C 799/74, Fiche 2, S. 96-99.

<sup>10</sup> Hauptreferent Schübler – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 15. Dezember 1959, PA AA, MfAA, C 799/74, Fiche 2, S. 100.

ihnen angestrebten unabhängigen Kongostaat gerade mit und in den beiden deutschen Staaten zu suchen, war kein Zufall gewesen. Beide deutschen Staaten verkörperten, mit ihrem Willen zum Wiederaufbau, ihrer Proklamation eines politischen Neuanfangs nach den Schrecken des 'Dritten Reichs', für die politischen Eliten der jungen afrikanischen Nationalstaaten eine durchaus nachahmenswerte wirtschaftliche, gesellschaftliche, aber auch politische Potenz. Das Lavieren der beiden deutschen Staaten zwischen globalen Super- und europäischen Kolonialmächten – wenn auch eingebunden in den globalen Systemgegensatz – sicherte ihnen ein eigenes Profil, das von zahlreichen Afrikanern als attraktiv für eine Partnerschaft empfunden wurde.

Dieses Interesse war nicht bloß einseitiger Natur. Auch die beiden deutschen Staaten hatten das wirtschaftliche wie politische Potenzial des an Rohstoffen reichen und für afrikanische Verhältnisse wirtschaftlich weit entwickelten Belgisch-Kongos früh erkannt. Schon in den frühen 1950er Jahren hatten sie ihre Handelsbeziehungen zur belgischen Kolonie kontinuierlich ausgebaut. Doch nicht nur Belgisch-Kongo und Zentralafrika, der ganze afrikanische Kontinent – und die sich gerade konstituierende 'Dritte Welt' – stellte einen Aktionsraum dar, den West- wie Ostdeutschland seit spätestens 1949 erneut für sich zu 'entdecken' suchten.

Die praktische Umsetzung dieser 'Neuentdeckung' liegt im Mittelpunkt der vorliegenden, makrohistorisch angelegten, Untersuchung. Am Beispiel Zentralafrikas zur Zeit des *Second Scramble* – einer Zeit, in welcher die festgefügtten Einflusszonen der europäischen Kolonialmächte aufbrachen und international besetzten Einflussphären wichen – soll die Entwicklung der staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten der beiden deutschen Staaten untersucht, analysiert und ausgewertet werden. Hierzu wird nicht nur ein einzelner Interessenschwerpunkt, wie es Belgisch-Kongo zweifellos war und auch heute immer noch ist, als einzelnes Fallbeispiel herausgegriffen. Vielmehr wird die gesamte zentralafrikanische Region dem deutsch-deutschen Forschungsgegenstand als geographischer Rahmen und dieser Untersuchung als Projektionsfläche dienen. Mit den hierbei gewonnenen Erkenntnissen sollen dann die zentralen Aussagen des derzeitigen Forschungsstandes zu den deutschen Afrikaaktivitäten einer Überprüfung unterzogen werden. Eine zentrale Rolle wird hierbei die Frage spielen, inwieweit im Fall der beiden deutschen Staaten tatsächlich, wie von der Forschung immer wieder behauptet, die wirtschaftlichen Motive den politischen – genauer, dem deutsch-deutschen Gegensatz und dem Kampf für beziehungsweise gegen die Hallstein-Doktrin – hintangestellt waren. 1955 war die Hallstein-Doktrin in die westdeutsche Außenpolitik eingeführt worden, um diplomatische Beziehungen zwischen der DDR und Staaten der 'Ersten' und 'Dritten Welt' zu verhindern. Sie besagte, dass eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR deren Anerkennung impliziere und damit den westdeutschen Anspruch auf die alleinige Vertretung der deutschen Nation torpediere. Die Doktrin

berechtigte das Auswärtige Amt, als Gegenmaßnahme die westdeutschen diplomatischen Beziehungen zum betreffenden Staat einzuschränken – bis hin zu ihrem vollständigen Abbruch. Zumindest bis zum Beginn der 1970er Jahre habe die Hallstein-Doktrin, so die Forschung, die Afrikapolitik von BRD und DDR dominiert. Dies scheint verwunderlich, hatte in der Geschichtswissenschaft doch für die Afrikapolitik der europäischen Mächte seit Mitte des 19. Jahrhunderts der Grundsatz gegolten: *flag follows trade* – der Staat, und damit die politischen Interessen, folgt dem Handel, also den Interessen des Außenhandels und der Außenwirtschaft. Inwieweit dieser Grundsatz nun in der Mitte des 20. Jahrhunderts im Fall der beiden deutschen Staaten nicht mehr galt und einem innenpolitisch motivierten Vorsatz Platz machte, diese Frage soll im Zentrum der vorliegenden Untersuchung stehen. Kann der den Außenpolitiken der beiden deutschen Staaten innewohnende außenpolitische Leitsatz tatsächlich gelaute haben: *trade follows Hallstein*?

### **Fragestellung, Ansatz und Gliederung**

Die Auseinandersetzung mit mehreren Thesen des Forschungsdiskurses, die bis heute in entscheidendem Maße das Narrativ zu den deutschen Aktivitäten in Afrika prägen, steht im Zentrum dieser Studie. Aus ihnen ergibt sich die Fragestellung dieser Arbeit:

1. Die deutschen Afrikaaktivitäten werden für gewöhnlich in eine politische Phase der 1960er Jahre, bestimmt vom Kampf für beziehungsweise gegen die Hallstein-Doktrin und eine Anfang der 1970er Jahre einsetzende wirtschaftliche Phase eingeteilt. Doch folgte tatsächlich, wie bereits im Titel dieser Arbeit angefragt, der Handel der Hallstein-Doktrin?
2. Afrika wird innerhalb der Forschung im globalen Vergleich eine untergeordnete Rolle innerhalb der deutschen Auslandsaktivitäten bescheinigt. Betrachtet man nun die Forschung zu den deutschen Aktivitäten in Gesamtafrika, wird der zentralafrikanische Raum ebenfalls marginalisiert. Doch kann man tatsächlich von einem geringen Interesse der beiden deutschen Staaten am afrikanischen Kontinent und hier wiederum am zentralafrikanischen Raum sprechen?
3. Die Afrikaaktivitäten der BRD werden in der Forschung meist als passiv und zurückhaltend, bar jeder Machtpolitik beschrieben – lagen doch kaum handfeste Interessen vor, die ein größeres Engagement gerechtfertigt hätten. Doch kam innerhalb der westdeutschen Afrikaaktivitäten tatsächlich keine Machtpolitik zum Tragen?
4. Auch den Aktivitäten der DDR auf dem afrikanischen Kontinent werden kaum staatliche

Eigeninteressen zugrunde gelegt. Stattdessen werden die afrikapolitischen Interessen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und die geostrategischen Interessen der Sowjetunion als eigentliche Katalysatoren der ostdeutschen Afrikaaktivitäten angeführt. Doch reichen diese tatsächlich aus, Art und Umfang der ostdeutschen Afrikaaktivitäten in ihrer Gesamtheit zu erklären?

5. In der Frage nach möglichen Traditionen, an welche die Afrikaaktivitäten von BRD und DDR anknüpfen konnten, ist die Forschung geteilter Meinung. Während die Politikwissenschaft im Ende des 'Dritten Reichs' im Jahr 1945 einen klaren Bruch – auch für die deutschen Afrikaaktivitäten – sieht, vertritt die historische Wissenschaft den Standpunkt, dass nach 1945 Traditionen des Deutschen Reichs, die im Zuge der kurzen deutschen Kolonialzeit zu Tage getreten waren, in den Afrikapolitiken der beiden deutschen Nachkriegsstaaten fortlebten. Welcher dieser beiden Richtungen ist nun Recht zu geben?

Zur Beantwortung dieser Fragen werden die staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten von BRD und DDR dargelegt, analysiert, ausgewertet und miteinander verglichen. Diplomatie, Entwicklungshilfe, Wirtschaftshilfe, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit, Militärhilfe und verdeckte Operationen werden dabei ebenso berücksichtigt, wie Außenwirtschaft, Außenhandel und Finanztransaktionen, wie Partei- und Gewerkschaftsarbeit, sowie die Arbeit der Kirchen und des Solidaritätskomitees. Um dem Leser die Vergleichbarkeit der untersuchten Aktivitäten zu erleichtern, werden sämtliche Geldwerte in westdeutschen DM angegeben. Die hierzu erforderlichen Umrechnungen orientieren sich an den jeweiligen damals geltenden Wechselkursen der freien Kapitalmärkte.<sup>11</sup> Auch im Fall der ostdeutschen Währung wird in der Umrechnung nach diesem Prinzip verfahren. Hier wird auf eine Wechselkurstabelle der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank zurückgegriffen.<sup>12</sup>

Der zeitliche Rahmen der Untersuchung erstreckt sich auf die drei Jahrzehnte zwischen 1945 und 1975. Der frühe Ansatz ist den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Afrikaaktivitäten der beiden deutschen Staaten geschuldet, die bereits in den späten 1940er Jahren wieder anliefen – lange bevor die staatlichen Institutionen von BRD und DDR ihre Arbeit auf dem afrikanischen Kontinent wieder aufgenommen hatten. Das Ende der Untersuchung bildet die durch die Dollar-Krise eingeleitete Finanz- und Wirtschaftskrise, die Mitte der 1970er Jahre die Welt erfasste und in den Außenministerien beider deutscher Staaten eine Neujustierung ihrer jeweiligen Afrikapolitik erforderlich machte.

Untersucht werden die deutschen Aktivitäten zwischen 1945 und 1975 im zentralafrikanischen Raum. Dieser Raum setzt sich aus neun zentralafrikanischen Staaten zusammen:

---

<sup>11</sup> Vgl.: <http://fxtop.com/de/historische-wechselkurse.php> vom 10.01.2012.

<sup>12</sup> Vgl.: o.A.: Ostmark zum Willkürpreis. In: Der Spiegel 48 (1989) [<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13498743.html> vom 09.01.2012.].

- der heutigen Republik Kamerun [bis 1960 Französisch-Kamerun (Mandatsgebiet) und bis 1961 Britisch-Kamerun (Mandatsgebiet), ab 1960 Republik Kamerun (unabhängig), ab 1961, nach der Eingliederung eines Teils von Britisch-Kamerun, Bundesrepublik Kamerun, ab 1972 Vereinigte Republik Kamerun],
- der heutigen Republik Äquatorialguinea [bis 1963 Spanisch-Guinea (Kolonie), ab 1963 Republik Äquatorialguinea (teilautonom), ab 1968 Republik Äquatorialguinea (unabhängig)],
- der heutigen Gabunischen Republik [bis 1958 Region Französisch-Äquatorialafrikas (Kolonie), ab 1958 Gabunische Republik (teilautonom), ab 1960 Gabunische Republik (unabhängig)],
- der heutigen Zentralafrikanischen Republik [bis 1958 Region Französisch-Äquatorialafrikas (Kolonie Frankreichs), ab 1958 Zentralafrikanische Republik (teilautonom), ab 1960 Zentralafrikanische Republik (unabhängig)],
- der heutigen Republik Tschad [bis 1958 Region Französisch-Äquatorialafrikas (Kolonie), ab 1958 Republik Tschad (teilautonom), ab 1960 Republik Tschad (unabhängig)],
- der heutigen Republik Kongo [bis 1958 Region Französisch-Äquatorialafrikas (Kolonie), ab 1958 Kongolesische Republik (teilautonom), ab 1960 Kongolesische Republik (unabhängig), ab 1965 Republik Kongo, ab 1969 Volksrepublik Kongo],
- der heutigen Demokratischen Republik Kongo [bis 1960 Belgisch-Kongo (Kolonie), ab 1960 Republik Kongo, ab 1961 Bundesrepublik Kongo, ab 1964 Demokratische Republik Kongo, ab 1971 Republik Zaïre. Hinzu kamen im Süden der Republik Kongo, zwischen 1960 und 1963, die sich für unabhängig erklärende Provinz Katanga und das sich, zwischen 1960 und 1961, für unabhängig erklärende Gebiet Süd-Kasai, im Osten der Bundesrepublik Kongo die 1961 bestehende Freie Republik Kongo und die im Osten der Demokratischen Republik Kongo zwischen 1964 und 1965 bestehende Volksrepublik Kongo],
- der heutigen Demokratischen Republik Sao Tomé e Príncipe [bis 1951 Sao Tomé e Príncipe (Kolonie), ab 1951 Sao Tomé e Príncipe (Überseeprovinz), ab 1975 Demokratische Republik Sao Tomé e Príncipe] und
- der heutigen Republik Angola [bis 1951 Portugiesisch-Westafrika (Kolonie), ab 1951 Angola (Überseeprovinz), ab 1975 Volksrepublik Angola. Hinzu kam im Osten der Volksrepublik Angola die sich 1975 für unabhängig erklärende Republik Angola].

Auch wenn in der Forschung bis in die heutige Zeit unterschiedliche Ansichten über die genaue Zusammensetzung des zentralafrikanischen Raumes bestehen, so werden exakt diese neun Staaten doch in den Vereinten Nationen, deren Mitglieder sie allesamt sind, zum Raum *Middle Africa* gezählt.<sup>13</sup> Die für diese Arbeit gewählte Übersetzung von Middle Africa mit *Zentralafrika* ergibt sich aus der Geläufigkeit des Begriffs im Deutschen und der Tatsache, dass die Bezeichnung *Mittelafrika* bereits im 'Dritten Reich' als Bezeichnung eines anders gelagerten afrikanischen Raums Verwendung gefunden hat. Die Staaten standen viele Jahre mit unterschiedlichem Status unter der Verwaltung unterschiedlicher europäischer Mächte. Sie besaßen und besitzen unterschiedliche staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Profile und durchliefen nach Erlangung ihrer

<sup>13</sup> Vgl.: <http://millenniumindicators.un.org/unsd/methods/m49/m49regin.htm#africa> vom 01.05.2009.

Unabhängigkeit unterschiedliche Entwicklungen. Dies macht sie für eine vergleichende Untersuchung – auch und gerade unter der von mir gewählten Fragestellung – interessant. Hinzu kommt, dass es sich um einen Raum handelt, der zu einem guten Teil an einer vermeintlichen Peripherie der deutschen wie der internationalen Interessen lag. Wo, wenn nicht hier, sollten die deutschen Aktivitäten ihren geregelten Gang nehmen, sich an Planungen halten, der Norm entsprechen, sollte deren Untersuchung und Analyse eine ideale empirische Basis für verallgemeinernde Aussagen über die deutschen Afrikaaktivitäten erlauben?

Drei Grundannahmen bilden den Rahmen dieser Untersuchung:

1. Mit der Dekolonialisierung setzte ein globaler Second Scramble for Africa ein.
2. BRD und DDR hatten einen nicht unbedeutenden Anteil an diesem Second Scramble.
3. Der Second Scramble bot beiden deutschen Staaten den erforderlichen Spielraum, eigene deutsche Afrikapolitiken auszuformulieren, die weit mehr autonome Züge aufwiesen, als dies in der diesbezüglichen Forschung bislang angenommen wird.

Aus diesen Annahmen und der Fragestellung ergibt sich die Gliederung dieser Studie in fünf Kapitel. Das erste Kapitel dient der historischen Einführung in den Ort und den Gegenstand der Untersuchung. Der erste Scramble for Africa und der in dieser Arbeit behandelte Second Scramble for Africa werden vorgestellt, erläutert und durch eine Einführung in die Zeitgeschichte des zentralafrikanischen Raums ergänzt. Außerdem werden die Afrikaaktivitäten des Deutschen Reichs, von BRD und DDR – basierend auf dem derzeitigen Forschungsstand – dargelegt. Im zweiten Kapitel werden dann die beiden deutschen Außenministerien in den Blick genommen. Wesentliche Züge der Afrikaaktivitäten der beiden deutschen Staaten wurden an ihren Abteilungen und Referaten erdacht, das Vorgehen staatlicher Institutionen – in gewissem Umfang auch dasjenige wirtschaftlicher Unternehmen und gesellschaftlicher Organisationen – über ihre Abteilungen koordiniert. Die Planungen an den beiden Zentralen werden vorgestellt und die Auslandsvertretungen auf Schwerpunkte ihrer Berichterstattung hin überprüft. Außerdem wird ein erster Einblick in die Rolle, welche die Hallstein-Doktrin und der deutsch-deutsche Gegensatz innerhalb der Arbeit der beiden Außenministerien spielten, genommen. Im dritten Kapitel beginnt dann die Auseinandersetzung mit dem eigentlichen Forschungsgegenstand dieser Arbeit: den staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten von BRD und DDR in den neun Staaten des zentralafrikanischen Raums. Ein Abschnitt dieses Kapitels widmet sich den staatlichen Aktivitäten: der Diplomatie, der Entwicklungshilfe, der Wirtschaftshilfe, der Kulturhilfe, der Öffentlichkeitsarbeit, der Militärhilfe und den verdeckten, beziehungsweise geheimdienstlichen



Aktivitäten. Ein zweiter Abschnitt hat die ökonomischen Aktivitäten, der Wirtschafts-, Handels- und Finanzunternehmen, zum Gegenstand. Ein dritter Abschnitt nimmt schließlich die gesellschaftlichen Aktivitäten, der Parteien, der Gewerkschaften, der Kirchen im Fall der BRD und des Solidaritätskomitees im Fall der DDR, sowie der breiten Bevölkerung und der Medien, in den Blick. Jeder dieser Gegenstände wird – separiert in west- und ostdeutsche Aktivitäten – zunächst kursorisch im Hinblick auf den gesamten Kontinent und dann ausführlich im Kontext des zentralafrikanischen Raumes vorgestellt und untersucht. Den Abschluss einer jeden Untersuchung bildet eine kurze Zwischenanalyse, in der die auf den jeweiligen Gegenstand bezogenen west- und ostdeutschen Aktivitäten noch einmal zusammengefasst und vergleichend betrachtet werden. Im vierten Kapitel werden diese Zwischenanalysen dann zusammengeführt und in eine umfassende Gesamtanalyse der west- und ostdeutschen Afrikaaktivitäten implementiert. Auch die hinter den Aktivitäten stehenden Motive kommen hierbei zur Sprache. Schließlich werden im fünften und letzten Kapitel die Ergebnisse der Gesamtanalyse zur Beantwortung der zu Beginn dieser Arbeit aufgeworfenen fünf Fragen herangezogen.

## **Forschungsdiskurs und Literaturlage**

Der heutige Forschungsstand, auf dessen Inhalt an späterer Stelle noch eingegangen werden soll, ist das Produkt eines Diskurses, der mehrere Jahrzehnte zurückreicht und im Wesentlichen von vier Thesen getragen wird:

1. Eine langfristig geplante, in sich geschlossene deutsche Afrikapolitik ist nicht existent.
2. Innerhalb der deutschen Globalaktivitäten besitzen die deutschen Afrikaaktivitäten nur einen geringen Stellenwert.<sup>14</sup>
3. In den 1950er und 1960er Jahren wurden die deutschen Afrikapolitiken von deutschlandpolitischen Interessen – dem deutsch-deutschen Gegensatz und der Hallstein-Doktrin – bestimmt.
4. Ab Beginn der 1970er Jahre waren es dann ökonomische Interessen, welche die Afrikapolitiken der beiden deutschen Staaten dominierten.

Unter Berücksichtigung dieser Thesen zeichnete die Forschung für die 1950er bis 1970er Jahre das Bild zweier Staaten, die – annähernd gänzlich uneigennützig – Afrika in ihrem Sinne und behaftet mit ihren jeweiligen ideologischen Zügen – die BRD sprach von 'Hilfe' und 'Zusammenarbeit', die

---

<sup>14</sup> Vgl.: Hofmeier, Rolf: Das subsaharische Afrika: Stiefkind der aussenpolitischen Aufmerksamkeit. In: Kaiser, Karl, Joachim Krause (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik. Band 3. Interessen und Strategien. München 1996, S. 203-210, hier S. 203.

DDR von 'Solidarität' – 'entwickeln' wollten.<sup>15</sup> Da verwundert es nicht, dass sich Gegenstände wie die Entwicklungs- und die Solidaritätshilfe und die Unterstützung von Befreiungsbewegungen zu zentralen Forschungsthemen entwickelten. Bis heute hat sich an diesem Bild nur wenig geändert. Zwar wird von Seiten der historischen Wissenschaft – wenn auch nur auf die Bundesrepublik bezogen – die These diskutiert, dass innerhalb der Afrikaaktivitäten nach 1945 Reste der kolonialen, der wirtschaftlichen Ambitionen des Deutschen Reichs fortgewirkt hätten, doch dominiert bislang noch die Ansicht der Politikwissenschaft,<sup>16</sup> dass das Jahr 1945 für Deutschland einen vollständigen Neuanfang – auch der allgemeinen Auslands- und damit auch der Afrikaaktivitäten – bedeutet habe. So konnte sich auch die in jüngerer Zeit aufgestellte These, in der BRD habe statt Interessenlosigkeit eine imperialistische Grundhaltung die deutschen Afrikaaktivitäten vor – wie nach – 1945 bestimmt,<sup>17</sup> im Diskurs – zumindest bislang – nicht wirklich etablieren, geschweige denn durchsetzen. Immerhin gelang es ihrem Autor aber, der Forschung eine Alternative zur alten These der ostdeutschen Forschung, die Afrikapolitik der BRD sei von (Neo-)Kolonialismus und Rassismus bestimmt gewesen, aufzuzeigen. Eine These, die, trotz ihres Alters und Ursprungs, derzeit im Zuge der *postcolonial studies* neuen Auftrieb erhält<sup>18</sup> – wenn auch bislang noch ohne größere Auswirkungen auf den Gesamtdiskurs.

Diese weitgehend substanzlose Umschreibung der deutschen Auslandsaktivitäten ist kein spezifisch afrikanisches Phänomen. Ähnliche Zuschreibungen der deutschen Auslandsaktivitäten lassen sich auch im Kontext der 'Dritten', 'Zweiten' und 'Ersten Welt' finden. Auch dort nimmt der deutsch-deutsche Rahmen während der 1950er, 1960er und frühen 1970er Jahre eine zentrale Position ein. Auch dort kann die Verfolgung anderer – zum Beispiel ökonomischer – Interessen, den deutschen Auslandsaktivitäten allenfalls als Randmerkmal bescheinigt werden.<sup>19</sup> Lediglich Europa bildet eine

<sup>15</sup> Lisa-Marie Rohrdantz bringt dies für Westdeutschland – auch auf Ostdeutschland lässt sich diese Aussage aber anwenden – treffend auf den Punkt: „*Erneut konstruiert sich Deutschland somit als 'Stereotyp des selbstlosen Sendboten der Zivilisation'*“ und verfolgt eine „*Europäisierung' der Welt*“ (Rohrdantz, Lisa-Marie: *Weis(s)heiten im postkolonialen Deutschland. Das Konzept des critical whiteness am Beispiel der Selbst- und Fremdwahrnehmung von Menschen afrikanischer Herkunft und weißen Deutschen in Deutschland.* Frankfurt am Main u.a. 2009, S. 61.).

<sup>16</sup> Engel, Ulf: *Die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1999. Rollen und Identitäten.* Münster u.a. 2000, S. 3.

<sup>17</sup> Laak, Dirk van: *Über alles in der Welt. Deutscher Imperialismus im 19. und 20. Jahrhundert.* München 2005, S. 175.

<sup>18</sup> Lisa-Marie Rohrdantz vertritt die Ansicht, dass weder Rassismus noch Kolonialismus nach 1945 innerhalb der Bundesrepublik kritisch aufgearbeitet worden seien, weshalb diese vor wie nach 1945 in Gesellschaft und Kultur die „*Denkstrukturen*“ bestimmt hätten (Rohrdantz 2009, S. 60.). Zumindest in Bezug auf den Rassismus lässt sich diese Aussage aber problemlos auch auf die ostdeutsche Gesellschaft übertragen (Vgl.: Scherzer, Landolf: *Die Fremden. Unerwünschte Begegnungen und verbotene Protokolle.* Berlin 2002.).

<sup>19</sup> Vgl.: Hellmann, Gunther, Reinhard Wolf, Siegmund Schmidt: *Deutsche Außenpolitik in historischer und systematischer Perspektive.* In: Schmidt, Siegmund, Gunther Hellmann, u.a. (Hg.): *Handbuch zur deutschen Außenpolitik.* Wiesbaden 2007, S. 15-46. ; Fraude, Andreas: *Die Außenpolitik der DDR.* Erfurt 2006. Ganz bewusst hat Michael Staack seine Monographie, in der die Bundesrepublik als 'Handelsstaat' auftritt, erst nach dem Ende von Hallstein- und Scheel-Doktrin beginnen lassen (Vgl.: Staack, Michael: *Handelsstaat Deutschland: Deutsche Außenpolitik in einem neuen internationalen System.* Paderborn 2000.).

Ausnahme. Hier meint der Forschungsdiskurs, den Aufbau von und die Integration in multilaterale Systeme als eigentlichen Hintergrund der deutschen Auslandsaktivitäten ausmachen zu können – in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die Nordatlantikpakt-Organisation und 'den Westen' im Fall der BRD, in den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, den Warschauer Pakt und 'den Osten' im Fall der DDR. Hier können dann auch ungewöhnlich intensive Wirtschafts- und Handelsinteressen festgestellt werden. Am Ende dieser Arbeit wird hierauf noch zurückzukommen sein.

Gespeist wird der Diskurs über die deutschen Afrikaaktivitäten aus den unterschiedlichsten Herkunftsländern. Publiziert wird in der BRD, wurde in der DDR, und wird in einigen westlichen und auch afrikanischen Staaten. Den Dreh- und Angelpunkt des Diskurses bildet aber die westdeutsche – heute gesamtdeutsche – Forschung, die am intensivsten – auch und gerade von ostdeutscher Seite – Forschungsergebnisse aufgreift und rezipiert.

Hier lag und liegt das Zentrum der historischen Aufarbeitung der Afrikaaktivitäten von BRD und DDR. In der ostdeutschen Forschung waren die eigenen Aktivitäten zwar auch ein Thema, doch setzten die politischen Vorgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands solch enge thematische und inhaltliche Grenzen, dass kaum Einfluss auf den Forschungsdiskurs genommen werden konnte. Ausnahmen bestätigen hier lediglich die Regel. So existieren durchaus einige unveröffentlichte Dissertationen zu den ostdeutschen Afrikaaktivitäten, die im Auftrag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands oder eines der ostdeutschen Ministerien erstellt wurden. Den Promovierenden hatte man zur Erleichterung ihrer Arbeiten sogar Einsichtnahmen in laufende Aktenvorgänge, Auslandsaufenthalte und Interviews ermöglicht. Doch war ein Einblick in die Ergebnisse ihrer Arbeiten nur einem kleinen Personenkreis vergönnt. Zu einer Veröffentlichung der Arbeiten kam es nie. So waren es vor allem westdeutsche Forscher, die den Diskurs über die ostdeutschen Afrikaaktivitäten bestimmten. Dafür gelang es der ostdeutschen Forschung aber, nicht zuletzt dank der progressiv-kritischen Einstellung vieler westdeutscher Forscher, Einfluss auf die Entwicklung des Diskurses über die westdeutschen Afrikaaktivitäten zu nehmen.

Im westlichen Ausland setzte eine verstärkte Auseinandersetzung mit den Afrikaaktivitäten der beiden deutschen Staaten Ende der 1970er Jahre, mit dem erneuten Aufkommen des Kalten Krieges, ein. Primär handelte es sich um britische und US-amerikanische Studien. Mit dem Ende des Systemkonflikts flaute das Interesse der anglophonen Forschung an den deutschen Afrikaaktivitäten dann aber rasch wieder ab. Erst in jüngerer Zeit hat es sich, in Gestalt konstruktivistischer Studien über den deutschen Imperialismus, wieder bemerkbar gemacht. Die französische Forschung nahm sich erst gut zwei Jahrzehnte später, in den 1990er Jahren, der deutschen – genauer, der westdeutschen – Afrikaaktivitäten an. In ihrem Fokus stand die Rolle der

BRD innerhalb der Dekolonialisierung der französischen Überseegebiete in Afrika, vor allem derjenigen Algeriens. Die deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem afrikanischen Kontinent – ob nun zwischenstaatlich oder innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beziehungsweise der Europäischen Gemeinschaft – bildete einen weiteren Untersuchungsgegenstand.

Auch die afrikanische Forschung, zunächst nur diejenige der Republik Südafrika, später auch diejenige der bedeutenderen afrikanischen Regionalmächte, nahm sich der deutschen Afrikaaktivitäten an. Im Fokus ihrer Studien stand die Beziehung ihres jeweiligen Herkunftslandes zu Deutschland – worunter wieder allein die Bundesrepublik zu verstehen ist.<sup>20</sup> Zwei Arbeiten nahmen darüber hinaus auch die westdeutschen Auslandsaktivitäten auf dem gesamten afrikanischen Kontinent in den Blick.<sup>21</sup> Auch von Seiten der afrikanischen Forschung wurde die These vorgetragen, die westdeutschen Afrikaaktivitäten hätten an koloniale und rassistische Traditionen angeknüpft und neokolonialistische Züge aufgewiesen. Wie schon ihr deutsches Pendant stieß aber auch die afrikanische These im Diskurs auf keine größere Resonanz. Die Wirkungsmacht der These der deutschen Politikwissenschaft konnte auch die afrikanische Forschung nicht überwinden.

Um so mehr Einfluss auf den Gesamtdiskurs besaßen der deutsch-deutsche Gegensatz und der Kalte Krieg. Betrachtet man den Diskurs in historischer Perspektive, so lassen sich vier unterschiedliche Phasen ausmachen:

Die erste Phase reicht von 1945 bis 1960. Hier wurde der Diskurs noch von eher unpolitischen Studien über die Handels- und Wirtschaftsinteressen der BRD in Afrika sowie von westdeutschen Reise- und Erlebnisberichten dominiert.

In der zweiten Phase, von 1960 bis 1970, nahm dann der Anteil politisch inspirierter Studien am Diskurs deutlich zu, wobei die westdeutsche Forschung ihren Fokus auf die DDR, die ostdeutsche Forschung den ihrigen auf die BRD legte. Vor allem die Friedrich Ebert-Stiftung tat sich auf westdeutscher Seite mit Monographien<sup>22</sup> und einer Reihe nacheinander herausgegebener Zeitschriften über die Aktivitäten des östlichen Lagers – und damit auch der DDR – innerhalb der 'Dritten Welt' hervor. Von 1960 bis 1966 veröffentlichte sie in deutscher, englischer, französischer und spanischer Sprache die Zeitschrift *Der Ostblock und die Entwicklungsländer*.

---

<sup>20</sup> Vgl.: Dibengue, Augustin: Zur Vormachtstellung Frankreichs im frankophonen Afrika. Die Beziehungen Kameruns zu Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland von 1960 bis Anfang der achtziger Jahre im Vergleich. Aachen 1994.

<sup>21</sup> Vgl.: N'dumbe III, Kum'a Alexandre: Was will Bonn in Afrika? Zur Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland. Pfaffenweiler 1992. ; Eyinla, Bolade Michael: The foreign policy of West Germany towards Africa. Ibadan 1996.

<sup>22</sup> Vgl.: Stahn, Eberhard: Kommunistische Modelle für Afrika? Ghana und Guinea. Hannover 1967.

*Vierteljahresberichte*, von 1974 bis 1977 die *Monatsberichte des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. Entwicklungspolitische Aktivitäten kommunistischer Länder*, von 1978 bis 1979 *Entwicklungspolitik kommunistischer Länder. Trends und Analysen* und schließlich von 1980 bis 1981 *Außenpolitik kommunistischer Länder und Dritte Welt*. Unterdessen hatte in der DDR ein Forscherkollektiv unter Leitung des Historikers Walter Markov mit der Aufarbeitung der westdeutschen Afrikaaktivitäten begonnen. Ende der 1950er Jahre hatte Markov den Auftrag zur Erforschung der Geschichte der kolonialen Ausbeutung erhalten und hierzu mit der Herausgabe der Reihe *Studien zur Kolonialgeschichte und Geschichte der nationalen und kolonialen Befreiungsbewegung* begonnen, die sich – wenig überraschend – auch um eine Aufarbeitung der westdeutschen Afrikaaktivitäten bemühte.

Die dritte Phase, zwischen 1970 und 1990, gab dem Diskurs dann schon einen ersten wissenschaftlichen Anstrich. Doch sollten auch hier noch politisch aufgeladene Thesen und Themen dominieren. Eine neue Forschergeneration war in den Diskurs eingetreten und hatte begonnen, den bislang erarbeiteten Forschungsstand einer sogenannten 'kritischen Analyse' zu unterziehen – einer Analyse, die weniger auf empirische Beweisführungen, als auf einen progressiven Fokus setzte. Gedankengänge der 68er-Bewegung, des Marxismus und der Dependenz-Theorie flossen so in den Diskurs ein.<sup>23</sup> Zu den Vordenkern dieser neuen Generation zählten Historiker wie Rudolf von Albertini, denen es gelang, der Kolonialgeschichte und der Geschichte der 'Dritten Welt' innerhalb der Geschichtswissenschaft einen neuen Stellenwert zu verschaffen.<sup>24</sup> Ihr theoretischer Ansatz hatte sich jedoch schon bald überlebt. Die kritischen Analysen verloren sich zusehends in neomarxistischen „Spielarten“ von Wissenschaft.<sup>25</sup> Bereits in den 1980er Jahren diente der Ansatz nur noch dazu, sich an einer in der Forschung nun einsetzenden konservativ-liberalen Gegenbewegung zu reiben.<sup>26</sup> Das Wiederaufleben des Systemgegensatzes Ende der 1970er Jahre hatte erneut eine Politisierung des Diskurses eingeleitet.<sup>27</sup> Immerhin gelang es der neuen Forschergeneration aber, die deutsche Kolonialvergangenheit in den Diskurs zu den deutschen

---

<sup>23</sup> Wirz, Albert, Jan-Georg Deutsch: Geschichte in Afrika. Einleitung und Problemaufriss. In: Deutsch, Jan-Georg, Albert Wirz (Hg.): Geschichte in Afrika. Einführung in Probleme und Debatten. Berlin 1997, S. 5-16, hier S. 10.

<sup>24</sup> Vgl.: Hablützel, Peter: Historische Forschung und politisches Engagement. Zur Entstehung einer globalen Perspektive in Rudolf von Albertinis Geschichtsschreibung. In: Hablützel, Peter, Hans Werner Tobler, Albert Wirz: Dritte Welt. Historische Prägung und politische Herausforderung. Festschrift zum 60. Geburtstag von Rudolf von Albertini. Wiesbaden 1983, S. 9-25.

<sup>25</sup> Engel 2000, S. 3.

<sup>26</sup> Engel 2000, S. 4.

<sup>27</sup> In der Bundesrepublik erschienen reißerische Schriften, wie: Breyer, Karl: Moskaus Faust in Afrika. Stuttgart 1979. ; Gruenthal, Werner: Die kommunistische Bedrohung Südwestafrikas und ihre Abwehr. Bonn 1979. ; Germani, Hans: Rettet Südwest: Am Schicksal der ehemaligen deutschen Kolonie, dem heutigen Namibia, entscheidet sich die Zukunft Afrikas. München 1982. Die ostdeutsche Seite konterte mit Arbeiten, die erneut die BRD in Verruf zu bringen suchten, wie: Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Antiimperialistisches Informations-Bulletin (Hrsg.): Neokolonialismus der BRD und antiimperialistischer Befreiungskampf. Frankfurt am Main 1979.

Afrikaaktivitäten einzuführen. Hilfestellung leisteten ihr dabei nicht zuletzt die bereits erwähnten postcolonial studies, die seit den 1980er Jahren Kolonisierte<sup>28</sup> und 'Kolonisierer' auch und gerade in der Zeit nach 1945 in den Blick nahmen.<sup>29</sup> Die von der Politikwissenschaft postulierte These des Neuanfangs nach 1945 konnte sie aber – wie schon mehrfach erwähnt – nicht überwinden. Auch in der ostdeutschen Auseinandersetzung mit den deutschen Afrikaaktivitäten wurde – hier allerdings erst seit Mitte der 1970er Jahre – ein wachsender wissenschaftlicher Anspruch spürbar. Vor allem die seit 1973 herausgegebene Fachzeitschrift *Asien, Afrika, Lateinamerika* kann in diesem Zusammenhang angeführt werden.

1990 trat der Diskurs dann in seine vierte Phase ein. Der Kalte Krieg hatte sein Ende erreicht. Der wissenschaftliche Charakter der Abhandlungen nahm nun merklich zu und beflügelte den Diskurs erheblich.<sup>30</sup> Die Politikwissenschaft, die sich primär um eine wissenschaftliche Begleitung der aktuellen deutschen Afrikapolitik bemühte,<sup>31</sup> fiel dabei quantitativ zunehmend hinter die historische Forschung zurück, die mit ihren auf Archivquellen basierenden empirischen Studien erheblich an Boden gutmachen konnte. Ein wegweisendes Projekt war in diesem Zusammenhang die zwischen 1994 und 1997 von der Volkswagenstiftung finanzierte Studie *Die Afrikapolitik der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland 1955-1990*. Unter der Leitung des Historikers Helmut Bley gelang es hier erstmals, den Forschungsstand in größerem Maße mit empirischen Belegen zu unterfüttern und zu erweitern. Zu einer vollständigen Entpolitisierung des Diskurses kam es allerdings auch jetzt noch nicht. Dies galt vor allem für die Afrikaaktivitäten der DDR. Zeitzeugen veröffentlichten Studien und Erlebnisberichte – mit entsprechendem politischem Einschlag. Hinzu kamen Studien von Organisationen, die, wie der Forscher- und Diskussionskreis DDR-Geschichte und der Forschungsverbund SED-Staat, nicht müde wurden, die Afrikaaktivitäten der DDR in das jeweils 'rechte Licht' zu rücken. Viele Thesen und Stereotype aus der Zeit des Kalten Krieges lassen sich so auch in neueren Abhandlungen finden. Im Fall der Afrikaaktivitäten der DDR, deren Erforschung nach 1990 zumindest in quantitativer Hinsicht einen 'zweiten Frühling'

---

<sup>28</sup> Die „Frage nach der Spezifik deutscher 'Beteiligungen' am kolonialen Weltsystem und der Nachhaltigkeit und Tradierbarkeit der dabei ausgebildeten kulturellen Erfahrungen und Darstellungsmuster“ stand nun im Zentrum des Interesses (Honold, Alexander, Oliver Simons: Einleitung: Kolonialismus als Kultur? In: Honold, Alexander, Oliver Simons (Hrsg.): Kolonialismus als Kultur. Literatur, Medien, Wissenschaft in der deutschen Gründerzeit des Fremden. Tübingen u.a. 2002, S. 7-15, hier S. 10.).

<sup>29</sup> Mar Castro Varela, Maria do, Nikita Dhawan: Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung. Bielefeld 2005, S. 23. Laut Mar Castro Varela gaben sich die postcolonial studies nicht mit einer reinen Betrachtung der europäischen Überseegebiete zufrieden. Sie schreibt: „Die Kolonien boten nicht nur den Raum, das Andere zu denken, sondern erwiesen sich auch als 'Experimentierfelder' der europäischen Metropolen [...], weswegen die postkoloniale Kritik eine radikale Restrukturierung des europäischen Denkens und seiner Historiographie sucht“ (Mar Castro Varela 2005, S. 137.).

<sup>30</sup> Ulf Engel umschreibt die in dieser Phase vorherrschende Arbeitsweise als „scheinbar wertfreie Beschreibung von Afrikapolitik“ (Engel 2000, S. 4.).

<sup>31</sup> Engel, Ulf: Africa images and Africa policy - Pleading for realism. In: Engel, Ulf, Robert Kappel (Hrsg.): Germany's Africa policy revisited. Interests, images and incrementalism. Münster u.a. 2002, S. 19-37, hier S. 34.

erlebte, nahmen sie sogar noch zu.<sup>32</sup>

Doch auch abseits der Politisierung sind sich Politikwissenschaftler<sup>33</sup> und Historiker<sup>34</sup> weitgehend einig, dass im Fall der deutschen Afrikaaktivitäten auch weiterhin ein erheblicher wissenschaftlicher Aufarbeitungsbedarf besteht. Wie der folgende, thematisch nach den Abschnitten dieser Arbeit gegliederte, Literaturüberblick zeigt, bestehen größere Forschungslücken in geographischer, chronologischer und selbst thematischer Hinsicht.

Die Erforschung der staatlichen Aktivitäten der BRD auf dem afrikanischen Kontinent wurde 1959 mit einer Artikelserie des ostdeutschen Historikers Walter Markov eingeleitet.<sup>35</sup> Noch einige Jahre sollte die ostdeutsche Forschung diesen Teildiskurs dominieren. Zentrale These ihrer Studien war, dass die kolonialen Traditionen des Deutschen Reichs in den Afrikaaktivitäten der Bundesrepublik ihren Fortgang genommen hätten. Ähnliche Bedenken äußerte man auch im westlichen Ausland – hier allerdings weniger in einem politischen als in einem ökonomischen Kontext. Man fürchtete die Expansion westdeutscher Unternehmen auf den afrikanischen Märkten. Ein erster westlicher Artikel, der sich einer Analyse der westdeutschen Afrikaaktivitäten widmete, erschien 1967 im US-amerikanischen Fachmagazin *Africa Report*<sup>36</sup> – über ein Jahrzehnt vor der ersten westdeutschen wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dieser Thematik. Dort stellte 1968 eine offizielle Schrift des Auswärtigen Amtes über die Leitlinien der westdeutschen Außenpolitik noch die einzige Publikation zu den staatlichen Afrikaaktivitäten der BRD dar.<sup>37</sup>

Erst Ende der 1970er Jahre, als in der DDR mit dem Wiederaufleben des Kalten Krieges eine neue Propagandakampagne gegen die westdeutschen Afrikaaktivitäten losgetreten wurde,<sup>38</sup> nahm sich endlich auch die westdeutsche Forschung der Thematik an. Vorreiter waren hier die Historiker Helmut Bley und Rainer Tetzlaff mit ihrem gemeinsamen Band *Afrika und Bonn. Versäumnisse und Zwänge Deutscher Afrika-Politik*.<sup>39</sup> Amtliche Publikationen des Auswärtigen Amtes erschienen zwar

<sup>32</sup> Der Annahme Hermann Webers, dass nach der Wiedervereinigung mit einem langsamen Ausklingen des Ost-West-Gegensatzes in der Forschung gerechnet werden könne (Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990. München<sup>4</sup> 2006, S. 135 ff.), kann deshalb – zumindest im Hinblick auf die deutschen Afrikaaktivitäten – nicht zugestimmt werden.

<sup>33</sup> Schmidt, Siegmund: Afrika südlich der Sahara. In: Schmidt, Siegmund, Gunther Hellmann, u.a. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden 2007, S. 532-544, hier S. 532.

<sup>34</sup> Lappenküper, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990. München 2008, S. 115.

<sup>35</sup> Vgl.: Markov, Walter: Der westdeutsche Neokolonialismus - ein Feind der freiheitsliebenden Völker. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus 2 (1959) 9, S. 78-80. ; Markov, Walter, P. Friedlaender: Le néo-colonialisme et la politique africaine ouest-allemande. In: Recherches Internationales 22 (1960), S. 181-196. ; Markov, Walter: La burguesia nacional y el neocolonialismo germanooccidental. In: El movimiento contemporáneo de liberación y la burguesia nacional, Praga 1961, S. 263-282.

<sup>36</sup> Vgl.: Zeitlin, Arnold: Hegelian re-entry - The Germans are back in Africa. In: Africa Report 12 (1967) 2, S. 37-45.

<sup>37</sup> Vgl.: Brandt, Willy: Leitlinien der deutschen Afrikapolitik. o.O. 1968.

<sup>38</sup> Vgl.: Mader, Julius: Die NATO-Hilfe für Südrhodesiens Rassisten. Berlin 1978. ; Mader, Julius: Das NATO-Komplott mit Südafrikas Rassisten. Berlin 1978. ; Liebscher, Gertraud: Die Afrikapolitik des BRD-Imperialismus. In: Deutsche Außenpolitik 23 (1978) 5, S. 89-102.

<sup>39</sup> Vgl.: Bley, Helmut, Rainer Tetzlaff (Hg.): Afrika und Bonn. Versäumnisse und Zwänge deutscher Afrika-Politik. Reinbek bei Hamburg 1978. Allenfalls die Friedrich Ebert-Stiftung, die bereits 1975 eine Konferenz zur westdeutschen Afrika-Politik abgehalten und in einer Publikation verewigt hatte, könnte ihnen den Titel streitig

auch weiterhin, gerieten gegenüber der wachsenden Zahl kritischer Forschungspublikationen aber schon bald ins Hintertreffen.<sup>40</sup> Den ersten Versuch, eine Studie über die westdeutschen Afrikaaktivitäten in ihrer Gesamtheit zu erstellen, legte dann Anfang der 1990er Jahre der kamerunische Historiker Alexandre Kum'a N'dumbe vor.<sup>41</sup> Seine These deckte sich im Wesentlichen mit den Annahmen der ostdeutschen Forschung.<sup>42</sup> Doch kamen ihm nachfolgende Forscherkollegen, wie der nigerianische Historiker Bolade Michael Eyinla<sup>43</sup> und der Politikwissenschaftler Ulf Engel,<sup>44</sup> zu einem anderen Ergebnis. Dass die These von kolonialistischen und rassistischen Traditionen innerhalb der westdeutschen Afrikaaktivitäten jedoch nicht ganz von der Hand zu weisen ist, konnte der Autor dieser Studie bereits in einem 2010 erschienenen Aufsatz über die Mentalitäten und Vorstellungen der westdeutschen Afrikadiplomatie im Jahr 1959 empirisch belegen.<sup>45</sup>

Neben diesen Arbeiten, welche die staatlichen Aktivitäten der BRD auf dem gesamten afrikanischen Kontinent zum Gegenstand hatten, wurden auch einige singuläre Studien zu einzelnen afrikanischen Staaten,<sup>46</sup> sowie eine kleinere Anzahl wissenschaftlicher Arbeiten zu vier Schwerpunkten veröffentlicht: der Republik Südafrika, dem unter südafrikanischer Verwaltung stehenden UNO-Mandatsgebiet Namibia, dem nordafrikanischen Raum und den deutsch-französischen Beziehungen in Afrika. Die Republik Südafrika wurde dabei zunächst von der ostdeutschen Forschung bearbeitet.<sup>47</sup> Mitte der 1970er Jahre nahm sich dann aber auch die westdeutsche Forschung ihrer<sup>48</sup>

---

machen. (Vgl.: Bielenstein, Dieter (Hg.): Perspectives in Afro-German relations. An international conference under the auspices of the Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn, October 8 - 10, 1975. Bonn Bad Godesberg 1975.). Doch erreicht sie nicht annähernd die Qualität des Werks von Bley und Tetzlaff.

<sup>40</sup> Vgl.: Auswärtiges Amt (Hrsg.): Die Bundesrepublik Deutschland und Afrika. Dokumentation. Bonn 1985. ; Auswärtiges Amt (Hrsg.): Die Bundesrepublik Deutschland und Afrika. Dokumentation 1990-1993. Bonn 1993.

<sup>41</sup> Vgl.: N'dumbe III. 1992.

<sup>42</sup> In seiner Dissertation hat sich N'dumbe eingehend mit der Afrikapolitik des 'Dritten Reichs' beschäftigt (Vgl.: N'dumbe III, Kum'a Alexandre: Hitler voulait l'Afrique. Les plans secrets pour une Afrique fasciste 1933-1945. Paris 1980 [in deutscher Übersetzung erschienen als: N'dumbe, Kum'a Alexandre: Was wollte Hitler in Afrika? NS-Planungen für eine faschistische Neugestaltung Afrikas. Frankfurt 1993.]). Anknüpfend an die Ergebnisse dieser Arbeit, kommt er auch im Fall der Afrika-Politik der BRD zu dem Schluß, dass Rassismus und (Neo)Kolonialismus noch nicht von der westdeutschen Bühne verschwunden sind.

<sup>43</sup> Vgl.: Eyinla 1996.

<sup>44</sup> Vgl.: Engel.2000.

<sup>45</sup> Vgl.: Torben Gülstorff: The white man's burden? Die bundesrepublikanische Afrikapolitik um 1960 zwischen 'moralischer Verantwortung' und 'realen Interessen'. In: zeitgeschichte-online Oktober 2010 [aus: <http://www.zeitgeschichte-online.de/Themen-Guelstorff-10-2010> vom 09.01.2012.].

<sup>46</sup> Vgl.: Langer, Peter: Die Außen- und Entwicklungspolitik der Bundesrepublik gegenüber Ghana. Eine Fallstudie zur Überprüfung der neueren Imperialismus-Theorien. Meisenheim am Glan 1975. ; N'dumbe III, Kum'a Alexandre: L'enseignement de l'allemand dans les cycles du supérieur au Cameroun - Etat actuel, perspectives. In: Cahiers d'Allemand et d'Études Germaniques 1 (1985) 2, S. 114-128. ; Durotoye, Adeolu: Nigerian German relations. The role of political culture. Münster, u.a. 2001. ; Köhler, Volkmar: Beziehungskisten: Zum Verhältnis BRD-Mosambik: Ziele, Erfolge und Fehler der bundesrepublikanischen Politik. In: Döring, Hans-Joachim (Hg.): Freundschaftsbande und Beziehungskisten. Die Afrikapolitik der DDR und der BRD gegenüber Mosambik. Frankfurt am Main 2005, S. 173-179.

<sup>47</sup> Vgl.: Czaya, Eberhard: Achse zum Kap. Das Bündnis zwischen Bonn und Südafrika. Berlin 1964.

<sup>48</sup> Vgl.: Rode, Reinhard: Die Südafrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland 1968-1972. München/Mainz 1975. ; Rogers, Barbara, Zdenek Červenka: The nuclear axis. Secret collaboration between West Germany and South



und Namibias an.<sup>49</sup> Auch im Fall Nordafrikas war es zunächst die ostdeutsche Forschung, die einen Blick auf die dortigen westdeutschen Aktivitäten warf – und dies sogar bereits Ende der 1950er Jahre.<sup>50</sup> Die westdeutsche Forschung setzte erst 40 Jahre später ein<sup>51</sup> – und dies auch nur, da die französische Forschung sich in wachsendem Maße für die deutsch-französischen Beziehungen im afrikanischen Kontext zu interessieren begann. Eckpfeiler dieses Schwerpunktes waren die Rolle der Bundesrepublik während der französischen Dekolonialisierung,<sup>52</sup> die deutsch-französische Zusammenarbeit im postkolonialen Afrika<sup>53</sup> und das Afrikaengagement Deutschlands und Frankreichs innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.<sup>54</sup>

Die Aufarbeitung des staatlichen Instrumentariums, welches der Bundesrepublik zur Durchsetzung ihrer Afrikaintressen zur Verfügung stand, verlief recht ungleichmäßig. Die meisten Publikationen erschienen zum wohl wichtigsten Instrument der bundesdeutschen Afrikapolitik, der Entwicklungshilfe. Doch wurde der Forschungsgegenstand nur selten klar abgesteckt. Häufig

---

Africa. London 1978. ; Arbeitskreis Afrika (Hrsg.): Südafrika - BRD, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit. Münster 1981. ; Youkpo, Boli Nicodème: Les relations entre la République fédérale d'Allemagne et l'Afrique du Sud, 1949-1982. Frankfurt am Main/Bern/u.a. 1986. ; Meyns, Peter: Cooperation without change. The foreign policy of the Federal Republic of Germany in Southern Africa. Bonn 1987. ; Wenzel, Claudius: Die Südafrika-Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1982-1992. Politik gegen Apartheid? Opladen 1994. ; N'dumbe III., Kum'a: Nationalsozialismus und Apartheid. Rassenideologie und Geldgeschäfte in den Nord-Süd Beziehungen 1933-1973. Berlin 2007. ; Madörin, Mascha, Gottfried Wellmer, Martina Egli: Apartheidschulden. Der Anteil Deutschlands und der Schweiz. Stuttgart 1999. ; Dederling, Tilman: Ostpolitik and the Relations between West Germany and South Africa. In: Fink, Carole, Bernd Schaefer (Hrsg.): Ostpolitik. 1969-1974. European and global responses. Cambridge 2009, S. 206-231.

<sup>49</sup> Vgl.: Hubrich, Heinrich Georg, Henning Melber: Namibia - Geschichte und Gegenwart zur Frage der Dekolonisation einer Siedlungskolonie. Bonn 1977. ; Mader, Julius: Neokolonialistische Praktiken der BRD gegenüber Namibia. Berlin 1978. ; Melber, H.: Bonns Namibia-Politik. Resolution 435, Kontaktgruppe und besondere Verantwortung. Eine kritische Bestandsaufnahme. In: Vereinte Nationen 35 (1987) 2, S. 45-50. ; Ropp, K. Frhr. v. d.: Perspektiven einer Lösung des Namibia-Konflikts. Unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der BR Deutschland. In: Verfassung und Recht in Übersee 20 (1987) 4, S. 431-442. ; Brenke, Gabriele: Die Bundesrepublik Deutschland und der Namibia-Konflikt. München 1989. ; Haspel, Annelie: Kontinuität oder Wandel? Das besondere Verhältnis von Deutschen zu Namibia. Hamburg 1995. ; Oldhaver, Mathias: Die deutschsprachige Bevölkerungsgruppe in Namibia. Ihre Bedeutung als Faktor in den deutsch-namibischen Beziehungen. Hamburg 1997.

<sup>50</sup> Vgl.: Haaack, Ernst, Martin Jahr: Tausendundeine Ohrfeige den Imperialisten. Eine Betrachtung zur militärpolitischen Lage im Nahen Osten und in Nordafrika. Berlin 1959. ; Markov, Walter (Hg.): Kolonialismus und Neokolonialismus in Nordafrika und Nahost. Berlin 1964.

<sup>51</sup> Vgl.: Michels, Eckard: Die Bundesrepublik und die Unabhängigkeit Tunesiens und Marokkos 1951-1962. In: Revue d'Allemagne 31 (1999), S. 439-452.

<sup>52</sup> Vgl.: Bouhsini, Sabah: Die Rolle Nordafrikas (Marokko, Algerien, Tunesien) in den deutsch-französischen Beziehungen von 1950 bis 1962. Aachen 2000. ; Rosoux, Valérie-Barbara: Les usages de la mémoire dans les relations internationales. Le recours au passé dans la politique étrangère de la France à l'égard de l'Allemagne et de l'Algérie, de 1962 à nos jours. Brüssel 2001. ; Cahn, Jean-Paul, Klaus-Jürgen Müller: La République Fédérale d'Allemagne et la guerre d'Algérie (1954-1962). Perception, implication et retombées diplomatiques. Paris 2003. ; Bülow, Mathilde v.: The foreign policy of the Federal Republic of Germany, Franco-German relations, and the Algerian war, 1954-62. Cambridge 2006 [ungedruckt].

<sup>53</sup> Vgl.: Dibengue 1994. ; Müller, Klaus-Jürgen: L'Allemagne et la décolonisation française. Actes du colloque de l'Université de Paris XII, Créteil, 18 au 20 mars 1999. Straßburg 1999 [In: Revue d'Allemagne 31 (1999)]. ; Hallbauer, Bastian: Rivalität und Zusammenarbeit in der deutschen und französischen Afrikapolitik in West- und Äquatorialafrika, 1958-1974. Kiel 2007 [ungedruckt].

<sup>54</sup> Vgl.: Dabo, Gbota: Die Politik Deutschlands und Frankreichs bei der Aushandlung der Verträge von Jaunde bis Lomé-III. Düsseldorf 2000. ; Reyels, Lili : Die Entstehung des ersten Vertrags von Lomé im deutsch-französischen Spannungsfeld 1973-1975. Baden-Baden 2008.

wurden auch die staatliche Wirtschaftshilfe sowie privatwirtschaftliche Aktivitäten in die Studien integriert. Interessanterweise war es hier nicht die ost-, sondern die westdeutsche Forschung, die zu Beginn der 1960er Jahre die ersten Publikationen vorlegte.<sup>55</sup> Die in ihnen aufgestellte These von den fünf entwicklungspolitischen Zielen der Bundesrepublik – die Aufrechterhaltung der Nichtanerkennung der DDR durch Staaten der 'Dritten Welt', die Integration von Staaten der 'Dritten Welt' in das westliche Lager, die Gewinnung ihrer Stimmen innerhalb der UNO, die Förderung der Außenwirtschaft und des Außenhandels der Bundesrepublik und schließlich, die erfolgreiche Umsetzung von social engineering-Maßnahmen, zur Anhebung der Wohlfahrt der afrikanischen Gesellschaften – hat bis heute nichts von ihrer diesen Teildiskurs prägenden Kraft eingebüßt. Nach einer Politisierung in den 1970er Jahren<sup>56</sup> erlebte der Teildiskurs in den 1980er Jahren eine erneute Versachlichung.<sup>57</sup> Damit einhergehend nahm dann Ende der 1990er Jahre auch die historische Aufarbeitung der westdeutschen Entwicklungshilfe langsam an Fahrt auf.<sup>58</sup> Im Vergleich mit den übrigen staatlichen Instrumenten der westdeutschen Afrikapolitik ist die Aufarbeitung der Entwicklungshilfe – trotz qualitativer Mängel – derzeit am weitesten vorangeschritten. Die Erforschung der übrigen Instrumente, zum Beispiel der Kulturpolitik<sup>59</sup> und der Öffentlichkeitsarbeit,<sup>60</sup> steckt dagegen noch immer in ihren Anfängen. Gleiches gilt für die Aufarbeitung der westdeutschen Militärhilfe. Erste Publikationen erschienen zwar bereits Anfang der 1970er Jahre,<sup>61</sup> doch schlief das Interesse rasch wieder ein. Auch den geheimdienstlichen

<sup>55</sup> Vgl.: Rieger, Wolfgang: Wirtschaftswunder für farbige Völker? Deutschland und die Entwicklungshilfe. Hamburg 1961. ; Heidermann, Ingrid: Neo-Kolonialismus oder Wirtschaftshilfe in Afrika? Bonn/Bad Godesberg 1969.

<sup>56</sup> An dieser Stelle seien, um Platz zu sparen, nur zwei übergreifende Schriften angeführt: Sohn, Karl-Heinz: Entwicklungspolitik. Theorie und Praxis der deutschen Entwicklungshilfe. München 1972. ; Steinweg, Reiner: Hilfe + Handel = Frieden? Die Bundesrepublik in der Dritten Welt. Frankfurt am Main 1982.

<sup>57</sup> Vgl.: Glagow, M. (Hg.): Deutsche Entwicklungspolitik. Aspekte und Probleme ihrer Entscheidungsstruktur. Saarbrücken/Fort Lauderdale 1983. ; Beine, H.: Externe Bestimmungsfaktoren der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland 1960-1980. Eine statistische und historische Analyse. Münster 1984.

<sup>58</sup> Hier seien, wiederum um Platz zu sparen, nur drei neuere Publikationen angeführt: Bellers, Jürgen (Hg.): Externe Bestimmungsfaktoren der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland 1960-1980. Eine statistische und historische Analyse. Siegen 2002. ; Nuscheler, Franz: Lern- und Arbeitsbuch der Entwicklungspolitik. Bonn<sup>5</sup> 2004. ; Hein, Bastian: Die Westdeutschen und die Dritte Welt. Entwicklungspolitik und Entwicklungsdienste zwischen Reform und Revolte. 1959-1974. München 2006.

<sup>59</sup> Vgl.: Raynaud, Franziska: Der Deutsch-Unterricht im frankophonen Afrika südlich der Sahara. In: Association des germanistes de l'enseignement superieur (Hg.): Negritude et Germanite. L'Afrique Noire dans la litterature d'expression allemande. Dakar 1983, S. 283-288.

<sup>60</sup> Vgl.: Settgast, Siegfried: Zum Nutzen der Rundfunkarbeit in den Entwicklungsländern. In: Deutsche Welle (Hg.): 20 Jahre DWAZ. 1965-1985. Köln 1985, S. 48-65. ; Klee, Hans Dieter: The Cultural Frame of Reference Applying to Radiobroadcasts to Countries of the Third World – As Illustrated by the Voice of Germany Broadcasts to Africa. In: Böhm, Ulrich (Hg.): African broadcasting in the seventies. International Conference. 25 June to 5 July 1972. Conference report. Berlin 1973, S. 75-91.

<sup>61</sup> Vgl.: Albrecht, Ulrich, Birgit A. Sommer: Deutsche Waffen für die Dritte Welt. Militärhilfe und Entwicklungspolitik. Reinbek bei Hamburg 1972. ; Baatz, Wolfgang: Afrika, die NATO und Bonn. Zur Rolle des Imperialismus der BRD bei der Verwirklichung der strategischen Pläne der NATO auf dem afrikanischen Kontinent. Leipzig 1972 [ungedruckt]. ; Baatz, Wolfgang: Zur Militärhilfe der BRD an afrikanische Nationalstaaten. In: Asien Afrika Lateinamerika 2 (1974) 6, S. 947-958. ; Karmann, Peter: Militärhilfe der Bundesrepublik Deutschland in Afrika. München 1988.

Aktivitäten und den verdeckten Operationen der Bundesrepublik auf dem afrikanischen Kontinent wurde nur wenig Interesse entgegengebracht.<sup>62</sup>

Ähnlich schlecht ist es auch um den Forschungsstand zu den wirtschaftlichen Aktivitäten bestellt. Erste Studien zur westdeutschen Außenwirtschaft erschienen bereits Ende der 1970er Jahre,<sup>63</sup> doch flaute das Interesse an ihr schon bald wieder ab. In den 1990er Jahren traten dann erste historische Studien hinzu.<sup>64</sup> Eine ähnliche Entwicklung hatte auch die Aufarbeitung des westdeutschen Außenhandels zu verzeichnen.<sup>65</sup> Einen kleinen Schub brachte lediglich das Jahr 1984, mit den Feierlichkeiten anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der deutsch-afrikanischen Beziehungen.<sup>66</sup> Schlechter schnitt lediglich die historische Aufarbeitung der in Afrika investierenden Finanzunternehmen ab.<sup>67</sup>

Etwas – wenn auch nicht viel – besser ist es um die Aufarbeitung der gesellschaftlichen Aktivitäten bestellt. Die politischen Parteien wurden bislang lediglich im Kontext des algerischen Befreiungskampfes untersucht.<sup>68</sup> Daneben wurden die parteinahen Stiftungen – meist im Rahmen

<sup>62</sup> Vgl.: Schmidt-Eenboom, Erich: Der BND - Schnüffler ohne Nase. München 1993. ; Bülow, Mathilde v.: Myth or Reality? The Red Hand and French covert action in Federal Germany during the Algerian War, 1956-61. In: Intelligence and National Security, 22 (2007) 6, S. 787-820. ; Erhardt, Helmut: Afrika begann in Pullach. Für den BND auf dem Schwarzen Kontinent. 1958 bis 2000. Schwetzingen 2009.

<sup>63</sup> Vgl.: Ferreira, Eduardo de Sousa: Strukturen der Abhängigkeit. Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Angola und Mozambique. Frankfurt am Main 1975. ; Gonschior, Peter: Deutsch-afrikanische Industriekooperationen in der Rohstoffwirtschaft. Industriegespräch der DEG mit dem Club von Dakar. Köln 1980. Explizit erwähnt sei an dieser Stelle das immer noch grundlegende Werk von Rolf Hofmeier aus dem Jahr 1981: Hofmeier, Rolf: Die wirtschaftliche und rohstoffpolitische Bedeutung Afrikas und seiner einzelnen Regionen (Südafrika, Schwarzafrika, Nordafrika) für die Bundesrepublik Deutschland. Hamburg 1981.

<sup>64</sup> Vgl.: Lefèvre, Sylvie: Projets franco-allemands de développement économique en Afrique du Nord (1950-1955). In: Revue d'Allemagne 25 (1993), S. 581-588. ; Cron, Jan C.: Deutsche Unternehmen im Entwicklungsprozeß Südafrikas. Wiesbaden 1997. ; Wilkens, Andreas: Vom Rhein bis zum Congo. Französisch-deutsche Wirtschaftsprojekte und Politik in Afrika 1950-1959. In: Revue d'Allemagne 31 (1999), S. 481-496.

<sup>65</sup> Hervorgehoben seien hier die – trotz ihres hohen Alters – immer noch lesenswerten Arbeiten von Percy Ernst Schramm und Karl-Heinz Blank: Schramm, Percy Ernst: Deutschland und Übersee. Der deutsche Handel mit den anderen Kontinenten, insbesondere Afrika, von Karl V. bis zu Bismarck. Ein Beitrag zur Geschichte der Rivalität im Wirtschaftsleben. Braunschweig u.a. 1950. ; Blank, Karl-Heinz: Die Handelsbeziehungen zwischen Südafrika und Deutschland 1919-1957. Bonn 1958. ; Kappel, Robert: Germany's economic interests in sub-Saharan Africa: The silent agenda. In: Engel, Ulf, Robert Kappel (Hrsg.): Germany's Africa policy revisited. Interests, images and incrementalism. Münster u.a. 2002, S. 153-164. ; Bülow, Mathilde v.: The Telefunken Affair and the internationalisation of the Algerian war, 1957-59. In: Journal of Strategic Studies, 28 (2005) 4, S. 703-729.

<sup>66</sup> Vgl.: Krämer, Martin: Deutscher Afrika-Handel. Rückblick und Ausblick in kritischer Phase. In: Höpker, Wolfgang (Hg.): Hundert Jahre Afrika und die Deutschen. Pfullingen 1984, S. 69-75. ; Krämer, Martin: Die Chronik des Afrika-Vereins. In: Krämer, Martin (Hg.): Afrika. 50 Jahre Wirtschaftspartnerschaft 1984. Hamburg 1984, S. 11-42. ; Winkler, Gero: Deutsch-Afrikanischer Außenhandel 1933-1983. In: Krämer, Martin (Hg.): Afrika. 50 Jahre Wirtschaftspartnerschaft 1984. Hamburg 1984, S. 185-198. ; Harding, Leonhard: 1884-1984. Cent ans de relations commerciales. In: N'dumbe III, Kum'a Alexandre (Hg.): L'Afrique et Allemagne, de la Colonisation à la coopération 1884 - 1986, Le Cas du Cameroun. Yaoundé 1986, S. 392-413. ; Prager, Hans Georg, Frömsdorf, Richard: Es begann auf Sansibar. 100 Jahre DOAG. Eine Bilanz deutsch-überseeischer Wirtschaftsgeschichte. Lübeck 1986. ; Hücking, Renate, Ekkehard Launer: Aus Menschen Neger machen. Wie sich das Handelshaus Woermann an Afrika entwickelt hat. Hamburg 1986.

<sup>67</sup> Vgl.: Pater, Siegfried, Gert Eisenbürger (Hrsg.): Geld für die Welt. Bundesdeutsche Banken und Dritte Welt. Ein medico-internationales-Buch. Bornheim-Merten 1987.

<sup>68</sup> Vgl.: Scheffler, Thomas: Die SPD und der Algerienkrieg (1954-1962). Berlin 1995. ; Markowitz, Reiner: "Die Kommunisten stecken dahinter". Unionsparteien und Algerienkrieg 1954-1962. In: Revue d'Allemagne 31 (1999), S. 555-566.

ihrer entwicklungspolitischen Aktivitäten – in Augenschein genommen.<sup>69</sup> Wohl, da der Deutsche Gewerkschaftsbund in Afrika eng mit der parteinahen Stiftung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Friedrich Ebert-Stiftung, zusammenarbeitete, sucht man Arbeiten zur westdeutschen Gewerkschaftsarbeit in Afrika bislang vergebens. Besser ist es da um die Aufarbeitung der Afrikaaktivitäten der katholischen und der evangelischen Kirche bestellt. Doch verhindern Schwerpunkte wie die Republik Südafrika<sup>70</sup> und die kirchliche Entwicklungshilfe<sup>71</sup> bislang eine übergreifende Untersuchung der kirchlichen Aktivitäten auf dem gesamten afrikanischen Kontinent. Weitere organisierte gesellschaftliche Kräfte, wie die Deutsche Afrika-Gesellschaft oder die zahlreichen bilateralen deutsch-afrikanischen Gesellschaften,<sup>72</sup> sind bislang ebenfalls nur unzureichend erforscht. Größeres Interesse erregte lediglich die Untersuchung der in der sogenannten Dritte Welt-Bewegung versammelten Gruppen.<sup>73</sup>

Ein guter Überblick besteht dagegen inzwischen im Hinblick auf die Wahrnehmung Afrikas und der Afrikaner durch 'die Westdeutschen'. Anfänglich beschränkte sich die Forschung noch auf Untersuchungen der westdeutschen Presse.<sup>74</sup> Im Zuge der postcolonial studies wurden dann aber

<sup>69</sup> Vgl.: Krieger, Silke (Hg.): Partner für den demokratischen Weg. Die gesellschaftspolitische Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in den Entwicklungsländern. Sankt Augustin 1983. ; Thesing, Josef (Hg.): In der Welt und für die Welt. 40 Jahre internationale Zusammenarbeit. Persönliche Erfahrungsberichte. Sankt Augustin 2002. ; Hillebrand, Ernst, Volker Vinnai: The Friedrich-Ebert-Stiftung and German policy on Africa. Some remarks. In: Engel, Ulf, Robert Kappel (Hrsg.): Germany's Africa policy revisited. Interests, images and incrementalism. Münster u.a. 2002, S. 127-139. ; Wille, Andreas, Klaus-Peter Treydte, Volker Vinnai: Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in wichtigen Schwellenländern: Chile, Indien und Südafrika. Bonn 2009. ; Hofmann, Norbert von, Volker Vinnai, Hermann Benzing: Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Indonesien, Tansania und Zentralamerika seit den 1960er Jahren. Bonn 2011.

<sup>70</sup> Vgl.: Hermann, Gunther J.: Apartheid als ökumenische Herausforderung. Die Rolle der Kirchen im Südafrikakonflikt. Frankfurt am Main 2006. ; Schultze, Andrea Katarina: In Gottes Namen Hütten bauen. Kirchlicher Landbesitz in Südafrika - die Berliner Mission und die Evangelisch-Lutherische Kirche Südafrikas zwischen 1834 und 2002. Berlin 2002.

<sup>71</sup> Vgl.: Watzal, Ludwig: Die Entwicklungspolitik der katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland. Mainz 1985.

<sup>72</sup> Vgl.: Toetemeyer, Hans-Günther: Private Initiativen zur Abrundung der deutschen Außenpolitik: Das Beispiel der Deutsch-Namibischen Gesellschaft. In: .Steinbach, Udo, Volkmar Köhler (Hrsg.): Entwicklungszusammenarbeit in Kultur, Recht und Wirtschaft. Grundlagen und Erfahrungen aus Afrika und Nahost. Festgabe für Volkmar Köhler zum 65. Geburtstag. Opladen 1995, S. 365-376.

<sup>73</sup> Vgl.: Leggewie, Claus: Kofferträger. Das Algerienprojekt der Linken im Adenauer-Deutschland. Berlin 1984. ; Balsen, Werner, Karl Rössel: Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte Welt-Bewegung in der Bundesrepublik. Köln 1986. ; Gomsu, Joseph: Wohlfeile Fernstenliebe. Literarische und publizistische Annäherungsweisen der westdeutschen Linken an die Dritte Welt. Opladen/Wiesbaden 1998. ; Olejniczak, Claudia: Die Dritte-Welt-Bewegung in Deutschland. Konzeptionelle und organisatorische Strukturmerkmale einer neuen sozialen Bewegung. Wiesbaden 1999. ; Bacia, Jürgen, Dorothee Leidig: Kauft keine Früchte aus Südafrika! Geschichte der Anti-Apartheid-Bewegung. Frankfurt am Main 2008.

<sup>74</sup> Aus der kontinuierlich wachsenden Zahl diesbezüglicher Studien seien an dieser Stelle nur die älteste und einige aktuellere Arbeiten angeführt: Thiele, Ernst: Asien und Afrika in unseren Zeitungen. Was bringt die deutsche Tagespresse über die Entwicklungsländer in Asien, im Orient und in Schwarz-Afrika? Hannover 1962. ; Krems, Olaf: Der Blackout-Kontinent. Projektion und Reproduktion eurozentrischer Afrika- und Afrikanerbilder unter besonderer Berücksichtigung der Berichterstattung in deutschsprachigen Massenmedien. Münster 2002. ; Mücke, Lutz: 'Journalisten der Finsternis'. Akteure, Strukturen und Potenziale deutscher Afrika-Berichterstattung. Köln 2009.

auch Literatur,<sup>75</sup> Schulbücher,<sup>76</sup> Film und Fernsehen<sup>77</sup> und neuerdings auch der Tourismus,<sup>78</sup> in Augenschein genommen. Komplementär hierzu rückte in jüngster Zeit – wiederum eine Folge der postcolonial studies – das Deutschlandbild von in Deutschland lebenden Afrikanern und Afrodeutschen ins Blickfeld der Forschung.<sup>79</sup>

Die Aufarbeitung der staatlichen Aktivitäten der DDR in Afrika setzte Mitte der 1960er Jahre, mit dem Besuch des Staatsratsvorsitzenden der DDR und Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, in der Vereinigten Arabischen Republik, ein.<sup>80</sup> Spiegelverkehrt zur Erforschung der staatlichen Aktivitäten der BRD war es hier nicht die ost-, sondern die westdeutsche Forschung, die den Teildiskurs dominierte – und dies über die gesamte Dauer des Kalten Krieges.<sup>81</sup> Erst mit dem Ende der DDR sollten Ostdeutsche beginnen,

<sup>75</sup> Vgl.: Association des germanistes de l'enseignement superieur (Hg.): *Negritude et Germanite. L'Afrique Noire dans la litterature d'expression allemande*. Dakar 1983. ; Gouaffo, Albert: *Fremdheitserfahrung und literarischer Rezeptionsprozeß. Zur Rezeption der frankophonen Literatur des subsaharischen Afrika im deutschen Sprach- und Kulturraum* (unter besonderer Berücksichtigung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR 1949-1990). Frankfurt am Main 1998. ; Dunker, Axel (Hg.): *(Post-)Kolonialismus und deutsche Literatur. Impulse der angloamerikanischen Literatur- und Kulturtheorie*. Bielefeld 2005.

<sup>76</sup> Vgl.: Poenicke, Anke: *Afrika in deutschen Medien und Schulbüchern*. Sankt Augustin 2001. ; Poenicke, Anke: *Afrika realistisch darstellen. Diskussionen und Alternativen zur gängigen Praxis - Schwerpunkt Schulbücher*. Sankt Augustin<sup>2</sup> 2003. ; Kemme, Manfred: *Das Afrikabild in deutschen Religionsbüchern. Eine Untersuchung katholischer Religionsbücher für die Sekundarstufe I*. Münster 2004.

<sup>77</sup> Vgl.: Baer, Martin: *Von Heinz Rühmann bis zum Traumschiff. Bilder von Afrika im deutschen Film*. In: Arndt, Susan (Hg.): *AfrikaBilder. Studien zu Rassismus in Deutschland*. Münster 2001, S. 253-267. ; Torma, Franziska: *Eine Naturschutzkampagne in der Ära Adenauer. Bernhard Grzimeks Afrikafilme in den Medien der 50er Jahre*. München 2004. ; Michels, Eckard: *Geschichtspolitik im Fernsehen – Die WDR-Dokumentation 'Heia Safari' von 1966/67 über deutsche Kolonialvergangenheit*. In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 3 (2008), S. 467-492.

<sup>78</sup> Vgl.: Backes, Martina: *Traumwelten und Trugbilder des touristischen Afrikabildes*. In: Golly, Nadine, Stephan Cohrs (Hrsg.): *Deplatziert! Interventionen postkolonialer Kritik*. Berlin 2008, S. 47-88. ; Rodrian, Philipp: *Das Erbe der deutschen Kolonialzeit in Namibia im Fokus des "Tourist Gaze" deutscher Touristen*. Würzburg 2009.

<sup>79</sup> Zu dieser Thematik seien an dieser Stelle nur drei neuere Werke angeführt: Bechhaus-Gerst, Marianne (Hg.): *Koloniale und postkoloniale Konstruktionen von Afrika und Menschen afrikanischer Herkunft in der deutschen Alltagskultur*. Frankfurt am Main/u.a. 2006. ; Bülow, Mathilde v.: *Hôtes importuns. Des Algériens en République fédérale pendant la guerre d'Algérie (1957-62)*. In: Cahn, Jean-Paul, Bernard Poloni (Hrsg.): *Migrations et Identités. L'exemple de l'Allemagne au XIXe et XXe siècle*. Lille 2009, S. 119-132. ; Nolting, Nina v., Thomas Bierschenk, u.a. (Hrsg.): *Nation im Exil? Eritreer in Deutschland*. Köln 2010.

<sup>80</sup> Vgl.: Hottinger, Arnold: *Die Hintergründe der Einladung Ulbrichts nach Kairo*. In: *Europa Archiv* 19 (1965) 20, S. 107-114. ; Schatten, Fritz: *Zur Afrikapolitik des deutschen Kommunismus – Grundlagen, Absichten, Schwerpunkte*. In: *Der Ostblock und die Entwicklungsländer* 19 (1965), S. 15-27. ; Ludwig, Harald: *Die "DDR" in Afrika (I) – Der Einfluss der SBZ auf die unabhängigen afrikanischen Länder*. In: *SBZ-Archiv* 16 (1965) 6, S. 83-86. ; Ludwig, Harald: *Die "DDR" in Afrika (II) – Die Aktivität in den arabischen Ländern*. In: *SBZ Archiv* 16 (1965) 22, S. 351-356.

<sup>81</sup> Vgl.: Marsh, William W.: *East Germany and Africa*. In: *Africa Report* 14 (1969) 3/4, S. 59-64. ; Reime, Sibyl: *Die Tätigkeit der DDR in den nichtkommunistischen Ländern. Bd. 8: Schwarzafrika*. Bonn 1972. ; Willerding, Klaus: *Die DDR und die national befreiten Staaten Asiens und Afrikas*. In: *Asien Afrika Lateinamerika* 2 (1974) 5, S. 687-700. ; Lamm, Hans Siegfried, Kupper, Siegfried: *DDR und Dritte Welt*. München 1976. ; Plate, Bernard von: *Die Aussenwirtschaftsbeziehungen der DDR zu den Entwicklungsländern und die neue Weltwirtschaftsordnung*. Ebenhausen bei München 1979. ; Löwis of Menar, Henning von: *Solidarität und Subversion. Die Rolle der DDR im südlichen Afrika*. In: *Deutschland-Archiv* 10 (1977) 6, S. 643-648. ; Bischof, Henrik: *Die DDR in Afrika*. In: *Monatsberichte. Entwicklungspolitische Aktivitäten kommunistischer Länder* 11 (1977), S. 261-296. ; Löwis of Menar, Henning von: *Das politische und militärische Engagement der Deutschen Demokratischen Republik in Schwarzafrika. Ein Überblick von 1953 bis 1978*. In: *Beiträge zur Konfliktforschung* 8 (1978) 1, S. 5-54. ; o.A.: *Die Rolle der DDR in Afrika. Der Warschauer Pakt und die Dritte Welt*. In: *Wehrpolitische Informationen* 26 (1978) 40, S. 2-5. ; Willerding, Klaus: *Zur Afrikapolitik der DDR*. In: *Deutsche Außenpolitik* 24 (1979) 8, S. 5-

sich in größerem Maße in den Diskurs einzuschalten und schließlich sogar die Führung übernehmen.<sup>82</sup> Zu nennen sind hier an erster Stelle der ehemalige ostdeutsche Diplomat Hans-Georg Schleicher und seine Ehefrau Ilona Schleicher. Interessenschwerpunkte bildeten hier die Republik Südafrika,<sup>83</sup> die nordafrikanische Region<sup>84</sup> und eine Vielzahl afrikanischer Befreiungsbewegungen.<sup>85</sup> Zur ostdeutsche Entwicklungshilfe, meist als Solidaritätshilfe bezeichnet, erschien seit den 1980er Jahren eine größere Zahl von Publikationen.<sup>86</sup> Doch wurde der Begriff der staatlichen Entwicklungshilfe, wie schon im Fall der BRD, nicht klar vom übrigen staatlichen Instrumentarium

---

19. ; Plate, Bernhard von: Afrika südlich der Sahara. In: Jacobsen, Hans-Adolf, Gert Leptin, u.a. (Hg.): Drei Jahrzehnte Aussenpolitik der DDR. Bestimmungsfaktoren, Instrumente, Aktionsfelder. Wien 1979, S. 657-671, hier S. 670. ; Lehfeld, Horst: Zum antiimperialistischen Bündnis zwischen der DDR und den national befreiten Staaten Afrikas. In: Asien, Afrika, Lateinamerika 7 (1979) 6, S. 1131-1134. ; Castro, P. de: L'intervention est-allemande en Afrique. In: Confidential (1979) 1, S. 3-18. ; Kuppe, Johannes: "Investitionen, die sich lohnten - Zur Reise Honeckers nach Afrika", in: Deutschland Archiv 12 (1979) 4, S. 347-352. ; Bigler, Robert M.: The Role of the German Democratic Republic in the Communist Penetration of Africa. In: Grieves, Forest L. (Hg.): Transnationalism in World Politics and Business. New York/u.a. 1979, S. 191-202. ; Glass, George A.: Die DDR in Schwarzafrika. In: Rissener Jahrbuch 1979/80. Hamburg 1979, o.S. ; Willerding 1979. ; Glass, George A.: East Germany in black Africa. A new special role? In: The World Today 36 (1980) 8, S. 305-312. ; Coker, Christopher: East Germany and Southern Africa. In: The Journal of Social and Political Studies 5 (1980) 3, S. 231-244. ; Croan, Melvin: East Germany and Africa. In: Albright, David E., Jiri Valenta (Hrsg.): The Communist States and Africa. Bloomington in Indiana 1980. ; Croan, Melvin: DDR-Neokolonialismus in Afrika. Bonn 1981. ; Starrels, John M.: East Germany - Marxist Mission in Africa. Washington, D.C. 1981. ; Löwis of Menar, Henning v.: DDR und Dritte Welt, In: Brunner, Georg (Hg.): Die innere und äußere Lage der DDR. Berlin 1982, S. 123-140, hier S. 139. ; Löwis of Menar, Henning von: Die DDR und Afrika. In: Gutmann, Gernot, Maria Haendcke-Hoppe: Die Außenbeziehungen der DDR. Heidelberg 1981, S. 221-230, hier S. 225. ; Post, Ulrich, Frank Sandvoss (Hrsg.): Die Afrikapolitik der DDR. Hamburg 1982. ; Plate, Bernard v.: Die DDR und Gesellschaftspolitische Entwicklungsmöglichkeiten in der Dritten Welt. In: Baske, Siegfried, Gottfried Zieger (Hg.): Die Dritte Welt und die beiden Staaten in Deutschland. Asperg bei Stuttgart 1983, S. 93-108. ; Plate, Bernard v.: Revolutionary Change in Africa: Some implications for East German Policy Behavior. In: Nation, R. Craig, Mark V. Kauppi (Hrsg.): The Soviet Impact in Africa. Lexington in Massachusetts/ Toronto 1984, S. 87-103. ; Greig, Ian: East Germany's drive for influence in Africa. In: Institute for Strategic Studies, University of Pretoria, Strategic Review June (1985), S. 19-26. ; Kuhns, Woodrow J.: The German Democratic Republic in Africa. In: East European Quarterly 19 (1985) 2, S. 219-240. ; Heuvel, Martin van den: De DDR in Afrika. In: Internationale Spectator 40 (1986) 7, S. 425-432. ; Hillebrand, Ernst: Das Afrika-Engagement der DDR. Frankfurt am Main u.a. 1987. ; Winrow, Gareth M.: The foreign policy of the GDR in Africa. Cambridge New York/u.a. 1990. ; Barnett, Thomas: Romanian and East German Policies in the Third World. Comparing the Strategies of Ceaucescu and Honecker. Westport 1992. ; Troche, Alexander: Ulbricht und die Dritte Welt. Ost-Berlins „Kampf“ gegen die Bonner „Alleinvertretungsanmaßungen“. Erlangen/Jena 1996. ; Döring, Hans-Joachim: "Es geht um unsere Existenz". Die Politik der DDR gegenüber der Dritten Welt am Beispiel von Mosambik und Äthiopien. Berlin 1999. ; Möller, Harald: DDR und Dritte Welt. Die Beziehungen der DDR mit Entwicklungsländern – ein neues theoretisches Konzept, dargestellt anhand der Beispiele China und Äthiopien sowie Irak/Iran. Berlin 2004.

<sup>82</sup> Vgl.: Schleicher, Hans-Georg: Zwischen Klassenkampf und neuem Denken: Die DDR-Afrikapolitik der achtziger Jahre. In: Internationales Afrikaforum 27 (1991) 4, S. 367-372. ; Heyden, Ulrich van der, Ilona Schleicher, Hans-Georg Schleicher (Hrsg.): Die DDR und Afrika. Band 1: Zwischen Klassenkampf und neuem Denken. Münster 1993. ; Heyden, Ulrich van der, Ilona Schleicher, Hans-Georg Schleicher (Hrsg.): Die DDR und Afrika. Band 2: Engagiert für Afrika. Münster 1994. ; Schleicher, Ilona: Maschinenpistolen, Stahlhelme, LKW. DDR-Unterstützung für den bewaffneten Befreiungskampf. In: Namibia-Magazin 6 (1995) 2/3, S. 44-50. ; Schleicher, Hans-Georg: Juniorpartner der Sowjetunion. Die DDR im südlichen Afrika. In: Behrens, Michael, Robert von Rimscha (Hrsg.): Südafrika nach der Apartheid. Aspekte des politischen, sozioökonomischen und kulturellen Wandels in der Ära de Klerk. Baden-Baden 1996, S. 65-80. ; Schleicher, Hans-Georg: Entwicklungszusammenarbeit und Außenpolitik der DDR. In: Bücking, Hans-Jörg (Hg.): Entwicklungspolitische Zusammenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Berlin 1998, S. 95-110. ; Besier, Gerhard: Internationale Religionspolitik als sozialistische Außenpolitik. Das Beispiel der DDR-Außenpolitik im südlichen Afrika (1970-1990). In: Timmermann, Heiner (Hg.): Die DDR – Politik und Ideologie als Instrument. Berlin 1999, S. 719-756. ; Metzger, Chantal: Les relations entre la RDA et l'Afrique noire de 1958 à 1962 vues par Neues

abgegrenzt. So findet man in den diesbezüglichen Abhandlungen meist auch Passagen über staatliche Wirtschaftshilfe oder Hilfsprogramme gesellschaftlicher Organisationen. Wie im Fall der BRD fällt der Aufarbeitungsstand des übrigen Instrumentariums der staatlichen ostdeutschen Afrikaaktivitäten weit hinter denjenigen der Entwicklungshilfe zurück. Dies gilt für die Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit ebenso,<sup>87</sup> wie für die geheimdienstlichen und verdeckten Aktivitäten.<sup>88</sup> Lediglich die ostdeutsche Militärhilfe konnte sich zu einem halbwegs ebenbürtigen

---

Deutschland. In: Revue d'Allemagne 31 (1999), S. 391-403. ; Schleicher, Hans-Georg: Die Interessenlage der Afrikapolitik der DDR. In: Bock, Siegfried (Hg.): DDR-Außenpolitik im Rückspiegel. Diplomaten im Gespräch. Münster 2004, S. 253-281. ; Wüstenhagen, Jana: "... [das] Maximum für die DDR heraus [...] holen". Die Rolle von Werner Lamberz im Eritrea-Konflikt 1977/78. Ein Beitrag zur Außenpolitik der DDR. In: Timmermann, Heiner (Hg.): Die DDR in Deutschland. Ein Rückblick auf 50 Jahre. Berlin 2001, 159-180. ; Heyden, Ulrich van der (Hg.): Kalter Krieg in Ostafrika? Die Beziehungen der DDR zu Sansibar und Tansania. Berlin/u.a. 2009. ; Schleicher, Hans-Georg: Afrika 1989/90 – das Beispiel Namibia. In: Bock, Siegfried, Ingrid Muth, Hermann Schwiesau (Hrsg.): DDR-Außenpolitik. Ein Überblick. Daten, Fakten, Personen. Bd. III. Berlin 2010, S. 88-94.

<sup>83</sup> Nicht nur aufgrund der ostdeutschen Unterstützung der südafrikanischen Unabhängigkeitsbewegung *African National Congress* entwickelte sich die Republik Südafrika zu einem Schwerpunkt der Forschung über die ostdeutschen Afrikaaktivitäten. Die Frage, inwieweit die DDR sich an einem internationalen Handelsboykott gegen das in Südafrika regierende sogenannte 'Apartheidsregime' beteiligt hat, ist seit 1990 Gegenstand einer Forschungskontroverse, die bereits mehrere wissenschaftliche Publikationen zur Folge hatte. Von diesen sei an dieser Stelle nur auf die Älteste und die Jüngste verwiesen: Schleicher, Ilona: Zur Diskussion um die Beteiligung der DDR an Sanktionen gegen Südafrika Anfang der sechziger Jahre. In: Afrika Spectrum 3 (1990), S. 282-293. ; Heyden, Ulrich van der: Zwischen Solidarität und Wirtschaftsinteressen. Die 'geheimen' Beziehungen der DDR zum südafrikanischen Apartheidregime. Münster 2005, S. 140.

<sup>84</sup> Vgl.: Hirschfeld, Ronald: Die Beziehung der DDR zu Algerien, Syrien und der VAR zwischen 1953-1970. Theorie und Praxis der DDR-Außenpolitik in der 3. Welt. o. O. 1978 [ungedruckt]. ; Plate, Bernard v.: Der Nahe und Mittlere Osten sowie der Maghreb. In: Jacobsen, Hans-Adolf, Gert Leptin, u.a. (Hg.): Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR. Bestimmungsfaktoren, Instrumente, Aktionsfelder. Wien 1979, S. 673-698. ; Ammer, Thomas: Zu den Beziehungen DDR-Libyen. Bonn 1983. ; Blasius, Rainer: "Völkerfreundschaft" am Nil. Ägypten und die DDR im Februar 1965. Stenographische Aufzeichnungen aus dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten über den Ulbricht-Besuch bei Nasser. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 46 (1998) 4, S. 747-805. ; Bayerlacher, Wolfgang: Die außenpolitischen Interessen und die Beziehungen der DDR zu Äthiopien. In: Bock, Siegfried (Hg.): Alternative deutsche Außenpolitik? DDR-Außenpolitik im Rückspiegel. Bd. II. Berlin/u.a. 2006, S. 98-115. ; Staadt, Jochen: "Bruder Gaddafi", Petrodollars und eine Moschee für Leipzig. Die folgenschweren Beziehungen der DDR zu Libyen. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 23 (2008), S. 42-55. ; Taubert, Fritz: La guerre d'Algérie et la République Démocratique Allemande. Le rôle de l' "autre" Allemagne pendant les "événements" (1954 à 1962). Dijon 2010.

<sup>85</sup> Vgl.: Schleicher, Hans-Georg: Zur Politik der DDR gegenüber der zimbabwischen Befreiungsbewegung, in: Asien, Afrika, Lateinamerika 23 (1995) 1, S. 11-27. ; Schleicher, Hans-Georg: Kontinuität und Wandel in der Namibia-Politik der DDR. In: Asien Afrika Lateinamerika 27 (1999) 3, S. 267-298. ; Schleicher, Ilona: Zur materiellen Unterstützung der SWAPO durch die DDR. In: Asien Afrika Lateinamerika 27 (1999) 1, S. 1-18. ; Möller, Harald: DDR und Äthiopien. Unterstützung für ein Militärregime (Arbeitspapier). Berlin 1999. ; Möller, Harald: DDR und Äthiopien. Unterstützung für ein Militärregime (1977-1989). Eine Dokumentation. Berlin 2003. ; Döring, Hans-Joachim (Hg.): Freundschaftsbande und Beziehungskisten. Die Afrikapolitik der DDR und der BRD gegenüber Mosambik. Frankfurt am Main 2005. ; Voß, Matthias (Hg.): Wir haben Spuren hinterlassen! Die DDR in Mosambik. Erlebnisse, Erfahrungen und Erkenntnisse aus drei Jahrzehnten. Münster 2005. ; Schleicher, Hans-Georg: Die Haltung der DDR zu Befreiungsbewegungen am Beispiel der SWAPO Namibias. In: Bock, Siegfried (Hg.): Alternative deutsche Außenpolitik? DDR-Außenpolitik im Rückspiegel. Bd. II. Berlin u.a. 2006, S. 116-135. ; Schleicher, Hans-Georg: GDR Solidarity: The German Democratic Republic and the South African Liberation Struggle. In: The Road to Democracy in South Africa. Vol. 3: International Solidarity. Part 2. Pretoria/Hollywood 2008, S. 1069-1153.

<sup>86</sup> Vgl.: Büttner, Siegfried: DDR-Hilfe für Entwicklungsländer. In: Einheit 35 (1980) 10, S. 1081-1082. ; Löwis of Menar, Henning v.: Die Ausbildung von Swapo-Kadern in der Deutschen Demokratischen Republik. Bonn 1983. Neben den schon erwähnten Sammelbänden von Schleicher und Heyden sei an dieser Stelle auf einige aktuellere

Forschungsthema entwickeln.<sup>89</sup>

Im Fall der wirtschaftlichen Aktivitäten konnte bislang ein bescheidener Forschungsstand zur Außenwirtschaft<sup>90</sup> und zum Außenhandel der DDR aufgebaut werden.<sup>91</sup> Arbeiten zu den Afrikaaktivitäten ostdeutscher Finanzinstitutionen sucht man dagegen bislang vergebens.

Nicht besser ist es um die Aufarbeitung der gesellschaftlichen Aktivitäten bestellt. Zwar existieren einige Studien zu den Afrikaaktivitäten der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands<sup>92</sup> und des

---

Arbeiten verwiesen: Reuter, Lutz R., Annette Scheunflug: Die Schule der Freundschaft. Eine Fallstudie zur Bildungszusammenarbeit zwischen der DDR und Mosambik. Münster/München/u.a. 2006. ; Krause, Jürgen: Das DDR-Namibia-Solidaritätsprojekt "Schule der Freundschaft". Möglichkeiten und Grenzen interkultureller Erziehung. Oldenburg 2009. ; Oberhummer, Iris Christina: Experten der „wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit“ der DDR in Afrika. Alltag und Lebensweisen zwischen DDR-Richtlinien und angespannter Sicherheitslage in den 1970er und 1980er Jahren. Wien 2010 [ungedruckt].

<sup>87</sup> Vgl.: Odermann, Heinz: Wellen mit tausend Klängen. Geschichten rund um den Erdball in Sendungen des Auslandsrundfunks der DDR Radio Berlin International. Berlin 2003. ; Bunnenberg, Christian: Der "Kongo-Müller". Eine deutsche Söldnerkarriere. Münster 2006. ; Eberspächer, Cord, Gerhard Wiechmann: Systemkonflikt in Afrika. Deutsch-deutsche Auseinandersetzungen im Kalten Krieg am Beispiel Guineas 1969-1972. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 23 (2008), S. 30-41. ; Decker, Roman, Cord Eberspächer, Cord Wiechmann: Der Dokumentarfilm als Waffe im Kalten Krieg: "Der lachende Mann. Bekenntnisse eines Mörders" und "Immer wenn der Steiner kam". Sternstunden des Films oder demagogische Demontage? In: Karl, Lars (Hg.): Leinwand zwischen Tauwetter und Frost. Der osteuropäische Spiel- und Dokumentarfilm im Kalten Krieg. Berlin 2007, S. 171-202.

<sup>88</sup> Vgl.: Schleicher, Hans-Georg, Ulf Engel: DDR-Geheimdienst und Afrikapolitik. In: Aussenpolitik 47 (1996) 4, S. 399-409. ; Wingert, Roland: Schwarzer Mohn. Das Leben und Denken eines Aufklärers der DDR in Südwest-Afrika. Norderstedt 2006. ; Fischer, Bernd: Als Diplomat mit zwei Berufen. Die DDR-Aufklärung in der Dritten Welt. Berlin 2009.

<sup>89</sup> Croan, Melvin: A New Africa Corps? In: The Washington Quarterly 3 (1980) 1, S. 21-37. ; Löwis of Menar, Henning von: Militärisches und paramilitärisches Engagement der DDR in der Dritten Welt. In: Baske, Siegfried, Gottfried Zieger (Hg.): Die Dritte Welt und die beiden Staaten in Deutschland. Asperg 1983, S. 125-138. ; Spanger, Hans-Joachim: Militärpolitik und militärisches Engagement der DDR in der Dritten Welt. In: Deutschland-Archiv 18 (1985) 8, S. 832-845. ; Schöne, Bernhard: Die NVA und das subsaharische Afrika. Zu den militärischen Auslandsbeziehungen der DDR. In: Heyden, Ulrich van der, Ilona Schleicher, Hans-Georg Schleicher (Hrsg.): Die DDR und Afrika. Band 1: Zwischen Klassenkampf und neuem Denken. Münster 1993, S. 31-44. ; Schleicher, Hans-Georg, Ilona Schleicher: Waffen für den Süden Afrikas. Die DDR und der bewaffnete Befreiungskampf. In: Heyden, Ulrich van der, Ilona Schleicher, Hans-Georg Schleicher (Hrsg.): Die DDR und Afrika Band 2: Engagiert für Afrika. Münster/Hamburg 1994, S. 7-30. ; Schleicher, Ilona, Hans-Georg Schleicher: Die DDR im südlichen Afrika. Solidarität und Kalter Krieg. Hamburg 1997. ; Storkmann, Klaus: Solidarität und Interessenpolitik. Militärhilfen der DDR für die Dritte Welt. In: Horch und Guck. Zeitschrift zur kritischen Aufarbeitung der SED-Diktatur 4 (2010), S. 26-31. ; Storkmann, Klaus: Fighting the Cold War in southern Africa? East German military support to FRELIMO. In: Portuguese Journal of Social Science 9 (2010) 2, S. 151-164. ; Storkmann, Klaus: Globaler Kalter Krieg? Militärhilfen der DDR für die sogenannte Dritte Welt. In: Mack, Hans-Hubertus, Laszlo Veszprémy u.a. (Hrsg.): Die NVA und die Ungarische Volksarmee im Warschauer Pakt. Potsdam 2011, S. 89-104.

<sup>90</sup> Hier seien nur ein älteres und zwei jüngere Werke erwähnt: Schreiber, Gerhard: Die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Mitgliedsländern des RGW und sozialistisch orientierten Entwicklungsländern, untersucht am Beispiel der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und der VR Angola. Berlin 1985 [ungedruckt]. ; Grabner, Walter: 12 Jahre DDR-Beteiligung am Projekt 'Steinkohle Moatize'. In: Voß, Matthias (Hg.): Wir haben Spuren hinterlassen! Die DDR in Mosambik. Erlebnisse, Erfahrungen und Erkenntnisse aus drei Jahrzehnten. Münster 2005, S. 216-269. ; Lehmann, Rudolf: Mein Traum von Afrika. Hochseefischerei beiderseits des Äquators. Rostock Bargeshagen 2011.

<sup>91</sup> Vgl.: Scharschmidt, Gerhard: Die Bedeutung der politischen und ökonomischen Entwicklungstendenzen der VAR/Ägypten für die Handelsbeziehungen mit der DDR. Berlin 1961 [ungedruckt]. ; Brendel, Gerhard: Die Stellung des ausländischen Handelskapitals in der Wirtschaft Ghanas und die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die Handelsbeziehungen der DDR mit Ghana. Berlin 1963. ; Gutwald, Harald: Die Nationalisierungspolitik, insbesondere auf dem Gebiet des Außenhandels, in den westafrikanischen Republiken



Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds,<sup>93</sup> doch liegt deren Erscheinungsdatum in den meisten Fällen bereits mehrere Jahrzehnte zurück. Lediglich die Aktivitäten des Solidaritätskomitees<sup>94</sup> – erstaunlicherweise auch der ostdeutschen Kirchen<sup>95</sup> – erfreuen sich ungebrochener Beliebtheit. Die Aufarbeitung von Aktivitäten der übrigen organisierten gesellschaftlichen Kräfte, wie der Deutsch-afrikanischen Gesellschaft,<sup>96</sup> der Freien Deutschen Jugend<sup>97</sup> oder auch der ostdeutschen Solidaritätsbewegung<sup>98</sup> fällt demgegenüber nicht weiter ins Gewicht. Nur wenige Publikationen erschienen bislang auch zur Wahrnehmung Afrikas und 'der Afrikaner' in der ostdeutschen Gesellschaft. Lediglich drei Studien liegen zum Bild Afrikas in der ostdeutschen Presse,<sup>99</sup> eine weitere zum Bild Afrikas in der ostdeutschen Literatur vor.<sup>100</sup> Dafür hat das Thema der Wahrnehmung der DDR durch Afrikaner und Afrodeutsche bereits eine nicht unerhebliche Zahl von

---

Guinea, Mali, Ghana und Nigeria und ihre Bedeutung für die Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR mit diesen Ländern. Berlin 1967 [ungedruckt]. ; Hendrichs, Klaus-Michael: Die Wirtschaftsbeziehungen der Deutschen Demokratischen Republik mit den Entwicklungsländern. Saarbrücken 1981. ; Sandvoss, Frank: The German Democratic Republic's policies in Africa. 1982-1983. Balancing aid with trade. In: Africa Contemporary Record 16 (1983/84), S. A217-A224. ; Sandvoss, Frank: The German Democratic Republic's policies in Africa. 1983-1984. A balance sheet of losses and gains. In: Africa Contemporary Record 17 (1984/85), S. A179-A185.

<sup>92</sup> Vgl.: Piazza, Hans: Die Grundlegung der Bündnispolitik der SED mit den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas (1946 bis 1949). In: Asien Afrika Lateinamerika 4 (1976) 3, S. 333-342. ; Zenker, Jürgen: Zusammenarbeit der SED mit revolutionär-demokratischen Parteien in Afrika und Asien. In: Deutsche Außenpolitik 22 (1977) 10, S. 93-106. ; Schleicher, Ilona: Internationalistische Entwicklung der FRELIMO und ihre Beziehungen zur SED. In: Deutsche Außenpolitik 24 (1979) 7, S. 62-76. ; Plate, Bernard von: Aspekte der SED-Parteibeziehungen in Afrika und der arabischen Region. In: Deutschland Archiv 12 (1980) 2, S. 132-149.

<sup>93</sup> Vgl.: Schleicher, Ilona: FDGB-Offensive in Westafrika. Der Gewerkschaftsbund im Jahr Afrikas. In: Heyden, Ulrich van der, Ilona Schleicher, Hans-Georg Schleicher (Hrsg.): Die DDR und Afrika Band 2: Engagiert für Afrika. Münster/Hamburg 1994, S. 82-93.

<sup>94</sup> Aus der Vielzahl an zum Solidaritätskomitee der DDR erschienen Arbeiten sei an dieser Stelle nur eine Auswahl der neueren Arbeiten angeführt: Schleicher, Ilona: Zwischen Herzenswunsch und politischem Kalkül. DDR-Solidarität mit dem Befreiungskampf im südlichen Afrika. Annäherung an ein Erbe. Berlin 1998. ; Schleicher, Ilona: DDR-Solidarität im südlichen Afrika. Auseinandersetzungen mit einem ambivalenten Erbe. Berlin 1999. ; Schleicher, Ilona: Solidarität – gestern und heute? Berlin 2008. ; Brandt, Konstantin (Hg.): Dem Frieden die Freiheit. Die Friedens- und Solidaritätsbewegung der DDR. Berlin 2011.

<sup>95</sup> Vgl.: Althausen, Johannes: Kirchliche Beziehungen aus der DDR nach Afrika dargestellt an den Verbindungen der Berliner Mission zum südlichen Afrika. In: Heyden, Ulrich van der, Ilona Schleicher, Hans-Georg Schleicher (Hrsg.): Die DDR und Afrika. Band 1: Zwischen Klassenkampf und neuem Denken. Münster 1993, S. 63-78. ; Sens, Matthias: 30 Jahre Partnerschaft der Kirchenprovinz Sachsen mit der lutherischen Kirche in Tansania – eine persönliche Sicht. In: Heyden, Ulrich van der (Hg.): Kalter Krieg in Ostafrika? Die Beziehungen der DDR zu Sansibar und Tansania. Berlin u.a. 2009, S. 131-147.

<sup>96</sup> Vgl.: Sebald, Peter: Völkerfreundschaft oder Auslandsinformation. Impressionen zum Wirken der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft. In: Heyden, Ulrich van der, Ilona Schleicher, Hans-Georg Schleicher (Hrsg.): Die DDR und Afrika. Band 1: Zwischen Klassenkampf und neuem Denken. Münster 1993, S. 79-94.

<sup>97</sup> Vgl.: Michel, Walter: Zwischen Meer und Wüste. Begegnungen in der Demokratischen Volksrepublik Algerien, der Republik Mali, der Revolutionären Volksrepublik Guinea, der Volksdemokratischen Republik Jemen. Berlin 1979. ; Schleicher, Ilona: Elemente entwicklungspolitischer Zusammenarbeit in der Tätigkeit von FDGB und FDJ. In: Bücking, Hans-Jörg (Hg.): Entwicklungspolitische Zusammenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Berlin 1998, S. 111-138.

<sup>98</sup> Vgl.: Letz, Malte: Im Osten nichts Neues? Ostdeutsche Solidaritätsgruppen vor und nach der Wende. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung 7 (1994) 3, S. 49-62.

<sup>99</sup> Vgl.: Makosch, Ulrich: Was bleibt... Afrika in den Medien der DDR. In: Heyden, Ulrich van der, Ilona Schleicher, Hans-Georg Schleicher (Hrsg.): Die DDR und Afrika Band 2: Engagiert für Afrika. Münster/Hamburg 1994, S. 266-277. ; Spacek, Peter: Mit der FRELIMO im Busch. In: Voß, Matthias (Hg.): Wir haben Spuren hinterlassen! Die DDR in Mosambik. Erlebnisse, Erfahrungen und Erkenntnisse aus drei Jahrzehnten. Münster 2005, S. 47-60.

<sup>100</sup> Vgl.: Gouaffo 1998.

Forschungspublikationen hervorgebracht.<sup>101</sup>

Alle bis zu diesem Punkt vorgestellten Arbeiten weisen eine Gemeinsamkeit auf: Sie haben ihren Fokus auf die BRD oder die DDR gerichtet. Neben diesen, auf einen deutschen Staat fixierten Studien, entwickelte sich aber innerhalb der ostdeutschen Forschung bereits in den frühen 1960er Jahren ein BRD und DDR vergleichender Ansatz.<sup>102</sup> Dieser wurde dann in den 1970er Jahren von der westdeutschen und der übrigen westlichen Forschung aufgegriffen.<sup>103</sup> In den 1990er Jahren setzte er sich als dominierender Ansatz zur Erforschung der deutschen Afrikaaktivitäten endgültig durch.<sup>104</sup>

<sup>101</sup> In jüngerer Zeit erschienen zu dieser Thematik: Kenna, Constance (Hg.): Die "DDR-Kinder" von Namibia. Heimkehrer in ein fremdes Land. Göttingen/u.a. 1999. ; Engombe, Lucia: Kind Nr. 95. Meine deutsch-afrikanische Odyssee. Augsburg 2006. ; Poutrus, Patrice G.: An den Grenzen des proletarischen Internationalismus. Algerische Flüchtlinge in der DDR. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 55 (2007) 2, S. 162-178.

<sup>102</sup> Vgl.: Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse (Hg.): Deutsche Aussenpolitik. Afrikanische Gegenwartsfragen. Sonderheft I/1960. Berlin 1960. ; Wissenschaftliche Konferenz Probleme des Neokolonialismus und die Politik der Beiden Deutschen Staaten gegenüber dem Nationalen Befreiungskampf der Völker (Hrsg.): Vorläufiges Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz "Probleme des Neokolonialismus und die Politik der beiden deutschen Staaten gegenüber dem nationalen Befreiungskampf der Völker" vom 5. bis 8. April 1961 in Leipzig. Band 1. Berlin 1961. ; Wissenschaftliche Konferenz Probleme des Neokolonialismus und die Politik der Beiden Deutschen Staaten gegenüber dem Nationalen Befreiungskampf der Völker (Hrsg.): Vorläufiges Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz "Probleme des Neokolonialismus und die Politik der beiden deutschen Staaten gegenüber dem nationalen Befreiungskampf der Völker" vom 5. bis 8. April 1961 in Leipzig. Band 2. Berlin 1961. ; Markov, Walter: Probleme des Neokolonialismus und die Politik der beiden deutschen Staaten gegenüber dem nationalen Befreiungskampf der Völker. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Sonderheft IX: Zur Geschichte des Kolonialismus und der nationalen Befreiung (1961), S. 7-46.

<sup>103</sup> Vgl.: Cervenka, Zdenek, Mario R. Dederichs: The two Germanies and Africa. In: Africa Contemporary Record 11 (1978/79), S. A92-A108. ; Cervenka, Zdenek, Mario R. Dederichs: The two Germanies and Africa – Eastern advances and Western isolationism. In: Africa Contemporary Record 12 (1979/80), S. A146-A161. ; Kühne, Winrich, Bernard von Plate: Two Germanies in Africa. In: Africa Report 25 (1980) 4, S. 11-15. ; Cervenka, Zdenek: The two Germanies and Africa during 1980 – Rivals for influence. In: Africa Contemporary Record 13 (1980/81), S. A140-A152. ; Cervenka, Zdenek: The two Germanies in Africa. Increase of Bonn's Aid and GDR military assistance. In: Africa Contemporary Record 14 (1981/82), S. A188-A200.

<sup>104</sup> Vgl.: Metzger, Chantal: L'Allemagne et l'Afrique au XXème siècle. In: Birmingham, David, Muriel Chamberlain, Chantal Metzger (Hrsg.): L'Europe et l'Afrique de 1914 à 1970. Paris 1994, S. 7-105. ; Schulz, Brigitte H.: Development policy in Cold War Era. The two Germanies and Sub-Saharan Africa, 1960-1985. Münster 1995. ; Mair, Stefan: Deutsche Interessen in Afrika südlich der Sahara. Definitionsversuche. Ebenhausen im Isartal 1996. ; Engel, Ulf, Hans-Georg Schleicher (Hg.): Thesen zur Afrikapolitik der beiden deutschen Staaten. Hamburg 1997. ; Bley, Helmut: Deutsche Afrikapolitik. Einleitung. In: Schmidt, Heike, Albert Wirz (Hrsg.): Afrika und das Andere. Alterität und Innovation. Hamburg 1998, S. 373-374. ; Engel, Ulf, Hans-Georg Schleicher: Thesen zur Afrikapolitik der beiden deutschen Staaten. In: Schmidt, Heike, Albert Wirz (Hrsg.): Afrika und das Andere. Alterität und Innovation. Hamburg 1998, S. 375-389. ; Engel, Ulf, Hans-Georg Schleicher: Die beiden deutschen Staaten in Afrika. Zwischen Konkurrenz und Koexistenz 1949-1990. Hamburg 1998. ; Engel, Ulf: Afrikapolitik im Schatten der Hallstein-Doktrin. Die beiden deutschen Staaten und Tanzania. 1964-1965. Leipzig 1998. ; Jungbauer, Andreas: Deutsche Afrika-Politik in den 90er Jahren. Hamburg 1998. ; Bücking, Hans-Jörg (Hg.): Entwicklungspolitische Zusammenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Berlin 1998. ; Schneppen, Heinz: Eine Insel und zwei deutsche Staaten. Sansibar und die Hallsteindoktrin 1964-1966. In: Deutschland-Archiv 32 (1999), S. 409-419. ; Preissinger, Tania, Olivier Podevins: Zwischen Hallstein-Doktrin und sozialistischer Solidarität: Das französische Schwarzafrika in den aussenpolitischen Konzeptionen der beiden deutschen Staaten. In: Revue d'Allemagne 31 (1999), S. 377-390. ; Olejniczak, Claudia: Die Dritte-Welt-Bewegung in Deutschland: Historische Entwicklungslinien im Ost-West-Vergleich. In: Andersen, Uwe: Entwicklung der Entwicklungspolitik. Schwalbach am Taunus 1999, S. 23-36. ; Engel, Ulf, Robert Kappel (Hrsg.): Germany's Africa Policy Revisited. Interests, images and incrementalism. Münster 2002. ; Lorenzini, Sara: Due Germanie in Africa. La cooperazione allo sviluppo e la competizione per i mercati di materie prime e tecnologia. Firenze 2003. ; Bley, Helmut, Hans-Georg Schleicher: Deutsch-deutsch-namibische Beziehungen von 1960-1990.

Neben Arbeiten, die sich hierzu auf einen simplen Vergleich beschränkten, gab es dabei auch solche, die versuchten, einen umfassenden historischen Bogen der deutschen Afrikaaktivitäten – vom Deutschen Reich des späten 19. Jahrhunderts, bis in die Gegenwart – zu schlagen<sup>105</sup> und schließlich solche, die sich bemühten, den Graben zwischen den beiden deutschen Staaten mithilfe der Untersuchung kultureller Praktiken zu überbrücken. Letztere Richtung legte ihren Fokus zunächst auf die deutschen Sprachpolitiken in Afrika.<sup>106</sup> Doch sollte dieser inhaltliche Schwerpunkt schon bald von dem der imperialistischen,<sup>107</sup> kolonialistischen und rassistischen Traditionen innerhalb der deutschen Gesellschaft<sup>108</sup> abgelöst werden. Auch die kulturelle Ausstrahlungskraft Deutschlands auf den afrikanischen Kontinent rückte in diesem Zusammenhang zunehmend in den Blick der Forschung.<sup>109</sup>

---

In: Larissa Förster, Dag Hendrichsen, Michael Bollig (Hrsg.): *Namibia- Deutschland. Eine geteilte Geschichte*. Köln 2004, S. 274-291. ; Ferraz, Orlando: *Die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland. Unter besonderer Berücksichtigung der SADC*. Marburg 2005. ; Döring 2005. ; Holste, Erdwig: *Südafrika in der gesamtdeutschen Aussenpolitik. 1989-1994. Kontinuität und Entwicklung*. Saarbrücken 2007. ; Büschel, Hubertus: *In Afrika helfen. Akteure westdeutscher "Entwicklungshilfe" und ostdeutscher "Solidarität" 1955-1975*. In: Kruke, Anja (Hg.): *Dekolonisation. Prozesse und Verflechtungen. 1945-1990*. Bonn 2009, S. 333-365. ; Engel, Ulf: "I will not recognise East Germany just because Bonn is stupid". *Anerkennungsdiplomatie in Tansania, 1964 bis 1965*. In: Heyden, Ulrich van der (Hg.): *Kalter Krieg in Ostafrika? Die Beziehungen der DDR zu Sansibar und Tansania*. Berlin u.a. 2009, S. 9-29. ; Schulz, Brigitte H.: *Die zwei deutschen Staaten und das subsaharische Afrika*. In: Greiner, Bernd (Hg.): *Ökonomie im Kalten Krieg*. Hamburg 2010, S. 163-180. ; Verber, Jason: *The Conundrum of Colonialism in Postwar Germany*. Iowa City 2010 [aus: <http://ir.uiowa.edu/etd/758> vom 09.01.2012.].

<sup>105</sup> Vgl.: N'dumbe III, Kum'a Alexandre: *L'Afrique et les Allemagnes - Aperçu des relations historiques 1884 - 1978*. In: *Association des germanistes de l'enseignement superieur (Hg.): Negritude et Germanite. L'Afrique Noire dans la litterature d'expression allemande*. Dakar 1983, S. 233-248. ; N'dumbe III, Kum'a Alexandre: *Aperçu de l'évolution des relations entre le Cameroun et les Allemagnes 1884-1980*. In: *Cahiers d'allemand et d'Études Germaniques* 1 (1985) 2, S. 20-45. ; N'dumbe III, Kum'a Alexandre (Hg.): *L'Afrique et Allemagne, de la Colonisation á la coopération 1884-1986, Le Cas du Cameroun*. Yaoundé 1986. ; N'dumbe III, Kum'a Alexandre: *Aperçu de l'évolution des relations entre le Cameroun et les Allemagnes, 1884-1980*. In: N'dumbe III, Kum'a Alexandre (Hg.): *L'Afrique et Allemagne, de la Colonisation á la coopération 1884-1986, Le Cas du Cameroun*. Yaoundé 1986, S. 352-379. ; Avornyo, Raphael Quarshie: *Deutschland und Togo. 1847-1987*. Frankfurt am Main u.a. 1989. ; Schnepfen, Heinz: *Sansibar und die Deutschen. Ein besonderes Verhältnis 1844-1966*. Münster 2003. ; Zelleke, Adelheid: *100 Jahre Deutsch-Äthiopischer Freundschafts- und Handelsvertrag. 1905-2005*. Bonn 2004. ; Guevara, Gisela: *As relações entre Portugal e a Alemanha em torno da África : finais do século XIX e inícios do século XX*. Lisboa 2006. ; Scholler, Heinrich: *100 Jahre deutsch-äthiopische diplomatische Beziehungen. 100 Years of German-Ethiopian Diplomatic relations. Von der traditionellen Monarchie zum modernen Staat*. Berlin 2007.

<sup>106</sup> Vgl.: Diop, El Hadj Ibrahima: *Das Selbstverständnis von Germanistikstudium und Deutschunterricht im frankophonen Afrika. Vom kolonialen Unterrichtsfach zu eigenständigen Deutschlandstudien und zum praxisbezogenen Lernen*. Frankfurt am Main/Berlin 2000. ; Ngatcha, Alexis: *Der Deutschunterricht in Kamerun als Erbe des Kolonialismus und seine Funktion in der postkolonialen Ära*. Frankfurt am Main/u.a. 2002. ; Bedi, Lasme Elvis: *Deutsch in Afrika. Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft*. Hamburg 2006.

<sup>107</sup> Vgl.: Friedrichsmeyer, Sara (Hg.): *The Imperialist Imagination. German Colonialism and its Legacy*. Ann Arbor in Michigan 1998. ; Laak, Dirk van: *Imperiale Infrastruktur. Deutsche Planungen für eine Erschließung Afrikas 1880 bis 1960*. Paderborn 2004. ; Berman, Nina: *Impossible missions? German economic, military, and humanitarian efforts in Africa*. Lincoln in Nebraska u.a. 2004. ; Laak 2005.

<sup>108</sup> Vgl.: Melber, Henning: *Der Weißheit letzter Schluß. Rassismus und kolonialer Blick*. Frankfurt am Main 1992. ; Bandel, Jan-Frederik: *Das Malheur. Kongo-Müller und die Proteste gegen „Africa Addio“*. In: *iz3w* 287 (2005), S. 37-41. ; Albrecht, Monika: *"Europa ist nicht die Welt". (Post)Kolonialismus in Literatur und Geschichte der westdeutschen Nachkriegszeit*. Bielefeld 2008. ; Langbehn, Volker Max (Hg.): *German Colonialism, Visual Culture, and Modern Memory*. New York/u.a. 2010. ; Perraudin, Michael (Hg.): *German Colonialism and National Identity*. New York/u.a. 2011.

<sup>109</sup> Vgl.: Paraiso, Jean-Yves: *L'image de la République Fédérale d'Allemagne dans les hebdomadaires africains*

Abschließend soll nun noch ein kurzer Kommentar zur Literaturlage der deutschen Aktivitäten im eigentlichen Untersuchungsraum dieser Arbeit, der zentralafrikanischen Region, gegeben werden. Nur eine kleine Zahl von Abhandlungen – die sich zudem nur auf Teilaspekte dieser Arbeit beschränken – hat sich bislang mit den deutschen Aktivitäten in der Republik Kamerun,<sup>110</sup> der Republik Angola,<sup>111</sup> der Demokratischen Republik Kongo<sup>112</sup> der Republik Tschad, der Zentralafrikanischen Republik, der Gabunischen Republik und der Republik Kongo beschäftigt.<sup>113</sup> Zumindest einige dieser vielen Forschungslücken ein gutes Stück weit schließen zu helfen, soll Aufgabe dieser Studie sein.

## Quellenlage

Rund 2.000 Akten aus staatlichen und privaten Archiven wurden für die Erstellung dieser Studie eingesehen und ausgewertet. Den größten Beitrag lieferte das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes, in dessen Räumen die Akten des Auswärtigen Amtes der BRD (PA AA, AA) und des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (PA AA, MfAA) lagern. Zur BRD wurden in diesem Archiv rund 800 Akten – darunter die Bestände B 1, B 2, B 3, B 4, B 6, B 7, B 11, B 12, B 14, B 22, B 24, B 26, B 34, B 35, B 38, B 40, B 41, B 43, B 50, B 51, B 52, B 60, B 68, B 80, B 81, B 83, B 90, B 91, B 92, B 95, B 110, B 112, B 118, B 130, B 150, Zwischenarchiv, Personalakten, NL Etzdorf, NL Posadowsky, NL Stelzer, NL Grobba, NL Grewe, NL Scherpenberg, NL Braun, NL Hallstein, NL Müllenheim, AV Neues Amt sowie das audiovisuelle Archiv – eingesehen. Im Fall der DDR fiel die Ausbeute mit rund 450 Akten – darunter die Bestände A, B, C, G-A, LS-A, Dok., VS, sowie das Bildarchiv – deutlich bescheidener aus, doch genügte sie vollauf, einen grundlegenden Kenntnisstand zu generieren. Inhaltlich werden diese diplomatischen Akten vor allem von Informationen über die Entwicklungen innerhalb der jeweiligen afrikanischen Staaten, die dortigen Aktivitäten dritter Staaten, sowie die staatlichen, wirtschaftlichen und

francophones “Jeune Afrique Économia” et “Afrique-Asie” de 1965 à 1976. In: Association des germanistes de l'enseignement supérieur (Hg.): *Négritude et Germanité. L'Afrique Noire dans la littérature d'expression allemande*. Dakar 1983, S. 249-264. ; Walther, Daniel Joseph: *Creating Germans abroad. Cultural Policies and National Identity in Namibia*. Athens 2002. ; Ba, Amadou Oury: *Interkulturalität und Perspektive. Zur Präsenz Goethes und Brechts in Themen der kritischen Intelligenz Afrikas am Beispiel Senghors und Soyinkas*. Hamburg 2005. ; Michels, Stefanie, Albert-Pascal Temgoua (Hg.): *La politique de la mémoire coloniale en Allemagne et au Cameroun - The politics of colonial memory in Germany and Cameroon*. Actes du colloque à Yaoundé, octobre 2003. Münster 2005. ; o. Hg.: *Le Cameroun et l'Allemagne. Expériences coloniales et postcoloniales*. Dschang 2005. ; Eberhardt, Martin: *Zwischen Nationalsozialismus und Apartheid. Die deutsche Bevölkerungsgruppe Südwestafrikas 1915-1965*. Berlin/u.a. 2007.

<sup>110</sup> Vgl.: N'dumbe III 1985, S. 20–45. ; N'dumbe III 1985, S. 114-128. ; N'dumbe III 1986. ; Dibengue 1994. ; Ngatcha 2002.

<sup>111</sup> Vgl.: Ferreira 1975. ; Schreiber 1985 [ungedruckt]. ; Schleicher, Ilona 1998.

<sup>112</sup> Vgl.: Gülstorff, Torben: *Die westdeutsche Kongopolitik – 1954-1975*. Kiel 2007 [aus: <http://www.grin.com/de/e-book/84010/die-westdeutsche-kongopolitik-1954-1975> vom 09.10.2009].

<sup>113</sup> Hallbauer 2007 [ungedruckt].

gesellschaftlichen Aktivitäten von West- und Ostdeutschland bestimmt. Geographische Schwerpunkte der Berichterstattungen bilden im Fall der BRD die Demokratische Republik Kongo, sowie die Republiken Kamerun und Angola, im Fall der DDR die Republik Kongo und die Demokratischen Republik Kongo. An weiteren Archiven wurde zur Erforschung der staatlichen und wirtschaftlichen Aktivitäten zum einen auf das Bundesarchiv (BArch) mit seinen Beständen in Berlin, Koblenz und Freiburg (BArch) zurückgegriffen. Zur BRD wurden die Bestände B 122 (Bundespräsidialamt), B 136 (Bundeskanzleramt), B 145 (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung), B 102 (Bundewirtschaftsministerium), B 126 (Bundesfinanzministerium), BW 1 (Bundesministerium der Verteidigung), B 103 (Bundesamt für Wirtschaft), B 206 (Bundesnachrichtendienst) und B 161 (Deutsche Afrika-Gesellschaft e.V.) eingesehen. Im Fall der DDR erfolgte eine Auswertung der Bestände DC 20 (Ministerrat der DDR), DL 2 (Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel), DO 4 (Staatssekretär für Kirchenfragen) und DVW 1 (Ministerium für Nationale Verteidigung). Aus der Sektion Filmarchiv des Bundesarchivs wurde zudem Material aus den Beständen NDW (Neue Deutsche Wochenschau) und UW (UFA Wochenschau) gesichtet. Außerdem wurde über die Behörde des Bundesbeauftragten für Stasiunterlagen (BStU) Einsicht in die Aktivitäten des ostdeutschen Ministeriums für Staatssicherheit genommen. Die Bestände Archivbestand 2 (Allgemeine Sachablage), HA I (Abwehrarbeit in der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen), HA II (Spionageabwehr), HA VII (Abwehrarbeit in Mdl und DVP), HA IX (Untersuchungsorgan), HA IX/11 (Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen), Abt. X (Internationale Verbindungen), HA XVIII (Sicherung der Volkswirtschaft), HA XIX (Verkehr, Post- und Nachrichtenwesen), HA XX (Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund), HA XXII (Terrorabwehr), Abteilung Finanzen (Abteilung Finanzen), AGM (Arbeitsgruppe des Ministers), AG XVII (Besucherbüros West-Berlin), ZAIG (Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe) und SdM (Sekretariat des Ministers), HV A (Hauptverwaltung Aufklärung) wurden im Hinblick auf den zentralafrikanischen Raum eingehend studiert. Zum besseren Verständnis des ostdeutschen Außenhandels wurde das Landesarchiv Greifswald (LAG) besucht. Über die Bestände Rep. 251 (Deutsche Seereederei Rostock) und Rep. 252 (Volkseigener Betrieb Deutfracht Seereederei) konnte Einblick in die praktischen Handelsaktivitäten ostdeutscher Unternehmen genommen werden. Für die Recherche der gesellschaftlichen Aktivitäten wurde im Fall der DDR auf die dem Bundesarchiv angegliederte Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der Deutschen Demokratischen Republik (BArch, SAPMO), zurückgegriffen. Gesichtet wurden die Bestände DY 30 (Büro des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands), DY 30 / J IV 2/2 (Protokolle des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands), DY 30 / IV 2/2.115

(Außenpolitische Kommission des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands), DY 30 IV 2 (Abteilung Internationale Verbindungen), DY 30 (Büro Walter Ulbricht), DY 30 IV 2 (Büro Werner Lamberz), DY 30 IV A 2 (Büro Günter Mittag), DY 24 (Freie Deutsche Jugend), DY 34 (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), DZ 8 (Solidaritätskomitee) und DY 17 (Verlag der Nation). Im Fall der BRD wurde für eine Einsicht in die Parteiangelegenheiten auf das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) zurückgegriffen. Dort wurden die Bestände SPD-PV (SPD-Parteivorstand), SPD-BTF 3. WP (SPD-Bundestagsfraktion 3. Wahlperiode), SPD-BTF 5. WP (SPD-Bundestagsfraktion 5. Wahlperiode), SPD-BTF 7. WP (SPD-Bundestagsfraktion 7. Wahlperiode), Blachstein, Peter (Nachlass Peter Blachstein), Eichler, Willi (Nachlass Willi Eichler), Erler, Fritz (Nachlass Fritz Erler), Friedrich, Bruno (Nachlass Bruno Friedrich), Mattick, Kurt (Nachlass Kurt Mattick), Ollenhauer, Erich (Nachlass Erich Ollenhauer), Ritzel, Heinrich (Nachlass Heinrich Ritzel), Schmid, Carlo (Nachlass Carlo Schmid), Schoettle, Erwin (Nachlass Erwin Schoettle) und Wischnewski, H. J. (Nachlass Hans Jürgen Wischnewski) ausgewertet. Für die Einsicht in die westdeutsche Gewerkschaftsarbeit wurde auf das am AdsD angesiedelte Archiv des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB-Archiv im AdsD) zurückgegriffen. Hier wurden die Bestände 5/DGAI (Abteilung Vorstand), 5/DGAJ (Internationale Abteilung), 5/DGAU (Abteilung Jugend), 5/DGAV (Abteilung Bildung), 5/DGCY (Sekretariat Bernhard Tacke), 5/DGCU (Sekretariat Günter Stephan) und 5/DGDI (Sekretariat Waldemar Reuter) einer Untersuchung unterzogen. Im Fall der kirchlichen Aktivitäten wurde auf das Zentralarchiv der Evangelischen Kirche (EZA) zurückgegriffen. Ausgewertet wurden die Bestände B 2 (Kirchenamt der Evangelischen Kirche Deutschlands), B 4 (Kirchenamt der Evangelischen Kirche Deutschlands – Berliner Stelle), B 6 (Kirchliches Außenamt der Evangelischen Kirche Deutschlands) und B 87 (Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands am Sitz der Bundesrepublik Deutschland). Darüber hinaus wurden die Bestände B Rektorat (Rektorat der Freien Universität Berlin) und B Der Präsident der Freien Universität Berlin Hochschularchiv (Präsident der Freien Universität Berlin) des Universitätsarchivs der Freien Universität Berlin (FU Berlin, UA) gesichtet.

## **Quellenkritik**

Auf den ersten Blick verfügt diese Arbeit über ein breites, stabiles Quellenfundament. Doch musste auf den Besuch zahlreicher relevanter Archive verzichtet werden, da die Einbeziehung ihrer Aktenbestände die finanziellen und personellen Möglichkeiten dieser Arbeit deutlich überstiegen hätte.

So konnten keine zentralafrikanischen Archive besucht werden. Gerade deren Bestände wären für eine kritische Aufarbeitung des deutschen Archivmaterials von erheblicher Bedeutung gewesen. Weiterhin wurden keine Archivbestände der Privatwirtschaft, des Privathandels und der Banken Westdeutschlands gesichtet. Auch blieben im Fall der BRD die Archive der Christlich Demokratischen Union, der Christlich-Sozialen Union in Bayern, der Freien Demokratischen Partei, der nicht im Deutschen Gewerkschaftsbund organisierten Gewerkschaften und der katholischen Kirche, im Fall der DDR die Bestände der Blockparteien, der katholischen und der evangelischen Kirche, des Nationalrats der Nationalen Front und der ostdeutschen Afrikagesellschaft unberücksichtigt. Verzichtet wurde darüber hinaus auf eine systematische Sichtung der Zeitungen und Zeitschriften der beiden deutschen Staaten.

Nun lässt sich der erste Kritikpunkt mit der Feststellung kontern, dass in dieser Arbeit nicht die 'deutsch-zentralafrikanischen Beziehungen', sondern die 'deutschen Aktivitäten in Zentralafrika' untersucht werden sollen. Um dennoch eine kritische Sichtung des Aktenmaterials gewährleisten zu können, wurden die Bestände zu BRD und DDR komplementär zueinander ausgewertet. Komplementär wurden auch die Rechercheergebnisse zu den staatlichen Organen zusammengeführt. So konnten die Themenabschnitte eines Staates über Aktenmaterial des jeweils anderen Staates ebenso sinnvoll ergänzt werden, wie z.B. die themenspezifischen Aktenbestände des Wirtschaftsministeriums durch die Berücksichtigung des themenübergreifenden Aktenmaterials des Außenministeriums. Die inhaltliche Vielfalt der Bestände der beiden Außenministerien mildert dann auch die Stichhaltigkeit des zweiten Kritikpunktes erheblich – wenn auch nicht zur Gänze – ab. So lassen sich in den Beständen des westdeutschen Auswärtigen Amtes ebenso Informationen zu den Aktivitäten der Christlich Demokratischen Union und der katholischen Kirche in Zentralafrika finden, wie in den Beständen des ostdeutschen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten Informationen zu den Aktivitäten der ostdeutschen Christlich Demokratischen Union oder der ostdeutschen Kirchen in diesem Raum. Aus diesen Gründen soll das eingesehene Quellenmaterial genügen, um einen ersten Einblick in die deutschen Aktivitäten im zentralafrikanischen Raum zu wagen.

## **I. Afrika und Deutschland – Zum Stand der Forschung**

Im Jahre 1949 entstanden aus den vier besetzten Zonen des 1945 untergegangenen Deutschen Reichs die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik. Zunächst in ihrer Eigenständigkeit stark beschnitten, gelang es beiden deutschen Staaten nach und nach, Teile ihrer Souveränität zurückzuerlangen. Hierzu zählte auch das Recht auf eine eigene Außenpolitik. 1949 wurden in der Demokratischen Republik, 1951 in der Bundesrepublik Außenministerien eröffnet. Es dauerte nicht lange, und deren Diplomaten begannen, sich auch dem afrikanischen Kontinent zuzuwenden. Hierbei konnten sie auf zahlreiche Erfahrungen zurückgreifen, welche die Mitarbeiter ihrer gemeinsamen Vorgängerinstitution über viele Jahrzehnte auf dem afrikanischen Kontinent gesammelt hatten.

Ihren Ausgang hatte die Beschäftigung der deutschen Diplomatie mit dem afrikanischen Kontinent am Ende des 19. Jahrhunderts genommen. Als sich im Jahr 1871 das Deutsche Reich konstituierte, war das preußische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zum Auswärtigen Amt des Deutschen Reichs erweitert worden. Kaum ein Jahrzehnt später war Afrika bereits in den Fokus der reichsdeutschen Diplomatie geraten. Imperialismus und Kolonialismus fanden im Reich eine wachsende Zahl von Anhängern. Sie meinten, in noch nicht von anderen europäischen Mächten beanspruchten Gebieten Afrikas geeignete Räume für eine 'zwingend erforderliche' territoriale Expansion des Deutschen Reichs zu erkennen. Der erste Scramble for Africa hatte begonnen – und das Deutsche Reich wollte bei der anstehenden Aufteilung der afrikanischen Territorien unter den europäischen Großmächten keinesfalls zurückstehen.

### **Der erste Scramble for Africa**

Der Scramble for Africa bezeichnet eine Phase der afrikanischen Geschichte, während der mehrere europäische Mächte immer neue Gebiete des afrikanischen Kontinents als alleinigen Teil ihrer Einflusszone proklamierten, bis schließlich annähernd der gesamte Kontinent zwischen ihnen 'aufgeteilt' war.

Auslöser des Scrambles war eine – wenn auch nur vorübergehende – Phase der wirtschaftlichen Depression im Europa der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gewesen.<sup>114</sup> Einen Ausweg aus ihrer

---

<sup>114</sup> Gäng, Peter, Reimut Reiche: Modelle der kolonialen Revolution. Beschreibung und Dokumente. Frankfurt am



Misere sahen nicht wenige Regierungen in nationalen Großprojekten. Sie schienen über das erforderliche ökonomische Potential zu verfügen, der Depression, über gesteigerte Investitionen einheimischer und ausländischer Kapitalgeber, ein Ende zu bereiten. Imperialismus und Kolonialismus lenkten die Aufmerksamkeit der Europäer schon bald auf den, aus europäischer Sicht, noch weitgehend unerschlossenen afrikanischen Raum. Die für die Umsetzung dieses Projektes erforderlichen Investitionen bedurften jedoch eines Mindestmaßes an Sicherheit. Dieses Mindestmaß konnte nur durch einen Ausbau des bisherigen Systems der informellen Einflussnahme, hin zu einer formellen Herrschaft, einer Kolonialherrschaft, gewährleistet werden.<sup>115</sup> Formelle Herrschaft bedeutete auch die Hinwendung zu klar definierten und voneinander abgegrenzten Einflusszonen. An der Definition und spezifischen Aufteilung dieser Einflusszonen entzündete sich schon bald das europäische Gerangel um Afrika, der Scramble for Africa. Den Beginn des Scramble markieren die Errichtung des französischen Protektorats in Tunesien im Jahr 1881 und des britischen Protektorats in Ägypten 1882.<sup>116</sup> In den folgenden Jahren bauten die europäischen Mächte ihre kolonialen Einflusszonen konsequent aus. Auseinandersetzungen unter den Kolonialmächten blieben dabei nicht aus. Am heftigsten waren zwei Räume umstritten: die Gebiete an den Ufern des Suezkanals sowie am Fluss Kongo. Um den Scramble zumindest etwas unter Kontrolle zu bringen, lud der Kanzler des Deutschen Reichs, Otto von Bismarck, die übrigen an Afrika interessierten Mächte zwischen 1884 und 1885 zur sogenannten Kongo-Konferenz nach Berlin. Auf dieser wurden nicht allein die Streitigkeiten um das Kongogebiet geregelt, sondern auch eine Art Regelwerk zum Ablauf der Inbesitznahme weiterer afrikanischer Territorien beschlossen. Fortan galt das sogenannte Effektivitäts-Prinzip, nach dem ein Staat nur dann Anspruch auf ein afrikanisches Gebiet erklären können sollte, wenn er über ausreichend Ressourcen verfügte, es anschließend auch tatsächlich zu erschließen und zu verwalten. Über annähernd zwei Jahrzehnte sollte der Scramble noch fort dauern.<sup>117</sup> Doch büßte er bereits Ende der 1890er Jahre erheblich an Eigendynamik ein. 1899 beendeten Frankreich und Großbritannien mit dem Sudan-Vertrag die zwischen ihnen schwelende Faschoda-Krise und gaben sich fortan mit den bislang gewonnenen Einflusszonen zufrieden. Damit verlor der Scramble zwei seiner wichtigsten Akteure. Kleinere

---

Main 1967, S. 17.

<sup>115</sup> Anders sehen dies Albert Wirz und Andreas Eckert, die meinen, weniger wirtschaftliche, als vielmehr kulturelle Gründe für die Entstehung des formellen Imperialismus verantwortlich machen zu können (Wirz, Albert, Andreas Eckert: *The Scramble for Africa. Icon and idiom of modernity*. In: Grenouilleau, Olivier Pétér (Hg.): *From Slave Trade to Empire. Europe and the Colonisation of Black Africa 1780s-1880s*. London 2004, S. 133-153, hier S. 149 f.).

<sup>116</sup> Vgl.: Chamberlain, Muriel Evelyn: *The Scramble for Africa*. London<sup>2</sup> 1999. ; Pakenham, Thomas: *The Scramble for Africa 1876-1912*. London 2001.

<sup>117</sup> Vgl.: Loth, Heinrich: *Zwischen Gott und Kattun. Die Berliner Konferenz 1884/85 zur Aufteilung Afrikas und die Kolonialismuskritik christlicher Missionen*. Berlin 1985. ; Wesseling, Hendrik L.: *Divide and rule. The partition of Africa. 1880-1914*. Westport in Connecticut/u.a. 1996. ; Chico-Kaleu Muyemba, Jean-Jérôme: *Die Berliner Kongo-Konferenz 1884/85 und die Aufteilung Afrikas*. Berlin 1996.

Streitigkeiten bezüglich der territorialen Aufteilung des Kontinents bestanden zwar fort. Einige weitere Gebiete wurden noch annektiert. Doch ging der Scramble unaufhaltsam seinem Ende entgegen. Annähernd den gesamten afrikanischen Kontinent hatten die europäischen Mächte am Ende des Scrambles unter ihre formelle Herrschaft gebracht. Lediglich das Kaiserreich Äthiopien und die Republik Liberia hatten sich ihre Unabhängigkeit bewahren können.

#### Brandenburg-Preußen und das Deutsche Kaiserreich in Afrika

Auch das Deutsche Reich hatte seinen Anteil an diesem Ringen um Einfluss in Afrika. Ein erster Versuch einer deutschsprachigen Macht, sich ein Einflussgebiet auf dem afrikanischen Kontinent zu verschaffen, lässt sich bereits für das Ende des 17. Jahrhunderts konstatieren.<sup>118</sup> Im Jahr 1683 hatte Friedrich Wilhelm von Brandenburg, der Kurfürst von Brandenburg-Preußen, eine Kolonie an der Küste des heutigen Ghanas errichten lassen. Zusätzlich wurden einige Inseln vor der westlichen Küste des afrikanischen Kontinents in Besitz genommen. Gegen die militärisch weit überlegene europäische Konkurrenz konnte sich Brandenburg-Preußen aber nicht behaupten. Um 1720 musste es seine afrikanischen Gebiete an die holländische *Geoctroyeerde West-Indische Compagnie* und Frankreich abtreten. Erst Ende des 19. Jahrhunderts, unter dem Schutz des Deutschen Reichs, sollte es erneut gelingen, deutsche Einflusszonen in Afrika abzustecken.

Das frühe Afrika-Engagement des Deutschen Reichs fußte im Wesentlichen auf wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Privatinitiativen. Händler, Abenteurer und 'Forscher', wie Heinrich Vogelsang, Gustav Nachtigal und Carl Peters, plädierten für eine deutsche Expansion und Erschließung geeigneter afrikanischer Räume. Geschäftsleute, wie Franz Adolf Eduard Lüderitz und Adolph Woermann, stimmten ein, in Hoffnung auf neue Absatzmärkte und Investitionsmöglichkeiten. Auf eigene Faust errichteten diese Personenkreise informelle Einflusszonen, die sogenannten Deutschen Schutzgebiete, die vom Deutschen Reich zwar anerkannt wurden, deren Verwaltung aber zunächst den Privatunternehmen überlassen blieb. Es entstanden die Schutzgebiete Deutsch-Südwestafrika (1883), Togo und Kamerun (1884) sowie Deutsch-Ostafrika (1885). Doch hatten die Unternehmer die Kosten der Befriedung ihrer Gebiete unterschätzt. Schon bald brachen Unruhen und Aufstände innerhalb der afrikanischen Bevölkerung aus. Um die Sicherheit innerhalb der Gebiete aufrecht erhalten zu können, musste das Deutsche Reich intervenieren und die informellen in formelle Einflusszonen überführen. Das deutsche Kolonialreich entstand. Fortan musste das Deutsche Reich die Kosten für den Erhalt und Ausbau

---

<sup>118</sup> Vgl.: Gründer, Horst: "...da und dort ein junges Deutschland gründen". Rassismus, Kolonien und kolonialer Gedanke vom 16. bis zum 20. Jahrhundert. München 1999. ; Gründer, Horst: Geschichte der deutschen Kolonien. Paderborn<sup>5</sup> 2004. ; Speitkamp, Winfried: Deutsche Kolonialgeschichte. Stuttgart 2005. ; Eckert, Andreas: Kolonialismus. Frankfurt am Main 2006.

der kolonialen Infrastruktur tragen.<sup>119</sup> Mochte manch einem Reichstagsabgeordneten diese zusätzliche Belastung des Reichsbudgets auch nicht behagen,<sup>120</sup> so überwog in deren Überlegungen letztlich doch der Wunsch, die wachsende Zahl der von deutschen Kolonien, von einem deutschen Imperium träumenden Wähler zufrieden zu stellen.<sup>121</sup> Und ohnehin sollte die zusätzliche Belastung des Budgets nicht von langer Dauer sein. Bereits 1914, mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs, wurde das Ende des deutschen Kolonialreichs in Afrika eingeläutet. Auf einen Konflikt dieser Größenordnung waren die Sicherungsmaßnahmen der deutschen Kolonien nie angelegt worden. Nach und nach wurden alle deutschen Territorien in Afrika von den Kräften der Entente erobert. Nach Kriegsende wurden sie unter Völkerbundmandat gestellt und den einzelnen Siegermächten der Entente als Treuhandgebiete zur Verwaltung anvertraut.

### Deutsche Afrikaaktivitäten während der 'Weimarer Republik' und des 'Dritten Reichs'

In den Jahren und Jahrzehnten nach dem Ende des Ersten Weltkriegs sollten die Forderungen nach Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonialgebiete in- wie außerhalb des Deutschen Reichstags nicht abreißen.<sup>122</sup> Dabei ging es nicht allein um die Rückgewinnung der von der Entente enteigneten deutschen Güter und Werte. Schon früh hatten sich die konservativen Kräfte der 'Weimarer Republik' der Thematik angenommen und sie in ihr politisches Programm integriert. Neben die bekannte 'Dolchstoßlegende', mit der sie die progressiven Kräfte Deutschlands für die Niederlage des Reichs im Weltkrieg verantwortlich machten, platzierten sie die 'Legende von der kolonialen Schuldflüge', mit der sie die Rechtmäßigkeit der 'Enteignung' der einstmaligen deutschen Kolonien in Zweifel zogen.<sup>123</sup>

<sup>119</sup> Der Historiker Horst Gründer meint, hier die Frühform der heutigen Entwicklungshilfe der BRD ausgemacht zu haben. Bereits unter der Kolonialherrschaft hätten sich Ansätze einer „von außen aufgezwungenen *Entwicklungspolitik*“ gezeigt. Schon damals sei diese „koloniale Entwicklungsdiktatur“ von den „Interessen der Metropole“ ausgegangen und habe auf dem „westlichen *Modernisierungsmodell*“ basiert (Gründer 2004, S. 245.).

<sup>120</sup> So schreibt der Historiker Sebastian Conrad: „Für den deutschen Staat war das Kolonialreich ein Zuschussgeschäft. Kaum eines der Gebiete konnte sich wirtschaftlich selbst tragen. [...] Auch wenn private Gesellschaften Gewinne machten, profitierte das Reich kaum davon“ (Conrad, Sebastian: Deutsche Kolonialgeschichte. München 2008, S. 61.).

<sup>121</sup> Vgl.: Kundrus, Birthe: Moderne Imperialisten. Das Kaiserreich im Spiegel seiner Kolonien. Köln/u.a. 2003.

<sup>122</sup> Zur Afrika-Politik der sogenannten 'Weimarer Republik' liegen bislang nur wenige Arbeiten vor. Vgl.: Rwankote, Mathias Mulumbar: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik und der verschiedenen Interessengruppen im Rahmen der kolonialen politischen Aktivitäten in der Zeit der Weimarer Republik. Köln 1985. ; Billy, Jonas Bakoubayi: Musterkolonie des Rassenstaats: Togo in der kolonialpolitischen Propaganda und Planung Deutschlands 1919-1943. Dettelbach 2011.

<sup>123</sup> Zum postkolonialen Blick auf Imperialismus und Kolonialismus, vgl.: Poley, Jared: Decolonization in Germany. Weimar Narratives of Colonial Loss and Foreign Occupation. Oxford/u.a. 2005. ; Baranowski, Shelley: Nazi Empire. German Colonialism and Imperialism from Bismarck to Hitler. Cambridge 2011. Zum postkolonialen Blick auf Afrika vgl.: Diagne, Ibrahima: L' Afrique dans l'opinion publique allemande. Transferts culturels et formes de perception de l'Afrique dans l'Allemagne de l'entre-deux-guerres et de la Seconde Guerre mondiale (1918-1945). Berlin/u.a. 2009. Zum postkolonialen Blick auf Afrikaner, vgl.: Dreesbach, Anne: Gezähmte Wilde. Die Zurschaustellung "exotischer" Menschen in Deutschland 1870-1940. Frankfurt am Main/u.a. 2005. ; Lewerenz, Susann: Die Deutsche Afrika-Schau (1935-1940). Rassismus, Kolonialrevisionismus und postkoloniale

Mit realpolitischen Erfordernissen hatten diese Debatten jedoch nicht mehr viel zu tun. Afrika stand den deutschen Interessen auch ohne eigenen Kolonialbesitz – auch ohne eigene Einflusszonen – schon längst wieder offen. So hatten sich die deutschen Kolonisten in den ersten Nachkriegsjahren zwar weitgehend aus den ehemaligen deutschen Kolonien zurückziehen müssen, doch war vielen, nach einer Wartezeit von wenigen Jahren, die Rückkehr gestattet worden. 1931 machten deutsche Kolonisten im britischen Mandatsgebiet Tanganjika, dem ehemaligen Deutsch-Ostafrika, bereits wieder 26% der europäischen Bevölkerung aus.<sup>124</sup> Auch die deutschen Wirtschafts- und Handelsunternehmen waren schon bald wieder in den Besitz ihrer von den Alliierten beschlagnahmten Güter und Werte gelangt. Darüber hinaus nutzten sie ausgiebig die Möglichkeit, Tochtergesellschaften mit ausländischem Rechtsstatus zu gründen, über die es ihnen möglich war, im gesamten afrikanischen Raum in die Einflusszonen der verbliebenen europäischen Kolonialmächte einzudringen und so an den Ressourcen ihrer Kolonien und Treuhandgebiete zu partizipieren. Im Lauf der 1930er Jahre war das Interesse des deutschen Handels an Afrika dann aber so weit angestiegen,<sup>125</sup> dass staatliche Stellen, unterstützt von Kolonialenthusiasten aus Handels- und Investorenkreisen, doch wieder begannen, konkrete Planungen zur Wiedererrichtung eines deutschen Kolonialreichs einzuleiten.<sup>126</sup> Im Rahmen der Umsetzung dieser Pläne wurden deutschen Kolonisten, auf verdecktem Wege über Hamburger Reeder, günstige staatliche Kredite zum Auf- und Ausbau ihrer Produktion – und damit auch ihrer Exporte ins Deutsche Reich – zugeführt. So nutzten beispielsweise die deutschen Siedler in den portugiesischen Kolonien Portugiesisch-Westafrika und Portugiesisch-Ostafrika die finanzielle Unterstützung, um ihre Sisal-Exporte ins Deutsche Reich zu steigern.<sup>127</sup> Den wachsenden Bedarf der deutschen Wirtschaft konnten sie allerdings auch weiterhin nur unzureichend decken. Seit Mitte der 1930er Jahre wurde

---

Auseinandersetzungen im nationalsozialistischen Deutschland. Frankfurt am Main/u.a. 2006.

<sup>124</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 12. November 1954, PA AA, AA, B 34, 10.

<sup>125</sup> Der Historiker Karsten Linne bemerkt zum Engagement der reichsdeutschen Privatwirtschaft: „*Man kann nicht davon sprechen, daß es allein 'die Wünsche der Deutschen Bank, der IG-Farben und anderer großer Konzerne' waren, 'die das Bild der faschistischen Kolonialpolitik prägten'.* [...] *Die wirtschaftspolitischen Planungen wurden weniger von den großen Konzernen und schon gar nicht von der gewerblichen Wirtschaft betrieben. Führend waren hier die Handels- und Pflanzungsunternehmen*“ (Linne, Karsten: "Weiße Arbeitsführer" im "Kolonialen Ergänzungsraum". Afrika als Ziel sozial- und wirtschaftspolitischer Planungen in der NS-Zeit. Münster 2002, S. 411-412.).

<sup>126</sup> Der Schwerpunkt der diesbezüglichen Forschung liegt auf der Aufarbeitung der Kolonialplanungen'. Vgl.: Hildebrand, Klaus: Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945. München 1969. ; N'dumbe III 1980. ; Duffer, Jost: Kolonialismus ohne Kolonien. Deutsche Kolonialpläne 1938. In: Knipping, F., K.-J. Müller (Hrsg.): Machtbewußtsein in Deutschland am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Paderborn 1984, S. 247-270. ; Citino, Robert Michael: Germany and the Union of South Africa in the Nazi Period. New York/Westport in Connecticut/u.a. 1991. ; N'dumbe III 1993. ; Linne 2002. ; Metzger, Chantal: L'empire colonial français dans la stratégie du Troisième Reich (1936-1945). Band 1. Brüssel/u.a. 2002. ; Metzger, Chantal: L'empire colonial français dans la stratégie du Troisième Reich (1936-1945). Band 2. Brüssel/u.a. 2002. ; Linne, Karsten: Deutschland jenseits des Äquators? Die NS-Kolonialplanungen für Afrika. Berlin 2008. Nur wenige Arbeiten widmen sich dagegen der realen Afrikapolitik. Vgl.: Hagemann, Albrecht: Südafrika und das "Dritte Reich" - Rassenpolitische Affinität und machtpolitische Rivalität. Frankfurt am Main New York 1989.

<sup>127</sup> Breisky (Botschaft in der Portugiesischen Republik) an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 34, 17.

deshalb an Entwürfen für ein 'Deutsch-Mittelafrika' gearbeitet, das neben den ehemaligen deutschen Kolonien auch Französisch-Äquatorialafrika, Belgisch-Kongo und Britisch-Nigeria umfassen sollte. Ein die Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft befriedigender Ertrag sollte durch den Aufbau einer afrikanischen Lohnarbeiterschaft, die Modernisierung und Rationalisierung der bereits in der künftigen Einflusszone tätigen Unternehmen, sowie deren Unterwerfung unter einen größeren von staatlicher Seite ausgearbeiteten Plan sichergestellt werden.<sup>128</sup> Im Kern dieser neuen Konzeption stand also die Befriedigung des stetig anwachsenden Bedarfs der reichsdeutschen Privatwirtschaft an afrikanischen Rohstoffen und verarbeiteten Produkten durch die Einrichtung und direkte Bewirtschaftung einer eigenen formellen Einflusszone.<sup>129</sup>

Die Planungen und Vorbereitungen schritten weit voran. Fach- und Führungspersonal wurde erfolgreich geschult. Doch bereitete der Zweite Weltkrieg dem Projekt ein frühzeitiges Ende. Ganz umsonst sollten die Bemühungen aber auch nicht gewesen sein. Einige der hier ausgebildeten Planer und Experten sollten nach 1945 in der Bundesrepublik als Afrikaexperten und Entwicklungshelfer zum Einsatz kommen.<sup>130</sup> Auch die privatwirtschaftlichen Aktivitäten mussten mit Kriegsbeginn zurückgefahren werden. Deutsche Unternehmen, die ihren Geschäften bislang hauptsächlich in Afrika nachgegangen waren, zum Beispiel Bergbauunternehmen, verlegten diese nun, bis zum Ende des Krieges, in die vom Deutschen Reich besetzten Gebiete Ost- und Südosteuropas.<sup>131</sup>

Letztlich hatten sich die deutsche Wirtschaft und der deutsche Handel nach dem Ende des Ersten Weltkriegs zwar wieder in Afrika etablieren können, ein größeres, gar flächendeckendes, staatliches Afrikaengagement des Deutschen Reichs konnte aber bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs nicht verwirklicht werden. Nichtsdestotrotz dürfte ersichtlich geworden sein, dass der zentralafrikanische Raum, seit seiner 'Erschließung' durch die europäischen Mächte im 19. Jahrhundert, in den deutschen Planungen, auch und gerade in ökonomischer Hinsicht, an Bedeutung gewonnen hatte. Im nach 1945 einsetzenden Second Scramble sollte diese Entwicklung nun nochmals einen erheblichen Schub erfahren.

### **Der Second Scramble for Africa**

Mit der Entlassung der afrikanischen Staaten in die Unabhängigkeit setzte ein globaler Ansturm auf

---

<sup>128</sup> Linne 2008, S. 76 f.

<sup>129</sup> Linne 2002, S. 417.

<sup>130</sup> Laak 2004, S. 366-372.

<sup>131</sup> Linne 2008, S. 70.

den Kontinent, ein Second Scramble for Africa, ein. Geprägt war dieser zwar vom Kalten Krieg,<sup>132</sup> von imperialen und postkolonialen Konflikten, als primärer Katalysator diente ihm jedoch kein Konflikt, sondern der Prozess der Dekolonialisierung selbst.

Die historische Forschung hat sich bislang noch nicht mit dem Prozess des Second Scramble beschäftigt. Allenfalls in den Reden und Publikationen einzelner afrikanischer Politiker und Wissenschaftler fand und findet er gelegentlich Erwähnung.<sup>133</sup> Doch tritt er dort meist nur als politisches Schlagwort in Erscheinung. Tiefergehende Untersuchungen, mit denen er sich inhaltlich und historisch eingrenzen ließe, sucht man bislang vergebens. Aus diesem Grund soll der Begriff des Second Scramble hier kurz umrissen werden.

'Offiziell' ging es den an ihm beteiligten Mächten um den Kalten Krieg,<sup>134</sup> die Alleinvertretungskonflikte Deutschlands, Chinas und Koreas, sowie die 'Entwicklung' des 'unterentwickelten' afrikanischen Kontinents auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene. 'Inoffiziell' – und tatsächlich – operierten die Mächte jedoch aus ökonomischen und geostrategischen Interessen heraus. Auskunft über die erhebliche Bedeutung afrikanischer Rohstoffe für die Volkswirtschaften allein der westlichen Welt gibt ein Bericht des Auswärtigen Amtes aus dem Jahr 1953. Laut diesem stammten 1950 97% der Diamanten, 62% des Mangans, 55% des Goldes und 47% des Chroms der westlichen Welt aus afrikanischen Fördergebieten. Auch in der Versorgung mit pflanzlichen Rohstoffen waren die westlichen Märkte 1950 auf vielen Gebieten von Afrika abhängig. 81% der Palmkerne, 63,5% des Palmöls, 70% der Kakaobohnen, 52% des Sisals und 100% des Gummi arabicum stammten, laut Auswärtigem Amt, aus afrikanischen Anbaugebieten.<sup>135</sup>

Als Akteure des Second Scramble traten von westeuropäischer Seite vor allem die ehemaligen Kolonialmächte, die Republik Frankreich, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, das Königreich Belgien, die Republik Portugal und das Königreich Spanien, aber auch

<sup>132</sup> Bradley, Mark Philip: Decolonization, the global south, and the Cold War, 1919-1962. In: Leffler, Melvyn P., Odd Arne Westad (Hrsg.): The Cambridge history of the Cold War. Vol. 1: Origins. Cambridge 2010, S. 464-485, hier S. 485. ; Westad, Odd Arne: The Global Cold War: Third World Interventions and the Making of our Times. Cambridge 2007, S. 396.

<sup>133</sup> Vgl.: Nyerere, Julius K.: 'The Second Scramble'. Dar es Salaam 1962 [aus: [http://www.juliusnyerere.info/images/uploads/the\\_second\\_scramble\\_1962.pdf](http://www.juliusnyerere.info/images/uploads/the_second_scramble_1962.pdf) vom 10.01.2012]. ; Osabu-Kle, Daniel Tetteh: African Blood For Imperialist Interests: The First And Second Scrambles For Africa. In: allAfrica vom 14.04.01 [aus: <http://www2.carleton.ca/africanstudies/ccms/wp-content/ccms-files/African-Blood-For-Imperialist-Interests.pdf> vom 10.01.2012.].

<sup>134</sup> McMahon, Robert J.: Heiße Kriege im Kalten Krieg. In: Greiner, Bernd (Hg.): Heiße Kriege im Kalten Krieg. Hamburg 2006, S. 16-34, hier S. 16.

<sup>135</sup> Kordt (Auswärtiges Amt) an diplomatische Vertretungen im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland und der Republik Frankreich und dem Königreich Belgien und der Republik Ägypten und dem Königreich Spanien und der Republik Portugal und der Republik Liberia und der Südafrikanischen Union (Pretoria, Kapstadt und Johannesburg) und der britischen Kolonie Kenia und das Mandatsgebiet der Vereinten Nationen unter südafrikanischer Verwaltung Namibia und der portugiesischen Überseeprovinz Mosambik und der Föderation von Rhodesien und Njassaland, 2. Juli 1953, PA AA, AA, B 11, 613, S. 21-93, hier S. 72-77.

die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Italien auf. Das britische<sup>136</sup> und das französische<sup>137</sup> Engagement blieb dabei stark auf deren ehemalige Kolonialgebiete konzentriert. Aus Osteuropa beteiligten sich vor allem die Sowjetunion, in geringerem Maße die Tschechoslowakische Sozialistische Republik und die Deutsche Demokratische Republik. In begrenztem Maße waren aber auch die Sozialistische Republik Rumänien, sowie die Volksrepubliken Bulgarien und Ungarn in Afrika vertreten. Doch ist bei dieser Zusammenstellung Vorsicht geboten, da die Aufarbeitung der Afrikapolitik der sozialistischen Staaten noch in ihren Anfängen steckt. Mit der weiteren Erschließung dieses Feldes können sich dementsprechend durchaus noch Änderungen dieser Gesamtkonstellation ergeben. Der Nahe und Mittlere Osten war zunächst vor allem durch den Staat Israel, seit Ende der 1960er Jahre dann aber auch in wachsendem Maße durch die Republik Irak und die Königreiche Persien und Saudi Arabien in Afrika vertreten. Aus Ostasien operierten primär die Volksrepublik China und das Kaiserreich Japan, eingeschränkt aber auch die Demokratische Volksrepublik Korea und die Republik Korea, sowie die Republik China auf dem Kontinent. Aus Nord- und Zentralamerika taten sich die Vereinigten Staaten von Amerika, das Königreich Kanada und die Republik Kuba, aus Südamerika die Republik Brasilien hervor. Vom afrikanischen Kontinent selbst waren aus dem Norden die Vereinigte Arabische Republik, später auch die Republik Algerien und die Arabische Republik Libyen, aus dem Süden die Republik Südafrika, daneben aber auch regionale Machtzentren, wie die Bundesrepubliken Nigeria und Tansania, später auch die Republik Zaïre, sowie die Republiken Guinea und Ghana am Second Scramble beteiligt.

Bereits in der spätkolonialen Phase der 1950er Jahre hatten sich erste fremde Mächte an größere Investitionen in den afrikanischen Einflusszonen der europäischen Kolonialmächte gewagt und begonnen, ihren dortigen Einfluss auszubauen. Aufgrund des kolonialen Status dieser Gebiete konnten sich die Kolonialmächte ihr formelles Einflussmonopol allerdings weitgehend bewahren. 1957 wurde dieses Monopol, mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge und der damit verbundenen Assoziierung der Kolonien an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, von den Mitgliedsstaaten der Wirtschaftsgemeinschaft bestätigt. Im Gegenzug wurden Letzteren von den europäischen Kolonialmächten zusätzliche Freiheiten und Rechte in ihren Kolonien eingeräumt, die deren Unternehmen gegenüber ihrer außereuropäischen Konkurrenz klare ökonomische Vorteile verschafften.<sup>138</sup> Auch nach der Dekolonialisierung bestand diese Einflussverteilung, nun allerdings

---

<sup>136</sup> Tetzlaff, Rainer, Cord Jakobeit: Das nachkoloniale Afrika. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Wiebaden 2005, S. 215.

<sup>137</sup> Ebd., S. 227.

<sup>138</sup> Grimm, Sven: Die Afrikapolitik der Europäischen Union. Europas außenpolitische Rolle in einer randständigen Region. Hamburg 2003, S. 78 ff. ; Moser, Thomas: Europäische Integration, Dekolonisation, Eurafrika. Eine historische Analyse über die Entstehungsbedingungen der eurafrikanischen Gemeinschaft von der

ohne juristische Grundlage, basierend allein auf den faktischen Strukturen, fort. Die Netzwerke der ehemaligen Kolonialmächte konnten sich weitgehend gegenüber ihrer internationalen Konkurrenz behaupten. Eine ähnlich dominante wirtschaftliche Stellung konnte lediglich die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft erringen. Mit den Entwicklungshilfeabkommen von Yaoundé in den 1960er Jahren, von Lomé in den 1970er und 1980er Jahren und der Einführung des, den europäisch-afrikanischen Handel stabilisierenden, Stabex-Systems gelang es ihr, die nun unabhängigen assoziierten Staaten dem westeuropäischen Einfluss zu erhalten und deren Märkte an den europäischen Markt anzukoppeln.<sup>139</sup>

Nicht-europäische Mächte wurden so erfolgreich abgedrängt und mussten auf afrikanische Staaten ausweichen, die ihnen einen leichteren Zugriff boten. Einfachere Einstiegsmöglichkeiten bestanden beispielsweise in UNO-Mandatsgebieten, wie Libyen, Somaliland, Togo, Kamerun, Namibia, Ruanda, Burundi und Tanganjika, sowie in afrikanischen Nationalstaaten, deren Abhängigkeit von Europa vergleichsweise niedrig war, wie der Vereinigten Arabischen Republik, dem Kaiserreich Äthiopien oder der Republik Südafrika. Ebenbürtige Kontrahenten besaß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft lediglich in Supermächten, wie den Vereinigten Staaten von Amerika, der Sowjetunion und später auch der Volksrepublik China.

Mit Letzteren hielt auch der Kalte Krieg Einzug auf dem afrikanischen Kontinent. Die Vereinigten Staaten verfolgten hier eine aktive Politik „*globaler Transformation*“, um „*systemkonforme Gesellschaften*“ zu errichten und in die amerikanische Einflussosphäre zu integrieren.<sup>140</sup> Anders die übrigen westlichen Staaten, die weit gemäßigte, passivere Ziele verfolgten. Ein militärischer 'Sperrgürtel' von Norwegen bis zur Republik Südafrika, ein zweiter, verbunden mit einem wirtschaftlichen „*Wohlstandsgürtel*“ von Marokko bis in die Vereinigte Arabische Republik, sollte den afrikanischen Kontinent vor den Einmischungsversuchen östlicher Mächte bewahren.<sup>141</sup> Regionale Schwerpunktstaaten, die im Sinne des Westens auf ihr Hinterland und die sie umgebenden Staaten einwirken konnten, sollten eine ähnlich intensive Unterstützung erfahren. Hauptziele waren die Sicherung strategisch bedeutender Transportrouten, wie der für die westliche Erdölversorgung relevanten Kap-Route – 65% der westeuropäischen und 28% der US-amerikanischen Erdölimporte wurden über die Kap-Route transportiert<sup>142</sup> –, und einiger

---

Weltwirtschaftskrise bis zum Jaunde-Vertrag. 1929-1963. Baden-Baden 2000, S. 503.

<sup>139</sup> Grimm 2003, S. 103.

<sup>140</sup> Frey, Marc: Die Vereinigten Staaten und die Dritte Welt im Kalten Krieg. In: Greiner, Bernd (Hg.): Heiße Kriege im Kalten Krieg. Hamburg 2006, S. 35-60, hier S. 59.

<sup>141</sup> Referatsleiter Sanne – Referat Maghreb (Auswärtiges Amt) an Stellvertretender Abteilungsleiter Voigt – Abteilung West I (Auswärtiges Amt) und Referat Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Italien (Auswärtiges Amt), 11 Juli 1961, PA AA, AA, B 130, 2306A.

<sup>142</sup> Foltz, William J.: Africa in Great-Power Strategy. In: Foltz, William J. (Hg.): Arms and the African. Military influences on Africa's international relations. New Haven u.a. 1985, S. 1-27, hier S. 21.



Vorkommen an strategisch relevanten Rohstoffen.

Die Sowjetunion, die einen evolutionären Übergang der afrikanischen Staaten zum Sozialismus zu erwarten schien, verhielt sich, im Vergleich zu den Vereinigten Staaten, weitgehend passiv. Einzelne Staaten des Sozialistischen Lagers, wie Kuba oder die Volksrepublik China<sup>143</sup> zeigten zuweilen ein aktiveres Engagement, weshalb ihnen kämpfende Befreiungsbewegungen häufig den Vorzug gaben. Doch während Kuba seit 1959 auf dem afrikanischen Kontinent operierte,<sup>144</sup> zwischen 1975 und 1988 mehr als 70.000 Kubaner – größtenteils Militärs – auf afrikanische Kriegsschauplätze entsandte,<sup>145</sup> hielt es am Ende doch stets treu zur Sowjetunion. Anders die Volksrepublik China, die die sowjetische Zurückhaltung als Schwäche auslegte und es bereits Anfang der 1960er Jahre zu einem offenen Machtkampf um die sozialistische Vorherrschaft in Afrika kommen ließ. Doch nicht nur Kuba und die Volksrepublik China, auch die unzähligen kommunistischen Parteien Europas, Asiens und Afrikas wurden nicht müde, ihr revolutionäres Bewusstsein und Engagement zur Schau zu stellen. Nicht selten sollte es ihnen gelingen, die Sowjetunion und die übrige Sozialistische Staatengemeinschaft mit ihrem Aktionismus vor sich her zu treiben. Enge Partner, die als Brückenkopf für das weitere Vordringen auf dem afrikanischen Kontinent genutzt werden konnten, besaßen die sozialistischen Staaten in der Vereinigten Arabischen Republik, Guinea, Ghana, später auch Tansania und der Republik Kongo, sowie seit 1975 in Angola und Mosambik. Über diese afrikanischen Staaten versuchten die sozialistischen Staaten, den afrikanischen Kontinent ihren Einflussphären zu erschließen, wobei ihre Zielgebiete – wie im Fall der westlichen Staaten – in Nordafrika und den regionalen Schwerpunktstaaten lagen.<sup>146</sup>

Die Schwerpunktstaaten waren es dann auch, an denen sich Konflikte des Kalten Krieges primär entzünden sollten. Abgesehen von der ägyptischen Suez-Krise kam dem zentralafrikanischen Raum dabei mit der Kongo- und der Angola-Krise<sup>147</sup> eine erhebliche Bedeutung zu – den zwei Räumen also, die auch schon 100 Jahre zuvor heiß umkämpft worden waren. Auch Kamerun kann in diesem Zusammenhang genannt werden. In den 1950er und 1960er Jahren wurde es durch den Kampf der progressiven Partei *Union des populations du Cameroun* gegen die kamerunische Regierung ebenfalls – wenn auch nur in begrenztem Umfang und lediglich für kurze Zeit – zu einem Hot Spot des Kalten Krieges.<sup>148</sup> Doch kam der Kalte Krieg dort nie so deutlich zum Vorschein wie in der

<sup>143</sup> Vgl.: Radchenko, Sergey: The Sino-Soviet split. In: Leffler, Melvyn P., Odd Arne Westad (Hrsg.): The Cambridge history of the Cold War. Vol. 1: Origins. Cambridge 2010, S. 349-372.

<sup>144</sup> Gleijeses, Piero: Kuba in Afrika 1975–1991. In: Greiner, Bernd (Hg.): Heiße Kriege im Kalten Krieg. Hamburg 2006, S. 469-510, hier S. 470.

<sup>145</sup> Ebd., hier S. 508.

<sup>146</sup> Vgl.: Tüttenberg, Elke: Der Beitrag der Staaten des Ostblocks zur Wirtschaft der Entwicklungsländer Afrikas. Sankt Augustin 1977.

<sup>147</sup> Tetzlaff 2005, S. 210.

<sup>148</sup> Sarris, Louis George: Soviet Military Policy and Arms Activities in Sub-Saharan Africa. In: Foltz, William J. (Hg.): Arms and the African. Military influences on Africa's international relations. New Haven/u.a. 1985, S. 29-

Demokratischen Republik Kongo oder in Angola. Gezielt wurden dort Häfen von einzelnen westlichen Kriegsschiffen und ganzen westlichen Verbänden angelaufen, um dem östlichen Lager die Zugehörigkeit der umstrittenen Räume zur westlichen Einflussphäre eindringlich vor Augen zu führen und vor den möglichen Folgen eines direkten militärischen Eingreifens seitens der sozialistischen Staaten zu warnen. So wurde der angolische Hafen von Luanda zwischen 1973 und 1975 regelmäßig von französischen und amerikanischen Flottenverbänden besucht, um eine direkte sowjetische Intervention im angolischen Unabhängigkeitskampf zu verhindern.<sup>149</sup>

Anfang der 1970er Jahre brachen die auf dem Systemgegensatz beruhenden komplexen Bündnissysteme 'des Westens' und 'des Ostens' dann aber faktisch auseinander. Die hohe, durch die Kosten des Vietnam-Kriegs hervorgerufene, Verschuldung der Vereinigten Staaten, in deren Verlauf der US-Dollar von seiner Goldparität gelöst werden musste,<sup>150</sup> führte, begleitet von einer Erdöl-Krise, zu einer globalen Finanz- und schließlich zu einer weltweiten Wirtschaftskrise. Wirtschaftsideologisch fand eine Lösung von der keynesianischen „Globalsteuerung“, entwicklungsideologisch von der „allgemeinen Modernisierungsideologie“ statt.<sup>151</sup> Auf internationaler Ebene hatte dies eine verstärkte Zusammenarbeit der bisher durch den ideologischen Systemgegensatz getrennten Staaten des westlichen und des östlichen Lagers zur Folge. Gemeinsame Projekte von Staaten der 'Ersten', 'Zweiten' und 'Dritten Welt' wurden eingeleitet.<sup>152</sup> So konnte der ostdeutsche Botschafter in der Zentralafrikanischen Republik, Heinz Deutschland, 1970 seiner vorgesetzten Dienststelle gänzlich unverblümt den Vorschlag unterbreiten:

*„Für uns ist wichtig, daß die Linie Kairo-Brazza [ zwischen der Vereinigten Arabischen Republik und der Volksrepublik Kongo] zu einer Barriere für das weitere Vordringen des amerikanischen Imperialismus und seiner Bündnispartner im Süden Afrikas nach Norden werden könnte. Hier muß man sogar einmal den Gedanken erwägen, inwieweit es sogar gemeinsame Interessen des soz.[ialistischen] Lagers und des franz.[ösischen] Imp.[erialismus] gegen den USA-Imperialismus [Imperialismus der United States of America] geben könnte.“*<sup>153</sup>

---

57, hier S. 38.

<sup>149</sup> Generalkonsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola an Referat Ost- und Südafrika (Auswärtiges Amt) und Botschaft in der Portugiesischen Republik und Generalkonsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Mosambik und Bundesministerium für Verteidigung, 26. März 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102569. ; Generalkonsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola an Referat Ost- und Südafrika (Auswärtiges Amt) und Botschaft in der Portugiesischen Republik und Generalkonsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Mosambik und Bundesministerium für Verteidigung, 7. Mai 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102569.

<sup>150</sup> Arrighi, Giovanni: The World Economy and the Cold War, 1970-1990. In: Leffler, Melvyn P., Odd Arne Westad (Hrsg.): The Cambridge history of the Cold War. Volume III: Endings, 1975-1991. Cambridge 2010, S. 23-44, hier S. 30 f.

<sup>151</sup> Rödder, Andreas: Die Bundesrepublik Deutschland 1969-1990. München 2004, S. 49.

<sup>152</sup> Gutman, Patrick: West-östliche Wirtschaftskooperationen in der Dritten Welt. In: Greiner, Bernd (Hg.): Ökonomie im Kalten Krieg. Hamburg 2010, S. 395-415, hier S. 409.

<sup>153</sup> Botschafter Deutschland (Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik) an Stellvertretender Abteilungsleiter Weidemann – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 19. Juli 1970, PA AA, MfAA, C

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass im Vergleich mit dem ersten Scramble, der primär von europäischen Akteuren getragen worden war, der Second Scramble, ein deutlich globaleres Akteursprofil aufwies. Mächte wie die Volksrepublik China, Japan oder Brasilien – doch auch West- und Ostdeutschland – konnten sich, im Windschatten der Supermächte, eigene Einflussphären auf- und ausbauen.

Wie die beiden deutschen Staaten hierbei vorgingen soll nun im Folgenden kurz dargelegt werden. Die Darstellung orientiert sich dabei am aktuellen Forschungsstand. Mit den Endergebnissen dieser Arbeit wird sie deshalb – dies sei ihr schon einmal voran gestellt – nur begrenzt in Einklang zu bringen sein.

### Westdeutsche Aktivitäten in Afrika (1945-1975)

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatte sich der westdeutsche Handel schon bald wieder auf dem afrikanischen Kontinent etabliert.<sup>154</sup> Zahlreiche westdeutsche Handelshäuser hatten sich ihr Netz aus Kontakteuten, Zulieferern und Abnehmern über den Krieg bewahren können, so dass sie bereits wenige Jahre nach Kriegsende ihre Geschäfte wieder aufnehmen konnten. Anders war es um die westdeutsche Außenwirtschaft bestellt, die sich mit direkten Investitionen in die afrikanische Wirtschaft schwer tat.<sup>155</sup> Die bereits erwähnte Unterzeichnung der Römischen Verträge<sup>156</sup> und die Dekolonialisierung wirkten zwar förderlich auf die Investitionsbereitschaft westdeutscher Unternehmen, da sie ihnen die afrikanischen Märkte mehr und mehr öffneten. Von einem Dammbbruch westdeutscher Direktinvestitionen blieb man aber auch in den folgenden Jahren weit entfernt.<sup>157</sup> Die westdeutsche Wirtschaft setzte lieber auf indirekte Investitionen. Sie kaufte sich in die in Afrika operierenden Unternehmen anderer europäischer Staaten ein oder gründete im europäischen Ausland Tochterunternehmen für ihr Afrikageschäft, um sich gegenüber ihrer europäischen und außereuropäischen Konkurrenz Vorteile zu sichern, die beispielsweise nur ein französisches Unternehmen in einer französischen beziehungsweise ehemaligen französischen Kolonie für sich beanspruchen konnte.

---

817/74, Fiche 1, S. 78.

<sup>154</sup> Schmidt 2007, S. 532-544, hier S. 533.

<sup>155</sup> Der Wirtschaftswissenschaftler Robert Kappel geht von einem generellen Desinteresse der westdeutschen Privatwirtschaft an Afrika aus (Kappel 2002, S. 153-164, hier S. 153.). Doch greift diese Annahme zu kurz, wie im Laufe dieser Arbeit noch zu zeigen sein wird. Ganz richtig weist der Historiker Dirk van Laak darauf hin, dass sich westdeutsche Unternehmen nach 1945 bemühten, Informationen über ihre Auslandsaktivitäten – von der Eröffnung eines Tochterunternehmens, bis hin zum Einkauf in ausländische Gesellschaften – vor Staat und Öffentlichkeit zurückzuhalten (Laak 2005, S. 169.) – nicht zuletzt auch, um sich vor unliebsamer Konkurrenz zu schützen. Entsprechend schwer gestaltet sich die historische Aufarbeitung ihrer Auslandsaktivitäten.

<sup>156</sup> Krämer 1984, S. 69-75, hier S. 71.

<sup>157</sup> Eyinla 1996, S. 150.

Die Afrikapolitik der Bundesrepublik unterstützte die Expansion der westdeutschen Wirtschaft und des westdeutschen Handels zwar, doch bildete deren staatliche Unterstützung über rund zwei Jahrzehnte letztlich nichts weiter als einen Nebenkriegsschauplatz.<sup>158</sup> In ihrem Kern war die westdeutsche Afrikapolitik, zunächst Bündnis-,<sup>159</sup> dann Innenpolitik und damit ganz auf den Kalten Krieg und den deutsch-deutschen Gegensatz fixiert. Zwischen 1949 und 1959 stand die westdeutsche Außenpolitik ganz im Zeichen einer Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnisssystem. Diesem Ziel war auch die westdeutsche Afrikapolitik verpflichtet.<sup>160</sup> Unter keinen Umständen sollten die europäischen Bündnispartner bedrängt oder gar verärgert werden. Entsprechend zurückhaltend gestalteten sich die ersten Jahre der westdeutschen Afrikapolitik. Dies änderte sich um 1960. Die Bundesrepublik hatte ihre Position im westlichen Lager ausreichend gefestigt und die DDR hatte begonnen, ihre Bemühungen um eine völkerrechtliche Anerkennung auf den afrikanischen Kontinent auszudehnen. Fortan bestimmte Deutschlandpolitik die Afrikapolitik der Bundesrepublik.<sup>161</sup> Hallstein-Doktrin und Scheel-Doktrin dominierten die Bonner Diplomatie und wirkten tief in alle Gebiete der staatlichen Afrikaaktivitäten, von der Entwicklungshilfe bis in die Militärhilfe hinein – allerdings ohne jemals in Machtpolitik abzugleiten.<sup>162</sup> Die Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages Ende 1972 machte dann eine völlige Neukonzeption der westdeutschen Afrikapolitik erforderlich.<sup>163</sup> Progressive Kräfte innerhalb der Gesellschaft forderten die Einführung entwicklungs- und friedenspolitischer

<sup>158</sup> Tetzlaff, Rainer: Grundzüge und Hintergründe Bonner Afrika-Politik: Eine Einführung. In: Bley, Helmut, Rainer Tetzlaff (Hg.): Afrika und Bonn. Versäumnisse und Zwänge deutscher Afrika-Politik. Reinbek bei Hamburg 1978, S. 28-69, hier S. 56. ; Karmann 1988, S. 200. ; Eyinla 1996, S. 149. Auf den Punkt bringt diese Annahme der Politikwissenschaftler Rolf Hofmeier: „*On balance it remains to conclude that the general consensus of political analysts and decision-makers alike is that Germany does not appear to have any salient reason or economic interests in sub-Saharan Africa (other than in a rather marginal way as part of an increasingly more globalized perspective)*“ (Hofmeier, Rolf: Five decades of German-African relations: limited interests, low political profile and substantial aid donor. In: Engel, Ulf, Robert Kappel (Hrsg.): Germany's Africa policy revisited. Interests, images and incrementalism. Münster u.a. 2002, S. 39-62, hier S. 62.).

<sup>159</sup> Eyinla 1996, S. 149.

<sup>160</sup> An dieser Stelle sei angemerkt, dass einige Forscher die Existenz einer westdeutschen Afrikapolitik in Zweifel ziehen (Jungbauer 1998, S. 23. ; Engel, Ulf, Robert Kappel: Introduction. Interests, images and incrementalism. In: Engel, Ulf, Robert Kappel (Hrsg.): Germany's Africa policy revisited. Interests, images and incrementalism. Münster u.a. 2002, S. 1-7, hier S. 2.).

<sup>161</sup> N'dumbe III, Kumá Alexandre: Eine afrikanische Lektüre der deutschen Außenpolitik. In: Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): 125 Jahre Auswärtiges Amt. Festschrift. Bonn 1995, S. 54-58, hier S. 55. Für die Politikwissenschaftler Rainer Tetzlaff und Cord Jakobeit ist die westdeutsche Afrikapolitik sogar nichts weiter als ein „*Appendix der Deutschlandpolitik*“ (Tetzlaff 2005, S. 218.).

<sup>162</sup> Tetzlaff 1978, S. 30. Lediglich der Historiker Dirk van Laak äußerte bezüglich ihrer Traditionen: „*Die Akteure mögen gewechselt haben, doch gerade der im Zurückliegenden beschriebene Trend zu subtileren, weniger offensichtlichen Formen der imperialistischen Einflußnahme hält weiter an und bedarf der aufmerksamen Kritik im Lichte der historischen Erfahrung*“ (Laak 2005, S. 175.).

<sup>163</sup> Engel, Ulf, Hans-Georg Schleicher: Thesen zur Afrikapolitik der beiden deutschen Staaten. In: Engel, Ulf, Hans-Georg Schleicher (Hg.): Thesen zur Afrikapolitik der beiden deutschen Staaten. Hamburg 1997, S. 3-20, hier S. 4. ; Engel 1998, S. i. ; Engel 2000, S. 271. ; Schmidt 2007, S. 532-544, hier S. 533. Lediglich der Historiker Kum'a N'dumbe ist der Ansicht, dass es auch an dieser Stelle nicht zu einer Neujustierung der westdeutschen Afrikapolitik gekommen ist (N'dumbe III. 1992, S. 369.).

Paradigmen.<sup>164</sup> Am Ende trugen aber die konservativen Kräfte in den Ministerien den Sieg davon und leiteten eine „Ökonomisierung“ der westdeutschen Afrikapolitik ein, welche die Aktivitäten der Bundesrepublik in Afrika der folgenden Jahrzehnte dominieren sollte.<sup>165</sup>

#### Ostdeutsche Aktivitäten in Afrika (1945-1975)

Im Gegensatz zum Handel der BRD konnte der ostdeutsche Handel nach Kriegsende in Afrika nur schwer Fuß fassen.<sup>166</sup> Ein Direkthandel war aus politischen und wirtschaftlichen Gründen kaum möglich. Handelsverträge kamen nur selten zustande. Hohe Zölle und Abgaben für Güter aus dem nicht-europäischen Ausland minderten die Konkurrenzfähigkeit ostdeutscher Produkte. So mussten ostdeutsche Unternehmen sich für ihr Afrikageschäft auf den Transithandel über westeuropäische Drittstaaten verlegen,<sup>167</sup> was ihre Gewinnspanne minimierte und die ostdeutsche Außenhandelsstatistik verfälschte. Ein Durchbruch gelang dem ostdeutschen Direkthandel hier erst 1975, nachdem in Angola und Mosambik Volksrepubliken ausgerufen worden waren.<sup>168</sup> Weitere wichtige afrikanische Handelspartner im Direkthandel waren die Vereinigte Arabische Republik, Algerien, Libyen, Ghana und Äthiopien.<sup>169</sup>

Von seiner Regierung erfuhr der ostdeutsche Handel nur wenig Unterstützung. Die ostdeutsche Afrikapolitik war – einmal abgesehen vom Wohl des östlichen Bündnissystems<sup>170</sup> – ganz auf das Ziel einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen angelegt.<sup>171</sup> Zwischen 1949 und 1959 wurden zur Erreichung dieses Ziels Handelsvertretungen in

---

<sup>164</sup> Engel 2000, S. 282.

<sup>165</sup> Spanger, Hans-Joachim, Lothar Brock: Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt. Die Entwicklungspolitik der DDR - Eine Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland? Opladen 1987, S. 298.

<sup>166</sup> Mair, Stefan: German Interests and German African Policy. In: Engel, Ulf, Robert Kappel (Hrsg.): Germany's Africa policy revisited. Interests, images and incrementalism. Münster u.a. 2002, S. 9-17, hier S. 11. ; Hofmeier 2002, S. 39-62, hier S. 62. ; Kappel 2002, S. 153-164, hier S. 153.

<sup>167</sup> Wentker, Hermann: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System. 1949-1989. München 2007, S. 297.

<sup>168</sup> Döring 1999, S. 38.

<sup>169</sup> Winrow 1990, S. 57 f.

<sup>170</sup> Schleicher, Hans-Georg: Afrika in der Außenpolitik der DDR. In: Heyden, Ulrich van der, Ilona Schleicher, Hans-Georg Schleicher (Hrsg.): Die DDR und Afrika. Band 1: Zwischen Klassenkampf und neuem Denken. Münster 1993, 10-30, hier S. 11. Ob es sich hierbei eher um ein realpolitisches oder ein ideologisches Wohl gehandelt hat, ist in der Forschung umstritten. Am weitesten wagt sich Melvin Croan vor, der in der ostdeutschen Afrikapolitik einen „angewandten Proto-Leninismus“ sieht, mit dem der „Konterimperialismus“ der Sowjetunion unterstützt werden sollte (Croan 1981, S. 7.). Ernst Hillebrand rudert etwas zurück und schreibt der Ideologie lediglich eine 'größere Bedeutung' in den Außenpolitiken der sozialistischen Staaten zu. Diese hätten mit sozialistischem Idealismus ihr Defizit an nationalen Legitimationsmustern auszugleichen gesucht (Schleicher 2004, S. 253-281, hier S. 256.). Hans-Georg Schleicher sieht die 'klassenkämpferischen Ideale' der DDR dagegen schon auf einer Stufe mit ihren pragmatischen Interessen (Ebd., S. 253-281, hier S. 258.). Und Brigitte Schulz ist schließlich der Ansicht, dass die Außenpolitiken der sozialistischen Staaten – und damit auch der DDR – weit weniger 'revolutionär' gewesen seien als immer wieder von diesen behauptet (Schulz 1995, S. 185.).

<sup>171</sup> Hillebrand 1987, S. 217. ; Bredow, Wilfried von: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland: eine Einführung. Wiesbaden 2006, S. 172. ; Troche 1996, S. 115.

Ägypten, Guinea und Ghana errichtet.<sup>172</sup> Von diesen Brückenköpfen aus wollte die DDR tief in den afrikanischen Raum vorstoßen und Kontakt zu Befreiungsbewegungen und gesellschaftlichen Organisationen herstellen,<sup>173</sup> die auf die Regierung ihres jeweiligen Staates einwirken sollten.<sup>174</sup> Um 1960 war dies Ziel jedoch noch immer nicht erreicht. Als Ursache hatten das ostdeutsche Außenministerium und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands schon bald die Hallstein-Doktrin der Bundesrepublik ausgemacht. Um ihr erfolgreich begegnen zu können, wurde das afrikapolitische Instrumentarium der DDR erweitert. Das Solidaritätskomitee der DDR wurde ins Leben gerufen.<sup>175</sup> Über das Komitee sollten fortan befreundete Bewegungen, Parteien und Massenorganisationen unterstützt und in ihrem Verständnis für die Belange der DDR bestärkt werden. Hinzu kamen staatliche Leistungen aus den unterschiedlichsten Bereichen, die alle unter dem Begriff der Solidaritätshilfe kursierten.<sup>176</sup> Nach vier Jahren konnte die DDR, dank dieser vielseitigen Solidaritätshilfe, einen ersten Erfolg verbuchen. 1964 erkannte die Volksrepublik Sansibar und Pemba die DDR völkerrechtlich an und ließ sie eine Botschaft auf ihrer Hauptinsel errichten.<sup>177</sup> Diesen Erfolg hatte sich die DDR einiges kosten lassen. Die Regierung der Volksrepublik hatte einen verlorenen Zuschuss und einen Handelskredit erhalten. Projekte der Solidaritätshilfe wurden eingeleitet und der Auf- und Ausbau der Sicherheitskräfte der Volksrepublik in Angriff genommen.<sup>178</sup> Doch ging die Volksrepublik schon bald eine Verbindung mit Tanganjika ein, an deren Ende die Gründung der Vereinigten Republik Tansania und die Herabstufung der ostdeutschen Botschaft zu einem Generalkonsulat stand. Ein wirklicher Durchbruch gelang erst 1969, als die Vereinigte Arabische Republik und die Sudanesisch Sozialistische Union die DDR völkerrechtlich anerkannten und vollwertige diplomatische Vertretungen in ihren Hauptstädten errichten ließen.<sup>179</sup> Anfang 1973, mit dem Ende von Hallstein- und Scheel-Doktrin, konnte sich dann auch die ostdeutsche Afrikapolitik ein neues Konzept geben. Auch weiterhin wurden Bewegungen, Parteien und Massenorganisationen unterstützt.<sup>180</sup> Prägen

<sup>172</sup> Wentker 2007, S. 176.

<sup>173</sup> Hofmeier 2002, S. 39-62, hier S. 41.

<sup>174</sup> Melvin Croan verortet das Einsetzen dieser Aktivitäten erst in der zweiten Phase der ostdeutschen Afrikapolitik (Croan 1981, S. 12.). Hans Joachim Spanger macht für die erste Phase einen weiteren Schnitt im Jahr 1954, da die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands sich 1949 auf ihrer ersten Parteikonferenz zwar mit dem 'Befreiungskampf der Völker Chinas und Indonesiens' solidarisierte, erst nach den Konferenzen von Colombo und Bandung aber die gesamte 'Dritte Welt' – und damit auch Afrika – in den Blick genommen habe (Spanger 1987, S. 159 ff.).

<sup>175</sup> Schleicher, Hans-Georg 1998, S. 95-110, hier S. 99.

<sup>176</sup> Ebd., hier S. 104.

<sup>177</sup> Hofmeier 2002, S. 39-62, hier S. 44. ; Spanger 1987, S. 165.

<sup>178</sup> Wentker 2007, S. 294.

<sup>179</sup> Hofmeier 2002, S. 39-62, hier S. 44. Wentker vertritt die Ansicht, dass die Ursachen dieses diplomatischen Durchbruchs eher im Wunsch der afrikanischen Staaten nach besseren Beziehungen zur Sowjetunion als im Erfolg der ostdeutschen Bemühungen zu suchen seien (Wentker 2007, S. 352 ff.). Hierauf wird im Laufe dieser Arbeit noch mehrfach zurückzukommen sein.

<sup>180</sup> Croan 1981, S. 10 f.

sollten die ostdeutsche Afrikapolitik fortan aber eher wirtschaftliche Motive.<sup>181</sup>

### **Der zentralafrikanische Raum (1945-1975)**

Auch im zentralafrikanischen Raum führten Dekolonialisierung und Kalter Krieg zu einem Aufbrechen der kolonialen Einflusszonen – und damit direkt hinein in den Second Scramble.<sup>182</sup>

Träger des Dekolonisierungsgedankens waren nicht allein die indigene afrikanische Bevölkerung und die sich 'um ihr Wohl sorgenden' Supermächte, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion. Auch Unternehmer, die auf eine Zunahme ökonomischer Freiräume spekulierten und die kolonialen Eliten, die ihr politisches und ökonomisches Schicksal selbst in die Hand nehmen zu können glaubten, standen der Idee einer Lösung vom Mutterland nicht ganz fern. Die Kolonialmächte reagierten unterschiedlich. Frankreich und Großbritannien leiteten für Französisch- und Britisch-Kamerun wie Französisch-Äquatorialafrika, um ihre Netzwerke auch über die Dekolonialisierung hinaus fortführen zu können, schon früh einen evolutionären, gemäßigten Übergang ein. So förderte Frankreich die Bildung einer neuen staatlichen Elite und schuf 1955 eine eigene Notenbank für Französisch-Äquatorialafrika und Französisch-Kamerun.<sup>183</sup> 1958 wurde Französisch-Äquatorialafrika dann in die Gabunische Republik, die Kongolesische Republik, die Zentralafrikanische Republik und die Republik Tschad aufgelöst und diese der Communauté Française angegliedert. Belgien verhielt sich gegenüber Belgisch-Kongo deutlich zurückhaltender, hoffte, den Prozess der Dekolonialisierung noch einige Jahrzehnte in die Länge ziehen zu können. Am wenigsten entgegenkommend zeigten sich aber Spanien gegenüber Spanisch-Guinea und Portugal gegenüber Angola und São Tomé und Príncipe.<sup>184</sup> Doch ob sie sich nun auf eine Dekolonialisierung vorbereiteten oder nicht, so war allen Kolonialmächten doch gemein, dass sie in den 1950er Jahren die staatlichen Investitionen in die von ihnen verwalteten Gebiete, vor allem im Bereich der Infrastruktur, erheblich ausbauten.

Im Jahr 1960, dem sogenannten 'Jahr Afrikas',<sup>185</sup> erlangten Belgisch-Kongo, die Kongolesische

---

<sup>181</sup> Post 1982, S. 69.

<sup>182</sup> An dieser Stelle seien einige aktuellere Überblickswerke zur Geschichte des zentralafrikanischen Raums angeführt: Mazrui, Ali A., C. Wondji (Hrsg.): *General History of Africa VIII. Africa since 1935*. London 1993. ; Birmingham, David, Phyllis M. Martin (Hrsg.): *History of Central Africa. The Contemporary Years. Since 1960*. London/New York 1998. ; Harding, Leonhard: *Geschichte Afrikas im 19. und 20. Jahrhundert*. München 1999. ; Erik, Gilbert, Jonathan T. Reynolds: *Africa in World History. From Prehistory to the Present*. Upper Saddle River in New Jersey<sup>2</sup> 2008.

<sup>183</sup> Konsulat in der belgischen Kolonie Belgisch-Kongo an Auswärtiges Amt, 3. Juni 1955, PA AA, AA, B 60 (2. Abg.), 1.

<sup>184</sup> Ständiger Vertreter des Botschafters Hansen (Botschaft in der Republik Portugal) an Auswärtiges Amt, 8. August 1959, PA AA, AA, B 68, 62.

<sup>185</sup> Das Jahr 1960 wird als 'das Jahr Afrikas' bezeichnet, da in ihm, innerhalb von elf Monaten, 18 afrikanische Gebiete unter europäischer Verwaltung in ihre Unabhängigkeit entlassen wurden (Vgl.: Kalter, Christoph: *Aufbruch und*

Republik, die Republik Tschad – unter Ausnahme ihrer nördlichen Gebiete –, die Zentralafrikanische Republik, die Gabunische Republik und Französisch-Kamerun die Unabhängigkeit. Britisch-Kamerun folgte ein Jahr später. In den folgenden Wochen schloss sich sein Norden Nigeria, sein Süden der aus Französisch-Kamerun hervorgegangenen Republik Kamerun an, die in eine Bundesrepublik umgewandelt wurde. Spanisch-Guinea, seit 1963 teilautonom, wurde 1968 als Äquatorialguinea, die portugiesischen Überseeprovinzen Angola und São Tomé e Príncipe 1975 in die Unabhängigkeit entlassen. In der Folgezeit gelang es lediglich Frankreich, seine Bindungen und Netzwerke über die *Communauté Française* auch institutionell fortzuführen – wenn auch nur in den Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas. Doch bot die bereits Ende der 1950er Jahre erfolgte und Anfang der 1960er Jahre erneuerte Assoziierung der frankophonen zentralafrikanischen Staaten mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, in die Ende der 1970er Jahre auch die ehemaligen spanischen und portugiesischen Gebiete integriert wurden, den ehemaligen Kolonialmächten die Möglichkeit, sich große Teile ihres Einflusses zu bewahren.

Wirkliche Autonomie blieb den jungen Nationalstaaten auch noch viele Jahre nach Erlangung ihrer Unabhängigkeit verwehrt. Das Schlüsselinstrument jeglicher eigenstaatlicher Finanzkontrolle, die Zentralbank, verblieb zunächst unter Aufsicht der ehemaligen Kolonialmacht, so dass die Regierungen der jungen Nationalstaaten nur eine eingeschränkte Kontrolle über die Landeswährung und das Staatsbudget besaßen. Auf diese Weise sollten die Regierungen der zentralafrikanischen Staaten, die nach Erlangung der Unabhängigkeit international als nur schwach kreditwürdig eingestuft wurden, in ihrer Innen- und Außenpolitik unter Kontrolle gehalten, ihre Märkte möglichst geringen staatlichen Restriktionen – allenfalls gegen die unliebsame ausländische Konkurrenz – ausgesetzt werden. Die Effizienz dieses Systems wurde 1960 in der reichen Demokratischen Republik Kongo mustergültig unter Beweis gestellt. Nachdem die Regierung von Ministerpräsident Patrice Lumumba sich nach Ansicht des Westens ihrer Kontrolle entzogen hatte, dauerte es nur einen Monat, bis deren Budget aufgebraucht war.<sup>186</sup>

Um eigene Finanzreserven aufzubauen, verzichteten die zentralafrikanischen Regierungen weitgehend auf einen Ausbau ihrer direkten und indirekten Besteuerungssysteme. Eine politische und technische Umsetzung wäre auch kaum möglich gewesen. Das geringe Steueraufkommen hätte den Aufwand nicht gelohnt. Stattdessen konzentrierten die Regierungen sich auf eine verbesserte zolltechnische Erfassung der Im- und Exporte, da See- und Flughäfen, wie die größeren internationalen Verbindungsstraßen, relativ kostengünstig zu kontrollieren waren. Eine solche

---

Umbruch: Das „Afrika-Jahr“ vor einem halben Jahrhundert. In: Zeitgeschichte-online Oktober 2010 [aus: <http://www.zeitgeschichte-online.de/Themen-Kalter-06-2010> vom 01.02.2012.].).

<sup>186</sup> Botschaft in der Republik Kongo an Auswärtiges Amt, 3. August 1960, PA AA, AA, B 68, 19.



Fiskalpolitik hatten auch schon die Kolonialmächte, wie Belgien und Portugal, betrieben. In Belgisch-Kongo hatte der Anteil der Zölle und Abgaben an den Staatseinnahmen zwischen 1940 und 1958 bei 31% bis 43% gelegen.<sup>187</sup> Und auch im portugiesischen Überseegebiet Angola hatten die auf Exporte erhobenen Abgaben und Zölle 1958 den Schwerpunkt der Einnahmen der Provinzverwaltung ausgemacht.<sup>188</sup> Für die zentralafrikanischen Staaten war die Erhebung von Abgaben und Zölle auf die eigenen Exporte, aufgrund starken wirtschaftlichen und politischen Drucks aus dem Ausland, aber nur schwer umzusetzen. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft pochte auf die Einhaltung der Assoziierungsverträge, deren vorgegebene Zoll- und Abgaben-Sätze nicht angehoben werden durften. Doch auch die Aushandlung der Zölle und Abgaben für den Handel mit Nicht-Mitgliedsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bereitete den afrikanischen Regierungen erhebliche Probleme.<sup>189</sup> So verlagerten sie ihre Bemühungen auf die Erhebung von Zöllen und Abgaben auf Importe. 1962 setzten sich die Staatseinnahmen der Republik Kongo nur zu 39% aus direkten und indirekten Steuern, zu 3,8% aus französischer Budgethilfe und weiteren kleine Posten, jedoch zu 43% aus Abgaben und Zöllen auf Importe zusammen.<sup>190</sup> Bis 1973 sollte sich der Anteil Letzterer am kongolesischen Staatsbudget sogar auf 66% erhöhen.<sup>191</sup> Der verständliche Wunsch, über ein möglichst hohes Staatsbudget zu verfügen, setzte nun eine Aufwärtsspirale der staatlichen Importe in Gang, die ihrerseits wiederum – bedingt durch den Wunsch der zentralafrikanischen Regierungen, auch eine ausgeglichene Handelsbilanz zu erzielen – die Exporte beflügelte. In Quantität wie Qualität legten die zentralafrikanischen Exporte merklich zu.<sup>192</sup> Doch wurden sie in den globalen Handelsstatistiken schon bald zu Opfern eines fortwährenden Abwärtstrends.<sup>193</sup> Während Menge und Qualität der in Zentralafrika produzierten Waren stiegen, fielen ihre Preise auf den Weltmärkten<sup>194</sup> – und damit auch die durch ihren Export generierten Einnahmen aus Zöllen und Abgaben. Diese waren zwar nicht so hoch, wie die aus den Importen generierten Erlöse, bei der angespannten Haushaltslage der meisten zentralafrikanischen Regierungen aber doch auch nicht ganz unerheblich. Zusätzliche ökonomische Probleme bereitete

<sup>187</sup> Vanthemsche, Guy: Belgium and the Congo, 1885-1980. New York 2012, S. 170.

<sup>188</sup> Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola an Auswärtiges Amt und Botschaft in der Republik Portugal und Bundesministerium für Wirtschaft, 22. März 1958, PA AA, AA, B 68, 65.

<sup>189</sup> Botschafter Soltmann (Botschaft in der Kongolesischen Republik) an Botschaft in der Republik Kongo, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 34, 457.

<sup>190</sup> Botschafter Soltmann (Botschaft in der Kongolesischen Republik) an Auswärtiges Amt, 5. Juni 1962, PA AA, AA, B 68, 83.

<sup>191</sup> Botschaft in der Volksrepublik Kongo an Referat Nord- und Westafrika (Auswärtiges Amt), 28. November 1973, PA AA, AA, B 68, 1026.

<sup>192</sup> Bley, Helmut: Afrika in den weltwirtschaftlichen Krisenperioden des 20. Jahrhunderts. In: Feldbauer, Peter, Gerd Hardach, Gerhard Melinz (Hg.): Von der Weltwirtschaftskrise zur Globalisierungskrise (1929-1999). Wohin treibt die Peripherie? Frankfurt am Main 1999, 211-224, hier S. 223.

<sup>193</sup> Eckert, Andreas: Fitting Africa into World History. A Historiographical Exploration. In: Fuchs, Eckhardt, Benedikt Stuchtey (Hrsg.): Writing World History. 1800-2000. Oxford 2003, S. 255-270, hier S. 269.

<sup>194</sup> Bley 1999, S. 211-224, hier S. 219.

der freie Kapitaltransfer, der im Regelfall aus dem zentralafrikanischen Raum herausführte.<sup>195</sup> Die Summen waren so erheblich, dass sich 1963 im Fall der Demokratischen Republik Kongo der Internationale Währungsfonds sogar für ein vorübergehendes Verbot des freien Kapitaltransfers aussprach.<sup>196</sup>

So finanziell in die Ecke gedrängt sahen die meisten der zentralafrikanischen Regierungen nur einen Ausweg: die direkte Gewinnabschöpfung profitabler Unternehmen. Auch die europäischen Kolonialmächte hatten sich dieses Mittels schon bedient. So hatte in den 1950er und 1960er Jahren die portugiesische Kolonialverwaltung in Angola beispielsweise jährliche finanzielle Zuwendungen von Unternehmen erhalten, die in der Erdölförderung und im Rohdiamantabbau tätig waren.<sup>197</sup> Weitere Möglichkeiten zur Aufbesserung des Staatshaushalts bestanden in der Annahme verlorener Zuschüsse einer auswärtigen Macht – meist der ehemaligen Kolonialmacht –, sowie ab den 1970er Jahren in der Aufnahme langfristiger Staatsanleihen bei der eigenen Bevölkerung.<sup>198</sup> Auf den Weg, die Inflationsrate künstlich zu erhöhen und so die Staatsschulden zu senken, wagte sich dagegen nur die Regierung der Demokratischen Republik Kongo.<sup>199</sup>

Trotz all dieser finanzpolitischen Maßnahmen konnte eine „Krise der Zentralgewalt“<sup>200</sup> letztlich nicht verhindert werden. Unausgeglichene Staatshaushalte führten zu niedrigen und nur unregelmäßig ausgezahlten Gehältern, begünstigten eine im ganzen zentralafrikanischen Raum grassierende Korruption<sup>201</sup> und die Bildung lokaler Machtherde,<sup>202</sup> im Extremfall auch von Rebellenbewegungen oder, wie im Fall der Demokratischen Republik Kongo 1961 und 1964, ganzer Gegenregierungen. Die Zentralgewalt kontrollierte meist lediglich die Hauptstadt und, je nach Größe ihres Budgets, einzelne Regionen des Staatsterritoriums. Ein umfassendes staatliches Machtmonopol ließ sich so nicht durchsetzen. Mit „nation-building“, „state-building“, „development“, sowie 'Afrikanisierung' und ihren nationalen Spielarten, wie Zäirisierung und

<sup>195</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Kongolesischen Republik) an Auswärtiges Amt, 15. Juli 1964, PA AA, AA, B 68, 312. David Fieldhouse sieht hierin eine zentrale Ursache der im globalen Vergleich bescheidenen Entwicklung der afrikanischen Staaten (Fieldhouse, David K.: *The West and the Third World. Trade, Colonialism, Dependence and Development*. Oxford/u.a. 1999, S. 355.).

<sup>196</sup> International Monetary Fund an Abteilung VI (Bundewirtschaftsministerium) und Deutsche Bundesbank, 9. September 1963, PA AA, AA, B 68, 189.

<sup>197</sup> Konsul Terfloth (Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola) an Auswärtiges Amt und Bundesministerium für Wirtschaft und Botschaft in der Republik Portugal, 3. Januar 1966, PA AA, AA, B 68, 452.

<sup>198</sup> Mitarbeiter Gehl (Botschaft in der Kongolesischen Republik) an Auswärtiges Amt, 22. Januar 1964, PA AA, AA, B 68, 273.

<sup>199</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kongo an Auswärtiges Amt und Bundesministerium für Wirtschaft und Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und Bundesministerium der Finanzen, 14. November 1961, PA AA, AA, B 68, 199.

<sup>200</sup> Tetzlaff 2005, S. 63.

<sup>201</sup> Paul, Axel T.: *Korruption als europäisches Erbe? Klientelismus, Kolonialismus und Kleptokratie in Afrika*. In: Engels, Jens Ivo (Hg.): *Geld - Geschenke - Politik. Korruption im neuzeitlichen Europa*. München 2009, S. 275-306, hier S. 298.

<sup>202</sup> Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik an Auswärtiges Amt, 9. April 1963, PA AA, AA, B 34, 460.

Tschadisierung, versuchten die Regierungen gegenzusteuern.<sup>203</sup> Gesellschaftliche Massenorganisationen wurden zentralisiert und nationalisiert. Vor allem die Gewerkschaften waren betroffen.<sup>204</sup> Deren hohes Gefährdungspotential war den zentralafrikanischen Regierungen schon 1963, beim Sturz der Regierung von Staatspräsident Fulbert Youlou in der Kongolesischen Republik, überdeutlich vor Augen geführt worden.<sup>205</sup> Doch auch die jeweiligen Landeskirchen blieben vom staatlichen Wunsch nach Zentralisierung nicht verschont.<sup>206</sup>

Auf gesellschaftlicher Ebene führte diese Politik zu einem Anstieg des Nationalbewusstseins, aber auch der Fremdenfeindlichkeit – zunächst gegenüber Angehörigen der ehemaligen Kolonialmacht, dann gegenüber Bürgern anderer afrikanischer Staaten und schließlich gegenüber allen Menschen weißer Hauptfarbe. Nicht ohne Grund bezeichneten 1974 in Angola stationierte westdeutsche Diplomaten<sup>207</sup> lokale Gewaltausbrüche als 'Rassenunruhen'. In der Vereinigten Republik Kamerun beeinträchtigte die Fremdenfeindlichkeit 1973 die Berichterstattung der Botschaft so stark, dass es dieser praktisch nicht mehr möglich war, den Kontakt zu ihren Informanten innerhalb der kamerunischen Bevölkerung aufrechtzuerhalten.<sup>208</sup>

Bis 1975 scheiterte diese Politik der zentralafrikanischen Regierungen nur zwei mal: 1963 in der Kongolesischen Republik<sup>209</sup> und 1975 in der Republik Tschad.<sup>210</sup> In beiden Fällen wurde die Regierung gewaltsam gestürzt. Zu internationalen Krisen steigerten sich die innenpolitischen Auseinandersetzungen aber nur in den Fällen der Demokratischen Republik Kongo und der portugiesischen Überseeprovinz Angola. Im Kongo lösten sie 1960 die fast sechs Jahre währende Kongo-Krise,<sup>211</sup> in Angola 1961 einen Unabhängigkeitskampf aus, der 1975 in die Angola-Krise mündete.<sup>212</sup> In abgeschwächter Form kann in diesem Zusammenhang auch noch der Bürgerkrieg in

---

<sup>203</sup> Tetzlaff 2005, S. 120-126.

<sup>204</sup> Internationale Abteilung – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund) an Internationale Abteilung – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., DGB-Archiv im AdSD, 5/ DGAJ000530.

<sup>205</sup> Botschafter Linsser (Botschaft in der Republik Tschad) an Auswärtiges Amt, 30. November 1963, PA AA, AA, B 34, 552.

<sup>206</sup> Ludwig, Frieder: Unabhängigkeitsbestrebungen und Dekolonisationsprozesse. Zur Positionierung der Kirchen in Afrika und Asien. In: Kruke, Anja (Hg.): Dekolonisation. Prozesse und Verflechtungen. 1945-1990. Bonn 2009, S. 73-98, hier S. 88.

<sup>207</sup> Generalkonsul Laub (Generalkonsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola) an Auswärtiges Amt, 17. Juli 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102568.

<sup>208</sup> Botschaft in der Vereinigten Republik Kamerun an Auswärtiges Amt, 27. November 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102955.

<sup>209</sup> Vgl.: M'Bokolo, Elikia: Comparisons and contrasts in equatorial Africa: Gabon, Congo and the Central African Republic. In: Birmingham, David, Phylis M. Martin (Hrsg.): History of Central Africa. The Contemporary Years. Since 1960. London/New York 1998, S. 67-97.

<sup>210</sup> Vgl.: Buijtenhuijs, Robert: Chad in the age of the warlords. In: Birmingham, David, Phylis M. Martin (Hrsg.): History of Central Africa. The Contemporary Years. Since 1960. London/New York 1998, S. 21-42.

<sup>211</sup> Vgl.: Kacza, Thomas: Die Kongo-Krise. 1960-1965. Pfaffenweiler 1990. ; Young, Crawford: Zaire: The anatomy of a failed state. In: Birmingham, David, Phylis M. Martin (Hrsg.): History of Central Africa. The Contemporary Years. Since 1960. London/New York 1998, S. 97-130.

<sup>212</sup> Vgl.: Messiant, Christine: Angola: the challenge of statehood. In: Birmingham, David, Phylis M. Martin (Hrsg.): History of Central Africa. The Contemporary Years. Since 1960. London/New York 1998, S. 131-166.

der Republik Kamerun angeführt werden.<sup>213</sup> Ausgangspunkt und Rückzugsraum der Rebellen und Revolutionäre dieser Krisen war stets die Republik Kongo. Auf ihrem Territorium, den Straßen und Vierteln ihrer Hauptstadt Brazzaville, konnten sich Rebellen der kamerunischen Union des Populations du Cameroun,<sup>214</sup> der angolanischen *Movimento Popular de Libertação de Angola* und der zahlreichen Rebellengruppierungen der Demokratischen Republik Kongo weitgehend ungehindert für ihren 'Befreiungskampf' schulen und dann über die 'grüne Grenze' mit ihren Kommandos in die Grenzgebiete der benachbarten Staaten einfallen.

Doch waren es nicht Rebellen oder Revolutionäre, die den zentralafrikanischen Regierungen fast das Genick brechen sollten. Die in den frühen 1970er Jahren einsetzende Weltwirtschaftskrise ließ auch Zentralafrika nicht unberührt. Ihre Begleiterscheinungen, die Verteuerung der Energieträger und der Preisverfall an den internationalen Rohstoffbörsen, kombiniert mit der Fälligkeit der ersten Zins- und Kreditrückzahlungen, trieb viele zentralafrikanische Regierungen an den Rand des Staatsbankrotts. Selbst ein potentiell reicher Staat wie Zaïre benötigte nun allein für die Begleichung der Zinsen seiner aus dem Ausland bezogenen Kredite einen Zahlungsaufschub von zwei bis drei Jahren.<sup>215</sup>

---

<sup>213</sup> Vgl.: Kamé, Bouopda Pierre: De la rébellion dans le Bamiléké. Paris/u.a. 2008. ; Vgl.: Mehler, Andreas: Cameroun and the politics of patronage. In: Birmingham, David, Phylis M. Martin (Hrsg.): History of Central Africa. The Contemporary Years. Since 1960. London/New York 1998, S. 43-66.

<sup>214</sup> Botschaft in der Republik Kongo an Auswärtiges Amt, 14. Dezember 1967, PA AA, AA, B 34, 701.

<sup>215</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 14. Oktober 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103051.

## II. Zur Afrikapolitik an deutschen Außenministerien

Innerhalb der deutschen Afrikaaktivitäten nahmen das westdeutsche Auswärtige Amt in Bonn und das ostdeutsche Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Ost-Berlin, aufgrund ihrer koordinierenden Funktion, eine zentrale Stellung ein. Diese beschränkte sich nicht allein auf die staatlichen Aktivitäten. Über staatliche Zuschüsse, Kredite, Garantien und andere Leistungen staatlicher Stellen waren die Außenministerien auch an einer Vielzahl von Aktivitäten privatwirtschaftlicher Unternehmen und gesellschaftlicher Organisationen beteiligt. Konkrete politische Vorgaben des Parlaments, der Regierung oder der regierenden Partei wurden nur selten an die Ministerien herangetragen und so besaßen sie häufig nicht nur eine koordinierende Funktion, sondern auch eine gestaltende. Sie planten die deutschen Afrikapolitiken – an den Zentralen in Bonn und Ost-Berlin, an den Auslandsvertretungen vor Ort und nicht zuletzt auch auf Botschafterkonferenzen, auf denen die theoretischen Planungen der Zentralen und die praktischen Erfahrungen der Auslandsvertretungen nicht selten ungebremst aufeinander trafen.

### Planungen und Konferenzen in Bonn und Ost-Berlin

Das Auswärtige Amt legte sein erstes Positionspapier zur westdeutschen Afrikapolitik im Jahr 1953 vor. Unter dem Titel *„Afrikanische Probleme“*, ging der Leiter seiner Länderabteilung, Theodor Kordt, nicht nur auf eben diese ein, sondern auch auf Afrikas Rolle als bedeutender Exporteur von mineralischen und pflanzlichen Rohstoffen:

*„Afrika ist in der Erzeugung einer Reihe von Produkten des Bergbaus – Diamanten, Mangan, Gold, Chrom, Vanadium, Rohphosphat – und der Landwirtschaft – Palmkerne, Palmöl, Kakaobohnen, Sisal – in der Welt führend. Die erzielten Fortschritte in den letzten Jahrzehnten lassen erkennen, daß auch weiterhin mit einer steigenden Erzeugung zu rechnen ist, zumal wenn die bereits gemachten und die geplanten Investitionen zur vollen Auswirkung kommen werden.“*<sup>216</sup>

---

<sup>216</sup> Abteilungsleiter Kordt – Abteilung Länder (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 2. Juli 1953, PA AA, AA, B 11, 613.

Handel und Wirtschaft der Bundesrepublik hätten das ökonomische Potential des afrikanischen Kontinents mittlerweile erkannt. Im Positionspapier wurde deshalb nahegelegt, die Bundesrepublik auch in staatlicher Hinsicht auf dem afrikanischen Kontinent wieder Präsenz zeigen zu lassen. Die Option, sich erneut um ein Kolonialreich zu bemühen, schied dabei von Anfang an aus. Kordt notierte:

*„Das deutsche Interesse an Afrika hat seine Ursache in der ständig steigenden Bedeutung des Kontinents als Rohstoffquelle und Absatzgebiet. Eine Wiederaufnahme der Kolonialpolitik kommt für die Bundesrepublik nicht in Betracht.“*<sup>217</sup>

Stattdessen setzte das Auswärtige Amt ganz auf die mittel- und langfristigen Folgen der europäischen Einigung. Über kurz oder lang – davon war man in Bonn überzeugt – würde man von seinen europäischen Nachbarn die Erlaubnis erhalten, die Ressourcen ihrer Überseegebiete mit zu nutzen.

Ende der 1950er Jahre wurde, mit der Dekolonialisierung und dem einsetzenden Second Scramble, dann eine Neujustierung der westdeutschen Afrikapolitik erforderlich. Konferenzen zur Planung und Koordinierung der deutschen Afrikaaktivitäten in einzelnen Schwerpunktstaaten und Regionen wurden einberufen. So veranstaltete 1959 die Deutsche Afrika-Gesellschaft ein „*Kamerun-Gespräch*“. Auf diesem berieten Vertreter unterschiedlicher westdeutscher Bundesministerien, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Friedrich Ebert-Stiftung und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft das weitere Vorgehen der BRD in der ehemaligen deutschen Kolonie.<sup>218</sup> Unterdessen organisierte die westdeutsche Botschaft in Paris erstmals eine Konferenz für alle deutschen Konsulate in französischen Überseebesitzungen.<sup>219</sup> In den Schatten gestellt wurden diese Veranstaltungen jedoch von der ersten westdeutschen Afrikabotschafterkonferenz, die 1959 im äthiopischen Addis Abeba tagte. Auf ihr wurden die Ziele, Wege und Mittel der westdeutschen Afrikapolitik erstmals verhandelt und festgelegt.<sup>220</sup> Aus Fragen der Dekolonialisierung wollte man sich weitestgehend heraushalten. Als politische Kernziele wurden die Eindämmung des Kommunismus, die Anbindung Afrikas an Europa und den Westen, der Auf- und Ausbau einer bundesdeutschen Einflussphäre und die Verhinderung einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR festgelegt.<sup>221</sup> Über fertige Konzepte zur Umsetzung dieser Ziele verfügte die Zentrale allerdings nicht – dies galt auch und gerade für die Hallstein-Doktrin, deren korrekte Anwendung

<sup>217</sup> Ebd.

<sup>218</sup> Deutsche Afrika-Gesellschaft an Deutsche Afrika-Gesellschaft, o.T. o.M. 1959, BAArch, B 161, 93.

<sup>219</sup> Referatsleiter Schroeder – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Botschaftsrat Kiderlen (Botschaft in der Republik Frankreich), 13. Januar 1959, PA AA, AA, B34, 37.

<sup>220</sup> Gülstorff 2010, o. S.

<sup>221</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 2, 96, Fiche 1-5.

auch von den angereisten Experten des Außenministeriums nicht abschließend geklärt werden konnte. Die konkrete Ausgestaltung dieser eher unscharf formulierten Vorgaben wurde den Vertretungen vor Ort überlassen.<sup>222</sup>

Die politischen Entwicklungen in Afrika und eine unverhoffte Stärkung der westdeutschen Position in dessen frankophonen Gebieten machten dann bereits 1962 eine zweite westdeutsche Afrikabotschafterkonferenz im ugandischen Entebbe erforderlich. Das südafrikanische Massaker von Sharpeville im Jahr 1960 und die äußerst blutige portugiesische Niederschlagung der Erhebung eines großen Teils der angolanischen Bevölkerung im Jahr 1961 hatten in der westdeutschen Öffentlichkeit – aber auch im Auswärtigen Amt – zu einem Meinungsumschwung zugunsten der indigenen Afrikaner geführt. Auch hatten sich die deutsch-französischen Beziehungen – in Europa wie in Afrika – merklich entspannt.<sup>223</sup> Erste Erfolge der von Bundeskanzler Konrad Adenauer und Staatspräsident Charles de Gaulles betriebenen deutsch-französischen Annäherungspolitik wurden sichtbar, die dann 1963 im Elysée-Vertrag gipfeln sollten. Dominiert wurde die Konferenz von Entebbe aber klar von den an der indigenen Bevölkerung begangenen Verbrechen. Die von befreundeten kolonialistischen und rassistischen Staaten, wie Portugal oder Südafrika, immer wieder beschworene und als Rechtfertigung für ihre Taten herangezogene Gefahr einer kommunistischen Infiltration der afrikanischen Bevölkerung wurde nun negiert,<sup>224</sup> die jungen afrikanischen Regierungen und Bewegungen als nationalistisch mit sozialistischem Einschlag – nicht nationalsozialistisch! – charakterisiert. Man distanzierte sich klar und deutlich von der Afrikapolitik Portugals und Südafrikas. Zustände, wie sie in immer noch unter Verwaltung einer ausländischen Macht stehenden Gebieten, wie Angola, Mosambik oder der Föderation von Rhodesien und Njassaland, herrschten, wurden als vorübergehender „*Restkolonialismus*“ eingestuft, gegen den von nun an auch über die westdeutsche Afrikapolitik Druck ausgeübt werden sollte. Lediglich dem Apartheidsregime der Republik Südafrika wurde noch eine begrenzte Schonfrist gewährt.<sup>225</sup> Zur Koordinierung der neuen Linie wurden 1960<sup>226</sup> und 1968<sup>227</sup> Konsularkonferenzen für die deutschen Vertretungen in der Republik Südafrika, sowie mehrere regionale

<sup>222</sup> Gülstorff 2010, o. S.

<sup>223</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, A 14614, Fiche 3, S. 192.

<sup>224</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 1, 260.

<sup>225</sup> Referatsleiter Schmoller – Referat Portugal, Spanien, Vatikan, Griechenland, Türkei, Zypern; Nordische Staaten, Österreich, Schweiz (Auswärtiges Amt) an alle Botschaften der BRD und Generalkonsulat in der Schweizerischen Eidgenossenschaft und Generalkonsulat in der britischen Kolonie Hongkong und Generalkonsulat bei den Vereinten Nationen und Generalkonsulat in der Föderation von Rhodesien und Njassaland und Generalkonsulat in der britischen Kolonie Kenia und Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Mosambik und Konsulat im Mandatsgebiet der Vereinten Nationen unter südafrikanischer Verwaltung Namibia und Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola, 26. November 1962, PA AA, AA, B 34, 389.

<sup>226</sup> Botschafter Granow (Botschaft in der Republik Südafrika) an Auswärtiges Amt, 17. November 1960, PA AA, AA, B 110, 72.

<sup>227</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 68, 669.

Botschafterkonferenzen durchgeführt. Aus dem zentralafrikanischen Raum traten in diesem Zusammenhang 1965<sup>228</sup> und 1969<sup>229</sup> die westdeutschen Botschafter aus der Gabunischen Republik, der Republik Kongo, der Zentralafrikanischen Republik, der Republik Tschad und der Bundesrepublik Kamerun zusammen.

Eine dritte bundesdeutsche Afrikabotschafterkonferenz tagte dann 1968 unter Leitung von Außenminister Willy Brandt in Abidjan, der Hauptstadt der Republik Elfenbeinküste.<sup>230</sup> Erforderlich war sie geworden, da Brandt, zusammen mit seinem Parteikollegen Egon Bahr, ein neues außenpolitisches Konzept gegenüber dem östlichen Lager ausgearbeitet hatte, das er nun, nach und nach, seinen Missionschefs vorzustellen gedachte. Interessanterweise wurde auf der Konferenz dennoch beschlossen, in der Afrikapolitik die bisherige abwehrende Haltung gegenüber den Staaten des sozialistischen Lagers beizubehalten. Sogar Warnungen vor einem Sieg des Kommunismus in Afrika wurden geäußert.<sup>231</sup> Bedeutsam machte die Konferenz jedoch nicht ihr Inhalt, sondern ihre Präsentation. Erstmals wurden die Ergebnisse einer Afrikabotschafterkonferenz öffentlichkeitswirksam aufbereitet und inszeniert. Der westdeutschen Öffentlichkeit wurde nach der Konferenz – neben dem obligatorischen Pressecommuniqué – erstmals auch eine schriftliche Zusammenfassung der Grundlagen der westdeutschen Afrikapolitik vorgelegt.<sup>232</sup> Die afrikanischen Missionschefs in Bonn wurden von Brandt sogar ins Auswärtige Amt geladen und persönlich über die neuen Leitlinien der deutschen Afrikapolitik – und die neue Ostpolitik – informiert.<sup>233</sup>

Aufgrund des stark gestiegenen gesellschaftlichen Drucks an Afrika interessierter progressiver Kräfte innerhalb der BRD, des Erstarkens arabischer und afrikanischer Mächte auf der internationalen Bühne und nicht zuletzt auch aus der Notwendigkeit heraus, die Afrikapolitik, nach

---

<sup>228</sup> Botschafter Fischer (Botschaft in der Republik Tschad) an Auswärtiges Amt, 26. Februar 1965, PA AA, AA, B 34, 625.

<sup>229</sup> Botschaft in der Republik Kongo an Auswärtiges Amt, 6. Januar 1969, PA AA, AA, B 34, 813.

<sup>230</sup> Ministerium für Staatssicherheit an Ministerium für Staatssicherheit und Vorsitzender Stoph (Ministerrat) und Abteilungsleiter Axen – Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Minister Winzer (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Hauptverwaltung Aufklärung – Abteilung Äußere Spionageabwehr (Gegenspionage) (Ministerium für Staatssicherheit) und Abteilung X/GSSR (Ministerium für Staatssicherheit) und Abteilung X/Ungarn (Ministerium für Staatssicherheit) und Hauptabteilung Funkaufklärung und -abwehr (Ministerium für Staatssicherheit) und Hauptabteilung Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei (Ministerium für Staatssicherheit) und Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (Ministerium für Staatssicherheit) und Hauptverwaltung Aufklärung (Ministerium für Staatssicherheit), 23. Februar 1968, BStU, MfS, HV A, Nr. 233, S. 219-226.

<sup>231</sup> Staatssekretär Lahr (Auswärtiges Amt) an alle Botschaften und Konsulate der BRD und Beobachter bei den Vereinten Nationen in New York und Vertretung beim Europäischen Parlament in Straßburg und Vertretung bei der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung in Paris und Vertretung beim Europäischen Parlament in Brüssel und Vertretung bei der Nordatlantikpaktorganisation in Brüssel und Handelsvertretung in der Ungarischen Volksrepublik und Handelsvertretung in der Tschechoslowakischen Republik und Handelsvertretung in der Volksrepublik Bulgarien und Handelsvertretung in der Volksrepublik Polen und Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 24. April 1968, PA AA, AA, B 1, 550.

<sup>232</sup> Vgl.: Brandt 1968.

<sup>233</sup> Engel 1998, S. 46.



der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages, deutschlandpolitisch in ruhigere Gewässer zu überführen,<sup>234</sup> fand 1975 im kenianischen Nairobi die vierte Afrikabotschafterkonferenz statt.<sup>235</sup> Erneut wurde die bisherige Politik im Wesentlichen bestätigt. Doch sollte die Öffentlichkeitsarbeit des Auswärtigen Amtes sich nun stärker gegen Rassismus wenden und Afrika, da die außereuropäischen Konkurrenten der westdeutschen Wirtschaft an Einfluss gewonnen hatten, enger an Europa gebunden werden.<sup>236</sup>

Etwas später als sein westdeutsche Pendant begann das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, die Arbeit an der ostdeutschen Afrikapolitik aufzunehmen. Erst 1956 wurde ein Länderreferat Afrika, das sich zunächst nur mit dem nordafrikanischen Raum, seit 1957 dann aber auch mit Afrika südlich der Sahara beschäftigte, eingerichtet.<sup>237</sup> Ideen und Konzepte zur ostdeutschen Afrikapolitik stammten meist aus den Abteilungen des Außenministeriums<sup>238</sup> und wurden von dessen Kollegium, das bis ungefähr 1965 die ostdeutsche Afrikapolitik maßgeblich bestimmte, zusammengefasst und beschlossen. Das Kollegium setzte sich aus dem Minister, seinem Staatssekretär und Stellvertretern, den Abteilungsleitern und weiterem Führungspersonal des Ministeriums zusammen. Seine Autorität scheint zeitweilig sogar über derjenigen des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gelegen zu haben. So konnte es 1961 anscheinend eigenständig die Afrikapolitik der DDR und diejenige der ostdeutschen gesellschaftlichen Organisationen koordinieren und dem Politbüro sogar diesbezügliche Informationen – wenn es dies für angebracht hielt – bewusst vorenthalten. Das Politbüro segnete die Beschlüsse des Kollegiums dann meist nur noch ab. Einen ersten, den gesamten afrikanischen Kontinent umspannenden, Perspektivplan erstellte das Kollegium des Außenministeriums der Außenpolitischen Kommission des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Jahr 1959. Anfang 1960 wurde er vom Präsidium des Ministerrates der DDR beschlossen und vom Politbüro des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bestätigt.<sup>239</sup> Zu den Kernzielen dieses Plans zählte die Unterstützung der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen und die Herbeiführung der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR

<sup>234</sup> Auswärtiges Amt an Staatssekretär Frank (Auswärtiges Amt), 25. Januar 1973, PA AA, AA, B 1, 507.

<sup>235</sup> Institut für Zeitgeschichte (Hg.): Akten zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. 1975. 1. Januar bis 30. Juni. München 2006, S. 1030.

<sup>236</sup> Auswärtiges Amt an Staatssekretär Frank (Auswärtiges Amt), 25. Januar 1973, PA AA, AA, B 1, 507.

<sup>237</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, A 14353, S. 1.

<sup>238</sup> Im Gegensatz zu den Beständen über das westdeutsche Auswärtige Amt liegt im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes allerdings kein Material über die diesbezüglichen Planungen – über Vorschläge, Arbeitsentwürfe oder Rohfassungen – des ostdeutschen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten vor. Insofern könnten durchaus auch Eingaben durch die Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erfolgt sein. Auch für diese Annahme konnten allerdings im für das Zentralkomitee zuständigen Bundesarchiv keine Belege gefunden werden.

<sup>239</sup> Ministerrat an Ministerrat, 29. April 1961, BArch, DC 20 / 15598, S. 32.

durch die Regierungen afrikanischer Staaten.<sup>240</sup> Zur Erreichung dieser Ziele sollte das Außenministerium sich die in Afrika engagierten ostdeutschen gesellschaftlichen Organisationen und deren Ressourcen zu Nutze machen.<sup>241</sup> Diese ersten Planungen waren noch stark von einem revolutionären Anspruch durchdrungen und weitgehend auf Befreiungsbewegungen und Konfliktregionen des Kalten Krieges, wie die Demokratische Republik Kongo, fixiert. Zudem wurden völlig illusorische Ziele gesteckt. Allein bis 1961/62 sollten 16 Auslandsvertretungen errichtet werden.<sup>242</sup> Nach und nach gelang es den gemäßigten Kräften im Kollegium des Außenministeriums, diese Pläne zu korrigieren und die ostdeutsche Afrikapolitik auf eine weniger ambitionierte Linie zu überführen. Als Argumentationshilfe hatte diesen Kräften die angespannte ökonomische Lage der DDR gedient, die schon bald eine generelle Nachjustierung der Linie der fortan jährlich neu aufgelegten Perspektivpläne für Afrika erforderlich machte.

1963 fand dann in Accra, der Hauptstadt Ghanas, die erste ostdeutsche Afrikavertreterkonferenz im Ausland statt. Auf ihr wurde die Ökonomisierung der ostdeutschen Afrikapolitik vorgeschlagen. 1964 wurde der Vorschlag vom Präsidium des Ministerrats der DDR beschlossen und vom Politbüro des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bestätigt.<sup>243</sup> Die ostdeutschen Wirtschafts- und Handelsinteressen begannen nun, in den jährlichen Perspektivplänen eine immer größere Rolle zu spielen. Um sie nicht zu gefährden, sollten politische Ziele, wie die völkerrechtliche Anerkennung und die Errichtung einer diplomatischen Vertretung, fortan über eine gemäßigte Linie – abseits im Dschungel operierender Rebellenkommandos – verfolgt werden.<sup>244</sup> Im Mittelpunkt der ostdeutschen Afrikapolitik stand nun der Aufbau staatlicher Kontakte, zu den aus ökonomischen und geostrategischen Gründen auch international bevorzugten,<sup>245</sup> sowie zu den dem sozialistischen Lager nahestehenden afrikanischen Staaten.<sup>246</sup> Diese Kontakte sollten nun nicht mehr revolutionär, sondern evolutionär zu ordentlichen diplomatischen Beziehungen ausgebaut werden.<sup>247</sup> Gestützt wurde diese Linie nicht zuletzt vom Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel. Mit der 1969 einsetzenden völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch afrikanische Staaten und der Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrags im Jahr 1972 wurde dann eine dritte

<sup>240</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Minister Bolz (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, LS-A 342, S. 15-21.

<sup>241</sup> Ministerrat an Ministerrat, 29. April 1961, BArch, DC 20 / 15598, S. 38.

<sup>242</sup> Staatssekretär Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Minister Bolz (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 13. Februar 1961, PA AA, MfAA, LS-A 409, S. 17-41.

<sup>243</sup> Engel 1998, S. 99.

<sup>244</sup> Ebd., S. 100.

<sup>245</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 17. November 1964, PA AA, MfAA, LS-A 516, S. 13-46.

<sup>246</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 18. Oktober 1967, PA AA, MfAA, C 517/72, S. 35-45.

<sup>247</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Abteilungsleiter Axen – Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 2. September 1970, PA AA, MfAA, C 526/72, S. 1-3.

Nachjustierung erforderlich. Das Außenministerium betrachtete Afrika inzwischen nur noch als ökonomische und geopolitische „*strategische Reserve*“<sup>248</sup> und negierte das Vorhandensein internationaler oder gar nationaler Interessen der DDR in Afrika weitgehend.<sup>249</sup> Dagegen spekulierte das ostdeutsche Handelsministerium auf die Möglichkeit, der ostdeutschen Wirtschaft mit der Forcierung afrikanischer Rohstoffimporte ein zweites Standbein – abseits der westlichen und östlichen Weltmärkte – aufzubauen. Unabhängig von den Rohstoffbezügen aus der 'Ersten' und der 'Zweiten Welt', sollte „*eine zweite Linie der Rohstoffsicherung in den EL [Entwicklungsländern]*“<sup>250</sup> aufgebaut werden.<sup>251</sup> Der Abschluss langfristiger Abkommen mit afrikanischen Staaten sollte dazu beitragen, den ostdeutschen Bedarf an Kakao, tropischen Hölzern, Kaffee, Trockenfrüchten, Eiweißfuttermitteln, Häuten und Fellen, Bauxit und Erdöl, sowie nicht-edlen Metallen sicherzustellen.<sup>251</sup> 1973 begann, hieran angelehnt, die Konzipierung einer neuen Afrikapolitik, welche sich stärker als bisher an den wirtschaftlichen Interessen der DDR orientieren sollte. Zunächst schien sich die Position des Außenministeriums durchzusetzen.<sup>252</sup> Als dann aber 1975 das Politbüro des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die neue Afrikapolitik der DDR beschloss, hatte sich eine Hybridlösung durchgesetzt. Eine Lösung, die fortan die Befürworter einer aktiveren, revolutionären Afrikapolitik im Außenministerium und die Mitarbeiter des Handelsministeriums im Glauben einte, Afrika zum Schwerpunkt der ostdeutschen Auslandsaktivitäten machen zu können und zu müssen. Auf wirtschaftlicher Ebene sollten nun die Handelsbeziehungen zu Nigeria, Zaïre und Ghana ausgebaut, sollte endlich ein Direkthandel mit der afrikanischen Staatenwelt eingeleitet werden. In dem Beschluss des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hieß es hierzu:

*„Dabei ist vom Prinzip der Entwicklung des direkten Warenaustausches auszugehen. Noch bestehende Geschäftsbeziehungen über Drittländer sind planmäßig bei Beachtung der ökonomischen Interessen der DDR abzubauen. Für bereits bestehende Importlinien ist schrittweise der Direktbezug zu entwickeln. Dabei ist weitestgehend anzustreben, die Versorgung der DDR mit Kakaobohnen und tropischen Hölzern in Abhängigkeit von den sortimentsgerechten Liefermöglichkeiten voll aus subsaharischen Ländern zu sichern. Bei Trocken- und Südfrüchten sowie Kaffee ist eine weitere Erhöhung der Bezüge aus dem*

<sup>248</sup> Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 8. Februar 1973, PA AA, MfAA, C 1428/75, Fiche 1, S. 16-30.

<sup>249</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 8. Februar 1973, PA AA, MfAA, C 1440/75, S. 5-7.

<sup>250</sup> Abteilung Strukturpolitik (Ministerium für Außenwirtschaft) an Ministerium für Außenwirtschaft, o.T. Januar 1971, BArch, DL 2 / 11329.

<sup>251</sup> Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 15. April 1975, BArch, SAPMO, DY 30 / J IV 2/2 / 1557.

<sup>252</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 6. Februar 1973, PA AA, MfAA, C 1440/75, S. 8-18.

Auf geostrategischer Ebene sollten die Beziehungen zu den befreundeten sozialistischen afrikanischen Staaten, die sich 1975 an den Hot Spots des Kalten Krieges befanden, wie Angola und Mosambik, ausgebaut werden. Fortan vollführte die Afrikapolitik der DDR einen Spagat: zwischen einer klassischen Außenwirtschafts- und Handelspolitik und einer Geopolitik mit weltrevolutionärem Anspruch.

### **Zur Informationsgewinnung an deutschen Auslandsvertretungen**

Zu den täglichen Arbeiten, die an einer Auslandsvertretung verrichtet werden müssen, zählen das Konzipieren und Anfertigen von Berichten über das jeweilige Einsatzland, seine Bewohner und seine Wirtschaft, über sich bietende Chancen, die eigene Einflussosphäre auszubauen und über konkurrierende Mächte, die einem Teile der eigenen Einflussosphäre streitig machen könnten. Zu welchen Themengebieten wie viele Berichte pro Jahr angefertigt wurden, ergibt sich zum einen aus den Vorgaben der jeweiligen Zentrale, zum anderen aus den vor Ort zur Verfügung stehenden Quellen.

Letztere schufen sich die westdeutschen Vertretungen durch Knüpfung eines engmaschigen Netzes aus Informanten. Diese befanden sich in den Ministerien, den Parteien und anderen gesellschaftlichen Organisationen, sowie auf den Post- und Fernmeldeämtern des jeweiligen zentralafrikanischen Staats. Als Gegenleistung für ihre Dienste erhielten sie – mal verdeckt, mal offen – sogenannte 'Kontaktgelder'. Häufig, aber nicht nur, wurden diese dann in den Akten des Auswärtigen Amtes als 'Stipendien' ausgewiesen. Zu den auf diese Weise finanziell geförderten Informanten zählten beispielsweise in der Kongolesischen Republik der Kabinettsdirektor des Außenministeriums, Michel Ngandaloki,<sup>254</sup> und mehrere Mitglieder der Regierungspartei *Mouvement National de la Révolution*.<sup>255</sup> Daneben steuerten auch Stellen der ehemaligen Kolonialmächte Informationen bei. So lieferte beispielsweise der französische militärische Nachrichtendienst, das *Deuxième Bureau*, gelegentlich Hintergrundmaterial zu Rebellenbewegungen oder illegalen Waffenlieferungen.<sup>256</sup> Mit der wachsenden diplomatischen Präsenz der DDR in Afrika – seit Beginn der 1970er Jahre – konnten dann auch Mitarbeiter

<sup>253</sup> Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 15. April 1975, BArch, SAPMO, DY 30 / J IV 2/2 / 1557.

<sup>254</sup> Mitarbeiter Merta (Botschaft in der Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 8. Juli 1965, PA AA, AA, B 34, 623.

<sup>255</sup> Mitarbeiter Merta (Botschaft in der Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 26. Februar 1965, PA AA, AA, B 34, 623.

<sup>256</sup> Mitarbeiter Merta (Botschaft in der Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 15. Juli 1965, PA AA, AA, B 34, 623.

ostdeutscher Vertretungen für einen Beitrag zur westdeutschen Berichterstattung gewonnen werden. Zufrieden notierte Gottfried Fischer, westdeutscher Botschafter in der Volksrepublik Kongo, 1976:

*„Herr Hückel [der erste Sekretär der Botschaft der DDR in der Volksrepublik Kongo] war ein freundlicher und durchaus aufgeschlossener Gesprächspartner; der freilich stets sofort das Thema wechselte, wenn sein Botschafter in Hörweite kam.“*<sup>257</sup>

Die thematischen Schwerpunkte der westdeutschen Berichterstattung lagen auf den Vorgängen im jeweiligen afrikanischen Einsatzland und den Aktivitäten, der dort mit der BRD um Einfluss ringenden Mächte. Interessanterweise fällt die DDR hierbei quanti- wie qualitativ kaum ins Gewicht. Bei der Vielzahl an ausführlichen Berichten über verbündete aber nichts desto trotz konkurrierende Staaten, wie Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten, oder über Staaten des gegnerischen Lagers, wie die Sowjetunion und die Volksrepublik China, fällt auf, dass der Platz, welcher der Berichterstattung über die DDR eingeräumt wurde, nur selten den eines Vierzeilers überstieg.

Auch das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR verfügte in Afrika über eine Vielzahl von offenen und verdeckten Informanten. Unter diesen befanden sich – wie im Fall der BRD – Afrikaner und Europäer, aber auch zahlreiche Bürger des westdeutschen Bruderstaats.<sup>258</sup> Letztere waren unter ihnen weit stärker vertreten, als Ostdeutsche unter den westdeutschen Informanten. Informationen erhielten ostdeutsche Stellen hier von Kontaktleuten, die am westdeutschen Auswärtigen Amt<sup>259</sup> und dessen Auslandsvertretungen arbeiteten. Im zentralafrikanischen Raum scheinen sich diese Informanten an den westdeutschen Botschaften in der Zentralafrikanischen<sup>260</sup> und der Kongolesischen Republik befunden zu haben. Ihre Berichtete ermöglichten ostdeutschen Stellen dezidierte Einsichtnahmen in die westdeutschen Aktivitäten im jeweiligen zentralafrikanischen Einsatzgebiet.<sup>261</sup> Art und Umfang der übermittelten Informationen konnten dabei durchaus beeindruckende Ausmaße erreichen. So bot das ostdeutsche Ministerium

---

<sup>257</sup> Botschafter Fischer (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Referat West- und Zentralafrika (Auswärtiges Amt), 6. Januar 1976, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108292.

<sup>258</sup> Ministerium für Staatssicherheit an Abteilungsleiter Axen – Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Minister Winzer (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Hauptverwaltung Aufklärung – Abteilung Äußere Spionageabwehr (Gegenspionage) (Ministerium für Staatssicherheit) und Ablage (Ministerium für Staatssicherheit), 27. August 1968, BStU, MfS, HV A, Nr. 133, S. 89-95.

<sup>259</sup> Müller-Enbergs, Helmut: Political intelligence. Foci and sources, 1969-1989. In: Friis, Thomas Wegener (Hg.): East German foreign intelligence : myth, reality and controversy. London/u.a. 2010, S. 91-112, hier S. 93.

<sup>260</sup> Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 16. Juli 1970, PA AA, MfAA, C 820/74, Fiche 1, S. 8-14.

<sup>261</sup> Ministerium für Staatssicherheit an Ministerium für Staatssicherheit, o.T. o.M. o.J., BStU, MfS, HV A, Nr. 386, S. 194-195.

für Staatssicherheit beispielsweise bereits 1959 dem Außenministerium Teile der erwähnten ersten westdeutschen Botschafterkonferenz von Addis Abeba zur Einsicht an – zu einer Zeit, zu der man sich im Bonner Auswärtigen Amt noch mühte, das Rohprotokoll der Konferenz in einen ersten Protokollentwurf zu überführen. In seinem Bericht an die Parteispitze der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und das ostdeutsche Außenministerium vermerkte das Ministerium für Staatssicherheit:

*„Eine zuverlässige Quelle berichtet über die Ausführungen von [Staatssekretär Hilger van] Scherpenberg auf der Konferenz der Bonner Missionschefs in Afrika, die vom 12. - 18.10.1959 in Addis Abeba stattfand. Wir entnehmen aus seiner Rede die wichtigsten Thesen zur Frage der Verstärkung des westdeutschen Einflusses in den afrikanischen Ländern. Alle übrigen von ihm behandelten Fragen sind von untergeordneter Bedeutung. Die Rede liegt im Wortlaut vor und kann bei Bedarf eingesehen werden.“*<sup>262</sup>

Darüber hinaus befanden sich auch im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und weiteren Bundeseinrichtungen,<sup>263</sup> sowie der, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nahe stehenden, Friedrich Ebert-Stiftung<sup>264</sup> Informanten, deren Hinweise das ostdeutsche Außenministerium dabei unterstützten, die Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent zu verfolgen. Aufgrund der Vielzahl westdeutscher Informanten und der Fülle ihres Materials, das westdeutsche Belange naturgemäß streifte, spielten Mitteilungen über die BRD in der ostdeutschen Informationsbeschaffung eine nicht unerhebliche Rolle. Eine größere zumindest, als sie die DDR in der westdeutschen Informationsbeschaffung gespielt hatte. Im Fokus der ostdeutschen Berichterstattung standen die Aktivitäten des westdeutschen Bruderstaates deshalb aber noch lange nicht. Dieser Platz war für andere Mächte reserviert: für afrikanische Regionalmächte, für westliche Super- und Großmächte, vor allem aber für die Volksrepublik China.

Im Fall der BRD wie auch der DDR bestand also eine Diskrepanz zwischen den Planungen der Zentralen in Bonn und Ost-Berlin, in denen Hallstein-Doktrin und deutsch-deutscher Gegensatz keine Unbekannte waren, und den Berichterstattungen der Vertretungen vor Ort, in denen selbige

<sup>262</sup> Ministerium für Staatssicherheit an 1. Sekretär des Politbüros Ulbricht – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Ministerpräsident Grotewohl (Ministerrat) und Minister Rau (Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel) und Staatssekretär Winzer (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilungsleiter Florin – Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Sekretariat (Ministerium für Staatssicherheit) und Ablage (Ministerium für Staatssicherheit) und Akte 019 (Ministerium für Staatssicherheit), 25. November 1959, BStU, MfS, HV A, Nr. 188, S. 12-14.

<sup>263</sup> Müller-Enbergs 2010, S. 91-112, hier S. 94.

<sup>264</sup> Ministerium für Staatssicherheit an Abteilungsleiter Axen – Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Minister Winzer (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Hauptverwaltung Aufklärung – Abteilung Äußere Spionageabwehr (Gegenspionage) (Ministerium für Staatssicherheit) und Ablage (Ministerium für Staatssicherheit), 13. Januar 1969, BStU, MfS, HV A, Nr. 140, S. 171-179.

kaum jemals eine tragende Rolle erlangten. Es stellt sich die Frage, welche Rolle der deutsch-deutsche Gegensatz und die Hallstein-Doktrin in der Arbeit der beiden deutschen Außenministerien tatsächlich spielten – wenn schon die Berichterstattung über den vermeintlichen 'Erzfeind' so spärlich ausfiel.

### **Deutsch-deutscher Gegensatz und Hallstein-Doktrin – Versuch einer Einordnung**

Der deutsch-deutsche Gegensatz ergab sich zunächst aus dem Anspruch der beiden deutschen Regierungen, die Belange der deutschen Nation, von BRD und DDR, später dann die des jeweiligen 'wahren' deutschen Staates, von BRD beziehungsweise DDR, vertreten zu können. Er kam vor allem in der Öffentlichkeitsarbeit und solchen Projekten, die der primär der Inszenierung der beiden deutschen Staaten dienten, zum Tragen. Auf die diplomatische Bühne brachte ihn 1955 die Regierung Westdeutschlands, mit der Einführung der sogenannten Hallstein-Doktrin in die westdeutsche Außenpolitik. Mit der Doktrin hoffte man in Bonn, eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR und ihrer Regierung verhindern zu können. Zunächst global angelegt, wurde die Doktrin schon bald auf Versuche der DDR, Anerkennungen durch Staaten der 'Ersten' und der 'Dritten Welt' zu erreichen, reduziert. Die Doktrin besagte, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR deren Anerkennung als eigenständigen deutschen Staat impliziere und damit den Anspruch der Bundesrepublik auf die alleinige Vertretung der deutschen Nation torpediere. Eine Anerkennung würde deshalb zwangsläufig politische und ökonomische Konsequenzen von Seiten des westdeutschen Staates nach sich ziehen. Bis 1970 blieb die Doktrin in dieser Form bestehen. Allerdings kann bereits mit dem Beginn der westdeutschen Großen Koalition aus christdemokratisch-christsozialer Koalition und Sozialdemokraten im Jahre 1966 ein Aufweichen der Hallstein-Doktrin festgestellt werden. So erklärte Außenminister Willy Brandt auf der Asien-Botschafterkonferenz von 1967:

*„Bei der Vertretung der Politik im Außen... ähm im Ausland werden wir glaube ich noch mehr darauf achten müssen, dass wir uns nicht erpressen lassen. Ähm, es soll hier nicht... bei allem Respekt, auch vor kleineren Völkern, es soll nicht jeder Häuptling der bei uns erscheint, mein, meinen, dass er für irgend 'ne freundliche, 'n freundlichen Satz in einem Communiqué dann was abkassieren kann. Ähm, bei allem Respekt vor Obervolta: Die deutsche Einheit hängt nicht davon ab, ob Obervolta dafür ist oder nicht. Ähm, Herr [Sigismund] von Braun [, der westdeutsche Vertreter bei den Vereinten Nationen,] ich weiß, dass natürlich die Stimmen auch allemal zählen können, aber im Grunde, äh, hängt es davon nicht ab.“<sup>265</sup>*

---

<sup>265</sup> Die „Zone“ 05:50 – 06:32, 1967, PA AA, AA, Audiovisuelle Sammlung, CD 2, Track 004.

Eine kurze Schonfrist war der Doktrin noch in entschärfter Form unter dem Namen Scheel-Doktrin vergönnt. Auch legte Ostdeutschland noch einmal nach, als es 1967 die Staaten des sozialistischen Lagers zur Annahme der Ulbricht-Doktrin bewegen konnte, die ihnen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik verwehrte. Als 1972 der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag unterzeichnet wurde und 1973 beide deutsche Staaten in die UNO aufgenommen wurden, hatten die Doktrinen ihren deutschlandpolitischen Sinn wie ihre außenpolitische Bedeutung jedoch endgültig verloren.

In den Akten der beiden deutschen Außenministerien war die Aufrechterhaltung der Hallstein-Doktrin, beziehungsweise ihre Überwindung im Fall der DDR, ein Thema. In diesem Punkt ist der historischen Forschung zu den deutsch-deutschen Auslandsaktivitäten durchaus Recht zu geben. Bereits ein Blick in die Dienstinstruktionen der westdeutschen Botschafter jener Tage zeigt dies deutlich. Wurde ein leitender Diplomat an einen neuen Dienort versetzt, wurden ihm stets aus den einzelnen Abteilungen des Auswärtigen Amtes mehrere dutzend Seiten zur Einführung in seinen neuen Arbeitsplatz mitgegeben, in denen er über die aktuelle Weltlage, seine Aufgaben im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich, die Situation an der diplomatischen Vertretung und natürlich im Gastland informiert wurde. Selbstverständlich wurde auch auf die deutschlandpolitische Bedeutung der Nichtanerkennung der DDR durch den Zielstaat und die korrekte Handhabung der Hallstein-Doktrin eingegangen. Die Dienstinstruktionen, die dem angehenden westdeutschen Botschafter in Gabun, Walter Bammer, 1962 für seinen Amtsantritt mitgegeben wurden, sollen hier als Beispiel dienen. Drei volle Seiten mit Instruktionen, betitelt *„Verhältnis zur SBZ [Sowjetische Besatzungszone]“*,<sup>266</sup> beschäftigten sich explizit mit dieser Thematik:

*„Bisher ist das SBZ-Regime [Regime der Sowjetischen Besatzungszone] – soweit hier bekannt ist – in Gabun noch in keiner Weise in Erscheinung getreten; [...] Es muß aber damit gerechnet werden, daß Pankow sich sehr bald bemühen wird, auch in Gabun Fuß zu fassen. Sie werden daher gebeten, die Situation genauestens zu beobachten, über etwaige Feststellungen – sei es bezüglich der Haltung der Regierung von Gabun, sei es hinsichtlich von Anzeichen sowjetzonaler Aktivität – unverzüglich zu berichten und an Ort und Stelle die geeigneten Schritte zu ergreifen [...]“*<sup>267</sup>

Selbstverständlich ging die Dienstinstruktion auch explizit auf die Hallstein-Doktrin ein. Unter der Überschrift *„Einstellung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Bestrebungen der sog. 'DDR', ihre völkerrechtliche Anerkennung zu erreichen“* war vermerkt:

<sup>266</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 8. Februar 1962, PA AA, AA, B 34, 375.

<sup>267</sup> Ebd.



*„Die Bundesregierung hat seit der Konstituierung eines mit dem Anspruch auf Eigenstaatlichkeit auftretenden Machtapparates in der sowjetisch besetzten Zone konsequent die Auffassung vertreten, dass dieses Gebilde keine völkerrechtliche Anerkennung finden kann. [...] Eine Anerkennung der sog. DDR wäre für die deutsche Einheit ebenso verhängnisvoll wie für das Schicksal der Zonenbevölkerung und darüberhinaus für eine gesunde Entwicklung der europäischen Staatenordnung und der internationalen Beziehungen überhaupt. [...] Diese Erwägungen veranlassen die Bundesregierung, in dieser Frage eine unbeirrbar Haltung einzunehmen. Die Anerkennung der sog. DDR durch dritte Staaten müsste von der Bundesregierung als Zustimmung zu der unrechtmässigen Abspaltung eines Teiles des deutschen Hoheitsgebietes und als Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten angesehen werden.“<sup>268</sup>*

Auf den Punkt brachte die Anweisung ein Abschnitt zur deutschen Wiedervereinigung, in dem es explizit hieß: *„Nach wie vor ist die Beseitigung der Spaltung Deutschlands ein Hauptanliegen des deutschen Volkes und ein Hauptziel der Außenpolitik der Bundesregierung.“<sup>269</sup>* So deutlich die Botschafter auf den außenpolitischen Standpunkt ihrer Regierung eingeschworen wurden, so klar äußerte sich auch die Führung des Auswärtigen Amtes auf den unregelmäßig tagenden kontinentalen Botschafterkonferenzen, die neben einem Erfahrungsaustausch auch die Einhaltung einer gemeinsamen politischen Linie sicherstellen helfen sollten. 1959 tagte in Addis Abeba die bereits erwähnte erste Botschafterkonferenz für den afrikanischen Kontinent. Geleitet wurde sie von Staatssekretär Albert-Hilger van Scherpenberg, der sich selbstverständlich auch zur Problematik der deutschen Teilung äußerte:

*„Ich will noch ein letztes Wort zur Anerkennung der 'DDR' sagen, denn das ist für Sie im Ausland ja ein sehr wichtiges und praktisches Problem. Ich sagte vorhin schon: Wir unterhalten keine diplomatischen Beziehungen zu einem Land, welches die 'DDR' anerkannt hat. Selbst wenn wir diplomatische Beziehungen zu den Satellitenstaaten aufnehmen würden, so würde diese These dadurch nicht wesentlich geändert werden. Es gibt in diesem Fall zwei Argumente, nämlich erstens das allgemeine Argument, daß die Satellitenstaaten die Sowjetzone nicht sozusagen aus freiem Willen anerkannt haben, sondern zu einem Zeitpunkt, wo sie praktisch noch sowjetische Besatzungsgebiete waren. Das zweite Argument ist uns praktisch erst durch die Haltung Frankreichs gegenüber der Anerkennung der algerischen Exil-Regierung an die Hand gegeben worden. Ich bitte allerdings, dies vertraulich zu behandeln und nach außen davon keinen Gebrauch zu machen. Frankreich will offenbar gegenüber Ländern, die aus rassischen und religiösen Gründen den Algeriern besonders nahe stehen, nachsichtig sein, wenn diese die FLN-Regierung [die algerische Unabhängigkeitsbewegung Front de Libération Nationale] anerkennen, dagegen zu den Ländern die Beziehungen abbrechen, für welche diese Bedingungen nicht gelten. Wir könnten dieses Argument vielleicht in ähnlicher Weise verwenden und sagen, solange es sich um rein kommunistische Länder handelt, gelten besondere Bedingungen. Wenn es sich aber um nichtkommunistische Länder handelt, und gerade um Länder, die sich zu einer neutralen Politik*

---

<sup>268</sup> Ebd.

<sup>269</sup> Ebd.

*bekennen, dann ist die Anerkennung der 'DDR' ein unfreundlicher Akt und eine Verletzung der selbst übernommenen Neutralität; es ist eine Einmischung in die inneren deutschen Angelegenheiten. Ich bin mir darüber klar, daß alle diese Unterscheidungen ein wenig künstlich sind, aber mit entsprechender Überzeugungskraft vorgetragen, könnten sie doch eine gewisse Wirkung haben.*<sup>270</sup>

Derart instruiert ist es nicht verwunderlich, dass sich Verweise auf die Hallstein-Doktrin auch in Dokumenten der westdeutschen Auslandsvertretungen – in ihren Monats-, Quartals- und Jahresberichten – finden lassen. So hieß es beispielsweise im politischen Jahresbericht der westdeutschen Botschaft in der Republik Kongo für das Jahr 1966:

*„Es bleibt erstaunlich, dass es der SBZ [Sowjetischen Besatzungszone] trotz immer massiver werdender Versuche, unterstützt von nahezu allen hiesigen kommunistischen Missionen und einem Teil der Mitglieder des Politbüros der Partei [des Mouvement National de la Révolution], bisher noch nicht gelungen ist, im Kongo Fuss zu fassen. [...] Die Anstrengungen der SBZ, den Kongo wenigstens zur Aufnahme halb-offizieller Beziehungen zu veranlassen, die häufigen Besuche von Delegationen aller Art, die ständigen Appelle an die gleiche Ideologie und das 'internationale sozialistische Gewissen', die beabsichtigte Entsendung einer größeren Anzahl von 'Friedenskämpfern' und eventuelle Wirtschaftshilfe dürften auf die Dauer ihre Wirkung nicht verfehlen. Es wird nicht nur einer stets wachsenden diplomatischen Tätigkeit überlassen bleiben können, die derzeitigen erfreulich guten Beziehungen aufrecht zu erhalten, sondern dazu wird es auch einer zusätzlichen materiellen Hilfe bedürfen.*<sup>271</sup>

Doch nicht nur in den Lageberichten, auch in den von den Botschaften koordinierten Anträgen der afrikanischen Staaten auf Unterstützungsleistungen bildeten die Anerkennungsbemühungen der DDR einen immer wiederkehrenden Gegenstand. Tatsächlich lässt sich eine Unzahl von Projekten finden, deren Förderwürdigkeit die westdeutschen Vertretungen durch Erwähnung ostdeutscher Annäherungsversuche zu erhöhen suchten. Als 1964 der Hermes-Förderantrag der Republik Kongo für eine vom West-Berliner Maschinenbauunternehmen Werner nahe der Ortschaft Loutété zu errichtende Zementfabrik nur langsam bearbeitet wurde, telegraphierte die westdeutsche Botschaft in Brazzaville an das Auswärtige Amt:

*„[Der kongolesische Industrie- und Handelsminister Aimé] matsika will nach ausscheiden seines widersachers, planungsminister kky, unbedingt erfolge verbuchen, inmitten seiner gezielten betuerungen, ein hungriges volk koenne wohl von freunden wie der brd hilfe erwarten, veranlasste er seinen kabinettssdirektor zur bemerkung, 'komme man aber schliesslich doch nicht zum zuge, muesse man sich eben woanders umsehen'. wenn ich auch zur zeit noch an ehrliche absicht matsikas hinsichtlich wirtschaftlicher zusammenarbeit mit bundesregierung als der einzigen vertretung deutschlands glaube,*

<sup>270</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 23. Februar 1960, PA AA, AA, B 1, 260, S. 12-13.

<sup>271</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 24. Januar 1967, PA AA, AA, B 34, 726.

*stellt er doch die baldige realisierung zumindest eines der projekte obenan. sollten sich hier seine plaene nicht erfuellen, ist zumal unter hiesigem roechinesisch-sowjetischen einfluss kongolesisches nachsuchen um sbz-wirtschaftshilfe zu befuerchten.“<sup>272</sup>*

Als dann Monate später die Hermes-Garantie für Werner immer noch zur Diskussion stand, beschwerte sich Matsika direkt bei der westdeutschen Vertretung. Botschafter Jakob Hasslacher telegraphierte nach Bonn:

*„matsika erklarte, seine regierung habe sich im bewusstsein des guten verhaeltnisses zur bundesrepublik und der sich anbahnenden verstaerkten deutschen investitionen trotz starken druckes bewusst nicht an der in letzter zeit allgemein um sich greifenden hetze gegen die brd beteiligt, sie wiederhole im gegenteil ihre zusicherung, die sbz diplomatisch nicht anzuerkennen, wenn auch die brd fuer die lebensnotwendigen beduerfnisse des kongo verstaendnis aufbringe, matsika liess allerdings keinen zweifel daran, dass seine regierung sich im falle unseres zurueckziehens gezwungen sehen wuerde, nach anderen freunden zu suchen. Ich entgegnete matsika mit unseren bekannten argumenten. hinsichtlich der zementfabrik haette ich leider immer noch keinen entgueltigen bescheid, hoffe aber mit ihm auf baldige guenstige nachricht.“<sup>273</sup>*

Noch viele weitere Beispiele dieser Art ließen sich hier anführen. Und doch bin ich der Ansicht, dass man zu unkritisch vorgeht, würde man meinen, Zitate – wie die von mir hier angeführten – schon als ausreichenden Beleg für eine überragende Bedeutung der Hallstein-Doktrin innerhalb der westdeutschen Auslandsaktivitäten anführen zu können.

Betrachten wir noch einmal die eingangs von mir angeführte Botschafterinstruktion – doch diesmal etwas genauer. Die Anweisungen umfassten insgesamt 19 Punkte. 19 Punkte, von denen nur drei tatsächlich die deutsche Frage zum Gegenstand hatten. Den auf die DDR bezogenen Punkten „VII. Verhältnis zur SBZ“, „VIII. Einstellung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Bestrebungen der sog. 'DDR', ihre Völkerrechtliche Anerkennung zu erreichen“ und „IX. Die Wiedervereinigung Deutschlands“ standen die Punkte „I. Aufzeichnung über die Republik Gabun“, „II. Beziehungen Gabuns zu den Vereinten Nationen“, „III. Beziehungen zu Frankreich“, „IV. Beziehungen zu Israel und den arabischen Staaten“, „V. Sowjetische Aktivitäten in Gabun“, „VI. Beziehungen zu anderen Ostblockstaaten“, „X. Die deutschen Ostgebiete“, „XI. Abrüstung und Sicherheit“, „XII. Deutsch-gabunische Wirtschaftsbeziehungen“, „XIII. Kapitalhilfe“, „XIV. Technische Hilfe“, „XV. Entwicklungsvorhaben“, „XVI. Assoziierung Gabuns mit der EWG

---

<sup>272</sup> Mitarbeiter Merta (Botschaft in der Kongolesischen Republik) an Auswärtiges Amt, 5. Dezember 1964, PA AA, AA, B 68, 273.

<sup>273</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 3. März 1965, PA AA, AA, B 68, 415.

[Europäische Wirtschaftsgemeinschaft]“, „XVII. Öffentlichkeitsarbeit“ und „XVIII. Protokollfragen“ gegenüber.<sup>274</sup> Rund 40 maschinengeschriebene Seiten umfassten die Anweisungen. Immerhin 4 von ihnen – also 10% – befassten sich mit der ungelösten deutschen Frage. Nun kann die Forschung, auf der Basis solch einer Prozentzahl, durchaus die These aufstellen, der deutsch-deutsche Gegensatz habe eine größere Rolle gespielt. Doch müssten dann auch die, auf die Instruktion zur DDR folgenden, Seiten Berücksichtigung finden, in denen der Botschafter – ebenfalls in einem Umfang von vier Seiten – über die außenpolitischen Bemühungen der Bundesrepublik zur Wiedererlangung der „deutschen Ostgebiete“<sup>275</sup> unterrichtet wurde. Dort hieß es:

*„Zum Vertriebenenproblem ist noch festzuhalten, daß die Bundesregierung nicht nur für den Rechtsanspruch auf die deutschen Ostgebiete und das Selbstbestimmungsrecht der aus den deutschen Ostgebieten vertriebenen deutschen Bevölkerung eintritt; sie ist auch verpflichtet, den Schutz der aus ihren jahrhundertealten Siedlungsgebieten jenseits der Reichsgrenzen von 1937, gleichfalls unter Verletzung des Selbstbestimmungsrechts vertriebenen Volksdeutschen zu übernehmen. Aus dieser Obhutspflicht leitet sie aber auch das Recht ab, den Anspruch dieses weitere Millionen Deutsche umfassenden Kreises der Vertriebenen auf Rückkehr in die angestammte Heimat bei Wahrung der Eigenständigkeit zu vertreten.“*<sup>276</sup>

Trotz dieser eindeutigen Stellungnahme des Außenministeriums hat die Forschung zur westdeutschen Außenpolitik dem Projekt der Wiedervereinigung mit den deutschen Ostgebieten – und dies durchaus zu Recht – nie den selben Stellenwert beigemessen, wie der Aufrechterhaltung der Hallstein-Doktrin. Auch eine tiefgehende Einsichtnahme in die westdeutschen Botschafterkonferenzen relativiert die These von der überragenden Bedeutung der Hallstein-Doktrin mehr, als dass sie sie stützen würde. So erklärte Ministerialdirektor Hasso von Etzdorf auf der bereits mehrfach erwähnten ersten Afrikabotschafterkonferenz von 1959 zu einem in der Forschung immer wieder genannten 'Werkzeug' zur Durchsetzung der Hallstein-Doktrin, der Entwicklungshilfe:

*„Mit dem Scheckbuch allein schafft man sich keinen Freund, und der Kommunismus lässt sich nicht abkaufen. Man läuft dann Gefahr, gerade die Unzuverlässigen zu unterstützen, auf Kosten der Braven, und schafft nur neue Unzufriedenheit. Vor allem gilt es dem Misstrauen in die Uneigennützigkeit der Hilfe zu begegnen.“*<sup>277</sup>

Noch deutlicher wurde Staatssekretär van Scherpenberg, der auf der Konferenz deutlich zum

<sup>274</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 8. Februar 1962, PA AA, AA, B 34, 375.

<sup>275</sup> Ebd.

<sup>276</sup> Ebd.

<sup>277</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 23. Februar 1960, PA AA, AA, B 1, 260, S. 38.

Ausdruck brachte, dass es sich bei der westdeutschen Entwicklungshilfe nicht um ein 'Werkzeug' zur Umsetzung deutschlandpolitischer Ziele handele:

*„Mit dem Ende der kolonialistischen Periode fallen nun zunächst einmal diese Investitionen weg. Die ganze Frage der Entwicklungshilfe ist ja eigentlich das Problem, wie die unentbehrlichen positiven Leistungen des Kolonialismus in diesen Gebieten ersetzt werden können, denn auch heute noch ist die Infrastruktur dieser Gebiete immer noch nicht ausreichend.“<sup>278</sup>*

Und er ergänzte:

*„Entwicklungshilfe für die abhängigen Gebiete ist grundsätzlich Sache der Mutterländer. Wir können und wollen uns da nicht einmischen. Wenn wir gebeten werden, dort zu investieren, so ist das eine rein wirtschaftliche Angelegenheit, und wir sollten alles vermeiden, was uns bei Investitionen in abhängigen Gebieten mit der politischen Herrschaft der Mutterländer identifiziert.“<sup>279</sup>*

Drei Jahre zuvor, 1956, kurz nachdem die Hallstein-Doktrin in Kraft getreten war, hatte in Istanbul die erste westdeutsche Botschafterkonferenz für den Nahen und Mittleren Osten getagt. Auf dieser hatte Staatssekretär Walter Hallstein den teilnehmenden Diplomaten persönlich den Sinn und Zweck der nach ihm benannten Doktrin eröffnet:

*„Es ist eine selbstverständliche und vielleicht sogar die konkreteste Aufgabe, die allen Missionen genau so wie uns in Bonn gestellt ist, das Äusserste zu tun, um die Anerkennung der sogenannten 'DDR' zu verhindern. Es kann kein Zweifel sein, dass, wenn an einer einzigen Stelle ein Einbruch in diese von uns bisher erfolgreich verteidigte Stellung erfolgte, d.h. wenn an einer einzigen Stelle der Tatbestand einer Anerkennung des DDR-Regimes gesetzt würde, kein Halten mehr wäre. Wir haben genaue Unterlagen, wonach eine ganze Reihe von Regierungen auf die 'Gretchenfrage' unserer Wiedervereinigungspolitik: 'Wie haltet ihr es mit der 'DDR'? 'antwortet: 'Wir werden sicher nicht die Ersten sein, die die 'DDR' anerkennen'. Darin steckt in vielen Fällen der Vorbehalt: 'Sollte sich aber ein anderer Staat entschliessen, diesen Schritt zu tun, so werden wir wahrscheinlich genötigt sein, ihm zu folgen.' Dass das von geradezu katastrophaler Bedeutung für unsere Wiedervereinigungspolitik wäre, ist aus dem Referat von Herrn [Botschafter Wilhelm] Grewe klar hervorgegangen.“<sup>280</sup>*

Hallstein präsentierte seine Doktrin hier so, wie sie auch heute noch in der Fachliteratur dargestellt wird. Doch wieder lohnt ein zweiter Blick. Hier hatte der Staatssekretär seine Doktrin im luftleeren Raum präsentieren können. Als er sie in die konkreten außenpolitischen Aufgaben des Auswärtigen Amtes im Nahen und Mittleren Osten einordnen musste, zögerte auch er nicht, 'die konkreteste

---

<sup>278</sup> Ebd., S. 67.

<sup>279</sup> Ebd., S. 434.

<sup>280</sup> Staatssekretär Hallstein: Zwischenbilanz, Konferenzprotokoll, Bonn, 19. Juni 1956, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), Abteilung Auswärtiges Amt (PA AA, AA), B 110, 933, S. 252-259, hier S. 254,

Aufgabe' in ihrer Bedeutung hintanzustellen:

*„Was wollen wir mit unserer Politik für Ziele in diesem Raum verfolgen? Dabei stehen wir zunächst vor dem Problem, ob es hier deutsche Eigeninteressen gibt, die wir zur Geltung zu bringen haben. Die Antwort auf diese Frage ist ein klares Ja. [...] Wir wollen auf wirtschaftlichem Gebiet die grossen Chancen, die dieser Raum bietet, wahrnehmen. Wir wollen ferner unserer kulturellen Aufgabe gerecht werden. [...] Im militärischem Bereich sind unsere Bedürfnisse so evident, dass ich darüber kaum einen Satz verlieren möchte. Eine Motorbootfahrt auf dem Bosphorus zeigt besser als alles andere, um welche militärisch-strategischen Positionen es in diesem Raume geht, in dem auch wir verteidigt werden. Wir haben ein Bedürfnis und ein Recht, in diesem Raum auch politisch in eigenem Namen aufzutreten. Zwei Probleme beschäftigen uns besonders: das Problem der Anerkennung des Pankower Regimes und das Problem Israel.“<sup>281</sup>*

Schon war die Hallstein-Doktrin an das Ende einer langen Liste nationaler Interessen der Bundesrepublik getreten. An das Ende einer Liste, an deren Spitze Staatssekretär Hallstein zudem die Befriedigung der westdeutschen ökonomischen Bedürfnisse gestellt hatte. Damit lag er ganz auf der Linie der Vortragenden Legationsräte Günther Harkort<sup>282</sup> und Walter Weber,<sup>283</sup> die auf der Botschafterkonferenz von Istanbul zur westdeutschen Wirtschaftspolitik sowie zur 1956 einsetzenden Handelsoffensive der sozialistischen Staaten referierten. Harkort und Weber wiesen auf die ökonomische Notwendigkeit der westdeutschen Wirtschafts- und Entwicklungshilfe hin und suchten, sie aus dem politisch aufgeladenen Kontext des Kalten Krieges zu lösen:

*„Es ist wichtig, sich vor Augen zu halten, dass diese Konzeption der Wirtschaftshilfe sich auch dann als zwingende wirtschafts- oder aussenhandelspolitische Notwendigkeit präsentieren würde, wenn im Kreml der Graf Coudenhove-Calergi die Allgemeine und ein Angehöriger der Freiburger Schule die Wirtschaftspolitik bestimmen würde. Wirtschaftshilfe wäre auch dann ein unerlässliches Instrument der Handelspolitik der einzelnen Industriestaaten und eine dringliche Aufgabe internationaler Organisationen. Die Tatsache des politischen West-Ost-Konflikts und die weitere Tatsache der wirtschaftlichen Ostoffensive in den unterentwickelten Ländern verführen leicht dazu, die Wirtschaftshilfe zu [sic!] ausschliesslich unter politisch-polemischen Aspekten zu sehen.“<sup>284</sup>*

<sup>281</sup> Ebd., hier S. 253-254.

<sup>282</sup> Vortragender Legationsrat Harkort, Wirtschaftspolitisches Generalreferat, Konferenzprotokoll, Bonn, 19. Juni 1956, PA AA, AA, B 110, 933, S. 273-285, hier S. 276.

<sup>283</sup> Vortragender Legationsrat Weber, Bonn, 19. Juni 1956, PA AA, AA, B 110, 933, S. 286-300, hier S. 300.

<sup>284</sup> Vortragender Legationsrat Harkort: Wirtschaftspolitisches Generalreferat, Konferenzprotokoll, Bonn, 19. Juni 1956, PA AA, AA, B 110, 933, S. 273-285, hier S. 276. Graf Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi begründete nach dem Ende des Ersten Weltkriegs den Pan-Europa-Gedanken, in dem die europäischen Staaten in einer Paneuropäischen Union oder den Vereinigten Staaten von Europa zusammengeschlossen werden sollten. Die Freiburger Schule wurde Anfang der 1930er Jahre vom Ökonomen Walter Eucken begründet. Sie schuf den Ordoliberalismus, der später die Grundzüge der sozialen Marktwirtschaft bestimmen sollte. Weber wollte hiermit zum Ausdruck bringen, dass selbst wenn keine Kommunisten, sondern Vertreter der neuen bundesrepublikanischen politischen und wirtschaftlichen Ideale die Geschicke Russlands bestimmen würden, sich an der Notwendigkeit einer Entwicklungspolitik nichts ändern würde. Sie sei deshalb losgelöst vom Kalten Krieg zu betrachten.

Auch die erwähnten Viertel-, Halb- und Jahresberichte der Vertretungen lassen bei näherer Betrachtung Zweifel an der These von der überragenden Bedeutung der Hallstein-Doktrin aufkommen. Nur selten werden der DDR in den mehrere dutzend Seiten umfassenden Berichten mehr als einige Zeilen gewidmet. Im erwähnten Bericht Botschafter Hasslachers zur Situation in der Republik Kongo von 1967, der immerhin 19 Seiten umfasst, wurde der DDR nicht einmal eine Seite gewidmet. Sie fand lediglich in einem Abschnitt, ausgerechnet unter der Überschrift „*Beziehungen zur Bundesrepublik*“, Erwähnung. In der den Bericht beschließenden Zusammenfassung der politischen Situation im Kongo wurde sie gleich ganz übergangen.<sup>285</sup> Dies ist erstaunlich, handelte es sich bei der Republik Kongo doch um *den* Brückenkopf der ostdeutschen Aktivitäten im zentralafrikanischen Raum. Wo, wenn nicht hier, hätte man eine ausführliche Berichterstattung über die ostdeutschen Aktivitäten erwarten dürfen?

Werfen wir nun noch einmal einen erneuten Blick auf die Unterstützung ausländischer Projektanträge durch die diplomatischen Vertretungen. Wie schon erwähnt, tauchte die Hallstein-Doktrin regelmäßig als Argumentationshilfe in den Anträgen auf. Als Beispiel waren in diesem Zusammenhang vor einigen Seiten die Schreiben Botschafter Hasslachers angeführt worden. Doch wusste der Diplomat nicht allein deutschlandpolitische, sondern auch geostrategische Überlegungen gekonnt in Szene zu setzen, um die Chancen der Regierung seines Zielstaates auf zusätzliche westdeutsche Unterstützung zu erhöhen. Und nicht selten wurde die deutschlandpolitische Argumentation hierbei sogar ganz bewusst von allgemeinen geostrategischen Überlegungen überlagert:

*„Ich glaube auch jetzt noch, dass eine weitere Kapitalhilfe (unterstützt durch technische Hilfe) für förderungswürdige Projekte das wirksamste Mittel zur Stabilisierung der Regierung und damit zur Festigung unserer deutschen Stellung im Kongo ist. Meine Berichte sind sicherlich falsch interpretiert worden, wenn sie zu der Auffassung geführt haben, dass 'eine weitere Kapitalhilfe nicht geeignet sei, den Kampf der Regierung gegen wirtschaftliche Verelendung und politischen Radikalismus zu gewinnen'. [...] Die Tatsache, dass die rotchinesische Botschaft in Brazzaville ihre Tätigkeit bereits intensiv aufgenommen hat, der die [intensive Tätigkeit der] sowjetische[n] Botschaft in Kürze folgen wird und die beide mit Sicherheit die SBZ ins Spiel zu bringen versuchen werden, sollte hierbei nicht übersehen werden.“*<sup>286</sup>

Mit diesen Worten brachte Hasslacher zum Ausdruck, dass er selbst in dem Staat, der schon bald

---

<sup>285</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 24. Januar 1967, PA AA, AA, B 34, 726.

<sup>286</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Kongolesischen Republik) an Auswärtiges Amt, 5. Juni 1964, PA AA, AA, B 68, 312.

den Brückenkopf der DDR für den gesamten zentralafrikanischen Raum bilden sollte, die Aktivitäten der Sowjetunion und der Volksrepublik China, nicht aber diejenigen der DDR, als eigentliches Ziel der westdeutschen Kongo-Politik verstand. Nicht der vielbeschworene deutsch-deutsche Gegensatz, sondern andere – geostrategische – Interessen, auf die im Laufe dieser Arbeit noch mehrfach einzugehen sein wird, standen hier hinter den deutschen Aktivitäten, legitimierten eine westdeutsche Hilfe für den Kongo. Inwieweit lässt sich diese Feststellung nun aber auch auf andere Anträge und die mit diesen verbundenen Unterstützungsleistungen übertragen?

In jedem Jahr wurden den Ministerien und Institutionen der Bundesrepublik von jedem Staat, in dem sie diplomatisch vertreten war, hunderte von Projektvorschlägen unterbreitet. Nur ein Bruchteil dieser Vorschläge wurde zu Anträgen ausgebaut und von diesen am Ende wiederum nur ein verschwindend geringer Teil tatsächlich bewilligt. Da die Mehrzahl der Projektanträge – unter anderem – mit der Hallstein-Doktrin begründet wurde, die Mehrzahl der Anträge – aufgrund der begrenzten finanziellen Mittel – aber auch abgelehnt wurde, eignet die Doktrin sich kaum, als Auswahlkriterium zur Bewilligung der Projektgelder in Erwägung gezogen zu werden. Andere Interessen – ökonomischer und geostrategischer Natur – lassen sich da schon deutlich besser anführen.

Als beispielsweise 1969 in der Zentralafrikanischen Republik ein Projekt zum Aufbau einer nationalen Flussflotte mit Entwicklungshilfe kofinanziert werden sollte, geschah dies nicht etwa im Hinblick auf die dortigen ostdeutschen Ambitionen, sondern weil westdeutsche Holzhandels- und -verarbeitungsunternehmen Interesse an Einschlagskonzessionen für einzelne zentralafrikanische Waldbestände geäußert hatten. Als der Interministerielle Referentenausschuß für Kapitalhilfe 1969 seine Zustimmung zu dem Projekt gab, erklärte er: „*Bei der Unterrichtung [der zentralafrikanischen Regierung] über den Beschluss soll die deutsche Botschaft zu erkennen geben, dass die deutsche Firma Lützens an einer Einschlag-Konzession in dem Gebiet sehr interessiert ist.*“<sup>287</sup> Auch bei der Ende der 1960er Jahre in der Republik Kongo errichteten Zementfabrik nahe der Ortschaft Loutété hatten letztlich ökonomische und geostrategische Interessen im Vordergrund gestanden. Das Unternehmen Werner stand in engem Kontakt mit den staatlichen Institutionen der Bundesrepublik und wurde von diesen häufig in Projekte involviert, die eine gewisse politische Brisanz besaßen. Bereits während der Vorverhandlungen im Jahr 1966 war es Werner gelungen, ein nationales Erkundungs- und Ausbeutungsmonopol auf alle kongolesischen Steine und Erden zu erwerben. Den subversiven Aktivitäten der Volksrepublik China, die mit der Begründung der beabsichtigten Ausbeutung eben dieser Erden im Nordkongo operierte, war durch diesen Schritt ein erheblicher

---

<sup>287</sup> Interministerieller Referentenausschuß für Kapitalhilfe an Auswärtiges Amt, 28. März 1969, PA AA, AA, B 68, 759.



Schlag versetzt worden. Botschafter Hasslacher notierte: „*Damit sind die Chinesen nun einem [sic!] wichtigen – subversive besonders günstigen – Gebiet herausgedrängt.*“<sup>288</sup>

Doch lassen sich nicht auch Fälle finden, in denen der deutsch-deutsche Gegensatz und die Hallstein-Doktrin tatsächlich als zentrale Momente der westdeutschen Außenpolitik wirkten? In der Forschung wird als Beleg für die große Bedeutung der Hallstein-Doktrin in den westdeutschen Afrikaaktivitäten gerne als Beispiel die Vereinigte Republik Tansania angeführt. 1963 war das britische Protektorat Sansibar in die Unabhängigkeit entlassen worden. 1964 erklärte es sich zur Volksrepublik Sansibar und Pemba, näherte sich dem sozialistischen Lager an und trat in diplomatische Beziehungen zur DDR. Im selben Jahr begann die Regierung der Volksrepublik aber auch, mit Tanganjika in Verhandlungen über die Bildung einer Personalunion zu treten, an deren Ende die Vereinigte Republik Tansania stand. Es war ausgemacht worden, dass der neue Staat Tansania die bereits bestehenden diplomatischen Vertretungen auswärtiger Staaten in Tanganjika und Sansibar anstandslos übernehmen würde – und damit auch diejenige der DDR. Für die BRD hätte dies den lange befürchteten Präzedenzfall geschaffen. Letztlich gelang es dem westdeutschen Außenministerium aber, so die Forschung, durch geschicktes Taktieren und Drohung mit dem Entzug von Unterstützungsleistungen, die Übernahme der diplomatischen Beziehungen mit der DDR durch Tansania zu verhindern. Die westdeutschen Aktivitäten in Tansania können nun selbstverständlich – wie in der Forschung bislang geschehen – ganz im Rahmen der Aufrechterhaltung der Hallstein-Doktrin erzählt werden. Doch kann der Vorgang auch in einem anderen, weit größeren Kontext betrachtet werden. Die Aktivitäten der DDR auf Sansibar waren nicht die Operationen eines einzelnen sozialistischen Staates, sondern Teil eines koordinierten Vorgehens der Sozialistischen Staatengemeinschaft gewesen, die sich auf Sansibar einen Brückenkopf für den ostafrikanischen Raum hatte verschaffen und sichern wollen. Auch andere Staaten des sozialistischen Lagers, wie Rumänien, operierten auf der Insel und unterstützten die dortige Regierung. Solch ein koordiniertes Vorgehen auf östlicher Seite provozierte eine entsprechende Reaktion auf westlicher Seite. Doch hatten westlichen Staaten zu dieser Zeit einen schweren Stand in Tanganjika – eine Ausnahme bildete lediglich die Bundesrepublik. Trotz zahlreicher sozialistischer Propagandakampagnen wurde Westdeutschland in Afrika nicht als imperiale oder koloniale Macht verstanden. Sie konnte in Tanganjika ungestört im Sinn des Westens operieren und nicht nur der ostdeutschen Botschaft, sondern auch dem sozialistischen Brückenkopf ein frühes Ende bereiten. Anstatt die westdeutsche Tansania-Politik durch deren Reduzierung auf den deutsch-deutschen Gegensatz zu simplifizieren, können für sie also ebenso gut auch

---

<sup>288</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Republik Kongo) an Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 6. Mai 1966, PA AA, AA, B 68, 659.

geostrategische Erwägungen angeführt werden. Eine ähnliche Politik verfolgten Ost und West auch im zentralafrikanischen Raum: in der Volksrepublik Kongo. Auch hier bemühten sich die Sozialistische Staatengemeinschaft, vor allem die Sowjetunion, und die Volksrepublik China, einen Brückenkopf zu errichten – auch hier unter Beteiligung der DDR. Wie im Fall Tansanias war auch in der Volksrepublik Kongo die BRD die einzige westliche Macht, mit der die Regierung in größerem Umfang kooperieren konnte, ohne befürchten zu müssen, von den eigenen radikalen Anhängern und der Opposition allzu heftig attackiert zu werden.

Gab es also überhaupt einen Bereich der westdeutschen Afrikapolitik, in dem die Hallstein-Doktrin und der deutsch-deutsche Gegensatz eine größere Rolle spielten? Den gab es durchaus: den der Public Relations und Propaganda. Tatsächlich lassen sich in den Botschaftsberichten immer wieder Dokumente finden, die belegen, dass Arbeitszeit und – hierauf wird im entsprechenden Kapitel noch einzugehen sein – Geld investiert wurden, um afrikanischen Medien 'den richtigen' Standpunkt zu den beiden deutschen Staaten und zur deutschen Frage nahezulegen. Ein gutes Beispiel liefert die Aussage eines Mitarbeiters der westdeutschen Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun, Herrn Elles, der, als 1961 in der DDR die Mauer errichtet wurde, dem Auswärtigen Amt über seine Pressearbeit vermeldete:

*„Die ersten Mitteilungen über die Schließung der Sektorengrenze im offiziellen Bulletin der kamerunischen Regierung bestanden aus 'ADN'-Meldungen [, Meldungen des ostdeutschen Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes]. Ich bin daraufhin sofort beim Radio und der Agence Camerounaise de Presse vorstellig geworden und habe darum gebeten, in Zukunft stärker als bisher die von der Botschaft zur Verfügung gestellten Meldungen des Informationsfunks und der dpa [, der westdeutschen Deutschen Presseagentur,] auszuwerten. Bei beiden Stellen haben wir für unsere Wünsche Verständnis gefunden.“<sup>289</sup>*

Neben dieser gegen die DDR gerichteten Öffentlichkeitsarbeit lassen sich – meiner Einschätzung nach – nur zwei Projekte in den Akten des Auswärtigen Amts zum Zentralafrikanischen Raum finden, die tatsächlich primär durch den deutsch-deutschen Gegensatz motiviert worden zu sein scheinen. Als 1960 in der Demokratischen Republik Kongo die Kongo-Krise ausgebrochen war, hatte das Internationale Komitee des Roten Kreuzes schon bald ein internationales Hilfsprogramm für dessen Bevölkerung aufgestellt. Alle Mitgliedsorganisationen wurden um Unterstützung gebeten. Die DDR reagierte zügig und entsandte über ihr nationales Komitee die größte Ärzte- und Hilfspersonal-Delegation *aller* Mitgliedsstaaten, zusätzlich noch eine größere Menge von Medikamenten.<sup>290</sup> Erst jetzt begann auch die BRD, Interesse am Kongo-Projekt des Internationalen

<sup>289</sup> Mitarbeiter Elles (Botschaft in der Republik Kamerun) an Auswärtiges Amt und Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 17. August 1961, PAAA, AA, B 34, 250.

<sup>290</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 26. September

Komitees zu zeigen. Innerhalb kürzester Zeit wurde völlig überstürzt ein kleines, völlig ungenügend ausgestattetes, Ärztekontingent zusammengestellt und in den Kongo entsandt<sup>291</sup> – mit dem eindeutigen Ziel, das Gesicht der BRD im deutsch-deutschen 'Systemwettstreit' zu wahren. Einen ähnlichen Gang nahmen die Ereignisse 1960 in Gabun, als die DDR sich entschloss, das Tropenkrankenhaus des bekannten Arztes Albert Schweitzer zu unterstützen. Wie gesagt, handelte es sich hierbei aber um Ausnahmen und nicht um die Regel.

Wie reagierte die westdeutsche Diplomatie dann aber, wenn ein Staat Gefahr lief, die DDR anzuerkennen? Meist wurde der jeweilige westdeutsche Botschafter 'auf Urlaub' oder zu 'Besprechungen' nach Bonn beordert. Darüber hinaus passierte nur wenig – eben da der deutsch-deutsche Gegensatz nicht das zentrale Motiv der westdeutschen Auslandsaktivitäten war. Als der Tschad im Jahr 1971 die DDR anerkannte, wurde der dortige westdeutsche Botschafter nur nach Bonn zitiert. Als dagegen 1974 die BRD bei der Befreiung einer deutschen, von tschadischen Rebellen verschleppten Geisel, die Souveränität des Tschad verletzte und die tschadische Regierung die diplomatischen Beziehungen zur BRD abbrach, stellte die Bundesrepublik sämtliche Entwicklungshilfeprojekte ein und hielt sogar eine bereits bewilligte Ausrüstungshilfe für die von den Rebellen bedrängten tschadischen Sicherheitskräfte zurück. Hier wurde tatsächlich auf eine Belastung des zwischenstaatlichen Verhältnisses reagiert – ganz im Gegensatz zu den vielen Fällen der versuchten diplomatischen Anerkennung der DDR während der sogenannten 'Hallsteinzeit'.<sup>292</sup>

Der Annahme, dass deutsch-deutscher Gegensatz und Hallstein-Doktrin innerhalb der westdeutschen Aktivitäten in Afrika eine größere Rolle gespielt hätten wird deshalb in dieser Arbeit nicht zugestimmt. Zwar mögen sie als tertiäre Phänomene eine gewisse Wirkung entfaltet haben, als Erklärung, gar als universal anwendbares Erklärungsmuster der westdeutschen Auslandsaktivitäten, taugen sie jedoch nicht. Dass sie dennoch immer wieder in den Berichten und Instruktionen der Botschaften und des Außenministeriums auftauchten, dürfte vor allem dem deutschlandpolitisch aufgeladenen Antragssystem der damaligen Zeit geschuldet gewesen sein. Parteipolitisch waren der deutsch-deutsche Gegensatz und die Hallstein-Doktrin durchaus relevant – deshalb auch ihr häufiges Auftauchen in politischen Statements und staatlichen Verlautbarungen. Tatsächlich handelte es sich aber meist um nicht mehr als leere Phrasen, die mehr dem Anstand, der Mentalität und vor allem der *political correctness* eines bundesdeutschen Beamtentums geschuldet waren, als dass sie tatsächlich als Teil einer Argumentation zur Entscheidungsfindung beigetragen hätten. Die deutsche Frage war eben eher eine Frage der Bundestagsdebatten, Politikerstatements und medialen

---

1960, PA AA, MfAA, C 801/74, Fiche 1, S. 43-44.

<sup>291</sup> Generalsekretär Beer (Liga der Rot Kreuz-Gesellschaften) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 14. November 1960, PA AA, MfAA, C 801/74, Fiche 1, S. 19-23.

<sup>292</sup> Vgl.: Booz, Rüdiger Marco: „Hallsteinzeit“. Deutsche Außenpolitik 1955-1972. Bonn 1995.

Inszenierungen und weniger ein Gegenstand der praktischen Arbeit an, in und außerhalb Westdeutschlands.

Wie die westdeutschen werden auch die ostdeutschen Auslandsaktivitäten in der Forschung für gewöhnlich als Teil der Deutschlandpolitik verstanden – hier nun mit dem Ziel der Durchbrechung der Hallstein-Doktrin, der Erlangung einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR als einem souveränen Staat, der Aufnahme diplomatischer Beziehungen auf Botschafterebene mit Staaten der 'Ersten', vor allem aber der 'Dritten Welt'. Und selbstverständlich lassen sich auch hierfür zahlreiche Aktenbelege anführen.

Auf den jährlich tagenden Botschafterkonferenzen in Ost-Berlin, auf denen die Perspektivpläne ihren letzten Schliff erhielten, neben den Mitarbeitern, Ministern und Staatssekretären des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten auch solche des Ministeriums für Außen- und Innerdeutschen Handel, der staatlichen Plankommission, Vertreter der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und sogar Mitglieder der ostdeutschen Staatsführung, wie Ministerpräsident Grotewohl, zugegen waren, kam der Wunsch nach der Herstellung regulärer diplomatischer Beziehungen regelmäßig zur Sprache. So erklärte Außenminister Lothar Bolz auf der Botschafterkonferenz von 1960 in seinem einleitenden Vortrag zu den Zielen der ostdeutschen Außenpolitik, dass das ostdeutsche Außenministerium am 14. Dezember 1959 dem Ministerrat der DDR seine Aufgabenstellung habe zukommen lassen. Darin habe gestanden:

*„Die Hauptaufgaben des Ministeriums ergeben sich aus dem von Partei und Regierung geteilten Hauptziel, die günstigen internationalen Bedingungen für den Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik zu schaffen, und bestehen in folgendem:*

*[...]*

*4. die Beziehungen zu den afrikanisch-asiatischen Staaten, die sich vom Kolonialismus befreit haben oder befreien, herzustellen und ständig auszubauen;*

*5. a) zu den Staaten des imperialistischen Lagers die Beziehungen so zu entwickeln, daß die Kräfte gestärkt werden, die für die Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Weltlagern und für die Herstellung und Entwicklung von Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik eintreten, und  
b) die Beziehungen zu den neutralen Staaten Europas wie Finnland, Schweden, Österreich und der Schweiz zu erweitern;*

*6. die internationale Autorität der Deutschen Demokratischen Republik zu stärken, ihre Souveränität zu wahren, die diplomatischen Beziehungen der Republik und ihre Stellung in internationalen Organisationen und Konventionen auszubauen und die Ausschließlichkeitsanmaßung der Bundesrepublik zunichtezumachen.“<sup>293</sup>*

---

<sup>293</sup> Minister Bolz, Referat: Die Rolle der Außenpolitik bei der Erfüllung des Siebenjahrplanes und die Aufgaben unseres Ministeriums, Botschafterkonferenz 1960, PA AA, MfAA, A 17393, S. 2-10, hier S. 3.

Nun kann man durchaus die drei von Bolz verlesenen Punkte nehmen und aus ihnen Rückschlüsse auf das Vorhandensein des außenpolitischen Primärziels, staatliche Beziehungen mit Staaten der 'Ersten' und der 'Dritten Welt' aufzunehmen, schließen. Doch würde man dabei drei wesentliche Punkte außer Acht lassen: Erstens, die *Beziehungen*, von denen im Fall der „*afrikanisch-asiatischen*“, „*imperialistischen*“ und „*neutralen*“ Staaten die Rede ist, werden nicht explizit als *diplomatisch* bezeichnet, können also auch wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Natur sein. Dies erklärt auch, wieso im sechsten Punkt – und nur hier – ganz explizit von *diplomatischen Beziehungen* die Rede ist. Zweitens, dem Projekt des Aufbaus von Beziehungen, zur Überwindung der sogenannten westdeutschen „*Ausschließlichkeitsanmaßung*“, wurde zwar in insgesamt drei Punkten der Aufgabenstellung Raum gewährt, doch waren dies nur drei von insgesamt sechs Punkten. Und drittens, waren diese drei Punkte nicht an den Beginn der Liste gesetzt worden. Welche Punkte hatte Außenminister Bolz also präferiert und an den Beginn der Liste gestellt?

- „1. zur Stärkung des sozialistischen Lagers und seiner Einheit unter Führung der Sowjetunion beizutragen;*
- 2. einen Beitrag zur Durchsetzung der friedlichen Koexistenz als des Prinzips der internationalen Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlichen Staats- und Gesellschaftsordnungen, zur internationalen Entspannung, zur Abrüstung und zur kollektiven Sicherheit in Europa zu leisten;*
- 3. auf außenpolitischem Gebiet den Kampf für die Beendigung des westdeutschen Militarismus, für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, für die Lösung der Westberlin-Frage und die schrittweise Schaffung der Voraussetzungen der Wiedervereinigung zu führen.“<sup>294</sup>*

Die Stärkung des sozialistischen Lagers, die Durchsetzung des internationalen Prinzips der friedlichen Koexistenz und die Lösung der deutschen Frage im Sinne der DDR kamen für das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten also vor und nicht nach der internationalen Anerkennung der Souveränität ihres Staates. Bereits drei Jahre zuvor, auf der ostdeutschen Botschafterkonferenz von 1957, die nur wenige Wochen nach der offiziellen Proklamation der Hallstein-Doktrin durch das Auswärtige Amt abgehalten worden war, hatte sich diese Reihenfolge der außenpolitischen Aufgabenstellung durchgesetzt. Schon damals hatte Außenminister Bolz in einem Referat die Ziele der ostdeutschen Außenpolitik in drei Punkten zusammengefasst:

- „1. sozialistisches Lager, 2. Friedenszone, 3. Kampf gegen das westdeutsche Monopolkapital in der internationalen Politik, insbesondere gegen seine Ausschließlichkeitsanmaßung auf dem Gebiet der*

---

<sup>294</sup> Ebd., hier S. 2.

Zur ersten Aufgabe zählte er das Eintreten für „die Stärkung des sozialistischen Lagers und seiner Einheit, für die Einheit der Hauptwege zum Sozialismus, für die führende Rolle der Sowjetunion; mit einem Wort für die Verwirklichung der Grundideen des proletarischen Internationalismus.“<sup>296</sup>

Hiermit verbunden war für Bolz die zweite Aufgabe, die Stärkung der Staaten des Friedenslagers, der sogenannten „Friedenszone“, zu denen Bolz alle unabhängigen Staaten zählte, die nicht offiziell ins westliche Lager eingetreten waren. Bolz führte aus:

*„Hier zeigt sich, welche Rolle es spielt, die Deutschlandfrage abzulehnen und immer mehr Staaten der Friedenszone für die richtige Erkenntnis der einzig möglichen Lösung der Deutschlandfrage zu gewinnen, nämlich dafür, dass die Deutschlandfrage nicht gelöst werden kann durch ein mechanisches Zusammenlegen zweier deutscher Staaten mit Hilfe des Parlamentarismus, sondern nur durch eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses in Westdeutschland selbst zugunsten des Fortschritts im Kampf gegen Militarismus und Monopolkapital.“<sup>297</sup>*

Erst an dritter Stelle ging er auf die Auseinandersetzung mit der westdeutschen „Ausschließlichkeitsanmassung“ ein.<sup>298</sup> Wie genau man sich eine Lösung der deutschen Frage vorzustellen habe, darauf hatte bereits sein zweiter Punkt eine Antwort gegeben. Eine Lösung der deutschen Frage war sei in Deutschland selbst möglich. Ministerpräsident Otto Grotewohl erklärte hierzu 1957 in seinem Referat:

*„Wir dürfen ihnen nicht vormachen, als wäre es durch diplomatische Schachzüge und diplomatische Beschließungen und Entschließungen von irgendwelchen Mächten möglich, die Einheit Deutschlands herauszustellen unter Veränderung der sozialökonomischen Basis.“<sup>299</sup>*

Das „größte Hindernis“, dass sich der DDR bei der Verfolgung der deutschen Wiedervereinigung entgegenstelle sei nicht die Hallstein-Doktrin – mit ihrer Blockade der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR – sondern die „Militarisierung“<sup>300</sup> der BRD. Grotewohl ergänzte: „[Den] größte[n] Schlag, den wir politisch führen, führen wir nicht mehr heute mit irgendwelchen völkerrechtlichen Konstruktionen und den [sic!] Anspruch auf Souveränität“, sondern den „führen

<sup>295</sup> Minister Bolz, Referat: Die internationale Stellung der DDR und ihre nächsten Aufgaben auf dem außenpolitischen Gebiet, Botschafterkonferenz 1957, PA AA, MfAA, A 17332, S. 14-74, hier S. 17.

<sup>296</sup> Ebd.

<sup>297</sup> Ebd., hier S. 18.

<sup>298</sup> Ebd.

<sup>299</sup> Ministerpräsident Grotewohl, Referat: Darlegungen über den Stand der Deutschlandfrage, Botschafterkonferenz 1957, PA AA, MfAA, A 17332, S. 75-111, hier S. 88.

<sup>300</sup> Ebd.

wir vom realen politischen Standpunkt, daß der deutsche Militarismus beseitigt werden muß.“<sup>301</sup> Die Beseitigung des westdeutschen Militarismus sollte durch die Stärkung und Durchsetzung der sogenannten Arbeiter- und Bauernmacht in Ost- und Westdeutschland bewerkstelligt werden. Botschafter Johannes König referierte:

*„Diese Aufgabe [, die Stärkung der Arbeiter- und Bauernmacht], die ich als die Kardinalaufgabe betrachte, wird auch nicht in den Schatten gestellt, durch die Aufgabe, die sich ergibt im Kampf um die Lösung der nationalen Frage Deutschlands. Im Gegenteil, die Lösung dieser Aufgabe ist die Voraussetzung für die Lösung der Aufgabe, die unser Staat im Kampf um die Lösung der nationalen Frage führt.“*<sup>302</sup>

Damit war auch im Fall der ostdeutschen Außenpolitik ein Konzept umrissen, das sich mehr oder weniger an geostrategischen Interessen, der Stärkung des proletarischen Internationalismus und des sozialistischen Lagers sowie der Aufrechterhaltung der friedlichen Koexistenz orientierte, nicht aber an einer vom westdeutschen Bruderstaat ausgerufenen Doktrin.

Daneben spielten auch die Wirtschafts- und Handelsinteressen in den Planungen der Berliner Zentrale eine Rolle. Gerhard Weiss, der Stellvertreter des Ministers für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, referierte auf der besagten Konferenz von 1957, dass es auch Aufgabe des ostdeutschen Außenministeriums sei, die Handelspolitik der DDR zu unterstützen. Deren Ziel bestünde darin, *„das internationale, friedliche Zusammenleben zu fördern, den Warenaustausch zu erweitern und die bestehenden wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen zu den Ländern des sozialistischen und kapitalistischen Weltmarktes zu festigen und neue Verbindungen zu schaffen.“*<sup>303</sup>

Und Weiss ergänzte, dass letztlich eben auch die von Grotewohl angeschnittenen Punkte zur Außen- und Deutschlandpolitik *„merh [sic!] oder weniger mit dem Außenhandel verbunden“* seien.<sup>304</sup> Die Bedeutung, welche dem Ausbau der ökonomischen Beziehungen zugesprochen wurde, zeigte sich nicht zuletzt auch in dem Raum, der ihm in den Referaten der Diplomaten eingeräumt wurde. Deutsch-deutscher Gegensatz und Hallstein-Doktrin fielen, zumindest in quantitativer Hinsicht, 1957 mehr als deutlich hinter ihn zurück. So war es dann auch kein Zufall, dass auf der Botschafterkonferenz von 1957 drei Schwerpunktstaaten der ostdeutschen Außenpolitik in der sich gerade gerade konstituierenden 'Dritten Welt' ausgemacht wurden: Syrien, die Vereinigte Arabische Republik und Indien.<sup>305</sup> Syrien war geostrategisch relevant – nicht nur für die DDR, sondern für das

<sup>301</sup> Ebd.

<sup>302</sup> Botschafter König, Referat: Die Vertretung der DDR in der Sowjetunion, Botschafterkonferenz 1957, PA AA, MfAA, A 17331, S. 1-25, hier S. 2.

<sup>303</sup> Stellvertretender Minister Weiss (Ministerium für Außer- und Innerdeutschen Handel), Referat: Der Außenhandel der DDR, Botschafterkonferenz 1957, PA AA, MfAA, A 17332, S. 205-253, hier S. 205.

<sup>304</sup> Ebd., hier S. 252.

<sup>305</sup> Botschafter Koenen, Referat: Die Vertretung der DDR in der Tschechoslowakei, Botschafterkonferenz 1957, PA

gesamte sozialistische Lager –, da es als einziger arabischer Staat über eine kommunistische Partei verfügte, mit deren Hilfe das sozialistische Lager im arabischen Raum seine Interessen verfolgen konnte. Ägypten und Indien waren sicherlich auch von strategischem Interesse, doch dürften tatsächlich ökonomische Erwägungen – die Erschließung neuer Absatzmärkte für den ostdeutschen Maschinenbau –, bei deren Einordnung als Schwerpunktländer überwogen haben. Die auf der Konferenz gehaltenen Referate der diplomatischen Vertreter weisen zumindest mehr als deutlich in diese Richtung.

Tatsächlich lassen sich in den Berichten des ostdeutschen Außenministeriums immer wieder Hinweise auf die große Bedeutung der ostdeutschen Wirtschafts- und Handelsinteressen finden – selbst in den Berichten über die Unterstützung der afrikanischen Unabhängigkeits- und Oppositionsbewegungen. Als das Außenministerium Anfang 1961 einen Plan zur Unterstützung der von kongolesischen Rebellen in der Demokratischen Republik Kongo ausgerufenen Freien Republik Kongo erarbeitete, der die Lieferung ostdeutscher Uniformen vorsah, sollten diese nicht etwa kostenlos, als selbstlose Spende, geliefert, sondern – nach dem erhofften Sieg der Freien Republik – nachträglich von deren Regierung kommerziell erworben werden.<sup>306</sup> Auch ein anderes Hilfsersuchen der Freien Republik, der Druck einer eigenen Währung, sollte auf kommerzieller Basis – nicht als kostenlose solidarische Hilfe – erfolgen.<sup>307</sup> Besonders deutlich trat der wirtschaftliche Rahmen solcher, eigentlich im Bereich der Geostrategie zu verortenden, Operationen aber 1965, während der Unterstützung einer neuen kongolesischen Rebellenbewegung, die im Nordosten der Demokratischen Republik Kongo eine Volksrepublik ausgerufen hatte, zu Tage. Im Mai hatten das Außenministerium, das Handelsministerium und die Staatliche Plankommission der DDR ein Sofortprogramm und ein perspektivisches Programm für den Warenaustausch mit der Volksrepublik beschlossen. Das Sofortprogramm beinhaltete Studienplätze für Kongolesen, die Lieferung von handwerklichen Geräten, Konsumgütern und Medikamenten, sowie Expertenentsendungen. Zusätzlich sollten Funkgeräte samt Zubehör als Geschenk übersandt werden. Doch wurde zum Sofortprogramm in Ost-Berlin sogleich angemerkt:

*„Obwohl einzuschätzen ist, daß mit einer Begleichung der Lieferungen in der nächsten Zeit nicht zu*

---

AA, MfAA, A 17331, S. 168-194, hier S. 182.

<sup>306</sup> 2. Sekretär Schüßler (Generalkonsulat in der Vereinigten Arabischen Republik) und Bevollmächtigter Böttger (zur Zeit stationiert in der Vereinigten Arabischen Republik) an Minister Rau (Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel) und Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 6. März 1961, PA AA, MfAA, A 17294, Bd 1, Fiche 2, S. 159-166.

<sup>307</sup> Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Beauftragter für die Koordinierung der Beschlüsse Stoph – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Mitglied des Politbüros Neumann – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Abteilungsleiter Florin – Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 25. April 1961, PAA, MfAA, A 17288, Fiche 1, S. 76-77.



*rechnen sein kann, ist anzustreben, daß eine Festlegung über die Bezahlung zu einem späteren Zeitpunkt getroffen wird. Es ist vorzuschlagen, daß die nach dem Sofortprogramm zu liefernden Waren im Rahmen der perspektivischen Beziehungen durch Landesprodukte bezahlt werden.*<sup>308</sup>

Auch hier spielten also ökonomische Interessen eine Rolle. Dies galt um so mehr für die Unterstützung bereits etablierter befreundeter Regime. Als 1970 die Volksrepublik Kongo diplomatische Beziehungen mit der DDR aufnahm, erhielt sie einen staatlichen Handelskredit über umgerechnet rund 25 Mio. DM<sup>309</sup> und die regierende Einheitspartei *Parti Congolais du Travail* umgerechnet rund 0,28 Mio. DM sogenannter Solidaritätshilfe.<sup>310</sup> Nun sind es gerade solche unterstützenden Maßnahmen, die in der Forschung gerne als *Beleg* für das finanzielle Engagement der DDR zur Überwindung der Hallstein-Doktrin herangezogen werden. Dabei lässt sich dieses Entgegenkommen seitens der DDR auch ganz anders deuten. Mit dem Handelskredit sollte der Export ostdeutscher Produkte in die Volksrepublik angekurbelt werden. Zudem handelte es sich um einen Kredit. Das Geld musste am Ende – samt Zinsen – an die DDR zurückgezahlt werden. Es handelte sich nicht um ein uneigennütziges oder auf die diplomatische Anerkennung ausgerichtetes *Geschenk*. Allenfalls die Solidaritätshilfe für die Einheitspartei könnte als ein solches gewertet werden. Doch muss auch hier angemerkt werden, dass der Betrag, da er tatsächlich in ostdeutschen Mark zur Verfügung gestellt wurde, ebenfalls nur in ostdeutschen Waren und Dienstleistungen umgesetzt werden konnte. Zudem kann die Hilfe auch als Versuch gewertet werden, das Kreditangebot für die Einheitspartei, die dessen Konditionen nicht als sonderlich attraktiv empfand, in ein besseres Licht zu rücken. Es scheint deshalb nicht sinnvoll, dieses wirtschafts- und handelspolitische Engagement Ostdeutschlands auf eine Funktion als diplomatischer Türöffner zu reduzieren. Dass wirtschaftliche Interessen beim Kreditangebot im Vordergrund standen, darauf verweist nicht zuletzt auch eine Bemerkung von Handelsminister Horst Sölle, der 1971 Außenminister Otto Winzer über erneute Verhandlungen mit Alfred Raoul über eine bessere Ausschöpfung des Kredites, der bislang von den Kongolesen kaum angetastet worden war, informierte: „*Es sind solche Objekte auszuwählen, die nicht nur für die Volkswirtschaft der VR*

<sup>308</sup> Stellvertretender Minister Stibi (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 31. März 1965, PA AA, MfAA, C 796/74, Fiche 2, S. 104-109, hier S. 107.

<sup>309</sup> Stellvertretender Vorsitzender Fichtner (Ministerrat) an Stellvertretender Vorsitzender Stoph (Staatsrat) und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses Norden (Volkskammer) und Sekretär für internationale Verbindungen Axen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und 1. Sekretär des Politbüros Ulbricht – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 20. März 1970, PA AA, MfAA, C 1086/77, Fiche 1, S. 4-11. Der Wert wird in der Quelle mit 25 Mio. VM angegeben. Der Wechselkurs lag 1970 bei ca. 1 DM : 1 VM. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 25 Mio. DM.

<sup>310</sup> Stellvertretender Vorsitzender Fichtner (Ministerrat) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 16. März 1970, PA AA, MfAA, C 364/77, Fiche 1, S. 6-9, hier S. 8. Der Wert wird in der Quelle mit 1 Mio. M angegeben. Der Wechselkurs lag 1970 bei ca. 1 DM : 3,57 M. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 0,28 Mio. DM.

*Kongo, sondern auch für die Volkswirtschaft der DDR günstig sind.*<sup>311</sup>

Auch geostrategische Interessen spielten bei den Unterstützungsleistungen der DDR eine Rolle. Die Aufnahme von Beziehungen zur Republik Äquatorialguinea im Jahr 1971 erfolgte vor allem auf Druck der Sowjetunion. Die hatte Anfang 1973 begonnen, mit der Regierung Äquatorialguineas Gespräche über den Aufbau einer Satellitenbeobachtungsstation auf der Hauptinsel Moke zu führen.<sup>312</sup> 1976 wurde die Station fertig gestellt und in Betrieb genommen.<sup>313</sup> Abkommen wurden geschlossen, die der sowjetischen Fischereiflotte im Atlantik nicht nur die Nutzung der Häfen der Hauptinsel, sondern auch den Betrieb eines Reparaturstützpunktes nahe Luba gestatteten. Der Stützpunkt bestand aus einem Trockendock für Schiffe bis 3.500 t und einem in der DDR hergestellten Reparaturschiff.<sup>314</sup> Eine Direktverbindung der sowjetischen Fluggesellschaft Aeroflott wurde eingerichtet,<sup>315</sup> über die jede Woche rund 100 Matrosen ausgewechselt werden konnten.<sup>316</sup> Dass der Stützpunkt auch zur Wartung und Unterhaltung militärischer Verbände genutzt wurde ist mehr als wahrscheinlich. Eine für den zentralafrikanischen Raum ungewöhnlich intensive Besuchsaktivität sowjetischer Marineverbände setzte ein. 1971 statteten mehrere sowjetische U-Boote Santa Isabel einen offiziellen Besuch ab.<sup>317</sup> Ende August 1972 besuchte eine aus einem U-Boot und zwei Versorgungsschiffen bestehende Flotteneinheit Santa Isabel.<sup>318</sup> 1974 war der sowjetische U-Boot-Jäger Marschall Woroschilow in Bata und Malabo zu Gast<sup>319</sup> und aus Anlass

<sup>311</sup> Minister Sölle (Ministerium für Außenwirtschaft) an Minister Winzer (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 5. Juni 1971, PA AA, MfAA, C 1088/77, Fiche 1, S. 1-12, hier S. 6.

<sup>312</sup> Geschäftsträger Kleinhempel (Botschaft in der Republik Äquatorialguinea) an Stellvertretender Minister Willerding (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 8. Februar 1973, PA AA, MfAA, C 1115/78, Fiche 1, S. 11-15.

<sup>313</sup> Geschäftsträger Wendlandt (Botschaft in der Republik Äquatorialguinea) an Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Abteilung Nord- und Westafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 15. Februar 1976, PA AA, MfAA, C 1096/78, Fiche 2, S. 3-19.

<sup>314</sup> Geschäftsträger Wendlandt (Botschaft in der Republik Äquatorialguinea) an Abteilungsleiter Böttger – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 16. Oktober 1974, PA AA, MfAA, C 1100/78, Fiche 2, S. 141-143.

<sup>315</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 16. September 1975, PA AA, MfAA, C 1102/78, Fiche 1, S. 3-4.

<sup>316</sup> Geschäftsträger Wendlandt (Botschaft in der Republik Äquatorialguinea) an Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Abteilung Nord- und Westafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Westafrika II (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Botschaft in der Bundesrepublik Nigeria, 2. April 1975, PA AA, MfAA, C 1100/78, Fiche 2, S. 121-124.

<sup>317</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. 1971, PA AA, MfAA, C 1093/78, Fiche 1, S. 70-78.

<sup>318</sup> Geschäftsträger Kleinhempel (Botschaft in der Republik Äquatorialguinea) an Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 18. September 1972, PA AA, MfAA, C 1100/78, Fiche 2, S. 174-176.

<sup>319</sup> Geschäftsträger Kleinhempel (Botschaft in der Republik Äquatorialguinea) an Stellvertretender Minister Willerding (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Botschaft in der Bundesrepublik Nigeria, 6. März 1974, PA AA, MfAA, C 1100/78, Fiche 1, S. 11-14.

der Feierlichkeiten zum 57. Jahrestag der Russischen Oktoberrevolution erschien dann nochmals eine,<sup>320</sup> möglicherweise auch zwei,<sup>321</sup> Flotteneinheiten. Geostrategische Interessen dürften dementsprechend für die Botschaftserrichtung der DDR in Äquatorialguinea eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben. Bereits Anfang 1973 war der Geschäftsträger der ostdeutschen Botschaft in Äquatorialguinea, Christian Kleinhempel, in einem Lagebericht auf die geostrategische Rolle des kleinen Inselstaates eingegangen. Seine Bedeutung sah er in seiner *„geografischen Lage [...] als Brücke zwischen den progressiven Regimes in West- und Zentralafrika“*, *„ihrer Lage auch als [Luft]Brücke zwischen dem afrikanischen und dem Lateinamerikanischen Kontinent“* und *„dem möglichen Einfluß, den ein progressives Regime in der Republik auf die Nachbarländer im Golf von Guinea nehmen und die imperialistische Zielstellung in diesem Raum stören“* könnte.<sup>322</sup> Die BRD, die in Äquatorialguinea über ihre Vertretung in der vereinigten Republik Kamerun lediglich zweitakkreditiert war, spielte in der Frage der Unterstützung des Regimes dagegen überhaupt keine Rolle.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch ein Blick auf die Anerkennung der DDR durch einzelne afrikanische Staaten Anfang der 1970er Jahre. Häufig bestanden hier weit größere Vorbehalte im ostdeutschen Außenministerium, als es ein außenpolitisches Primat der Durchbrechung von Hallstein- und Scheel-Doktrin hätte erlauben dürfen. Als die Republik Äquatorialguinea sich beispielsweise 1971, unterstützt vom sowjetischen Außenministerium, um diplomatische Beziehungen zur DDR bemühte – nicht die DDR war hier die treibende Kraft –, zeigte das ostdeutsche Außenministerium nur wenig Interesse. Der Abteilung Afrika wogen schon die Unterhaltskosten eines Botschaftsgebäudes zu schwer:

*„Es ist nicht zweckmäßig, in Santa Isabel eine Botschaft der DDR zu eröffnen. Sofern die Partnerseite bei Aufnahme der diplomatischen Beziehungen auf die Anwesenheit der DDR in ihrer Hauptstadt besteht, ist die Stationierung eines Diplomaten der DDR vorzusehen.“*<sup>323</sup>

Ende Juli 1971 berichtete der kulturpolitische Stellvertreter des Außenministers, Otto Winzer, dem

<sup>320</sup> Geschäftsträger Wendlandt (Botschaft in der Republik Äquatorialguinea) an Abteilungsleiter Böttger – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 13. November 1974, PA AA, MfAA, C 1100/78, Fiche 2, S. 138-140.

<sup>321</sup> Geschäftsträger Wendlandt (Botschaft in der Republik Äquatorialguinea) an Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Abteilung Nord- und Westafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 30. Dezember 1974, PA AA, MfAA, C 1096/78, Fiche 1, S. 21-36.

<sup>322</sup> Geschäftsträger Kleinhempel (Botschaft in der Republik Äquatorialguinea) an Stellvertretender Minister Willerding (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 25. Januar 1973, PA AA, MfAA, C 1096/78, Fiche 1, S. 62-91, hier S. 73.

<sup>323</sup> Abteilungsleiter Kern – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) über Stellvertretender Minister Fischer (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Staatssekretär Florin (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 08. März 1971, PA AA, MfAA, C 1109/78, Fiche 1, S. 42-43, hier S. 43.

Büroleiter des Ministerrats der DDR, Staatssekretär Rudi Rost, dass die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu Äquatorialguinea nur auf Druck der Kommunistischen Partei der Sowjetunion – die sich in dieser Angelegenheit direkt an die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands gewandt habe – erfolgt sei:

*„Der Abschluß der Vereinbarung über die Herstellung diplomatischer Beziehungen erfolgte erst, nachdem auf Weisung der Genossen der Parteiführung, die sich zu dieser Zeit zur Teilnahme am 24. Parteitag der KPdSU [Kommunistischen Partei der Sowjetunion] in Moskau befanden, der Regierung der Republik Äquatorial-Guinea mitgeteilt wurde, daß die DDR bereit ist, eine Botschaft in Santa Isabel zu eröffnen.“*<sup>324</sup>

Bei der Verwendung der, in seinen Augen für den Unterhalt einer unnötigen diplomatischen Vertretung verschwendeten, Valutamittel seien deshalb, so Winzer, strengste Maßstäbe angelegt worden.<sup>325</sup> Ähnliche Bedenken zeigte auch Staatssekretär Rost. Er bat zu prüfen, ob nicht doch noch eine Doppelakkreditierung über den ostdeutschen Botschafter in der Zentralafrikanischen Republik erfolgen könnte, um zumindest einige Devisen einzusparen. An der in seinen Augen bestehenden Notwendigkeit, die ökonomischen Interessen der DDR nicht hinter den Wunsch, mit möglichst vielen Staaten diplomatische Beziehungen aufzunehmen, zurücktreten zu lassen, ließ er keinen Zweifel:

*„Es geht darum, daß wir keinesfalls in der Lage sind, in allen Ländern Afrikas, die mit uns diplomatische Beziehungen aufnehmen, eine eigene Botschaft zu errichten und daß angesichts der Situation im Valuta-Plan keine Entscheidungen getroffen werden dürfen, die unsere Zahlungsbilanz in freien Devisen erneut belasten.“*<sup>326</sup>

Zwar wurden die Gelder zur Errichtung einer diplomatischen Vertretung letztlich vom Ministerrat bewilligt, doch lässt der Unwille, auch nur ein Botschaftsgebäude zu unterhalten und einige Diplomaten zu entsenden – eine mehr als überschaubare Investition in den angeblich der DDR so wichtigen Auf- und Ausbau ihrer diplomatischen Beziehungen – tief blicken. Der 1972 frisch akkreditierte Botschafter Siegfried Münch erklärte gegenüber der Ost-Berliner Zentrale:

*„Für uns kommt es vor allem darauf an, solche Gebiete der Zusammenarbeit ausfindig zu machen, auf*

<sup>324</sup> Minister Winzer (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Staatssekretär Rost (Ministerrat), 23. Juli 1971, PA AA, MfAA, C 1109/78, Fiche 1, S. 46-47, hier S. 47.

<sup>325</sup> Ebd.

<sup>326</sup> Staatssekretär Rost (Ministerrat) an Minister Winzer (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 1109/78, Fiche 1, S. 48-49, hier S. 48.

*denen die DDR effektiv helfen kann[,] ohne große materielle Aufwendungen machen zu müssen.*<sup>327</sup>

Eine interessante Aussage, wenn man bedenkt, dass der Kampf um internationale Anerkennung doch eigentlich erst 1973, mit der Ratifizierung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages und der Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die Vereinten Nationen endete.

Nun wird man sicherlich einwerfen können, dass das von mir gewählte Beispiel ein relativ spätes ist. Die DDR habe zu diesem Zeitpunkt bereits Beziehungen zu einigen Staaten in Afrika, dem Nahen und Mittleren, sowie dem Fernen Osten aufgenommen, so dass die internationale Anerkennung nicht mehr die gleiche dominante Rolle spielte, wie noch wenige Jahre zuvor. Als weiterer Beleg meiner These sollen an dieser Stelle deshalb die Bemühungen der DDR herangezogen werden, zu Beginn der 1960er Jahre mit der Demokratischen Republik Kongo in diplomatische Beziehungen zu treten.

Dort hatte sich Ende 1960 im Zuge der Kongo-Krise im Nordosten des Landes die Freie Republik Kongo konstituiert. Deren Regierung bemühte sich sehr um ihre völkerrechtliche Anerkennung durch Staaten Afrikas und des sozialistischen Lagers. Seit dem Frühjahr 1961 warteten Vertreter zahlreicher sozialistischer Staaten in Kairo darauf, die Erlaubnis zu erhalten, über den Sudan in die neue Hauptstadt der jungen Republik, nach Stanleyville, einreisen zu dürfen. Doch anstatt die ostdeutschen Vertreter die Initiative ergreifen zu lassen, beschloss das Kollegium des ostdeutschen Außenministeriums zunächst abzuwarten. Anderen Staaten wurde der Vortritt eingeräumt.<sup>328</sup> Dabei ließ die Regierung in Stanleyville keinen Zweifel an ihrem Willen, reguläre diplomatische Beziehungen zur DDR aufnehmen zu wollen. Nicht nur erklärte der in Kairo stationierte Generalsekretär des Außenministeriums der Freien Republik, André Mandi, im Februar gegenüber dem Leiter der IV. Außereuropäischen Abteilung im ostdeutschen Außenministerium, Siegfried Büttner:

*„Bevor er abfuhr, ist [der] Ministerpräsident [der Freien Republik Kongo, Antoine] Gizenga[,] ein Expose über die Gestaltung der Aussenpolitik der Republik Kongo zur Bestätigung vorgelegt worden. Dieses Expose, das im Kollektiv der Minister in Kairo diskutiert wurde, beinhaltet die Errichtung dreier diplomatischer Vertretungen: eine bei der UN [bei den United Nations], eine in Kairo und eine in [Ost-]Berlin, in der DDR.“*<sup>329</sup>

<sup>327</sup> Botschafter Münch (Botschaft in der Republik Äquatorialguinea) an Stellvertretender Minister Moldt (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 10. Januar 1972, PA AA, MfAA, C 1121/78, Fiche 1, S. 2-6, hier S. 3.

<sup>328</sup> Kollegium (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 21. Januar 1961, PA AA, MfAA, LS-A 405, Fiche 1, S. 1-9.

<sup>329</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 13. Februar 1961, PA AA, MfAA, A 17294, Bd 1, Fiche 1, S. 84-87, hier S. 84.

Mandi berichtete ferner, dass die in der DDR geplante Vertretung mit vier bis fünf Mann besetzt werden solle. Der sowjetische Außenminister habe ihn zwar zu überzeugen versucht, dass eine kongolesische Vertretung in Moskau zielführender sei, doch habe er ihm erklärt, dass die Kongolesen mit der Vertretung in der DDR weitergehende Ziele verfolgen würden. Schließlich machte er sogar noch die der DDR sehr entgegenkommende Zusage, *„dass seitens der rechtmässigen Regierung der [Freien] Republik Kongo vorerst keine Absicht besteht, mit Westdeutschland diplomatische Vertretungen auszutauschen.“*<sup>330</sup> Dennoch erklärte der Minister für Außer- und Innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, der gleichzeitig auch Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands war, gegenüber Mandi: *„Wenn die Frage der diplomatischen Beziehungen zu dem einen oder anderen Staat Schwierigkeiten für den Kampf bringen würden, dann könnten sie eben nicht aufgenommen werden.“*<sup>331</sup> Die Möglichkeit der Erschwerung des Kampfes der sowjetophilen Kräfte in der Demokratischen Republik Kongo bei einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Staaten des sozialistischen Lagers wog für die ostdeutsche Staatsführung also schwerer, als die reale Chance auf eine Durchbrechung der Hallstein-Doktrin. Trotz dieser Zurückhaltung von Seiten der DDR wurden im Sommer 1961 diplomatische Beziehungen auf Botschafterebene aufgenommen. Sie bestanden etwas länger als einen Monat, bis die Regierungen der Freien Republik und der Demokratischen Republik sich auf ein Zusammengehen einigten. Dennoch: im Sommer 1960 wurde zwischen den Regierungen der DDR und der Freien Republik Kongo ein nicht zu veröffentlichendes Protokoll über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen geschlossen. Am 20. Juni 1961 erklärte der wirtschaftspolitische Stellvertreter des Außenministers, Sepp Schwab, dem Büroleiter des Präsidiums des Ministerrates, Staatssekretär Anton Plenikowski, und dem Mitglied des Politbüros, sowie Leiters der Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Peter Florin:

*„Sehr geehrter Herr Staatssekretär [Plenikowski]! Am 14.6.61 wurden in Kairo von dem Gesandten [Kurt] Böttger im Auftrage der Regierung der DDR und dem Leiter der kongolesischen Vertretung in Kairo, Minister [der Leiter der Vertretung der Freien Republik Kongo in Kairo, Pierre] Mulele, im Auftrage der Regierung Gizenga die von uns zur Unterzeichnung vorbereiteten Protokolle über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und den Austausch von diplomatischen Vertretern im Range von Botschaftern unterzeichnet und ausgetauscht. In der weiteren Behandlung dieses Staatsaktes ist darauf Rücksicht zu nehmen, dass bei der Unterzeichnung beide Seiten vereinbarten, mit der Veröffentlichung so lange zu warten, bis [der] Ministerpräsident [der Freien Republik Kongo, Antoine] Gizenga das Datum*

<sup>330</sup> Ebd., hier S. 87.

<sup>331</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 11. Februar 1961, PA AA, MfAA, A 17294, Bd 1, Fiche 1, S. 76-81, hier S. 76.

*der Veröffentlichung in Stanleyville der Diplomatischen Mission der Republik Kongo in Kairo mitgeteilt hat. Minister Mulele schlug vor, nach Erhalt des Termins zur Veröffentlichung[,] die Veröffentlichung über die Herstellung von normalen diplomatischen Beziehungen zwischen der DDR und der Republik Kongo am gleichen Tage in beiden Hauptstädten der beiden Staaten vorzunehmen. Ich bitte diese Vereinbarung zu beachten.*“<sup>332</sup>

Das ostdeutsche Außenministerium hielt sich an die Verpflichtung zur Verschwiegenheit – auch als Ministerpräsident Gizenga dann im August bat, die Veröffentlichung der diplomatischen Beziehungen nicht länger hinauszuschieben.<sup>333</sup> Nie wurde die ostdeutsche Bevölkerung, nie wurde die Weltöffentlichkeit jedoch über die erfolgreiche – wenn auch nur kurze – Überwindung der Hallstein-Doktrin durch das ostdeutsche Außenministerium informiert.

Der Annahme, dass deutsch-deutscher Gegensatz und Hallstein-Doktrin in den ostdeutschen Auslandsaktivitäten in Afrika eine überragende Rolle gespielt hätten, wird deshalb in dieser Arbeit nicht zugestimmt. Ihre Bedeutung für die ostdeutschen Afrikaaktivitäten dürfte aber sicherlich größer gewesen sein, als im Fall der westdeutschen Afrikaaktivitäten.

Zwar mögen deutsch-deutscher Gegensatz und Hallstein-Doktrin als tertiäre, vielleicht auch sekundäre Phänomene eine gewisse Wirkung entfaltet haben, als zentrales, primäres Motiv taugen sie aber nicht. Diese These empirisch zu unterfüttern wird Gegenstand des folgenden, dritten Kapitels sein, das nun endlich die deutschen Auslandsaktivitäten im zentralafrikanischen Raum in Augenschein nehmen wird.

---

<sup>332</sup> Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Staatssekretär Plenikowski (Ministerrat) und Abteilungsleiter Florin – Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 20. Juni 1961, PA AA, MfAA, A 17288, Fiche 2, S. 150.

<sup>333</sup> Botschafter Böttger (Botschaft in der Freien Republik Kongo) an Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 12. August 1961, PA AA, MfAA, A 14194, Fiche 2, S. 164.

### III. Deutsche Aktivitäten in Zentralafrika

#### **Exkurs: 'Den Afrikaner' im Fokus – Vom deutschen Bemühen um die indigenen Eliten Zentralafrikas**

Als 1960, im Jahr Afrikas, der Second Scramble for Africa begann, befanden sich von Anfang an auch die BRD und die DDR unter denjenigen Staaten, welche sich um eine Erweiterung ihrer Einflussphäre bemühten. Beide profitierten dabei von einer Kontaktarbeit, die – wenn auch erst spät – die indigene zentralafrikanische Elite in den Blick genommen hatte. Beide deutsche Staaten hatten seit Mitte der 1950er Jahre einige Mühe aufgewandt, sich im zentralafrikanischen Raum – mal mit mehr, mal mit weniger Erfolg – ein Netzwerk, nicht allein aus europäischen, sondern auch aus indigen zentralafrikanischen Sympathisanten, ihren künftigen Partnern, aufzubauen.

Oder war es genau anders herum gewesen? Waren 'die Afrikaner' ausgezogen, sich 'die Deutschen' zu Partnern zu machen?

#### Der 'evolutionäre' Ansatz – Westdeutsche Bemühungen

Den Anfang machte die einstmals deutsche Kolonie Kamerun, genauer das von Frankreich verwaltete Mandatsgebiet der Vereinten Nationen, Französisch-Kamerun – und dies im wahrsten Sinn des Wortes. Die Initiative ging hier von der künftigen Elite Kameruns aus – nicht vom Auswärtigen Amt oder einer anderen westdeutschen Stelle, die sich zu dieser Zeit, aus Rücksicht auf die Wahrung französischer Interessen, noch ganz in Zurückhaltung übten. Im Jahr 1954 erschien ein Vertreter einer germanophilen kamerunischen Vereinigung auf der westdeutschen Vertretung in Paris und erklärte, aktiv an der Verbesserung der westdeutschen Beziehungen zu Französisch-Kamerun mitwirken zu wollen. Der dortige Botschafter, Wilhelm Hausenstein, meldete nach Bonn:

*„Einer meiner Mitarbeiter wurde heute von einem z. Zt. in Paris studierenden jüngeren Eingeborenen aus Kamerun besucht, der sich als Generalsekretär der 'Ligue des Amis du Général Ritter von Epp' in Kamerun vorstellte. Nach den Ausführungen des Generalsekretärs ist diese Liga eine politische Partei, die seit ca. 14 Jahren besteht und heute etwa 220 000 Mitglieder umfasst. [...] Die Liga sei von ehemaligen Soldaten, die unter General [Franz] Ritter von Epp gedient hatten, gegründet worden. Der General, so betonte der Generalsekretär, stehe auch heute noch in Kamerun in hohem Ansehen. Die Liga*



*wolle das zukünftige vereinte Kamerun in enge wirtschaftliche und politische Beziehungen zu Deutschland bringen.*<sup>334</sup>

Inwieweit die Ligue 1954 tatsächlich in Kamerun über politischen Einfluss verfügte, ob sie tatsächlich 220.000 Mitglieder zählte, lässt sich heute nur schwer feststellen. Doch vertrat diese Vereinigung, die nachweislich seit den 1920er Jahren in Französisch-Kamerun und Französisch-Togo bestand,<sup>335</sup> außenpolitisch gegenüber der Bundesrepublik eine Haltung, die in Französisch- und Britisch-Kamerun nicht wenige Anhänger besaß und wohl am ehesten mit dem Begriff der Germanophilie umschrieben werden kann. Franz Ritter von Epp war von 1934 bis 1943 Reichsleiter des Kolonialpolitischen Amtes der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und von 1936 bis 1943 Bundesführer des Reichskolonialbundes gewesen. Dass man ihm dennoch einen Verein gewidmet hatte, lässt sich zum einen mit der positiven Verklärung der deutschen Kolonialzeit erklären, die 1954 bereits 40 Jahre zurücklag. Eine weit größere Rolle dürfte aber die Möglichkeit gespielt haben, eine politische Position beziehen zu können, die eine öffentliche Kritik an der französischen Mandats Herrschaft und der frankophilen Haltung eines Teils der französisch-kamerunischen Elite implizierte. Der tatsächliche Einfluss dieser germanophilen Kräfte sollte nicht unterschätzt werden. Für das Jahr 1958 war ein offizieller Besuch der Bundesrepublik durch den damaligen Ministerpräsidenten von Französisch-Kamerun, André-Marie Mbida, bereits fest eingeplant.<sup>336</sup> Auch hier war die Initiative von Französisch-Kamerun ausgegangen. Die germanophilen Kräfte rechneten fest mit einem größeren Engagement der Bundesrepublik, über das sie sich von der französischen Mandatsmacht endgültig zu emanzipieren hofften. Die Oppositionspartei Union des populations du Cameroun wusste dem ostdeutschen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten sogar von Verhandlungen zwischen der Regierung Mbida und Bonn über mögliche westdeutsche Finanz- und Militärhilfen zu berichten.<sup>337</sup> Doch ob wahr oder nicht – in den westdeutschen Akten konnten keine Hinweise auf diesbezügliche Verhandlungen gefunden werden –, kurz vor dem Antritt seiner Deutschlandreise wurde Mbida durch frankophile Kräfte seines Amtes enthoben und mit einem Anhänger ihrer eigenen Reihen, Ahmadou Ahidjo, ersetzt.<sup>338</sup> Frankreich hatte sich seinen dominanten Einfluss über Kamerun nochmals für einige Jahre bewahren können. So war die Bundesrepublik, wollte sie sich weiterhin in Französisch-Kamerun

<sup>334</sup> Botschaft in der Republik Frankreich an Auswärtiges Amt, 21. Januar 1954, PA AA, AA, B 11, 1360.

<sup>335</sup> Stoecker, Helmuth: Germanophilie und Hoffnung auf Hitler in Togo und Kamerun zwischen den Weltkriegen. In: Heine, Peter, Ulrich van der Heyden (Hrsg.): Studien zur Geschichte des deutschen Kolonialismus in Afrika. Festschrift zum 60. Geburtstag von Peter Sebald. Pfaffenweiler 1995, S. 495-500, hier S. 498.

<sup>336</sup> Referatsleiter Schroeder – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Splitt (Deutsche Afrika-Gesellschaft), 31. Januar 1958, PA AA, AA, B34, 37.

<sup>337</sup> Bevollmächtigter Scholz (Bevollmächtigter der Regierung der DDR für die arabischen Staaten) an Hauptabteilung II (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 19. Juni 1958, PA AA, MfAA, A 11182, S. 29-30.

<sup>338</sup> Botschaft in der Republik Frankreich an Auswärtiges Amt, 18. Februar 1958, PA AA, AA, B34, 37.

engagieren, nun sogar noch stärker als zuvor auf den guten Willen Frankreichs angewiesen. Bis Ende 1959 konnten lediglich der Minister für öffentliche Arbeiten, Rene-Guy Charles Okala,<sup>339</sup> zwei Auszubildende des französisch-kamerunischen Außenministeriums<sup>340</sup> und sechs Journalisten, die politisch den Oppositionsparteien *Mouvement d'Action Nationale du Cameroun* und *Union des Populations du Cameroun* nahestanden, auf Einladung des Auswärtigen Amtes und des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung die Bundesrepublik besuchen.<sup>341</sup> Im britischen Mandatsgebiet verhielt die Bundesrepublik sich ähnlich rezeptiv. Da hier aber auch die organisierte Germanophilie weniger stark ausgeprägt war, kam die Kontaktarbeit nur schleppend voran. Bis zur Unabhängigkeit Britisch-Kameruns im Jahr 1961 beantragte lediglich Aloys J. Tellen, ein Mitarbeiter des Ministerpräsidenten von Britisch-Kamerun, John Ngu Foncha, bei der britischen Mandatsverwaltung eine Erlaubnis zur Ausreise in die Bundesrepublik – und erhielt sie auch.<sup>342</sup> So ist es nicht weiter verwunderlich, dass sich die Bemühungen des Auswärtigen Amtes – auch im Hinblick auf die Errichtung einer diplomatischen Vertretung – weitgehend auf Französisch-Kamerun konzentrierten, das ja auch ein Jahr vor Britisch-Kamerun in die Unabhängigkeit entlassen werden sollte. Diese Entscheidung kam der französischen Mandatsverwaltung sehr gelegen.<sup>343</sup> Die Regierung Ahidjo – aber auch Frankreich als Mandatsmacht – benötigten anlässlich der im Januar 1960 anstehenden Entlassung Französisch-Kameruns in die Unabhängigkeit dringend ausländische Staaten, die sich bereit erklärten, die Republik Kamerun und die Regierung Ahidjo anzuerkennen und dies mit der Errichtung einer diplomatischen Vertretung in Yaoundé zum Ausdruck zu bringen. So hofften sie, die wachsende frankophobe und germanophile Kritik an der Politik Ahidjos – Kamerun würde auch nach seiner Entlassung in die Unabhängigkeit unter französischer Herrschaft verbleiben – entkräften zu können. Die französische Mandatsverwaltung und die Regierung Ahidjo bemühten sich nach Kräften, dem Auswärtigen Amt die Eröffnung einer westdeutschen Vertretung noch während der Unabhängigkeitsfeierlichkeiten schmackhaft zu machen. Ende 1959 berichtete der Generalsekretär der Deutschen Afrika-Gesellschaft, Oskar Splett, dem Auswärtigen Amt von einem Gespräch, das ein Vertreter des Bundesverkehrsministeriums auf einer internationalen Verkehrskonferenz in Kamerun mit führenden Vertretern der Regierung Ahidjo gehabt hatte:

„Aus Gesprächen mit dem [französischen] Hochkommissar [Jean Ramadier] und anderen

<sup>339</sup> Geschäftsführer Krämer (Afrikaverein) an Referatsleiter Schroeder – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 28. August 1959, PA AA, AA, B 34, 60.

<sup>340</sup> Gesandter Jansen (Botschaft in der Republik Frankreich) an Auswärtiges Amt, 27. Juli 1959, PA AA, AA, B 34, 42.

<sup>341</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 4. Dezember 1959, PA AA, AA, B 34, 37.

<sup>342</sup> Konsulat in der britischen Kolonie Nigeria an Auswärtiges Amt, 24. August 1959, PA AA, AA, B 34, 32.

<sup>343</sup> Botschaft in der Republik Frankreich an Auswärtiges Amt, 11. Mai 1959, PA AA, AA, B 34, 35.

*Persönlichkeiten der Regierung [Ahidjo] habe Herr Michael [der Vertreter des Bundesverkehrsministeriums] den Eindruck gewonnen, dass der künftige deutsche Vertreter in Kamerun in erster Linie ein Mann mit guten französischen Kenntnissen und Kenntnissen der Verwaltungspraxis sein müsse. Es werde darauf ankommen, 'mitzuregieren', d.h. der Regierung häufig Ratschläge zu geben, wie es etwa seitens unseres Vertreters in Khartum [Botschafter Heinrich de Haas] mit Erfolg geschehe.*<sup>344</sup>

Doch egal, wie weit die Befugnisse des Botschafters am Ende reichen würden, das Auswärtige Amt hatte sich bereits für die Errichtung einer diplomatischen Vertretung entschieden und war nun nur noch damit beschäftigt, das westdeutsche Auftreten während der Unabhängigkeitsfeierlichkeiten angemessen zu inszenieren. Unter keinen Umständen sollte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Kamerun als eine Fortsetzung der reichsdeutschen Kolonialherrschaft interpretiert werden können. So ist es nur zu verständlich, dass der Vorschlag von Bundesinnenminister Gerhard Schröder, ehemalige Kolonialbedienstete auf Kosten der Bundesregierung zu den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten einzuladen, im Auswärtigen Amt auf taube Ohren stieß.<sup>345</sup> Im Januar 1960 konnte die Bundesrepublik ihre Botschaft in Yaoundé – die erste im zentralafrikanischen Raum – ohne störende Zeitzeugen der deutschen Kolonialvergangenheit feierlich eröffnen.<sup>346</sup>

In den Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas, der Gabunischen Republik, der Kongolesischen Republik, der Republik Tschad und der Zentralafrikanischen Republik setzte die westdeutsche Auseinandersetzung mit der indigenen Elite Zentralafrikas etwas später ein. Dies hing zum einen damit zusammen, dass hier keine größeren germanophilen Netzwerke bestanden, zum anderen damit, dass Frankreich, als Führungsmacht der *Communauté française* – deren Mitglieder die Staaten seit 1958 waren –, hier einen deutlich größeren Spielraum besaß und sich lange Zeit nicht an einem westdeutschen Eindringen in seine Einflusszone interessiert zeigte. Dies änderte sich in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre. Die Wirtschaftspläne der französischen Kolonialverwaltung machten in wachsendem Maße das Engagement ausländischer Investoren erforderlich. Der französische Wirtschaftsraum war kaum noch in der Lage, die erforderlichen Mittel allein zu stellen. So wurden 1957 erstmals westdeutsche Politiker und Journalisten zu einer offiziellen Informationsreise nach Französisch-Äquatorialafrika geladen, auf der sie dann auch auf Mitglieder der dortigen indigenen Eliten trafen.<sup>347</sup> Das Interesse hielt sich aber beiderseitig noch lange Zeit in

<sup>344</sup> Auswärtiges Amt an Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 23. November 1959, PA AA, AA, B 34, 36.

<sup>345</sup> Müller-Roger an Referatsleiter Schroeder – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 27. Juni 1959, PA AA, AA, B34, 37.

<sup>346</sup> Mitglied des Bundestags Merkatz (Deutsche Partei) und Botschafter Thomsen (Botschaft in der Republik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 1. Januar 1960, PA AA, AA, B 34, 35.

<sup>347</sup> Konsul Soehring (Konsulat in der belgischen Kolonie Belgisch-Kongo) an Auswärtiges Amt, 10. Dezember 1957, PA AA, AA, B 34, 8.

Grenzen. Auch ein erstes europäisch-afrikanisches Treffen von Parlamentariern in Cannes im Jahr 1959 konnte daran nur wenig ändern.<sup>348</sup> Erst mit der Errichtung westdeutscher Botschaften in den mittlerweile unabhängigen Republiken zwischen 1960 und 1961, sollte es langsam gelingen, Kontakte zu den jeweiligen indigenen Landeseliten herzustellen.

Noch später setzten die westdeutschen Bemühungen um die indigene Elite in Belgisch-Kongo ein. Bereits 1958 war Thomas Kanza, Sohn des Vizevorsitzenden der kongolesischen Partei *Alliance des Bakongo*, Daniel Kanza, auf eigene Faust in die Bundesrepublik gereist, doch gelang es ihm nicht, mit westdeutschen Stellen in Kontakt zu treten.<sup>349</sup> Erst 1959 sollte die Bundesrepublik ihre Zurückhaltung aufgeben – und dies auch nur, da Belgien, wie Frankreich in Französisch-Kamerun eine neue Strategie verfolgte. Belgophile Kongolesen wurden in die Bundesrepublik entsandt, um deren Zustimmungswerte im Kongo aufzuwerten. Auf Einladung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung besuchte der von Belgien protegierte Vorsitzende der Partei *Fédération des Bangala*, die sich 1959 in *Front d'Unité Bangala* umbenannte, Jean Bolikango, die BRD.<sup>350</sup> Mindestens zwei weitere führende Mitglieder dieser Partei, der Führer der katholischen Jugend und Berater Bolikangos, ein Herr Ekuapo sowie ein Herr Bolyani reisten ebenfalls, im Zuge des Berlin-Besuchsprogramms,<sup>351</sup> in die BRD und nahmen Kontakt zu Vertretern einzelner Bundesländer, der Christlich Demokratischen Union, der Christlich-Sozialen Union, der Jungen Union,<sup>352</sup> sowie des Bundesjugendrings auf.<sup>353</sup> Auch der belgophile Journalist Evariste Kimba, der bereits ein Jahr später Außenminister der abtrünnigen Provinz Katanga werden sollte, besuchte im Rahmen des Berlin-Besuchsprogramms die Bundesrepublik.<sup>354</sup> Gleichzeitig nahm das westdeutsche Generalkonsulat in Léopoldville Kontakt zur bereits erwähnten Partei *Alliance des Bakongo* und ihr nahe stehenden Personenkreisen auf.<sup>355</sup> Der westdeutsche Generalkonsul in Belgisch-Kongo, Hans-Jürgen Soehring, erschien 1959 sogar höchstpersönlich beim Vorsitzenden der Partei, Joseph

---

<sup>348</sup> Sozialdemokratische Partei Deutschlands an Sozialdemokratische Partei Deutschlands, o.T. o.M. o.J., AdsD, NL Fritz Erler, 162 A.

<sup>349</sup> 3. Sekretär Schmid (Generalkonsulat in der Vereinigten Arabischen Republik) an Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 15. Juli 1965, PA AA, MfAA, C 790/74, Fiche 1, S. 80.

<sup>350</sup> Referatsleiter Steltzer – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Generalkonsulat in der belgischen Kolonie Belgisch-Kongo, 10. Juli 1959, PA AA, AA, B 34, 54.

<sup>351</sup> Botschafter Soehring (Botschaft in der Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 8. August 1960, PA AA, AA, B 34, 53.

<sup>352</sup> Generalkonsul Soehring (Generalkonsulat in der belgischen Kolonie Belgisch-Kongo) an Auswärtiges Amt, 5. März 1960, PA AA, AA, B 34, 54.

<sup>353</sup> Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus an Auswärtiges Amt, 30. Juli 1960, PA AA, AA, B 34, 53.

<sup>354</sup> Jovy (Generalkonsulat in der belgischen Kolonie Belgisch-Kongo) an Auswärtiges Amt, 21. September 1959, PA AA, AA, B 34, 54.

<sup>355</sup> Jovy (Generalkonsulat in der belgischen Kolonie Belgisch-Kongo) an Referatsleiter Schroeder – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 15. Juni 1959, PA AA, AA, B 34, 53. ; Generalkonsul Soehring (Generalkonsulat in der belgischen Kolonie Belgisch-Kongo) an Auswärtiges Amt, 28. Dezember 1959, PA AA, AA, B 34, 54.

Kasavubu, um mit ihm gemeinsam das Programm der Alliance im Hinblick auf mögliche Investitionshemmnisse für die westdeutsche Wirtschaft zu überprüfen. Die Partei hatte den Beschluss gefasst, einer Kapitalflucht aus Belgisch-Kongo im Fall eines Wahlsiegs im Sommer 1960 mit staatlichen Repressalien begegnen zu wollen. Soehring bemühte sich nach Kräften, diesen Beschluss rückgängig zu machen und konnte am Ende zufrieden nach Bonn berichten:

*„Auf seinem Parteitag Ende Dezember 1959 hat das Kartell 'Abako' [Alliance des Bakongo] u.a. eine EntschlieÙung angenommen, mit der sofortige gesetzliche Maßnahmen gegen die Kapitalflucht aus dem Kongo verlangt werden. Ich habe den Abako-Präsidenten Kasa Vubu [sic!] darauf hingewiesen, daß diese Forderung wenig geeignet sei, das Vertrauen etwaiger westdeutscher Interessenten an einer Investierung im Kongo zu stärken. Er hat mir versichert, daß der fragliche Satz sich ausschließlich gegen Versuche richte, den künftigen freien Kongo-Staat durch Massenabzug bereits jetzt investierten Kapitals zu sabotieren. Künftige Einlagen und vor allem solche, die nach der Unabhängigkeit vorgenommen würden, hätten alle nur denkbaren Garantien zu erwarten.“<sup>356</sup>*

Gegenüber der Partei Mouvement National Congolais – Lumumba, deren offener Nationalismus die belgische Kolonialverwaltung in wachsendem Maße beunruhigte, übte sich das Generalkonsulat dagegen noch lange in Zurückhaltung. Als das Mouvement National 1959 die Konsuln der in Belgisch-Kongo vertretenen Staaten zu einer Feier anlässlich des Erscheinens der ersten Ausgabe des Parteiorgans *Uhuru* einlud, erschien aus dem westdeutschen Generalkonsulat mit Michael Jovy lediglich ein einfacher Mitarbeiter, der die Veranstaltung zudem nur inoffiziell, als Privatmann, besuchte. Jovy, der in den folgenden Monaten noch viel mit dieser Partei zu tun haben sollte, kritisierte die westdeutsche Zurückhaltung scharf:

*„Leider haben es die europäischen und die amerikanische Vertretungen in der Vergangenheit mit Rücksicht auf Belgien unterlassen, engere Kontakte zu den kongolesischen Führern herzustellen. [...] Ich erinnere mich sehr gut einer Begebenheit des vergangenen Jahres, bei der [der Parteivorsitzende Patrice] Lumumba zur ersten Ausgabe seiner Parteizeitung [Uhuru] die Konsuln eingeladen, diese aber auf Anraten des [belgischen] Generalgouverneurs [Jean-Paul Harroy] die Einladung nicht angenommen hatten. Ausnahmen bildeten damals der tschechische und der japanische Konsul, ich selbst konnte mit Rücksicht auf die Belgier und die anderen Vertretungen nur zum Schluß dieser Veranstaltung inoffiziell erscheinen. Lumumba ist ein Mensch, der solche Vorkommnisse nicht vergißt, die ihn aufs empfindlichste in seinem politischen Ehrgeiz gekränkt haben.“<sup>357</sup>*

---

<sup>356</sup> Generalkonsul Soehring (Generalkonsulat in der belgischen Kolonie Belgisch-Kongo) an Auswärtiges Amt, 4. Januar 1960, PA AA, AA, B 68, 46.

<sup>357</sup> Jovy (Botschaft in der Republik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 22. Juli 1960, PA AA, AA, B 34, 53.

Doch Lumumba vergaß. Im Laufe der folgenden Monate gelang es Jovy, ein vertrauensvolles Verhältnis zu Lumumba zu etablieren. Er machte ihn auch mit der bereits in der Einleitung dieser Studie erwähnten Elsie Kühn-Leitz bekannt, die Mitte 1959 erstmals Belgisch-Kongo besuchte.<sup>358</sup> Ihr gelang es nicht nur, Lumumba zu einem Besuch der Bundesrepublik zu überreden,<sup>359</sup> sie konnte ihn auch zum Überdenken einiger seiner bisherigen politischen Standpunkte bewegen. Stolz berichtete sie Außenminister Heinrich von Brentano im März 1960 von ihren Erfolgen:

*„Wenn ich ganz ehrlich beurteilen soll, so wird den kongolesischen Parteiführern sogar schon etwas Angst vor ihrer eigenen Verantwortung, die so plötzlich auf sie zukommt, und infolgedessen bedürfen sie des Rates und der Unterstützung der Belgier und anderer Europäer: [...] Mir ist es bei Lumumba schon in Leopoldville gelungen, als ich ihm die Absurdität der Ideen von Kasavubu illustrierte, der ein Königreich Bakongo schaffen, also den unteren Teil des Kongo vom übrigen lösen will. [...] Mit ganz einfachen Mitteln habe ich Lumumba überzeugt, dass der Kongo als einheitlicher Körper sterben wird, wenn man ihm den Hals und den Kopf abschneidet. Von Stund' an hat er nicht mehr von seinem Freund Kasavubu gesprochen, sondern hat seine ganze Bewegung darauf ausgerichtet, einen unitarischen neuen Kongostaat zu begründen. [...] So habe ich später angefangen, ihn zu überzeugen, dass, wenn der Kongostaat mit Belgien eine Communauté begründet, mit dem König als gemeinsamer Spitze, die beste Garantie für eine Stabilität des neuen Kongostaates gegeben ist.“<sup>360</sup>*

Eine neue Stufe erreichten die westdeutsch-kongolesischen Kontakte dann mit dem Beginn der belgisch-kongolesischen Konferenz am runden Tisch in Brüssel, auf der die Dekolonialisierung Belgisch-Kongos verhandelt wurde. Über den Besuch Lumumbas in der BRD im Frühjahr 1960<sup>361</sup> war bereits zu Beginn dieser Studie berichtet worden. Doch war das Mouvement National nicht die einzige kongolesische Partei, die im Vorfeld der Unabhängigkeit Belgisch-Kongos Vertreter in die Bundesrepublik entsandte, um Kontakt aufzunehmen und die Bereitwilligkeit der staatlichen wie privaten Stellen, Unterstützung zu gewähren, auszuloten. Zu den weiteren Besuchern zählten der Parteivorsitzende der *Association des Ressortissants Congolais*, der Nachfolgeorganisation der *Front d'Unité Bangala*, Jean Bolikango,<sup>362</sup> der Parteivorsitzende der Alliance und Vizepräsident des sogenannten *Cartel*, einer losen Vereinigung mehrerer kongolesischer Parteien, Joseph Kasavubu,<sup>363</sup> der Bürgermeister eines Stadtteils von Léopoldville und Mitglied der Parteiführung der Alliance, Arthur Pinzi, und ein Kongolese, der in kaum zwei Jahren das Amt des kongolesischen

<sup>358</sup> Kühn-Leitz an Minister Brentano (Auswärtiges Amt), 7. März 1960, PA AA, AA, B 34, 221.

<sup>359</sup> Kühn-Leitz an Kolb (Auswärtiges Amt), 5. Februar 1960, PA AA, AA, B 34, 221.

<sup>360</sup> Kühn-Leitz an Minister Brentano (Auswärtiges Amt), 7. März 1960, PA AA, AA, B 34, 221.

<sup>361</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 8. März 1960, PA AA, AA, B 34, 221.

<sup>362</sup> Referatsleiter Steltzer – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 24. Februar 1960, PA AA, AA, B 34, 221.

<sup>363</sup> Jeglorz an Generalkonsulat in der belgischen Kolonie Belgisch-Kongo, 2. Juni 1960, PA AA, AA, B 34, 62.

Ministerpräsidenten bekleiden sollte: Cyrille Adoula. Adoula hatte sich gerade mit dem Cartel politisch überworfen und hoffte, in der BRD die nötige Unterstützung für sein neuestes Projekt, die Gründung einer Gewerkschaft, der späteren *Fédération Générale du Travail du Kongo*, zu erhalten.<sup>364</sup> Adoula besuchte die BRD hierzu noch ein zweites Mal, um direkte Gespräche mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund aufzunehmen.<sup>365</sup> Diesmal wurde er von einem Führungsmitglied der Sektion Léopoldville der *Union de la Jeunesse du Congo*, André Bolyani, begleitet.<sup>366</sup> Über den Inhalt all dieser Gespräche geben die eingesehenen Akten leider keinerlei Aufschluss. Doch können sie nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Hoffnungen der Bundesrepublik – zumindest bis in den Juli 1960 hinein – klar auf einem Wahlsieg des Mouvement National lagen. Von Lumumbas schriftlicher Einwilligung, seine Partei auf pro-westlichem Kurs zu halten, war bereits in der Einleitung berichtet worden. Marcel Lengema, der zwischen dem Frühjahr und dem Sommer 1960 innerhalb der Bundesrepublik das Amt eines Bevollmächtigten des Mouvement National ausübte, wurde im März 1960 von der Deutschen Afrika-Gesellschaft für diese Tätigkeit eigens ein Büro zur Verfügung gestellt. Möglicherweise kamen durch die Burger-Eisenwerke, die schon seit mehreren Jahren in Belgisch-Kongo tätig waren und die Mouvement National wohl auch schon länger unterstützten, noch zwei weitere Büros hinzu.<sup>367</sup> Sogar das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung wurde in die Öffentlichkeitsarbeit des Mouvement National eingebunden.<sup>368</sup> Ende März oder Anfang April besuchten Lumumba und Bolikango, Ersterer wurde richtigerweise bereits als Ministerpräsident, Letzterer fälschlicherweise schon als Staatspräsident gehandelt, erneut die Bundesrepublik. In Bonn besprachen sie mit dem Leiter der Afrikaabteilung des Auswärtigen Amtes, Hans-Georg Steltzer, die künftigen westdeutsch-kongolesischen Beziehungen sowie die Möglichkeit einer Unterstützung des unabhängigen Kongo durch die Bundesrepublik. Im Mai 1960 konnte Steltzer Generalkonsul Soehring zufrieden melden:

*„Es liegt mir nicht daran, Ihnen einen Rechenschaftsbericht zu geben, aber wir hatten die Freude, eine Anzahl prominenter afrikanischer Politiker aus dem Kongo hier begrüßen zu können, darunter auch die Herren Lumumba und Bolikango. Ferner waren Herr Schneider [ein leitender Mitarbeiter der Burger-*

<sup>364</sup> Referatsleiter Steltzer – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Referat Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Italien (Auswärtiges Amt) und Referat Maghreb (Auswärtiges Amt) und Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) und Referat Inland (Auswärtiges Amt), 15. Februar 1960, PA AA, AA, B 34, 54. ; Generalkonsulat in der belgischen Kolonie Belgisch-Kongo an Auswärtiges Amt, 29. Januar 1960, PA AA, AA, B 34, 54.

<sup>365</sup> Generalkonsul Soehring (Generalkonsulat in der belgischen Kolonie Belgisch-Kongo) an Auswärtiges Amt, 3. Mai 1960, PA AA, AA, B 34, 54.

<sup>366</sup> Generalkonsul Soehring (Generalkonsulat in der belgischen Kolonie Belgisch-Kongo) an Auswärtiges Amt, 6. Mai 1960, PA AA, AA, B 34, 54.

<sup>367</sup> Geschäftsführer Krämer (Afrika-Verein) an Referatsleiter Steltzer – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 11. März 1960, PA AA, AA, B 34, 61.

<sup>368</sup> Referatsleiter Steltzer – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 18. März 1960, PA AA, AA, B 34, 221.

Eisenwerke AG] und der Vertreter von Herrn Lumumba bei mir zu Hause zu Gast und wir hatten Gelegenheit, über unsere künftigen Beziehungen zum Kongo-Staat ausführlich zu sprechen.“<sup>369</sup>

Damit war das Auswärtige Amt für die im Juli anstehende Unabhängigkeit Belgisch-Kongos bestens aufgestellt. Nur im Juni musste das westdeutsche Generalkonsulat in Léopoldville noch einmal aktiv werden. Der Exekutivausschuss der provisorischen kongolesischen Regierung, welcher der belgischen Kolonialverwaltung Vorschläge für Einladungen an ausländische Regierungen zur Teilnahme an den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten zu unterbreiten hatte, war mehrheitlich mit Politikern besetzt, die sich für eine Einladung von Regierungsvertretern der Deutschen Demokratischen Republik aussprachen. Um die Versendung eines Einladungsschreibens an die DDR zu verhindern, entsandte das Auswärtige Amt einen Mitarbeiter,<sup>370</sup> dessen Aufgabe darin bestand, jedes einzelne Ausschussmitglied von der zwingenden Notwendigkeit einer Nicht-Einladung der ostdeutschen Regierung zu überzeugen.<sup>371</sup> Auf den Erfolg seiner Arbeit wird am Ende des folgenden Abschnitts noch einzugehen sein.

#### Der 'revolutionäre' Ansatz – Ostdeutsche Bemühungen

Auch die Kontaktarbeit der DDR konzentrierte sich im Wesentlichen auf die indigenen Eliten Französisch-Kameruns und Belgisch-Kongos. Die indigenen Eliten der übrigen zentralafrikanischen Staaten waren für sie noch schwerer zu erreichen als für die Diplomaten der Bundesrepublik. Informationsbroschüren, Telegramme<sup>372</sup> und Briefe wurden an staatliche Institutionen,<sup>373</sup> gesellschaftliche Organisationen<sup>374</sup> und Privatpersonen verschickt, um interessierte Kontaktpersonen für einen ersten Briefwechsel aufzuspüren. Alle übrigen Wege blieben der DDR hier jedoch bis weit in die 1960er Jahre hinein versperrt.

Dies galt im Wesentlichen auch für Britisch- und Französisch-Kamerun. Doch kam der DDR hier eine Unachtsamkeit der Mandatsverwaltungen zu Hilfe. In Französisch-Kamerun hatte die sich für die Unabhängigkeit des Mandatsgebiets aussprechende Partei Union des Populations du Cameroun unter Führung ihres Vorsitzenden, Ruben Um Nyobé, 1955 zum offenen Aufstand aufgerufen. Die französische Verwaltung reagierte mit einem Verbot der Partei und der Verfolgung ihrer Mitglieder.

<sup>369</sup> Referatsleiter Steltzer – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Generalkonsul Soehring (Generalkonsulat in der belgischen Kolonie Belgisch-Kongo), 7. April 1960, PA AA, AA, B 34, 54.

<sup>370</sup> Abteilungsleiter Etdorf – Abteilung West II (Auswärtiges Amt) an Staatssekretär Scherpenberg (Auswärtiges Amt), 13. Juni 1960, PA AA, AA, NL, von Etdorf, 208-17.

<sup>371</sup> Abteilungsleiter Etdorf – Abteilung West II (Auswärtiges Amt) an Generalkonsulat in der belgischen Kolonie Belgisch-Kongo, 15. Juni 1960, PA AA, AA, B 34, 53.

<sup>372</sup> Ministerrat an Ministerrat, o.T. o.M. o.J., BArch, DC 20 / 15627.

<sup>373</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, Dok. 221-222, Dok. 221, S. 1-12.

<sup>374</sup> Elles (Botschaft in der Republik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 13. Mai 1961, PA AA, AA, B 34, 251.



Die zogen sich auf das Territorium Britisch-Kameruns zurück und begannen eine Serie bewaffneter Überfälle auf das französische Mandatsgebiet. Frankreich schlug Großbritannien vor, die Führung der Union in den Sudan abzuschieben, was London auch veranlasste. Doch hatten die Mandatsmächte nicht berücksichtigt, dass es von Khartum aus nur ein Katzensprung bis Kairo war, wo Staatspräsident Gamal Abdel Nasser zu dieser Zeit den afrikanische Unabhängigkeitsbewegungen eine mindestens ebenso große Unterstützung zukommen ließ, wie die sozialistischen Staaten über ihre dortigen Auslandsvertretungen. Hier kam die Führung der Union 1957 erstmals mit Vertretern einer ostdeutschen Handelsvertretung in Kontakt.<sup>375</sup> In den folgenden drei Jahren besuchten einige Führungspersönlichkeiten der Union, darunter ihr Vizevorsitzender, Ernest Quandie, und Félix-Roland Moumié, der Ende 1958 – nachdem Um Nyobé im Kampf gegen die Truppen der französischen Mandatsverwaltung gefallen war – das Amt des Vorsitzenden übernehmen sollte, die DDR.<sup>376</sup> Eine geringe materielle und finanzielle Hilfe wurde der Union durch die Nationale Front des Demokratischen Deutschland, einen Zusammenschluss der gesellschaftlichen Organisationen der DDR zur Unterstützung des Sozialismus, gewährt. Den Erfolg der frankophilen Kräfte in Französisch-Kamerun konnte die DDR aber ebenso wenig stoppen, wie den wachsenden Zerfall der Union, der spätestens mit der erfolgreichen Ausschaltung Moumiés durch den französischen Geheimdienst Ende 1960 offensichtlich wurde.

Doch hatte Ost-Berlin zu dieser Zeit ohnehin seinen Fokus auf die Demokratische Republik Kongo verlagert. Schon vor dessen Unabhängigkeit im Juli 1960 war dort die Tschechoslowakei über ihr Konsulat in Léopoldville mit einzelnen Parteien, Gewerkschaften und Jugendverbänden in Kontakt getreten<sup>377</sup> – für sich, aber auch für die übrigen Staaten des sozialistischen Lagers. So hatte der bereits erwähnte Thomas Kanza 1958 auch die DDR besucht.<sup>378</sup> Doch scheint die belgische kommunistische Partei, die *Kommunistische Partij van België* / *Parti Communiste de Belgique*, lange Zeit kein größeres Engagement des sozialistischen Lagers in Belgisch-Kongo zugelassen zu haben. Keinesfalls wollte sie für die Verbreitung des Sozialismus ihre dominante Position in der belgischen Kolonie aufs Spiel setzen. Erst im Frühjahr 1960, nur wenige Monate vor der Entlassung Belgisch-Kongos in die Unabhängigkeit, sollte sie ihre Zügel lockern und die kongolesische Kontaktaufnahme mit Vertretern der DDR – und des übrigen sozialistischen Lagers – gestatten. Die

<sup>375</sup> Stellvertretender Minister Kiesewetter – Bereich Asien, Afrika, Australien, Ozeanien (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 24. November 1959, BArch, SAPMO, DY 30, IV 2 /20/417, S. 35-41.

<sup>376</sup> Bevollmächtigter Scholz (Bevollmächtigter der Regierung der DDR für die arabischen Staaten) an HA II (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 27. Mai 1958, PA AA, MfAA, A 11182, 21-24, hier 23-24.

<sup>377</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 26. Juni 1959, PA AA, MfAA, A 11369, Fiche 1, S. 10.

<sup>378</sup> 3. Sekretär Schmid (Generalkonsulat in der Vereinigten Arabischen Republik) an Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 15. Juli 1965, PA AA, MfAA, C 790/74, Fiche 1, S. 80.

großen Parteien, wie die Alliance und das Mouvement National, die auch das ostdeutsche Außenministerium in seinen Wahlprognosen für den Juni klar vorne sah, blieben dabei außen vor. Auch die *Parti Solidaire Africain* zeigte nach dem bereits erwähnten Besuch ihres Vorsitzenden, Antoine Gizenga, nur wenig Interesse, die Kontakte mit ostdeutschen Stellen zu intensivieren. Nur ein Mitglied des Mouvement National, Herr Gbagb, der gleichzeitig Präsident der Jugendbewegung seiner Partei war, reiste Anfang Juni in die DDR, wo er den Nationalrat der Nationalen Front und die Freie Deutsche Jugend besuchte.<sup>379</sup> Angekündigt war zudem für Ende Juni noch der Besuch eines Sekretärs von Lumumba.<sup>380</sup> Ob dieser aber tatsächlich stattfand ist fraglich. In den für diese Studie eingesehenen Akten konnten keine, seinen Aufenthalt bestätigenden Hinweise gefunden werden. Auch der Vorsitzende der Alliance, Joseph Kasavubu, versuchte, über die Handelsvertretung der DDR in Ghana, mit dem ostdeutschen Außenministerium in Kontakt zu treten. In einem Bericht der Sektion Ostafrika des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten vom Frühjahr 1960 hieß es hierzu:

„Kasavubu hat bereits nach Ankunft in Brazzaville an [den] Handelsrat [der DDR in Ghana, Rolf] Seidel [,] einen Brief gesandt, in dem er Vorschläge der Entwicklung der Beziehungen der DDR zum unabhängigen Kongo unter[breitete].“<sup>381</sup>

Ein Vertreter der Alliance sollte die DDR zu diesem Zweck besuchen.<sup>382</sup> Doch fehlen wieder die notwendigen Belege, die ein Zustandekommen des Besuchs bestätigen könnten. Belegen lässt sich dafür, dass im Februar 1960, nach dem Ende der Konferenz am runden Tisch in Brüssel, die kongolesischen Gewerkschaftler Anicet Kashamura und Wenceslas MBueny, die gleichzeitig auch die Generalsekretäre der Parteien *Centre de Regroupement Africain* und *Alliance de Bayanzi* waren, in die DDR reisten. Sie waren auf dem Weg zum Sitz des sozialistischen Weltgewerkschaftsbunds in Prag und baten um Unterstützung für ihre Organisationen.<sup>383</sup> Ihnen folgte noch im selben Monat eine dritte Delegation. Sie setzte sich aus Marcel Bisukiro, dem Vorsitzenden des Centre in der kongolesischen Provinz Kivu, Henri Kasongo, dem Vorsitzenden der *Fédération Générale du*

<sup>379</sup> Hauptreferent Schneider (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Nationalrat der Nationalen Front und Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 16. Juni 1960, PA AA, MfAA, C 799/74, Fiche 1, S. 35-37.

<sup>380</sup> Abteilungsleiter Büttner – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 28. Juni 1960, PA AA, MfAA, C 799/74, Fiche 1, S. 23.

<sup>381</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. Dezember 1959/Januar 1960, PA AA, MfAA, C 784/74, Fiche 1, S. 30.

<sup>382</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), o.T. o.M. 1960, BArch, SAPMO, DY 30, IV 2/20/420.

<sup>383</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 11. Februar 1960, PA AA, MfAA, C 799/74, Fiche 1, S. 69-70.

Congo in der Provinz Katanga, nochmals Wenceslas Mbueny sowie Antoine Mandounga, einem Redakteur der kongolesischen Zeitschrift *Émancipation*, zusammen. Begleitet wurden sie vom Sekretär des Zentralkomitees der belgischen kommunistischen Partei, Albert de Coninck. Gespräche wurden mit dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, dem Nationalrat der Nationalen Front, dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten geführt. Neben materieller Unterstützung ging es den Kongolesen nicht zuletzt auch um praktische Ratschläge, wie im Kongo eine Volksdemokratie nach dem Vorbild der DDR errichtet werden könne. Der Hauptreferent der Abteilung Afrika im Außenministerium, Karl-Heinz Kern, notierte sich zu dieser Besprechung erfreut:

„Daran schloß sich die Aussprache über Fragen der Entwicklung im unabhängigen Belgisch-Kongo besonders auch auf der Grundlage der Lehren des Aufbaus der Deutschen Demokratischen Republik an.“<sup>384</sup>

Bei der Wahl der künftigen Staatsform wollten sich die Delegationsmitglieder an der Sowjetunion orientieren. Sie erklärten, die Gründung einer marxistisch-leninistischen Partei anzustreben, die vor allem als Gegengewicht zu der von Moïse Tshombé in der Provinz Katanga geleiteten, regionalistischen Partei *Confédération des associations tribales du Katanga* gedacht sei. Die Bergbauprovinz Katanga sei durch die Heranbildung einer großen Arbeiterschaft reich geworden, die man Tshombé nun mit der neuen Partei abspenstig zu machen gedenke.<sup>385</sup> Von Seiten der DDR wurden Solidaritätsmaßnahmen durch den Nationalrat der Nationalen Front und den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund eingeleitet. Die Delegation stellte im Gegenzug eine Einladung zu den kongolesischen Unabhängigkeitsfeierlichkeiten in Aussicht.<sup>386</sup> Bis zur Unabhängigkeit wollten die Kongolesen den weiteren Kontakt mit der DDR über die belgische kommunistische Partei halten. Danach sollte er direkt, über ein in der DDR noch zu errichtendes kongolesisches Gewerkschaftsbüro, geführt werden.<sup>387</sup> Eine vierte kongolesische Delegation, bestehend aus dem Generalsekretär der panafrikanischen Gewerkschaft *Union Générale des Travailleurs d'Afrique Noire*, Diallo Seydou, dem Vorsitzenden der progressiven *Parti du Peuple*, Alphonse Nguvulu, einem Führungsmitglied der Alliance de Bayanzi, Herrn Belenge, und nochmals Henri Kasongo und Marcel Bisukiro, besuchte Anfang Mai die DDR. Die Kongolesen erklärten, bereits Ende des Monats auf einem gemeinsamen Parteien- und Gewerkschaftskongress eine einheitliche

<sup>384</sup> Hauptreferent Kern – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 19. Februar 1960, PA AA, MfAA, C 799/74, Fiche 1, S. 61-65, hier S. 61.

<sup>385</sup> Ebd., hier S. 63.

<sup>386</sup> Ebd.

<sup>387</sup> Abteilungsleiter – Abteilung IV (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Mitarbeiter Wüßler – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 13. Februar 1960, PA AA, MfAA, C 799/74, Fiche 1, S. 71-73.

sozialistische Partei und eine einheitliche sozialistische Gewerkschaftsbewegung – auf einen Namen hatte man sich noch nicht geeinigt – gründen zu wollen. Deren Führung solle dann bei Kashamura und der Leitung der Union Générale liegen. Die Delegation bat um Propagandamaterial und einen sogenannten 'Gewerkschafterschnelllehrgang' durch den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund.<sup>388</sup> Im ostdeutschen Außenministerium rechnete man der neuen Partei keine größeren Chancen bei den vor der Unabhängigkeit anstehenden regionalen und nationalen Parlamentswahlen aus.<sup>389</sup> Dennoch wollte man sich alle Optionen offen halten. Für den Fall eines Wahlsiegs wurde der 'Partei' deshalb ein Warenkredit in Höhe von umgerechnet rund 4,44 Mio. DM in Aussicht gestellt.<sup>390</sup> Die Partei sollte so die Möglichkeit erhalten, Waren auf Kreditbasis aus der DDR zu erwerben und kommerziell im Kongo weiter zu veräußern. Aus dem Erlös sollte sie die ostdeutsche Kreditsumme begleichen, den Rest auf die Kassen der Partei und der Gewerkschaft – sowie die Privatkonten ihrer Führungsmitglieder – verteilen. Der Wahlsieg des Mouvement National im Juni sollte die kongolesischen Marxisten dann aber schlagartig auf den Boden der Realität zurückholen. Unterdessen war dem Kollegium des ostdeutschen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten ein Bericht vorgelegt worden, der die ostdeutsche Kongo-Politik endlich in festere Bahnen lenkte. Schon länger war den ostdeutschen Diplomaten unwohl bei dem Gedanken gewesen, sich bei all ihren Aktivitäten einzig auf kongolesische, tschechoslowakische und belgische Quellen stützen zu können. Im Frühjahr 1960 waren deshalb Vorbereitungen eingeleitet worden, um einen Mitarbeiter des Außenministeriums eine Sondierungsreise nach Belgisch-Kongo unternehmen zu lassen.<sup>391</sup> Die Wahl war auf den Sekretär der Betriebsparteiorganisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Ministerium, Christoph Seitz, gefallen, der, gemeinsam mit einem Journalisten<sup>392</sup> – weshalb man davon ausgehen kann, dass er ebenfalls als ein solcher getarnt wurde – in den Kongo reiste.<sup>393</sup> Wahrscheinlich

<sup>388</sup> Hauptreferent Kern – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), 7. Mai 1960, PA AA, MfAA, C 799/74, Fiche 1, S. 43.

<sup>389</sup> Hauptreferent Schüßler – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 9. Mai 1960, PA AA, MfAA, A 17288, Fiche 1, S. 1-8.

<sup>390</sup> Hauptreferent Schüßler – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 9. Mai 1960, PA AA, MfAA, C 799/74, Fiche 1, S. 45-52. Der Wert wird in der Quelle mit 20 Mio. DM (Ost) angegeben. Der Wechselkurs lag 1960 bei ca. 1 DM (West) : 4,54 DM (Ost). Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 4,44 Mio. DM.

<sup>391</sup> Abteilungsleiter Büttner – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 19. Februar 1960, PA AA, MfAA, C 799/74, Fiche 1, S. 60.

<sup>392</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 5. April 1960, PA AA, MfAA, C 794/74, Fiche 1, S. 12-22.

<sup>393</sup> Kollegium (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 16. Mai 1960, PA AA, MfAA, LS-A 371, Fiche 1, S. 4.

handelte es sich beim Journalisten um Ralf Bergemann, einen Mitarbeiter des allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes, dem es auch im Juni noch einmal problemlos gelang, vom belgischen Konsulat in West-Berlin eine Einreiseerlaubnis für Belgisch-Kongo zu erhalten. So berichtete der Leiter der IV. Außereuropäischen Abteilung im ostdeutschen Außenministerium, Siegfried Büttner, über eine Aussprache, die er mit Bergemann gehabt hatte:

*„Während dieser Aussprache teilte der Kollege Bergemann mit, daß ihm der belgische Generalkonsul in Westberlin, Dr. [Léon] Jacobs, sehr entgegengekommen sei bei der Beschaffung der Einreiseerlaubnis für den Kongo und dabei folgendes erklärt habe: Die belgische Regierung lege besonderen Wert darauf, daß ein Vertreter von ADN [Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst] nach Leopoldville reist. In Leopoldville sei ein Pressezentrum eingerichtet worden. Er habe bereits in Leopoldville mitgeteilt, daß Kollege Bergemann eintreffen wird, und für ihn sind Zimmer in Leopoldville bereitgestellt worden. Als die Alliierte Behörde ablehnte, trotz mehrmaliger Intervention des belgischen Konsuls dem Kollegen Bergemann einen Travelboard auszustellen, - als frühester Zeitpunkt wurde der 1. Juli angegeben - gab der belgische Generalkonsul dem Kollegen Bergemann ein Laissez-passer.“<sup>394</sup>*

Damit wäre dann auch geklärt, wie Seitz in den Kongo gelangen konnte – mit der Unterstützung belgischer Behörden. Ungeklärt muss dagegen bleiben, mit wem Seitz im Kongo sprach, welche Landesteile er besuchte und wie lange er sich im Kongo aufhielt. Ein Bericht seiner Reise konnte in den Akten des ostdeutschen Außenministeriums nicht gefunden werden. Belegt ist nur, dass Seitz in die DDR zurückkehrte und seinem Ministerium Mitte Mai einen Abschlussbericht vorlegte, zu dem das Kollegium des Ministeriums dann im Mai und nochmals Anfang Juni Stellung nahm.<sup>395</sup> Dieser Abschlussbericht scheint sehr positiv ausgefallen zu sein. Das Kollegium plante nun, acht bis zehn Kongolesen der noch zu gründenden marxistisch-leninistischen Partei für drei bis vier Monate in die DDR zu holen und den ostdeutschen Staatsapparat studieren zu lassen.<sup>396</sup> Des Weiteren sollte eine ostdeutsche Journalistendelegation für Presse, Rundfunk und Fernsehen zu den kongolesischen Unabhängigkeitsfeierlichkeiten entsandt, einer der Journalisten langfristig im Kongo stationiert und ein Film für den Kulturaustausch mit dem Kongo produziert werden.<sup>397</sup> Die Einleitung diplomatischer Beziehungen sollte über die Entsendung einer repräsentativen Regierungsdelegation unter Leitung des Staatssekretärs im Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel, Kurt

<sup>394</sup> Abteilungsleiter Büttner – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 28. Juni 1960, PA AA, MfAA, C 799/74, Fiche 1, S. 23.

<sup>395</sup> Kollegium (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 1. Juni 1960, PA AA, MfAA, LS-A 371, Fiche 1, S. 1-5. ; Kollegium (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 1. Juni 1960, PA AA, MfAA, LS-A 372, Fiche 1, S. 1-8.

<sup>396</sup> Ebd.

<sup>397</sup> Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 24. Mai 1960, PA AA, MfAA, LS-A 372, Fiche 1, S. 83-84.

Enkelmann, erfolgen.<sup>398</sup> Als weitere Teilnehmer waren der stellvertretende Vorsitzende des Staatsrates und stellvertretende Vorsitzende des Volkskammerausschusses für Nationale Verteidigung, Heinrich Homann, der Generaldirektor des Außenministeriums, Wolfgang Kiesewetter, sowie, als Dolmetscher, Franz Jahnsowski vorgesehen. Zusätzlich sollte eine zweite Delegation zur Aushandlung eines Handels- und Zahlungsabkommens entsandt werden.<sup>399</sup> Für den Fall, dass keine Regierungsdelegation eingeladen würde, sollte eine Delegation des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, bestehend aus dessen Vorstandssekretär, Kurt Meier, der Leiterin des Afrikasektors der Abteilung IV des Vorstands des Gewerkschaftsbundes, Traute Feigl, und einem Vertreter des Außenministeriums zusammengestellt werden.<sup>400</sup> Sie hätten dann von Wolfgang Schüller und einem weiteren noch zu benennenden Mitarbeiter des Außenministeriums, sowie dem Dolmetscher Franz Jahnsowski begleitet werden sollen.<sup>401</sup> Letztlich wurden beide Optionen jedoch erfolgreich verhindert – und dies nicht von westdeutscher, sondern von belgischer Seite. Der belgische Gouverneur, Hendrik Arthur Cornelis, weigerte sich krampfhaft, der Einladungsempfehlung des Exekutivausschusses der provisorischen kongolesischen Regierung zu entsprechen und wurde in diesem Standpunkt vom belgischen Außenminister, Pierre Wigny, nach Kräften unterstützt.<sup>402</sup> So war es dann am 30. Juni im Abschlussbericht des ostdeutschen Außenministeriums über die missglückte Einladung nicht das westdeutsche Generalkonsulat, sondern die belgische Kolonialverwaltung, die für die Niederlage verantwortlich gemacht wurde.<sup>403</sup> Die Möglichkeit, dass die Hauptquellen ihrer Berichte, die Kongolesen, sie über die wahren Hintergründe der nicht ausgesprochenen Einladung nur unvollständig unterrichtet hatten, schien ihnen überhaupt nicht in den Sinn gekommen zu sein. Auf die diesbezügliche 'Überzeugungskraft' der westdeutschen Diplomatie – die nicht selten mit einem direkten finanziellen Anreiz verbunden war – wird in den folgenden Abschnitten noch mehrfach einzugehen sein.

Wie im größten Teil Afrikas hatte die DDR auch am Kongo ihre erste 'Schlacht' um internationale

<sup>398</sup> Generaldirektor Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Abteilungsleiter Büttner – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 12. Juni 1960, PA AA, MfAA, C 799/74, Fiche 1, S. 29.

<sup>399</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 6. Juni 1960, PA AA, MfAA, C 799/74, Fiche 1, S. 18-20.

<sup>400</sup> Abteilungsleiter Büttner – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 28. Juni 1960, PA AA, MfAA, C 799/74, Fiche 1, S. 23.

<sup>401</sup> Abteilungsleiter Büttner – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 799/74, Fiche 1, S. 26-28.

<sup>402</sup> 2. Sekretär Neugebauer (Botschaft in der Tschechoslowakischen Republik) an Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilungsleiter Büttner – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 30. Juni 1960, PA AA, MfAA, C 799/74, Fiche 1, S. 21-22.

<sup>403</sup> 2. Sekretär Neugebauer (Botschaft in der Tschechoslowakischen Republik) an Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilungsleiter Büttner – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 30. Juni 1960, PA AA, MfAA, A 11872, S. 22-24.

Anerkennung verloren. Doch wenn das Jahr Afrikas Ende Juni 1960 auch bereits zur Hälfte abgelaufen war, so hatte der Second Scramble für die DDR doch eben erst begonnen.

## **Staatliche Aktivitäten**

Diplomatie ...

### *a) ... in Afrika*

Im Zentrum der diplomatischen Aktivitäten der beiden deutschen Staaten in Afrika stand der Auf- und Ausbau ihrer jeweiligen Einflussphäre. Der deutsch-deutsche Gegensatz und die Hallstein-Doktrin kamen hierbei gelegentlich durchaus zum Vorschein, doch bildeten sie keinen eigenständigen Faktor der deutschen Diplomatie. Vielmehr waren sie ein Argument, das in den Außenministerien von BRD und DDR geschickt in Szene gesetzt wurde, um im In- wie Ausland die Netzwerkexpansion sinnstiftend in Szene zu setzen und zu legitimieren.<sup>404</sup> Auch das Motiv des Kalten Krieges kann, für das Auswärtige Amt mehr, für das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten weniger, in diesen Kontext eingeordnet werden. Das westdeutsche Außenministerium sah die Aufgabe des Westens in Afrika, anders als die Vereinigten Staaten, eher im 'zivilisatorischen' und humanitären Bereich als in der Bekämpfung einer vermeintlichen Expansion von Sozialismus und Kommunismus. Als der westdeutsche Außenminister, Heinrich von Brentano, im Frühjahr 1961 in die Vereinigten Staaten zu Besprechungen mit der US-amerikanischen Führung reiste, um unter anderem das weitere westliche Vorgehen in Afrika und der Kongo-Krise zu besprechen, gab ihm sein Ministerium eine Gesprächsvorlage mit auf den Weg in der es hieß:

*„Die Erfahrungen des vergangenen Jahres haben gezeigt, daß die Mehrzahl der afrikanischen Politiker so wenig von dem Kommunismus infiziert ist, das sie westliche Aufklärungsmaßnahmen über die Gefahren des Kommunismus häufig nicht verstanden und als Versuch politischer Beeinflussung betrachtet haben, wogegen sie erfahrungsgemäß besonders empfindlich und mißtrauisch sind.“*<sup>405</sup>

Demgegenüber maß das ostdeutsche Außenministerium in seiner Afrikapolitik – zumindest

<sup>404</sup> Dieser Aspekt eines 'Alleinvertretungsanspruchs' könnte auch Arbeiten zu den Außenpolitiken Nord- und Südkoreas sowie Chinas und Taiwans (Yang, Ying-feng: Der Alleinvertretungsanspruch der geteilten Länder. Deutschland, Korea und China im politischen Vergleich. Frankfurt am Main/Berlin/u.a. 1997, S. 216.) neue Perspektiven eröffnen.

<sup>405</sup> Auswärtiges Amt an Minister Brentano (Auswärtiges Amt), o.T. Februar 1961, PA AA, AA, B 130, 3857.

anfänglich – den Konflikten mit dem Westen im Allgemeinen und der BRD im Besonderen tatsächlich eine größere Bedeutung bei.

Seine ersten diplomatischen Beziehungen mit afrikanischen Staaten nahm das westdeutsche Auswärtige Amt Anfang der 1950er Jahre auf. 1951 wurden diplomatische Beziehungen zur Republik Südafrika, 1952 zu Ägypten und 1953 zu Äthiopien hergestellt. In Gebieten, die noch unter kolonialem Einfluss standen, wurden Konsulate – zunächst in den portugiesischen, britischen und belgischen Besitzungen, seit Mitte der 1950er Jahre auch in den französischen Überseegebieten – errichtet.<sup>406</sup> Ende der 1950er und zu Beginn der 1960er Jahre wurden diese Konsulate dann, mit der Entlassung der afrikanischen Staaten in ihre Unabhängigkeit, nach und nach zu Botschaften aufgewertet. Annähernd flächendeckend wurde Afrika der westdeutschen Diplomatie erschlossen. Außerafrikanische Partner der Bundesrepublik in Afrika waren zunächst die westeuropäischen und die Vereinigten Staaten – kurz, das westliche Lager. Ende der 1960er Jahre begann sich jedoch eine schleichende Emanzipation von diesen schon als 'klassisch' zu bezeichnenden Verbündeten Westdeutschlands bemerkbar zu machen. So kritisierte 1967 der westdeutsche Botschafter in Spanien, Helmut Allardt, die Afrikapolitik der Vereinigten Staaten, deren unbedingtem Willen zur Dekolonialisierung Afrikas er nur wenig abgewinnen konnte:

*„Nachdem es aber amerikanischem Missionierungseifer nach dem Weltkriege gelungen ist, auch diejenigen Gebiete und Gebietsteile in aller Welt, die weder unabhängig werden wollten noch irgendwie Voraussetzungen dafür bieten, zur Unabhängigkeit aufzuhetzen, weiss die autonome Regierung [von Äquatorialguinea] in Santa Isabel recht gut, dass sie nicht mehr lange ihres Amtes wird walten können, wenn sie nicht wenigstens pro forma von Zeit zu Zeit energisch die Forderung nach Unabhängigkeit vertreten würde.“<sup>407</sup>*

Anfang der 1970er Jahre war die Lösung vom bisherigen Block- und Lagerdenken dann schon so weit fortgeschritten, dass die westdeutsche Diplomatie problemlos auch mit Staaten des sozialistischen Lagers, sogar mit der Volksrepublik China, in ihrer Afrikapolitik kooperieren konnte.

Das ostdeutsche Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten musste sich in den 1950er Jahren zunächst mit der Einrichtung nicht-diplomatischer Vertretungen begnügen. In Ägypten wurde 1954 eine Handelsvertretung errichtet, die 1959 zu einem Generalkonsulat erweitert wurde. Seit 1957

<sup>406</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 12. März 1952, PA AA, AA, B 11, 308, Fiche 2, S. 134-135.

<sup>407</sup> Botschaft im Königreich Spanien an Auswärtiges Amt und Botschaft im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland und Botschaft in der Republik Frankreich und Botschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika und Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York und Botschaft in der Bundesrepublik Nigeria und Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun und Botschaft in der Gabunischen Republik und Bundesministerium des Innern und Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1. August 1967, PA AA, AA, B 34, 800.



bestand dort zudem ein sogenanntes Büro eines Bevollmächtigten der Regierung der DDR. Weitere Handelsvertretungen wurden 1956 im Sudan und 1959 in Guinea und Ghana eingerichtet. In den 1960er Jahren wurden dann ganz Nordafrika, sowie Teile West-, Zentral- und Ostafrikas, über weitere Handelsvertretungen erschlossen. Zur Anbindung Nordafrikas wurden Handelsvertretungen 1962 in Marokko, 1963 in Algerien und Tunesien eingerichtet, 1965 Libyen mit dem Büro eines Bevollmächtigten der Regierung der DDR für Wirtschafts- und Handelsfragen ausgestattet. Für Westafrika wurde 1961 eine Wirtschafts- und Handelsmission in Mali eingerichtet, zu der 1963 auch die Handelsmission in Ghana erweitert wurde. In Zentralafrika unterhielt die DDR bereits 1961 für rund einen Monat eine Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo. Doch sollte dieser Teil des afrikanischen Kontinents erst 1964 über eine Handelsmission in Sambia an das ostdeutsche diplomatische Netz angeschlossen werden. In Ostafrika gelang es zwischen 1964 und 1965 kurzzeitig eine Botschaft in der Volksrepublik Sansibar und Pemba zu unterhalten. Allerdings wurde sie – nach der Vereinigung der Volksrepublik mit Tanganjika zur Vereinigten Republik Tansania – schon nach wenig mehr als einem Jahr in ein Generalkonsulat in Tansania mit angeschlossenem Konsulat auf Sansibar zurückgestuft. Wirklich Fuß fassen konnte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Afrika erst um 1970, als eine Reihe afrikanischer Staaten mit der DDR in reguläre diplomatische Beziehungen trat und das ostdeutsche Außenministerium Botschaften auf ihrem Territorium errichten ließ. 1969 wurde die DDR von der Vereinigten Arabischen Republik und dem Sudan, 1970 von Somalia, Algerien und Guinea, zeitweilig auch von der Zentralafrikanischen Republik, sowie 1971 von Äquatorialguinea anerkannt. Auch die Volksrepublik Kongo nahm 1970 mit der DDR diplomatische Beziehungen auf, doch wurde der DDR erst 1973 gestattet, eine Botschaft in der Volksrepublik zu errichten. Vom Ziel einer auch nur annähernd flächendeckenden diplomatischen Vertretung in Afrika war das ostdeutsche Außenministerium weit entfernt, doch war es hiervon ohnehin schon lange abgerückt. Der kostensparenden und schlagkräftigen Variante der Errichtung weniger, gut ausgestatteter diplomatischer Basen in den Hauptstädten der jeweiligen afrikanischen Regionalmächte war inzwischen der Vorzug gegeben worden. So erklärte der Leiter der Afrikaabteilung des ostdeutschen Außenministeriums, Ronald Weidemann, 1972:

*„In der Politik der DDR gegenüber den Nationalstaaten kommt es darauf an, sich auf solche Staaten zu konzentrieren, die in ihrem geographischen Bereich oder einer Regionalgruppierung über genügend Einfluß verfügen und von denen erwartet werden kann, daß ihre positive Haltung gegenüber der DDR beispielgebend wirken würde. Das vom Präsidium des Ministerrates der DDR für Afrika bestätigte Schwerpunktland ist die Vereinigte Republik Tansania. Im zentralafrikanischen Raum betrachten wir als*

*einen solchen Schwerpunkt die Republik Zaire. Diese Bestimmung ergibt sich aus der strategischen Bedeutung, die Zaire in Afrika einnimmt.*<sup>408</sup>

Wie schon im Fall der BRD arbeitete auch die DDR zunächst nur mit Staaten des eigenen Lagers – der Sowjetunion, den Staaten Osteuropas, Kuba, der Volksrepublik China, der Demokratischen Volksrepublik Korea und der Demokratischen Republik Vietnam – zusammen. In den 1970er Jahren traten dann aber auch hier Staaten, die bislang als 'sichere Herberge des Klassenfeinds' gegolten hatten, hinzu. Einer tatsächlichen Kooperation waren allerdings, selbst bei einem Partner wie der Sowjetunion, enge Grenzen gesetzt. Bereits 1964 hatte sich die ostdeutsche Afrikapolitik in einzelnen Bereichen so weit von ihrem sowjetischen Pendant entfernt, dass sich die Vertreter Moskaus zu offener Kritik gegenüber ihren ostdeutschen Bündnispartnern veranlasst sahen.<sup>409</sup> Dabei bestanden die tatsächlichen Defizite der Kooperation eigentlich an ganz anderer Stelle: den diplomatischen Vertretungen Rumäniens,<sup>410</sup> der Volksrepublik Chinas und der Demokratischen Volksrepublik Nordkoreas. Einblick in den Grad der Belastung, welchem die zwischenstaatlichen Beziehungen der sozialistischen Staaten untereinander ausgesetzt waren, bietet der Bericht eines aus der Volksrepublik Kongo in die Bundesrepublik geflüchteten ostdeutschen Entwicklungshelfers, der im August 1970 während seines Verhörs beim Verfassungsschutz zu Protokoll gab:

*„Frühjahr 1970 unternahm Quelle [, der geflohene ostdeutsche Entwicklungshelfer,] eine Inspektionsreise zu verschiedenen BCCO-Projekten, darunter auch zu obiger Streichholzfabrik in Betou, an der Grenze zur zentralafrikanischen Republik. Aus Gefälligkeit lud Quelle den ihr über gemeinsame BCCO-Tätigkeit befreundeten sowjetischen Bau-Ingenieur (Spezialist für Wasserbau), OBERENTSCHENKO, vnu (m), geb. (1935), (s. Bezugs-PM, bes. beigef. PM) ein, Quelle auf ihrer Dienstreise zu begleiten, was der sowj. Ingenieur gern annahm. Im Hinblick auf die schwierige Lebensmittelversorgung des Objektes Betou überbrachten Quelle und OBERENTSCHENKO – mit viel Mühe herantransportiert – den in Betou eingesetzten Spezialisten der Koreanischen VR quasi als Begrüßungsabgabe frisches Brot und andere, aufgrund Antransportschwierigkeiten dort seltene und daher sonst sehr erwünschte Lebensmittel. Zunächst akzeptierten die Nordkoreaner mit Dank, nach rund 2 Stunden jedoch – welche sie offenbar zur Beratung benötigt hatten – kehrten sie zurück und gaben stumm und mit undurchdringlichem Gesichtsausdruck alles wieder zurück. Auf ihr befremdliches Verhalten angesprochen, holten sie ihren Delegationsleiter heran, der – jedoch erst nach Hinzukommen des anwesenden, offiziellen Dolmetschers seiner Botschaft – im Stil eines Agitators diese Erklärung*

<sup>408</sup> Abteilungsleiter Weidemann – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Botschafter Krauß (Botschaft in der Republik Tschad), o.T. o.M. 1972, PA AA, MfAA, C 1173/77, Fiche 1, S. 49.

<sup>409</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 19. Januar 1965, PA AA, MfAA, VS-174.

<sup>410</sup> Botschaft in der Volksrepublik Kongo an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 14. Januar 1976, PA AA, MfAA, C 6177, Fiche 1, S. 1-50.

abgab: 'Sie wären an keinerlei Zusammenarbeit mit Europäern interessiert, denn sie betrieben keinen Handel, sondern kämpften in Afrika für die 'Proletarische Revolution'; das koreanische Volk wollte dem kongolesischen Volk gegen fremde Ausbeutung helfen. Daher hätten sie beschlossen, die Baustelle in eigener Regie zu übernehmen und zur Klärung offener technischer Fragen aus der Heimat ihre eigenen Experten bestellt.' Mit dieser Deklamation wiesen die Nordkoreaner nicht nur die ihnen überbrachten Lebensmittel zurück, sondern verweigerten Quelle auch jegliche weitere technische Kooperation. Schließlich verweigerten sie nach zweistündiger Bedenkzeit Quelle und dem Sowjetingenieur sogar zur ohnehin beschwerlichen Weiterreise die Benutzung des Baustellenbootes und verwiesen dabei auf die Zuständigkeit kongolesischer Seite zur Unterstützung, welche es dort einfach nicht geben konnte. OBERENTSCHENKO zeigte sich über dieses Verhalten der 'Freunde' ausserordentlich konsterniert, ja er war buchstäblich sprachlos. Unterwegs äusserte er zur Quelle, diese Erfahrung wäre für seinen Botschafter von äusserstem Interesse, denn das harte Verhalten der Nordkoreaner bewiese, wie stark sie bereits unter rotchinesischem Einfluss stünden. Er wäre entschlossen, seinem Botschafter hierüber zu berichten und hoffte, seine Botschaft werde bei der Koreanischen VR-Botschaft Brazzaville energisch Protest einlegen.'<sup>411</sup>

Ähnlich der BRD war also auch die DDR vor die Aufgabe gestellt, mit längst nicht immer willigen Bündnispartnern die Zusammenarbeit zu suchen. Einen Vorteil besaß das ostdeutsche Außenministerium gegenüber dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik aber doch. Über die afrikanischen sozialistischen und kommunistischen Bewegungen und die europäischen kommunistischen Parteien stand der ostdeutschen Diplomatie eine Vielzahl zusätzlicher Ansatzpunkte zur Verfügung, um auf dem afrikanischen Kontinent Fuß zu fassen. Afrikanische kommunistische Parteien existierten 1961 nur in der Republik Südafrika, der französischen Überseeprovinz Île de la Réunion und der Republik Madagaskar. Doch bestand daneben, als Partei mit einem marxistischen Programm, die *Parti Africain de l'Indépendance*, die in den Republiken Senegal und Mali, sowie in der portugiesischen Überseeprovinz Portugiesisch-Guinea beheimatet war. Parteien unter dem Einfluss einzelner marxistischer Kräfte wirkten darüber hinaus in den Republiken Guinea, Mali, Niger, Ghana und Somalia, Organisationen mit marxistischem Einschlag in der Bundesrepublik Kamerun, die Union des Populations du Cameroun, in der portugiesischen Überseeprovinz Angola, die Movimento Popular de Libertação de Angola, und in der Bundesrepublik Nigeria, der *Nigeria Trade Union Congress*. Des weiteren bestanden im Mandatsgebiet der Vereinten Nationen Namibia, der Demokratischen Republik Kongo und der britischen Kolonie Kenia lose marxistische Gruppen. Einzelne marxistische Kräfte waren zudem im Mandatsgebiet der Vereinten Nationen Tanganjika, und der Zentralafrikanischen Föderation aktiv.<sup>412</sup>

<sup>411</sup> Mitarbeiter Degenhardt (Bundesamt für Verfassungsschutz) an Auswärtiges Amt, 31. August 1970, PA AA, AA, B 34, 786.

<sup>412</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 10. Juli 1961, PA AA, MfAA, A 14197, S. 3-6.

Ergänzt wurde dieses Reservoir an afrikanischen Hilfswilligen durch die kommunistischen Parteien der europäischen Staaten: die kommunistische Partei Belgiens, im Fall Belgisch-Kongos,<sup>413</sup> die kommunistische Partei Frankreichs, im Fall der ehemaligen französischen Kolonien,<sup>414</sup> die kommunistische Partei Großbritanniens, im Fall der ehemaligen britischen Kolonien,<sup>415</sup> die kommunistische Partei Italiens, im Fall der ehemaligen italienischen Kolonien,<sup>416</sup> die kommunistische Partei Portugals, im Fall der portugiesischen Überseegebiete und die kommunistische Partei Spaniens, im Fall der spanischen Kolonien.

#### *b) ... in Zentralafrika*

Für den Auf- und Ausbau eines Netzes von Kontaktpersonen und Partnern im zentralafrikanischen Raum bedienten sich die Außenministerien der beiden deutschen Staaten unterschiedlicher Methoden und Taktiken.

Die BRD bemühte sich, einzelne Kontaktpersonen der Führungsebene zu erreichen. Zuwendungen materieller und finanzieller Art wurden eingesetzt, um dieses Ziel zu erreichen. Erste Geschenke wurden meist an die Regierung eines Staates vergeben, z.B. aus Anlass der Unabhängigkeitsfeierlichkeiten. Im Schnitt bestanden sie aus Waren oder Bargeld im Wert von rund 0,1 Mio. DM. Eine Ausnahme bildeten lediglich die Zuwendungen an die Regierung Ahidjo in der Republik Kamerun, die neben einem sogenannten 'Clinomobil' – einer mobilen Krankenstation im Wert von rund 0,1 Mio. DM – einen Barscheck über 50.000 DM,<sup>417</sup> sowie einen Haushaltszuschuss über den ungewöhnlich hohen Betrag von 4 Mio. DM erhielt. Letzterer war aber auch nur aufgrund außergewöhnlicher Umstände zustande gekommen. Der Präsident des Deutschen Bundestages, Eugen Gerstenmaier, hatte 1960 mehreren afrikanischen Staaten, darunter auch Kamerun, einen offiziellen Besuch abgestattet. Ohne sich mit den zuständigen westdeutschen Stellen vorher abzusprechen, hatte er der Regierung Ahidjo eine direkte Unterstützung in Höhe von 4 Mio. DM zugesagt, die diese sogleich in ihren Haushaltsplan integriert hatte. Zähneknirschend notierte das westdeutsche Außenministerium:

---

<sup>413</sup> Abteilungsleiter – Abteilung IV (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Mitarbeiter Wüßler – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 13. Februar 1960, PA AA, MfAA, C 799/74, Fiche 1, S. 71-73.

<sup>414</sup> Botschafter Sartorius (Botschaft in der Kongolesischen Republik) an Auswärtiges Amt, 29. August 1961, PA AA, AA, B 34, 308.

<sup>415</sup> Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 29. März 1961, PA AA, MfAA, A 14197, S. 7-21.

<sup>416</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, A 14159.

<sup>417</sup> Botschafter Thomsen (Botschaft in der Republik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 20. April 1960, PA AA, AA, B 68, 154.

*„Durch ein Missverständnis über die geplante Entwicklungshilfe beim Besuch des Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier im Sommer 1960 in Kamerun wurde das politische Verhältnis noch weiter belastet (4 Millionen DM Beitrag der Bundesregierung). Erst der Besuch von Herrn Dg 41 Dr. [Walther] Hess [, dem Leiter der Unterabteilung Handelsbeziehungen mit fremden Staaten, ] im Januar 1961 brachte die gewünschte Klärung durch Zusage eines Entwicklungshilfebetrages von DM 4 Millionen, der ohne die üblichen Bedingungen, die für Zuwendungen aus dem Fonds der Entwicklungshilfe gestellt werden [, die Projektgebundenheit der bewilligten Gelder], bereitgestellt wurde.“<sup>418</sup>*

Verlorene Zuschüsse und Geschenke wurden zudem auch bei Staatsbesuchen und kleineren wie größeren Naturkatastrophen an die Landesführungen der jeweiligen Staaten vergeben. Viele dieser Geschenke dürften direkt in die Taschen der angepeilten Staatselite geflossen sein. Nur selten konnte in den Akten ein Gebrauch der vergebenen Mittel in dem Sinne, für den sie offiziell ausgegeben worden waren, nachgewiesen werden. Darüber hinaus wurde die Kooperationsbereitschaft der Eliten aber auch durch direkte finanzielle Zuwendungen an Einzelpersonen gesichert. So erhielt der Außenminister Kameruns, Rene-Guy Charles Okala, 1960 für eine noch zu haltende Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen 10.000 DM in bar. Außerdem wurden die Kosten einer Fettabsaugung an der Universitätsklinik Bonn vom Auswärtigen Amt übernommen. Im Auswärtigen Amt hielt der Vortragende Legationsrat Horst Böhling in einer Aktennotiz fest:

*„Weisungsgemäß habe ich heute den Außenminister von Kamerun, Herrn Okala, und seinen Sekretär zum Flugplatz nach Düsseldorf begleitet. [...] Am 16. September wird der Außenminister auf jeden Fall sich zu den Vereinten Nationen begeben. Im November gedenkt er, wieder nach Deutschland zu kommen und möchte bei dieser Gelegenheit auch wiederum die medizinische Klinik auf dem Venusberg [bei Bonn] für einige Tage aufsuchen. Der Außenminister hat durch seine hiesige Kur 22 Pfund abgenommen. [...] Auf dem Venusberg stehen allerdings noch einige Rechnungen aus. [...] Der Außenminister bat nochmal darum, man möge den Betrag von 4.000,-- (Teilsumme der ihm von Herrn Staatssekretär [Hilger van Scherpenberg] zur Verfügung gestellten 10.000,-- DM) baldmöglichst nach Washington schicken. (Hierüber liegt eine besondere Notiz vor).“<sup>419</sup>*

Als weiteres Beispiel einer direkten Zuwendung an eine Einzelperson kann die Reise des westdeutschen Sonderbotschafters Georg Federer in die Zentralafrikanische Republik angeführt werden. Ende 1966 war Federer vom westdeutschen Bundespräsidenten, Heinrich Lübke, an den Sitz des zentralafrikanischen Staatspräsidenten Jean-Bédel Bokassa entsandt worden, der zu Beginn

<sup>418</sup> Referat Bilaterale technische Hilfe (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 7. September 1961, PA AA, AA, B 68, 34.

<sup>419</sup> Böhling an Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) und Büro des Staatssekretärs (Auswärtiges Amt) und Abteilung Protokoll (Auswärtiges Amt), 1. September 1960, PA AA, AA, B 34, 157.

des Jahres durch einen Putsch an die Macht gekommen war und nun um internationale Anerkennung rang. Bei sich führte Federer einen Scheck über 80.000 DM. Nach dessen erfolgreicher Übergabe meldete er dem Auswärtigen Amt:

*„Weisungsgemäß habe ich mich am 28. November auf die Reise nach Bangui (Zentralafrikanische Republik) begeben, um Präsident Bokassa die Glückwünsche des Herrn Bundespräsidenten zum Nationalfeiertag am 1. Dezember zu überbringen. Nach Übergabe meines Beglaubigungsschreibens habe ich Präsident Bokassa ein persönliches Geschenk (Feldstecher) und einen Scheck über DM 80.000,-- überreicht. Ich habe ihm erklärt, dass der Scheck den Anschaffungswert für vier Mercedes-Polizeiwagen darstelle, die die Bundesregierung ihm anlässlich des Nationalfeiertages zu schenken die Absicht gehabt habe, die aber nicht mehr rechtzeitig hätten geliefert werden können. [...] Präsident Bokassa bat mich, dem Herrn Bundespräsidenten seinen Dank für die ihm durch mich überbrachten Glückwünsche sowie für die Gaben auszusprechen. [...] Ich wies im Laufe des Gesprächs noch darauf hin, dass die Bundesregierung von den Erklärungen seines Außenministers [Antoine] Guimali vor den Vereinten Nationen in New York zur Deutschlandfrage mit grosser Befriedigung Kenntnis genommen habe. Präsident Bokassa erwiderte, dass dies seine persönliche Instruktion gewesen sei und dass er an seiner diesbezüglichen Haltung festhalten werde.“<sup>420</sup>*

Auch das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten bemühte sich um einzelne Führungspersönlichkeiten. Doch konzentrierte es seine Mittel stärker auf die Organisationen, denen die angepeilten Führungspersönlichkeiten vorstanden. Dies hing nicht zuletzt damit zusammen, dass in der DDR Devisen knapp waren und eine nicht-finanzielle, rein materielle Unterstützung – die Lieferung einer kompletten Büroausstattung, von Arbeitskleidung, Anzügen, Schuhen oder auch eines Dienstfahrrads – sich meist leichter mit den Interessen einer Organisation in Einklang bringen ließ. War die materielle Unterstützung dann erst einmal vor Ort, wurde sie von den Führungspersönlichkeiten allerdings nicht selten kommerziell veräußert. Vom Erlös behielten diese meist einen großen Teil ein, so dass auch die ostdeutsche Unterstützung letztlich – wie im Fall der BRD – den führenden Einzelpersonen zugutekam. Belege für direkte finanzielle Zuwendungen durch ostdeutsche staatliche Stellen ließen sich über das für diese Arbeit eingesehene Aktenmaterial dagegen nicht feststellen.

Kamen diese Leistungen nun im Rahmen des deutsch-deutschen Gegensatzes oder der Hallstein-Doktrin zur Anwendung? Auf den ersten Blick scheint dies durchaus im Bereich des Möglichen zu liegen. Wird doch in beiden oben aufgeführten Zitaten auf eine vor den Vereinten Nationen gehaltene Rede verwiesen. Handelte es sich also um Gelder, mit denen der offene Eintritt für das

---

<sup>420</sup> Sonderbotschafter Federer (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 7. Dezember 1966, PA AA, AA, B 34, 689.

'richtige' Deutschland entlohnt werden sollte? Eher nicht. Eine nähere Untersuchung der genannten Reden lässt die Vermutung, dass die Geldbeträge hiermit in Zusammenhang gestanden haben könnten, mehr als zweifelhaft erscheinen. Als der kamerunische Außenminister Okala am 13. Oktober 1960 vor der Vollversammlung seine Rede hielt, war die deutsche Frage eine der wenigen Krisen, die explizit nicht von ihm angesprochen wurden. Als am 13. Oktober 1966 der zentralafrikanische Außenminister Guimali vor die Vollversammlung trat, wurde die deutsche Frage gerade einmal mit einem Satz bedacht – den sie sich dann auch noch mit der koreanischen Frage teilen musste. Weit häufiger spielten die Schaffung einer Einflussosphäre und geostrategische Überlegungen bei der Mittelvergabe eine Rolle. In den für diese Studie eingesehenen Akten konnten mehrere dutzend solcher 'Zuschüsse', 'Leistungen' und 'Geschenke' festgestellt werden. Doch nicht ein mal können sie tatsächlich direkt mit einem öffentlichen Eintreten für die Bundesrepublik in Zusammenhang gebracht werden. Im Fall der DDR, hierauf wird im dritten Teil zu den gesellschaftlichen Aktivitäten noch einzugehen sein, spielte der deutsch-deutsche Gegensatz bei der Vergabe von Zuschüssen möglicherweise eine gewisse Rolle. Als Gegenleistung für die Unterstützung durch gesellschaftliche Organisationen der DDR spekulierten ostdeutsche Stellen – unter anderem auch – auf öffentliche Stellungnahmen der angepeilten Zielpersonen im Sinn der DDR, sowie auf die Sammlung und Weiterleitung von Informationen über die Bundesrepublik durch die unterstützte Organisation. Die Tatsache, dass die Mittel der DDR jedoch auch flossen, wenn öffentliche Stellungnahmen ausblieben und Informationsflüsse versiegteten, zeigt aber, dass auch hier letztlich andere Motive überwogen.

An Vertretungen unterhielt die Bundesrepublik im zentralafrikanischen Raum seit Anfang der 1950er Jahre Konsulate in Angola und Belgisch-Kongo, seit Mitte der 1950er Jahre auch in Französisch-Äquatorialafrika, sowie Wahlkonsulate in Französisch-Kamerun und Spanisch-Guinea.<sup>421</sup> Anfang 1960 wurde in der Republik Kamerun die erste westdeutsche Botschaft in Zentralafrika errichtet. Es folgte noch im selben Jahr eine Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo. Ein Jahr später wurden dann auch die Republik Kongo,<sup>422</sup> die Gabunische Republik, die Zentralafrikanische Republik und schließlich auch die Republik Tschad diplomatisch anerkannt und mit Botschaften versehen.<sup>423</sup> 1968 folgte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen

<sup>421</sup> Moritz an Auswärtiges Amt, 8. Juli 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv 108261.

<sup>422</sup> Referatsleiter Nüßlein – Referat Organisation (Auswärtiges Amt) an Abteilung West II (Auswärtiges Amt) und Abteilung Handelspolitik (Auswärtiges Amt) und Abteilung Recht (Auswärtiges Amt) und Abteilung Kultur (Auswärtiges Amt) und Referat Höherer Dienst; Wahlkonsuln (Auswärtiges Amt) und Referat 105 und Referat Haushalt und Finanzen (Auswärtiges Amt) und Referat Chiffrier- und Fernmeldewesen (Auswärtiges Amt) und Referat Nordische Staaten, Österreich, Schweiz (Auswärtiges Amt) und Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) und Referat Staaten der EWG, Großbritannien, Irland, Nordische Länder [Abteilung Handelspolitik] (Auswärtiges Amt) und Referat Sozialrecht und Sozialpolitik (Auswärtiges Amt) und Referat Auslandsinformation (Auswärtiges Amt), 21. Juli 1960, PA AA, AA, B 68, 189.

<sup>423</sup> Botschafter Sartorius (Botschaft in der Kongolesischen Republik) an Auswärtiges Amt, 22. März 1961, PA AA,

– allerdings ohne die Errichtung einer Vertretung – mit der einstmals spanischen Kolonie Äquatorialguinea. Lediglich die portugiesischen Überseeprovinzen Angola und São Tomé und Príncipe konnten auch über das Ende der portugiesischen Herrschaft hinaus – bis Ende 1975 – nicht mit einer westdeutschen Botschaft versehen werden. Ein weitergehender Ausbau der Beziehungen erfolgte lediglich im Fall der Republik Zaïre. Seit 1974 tagte dort einmal jährlich eine westdeutsch-zaïrische Kommission zur Klärung der drängendsten zwischenstaatlichen Fragen.<sup>424</sup>

Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den zentralafrikanischen Staaten wurde von westdeutscher Seite, als nächster Schritt, der Abschluss mehrerer Abkommen in Angriff genommen. Seit 1962 bestanden Rahmenabkommen über wirtschaftliche Beziehungen, Kapitalhilfe und Technische Hilfe mit der Demokratischen Republik Kongo, der Republik Kongo, der Zentralafrikanischen Republik, der Gabunischen Republik, der Republik Tschad und der Bundesrepublik Kamerun. Eine Sonderrolle fiel, wie so oft, Kamerun zu. Bereits 1961 hatte die Bundesrepublik bilaterale Verhandlungen über eine westdeutsche Kapitalhilfe an Kamerun abbrechen müssen, da die Forderungen der Regierung Ahidjo die von westdeutscher Seite vorgeschlagene Summe um das Fünffzigfache überstiegen.<sup>425</sup> Es folgten Neuverhandlungen, an deren Ende sich die Regierung Ahidjo mit einem in ihren Augen bescheidenen Finanzvolumen zufriedengeben musste. Dafür wurde ihr aber – im Gegensatz zu den Regierungen anderer zentralafrikanischer Staaten – das Privileg gewährt, über die Höhe der Gesamtsumme in Kenntnis gesetzt zu werden, so dass sie mit einer weit größeren Autonomie als andere Empfängerstaaten über die deutschen Entwicklungsgelder verfügen konnte. Zudem gelang es der Regierung Ahidjo in den, den Kreditverhandlungen folgenden, Wirtschaftsverhandlungen ein besonders großes Volumen für den Handel Kameruns mit der BRD herauszuschlagen.<sup>426</sup> Am schwierigsten gestalteten sich bei allen zentralafrikanischen Staaten die Verhandlungen über die Kosten und die Umsetzung der Technischen Hilfe. Vor allem die westdeutschen Forderungen einer Kostenbeteiligung der Projektpartner und einer Zoll- und Abgabenerleichterung für westdeutsche Entwicklungshelfer wurden von Seite der zentralafrikanischen Regierungen scharf kritisiert. Wieder gelang es lediglich Kamerun, sich gegen die westdeutschen Verhandlungsführer zu behaupten.<sup>427</sup> Erst Ende der 1960er Jahre, als eine Neuverhandlung der Rahmenverträge anstand, konnten sich dann auch die übrigen afrikanischen Staaten mit ihrer Forderung durchsetzen, sämtliche Erleichterungen für die westdeutsche Entwicklungshilfe zu streichen. Die vom Auswärtigen Amt angestrebte

---

AA, B 34, 301.

<sup>424</sup> Gülstorff 2007, S. 97 ff.

<sup>425</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun an Auswärtiges Amt, 23. Dezember 1961, PA AA, AA, B 34, 250.

<sup>426</sup> Erdmann (Bundesministerium für Wirtschaft) an Auswärtiges Amt, 18. Juni 1962, PA AA, AA, B 68, 189.

<sup>427</sup> Botschafter Döring (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 2. November 1961, PA AA, AA, B 34, 250.



Abgabenfreiheit für deutsche Entwicklungshelfer musste endgültig *ad acta* gelegt werden.<sup>428</sup> Dafür gelang es der BRD nun endlich, Investitionsschutzabkommen mit den zentralafrikanischen Staaten zu schließen. Wiederum nur in Kamerun war dies der BRD bereits 1962 gelungen. Zudem wurden mehrere Abkommen zur Anbindung der zentralafrikanischen Raumes an die westdeutsche Verkehrsinfrastruktur geschlossen. 1962 wurden Seeschiffverkehrsprotokolle mit der Republik Kongo,<sup>429</sup> der Gabunischen Republik und der Bundesrepublik Kamerun unterzeichnet. Ihnen folgten 1969 und 1974 Luftfahrtabkommen mit der Demokratischen Republik Kongo<sup>430</sup> und der Vereinigten Republik Kamerun.<sup>431</sup>

Dass die Afrikapolitik des Auswärtigen Amtes über einige Spezifika verfügte, die ihr im westlichen Lager ein eigenes Gepräge verliehen, stellte das westdeutsche Außenministerium auch im zentralafrikanischen Raum unter Beweis. So äußerten dessen Diplomaten nicht selten Kritik am Vorgehen ihrer westlichen Verbündeten. Als beispielsweise 1961 in der portugiesischen Überseeprovinz Angola ein Aufstand ausbrach, der von Einheiten der portugiesischen Provinzverwaltung – und damit einer zum Westen gehörenden europäischen Kolonialmacht – blutig niedergeschlagen wurde, sandte Außenminister Heinrich von Brentano einen mehr als kritischen Bericht zur Lage in Angola an den Chef des Bundeskanzleramtes, Staatssekretär Hans Globke:

*„Sehr geehrter Herr Staatssekretär, in der Anlage übersende ich Ihnen zur ihrer persönlichen Kenntnisnahme und mit der Bitte um Rückgabe einen Bericht unseres Konsulats in Luanda (Angola). Der Bericht bestätigt mit erschreckender Deutlichkeit die mir auch von anderer Seite gemachten Andeutungen über das rücksichtslose und zum Teil grauenvolle Vorgehen der portugiesischen Kolonialtruppen gegen die eingeborene Bevölkerung in Angola.“*<sup>432</sup>

Ein weiteres Spezifikum bildete die – im Vergleich mit anderen westlichen Staaten – zügige Anerkennung von mit Gewalt an die Macht gekommenen Regierungen. Ob im Fall der Republik Kongo die Regierung von Staatspräsident Alphonse Massamba-Débat nach dem Sturz von Staatspräsident Fulbert Youlou im Jahr 1963<sup>433</sup> oder die Regierung von Marien Ngouabi nach dem Sturz Massamba-Débat im Jahr 1968,<sup>434</sup> oder im Fall der Zentralafrikanischen Republik die

<sup>428</sup> Botschaft in der Republik Kongo an Auswärtiges Amt, 10. September 1969, PA AA, AA, B 68, 1026.

<sup>429</sup> Botschafter Soltmann (Botschaft in der Kongolesischen Republik) an Auswärtiges Amt, 4. Juli 1962, PA AA, AA, B 68, 184.

<sup>430</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 18. März 1969, PA AA, AA, B 68, 776.

<sup>431</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102955.

<sup>432</sup> Minister Brentano (Auswärtiges Amt) an Staatssekretär Globke (Bundeskanzleramt), 19. Juni 1961, PA AA, AA, B 1, 64.

<sup>433</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 21. Januar 1965, PA AA, AA, B 34, 623.

<sup>434</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Republik Kongo) an Auswärtiges Amt und Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 10. September 1968, PA AA, AA, B 68, 658.

Regierung von Staatspräsident Jean-Bédel Bokassa nach dem Sturz von Staatspräsident David Dackos im Jahr 1966,<sup>435</sup> stets war die Bundesrepublik unter den ersten westlichen Mächten, welche die neue Regierung anerkannten. Schließlich bildete auch die Hallstein-Doktrin ein Spezifikum – wenn auch nur mit bescheidenen Auswirkungen, wie in den folgenden Abschnitten noch zu zeigen sein wird. Aufgrund der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR schränkte das Auswärtige Amt die diplomatischen Beziehungen der Bundesrepublik zur Volksrepublik Kongo zwischen 1970 und 1973,<sup>436</sup> zur Zentralafrikanischen Republik 1970<sup>437</sup> und zur Republik Tschad zwischen 1971 und 1972 ein.<sup>438</sup> Lediglich die Botschafter wurden abgezogen, offiziell für einen längeren Urlaub in die Bundesrepublik beordert. Die diplomatische Vertretung blieb bestehen. Der immer wieder angedrohte Abbruch der Beziehungen erfolgte also nicht. Im Fall der Anerkennung der DDR durch Äquatorialguinea im Jahr 1971 unterließ das Auswärtige Amt gleich jegliche Reaktion.<sup>439</sup> Das ostdeutsche Außenministerium versuchte, die Anerkennung gegenüber seiner Führung noch als großen Sieg über die Hallstein-Doktrin der BRD zu verkaufen. Westdeutschland habe der Regierung von Staatspräsident Francisco Macías Nguema noch kurz vor ihrer Entscheidung zur Anerkennung der DDR ein Kreditangebot unterbreitet. Als sich abgezeichnet habe, dass die Regierung Nguema sich nicht beirren lassen würde, sei das Angebot still und heimlich zurückgezogen worden.<sup>440</sup> Ob solch ein Angebot tatsächlich unterbreitet wurde, ist mehr als fraglich. In den Akten des westdeutschen Außenministeriums konnten zumindest keinerlei Belege gefunden werden, die den Bericht des ostdeutschen Außenministeriums gestützt hätten. Zu Beginn der 1970er Jahre hatte das westdeutsche Außenministerium dann aber ohnehin mit ganz anderen Sorgen zu kämpfen. Die Rückzahlung der ersten Raten der von der Bundesrepublik den afrikanischen Staaten gewährten Kredite wurde fällig. Schon bald hatte sich die Eintreibung der Schulden zur wohl vordringlichsten Aufgabe der westdeutschen Diplomatie in Zentralafrika entwickelt.

Für die DDR gestaltete sich der Aufbau einer diplomatischen Infrastruktur in Afrika – auch aufgrund der Hallstein-Doktrin, dies sei ihr zugestanden – deutlich komplizierter. 1960 war nicht nur die bereits erwähnte Entsendung einer Delegation zu den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten nach Belgisch-Kongo gescheitert, sondern auch der erste Versuch, mit einem zentralafrikanischen Staat

<sup>435</sup> Sonderbotschafter Federer (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 7. Dezember 1966, PA AA, AA, B 34, 689.

<sup>436</sup> Botschafter Fischer (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Referat Nord- und Westafrika (Auswärtiges Amt), 27. September 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102960.

<sup>437</sup> Referatsleiter Haas – Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Botschaft im Königreich Belgien, 25. Mai 1970, PA AA, AA, B 68, 1071.

<sup>438</sup> Bengel (Botschaft in der Republik Tschad) an Auswärtiges Amt, 9. Juli 1971, PA AA, AA, B 34, 790.

<sup>439</sup> Referatsleiter Eger – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun, 14. April 1971, PA AA, AA, B 68, 769.

<sup>440</sup> Sektionsleiter Seiferth (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 30. Juli 1971, PA AA, MfAA, C 1100/78, Fiche 3, S. 208-211.

in zwischenstaatliche Beziehungen zu treten. Das ostdeutsche Außenministerium hatte Vertreter der DDR in die Republik Kamerun entsandt.<sup>441</sup> Nach mehrmonatigen ergebnislosen Verhandlungen mit der Regierung Ahidjo waren sie von dieser jedoch gebeten worden, das Land wieder zu verlassen. In der Folge griff das ostdeutsche Außenministerium verstärkt auf gesellschaftliche Organisationen zurück, die sich im zentralafrikanischen Raum als Promoter der ostdeutschen Belange einbringen sollten. Besonders intensiv wurden deren Aktivitäten in der Republik Kongo gefördert, mit der 1969 die erste ostdeutsche diplomatische Beziehungsaufnahme im zentralafrikanischen Raum<sup>442</sup> – wenn auch nur auf Gesandtschaftsebene – erfolgte. In Folge der diplomatischen Anerkennung erklärte sich die DDR zur Vergabe eines Handelskredits über umgerechnet rund 25 Mio. DM,<sup>443</sup> zu einer finanziellen Beteiligung an der kongolesischen Holzindustrie, sowie einem von der Gabunischen Republik und der Volksrepublik Kongo gemeinsam betriebenen Manganerzbergbauunternehmen und zur Annahme einer festen Importquote auf kongolesisches Holz bereit. Während der Handelskredit allerdings auch über ostdeutsche Akten verbürgt werden kann, tauchen die Beteiligung an kongolesischen Wirtschaftsunternehmen und die Einwilligung, den Holzhandel mit der Volksrepublik zu erweitern, nur in dem schon mehrfach genannten Protokoll des westdeutschen Verfassungsschutzes auf.<sup>444</sup> Zwingend muss ihre Existenz deshalb aber noch nicht in Zweifel gezogen werden. Manganerz war eine strategische Ressource und die gabunisch-kongolesische Mine wurde von einem westlichen Konsortium ausgebeutet, sodass ostdeutsche Investitionen sicherlich einem gewissen Geheimhaltungsgrad unterlegen hätten. In jedem Fall wäre mit der Investition eine Erklärung für die Aussage des westdeutschen Botschafters in Gabun, Walter Bammer, gefunden, es sei der DDR gelungen, Manganerz aus Gabun – wo sich die Mine befand – zu importieren.<sup>445</sup> Schließlich erhielt die kongolesische Einheitspartei Parti Congolais du Travail als einmalige kostenlose Zuwendung ostdeutsche Waren und Dienstleistungen ihrer Wahl im Gesamtwert von umgerechnet rund 0,28 Mio. DM.<sup>446</sup> Tatsächlich waren es aber weder die 0,28 Mio.

<sup>441</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Stellvertretender Vorsitzender Stoph (Ministerrat), 24. Oktober 1960, PA AA, MfAA, A 17216, Fiche 1, S. 3.

<sup>442</sup> Stellvertretender Vorsitzender Fichtner (Ministerrat) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 16. März 1970, PA AA, MfAA, C 364/77, Fiche 1, S. 6-9.

<sup>443</sup> Stellvertretender Vorsitzender Fichtner (Ministerrat) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 16. März 1970, PA AA, MfAA, C 364/77, Fiche 1, S. 6-9, hier S. 8. Der Wert wird in der Quelle mit 25 Mio. VM angegeben. Der Wechselkurs lag 1970 bei ca. 1 DM : 1 VM. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 25 Mio. DM.

<sup>444</sup> Mitarbeiter Degenhardt (Bundesamt für Verfassungsschutz) an Auswärtiges Amt, 31. August 1970, PA AA, AA, B 34, 786.

<sup>445</sup> Botschafter Bammer (Botschaft in der Gabunischen Republik) an Auswärtiges Amt, 29. September 1964, PA AA, AA, B 68, 308.

<sup>446</sup> Stellvertretender Vorsitzender Fichtner (Ministerrat) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 16. März 1970, PA AA, MfAA, C 364/77, Fiche 1, S. 6-9, hier S. 8. Der Wert wird in der Quelle mit 1 Mio. M angegeben. Der Wechselkurs lag 1969 bei ca. 1 DM : 3,57 M. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 0,28 Mio. DM.

DM für die Einheitspartei, noch der Handelskredit über 25 Mio. DM, oder gar die Aussicht auf ostdeutsche Investitionen gewesen, welche die Regierung der Volksrepublik Kongo unter Staatspräsident Marien Ngouabi zur Anerkennung der DDR bewogen, sondern die reine Angst – Angst vor einer Invasion durch zaïrische Truppen und den Westen, sowie die Hoffnung, in diesem Fall mit einer militärischen Unterstützung durch die Sozialistische Staatengemeinschaft rechnen zu können. Seit Mitte der 1960er Jahre war es zwischen Militäreinheiten der Demokratischen Republik und der Republik Kongo immer wieder zu kleineren Scharmützeln gekommen, da die Republik Kongo nicht wenige Rebellen ihres Bruderstaates bei sich aufgenommen hatte, die gelegentlich auf der anderen Seite des Grenzflusses auf Beutezug gingen. Die Regierung von Joseph-Désiré Mobutu reagierte, indem sie kleine Kommandounternehmen des kongolesischen Militärs ebenfalls über den Congo setzen ließ, wo sie die Grenzregion der Republik Kongo in Angst und Schrecken versetzten. Als dann 1969 die Regierung Ngouabi mit Delegationen der DDR und der übrigen Mitglieder der Sozialistischen Staatengemeinschaft über eine Erweiterung der bilateralen Beziehungen verhandelte, drangen sogar zwei Jagdflugzeuge der Demokratischen Republik Kongo in den Luftraum der Volksrepublik Kongo ein und kreisten einige Zeit bedrohlich über dessen Hauptstadt Brazzaville. Fortan sah sich die Regierung Ngouabi im Kriegszustand und rechnete täglich mit einer Invasion.<sup>447</sup> Ein Ausbau der Zusammenarbeit mit den Staaten des sozialistischen Lagers hatte fortan für die Einheitspartei oberste Priorität. Ein wenig Rücksicht auf die Belange der Bundesrepublik schien die Regierung Ngouabi dann aber doch noch nehmen zu wollen. So wurde die ostdeutsche Gesandtschaft erst 1973 – nach Unterzeichnung des Grundlagenvertrages – zur Botschaft ausgebaut.<sup>448</sup> Zudem wurden die diplomatischen Beziehungen nun durch eine gemischte Kommission ergänzt, wie sie auch zwischen Zaïre und der BRD eingerichtet worden war.<sup>449</sup> Die Beziehungen kühlten allerdings schon bald merklich ab.<sup>450</sup> Aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus konnte und wollte die DDR sich ein gutes zwischenstaatliches Verhältnis zu Zaïre nicht ganz verbauen und schlug gegenüber dem kongolesischen Bruderstaat deshalb eher gemäßigte Töne an.<sup>451</sup> Die Regierung der Volksrepublik betrachtete dies als Affront und entsandte erst 1976 ihren ersten Botschafter in die DDR<sup>452</sup> – ein Umstand, der dann auch gleich wieder die späte Aufwertung

<sup>447</sup> Generaldirektor Clausnitzer – Direktionsbereich Übersee I (Ministerium für Außenwirtschaft) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 8. Januar 1970, PA AA, MfAA, C 960/78, Fiche 1, S. 24-27.

<sup>448</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. 1973, PA AA, MfAA, C 921/74, Fiche 2, S. 156-160.

<sup>449</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 6. Oktober 1970, PA AA, MfAA, C 1029/75, Fiche 1, S. 24-25.

<sup>450</sup> Botschafter Fischer (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Auswärtiges Amt, 11. Dezember 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102961.

<sup>451</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 2. Dezember o.J., PA AA, MfAA, C 916/74, Fiche 1, S. 57.

<sup>452</sup> Botschafter Fischer (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Referat West- und Zentralafrika (Auswärtiges Amt), 23. August 1976, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108292.

des ostdeutschen Generalkonsulats zur Botschaft in einem anderen Licht erscheinen lässt. Hatte die DDR sich doch nicht erst seit 1973 um eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu Zaïre bemüht. Doch nicht nur in der Volksrepublik Kongo gelang dem ostdeutschen Außenministerium 1970 der diplomatische Durchbruch. Mit erheblicher Unterstützung der Sowjetunion, der Sudanesischen Sozialistischen Union, der Vereinigten Arabischen Republik – und Frankreichs<sup>453</sup> –, konnte die DDR 1970 diplomatische Beziehungen auf Botschafterebene zur Zentralafrikanischen Republik,<sup>454</sup> sowie 1971 zum Tschad<sup>455</sup> und zu Äquatorialguinea<sup>456</sup> herstellen. So berichtete der ostdeutsche Botschafter im Tschad, Gerhard Krauß, dem ostdeutschen Außenministerium von einem Gespräch, das er mit dem dortigen sowjetischen Botschafter, Herrn Nersessow, geführt hatte, über die Umstände der Beziehungsaufnahme:

*„Gen. Nersessow meinte, daß nicht nur die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR von der Tschad-Regierung mit Frankreich abgestimmt worden sei, sondern auch die Festlegung des Datums für die Überreichung des Beglaubigungsschreibens in Übereinstimmung mit [Jacques] Foccart [der sogenannten grauen Eminenz der französischen Afrikapolitik] erfolgt sei. [...] Ich informierte Gen. Nersessow von meiner Absicht, dem französischen Botschafter in einem Brief meine Akkreditierung mitzuteilen und den Wunsch auf Herstellung von persönlichen Kontakten auszusprechen. Gen. Nersessow fand diese Idee gut und war der Meinung, daß der französische Botschafter sicher nicht generell ablehnen würde.“*<sup>457</sup>

Eine Schlüsselrolle war bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und dem Tschad aber nicht allein Frankreich, sondern ebenso – wenn nicht noch mehr – der Sowjetunion zugefallen – nicht jedoch der DDR. Die hatte am Tschad nur wenig Interesse gezeigt. Moskau hatte einige Überredungskunst aufwenden müssen, um das ostdeutsche Außenministerium von diesem Schritt zu überzeugen. Sowjetischer Druck auf die DDR war auch im Fall der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Ostdeutschland und Äquatorialguinea von Nöten gewesen. Der Stellvertreter des Leiters der III. Afrikaabteilung des sowjetischen Außenministeriums, Herr Saikin, hatte sich genötigt gesehen, den politischen Mitarbeiter der ostdeutschen Botschaft in Moskau, Herrn Junghanns, 1971 eigens zur Erreichung dieses Ziels auf seine Dienststelle zu

<sup>453</sup> Botschafter Krauß (Botschaft in der Republik Tschad) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 22. November 1971, PA AA, MfAA, C 1171/77, Fiche 1, S. 57.

<sup>454</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 26. September 1970, PA AA, MfAA, Dok. 264-265, Bd. 1, S. 56-61.

<sup>455</sup> Geschäftsträger Ernst (Botschaft im Tschad) an Abteilungsleiter Kern – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 14. September 1971, PA AA, MfAA, C 1173/77, Fiche 1, S. 78-79.

<sup>456</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 14. April 1971, PA AA, MfAA, Dok. 206, S. 12.

<sup>457</sup> Botschafter Krauß (Botschaft in der Republik Tschad) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 22. November 1971, PA AA, MfAA, C 1171/77, Fiche 1, S. 57-59.

zitieren.<sup>458</sup> Anders stellte sich die Lage im Fall der Zentralafrikanischen Republik dar, bei der die DDR auf das Zustandekommen eines Importabkommens für zentralafrikanische Rohdiamanten spekulierte. Doch 'suspendierte' die Regierung der Zentralafrikanischen Republik die Beziehungen auf westdeutschen Druck hin bereits 1971 wieder.<sup>459</sup> Nun kann dieses Ereignis durchaus als Ergebnis der erfolgreichen Bemühungen der westdeutschen Botschaft im Sinn der Hallstein-Doktrin interpretiert werden. Doch sei angemerkt, dass das angestrebte Handelsabkommen bereits einige Wochen zuvor gescheitert war. Staatspräsident Bokassa hatte ein lukrativeres Angebot für seine Rohdiamanten erhalten. Damit entfiel für die DDR der Hauptgrund ihrer Anwesenheit. So bot die Suspendierung nicht zuletzt die Möglichkeit, sich, ohne allzu viele Devisen verschwendet zu haben, aus der Zentralafrikanischen Republik zurückziehen zu können. Mit einem 'Rauswurf' war die von Bokassa verkündete Suspendierung zudem nicht gleichzusetzen. Mitarbeiter der ostdeutschen Botschaft hielten sich – wenn auch inoffiziell – noch mindestens bis Ende 1972 in der Zentralafrikanischen Republik auf.<sup>460</sup> Auch sei angemerkt, dass in den eingesehenen Akten keinerlei Hinweis auf diesbezügliche westdeutsche Bemühungen gefunden werden konnte. Mit dem Ende der Hallstein- und der Scheel-Doktrin konnten dann 1973 zur Vereinigten Republik Kamerun<sup>461</sup> und zur Republik Zaïre, 1974 zur Gabunischen Republik<sup>462</sup> und 1975 zur Demokratischen Republik São Tomé und Príncipe,<sup>463</sup> sowie zur Volksrepublik Angola<sup>464</sup> diplomatische Beziehungen hergestellt werden. Von diesen erhielten jedoch nur Angola und Zaïre eine eigene diplomatische Vertretung der DDR. An den übrigen Staaten wurden die in diesen Schwerpunktländern akkreditierten Vertreter Ostdeutschlands lediglich zweitakkreditiert.

Wie schon der Aufbau diplomatischer Vertretungen, gestaltete sich auch der Abschluss von zwischenstaatlichen Abkommen für die DDR deutlich schwieriger als für die BRD. Lediglich mit der Regierung Ngouabi der Volksrepublik Kongo und der Regierung Bokassa der Zentralafrikanischen Republik gelang es der DDR 1970 ein Handelsabkommen, ein Rahmenabkommen zur Entwicklungshilfe, der sogenannten Wissenschaftlich-Technischen Zusammenarbeit, sowie eines zur Kulturarbeit abzuschließen.<sup>465</sup> Aufgrund der frühen

<sup>458</sup> Politischer Mitarbeiter Junghanns (Botschaft in der Sowjetunion) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. 1971, PA AA, MfAA, C 1098/78, Fiche 2, S. 133-134.

<sup>459</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 13. August 1971, PA AA, MfAA, C 6239, Fiche 1, S. 32.

<sup>460</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 8. November 1972, PA AA, MfAA, C 6239, Fiche 2, S. 124-126.

<sup>461</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 6287, Fiche 1, S. 1-6.

<sup>462</sup> Botschafter Kämpf (Botschaft in der Demokratischen Republik Algerien) an Abteilung Nord- und Westafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 13. März 1974, PA AA, MfAA, C 6265, Fiche 1, S. 2-3.

<sup>463</sup> 'Stunde der Politik' (Radio DDR), 15. Juli 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv 108350.

<sup>464</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 11. November 1975, PA AA, MfAA, C 6162, Fiche 1, S. 20.

<sup>465</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 16. März 1970, PA

Suspendierung der diplomatischen Beziehungen konnten die Abkommen in der Zentralafrikanischen Republik allerdings nur im Ansatz verwirklicht werden.<sup>466</sup> Bei der Aushandlung der Verträge bereiteten diejenigen zur Wissenschaftlich-Technischen Zusammenarbeit, wie schon im Fall der Bundesrepublik, die größten Probleme.<sup>467</sup> Die Verteilung der Kosten der ostdeutschen Experten und deren Befreiung von Zöllen, Steuern und Abgaben stand auch hier im Fokus der Auseinandersetzungen.

Spezifika der ostdeutschen Diplomatie innerhalb des sozialistischen Lagers lassen sich – abgesehen von einem gewissen Druck auf die Hallstein-Doktrin – für die 1950er und 1960er Jahre nicht ausmachen. Dies änderte sich erst Anfang der 1970er Jahre. Schrittweise emanzipierte sich die DDR in ihrer Afrikapolitik von der Sowjetunion und in Teilen auch von der Sozialistischen Staatengemeinschaft.<sup>468</sup> Deutlich wird dies an der Neujustierung der Informationsflüsse, die nun – wo möglich – nicht mehr über die Sowjetunion oder die befreundeten sozialistischen Staaten geleitet wurden. In der Volksrepublik Kongo richtete sich das ostdeutsche Außenministerium 1971 eine eigene Funkanlage ein.<sup>469</sup> Auch die Nachrichtenübertragung über eindeutig zum Westen zählende Staaten war nun eine Option. An der 1975 frisch in Angola eingerichteten ostdeutschen Vertretung sollte die Nachrichtenübertragung via Telex über die portugiesische Hauptstadt Lissabon erfolgen.<sup>470</sup> Die Botschaft der DDR in Äquatorialguinea leitete ihre Nachrichten über die spanische Hauptstadt Madrid.<sup>471</sup> Auch traten nun Unstimmigkeiten in den Lagebeurteilungen auf.<sup>472</sup> Der Sowjetunion wurde zu verstehen gegeben, dass sich das Engagement der DDR künftig auf eigene Schwerpunktländer konzentrieren müsse. 1972 legte ein Mitarbeiter der Afrikaabteilung des ostdeutschen Außenministeriums, Christian Kleinhempel, seinem Abteilungsleiter einen Entwurf über die weitere Entwicklung der ostdeutschen Afrikapolitik vor, in dem es hieß:

---

AA, MfAA, C 364/77, Fiche 1, S. 1-5.

<sup>466</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. 1971, PA AA, MfAA, C 6239, Fiche 1, S. 75-80.

<sup>467</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 14. September 1970, PA AA, MfAA, C 1160/75, Fiche 1, S. 1-4.

<sup>468</sup> Geschäftsträger Kleinhempel (Botschaft in der Republik Äquatorialguinea) an Stellvertretender Minister Willerding (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 20. November 1973, PA AA, MfAA, C 1096/78, Fiche 1, S. 55.

<sup>469</sup> Gesandter Richter (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Abteilungsleiter Kern – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 18. Januar 1971, PA AA, MfAA, C 920/74, Fiche 1, S. 48-50.

<sup>470</sup> Minister Fischer (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Politbüromitglied Axen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 12. November 1975, PA AA, MfAA, C 6162, Fiche 1, S. 23-24.

<sup>471</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 1456/78, Fiche 1, S. 1-4.

<sup>472</sup> 3. Sekretär Schunke (Botschaft in der Republik Tschad) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 31. Mai 1972, PA AA, MfAA, C 1171/77, Fiche 1, S. 36. ; Botschafter Krauß (Botschaft in der Republik Tschad) an Abteilungsleiter Weidemann – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 17. November 1972, PA AA, MfAA, C 1173/77, Fiche 1, S. 41-43.

*„Nach entsprechender Konsultation mit den interessierten sozialistischen Ländern, insbesondere der UdSSR [Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken], müßte u.E. konzeptionell festgelegt werden, wie die DDR weiterverfahren wird. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich die internationale Stellung der DDR 1973/74 weiter verändern und die DDR nur noch schwerpunktmäßig Beziehungen zu afrikanischen Ländern unterhalten wird.“*<sup>473</sup>

Erkauft wurde diese Emanzipation vor allem mit einer ablehnenden Haltung gegenüber der Afrikapolitik der Volksrepublik China, die, dies zeigen die ostdeutschen Quellen deutlich, der ostdeutschen Diplomatie in Afrika weit mehr abverlangten als die gelegentlichen deutschlandpolitischen Scharmützel mit der BRD.

---

<sup>473</sup> Geschäftsträger Kleinhempel (Botschaft in der Republik Äquatorialguinea) an Abteilungsleiter Weidemann – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Sektion Zentralafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 14. November 1972, PA AA, MfAA, C 1100/78, Fiche 1, S. 36.



*c) Balanceakt zwischen westlicher Macht- und westdeutscher Wirtschaftspolitik – Westdeutsche Diplomatie in der Demokratischen Republik Kongo*

Belgisch-Kongo war von Beginn an das Hauptziel der westdeutschen diplomatischen Bemühungen im zentralafrikanischen Raum. Bereits 1951 hatte das Auswärtige Amt Verhandlungen mit dem belgischen Kolonialministerium in Brüssel aufgenommen, die Erleichterungen für das privatwirtschaftliche Engagement westdeutscher Unternehmen zum Ziel hatten. 1954 gelang der Durchbruch. Westdeutschland willigte in ein Handelsabkommen mit Belgien ein, das eine garantierte Abnahme von, auf den Weltmärkten nur schwer absetzbarem, belgisch-kongolesischem Palmkernöl durch die Bundesrepublik zum Gegenstand hatte. Im Gegenzug gestand Belgien westdeutschen Unternehmen eine Erhöhung der Quote ihrer Exporte nach Belgisch-Kongo zu.<sup>474</sup> Wichtiger aber: dem Auswärtigen Amt wurde gestattet, in der Hauptstadt der belgischen Kolonie, in Léopoldville, ein Konsulat zu errichten.<sup>475</sup> Ein Jahr später gründete das Auswärtige Amt seine Vertretung in Belgisch-Kongo. Zu den ersten Aufgaben des Konsulats gehörte die weitere Anhebung der westdeutschen Unternehmen zugestandenen Exportquoten, sowie die Erweiterung der Palette von Produktarten, welche westdeutsche Unternehmen aus Belgisch-Kongo importieren durften. Möglichkeiten der Rückerstattung enteigneten deutschen Eigentums und einer Ansiedlung deutscher Staatsbürger in Belgisch-Kongo hatte es ebenfalls zu sondieren<sup>476</sup> – sowie die Aufnahme und Pflege von Kontakten zur belgischen Kolonialverwaltung. Tatsächlich gelang es, den Vize-Gouverneur Belgisch-Kongos, Henri Cornelis, zu einer Reise in die Bundesrepublik und Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier zu einem Besuch Belgisch-Kongos zu überreden.<sup>477</sup> Bereits 1958 konnte das Konsulat zum Generalkonsulat aufgewertet werden. Nun begann die Kongo-Politik der Bundesrepublik einem zweigleisigen Kurs zu folgen.

Einerseits wurden vergleichsweise riesige Summen in belgische Kongo-Anleihen, zur Finanzierung des 10-Jahrplans Belgisch-Kongos – und damit in die Stabilisierung der belgischen Kolonialherrschaft –, investiert. So erwarb die Bundesrepublik allein 1958 Kongo-Anleihen Belgiens über 120 Mio. DM.<sup>478</sup> Da die belgische Kolonialverwaltung auch 1959 Anleihen ausgeben musste, um ihren Haushalt ausgleichen zu können,<sup>479</sup> ist ein erneuter Ankauf der Bundesrepublik wahrscheinlich. In den westdeutschen Akten konnte hierfür zwar kein Beleg gefunden werden, doch wurden solche Finanztransfers – wie noch im Fall des portugiesischen Überseegebiets Angola zu

<sup>474</sup> Gülstorff 2007, S. 14 ff.

<sup>475</sup> Ebd., S. 16.

<sup>476</sup> Geschäftsführer Jantzen (Afrika-Verein) an Referatsleiter Steltzer – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 19. Juli 1954, PA AA, AA, B 34, 6.

<sup>477</sup> Gülstorff 2007, S. 17 ff.

<sup>478</sup> Ebd., S. 18 ff.

<sup>479</sup> Generalkonsul Soehring (Generalkonsulat in der belgischen Kolonie Belgisch-Kongo) an Auswärtiges Amt, 17. Dezember 1959, PA AA, AA, B 68, 45.

zeigen sein wird – nicht selten verdeckt über westdeutsche Privatbanken geleitet, um sämtliche Spuren, die zu den tatsächlichen Kapitalgebern hätten führen können, zu verwischen. In solch einem Fall höchster Geheimhaltung hätte ein Ankauf nicht zwingend in den Akten einer staatlichen Institutionen aufgeführt werden müssen. Ostdeutsche Quellen sprechen zudem von zwei weiteren Anleihen, welche die Bundesrepublik 1960<sup>480</sup> und 1961,<sup>481</sup> nun auf Belgien ausgestellt, erwarb – diesmal im Wert von umgerechnet jeweils 125 Mio. DM, also mit nur 5 Mio. DM Differenz zum Betrag von 1958. So hieß es in einem 1961 angelegten Entwurf einer Erklärung des ostdeutschen Außenministeriums über den sogenannten westdeutschen Neokolonialismus in Afrika:

*„Als Beweis dafür [für die Existenz eines westdeutschen Neokolonialismus] konnte angeführt werden, [...] dass Westdeutschland Belgien noch im Frühjahr 1961 eine Anleihe von 1,5 Milliarden Francs [umgerechnet rund 125 Mio. DM] gewährte, die ausschließlich für die Aufrechterhaltung der belgischen Kolonialherrschaft in der jetzigen Republik Kongo gedacht war. Die Bonner Regierungsstellen konnten diese Tatsachen nicht bestreiten.“*<sup>482</sup>

Mit umgerechnet rund 225 Mio. DM bezuschusste der belgische Staat den Kongo allein 1960.<sup>483</sup> Da die Kolonie Mitte des Jahres in die Unabhängigkeit entlassen wurde, würde dies, sollten die ostdeutschen Berichte tatsächlich zutreffen, eine westdeutsche finanzielle Beteiligung – mit einem Anteil von über 50 Prozent – an der postkolonialen belgischen Kongo-Politik – auch an dessen militärischer Komponente – bedeuten. Gleich zu Beginn der Kongo-Krise hatte Belgien eine groß angelegte Militärintervention – offiziell zum Schutz der europäischen Bevölkerung, tatsächlich aber zur Stabilisierung der Separatisten in den Provinzen Katanga und Süd-Kasai – gestartet, die ebenfalls finanziert sein wollte. Wie wenig Belgien allein in der Lage war, diese Aufgaben zu finanzieren, zeigt die Höhe des belgischen Zuschusses vom Jahr 1959 – dem ersten überhaupt in der Geschichte Belgisch-Kongos –, die sich auf gerade einmal umgerechnet rund 41,7 Mio. DM belief.<sup>484</sup> Doch stammen die Angaben zu den westdeutschen Leistungen, wie gesagt, aus ostdeutschen Quellen. In den westdeutschen Akten konnten keine Belege gefunden werden, die deren Aussagen bestätigt hätten.

<sup>480</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 20. September 1960, PA AA, MfAA, C 805/74, Fiche 1, S. 14-19.

<sup>481</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. 1961, PA AA, MfAA, A 17822, S. 5-9, hier S. 6.

<sup>482</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. 1961, PA AA, MfAA, A 17822, S. 5-9, hier S. 6. Der Wert wird in der Quelle mit 1,5 Mrd. BEF angegeben. Der Wechselkurs lag 1961 bei ca. 1 DM : 12 BEF. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 125 Mio. DM.

<sup>483</sup> Vanthemsche 2012, S. 163. Der Wert wird in der Sekundärliteratur mit 2,7 Mrd. BEF angegeben. Der Wechselkurs lag 1960 bei ca. 1 DM : 12 BEF. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 225 Mio. DM.

<sup>484</sup> Ebd. Der Wert wird in der Sekundärliteratur mit 0,5 Mrd. BEF angegeben. Der Wechselkurs lag 1959 bei ca. 1 DM : 12 BEF. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 41,7 Mio. DM.

Gleichzeitig ging das westdeutsche Außenministerium von einer baldigen Unabhängigkeit des Kongo aus. Ende der 1950er Jahre wurden die ersten, bereits im vorigen Abschnitt erwähnten, Kontakte zur künftigen politischen Elite Belgisch-Kongos geknüpft und bis zur Unabhängigkeit des Landes am 30. Juni 1960 kontinuierlich ausgebaut.

Mit der Unabhängigkeit des Kongo wurde das Generalkonsulat dann Anfang Juli zur Botschaft aufgewertet.<sup>485</sup> Die noch junge westdeutsche Botschaft befürchtete von dem zum Ministerpräsidenten gewählten Patrice Lumumba und seiner Partei, dem Mouvement National Congolais – Lumumba, eine Nationalisierung der noch jungen Republik Kongo,<sup>486</sup> von seinen Koalitionsparteien – der Parti Solidaire Africain und dem Centre de Regroupement Africain – eine kommunistische Machtergreifung. Bereits am 18. Juli telegrafierte der westdeutsche Botschafter, Hans-Jürgen Soehring, aus Léopoldville:

*„Innerpolitische Lage weiter anarchisch. [...] Premierminister [Patrice Lumumba] und Staatschef [Joseph Kasavubu] reisen im Lande umher und spielen ohne Apparat an ständig neu aufflackernden Brandherden Feuerwehr. Lage [in der separatistischen Provinz] Katanga von hier aus schwer zu übersehen, Nachrichten widersprechen sich. Unser Wahlkonsul [...] Hoekmann, [in der Hauptstadt der separatistischen Provinz Katanga,] Elisabethville, erbittet heute drahtlich meine Intervention, damit Bundesregierung Katanga als selbständigen Staat anerkennt, was er als unerlässlich bezeichnet, 'um kommunistische Aneignung zu vermeiden'. [...] Falls Opposition mit Behauptung Recht hat, daß militärische Revolte, Flucht und Panik Belgier, Aushöhlung Freundschaftspakt, Abbruch Beziehungen usw. nur erfolgreich durchgeführte Teile eines vom Ostblock gesteuerten Planes seien, so stände die mögliche weitere innenpolitische Entwicklung (Ausschaltung Parlament und Staatschef) klar unter Primat einer östlich orientierten außenpolitischen Konzeption. [...] Opposition ist überzeugt, dieses Engagement sei endgültig, Lumumba könne nicht mehr zurück, Ostblock habe auf Basis Kongos eine erste große Afrikaoffensive vor, auf die im übrigen [der mit dem Sozialismus liebäugelnde Staatspräsident der Republik Guinea, Ahmed] Sékou Touré[,] nur warte. Lumumba und seine Leutnants [Antoine] Gizenga (Ministerpräsident Stellvertreter) und [Anicet] Kashamura ([Minister für] Information) bezeichnen sich als afrikanische Nationalisten, haben mir aber bis in letzte Zeit energisch versichert, sie sein [sic!] keine Kommunisten. Feststeht, dass letztere Beiden nicht nur selbst Ostkontakt haben, sondern solche auch laufend an ihre Gefolgschaft vermitteln (Reisen in die SBZ [Sowjetische Besatzungszone] und [in die Tschechoslowakei,] nach Prag). Es ist auch nicht zu bestreiten, daß bisheriger Verlauf 'kongolesischer Revolution' (so Gizenga gestern Rundfunk) deutlich Zuege kommunistischer Machtergreifungsmethoden zeigt (Befehl und gleich darauf Gegenbefehl, Terror gegen Zivilbevölkerung, Nachrichtensperre, Verdrehung klarer Tatbestände, Ausschaltung aller gemäßigten Elemente usw.).“<sup>487</sup>*

Tatsächlich bekleideten die Vertreter der beiden Parteien, die mit dem Mouvement National

<sup>485</sup> Gülstorff 2007, S. 27 f.

<sup>486</sup> Ebd., S. 33 f.

<sup>487</sup> Botschafter Soehring (Botschaft in der Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 18. Juli 1960, PA AA, AA, B 34, 47.

koalitierten, Regierungsposten, deren Besitz im Fall einer kommunistischen Machtergreifung von Vorteil sein konnte. Die Parti Solidaire stellte den Vize-Ministerpräsidenten, den Bildungs- und den Arbeitsminister, das Centre de Regroupement den Außenhandels- und den Informationsminister, sowie – zusammen mit dem Mouvement National – den Minister für Jugend und Sport.<sup>488</sup> Lumumba und sein Mouvement National schienen der westdeutschen Botschaft als Partner zwar akzeptabel, der zum Staatspräsidenten gewählte Joseph Kasavubu und seine Alliance des Bakongo, für eine künftige Zusammenarbeit am Congo aber doch die bessere Wahl.<sup>489</sup>

Einer Entscheidung zwischen einem der beiden politischen Machtblöcke mussten sich die Botschaft und das Auswärtige Amt aber niemals stellen. Keine zwei Wochen nachdem Belgisch-Kongo in seine Unabhängigkeit entlassen worden war, am 11. Juli, rief der Ministerpräsident, der durch Kupfererzbergbau reich gewordenen Provinz Katanga, Moïse Tshombé, die Unabhängigkeit seines Herrschaftsgebiets von der Republik Kongo aus. Schon mit dem schlechten Abschneiden seiner Partei, der Confédération des Associations tribales du Katanga, bei den Wahlen zum Nationalparlament war er unzufrieden gewesen. In keinem Fall wollte er mit ansehen, wie die auf eine Zentralisierung der Republik Kongo ausgerichtete Politik des Mouvement National ihm nun auch noch seine Parteihochburg abspenstig machte. Mit dem Schritt zur Unabhängigkeit hatte er die Regierung Lumumba fürs erste geschwächt. In der Folge bemühte sich Elsie Kühn-Leitz, die bis Anfang Juli noch voll hinter Lumumba und seiner Politik gestanden hatte, Kasavubu und Tshombé zur offiziellen Ausrufung des Staatsnotstands für den Kongo zu bewegen,<sup>490</sup> damit diese sich Lumumbas auch formaljuristisch korrekt entledigen konnten. Ein offizielles Mittagessen mit Lumumba, das erste, das er als frisch ernannter Ministerpräsident gab – nur für sie, ihren Sohn Knut Kühn-Leitz, Botschafter Soehring und seinen Stellvertreter Antoine Gizenga – hatte sie zum Überdenken ihrer Position bewogen. Beiläufig hatte Lumumba seinen Gästen das Hauptziel seiner Ministerpräsidentschaft erläutert: Von seinem Plan, die kongolesischen Provinzen stärker an die Zentralregierung in Léopoldville zu binden, wussten sie bereits. Erstmals hörten sie nun aber, auf welche Weise er dieses Ziel erreichen wollte: durch die Auflösung sämtlicher Provinzparlamente und -regierungen und deren Ersetzung durch von ihm persönlich ernannte Gouverneure. Elsie Kühn-Leitz hatte gleich an eine Neuauflage der Vereinigten Arabischen Republik unter dessen Staatspräsident Gamal Abdel Nasser denken müssen. Auch Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier präferierte die nun aufziehende antilumumbistische Haltung und bat Bundeskanzler Konrad Adenauer, der Separation Katangas wohlwollend gegenüberzustehen. Verschlüsselt ließ Gerstenmaier an Adenauer telegrafieren:

<sup>488</sup> Aus: [http://fr.wikipedia.org/wiki/Gouvernement\\_Lumumba](http://fr.wikipedia.org/wiki/Gouvernement_Lumumba) vom 10.01.2012.

<sup>489</sup> Jovy (Botschaft in der Republik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 22. Juli 1960, PA AA, AA, B 34, 53.

<sup>490</sup> Kühn-Leitz an Auswärtiges Amt, 25. August 1960, PA AA, AA, B34, 221.

„Habe schon vor Eingang Auswärtiges Amt um fortlaufende Information über amtliche Sprachregelung gebeten. In Nairobi [, der Hauptstadt Kenias,] volle Übereinstimmung mit afrikanischen Parteiführern bei Gesprächen mit [dem Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Kai-Uwe von] Hassel[,] und mir. In Salisbury [, der Hauptstadt der Föderation von Rhodesien und Njassaland,] denkbar ruhige Beurteilung der Lage. Scharfe Verurteilung Belgiens überall – auch bei afrikanischen Politikern – wegen der unverantwortlich verfrühten Gewährung von Unabhängigkeit Kongos. Bitte dringend ihren Einfluss aufzubieten, um Drohungen Moskaus energisch zu widerstehen. Halte Selbständigkeit Katangas im übrigen jetzt für das kleinere Übel.“<sup>491</sup>

Die Unabhängigkeit Katangas war jedoch nicht nur das 'kleinere Übel', sie war Teil eines größeren Plans zur Absetzung der Regierung Lumumba und zur Verhinderung ihrer politischen Ziele. Tshombé hatte die Unabhängigkeit Katangas nicht auf eigene Faust ausgerufen. Der Schritt war von langer Hand von Kritikern und Kontrahenten Lumumbas – unter ihnen auch Staatspräsident Kasavubu – geplant und inszeniert worden. Einen zusätzlichen Bündnispartner gewannen sie in dem Vorsitzenden des *Mouvement National Congolaise* – Kalonji, Albert Kalonji, der am 8. August in seiner Parteihochburg, der an Diamantenvorkommen reichen Provinz Kasai, die Unabhängigkeit des Bergbaustaats Süd-Kasai ausrief. Unterstützung hatten sie alle bei der belgischen Regierung unter Ministerpräsident Gaston Eyskens gefunden, die, um ein schnell herbeigeredetes 'Chaos' im Kongo zu verhindern, bereits kurz nach Tshombés Ausrufung der Unabhängigkeit Katangas, belgische Truppen in den Provinzen Katanga und Kasai – bereits am 14. Juni hatte Albert Kalonji einen autonomen Status für den Süd-Kasai beansprucht – intervenieren ließ. Die Bundesrepublik war in diese Intervention zwar nicht direkt involviert, ganz unbeteiligt war sie aber auch nicht. Einige Einheiten der belgischen Armee waren aus Belgien in den Kongo entsandt worden. Das Gros der Truppen wurde aber aus der BRD eingeflogen, wo sie zu Beginn der Kongo-Krise noch als Teil der Streitkräfte der *North Atlantic Treaty Organization* ihren Dienst verrichtet hatten.<sup>492</sup> Direkt war die Bundesrepublik dafür an der Stärkung antilumumbistischer Kräfte beteiligt. Im Fokus der westdeutschen Unterstützung standen die Alliance und ihr Vorsitzender, Staatspräsident Kasavubu. Doch auch abseits der Alliance wurden tatkräftig Gelder investiert – auch weit über Lumumbas Ermordung im Frühjahr 1961 hinaus – um die weitere Verbreitung seiner Ideen und Vorstellungen, des sogenannten Lumumbismus, zu stoppen. Bis Ende der 1960er Jahre wurden sogenannte finanzielle und materielle 'Spenden für Medikamente und Lebensmittel' – gelegentlich wurden sie

---

<sup>491</sup> Präsident Gerstenmaier (Bundestag) an Kanzler Adenauer (Bundeskanzleramt), 18. Juli 1960, PA AA, AA, NL, von Etzdorf, 213-3.

<sup>492</sup> Gülstorff 2007, S. 33 f.

auch als Spenden für 'Erdbeben'<sup>493</sup> und 'Hochwasserschäden' deklariert – an antilumumbistische Mitglieder weitgehend aller auf die Regierung Lumumba folgenden Zentral-<sup>494</sup> und Provinzregierungen verteilt.<sup>495</sup> So berichtete die westdeutsche Botschaft in Léopoldville Ende 1961 über eine Hochwasserkatastrophe, welche die am Fluss Congo gelegene kongolesische Provinzhauptstadt Stanleyville in Mitleidenschaft gezogen hatte:

*„Gegenwärtig noch anhaltendes Hochwasser des Kongoflusses hat insbesondere in der Provinz Orientale und der Provinz Equateur zu schweren Überschwemmungskatastrophen geführt. Die Stadt Stanleyville wurde dabei besonders in Mitleidenschaft gezogen. [...] Die Vereinigten Staaten haben eine Hilfe von 10.000 Dollar und Frankreich Militärzelte zur Überwindung der ersten Not als Geschenk überreicht. Die Hilfsaktionen der genannten Staaten werden über die Vereinten Nationen im Kongo abgewickelt. Ich bitte dringend, aus politischen Gründen unverzüglich eine Geldspende in Form eines DM-Schecks, dessen Höhe sich an der amerikanischen Spende orientieren könnte, aus dem Katastrophenfonds bereitzustellen. Scheck wäre Botschaft zu übermitteln, die ihn in Gegenwart hiesigem [kongolesischem] UN-Beauftragten Ministerpräsident [Cyrille] Adoula übergeben würde.“*<sup>496</sup>

Bereits am 10. Januar konnte das Auswärtige Amt seiner Botschaft in Léopoldville berichten: *„Bundesregierung spendet für Hochwasser-Katastrophe Kongo-Republik DM 30.000,- Kassenbestand-Verstärkung ist veranlasst.“*<sup>497</sup> Dass es sich hier primär um eine Stützung antilumumbistischer Kräfte und nicht um Hilfe für die Opfer einer Hochwasserkatastrophe handelte, wird deutlich, wenn man die Höhe und die Umsetzung der 'Spende' an die Kongolesen mit ähnlichen Spenden an andere Congo-Anrainerstaaten vergleicht, deren Bevölkerung ebenfalls unter dem Hochwasser gelitten hatte. Der Fluss Congo berührt nicht nur die Landesgrenzen der Demokratischen Republik Kongo und die Stadtgrenzen der Provinzhauptstadt Stanleyville, sondern auch die Landesgrenzen der Zentralafrikanischen Republik und der Republik Kongo, sowie deren Hauptstädte Bangui und Brazzaville. Auch diese beiden Staaten erhielten finanzielle Unterstützungen. Doch fielen sie bedeutend bescheidener aus als diejenige für Stanleyville und wurden auch unter deutlich schärferen Konditionen vergeben. Vom Parlament der Republik Kongo wurde verlangt, bis zum Jahresende eine Abrechnung über die genaue Verwendung der Mittel

<sup>493</sup> Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo an Auswärtiges Amt, 31. Mai 1966, PA AA, AA, B 92, 363.

<sup>494</sup> Referatsleiter Kunisch – Referat Kirchliche Beziehungen zum Ausland, kulturelle Aufgaben karitativer Art, Medizinalangelegenheiten (Auswärtiges Amt) an Referat Haushalt und Finanzen (Auswärtiges Amt), 6. Dezember 1960, PA AA, AA, B 92, 143.

<sup>495</sup> Botschafter Müllenheim-Rechberg (Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 11. Juni 1965, PA AA, AA, B 92, 362.

<sup>496</sup> Munzel (Botschaft in der Bundesrepublik Kongo) an Referat Chiffrier- und Fernmeldewesen (Auswärtiges Amt), 30. Dezember 1961, PA AA, AA, B 92, 143.

<sup>497</sup> Stellvertretender Abteilungsleiter Hilgard – Abteilung Kultur (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Bundesrepublik Kongo, 10. Januar 1962, PA AA, AA, B 92, 143.

vorzulegen. Dies war in der Zentralafrikanischen Republik zwar nicht der Fall, doch war die finanzielle Unterstützung hier auch besonders gering ausgefallen.

Trotz der zahlreichen Unterstützungsleistungen des westdeutschen Staates – von denen einige bereits genannt, viele weitere in späteren Abschnitten noch ausführlich dargelegt werden sollen – und der wachsenden Zahl von Fürsprechern einer härteren Linie gegen die Regierung Lumumba in der Bonner Politik, vertraten die westdeutschen Diplomaten in Léopoldville und im Außenministerium einen deutlich gemäßigten Standpunkt. Schon im September 1960, als es zum offenen Machtkampf zwischen Lumumba und Kasavubu gekommen war – in dessen Folge der Stabschef der kongolesischen Armee, Joseph-Désiré Mobutu, putschte und Lumumba gefangen nahm – ruderte die westdeutsche Botschaft in Léopoldville zurück und stufte die Gefahr einer kommunistischen Machtergreifung in ihren Analysen nur noch als gering ein. Am 19. September meldete Botschafter Soehring dem Auswärtige Amt:

*„Mit den turbulenten Ereignissen, die der Unabhängigkeit des Kongo folgten, ist das vordem nur als mögliche Gefahr erkennbare Problem der kommunistischen Infiltration zur aktuellen Frage geworden. Allerdings haben die Tätigkeit sowjetischer Diplomaten und Experten der verschiedenen Fachrichtungen sowie die mannigfaltigen Aktivitäten der Tschechoslowakei durch die Lupe westlicher Presseberichterstatte eine Vergrößerung erfahren, die manchmal eher den Bedürfnissen des amerikanischen Wahlkampfes [von 1960 zwischen John F. Kennedy und Richard Nixon] als der Darstellung der tatsächlichen Lage zu entsprechen scheint.“*<sup>498</sup>

Als im Dezember 1960 dann aber Lumumbas Stellvertreter, Antoine Gizenga, mit zahlreichen Anhängern Lumumbas aus Léopoldville nach Stanleyville, die Parteihochburg des Mouvement National, floh, die sogenannte Freie Republik Kongo ausrief, sich zu ihrem Ministerpräsident erklärte und eine Gegenregierung zu der von Mobutu nach Lumumbas Verhaftung eingesetzten Übergangsregierung bildete, sah auch das westdeutsche Außenministerium die Zeit zum Handeln gekommen.

Es meinte, der neuen Situation am besten durch eine 'Infiltration' der 'feindlichen Reihen' begegnen zu können.<sup>499</sup> Über den Wahlkonsul in Stanleyville, Herrn von Prittwitz, wurden Mitglieder und Anhänger der Regierung Gizenga durch 'Stipendien' an das westliche Lager herangeführt, das Parteiorgan des Mouvement National, *Uhuru*, durch 'Schaltung' von Artikeln – finanziert über Werbeanzeigen westdeutscher Unternehmen – politisch auf pro-westliche Linie gebracht.<sup>500</sup>

<sup>498</sup> Botschafter Soehring (Botschaft in der Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 19. September 1960, PA AA, AA, B 68, 104.

<sup>499</sup> Auswärtiges Amt an Minister Brentano (Auswärtiges Amt), o.T. Februar 1961, PA AA, AA, B 130, 3857.

<sup>500</sup> Botschafter Böttger (Botschaft in der Freien Republik Kongo) an Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 15. September 1961, PA AA, MfAA, A 14194, Fiche 2, S. 106.

Sicherlich nicht ganz ohne Unterstützung westdeutscher staatlicher Stellen – wahrscheinlich des Bundesnachrichtendienstes, auch wenn sich hierzu in den Akten keine Belege finden lassen – traten zudem westdeutsche Handelsunternehmen mit der, zumindest in monetärer Hinsicht – Gold und Diamanten waren in den Schließfächern der Bank von Stanleyville in Überfluss vorhanden – illiquiden Regierung Gizenga in Kontakt. Sie erklärten sich bereit, die nach zahlreichen Beschlagnahmungen durch Anhänger der Regierung Gizenga gut gefüllten Warenlager der Freien Republik aufzukaufen. So verhandelte der Unternehmer Rudi Stärker mit dem Generalsekretär des Außenministeriums der Regierung Gizenga, André Mandi, über die Möglichkeit des vollständigen Aufkaufs sämtlicher Baumwollbestände der Freien Republik.<sup>501</sup> Gleichzeitig bemühten sich die Deutsche Afrika-Gesellschaft und konservative gesellschaftliche Kreise der Bundesrepublik um eine Unterstützung von Tutsi-Flüchtlingen, die in den Ostkongo geströmt waren, nachdem sich in Ruanda die Ethnie der Hutu gegen sie erhoben hatte. Das Elend und Chaos in ihren Flüchtlingslagern bot ideale Voraussetzungen für die Bildung von Banden und Rebellengruppierungen. Mit westdeutscher Unterstützung sollte ein unnötiger Unruheherd gelöscht, der Regierung Gizenga ein zusätzlicher Pool ruandischer Söldner entzogen werden.<sup>502</sup>

Auch mit der Regierung von Moïse Tshombé im separatistischen Katanga unterhielt das Auswärtige Amt lose Kontakte. Sie wurden über das dortige westdeutsche Wahlkonsulat, sowie die westdeutschen Botschaften in der Demokratischen Republik Kongo<sup>503</sup> und der Föderation von Rhodesien und Njassaland gepflegt.<sup>504</sup> Nach der militärischen Niederschlagung der Sezession Katangas im Jahr 1963 durch Militäreinheiten der Vereinten Nationen und der anschließenden Flucht Tshombés ins spanische Exil wurden sie über die westdeutsche Botschaft in Madrid aufrecht erhalten.<sup>505</sup> Die Kontakte der Bundesrepublik nach Katanga waren der Zentralregierung in Léopoldville durchaus bekannt. Lumumba hatte schon im September 1960 im Nationalparlament den Abgeordneten und der interessierten Öffentlichkeit von einem angeblichen Geheimabkommen zwischen der Regierung Tshombé und der Bundesregierung berichtet. In einem Entwurf für eine Erklärung des ostdeutschen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten zu den Aktivitäten der Bundesrepublik während der Kongo-Krise hieß es hierzu:

*„Ministerpräsident Lumumba erklärte im September 1960, dass ein Geheimabkommen zwischen Bonn und den [sic!] Separatisten und Mörder Tschombe [sic!] abgeschlossen worden ist. Darin verpflichtete*

<sup>501</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 22. Februar 1961, PA AA, MfAA, A 17294, Bd. 1, Fiche 2, S. 118-121.

<sup>502</sup> Schneider an Auswärtiges Amt, 27. Dezember 1960, PA AA, AA, B 34, 332.

<sup>503</sup> Gülstorff 2007, S. 35 f.

<sup>504</sup> Schubert (Generalkonsulat in der Föderation von Rhodesien und Njassaland) an Auswärtiges Amt, 10. September 1960, PA AA, AA, B 34, 50.

<sup>505</sup> Gülstorff 2007, S. 62.



sich die Bonner Regierung, wirtschaftliche, technische und militärische 'Hilfe' zu leisten. Als Gegenleistung wurde ihr gestattet, sich an der Ausbeutung der [katangischen] Uranvorkommen zu beteiligen.<sup>506</sup>

Ein Beleg, der diese Anschuldigung hätte bestätigen können, konnte in den für diese Arbeit eingesehenen Akten nicht gefunden werden. Doch scheint der Vorwurf einer westdeutsch-katangischen Kooperation auch nicht ganz aus der Luft gegriffen gewesen zu sein. Im Frühjahr 1961 gab ein Berater Tshombés, Alexandre Belina, dem Nachrichtendienst *United Press International* ein Interview, in dem er erklärte, dass sich mittlerweile 42% der Aktien des größten katangischen Unternehmens, der *Union Minière du Haut Katanga*, in den Händen westdeutscher Anteilseigner befänden.<sup>507</sup> Nun lässt sich auch diese Aussage wieder nicht mit Belegen aus westdeutschen Akten erhärten, doch existiert dafür in den Akten des ostdeutschen Außenministeriums ein Bericht, in dem von 200 Mio. DM die Rede ist, welche die westdeutsche Deutsche Bank bis 1961 in der Demokratischen Republik Kongo investiert haben soll.<sup>508</sup> 200 Mio. DM ist nun wiederum eine Summe, die um 1961 tatsächlich ungefähr dem Wert eines 42%-igen Aktienanteils an der Union Minière – die zu dieser Zeit in Aktien im Wert zwischen 5 Mrd. BEF und 8 Mrd. BEF, also ungefähr zwischen 400 Mio. DM und 640 Mio. DM aufgeteilt war – entsprochen haben dürfte. Dies würde auch erklären, wieso die westdeutsche Wirtschaft sich einen erheblichen Anteil am wohl wichtigsten Exportprodukt der Union Minière und Katangas sichern konnte: den Kupfer- und Coltanerzen. Diese wurden zwar zunächst nach Belgien ausgeführt, wo sie weiterverarbeitet wurden, gelangten dann aber – hierauf wird in einem späteren Abschnitt noch zurückzukommen sein – in ungewöhnlich hohem Umfang zum Endverbrauch in die Bundesrepublik. Sollte die ostdeutsche Behauptung zutreffen, hätte die Deutsche Bank – und damit auch die Bundesrepublik –, da die Union Minière der bei weitem größte Geldgeber der Regierung Tshombé war,<sup>509</sup> in der Separation der Provinz Katanga und der Ausweitung der Kongo-Krise eine weitaus größere Rolle gespielt als bislang angenommen. Dies würde auch erklären, wieso im November 1960 der Verteidigungsminister Katangas, Joseph Yav, zur Anwerbung europäischer Söldner ausgerechnet in die Bundesrepublik reiste. Katanga verfügte zu Beginn seiner Sezession nur über eine schwache Verteidigung und war auf die Eingliederung erfahrener Kämpfer in seine Verbände angewiesen. Im Entwurf einer Erklärung des ostdeutschen Außenministeriums zur westdeutschen Kongo-Politik hieß es zum Besuch Yavs in der Bundesrepublik:

<sup>506</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. 1961, PA AA, MfAA, A 17822, S. 5-9, hier S. 6-7.

<sup>507</sup> Gülstorff 2007, S. 47-50.

<sup>508</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. 1961, PA AA, MfAA, A 17822, S. 5-9, hier S. 6.

<sup>509</sup> Kühn-Leitz an Auswärtiges Amt, 23. November 1962, PA AA, AA, B 68, 157.

*„Der scheinheilige Charakter der Erklärung der Bonner Regierung [unter Bundeskanzler Konrad Adenauer] wird weiterhin durch die Tatsache unterstrichen, dass mit ihrer Billigung westdeutsche Söldner, ehemalige SS-Verbrecher, Kriminelle und Abenteurer eine aktive Rolle in der Fremdenlegion Tschombes spielen. [...] Es ist bekannt, dass im November 1960 der sogenannte Verteidigungsminister der Provinz Katanga[, Joseph] Yav[, ] mit offiziellen Vertretern der Bonner Regierung über die Anwerbung von Fachleuten für die Armee von Katanga verhandelt hat. Yav erklärte am 19.11.60 in Brüssel [gegenüber der Presse], dass seine Schritte in der Bundesrepublik zu greifbaren Ergebnissen geführt hätten. Er habe zahlreiche Freiwillige gefunden, die bereit seien, sich in den Dienst der Regierung Katangas zu stellen.“<sup>510</sup>*

Dass Yav sich mit offiziellen Vertretern der Bundesrepublik traf ist eher unwahrscheinlich. In westdeutschen Akten konnten hierfür zumindest keinerlei Belege gefunden werden. Tatsächlich wurde in Folge von Yavs 'Werbereise' aber mindestens ein Anwerbebüro Katangas in der Bundesrepublik eröffnet. Als am 7. April 1961 30 Söldner Katangas im kongolesischen Kabolo von Einheiten der Vereinten Nationen überwältigt und verhaftet wurden, gaben sie bei ihren anschließenden Verhören zu Protokoll, von der Existenz einer solchen Anwerbestelle in der Bundesrepublik zu wissen. Der Söldner James Finley-Bisset habe von der Regierung Tshombé umgerechnet 35.100 DM für deren Aufbau erhalten.<sup>511</sup> Westdeutsche Akten belegen zudem, dass sich Interessierte direkt beim Auswärtigen Amt in Bonn melden konnten, das ihre Bewerbungsersuchen dann an die dortige Botschaft der Republik Kongo – ob an die Botschaft der Kongolesischen Republik, die zu dieser Zeit inoffiziell mit der Regierung Tshombé paktierte, oder an die dortige Botschaft der Republik Kongo, an der sich dann antilumumbistische Kräfte befunden haben müssen, wird aus den Akten nicht ganz ersichtlich – weiterreichte.<sup>512</sup> Auch dem katangischen Erwerb westdeutscher Fahrzeuge, die nachweislich militärisch gegen die Truppen der Vereinten Nationen zum Einsatz kamen, wurde von Seiten der Bundesregierung kein Widerstand entgegengebracht. Flugzeuge konnte Elisabethville problemlos von Dornier und Bölkow, Jeeps und Unimogs von AUTO-UNION und Daimler-Benz beziehen.<sup>513</sup>

Doch hielt sich die Bundesrepublik mit ihrer Politik gegenüber all diesen Rebellen und Separatisten stets im Hintergrund. Offene Unterstützung durch westdeutsche staatliche Stellen genoss lediglich der Senator im kongolesischen Parlament, Cyrille Adoula, der Mitte 1961, nach einer

<sup>510</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, A 17822, S. 7.

<sup>511</sup> Gülstorff 2007, S. 47-50. Der Wert wird in der Quelle mit 3000 Pfund Sterling angegeben. Der Wechselkurs lag 1960 bei ca. 1 DM : 0,085 Pfund Sterling. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 35.100 DM.

<sup>512</sup> Bewerber Mazanek an Auswärtiges Amt [weitergeleitet an 'Botschaft der Republik Kongo' in Bonn], 18. November 1960, PA AA, AA, B 34, 64.

<sup>513</sup> Ebd., S. 50-54.

mehrmonatigen Übergangsregierung, in einer neuen, von Staatspräsident Joseph Kasavubu ernannten, Zentralregierung das Amt des Ministerpräsidenten übernahm. Die westdeutsche Unterstützung für seine Regierung umfasste Technische Hilfe und Kapitalhilfe, sowie ein Soforthilfedarlehen und eine Nahrungsmittelspende über je 10 Mio. DM.<sup>514</sup> Möglicherweise wurden zudem Adoulas Partei, der im Oktober 1961 von ihm gegründeten *Parti Démocrate Congolais*, getarnt als westdeutsches Entwicklungshilfeprojekt, Fahrzeuge für den Wahlkampf und zur privaten Nutzung der Parteiführung überlassen.<sup>515</sup> Selbst die bislang stets bevorzugte Alliance des Bakongo wurde nun ihm und seiner Politik untergeordnet. So stellte die westdeutsche Botschaft in Léopoldville 1962 fest:

*„Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen, daß Herr Nzeza-Nlandu [Abgeordneter der Alliance und Leiter des kongolesischen Geheimdienstes] in den letzten Tagen sich eifrig darum bemüht hat, die an sich eigentlich regierungsfreundliche ABAKO (Alliance des Bakongo), deren Präsident er früher einmal war, gegen die Regierung Adoula aufzuhetzen. Tatsächlich ist es ihm gelungen, verschiedene Abgeordnete der ABAKO zur Unterzeichnung des Mißtrauensantrages an die Regierung und andere wiederum zur Abstimmung für den Mißtrauensantrag zu bewegen. In der Debatte griff er selbst sehr aktiv ein und hielt sich nicht davon zurück, die Regierung völlig unbegründet anzuschuldigen. [...] Ich bitte dringend darum, alle Stellen, durch die Nzeza-Nlandu, soweit hier bekannt, finanziell und anderweitig unterstützt wird, von der äußert unerfreulichen Rolle, die er in der letzten Zeit spielt, zu unterrichten. Seine zahlreichen Reisen nach Deutschland [zum Bundesnachrichtendienst], die ihn hier bereits suspekt machten, sollten nach hiesiger Ansicht eingeschränkt werden.“*<sup>516</sup>

Gleichzeitig begann die BRD, sich finanziell an der Operation der Vereinten Nationen im Kongo, der sogenannten UNOC-Mission, deren Ziel die Stabilisierung der Zentralregierung war, zu beteiligen. Eigens für die Bundesrepublik, die ja, wie die DDR, kein Mitglied der Vereinten Nationen war, wurde hierzu, auf Wunsch der Vereinigten Staaten, die technische Regelung zur Finanzierung solcher Missionen umgeschrieben.<sup>517</sup> So konnte sich die BRD letztlich, mit 12 Mio. DM am Kongo-Fonds der Vereinten Nationen<sup>518</sup> und mit 48 Mio. DM an von den Vereinten Nationen ausgegebenen Kongo-Anleihen beteiligen.<sup>519</sup>

Als dann 1964 Moïse Tshombé aus dem Exil zurückgerufen und von Staatspräsident Kasavubu zum

<sup>514</sup> Ebd., S. 63-67.

<sup>515</sup> Huber (Botschaft in der Bundesrepublik Kongo) an Auswärtiges Amt, 16. Juli 1964, PA AA, AA, B 68, 242.

<sup>516</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kongo an Auswärtiges Amt, 4. Dezember 1962, PA AA, AA, B 68, 25.

<sup>517</sup> Gülstorff 2007, S. 47-50.

<sup>518</sup> Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York an Auswärtiges Amt, 4. Oktober 1961, PA AA, AA, B 68, 19. Der Wert wird in der Quelle mit 3 Mio. US-Dollar angegeben. Der Wechselkurs lag 1961 bei ca. 1 DM : 0,25 US-Dollar. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 12 Mio. DM.

<sup>519</sup> Minister Dahlgrün (Bundesministerium der Finanzen) an Minister Schröder (Auswärtiges Amt), 11. September 1963, PA AA, AA, B 68, 201. Der Wert wird in der Quelle mit 12 Mio. US-Dollar angegeben. Der Wechselkurs lag 1963 bei ca. 1 DM : 0,25 US-Dollar. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 48 Mio. DM.

neuen Ministerpräsidenten ernannt wurde, um die wachsende Zahl von Rebellengruppen, die im Osten des Landes eine Volksrepublik ausgerufen hatten, zu dezimieren, erhielt er aus der Bundesrepublik einen ähnlich starken Rückhalt wie vor ihm Adoula. Bis zu seiner Amtsenthebung durch Kasavubu im Oktober 1965, besuchte er dreimal die Bundesrepublik. 1964 wurde er bei einem Besuch der BRD sogar von Bundespräsident Heinrich Lübke, Bundeskanzler Ludwig Erhard und Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier empfangen.<sup>520</sup> Über die westdeutsche Privatwirtschaft organisierte er dem Kongo einen größeren Finanzkredit, Waffenlieferungen und frische westeuropäische Söldner, die er dringend für seine Militäroperationen im Ostkongo benötigte. Auch ein Anwerbebüro, dessen Anwesenheit, wenn auch offiziell verurteilt, inoffiziell erneut toleriert wurde, befand sich nun wieder in der Bundesrepublik.<sup>521</sup> Und wieder ließen westdeutsche Kreise eine Hilfsaktion für die ruandischen Flüchtlinge in der Demokratischen Republik Kongo anlaufen. Die westdeutsche Botschaft in Léopoldville meldete ihrem Außenministerium:

*„[kongolesisches] aussenministerium hat sich mit verbalnote vom 31.3. darueber beklagt, dass nicht naeher bezeichnete westdeutsche kreise angeblich ohne einschaltung hiesiger zentralregierung [unter Ministerpräsident Cyrille Adoula] unmittelbar ueber bukavu hilfsaktionen fuer rwandische [Tutsi-] fluechtlinge durchgefuehrt haetten, aussenministerium weist darauf hin, dass hilfsaktionen jeder art, auch wenn fuer auslaendische fluechtlinge bestimmt, ueber zentralregierung geleitet werden muessen, und bittet bundesregierung, fuer einhaltung dieses prinzip, das umgehung eventuellen einfuhrverbots verhindern soll, Sorge zu tragen.“<sup>522</sup>*

Wieder bemühte sich das Auswärtige Amt, gemäßigte Kräfte zu fördern und die Bewegung zu spalten. Über die westdeutsche Botschaft im burundischen Bujumbura knüpfte das Auswärtige Amt Kontakt zu den Rebellen. 1965 berichtete der erste Sekretär des ostdeutschen Generalkonsulats in der Vereinigten Arabischen Republik, Werner Schedlich, dem ostdeutschen Außenministerium von einem Gespräch, das er mit dem ehemaligen Privatsekretär Lumumbas, nun Präsident der rebellierenden Volksrepublik Kongo, Christophe Gbenye, geführt hatte:

*„Auf die Frage, ob es stimme, daß [der Verteidigungsminister der Volksrepublik Kongo, Gaston] Soumialot[,] in Bujumbura [in Burundi] Verbindungen zur WD-Botschaft hatte, sagte Gbenye, daß ihm darüber Briefe als Beweise vorlägen. Soumialot hätte nicht nur mit der westdeutschen, sondern auch mit der USA-Botschaft Kontakt gehabt. Die Imperialisten würden alles tun, um die revolutionäre Bewegung zu spalten.“<sup>523</sup>*

<sup>520</sup> Gülstorff 2007, S. 55 f.

<sup>521</sup> Gülstorff 2007, S. 63-73.

<sup>522</sup> Munzel (Botschaft in der Bundesrepublik Kongo) an Auswärtiges Amt, 4. April 1964, PA AA, AA, B 68, 242.

<sup>523</sup> 1. Sekretär Schedlich (Generalkonsulat in der Vereinigten Arabischen Republik) an Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Information (Ministerium für

Ende 1965 hatte Oberst Joseph-Désiré Mobutu genug von der Politik Staatspräsident Kasavubus, putschte erneut, machte sich selbst 1966 zum Staatspräsidenten und ernannte nun selbst eine ihm genehme Regierung. Seine Beziehungen zur Bundesrepublik blieben zunächst durch deren Kontakte zu kongolesischen Oppositionellen und Tshombé – Mobutus größtem Konkurrenten, der nach seiner Entlassung sogleich wieder ins spanische Exil zurückgekehrt war – belastet.<sup>524</sup> Ein Staatsbesuch Mobutus in der BRD im Jahr 1969 besserte seine Stimmung dann aber merklich und führte zum Abschluss mehrerer westdeutsch-kongolesischer Abkommen. Zudem willigte Mobutu ein, die Frage der diplomatischen Anerkennung der DDR durch die Demokratische Republik Kongo bis auf weiteres auf Eis zu legen. Tatsächlich sollte Zaïre, wie sich der Staat seit 1970 nannte, erst nach der im Dezember 1972 erfolgten Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages mit der DDR in diplomatische Beziehungen treten.<sup>525</sup> Insgesamt spielten der deutsch-deutsche Gegensatz und die Hallstein-Doktrin aber eine allenfalls marginale Rolle in den deutsch-zaïrischen Beziehungen. Der diplomatische Reiseverkehr auf höchster ministerialer Ebene nahm zu Beginn der 1970er Jahre zwar merklich zu, doch dies hatte andere Gründe. 1971 besuchten Außenminister Walter Scheel, 1973 Entwicklungshilfeminister Erhard Eppler, Anfang<sup>526</sup> und Mitte 1975<sup>527</sup> der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Hans-Jürgen Wischnewski, Zaïre. Mobutu stattete der BRD 1973 und 1974 einen Besuch ab. Letzterer zog sich sogar einen ganzen Monat hin<sup>528</sup> – was die Intensität, welche die bilateralen Beziehungen mittlerweile erreicht hatten, unterstreicht. Auch wurde eine jährlich tagende gemischte Kommission, zur Verhandlung der drängendsten zwischenstaatlichen Fragen, eingerichtet.<sup>529</sup> All diese Besuche und Gegenbesuche hatten letztlich nur ein Motiv zum Gegenstand: die Befriedigung des wachsenden Rohstoffbedarfs der westdeutschen Wirtschaft und die Sicherung der bislang von ihr in Zaïre getätigten Investitionen. So dienten Staatssekretär Wischnewskis Reisen der Konkretisierung von Verhandlungen über den langfristigen Rohstoffbezug aus und die Verlagerung von westdeutschen Produktionsstätten nach Zaïre. In den Aufzeichnungen von Wischnewskis Dolmetscher findet sich eine Besprechung mit dem Staatskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Zaïres, Mandungu Bula, in der es hierzu hieß:

---

Auswärtige Angelegenheiten), 14. August 1965, PA AA, MfAA, C 790/74, Fiche 1, S. 74.

<sup>524</sup> Gülstorff 2007, S. 84 ff.

<sup>525</sup> Gülstorff 2007, S. 91 ff.

<sup>526</sup> Botschaftsrat Plettner (Botschaft in der Republik Zaïre) an Sektion Ostzentralafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung BRD (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 18. März 1975, PA AA, MfAA, C 6252, Fiche 1, S. 5.

<sup>527</sup> Dolmetscher Iwohn an Auswärtiges Amt, 4. Juli 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108376.

<sup>528</sup> Gülstorff 2007, S. 88 ff.

<sup>529</sup> Gülstorff 2007, S. 97 ff.

*„Anschließend erläuterte er [Staatssekretär Wischnewski] die Mission, die er vom BK [von Bundeskanzler Helmut Schmidt,] erhalten habe und die ihn in die Teilnehmerländer der Pariser Konferenz [die Pariser Vorkonferenz über die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1975,] führen werde, um u.a. die Vorstellung dieser Länder kennenzulernen und sie einzubringen in die Sitzung des Europäischen Rats am 16./17.7. Es sei heute die Auffassung, dass auch über Rohstoffe gesprochen werden müsse, wobei die Form dieser Gespräche noch festzulegen sei. In diesem Zusammenhang erläuterte er die wirtschl. Situation in der Bundesrepublik. Angesichts der weltweiten Rezession müsse etwas unternommen werden. Die Bundesrepublik wolle ihre bislang geübte Zurückhaltung aufgeben und die ihr zufallende Verantwortung übernehmen. [...] Der Herr Staatsminister verwies auf die Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt: der hohe Anteil von ausländischen Arbeitnehmern (7 Mill) sei auf die Dauer nicht tragbar. Daher werde die deutsche Wirtschaft nach der Überwindung der augenblicklichen Krise gezwungen sein, die Produktion in anderen Ländern zu fördern.“<sup>530</sup>*

Mit dieser Strategie hoffte Wischnewski wohl auch, die von Mobutu 1970 eingeforderte Politik der Zäirisierung nicht-zäirischer Privatunternehmen – eine Art Enteignung, bei der einflussreiche Zäirer zu Besitzern bislang ausländischer Unternehmen gemacht wurden – zügeln zu können. 1973 hatte die Zäirisierung auch einige westdeutsche Unternehmen erfasst. Da zwischen Zaire und der Bundesrepublik aber ein Investitionsschutzabkommen bestand, drohten die westdeutschen Unternehmen der Bundesregierung nun, im Fall einer endgültigen Enteignung Schadensersatzforderungen gegen sie geltend zu machen. Einen solchen Präzedenzfall wollte die Bundesregierung um jeden Preis verhindern. 1975 kam dann noch eine zweite ökonomische Frage auf den diplomatischen Verhandlungstisch. Die Weltwirtschaftskrise hielt Einzug in die zäirische Wirtschaft – und damit auch in das ohnehin knapp bemessene Staatsbudget Zaires. Eine multilaterale Umschuldung, nicht zuletzt auch deutscher Kredite, wurde erforderlich. In einem Bericht des Auswärtigen Amtes hieß es hierzu:

*„Bei dem Besuch einer zäirischen Regierungsdelegation am 13.10.1975 im AA [Auswärtigen Amt] und BMZ [Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung] wurde u.a. auch das Problem der Zahlungsrückstände behandelt und an die deutsche Seite der Wunsch nach einer Umschuldung auf bilateralem Wege herangetragen. Hierbei wurde auf bereits geschlossene Vereinbarungen über einen Zahlungsaufschub mit Frankreich und Belgien verwiesen [...], ähnliche bilaterale Regelungen strebe man auch mit den anderen Hauptgläubigerländern (USA, Italien) an. Eine Expertengruppe des IWF [Internationaler Währungsfonds] und der Weltbank sei in Kinshasa [mit der Zäirisierung war der Name der Hauptstadt Léopoldville in Kinshasa geändert worden], um ein Stabilisierungsprogramm auszuarbeiten, das nach Billigung durch die zäirische Regierung den Gläubigerländern vorgelegt werden solle. Zu dem Umschuldungsersuchen der zäirischen Delegation*

<sup>530</sup> Dolmetscher Iwohn an Auswärtiges Amt, 4. Juli 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108376.

*wurde nicht endgültig Stellung genommen, jedoch erläutert, daß von deutscher Seite eine multilaterale Lösung vorzuziehen sei.*<sup>531</sup>

So waren es vor allem Fragen ökonomischer Natur, welche die westdeutsche Diplomatie in der Demokratischen Republik Kongo Mitte der 1970er Jahre bestimmten.

*d) 'Klassen'kampf um neue Märkte – Ostdeutsche Diplomatie in der Demokratischen Republik Kongo*

Ende August 1960 reiste eine dreiköpfige Delegation des ostdeutschen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten unter Leitung des Botschaftsrats der ostdeutschen Botschaft in der Sowjetunion, Ferdinand Thun-Hohenstein, und getarnt als Mitglieder einer tschechoslowakischen Ärztedelegation in die Demokratische Republik Kongo.<sup>532</sup> Sie sollte mit der Regierung Lumumba über die Erlaubnis zur Errichtung einer Handelsvertretung und den Abschluss mehrerer Regierungsabkommen verhandeln.<sup>533</sup> In Absprache mit den bereits im Kongo tätigen Botschaften der Sowjetunion und der Tschechoslowakei, sowie der belgischen kommunistischen Partei, wurden hierzu bis weit in den September hinein Gespräche mit Mitgliedern der Regierung Lumumba geführt. Tatsächlich erklärte diese sich am Ende mit der Errichtung einer ostdeutschen Handelsvertretung in Léopoldville einverstanden.<sup>534</sup> Daneben verhandelte die ostdeutsche Delegation mit einigen Vertretern der belgischen kommunistischen Partei, die im Kongo als Berater einzelner Kabinettsmitglieder der Regierung Lumumba wirkten. Ihnen wurde die Zusage gemacht, in Kürze ostdeutsche Berater an das kongolesische Wirtschafts- und Planungsministerium zu entsenden.<sup>535</sup> Zu den radikalen sozialistischen Kräften des Kabinetts Lumumba, wie Informationsminister Anicet Kashamura vom Centre de Regroupement Africain, der für den Osten des Landes bereits an Plänen zur sofortigen Einführung des realen Sozialismus arbeitete, wahrte die Delegation dagegen Abstand.<sup>536</sup> Damit lag sie ganz auf Linie der Sowjetunion,<sup>537</sup> die sich unter keinen Umständen in die Abenteuer einer

<sup>531</sup> Schneider (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 3. November 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103053.

<sup>532</sup> Hauptreferent Kern – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilungsleiter Büttner – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Hauptreferent Kern – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 10. August 1960, PA AA, MfAA, C 798/74, Fiche 2, S. 156.

<sup>533</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 8. August 1960, PA AA, MfAA, C 798/74, Fiche 2, S. 159-162.

<sup>534</sup> Sonderbevollmächtigter Thun-Hohenstein an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel, 22. August 1960, PA AA, MfAA, C 798/74, Fiche 2, S. 138-139.

<sup>535</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 12. September 1960, PA AA, MfAA, A 17288, Fiche 1, S. 12-13.

<sup>536</sup> Sonderbevollmächtigter Thun-Hohenstein an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel, 25. August 1960, PA AA, MfAA, C 798/74, Fiche 2, S. 122.

<sup>537</sup> Sonderbevollmächtigter Thun-Hohenstein an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Zentralkomitee

kleinen Gruppe revolutionärer Radikaler hineinziehen lassen wollte. Für solche Spiele war ihr der Erhalt ihrer gerade erst gewonnenen Einflussphäre im Kongo zu wichtig. So hielt sich die Sozialistische Staatengemeinschaft auch weitgehend zurück, als Anfang September die Differenzen zwischen Kasavubu und Lumumba voll zum Vorschein kamen und beide Staatsmänner den jeweils anderen für abgesetzt erklärten. Lediglich Vertreter der kommunistischen Partei Belgien taten sich mit der Bestechung einiger Abgeordneter und Senatoren hervor, um Lumumba über dessen Bestätigung durch das Nationalparlament im Amt halten zu können. Das ostdeutsche Außenministerium notierte:

*„Nach einer Information, die wir von den belgischen Genossen erhielten, ist diese Sitzung beider Kammern des Parlaments so vorbereitet worden, daß einige Abgeordnete und Senatoren direkt bestochen wurden, um ihre Stimmen für Lumumba zu erhalten. So hätte Moumie [Félix-Roland Moumié, der Parteivorsitzende der Union des Populations du Cameroun, Mitglied der belgischen kommunistischen Partei<sup>538</sup> und persönlicher Berater von Ministerpräsident Lumumba<sup>539</sup>] selbst einige dieser Volksvertreter aufgesucht, um ihnen das Geld zu bringen.“<sup>540</sup>*

Nachdem das Nationalparlament Lumumba im Amt bestätigt hatte und die Anhänger Lumumbas Oberst Mobutu, der eigentlich im Auftrag Kasavubus Lumumba hatte verhaften wollen, am 15. September vorübergehend dingfest gemacht hatten, beriefen die Vertreter der belgischen kommunistischen Partei ein Treffen der Regierung Lumumba mit den Vertretern der sozialistischen Staaten ein. Auf diesem erklärte Moumié, dass nun die Zeit zum 'Losschlagen' gekommen sei. Er sprach sich dafür aus, die Gegner des Kabinetts Lumumba nun ein für allemal zu liquidieren:

*„Mobutu soll erschossen werden, die Truppen aus Thysville stehen zur Regierung und mit ihrer Hilfe soll nun der Flugplatz [von Léopoldville] besetzt werden, damit die Flugzeuge aus Stanleyville weitere der Regierung [Lumumba] ergebene Truppen nach Leopoldville fliegen können.“<sup>541</sup>*

Lumumba aber war verunsichert. Er ließ diese wahrscheinlich beste sich ihm bietende Gelegenheit, das Ruder doch noch herumzureißen, sinnlos verstreichen. Am nächsten Tag ergriffen dann

---

(Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel, 25. August 1960, PA AA, MfAA, C 798/74, Fiche 2, S. 123.

<sup>538</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 9. November 1960, PA AA, MfAA, C 798/74, Fiche 1, S. 1-3.

<sup>539</sup> Stevenson, Jamie: The Union des Populations du Cameroun and Third World Internationalism: Solidarity, Cooperation and Abandonment, 1955-1970. o.O. 2008, S. 24.

<sup>540</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 4. Oktober 1960, PA AA, MfAA, C 798/74, Fiche 1, S. 9.

<sup>541</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 4. Oktober 1960, PA AA, MfAA, C 798/74, Fiche 1, S. 14.



Kasavubu und Mobutu die Initiative – und kurz darauf die Macht. Lumumba und seine Kabinettskollegen wurden festgesetzt. Die Vertreter der sozialistischen Staaten und der kommunistischen Partei Belgiens mussten sich – zumindest fürs erste – vom Kongo verabschieden. Das sowjetische Außenministerium machte interessanterweise nicht Lumumbas Unfähigkeit, die Initiative zu ergreifen, für den Rückschlag verantwortlich, sondern dessen 'sozialistisches Abenteuerium': Zu früh und völlig unvorbereitet habe er in Stanleyville die Nationalisierung aller Privatbetriebe des Kongo gefordert.<sup>542</sup> In den Augen des sowjetischen Außenministeriums war Lumumba als Ministerpräsident des Kongo eine schlechte Wahl. So war man froh über dessen endgültige Verhaftung durch Mobutu und nach der Einsetzung einer Übergangsregierung durch Kasavubu keinesfalls dazu bereit, es auf eine Neuauflage der Regierung Lumumba ankommen zu lassen. Der Leiter der Afrikaabteilung im ostdeutschen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Siegfried Büttner, notierte:

*„Genosse Kolosowski [der stellvertretende Leiter der Abteilung Afrika im sowjetischen Außenministerium,] gab die Möglichkeit zu, daß man ( ! ) versuchen wird, so viele Abgeordnete und Senatoren zu bearbeiten bzw. zu bestechen, damit schließlich eine Mehrheit im [kongolesischen National] Parlament gegen Lumumba zustande kommt. Man muß aber den Gang der Ereignisse abwarten und dann neu die Lage einschätzen.“*<sup>543</sup>

Fortan konzentrierte die Sowjetunion ihre Hoffnungen ganz auf die Parti Socialiste Africain.<sup>544</sup> Im Dezember 1960 flohen die Überbleibsel der Regierung Lumumba in die ostkongolesische Metropole Stanleyville, die Parteihochburg des Mouvement National. Dort rief der Stellvertreter Lumumbas, Antoine Gizenga, nicht nur die Freie Republik Kongo, sondern auch die Bildung einer neuen Regierung aus, deren Ministerpräsidentenschaft er übernahm. Eine quasi-diplomatische Vertretung wurde in Kairo, der Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Republik, errichtet, über welche die Freie Republik mit der Welt in Kontakt treten wollte. Im Februar 1961 stießen die Mitarbeiter dieser Vertretung auf das dortige Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR. Auf ihren Wunsch hin wurden Verhandlungen über die Errichtung einer ostdeutschen Vertretung in Stanleyville eingeleitet.<sup>545</sup> Beide Seiten wollten dabei keinesfalls über eine Handelsvertretung

<sup>542</sup> Botschaftsrat Thun-Hohenstein (Botschaft in der Sowjetunion) an Abteilung Sowjetunion (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 21. Oktober 1960, PA AA, MfAA, C 793/74, Fiche 1, S. 39.

<sup>543</sup> Abteilungsleiter Büttner – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Botschaftsrat Thun-Hohenstein (Botschaft in der Sowjetunion), 7. November 1960, PA AA, MfAA, C 793/74, Fiche 1, S. 38.

<sup>544</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 4. Oktober 1960, PA AA, MfAA, C 798/74, Fiche 1, S. 6-22.

<sup>545</sup> Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 28. Februar 1961, BArch, SAPMO, DY 30 / J IV 2/2 / 752.

hinausgehen, um den Westen, insbesondere die Vereinigten Staaten, nicht zu einer härteren Gangart in der ohnehin schon angespannten Kongo-Krise zu provozieren.<sup>546</sup> Die Vereinigten Staaten hatten auf die Nachbarstaaten des Kongo erheblichen Druck ausgeübt, eine Art *Cordon sanitaire* um den Kongo zu errichten. Präsident John F. Kennedy hatte, erst wenige Tage im Amt, persönlich mit den Präsidenten der kongolesischen Anrainerstaaten telefoniert und ihnen die Folgen einer Nichtbefolgung seiner Anweisung klar vor Augen geführt. So war der gesamte Kongo seit dem Frühjahr 1961 von einem undurchdringlichen Sperrriegel umgeben. Der Aufbau einer sozialistischen Transportverbindung vom diplomatischen Brückenkopf in Kairo bis nach Stanleyville zog sich bis in den Sommer hin.<sup>547</sup> Gleichzeitig versuchten die Vereinigten Staaten – wie die BRD – die Regierung Gizenga zu infiltrieren.<sup>548</sup> Hierzu wurde Jugoslawien als einzigem realsozialistischen Nicht-Mitglied des sozialistischen Lagers gestattet, seine Vertreter den Sperrriegel passieren und innerhalb der Regierung Gizenga seine anti-sowjetische Propaganda verbreiten zu lassen.<sup>549</sup> Mit ihrer Blockadepolitik heizten die Vereinigten Staaten die Situation aber nur weiter an. Radikalen Kräften, wie Kashamura, konnte das nur Recht sein. Ihr Einfluss in der neuen Freien Republik wuchs.<sup>550</sup> Auch die Befürworter von Weltrevolution und Internationaler Solidarität empfanden die amerikanische Einmischung weniger als Abschreckung denn als Anreiz. Die Volksrepublik China intervenierte direkt<sup>551</sup> – und mit ihr zahlreiche Kommunisten aus den unterschiedlichsten Staaten, die sich – noch – einmal im Kampf beweisen wollten. Neben belgischen konnten schon bald auch italienische, syrische, libanesische und sudanesisch-kommunistische Revolutionäre im Kongo angetroffen werden.<sup>552</sup> Cléophas Kamitatu, Mitbegründer der Parti Solidaire Africain, begann bereits, gemeinsam mit zyprischen Partisanen, Vertretern der Union des Populations du Cameroun und Ghanas, im Westkongo eine kongolesische Partisanenarmee aufzustellen und im bewaffneten Untergrundkampf zu schulen.<sup>553</sup> Ihnen allen nahm

<sup>546</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, A 17294, Bd. 1, Fiche 1, S. 76.

<sup>547</sup> Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 24. Februar 1961, PA AA, MfAA, A 17294, Bd. 1, Fiche 2, S. 126-128.

<sup>548</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, A 17294, Bd. 1, Fiche 1, S. 76-81.

<sup>549</sup> Bevollmächtigter Böttger (zur Zeit stationiert in der Vereinigten Arabischen Republik) an Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 1. Juni 1961, PA AA, MfAA, A 17295, Bd. 2, Fiche 1, S. 91.

<sup>550</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 23. März 1961, PA AA, MfAA, A 17294, Bd. 1, Fiche 3, S. 223-234.

<sup>551</sup> Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 24. Februar 1961, PA AA, MfAA, A 17294, Bd. 1, Fiche 2, S. 127.

<sup>552</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 7. März 1961, PA AA, MfAA, A 17294, Bd. 1, Fiche 2, S. 122-125.

<sup>553</sup> Bevollmächtigter Böttger (zur Zeit stationiert in der Vereinigten Arabischen Republik) an Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 8. Juni 1961, PA AA, MfAA, A 17295, Bd. 2, Fiche 2, S. 104.

Gizenga aber, als er im Mai 1960 erklärte, dass die Freie Republik Kongo sich der Bewegung der Blockfreien anschließen werde und keine Verstaatlichung des Privatbesitzes anzustreben gedenke, den Wind aus den Segeln.<sup>554</sup> Dies war der Sowjetunion nur recht. Sie unterstützte zwar die Regierung Gizenga,<sup>555</sup> auf keinen Fall war sie aber bereit, für eine Freie Republik – noch dazu in Afrika – einen dritten Weltkrieg zu riskieren. Die Möglichkeit, Mitarbeiter des sowjetischen diplomatischen Corps oder wie auch immer geartete 'Berater' auf illegalem Wege den Sperrriegel passieren zu lassen, schied für sie von Anfang an aus.<sup>556</sup> Als der Leiter der Vertretung der Freien Republik Kongo, Pierre Mulele, im März nach Moskau reiste und den dortigen Stellen den Vorschlag unterbreitete, Personal und Hilfsgüter über einen illegalen, nicht angemeldeten Flug von Kairo über den Sudan nach Stanleyville zu befördern, ließ Moskaus Antwort an Klarheit nichts zu wünschen übrig:

„[...] *Marschall* [und Verteidigungsminister der Sowjetunion, Rodion Jakowlewitsch] *Malinowski* hat ihm [Pierre Mulele] in Moskau gesagt, dass das unter den Umständen die Auslösung des 3. Weltkrieges bedeuten könnte. Es wurde ihm weiter gesagt, dass ein 3. Weltkrieg für den Kongo keine Lösung bedeuten würde.“<sup>557</sup>

Die übrigen Staaten des sozialistischen Lagers empfanden die Haltung der Sowjetunion als lähmend. Sie hielten die Zeit für gekommen, endlich dem Westen die Initiative in der Kongo-Krise zu entreißen. Doch Moskau blieb stur. Ganz bewußt hielten sich die in Kairo stationierten Vertreter der Sowjetunion von den dortigen Konsultationen der Vertreter ihrer sozialistischen Bruderstaaten fern. Diese trafen sich regelmäßig, um alternative illegale Reiserouten nach Stanleyville zu erörtern. Der Geschäftsträger der polnischen Vertretung, Herr Vasilewski, äußerte gegenüber dem Bevollmächtigten der Regierung der DDR in der Vereinigten Arabischen Republik, Wolfgang Kiesewetter, im Mai 1961:

„[...] *er* [Vasilewski] *bedauere es aufrichtig, daß sich die Vertreter der Botschafter der UdSSR* [Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken] *in Kairo nicht an den Konsultationen über die Kongo-Probleme, wie sie zwischen der DDR, CSSR* [Československá Republika] *und der Volksrepublik Polen ständig stattfinden, beteiligen.*“<sup>558</sup>

<sup>554</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, A 17288, Fiche 2, S. 102-139.

<sup>555</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 7. März 1961, PA AA, MfAA, A 17294, Bd. 1, Fiche 2, S. 122-125.

<sup>556</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 18. März 1961, PA AA, MfAA, A 17294, Bd. 1, Fiche 3, S. 211.

<sup>557</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 23. März 1961, PA AA, MfAA, A 17294, Bd. 1, Fiche 3, S. 223-234, hier S. 226.

<sup>558</sup> Bevollmächtigter Kiesewetter (Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten) an

Schließlich war ein Punkt erreicht, an dem die Vertreter der osteuropäischen sozialistischen Staaten das Gespräch mit der Volksrepublik China zu suchen begannen, da die Sowjetunion als Partner auszuschneiden schien.<sup>559</sup> Dies konnte die Sowjetunion jedoch nicht auf sich beruhen lassen, wollte sie nicht ihren Führungsanspruch im sozialistischen Lager verlieren. So änderte sie ihre Kongo-Politik. Im Juni 1961 präsentierte sie dem sozialistischen Lager eine, gemeinsam mit der Tschechoslowakei und der äthiopischen Fluggesellschaft *Air Jordan*, eingerichtete sozialistische Luftbrücke nach Stanleyville.<sup>560</sup> Sie hatte allerdings nur knapp zwei Monate Bestand. Bereits im August wurde sie, auf Druck der Vereinigten Staaten, vom Kaiser Äthiopiens, Haile Selassie, wieder unterbunden. Präsident Kennedy hatte persönlich bei Selassie in dieser Angelegenheit interveniert.<sup>561</sup> Der DDR hatte das schmale Zeitfenster aber vollauf genügt. Am 14. Juni wurde in Kairo ein Protokoll über die 'nicht-öffentliche' Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Rang von Botschaften zwischen der Freien Republik Kongo und der DDR unterzeichnet.<sup>562</sup> Das frühe Einsetzen einer ostdeutschen Solidaritätshilfe über Kairo<sup>563</sup> und die Hoffnung auf eine größere Finanzspritze – auf beides wird in einem späteren Abschnitt noch einzugehen sein – dürften bei Gizengas Entscheidung zu diesem Schritt ebenso eine Rolle gespielt haben, wie die Aussicht auf die eigene internationale Anerkennung und innen- wie außenpolitische Aufwertung. Anfang August reiste der frisch ernannte Botschafter, Kurt Böttger, nach Stanleyville. Am 11. August überreichte er Gizenga sein Beglaubigungsschreiben.<sup>564</sup> Damit hatte die DDR nun auch faktisch einen Botschafter in der Freien Republik Kongo stationiert. Veröffentlicht wurde dieses Ereignis aber nicht – auch nicht, als Gizenga, wie schon am Ende des letzten Kapitels erwähnt, seine Zustimmung zur Veröffentlichung der Beziehungsaufnahme erteilte.<sup>565</sup> Seine Bitte wurde einfach ignoriert. Als Gizenga dann im August mit der inzwischen von Kasavubu eingesetzten Regierung Adoula in

---

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 6. Mai 1961, PA AA, MfAA, A 17288, Fiche 1, S. 92.

<sup>559</sup> Bevollmächtigter Kiese Wetter (Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten) an Staatssekretär Winzer (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 7. April 1961, PA AA, MfAA, A 17294, Bd. 1, Fiche 5, S. 442.

<sup>560</sup> Botschaftsrat Thun-Hohenstein (Botschaft in der Sowjetunion) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 20. Juni 1961, PA AA, MfAA, A 17295, Bd. 2, Fiche 2, S. 151-157.

<sup>561</sup> Hauptreferent Schüßler – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 21. August 1961, PA AA, MfAA, A 17295, Bd. 2, Fiche 3, S. 231.

<sup>562</sup> Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Staatssekretär Plenikowski (Ministerrat) und Abteilungsleiter Florin – Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 20. Juni 1961, PA AA, MfAA, A 17288, Fiche 2, S. 150.

<sup>563</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 30, IV 2/20/419.

<sup>564</sup> Botschafter Böttger (Botschaft in der Freien Republik Kongo) an Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 11. August 1961, PA AA, MfAA, A 14194, Fiche 1, S. 86-87.

<sup>565</sup> Botschafter Böttger (Botschaft in der Freien Republik Kongo) an Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 12. August 1961, PA AA, MfAA, A 14194, Fiche 2, S. 164.

Koalitionsverhandlungen trat, erhielt Böttger von Gizenga, nachdem dieser Adoula das Versprechen einer Übernahme sämtlicher in Stanleyville akkreditierten diplomatischen Vertreter abgerungen hatte, eine schriftliche Bestätigung, dass die diplomatischen Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Kongo in jedem Fall und auf Botschafterebene fortbestehen würden.<sup>566</sup> Im September zog die ostdeutsche Vertretung in diesem Glauben, zusammen mit der Regierung Gizenga und den übrigen inzwischen in Stanleyville akkreditierten Diplomaten, nach Léopoldville um und begann eine intensive Kontaktarbeit. Um sich in dieser für sie existentiellen Frage weiter abzusichern, schloss sie, laut einem Bericht der dortigen westdeutschen Botschaft, über ein Handelsunternehmen der belgischen kommunistischen Partei, die Firma SIMPEX, ein Kompensationsgeschäft über nicht-absetzbaren Kaffee im Wert von umgerechnet rund 1 Mio. DM mit einem kongolesischen Unternehmen, das sich im Besitz eines oder mehrerer einflussreicher kongolesischer Politiker oder Parteien befunden haben dürfte, ab. Der westdeutsche Botschafter, Kurt Munzel, berichtete:

*„Immerhin hat die SBZ [Sowjetische Besatzungszone] während des Aufenthalts [Kurt] Boettgers, wie ich aus zuverlässiger Quelle erfuhr, versucht, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit einem grösseren wirtschaftlichen und finanziellen Angebot zu erkaufen. Interessant ist es, daß während des Aufenthalts der Delegation in Léopoldville die SBZ über die Firma SIMPEX, Brüssel, ein Kompensationsgeschäft in Höhe von 12 Mio. Kongofranken zum Ankauf von nicht handelsfähigem Kaffee abgeschlossen hat.“<sup>567</sup>*

In den ostdeutschen Akten konnte für dieses 'Geschäft' allerdings keinerlei Beleg gefunden werden. Das ostdeutsche Außenministerium hoffte noch auf die Herabstufung seiner Botschaft zu einer Handelsvertretung,<sup>568</sup> doch am 28. September wurden die Vertreter der DDR auf einer Pressekonferenz des kongolesischen Außenministeriums medienwirksam 'des Landes verwiesen'.<sup>569</sup> Eine 'Rückberufung Böttgers' oder einen 'Abbruch faktisch bestehender Beziehungen' – beides hätte eine bereits erfolgte Anerkennung impliziert – hatte das kongolesische Außenministerium, aus Angst vor westdeutschen Repressalien, abgelehnt.<sup>570</sup> Die Beantwortung der Frage, ob die diplomatischen Beziehungen dann nicht – rein formal betrachtet – über die gesamte verbliebene

<sup>566</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Kollegium (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 12. Oktober 1961, PA AA, MfAA, LS-A 429, Fiche 1, S. 32-39.

<sup>567</sup> Botschafter Munzel (Botschaft in der Bundesrepublik Kongo) an Auswärtiges Amt, 5. Oktober 1961, PA AA, AA, B 68, 104. Der Wert wird in der Quelle mit 12 Mio. CF angegeben. Der Wechselkurs lag 1961 bei ca. 1 CF : 1 BF und ca. 1 DM : 12 BF. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 1 Mio. DM.

<sup>568</sup> Staatssekretär Winzer (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Botschafter Böttger (Botschaft in der Republik Kongo), 12. September 1961, PA AA, MfAA, A 14194, Bd, Fiche 3, 259.

<sup>569</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 12. Oktober 1961, PA AA, MfAA, LS-A 429, Fiche 1, S. 32-39.

<sup>570</sup> Botschafter Böttger (Botschaft in der Bundesrepublik Kongo) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 2. Oktober 1961, PA AA, MfAA, C 783/74, Fiche 1, S. 1-8.

Dauer der 'Hallsteinzeit' fortbestanden haben, soll Juristen vorbehalten bleiben

Auch den Anhängern Gizengas bekam die kongolesische Wiedervereinigung nicht gut. Adoula hielt sich nicht nur im Fall der kongolesischen diplomatischen Beziehungen zur DDR nicht an die von ihm gegenüber der Regierung Gizenga gemachten Versprechen. Schon bald waren die ersten Lumumbisten aus der neu gebildeten Koalitionsregierung verdrängt, wurden verhaftet oder einfach unter Hausarrest gestellt. Nach wenigen Monaten war der alte Streit wieder voll entbrannt, doch nahm er diesmal die Form eines bewaffneten Untergrundkampfes an. Noch deutlicher als in der letzten Auseinandersetzung traten wieder die internationalen Dimensionen des Konflikts zu Tage. Algerien, die Vereinigte Arabische Republik, die Volksrepublik China und die kommunistische Partei Belgiens unterstützten die Kämpfer nicht nur bei ihrer Ausbildung sondern auch im direkten Kampfeinsatz. Gleichzeitig waren diesmal auch Kongolesen im Ausland tätig, um sich im Kampf zu schulen und Revolutionäre für ihre Sache zu gewinnen. Mindestens 55 Kongolesen operierten von August 1961 bis Januar 1962 als Ausbilder und Kämpfer in Laos, wo sie auf Seiten der sozialistischen Widerstandsbewegung *Pathet Lao* gegen die Vereinigten Staaten und die von ihrem Auslandsgeheimdienst, der *Central Intelligence Agency*, finanzierte *Hmong*-Armee gekämpft haben durften. Mitte 1963 weilte der Leiter des *Mouvement Populaire de Alliance de la Jeunesse Africaines*, Alphonse Ntawiniga, in der DDR und erläuterte dem ostdeutschen Außenministerium den bewaffneten Kampf seiner Jugendbewegung:

„Waffenlieferungen bekamen sie bisher wenig aus Algerien, hauptsächlich aus der Volksrepublik China. [...] Sowohl die AJA [Alliance de la Jeunesse Africaines], als auch die FGTC [die Gewerkschaft Fédération Générale des Travailleurs Congolais,] ziehen Ausländer heran aus Algerien, von der [algerischen] FLN [Front de Libération National] aus China, aus der VAR [Vereinigten Arabischen Republik]. Diese leisten politische Aufklärungsarbeit über den amerikanischen Imperialismus und vermitteln ihre Erfahrungen im Kampf gegen die Kolonialisten, vermitteln Strategie und Taktik. Einige dieser Berater leiten militärische Ausbildungen und kämpfen mit. Die chinesischen Berater sind inzwischen abgereist in Verbindung mit dem indisch-chinesischen Grenzkonflikt. Auch zwei belgische Kommunisten waren bis Mai 1963 als militärische Ausbilder tätig. [...] Von August 1961 bis Januar 1962 weilten 55 Kämpfer der AJA in Laos, um militärische Erfahrungen zu vermitteln. Zwei davon sind gefallen.“<sup>571</sup>

Führungszentren des organisierten kongolesischen Widerstands, des Comité National de Libération, formierten sich 1963 in Brazzaville, der Hauptstadt der Kongolesischen Republik, und 1964 in Stanleyville, wo diesmal eine Volksrepublik ausgerufen wurde.<sup>572</sup> Ein weiteres Führungszentrum

<sup>571</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 1. Juli 1963, PA AA, MfAA, C 809/74, Fiche 1, S. 28.

<sup>572</sup> Botschaftsrat Engel (Botschaft in der Tschechoslowakischen Republik) an Abteilung Benachbarte Länder

entstand im Rahmen der chinesischen Unterstützung für die Anhänger besonders radikaler Lösungen der Kongo-Krise, die sogenannten Simba-Rebellen, die im östlichen kongolesischen Hinterland operierten.<sup>573</sup> Die Sowjetunion unterstützte dagegen wieder die eher gemäßigten Kräfte der Bewegung und dies wohl auch nur bis Anfang 1963. Laut Elsie Kühn-Leitz bestach die Sowjetunion noch Ende 1962 kongolesische Abgeordnete, um die Zentralregierung unter Cyrille Adoula zu Fall zu bringen. In einem Brief an den Leiter des Afrikareferats am westdeutschen Auswärtigen Amt, Hans-Georg Steltzer, schrieb sie:

*„Die Russen sind, wie Sie wohl selbst wissen, zur Zeit sehr aktiv im Kongo, nicht nur, dass sie die Abgeordneten bezahlen, damit sie gegen die Zentralregierung stimmen, sondern sie verteilen unentwegt Propagandamaterial, in dem sie ihre Unterstützung zum Wohl des Kongos zusichern mit lauter schönen Phrasen wie Menschlichkeit, Einigkeit, Brüderlichkeit, Freiheit und das Eintreten für die Menschenrechte.“*<sup>574</sup>

Als einige Rebellen dann 1964 in Stanleyville ihre Volksrepublik ausriefen, übte sich die Sowjetunion zunächst erneut in Zurückhaltung. Sie vermutete hinter der Gründung einen Plan der Vereinigten Staaten, die von sozialistischer Seite geförderten Rebellenführung in Brazzaville durch den Aufbau eines zweiten – von westlicher Seite finanzierten – Führungszentrums in Stanleyville zu spalten und nachhaltig zu schwächen. So äußerte der stellvertretende Leiter der II. afrikanischen Abteilung im sowjetischen Außenministerium, Herr Kurdjukow, gegenüber der ostdeutschen Botschaft in Moskau:

*„Er [Kurdjukow] bestätigte unsere Auffassung, daß die Proklamation der Volksrepublik Kongo ohne Wissen und unabhängig von der Führung der CNL [Comité National de Libération] in Brazzaville erfolgt ist. Die sowjetischen Genossen vertreten ebenfalls die Ansicht, daß die von [Christophe] Gbenye vorgenommene Ausrufung der Volksrepublik Stanleyville nicht ganz ohne amerikanische Einflußnahme zustande gekommen ist. Absicht der Amerikaner sei dabei gewesen, die Befreiungsbewegung im Kongo in Gegensatz zu der damals in Addis Abeba tagenden OAU-Konferenz [Konferenz der Organisation of African Unity] zu bringen.“*<sup>575</sup>

---

(Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Abteilung Information (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 8. April 1964, PA AA, MfAA, C 791/74, Fiche 1, S. 30-32.

<sup>573</sup> Sektionsleiter Konieczny (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Bevollmächtigter Schedlich (Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten), 30. September 1964, PA AA, MfAA, C 790/74, Fiche 1, S. 95.

<sup>574</sup> Kühn-Leitz an Referatsleiter Steltzer – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 3. Dezember 1962, PA AA, AA, B 68, 157.

<sup>575</sup> Botschaftsrat Quilitzsch (Botschaft in der Sowjetunion) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Sowjetunion (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), o.T., o.M. 1964, PA AA, MfAA, C 793/74, Fiche 1, S. 25-29.

Auch Vertreter Ostdeutschlands waren Ende 1962, so eine westdeutsche Quelle – für die aber kein Pendant in den ostdeutschen Akten gefunden werden konnte – noch in der Bundesrepublik Kongo gesichtet worden.<sup>576</sup> 1963 versuchte Ost-Berlin dann noch einmal, mit dem Comité National in Kontakt zu treten. Die *Economic Commission for Africa* der Vereinten Nationen hatte der DDR eine Einladung zu einer Tagung in der kongolesischen Hauptstadt zukommen lassen. Bereits kurz nach ihrer Ankunft wurde die ostdeutsche Delegation von der kongolesischen Militärpolizei festgenommen, kurzzeitig inhaftiert, dann unter Hausarrest gestellt und schließlich des Landes verwiesen. Der Wunsch nach einer Erweiterung seiner kongolesischen Kontakte war dem ostdeutschen Außenministerium nach dieser völkerrechtswidrigen Behandlung seiner Diplomaten gründlich vergangen.<sup>577</sup>

Erst ein Jahr später, nachdem die Vereinigten Staaten und Belgien die berüchtigten Militäroperationen *Dragon Rouge* und *Dragon Noir* gestartet hatten, gaben Sowjetunion und DDR ihre Zurückhaltung auf.<sup>578</sup> Um einen raschen Vorstoß der Kräfte der kongolesischen Zentralregierung und seiner westlichen Verbündeten zu verhindern,<sup>579</sup> hatte die Regierung der Volksrepublik einige hundert weiße Geiseln in einer Art 'menschlichem Schutzschild' in und um strategisch relevante Stellungen Stanleyvilles positioniert. Doch hatte sie nicht bedacht, dass Belgier und Amerikaner, schon um ihr Gesicht vor der Weltöffentlichkeit zu wahren, nun erst Recht eine Kommandoaktion zur Befreiung der Geiseln unternehmen würden. Immerhin rief der direkte Eingriff der Amerikaner nun aber auch das sozialistische Lager auf den Plan. Anfang 1965 leistete die DDR zivile und – zum ersten Mal in ihrer Geschichte – auch militärische Solidaritätshilfe im Wert von umgerechnet rund 0,55 Mio. DM.<sup>580</sup> Die Infiltrierung des Comité National durch die Volksrepublik China und die Vereinigten Staaten, sowie das Auseinanderdriften der Führung der Rebellen ließ die ostdeutschen Hoffnungen auf eine eigene Einflussphäre am Kongo aber schon nach wenigen Monaten wieder in Rauch aufgehen.<sup>581</sup>

<sup>576</sup> Gülstorff 2007, S. 58.

<sup>577</sup> Bevollmächtigter Kiesewetter (Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten) an Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Stellvertretender Minister Stibi (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 21. Februar 1963, PA AA, MfAA, C 797/74, Fiche 1, S. 14-22.

<sup>578</sup> Mitglied des Bundesvorstands Posselt (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 952/78, Fiche 1, S. 20.

<sup>579</sup> Vgl.: Wagoner, Fred E.: *Dragon Rouge. The rescue of hostages in the Congo*. Washington, D.C. 1981.

<sup>580</sup> Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 5. Januar 1965, BArch, SAPMO, DY 30 / J IV 2/2 / 969. Der Wert wird in der Quelle mit 2,049 Mio. MDN angegeben. Der Wechselkurs lag 1965 bei ca. 1 DM : 3,7 MDN. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 0,55 Mio. DM.

<sup>581</sup> 3. Sekretär Schmid (Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Auslandsinformationen (Ministerium für



1967 unternahm dann erstmals die Zentralregierung der Demokratische Republik Kongo einen Anlauf, um mit der DDR in Kontakt zu treten. Sie hoffte vor allem, endlich das für sie leidige Problem der in der DDR sich aufhaltenden kongolesischen Oppositionellen in den Griff zu bekommen. Über die Botschaften der DDR und des Kongo in Jugoslawien wurden erste Gespräche eingeleitet<sup>582</sup> – mit Erfolg. In den folgenden Monaten und Jahren wurden die ostdeutschen Kontakte zu kongolesischen Oppositionellen und Rebellen deutlich zurückgefahren. 1970 wurde dann sogar die Anerkennung und Aufnahme kongolesischer politischer Asylanten von Ost-Berlin gestoppt.<sup>583</sup> Ein Mitglied der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft, das 1970 eigenmächtig kongolesischen Oppositionellen in Zaïre einen Besuch abstattete, wurde hierfür hart abgestraft. Im bereits erwähnten Verfassungsschutzbericht, über den geflüchteten ostdeutschen Entwicklungshelfer, hieß es hierzu:

*„Im Februar 1969 erschien [Otto] PISCHEL erstmalig in Brazzaville, um dort in seiner Eigenschaft als Beauftragter der 'Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft' Kontakt zur kongolesischen Freundschaftsgesellschaft ACAP [Association Congolaise de l'Amitié avec les Peuples] [...] aufzunehmen. Nach eigener Äusserung befand PISCHEL sich seit 1966 in Bamako [, der Hauptstadt der Republik Mali], wurde von der SBZ-'Liga für Völkerfreundschaft' bezahlt und hatte den persönlichen Ehrgeiz, deren ständiger Repräsentant in Brazzaville zu werden. [...] Vermutlich auf eigene Faust und unter gröblicher Missachtung der angesichts der dortigen innerpolitischen Verhältnisse und gespannten Beziehungen Kinshasa – 'sozialistische Länder' gebotenen politischen Vorsicht, reiste PISCHEL mit SBZ-Dienstpass ohne Visum in die Dem. Republik Kongo ein und nutzte die Möglichkeit eines 2-tägigen Aufenthaltes im Lande, indem er seinen Pass bei den zuständigen Zollbehörden abgab. Alsdann hielt er sich ohne offizielle Anmeldung in illegalen Privatquartieren von SBZ-Sympathisanten auf, nahm Kontakt zur 'Freundschaftsgesellschaft' auf, versuchte, im Rahmen dieser Gesellschaft Veranstaltungen zu organisieren und beging den schweren 'Schnitzer', dazu die sowj. Botschaft Kinshasa einzuladen, deren Stellung angesichts der heutigen pro-westlichen aussenpolitischen Haltung des Regimes MOBUTU ohnehin diffizil ist. Die Sowjets unterliessen jegliche Fühlungnahme zu PISCHEL, blieben seinen Veranstaltungen demonstrativ fern und führten bei der SBZ-Seite geharnischte Beschwerde über PISCHEL's Auftreten in Kinshasa. PISCHEL indes kehrte mit der Auffassung, sein Programm in Kinshasa erfolgreich abgewickelt zu haben, über Brazzaville nach Bamako zurück. Nach persönlicher Kenntnis der Quelle wurde PISCHEL – sehr wahrscheinlich in Konsequenz obiger Aktivität – im Juli 1969 in die SBZ zurückbeordert und bei der LIGA auf ein 'Abstellgleis' gestellt. Nach eigener Äusserung [sic!] gegenüber Quelle sollte er zur 'Deutsch-Französischen Gesellschaft' der Liga umgesetzt werden. Später äusserte [der Protokollchef des ostdeutschen Außenministeriums, Franz] JAHNSNOWSKI Quelle*

---

Auswärtige Angelegenheiten), 2. Juni 1965, PA AA, MfAA, C 793/74, Fiche 1, S. 20-22.

<sup>582</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 21. August 1967, PA AA, MfAA, C 408, Fiche 1, S. 26-27.

<sup>583</sup> Stellvertretender Abteilungsleiter Weidemann – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Abteilung konsularische Angelegenheiten (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 18. September 1970, PA AA, MfAA, C 813/74, Fiche 1, S. 1.

gegenüber bezüglich PISCHEL's Vorgehen in Kinshasa, PISCHEL's dortiges Auftreten wäre unverantwortlich und politisch unglaublich dilettantisch gewesen, vor allem, da er die Sowjetbotschaft Kinshasa schwerstens kompromittiert hätte.“<sup>584</sup>

Zumindest lose Kontakte zu den kongolesischen Rebellen wurden aber auch weiterhin gepflegt.<sup>585</sup> Im Irak, unterhielten die kongolesischen Rebellen ein ständiges Büro, mit dem die ostdeutschen Vertreter im arabischen Raum auch in den folgenden Jahren noch unregelmäßig in Kontakt treten sollten.<sup>586</sup>

1973, mit dem Ende von Hallstein- und Scheel-Doktrin, gelang es der DDR dann endlich, mit Zaïre diplomatische Beziehungen aufzunehmen und eine Botschaft zu errichten. Hierfür hatte die DDR Zaïre die Lieferung und den Bau einer Konservenfabrik, sowie medizinische Ausrüstung versprochen<sup>587</sup> – doch scheint sie diese Versprechen letztlich nicht eingehalten zu haben. Bereits nach kurzer Zeit hatten die diplomatischen Beziehungen aufgrund der sich abzeichnenden Angola-Krise eine nur wenig erfreuliche Entwicklung genommen. Nicht nur unterstützte die Regierung Mobutu in der Angola-Frage die Machtansprüche der Unabhängigkeitsbewegung *Frente Nacional de Libertação de Angola* gegenüber der von der DDR protegierten Bewegung *Movimento Popular de Libertação de Angola*, Ende 1975 trat sie sogar in eine Kriegskoalition gegen diese ein. In der Folge zog Zaïre seinen Botschafter aus der DDR ab<sup>588</sup> und schränkte die Bewegungsfreiheit der ostdeutschen Diplomaten in Zaïre merklich ein.<sup>589</sup> So aufgestellt gelang es der DDR bis Mitte 1975 lediglich, ein Handelsabkommen mit Zaïre zu paraphieren.<sup>590</sup> Aber vielleicht war es ja auch gerade das gewesen, wofür die ostdeutschen Diplomaten die beschwerliche Reise in den Kongo ursprünglich auf sich genommen hatten – für den Abschluß eines Handelsabkommens.

<sup>584</sup> Mitarbeiter Degenhardt (Bundesamt für Verfassungsschutz) an Auswärtiges Amt, 31. August 1970, PA AA, AA, B 34, 786.

<sup>585</sup> Zacky an Generalsekretär Salim al-Beidh (Jemenitische Sozialistische Partei), 29. Mai 1970, BArch, SAPMO, DY 30, IV A 2 / 20 / 983.

<sup>586</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), o.T. o.M. 1970, BArch, SAPMO, DY 30, IV A 2 / 20 / 983.

<sup>587</sup> Botschaftsrat Plettner (Botschaft in der Republik Zaïre) an Stellvertretender Minister Willerding (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 25. Juni 1973, PA AA, MfAA, C 6257, Fiche 1, S. 12-14.

<sup>588</sup> Botschafter Weidemann (Botschaft in der Republik Zaïre) an Stellvertretender Minister Willerding (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Ostzentralfrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 28. November 1975, PA AA, MfAA, C 6254, Fiche 1, S. 16-19.

<sup>589</sup> Minister Fischer (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an 1. Sekretär des Politbüros Honecker – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Vorsitzender Sindermann (Ministerrat) und Mitglied des Politbüros Axen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 13. November 1975, PA AA, MfAA, C 6240, Fiche 1, S. 7-11.

<sup>590</sup> Botschaft in der Republik Zaïre an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 5. Mai 1975, PA AA, MfAA, C 6245, Fiche 1, S. 51-52.

#### *e) Zwischenfazit*

Die deutschen diplomatischen Aktivitäten in Zentralafrika bestanden im Wesentlichen aus dem Auf- und Ausbau von Netzwerken und der Erweiterung ihrer Einflussphären. Der deutsch-deutsche Gegensatz und der Kampf um die Hallstein-Doktrin kamen demgegenüber in der regulären diplomatischen Tätigkeit kaum zum Tragen. Allenfalls die Diplomatie der DDR war zu einem gewissen Teil der Durchbrechung der westdeutschen Doktrin verpflichtet. Deutlich größeren Raum nahm aber die Eingliederung Zentralafrikas in den jeweiligen deutschen Rechtsraum ein, über welche die Expansion juristisch abgesichert werden sollte. Die rechtliche Absicherung von Kapitalhilfen, die rechtliche Lösung der westdeutschen Technischen Hilfe und der ostdeutschen Wissenschaftlich-Technischen Zusammenarbeit aus dem Rechtssystem des jeweiligen zentralafrikanischen Staates, im Fall der BRD auch der Abschluss von Investitionsschutzabkommen, sie alle dienten letztlich diesem Ziel.

Die Regierungen der zentralafrikanischen Staaten nutzten die diplomatische Anerkennung von BRD und DDR zur Untermauerung ihrer nationalen Führungsansprüche. Die weitgehende Ignorierung der lokalen, regionalen und traditionellen Landeseliten bei der deutschen Kontaktpflege und Kooperation half den noch jungen nationalen Eliten, ihre Stellung im Staat zu stabilisieren und auszubauen.

Schwerpunkte der diplomatischen Tätigkeit des westdeutschen Auswärtigen Amtes waren die Republik Kamerun, die Demokratische Republik Kongo und seit 1975 die Republik Angola. Bei der Auswahl dieser Staaten spielte zwar auch der Kalte Krieg eine Rolle, das zentrale Motiv lag aber in der Zurückdrängung des französischen, belgischen, später auch des portugiesischen Einflusses aus den wirtschaftlich interessanten Gebieten der zentralafrikanischen Region.

Die diplomatischen Aktivitäten des ostdeutschen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten konzentrierten sich auf annähernd die gleichen Schwerpunktstaaten, wobei hier statt der Republik Kamerun die Republik Kongo in den Fokus genommen wurde, da sie eine geostrategische Brückenfunktion für das sozialistische Lager besaß. Wie im Fall des Auswärtigen Amtes war diese Auswahl sekundär dem Kalten Krieg, primär aber dem Auf- und Ausbau einer eigenen Einflussphäre geschuldet, was in den folgenden Abschnitten noch mehrmals deutlich zum Ausdruck kommen wird.

Entwicklungshilfe ...

a) ... in Afrika

Die Entwicklungshilfe ist das wohl prominenteste Werkzeug der deutschen Afrikapolitik. Über staatliche Kreditierungs-, sowie Berater-, Experten-, Ausbildungs- und Praktikumsprogramme<sup>591</sup> wurde und wird mit ihr der Auf- und Ausbau der staatlichen Infrastruktur im jeweiligen Zielstaat gefördert.<sup>592</sup> Ziel der deutschen Entwicklungshilfe war und ist die Gewinnung und Stabilisierung der jeweiligen deutschen Einflussphäre in den Kabinetten der entsprechenden Zielstaaten – kurz- und mittelfristig zur Befriedigung internationaler geostrategischer und nationaler politischer Interessen, langfristig zur Erarbeitung einer Einflussreserve zur Bewältigung künftiger Interessenkonflikte im Zielland.

Deshalb wird sie in dieser Arbeit getrennt von der häufig mit ihr zusammenhängenden – noch häufiger aber in der Forschung mit ihr gleichgesetzten – Wirtschaftshilfe betrachtet. In der deutschen Wirtschaftshilfe wurde und wird – ebenfalls über staatliche Kreditierungs-, sowie Berater-, Experten-, Ausbildungs- und Praktikumsprogramme – der Ausbau der deutschen Außenhandels- und Außenwirtschaftsnetze gefördert. Ihr wird sich der nächste Abschnitt dieser Studie widmen.

Ganz war aber auch die Entwicklungshilfe nicht frei von ökonomischen Interessen. Aus den meisten afrikanischen Staaten importierten die beiden deutschen Staaten mehr, als sie dorthin exportierten. Um hier gegenzusteuern, wurde der Export deutscher Produkte gezielt von staatlicher Seite gefördert – über Entwicklungshilfe, Wirtschaftshilfe, Militärhilfe und weiteren staatliche Leistungen. Sie alle hatten für den jeweiligen afrikanischen Bittsteller stets den Bezug west- oder ostdeutscher Waren zur Auflage. So bildeten die Hilfen auch eine Möglichkeit, den deutschen Kapitalabfluss ins afrikanische Ausland zu begrenzen.

Die Entwicklungshilfen von BRD und DDR unterscheiden sich auf den ersten Blick nur wenig. Beide waren auf die Förderung der evolutionären Entwicklung ihrer jeweiligen Zielstaaten ausgerichtet. Ein zweiter Blick offenbart jedoch einen essentiellen Unterschied. Während die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik sich auf die Entwicklung staatlicher Strukturen fokussierte, stand im Fall der DDR die Entwicklung der Gesellschaften im Mittelpunkt. Ost-Berlin ging davon aus, dass ein im Sinn des Sozialismus entwickeltes gesellschaftliches Bewusstsein letztlich auch dem, diese Gesellschaft beherbergenden, Staatskörper zu Gute kommen würde. Die Forschung

---

<sup>591</sup> Wolff, Jürgen H.: Entwicklungspolitik – Entwicklungsländer. Fakten, Erfahrungen, Lehren. München/Landsberg am Lech 1995, S. 165.

<sup>592</sup> Der Historiker Hubertus Büschel sieht „*Industrialisierung, Kultivierung und 'Zivilisation'*“ als die eigentlichen Zielvorgaben der Entwicklungspolitiken beider deutscher Staaten in Afrika (Büschel 2009, S. 333-365, hier S. 336-339.). Allerdings hat er die deutschen Aktivitäten auch nicht – wie es in dieser Arbeit geschieht – thematisch gegliedert und diese dann einzeln analysiert.

schloss aus diesem Umstand, den geringen Leistungen, welche der ostdeutsche Staat im Kontext der Entwicklungshilfe zur Verfügung stellte und der von der ostdeutschen Staatsführung weit wirksamer in Szene gesetzten sogenannten 'Solidaritätshilfe' – auf die im dritten Teil dieses Kapitels noch einzugehen sein wird –, dass Entwicklungshilfe in der ostdeutschen Afrikapolitik keine Rolle gespielt habe.<sup>593</sup> Doch wird man dem Gegenstand mit dieser Argumentation nicht wirklich gerecht. Ostdeutsche Entwicklungshilfe existierte. Nur fiel sie deutlich bescheidener aus als in der Bundesrepublik. Die Finanzierung der Projekte erfolgte über staatliche Institutionen und gesellschaftliche Organisationen im Fall der DDR über staatliche Institutionen, die Deutsche Entwicklungsgesellschaft und die Kreditanstalt für Wiederaufbau im Fall der BRD. Vor allem Letztere verschaffte der BRD gegenüber der DDR – aber auch gegenüber ihrer westlichen Konkurrenz – einen erheblichen Vorteil. Ausgestattet mit einem Kapitalstock, der im Wesentlichen aus den Geldern der US-amerikanischen Marshallplan-Hilfe bestand, vergab die Kreditanstalt sogenannte 'Hermes-Kredite', 'Hermes-Lieferantenkredite' und 'Hermes-Bürgschaften'. Die Summe der hier verwalteten Gelder stieg von 500 Mio. DM im Jahr 1950 auf 102.600 Mio. DM im Jahr 1979.<sup>594</sup> Ostdeutschland hatte die Sowjetunion 1947 die Annahme einer Marshallplan-Hilfe verweigert. So schied diese Option bei der Finanzierung ostdeutscher Kreditgeschäfte aus. Da auch die Mittel der staatlichen Institutionen stark begrenzt waren, galt bei der ostdeutschen Kreditvergabe der Grundsatz, dass sie nur für Projekte, mit denen sich ostdeutsche Rohstofflücken schließen liessen, beantragt werden konnten. So kamen praktisch ausschließlich Projekte der Wirtschaftshilfe für eine Kreditierung durch Ostdeutschland in Frage. Im schon mehrfach erwähnten westdeutschen Verfassungsschutzbericht hieß es zur ostdeutschen Vergabep Praxis von Krediten:

*„Kredite müssen Zinsen bringen, sicher angelegt werden und wieder zurückfließen. Die in Frage kommenden Projekte müssen [zudem] in der Lage sein, eine Rohstofflücke der DDR abdecken zu helfen.' Mit diesen Prinzipien bekennt die SBZ [Sowjetische Besatzungszone] sich handelspolitisch praktisch zu dem von ihr so gern und ausgiebig verdamnten 'kapitalistischen Wirtschaftssystem'.“<sup>595</sup>*

So war Ostdeutschland weit schlechter als die BRD aufgestellt, wenn es darum ging, Gelder zur Zwischenfinanzierung entwicklungs- und wirtschaftspolitischer Projekte aufzutreiben. Nur wenige afrikanischen Staaten wurden bis Mitte der 1960er Jahre mit ostdeutschen Krediten bedacht. Bis

<sup>593</sup> Fröhlich, Birgit: Gedanken zur Entwicklungszusammenarbeit der DDR mit Afrika. In: Heyden, Ulrich van der, Ilona Schleicher, Hans-Georg Schleicher (Hrsg.): Die DDR und Afrika. Band 1: Zwischen Klassenkampf und neuem Denken. Münster 1993, S. 148-164, hier S. 162.

<sup>594</sup> Winkler 1984, S. 185-198, hier S. 197.

<sup>595</sup> Mitarbeiter Degenhardt (Bundesamt für Verfassungsschutz) an Auswärtiges Amt, 31. August 1970, PA AA, AA, B 34, 786.

1965 hatten lediglich die Vereinigte Arabische Republik, die Republik Ghana und die Republik Guinea Kreditzusagen erhalten – laut ostdeutschen Quellen über umgerechnet jeweils 402,4 Mio. DM, 96 Mio. DM und 28 Mio. DM, laut westdeutschen Quellen über umgerechnet jeweils 505,2 Mio. DM, 128 Mio. DM und 32,8 Mio. DM. Umgesetzt wurden diese Summen am Ende jedoch nur zu rund 30%,<sup>596</sup> was noch einmal den Unterschied zur westdeutschen Wirtschaftshilfe unterstreicht, die, einmal gewährt, praktisch immer voll umgesetzt wurde.

In der Bundesrepublik fielen Entwicklungshilfe und Wirtschaftshilfe so großzügig aus, dass zu ihrer Planung und Koordinierung bereits 1961 ein eigenes Ministerium, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eingerichtet werden musste.<sup>597</sup> Wie schon der Name deutlich macht, war es aber erst in zweiter Linie für die Planung und Koordinierung der Entwicklungshilfe bestimmt. Seine Hauptaufgabe lag in der Planung und Koordinierung der Wirtschaftshilfe. Ein Affront für das Auswärtige Amt, das beide Gebiete bislang als Teil der von ihm dominierten Außenpolitik verstanden hatte. In den folgenden Jahren gelang es diesem Ministerium, dem Außenministerium einige seiner sehr weit reichenden entwicklungspolitischen Kompetenzen abzutrotzen und sich neben ihm als zweite außenpolitische 'Macht' – zumindest im Kontext von Entwicklungshilfe und Wirtschaftshilfe – zu etablieren.<sup>598</sup> In der Praxis sollten interministerielle Kontroversen über 'die' richtige Handhabung und Zielsetzung der westdeutschen Entwicklungshilfe aber noch viele Jahre fortauern.

Letztere schwankten zwischen 'zivilisatorischen' Erwägungen einerseits<sup>599</sup> und politischen Interessen der Bundesrepublik – wie dem Aufbau einer eigenen Einflussosphäre –, sowie des Westens andererseits. Laut der Forschung war auch die internationale Durchsetzung der westdeutschen Lösung der deutschen Frage und der Hallstein-Doktrin auf dem internationalen Parkett ein zentrales Motiv der westdeutschen Entwicklungshilfe. Wie in diesem Abschnitt noch zu zeigen sein wird, kamen der deutsch-deutsche Gegensatz und die Hallstein-Doktrin jedoch so selten als Motiv zur Anwendung, dass sie kaum gleichberechtigt neben den beiden erstgenannten Zielvorgaben angeführt werden können.<sup>600</sup> Doch war Entwicklungshilfe nur ein Teil dessen, was der

<sup>596</sup> Hauptabteilung II (Ministerium für Staatssicherheit) an Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (Ministerium für Staatssicherheit), 2. Dezember 1966, BStU, MfS, ZAIG, Nr. 9069, Bd. 4, S. 98-99. Der Wert wird in der Quelle mit 100,8, 24 und 7 Mio. US-Dollar beziehungsweise 126,3, 32 und 8,2 Mio. US-Dollar angegeben. Der Wechselkurs lag 1966 bei ca. 1 DM : 0,25 US-Dollar. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 402,4, 96 und 28 Mio. DM, beziehungsweise 505,2, 128 und 32,8 Mio. DM.

<sup>597</sup> Beine 1984, S. 10.

<sup>598</sup> Ebd., S. 12.

<sup>599</sup> Schubert, Michael: Der schwarze Fremde. Das Bild des Schwarzafrikaners in der parlamentarischen und publizistischen Kolonialdiskussion in Deutschland von den 1870er bis in die 1930er Jahre. Stuttgart 2003, S. 375.

<sup>600</sup> Die von weiten Teilen der Forschung für die Zeit nach der deutschen Wiedervereinigung ausgemachte 'politisierende Wende', in welcher angeblich Demokratie und Sicherheit fördernde Elemente in den Projektplanungen an Bedeutung gewonnen hätten, (Holtz, Uwe: Entwicklungspolitik – Deutsche Interessen und Strategien. In: Kaiser, Karl, Joachim Krause (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik. Band 3. Interessen und

entwicklungspolitische Apparat der Bundesrepublik zu leisten hatte. Sein Schwerpunkt lag – und liegt – klar auf der Wirtschaftshilfe. Auch der an einem Primat der Entwicklungshilfe interessierte Teil der westdeutschen Gesellschaft,<sup>601</sup> der in Entwicklungshilfeminister Erhard Eppler einen mehr als prominenten Fürsprecher fand,<sup>602</sup> konnte diese Konstellation letztlich nicht durchbrechen. Die Energie- und Weltwirtschaftskrise der 1970er Jahre verstärkten dieses ökonomische Primat noch,<sup>603</sup> das dann 1975 in den *Thesen von Gymnich* sogar noch eine schriftliche Fixierung fand.<sup>604</sup> Die Verteilung der westdeutschen Hilfe erfolgte nicht nach einem in der Forschungsliteratur immer wieder kritisch angeführten sogenannten 'Gießkannenprinzip', sondern nach geographischen Schwerpunkten – wobei Nordafrika von der Gesamthilfe einen deutlich größeren Anteil als Afrika südlich der Sahara erhielt. Im Afrika südlich der Sahara bildeten sich größere Cluster von Entwicklungshilfeprojekten in Regionalmächten, wie den Bundesrepubliken Nigeria und Tansania und der Republik Zaïre, in geostrategisch relevanten Staaten, wie den Republiken Mali, Ghana und Sudan, sowie in Nachfolgestaaten einstmals deutscher Kolonien, wie den Republiken Togo und Kamerun, heraus.<sup>605</sup>

Die ostdeutsche Entwicklungshilfe wurde ebenfalls von zwei Instanzen geplant und koordiniert: dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und dem Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel. Wie die entwicklungspolitischen Instanzen der Bundesrepublik waren sie dabei auch für die Koordinierung der ostdeutschen Wirtschaftshilfe zuständig. Und wie in der Bundesrepublik rangen auch hier die beiden Häuser um Zuständigkeiten. Doch waren sie mit weit geringeren finanziellen Mitteln ausgestattet. So beschränkte sich die ostdeutsche Entwicklungshilfe auf unentgeltliche materielle, personelle und Ausbildungshilfen, sowie die finanzielle Unterstützung von Projekten der Vereinten Nationen.<sup>606</sup> Hierbei kam es nicht selten – mal offen, mal verdeckt – zur Vermischungen staatlicher Entwicklungshilfe und gesellschaftlicher Solidaritätshilfe.<sup>607</sup> Letztere

Strategien. München 1996, S. 221-230, hier S. 230. ; Diaby-Pentzlin, Friederike: Democratization: Challenge for Development Policy. In: Engel, Ulf, Robert Kappel (Hrsg.): Germany's Africa Policy Revisited. Interests, Images and Incrementalism. Münster/u.a. 2002, S. 165-177, hier S. 166. ; Mehler, Andreas: Crisis Prevention: A New Paradigm for Germany's Africa Policy. In: Engel, Ulf, Robert Kappel (Hrsg.): Germany's Africa Policy Revisited. Interests, Images and Incrementalism. Münster/u.a. 2002, S. 179-188, hier S. 179. ; Eckert, Andreas: Entwicklungshilfe. In: Schildt, Axel (Hg.): Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Ein Lexikon. München 2005, S. 135-136, hier S. 136.), wird in dieser Arbeit deshalb in Zweifel gezogen.

<sup>601</sup> El-Shagi, El-Shagi: Wandel der Konzeption deutscher Entwicklungspolitik. In: Barbier, Hans D., Hartmut Pick (Hg.): Entwicklungspolitik im Spannungsfeld von Solidarität und Eigeninteresse. Ein Symposium der Ludwig-Erhard-Stiftung Bonn am 11. September 1985 in Bonn. Stuttgart u.a. 1986, S. 5-32, hier S. 7. ; Hein 2006, S. 303.

<sup>602</sup> Eckert 2005, S. 135-136, hier S. 135.

<sup>603</sup> Beine 1984, S. 12.

<sup>604</sup> Spanger 1987, S. 299.

<sup>605</sup> N'dumbe 1992, S. 206.

<sup>606</sup> Benger, Franziska: Die Entwicklungszusammenarbeit der DDR in Sansibar/Tansania. In: Heyden, Ulrich van der (Hg.): Kalter Krieg in Ostafrika? Die Beziehungen der DDR zu Sansibar und Tansania. Berlin u.a. 2009, S. 341-389, hier S. 343.

<sup>607</sup> Eine wissenschaftliche Untersuchung, welche die Verquickung staatlicher Entwicklungshilfen und gesellschaftlicher Solidaritätshilfen der DDR gezielt in Augenschein nimmt, steht bislang noch aus.

war 1960, mit der Gründung eines Solidaritätskomitees für Afrika und der Schaffung eines dazugehörigen Fonds, eingeleitet worden. Auch die Entwicklungshilfe der DDR verteilte sich auf einzelne geographische Schwerpunkte. Zu den unterstützten Staaten zählten zum einen auch hier die Regionalmächte, zum anderen aber auch solche Staaten, die dem sozialistischen Lager als 'Brückenkopf', als 'Einfallstor' in den afrikanischen Raum dienten.

#### *b) ... in Zentralafrika*

Auch im zentralafrikanischen Raum kam es teilweise zu Überschneidungen bei den von BRD und DDR auserwählten entwicklungspolitischen Schwerpunktstaaten.

Hauptempfängerstaaten der westdeutschen Entwicklungshilfe waren die Republik Kamerun und die Demokratische Republik Kongo. Gebiete von geringer ökonomischer und geostrategischer Relevanz, wie die Demokratische Republik São Tomé und Príncipe und die Republik Äquatorialguinea, wurden dagegen gar nicht berücksichtigt.

Im hinteren Mittelfeld bewegten sich die Staaten, die klar zur französischen Einflussosphäre gerechnet werden konnten. In der Gabunischen Republik – die auch nach ihrer Dekolonialisierung unter einem solch starken französischen Einfluss verblieb, dass man sie problemlos auch weiterhin als Teil einer französischen Einflusszone bezeichnen konnte – wollte Bonn ursprünglich überhaupt nicht aktiv werden. Doch sah es sich aufgrund der Avancen, die Ost-Berlin dem dort wirkenden bekannten Humanisten und Arzt Albert Schweitzer machte, zu einer Nachjustierung seiner Entwicklungshilfe für Gabun genötigt.<sup>608</sup> Ostdeutsche hatten zu Beginn der 1960er Jahre Kontakt zu Schweitzer, der in Lambaréne ein Tropenhospital unterhielt, aufgenommen, um ihn als Fürsprecher ihrer politischen Anliegen, als diplomatischen Türöffner für Afrika zu gewinnen. Und Ost-Berlin war durchaus bereit, sich diesen Mann auch etwas kosten zu lassen. Schon bald erreichte eine erste geringe materielle Spende Lambaréne. Die Bundesrepublik reagierte rasch. Zunächst mit einer geringen direkten Unterstützung des Krankenhauses, später – um Frankreich nicht zu Gegenmaßnahmen zu veranlassen – mit einer größeren verdeckten Unterstützung durch einen angeblich rein privaten Trägerverein. So berichtete ein Mitarbeiter des Entwicklungshilfeministeriums dem Auswärtigen Amt noch 1975:

*„Die Schwierigkeiten meines Hauses, dem Hospital in Lambarene zu helfen, sind dem Auswärtigen Amt aus dem bisherigen Schriftwechsel hinlänglich bekannt; [...] Den breit gestreuten Bedürfnissen des Hospitals habe ich aber dadurch entsprechen können, daß ich seit Jahren einen zahnärztlichen*

<sup>608</sup> Botschafter Klingeberg (Botschaft in der Gabunischen Republik) an Auswärtiges Amt, 16. September 1967, PA AA, AA, B 68, 623.



*Untersuchungs- und Beratungsdienst [offiziell finanziert über den besagten 'privaten' Trägerverein] unterstütze; hierfür habe ich Zuschüsse in Höhe von insgesamt etwa 4 Mio. DM bewilligt.*<sup>609</sup>

Hierbei handelte es sich um eines der wenigen westdeutschen Entwicklungshilfeprojekte, die direkt auf den deutsch-deutschen Gegensatz zurückgeführt werden können.

In den übrigen Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas – auf die westdeutsche Entwicklungshilfe für die Republik Kongo wird im nächsten Unterabschnitt noch gesondert einzugehen sein – hatte die westdeutsche Entwicklungshilfe ein leichteres Spiel. In den 1960er Jahren erfolgte eine geringe materielle,<sup>610</sup> seit Anfang der 1970er Jahre auch eine geringe personelle Unterstützung<sup>611</sup> der ärztlichen und der sanitären Infrastruktur. Insgesamt acht tschadische Städte wurden dank westdeutscher Entwicklungshilfe mit einer eigenen Wasserversorgung ausgestattet.<sup>612</sup> Daneben wurde auch die ökonomische Infrastruktur gefördert. So wurde in der Zentralafrikanischen Republik ein Kredit an deren finanzschwache nationale Entwicklungsbank vergeben, wurden Beteiligungen an einer Nahrungsmittelfabrik<sup>613</sup> und einer Möbelfabrik erworben.<sup>614</sup> Zudem beteiligte sich die Bundesrepublik an der Finanzierung eines Tankschubverbandes, der helfen sollte, die Energieversorgung der Zentralafrikanischen Republik und des Tschad zu stabilisieren.<sup>615</sup> Im Tschad wurden darüber hinaus die Aufstellung von Schifffahrtszeichen auf dem Tschadsee<sup>616</sup> und die Entsendung von Veterinären zur Impfung der tschadischen Viehbestände – damals in weiten Teilen des Landes die wichtigste Einnahmequelle der einfachen Bevölkerung – unterstützt.<sup>617</sup> Im Bereich der sozialen Infrastruktur wurde der Aufbau und Betrieb einer sogenannten 'Siedlerschule' – einer Einrichtung an der ausgewählte junge Tschader auf eine Umsiedlung in die noch unerschlossene Wildnis vorbereitet wurden – mit Entwicklungshilfe kofinanziert.<sup>618</sup> Das größte

<sup>609</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an Auswärtiges Amt, 25. März 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108268.

<sup>610</sup> Botschaft in der Republik Tschad an Auswärtiges Amt, 2. Oktober 1969, PA AA, AA, B 68, 757.

<sup>611</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an Auswärtiges Amt und Garantie-Abwicklungsgesellschaft, 4. Juni 1970, PA AA, AA, B 68, 1070. ; Botschaft in der Republik Tschad an Auswärtiges Amt, 6. März 1970, PA AA, AA, B 68, 1070.

<sup>612</sup> Botschaft in der Republik Tschad an Auswärtiges Amt, 22. Januar 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108371.

<sup>613</sup> Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik an Auswärtiges Amt, 28. Februar 1968, PA AA, AA, B 68, 640.

<sup>614</sup> Interministerieller Referentenausschuß für Technische Hilfe an Auswärtiges Amt, 30. Oktober 1968, PA AA, AA, B 68, 641.

<sup>615</sup> Borowski (Bundesministerium für Verkehr) an Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) und Referat V B 5 (Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung) und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Kreditanstalt für Wiederaufbau, 8. Juni 1972, PA AA, AA, B 68, 876.

<sup>616</sup> Botschaft in der Republik Tschad an Auswärtiges Amt, 28. Februar 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103042.

<sup>617</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an Auswärtiges Amt und Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 29. August 1967, PA AA, AA, B 68, 638. ; Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an Auswärtiges Amt und Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 22. August 1968, PA AA, AA, B 68, 638.

<sup>618</sup> Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an Interministerieller Referentenausschuß für Technische Hilfe, 16. Juli 1968, PA AA, AA, B 68, 638.

Projekt stellte aber die Errichtung eines vom Tschad und der Republik Kamerun gemeinsam betriebenen Textilwerks dar, das von der Bundesrepublik und Frankreich gemeinsam bezuschusst wurde.<sup>619</sup> Ziel des Projektes war dabei weniger der Aufbau einer zentralafrikanischen Textilindustrie – Frankreich hätte sich damit unnötig ins eigene Fleisch geschnitten, da der zentralafrikanische Raum zum damaligen Zeitpunkt französische Textilerzeugnisse gut aufnahm – sondern vielmehr die Abwehr der schon zum damaligen Zeitpunkt äußerst konkurrenzfähigen asiatischen Textilindustrie. Nachdem die Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas, wie auch Kamerun, mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge im Jahr 1957 mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in ein Assoziierungsverhältnis eingetreten waren, hatten sich schon bald erste asiatische Unternehmen eingefunden, die das juristische Schlupfloch erkannten, das sich ihnen hier bot. Sollte es ihnen gelingen, in einem der assoziierten Staaten eine Textilfabrik zu errichten, hätten sie ihre konkurrenzlos günstigen Stoffe nach dort exportieren, in der Fabrik weiterverarbeiten und dann – unter Umgehung der hohen europäischen Einfuhrzölle – in Staaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft exportieren können. Vor allem die französische Textilindustrie fürchtete die außereuropäische Konkurrenz und gab diese Stimmung auch an ihre Interessenverbände weiter. 1964 warnte die *Association Eurafricaine Minière et Industrielle* das westdeutsche Entwicklungshilfeministerium eindringlich vor einem Vorstoß asiatischer Textilunternehmen aus Japan und Hongkong, wie das Auswärtige Amt seiner Botschaft im Tschad zu berichten wusste:

*„Wenn es einem dieser beiden [asiatischen] Unternehmen gelänge, sich durchzusetzen und in Afrika Fuß zu fassen, würden die Textilindustrien des Gemeinsamen Marktes von einer ersten Gefahr bedroht: Die Länder des Fernen Ostens könnten dann aus China oder Japan eingeführte unbedruckte Stoffe in Kamerun bedrucken lassen und die europäischen Märkte damit zu niedrigen Preisen überschwemmen. Nach französischer Auffassung liegt hierin eine äußerst ernste wirtschaftliche Gefahr.“*<sup>620</sup>

Abhängige Gebiete, wie die portugiesische Überseeprovinz Angola, waren vom Empfang regulärer Entwicklungshilfe offiziell ausgeschlossen. Doch wich man hier vielfach auf eine verdeckte Direktvergabe von Krediten aus – und dies durchaus in erheblicher Größenordnung. So wurde Portugal 1961 von der Bundesrepublik ein Kredit über 150 Mio. DM gewährt.<sup>621</sup> Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit, kam er in Angola und nicht im portugiesischen Mutterland zur Anwendung. Laut einer Broschüre der Befreiungsbewegung *Movimento Popular de Libertação de*

<sup>619</sup> Auswärtiges Amt an Botschaft in der Republik Tschad, 31. Mai 1963, PA AA, AA, B 68, 228.

<sup>620</sup> Präsident Georges-Picot (Association Eurafricaine Minière et Industrielle) an Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 24. Februar 1964, PA AA, AA, B 68, 274.

<sup>621</sup> Referatsleiter Haas – Referat Schweiz, Österreich, Iberische Halbinsel, östliche Mittelmeerländer (Auswärtiges Amt) an Staatssekretär Harkort (Auswärtiges Amt), 21. Juli 1961, PA AA, AA, B 34, 273. ; Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola an Auswärtiges Amt, 25. Januar 1962, PA AA, AA, B 68, 63.

Angola – deren Angaben allerdings bislang nicht über westdeutsche Akten belegt werden konnten – bestand der Kredit von 1961 aus zwei Teilen: 100 Mio. DM, die mit einem Zinssatz von 3,25% und einer Laufzeit von 20 Jahren ausgestattet waren, sollten in ein Bewässerungsprojekt in Angola investiert werden. 50 Mio. DM, die auf einen der Movimento Popular unbekannten Zinssatz und eine Laufzeit von 16 Jahren ausgelegt waren, sollten den Ausbau von vier portugiesischen – höchstwahrscheinlich militärischen – Flughäfen in Angola sicherstellen.<sup>622</sup> Belege für weitere Kredite der Bundesregierung konnten in den eingesehenen Akten nicht gefunden werden. Doch sei angemerkt, dass der Kredit von 1961 in der westdeutschen Öffentlichkeit auf scharfe Kritik gestoßen war. Wenn, wären Kredite der Bundesregierung deshalb fortan verdeckt über Privatbanken und Privatfinanziers erfolgt. So hieß es in einem internen Bericht des Auswärtigen Amtes von 1968 zum Haushalt der portugiesischen Provinzverwaltung in Angola:

*„Es gibt keine unmittelbare deutsche und auch keine andere ausländische Entwicklungshilfe, wohl aber Entwicklungskredite privater Stellen, hinter denen westliche Länder stehen.“<sup>623</sup>*

Ganz anders stellte sich die westdeutsche Entwicklungshilfe in der Republik Kamerun dar. Westdeutsche Berater wurden an die Präsidialkanzlei, das Planungsministerium,<sup>624</sup> das Industrieministerium,<sup>625</sup> und die Staatskanzlei von Westkamerun – dem ehemaligen Britisch-Kamerun – entsandt.<sup>626</sup> Das Präsidialamt der Bundesrepublik Kamerun wurde von der BRD in den 1970er Jahren sogar beim Aufbau seiner ersten Computerdatenbank unterstützt.<sup>627</sup> Auch hier wurde die ökonomische Infrastruktur gefördert. Die Entwicklungsbanken West-<sup>628</sup> und Ostkameruns<sup>629</sup> wurden mit westdeutschen Beratern besetzt und ihr Kapitalstock über einen Kredit der Kreditanstalt für Wiederaufbau angehoben.<sup>630</sup> Mit westdeutscher Entwicklungshilfe wurde der Ausbau des

<sup>622</sup> o. A.: West Germany and Portugal. The consequence on the liberation movement in Africa. o. O. 1966.

<sup>623</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 1. Februar 1968, PA AA, AA, B 68, 573.

<sup>624</sup> Interministerieller Referentenausschuß für Technische Hilfe an Auswärtiges Amt, 16. November 1972, PA AA, AA, B 68, 999.

<sup>625</sup> Botschafter Horstmann (Botschaft in der Vereinigten Republik Kamerun) an Minister Abdoulaye – Planungsministerium (Vereinigte Republik Kamerun), 18. April 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102957.

<sup>626</sup> Bundesministerium für Wirtschaft an Interministerieller Referentenausschuß für Technische Hilfe, 24. Januar 1964, PA AA, AA, B 68, 241.

<sup>627</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an Interministerieller Referentenausschuß für Technische Hilfe, 15. Oktober 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102959.

<sup>628</sup> Bundesministerium für Wirtschaft an Interministerieller Referentenausschuß für Technische Hilfe, 24. Januar 1964, PA AA, AA, B 68, 241.

<sup>629</sup> Botschafter Döring (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 7. Januar 1965, PA AA, AA, B 68, 346.

<sup>630</sup> Kreditanstalt für Wiederaufbau an Referatsleiter Keiser – Referat Wirtschaftsbeziehungen zum Nahen Osten und zu Nordafrika (Auswärtiges Amt) und Schnabel – Abteilung 4 (Auswärtiges Amt) und Beelitz (Bundesministerium für Wirtschaft) und Erdmann (Bundesministerium für Wirtschaft) und Elson (Bundesministerium für Wirtschaft) und Penning (Bundesministerium der Finanzen), 4. Dezember 1962, PA AA, AA, B 68, 155.

Straßennetzes im Norden Ostkameruns<sup>631</sup> und des Stromnetzes in Westkamerun vorangetrieben.<sup>632</sup> Ein Institut für Landtechnik<sup>633</sup> und eine Schule für Wildhüter<sup>634</sup> wurden mit Entwicklungshilfe gefördert. Über Technische Hilfe wurden Landwirtschaftsberater,<sup>635</sup> Veterinäre, erneut zur Impfung der Viehbestände des Landes,<sup>636</sup> ein Vermarktungsberater für Agrarprodukte<sup>637</sup> und ein Tourismusberater<sup>638</sup> entsandt. Die ökonomische Infrastruktur wurde aber nicht nur mit Mitteln der Kapitalhilfe und der Technischen Hilfe unterstützt. Über Ausfuhrbürgschaften und -garantien der Kreditanstalt für Wiederaufbau wurde die Errichtung eines Hotels,<sup>639</sup> eines Staudamms,<sup>640</sup> eines Netzes von Fernsprechanlagen<sup>641</sup> und einer Brücke vorfinanziert.<sup>642</sup> Und schließlich beteiligte sich die Bundesrepublik auch hier mit Entwicklungshilfe am Aufbau des bereits erwähnten tschadisch-kamerunischen Textilwerks. Zur Finanzierung kamen hierbei neben Kapitalhilfe und Ausfuhrkrediten auch eine Investition der Deutschen Entwicklungsgesellschaft zum Einsatz.<sup>643</sup> Im Bereich der ärztlichen und sanitären Infrastruktur flossen ebenfalls Gelder. Ein Arzt samt Ausrüstung wurde nach Südkamerun entsandt,<sup>644</sup> eine für Gesamtkamerun zuständige Krankenpflegerschule über Entwicklungshilfe gefördert.<sup>645</sup> In West- und Ostkamerun wurde mit westdeutschen Zuschüssen die Wasserversorgung ausgebaut.<sup>646</sup> Und auch hier kamen die westdeutschen Leistungen der sozialen Infrastruktur zu Gute. Eine weitere sogenannte

<sup>631</sup> Referatsleiter Haas – Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Staatssekretär Braun (Auswärtiges Amt), 6. Oktober 1971, PA AA, AA, B 68, 879.

<sup>632</sup> Behnke (Bundesministerium für Wirtschaft) an Auswärtiges Amt und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Bundesministerium für Verkehr und Kreditanstalt für Wiederaufbau, 22. Februar 1972, PA AA, AA, B 68, 999.

<sup>633</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102959.

<sup>634</sup> Fiedler (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Vereinigten Republik Kamerun, 9. Dezember 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102958.

<sup>635</sup> Koch (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) an Interministerieller Referentenausschuß für Technische Hilfe, 25. Juli 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102959.

<sup>636</sup> Stecker (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) an Auswärtiges Amt, 13. Dezember 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108285.

<sup>637</sup> Koch (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) an Interministerieller Referentenausschuß für Technische Hilfe, 3. Juli 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102959.

<sup>638</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an Interministerieller Referentenausschuß für Technische Hilfe, 16. Oktober 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102957.

<sup>639</sup> Hermes Kreditversicherungs AG an Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun, 06. April 1967, PA AA, AA, B 68, 523.

<sup>640</sup> Hermes Kreditversicherungs AG an Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun, 16. Juni 1967, PA AA, AA, B 68, 523.

<sup>641</sup> Hermes Kreditversicherungs AG an Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun, 9. August 1967, PA AA, AA, B 68, 523.

<sup>642</sup> Hermes Kreditversicherungs AG an Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun, 7. Mai 1968, PA AA, AA, B 68, 523.

<sup>643</sup> Referatsleiter Török – Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun, 28. Januar 1965, PA AA, AA, B 68, 343.

<sup>644</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun an Auswärtiges Amt, 15. November 1966, PA AA, AA, B 68, 343.

<sup>645</sup> Deelen (Bundesministerium für Gesundheit) an Interministerieller Referentenausschuß für Technische Hilfe, 19. Juni 1963, PA AA, AA, B 68, 154.

<sup>646</sup> Kreditanstalt für Wiederaufbau an Auswärtiges Amt, 25. April 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108283.

'Siedlerschule' wurde gefördert.<sup>647</sup> Letztere war laut interministeriellem Referentenausschuß, der über die Vergabe der Entwicklungshilfe entschied, als „*Experiment zur Änderung der traditionellen Familien- und Sozialstruktur abseits der städtischen Zivilisation*“ gedacht.<sup>648</sup> Die Absolventen sollten, wie im Tschad, nach zweijähriger 'Ausbildung' in noch von ihnen selbst in der unerschlossenen Wildnis Kameruns zu errichtenden 'Dörfern' angesiedelt werden.

Das intensivste entwicklungspolitische Engagement entfaltete die Bundesrepublik aber nicht in der einstmals deutschen Kolonie Kamerun, sondern in der Demokratischen Republik Kongo. Hier hatte die Bundesrepublik, wie bereits erwähnt, 1958 eine Anleihe Belgisch-Kongos über 120 Mio. DM erworben.<sup>649</sup> Ob die belgische Kolonialverwaltung noch weitere Unterstützungsleistungen aus der Bundesrepublik erhielt, lässt sich anhand der eingesehenen Akten nicht abschließend klären. Doch spricht, wie schon im letzten Abschnitt angedeutet, einiges dafür. Als bereits in der zweiten Woche der Unabhängigkeit die Kongo-Krise ausbrach, verblieben zunächst sämtliche Anträge der frisch ernannten Regierung Lumumba auf Entwicklungshilfe in der Warteschleife – wohl nicht zuletzt auch, um sein Kabinett zu schwächen. Stattdessen setzte man während der gesamten Dauer der Krise auf die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen. Absprachen erfolgten zunächst über das allgemeine *Development Assistance Committee* der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung,<sup>650</sup> seit den 1970er Jahren dann über eine multinationale *Consultative Group Congo*.<sup>651</sup> Wichtigster Partner waren aber die Vereinten Nationen, deren zwischen 1960 und 1964 durchgeführte Friedensmission – mit einer zivilen und einer militärischen Komponente –, von der Bundesrepublik mit größeren Geldbeträgen kofinanziert wurde. Eigentlich schlossen die Statuten der Vereinten Nationen eine finanzielle Beteiligung durch ein Nicht-Mitglied aus. Doch gelang es den Vereinigten Staaten rasch, eine Änderung der diesbezüglichen Bestimmungen zu erwirken. Die Mission der Vereinten Nationen war gefährlich unterfinanziert. Die Vereinigten Staaten waren ihr größter Geldgeber. Doch hatte der Kongress in Washington begonnen, Druck auf die Regierung Kennedy auszuüben, weitere Investoren aufzutreiben. Erst wenn weitere Spender einen bestimmten Betrag überschritten sei, sollte das *State Department* weitere Gelder nachschießen dürfen. Die bundesdeutschen Beiträge waren dementsprechend nicht unwichtig. Die BRD unterstützte die Mission der Vereinten Nationen durch die Zahlung von

---

<sup>647</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an Auswärtiges Amt und Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und Bundesministerium für Wirtschaft und Bundesministerium der Finanzen und Bundesministerium für Verkehr, 3. September 1963, PA AA, AA, B 68, 154.

<sup>648</sup> Interministerieller Referentenausschuß an Auswärtiges Amt, 5. Juli 1963, PA AA, AA, B 68, 155.

<sup>649</sup> Gülstorff 2007, S. 18 ff.

<sup>650</sup> Minister Erhard (Bundesministerium für Wirtschaft) an Auswärtiges Amt, 6. Juli 1963, BAArch, B 136, 2987.

<sup>651</sup> Hansen – Referat I B 3 (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) an Auswärtiges Amt und Bundesministerium für Wirtschaft und Bundesministerium der Finanzen und Bundesministerium für Verkehr und Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und Kreditanstalt für Wiederaufbau, 13. April 1971, PA AA, AA, B 68, 891.

umgerechnet 12 Mio. DM in einen Kongo-Fonds<sup>652</sup> und den Kauf von Kongo-Anleihen, welche die Vereinten Nationen herausgegeben hatten, im Wert von umgerechnet 48 Mio. DM.<sup>653</sup> Aber auch andere internationale Organisationen wurden in die westdeutsche Entwicklungshilfe eingebunden. Über den Internationalen Währungsfonds<sup>654</sup> und die Organisationen der Vereinten Nationen<sup>655</sup> wurden westdeutsche Finanzberater zur Sanierung der kongolesischen Währung und des kongolesischen Staatshaushalts entsandt. Über das Internationale Büro des Weltpostvereins wurden mehrere Fahrzeuge<sup>656</sup> und Einweisungspersonal gestellt.<sup>657</sup> Und über das westdeutsche Komitee des Roten Kreuzes wurde das bereits erwähnte Projekt des Internationalen Komitees mit einigen Ärzten und einer bescheidenen Ausrüstung versehen<sup>658</sup> – ein zweites Projekt der westdeutschen Entwicklungshilfe, dessen Motive mit Recht im deutsch-deutschen Gegensatz gesucht werden dürfen. Kurz vor der Entsendung der westdeutschen Ärzte hatte die DDR eine große Rot Kreuz-Delegation in den Kongo entsandt – die mit Abstand größte des gesamten internationalen Projekts. Das Auswärtige Amt musste reagieren, wollte es die Bundesrepublik in der internationalen Wahrnehmung nicht hinter die DDR zurücktreten lassen. Vier westdeutsche Ärzte wurden innerhalb kürzester Zeit ausgewählt und in die Tropen entsandt.<sup>659</sup> Dabei hatte man wenig Zeit auf die Prüfung ihrer Tauglichkeit verwendet – einer der Kandidaten war psychisch so labil, dass sich die Ärztekammer seines Bundeslandes nach seiner Entsendung noch beim Auswärtigen Amt über dessen Aufnahme in das Projekt beschweren sollte – noch weniger Zeit aber in die Zusammenstellung einer adäquaten Ausrüstung investiert. Dies rächte sich, als die westdeutschen Ärzte im Kongo eintrafen und ausgerechnet ihre ostdeutschen Kollegen um Unterstützung bitten mussten, die selbstverständlich sofort bereit waren, ihre mehr als reichliche Ausstattung mit den westdeutschen 'Brüdern' und 'Schwestern' zu teilen. Damit war das westdeutsche Projekt vollends

<sup>652</sup> Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York an Auswärtiges Amt, 4. Oktober 1961, PA AA, AA, B 68, 19. Der Wert wird in der Quelle mit 3 Mio. US-Dollar angegeben. Der Wechselkurs lag 1961 bei ca. 1 DM : 0,25 US-Dollar. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 12 Mio. DM.

<sup>653</sup> Minister Dahlgrün (Bundesministerium der Finanzen) an Minister Schröder (Auswärtiges Amt), 11. September 1963, PA AA, AA, B 68, 201. Der Wert wird in der Quelle mit 12 Mio. US-Dollar angegeben. Der Wechselkurs lag 1963 bei ca. 1 DM : 0,25 US-Dollar. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 48 Mio. DM.

<sup>654</sup> Robert an Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York, 9. November 1962, PA AA, AA, B 68, 157.

<sup>655</sup> Klingenberg (Botschaft in der Bundesrepublik Kongo) an Auswärtiges Amt, 30. Mai 1962, PA AA, AA, B 68, 157.

<sup>656</sup> Künzel (Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen) an Referat Bilaterale technische Hilfe (Auswärtiges Amt) und Referat Personelle Hilfe (Auswärtiges Amt), 30. Mai 1962, PA AA, AA, B 68, 156.

<sup>657</sup> Interministerieller Referentenausschuß für Technische Hilfe an Auswärtiges Amt, 28. Juli 1965, PA AA, AA, B 68, 349.

<sup>658</sup> Sachs – Referat Multilaterale Entwicklungshilfe; Kapitalhilfe (Auswärtiges Amt) an Ständige Vertretung in New York und Referat Vereinte Nationen, Internationale weltweite Organisationen (Auswärtiges Amt) und Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) und Referat Afrika südlich der Sahara [Abteilung Handelspolitik] (Auswärtiges Amt) und Referat Bilaterale technische Hilfe (Auswärtiges Amt) und Referat Multilaterale Entwicklungshilfe; Kapitalhilfe (Auswärtiges Amt), 9. Januar 1963, PA AA, AA, B 68, 201.

<sup>659</sup> Generalsekretär Beer (Liga der Rot Kreuz-Gesellschaften) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 14. November 1960, PA AA, MfAA, C 801/74, Fiche 1, S. 19-23.

zu einem Treppenwitz des deutsch-deutschen Gegensatzes verkommen. Im Jahr 1964, mit dem Ende der Mission der Vereinten Nationen, wurde die Entwicklungshilfe dann wieder in bilaterale deutsch-kongolesische Projekte gelenkt. Die ökonomische Infrastruktur wurde nun durch den Aufbau einer Landwirtschaftsschule,<sup>660</sup> einer Tierzuchtversuchsstation<sup>661</sup> und einer Lehrstraßenmeisterei unterstützt.<sup>662</sup> Über Hermes-Kredite wurde der Bau einer Zementfabrik in Kimpese<sup>663</sup> und eines Stahlwerks bei Kimpoko kofinanziert.<sup>664</sup> Auch die soziale Infrastruktur wurde nun gefördert. Ein sogenanntes Jugenddorf in Kisantu,<sup>665</sup> möglicherweise noch ein weiteres in Ikela,<sup>666</sup> wurden errichtet, um mittellose Jugendliche dem Einfluss von Lumumbisten und radikalen Kräften zu entziehen. Darüber hinaus wurden sogenannte 'Gegenwertmittel' aus zwei Warenkrediten im Wert von insgesamt 10 Mio. DM<sup>667</sup> und einer Nahrungsmittelspende im Wert von ebenfalls 10 Mio. DM<sup>668</sup> zur finanziellen Unterstützung weiterer Projekte gewährt. Bei der Vergabe von Gegenwertmitteln erwarb eine Regierung über Kredite Güter, die sie anschließend kommerziell auf dem inländischen Markt veräußerte. Mit den so gewonnenen Gegenwertmitteln wurde der Kredit zurückgezahlt – außer im Fall der Nahrungsmittelspende deren Erlös vollständig der empfangenden Regierung überlassen wurde. Mit den erwirtschafteten Überschüssen konnten dann weitere Entwicklungshilfeprojekte finanziert werden. Primär kamen die Gegenwertmittel im Kongo der Errichtung von höheren Bildungs- und Forschungseinrichtungen zugute. Sie wurden aber auch als Ersatz für noch ausstehende kongolesische Partnerschaftsleistungen – das Zielland von Entwicklungshilfe und Wirtschaftshilfe sollte stets einen Teil der Kosten eines Projekts selbst tragen – in bereits bestehenden deutsch-kongolesischen Projekten herangezogen. In den 1970er Jahren war dann die Zahl der Projekte der Entwicklungshilfe – aber auch der Wirtschaftshilfe – in der

<sup>660</sup> Stecker (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) an Referat Außenpolitische Fragen der Technischen Entwicklungshilfe; Grundsätze der gesamten Technischen Hilfe (Auswärtiges Amt) und Referat West- und Zentralafrika (Auswärtiges Amt), 28. Oktober 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108379.

<sup>661</sup> Interministerieller Referentenausschuß für Technische Hilfe an Auswärtiges Amt, 12. Januar 1972, PA AA, AA, B 68, 887.

<sup>662</sup> Interministerieller Referentenausschuß für Technische Hilfe an Auswärtiges Amt, 6. August 1969, PA AA, AA, B 68, 721.

<sup>663</sup> 3. Sekretär Hübsch (Botschaft in der Republik Zaïre) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 4. Dezember 1973, PA AA, MfAA, C 6252, Fiche 1, S. 15.

<sup>664</sup> Botschafter Neumann (Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 8. Juli 1970, PA AA, AA, B 68, 775.

<sup>665</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 68, 776.

<sup>666</sup> Mitarbeiter Buch – Technisch-wissenschaftlicher Dienst (Afrika-Verein) an Auswärtiges Amt, o.T. Januar 1969, PA AA, AA, B 68, 721.

<sup>667</sup> Kreditanstalt für Wiederaufbau an Schneider (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und Beelitz und Erdmann und Elson (Bundesministerium für Wirtschaft) und Penning (Bundesministerium der Finanzen) und Referatsleiter Keiser – Referat Wirtschaftsbeziehungen zum Nahen Osten und zu Nordafrika (Auswärtiges Amt) und Kappel (Bundesministerium für Verkehr), 2. Januar 1963, PA AA, AA, B 68, 157. ; Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 3. Februar 1965, PA AA, AA, B 68, 351.

<sup>668</sup> Gebhardt (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) an Referatsleiter Keiser – Referat Wirtschaftsbeziehungen zum Nahen Osten und zu Nordafrika (Auswärtiges Amt), 21. Dezember 1962, PA AA, AA, B 68, 19.

Demokratischen Republik Kongo so stark angestiegen, dass, zur Versorgung der westdeutschen Experten und Berater vor Ort, in den Aufbau einer diesbezüglichen Infrastruktur in der kongolesischen Hauptstadt investiert werden musste. Der Wohnungsmarkt in Kinshasa, wie die kongolesische Hauptstadt mittlerweile hieß, war gänzlich überlastet und die Mietpreise hatten schon lange die Grenze des Zumutbaren überschritten.<sup>669</sup> Ein Verwaltungsexperte wurde zur Koordinierung dieses Projekts nach Kinshasa entsandt.<sup>670</sup> Mit Entwicklungshilfe wurden Bungalows<sup>671</sup> und Wohnhäuser<sup>672</sup> errichtet, sowie eine größere Anzahl von Wohnungen zur Unterbringung der kontinuierlich wachsenden Zahl von westdeutschen Entwicklungshelfern käuflich erworben,<sup>673</sup>

Zu dieser Vielzahl an Projekten kamen in allen zentralafrikanischen Staaten noch unzählige, über Technische Hilfe finanzierte, volks- und betriebswirtschaftliche Studien hinzu. Als Anfang der 1970er Jahre dann die Rückzahlung der ersten Raten all dieser Projekte anstand – lediglich Projekte der technischen Hilfe waren von einer Rückzahlung befreit –, war praktisch keiner der zentralafrikanischen Staaten hierzu finanziell in der Lage.

Die Entwicklungshilfe der DDR erfolgte, sieht man von der Republik Kongo – auf die im übernächsten Unterabschnitt noch einzugehen sein wird – einmal ab, lediglich in Gabun, im Tschad und der Demokratischen Republik Kongo. In Gabun wurde das bereits mehrfach erwähnte Tropenkrankenhaus von Albert Schweitzer unterstützt.<sup>674</sup> Im Tschad, der in den 1970er Jahren aufgrund einer Dürre, welche die gesamte Sahelzone erfasst hatte,<sup>675</sup> große Not litt, wurden einige Ausbildungsplätze,<sup>676</sup> sowie eine größere medizinische und soziale Ausrüstungshilfe zur Linderung der humanitären Krise gestellt. In der Demokratischen Republik Kongo war eine größere Entwicklungshilfe zwar angedacht gewesen. Wie die BRD hatte auch die DDR hier große Pläne. Doch blieb das Erreichte letztlich deutlich hinter den Erwartungen zurück, da die Kongo-Krise einen für das sozialistische Lager unvorteilhaften Ausgang nahm. Geplant war zunächst eine

<sup>669</sup> Brückner (Botschaft in der Republik Zaïre) an Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 5. April 1972, PA AA, AA, B 68, 1046.

<sup>670</sup> Referatsleiter Wever – Referat Nord- und Westafrika (Auswärtiges Amt) an Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 6. Januar 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108382.

<sup>671</sup> Stellvertretender Referatsleiter Seldis – Referat Afrika südlich der Sahara [Abteilung Handelspolitik, Entwicklungspolitik und Europäische wirtschaftliche Integration] (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Republik Zaïre, 27. August 1971, PA AA, AA, B 68, 892.

<sup>672</sup> Interministerieller Referentenausschuß für Technische Hilfe an Auswärtiges Amt, 10. Mai 1972, PA AA, AA, B 68, 1045.

<sup>673</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an Auswärtiges Amt, 3. April 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103054.

<sup>674</sup> Botschaft in der Gabunischen Republik an Auswärtiges Amt, 11. Februar 1967, PA AA, AA, B 34, 723.

<sup>675</sup> Botschaft in der Republik Tschad an Auswärtiges Amt, 4. März 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103041. ; Botschaft in der Republik Tschad an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 24. Januar 1975, PA AA, MfAA, C 6270, Fiche 1, S. 3-4.

<sup>676</sup> Stellvertretender Minister Moldt (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Botschafter Krauß (Botschaft in der Republik Tschad), 10. März 1972, PA AA, MfAA, C 6269, Fiche 1, S. 56-59.



Lieferung von Hilfsgütern im Wert von umgerechnet 0,66 Mio. DM. Zusätzlich sollte eine größere Anzahl von Beratern der unterschiedlichsten Fachbereiche an Ministerien und Institutionen der Demokratischen Republik Kongo entsandt werden.<sup>677</sup> Die Verhaftung Lumumbas und die Absetzung seines Kabinetts machten diese Planungen aber frühzeitig zunichte. Lediglich die bereits erwähnte große Ärztedelegation des ostdeutschen Roten Kreuzes,<sup>678</sup> die samt medizinischer Ausrüstung<sup>679</sup> im Herbst den Kongo erreichte und eine kleinere zweite, die ihr im Winter folgte,<sup>680</sup> konnten tatsächlich, im Rahmen der ostdeutschen Entwicklungshilfe, erfolgreich zum Einsatz gebracht werden. Ganz im Gegensatz zu ihrem westdeutschen Pendant, ging es der DDR hierbei aber weniger darum, im deutsch-deutschen Gegensatz zu punkten, sondern darum, die eigene Einflussphäre zu erweitern und gleichzeitig die geostrategischen Interessen des sozialistischen Lagers zu befriedigen. Die bereits im letzten Abschnitt erwähnte ostdeutsche Delegation, die im Herbst 1960 im Kongo eintraf, um mit der Regierung Lumumba in Verhandlungen zu treten, hatte ihre Reise, wie ihr Vorgänger Christoph Seitz, inkognito antreten müssen. Getarnt als Teilnehmer einer tschechoslowakischen Ärzte-Delegation waren sie, gemeinsam mit der ostdeutschen Ärztedelegation, nach Léopoldville geflogen, wo sie weder den westlichen, noch den kongolesischen Sicherheitskräften weiter auffielen. Die Aufmerksamkeit der westdeutschen Botschaft wurde ganz von der Größe der ostdeutschen Ärztedelegation in Beschlag genommen, die zudem von einem hohen Funktionär des ostdeutschen Roten Kreuzes angeführt wurde. Ihn meinte die westdeutsche Botschaft schon bald als geheimen diplomatischen Emissär Ulbrichts ausgemacht zu haben. Bei den kongolesischen Behörden setzte sie sich für seine Ausweisung ein. Tatsächlich musste er – natürlich nur unter Protest – den Kongo bereits nach wenigen Tagen wieder verlassen. Unterdessen hatte die wahre ostdeutsche Delegation das Ziel ihrer Reise längst erreicht und war mit der Regierung Lumumba in Verhandlungen getreten. Doch auch internationale geostrategische Gründe hatten bei der Entsendung der Ärzte eine Rolle gespielt. Das Einsatzgebiet der ostdeutschen Entwicklungshilfe befand sich im Osten des Kongo und damit in Provinzen, die bislang von den Hilfsaktionen des Westens – aus durchaus realen Sicherheitserwägungen aber auch, weil hier die Parteigänger der radikaleren Kabinettsmitglieder von Lumumbas Regierungskoalition ihre

---

<sup>677</sup> Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 27. Oktober 1960, PA AA, MfAA, C 801/74, Fiche 1, S. 27-29. Der Wert wird in der Quelle mit 3 Mio. DM (Ost) angegeben. Der Wechselkurs lag 1960 bei ca. 1 DM (West) : 4,54 DM (Ost). Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 0,66 Mio. DM.

<sup>678</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 26. September 1960, PA AA, MfAA, C 801/74, Fiche 1, S. 43-44.

<sup>679</sup> Abteilungsleiter Zimmering – Abteilung Internationale Verbindungen (Deutsches Rotes Kreuz) an Abteilung Internationale Organisationen (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 13. Juli 1961, PA AA, MfAA, A 14195, Fiche 1, S. 9.

<sup>680</sup> Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Presseabteilung (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 2. Dezember 1960, PA AA, MfAA, C 801/74, Fiche 1, S. 13-14.

Parteihochburgen hatten – bewusst ausgeklammert worden waren. Der Einsatz der Ärzte im Ostkongo diente also auch der weiteren Annäherung einflussreicher politischer Kräfte des Kongo an das sozialistische Lager. Mit der Gründung der Freien Republik Kongo im Dezember 1960 konnte dann auch wieder auf Seiten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten eine größere staatliche Unterstützung ins Auge gefasst werden. Auf Wunsch der Regierung Gizenga wurden Wirtschafts- und Finanzberater an die Vertretung der Freien Republik Kongo in Kairo entsandt, wo sie Konzepte für die Einrichtung einer neuen kongolesischen Staatsbank in Stanleyville und die Einführung einer neuen Währung erstellten. Außerdem entwarfen sie Gesetzesvorlagen zur Gründung der Staatsbank, zur Einführung der neuen Währung, zur Abwicklung von Devisengeschäften und schrieben der zu gründenden Staatsbank auch noch ein Statut.<sup>681</sup> Bevor diese Unterstützung greifen konnte, war Gizenga aber schon mit Ministerpräsident Adoula in die bereits erwähnten Verhandlungen eingetreten, aus denen dann im Herbst 1961 in Léopoldville die große Koalitionsregierung hervorging. So war auch diesem Projekt der ostdeutschen Entwicklungshilfe am Ende keine langfristige Wirkung beschieden.

*c) Von der geostrategischen Relevanz einer Zementfabrik – Westdeutsche Entwicklungshilfe für die Republik Kongo*

Als die Kongolesische Republik im August 1960 in ihre Unabhängigkeit entlassen wurde, hatte sich bei den vorangegangenen Wahlen zum Nationalparlament die *Union Démocratique de la Défense des Intérêts Africains* als stärkste Kraft durchgesetzt. Ihre Abgeordneten wählten ihren Parteivorsitzenden, Fulbert Youlou, einen konservativen, pro-westlichen und frankophilen Politiker, zum ersten Staatspräsidenten der jungen Republik. Da sein Regime mit harter Hand regierte, oppositionellen Ideen nur wenig Raum und 1962 Oppositionsparteien gleich ganz verbieten ließ, hatte er schon bald eine größere anti-westliche – vor allem aber anti-kolonialistische und damit frankophobe Opposition gegen sich in Stellung gebracht. Sozialistische Gewerkschafter und Anhänger wie Mitglieder der ehemaligen Oppositionspartei *Mouvement Socialiste Africaine* waren in ihr vertreten. 1963 wagten diese, gemeinsam mit einigen Militärkadern, den offenen Aufstand und es gelang ihnen tatsächlich, Youlou abzusetzen und unter Hausarrest zu stellen. Neuer Staatspräsident wurde der gemäßigte Sozialist Alphonse Massamba-Débat, ein Mitglied der Union Démocratique, der bis zu diesem Zeitpunkt Präsident des Nationalparlaments gewesen war. Auch er war pro-westlich – dafür aber weniger frankophil – eingestellt. Die Einheitspartei Union Démocratique dominierte auch weiterhin die kongolesische Politik, doch rückte sie nun merklich

---

<sup>681</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, A 17294, Bd 1, Fiche 3, S. 261-262.

nach links – auch in außenpolitischer Hinsicht. Teile der Regierung Massemba-Débat – vor allem ihr Präsident – hatten Interesse, die Bindungen des Kongo zu Frankreich zu lockern, jedoch Schwierigkeiten, einen geeigneten außenpolitischen Partner als Ersatz zu finden. Großbritannien schied aufgrund seines Status als Kolonialmacht aus, die Vereinigten Staaten, da sie den sozialistischen Anhängern der neuen Regierung als Hort von Kapitalismus und Imperialismus galten. So blieb Massemba-Débat nur die Bundesrepublik. Sie stand in weiten Teilen Afrikas im Ruf, keine imperialistischen oder kolonialistischen Ambitionen zu verfolgen. Zudem verkörperte sie, als reiche, aufstrebende Wirtschaftsnation, geradezu den Prototypen eines starken Partners, von dem man glaubte, dass er problemlos einen Teil der entfallenen französischen Leistungen würde ersetzen können. Dies eröffnete dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung einen in den Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas bis dahin nicht gekannten Spielraum.

Unter der frankophilen Regierung Youlou hatte sich die westdeutsche Entwicklungshilfe noch in einem eher bescheidenen Rahmen bewegt. Mit dem Sturz Youlous hatte die französische Einflussphäre dann aber einige Einbußen erlitten. Im Gegenzug konnte die Bundesrepublik ihre Einflussphäre erweitern – mit weitreichenden Folgen für Art und Umfang der von ihr aufgewandten Entwicklungshilfe. Zur Unterstützung der ärztlichen Infrastruktur waren von 1962 bis 1973 zwei deutsche Ärzte samt Ausrüstung, der eine an der kongolesischen Peripherie, an der Krankenstation von Gamboma, der andere im kongolesischen Zentrum, am städtischen Krankenhaus von Dolésie, im Einsatz.<sup>682</sup> In Gamboma waren zudem zeitweilig eine Krankenschwester<sup>683</sup> und ein medizinisch-technischer Assistent tätig.<sup>684</sup> Daneben wurde eine größere Anzahl kleinerer Projekte unterstützt. Einige Praktikanten wurden mit Stipendien in die Bundesrepublik geholt, Fortbildungen im Genossenschaftswesen, der Berufsausbildung und der sogenannten 'Entwicklungsprogrammierung' – der Planung von großflächigen Entwicklungsstrategien – mit Entwicklungshilfe finanziert.<sup>685</sup> Ein westdeutscher Experte wurde als Berater an das kongolesische Landwirtschaftsministerium entsandt,<sup>686</sup> um an der Erstellung des anstehenden 5-Jahresplans mitzuwirken.<sup>687</sup> Eine nicht näher zu bestimmende Anzahl weiterer

---

<sup>682</sup> Botschaft in der Kongolesischen Republik an Auswärtiges Amt, 27. November 1963, PA AA, AA, B 34, 457.

<sup>683</sup> Kessler (Bundesministerium für Gesundheit) an Deutsche Förderungsgesellschaft für Entwicklungsländer und Auswärtiges Amt und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Referat III A 5 (Bundesministerium des Innern) und Bundesrechnungshof, 3. Mai 1965, PA AA, AA, B 68, 415.

<sup>684</sup> Interministerieller Referentenausschuß für Technische Hilfe an Auswärtiges Amt, 13. Juni 1967, PA AA, AA, B 68, 631.

<sup>685</sup> Auswärtiges Amt an Botschafter Soltmann (Botschaft in der Kongolesischen Republik), o.T. März 1963, PA AA, AA, B 34, 457.

<sup>686</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 22. März 1965, PA AA, AA, B 68, 416.

<sup>687</sup> Botschaft in der Republik Kongo an Auswärtiges Amt, 13. Dezember 1967, PA AA, AA, B 68, 632.

westdeutscher Berater und Experten wurde zudem auf multilateralem Wege, über die *World Health Organisation* und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, in die Republik Kongo entsandt.<sup>688</sup>

Das größte westdeutsche Entwicklungshilfeprojekt stellte aber die Finanzierung der ersten kongolesischen Zementfabrik, der *Cimenterie Domaniale de Loutété*, dar, die 1968 im Süden des Landes, zwischen der Hauptstadt Brazzaville und der Hafenstadt Pointe Noire, errichtet wurde. Das Beispiel der Zementfabrik macht deutlich, dass geostrategische Interessen des Westens – aber auch der westdeutsche Wunsch nach einer Erweiterung der eigenen Einflussosphäre – erhebliche Investitionen der westdeutschen Entwicklungshilfe nach sich ziehen konnten. Die Planungen zu diesem Projekt hatten bereits 1963 begonnen – zunächst allerdings noch auf rein privatwirtschaftlicher Ebene. Der Krupp Konzern bemühte sich zu dieser Zeit in ganz Afrika um den Absatz der von ihm gefertigten Investitionsgüter, zu denen unter anderem auch Zementfabriken zählten. Auch vor Mitgliedern der Regierung Massemba-Débat hatten seine Vertreter die Vorteile einer eigenen Fabrik, einer Lösung der Abhängigkeit von der französischen Zementindustrie, beworben. Dies hatte die französische Zementindustrie, die um ihren Absatzmarkt im Kongo fürchtete, auf den Plan gerufen. Sie hatte keine Sekunde gezögert, das französische Außenministerium und das französische Kooperationsministerium einzuschalten. Um das Projekt doch noch realisieren zu können, schlug Krupp den französischen Stellen – und der französischen Zementindustrie – einen Kompromiss vor: die Umsetzung des Projekts in einer deutsch-französischen Kooperation.<sup>689</sup> Tatsächlich wurde 1964 eine deutsch-französische Studiengesellschaft ins Leben gerufen, deren Aufgabe es war, erste Voruntersuchungen zu dem Projekt einzuleiten. Auch die Bundesrepublik beteiligte sich finanziell, über eine Investition der Deutschen Entwicklungsgesellschaft, an der deutsch-französischen Gesellschaft.<sup>690</sup> Schon bald stellte sich aber heraus, dass die französische Seite auch weiterhin bestrebt war, das Vorhaben zu hintertreiben. Krupp war das Projekt deshalb schon bald leid und schied, nicht zuletzt, um seine Geschäfte in Frankreich nicht zu gefährden, wieder aus der Studiengesellschaft aus.

Doch waren Staatspräsident Massemba-Débat und das kongolesische Kabinett<sup>691</sup> inzwischen von der Sinnhaftigkeit einer eigenen kongolesischen Zementindustrie zutiefst überzeugt. Sie ermunterten die westdeutschen Stellen zum Handeln. Die waren wiederum sehr an einer Stärkung Massemba-Débat interessiert. Er verkörperte für sie einen verlässlichen Partner des Westens, einen

---

<sup>688</sup> Botschaft in der Volksrepublik Kongo an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 8. April 1972, PA AA, MfAA, C 919/74, Fiche 1, S. 22-28.

<sup>689</sup> Howald (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 9. August 1963, PA AA, AA, B 68, 184.

<sup>690</sup> Erdmann – V C 6 (Bundesministerium für Wirtschaft) an Interministerieller Referentenausschuß für Kapitalhilfe, 19. Oktober 1964, PA AA, AA, B 68, 273.

<sup>691</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Kongolesischen Republik) an Auswärtiges Amt, 7. September 1964, PA AA, AA, B 34, 549.

effizienten Schutzwall vor der wachsenden Zahl von Befürwortern einer kongolesischen Außenpolitik, die sich stärker an der Sowjetunion, der Sozialistischen Staatengemeinschaft, der Republik Kuba, der Volksrepublik China, der Demokratischen Republik Vietnam und der Demokratischen Volksrepublik Korea orientieren sollte. Die westdeutsche Botschaft wurde aktiv. Sie begann, die Errichtung der Zementfabrik als rein deutsches Unternehmen zu konzipieren. Schon bald hatte sie für Planung und Aufbau der Anlage die Salzgitter Industriebau Gesellschaft, für ihre Produktion und Unterhaltung die Werner Gesellschaft gewonnen. Dies war nicht der erste Auftrag mit geostrategischen Hintergedanken, den die Bundesrepublik der Firma Werner anvertraut hatte. Im Auftrag westdeutscher Stellen war Werner auch schon in Guinea aktiv geworden, hatte auch dort Industrieanlagen errichtet und unterhalten. Und auch dort war es darum gegangen, den Einfluss pro-westlicher Minister und Ansichten in der Regierung, in diesem Fall derjenigen Sékou Tourés, zu stärken. Ende 1964 konnte die westdeutsche Botschaft in Brazzaville dem Auswärtigen Amt einen ersten Erfolg verkünden:

*„industrie[- und Handels]minister [Aimé] matsika bat mich gestern dringend zu sich und erklarte mir, gemeinschaftswerk cimentcongo zur errichtung der zementfabrik lutete haette zu vielen schriftsaetzen aber keinem praktischen nutzen gefuehrt. projekt durch intriguen franzoesischer partner praktisch tot semi uebrigens auch stimmungsmache der privaten deutschen zement-wirtschaft dagegen. kongolesische regierung habe daher cimentcongo aufgegeben und verhandlungen mit fa. fritz werner/salzgitter als deutschem und dazu noch staatlichem unternehmen vorzug gegeben, erfolgreicher abschluss sei so gut wie sicher.“*<sup>692</sup>

1965 schlossen Werner und Salzgitter mit der Regierung der Republik Kongo einen Vertrag über die schlüsselfertige Errichtung und zeitweilige Unterhaltung einer Zementfabrik nahe der Ortschaft Loutété: der bereits genannten *Cimenterie Domaniale de Loutété*. Nach dem Aufbau der Anlage sollte Werner Führungspersonal in den Kongo entsenden. Dessen Mitarbeiter sollten die Zementfabrik solange leiten, bis die Regierung der Republik Kongo sämtliche Kredite, die ihr für das Projekt von der Bundesrepublik über Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt worden waren, abbezahlt hatte. Werner rechnete hierfür mit einem Zeitraum von rund 5 Jahren.<sup>693</sup> Das von Werner aufgestellte Geschäftsmodell sah einen durchschnittlichen Stundenlohn der Arbeiter von 1,80 DM und eine wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden vor. Hieraus sollte sich für das Unternehmen ein jährlicher Gewinn von 6,1 Mio. DM ergeben, von dem es dann jährlich 2,4 Mio. DM der Regierung

<sup>692</sup> Merta (Botschaft in der Kongolesischen Republik) an Auswärtiges Amt, 5. Dezember 1964, PA AA, AA, B 68, 273.

<sup>693</sup> Amsberg (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Gabunischen Republik und Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik, 26. Februar 1965, PA AA, AA, B 68, 415.

zur Rückzahlung der Kredite übergeben sollte.<sup>694</sup> Die Republik Kongo hatte Werner und Salzgitter bei Baubeginn 10% und bei Inbetriebnahme 15% der Projektkosten zu erstatten. Bei Erreichen einer Rückzahlungsquote von 75% sollte das Werk von Werner in die Hände eines rein kongolesischen Managements gelegt werden.<sup>695</sup> Von westdeutscher Seite wurde das Projekt mit 10 Mio. DM Kapitalhilfe, sowie einem, über eine Bundesbürgschaft staatlich abgesicherten, privaten Lieferantenkredit über 12 Mio. DM unterstützt. Der kongolesische Eigenanteil an der Projektfinanzierung betrug 8 Mio. DM.<sup>696</sup> Die Rückzahlung der westdeutschen Kredite sollte sich zunächst auf den privaten Lieferantenkredit, dann auf die staatliche Kapitalhilfe konzentrieren.<sup>697</sup> Frankreich und die französische Zementindustrie fühlten sich von diesem westdeutschen Alleingang gänzlich überrumpelt. Sie sahen in dem größtenteils von der Bundesrepublik finanzierten Projekt eine Ausweitung der westdeutschen Einflussphäre auf ihre Kosten. In der gemeinsamen Studiengesellschaft war die französische Seite außer sich und erklärte, schriftlichen Protest einreichen zu wollen, da weder die westdeutschen Unternehmen, noch die Bundesrepublik sich bei den Projektverhandlungen mit ihren französischen Partnern abgestimmt hätten. Damit hätten sie klar gegen die Statuten der gemeinsamen Gesellschaft verstoßen. Die Deutsche Entwicklungsgesellschaft berichtete dem Auswärtigen Amt von der aufgeheizten Stimmung, die ihr im März 1965 auf einer Sitzung der Studiengesellschaft von französischer Seite entgegenschlug:

„[François] Corpet [ein Mitarbeiter des französischen Kooperationsministeriums, dem französischen Pendant zum westdeutschen Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung] äusserte jedoch im Namen der französischen Regierung sehr scharfe Kritik an der Art, wie die Ressorts der Bundesregierung jetzt die Finanzierung des Konkurrenz-Projektes Fritz Werner planen. [...] Corpet deutete an, dass seine Regierung einen schriftlichen Protest auf diplomatischem Wege vorhabe gegen die Aufgabe eines deutsch-französischen Projektes, zu dem sich beide Regierungen verpflichtet hätten, weil dieses Aufgeben dem Geiste des [deutsch-französischen] Konsultationsabkommens widerspreche.“<sup>698</sup>

Die *Cimenterie Domaniale de Loutété* war das erste große westdeutsche Entwicklungshilfeprojekt der Bundesrepublik in der Republik Kongo und das erste Zementwerk aus westdeutscher Produktion, das im zentralafrikanischen Raum errichtet wurde.<sup>699</sup> Entsprechend gestärkt ging

<sup>694</sup> Botschaft in der Republik Kongo an Auswärtiges Amt, 11. Januar 1965, PA AA, AA, B 68, 415.

<sup>695</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. 1965, PA AA, MfAA, C 1018/73, Fiche 1, S. 2-9.

<sup>696</sup> Henske (Bundesministerium für Wirtschaft) an Auswärtiges Amt und Kreditanstalt für Wiederaufbau, 4. Oktober 1965, PA AA, AA, B 68, 416.

<sup>697</sup> Langer (Bundesministerium für Wirtschaft) an Grund (Bundesministerium der Finanzen) und Sachs (Auswärtiges Amt), 22. März 1965, PA AA, AA, B 68, 415.

<sup>698</sup> Brandts (Deutsche Entwicklungsgesellschaft) an Woermann (Salzgitter Industriebau) und Alenfeld, 29. März 1965, PA AA, AA, B 68, 415.

<sup>699</sup> Abteilungsleiter Harkort – Abteilung Handels- und Entwicklungspolitik (Auswärtiges Amt) an Staatssekretär Lahr

Staatspräsident Massemba-Débat aus dem Machtkampf mit dem frankophilen Flügel seines Kabinetts hervor. Die Einflussosphäre der Bundesrepublik wuchs ebenso. Wertvolle Dienste leistete ihr hierbei der Geschäftsführer von Werner, Rudolf Meyer. Schon nach kurzer Zeit war es ihm gelungen, zu Massemba-Débat ein solch vertrauensvolles Verhältnis aufzubauen, dass er sich als eine Art persönlicher Berater an der kongolesischen Präsidialkanzlei etablieren konnte.<sup>700</sup> Problemlos gelang es ihm, Massemba-Débat von der Notwendigkeit einer antikommunistischen Ausrichtung seiner Innenpolitik zu überzeugen. So schlug er dem kongolesischen Staatspräsidenten die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht vor, um die arbeitslose, politisch radikalisierte Jugend des Landes von der Straße und unter die Kontrolle der Regierung zu bekommen. Der westdeutsche Botschafter in der Republik Kongo, Jakob Hasslacher, berichtete dem Auswärtigen Amt über Meyers Ausführungen in der Präsidialkanzlei:

*„Auch in Deutschland müsse jeder junge Mann 18-24 Monate seiner Jugend gegen eine minimale Entlohnung im Dienst der Allgemeinheit opfern. Die Armee in Deutschland diene nicht nur der Verteidigung des Landes, sondern in hervorragender Weise auch der körperlichen, sozialen und staatspolitischen Erziehung.“*<sup>701</sup>

Doch auch das Unternehmen Werner selbst wurde genutzt, um weiter in den kongolesischen Raum einzudringen und die westliche – wie westdeutsche – Einflussosphäre auszuweiten. Dank der guten Beziehungen zu Massemba-Débat gelang es Werner, ein Erkundungs- und Ausbeutungsmonopol auf Vorkommen von Steinen und Erden in der gesamten Republik Kongo zu erwerben. Mit diesem Schritt konnte der Volksrepublik China ein empfindlicher Schlag versetzt werden. Denn mit eben dieser Begründung, der angeblichen Erkundung von Steinen und Erden, hatte diese schon seit Jahren im Nordosten des Landes operiert. Doch war man in Peking weniger an geologischen Erkenntnissen über die mineralischen Reichtümer des Kongo, als vielmehr am Aufenthalt in einem abgelegenen, menschenleeren und den Blicken des Westens weitgehend entzogenen Gebiet interessiert. In Wirklichkeit dienten ihre 'Untersuchungen' der Anlage und Unterhaltung von Ausbildungslagern und Rückzugsbasen der unterschiedlichsten Rebellengruppierungen, nicht zuletzt auch denjenigen der Demokratischen Republik Kongo. Botschafter Hasslacher notierte nach dem Abzug der Chinesen aus der abgelegenen Region erleichtert: *„Damit sind die Chinesen nun*

---

(Auswärtiges Amt) und Büro Staatssekretär (Auswärtiges Amt) und Parlamentarischer Staatssekretär Jahn (Auswärtiges Amt) und Abteilungsleiter Harkort – Abteilung Handels- und Entwicklungspolitik (Auswärtiges Amt) und Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 15. Februar 1968, PA AA, AA, B 68, 632.

<sup>700</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Republik Kongo) an Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 6. Mai 1966, PA AA, AA, B 68, 659.

<sup>701</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Republik Kongo) an Referat Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung, des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens und des Fremdenverkehrs (Auswärtiges Amt), 6. Mai 1966, PA AA, AA, B 68, 659.

einem [sic!] wichtigen – subversive besonders günstigen – Gebiet heraus gedrängt.“<sup>702</sup> Aus dem selben Grund wurde in den 1970er Jahren dann auch das nordkoreanische 'Solidaritätsprojekt' der Errichtung einer Zündholzfabrik nahe der nordkongolesischen Ortschaft Bétou mit einem westdeutschen Kredit über umgerechnet rund 20 Mio. DM unterstützt.<sup>703</sup> Man geht wohl nicht ganz fehl, wenn man Westdeutschland, aufgrund des ungewöhnlich hohen Umfangs der investierten Mittel, auch hier als Motiv das Herausdrängen subversiver Kräfte nahe eines der wichtigsten Hot Spots des Kalten Krieges in Afrika, der Demokratischen Republik Kongo, unterstellt. Der westdeutsche Botschafter in der Volksrepublik Kongo, Gottfried Fischer, war von der westdeutschen Unterstützung für die Demokratische Volksrepublik Korea fasziniert und berichtete 1976 belustigt:

*„Eines der – man kann nur sagen: komischsten Projekte der Entwicklungshilfe wird zur Zeit in der Volksrepublik Kongo 'abgewickelt'. Wie bereits berichtet, hatte Nordkorea vor Jahren dem Kongo eine Streichholzfabrik geschenkt und in Betou am Ubangi aufgebaut. Dieses Werk hat nie ein einziges Zündholz produziert, obgleich Schachteln mit dem Aufdruck 'Falco' (Fabrication des Allumettes Congolaises) in den Handel kamen. Sie waren in Kamerun gekauft und hier neu etikettiert worden. Der eklatante Mißerfolg veranlaßte die Koreaner, die ihr revolutionäres Gesicht verloren hatten, eine komplette neue Fabrikeinrichtung in West-Berlin zu bestellen, um sie dem Kongo zu schenken. Wegen nicht verfügbarer Devisen mußte die koreanische Regierung jedoch ein Finanzinstitut in Singapur einschalten, das wiederum eine Exportfirma in Hamburg belieh. Nach Eintreffen der Maschinen hat nunmehr ein deutsches Montageteam, zu dem ein türkischer Gastarbeiter gehört, im Nordkongo mit dem Aufbau der Anlage begonnen. Am Ort befinden sich auch einige Koreaner, die jedoch 'von Tuten und Blasen' keine Ahnung haben. Die Deutschen stützen sich daher auf die Hilfe rumänischer Forstexperten, die am gleichen Ort tropische Hölzer für eine kongolesische Staatsgesellschaft einschlagen. Die Deutschen kommen mit den Koreanern schlecht zurecht, die Rumänen sind über die Kongolesen erbost, die ihr Projekt nicht im Griff haben. Deutsche und Rumänen verstehen sich jedoch ausgezeichnet. Für die koreanisch-kongolesisch-deutsche Streichholzfabrik sind bislang übrigens weder Fachkräfte zum 'Fahren' des Werks eingestellt noch notwendige Chemikalien für die Produktion bestellt worden. Schlimm nur, daß die sichere Entwicklungsruine schon jetzt überall ein 'deutsches' Projekt genannt wird. Daß das rumänische Holzunternehmen gleichfalls ein Mißerfolg ist, kann nur ein schwacher Trost sein.“<sup>704</sup>*

<sup>702</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Republik Kongo) an Referat Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung, des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens und des Fremdenverkehrs (Auswärtiges Amt), 6. Mai 1966, PA AA, AA, B 68, 659.

<sup>703</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Republik Kongo) an Referat Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungshilfe; Grundsatzfragen der Kapitalhilfe und der Gewährleistungen im Außenhandel und Kapitalexport (Auswärtiges Amt), 22. Februar 1967, PA AA, AA, B 68, 660. Der Wert wird in der Quelle mit 5 Mio. US-Dollar angegeben. Der Wechselkurs lag 1967 bei ca. 1 DM : 0,25 US-Dollar. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 20 Mio. DM.

<sup>704</sup> Botschafter Fischer (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Referat West- und Zentralafrika (Auswärtiges Amt), 18. März 1976, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108294.



1968 wurde die Zementfabrik in Loutété in Betrieb genommen.<sup>705</sup> Der Ort wuchs schnell von rund 350 auf über 4000 Einwohner an. Schon bald war die Zementfabrik *das* gefeierte Vorzeigeprojekt der Bundesrepublik und Staatspräsident Massemba-Débat. Um diesen Effekt noch zu verstärken wurden eine Lehrwerkstatt und eine Krankenstation an das Projekt angeschlossen. Ende 1970 konnten bereits rund sechzig Kongolesen in der Lehrwerkstatt von Loutété, zehn weitere in der Bundesrepublik ausgebildet werden.<sup>706</sup> Die Krankenstation wurde von Werner und Salzgitter einmalig mit 0,25 Mio. DM zur Anschaffung von Ausrüstung und jährlich 80.000 DM zur Anstellung eines Arztes versehen.<sup>707</sup> Die Bundesrepublik steuerte einmalig Ausrüstung im Wert von 0,8 Mio. DM bei.<sup>708</sup> Weitere Planungen sahen bereits die Errichtung von Wohnhäusern,<sup>709</sup> Einkaufsläden, eines Schulzentrums, einer größeren landwirtschaftlichen Produktionsstätte<sup>710</sup> und städtischer Infrastruktur,<sup>711</sup> von Handwerksbetrieben und Kleinindustrien vor.<sup>712</sup> Doch sollte nicht einer dieser weitergehenden Pläne seine Verwirklichung erleben. Fehlkalkulationen in der Projektkonzeption traten zu Tage und die öffentliche Meinung zum Projekt begann umzuschlagen. Bereits ein Jahr vor Eröffnung der Zementfabrik waren in der Republik erste Stimmen laut geworden, die das Projekt kritisierten. Anfang der 1970er Jahre stimmten dann auch ostdeutsche Stellen – die DDR war nun auf Gesandtschaftsebene in der Volksrepublik Kongo vertreten – in den Chor der Kritiker mit ein, dirigierte ihn nicht selten. Der Staatssekretär im ostdeutschen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Peter Florin, gab 1970 der ostdeutschen Zeitung Neues Deutschland ein Interview, in dem er kritisierte, dass in der westdeutschen Zementfabrik nicht ein Kongolese in leitender Position tätig sei und der Kongo den Zement zu den selben ungünstigen Konditionen beziehen müsse, zu denen er ihn zuvor bereits aus Frankreich bezogen hatte.<sup>713</sup> Über mediale Inszenierungen gelangte die ostdeutsche Kritik aber nicht hinaus. Eine

<sup>705</sup> Geschäftsführer Keine (Deutsche Industrieanlagen Fritz Werner) an Schnabel (Auswärtiges Amt), 3. April 1968, PA AA, AA, B 68, 632.

<sup>706</sup> Deutsche Industrieanlagen Fritz Werner und Geschäftsführer Klingspor (Salzgitter Industriebau) und Direktor Westermann (Salzgitter Industriebau) an Vizepräsident Raoul – Staatsrat (Volksrepublik Kongo) und AI (Deutsche Industrieanlagen Fritz Werner) und FW-Berlin (Deutsche Industrieanlagen Fritz Werner) und Ramien und Botschaft in der Republik Kongo und Referatsleiter Meyer-Landrut – Referat Sowjetunion (Auswärtiges Amt) und Referatsleiter Eger – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) und Referatsleiter Schnabel – Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) und Wallner (Bundesministerium für Wirtschaft) und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Duschkin (Salzgitter Industriebau), 1. Dezember 1970, PA AA, AA, B 68, 1029.

<sup>707</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 28. April 1969, PA AA, AA, B 68, 755.

<sup>708</sup> Beyer (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Auswärtiges Amt, 4. Februar 1971, PA AA, AA, B 68, 1029.

<sup>709</sup> Geschäftsführung (Deutsche Industrieanlagen Fritz Werner) an Wallner (Bundesministerium für Wirtschaft) und Brebeck (Bundesministerium für Wirtschaft), 20. April 1968, PA AA, AA, B 68, 632.

<sup>710</sup> Botschaft in der Volksrepublik Kongo an Auswärtiges Amt, 20. April 1970, PA AA, AA, B 34, 785.

<sup>711</sup> Ebd.

<sup>712</sup> 1. Sekretär Jahnsowski (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Ministerium für Außenwirtschaft und Handelspolitische Abteilung (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo), 3. Juli 1971, PA AA, MfAA, C 1100/77, Fiche 1, S. 15.

<sup>713</sup> Referatsleiter Haas – Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an

Übernahme des Projektes wurde in Ost-Berlin zu keiner Zeit in Erwägung gezogen. Doch fiel die von ostdeutscher Seite geübte Kritik im Kongo auf durchaus fruchtbaren Boden.<sup>714</sup> Das Parteiorgan der Einheitspartei Parti Congolais du Travail, die Zeitung *Etumba*, warf der westdeutschen Betriebsleitung eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik Kongo, sowie Rassismus gegenüber ihren kongolesischen Arbeitern und Angestellten vor. Der Geschäftsträger der westdeutschen Botschaft in Brazzaville, Herr Zierer, bemerkte hierzu:

*„Politisch kann es für Deutschland gefährlich werden, wenn unser 'Paradeprojekt' im Kongo abgewertet wird. Dass von den Ostblockvertretungen hierauf Mühe verwandt wird ist ebenso klar, wie dass auch manchen Franzosen diese Melodie angenehm klingt.“*<sup>715</sup>

Große Mühe mußte bei der Abwertung des Projekts allerdings kaum aufgewandt werden. Bereits 1968 waren die finanziellen und wirtschaftlichen Fehlkalkulationen des Projektes offensichtlich geworden. Personell war der Betrieb überbesetzt. Weder im In-, noch im Ausland konnte der Zement zu kostendeckenden Preisen abgesetzt werden – geschweige denn mit Gewinn.<sup>716</sup> Als die Regierung der Volksrepublik Kongo das Zementwerk 1973 übernahm, versuchte sie, die Personalkosten durch den Einsatz ehemaliger politischer Häftlinge, die nun als Zwangsarbeiter eingesetzt wurden, zu reduzieren. Botschafter Gottfried Fischer berichtete:

*„Die kongolesische Regierung hat inzwischen eine Reihe von Verordnungen zur Durchführung der Amnestie erlassen und Namenslisten aller betroffenen ehemaligen politischen Häftlinge veröffentlicht. Danach werden 205 sofort ohne Einschränkungen freigelassen. 134 dagegen werden in meist entlegenen ländlichen Gebieten gewissen Einschränkungen unterworfen. Sie dürfen die Dörfer, in denen ihnen Arbeitsstellen zugewiesen werden, ohne Genehmigung nicht verlassen. Zumeist werden diese ehemaligen politischen Häftlinge in Staats- oder Armeefarmen, bei Forststationen, aber auch in der Zementfabrik Loutété tätig sein. Sie erhalten für ihre Arbeit ein monatliches Gehalt von F CFA 7.945 [umgerechnet rund 46,88 DM] mit Ausnahme von drei, seinerzeit zum Tode verurteilten und später begnadigten Anführern verschiedener Staatsstreiche ([Ministerpräsident a.D. Edouard Ambroise] Noumazalaye, [Außenminister a.D. Bernard] Kolela und [Stellvertretender Chef des Generalstabs a.D. Félix] Mouzabakani), die monatlich F CFA 15.890 [umgerechnet rund 93,75 DM] erhalten.“*<sup>717</sup>

---

Botschaft in der Volksrepublik Kongo, 13. Januar 1970, PA AA, AA, B 68, 1029.

<sup>714</sup> Geschäftsträger Zierer (Botschaft in der Republik Kongo) an Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 18. Mai 1967, PA AA, AA, B 68, 632.

<sup>715</sup> Geschäftsträger Zierer (Botschaft in der Republik Kongo) an Direktor Westermann (Salzgitter Industriebau), 17. Mai 1967, PA AA, AA, B 68, 632.

<sup>716</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 1. September 1971, PA AA, AA, B 68, 1030.

<sup>717</sup> Botschafter Fischer (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Referat Nord- und Westafrika (Auswärtiges Amt), 13. November 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102960. Der Wert wird in der Quelle mit 7945 FCFA beziehungsweise 15890 F CFA angegeben. Der Wechselkurs lag 1973 bei 1 FF : 100 F CFA und 1 DM : 1,71 FF. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 46,88 DM beziehungsweise 93,75 DM.

Der Verschuldung des Unternehmens kam die kongolesische Regierung aber auch mit diesem 'geschickten' personalpolitischen Schachzug nicht bei. Bereits 1968 hatte der Zinssatz für die westdeutschen Kredite von 4% auf 3% gesenkt werden müssen.<sup>718</sup> Dennoch konnte die Regierung der Republik Kongo schon 1969 die Rückzahlung des privaten Lieferantenkredits nicht mehr leisten.<sup>719</sup> Die BRD musste eine weitere Kapitalhilfe von 6,2 Mio. DM nachschießen, um die alten Kredite und das Projekt weiter am Laufen zu halten.<sup>720</sup> Dennoch bestanden bereits 1971 wieder Zahlungsrückstände an Werner und Salzgitter im Umfang von mittlerweile 8,1 Mio. DM. Beide Unternehmen erwogen nun die Inanspruchnahme der Bundesbürgschaft.<sup>721</sup> Tatsächlich ließ das Auswärtige Amt 1971 den sogenannten 'Hermes-Fall' eintreten.<sup>722</sup> Ein weiterer Anlauf, die kongolesische Regierung mit einer erneuten Kapitalhilfe auszulösen,<sup>723</sup> war zwar unternommen, aber abgebrochen worden. Offiziell, da der Kongo 1970 diplomatische Beziehungen zur DDR aufgenommen hatte,<sup>724</sup> inoffiziell, da die Gewerkschaft, zu der sich die Arbeiter der Zementfabrik mittlerweile zusammengeschlossen hatten, die Gehaltsforderungen ihrer Mitglieder immer weiter in die Höhe trieb.<sup>725</sup> Um nicht zuzulassen, dass sich das Projekt in ein Fass ohne Boden verwandelt, wurde die Fabrik 1973 – ohne Begleichung der noch ausstehenden Abschlagszahlungen – an die kongolesische Regierung übergeben<sup>726</sup> – gerade einmal ein Jahr, nachdem eben diese Regierung die Erweiterung der ostdeutschen Gesandtschaft zur Botschaft gestattet hatte.

Langfristig hatte das Projekt die Regierung Massemba-Débat nicht stabilisieren können. Bereits

<sup>718</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 30. August 1968, PA AA, AA, B 150, 132, Fiche 3, S. 5350-5389.

<sup>719</sup> Kreditanstalt für Wiederaufbau an Referatsleiter Moltrecht – Referat V b 5 (Bundesministerium für Wirtschaft), 28. Januar 1971, PA AA, AA, B 68, 1030.

<sup>720</sup> Interministerieller Referentenausschuß für Kapitalhilfe an Auswärtiges Amt, 4. Juni 1971, PA AA, AA, B 68, 1030.

<sup>721</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 1. September 1971, PA AA, AA, B 68, 1030.

<sup>722</sup> Referatsleiter Haas – Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Unterabteilungsleiter Lebsanft – Unterabteilung III B [Entwicklungspolitik und Dritte Welt] (Auswärtiges Amt) und Referat Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungshilfe; Grundsatzfragen der Kapitalhilfe und der Gewährleistungen im Außenhandel und Kapitalexport (Auswärtiges Amt) und Referat Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung, des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens und des Fremdenverkehrs (Auswärtiges Amt), 8. März 1972, PA AA, AA, B 68, 1030.

<sup>723</sup> Abteilungsleiter Herbst – Abteilung Handels- und Entwicklungspolitik (Auswärtiges Amt) an Staatssekretär Braun (Auswärtiges Amt) und Büro Staatssekretär (Auswärtiges Amt) und Büro Politischer Staatssekretär (Auswärtiges Amt) und Abteilungsleiter Herbst – Abteilung Handelspolitik, Entwicklungspolitik und Europäische wirtschaftliche Integration (Auswärtiges Amt) und Unterabteilungsleiter Lebsanft – Unterabteilung III B [Entwicklungspolitik und Dritte Welt] (Auswärtiges Amt) und Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) und Referat Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen (Auswärtiges Amt), 20. Dezember 1971, PA AA, AA, B 68, 1026.

<sup>724</sup> Referat Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen (Auswärtiges Amt) an Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) und Referat Vereinte Nationen, weltweite internationale Organisationen (Auswärtiges Amt) und Referat Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung, des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens und des Fremdenverkehrs (Auswärtiges Amt), 22. Dezember 1971, PA AA, AA, B 68, 1030.

<sup>725</sup> Salzgitter Industriebau an Beyer (Botschaft in der Volksrepublik Kongo), 2. März 1972, PA AA, AA, B 68, 1030.

<sup>726</sup> Botschafter Dordan (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 20. November 1973, PA AA, MfAA, C 1404/78, Fiche 1, S. 1-3.

Ende 1968, nur wenige Monate nach Fertigstellung der Fabrik, hatte das Militär geputscht. Neuer Staatspräsident war Marien Ngouabi geworden, der eine außenpolitische Wende in Richtung sozialistisches Lager einleitete und 1969 die Volksrepublik Kongo ausrief. Dennoch hatte die westdeutsche Entwicklungshilfe in der Republik Kongo einige geostrategische Erfolge erzielen können – Erfolge, die für den Westen – auch und gerade im Hinblick auf die Befriedung der Demokratischen Republik Kongo – von nicht zu unterschätzender Bedeutung gewesen sein dürften.

#### *d) Entwicklung ohne großen Plan – Ostdeutsche Entwicklungshilfe für die Republik Kongo*

Im Jahr 1965 reiste erstmals eine Delegation des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR in die Republik Kongo. Zweck der Reise war die Aushandlung eines Handels- und Zahlungsabkommens gewesen<sup>727</sup> – das letztlich allerdings an den Vorbehalten des kongolesischen Parlaments scheitern sollte. Doch unterbreitete die Delegation der Regierung Massemba-Débat auch den Vorschlag, ein Abkommen über Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit zu schließen.<sup>728</sup> Die Delegation erklärte die Bereitschaft der DDR, Kongolesen beruflich aus- und fortzubilden und der Regierung Massemba-Débat ostdeutsche Wirtschaftsberater zur Verfügung zu stellen. Sie hatte sich von der Hoffnung leiten lassen, bei der kongolesischen Regierung mit ihrem Angebot kurzfristig Kontakte, mittelfristig allgemeine Beziehungen und langfristig vielleicht sogar diplomatische Beziehungen provozieren zu können. Die überschaubaren Kosten dieser beschränkten ostdeutschen Entwicklungshilfe wurden von ihr dabei als durchaus vertretbar erachtet. Zurück in Ost-Berlin wurde sie dann sogleich von den ostdeutschen Institutionen, deren Aufgabe allein der Auf- und Ausbau der ostdeutschen Volkswirtschaft war, auf den Boden der Realität zurückgeholt. Das Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel, die Staatliche Plankommission und das Finanzministerium rechneten mit keinerlei ökonomischem Nutzen für die DDR und stellten sich sogar geschlossen gegen den Vorschlag des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, eine zweite Delegation zur Fortsetzung der Verhandlungen in die Republik Kongo zu entsenden. Das Sekretariat des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates kritisierte das eigenmächtige Auftreten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und seinen Unwillen, sich mit den übrigen Ministerien abzustimmen, scharf:

*„Es gibt keinerlei ökonomische Berechnungen über die Möglichkeit der Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Kongo-Brazzaville. [...] Die vorgesehene Leitung der Delegation entspricht nicht*

<sup>727</sup> Stellvertretender Minister Wächter (Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel) an Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 924/74, Fiche 1, S. 7-11.

<sup>728</sup> Minister Sölle (Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 5. Juli 1965, PA AA, MfAA, C 1018/73, Fiche 1, S. 68-71.

*den Festlegungen des Vorsitzenden des Ministerrates, wonach ein Mitglied des Ministerrates aus dem Bereich der Volkswirtschaft als Leiter der Delegation benannt werden sollte. [...] Die bestehenden Differenzen der beteiligten Organe zu wichtigen inhaltlichen Fragen sind so umfangreich bzw. die Abstimmung zur Klärung der offenen Fragen so unzureichend, daß eine Behandlung der Vorlage in der gegenwärtigen Fassung im Präsidium des Ministerrates nicht in Betracht kommt.“<sup>729</sup>*

Letztlich gelang es dem ostdeutschen Außenministerium aber, sich im Ministerrat mit seinem Vorschlag einer Entwicklungshilfe für den Kongo durchzusetzen. Der Vorsitzende des Ministerrats, Willi Stoph, sandte dem kongolesischen Ministerpräsidenten, Pascal Lissouba, einen Brief, in dem er ihm das Angebot der DDR unterbreitete, drei ostdeutsche Berater an staatliche Planungsinstitutionen des Kongo,<sup>730</sup> sowie zwei Ausbildungsplätze für Kongolesen zur Verfügung zu stellen<sup>731</sup> – ganz ohne Abkommen, aber dafür auch ohne Kostenübernahme durch die DDR. Arbeitsplatz der ostdeutschen Experten wurde das gerade erst eröffnete staatliche Büro für die Gründung, Kontrolle und Orientierung staatlicher Unternehmen und Betriebe, das *Bureau Central de Coordination*, mit dem das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten 1966 in direkten Kontakt trat.<sup>732</sup> Das Bureau Central war an einem Berater für die volkswirtschaftliche und einem weiteren für die betriebswirtschaftliche Planung interessiert. Außerdem benötigte das Bureau Central dringend materielle Hilfe, da ihm Mitte der 1960er Jahre von der Regierung Massemba-Débat die Umsetzung mehrerer Siedlungsprojekte nahe der Grenze zur Demokratischen Republik Kongo übertragen worden war.<sup>733</sup> Seit Beginn der Kongo-Krise hatten Rebellen der Demokratischen Republik Kongo – teilweise mit, teilweise ohne Wissen der Republik Kongo – den Grenzfluss Congo überquert, in der Republik Kongo kampiert und in der Demokratischen Republik Kongo geplündert. Die Zentralregierungen der Demokratischen Republik Kongo hatten dem nicht lange tatenlos zugesehen. Kommandotruppen der kongolesischen Armee waren angewiesen worden,

<sup>729</sup> Mitarbeiter Wolters – Sekretariat des Stellvertreters des Vorsitzenden (Ministerrat) und Kozyrowski an Stellvertretender Leiter Weiss (Ministerrat) und Staatssekretär Rost (Ministerrat) und Stellvertretender Minister Mager (Finanzministerium) und Abteilungsleiter Fritsch – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Direktionsbereichsleiter Todtmann – Direktionsbereich Afrikanische Länder (Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel) und Stellvertretender Abteilungsleiter Tscheppe – Abteilung Außenhandel (Staatliche Plankommission), 9. August 1965, PA AA, MfAA, C 924/74, Fiche 1, S. 14-19.

<sup>730</sup> Vorsitzender Stoph (Ministerrat) an Ministerpräsident Lissouba (Republik Kongo), 17. Februar 1966, PA AA, MfAA, C 942/74, Fiche 1, S. 6.

<sup>731</sup> Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Abteilung Kultur (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 10. Mai 1966, PA AA, MfAA, C 404, Fiche 1, S. 26.

<sup>732</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Minister Sölle (Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel) und Stellvertretender Vorsitzender Scholz (Ministerrat) und Bevollmächtigter Scholz (Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten) und Stellvertretender Minister Kattner (Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel) und Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Hauptabteilung Wirtschaft und Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 22. März 1966, PA AA, MfAA, C 942/74, Fiche 1, S. 17-19.

<sup>733</sup> Sektionsleiter Jahnsowski – Sektion Zentralafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Stellvertretender Minister Stibi (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel, 24. März 1966, PA AA, MfAA, C 942/74, Fiche 1, S. 22-23.

ebenfalls den Grenzfluss zu überqueren. Mehrere kleinere Ortschaften der Republik Kongo warne bereits von ihnen attackiert worden. Hiergegen plante die Regierung Massemba-Débat nun die Anlage einer Kette befestigter Wehrdörfer entlang des Grenzflusses. Sie sollten Brazzaville Eindringlinge melden und solange in Schach halten, bis Verstärkung durch die reguläre kongolesische Armee eintreffen würde. 1966 waren zwei passende Wirtschaftsberater gefunden, die über das ostdeutsche Außenhandelsunternehmen LIMEX an das Bureau Central entsandt wurden. Dort wurden sie in die volkswirtschaftlichen Gesamtplanungen,<sup>734</sup> sowie die betriebswirtschaftlichen Planungen zahlreicher Einzelprojekte<sup>735</sup> eingebunden.<sup>736</sup> Die westdeutsche Botschaft hatte die Anwesenheit der beiden ostdeutschen Berater bald bemerkt und begann, Gegenmaßnahmen einzuleiten. Sie bot der Regierung Massemba-Débat an, die kostenpflichtigen ostdeutschen Experten durch kostenlose westdeutsche Experten zu ersetzen. Doch rückte ihr sogleich Frankreich auf den Plan, das sich besorgt zeigte, in der Republik Kongo gegenüber der Bundesrepublik weiter an Einfluss zu verlieren. Es unterstützte deshalb im kongolesischen Kabinett diejenigen Kräfte, die für eine Fortsetzung der ostdeutschen Hilfe eintraten. Im ostdeutschen Handelsministerium notierte man hocherfreut:

*„Die westdeutsche Botschaft hat der kongolesischen Seite angeboten, kostenlos Spezialisten zur Verfügung zu stellen, sofern die DDR-Spezialisten entlassen werden. Es wurde betont, daß es die Franzosen bevorzugen, wenn DDR-Spezialisten weiterhin im BCCO [Bureau Central de Coordination] tätig sind.“*<sup>737</sup>

Doch wurde das Bureau Central nicht nur personell sondern auch materiell unterstützt. Die vom Bureau Central erbetene Hilfe für Siedlungsprojekte erfolgte dabei über den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, landwirtschaftliche Ausbildungsstätten innerhalb der DDR und – auf verschlungenen Pfaden – auch über das Ministerium für Nationale Verteidigung. Über den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund<sup>738</sup> wurden kakifarbene Drillich-Uniformen und Werkzeuge<sup>739</sup> geliefert, die über das Bureau Central an die neuen 'Kooperativdörfer' weitergeleitet wurden.<sup>740</sup> Die

<sup>734</sup> Mitarbeiter Martinetz (LIMEX) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 27. Februar 1969, PA AA, MfAA, C 1094/77, Fiche 1, S. 30.

<sup>735</sup> Mitarbeiter Martinetz (LIMEX) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 25. Mai 1968, PA AA, MfAA, C 1094/77, Fiche 1, S. 57-62.

<sup>736</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. Oktober 1966, PA AA, MfAA, C 921/74, Fiche 1, S. 63-70.

<sup>737</sup> Ehrhardt an Hauptabteilung Wirtschaft und Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 23. August 1967, PA AA, MfAA, C 1102/77, Fiche 1, S. 29.

<sup>738</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 28. Juli 1966, PA AA, MfAA, C 938/74, Fiche 1, S. 11.

<sup>739</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 22. Juli 1966, PA AA, MfAA, C 938/74, Fiche 1, S. 9.

<sup>740</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 13. September

Dorfbewohner sollten sie zum Aufbau ihrer Siedlungen und Pflanzungen verwenden. Mit den aus den Pflanzungen erzielten Gewinnen sollten die Dorfkooperativen dann dem Bureau Central die angeblich von ihm getätigten Investitionen erstatten. Möglicherweise wanderte ein Teil der erwirtschafteten Gelder – wie im Fall der westdeutschen Gegenwertmittel – auch wieder in die DDR zurück, wodurch die 'Unterstützung' dann mehr einem Kredit als einer kostenlosen Solidaritätshilfe geglichen hätte. Über landwirtschaftliche Ausbildungsbetriebe der DDR, hierzu zählte u.a. die Agraringeniieurschule für tropische Landwirtschaft in Altenburg,<sup>741</sup> wurden zudem sechs Kongolesen zu landwirtschaftlichen Ausbildern für angehende kongolesische Siedler geschult.<sup>742</sup> Drei von ihnen erhielten zusätzlich, im Rahmen der sogenannten „*Aktion zur ländlichen Erneuerung*“ der Republik Kongo,<sup>743</sup> eine militärische Ausbildung durch das ostdeutsche Ministerium für Nationale Verteidigung, um die Siedler anschließend auch zu Grenzschützern ausbilden zu können. Versuche des ostdeutschen Außenministeriums, darüber hinaus auch noch eine sogenannte Freundschaftsbrigade der Freien Deutschen Jugend, am Aufbau eines solchen Wehrdorfs zu beteiligen,<sup>744</sup> scheiterten allerdings kläglich am Widerstand des Vorstands der Jugendorganisation, der sich verständlicherweise um die Sicherheit seiner Mitglieder sorgte.

Nachdem dann 1968 ein Militärputsch Marien Ngouabi als neuen Staatspräsidenten an die Macht brachte, 1969 die Volksrepublik Kongo ausgerufen wurde und eben diese Volksrepublik 1970 in diplomatische Beziehungen zur DDR trat, wurde die ostdeutsche Entwicklungshilfe endlich auf breitere finanzielle Füße gestellt. Die bewilligte Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit bewegte sich fortan in einer neuen Größenordnung. Ein erstes Abkommen samt Protokoll wurde 1970 unterzeichnet. Laut diesem Protokoll, das die Jahre 1971, 1972 und 1973 umfasste, sollte Entwicklungshilfe im Rahmen der Wissenschaftlich-Technischen Zusammenarbeit im Wert von umgerechnet 0,48 Mio. DM geleistet werden.<sup>745</sup> Das Außenhandelsunternehmen LIMEX wurde beauftragt, mit dieser Summe fünfzehn langfristige und drei kurzfristige Berater in den Kongo zu entsenden und zwanzig Kongolesen in der DDR ausbilden.<sup>746</sup> Die Volksrepublik verpflichtete sich,

---

1966, PA AA, MfAA, C 927/74, Fiche 1, S. 70-74.

<sup>741</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 1419/77, Fiche 1, S. 5-8.

<sup>742</sup> Botschaft in der Sowjetunion an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Minister Winzer (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 11. Juli 1967, PA AA, MfAA, B 931/74, Fiche 1, S. 15-21.

<sup>743</sup> Stellvertretender Vorsitzender Neumann (Ministerrat) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 9. August 1966, PA AA, MfAA, C 927/74, Fiche 1, S. 42-49.

<sup>744</sup> Jeschewski an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 16. Januar 1967, PA AA, MfAA, C 940/74, Fiche 1, S. 3-6. ; Stellvertretender Minister Moldt an Stellvertretender Minister Kattner (Ministerium für Außenwirtschaft), 11. November 1971, PA AA, MfAA, C 1414/78, Fiche 1, S. 44-46.

<sup>745</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. April 1971, PA AA, MfAA, C 1414/78, Fiche 1, S. 1-18. Der Wert wird in der Quelle mit 1,7 Mio. M angegeben. Der Wechselkurs lag 1971 bei ca. 1 DM : 3,6 M. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 0,48 Mio. DM.

<sup>746</sup> Delegationsleiter Müller (Regierungsdelegation) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 6. Oktober 1971, PA AA, MfAA, C 1101/77, Fiche 1, S. 7-12.

zumindest 32% der Vergütung der ostdeutschen Experten zu übernehmen, den Rest trug die DDR. Die Versorgung der kongolesischen Auszubildenden übernahm Ostdeutschland sogar vollständig.<sup>747</sup> Wie so häufig traten aber auch hier schon bald erste Probleme in Zusammenhang mit der Erfüllung des kongolesischen Beitrags auf.<sup>748</sup> Um die deutlich erweiterte ostdeutsche Entwicklungshilfe zu koordinieren, wurde spätestens 1971 ein Attaché für Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit an die ostdeutsche Gesandtschaft in der Volksrepublik entsandt.<sup>749</sup> Ziel der Wissenschaftlich-Technischen Zusammenarbeit war es, die Industrialisierung des Kongo zu fördern.<sup>750</sup> Eine revolutionäre Veränderung des kongolesischen Wirtschaftssystems, in Richtung eines realen Sozialismus oder gar Kommunismus, stand aber zu keiner Zeit zur Diskussion. Von der Regierung Ngouabi wurde die ostdeutsche Hilfe gerade deshalb sehr geschätzt. Im Gegensatz zu den chinesischen und den französischen Kommunisten „*ultralinken Schlages*“, galten die Ostdeutschen im Kongo als 'gemäßigte' Sozialisten.<sup>751</sup> Auch eine Studie der Hochschule für Ökonomie Bruno Lauschner, die das Wirkungspotential der sozialistischen Entwicklungs- und Wirtschaftshilfe in der Volksrepublik Kongo untersuchte, kam zu der für kommunistische Hardliner ernüchternden Erkenntnis:

*„Das imperialistische Frankreich wird auf seinen Einfluß auf die Staaten des ehemaligen Französisch-Äquatorialafrika nicht verzichten, bestenfalls werden sich durch die Existenz des sozialistischen Weltsystems und durch eine abgestimmte Politik und Wirtschaftspolitik Positionen abringen lassen, die sich zugunsten der gesellschaftlichen Entwicklung in der Volksrepublik Kongo auswirken. Die wirtschaftlichen Interessen der sozialistischen Länder sind nach einer Analyse der gegebenen Potenzen in der Volksrepublik Kongo nicht so groß, daß ihre gemeinsame Kraft eine revolutionäre Wirkung auf die ökonomische Basis zur Folge haben könnte.“<sup>752</sup>*

<sup>747</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. April 1971, PA AA, MfAA, C 1414/78, Fiche 1, S. 1-18.

<sup>748</sup> Handelsrat Nestler (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Abteilungsleiter Kern – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Generaldirektor Raschmann (DIA Invest-Export) und Gesandter Richter (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo), 3. Juni 1971, PA AA, MfAA, C 1103/77, Fiche 1, S. 5-6.

<sup>749</sup> Dienstbereich Afrikanische Länder (Ministerium für Außenwirtschaft) an Dienstbereich Afrikanische Länder (Ministerium für Außenwirtschaft), o.T. o.M. 1972, BArch, DL 2 / 10935.

<sup>750</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. April 1971, PA AA, MfAA, C 1414/78, Fiche 1, S. 2.

<sup>751</sup> Gesandter Richter (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Stellvertretender Minister Moldt (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilungsleiter Markowski – Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Abteilungsleiter Gürke – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Zentrum für Information und Dokumentation (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 4. Mai 1972, PA AA, MfAA, C 1084/77, Fiche 1, S. 3-7.

<sup>752</sup> Hellmann – Institut Ökonomik der Entwicklungsländer (Hochschule für Ökonomie 'Bruno Lauschner') an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 9. Juni 1973, PA AA, MfAA; C 1412/78, Fiche 1, S. 1-96, hier S. 69-70.



Die Umsetzung der ostdeutschen Entwicklungshilfe lief – trotz der nun bestehenden vertraglichen Basis – nur schleppend an. Lediglich zwei Kongolesen absolvierten zunächst eine Ausbildung zum Krankenpfleger in der DDR.<sup>753</sup> Die übrigen Ausbildungs- und Praktikaplätze wurden im Rahmen der Wirtschaftshilfe an Kongolesen verteilt, wie im folgenden Abschnitt noch zu zeigen sein wird. Von den versprochenen langfristigen Beratern kamen anfänglich nur drei, später vier<sup>754</sup> zum Einsatz. Sie wurden allesamt an das Ministerium für Industrie, Bergbau und Tourismus entsandt, über das sie an der Leitung zahlreicher kongolesischer Staatsbetriebe mitwirkten. Die eingeräumte Zahl kurzfristiger Experten wurde dagegen deutlich überschritten. Sie waren primär mit der Erstellung von Studien über die Errichtung und Unterhaltung einzelner staatswirtschaftlicher Betriebe beschäftigt. So entstanden Untersuchungen über Druckereien,<sup>755</sup> den Kaliumcarbonat-Bergbau, eine Streichholzfabrik,<sup>756</sup> eine Papierfabrik, städtische Kühllhäuser,<sup>757</sup> Brunnen, die Einrichtung einer direkten Telefonverbindung mit der DDR, sowie über eine Ziegelei.<sup>758</sup> Darüber hinaus wurden Ärzte kurzfristig an Fortbildungseinrichtungen<sup>759</sup> und zur Krankenbehandlung ins kongolesische Hinterland entsandt.<sup>760</sup> Die Ursache dieser Zurückhaltung lag – wenn auch nicht allein – in der weiterhin bestehenden Dominanz frankophiler Kräfte im kongolesischen Staatsapparat und der kongolesischen Regierung. Doch verspürte die DDR auch nur wenig Interesse, mittels massiver Entsendung realsozialistischer Berater den Eindruck zu erwecken, sämtliche westliche Berater ersetzen zu wollen. In der Zielstellung des Ministeriums für Außenhandel für die Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit mit der Volksrepublik Kongo bis 1975 hieß es:

*„Die DDR kann, auch nicht gemeinsam mit den anderen RGW-Ländern [Mitgliedsstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe], die sich in großer Zahl in der VR [Volksrepublik] Kongo befindlichen Experten imperialistischer Länder nicht [sic!] ersetzen. Multilaterale Konsultationen im Rahmen der*

<sup>753</sup> 2. Sekretär Schröder (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Kultur (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 1104/77, Fiche 1, S. 5-8.

<sup>754</sup> Abteilungsleiter Balzer – Handelspolitische Abteilung (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 30. November 1973, PA AA, MfAA, C 1414/78, Fiche 1, S. 93.

<sup>755</sup> Gesandter Richter (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Generalkoordinator (Staatliche Plankommission), 19. April 1971, PA AA, MfAA, C 1103/77, Fiche 1, S. 24-26.

<sup>756</sup> Hauptabteilungsleiter Müller – Hauptabteilung Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern (Ministerium für Außenwirtschaft) an Abteilungsleiter Gürke – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 2. Mai 1972, PA AA, MfAA, C 1080/77, Fiche 1, S. 1-9.

<sup>757</sup> Abteilungsleiter Balzer – Handelspolitische Abteilung (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 30. November 1973, PA AA, MfAA, C 1414/78, Fiche 1, S. 93.

<sup>758</sup> Handelsattaché Balzer (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 17. September 1974, PA AA, MfAA, C 1414/78, Fiche 2, S. 99-109.

<sup>759</sup> Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Kultur (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 1442/75, S. 5-11.

<sup>760</sup> 1. Sekretär Jahnsnowski (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 7. Mai 1971, PA AA, MfAA, C 1104/77, Fiche 1, S. 9-12.

*SKTU [Ständige Kommission zur Koordinierung der Technischen Unterstützung] ergaben, daß zwar die ML/RGW [Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe] kleinere Objekte für realisierbar halten, jedoch größere Investitionen erfordernde Objekte[,] wie Edelmetallgewinnung oder Bergbau[,] für die nächste Zukunft nicht konzipiert haben.*<sup>761</sup>

1973 lief das Protokoll dann aus.<sup>762</sup> Verhandlungen über dessen Fortsetzung waren zwar eingeleitet worden aber letztlich gescheitert, da frankophile Kräfte wiederholt ihren Einspruch geltend gemacht hatten. So musste die ostdeutsche Entwicklungshilfe ab 1973 – trotz diplomatischer Anerkennung auf Botschafterebene – ohne vertragliche Basis fortgesetzt werden. Auch 1975 befanden sich noch drei Berater am Ministerium für Industrie, Bergbau und Tourismus der Volksrepublik Kongo.<sup>763</sup>

#### *e) Zwischenfazit*

Für die beiden deutschen Staaten eröffnete sich mit dem Instrument der Entwicklungshilfe die Möglichkeit, punktuell in die staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des jeweiligen Zielstaates einzugreifen. Als zentralem Motiv lag der deutschen Entwicklungshilfe der Kalte Krieg zu Grunde, wobei die BRD darüber hinaus ihre Stellung zwischen Super- und Kolonialmächten in der 'Ersten' wie 'Dritten Welt' geschickt nutzte, um Afrika nicht allein dem Westen, sondern auch der westdeutschen Einflussphäre zu erschließen. Der deutsch-deutsche Gegensatz spielte demgegenüber, wie das Beispiel der Republik Kongo deutlich gemacht haben dürfte, erneut keine große Rolle. Lediglich im Fall der westdeutschen Ärztedelegation, die im Herbst 1960 in die Demokratische Republik Kongo reiste und der westdeutschen Unterstützung für das von Albert Schweitzer geleitete Hospital in Gabun kann vom deutsch-deutschen Gegensatz als primärem Motiv einer westdeutschen Entwicklungshilfeleistung gesprochen werden.

Die zentralafrikanischen Staaten und Regierungen erfuhren durch die deutsche Entwicklungshilfe eine weitere Stabilisierung. Wie schon im letzten Kapitel erwähnt, musste die an der Macht befindliche staatliche Elite ihrer Bevölkerung Anreize bieten, die dieser einen Abfall von den lokalen, regionalen und traditionellen Landeseliten überlegenswert erscheinen ließen. Neben den jeweiligen Nationalismen kam hierbei dem Fortschrittsglauben, dem Mythos vom 'Dritte Welt'-Staat, der bei Souveränität und richtiger politischer Führung in kürzester Zeit zur 'Ersten Welt' aufschließen könne, eine kaum zu überschätzende Bedeutung bei. Die neue Elite des Landes musste

<sup>761</sup> Hauptabteilungsleiter Müller – Hauptabteilung Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern (Ministerium für Außenwirtschaft) an Abteilungsleiter Gürke – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 2. Mai 1972, PA AA, MfAA, C 1080/77, Fiche 1, S. 1-9.

<sup>762</sup> Botschafter Dordan (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 6. Dezember 1974, PA AA, MfAA, C 6177, Fiche 1-2, S. 69-144.

<sup>763</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 14. Januar 1976, PA AA, MfAA, C 6177, Bd 1, Fiche 1, S. 1-54.

ihrer jeweiligen Bevölkerung verständlich machen, dass der Staat unter ihrer Regierung eine Entwicklung durchleben würde – eine Entwicklung, die wie im Fall der BRD oder der DDR, das Land innerhalb weniger Jahre zu großer Blüte und Wohlstand treiben würde.

Im Fall der westdeutschen Entwicklungshilfe lagen die Schwerpunkte auf der Demokratischen Republik Kongo und der Republik Kamerun. Die der Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellten Mittel nahmen dabei über die Jahre kontinuierlich zu.

Der Schwerpunkt der ostdeutschen Entwicklungshilfe lag dagegen auf der Republik Kongo. Auch in ihrem Fall wurden die zur Verfügung gestellten Mittel kontinuierlich ausgebaut.

Im Vergleich mit der deutschen Wirtschaftshilfe, die primär den Ausbau der Vernetzung der auswärtigen mit dem jeweiligen deutschen Markt zum Gegenstand hatte, bewegten sich die der deutschen Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellten Ressourcen allerdings auf einem eher bescheidenen Niveau. Die Verknüpfung afrikanischer und deutscher Märkte war den beiden deutschen Staaten eben ein deutlich gewichtigeres Anliegen als die evolutionäre Entwicklung einiger afrikanischer Staatskörper und das Wohlwollen der sie regierenden Staatsmänner.

Wirtschaftshilfe ...

#### *a) ... in Afrika*

Die Wirtschaftshilfe der beiden deutschen Staaten in Afrika zielte darauf ab, die ökonomischen Potentiale der afrikanischen Staaten in spezifischen Bereichen, die für einzelne Zweige der deutschen Wirtschaft von Interesse waren, zu entfalten, mitzugestalten und dem jeweiligen deutschen Markt zugänglich zu machen. Die Förderung langfristiger Direktinvestitionen deutscher Unternehmen spielte dabei eine, jedoch eine untergeordnete – im Fall der DDR praktisch überhaupt keine – Rolle. Wichtiger waren der Auf- und Ausbau des jeweiligen deutschen Handelsnetzes. Während die westdeutsche Wirtschaftspolitik hierzu auf den Ausbau des internationalen Freihandelssystems drängte, setzte die DDR auf die Beibehaltung des bestehenden Systems eines staatlich gelenkten Kontingenthandels.

Die Bundesrepublik hatte bereits Anfang der 1950er Jahre damit begonnen, westdeutschen Handelsunternehmen die Arbeit auf dem afrikanischen Kontinent zu erleichtern.<sup>764</sup> Die westdeutsche Außenwirtschaft wurde zwar auch gefördert, doch fielen die Anstrengungen hier

---

<sup>764</sup> Referatsleiter Beye – Referat Afrikanischer Kontinent, Ost-Asien und Australien [Abteilung Handelspolitik] (Auswärtiges Amt) an Generalkonsulat in nicht angegebenem Ort, 5. Oktober 1951, BArch, B 102, 57918.

deutlich bescheidener aus. Zwar wurde auch mit Frankreich über eine westdeutsche Beteiligung an der wirtschaftlichen Erschließung der Kohle- und Eisenerzvorkommen in den französischen Überseegebieten in Nordafrika verhandelt.<sup>765</sup> Und Mitte der 1950er Jahre wurden die Verhandlungen auch auf die Erschließung der Eisen-, Mangan- und Kupfererzvorkommen, sowie den Aufbau einer Aluminiumproduktion in West- und Zentralafrika ausgedehnt.<sup>766</sup> Doch zeigten weder westdeutsche Unternehmen, noch der westdeutsche Staat, größeres Interesse an den Projekten, da Frankreich sich verständlicherweise bemühte, Westdeutschland die weniger profitablen Projektanteile zukommen zu lassen. Zeigte sich die Verwaltungsmacht ausreichend konzilient, konnte westdeutsche Wirtschaftshilfe aber durchaus auch in abhängigen Gebieten Afrikas geleistet werden – in unabhängigen Gebieten sowieso.

Stärker als im Ausbau der Außenwirtschaft engagierte sich die westdeutsche Wirtschaftspolitik jedoch im Ausbau des Außenhandels. Die Produktion, Weiterverarbeitung und der Transport afrikanischer Güter, für die auf den westdeutschen Märkten Nachfrage bestand, wurden über Projekte der Wirtschaftshilfe gezielt gefördert.

Auch die DDR hatte bereits in den 1950er Jahren begonnen, den afrikanischen Kontinent ihrem Außenhandel zu erschließen.<sup>767</sup> Spätestens seit 1950 bestanden ostdeutsch-belgische Handelsverträge, welche *auch* die Kolonie Belgisch-Kongo,<sup>768</sup> seit 1959 ostdeutsch-portugiesische Handelsverträge, welche *auch* die portugiesischen Überseeprovinzen mit einschlossen.<sup>769</sup> Ähnliche Klauseln dürften auch die ostdeutsch-französischen, die ostdeutsch-britischen und die ostdeutsch-spanischen Handelsverträge gehabt haben – wenn hierfür auch im eingesehenen Aktenmaterial keine Belege gefunden werden konnten. 1954 wurde in Kairo die erste ostdeutsche Handelsvertretung in Afrika errichtet. Ihr sollten schon bald weitere folgen. Es gelang ostdeutschen staatlichen Stellen, mit mehreren afrikanischen Staaten Handels- und Bankabkommen zu schließen.<sup>770</sup> Die Durchsetzung seiner handelspolitischen Interessen in Afrika bereitete Ost-Berlin dennoch erhebliche Probleme – und dies nicht allein aufgrund der Hallstein-Doktrin. Im Vergleich mit westdeutschen Waren, die aufgrund der 1957 abgeschlossenen Römischen Verträge der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in den assoziierten afrikanischen Staaten zollrechtlich privilegiert waren, konnten ostdeutsche Produkte, die mit einem doppelt so hohem Zollsatz

---

<sup>765</sup> Abteilung Handelspolitik (Auswärtiges Amt) an Stellvertretender Abteilungsleiter Becker – Abteilung Handelspolitik (Auswärtiges Amt), 29. Mai 1952, PA AA, AA, B 50, 41.

<sup>766</sup> Leiter Wasmuht (Eisenbau Essen) an Auswärtiges Amt, 21. Mai 1957, PA AA, AA, B 60 (2. Abg.), 3.

<sup>767</sup> Spanger 1987, S. 244.

<sup>768</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 21. August 1951, PA AA, AA, B 60 (1. Abg.), 5.

<sup>769</sup> Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola an Auswärtiges Amt, 17. Dezember 1959, PA AA, AA, B 68, 211.

<sup>770</sup> Müller, Hans Martin: Die Bildungshilfe der Deutschen Demokratischen Republik. Frankfurt am Main/u.a. 1995, S. 18.

eingeführt werden mussten, kaum abgesetzt werden. Der – schon mehrfach erwähnte – geflüchtete ostdeutsche Entwicklungshelfer berichtete dem westdeutschen Verfassungsschutz 1970 über die Absatzmöglichkeiten ostdeutscher Produkte in den ehemaligen französischen Kolonien:

*„Die ehem. franz. Kolonien sind – mit Ausnahme Guineas – der EWG [Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft] assoziiert. Produkte aus Nicht-EWG-Ländern werden durchschnittlich doppelt hoch verzollt, weswegen das SBZ-Produkt [ein Produkt der Sowjetischen Besatzungszone] im Vergleich mit dem BRD-Produkt nicht konkurrenzfähig ist.“<sup>771</sup>*

Doch stimmte diese Aussage nur zum Teil. Die Zustimmung der BRD zur Einrichtung von mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft assoziierten Überseegebieten, hatten die übrigen Mitgliedsstaaten der Wirtschaftsgemeinschaft 1957 mit der Aufnahme des deutsch-deutschen Interzonenhandels in die Regelungen der Römischen Verträge bezahlt.<sup>772</sup> So konnten auch ostdeutsche Waren von niedrigen Einfuhrzöllen in das afrikanische Wirtschaftsgebiet profitieren, sofern sie nur zunächst über den Interzonenhandel an einen Zwischenhändler in Westdeutschland gelangten, der sie dann an den eigentlich afrikanischen Endverbraucher weiterveräußerte. Bis Mitte der 1960er Jahre stand vor allem der Markt der Vereinigten Arabischen Republik im Zentrum der ostdeutschen Bemühungen.<sup>773</sup> In den folgenden Jahren traten noch die Republik Ghana und die Vereinigte Republik Tansania als potentielle Großabnehmer hinzu, die sich ebenfalls für ostdeutsche Wirtschaftshilfen empfahlen.<sup>774</sup> Einen Dammbruch erlebte die ostdeutsche Wirtschaftspolitik jedoch erst mit der Anerkennungswelle der frühen 1970er Jahre, sowie den Gründungen der Volksrepublik Angola und der Volksrepublik Mosambik im Jahr 1975. Erst nun begann der afrikanische Kontinent auch in außenwirtschaftlicher Hinsicht für die DDR an Bedeutung zu gewinnen. Erst nun wurde im ostdeutschen Handelsministerium beschlossen, bis 1990 über die Entwicklungsländer „eine zweite

<sup>771</sup> Mitarbeiter Degenhardt (Bundesamt für Verfassungsschutz) an Auswärtiges Amt, 31. August 1970, PA AA, AA, B 34, 786.

<sup>772</sup> Schöllgen, Gregor: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. München<sup>3</sup> 1999, S. 51.

<sup>773</sup> Müller 1995, S. 19.

<sup>774</sup> Abteilungsleiter Henke – Abteilung Wirtschaftspolitik (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Stellvertretender Minister Hegen (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Stellvertretender Minister Stibi (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Staatssekretär Fischer (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilungsleiter Fischer – Abteilung Südostasien, Australien, Ozeanien (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilungsleiter Bierbach – Abteilung Arabische Länder (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilungsleiter Fritsch – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilungsleiter Naumann – Abteilung Lateinamerika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Kultur (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Kader (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Dolmetscher (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Rechts- und Vertragswesen (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 27. September 1965, PA AA, MfAA, C 483/72, S. 47-51.

*Linie der Rohstoffsicherung“ aufzubauen.<sup>775</sup>*

*b) ... in Zentralafrika*

Die Intensität der westdeutschen Wirtschaftshilfe hing zum einen vom ökonomischen Potential des unabhängigen Staates, beziehungsweise des von einer europäischen Macht verwalteten Gebietes, ab, zum anderen von der Einflussphäre, die der Bundesrepublik von der jeweiligen ehemaligen oder noch bestehenden Kolonialmacht zugestanden wurde. In den Fällen der Republik Äquatorialguinea, der Demokratischen Republik São Tomé und Príncipe, sowie der Republik Tschad waren einer der oder gleich beide Faktoren nur schwach entwickelt. Wirtschaftshilfe wurde dementsprechend nicht geleistet. In den übrigen Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas, in Gabun – auf das im nächsten Unterabschnitt noch näher einzugehen sein wird – in der Republik Kongo und der Zentralafrikanischen Republik sah die Sache schon anders aus. Ihren eigentlichen Anfang nahm die westdeutsche Wirtschaftshilfe hier mit der Unabhängigkeit der Staaten, Anfang der 1960er Jahre. Frankreich hatte zwar schon in den 1950er Jahren um westdeutsche Investoren, vor allem aber um staatliche Zuschüsse der westdeutschen Bundesregierung geworben, doch schienen den westdeutschen Stellen die von Frankreich ausgewählten Projekte mit zu hohen Kosten und zu großen wirtschaftlichen Risiken verbunden. Frankreich hatte in den 1950er Jahren eine Beteiligung westdeutscher Unternehmen an der Erschließung von Eisenerzvorkommen in Gabun und dem Aufbau einer Aluminiumproduktion in der Kongolesischen Republik propagiert.<sup>776</sup> Westdeutsche Unternehmen und die Bundesregierung hatten aber nur geringes Interesse gezeigt. Am Ende wurden von staatlicher Seite lediglich einige Bundesbürgschaften über die Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Absicherung westdeutscher Lieferungen von Investitionsgütern gewährt, um die Vorarbeiten des kongolesischen Kouilou-Staudamms, dessen Wasserkraftwerk eine geplante Aluminiumproduktion mit Strom hätte versorgen sollen, zu unterstützen.<sup>777</sup> Mit der Unabhängigkeit der Staaten nahm die westdeutsche Wirtschaftshilfe dann aber schon bald an Fahrt auf. Ihr Ziel war die zentralafrikanische Exportsteigerung von, für die westdeutsche Wirtschaft relevanten, Rohstoffen. Nur ein Projekt der westdeutschen Wirtschaftshilfe – das zudem mehr als bescheiden ausfiel – war der Ankurbelung der westdeutschen Exporte in diesen Raum gewidmet. 1964 wurde, finanziert über Wirtschaftshilfe, der kongolesischen Post ein Unimog übergeben. Er war als

---

<sup>775</sup> Bereich Planung/Valuta – Abteilung Strukturpolitik (Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel) an Bereich Planung/Valuta – Abteilung Strukturpolitik (Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel), o.T. o.M. o.J., BArch, DL 2 / 11329.

<sup>776</sup> Abteilungsleiter Hake – Wirtschaftsabteilung (Botschaft in der Republik Frankreich) an Auswärtiges Amt, 10. September 1957, PA AA, AA, B 60 (2. Abg.), 5.

<sup>777</sup> Auswärtiges Amt an Bundesministerium für Wirtschaft und Bundesministerium der Finanzen, 5. März 1962, PA AA, AA, B 34, 381.

Probeexemplar gedacht und sollte den Ankauf weiterer Fahrzeuge nach sich ziehen.<sup>778</sup> Das Hauptziel der westdeutschen Wirtschaftshilfe lag aber klar im Ausbau der zentralafrikanischen Exporte in die Bundesrepublik.

In der Republik Kongo konzentrierte sich die westdeutsche Wirtschaftshilfe auf den Ausbau der kongolesischen Infrastruktur für den Export tropischer Hölzer. Der Kapitalstock des in der Kongolesischen Republik ansässigen westdeutschen Holzunternehmens SOCOBOIS wurde über eine Beteiligung der Deutschen Entwicklungsgesellschaft unterstützt.<sup>779</sup> Auch die Erweiterung der kongolesischen Flussflotte<sup>780</sup> – die den Transport der Hölzer vom Hinterland an die Küstenregion übernahm – und der Bau eines westdeutschen Seemannheims am kongolesischen Exporthafen Pointe Noire – an dem die Hölzer auf hochseetaugliche Schiffe verladen wurden – kamen nur dank westdeutscher Wirtschaftshilfe zustande. In der Zentralafrikanischen Republik war die BRD ebenfalls am Import von Tropenhölzern interessiert. Unterstützt wurden der Aufbau des Instituts *Bureau technique du Bois*<sup>781</sup> und der zentralafrikanischen Flussflotte.<sup>782</sup> Über den Fluss Congo gelangten die Stämme in die Republik Kongo, von wo sie dann den selben Weg wie die dort eingeschlagenen Hölzer nahmen. Auch an der Diamantförderung der Zentralafrikanischen Republik hatte die westdeutsche Wirtschaft schon bald Gefallen gefunden. Um den westdeutschen Bedarf an Rohdiamanten aus diesem Raum zu sichern, wurde die US-amerikanisch-zentralafrikanische Gesellschaft *Comptoir National du Diamant* mit Technischer Hilfe,<sup>783</sup> Kapitalhilfe,<sup>784</sup> sowie über einen Kredit an die nationale Entwicklungsbank der Zentralafrikanischen Republik<sup>785</sup> unterstützt. Im Gegenzug erklärte sich das Unternehmen bereit, westdeutschen Interessenten einen größeren Teil seiner Produktion zum Kauf anzubieten.

<sup>778</sup> Auswärtiges Amt an Botschaft in der Kongolesischen Republik, 7. April 1964, PA AA, AA, B 68, 416.

<sup>779</sup> Botschaft in der Volksrepublik Kongo an Auswärtiges Amt, 20. April 1970, PA AA, AA, B 34, 785.

<sup>780</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Kongolesischen Republik) an Auswärtiges Amt, 7. September 1964, PA AA, AA, B 34, 549.

<sup>781</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an Referat Grundsatzfragen der Technischen und der personellen Entwicklungshilfe (Auswärtiges Amt) und Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) und Referat Vereinte Nationen, weltweite internationale Organisationen (Auswärtiges Amt) und Referat Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik (Auswärtiges Amt) und Referat III A 4 (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und Referat W/V B 1 (Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung) und Referat F/V B 3 (Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung), 9. Dezember 1971, PA AA, AA, B 68, 1072.

<sup>782</sup> Wallner (Auswärtiges Amt) an Bundesministerium der Finanzen und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Kreditanstalt für Wiederaufbau, 8. April 1969, PA AA, AA, B 68, 759. ; Kreditanstalt für Wiederaufbau an Lenzen (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und Kampmann und Referatsleiter Wever – Referat Nord- und Westafrika (Auswärtiges Amt) und Koinzer (Bundesministerium für Wirtschaft) und Arnolds (Bundesministerium der Finanzen) und Kappel (Bundesministerium für Verkehr), 11. Juni 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv 108387.

<sup>783</sup> Heipertz (Bundesministerium für Wirtschaft) an Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik, 29. Juli 1966, PA AA, AA, B 68, 422.

<sup>784</sup> Heckmann (Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik) an Auswärtiges Amt, 15. Juni 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv 103063.

<sup>785</sup> Schanz (Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik) an Auswärtiges Amt, 3. März 1966, PA AA, AA, B 68, 421.

Ähnlich stellte sich die westdeutsche Wirtschaftshilfe in Frankreichs ehemaligem Mandatsgebiet, der Republik Kamerun, dar. Auch hier hatte sich Frankreich in den 1950er Jahren – ebenfalls erfolglos – um eine Beteiligung westdeutscher Unternehmen und staatlicher Stellen bemüht, um eine Aluminiumindustrie aus dem Boden zu stampfen.<sup>786</sup> Die Bundesrepublik war in Kamerun aber nicht am Aufbau dieses, in den 1950er Jahren durchaus florierenden, Zweigs der Schwerindustrie, sondern an einer erweiterten Abnahme der bereits seit Jahrzehnten in Kamerun produzierten Exportgüter interessiert. Die Steigerung und Verbilligung der Produktion von Kaffee, Kakao und Holz stand hier im Fokus der westdeutschen Wirtschaftshilfe. In Kamerun ansässige westdeutsche Holzunternehmen, wie SOCAMCO<sup>787</sup> und LAIC,<sup>788</sup> wurden finanziell unterstützt. Zur Ankurbelung der Produktion wurden darüber hinaus – finanziert über Technische Hilfe – Forst- und Kakao-Berater nach Kamerun entsandt.<sup>789</sup> Um die Transportkosten zu senken – bislang waren Kaffee- und Kakaobohnen in umständlich und teuer aus dem Ausland importierten Säcken in die Verbraucherländer verfrachtet worden – errichtete ein westdeutsches Konsortium eine Sackfabrik, wiederum ermöglicht durch westdeutsche Wirtschaftshilfe.<sup>790</sup> Außerdem wurde der Ausbau des Kameruner Eisenbahnnetzes unterstützt. Die Eisenbahn erhielt Zuschüsse zum Ankauf von Infrastruktur und rollendem Material.<sup>791</sup> Kapitalhilfe für den Ausbau der bereits bestehenden Eisenbahnverbindung zwischen der Hauptstadt Yaoundé und dem Exporthafen von Douala wurde ebenfalls gewährt.<sup>792</sup> Und schließlich wurde auch der Ausbau des Exporthafens von Douala, über den die Importe der Bundesrepublik aus Kamerun verschifft wurden, unterstützt.

Komplexer gestaltete sich die westdeutsche Wirtschaftshilfe im Fall der unter portugiesischer Verwaltung stehenden Überseeprovinz Angola. Zwar bestand hier kaum Raum für eine bundesdeutsche Einflussphäre – schließlich befand sich das Gebiet bis zur Nelkenrevolution im Jahr 1974 unter vollständiger Kontrolle der Portugiesen – doch verfügte Angola über eine Ressource, deren Abbauwürdigkeit deutsche Unternehmer schon vor Jahrzehnten erkannt hatten: Eisenerz. Auf das Interesse des Krupp Konzerns, die angolanischen Eisenerzvorkommen bei Kassinga abzubauen, wird in einem späteren Abschnitt noch ausführlich einzugehen sein. Zur

<sup>786</sup> Abteilungsleiter Hake – Wirtschaftsabteilung (Botschaft in der Republik Frankreich) an Auswärtiges Amt, 10. September 1957, PA AA, AA, B 60 (2.Abg.), 5.

<sup>787</sup> Interministerieller Referentenausschuß für Technische Hilfe an Auswärtiges Amt, 10. März 1971, PA AA, AA, B 68, 883.

<sup>788</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an Interministerieller Referentenausschuß für Technische Hilfe, 8. August 1967, PA AA, AA, B 68, 526.

<sup>789</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 20. April 1963, PA AA, AA, B 68, 241.

<sup>790</sup> Stecker (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) an Auswärtiges Amt, 13. November 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102958.

<sup>791</sup> Referatsleiter Haas – Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun, 27. Mai 1969, PA AA, AA, B 68, 720.

<sup>792</sup> Ehm (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) an Auswärtiges Amt, 2. Oktober 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102956.



Unterstützung dieses Projekts wurden über die Kreditanstalt für Wiederaufbau rund 100 Mio. DM an Bundesgarantien für den Export von Investitionsgütern aus Kruppischer Produktion vergeben. Die Güter waren für den Abbau, den Transport und die Verschiffung der Eisenerze vorgesehen. Das größte wirtschaftspolitische Engagement entfaltete die BRD jedoch nicht in Angola, sondern in der Demokratischen Republik Kongo. Bis Ende 1975 wurden hier rund 228 Mio. DM Technische Hilfe und Kapitalhilfe, rund 46 Mio. DM an Anlagegarantien und rund 679 Mio. DM an staatlichen Gewährleistungen in Form von Bürgschaften vergeben.<sup>793</sup> Allerdings sind in diesen Beträgen auch die für die Entwicklungshilfeprojekte des letzten Abschnitts aufgewandten Mittel mit eingerechnet. Im Zentrum des westdeutschen Interesses standen die wohl wichtigsten Exportprodukte der Demokratischen Republik Kongo: Kupfererz und Cobalterz. Hauptabbaugebiet dieser Erze war die Provinz Katanga. Doch konnte die Bundesrepublik, da die Provinz sich zwischen 1960 und 1963 im offenen Konflikt mit der Zentralregierung befand, hier erst Mitte der 1960er Jahre mit eigener Wirtschaftshilfe aktiv werden. Weite Teile der Infrastruktur Katangas und der übrigen kongolesischen Provinzen waren während des Konflikts in Mitleidenschaft gezogen worden. Mit Kapitalhilfe und Technischer Hilfe<sup>794</sup> wurde der Ankauf von Brücken,<sup>795</sup> Lokomotiven<sup>796</sup> und Fährschiffen<sup>797</sup> unterstützt. Wirtschaftshilfe wurde vergeben, um die Infrastruktur zum Transport der Kupfer- und Cobalterze wieder auf- und auszubauen und so die Kosten des Transports der Erze vom Landesinneren an die Küste zu senken. So hieß es 1970 in einem Bericht der westdeutschen Botschaft in Léopoldville, zur Kapitalhilfe für die ostkongolesische Eisenbahngesellschaft *Chemins de Fer des Grand Lacs*:

„Nach Rückkehr von seinem Staatsbesuch in Deutschland unterrichtete der kongolesische Staatspräsident [Joseph-Désiré Mobutu] den [kongolesischen] Ministerrat vom Abschluss des Abkommens. Der Ministerrat fasste den Beschluss, den 14 Mio. DM Kredit ausschliesslich zugunsten der

<sup>793</sup> Gülstorff 2007, S. 97 ff.

<sup>794</sup> Lang – Referat V C 6 (Bundesministerium für Wirtschaft) an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 68, 290 a. ; Botschafter Müllenheim-Rechberg (Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 7. März 1967, PA AA, AA, B 68, 528. ; Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 3. September 1971, PA AA, AA, B 68, 890. ; Referat Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungshilfe; Grundsatzfragen der Kapitalhilfe und der Gewährleistungen im Außenhandel und Kapitalexport (Auswärtiges Amt) an Referat Nord- und Westafrika (Auswärtiges Amt), 18. Dezember 1972, PA AA, AA, B 68, 1044.

<sup>795</sup> Referatsleiter Lebsanft – Referat Kapitalhilfe (Auswärtiges Amt) an Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 28. Mai 1965, PA AA, AA, B 68, 350.

<sup>796</sup> Interministerieller Referentenausschuß für Kapitalhilfe an Auswärtiges Amt, 8. November 1968, PA AA, AA, B 68, 531.

<sup>797</sup> Lenzen (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) an Kreditanstalt für Wiederaufbau und Oldenkott (Bundeskanzleramt) und Kampmann (Auswärtiges Amt) und Arnolds (Bundesministerium der Finanzen) und Koinzer (Bundesministerium für Wirtschaft) und Kappel (Bundesministerium für Verkehr) und Echterhölter (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) und Prasch (Bundesstelle für Außenhandelsinformationen) und Deutsche Gesellschaft für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft) und Deutsche Bundesbank und Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108381.

*CFL [Chemins de Fer des Grand Lacs] zu verwenden. [...] Die CFL machte daraufhin am 6. Juli 1969 eine Bestellung bei der Firma Krupp gemäss der Liste, die den Kreditverhandlungen zugrunde lag. [...] In der Bestellung sind ein Schlepper, ein Schleppkahn und Lokomotiven für den Kupfertransport enthalten. Diese Ausrüstung ist nach Angaben der CFL dringend erforderlich, weil nach Verträgen mit der Gecommin [Générale Congolaise des Minerais, Nachfolgeunternehmen der Union Minière du Haut-Katanga] der Transport der – von Jahr zu Jahr steigenden – Mehrproduktion an Kupfer zukünftig zu einem Drittel über die CFL abgewickelt werden muss.*<sup>798</sup>

Ob die Bundesrepublik darüber hinaus auch den Abbau und Export von Uranerz aus Katanga mit Wirtschaftshilfe unterstützte, konnte aus den eingesehenen Akten nicht abschließend geklärt werden. Über den Vorwurf Ministerpräsident Lumumbas, die Bundesregierung und die Regierung Tshombé hätten ein Geheimabkommen geschlossen, das der Bundesrepublik den Import von Uranerz aus der separatistischen Provinz Katanga erlaube,<sup>799</sup> war schon an anderer Stelle berichtet worden. In den eingesehenen westdeutschen Akten konnten allerdings keine Belege gefunden werden, die diesen Vorgang bestätigt hätten. Als gesichert kann dafür gelten, dass die kongolesische Diamantförderung, an der von Seiten westdeutscher Privatunternehmen erhebliches Interesse bestand, nicht mit westdeutscher Wirtschaftshilfe unterstützt worden ist. Auch die Förderung der Exporte pflanzlicher Rohstoffe, die in den übrigen zentralafrikanischen Staaten den Schwerpunkt der westdeutschen Entwicklungshilfe ausgemacht hatte, fiel in der Demokratischen Republik Kongo eher bescheiden aus. Lediglich das westdeutsche Holzunternehmen Danzer-Zaire SPRL<sup>800</sup> – nach seiner Zäirisierung trug es den Namen SIFORZAL<sup>801</sup> – erhielt eine geringe finanzielle Unterstützung. Sein Kapitalstock wurde durch eine Beteiligung der Deutschen Entwicklungsgesellschaft in bescheidenem Umfang angehoben.

Ebenfalls im Gegensatz zur westdeutschen Wirtschaftshilfe in den übrigen zentralafrikanischen Staaten, wurde in der Demokratischen Republik Kongo auch der westdeutsche Export auf breiter Front unterstützt. Zweimal vergab die BRD Warenkredite zum Erwerb westdeutscher Investitionsgüter.<sup>802</sup> Kapitalhilfe wurde den Entwicklungsbanken *Société congolaise de financement*

<sup>798</sup> Naumann (Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo) an Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 10. Januar 1970, PA AA, AA, B 68, 889.

<sup>799</sup> Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 22. Juli 1972, PA AA, MfAA, C 6252, Fiche 1, S. 16.

<sup>800</sup> Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft an Stein (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), 24. September 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103050.

<sup>801</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft und Oldenkott (Bundeskanzleramt) und Kampmann und Haak (Auswärtiges Amt) und Arnolds (Bundesministerium der Finanzen) und Koinzer (Bundesministerium für Wirtschaft) und Kappel (Bundesministerium für Verkehr) und Echterhölter (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) und Prasch (Bundesstelle für Außenhandelsinformationen) und Kreditanstalt für Wiederaufbau und Deutsche Bundesbank und Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, o.T. o.M. 1976, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108384.

<sup>802</sup> Kreditanstalt für Wiederaufbau an Schneider (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und Beelitz und Erdmann und Elson (Bundesministerium für Wirtschaft) und Penning

*du développement*,<sup>803</sup> *Société Financière de Développement*<sup>804</sup> und der *Banque du Peuple*<sup>805</sup> gewährt. Westdeutsche Finanzberater wurden – finanziert über Technische Hilfe – an die *Caisse Générale d'Épargne du Zaïre*, Wirtschaftsberater an das nationale Statistikinstitut,<sup>806</sup> das kongolesische Außenhandelszentrum<sup>807</sup> und das kongolesische Wirtschaftsministerium,<sup>808</sup> sowie technische Experten, zur Wartung in der BRD erworbener Geräte, an die Universität Kisangani<sup>809</sup> entsandt, wo sie darauf hinwirken sollten und konnten, den kongolesischen Im- an den deutschen Exportmarkt heranzuführen.

Hinter diesem, die Milliardenchwelle weit überschreitenden, staatlichen Engagement Westdeutschlands fiel die bis 1975 geleistete ostdeutsche Wirtschaftshilfe weit zurück. Auch war sie weit stärker auf eine Anhebung der Exporte in den zentralafrikanischen Raum angelegt. Angedacht war ostdeutsche Wirtschaftshilfe in Kamerun – auf das im übernächsten Unterabschnitt noch einzugehen sein wird – und der Demokratischen Republik Kongo, sowie der Zentralafrikanischen Republik und der Republik Kongo. Tatsächlich umgesetzt werden konnte sie jedoch nur – eingeschränkt – in der Zentralafrikanischen Republik und – vollständig, wenn auch nur geringfügig erfolgreicher – in der Republik Kongo.

In der Demokratischen Republik Kongo hatte das ostdeutsche Handelsministerium seit der Entlassung des Landes in die Unabhängigkeit das größte ökonomische Potential für den ostdeutschen Außenhandel vermutet. Doch verhinderten die frühe Absetzung der Regierung Lumumba und die ostdeutsche Fokussierung auf die Unterstützung kongolesischer Rebellen für viele Jahre die zwischenstaatliche Annäherung und die Aufnahme einer dem ostdeutschen Handel

---

(Bundesministerium der Finanzen) und Referatsleiter Keiser – Referat Wirtschaftsbeziehungen zum Nahen Osten und zu Nordafrika (Auswärtiges Amt) und Kappel (Bundesministerium für Verkehr), 2. Januar 1963, PA AA, AA, B 68, 157. ; Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 3. Februar 1965, PA AA, AA, B 68, 351.

<sup>803</sup> Interministerieller Referentenausschuß für Kapitalhilfe an Auswärtiges Amt, 12. November 1971, PA AA, AA, B 68, 888.

<sup>804</sup> Referat Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungshilfe; Grundsatzfragen der Kapitalhilfe und der Gewährleistungen im Außenhandel und Kapitalexport (Auswärtiges Amt) an Referat Nord- und Westafrika (Auswärtiges Amt), 21. November 1972, PA AA, AA, B 68, 1045.

<sup>805</sup> Lenzen (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) an Kreditanstalt für Wiederaufbau und Schauer (Bundeskanzleramt) und Schlaich (Auswärtiges Amt) und Arnolds (Bundesministerium der Finanzen) und Koinzer (Bundesministerium für Wirtschaft) und Kappel (Bundesministerium für Verkehr) und Echterhölter (Bundesministerium für Arbeit und Soziales), 15. Februar 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103058.

<sup>806</sup> Mitarbeiter D'Hondt (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) an Auswärtiges Amt, 26. März 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103053.

<sup>807</sup> Stecker (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) an Referat Außenpolitische Fragen der Technischen Entwicklungshilfe; Grundsätze der gesamten Technischen Hilfe und Referat Nord- und Westafrika (Auswärtiges Amt), 11. Dezember 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103057.

<sup>808</sup> Referatsleiter D'Hondt – Referat Zentralafrika (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) an Auswärtiges Amt, 26. März 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103053.

<sup>809</sup> Stecker (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) an Referat Außenpolitische Fragen der Technischen Entwicklungshilfe; Grundsätze der gesamten Technischen Hilfe und Referat Nord- und Westafrika (Auswärtiges Amt), 7. Dezember 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103057.

förderlichen Wirtschaftshilfe. Die Wende brachte erst die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Errichtung einer ostdeutschen Botschaft in Kinshasa im Jahr 1973. Das ostdeutsche Handelsministerium rechnete fest mit einer Anhebung der Handelsvolumina. 1 Mio. Karat Diamanten, 50.000 t Manganerz und 10.000 t Kupfer, im Gesamtwert von umgerechnet rund 30 bis 40 Mio. DM, hoffte das ostdeutsche Handelsministerium fortan aus der Demokratischen Republik Kongo beziehen zu können.<sup>810</sup> Die Finanzierung dieser Importe sollte über eine Ausweitung der ostdeutschen Exporte in die Demokratische Republik Kongo verwirklicht werden.<sup>811</sup> Um die ostdeutschen Exporte anzukurbeln sollten über Wirtschaftshilfe – wie in der Bundesrepublik – Stipendien an kongolesische Praktikanten und Auszubildende vergeben werden, die dann in der DDR an ostdeutsche Investitionsgüter, wie z.B. an Erzeugnisse der ostdeutschen Nachrichtentechnik, herangeführt werden sollten.<sup>812</sup> In den Kongo zurückgekehrt, würden sie dann, so hoffte man in Ost-Berlin, ihren kongolesischen Arbeitgebern deren Ankauf empfehlen. Doch machte der Ausbruch der Angola-Krise im Jahr 1975 den ostdeutschen Bemühungen frühzeitig einen Strich durch die Rechnung. Die DDR unterstützte eine der Regierung Mobutu nicht zusagende angolische Befreiungsbewegung, die Movimento Popular de Libertação de Angola, und musste dafür in Kauf nehmen, den ostdeutschen Handel – und die ostdeutsche Wirtschaftshilfe – erneut für viele Jahre nicht voll zum Zuge kommen lassen zu können.

Auch im Fall der Zentralafrikanischen Republik wurde die ostdeutsche Wirtschaftshilfe herangezogen, um den Kapitalabfluss aus der DDR auf ein Minimum zu begrenzen. Die DDR hatte 1970 mit der Zentralafrikanischen Republik diplomatische Beziehungen aufgenommen, da sie einen Teil der dort geförderten Rohdiamanten kommerziell – gegen US-Dollar – erwerben wollte. Doch sollte sich der veranschlagte Dollar-Betrag in möglichst überschaubaren Grenzen halten. Laut einer Konzeption des ostdeutschen Handelsministeriums sollte hierzu von 1970 bis 1975 Wirtschaftshilfe im Wert von umgerechnet 6,96 Mio. DM zum Einsatz gebracht werden.<sup>813</sup> Mit diesem Betrag

---

<sup>810</sup> Botschafter Weidemann (Botschaft in der Republik Zaïre) an Stellvertretender Minister Willerding (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Stellvertretender Minister Mönkemeyer (Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel) und Abteilung Ostzentralafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 27. Oktober 1975, PA AA, MfAA, C 6246, Fiche 1, S. 11. Der Wert wird in der Quelle mit 30 bis 40 Mio. VM angegeben. Der Wechselkurs lag 1975 bei ca. 1 DM : 1 VM. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 30 bis 40 Mio. DM.

<sup>811</sup> Botschaft in der Republik Zaïre an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. November 1973, PA AA, MfAA, C 6242, Fiche 2, S. 98-120.

<sup>812</sup> Botschaft in der Republik Zaïre an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. Januar 1976, PA AA, MfAA, C 6242, Fiche 1, S. 21-38.

<sup>813</sup> Stellvertretender Vorsitzender Flegel (Ministerrat) an Minister Sölle (Ministerium für Außenwirtschaft) und Stellvertretender Abteilungsleiter Weidemann – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 9. Juli 1970, PA AA, MfAA, C 816/74, Fiche 1, S. 26-29. Der Wert wird in der Quelle mit 5,2 M und 5,5 Mio. VM angegeben. Der Wechselkurs lag 1970 bei ca. 1 DM : 3,57 M und ca. 1 DM : 1 VM. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 6,96 Mio. DM.

sollten zehn Regierungsberater, drei Universitätsdozenten, sechs Ärzte samt medizinischem Personal, sowie eine zwölköpfige Freundschaftsbrigade der Freien Deutschen Jugend entsandt, ein Berufsausbildungszentrum und ein medizinischer Stützpunkt errichtet, sowie medizinische und universitäre Ausrüstung geliefert werden.<sup>814</sup> Tatsächlich umgesetzt wurden am Ende allerdings lediglich einige Studien,<sup>815</sup> die Entsendung einer Lehrkraft an die Universität von Bangui,<sup>816</sup> eines Beraters an das zentralafrikanische Handelsministerium<sup>817</sup> und einer Freundschaftsbrigade zum Aufbau einer Berufsausbildungsstätte für Maurer und Elektriker.<sup>818</sup> Die bereits erwähnte 'Suspendierung' der Beziehungen war dazwischen gekommen – und die Entscheidung der Regierung unter Staatspräsident Jean-Bédel Bokassa, sich einen anderen Partner für seine Diamantgeschäfte zu suchen.

Im zentralafrikanischen Raum kam das volle Programm einer ostdeutschen Wirtschaftshilfe – zumindest bis Ende 1975 – lediglich in der Republik Kongo zur Anwendung. Mit der diplomatischen Anerkennung der DDR und der Errichtung einer ostdeutschen Gesandtschaft in Brazzaville war es erforderlich geworden, das ostdeutsch-kongolesische Handelsvolumen zu erhöhen, um die diplomatischen Beziehungen für die DDR nicht zu einem Verlustgeschäft werden zu lassen. Ost-Berlin hatte der Regierung von Staatspräsident Marien Ngouabi einen staatlichen Handelskredit über umgerechnet 25 Mio. DM, zum Erwerb von Waren in der DDR, eingeräumt.<sup>819</sup> Zunächst hatte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten lediglich einen Kredit von umgerechnet 15 Mio. DM gewähren wollen, der sich stärker am tatsächlichen Handelsaustausch der beiden Staaten orientierte.<sup>820</sup> Doch hatten diejenigen kongolesischen Kräfte, die sich schon länger für die diplomatische Anerkennung der DDR eingesetzt und von den Vorteilen einer Partnerschaft mit Ostdeutschland geschwärmt hatten – deren weitere Karriere also direkt von der Höhe der

<sup>814</sup> Stellvertretender Vorsitzender Flegel (Ministerrat) an Minister Sölle (Ministerium für Außenwirtschaft) und Stellvertretender Abteilungsleiter Weidemann – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 9. Juli 1970, PA AA, MfAA, C 816/74, Fiche 1, S. 26-29.

<sup>815</sup> Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Botschafter Deutschland (Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik), 13. November 1970, PA AA, MfAA, C 817/74, Fiche 1, S. 50-52.

<sup>816</sup> Abteilung Brigaden der Freundschaft – Zentralrat (Freie Deutsche Jugend) an Abteilung Brigaden der Freundschaft – Zentralrat (Freie Deutsche Jugend), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 24 / 19234.

<sup>817</sup> Handelspolitische Abteilung (Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik) an Abteilung Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit (Ministerium für Außenwirtschaft), 20. November 1970, BArch, SAPMO, DY 24 / 19232.

<sup>818</sup> Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik an Auswärtiges Amt, 28. Juli 1972, PA A, AA, B 6, 199.

<sup>819</sup> Stellvertretender Vorsitzender Fichtner (Ministerrat) an Vorsitzender Stoph (Ministerrat) und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses Norden (Volkskammer) und Sekretär für internationale Verbindungen Axen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und 1. Sekretär des Politbüros Ulbricht – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 20. März 1970, PA AA, MfAA, C 1086/77, Fiche 1, S. 4-11. Der Wert wird in der Quelle mit 25 Mio. VM angegeben. Der Wechselkurs lag 1970 bei ca. 1 DM : 1 VM. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 25 Mio. DM.

<sup>820</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 1086/77, Fiche 1, S. 48-63. Der Wert wird in der Quelle mit 15 Mio. VM angegeben. Der Wechselkurs lag 1969 bei ca. 1 DM : 1 VM. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 15 Mio. DM.

ostdeutschen Unterstützung abhing – so lange auf eine Anhebung des Kredites gedrungen, bis die ostdeutsche Staatsführung den Kredit tatsächlich um umgerechnet 10 Mio. DM erweitert hatte. Dabei schien den Kongolesen auch dieser Betrag noch längst nicht hoch genug. Der ostdeutsche Stellvertretende Außenminister, Wolfgang Kiesewetter, berichtete dem Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für internationale Verbindungen, Hermann Axen, von einer lautstarken Beschwerde, die der Leiter der kongolesischen Delegation, Ministerpräsident Alfred Raoul, dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats, Kurt Fichtner, vorgetragen hatte:

*„Genosse Raoul brachte in sehr demonstrativer Form zum Ausdruck, daß diese Summe [die besagten umgerechnet rund 15 Mio. DM] 'sehr limitiert' sei. Er begann eine lange Diskussion, was man 'mit dieser Summe in Brazzaville' anfangen könne. Dabei gehe es darum, daß mit dieser Summe nicht einmal ein größeres Objekt finanziert werden könne. [...] Schließlich erklärte er, daß er mit der vorgeschlagenen Höhe des Kredites nicht in den Staatsrat gehen könne. Er würde sich damit "lächerlich" machen. [...] Er zeigte am Ende des Gespräches deutlich eine große Enttäuschung und auch Niedergeschlagenheit über das Angebot der DDR und erklärte immer wieder, daß er damit nicht in den Staatsrat der VR [Volksrepublik] Kongo gehen könne.“<sup>821</sup>*

Doch auch wenn die DDR der Regierung der Volksrepublik mit der Anhebung des Kredites aus politischen Gründen etwas entgegenkam, aus rein ökonomischer Sicht war der Kredit zu hoch. Daher ließ die DDR seine Auszahlung nur sehr zögerlich anlaufen.<sup>822</sup> Von den zahlreichen Projektvorschlägen der Kongolesen kristallisierten sich – auch, da die DDR sich sehr aktiv bemühte, die Gelder zurückzuhalten<sup>823</sup> – die Lieferung einer Erdnussölfabrik und einer größeren Anzahl von Dieselgeneratoren zur Elektrifizierung der größeren Ortschaften des kongolesischen Hinterlandes heraus.<sup>824</sup> Die Projekte hatten einen Umfang von 9,5 Mio. DM und 2,5 Mio. DM.<sup>825</sup>

<sup>821</sup> Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Sekretär für internationale Verbindungen Axen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Stellvertretender Vorsitzender Fichtner (Ministerrat) und Minister Winzer (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Ministerium für Außenwirtschaft, 11. März 1970, PA AA, MfAA, C 1413/78, Fiche 1, S. 1-3, hier S. 2-3.

<sup>822</sup> Stellvertretender Vorsitzender Fichtner (Ministerrat) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 16. März 1970, PA AA, MfAA, C 364/77, Fiche 1, S. 8.

<sup>823</sup> Stellvertretender Minister Kattner (Ministerium für Außenwirtschaft) an Stellvertretender Minister Moldt (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 28. Oktober 1971, PA AA, MfAA, C 1414/78, Fiche 1, S. 27-43.

<sup>824</sup> Handelsrat Nestler (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Stellvertretender Minister Kattner (Ministerium für Außenwirtschaft) und Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilungsleiter Bambor – Abteilung Asien, Afrika, Lateinamerika (Ministerium für Kultur) und Gesandter Richter (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) und Direktionsbereich Übersee I (Ministerium für Außenwirtschaft), 16. Oktober 1970, PA AA, MfAA, C 1103/77, Fiche 1, S. 29-32.

<sup>825</sup> Stellvertretender Minister Kattner (Ministerium für Außenwirtschaft) an Stellvertretender Minister Moldt (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 28. Oktober 1971, PA AA, MfAA, C 1414/78, Fiche 1, S. 27-43. Der Wert wird in der Quelle mit 9,5 beziehungsweise 2,5 Mio. VM angegeben. Der Wechselkurs lag 1971 bei ca. 1

Das Projekt Erdnussölanlage wurde allerdings bereits nach kurzer Zeit – aufgrund nachgewiesener Unwirtschaftlichkeit – abgebrochen.<sup>826</sup> 1973 kam noch die Lieferung von Ausrüstung für die kongolesische Nationaldruckerei über umgerechnet rund 2,5 Mio. DM hinzu.<sup>827</sup> Ob auch die seit Mitte der 1970er Jahre angestrebte Lieferung zweier Telekommunikationsnetze, für die Einheitspartei Parti Congolais du Travail und die Nationale Volksarmee der Volksrepublik Kongo, über den Kredit zwischenfinanziert wurde, lässt sich aus den eingesehenen Akten nicht mehr rekonstruieren.<sup>828</sup> Doch scheinen die zuständigen ostdeutschen Stellen es verstanden zu haben, die Ausgabe der vollen Summe noch viele Jahre hinauszuzögern. So musste der Kredit zunächst bis 1978,<sup>829</sup> später dann noch einmal bis 1980 verlängert werden.<sup>830</sup> Um neben ostdeutschen Investitionsgütern auch ostdeutsche Konsumgüter in der Volksrepublik auf den Markt zu bringen, wurde zudem 1970 die Belieferung des kongolesischen Unternehmens OFNACOM durch die ostdeutsche Konsumgüterindustrie aufgenommen.<sup>831</sup> Doch musste der ostdeutsche Gesandte in der Volksrepublik Kongo, Manfred Richter, bereits Ende 1970 seinem Stellvertretenden Außenminister, Wolfgang Kieseewetter, gestehen:

*„Der [kongolesische] Markt ist mit Waren übersättigt, die Kaufkraft gering und der staatliche Handel OFNACOM ein Zuschußunternehmen, das man nach Erklärungen zu urteilen, lieber wieder schließen möchte.“<sup>832</sup>*

Auch in den folgenden Jahren gelang es nicht, das Absatzproblem bei OFNACOM in den Griff zu bekommen.<sup>833</sup> 1973 musste das Projekt eingestellt werden. Auch die bereits im letzten Abschnitt erwähnte Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit war zu einem guten Teil dem Ziel einer Steigerung der ostdeutschen Exporte in die Republik Kongo geschuldet. Mit Stipendien versehene

---

DM : 1 VM. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 9,5 beziehungsweise 2,5 Mio. DM.

<sup>826</sup> Bereich Entwicklungsländer (Ministerium für Außenwirtschaft) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 6. März 1973, PA AA, MfAA, C 1029/75, Fiche 1, S. 10-19.

<sup>827</sup> Bereich Entwicklungsländer (Ministerium für Außenwirtschaft) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 6. März 1973, PA AA, MfAA, C 1029/75, Fiche 1, S. 10-19. Der Wert wird in der Quelle mit 2,5 Mio. VM angegeben. Der Wechselkurs lag 1973 bei ca. 1 DM : 1 VM. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 2,5 Mio. DM.

<sup>828</sup> Botschafter Dordan (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Generaldirektor Orschel – Direktionsbereich Übersee I (Ministerium für Außenhandel), 10. Oktober 1975, PA AA, MfAA, C 959/78, Fiche 1, S. 6-7.

<sup>829</sup> Bereich Entwicklungsländer (Ministerium für Außenwirtschaft) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 6. März 1973, PA AA, MfAA, C 1029/75, Fiche 1, S. 10-19.

<sup>830</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 959/78, Fiche 1, S. 57-67.

<sup>831</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 1080/77, Fiche 1, S. 13.

<sup>832</sup> Gesandter Richter (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Stellvertretender Minister Kieseewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 23. September 1970, PA AA, MfAA, C 920/74, Fiche 1, S. 32-35, hier S.35.

<sup>833</sup> Hellmann – Institut Ökonomik der Entwicklungsländer (Hochschule für Ökonomie 'Bruno Lauschner') an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 9. Juni 1973, PA AA, MfAA, C 1412/78, Fiche 1, S. 69.

Ausbildungs- und Praktikumsplätze richteten sich explizit an diejenigen Kongolesen, die später einmal an den mit dem Handelskredit erworbenen ostdeutschen Investitionsgütern arbeiten sollten. Hinzu kamen 1975 noch zwei ostdeutsche Berater, die den ordnungsgemäßen Betrieb der ostdeutschen Ausrüstung in der kongolesischen Nationaldruckerei sicherstellen sollten.<sup>834</sup>

Die Förderung ostdeutscher Importe aus der Volksrepublik unter Zuhilfenahme von Wirtschaftshilfe wurde dagegen erst 1975 in Angriff genommen. Die Idee, an die Staatskanzlei von Ministerpräsident Henri Lopès einen Berater für Erdölfragen zu entsenden – seit 1974 war die kongolesische Regierung an den Einnahmen der Erdölförderung auf ihrem Territorium beteiligt – kam auf und man begann zu diskutieren, das ostdeutsche Praktikantenprogramm stärker auf die lukrative kongolesische Holzwirtschaft, deren Produkte den Großteil der ostdeutschen Importe aus der Volksrepublik ausmachten, auszurichten.<sup>835</sup>

### *c) Mehr Tropenholz für deutsche Möbel – Westdeutsche Wirtschaftshilfe für die Gabunische Republik*

Aus Gabun bezogen westdeutsche Unternehmen vor allem zwei Produkte: Manganerz<sup>836</sup> und Holz.<sup>837</sup> Bescheidene Importe von Kakao und später auch von Baumwollstoffen und Rohöl<sup>838</sup> – möglicherweise auch von Uranerz – spielten demgegenüber keine größere Rolle. Auf den Manganerzabbau hatten französische Unternehmen ein Monopol. Zudem wurde der Abbau dieses strategischen Rohstoffs von der französischen Regierung protegiert. An einen direkten Eingriff westdeutscher Stellen zur Ankurbelung der Manganerzexporte Gabuns in die BRD war deshalb nicht zu denken. Dafür war die französische Einflussphäre zu stark. So beschränkte sich die westdeutsche Wirtschaftshilfe von Beginn an fast durchgehend – eine Ausnahme bildete lediglich eine bescheidene Beteiligung der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft über 80.000 DM am deutsch-französisch-gabunischen Textilwerk *Société Textile du Gabon*<sup>839</sup> – auf den Ausbau und die Verbilligung der westdeutschen Holzimporte aus Gabun. Das in Gabun hauptsächlich eingeschlagene Okoumé-Holz war in der westdeutschen Holz- und Möbelindustrie

---

<sup>834</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 14. Januar 1976, PA AA, MfAA, C 6177, Bd 1, Fiche 1, S. 1-54.

<sup>835</sup> Handelsattaché Balzer (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 17. September 1974, PA AA, MfAA, C 1414/78, Fiche 2, S. 99-109.

<sup>836</sup> Bundesministerium für Wirtschaft an Auswärtiges Amt, 18. September 1962, PA AA, AA, B 68, 120.

<sup>837</sup> Henske (Bundesministerium für Wirtschaft) an Auswärtiges Amt und Bundesministerium der Finanzen und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und Bundesministerium für Verkehr, 1. Oktober 1962, PA AA, AA, B 68, 120.

<sup>838</sup> Botschafter Bammer (Botschaft in der Gabunischen Republik) an Auswärtiges Amt, 22. Oktober 1964, PA AA, AA, B 34, 542.

<sup>839</sup> Botschaft in der Gabunischen Republik an Auswärtiges Amt, 1. Januar 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102941.



sehr gefragt. Mit ihm ließen sich Furniere gewinnen, also Beläge für Schränke, Regale, Tische, Stühle und Betten. Und nicht nur die Holz- und Möbelindustrie, auch der Holzhandel der Bundesrepublik war sehr am Import des begehrten Holzes interessiert. In den 1960er und 1970er Jahren war die BRD der zentrale Umschlagplatz Europas für Hölzer aller Art. Auch die Möglichkeit, den westdeutschen Holzhandelsstandort auszubauen spielte dementsprechend bei der Entscheidung, mit Wirtschaftshilfe in die westdeutsch-gabunischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen einzugreifen, eine Rolle. Den Ausschlag hatte jedoch der Umstand gegeben, dass die küstennahen Forste weitgehend abgeholzt waren und mit einer längeren Phase verminderter Exporte gerechnet werden musste, bis neue Forstzonen erschlossen und die Exporte im gewohnten – wenn nicht noch höheren – Umfang wieder aufgenommen werden konnten. Unter keinen Umständen sollte die westdeutsche Holzwirtschaft unter einem temporären Mangel an Okoumé-Holz leiden müssen. Mit Wirtschaftshilfe sollte sichergestellt werden, dass die Regierung Gabuns der Bundesrepublik eine ausreichende Importquote für ihr Holz gewähren würde. Auch auf eine Erteilung von Einschlagskonzessionen in den neu zu erschließenden Gebiete für westdeutsche Forstunternehmen wurde spekuliert.

Auf drei Ebenen wurde die Bundesrepublik in den folgenden Jahren mit Wirtschaftshilfe aktiv. Zum einen förderte sie die Vermittlung forstwirtschaftlicher Kenntnisse. 1963 wurde beschlossen, den Aufbau der Forstschule *Cap Estorias* finanziell, personell und materiell zu unterstützen. Die Schule hatte die Aufgabe, angehende forstwirtschaftliche Fachkräfte aus Gabun, der Republik Kongo, dem Tschad und der Zentralafrikanischen Republik auszubilden.<sup>840</sup> Doch zeigte sich bereits an diesem bescheidenen Projekt, wie schwer es werden sollte, westdeutsche Interessen in einer weitgehend französischen Einflussphäre umzusetzen. Versuche des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das Projekt 'rein deutsch' zu halten, scheiterten kläglich.<sup>841</sup> Frankreich verlangte eine Beteiligung und konnte sich mit seiner Forderung auch leicht bei der frankophilen Regierung von Staatspräsident Léon M'ba durchsetzen.<sup>842</sup> 1965 unterzeichneten Vertreter Gabuns, der Bundesrepublik und Frankreichs den Gründungsvertrag der Schule. Jeder Projektpartner verpflichtete sich, umgerechnet 1,4 Mio. DM beizusteuern.<sup>843</sup> 1967 nahm die Schule offiziell ihren Betrieb auf.<sup>844</sup> Doch sollte es noch ganze zwei Jahre dauern, bis tatsächlich der erste

---

<sup>840</sup> Interministerieller Referentenausschuß an Auswärtiges Amt, 31. Juli 1963, PA AA, AA, B 68, 179.

<sup>841</sup> Ehmann (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) an Auswärtiges Amt und Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und Bundesministerium für Wirtschaft und Bundesministerium der Finanzen, 29. Juli 1964, PA AA, AA, B 68, 267.

<sup>842</sup> Hegel (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) an Auswärtiges Amt, 1. Juni 1965, PA AA, AA, B 68, 404.

<sup>843</sup> Botschaft in der Gabunischen Republik an Auswärtiges Amt, 1. Januar 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102941.

<sup>844</sup> Botschafter Klaiber (Botschaft in der Republik Frankreich) an Auswärtiges Amt, 18. Oktober 1965, PA AA, AA, B 68, 404.

Lehrer an die Schule entsandt werden konnte. Der Kooperationsvertrag sah vor, dass die Auswahl des zu entsendenden Lehrpersonals bilateral zu erfolgen habe. Da auf deutscher wie französischer Seite erhebliche Vorurteile gegenüber dem jeweils anderen Partner bestanden,<sup>845</sup> sollte es bis Ende der 1960er Jahre dauern, bis das Projekt tatsächlich anlaufen konnte.<sup>846</sup>

Neben der Ausbildung von Fachkräften schaltete sich die Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik auch über indirekte Kreditvergaben in die Steigerung der Holzproduktion ein. Ende der 1960er Jahre wurde auf Bitten der Regierung Gabuns<sup>847</sup> der gabunischen Entwicklungsbank, der *Banque Gabonaise de Développement*, ein Kredit über 6 Mio. DM Kapitalhilfe gewährt.<sup>848</sup> Die Entwicklungsbank sollte den Kredit an in Gabun ansässige Holzunternehmen weiterreichen, die davon dann in der Bundesrepublik schweres Gerät für den Holzeinschlag erwerben sollten.<sup>849</sup> Die Einarbeitung der Gabuner in die westdeutschen Maschinen wurde über mit Stipendien versehene Praktikantenstellen organisiert.<sup>850</sup> Um den ordnungsgemäßen Einsatz der Mittel sicherzustellen, wurde die Deutsche Entwicklungsgesellschaft am Kapital der gabunischen Entwicklungsbank so weit beteiligt, dass ihr ein Sitz im Verwaltungsrat der Bank zugestanden wurde.<sup>851</sup> Die 6 Mio. DM Kapitalhilfe wurden hierzu aufgeteilt.<sup>852</sup> Der Bankkredit wurde auf 4,68 Mio. DM beschränkt, die übrigen 1,32 Mio. DM zur Beteiligung der deutschen Gesellschaft aufgebracht, womit sie über 9,1% der Aktien der Bank verfügte und einen Sitz in deren Verwaltungsrat erhielt.<sup>853</sup>

Schließlich schaltete sich die Bundesrepublik auch direkt in den Ausbau der forstwirtschaftlichen Infrastruktur Gabuns ein. Die Waldbestände des Landes waren, je nach ihrer Entfernung zur Küste, in Zonen, die I., II. und III. Forstzone, eingeteilt. Da die küstennahe I. Forstzone nicht mehr rentabel bewirtschaftet werden konnte, musste die Regierung Gabuns sich an die infrastrukturelle Erschließung der II. und III. Forstzone wagen – und hierbei neue Einschlagskonzessionen erteilen, auf die auch westdeutsche Forstunternehmen ein Auge geworfen hatten. Da hierzu Schneisen geschlagen, Straßen verlegt und Brücken errichtet werden mussten, hatte die Regierung Gabuns für die kommenden Jahre mit einem erheblichen Investitionsbedarf zu rechnen. Diesen war die Bundesrepublik bereit, zumindest zum Teil, zu übernehmen. Bestand doch die Möglichkeit, dass

<sup>845</sup> Garantie-Abwicklungsgesellschaft an Auswärtiges Amt, 13. November 1967, PA AA, AA, B 68, 622.

<sup>846</sup> Botschaft in der Gabunischen Republik an Auswärtiges Amt, 5. Juni 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102941.

<sup>847</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 29. November 1968, PA AA, AA, B 34, 778.

<sup>848</sup> Siebeck (Bundesministerium für Wirtschaft) an Interministerieller Referentenausschuß für Kapitalhilfe, 14. März 1969, PA AA, AA, B 68, 748.

<sup>849</sup> Siebeck (Bundesministerium für Wirtschaft) an Interministerieller Referentenausschuß für Kapitalhilfe, 14. März 1969, PA AA, AA, B 68, 748.

<sup>850</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. 1968, PA AA, AA, B 68, 648.

<sup>851</sup> Baur (Kreditanstalt für Wiederaufbau) an Ausschußvorsitzender Haase (Interministerieller Referentenausschuß für Kapitalhilfe), 21. Juli 1969, PA AA, AA, B 68, 748.

<sup>852</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an Auswärtiges Amt, 29. November 1972, PA AA, AA, B 68, 1007.

<sup>853</sup> Interministerieller Referentenausschuß für Kapitalhilfe an Auswärtiges Amt, 27. Februar 1970, PA AA, AA, B 68, 1009.

sich die Regierung Gabuns mit einer Anhebung der Exportquoten in die Bundesrepublik oder sogar der Erteilung von Konzessionen an westdeutsche Unternehmen revanchieren würde. Natürlich musste auch der Widerstand der französischen Holzindustrie berücksichtigt werden, doch rechnete man sich bei gleichzeitiger Bearbeitung Gabuns und Frankreichs durchaus Chancen aus. So erklärte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Karl Carstens, 1964 in einem internen Schreiben:

*„Bundesminister [für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Walter] Scheel trug heute vor, die deutschen Holzimporteure seien an der Einfuhr von Holz aus Gabun sehr interessiert, doch werde der Handel durch ein gabunisches staatliches Büro (Sitz: Paris) reguliert. Die auf Deutschland anfallende Quote sei sehr gering. Herr Minister Scheel hat diesbezüglich an [den beigeordneten] Minister [für Zusammenarbeit beim Finanz- und Wirtschaftsminister, Raymond] Triboulet geschrieben. Meines Erachtens sollten auch wir uns einschalten, eventuell über unsere Botschaft in Gabun.“*<sup>854</sup>

Seit 1962 wurde die gabunische Erschließung der II. Forstzone von westdeutscher Seite genau verfolgt.<sup>855</sup> Die BRD ging für diese Zone von einem Gesamtaufkommen an Okoumé-Holz in Höhe von rund 20 Mio. t aus. Der Wert dieser Hölzer wurde auf 3 Mrd. DM geschätzt. Eine Summe also, bei der es sich für den westdeutschen Staat durchaus lohnte, über Wirtschaftshilfe eine Beteiligung der westdeutschen Holzwirtschaft anzustreben. Geplant war hierzu eine westdeutsche Beteiligung am Bau und der Finanzierung des durch die II. Forstzone führenden Straßenprojekts Ayem–Lastoursville.<sup>856</sup> Erstmals kam die westdeutsche Wirtschaftshilfe 1964 zum Einsatz – beim Bau des ersten Teilabschnitts, der Strecke Ayem–Mikongo. 10 Mio. DM Kapitalhilfe stellte die Bundesrepublik hierfür zur Verfügung. 8,4 Mio. DM steuerte die Regierung Gabuns zu dem Projekt bei.<sup>857</sup> Der Teilabschnitt führte fast direkt an der Grenze der II. Forstzone entlang und lag nahe den Flüssen Lébidi, Offoué und Obiga, die ganzjährig ausreichend Wasser führten, um Holz vom Einschlagsort bis zur Straße flößen zu können, von wo es dann auf Lastkraftwagen für den Abtransport zur Küste verladen werden konnte. Der Einzugsbereich des Teilabschnitts wurde auf 1,5 Mio. t Okoumé-Holz im Wert von 220 Mio. DM geschätzt. Bereits ein Jahr später wurde für den zweiten Teilabschnitt, Ayem–Basse Obiga, und die Errichtung einer Brücke bei Ayem weitere Wirtschaftshilfe gewährt. 5,5 Mio. DM Kapitalhilfe<sup>858</sup> und eine Ausfuhrbürgschaft über 5,7 Mio.

<sup>854</sup> Staatssekretär Carstens (Auswärtiges Amt) an Abteilungsleiter Sachs – Abteilung Handels- und Entwicklungspolitik (Auswärtiges Amt), 13. Februar 1964, PA AA, AA, B 34, 542.

<sup>855</sup> Henske (Bundesministerium für Wirtschaft) an Auswärtiges Amt und Bundesministerium der Finanzen und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und Bundesministerium für Verkehr, 1. Oktober 1962, PA AA, AA, B 68, 120.

<sup>856</sup> Botschaft in der Gabunischen Republik an Auswärtiges Amt, 8. April 1963, PA AA, AA, B 68, 222.

<sup>857</sup> Martini und Guth (Kreditanstalt für Wiederaufbau) an Ausschussvorsitzender Elson (Interministerieller Referentenausschuß für Kapitalhilfe), 15. Juli 1963, PA AA, AA, B 68, 267.

<sup>858</sup> Huber (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Gabunischen Republik, 21. September 1966, PA AA, AA, B 68, 405.

DM<sup>859</sup> flossen in den Teilabschnitt. Ein dritter Teilabschnitt, Wagny–Lastoursville, wurde schließlich Anfang der 1970er Jahre als deutsch-französisch-gabunisches Kooperationsprojekt verwirklicht. 8 Mio. DM Kapitalhilfe wurden hierfür bereit gestellt.<sup>860</sup> Darüber hinaus wurden rund 0,5 Mio. DM in die Planungen mehrerer Brückenbauten<sup>861</sup> sowie 5,1 Mio. DM Kapitalhilfe in den Bau von Brücken bei Mouila und Tchibanga<sup>862</sup> und 0,9 Mio. DM Kapitalhilfe in den Bau einer Brücke bei Sebamba investiert.<sup>863</sup> Der größte Zuschuss der westdeutschen Wirtschaftshilfe floss aber in ein anderes Projekt. 29,5 Mio. DM Kapitalhilfe wurden in die Anlage von Zubringerstraßen, für die in Planung befindliche Bahnlinie Owendo–Booué–Moanda–Franceville, investiert.<sup>864</sup> Die Linie sollte mitten durch die II. und die III. Forstzone führen.<sup>865</sup> Die Zubringerstraßen dienten damit letztlich ebenfalls der Erleichterung und Verbilligung des Transports der Hölzer vom Hinterland an die Küste. War das Holz an der Küste angekommen, musste es natürlich noch über einen Hafen auf hochseetüchtige Frachtschiffe verladen werden. Um den einzigen Exporthafen des Landes, Owendo, effizienter und kostengünstiger betreiben zu können, ließ die Regierung Gabuns den Anlegeplatz Ende der 1960er Jahre um einen Tiefseehafen erweitern. Der Hafen wurde mit der neuesten Generation von Verladeanlagen ausgestattet, um Umschlags- und Liegezeiten der Schiffe auf ein Minimum zu beschränken. Die Bundesrepublik beteiligte sich an dem Projekt mit 0,5 Mio. DM Technischer Hilfe an einer Studie zur Wasser- und Energieversorgung der Hafen- und Industriezone von Owendo.<sup>866</sup> Außerdem wurden 6 Mio. DM Kapitalhilfe für die Verlegung einer Fernwasserleitung von Owendo nach Libreville zur Verfügung gestellt.<sup>867</sup> Waren die Hölzer dann per Schiff in die Bundesrepublik verbracht, mussten sie dort auch vertrieben werden. Aus diesem Grund finanzierte die Bundesrepublik auch noch die Beteiligung von Vertretern gabunischer Forst- und Holzunternehmen an der internationalen Messe für Zulieferer der Möbelindustrie, Interzum, in Köln.<sup>868</sup>

Trotz all dieser Investitionen in die Holzwirtschaft Gabuns blieben die Ergebnisse der westdeutschen Wirtschaftshilfe hinter den in sie gesetzten Erwartungen zurück. Die Holzexporte

<sup>859</sup> Stellvertretender Referatsleiter Handke – Referat Kapitalhilfe (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Gabunischen Republik, 5. März 1965, PA AA, AA, B 68, 405. ; Hermes Kreditversicherungs AG an Botschaft in der Gabunischen Republik und Auswärtiges Amt, 30. August 1966, PA AA, AA, B 68, 648.

<sup>860</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 10. August 1972, PA AA, AA, B 68, 1009.

<sup>861</sup> Botschaft in der Gabunischen Republik an Auswärtiges Amt, 1. Januar 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102941.

<sup>862</sup> Botschaft in der Gabunischen Republik an Auswärtiges Amt, 25. Oktober 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102943.

<sup>863</sup> Schnabel (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Gabunischen Republik, 13. August 1971, PA AA, AA, B 68, 1009.

<sup>864</sup> Botschaft in der Gabunischen Republik an Auswärtiges Amt, 5. Juni 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102941.

<sup>865</sup> Maliga (Botschaft in der Gabunischen Republik) an Auswärtiges Amt, 30. August 1972, PA AA, AA, B 68, 1007.

<sup>866</sup> Interministerieller Referentenausschuß für Technische Hilfe an Auswärtiges Amt, 25. Oktober 1967, PA AA, AA, B 68, 623.

<sup>867</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 8. November 1968, PA AA, AA, B 34, 778.

<sup>868</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. 1968, PA AA, AA, B 68, 648.

Gabuns in die Bundesrepublik schrumpften.<sup>869</sup> Eine direkte Folge der Verlagerung des Einschlags von der I. In die II. Forstzone. Mitte der 1970er Jahre war der gabunische Export dann aber schon wieder so weit angelaufen, dass der Bedarf der westdeutschen Holzindustrie vollständig befriedigt werden konnte.<sup>870</sup> Inwieweit westdeutsche Holzunternehmen aufgrund der Wirtschaftshilfe der BRD am Einschlag in der II. Forstzone beteiligt wurden, konnte aus den eingesehenen Akten nicht ermittelt werden – wohl aber das Bemühen des westdeutschen Staates, die Interessen seiner Unternehmer mit, in der Forschung gemeinhin als Entwicklungshilfe deklarierten, finanziellen Leistungen zu unterstützen.

*d) Spielräume handelspolitischer Ambitionen – Ostdeutsche Wirtschaftshilfe für die Republik Kamerun*

Der direkte Handelsaustausch zwischen kamerunischen und ostdeutschen Unternehmen war in den 1950er Jahren nur schwach entwickelt – wenn auch mit wachsender Tendenz. So stieg das Volumen des Direkthandels der beiden Staaten von umgerechnet 0,31 Mio. DM im Jahr 1958 auf umgerechnet 0,37 Mio. DM im Jahr 1959.<sup>871</sup> Ostdeutsche Unternehmen importierten aus Kamerun Tropenholz, kameruner Unternehmen aus der DDR Konsumwaren, wie Textilien und Geschirr. Das wirtschaftspolitische Engagement des ostdeutschen Staates im französischen Mandatsgebiet hielt sich zu dieser Zeit in bescheidenen Grenzen – was die westdeutsche Privatwirtschaft nicht davon abhielt, die von der ostdeutschen Konkurrenz ausgehende Gefahr vor staatlichen Stellen der Bundesrepublik in den schillerndsten Farben zu zeichnen. So äußerte der Hamburger Unternehmer Willi Ganssaue, ein Mitglied des von Hamburger Unternehmern gegründeten Kamerun-Syndikats, 1959 gegenüber dem Auswärtigen Amt die Befürchtung:

*„Es ist bereits bei Gelegenheit der Leipziger Messe und Verkaufsverhandlungen zwischen den Bananen-Importeuren und ostzonalen Käufern fühlbar geworden, dass sich der Osten an einem Direktimport von afrikanischen Bananen, unabhängig vom Westen, interessiert und in dieser Richtung sehr aktiv ist. Dabei ist zu befürchten, dass sogar der Zustand eintreten könnte, dass Westeuropa afrikanische Bananen über Oststaaten einführen müsste. Für den Kakaosektor gelten ähnliche Befürchtungen.“*<sup>872</sup>

<sup>869</sup> Lütken an Auswärtiges Amt, 22. November 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102942.

<sup>870</sup> Botschaft in der Gabunischen Republik an Auswärtiges Amt, 1. September 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102941.

<sup>871</sup> Delegationsleiter Böttger (Delegation) an Außenhandelsbank der DDR, 11. Oktober 1960, PA AA, MfAA, A 14614, Fiche 2, S. 141-142. Der Wert wird in der Quelle mit 31 beziehungsweise 43 Mio. F CFA angegeben. Der Wechselkurs lag 1958 bei ca. 1 FF : 100 F CFA und ca. 1 DM : 1 FF, 1959 bei ca. 1 FF : 100 F CFA und ca. 1 DM : 1,17 FF. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 0,31 Mio. DM beziehungsweise 0,37 Mio. DM.

<sup>872</sup> Kamerun-Syndikat an Auswärtiges Amt, 25. Mai 1959, PA AA, AA, B 34, 60.

Tatsächlich sollten Vertreter einer ostdeutschen Wirtschaftspolitik, Fürsprecher einer ostdeutschen Wirtschaftshilfe, jedoch erst ein Jahr später, nach der Entlassung Kameruns in die Unabhängigkeit, in der einstmaligen deutschen Kolonie Einzug halten.

Anfang 1960 traf eine erste ostdeutsche Delegation unter Leitung des Handelsrats der ostdeutschen Handelsvertretung in der Republik Ghana, Rolf Seidel, in der Republik Kamerun ein. Die Delegation hatte ursprünglich nur eine allgemeine Sondierung des Wirtschaftspotentials Kameruns vornehmen sollen. Im Laufe dieser Tätigkeit gelang es ihr aber auch, mit Mitgliedern der kamerunischen Staatsführung Gespräche über die Aufnahme von Handelsbeziehungen einzuleiten.<sup>873</sup> Der westdeutsche Botschafter in Kamerun, Henning Thomsen, rechnete bereits mit dem Schlimmsten und warf das Bonner Schreckgespenst einer ostdeutschen Wirtschaftshilfe an die Wand:

*„Angesichts des zurückliegenden Standes der wirtschaftlichen Entwicklung und der sehr ernsten finanziellen Not des Landes - Gehaltszahlungen sollen bereits Monate im Rückstand sein - ist es verständlich, daß die Regierung [von Staatspräsident Ahmadou Ahidjo] sich die Möglichkeit offen läßt, gegebenenfalls von der SBZ [Sowjetischen Besatzungszone] Hilfe zu erhalten, sollten ihre Hoffnungen auf die Bundesrepublik nicht erfüllt werden. Ich glaube, daß wir den Empfang des Zonenvertreters als eine Warnung ansehen sollten.“*<sup>874</sup>

Letztlich sollten sich Thomsens Befürchtungen aber als unbegründet erweisen. Verträge und Protokolle wurden weder unterzeichnet, noch paraphiert, oder gar dem kameruner Parlament zur Annahme vorgelegt. Die Delegation reiste unverrichteter Dinge wieder ab. Versuche, diese Gespräche im Sommer 1960 fortzusetzen – anfangs war hierfür eine zweite ostdeutsche Delegation,<sup>875</sup> dann eine Regierungsdelegation Kameruns eingeplant<sup>876</sup> – scheiterten zunächst.

Anfang September gelang es dann aber einer zweiten ostdeutschen Delegation, diesmal unter Leitung des Außerordentlichen Gesandten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Kurt Böttger, nach Kamerun einzureisen und dort, über den erstaunlich langen Zeitraum von drei Monaten, die Verhandlungen mit der Regierung Ahidjo fortzusetzen.<sup>877</sup> Böttger hatte den Auftrag, an die von Seidel begonnenen Gespräche anzuknüpfen und die bislang noch losen

<sup>873</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 25. April 1960, PA AA, MfAA, A 14614, Fiche 1, S. 12-18.

<sup>874</sup> Botschafter Thomsen (Botschaft in der Republik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 20. April 1960, PA AA, AA, B 34, 40.

<sup>875</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Direktor Tobie – Regierungskabinett (Republik Kamerun), 30. Mai 1960, PA AA, MfAA, A 14614, Fiche 1, S. 49-50.

<sup>876</sup> Technischer Berater des Präsidenten Reb a Don – Präsidialkanzlei (Republik Kamerun) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 26. August 1960, PA AA, MfAA, A 14614, Fiche 1, S. 77.

<sup>877</sup> Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 5. August 1960, PA AA, MfAA, A 14614, Fiche 1, S. 61.

Handelsbeziehungen, wenn möglich, durch die Erlaubnis zur Errichtung einer ostdeutschen Handelsvertretung in Kamerun in feste Bahnen zu überführen. Zu den weiteren Zielen seines Aufenthalts zählte die Einladung von kamerunischen Unternehmern und Mitgliedern der Kameruner Handelskammer auf die anstehende Leipziger Frühjahrsmesse 1961. Und schließlich sollte auch die von der DDR angestrebte Vergrößerung des Handelsvolumens überprüft werden. Kaffee und Kakao im Wert von umgerechnet zwischen 6,25 und 10,43 Mio. DM, plante das ostdeutsche Handelsministerium jährlich aus Kamerun zu beziehen.<sup>878</sup> Für den Abschluss eines zwischenstaatlichen Handelsabkommens wurde Kamerun zudem Wirtschaftshilfe, die Vergabe eines Handelskredits in noch unbestimmter Höhe, in Aussicht gestellt. Die tatsächliche Unterzeichnung von diesbezüglichen Verträgen und Protokollen sollte aber – dies stand von Anfang an fest – einer späteren Delegation vorbehalten bleiben.<sup>879</sup> Die Regierung Ahidjo hatte durchaus Interesse am Ausbau der Handelsbeziehungen Kameruns zur DDR. Wirtschaftsminister Tsala Mekongo<sup>880</sup> und sein Staatssekretär,<sup>881</sup> Planungsminister Talba Malla,<sup>882</sup> der Generalsekretär des Außenministeriums, Herr N'Thepe, und sogar Ministerpräsident Charles Assalé,<sup>883</sup> sie alle unterstützten den Ausbau der kamerunischen Handelsbeziehungen mit der DDR. Doch waren ihnen formal-juristisch die Hände gebunden. Ein zwischen Kamerun und Frankreich bestehendes Handelsabkommen, das bis zum 1. Januar 1961 Bestand hatte, verbot den Abschluss des von der DDR gewünschten Abkommens – zumindest bis zum 1. Januar 1961. Böttger schlug deshalb den zuständigen ostdeutschen und kamerunischen Stellen vor, das Abkommen zwar auszuformulieren, dann aber bis zum Januar ruhen zu lassen und den angestrebten Ausbau des Direkthandels zunächst ohne vertragliche Basis einzuleiten.<sup>884</sup> Staatspräsident Ahidjo wurde in einer diplomatischen Note über diese Möglichkeit unterrichtet.<sup>885</sup> Der Außenhandelsbank der DDR empfahl Böttger, Finanzmittel für einen ersten Einkauf in Kamerun im Wert von umgerechnet rund 12,51 Mio. DM bereitzustellen.<sup>886</sup> Und schon

<sup>878</sup> Delegationsleiter Böttger (Delegation) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. 1960, PA AA, MfAA, C 1164/77, Fiche 1, S. 13-97. Der Wert wird in der Quelle mit 1,5 bis 2,5 Mio. US-Dollar angegeben. Der Wechselkurs lag 1960 bei ca. 1 DM : 0,24 US-Dollar. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 6,25 bis 10,43 Mio. DM.

<sup>879</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 20. August 1960, PA AA, MfAA, A 14614, Fiche 1, S. 67-70.

<sup>880</sup> Delegationsleiter Böttger (Delegation) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 11. Oktober 1960, PA AA, MfAA, A 14614, Fiche 2, S. 110-111.

<sup>881</sup> Delegationsleiter Böttger (Delegation) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, A 14614, Fiche 2, S. 115-116.

<sup>882</sup> Delegationsleiter Böttger (Delegation) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 14. Oktober 1960, PA AA, MfAA, A 14614, Fiche 2, S. 112.

<sup>883</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 8. Oktober 1960, PA AA, MfAA, A 14614, Fiche 2, S. 108-109.

<sup>884</sup> Delegationsleiter Böttger (Delegation) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, A 14614, Fiche 2, S. 117-119.

<sup>885</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, A 14614, Fiche 1, S. 29-30.

<sup>886</sup> Delegationsleiter Böttger (Delegation) an Außenhandelsbank der DDR, 11. Oktober 1960, PA AA, MfAA, A

nach wenigen Tagen konnte er Ost-Berlin vermelden, erste konkrete Kontakte zur Handelskammer von Yaoundé, sowie zu einzelnen Wirtschaftsunternehmen und Kakaoexporteuren Kameruns aufgenommen zu haben.<sup>887</sup>

Um diese Kontakte auszubauen, wurde eine zweite Delegation, nun der Kammer für Außenhandel der DDR, unter Leitung von Herrn Bügel, nach Kamerun entsandt. Gemeinsam mit Böttger sollte sie das ökonomische Potential Kameruns, jetzt speziell im Hinblick auf potentielle Absatzmärkte für ostdeutsche Waren, studieren. Über die Kammer für Handel und Industrie Doualas<sup>888</sup> wurde Kontakt zu lokalen und regionalen Wirtschaftsgrößen aufgenommen. Die Bemühungen der ostdeutschen Vertreter stießen in der kamerunischen Privatwirtschaft schon bald auf Interesse. Konsum- und Investitionsgüter der DDR waren durchaus gefragt. So wollte ein kamerunischer Unternehmer beispielsweise eine ganze Anlage zur Zuckerfabrikation in der DDR erwerben.<sup>889</sup> Nicht wenige Interessenten scheinen dabei auf Kompensationsgeschäfte spekuliert zu haben. So war eine Pflanzergenossenschaft am Erwerb einer Kaffee- und einer Düngemittelfabrik interessiert und bot an, die DDR im Gegenzug an ihrer Kaffee-, Kakao- und Bananenernte zu beteiligen. Für die ostdeutsche Delegation waren diese Verhandlungen auf Betriebsebene in zweifacher Hinsicht interessant. Zum einen boten sie die Möglichkeit, das ostdeutsch-kamerunische Handelsvolumen zu erhöhen. Darüber hinaus waren die Manager und Vorstände, mit denen sie hier verhandelten, nicht selten politisch einflussreiche Persönlichkeiten – wie der Vizepräsident der Handelskammer von Yaoundé<sup>890</sup> und der Präsident einer Pflanzergenossenschaft<sup>891</sup> –, die Böttger wirksame Schützenhilfe bei seinem Versuch, eine Handelsvertretung in Yaoundé errichten zu dürfen, leisten konnten. Viele – wahrscheinlich der weit überwiegende Teil – dieser Interessenten entstammte der Ethnie der Bamiléke. Ein nicht unwichtiger Sachverhalt, da die Bamiléke überproportional stark in der militanten, von der DDR unterstützten, Oppositionspartei Union des Populations du Cameroun vertreten waren. Auf welch tönernen Füßen die ostdeutschen Anbahnungsversuche, trotz der Unterstützung aus dem Kameruner Privatsektor, standen, sollte sich dann im Oktober zeigen. Ministerpräsident Assalé reiste in die BRD, um über den Ausbau des westdeutsch-kamerunischen

---

14614, Fiche 2, S. 141-142. Der Wert wird in der Quelle mit 3 Mio. US-Dollar angegeben. Der Wechselkurs lag 1960 bei ca. 1 DM : 0,24 US-Dollar. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 12,51 Mio. DM.

<sup>887</sup> Delegationsleiter Böttger (Delegation) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, A 14614, Fiche 2, S. 117-119.

<sup>888</sup> Delegationsleiter Böttger (Delegation) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 24. November 1960, PA AA, MfAA, A 14614, Fiche 2, S. 130-131.

<sup>889</sup> Delegationsleiter Böttger (Delegation) an Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel, 4. November 1960, PA AA, MfAA, A 14614, Fiche 2, S. 147.

<sup>890</sup> Delegationsleiter Böttger (Delegation) an Deutsche Innen- und Außenhandelsgesellschaft, 5. November 1960, PA AA, MfAA, A 14614, Fiche 2, S. 148.

<sup>891</sup> Delegationsleiter Böttger (Delegation) an Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel, 4. November 1960, PA AA, MfAA, A 14614, Fiche 2, S. 146.



Handelsvolumens zu verhandeln.<sup>892</sup> Um die Gespräche nicht zu gefährden, unterstützte sein Kabinett fortan vorbehaltlos den westdeutschen Alleinvertretungsanspruch – den es auf seine ganz eigene Weise interpretierte. Nicht nur sollten fortan diplomatische Beziehungen zur DDR unterbunden, sondern jegliche Kontakte zu Vertretern des ostdeutschen Staates unterlassen werden. Besorgt meldete das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten seinem obersten Dienstherren, dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht:

*„WD [Westdeutschland] droht Abbruch diplomatischer Beziehungen, falls Cameroun Beziehungen irgendeiner Art zur DDR aufnimmt. WD fordert unsere Ausweisung. Regierung verhält sich abwartend.“*<sup>893</sup>

Böttger versuchte, mit dem Angebot einer sofortigen größeren ostdeutschen Wirtschaftshilfe gegenzusteuern. Vor mehreren Regierungsstellen führte er aus, dass die DDR sehr an Holzeinkäufen interessiert sei. Zwei ostdeutsche Holzhandelsexperten seien zur Zeit in Ghana stationiert und könnten innerhalb kürzester Zeit zur Marktsondierung für Direkteinkäufe nach Kamerun entsandt werden. Damit hatte Böttger ein Angebot unterbreitet, dass der Regierung Ahidjo nicht nur in der angespannten ökonomischen Lage, in der Kamerun sich befand, sondern auch in innenpolitischer Hinsicht eine Verschnaufpause bieten konnte. Im Süden Kameruns, dem Hauptsiedlungsgebiet der Bamiléke, lagen seit 1956 die Rückzugsgebiete des kämpfenden Flügels der Union. Arbeitslosigkeit war hier unter der Bevölkerung weit verbreitet, so dass es für die radikalen oppositionellen Kräfte ein leichtes war, unter der lokalen Bevölkerung ihre angeschlagenen Ränge aufzufüllen, Unterstützung und Unterschlupf zu erhalten. Ende 1960 befand sich nun genau hier, in dieser politisch und sozial aufgeladenen Region, ein Großbetrieb der Kameruner Holzindustrie, der, aufgrund von Absatzschwierigkeiten, kurz vor der Pleite stand. Rund 1.100 Arbeitsplätze standen auf dem Spiel.<sup>894</sup> Böttgers Angebot, in größerem Umfang Holz zu erwerben hätte mit Sicherheit das Unternehmen saniert und die Sicherheitslage der Region – zumindest vorübergehend – wieder stabilisiert. Die Regierung Ahidjo lehnte das Angebot jedoch ab, in der Hoffnung, die angeschlagene Wirtschaft Kameruns stattdessen mit einem Ausbau der Handelsbeziehungen zu Westdeutschland stabilisieren zu können. Ein Handelsabkommen auf Clearing-Basis, ein Zahlungsabkommen und die Errichtung einer Handelsvertretung in Yaoundé konnten von Böttger zwar noch ausgehandelt werden,<sup>895</sup> doch wurde die Unterzeichnung der Abkommen von der

<sup>892</sup> Delegationsleiter Böttger (Delegation) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 27. Oktober 1960, PA AA, MfAA, A 14614, Fiche 2, S. 120-121.

<sup>893</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an 1. Sekretär des Politbüros Ulbricht – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 29. Oktober 1960, PA AA, MfAA, A 17216, Fiche 1, S.6.

<sup>894</sup> Jovy (Botschaft in der Republik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 3. Juni 1960, PA AA, AA, B 34, 155.

<sup>895</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 18. November

Regierung Ahidjo in den folgenden Tagen und Wochen immer wieder hinausgeschoben.<sup>896</sup> Ganz wollte die Regierung Ahidjo auf die Aufnahmefähigkeit des ostdeutschen Marktes und die Einsatzmöglichkeiten ostdeutscher Investitionsgüter aber auch nicht verzichten. So wurde Kameruner Unternehmern von der Regierung Ahidjo gestattet, mit ostdeutschen Unternehmen auch ohne den Abschluss eines Handelsabkommens in den direkten Austausch von Waren und Dienstleistungen zu treten. Böttger notierte in seinem Bericht für das ostdeutsche Außenministerium:

*„Dem Vizepräsidenten [der Kammer für Handel und Industrie] wurde nach mehrmaligen Vorsprachen beim Staatssekretär [für Industrie und Handel, Yrima Mohaman] Lamine zugestanden, bis zum Abschluß eines Handelsabkommens mit der DDR Reziprozitätsgeschäfte ohne Einschaltung französischer Ex- und Importeure durchzuführen. Dieses Beispiel machte Schule und auch die Genossenschaft 'Robusta-Kaffee' erhielt von der Regierung die offizielle Genehmigung, Reziprozitätsgeschäfte mit der DDR abzuschließen.“<sup>897</sup>*

Böttger glaubte noch, diesen Beschluss der Regierung Ahidjo dahingehend interpretieren zu dürfen, dass sie zumindest mittelfristig einem zwischenstaatlichen Handelsabkommen mit der DDR zustimmen werde. Doch lag er mit dieser Vermutung falsch. Nur wenige Tage später wurden er, seine und die zweite Delegation des Landes verwiesen, um der besorgten westdeutschen Botschaft das Schauspiel eines Bruchs sämtlicher Kontakte zur DDR vorführen zu können.<sup>898</sup> Keines der vorbereiteten Abkommen und Protokolle wurde mehr verwirklicht.

Doch handelte es sich hier vor allem um eine Inszenierung, um die Gemüter zu beruhigen. Die Erlaubnis, zwischenstaatlichen Direkthandel auf Unternehmensebene durchführen zu dürfen, blieb von Böttgers Rauswurf unberührt. Als sich der Handelsaustausch mit Frankreich und der Bundesrepublik für Kamerun bis Mitte der 1960er Jahre nicht so entwickelt hatte, wie von der Regierung Ahidjo erhofft, kam diese zudem wieder auf das Angebot der DDR, eine Handelsvertretung in Kamerun zu errichten, zurück. Die westlichen Staaten waren zur Stabilisierung der globalen Rohstoffmärkte dazu übergegangen, feste Quoten für den Rohstoffexport in westliche Industriestaaten festzulegen. Überproduktionen konnte Kamerun fortan nur noch auf den östlichen Märkten absetzen, womit der Ausbau der Handelsbeziehungen zur DDR

---

1960, PA AA, MfAA, A 14614, Fiche 2, S. 102.

<sup>896</sup> Delegationsleiter Böttger (Delegation) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 24. November 1960, PA AA, MfAA, A 14614, Fiche 2, S. 130-131.

<sup>897</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 1164/77, Fiche 1, S. 89.

<sup>898</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 1164/77, Fiche 1, S. 13-97.

schlagartig wieder an Bedeutung gewann. Über seinen Botschafter in Moskau, Herrn N'Thebe, ließ Yaoundé dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Ost-Berlin mitteilen:

*„Dies würde sicher dazu beitragen, die gegenwärtig noch auf Firmen-Vereinbarungen beruhenden Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern weiterzuentwickeln und Kontakte auf anderen Gebieten [...] weiter auszudehnen bzw. anzuknüpfen.“*<sup>899</sup>

Die Regierung Ahidjo wollte vor allem Kaffee des Typs Robusta,<sup>900</sup> für den international nur eine geringe Nachfrage bestand, sowie Kakao und Bananen<sup>901</sup> in der Sozialistischen Staatengemeinschaft absetzen, und bemühte sich hierzu auch um einen Standplatz für Kameruner Produkte auf der Leipziger Messe. Die staatlichen Organe der DDR zeigten jedoch keinerlei Interesse an den Ambitionen der Kameruner Regierung. Bis Ende 1975 wurde mit Kamerun weder ein zwischenstaatliches Handelsabkommen geschlossen, noch eine Handelsvertretung, geschweige denn eine Botschaft der DDR in Kamerun errichtet.

Dies deutet darauf hin, dass es den ostdeutschen Unternehmen tatsächlich gelungen war, die von ihnen angestrebten Im- und Exporte auch ohne Einschaltung staatlicher Stellen zu tätigen. Abschließend belegen lässt sich dies zwar nicht, da zum ostdeutschen Warenverkehr mit Kamerun weder offizielle noch inoffizielle Daten vorliegen und auch in den eingesehenen Akten der DDR keinerlei Zahlenmaterial gefunden werden konnte. Doch fanden sich in den westdeutschen Akten einige Hinweise auf ostdeutsche Im- und Exporte aus und nach Kamerun, welche die Existenz eines auch nach 1960 bestehenden Warenverkehrs bestätigen. Wichtiger noch: eine Aktennotiz des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten von 1960 konnte ausfindig gemacht werden, in der es heißt, dass der Warenverkehr zwischen Ostdeutschland und Kamerun, aus Rücksichtnahme auf die verfolgte oppositionelle Union, nicht mehr vollständig in den Statistiken der DDR erwähnt werden sollte. Von der Nähe der kamerunischen Händler und Unternehmer zur Union war schon berichtet worden. Bereits im Juni 1960 hatte das Kollegium des Außenministeriums beschlossen:

*„[Der stellvertretende] Minister [Sepp] Schwab wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, daß die seinerzeit an Dr. Mumi [Félix-Roland Moumié, der Parteivorsitzende der Union] gegebenen Versprechungen [auf Solidaritätshilfe für die Union, doch dürften auch Geschäfte mit den Wirtschaftsgrößen der Bamiléke*

<sup>899</sup> Handelsattaché Menzer (Botschaft in der Sowjetunion) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Sowjetunion (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Botschaft in der Sowjetunion, 19. September 1966, PA AA, MfAA, A 1166, Fiche 3, S. 202-203.

<sup>900</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun an Auswärtiges Amt, 11. Januar 1966, PA AA, AA, B 38, 105.

<sup>901</sup> Abteilungsleiter Posadowsky-Wehner – Abteilung Afrika (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun, 13. Januar 1966, PA AA, AA, B 38, 105.

unter diese Regelung gefallen sein] *unbedingt realisiert werden. Minister Schwab wird sich mit leitenden Mitarbeitern der Staatlichen Plankommission in Verbindung setzen und veranlassen, daß die diesbezüglichen Beschlüsse künftig nicht mehr in den Veröffentlichungen der Staatlichen Plankommission auftauchen.*<sup>902</sup>

Kritiker dieser Deutung werden nun wahrscheinlich einwerfen wollen, dass es der DDR in Kamerun von Anfang an nur um die Aufnahme regulärer diplomatischer Beziehungen gegangen sei. Der Anschluss der Kameruner Märkte an das ostdeutsche Handelsnetz, das Angebot von Handelskrediten und die Errichtung einer Handelsvertretung, dies alles habe letztlich nur dem außenpolitischen Streben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands nach internationaler Anerkennung der DDR – nicht aber den ökonomischen Interessen der DDR, die in Kamerun, bei Kaffee, Kakao und Bananen, ohnehin kaum vorhanden gewesen sein dürften – gedient. Doch müssen sich diese Kritiker dann auch eine Frage gefallen lassen: Wieso ergriff die DDR dann Mitte der 1960er Jahre nicht die Chance, die sich ihr bot, um an eben dieser Stelle – an der sie im November 1960 unterbrochen worden war – den Kampf um internationale Anerkennung – der zu diesem Zeitpunkt immerhin noch ganze sechs Jahre währen sollte – wieder aufzunehmen?

#### *e) Zwischenfazit*

Die deutschen Wirtschaftshilfen waren auf eine Unterstützung der jeweiligen deutschen Wirtschaft im internationalen Ringen um die relevanten Im- und Exportmärkte Zentralafrikas ausgerichtet, wozu gezielt der Ausbau einzelner zentralafrikanischer Wirtschaftszweige gefördert wurde.

Auf die zentralafrikanischen Wirtschaften hatten die deutschen Wirtschaftshilfen eine stabilisierende, die bestehenden Strukturen fördernde Wirkung. Die Diversität der durch Ernte, Förderung und Produktion erarbeiteten Güter eines Staates wurde durch die deutsche Wirtschaftshilfe also nicht künstlich erhöht.

Den zentralafrikanischen Regierungen brachten die deutschen Wirtschaftshilfen dennoch Vorteile. Kurzfristig konnten sie bei der Umsetzung ihrer eigenen Wirtschaftspolitiken Mittel einsparen. Mittel- und langfristig halfen sie ihnen, sich gegenüber der eigenen Bevölkerung als Träger der Landesentwicklung zu inszenieren.

Die Wirtschaftshilfe der BRD war finanziell gut aufgestellt. So gut, dass auch die Qualität der importierten Produkte im Sinne westdeutscher Verbraucher verändert werden konnte. So wurden beispielsweise in der landwirtschaftlichen Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Pflanzungen zum Anbau von Arabica-Kaffeebohnen gegenüber solchen zum Anbau von Robusta-Kaffeebohnen klar

<sup>902</sup> Kollegium (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 1. Juni 1960, PA AA, MfAA, LS-A 372, Bd, Fiche 1, 6.

bevorzugt, da für Arabica-Kaffeebohnen auf dem westdeutschen Kaffeemarkt eine stärkere Nachfrage bestand, als für die Bohnen des Typs Robusta. Bereits 1961 hatte das Auswärtige Amt die westdeutsche Botschaft in Kamerun in diesem Sinne informiert:

*„Eine Ausweitung der Kaffee-Exporte nach der Bundesrepublik ist neben dem Preis vornehmlich eine Frage der Qualität, insbesondere des am hiesigen Markte bevorzugten Arabica-Typs.“*<sup>903</sup>

Die Wirtschaftshilfe der DDR verfügte dagegen, zumindest bis 1975, kaum über größere finanzielle Mittel. Vor allem das Fehlen eines entwickelten Kreditierungssystems wirkte sich negativ aus. Gänzlich abgehängt von den zentralafrikanischen Märkten waren Außenhandel und Außenwirtschaft der DDR deshalb aber nicht. Der Zwischenhandel über westeuropäische Drittstaaten – auf den in einem späteren Abschnitt noch näher einzugehen sein wird – bot ihnen lange Zeit ausreichend Möglichkeiten, Bedarf und Absatz der ostdeutschen Wirtschaft – wenn auch nur auf indirektem Wege – sicherzustellen.

Kulturhilfe ...

#### *a) ... in Afrika*

Die Kulturhilfen der beiden deutschen Staaten waren eng mit deren ökonomischen Interessen verbunden. Schon im Entwurf einer Anfang der 1960er Jahre vom ostdeutschen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten ausgearbeiteten Konzeption, betreffend die kulturpolitische Arbeit der DDR in den sogenannten afro-asiatischen Staaten, war vermerkt worden, dass die Hauptaufgabe der ostdeutschen Kulturarbeit in Afrika, neben der Auswertung des sogenannten 'progressiven Nationalen Dokuments der DDR', in der Herbeiführung ökonomischer Abschlüsse läge:

*„Die vor uns stehende Hauptaufgabe – Stärkung der ökonomischen Grundlagen der DDR – liegt auch der Kulturarbeit zugrunde. Deshalb sind alle Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt der strengsten Sparsamkeit und des größtmöglichen Nutzens vorzubereiten und durchzuführen. Stärker als in der Vergangenheit müssen die Verbindungen auf kulturellem Gebiet genutzt werden, günstige ökonomische Abschlüsse herbeizuführen.“*<sup>904</sup>

<sup>903</sup> Schlaich – Referat Europäische wirtschaftliche Organisationen; GATT (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun, 18. November 1961, PA AA, AA, B 68, 189c.

<sup>904</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, A 16730, S. 67-69, hier S. 67.

Der Schwerpunkt der Kulturhilfe beider deutscher Staaten lag deshalb nicht auf der Vermittlung kultureller Werke oder Werte, sondern der Vermittlung der deutschen Sprache. Zum Betrieb komplexer deutscher Investitionsgüter, wie z.B. einer Industrieanlage, wurden spezifisch geschulte Fachkräfte benötigt. Die Schulungen mussten vom Hersteller der Güter durchgeführt und entsprechend in der Kostenaufstellung der Anlagen berücksichtigt werden. Da nur wenige der zur Schulung in die Bundesrepublik und die DDR entsandten Afrikaner die deutsche Sprache beherrschten, mussten den tatsächlichen Schulungen häufig erst noch Deutschkurse vorgeschaltet werden, was die Gesamtkosten der Anlagen in die Höhe trieb. Unternehmen aus Frankreich und Großbritannien befanden sich hier klar im Vorteil. Waren ihre Sprachen in den meisten afrikanischen Staaten doch zumindest eine der gängigen Verkehrssprachen. Durch den Einsatz von Kulturhilfe zur Vermittlung der deutschen Sprache wurde also der deutschen Industrie ein Teil der Schulungskosten abgenommen, wurde die Konkurrenzfähigkeit deutscher Güter auf den afrikanischen Märkten gestärkt.<sup>905</sup> In geringem Umfang wurden über die deutsche Kulturhilfe aber auch kulturelle Veranstaltungen in Afrika organisiert und abgehalten, sowie Stipendien zum Studium an einer deutschen Universität oder Fachhochschule vergeben. Nicht selten wurden die auf diese Weise geförderten Afrikaner, dann auch für die jeweilige deutsche Öffentlichkeitsarbeit, sowie zur Unterwanderung und Aufhetzung der afrikanischen Studenten, die das jeweilige gegnerische Staatensystem aufgenommen hatte, herangezogen. Ein Bericht des ostdeutschen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten von 1964 hielt in diesem Zusammenhang fest:

*„In einer Beratung des ZK [Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands], der FDJ [Freien Deutschen Jugend], DafriG [Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft], des FDGB [Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes] und des Staatssekretariats werden zuverlässige afrikanische Studenten ausgesucht, um Verbindungen zu Studenten in Westdeutschland aufzunehmen.“*<sup>906</sup>

Auch die BRD gewann afrikanische Studenten für diesbezügliche Tätigkeiten. Ein sogenanntes

<sup>905</sup> Der Soziolinguist Ulrich Ammon nimmt dagegen an, dass nicht wirtschaftliche, sondern kulturelle Interessen der deutschen Sprachförderung im Ausland zu Grunde liegen: 1) die Expansion der eigenen Gesellschaft, 2) die interne Sprachvereinheitlichung, 3) die externen Sprachverbreitung, auf Grund der „hyperkollektiven“ Eigenschaften von Sprache (Ammon, Ulrich: Auf welchen Interessen beruht Sprachförderungs politik? Ansätze einer erklärenden Theorie. In: Ammon, Ulrich: Sprachförderung. Schlüssel auswärtiger Kulturpolitik. Frankfurt am Main/u.a. 2000, S. 135-150, hier S. 136-140.). Dem wird in dieser Arbeit jedoch nur insoweit zugestimmt, als auch der Export von Waren und Dienstleistungen darunter fällt.

<sup>906</sup> Abteilung Kultur (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Stellvertretender Minister Krolikowski (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Kultur (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen, 29. Januar 1964, PA AA, MfAA, A 14594, S. 4-10, hier S. 10.

'reaktionäres Zentrum' pro-westlicher Afrikaner befand sich, laut Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, in West-Berlin.<sup>907</sup> Der Einfluss dieses 'Zentrums' auf die afrikanischen Kommilitonen, Auszubildenden und Praktikanten in Ost-Berlin und der übrigen DDR sollte nicht unterschätzt werden. Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR stand dem Austausch der afrikanischen Studenten untereinander, nach eigener Aussage, weitgehend machtlos gegenüber.<sup>908</sup>

Die innerhalb der westdeutschen Kulturarbeit vermittelten Werte basierten auf Humanismus, Christentum und Demokratie.<sup>909</sup> Als Antipoden galten sämtliche Formen des Totalitarismus, wobei die an Nationalsozialismus und Faschismus geübte Kritik merklich schwächer ausfiel, als diejenige am Kommunismus.<sup>910</sup> Zur Unterstützung ihrer Kulturarbeit rief die Bundesrepublik zu Beginn der 1950er Jahre eine Reihe kultureller Mittlerinstitutionen ins Leben. Zu ihnen zählten Einrichtungen wie die Deutsche Afrika-Gesellschaft, das Goethe-Institut, der Deutsche Akademische Austauschdienst, oder auch der Dienst *Inter Nationes*. Begleitet und koordiniert wurden diese Einrichtungen von Kulturattachés, die an allen westdeutschen Auslandsvertretungen, an denen sich eine besonders intensive Kulturarbeit bereits etabliert hatte, akkreditiert wurden.

Die in der westdeutschen Kulturarbeit vermittelten Inhalte beschränkten sich in den 1950er Jahren weitgehend auf deutsche Kulturgüter – zumeist Musik – des 18., 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Kulturgüter aus der Zeit des 'Dritten Reichs' fehlten – verständlicherweise –, ebenso aktuelle Stücke,<sup>911</sup> da in der Stellenbesetzung der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes zunächst nur wenig Wert auf ein ausgeprägtes Kulturverständnis und Kulturinteresse der Diplomaten gelegt wurde. Als 'Kultur' galt über viele Jahre nur das, was deutsche höhere Bildungseinrichtungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts darunter verstanden hatten. Zu Beginn der 1960er Jahre setzten dann Diskussionen über eine inhaltliche und technische Neuausrichtung der westdeutschen Kulturarbeit ein. Vor allem der fehlende Gegenwartsbezug wurde kritisiert.<sup>912</sup> Träger der Diskussion waren die praktizierenden Fachkräfte, die Kulturarbeiter der Mittlerorganisationen selbst. Sie bedrängten staatliche Organe, wie das Auswärtige Amt, sich an einer progressiveren Kulturpolitik zu

---

<sup>907</sup> Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Stellvertretender Vorsitzender Stoph (Ministerrat), 16. März 1964, PA AA, MfAA, A 14594, S. 1-3.

<sup>908</sup> Abteilungsleiter Stiel – Abteilung Süd- und Südostasien (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 4. Mai 1970, PA AA, MfAA, C 317/73, S. 5-8.

<sup>909</sup> Düwell, Kurt: Zwischen Propaganda und Friedenspolitik – Geschichte der Auswärtigen Kulturpolitik im 20. Jahrhundert. In: Maaß, Kurt-Jürgen (Hg.): Kultur und Außenpolitik. Handbuch für Studium und Praxis. Baden-Baden 2005, S. 53-83, hier S. 70 ff.

<sup>910</sup> Paulmann, Johannes: Auswärtige Repräsentationen nach 1945: Zur Geschichte der deutschen Selbstdarstellung im Ausland. In: Paulmann, Johannes (Hg.): Auswärtige Repräsentationen. Deutsche Kulturdiplomatie nach 1945. Köln/u.a. 2005, S. 1-32, hier S. 28.

<sup>911</sup> Ebd., hier S. 27.

<sup>912</sup> Stoll, Ulrike: Das bayerische Trachtenballett auf Asientournee: Ein Fallbeispiel zur auswärtigen Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland um 1960. In: Paulmann, Johannes (Hg.): Auswärtige Repräsentationen. Deutsche Kulturdiplomatie nach 1945. Köln/u.a. 2005, S. 279-288, hier S. 279.

versuchen.<sup>913</sup> Der öffentliche Druck blieb nicht ohne Wirkung. Im Juni 1970 wurde von Außenminister Walter Scheel mit den '15 Thesen zur internationalen Kultur-, Wissenschafts- und Gesellschaftspolitik' erstmals ein Gesamtkonzept zur westdeutschen Kulturpolitik vorgelegt, das dann auch gleich vom Bundeskabinett als künftiger Leitfaden für die bundesdeutsche Kulturarbeit im Ausland gebilligt wurde. In diesem wurde erklärt:

*„Die Erstellung eines Gesamtplanes entspricht der Absicht einer Neukonzeption der bisherigen Auswärtigen Kulturpolitik, wie sie in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 angekündigt und in der Bundestagserklärung des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Auswärtigen [Ralf Dahrendorf] vom 28. November 1969 näher erläutert worden ist. Die Leitlinien des Gesamtplanes werden durch die 15 Thesen gelegt, die das Bundeskabinett in seiner Sitzung vom 25. Juni 1970 gebilligt hat. Damit ist ein Anfang gesetzt, um die innere Entwicklung der Bundesrepublik und ihre Auswärtige Politik auf neue Weise zu verknüpfen.“*<sup>914</sup>

Fortan sollte die westdeutsche Kulturarbeit mit dem 'erweiterten Kulturbegriff' arbeiten, wodurch das Spektrum möglicher Themen der Kulturarbeit wesentlich erweitert wurde. Zudem war vorgesehen, einen tatsächlichen Kulturaustausch – ein Geben und Nehmen – mit anderen Kulturen einzuleiten. Die westdeutsche Kulturpolitik sollte sich von ihrer Fixierung auf die Eliten lösen und stattdessen die gesamte Bevölkerung eines Landes zum Ziel ihrer Kulturarbeit machen; in diesem Zusammenhang, die Sporthilfe, bei der man sich bislang eher zurückgehalten hatte, deutlich ausgebaut werden.<sup>915</sup> Eine sogenannte 'Deutschlandkunde' sollte den Sprachunterricht bereichern.<sup>916</sup> Eine Opposition gegen diese neue Form der Kulturpolitik hatte sich schon bald gefunden. Bereits nach wenigen Wochen rief die Fraktion der Christlich Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union im Bundestag eine Enquete-Kommission ins Leben, die für einen Verbleib des Primats der deutschen Sprachvermittlung innerhalb der westdeutschen Kulturarbeit eintrat.<sup>917</sup> Unter keinen Umständen wollten die Konservativen die von ihnen beanspruchte Deutungshoheit über die deutsche Kultur verlieren.

In der ostdeutschen Kulturarbeit wurden Kommunismus und Sozialismus gelobt, Faschismus und Imperialismus verdammt,<sup>918</sup> wurde vor allem Kulturarbeit gegen den sogenannten 'Kulturimperialismus' der Bundesrepublik gemacht. Auch die DDR errichtete in den 1950er und

<sup>913</sup> Ebd., 288. Die Annahme des Historikers Johannes Paulmann, dass der entscheidende Impuls zur Modernisierung der westdeutschen Kulturpolitik sich aus deren transnationalen Verflechtungen ergeben habe, wird deshalb in dieser Arbeit in Zweifel gezogen (Paulmann 2005, S. 1-32, hier S. 29.).

<sup>914</sup> Auswärtiges Amt an Bundeskabinett, 18. Juni 1970, PA AA, AA, B 3, 24.

<sup>915</sup> Abteilungsleiter Steltzer – Abteilung Kultur (Auswärtiges Amt) an alle diplomatischen Vertretungen der BRD, 17. Februar 1972, PA AA, AA, B 92, 582.

<sup>916</sup> Lapper (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 17. April 1972, PA AA, AA, B 90, 944.

<sup>917</sup> Düwell 2005, S. 53-83, hier S. 75.

<sup>918</sup> Paulmann 2005, S. 1-32, hier S. 28.



1960er Jahren eine Reihe kultureller Mittlerorganisationen, darunter die Deutsch-Afrikanische Gesellschaft<sup>919</sup> und das Johann-Gottfried-Herder-Institut zur Vermittlung der deutschen Sprache im Ausland.<sup>920</sup>

Inhaltlich war die ostdeutsche Kulturarbeit dafür genau spiegelverkehrt zur Bundesrepublik aufgestellt. Die kulturelle Entwicklung von BRD und DDR nach – nicht vor – 1945 stand hier lange Zeit im Zentrum. Mitte der 1960er Jahre – zu einem Zeitpunkt, an dem man sich dann endlich auch in Westdeutschland mit gegenwärtiger Kultur zu beschäftigen begann – schwenkte die ostdeutsche Kulturarbeit dann plötzlich um. Nun rückten ältere, traditionellere Motive in den Mittelpunkt. So hieß es in einer 1964 vom ostdeutschen Ministerrat beschlossenen Konzeption zur praktischen Kulturarbeit des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten:

*„Zur Verstärkung der kulturellen Beziehungen ist es erforderlich, besser als bisher an die großen positiven Traditionen der deutschen Afrika-Wissenschaft und der Arabistik [des 19. und frühen 20. Jahrhunderts], besonders an den Ruf und die Leistungen von [Heinrich] Barth, [Gottlob] Krause und [Dietrich] Westermann, in geeigneter Weise anzuknüpfen.“*<sup>921</sup>

Auch eine umfassende Neudefinition, wie sie die westdeutsche Kulturarbeit in der Bundesrepublik durch Scheels Thesen erfuhr, sollte die ostdeutsche Kulturarbeit bis zum Ende der DDR nicht erfahren.

#### *b) ... in Zentralafrika*

Geographische Schwerpunkte der westdeutschen Kulturarbeit und -hilfe in Zentralafrika bildeten, aufgrund ihres vermuteten ökonomischen Potentials, die Demokratische Republik Kongo, aufgrund der Vielzahl der dort lebenden deutschen Siedler, die portugiesische Überseeprovinz Angola, und, aufgrund einer 'vermuteten' kulturellen Verbundenheit, die Republik Kamerun. Schwach fiel die westdeutsche Kulturarbeit in den Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas aus. Im übrigen Zentralafrika wurde auf ihren Einsatz gleich ganz verzichtet.

Im den Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas bestand die westdeutsche Kulturarbeit in der gelegentlichen Veranstaltung von Konzerten westdeutscher Musiker, die aber meist nur wenig Beachtung fanden.<sup>922</sup> So vermerkte 1970 ein Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes, der sich auf einer

<sup>919</sup> Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 30 / J IV 2/2 / 748.

<sup>920</sup> Düwell 2005, S. 53-83, hier S. 71.

<sup>921</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 30. Januar 1964, PA AA, MfAA, A 16979, S. 1-11.

<sup>922</sup> Botschaft in der Republik Tschad an Auswärtiges Amt, 3. März 1967, PA AA, AA, B 34, 727.

Inspektionsreise im Tschad befand:

*„Bezeichnend für das Interesse der Bevölkerung an anspruchsvolleren Veranstaltungen war das von uns vermittelte musikalische Ereignis des Jahres 1969, ein Konzert des Kölner Studentenorchesters, wobei sich unter den 850 Zuhörern nur 25 Tschader befanden, von denen 10 vorzeitig den Saal verließen.“<sup>923</sup>*

Anfang der 1970er Jahre wurde die westdeutsche Kulturarbeit dann auch auf den sportlichen Bereich ausgedehnt. Neben materieller Hilfe wurden mehrere Sportler und Trainer in unterschiedlichen Mannschaftssportarten fortgebildet.<sup>924</sup> Im Fall des Tschad wurden sogar einige Sportler über westdeutsche Kulturhilfe für die Olympischen Sommerspiele von 1972 in München trainiert.<sup>925</sup> Universitätsstipendien konnten, aufgrund des geringen Bildungsgrades der Bewerber, nur in sehr begrenztem Umfang gewährt werden. Frankreich besaß ein ansprechenderes, da lukrativeres, Stipendiensystem als die Bundesrepublik. So war es ihm ein leichtes, die Mehrzahl der besseren Absolventen stets an die Universitäten von Paris zu locken. Aus dem Tschad konnte bis 1966 nicht ein einziger Kandidat für ein Stipendium der Bundesrepublik gewonnen werden.<sup>926</sup> Mehr Erfolg hatte die Kulturarbeit der BRD bei der Vergabe von *sur place*-Stipendien, die ein Studium im Herkunftsland gestatteten. Doch kamen sie lediglich in der Republik Kongo zum Einsatz, da hier bereits Mitte der 1960er Jahre mit einer sozialistischen oder sogar kommunistischen Machtergreifung gerechnet wurde und die Befürchtung bestand, dass große Teile der künftigen Landeselite sich von den sozialistischen Staaten zur Aufnahme eines stipendierten Studiums in Moskau, Prag oder Ost-Berlin überreden lassen könnten. So studierten 1969 24 Kongolesen mit westdeutschen *sur place*-Stipendien am technischen Lyceum in Brazzaville.<sup>927</sup> Eine, die westdeutsche Kulturarbeit fördernde, Infrastruktur konnte nur in sehr begrenztem Umfang aufgebaut werden. Im Tschad gelang es der westdeutschen Botschaft, mit der *Case Nachtigal* – eine Anspielung auf den Forschungsreisenden Gustav Nachtigal, der Anfang der 1870er Jahre den Tschad durchquert hatte – ein improvisiertes, inoffizielles Kulturzentrum einzurichten.<sup>928</sup> In der Republik Kongo wurde ein „*Klub deutschsprechender Jugendlicher*“ vom Auswärtigen Amt mit finanziellen Zuwendungen unterstützt.<sup>929</sup> Beide konnten von der Bundesrepublik für

<sup>923</sup> Inspekteur der Botschaften (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. 1970, PA AA, AA, B 90, 941.

<sup>924</sup> Sektion Zentralafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. 1972, PA AA, MfAA, C 820/74, Fiche 1, S. 15-31. ; Schnittger an Auswärtiges Amt, 28. Januar 1974, PA AA, AA, B 92, 592.

<sup>925</sup> 3. Sekretär Schunke (Botschaft in der Republik Tschad) an AG 72 (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 29. Mai 1972, PA AA, MfAA, C 1176/77, Fiche 1, S. 19.

<sup>926</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 1. August 1966, PA AA, AA, B 68, 663.

<sup>927</sup> Botschaft in der Republik Kongo an Auswärtiges Amt, 7. Mai 1969, PA AA, AA, B 90, 944.

<sup>928</sup> Botschaft in der Republik Tschad an Auswärtiges Amt, 13. Februar 1967, PA AA, AA, B 34, 727.

<sup>929</sup> Botschaft in der Kongolesischen Republik an Auswärtiges Amt, 28. August 1963, PA AA, AA, B 90, 536.

Kulturveranstaltungen und Konzerte genutzt werden.<sup>930</sup> Ansonsten könnte allenfalls noch die Einrichtung der Städtepartnerschaft Brazzaville-Salzgitter als Versuch, die kulturelle Infrastruktur zu erweitern, gedeutet werden. Doch handelte es sich hier wieder um einen der seltenen Fälle, in denen der deutsch-deutsche Gegensatz in den westdeutschen Auslandsaktivitäten zum Tragen kam. Seit Mitte der 1960er Jahre hatten sich zwei kongolesische Städte um Partnerschaften mit ostdeutschen Städten bemüht. Doch hatte die westdeutsche Botschaft in Brazzaville über viele Jahre erfolgreich bei der kongolesischen Staatsführung gegen dieses Ansinnen interveniert. Vertreter der Stadt Dresden, die 1966 im Rahmen einer Partei- und Regierungsdelegation die Republik Kongo besuchten, berichteten dem ostdeutschen Außenministerium nach ihrer Rückkehr:

*„Im Verlaufe des Aufenthaltes unserer Partei- und Regierungsdelegation wurde seitens der in Brazzaville akkreditierten westdeutschen Botschaft zahlreiche Schritte unternommen, die das offizielle Wirken und Auftreten der Delegation verhindern sollten. Der 1. Sekretär der westdeutschen Botschaft hat auch beim Bürgermeister offiziell gegen die vorgesehene Städtefreundschaft Dresden - Brazzaville interveniert.“*<sup>931</sup>

Erst 1970, mit Staatspräsident Ngouabi an der Macht und der Ausrufung der Volksrepublik Kongo, gelang es den Kongolesen, eine Städtepartnerschaft zwischen Brazzaville und Dresden einzurichten. Doch nun sah Westdeutschland sich zum Handeln gezwungen, wollte es nicht sein Gesicht verlieren. Nach nur wenigen Monaten war eine Städtepartnerschaft Brazzaville-Salzgitter beschlossene Sache.<sup>932</sup>

Der größte Teil der westdeutschen Kulturarbeit in den Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas entfiel auf die Vermittlung der deutschen Sprache. Deutschunterricht wurde an den westdeutschen Botschaften,<sup>933</sup> sowie an den Oberschulen der Länder erteilt. Letztere erhielten für die Aufnahme des Deutschunterrichts in ihre Lehrpläne eine geringe materielle Unterstützung,<sup>934</sup> gute Schüler, die sich für das Fach entschieden hatten, Buchprämien.<sup>935</sup> Der Unterricht erfolgte zunächst durch französische Lehrer. Hierfür war in der Zentralafrikanischen Republik und der Republik Kongo seit spätestens 1960 je ein französischer Studienrat abgestellt.<sup>936</sup> Seit Ende der 1960er Jahre kamen dann in wachsendem Maße auch westdeutsche und afrikanische Lehrkräfte

<sup>930</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Kongolesischen Republik) an Auswärtiges Amt, 5. Februar 1964, PA AA, AA, B 34, 549.

<sup>931</sup> Verwaltung (Stadt Dresden) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 18. November 1966, PA AA, MfAA, B 230/72, Fiche 1.

<sup>932</sup> Botschaft in der Volksrepublik Kongo an Auswärtiges Amt, 20. April 1970, PA AA, AA, B 34, 785.

<sup>933</sup> Botschaft in der Republik Tschad an Auswärtiges Amt, 6. August 1964, PA AA, AA, B 34, 552.

<sup>934</sup> Botschafter Sartorius (Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik) an Auswärtiges Amt, 22. Dezember 1964, PA AA, AA, B 68, 275.

<sup>935</sup> Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik an Auswärtiges Amt, 19. Dezember 1963, PA AA, AA, B 34, 553.

<sup>936</sup> Raynaud 1983, S. 283-288, hier S. 284.

zum Einsatz.<sup>937</sup> Letztere besaßen mittlerweile die Möglichkeit, ein von der Bundesrepublik stipendiertes Studium zum Deutschlehrer in der Elfenbeinküste, an der Universität von Abidjan, zu absolvieren.<sup>938</sup> Auf diese Weise gelang es der westdeutschen Kulturpolitik, den Deutschunterricht, zumindest als Wahlfach, an nahezu allen höheren Schulen der Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas zu etablieren. Der Erfolg blieb nicht aus. 1970 wählten rund 600 Oberschüler,<sup>939</sup> und damit ca. 60% aller Oberschüler der Volksrepublik Kongo Deutsch, statt Englisch, Spanisch oder Russisch, als zweite Fremdsprache.<sup>940</sup>

In der portugiesischen Überseeprovinz Angola konnte die westdeutsche Kulturvermittlung – aufgrund der großen Zahl germanophiler Portugiesen – im Bereich der Veranstaltungen deutlich größere Erfolge für sich verbuchen. Stipendien an angolanische Portugiesen scheinen nicht vergeben worden zu sein. Doch wurden über den Ausbildungsfonds der Vereinten Nationen Stipendien an afrikanische Flüchtlinge aus den portugiesischen Überseeprovinzen gewährt,<sup>941</sup> unter denen sich sicherlich auch einige Angolaner befunden haben dürften. Auch in Angola konnte keine Infrastruktur zur Förderung der Kulturarbeit aufgebaut werden. Allerdings wurde eine, zunächst in Chicuma, später in Benguela und Luanda beheimatete,<sup>942</sup> private deutsche Grund- und Mittelschule mit angeschlossenem Internat über westdeutsche Kulturhilfe finanziell unterstützt. Allein 1959 erhielten Schule und Internat einen Zuschuss von rund 60.000 DM.<sup>943</sup> Auch in Angola nahm der Sprachunterricht eine zentrale Stellung innerhalb der westdeutschen Kulturarbeit ein. Lehrkräfte wurden – wie in den Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas – auch hier von der dominanten Macht gestellt; in diesem Fall also den Portugiesen. Deutsch wurde an allen höheren Bildungseinrichtungen der Kolonie angeboten und war an einigen Oberschulen des Landes sogar Pflichtfach.<sup>944</sup> Doch muss bei dieser vergleichsweise germanophilen Schulpolitik der portugiesischen Verwaltung berücksichtigt werden, dass es nicht Angolaner, sondern Portugiesen waren, die hier zur Schule gingen.

Der geographische Schwerpunkt der westdeutschen Kulturarbeit lag jedoch nicht in Angola, sondern in der Demokratischen Republik Kongo.<sup>945</sup> Beim Aufbau einer Infrastruktur zur Förderung

<sup>937</sup> Botschaft in der Gabunischen Republik an Auswärtiges Amt, 1. Januar 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102941.

<sup>938</sup> Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik an Auswärtiges Amt, 27. Juni 1969, PA AA, AA, B 34, 791.

<sup>939</sup> Enders (Auswärtiges Amt) an Referat Regionale Kulturplanung, Entwicklungsländer (Auswärtiges Amt) und Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) und Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 3. November 1970, PA AA, AA, B 68, 1071.

<sup>940</sup> Inspekteur der Botschaften (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. 1970, PA AA, AA, B 90, 941.

<sup>941</sup> Abteilungsleiter Well – Abteilung Politik (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 15. Januar 1973, PA AA, AA, B 1, 507.

<sup>942</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 1. Oktober 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102568.

<sup>943</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. 1959, PA AA, AA, B 90, 330.

<sup>944</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 1. Oktober 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102568.

<sup>945</sup> Konsulat in der belgischen Kolonie Belgisch-Kongo an Auswärtiges Amt, 30. Dezember 1955, PA AA, AA, B 90, 331.

der Kulturarbeit hielt sich die BRD hier, wie schon in den anderen Staaten, zurück. Ende der 1950er Jahre wurden lediglich einige Räume zur Sprachvermittlung angemietet,<sup>946</sup> die zu Beginn der 1960er Jahre dann zu einer Außenstelle des Goethe-Instituts ausgebaut wurden.<sup>947</sup> Hinzu kam noch die Einrichtung der *Union des Anciens Boursiers d'Allemagne*, einer Vereinigung ehemaliger westdeutscher Stipendiaten, die eine fortlaufende Vernetzung untereinander und mit deutschen Stellen sicherstellen sollte.<sup>948</sup> Die Zahl der im Kongo von der westdeutschen Botschaft organisierten kulturellen Veranstaltungen hielt sich ebenfalls in Grenzen, doch wurden dafür überdurchschnittlich viele Stipendien zum Studium in der BRD und – wie in der Republik Kongo – Sur place-Stipendien vergeben. Auch hier wurde mit einer sozialistischen Machtübernahme gerechnet, sollten zu viele Studenten ein Studium im östlichen Lager aufnehmen oder fortsetzen. Ein erstes größeres Kontingent von fünfzig Kongolesen wurde 1960 aus Belgien übernommen.<sup>949</sup> Die dort studierenden Kongolesen hatten sich geweigert, weiterhin in einem Land zu leben, das, im Zuge der Kongo-Krise, eine militärische Intervention in ihrem Heimatland gestartet hatte. Stipendien zur Fortsetzung ihres Studiums in der Bundesrepublik sollten sie von einem Wechsel an eine Hochschule der Sowjetunion, der Tschechoslowakei oder gar der DDR abhalten.<sup>950</sup> 1969 musste das westdeutsche Stipendienprogramm dann aber zurückgefahren, die Vergabe von Sur place-Stipendien sogar ganz eingestellt werden. Wie in den übrigen zentralafrikanischen Staaten auch, begann die Regierung Mobutu in wachsendem Maße, eigene Stipendienprogramme aufzulegen und die deutschen Auswahlverfahren bei der Stipendienvergabe nicht mehr anzuerkennen.<sup>951</sup>

Doch fiel diese Entscheidung nicht weiter ins Gewicht. Lag doch der inhaltliche Schwerpunkt der westdeutschen Kulturarbeit auch hier auf der Sprachvermittlung. Allein an der Außenstelle des Goethe-Instituts in Kinshasa wurden 1973 drei mal jährlich je 12 Deutschkurse mit insgesamt rund 250 Teilnehmern durchgeführt.<sup>952</sup> Deutsch als Fremdsprache wurde an rund einhundert Oberschulen unterrichtet. An den Universitäten des Landes war Deutsch bei akademischen Abschlussprüfungen sogar als Examenssprache zugelassen.<sup>953</sup> Um die kongolesische Regierung zur Aufrechterhaltung

<sup>946</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 90, 330.

<sup>947</sup> Referat Kulturinstitute, Vereine, Buchwesen, Erwachsenenbildung (Auswärtiges Amt) an Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 14. Mai 1965, PA AA, AA, B 68, 351.

<sup>948</sup> Botschaft in der Republik Zaïre an Auswärtiges Amt, 4. April 1972, PA AA, AA, B 1, 506.

<sup>949</sup> Stellvertretender Abteilungsleiter Hilgard – Abteilung Kultur (Auswärtiges Amt) an Botschaft im Königreich Belgien, 22. Juli 1960, PA AA, AA, B 34, 55.

<sup>950</sup> Referatsleiter Lüders – Referat Wissenschaft, Hochschulen, Jugendfragen, Sport (Auswärtiges Amt) an Stellvertretender Abteilungsleiter Hilgard – Abteilung Kultur (Auswärtiges Amt) und Abteilungsleiter Sattler – Abteilung Kultur (Auswärtiges Amt), 18. Juli 1960, PA AA, AA, B 34, 47.

<sup>951</sup> Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo an Auswärtiges Amt, 8. Mai 1969, PA AA, AA, B 90, 944.

<sup>952</sup> 3. Sekretär Hübsch (Botschaft in der Republik Zaïre) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 4. Dezember 1973, PA AA, MfAA, C 6252, Fiche 1, S. 15.

<sup>953</sup> Generalkonsul Soehring (Generalkonsulat in der belgischen Kolonie Belgisch-Kongo) an Referat Deutsche Schulen im Ausland, Sprachförderung (Auswärtiges Amt) und Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 21. Dezember 1959, PA AA, AA, B 34, 55.

dieses Angebots zu ermuntern, wurde das kongolesische Schul- und Hochschulwesen kontinuierlich finanziell, materiell und personell unterstützt. So berichtete die westdeutsche Botschaft in Léopoldville 1963 dem Auswärtigen Amt:

*„Von den ca. 300 Höheren Schulen werden ca. 80% von der katholischen Kirche und 20% vom Staat unterhalten. Etwa 100 der Höheren Schulen haben bisher in den oberen Klassen Deutschunterricht erteilt. In den mit Hilfe der UNESCO [United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization] ausgearbeiteten Reformplänen soll neben Französisch und Englisch keine dritte Fremdsprache mehr in den Lehrplan aufgenommen werden. Da die Botschaft im Rahmen ihrer sehr eng gespannten Möglichkeit bisher besonders die Höheren Schulen, die Deutschunterricht erteilten, unterstützte, wird sie sich für die Beibehaltung des Deutschen als Wahlfach auf den Höheren Schulen einsetzen.“<sup>954</sup>*

Dieser 'Einsatz' erfolgte auf mehreren Ebenen. Über die staatliche Kirchenhilfe der Bundesrepublik wurde der an den kongolesischen Schulen tätigen katholischen Kirche Lehrmaterial im Wert von rund 2,6 Mio. DM übergeben.<sup>955</sup> Das *Institut Pédagogique National*, an dem kongolesische Deutschlehrer ausgebildet wurden,<sup>956</sup> wurde mit Geldern der Entwicklungshilfe materiell<sup>957</sup> und personell<sup>958</sup> unterstützt. Die katholische Universität Lovanium in Léopoldville wurde mit einer Kirchenhilfe über 9 Mio. DM, zum Bau eines Studentenwohnheims und einer Erweiterung ihrer medizinischen Fakultät, gestärkt.<sup>959</sup> Die übrigen kongolesischen Universitäten wurden finanziell über die bereits erwähnten Gegenwertmittel bezuschusst.<sup>960</sup> Dies galt auch für das *Institut National des Bâtiments et Travaux Publics*<sup>961</sup> und das *Institut Leopold III*,<sup>962</sup> die ebenfalls aus diesen Geldtöpfen finanzielle und materielle Zuwendungen erhielten. Lediglich in personeller Hinsicht übte sich die westdeutsche Kulturhilfe längere Zeit in Zurückhaltung. Westdeutsche Hochschullehrer unterrichteten zwar bereits seit Anfang der 1960er Jahre an kongolesischen Universitäten.<sup>963</sup> Doch hatte deren Anstellung noch keine bundesdeutsche Kulturhilfe zugrunde gelegen. Erst Ende der 1960er Jahre wurde ein erster westdeutscher Lektor, über den Deutschen

<sup>954</sup> Munzel (Botschaft in der Bundesrepublik Kongo) an Auswärtiges Amt, 29. Januar 1963, PA AA, AA, B 90, 447.

<sup>955</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kongo an Auswärtiges Amt, 20. April 1963, PA AA, AA, B 34, 495.

<sup>956</sup> Generalkonsul Soehring (Generalkonsulat in der belgischen Kolonie Belgisch-Kongo) an Referat Deutsche Schulen im Ausland, Sprachförderung (Auswärtiges Amt) und Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 21. Dezember 1959, PA AA, AA, B 34, 55.

<sup>957</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 68, 776.

<sup>958</sup> Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo an Auswärtiges Amt, 8. Mai 1969, PA AA, AA, B 90, 944.

<sup>959</sup> Kerckhoff (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) an UAL II und AL II und Staatssekretär (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und Auswärtiges Amt, 25. Januar 1965, PA AA, AA, B 90, 447.

<sup>960</sup> Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo an Auswärtiges Amt, 8. Mai 1969, PA AA, AA, B 90, 944.

<sup>961</sup> Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo an Auswärtiges Amt, 8. Mai 1969, PA AA, AA, B 90, 944.

<sup>962</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 68, 776.

<sup>963</sup> Referat Wissenschaft, Hochschulen, Jugendfragen, Sport, Medizinalangelegenheiten (Auswärtiges Amt) an Referat Grundsatzangelegenheiten [Abteilung Kultur] (Auswärtiges Amt), 24. September 1962, PA AA, AA, B 90, 427.

Akademischen Austauschdienst, an eine kongolesische Universität entsandt.<sup>964</sup>

Kulturarbeit konnte die DDR im zentralafrikanischen Raum lange Zeit nur eingeschränkt umsetzen. So eingeschränkt, dass ihr ganzer Umfang, ihr ganzes Potential, letztlich nur im Fall der Republik Kongo – die im übernächsten Unterabschnitt behandelt werden soll – zum Vorschein kam.

In den Planungen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten war zu Beginn der 1960er Jahre der Abschluss von Kulturabkommen, die Studienplätze und die Errichtung ostdeutscher Kulturzentren beinhalteten, mit jedem der küstennahen unabhängigen Staaten Zentralafrikas vorgesehen. So sollten 20 mit Stipendien versehene Studienplätze an Kongolesen der Demokratischen Republik Kongo,<sup>965</sup> 10 an Kameruner,<sup>966</sup> und 5 an Angolaner der indigenen Unabhängigkeitsbewegung<sup>967</sup> – zunächst der *União das Populações de Angola*, später der *Movimento Popular de Libertação de Angola* – vergeben werden. Da die DDR aber weder mit der Demokratischen Republik Kongo, noch mit Kamerun oder sonst einem zentralafrikanischen Staat ein Kulturabkommen zustande brachte, mussten diese Pläne im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten schon bald zu den Akten gelegt werden.

Die ersten Maßnahmen der ostdeutschen Kulturhilfe erfolgten notgedrungen ohne vertragliche Basis. Da zudem keine größere Kulturarbeit vor Ort erfolgen konnte, musste sich die Hilfe zunächst auf die Vergabe von Stipendien beschränken. Spätestens seit Anfang der 1960er Jahre wurden zentralafrikanische Studenten, zunächst primär aus der Demokratischen Republik Kongo, in der DDR aufgenommen und mit Stipendien versehen. Von den insgesamt 102 Studienplätzen, die afrikanischen Studenten für das Studienjahr 1961/62 von der DDR zur Verfügung gestellt wurden, gingen 50 an Kongolesen.<sup>968</sup> Doch auch aus Angola, Kamerun, dem Tschad,<sup>969</sup> und den übrigen zentralafrikanischen Staaten reisten Studenten – häufig verdeckt über Drittländer – in die DDR, um ein Studium anzutreten. Angolanische und kamerunische Studenten waren schon bald so zahlreich unter ihnen vertreten, dass sich bereits 1960 an der Universität Leipzig eine angolanische Studentenorganisation konstituierte,<sup>970</sup> seit spätestens 1963 an einer namentlich nicht genannten ostdeutschen Universität eine kamerunische marxistisch-leninistische Studentengruppe ihre

<sup>964</sup> Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo an Auswärtiges Amt, 8. Mai 1969, PA AA, AA, B 90, 944.

<sup>965</sup> Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 18. Januar 1961, PA AA, MfAA, A 16733, S. 68-71.

<sup>966</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, A 16733, S. 33.

<sup>967</sup> Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 17. Januar 1961, PA AA, MfAA, A 16733, S. 66.

<sup>968</sup> Hauptreferent Kern – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 30. Mai 1961, PA AA, MfAA, A 14154, S. 26.

<sup>969</sup> Botschafter Linsser (Botschaft in der Republik Tschad) an Auswärtiges Amt, 25. November 1964, PA AA, AA, B 34, 552.

<sup>970</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 22. März 1960, PA AA, MfAA, A 15964, Fiche 2, S. 105-108.

Diskussionsrunden aufnahm.<sup>971</sup>

Auch als Anfang der 1970er Jahre die Anerkennungswelle der DDR einsetzte, konnte diese ihre Kulturarbeit nicht wie erhofft ausbauen. Afrikanismus und Nationalismen waren inzwischen in den afrikanischen Staatsführungen auf fruchtbaren Boden gestoßen. Hinzu kamen unregelmäßig auftretende sogenannte 'Kulturrevolutionen', die den ostdeutschen Planungen immer wieder einen Strich durch die Rechnung machten.

Einen Durchbruch erlebte die ostdeutsche Kulturarbeit nach dem Ende der Hallstein-Doktrin somit – mit Ausnahme der Republik Kongo, auf die, wie gesagt, im übernächsten Unterabschnitt noch einzugehen sein wird – nicht. Im Tschad gelang es lediglich, ein nationales Kulturzentrum geringfügig materiell zu unterstützen<sup>972</sup> und dessen Universität – über die Aufnahme einer Kooperation mit der Ost-Berliner Humboldt-Universität – eine geringe materielle und personelle Hilfe zukommen zu lassen.<sup>973</sup> Auch an eine der Universitäten Zaires<sup>974</sup> und die Universität der Zentralafrikanischen Republik<sup>975</sup> konnte jeweils ein ostdeutscher Hochschullehrer entsandt werden. So galt auch weiterhin für den zentralafrikanischen Raum, dass die ostdeutsche Kulturvermittlung nicht vor Ort betrieben, sondern in die DDR verlegt werden musste. Immer wieder wurden Zentralafrikaner zu kulturellen Veranstaltungen und Fortbildungen in die DDR eingeladen. Allein den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten von 1973 in Ost-Berlin wohnten achtzig Jugendliche aus Zaïre bei.<sup>976</sup> Lehrer aus Äquatorialguinea besuchten das Internationale pädagogische Kolloquium in Güstrow und kommunalpolitische Delegationen aus ganz Zentralafrika Seminare des ostdeutschen Städte- und Gemeindetages in Weimar.<sup>977</sup>

### *c) Postkoloniale Kulturarbeit in einer einstmals deutschen Kolonie – Westdeutsche Kulturhilfe für die Republik Kamerun*

Die westdeutsche Kulturarbeit in Kamerun ähnelte in vielerlei Hinsicht der westdeutschen

<sup>971</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 30, IV A 2/20/980.

<sup>972</sup> Botschaft in der Republik Tschad an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 29. Oktober 1973, PA AA, MfAA, C 6270, Fiche 1, S. 1-2.

<sup>973</sup> Botschaft in der Republik Tschad an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 29. Oktober 1973, PA AA, MfAA, C 6270, Fiche 1, S. 1-2.

<sup>974</sup> Botschaft in der Republik Zaïre an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. Januar 1976, PA AA, MfAA, C 6242, Fiche 1, S. 21-38.

<sup>975</sup> Abteilung Brigaden der Freundschaft – Zentralrat (Freie Deutsche Jugend) an Abteilung Brigaden der Freundschaft – Zentralrat (Freie Deutsche Jugend), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 24 / 19234.

<sup>976</sup> Botschafter Fischer (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Referat Nord- und Westafrika (Auswärtiges Amt), 27. September 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102960.

<sup>977</sup> Geschäftsträger Wendlandt (Botschaft in der Republik Äquatorialguinea) an Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Abteilung Nord- und Westafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 30. Dezember 1974, PA AA, MfAA, C 1096/78, Fiche 1, S. 21-36.



Kulturarbeit in den übrigen zentralafrikanischen Staaten. Und dennoch verschaffte die Rolle als ehemalige Kolonie des Deutschen Reichs dem Land, wie schon in den Bereichen der diplomatischen Beziehungen, der Entwicklungs- und der Wirtschaftshilfe, auch auf dem Gebiet der westdeutschen Kulturarbeit eine eigene Note. Als das Afrikareferat des Auswärtigen Amtes 1959 seinen Entwurf für die Anweisungen des künftigen westdeutschen Botschafters in Kamerun, Henning Thomsen, ausarbeitete, begann es diesen nicht ohne Grund mit der Bemerkung:

*„Ihre Aufgabe in Yaoundé führt Sie in ein Land Afrikas, wo die Voraussetzungen für die Arbeit der Bundesrepublik sich von denen in anderen Teilen des Kontinents noch unterscheiden. In den bisher 10 souverän gewordenen Staaten konnten wir zwar bereits mit einer freundlichen Einstellung zu einem Lande Europas, das seit fast 50 Jahren an der kolonialen Herrschaft nicht mehr teilhatte, rechnen – ein Kapital ein 'good will', das auch Ihnen zur Verfügung steht. In Kamerun und Togo treten dazu noch eine gewisse Vorstellung von Deutschland und eine noch erstaunlich häufige Kenntnis der deutschen Sprache, die weitere positive Ansatzmöglichkeiten bieten kann. Als der 1. Weltkrieg der 30-jährigen deutschen Aufbau- und Verwaltungsarbeit in der Kolonie ein Ende setzte, war Kamerun ein aufstrebendes Gebiet. Die deutsche Verwaltung hatte lange mit Schwierigkeiten durch Personalmangel zu kämpfen, so dass sich die Erschliessung des Landes erst zu Anfang des Jahrhunderts langsam vollzog. Sie war 1914 beendet. Der Reichtum der deutschen Pflanzungen [sic!] brachte dem ganzen Lande wirtschaftlichen Aufschwung. Die erste Begegnung mit der modernen Zivilisation war und ist noch heute für die Bevölkerung mit dem Deutschtum und der deutschen Sprache verbunden. Christentum, Schulbildung und hygienischer Fortschritt wurden ihnen meist durch deutsche Missionare gebracht. Als mit der Ausbildung der Fähigkeiten der Drang zur Selbständigkeit wachsen musste und die früheren Instrukteure in das Licht von Bedrückern und Ausbeutern rückten, waren dies nicht mehr die Deutschen sondern die Franzosen. [in einem aus dem Entwurf herausgestrichener Zusatz heißt es: „Schwarz und Weiss wurden im Bewusstsein der Bevölkerung nachträglich zu unseren Gunsten verteilt.“]“<sup>978</sup>*

Trotz dieser günstigen Einstiegslage hielt sich die westdeutsche Kulturarbeit, um die Beziehungen zu Frankreich nicht zu gefährden, zunächst zurück. Erste größere kulturpolitische Aktivitäten wurden nicht bereits 1960, mit der Einrichtung einer westdeutschen Botschaft, sondern erst 1962, mit der einsetzenden deutsch-französischen Aussöhnung, eingeleitet. Und nach 1963, mit der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags, sollten sie sich voll entwickeln.<sup>979</sup> Fortan kooperierten Deutschland und Frankreich in ihrer auswärtigen Kulturarbeit sogar – mal mehr, mal weniger – miteinander. Westdeutschland nahm Rücksicht auf die Belange der französischen Kulturarbeit,<sup>980</sup>

<sup>978</sup> Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Botschafter Thomsen (Botschaft in der Republik Kamerun), o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 34, 156.

<sup>979</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun an Auswärtiges Amt, 24. Februar 1962, PA AA, AA, B 38, 105.

<sup>980</sup> Der Politikwissenschaftler Jacob Emmanuel Mabe kritisiert die Rücksichtnahme der westdeutschen Kulturvermittlung auf die Belange ihrer europäischen Verbündeten mit den Worten: „Die auswärtige Kulturpolitik der BRD verfehlt in der Praxis ihr Hauptziel. Anstatt die Germanophonie in deutscher Sprache zu fördern, verbreitet die Bundesrepublik die deutsche Kultur mit ins Französische und ins Englische übersetzten Büchern“

das französische Kulturzentrum in Kamerun stellte westdeutschen Kulturschaffenden seine Räumlichkeiten für ihre Veranstaltungen zur Verfügung.<sup>981</sup> Staatspräsident Ahidjo, der in der westdeutschen Kulturarbeit eine Möglichkeit sah, öffentlichkeitswirksam die oppositionelle Kritik an einem angeblich in Kamerun bestehenden französischen Kulturmonopol zu widerlegen, ging das westdeutsche Engagement jedoch nicht weit genug. Um ihn zu beruhigen, versprach Entwicklungsminister Erhard Eppler 1971 eine Intensivierung der westdeutschen Kulturhilfe, vor allem auf universitärem Gebiet.<sup>982</sup> Doch blieb auch diese letztlich hinter den Erwartungen Ahidjos zurück. 1973 begründete er gegenüber der völlig verdutzten westdeutschen Botschaft die Anerkennung der DDR durch Kamerun mit der in seinen Augen völlig unzureichenden Kulturhilfe der Bundesrepublik.<sup>983</sup> Dass er die Hallstein-Doktrin einige Monate zu spät ins Feld führte – im Dezember 1972 war zwischen den beiden deutschen Staaten der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag geschlossen worden – scheint ihn dabei nicht weiter gestört zu haben.

Die Infrastruktur, die sich die Bundesrepublik in Kamerun über die Jahre für ihre Kulturarbeit aufbaute, war ein wenig – wenn auch nicht viel – stärker entwickelt, als in den übrigen zentralafrikanischen Staaten. 1960 wurde in Yaoundé eine Zweigstelle des Goethe-Instituts eingerichtet. Seit Mitte der 1960er Jahre bestand in der Hauptstadt Kameruns zudem ein deutscher Klub,<sup>984</sup> seit 1976 dann sogar eine Deutsch-Kamerunische Gesellschaft.<sup>985</sup>

Die westdeutsche Kulturvermittlung in Kamerun hob sich dagegen deutlich von ihren Pendants in den übrigen zentralafrikanischen Staaten ab. Zahlreiche westdeutsche Musiker<sup>986</sup> reisten nach Kamerun, um Konzerte zu geben<sup>987</sup> – und dies nicht selten äußerst erfolgreich. Zufrieden berichtete der westdeutsche Botschafter in Kamerun, Karl Döring, 1962 vom Besuch des Wiesbadener Kammertrios in Yaoundé:

*„Zu dem Konzert lud der Leiter der hiesigen Zweigstelle des Goethe-Instituts ein. Die Einladungen wurden mit der Botschaft abgestimmt. Viele Kartenwünsche konnten nicht mehr berücksichtigt werden.*

---

(Mabe, Jacob Emmanuel: Deutsche Entwicklungspolitik in Kamerun. Theorie und Praxis. Frankfurt am Main/u.a. 1993, S. 164.).

<sup>981</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T.o.M. 1963, PA AA, AA, B 34, 417.

<sup>982</sup> Botschafter Horstmann (Botschaft in der Vereinigten Republik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 27. Januar 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102956.

<sup>983</sup> Botschafter Horstmann (Botschaft in der Vereinigten Republik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 27. März 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102955.

<sup>984</sup> Weißberg (Deutsch-Kamerunische Gesellschaft) an Kremer (Auswärtiges Amt), 24. Mai 1976, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108278.

<sup>985</sup> Botschafter Döring (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 30. März 1966, PA AA, AA, B 34, 649.

<sup>986</sup> Botschafter Döring (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 8. Januar 1962, PA AA, AA, B 34, 349.

<sup>987</sup> Elles (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt und Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 27. März 1962, PA AA, AA, B 68, 189c.

*Den Einladungen wurde auch von kamerunischer Seite fast ausnahmslos Folge geleistet. Das Konzert – die erste deutsche Veranstaltung dieser Art in Kamerun – bot gleichzeitig Gelegenheit, die deutsch-französische Zusammenarbeit zu bekunden: Das Centre Culturel Français hatte seinen 350 Personen fassenden, dekorativen und akustisch einwandfreien Saal kostenlos zur Verfügung gestellt. Nach Angaben der Administration des Centre Culturel Français hat noch keine dort durchgeführte Veranstaltung einen solchen Zustrom erlebt. Verschiedene Besucher kamen bis zu 80 km weit aus dem Busch. Trotz Aufstellens zusätzlicher Stühle fanden etwa 100 Personen keinen Sitzplatz und mussten stehen. Das mit einer hier bisher unbekannten Disziplin zuhörende Publikum spendete lebhaften, herzlichen Beifall.“<sup>988</sup>*

Die westdeutsche Botschaft und die Außenstelle des Goethe-Instituts veranstalteten aber auch Ausstellungen,<sup>989</sup> Diavorträge, Filmvorführungen,<sup>990</sup> Filmwochen und Weihnachtsfeiern.<sup>991</sup> In den 1970er Jahren kam dann noch eine größere Zahl von Seminaren und Workshops hinzu.<sup>992</sup>

Ein zweiter Unterschied zum zentralafrikanischen Raum zeigte sich in der früh einsetzenden, vergleichsweise intensiven Unterstützung des Kameruner Vereinssports – speziell der Kameruner Fußballclubs. Bereits 1960 gelang es hier, die kamerunische Fußballnationalmannschaft über westdeutsche Kulturhilfe in die BRD einzuladen, wo sie gegen den 1. FC Köln, den Wuppertaler SV und den Bonner FV antrat.<sup>993</sup> Frankreich war gegen diese Art der westdeutschen Kulturarbeit zwar Sturm gelaufen – der Elysée-Vertrag war noch nicht unterzeichnet – und der Deutsche Fußballbund hatte den Bemühungen der westdeutschen Kulturarbeit auch nur wenig Verständnis entgegengebracht. Er befürchtete, auf immer Frankreichs Stimme bei künftigen Vergaben der Fußballweltmeisterschaft zu verlieren.<sup>994</sup> Letztlich gelang es einem Kameruner Fußballfunktionär aber doch, bei der *Fédération Internationale de Football Association* in Zürich die Erlaubnis für den Besuch zu erwirken. Drei Auslandsspiele wurden der Kameruner Nationalmannschaft von der Fédération zugestanden, obwohl Kamerun noch gar nicht Mitglied des Weltfußballverbandes war. Alle Spiele wurden in der westdeutschen Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit dann auch weidlich ausgeschlachtet – von derjenigen der Regierung Ahidjo ganz zu schweigen. Das Auswärtige Amt vermerkte:

*„Für das Spiel 1. FC Köln gegen Kamerun war eine Direktübertragung (Dauer 10 Minuten) für den*

---

<sup>988</sup> Botschafter Döring (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 9. Februar 1962, PA AA, AA, B 34, 349.

<sup>989</sup> Koch (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung) an Auswärtiges Amt, 27. März 1963, PA AA, AA, B 34, 418.

<sup>990</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. 1963, PA AA, AA, B 34, 417.

<sup>991</sup> Brandt (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 20. Januar 1966, PA AA, AA, B 34, 649.

<sup>992</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 22. Januar 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102955.

<sup>993</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 8. September 1960, PA AA, AA, B 34, 158.

<sup>994</sup> Stellvertretender Referatsleiter Klingenberg – Referat Wissenschaft, Hochschulen, Jugendfragen, Sport (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 14. Juli 1960, PA AA, AA, B 34, 158.

*Sender Yaoundé geplant. Von Seiten des BPA [Presse- und Informationsamt der Bundesregierung] war für diese Direktübertragung alles bestens vorbereitet, leider scheiterte jedoch die Übertragung selbst daran, daß die beiden Kameruner Sender zu dieser Zeit zufällig außer Betrieb waren [indirekt wird im weiteren Verlauf der Quelle Frankreich hierfür verantwortlich gemacht]. Das besprochene Band wurde jedoch sofort per Luftpost nach Yaoundé gesandt, ebenso die fast täglichen Berichte des Journalisten Jong, der in Yaoundé eine Sportzeitung herausgibt. Dieser Journalist wurde überhaupt weitgehend unterstützt. So erhielt er u.a. auf seine Bitten hin kostenlos zahlreiche Klischees vom Pressehaus Dumont-Schauberg in Köln. Wegen der Überlastung der Bundesbildstelle wurde ein Fotograf besonders beauftragt. Im ganzen wurden von der Bundesbildstelle rund 700 Fotos an die Botschaft in Yaoundé gesandt, weitere 100 Fotos wurden den Spielern beim Abschied übergeben. Herr Jong erhielt von allen diesen Bildern zur Klischierung geeignete Kopien. Von dem Aufenthalt und allen Begegnungen der Kameruner Fußballmannschaft wurde im Auftrag des BPA von der Deutschen Wochenschau GmbH ein Film (Schwarz-Weiss) gedreht. Ständig begleitete ein Kameramann (manchman [sic!] waren es sogar zwei) die Kameruner Gäste und drehte alle Szenen, die wesentlich erschienen. Im ganzen wurden 6000 m Film gedreht, dessen Rohschnitt am 8. September im BPA gezeigt wird. Dieser Film kann in französischer und englischer Version nicht nur in Kamerun, sondern auch in vielen anderen Teilen Schwarzafrikas gezeigt werden.“<sup>995</sup>*

Ein Jahr später stattete der Bonner FV<sup>996</sup> Kamerun einen Gegenbesuch ab,<sup>997</sup> dem in den folgenden Jahren weitere Besuche von Mannschaften westdeutscher Fußballvereine folgen sollten.<sup>998</sup> Eine neue Stufe erreichte die westdeutsche Sportförderung dann 1969, nachdem die Regierung Ahidjo die Bundesrepublik explizit gebeten hatte, sich stärker in den Aufbau des Kameruner Fußballsports einzubringen.<sup>999</sup> Der westdeutsche Diplomsportlehrer Peter Schnittger wurde entsandt,<sup>1000</sup> um die kamerunische Nationalmannschaft, in geringem Umfang auch die Mannschaften der Regionalliga des Landes, zu trainieren.<sup>1001</sup> Unter seiner Führung gewann der Fußballverein *Canon Yaoundé* 1970 die kamerunische Meisterschaft<sup>1002</sup> und die kamerunische Nationalmannschaft 1972 auf der Fußball-Afrikameisterschaft den dritten Platz. Die Bedeutung Schnittgers für die westdeutsche Kulturarbeit kann daher kaum überschätzt werden. Wahrscheinlich leitete er 1972 auch die kamerunische

<sup>995</sup> Beauftragter für Handelsvertragsverhandlungen Zahn-Stranik (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 8. September 1960, PA AA, AA, B 34, 158.

<sup>996</sup> Wothe (Botschaft in der Republik Kamerun) an Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 28. Oktober 1960, PA AA, AA, B 34, 158.

<sup>997</sup> Botschafter Thomsen (Botschaft in der Republik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 7. Januar 1961, PA AA, AA, B 34, 155.

<sup>998</sup> Botschafter Döring (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 31. Oktober 1963, PA AA, AA, B 34, 419.

<sup>999</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun an Auswärtiges Amt, 4. Juni 1969, PA AA, AA, B 92, 596.

<sup>1000</sup> Bundesministerium des Innern an Auswärtiges Amt, 17. Juli 1969, PA AA, AA, B 92, 596.

<sup>1001</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun an Auswärtiges Amt, 16. März 1970, PA AA, AA, B 92, 596.

<sup>1002</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun an Auswärtiges Amt, 3. Januar 1972, PA AA, AA, B 34, 867.

Olympiamannschaft.<sup>1003</sup> Doch nicht nur der Fußball, auch der Turnsport,<sup>1004</sup> die Leichtathletik<sup>1005</sup> und der Boxsport wurden über westdeutsche Kulturarbeit gefördert. Hier wurde allerdings lediglich ein Trainer entsandt, um einheimische Sporttrainer fortzubilden, nicht um einzelne Sportvereine direkt auf- und auszubauen.<sup>1006</sup>

Eher ungewöhnlich war auch die Einrichtung zweier Städtepartnerschaften, die, außer in Kamerun, nur in der Republik Kongo zustande kamen. Dort hatte aber auch – wie bereits berichtet – der deutsch-deutsche Gegensatz hinter der Entscheidung gestanden. Partnerschaften wurden hier zwischen Ebolowa – dessen Bürgermeister zu diesem Zeitpunkt günstigerweise Ministerpräsident Charles Assalé war<sup>1007</sup> – und Glückstadt sowie Sangmelima und Buxtehude geschlossen.<sup>1008</sup>

Eine weitere Besonderheit der westdeutschen Kulturarbeit in Kamerun, war der deutschen Kolonialvergangenheit geschuldet. Die Auseinandersetzung mit ihr fiel allerdings deutlich bescheidener aus, als man hätte erwarten können. Bis zu Beginn der 1970er Jahre beschränkte sie sich auf einige wenige Bücherspenden an ehemalige Angestellte der deutschen Kolonialverwaltung<sup>1009</sup> und eine geringfügige finanzielle Unterstützung zur Pflege deutscher Friedhöfe.<sup>1010</sup> Westdeutsche Touristikunternehmen, die diese Denkmäler deutscher Expansion in ihre Rundfahrten aufgenommen hatten, hatten sich mehrfach über den schlechten Zustand der Gräber beschwert.<sup>1011</sup> Von einer wirklichen Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialvergangenheit konnte man jedoch erst 1974 sprechen, als ein Archivar des westdeutschen Bundesarchivs zum Aufspüren von Akten der ehemaligen deutschen Kolonialverwaltung nach Kamerun entsandt wurde. Das Bundesarchiv teilte dem Auswärtigen Amt mit:

*„Die von Ihnen mir telephonisch genannten 30.000 Bände der Protokollserien und weiterhin die 2.300 Sachaktenbände, von denen Sie bisher 650 verzeichnet haben, bilden sicher den Kern und auch den wesentlichen Teil des überlieferten staatlichen Schriftgutes aus der Zeit der deutschen Kolonialverwaltung, so daß die Bearbeitung dieser Unterlagen sowohl wegen ihrer Bedeutung für die*

---

<sup>1003</sup> Garantie-Abwicklungsgesellschaft an Bundesministerium des Innern, 29. August 1972, PA AA, AA, B 92, 596.

<sup>1004</sup> Botschafter Döring (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 10. Januar 1964, PA AA, AA, B 34, 495.

<sup>1005</sup> Oberbürgermeister Fuchs (Stadt Mainz) an Amtsleiter Sönksen (Bundeskanzleramt), 25. Februar 1970, PA AA, AA, B 34, 814.

<sup>1006</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun an Auswärtiges Amt, 18. Februar 1971, PA AA, AA, B 92, 582.

<sup>1007</sup> Referatsleiter Steltzer – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 30. November 1960, PA AA, AA, B 34, 64.

<sup>1008</sup> Botschafter Döring (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 30. März 1966, PA AA, AA, B 34, 649.

<sup>1009</sup> Auswärtiges Amt an Botschafter Thomsen (Botschaft in der Republik Kamerun), o.T. o.M.o.J., PA AA, AA, B 34, 156.

<sup>1010</sup> Referatsleiter Gellbach – Referat Kirchliche Beziehungen zum Ausland, kulturelle Aufgaben karitativer Art, Bildungshilfe (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun, 26. Februar 1970, PA AA, AA, B 92, 524.

<sup>1011</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun an Auswärtiges Amt, 8. Januar 1970, PA AA, AA, B 92, 524.

wissenschaftliche Forschung wie auch für die Einarbeitung einheimischer Fachkräfte in besonderem Maße als zweckmäßig erscheint.“<sup>1012</sup>

Bereits 1964 hatte der westdeutsche Botschafter in Kamerun, Karl Döring, bei der Deutschen Afrika-Gesellschaft anfragen lassen, ob ein westdeutscher Historiker das Aktenmaterial zur Kolonialzeit diskret aufspüren und auswerten könne. Das Kulturprojekt von 1974 sah nun nicht mehr nur die Durchsicht der Akten, sondern darüber hinaus auch die Fortbildung von kameruner Archivaren vor.<sup>1013</sup>

Bei der Vergabe von Universitätsstipendien hielt sich die westdeutsche Kulturarbeit dann wieder ganz im Rahmen. Außergewöhnlich war allenfalls der hohe Anteil von Oppositionellen unter den Stipendiaten. Viele von ihnen fanden an den Universitäten der Bundesrepublik einen sicheren Hafen. 1963 gelang es einigen von ihnen sogar, sich mit der *Union Nationale des Étudiants du Kamerun en Allemagne* in der Bundesrepublik eine eigene Studentenorganisation aufzubauen.<sup>1014</sup> Sonderlich groß war ihre Zahl aber nicht. 1975 studierten 30 Kameruner mit staatlichen Stipendien in der BRD<sup>1015</sup> und weitere 30 mit westdeutschen *sur place*-Stipendien an einer Hochschule Kameruns.<sup>1016</sup>

Der Schwerpunkt der westdeutschen Kulturarbeit lag auch in Kamerun auf der Vermittlung der deutschen Sprache. An den Oberschulen Kameruns galt Deutsch als Wahlpflichtfach.<sup>1017</sup> Zur Erleichterung ihrer Wahl erhielten begabte kamerunische Oberschüler, aus „privaten“ Mitteln der Botschaft, sogenannte „*Erziehungsbeihilfen*“.<sup>1018</sup> An die Jahrgangsbesten wurden zudem Buchprämien und kleinere Stipendien, an die Oberschulen Unterrichtsbeihilfen vergeben. Allein 1964 wurden aus Mitteln der Kulturhilfe 1.084 Bücher an 51 Schulen in Ostkamerun verteilt.<sup>1019</sup> Dennoch wählten viele Oberschüler Deutsch nicht als erste, sondern lediglich als zweite Fremdsprache.<sup>1020</sup> Die ersten Deutschlehrer in Kamerun waren – wie in den Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas – französische Germanisten und zweisprachig aufgewachsene Elsässer. Seit 1966 wurden dann aber auch Lehrer aus der Bundesrepublik entsandt.<sup>1021</sup> Vor allem

<sup>1012</sup> Buchmann (Bundesarchiv) an Bismarck-Osten (Auswärtiges Amt), 3. Dezember 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102956.

<sup>1013</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 1. März 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108278.

<sup>1014</sup> Botschafter Döring (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 2. August 1963, PA AA, AA, B 34, 417.

<sup>1015</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 1. März 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108278.

<sup>1016</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102955.

<sup>1017</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun an Auswärtiges Amt, 9. Mai 1969, PA AA, AA, B 90, 944.

<sup>1018</sup> Botschafter Döring (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 31. Oktober 1963, PA AA, AA, B 34, 419.

<sup>1019</sup> Botschafter Döring (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 4. Juni 1965, PA AA, AA, B 92, 363.

<sup>1020</sup> Mabe 1993, S. 163.

<sup>1021</sup> Raynaud 1983, S. 283- 288, hier S. 287.

Helfer des Deutschen Entwicklungsdienstes<sup>1022</sup> und Hilfskräfte der deutschen Kirchen – auf die in einem späteren Abschnitt noch einzugehen sein wird – dürften hierbei zum Einsatz gekommen sein.<sup>1023</sup> Mitte der 1970er Jahre hielten sich fünfzehn ausländische Deutschlehrer in Kamerun auf.<sup>1024</sup> Daneben standen den Oberschulen in wachsendem Maße einheimische Deutschlehrer zur Verfügung. Seminare für angehende Deutschlehrer wurden zunächst an der Außenstelle des Goethe-Instituts und – provisorisch – an der Universität von Yaoundé abgehalten.<sup>1025</sup> Spätestens seit 1963 konnten Interessierte dann an der Universität von Yaoundé auch ein reguläres Germanistikstudium aufnehmen.<sup>1026</sup> Anfang der 1970er Jahre kam noch die Möglichkeit hinzu, Deutsch über ein mit westdeutscher Kulturhilfe finanziertes Stipendiensystem an der Universität von Abidjan in der Elfenbeinküste zu studieren.<sup>1027</sup> Rund fünfzig einheimische Lehrkräfte unterrichteten zu dieser Zeit bereits Deutsch an den Oberschulen Kameruns.<sup>1028</sup> Da die Regierung Ahidjo sich sehr an der westdeutschen Kulturarbeit interessiert zeigte und sich die westlichen Konkurrenzkräfte der Bundesrepublik in der Kulturarbeit zurückhielten, mussten zur Stützung der Sprachvermittlung nur geringe Mittel aufgewandt werden – zumindest deutlich weniger, als es in der Demokratischen Republik Kongo der Fall gewesen war. Über die *United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization* beteiligte sich die Bundesrepublik an einer Erziehungsreform, die vom *Institut de Pédagogie Appliquée à Vocation Rurale II* in Buéa erarbeitet wurde.<sup>1029</sup> Zudem wurde die *Bibliothèque de l'Enseignement* der Universität von Yaoundé so sehr mit westdeutschen Bücherspenden überschüttet, dass sie, laut der westdeutschen Botschaft, schon bald den Charakter einer „deutschen Volksbücherei“ angenommen hatte.<sup>1030</sup> Doch waren dies vergleichsweise bescheidene Ausgaben.

Unterhalb der Oberschulen wurden in Kamerun, wie im übrigen zentralafrikanischen Raum, keine Bildungseinrichtungen mit westdeutscher Kulturhilfe gefördert. Frankreich hatte hier schon früh seine Einflussphäre abgesteckt.<sup>1031</sup> Doch hatte die Bundesrepublik rasch ein Schlupfloch gefunden, das ihr zumindest indirekt die Unterstützung der niederen kameruner Schulen erlaubte: die westdeutsche Kirchenhilfe, auf die in einem späteren Abschnitt – ebenfalls im Kontext Kameruns –

<sup>1022</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun an Auswärtiges Amt, 9. Mai 1969, PA AA, AA, B 90, 944.

<sup>1023</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M.o.J., PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102955.

<sup>1024</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 22. Januar 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102955.

<sup>1025</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun an Auswärtiges Amt, 9. Mai 1969, PA AA, AA, B 90, 944.

<sup>1026</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. 1963, PA AA, AA, B 34, 417.

<sup>1027</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 22. Januar 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102955.

<sup>1028</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun an Auswärtiges Amt, 9. Mai 1969, PA AA, AA, B 90, 944.

<sup>1029</sup> Pernice (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 91, 491.

<sup>1030</sup> Auswärtiges Amt an Botschafter Thomsen (Botschaft in der Republik Kamerun), o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 34, 156.

<sup>1031</sup> Delegationsleiter Böttger (Delegation) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. 1960, PA AA, MfAA, A 14614, Fiche 3, S. 186-240, hier S. 199.

noch zurückzukommen sein wird, sollte ihr hier mehr als einmal wertvolle Dienste leisten.

*d) Über Vereinskultur zum Realsozialismus – Ostdeutsche Kulturhilfe für die Republik Kongo*

Die ostdeutsche Kulturarbeit in der Republik Kongo setzte – im Vergleich mit der Kulturarbeit der DDR in den übrigen zentralafrikanischen Staaten – früh ein und erreichte – obwohl eine vertragliche Basis nur sporadisch erreicht werden konnte und wirkmächtige Gegenkräfte existierten – eine bemerkenswerte Intensität.

Ihren Anfang nahm sie im November 1964, als eine erste Delegation der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft Brazzaville besuchte, um offiziell mit der erst kurz zuvor gegründeten<sup>1032</sup> *Association Congo-Germanique* in Beziehung zu treten. Eine weitere Aufgabe der Delegation bestand in der Prüfung der Chancen für eine Anerkennung der DDR und eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Das Ergebnis fiel ernüchternd aus. Konsterniert teilte die Delegation dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in ihrem Abschlussbericht mit:

*„Wenn man von Deutschland spricht – eine andere Bezeichnung kennt man in der breiten Masse nicht – so meint man Westdeutschland damit.“<sup>1033</sup>*

Doch hielt die Bestürzung nicht lange an. Im ostdeutschen Außenministerium und der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft war man überzeugt, das Deutschlandbild der Kongolesen mit der richtigen Kulturarbeit jederzeit im Sinne der DDR neu ausrichten zu können. Mit der Association besaß die DDR auch bereits einen ersten Partner zur Lösung dieser Aufgabe. Den galt es nun aufzubauen und politisch in die 'richtige' Bahn zu lenken. Das ostdeutsche Außenministerium und die Deutsch-Afrikanische Gesellschaft bemühten sich, die Association von ihren Bindungen an die – noch mehrheitlich pro-westlich eingestellte – kongolesische Staatselite und ihrem – in den Augen Ost-Berlins politisch unzuverlässigen – Präsidenten zu lösen, sie in eine noch zu gründende kongolesische Liga für Völkerfreundschaft zu integrieren und über die Deutsch-Afrikanische Gesellschaft einen eigens geschulten kongolesischen Kader, als hauptamtliche Kraft, in eine Führungsposition zu hieven.<sup>1034</sup> Um den bereits bestehenden ostdeutschen Einfluss zu halten und weiter auszubauen, wurden Informationsmaterial über die DDR und marxistische Literatur geliefert, ein Besuchsprogramm für Führungskräfte der Association aufgestellt und eine materielle

<sup>1032</sup> Die Umstände der Gesellschaftsgründung lassen sich aus den eingesehenen Akten nicht rekonstruieren. Es ist aber anzunehmen, dass die Deutsch-Afrikanische Gesellschaft oder eine andere ostdeutsche, in Afrika operierende, Institution auf diese Gründung hingewirkt haben.

<sup>1033</sup> Deutsch-Afrikanische Gesellschaft an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 4. Dezember 1964, PA AA, MfAA, C 941/74, Fiche 1, S. 10.

<sup>1034</sup> Deutsch-Afrikanische Gesellschaft an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 16. September 1965, PA AA, MfAA, C 941/74, Fiche 1, S. 13-31.



Unterstützung eingeleitet.<sup>1035</sup> So durften der Präsident und der Generalsekretär der Association 1965, auf Kosten der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft, zehn Tage in einem Erholungsheim der DDR verbringen.<sup>1036</sup> In Folge dieser ostdeutschen Kulturhilfe wuchs die *Association* in nur einem Jahr von knapp zwanzig auf über 200 Mitglieder an. Und tatsächlich hielt sie fortan am von der ostdeutschen Kulturarbeit vorgegebenen außenpolitischen Kurs fest.<sup>1037</sup> Die Deutsch-Afrikanische Gesellschaft plante bereits, finanzielle und materielle Zuschüsse zur Errichtung zweier weiterer Stützpunkte der Association in den Städten Pointe Noire und Dolésie zu vergeben.<sup>1038</sup> Pointe Noire schien aufgrund seiner Funktion als Hafenstadt interessant, Dolésie, da sich dort ein Ausbildungslager für Guerillakämpfer der Movimento Popular de Libertação de Angola befand, mit dem das ostdeutsche Außenministerium und andere Institutionen der DDR in regelmäßigen Kontakt zu treten beabsichtigten.<sup>1039</sup> Inzwischen hatte jedoch die westdeutsche Botschaft von der Arbeit der Association erfahren und erfolgreich bei der Regierung von Staatspräsident Massemba-Débat gegen die ostdeutschen Aktivitäten protestiert. Die Regierung Massemba-Débat untersagte der *Association*, künftig noch einmal die ostdeutsche Lösung der deutschen Frage öffentlich im Kongo zu propagieren.<sup>1040</sup> Die westdeutsche Botschaft in Brazzaville war über die Aktivitäten der *Association* bestens informiert. Seit 1965 verfügte sie über einen Kontaktmann in der *Association*, der sie regelmäßig über deren Tätigkeiten auf dem Laufenden hielt: den Schriftführer und Presseattaché der *Association*, Ignace Kitoko. Als Gegenleistung für seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit wurde ihm vom westdeutschen Botschafter „aus eigenen Mitteln“, ein „Jurastudium in Brazzaville“ finanziert.<sup>1041</sup> Mit dem auf diesem Wege gewonnenen Hintergrundmaterial gelang es der westdeutschen Botschaft zwar, die Association auch weiterhin bei der kongolesischen Staatsführung anzuschwärzen, zu einem vollständigen Verbot der *Vereinigung* konnte sie die in dieser Frage gespaltene Staatsführung aber nicht bewegen.<sup>1042</sup> Stattdessen wurde die *Association Congo-Germanique* 1966, unter dem politischen Druck der

<sup>1035</sup> Deutsch-Afrikanische Gesellschaft an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 4. Dezember 1964, PA AA, MfAA, C 941/74, Fiche 1, S. 1-12.

<sup>1036</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 3269.

<sup>1037</sup> Deutsch-Afrikanische Gesellschaft an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 16. September 1965, PA AA, MfAA, C 941/74, Fiche 1, S.13-31.

<sup>1038</sup> Ebd.

<sup>1039</sup> Ebd.

<sup>1040</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 34, 686.

<sup>1041</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 24. November 1965, PA AA, AA, B 34, 623.

<sup>1042</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 21. Oktober 1965, PA AA, AA, B 38, 108.

Einheitspartei *Mouvement National de la Révolution*,<sup>1043</sup> in die Freundschaftsgesellschaft *Association Congolaise-Allemande* überführt und diese wiederum der neu gegründeten Dachorganisation der kongolesischen Freundschaftsgesellschaften mit den sozialistischen Staaten, der *Association Congolaise de l'Amitié avec les Peuples*, angegliedert.<sup>1044</sup> Die Regierung Massemba-Débat hoffte, so ihre Mitglieder politisch deradikalisieren und aus ihrer Abhängigkeit von der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft herauslösen zu können. Das Gegenteil war jedoch der Fall. Die Führung der neuen Association setzte sich gegenüber der Führung ihrer Dachorganisation durch und übernahm sogar deren technische Leitung.<sup>1045</sup> So blieb die Association für DDR und Deutsch-Afrikanische Gesellschaft nicht nur ein wichtiger, unterstützenswerter Verbündeter. Sie gewann sogar noch an Bedeutung. Über ihre Strukturen wurden fortan Kongolesen für ostdeutsche Studienplätze und Stipendien ausgewählt<sup>1046</sup> – was die Stipendiaten nicht selten mit einem 'Obulus' an die Vereinigung und ihre Führungsmannschaft zu quittieren hatten. Die Association revanchierte sich, indem sie der DDR gestattete, Präsentationen ihrer Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit auf Veranstaltungen der Dachorganisation vorzuführen.<sup>1047</sup> In Brazzaville konnte die BRD die praktischen Auswirkungen dieses Entgegenkommen seitens der Vereinigung noch verhindern. In Dolésie und Pointe-Noire gelang es der ostdeutschen Kulturarbeit jedoch problemlos, sich erfolgreich gegenüber den Protesten der westdeutschen Botschaft zu behaupten<sup>1048</sup> und einem größeren Kreis von Kongolesen erstmals ostdeutsche Kultur nahezubringen.

Neben der Association engagierte sich die DDR in dieser Zeit kulturpolitisch nur im kleinen Rahmen. 1965 war zwar ein Kulturprogramm ausgearbeitet worden, doch konnte am Ende nur ein geringer Teil der Pläne tatsächlich verwirklicht werden.<sup>1049</sup> Eine bescheidene Zahl von stipendierten Ausbildungsplätzen für Theaterschauspieler wurde vergeben.<sup>1050</sup> Doch dürfte auch diese kleine Kulturhilfe letztlich nicht ohne Wirkung geblieben sein. Es war sicherlich kein Zufall, dass 1974, aus Anlass eines Besuchs des senegalesischen Staatspräsidenten Léopold Sédar Senghor im

<sup>1043</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. 1967, PA AA, MfAA, C 937/74, Fiche 1, S. 1-12.

<sup>1044</sup> Deutsch-Afrikanische Gesellschaft an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. 1966, PA AA, MfAA, C 941/74, Fiche 1, S. 39-49.

<sup>1045</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. 1967, PA AA, MfAA, C 937/74, Fiche 1, S. 1-12.

<sup>1046</sup> Deutsch-Afrikanische Gesellschaft an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 2. November 1966, PA AA, MfAA, C 941/74, Fiche 1, S. 50-55.

<sup>1047</sup> Direktion für Sozialwesen (Stadt Brazzaville) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 1. Juli 1967, PA AA, MfAA, C 934/74, Fiche 1, S. 14-20.

<sup>1048</sup> Mitarbeiter Martinetz (LIMEX) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 27. Juni 1968, PA AA, MfAA, C 1094/77, Fiche 1, S. 56.

<sup>1049</sup> Abteilungsleiter Fichte – Abteilung Kultur (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Kultur (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilungsleiter Fritsch – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 3. November 1965, PA AA, MfAA, C 927/74, Fiche 1, S. 17-20.

<sup>1050</sup> Feix an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 11. Februar 1965, PA AA, MfAA, C 404, Fiche 1, S. 38.

Stadttheater von Brazzaville, das Stück 'Die Ausnahme und die Regel' von Berthold Brecht zur Aufführung gebracht wurde.<sup>1051</sup> Ende der 1960er Jahre folgte noch die Aufnahme einer Kooperation zwischen einigen Instituten der kongolesischen Universität in Brazzaville und dem Afrikainstitut der Universität Leipzig,<sup>1052</sup> sowie die Bereitstellung einiger Seminarplätze für Mitarbeiter des kongolesischen Volksbildungsministeriums am IV. Internationalen Pädagogischen Kolloquium in Güstrow.<sup>1053</sup>

Mit der Anerkennung der DDR und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen auf Gesandtschaftsebene im Jahr 1970 erweiterte und institutionalisierte sich die ostdeutsche Kulturarbeit dann aber merklich. Auf staatlicher Ebene wurde ein Kulturabkommen mit einem Kulturarbeitsplan für die Jahre 1971 und 1972 geschlossen.<sup>1054</sup> Allerdings waren innerhalb der kongolesischen Staatsführung immer noch pro-westliche Kräfte vorhanden, die sich bemühten, eine Expansion der ostdeutschen Kulturarbeit zu hintertreiben. Weitere Kulturarbeitspläne kamen auf ihren Einspruch hin nicht zustande. Als sich 1973 abzeichnete, dass sich hieran kurz- und mittelfristig auch nichts ändern würde, ergriff deshalb die inzwischen zur Botschaft aufgewertete ostdeutsche Vertretung die Initiative und legte selbständig den Plan von 1971/72 noch einmal für 1973 auf.<sup>1055</sup> 1974 wurde dann auf einen Plan gleich ganz verzichtet, um nicht noch einmal Gefahr zu laufen, das eigene Gesicht – und das von Staatspräsident Ngouabi – zu verlieren.

Eine Infrastruktur zur Unterstützung ihrer Kulturarbeit aufzubauen war für die DDR ebenso schwierig, wie für die BRD. Daran änderte auch der Umstand nichts, dass sie sich als sozialistischer Staat um eine sozialistische Kulturarbeit in einer sozialistischen Volksrepublik bemühte. Die bereits erwähnte Städtepartnerschaft wurde nur im Fall Brazzaville–Dresden und erst 1970 umgesetzt.<sup>1056</sup> Die bei der Regierung Ngouabi beantragte Errichtung mehrerer ostdeutscher „Kulturzentren“ wurde von dieser klar abgewiesen.<sup>1057</sup> Jedoch gelang es der DDR 1972, der Dachorganisation der

---

<sup>1051</sup> Botschafter Fischer (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Referat Nord- und Westafrika (Auswärtiges Amt), 28. Februar 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102961.

<sup>1052</sup> Ministerrat an Abteilung Kultur (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 17. April 1967, PA AA, MfAA, B 578/69 (3).

<sup>1053</sup> Jahsnowski (Generalkonsulat in der Republik Guinea) an Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Stellvertretender Abteilungsleiter Weidemann – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Ministerium für Nationale Verteidigung, 29. August 1969, PA AA, MfAA, C 1089/77, Fiche 1, S. 12-13.

<sup>1054</sup> Gesandter Richter (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 25. August 1970, PA AA, MfAA, C 1104/77, Fiche 1, S. 19-21.

<sup>1055</sup> Botschaft in der Volksrepublik Kongo an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 2. Januar 1974, PA AA, MfAA, C 6177, Fiche 2, S. 183.

<sup>1056</sup> Botschaft in der Volksrepublik Kongo an Auswärtiges Amt, 20. April 1970, PA AA, AA, B 34, 785.

<sup>1057</sup> Stellvertretender Vorsitzender Fichtner (Ministerrat) an Vorsitzender Stoph (Ministerrat) und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses Norden (Volkskammer) und Sekretär für internationale Beziehungen Axen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und 1. Sekretär des Politbüros Ulbricht – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 20. März 1970, PA AA, MfAA, C 1086/77, Fiche 1, S. 10.

Freundschaftsgesellschaften ein „*Freundschaftshaus*“ zu errichten, das dann in den folgenden Jahren von ihr als inoffizielles Kulturzentrum genutzt werden konnte.<sup>1058</sup> Generell spielte die von der Vereinigung und der Dachorganisation zur Verfügung gestellte Infrastruktur auch nach 1970 noch eine große – wenn nicht gar eine noch größere – Rolle.<sup>1059</sup> Dies um so mehr, als sich beide Organisationen ab 1974 der kulturellen Erschließung des kongolesischen Hinterlandes zuzuwenden begannen.<sup>1060</sup> Schon bald sah sich die westdeutsche Botschaft zum Handeln genötigt. 1975 begann sie – wenn auch nur mit begrenztem Erfolg –, die Dachgesellschaft in die westdeutsche Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit einzubinden. Mit verdeckten Zuschüssen und Geschenken sollte sie aus dem Dunstkreis des sozialistischen Lagers herausgetrennt werden. Die ostdeutsche Botschaft in Brazzaville war alarmiert und berichtete dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten:

*„Anfang 1975 versuchte die BRD Botschaft in einer Ausstellung der ACAP [Association Congolaise de l’Amitié avec les Peuples] Plakate über West-Berlin zu zeigen. Nach Protesten der Botschaften der UdSSR [Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken], der DDR und der VR Bulgarien [Volksrepublik Bulgarien] wurden diese Plakate nicht ausgestellt.“*<sup>1061</sup>

Der Schwerpunkt der ostdeutschen Kulturhilfe lag aber nicht auf der Zurückdrängung des westdeutschen Einflusses, sondern auf dem Ausbau des kongolesischen Bildungssektors im Sinne des sozialistischen Lagers. Kulturveranstaltungen – wie die von der westdeutschen Kulturarbeit immer wieder geförderten Musikabende – hatten demgegenüber hintenan zu stehen. Lediglich ein einzelner Besuch des Nationalen Folklore-Ensembles der DDR konnte in den eingesehenen Akten für den gesamten Untersuchungszeitraum ausgemacht werden.<sup>1062</sup> In der auf die Erreichung der kongolesischen Massen abzielenden Kulturhilfe für den Leistungssport – hier hatte die Regierung der Volksrepublik explizit auf eine Forcierung der ostdeutschen Kulturhilfe gedrängt<sup>1063</sup> – kam am Ende ebenfalls lediglich eine allgemeine Sport- und Fußballtrainerausbildung für einen einzigen Kongolesen zu Stande.<sup>1064</sup>

<sup>1058</sup> Botschaft in der Volksrepublik Kongo an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 2. Januar 1974, PA AA, MfAA, C 6177, Fiche 2, S. 183.

<sup>1059</sup> Gesandter Richter (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 9. Mai 1970, PA AA, MfAA, C 920/74, Fiche 1, S. 4-6.

<sup>1060</sup> Botschafter Dordan (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 6. Dezember 1974, PA AA, MfAA, C 6177, Fiche 1, S. 97.

<sup>1061</sup> Botschaft in der Volksrepublik Kongo an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 14. Januar 1976, PA AA, MfAA, C 6177, Fiche 1, S. 13.

<sup>1062</sup> Gesandter Richter (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 12. August 1970, PA AA, MfAA, C 925/74, Fiche 1, S. 71-72.

<sup>1063</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), o.T. o.M. 1974, BArch, SAPMO, DY 30, B 2/20/293.

<sup>1064</sup> 2. Sekretär Schröder (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Kultur (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), o.T. o.M.o.J., PA AA,

Auch die ostdeutsche Stipendien- und Studienplatzvergabe ließ kein großes Engagement erkennen. 30 Stipendien für ein Universitätsstudium wurden der Regierung der Volksrepublik Kongo 1970 angeboten.<sup>1065</sup> Von diesen konnten allerdings, aufgrund zu geringer Qualifikation der kongolesischen Kandidaten, bis 1972 lediglich 19 tatsächlich vergeben werden.<sup>1066</sup> Dabei war die Regierung der Volksrepublik an diesen Plätzen durchaus interessiert. Vermutete sie doch für ihre Studenten in der DDR eine geringere Radikalisierungsgefahr als beispielsweise in Frankreich, wo der chinesische Maoismus, im Zuge der 68er Bewegung, immer neue Bewunderer fand. 1971 erklärte die kongolesische Regierung aus diesem Grund sogar, fortan die Mehrzahl ihrer Studenten und Auszubildenden in die sozialistischen Staaten – auch und gerade in die DDR – entsenden<sup>1067</sup> und alle hierbei anfallenden Kosten übernehmen zu wollen.<sup>1068</sup> Die Möglichkeit der Einschränkung der Reisefreiheit ihrer Auslandsstudenten spielte in diesem Zusammenhang auch eine Rolle. 1973 überreichte der Gesandtschaftsrat der Volksrepublik in der DDR, Herr Obu, ein Schreiben des kongolesischen Gesandten an den Außenminister der DDR, in dem dieser erklärte:

*„Seit einiger Zeit würden sich Studenten der VRK [Volksrepublik Kongo] über Westberlin nach Westdeutschland und Frankreich absetzen, um einer Rückkehr in die VRK zu entgehen. Die Gesandtschaft bitte daher das MfAA [Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten] zu veranlassen, daß die Grenzorgane der DDR angewiesen werden, allen in der DDR studierenden VRK-Bürgern, die nicht im Besitz einer entsprechenden Genehmigung der Gesandtschaft sind, den Übergang nach Westberlin zu verweigern.“*<sup>1069</sup>

Einzigartig machte die ostdeutsche Kulturarbeit in der Volksrepublik aber nicht die Abschottung der kongolesischen Studenten vom Westen, sondern der Versuch, direkt in das Bildungssystem eines afrikanischen Staates einzugreifen – und dies nicht allein aus sprachlichen, sondern ebenso aus kulturellen Erwägungen heraus. Fünf Lehrer und ein bis zwei Lektoren, sowie Bücher und Lehrmaterial<sup>1070</sup> wurden an die Lehrerbildungsinstitute der *École Normale Supérieure* von

---

MfAA, C 1104/77, Fiche 1, S. 5-8.

<sup>1065</sup> Gesandter Richter (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 25. August 1970, PA AA, MfAA, C 1104/77, Fiche 1, S. 19-21.

<sup>1066</sup> 2. Sekretär Schröder (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Kultur (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 1104/77, Fiche 1, S.8.

<sup>1067</sup> 2. Sekretär Schröder (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 13. Januar 1971, PA AA, MfAA, C 1419/77, Fiche 1, S. 3-4.

<sup>1068</sup> 2. Sekretär Schröder (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 13. Januar 1971, PA AA, MfAA, C 1419/77, Fiche 1, S. 1-2.

<sup>1069</sup> Abteilungsleiter Jahnowski – Abteilung Protokoll (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 26. Februar 1973, PA AA, MfAA, C 1096/77, Fiche 1, S. 22.

<sup>1070</sup> Gesandter Richter (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 25. August 1970, PA AA, MfAA, C 1104/77, Fiche 1, S. 19-21.

Brazzaville entsandt.<sup>1071</sup> Frankreich fühlte sich sofort in seiner 'Kulturhoheit' bedroht, konnte sich mit seinen Bedenken aber nicht bei der Regierung Ngouabi durchsetzen.<sup>1072</sup> Es ist zwar wahrscheinlich, dass die entsandten Lehrkräfte an der Hochschule auch Deutsch unterrichteten, ihr Arbeitsschwerpunkt dürfte aber in der sozialistischen Neuausrichtung der Lehrerausbildung und der Überarbeitung der nationalen Lehrpläne gelegen haben. Das kongolesische Erziehungsministerium war sehr an einer ostdeutschen Hilfe interessiert und spekulierte auf ihre materielle und personelle Unterstützung beim Aufbau einer sogenannten „*Schule des Volkes*“. Das Bildungssystem des Landes solle sich künftig allein an drei Vorbildern orientieren: und zwar denjenigen Albanien, Kubas und Ostdeutschlands. Letzteres, so wurde vom kongolesischen Erziehungsministerium hervorgehoben, sei „*eines der modernsten und effektivsten Bildungssysteme*“ der Welt.<sup>1073</sup> 1972 wurden zur Bewältigung dieser Aufgabe sogar ostdeutsche Pädagogen als Berater an das kongolesische Ministerium für Nationale Erziehung entsandt.<sup>1074</sup>

Um 1975 erlebte die ostdeutsche Kulturarbeit dann ihren ersten Schub seit 1970. Die sowjetophilen Kräfte in der Regierung hatten nun endgültig die Oberhand gewonnen und baten die DDR, zusammen mit der Sowjetunion,<sup>1075</sup> um eine deutliche Anhebung ihres bisherigen kulturpolitischen Engagements. Neben einer Vielzahl von Studienplätzen wurde um weitere Ausrüstung für den Schulunterricht, Personal und Ausrüstung für die Hochschule von Brazzaville, sowie um die Finanzierung zweier technischer Oberschulen gebeten.<sup>1076</sup> Inwieweit die Kulturhilfe der DDR den kongolesischen Wünschen entgegenkam, konnte, aufgrund des zeitlichen Rahmens dieser Arbeit, nicht ermittelt werden. Fest steht aber, dass es der DDR gelang, ihre Kulturarbeit wieder in geordnete Bahnen zu überführen. Ende 1975 wurden wieder bilaterale zwischenstaatliche Kulturarbeitspläne – nachträglich für das verflossene Jahr 1975, sowie für das anstehende Jahr 1976 – unterzeichnet.<sup>1077</sup>

<sup>1071</sup> Gesandter Richter (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Ministerium für Nationale Verteidigung und Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, 9. Februar 1971, PA AA, MfAA, C 925/74, Fiche 2, S. 117-118.

<sup>1072</sup> Botschaft in der Volksrepublik Kongo an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 2. Januar 1974, PA AA, MfAA, C 6177, Fiche 2, S. 177.

<sup>1073</sup> 3. Sekretär Voß (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Sektionsleiter Plettner – Sektion Zentralafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Stellvertretender Abteilungsleiter Deutschland – Abteilung Internationale ökonomische Organisationen (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen und Ministerium für Nationale Verteidigung, 1. Februar 1972, PA AA, MfAA, C 1104/77, Fiche 1, S. 1-4.

<sup>1074</sup> 2. Sekretär Schröder (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Kultur (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 1104/77, Fiche 1, S. 5-8.

<sup>1075</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 1. Dezember 1975, PA AA, MfAA, C 1861, Fiche 1, S. 1-14, hier S. 13.

<sup>1076</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 1. Dezember 1975, PA AA, MfAA, C 1861, Fiche 1, S. 1-14.

<sup>1077</sup> Botschaft in der Volksrepublik Kongo an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 14. Januar 1976, PA AA, MfAA, C 6177, Fiche 1, S. 20.

#### e) Zwischenfazit

Eine Kulturarbeit über Kulturzentren, wie sie Frankreich in zahlreichen seiner ehemaligen Kolonien praktizierte, war für die beiden deutschen Staaten zu keiner Zeit eine ernsthafte Option. Der Auf- und Ausbau einer auf Kulturzentren basierenden kulturellen Infrastruktur schied damit aus. Stattdessen setzte man in Ost- wie Westdeutschland auf mobile Lösungen, auf Dynamik und Anpassungsfähigkeit. Unpolitische Bildungsarbeit, wie sie die Sprachvermittlung verkörperte, entwickelte sich deshalb, auch aufgrund ihres Nutzens für die weitere wirtschaftliche Vernetzung, zu einem zentralen Baustein der Bildungsarbeit beider deutscher Staaten.

Die Regierungen der jungen zentralafrikanischen Nationalstaaten waren um den Aufbau eines eigenen Nationalbewusstseins bemüht und deuteten jegliche ausländische Kulturarbeit als imperialistischen Eingriff. Das deutsche Angebot der Sprachvermittlung kam ihnen in dieser Hinsicht sehr entgegen und beförderte zudem eine ohnehin gewollte wirtschaftliche Vernetzung mit den beiden deutschen Staaten.

Die BRD befasste sich deshalb in ihrer Kulturarbeit überwiegend mit eben diesem: der Vermittlung der deutschen Sprache.

Dies galt im Wesentlichen auch für die Kulturarbeit der DDR, nur dass hier der Spracherwerb weniger durch Kurse vor Ort als durch ein Studium in der DDR gefördert wurde. Die Anzahl der Schüler war damit zwar deutlich kleiner als im Fall der westdeutschen Kulturarbeit, doch stellte sich für die DDR auch weniger die Notwendigkeit, große Massen sprachlich zu schulen. Dieser kostenintensiven Aufgabe hatte sich ja schon die Bundesrepublik verschrieben. Nur im Fall der Volksrepublik Kongo ging die ostdeutsche Kulturvermittlung über eine reine Sprachvermittlung hinaus. Ihre Kulturhilfe dürfte einen nicht unwesentlichen Teil zur sozialistischen Neuausrichtung der kongolesischen Bildungspolitik beigetragen haben.

Im Regelfall hatte die Kulturarbeit der beiden deutschen Staaten aber eine langfristig angelegte wirtschaftliche Vernetzung ihrer jeweiligen Volkswirtschaft mit den Märkten der zentralafrikanischen Staaten im Blick. Für kurzfristige, punktuelle, eher politisch motivierte, Effekte mussten die Außenministerien der beiden deutschen Staaten auf ein anderes Mittel, das Instrument der Öffentlichkeitsarbeit,<sup>1078</sup> zurückgreifen.

<sup>1078</sup> Die staatliche Öffentlichkeitsarbeit im Ausland wird in der Forschung häufig auch als *Public Diplomacy* bezeichnet. Letztere umfasst allerdings auch die staatliche Kulturarbeit und Teile der regulären diplomatischen Aktivitäten. Der Politikwissenschaftler Daniel Ostrowski definiert sie wie folgt: „*Public Diplomacy beschreibt die Gesamtheit der Maßnahmen außenpolitisch agierender staatlicher Akteure, die auf die Adressierung ausländischer Öffentlichkeiten abzielen und dabei das Ziel der Steigerung der Soft Power des durch sie vertretenen Staates verfolgen, wobei sie zur Erreichung dieses Ziels Instrumente aus dem Gebiet der Public Relations adaptieren, Netzwerkbildung betreiben und außenkulturpolitische Maßnahmen implementieren*“ (Ostrowski, Daniel: Die Public Diplomacy der deutschen Auslandsvertretungen weltweit. Theorie und Praxis der deutschen

## Exkurs: Öffentlichkeitsarbeit ...

### a) ... in Afrika

Öffentlichkeitsarbeit wird häufig eng verzahnt mit der im letzten Abschnitt behandelten Kulturarbeit betrieben. In der Forschung werden Öffentlichkeits- und Kulturarbeit deshalb meist gleichgesetzt. In dieser Arbeit sollen Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit jedoch getrennt voneinander betrachtet werden, da sie sich in ihren Zielen und Methoden unterscheiden. Während die Kulturarbeit eine generelle, langfristige Wirkung verfolgt, ist die Öffentlichkeitsarbeit eher auf die Erreichung punktueller, kurzfristiger Ziele angelegt. Während eine erfolgreiche Kulturarbeit möglichst offen betrieben werden muss, ist eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit zwingend auf ein gewisses Maß an Verschwiegenheit, auf eine verdeckte Tätigkeit, angewiesen. So beendete die Pressereferentin der westdeutschen Botschaft im Senegal, Charlotte Margot von Werthern, 1960 einen Bericht über ihre politische Öffentlichkeitsarbeit mit den Worten:

*„Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich nach den bisherigen Erfahrungen folgender Grundsatz als richtig erwiesen hat: Die Politische Öffentlichkeitsarbeit wird desto erfolgreicher und wirksamer sein, je weniger die Diplomatische Mission als solche dabei in Erscheinung tritt.“<sup>1079</sup>*

Das Schalten von Presseartikeln, von Radio- und Fernsehbeiträgen erfolgte über ein breit aufgestelltes System von Unterstützungsleistungen, das den Medienapparat des Zielstaates auf allen Ebenen bespielte. Größere Zuschüsse wurden an die staatlichen Öffentlichkeitsapparate, ihre Druckereien, Radiosender und Fernsehanstalten, sowie ihre Ministerien vergeben. Des weiteren stand jeder diplomatischen Vertretung eine jährliche Summe für ihre Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung. Der größere Teil dieser Summe war für das Schalten von Auslandsinformationen in den jeweiligen Medien bestimmt, der kleinere Teil als sogenanntes 'Kontaktgeld' gedacht, um die Beziehungen zu Herausgebern, Redakteuren und Journalisten zu verbessern. 1962 erhielten die westdeutschen Botschaften in der Zentralafrikanischen Republik, der Kongolesischen Republik, der Republik Tschad und der Gabunischen Republik insgesamt 20.000 DM für ihre Öffentlichkeitsarbeit, von denen 25%, also 5.000 DM, zur Pflege von Kontakten mit

---

Auslandsöffentlichkeitsarbeit. Wiesbaden 2010, S. 48.). In dieser Arbeit werden die drei Bereiche aber getrennt voneinander betrachtet und die Öffentlichkeitsarbeit als eigenständige Größe untersucht.

<sup>1079</sup> Werthern (Botschaft in der Republik Senegal) an Auswärtiges Amt, 1. Juli 1960, PA AA, AA, B 34, 36.



Medienvertretern vorgesehen waren.<sup>1080</sup> Sie wanderten direkt in die Taschen der betreffenden Damen und Herren, um sie zur Übernahme der von der Botschaft freundlicherweise zur Verfügung gestellten Informationen zu ermuntern. In den Berichten der deutschen Auslandsvertretungen an das Auswärtige Amt und das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten wurde die Übergabe dieser Gelder dann meist als 'Abendessen' oder 'Stipendium' deklariert.

Der westdeutschen Öffentlichkeitsarbeit ging es im jeweiligen afrikanischen Zielstaat um die Darstellung und Nachjustierung der dortigen öffentlichen Meinung zu folgenden Themen: der BRD im Allgemeinen, bis 1973 zur Deutschen Frage und bis 1970<sup>1081</sup> zur Oder/Neiße-Frage im Besonderen,<sup>1082</sup> zum Atlantischen Bündnis im Allgemeinen, zur Haltung des Atlantischen Bündnisses und der BRD gegenüber der Kolonialmacht Portugal und den Regimen der Republik Rhodesien und Njassaland und der Republik Südafrika im Besonderen, sowie zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.<sup>1083</sup> Die richtige – die westdeutsche – Sicht auf diese Themen sollte der afrikanischen Öffentlichkeit vermittelt werden. Doch nur selten konnten diese Ansichten in reiner Form in den afrikanischen Medien platziert werden. Das Interesse der afrikanischen Medienkonsumenten an solchen Themen wäre zu gering gewesen. Deshalb wurde schon früh begonnen, westdeutsche Auslandsinformationen mit Nachrichten über Afrika und Afrikaner zu ummanteln. Artikel, Kommentare, Radio- und Fernsehberichte über die westdeutsch-afrikanischen Beziehungen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, vor allem aber über westdeutsche Entwicklungshilfeprojekte, entwickelten sich zu den tragenden Säulen der westdeutschen Öffentlichkeitsarbeit. Ein weiterer Schwerpunkt lag in der Abwehr britischer<sup>1084</sup> und französischer<sup>1085</sup> Vorwürfe, die BRD betreibe wirtschaftlichen Imperialismus, sowie sozialistischer Anschuldigungen, die Bundesrepublik habe sich nie vom Neokolonialismus und Rassismus des Deutschen Reichs gelöst.

Zu einer Änderung dieser taktischen Ausrichtung kam es erst Anfang der 1970er Jahre, als sich die Notwendigkeit einer 'richtigen' Darstellung der DDR in der afrikanischen Öffentlichkeit zu zeigen begann. 1970 hatte Portugal einen verdeckten Militärschlag gegen die Hauptstadt der Republik Guinea, Conakry, durchgeführt. Ziel war es gewesen, den Staatspräsidenten Guineas, Sekou Touré, zu stürzen, den Vorsitzenden der in Conakry residierenden Unabhängigkeitsbewegung von

<sup>1080</sup> Referatsleiter Küffner – Referat A 3 (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung) an Referat NATO und Verteidigung (Auswärtiges Amt), 20. Dezember 1961, PA AA, AA, B 14, 213.

<sup>1081</sup> Allen, Debra J.: The Oder-Neisse line. The United States, Poland, and Germany in the Cold War. Westport in Connecticut/u.a. 2003, S. 5.

<sup>1082</sup> Generalkonsulat in der föderation von Rhodesien und Njassaland an Auswärtiges Amt, 26. Februar 1962, PA AA, AA, B 38, 105.

<sup>1083</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun an Auswärtiges Amt, 11. Oktober 1968, PA AA, AA, B 6, 133.

<sup>1084</sup> Generalkonsulat in der britischen Kronkolonie Kenia an Auswärtiges Amt, 3. November 1955, PA AA, AA, B 11, 1370, Fiche 3, S. 242.

<sup>1085</sup> Botschaft in der Republik Frankreich an Auswärtiges Amt, 23. Februar 1955, PA AA, AA, B 11, 614.

Portugiesisch-Guinea und den Kapverdischen Inseln, der *Partido Africano para a Independência da Guiné e do Cabo Verde*, Amílcar Cabral, zu ermorden und Portugiesen, die im Gefängnis von Conakry gefangen gehalten wurden, zu befreien. Die Befreiungsaktion gelang. Doch scheiterten die beiden verbliebenen Ziele am Umstand, dass die beiden politischen Führer sich zum Zeitpunkt der Intervention nicht in der Hauptstadt befanden. Nach Conakry zurückgekehrt war Touré außer sich und schwor Rache. Die ostdeutsche Öffentlichkeitsarbeit erkannte die Chance, die sich ihr hier bot und nutzte die Gunst der Stunde, um neben Portugal auch die Bundesrepublik auf die guineische Anklagebank zu setzen. Als Reaktion auf die ostdeutsche Medienkampagne, die schon bald nicht mehr nur Guinea, sondern den gesamten afrikanischen Kontinent bespielte, konstituierte sich in der BRD aus Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes und des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung eine 'schnelle Eingreiftruppe', deren Aufgabe es sein sollte, bei Bedarf konzertierte mediale Gegenangriffe einzuleiten. In einer Aufzeichnung des Leiters des Informationsreferats des Auswärtigen Amtes, Gerhard Dohms, hieß es hierzu:

*„Es wäre grundsätzlich falsch, wenn unsere Informationspolitik sich das Gesetz des Handelns von der DDR aufzwingen ließe und zu einer reinen Dementiermaschine würde. Aber die in Guinea gemachten Erfahrungen legen uns nahe, in Zukunft die Frage, ob Falschmeldungen der DDR-Propaganda entgegengetreten werden soll, genauer zu prüfen und unsere Entscheidung weniger dem Zufall zu überlassen als bisher. In bestimmten Fällen können wir uns nicht mehr mit lapidaren Dementis begnügen. Eine Arbeitsgruppe [aus Vertretern des Auswärtigen Amtes, sowie des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung] könnte in regelmäßigen Abständen zusammentreten, das gesamte Material auf Trends der DDR-Propaganda sichten und für eine nicht nur reaktive Abwehr sorgen. In besonders akuten Fällen hätte die Arbeitsgruppe die rasche Durchführung notwendiger Recherchen, die Herbeiführung von Stellungnahmen und die Verbreitung über alle denkbaren Kanäle (Deutsche Welle, Informationsfunk, dpa [Deutsche Presse-Agentur]) zu sichern.“<sup>1086</sup>*

Zu den ersten Aufgaben der Eingreiftruppe zählten die Erstellung eines die BRD entlastenden Weißbuches über die westdeutsch-guineischen Beziehungen, die medienwirksame Offenlegung eines sogenannten ostdeutschen 'Apparates' zur Fälschung von Beweisen,<sup>1087</sup> sowie die Einleitung einer größeren internationalen Medienkampagne, welche in ganz Afrika die Innenpolitik der DDR als Fehlentwicklung,<sup>1088</sup> ihre Wirtschaftspolitik als impotent und ihre Außenpolitik als umstürzlerisch präsentierte.<sup>1089</sup>

<sup>1086</sup> Referatsleiter Dohms – Referat Auslandsinformationen (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 1. Februar 1971, PA AA, AA, B 6, 180.

<sup>1087</sup> Referatsleiter Dohms – Referat Auslandsinformationen (Auswärtiges Amt) an alle diplomatischen Vertretungen der BRD, 4. Februar 1971, PA AA, AA, B 6, 180.

<sup>1088</sup> Referatsleiter Dohms – Referat Auslandsinformationen (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 24. September 1971, PA A, AA, B 6, 199.

<sup>1089</sup> Auswärtiges Amt an Referat Auslandsinformationen (Auswärtiges Amt), 4. Oktober 1971, PA A, AA, B 6, 199.

Die Öffentlichkeitsarbeit der DDR in Afrika konzentrierte sich inhaltlich zunächst auf die Zurückdrängung der westdeutschen Propaganda und die Darstellung der BRD als kolonialistische, rassistische und Faschismus wie Nationalsozialismus nahestehende Macht,<sup>1090</sup> sowie auf die generelle Infragestellung der westdeutschen Deutschland- und Afrikapolitik. Als Beleg dieser Auffassung dienten ihr die international – vor allem aber in Afrika – umstrittenen angeblichen 'Bündnispartner' der Bundesrepublik. Allein zur Zusammenarbeit der Bundesregierung mit dem Apartheidsregime der Republik Südafrika wurden, neben zahlreichen Einzelbeiträgen, 1964 und 1967 einem internationalen Publikum auf groß angelegten Pressekonferenzen zwei ausführliche Denkschriften vorgelegt.<sup>1091</sup> Mitte der 1960er Jahre verlagerte die ostdeutsche Öffentlichkeitsarbeit ihren inhaltlichen Schwerpunkt dann auf die Selbstdarstellung des ostdeutschen Staates. Die Darstellung eines neuen, friedlichen, freundlichen, souveränen und demokratischen Deutschlands war nun das Ziel.<sup>1092</sup> Bereits in einer gemeinsamen Sitzung des ostdeutschen Außenministeriums und der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft von 1963 war hierzu festgelegt worden:

*„In erster Linie ist die DDR zu popularisieren und weniger eine Polemik gegenüber der westdeutschen Politik zu führen. Anhand der konsequenten Friedenspolitik, der Darlegung der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Errungenschaften der DDR ist die Kenntnis über die DDR, ihre Errungenschaften und ihre Friedenspolitik zu popularisieren. Dabei ist nach Möglichkeit stets an afrikanische Ereignisse anzuknüpfen bzw. von ihnen auszugehen.“*<sup>1093</sup>

Zu Beginn der 1970er Jahre machte die ostdeutsche Öffentlichkeitsarbeit dann eine Kehrtwende. Fortan stand wieder die 'richtige' Darstellung der BRD im Zentrum ihrer Bemühungen. Die West-Berlin-Problematik, der Mitte der 1960er Jahre in Westdeutschland wieder erwachte Rechtsradikalismus, die Beziehungen der Bundesrepublik zu Portugal und der Republik Südafrika, sowie die angebliche 'Schuld' Westdeutschlands an der Teilung der Deutschen Nation bildeten schon

<sup>1090</sup> Ministerrat an Ministerrat, 29. April 1961, BArch, DC 20 / 15598, S. 3-47.

<sup>1091</sup> Abteilungsleiter Meyer-Lindenberg – Abteilung Politik (Auswärtiges Amt) an Referat Auslandsinformationen (Auswärtiges Amt) und Referat Presse (Auswärtiges Amt) und Referat Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen (Auswärtiges Amt) und Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) und Parlamentarischer Staatssekretär Jahn (Auswärtiges Amt) und Staatssekretär Schütz (Auswärtiges Amt) und Ministerbüro (Auswärtiges Amt) und Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 18. September 1967, PA AA, AA, B 38, 198. ; Afro- Asiatisches Solidaritätskomitee der DDR (Hg.): Denkschrift über die militärische und atomare Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika. Berlin 1964. ; o. A.: Das Bündnis Bonn-Pretoria. Die Expansionspolitik der Bundesrepublik (West-)Deutschland im Süden Afrikas und ihre Basis in der Republik Südafrika. Denkschrift des Afro-Asiatischen Solidaritätskomitees der Deutschen Demokratischen Republik. Dresden 1967.

<sup>1092</sup> Stellvertretender Minister Stibi (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Generalsekretär Schönfeld (Liga für Völkerfreundschaft) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. 1963, PA AA, MfAA, A 14585, S. 1-31. ; Düwell 2005, S. 53-83, hier S. 72.

<sup>1093</sup> Stellvertretender Minister Stibi (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Generalsekretär Schönfeld (Liga für Völkerfreundschaft) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. 1963, PA AA, MfAA, A 14585, S. 1-31, hier S. 7.

bald ihre Kernthemen.<sup>1094</sup> Die Verantwortung der in Westdeutschland regierenden sozialliberalen Koalition wurde dabei nach Möglichkeit ignoriert, mediale Angriffe weitestgehend auf die sich in der Opposition befindenden Kräfte der christlichen Union gelenkt.<sup>1095</sup>

Um diese Inhalte kontinuierlich mit neuen 'Rahmenhandlungen' versehen und damit für das afrikanische Zielpublikum interessant gestalten zu können, wurde in beiden deutschen Staaten eine staatliche und eine halbstaatliche Infrastruktur für die Öffentlichkeitsarbeit in Afrika aufgebaut.

In der BRD verfügte das Auswärtige Amt zwar schon früh über ein Referat für Auslandsinformationen, doch wurde – ähnlich spät, wie schon im Bereich der Kulturarbeit – erst 1961 begonnen, die Stellen mit qualifiziertem Fachpersonal zu besetzen.<sup>1096</sup> Davor und daneben wurden lange Zeit reguläre Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes für diese Aufgabe eingesetzt, die sich ihre Kenntnisse der Öffentlichkeitsarbeit selbständig und im Austausch mit anderen hierfür zuständigen Mitarbeitern der westdeutschen Auslandsvertretungen angeeignet hatten.<sup>1097</sup> 1962 organisierten sie in der Hauptstadt der Bundesrepublik Nigeria, in Lagos, eine erste, auf den afrikanischen Absatzmarkt bezogene, Konferenz der westdeutschen Öffentlichkeitsarbeiter.<sup>1098</sup> Auch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung begann erst spät, sich in die westdeutsche Öffentlichkeitsarbeit in den Entwicklungsländern einzuschalten. Noch Ende der 1950er Jahre besaß es lediglich einen Referenten, der die westdeutsche Öffentlichkeitsarbeit in der gesamten 'Dritten Welt' zu koordinieren hatte. Auch hier kamen erst 1961 weitere Fachkräfte hinzu.<sup>1099</sup> Darüber hinaus wurden Teile der afrikanischen Presse an das Netz der Deutschen Presse-Agentur angeschlossen. Auch der Agentur gelang es aber erst zu Beginn der 1960er Jahre in größerem Umfang in Afrika zu operieren. Die ausschließliche Verwendung der deutschen Sprache hatte den Absatz ihrer Berichte in den afrikanischen Medien lange Zeit nahezu unmöglich gemacht. Eine frankophone Version des

---

<sup>1094</sup> Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 20. November 1970, PA AA, MfAA, C 820/74, Fiche 1, S. 4-5.

<sup>1095</sup> Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Botschafter Deutschland (Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik), 29. Juli 1970, PA AA, MfAA, C 817/74, Fiche 1, S. 74-76.

<sup>1096</sup> Referatsleiter Spang – Referat Haushalt und Finanzen (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 28. Juni 1960, PA AA, AA, B 90, 248.

<sup>1097</sup> Botschafter Döring (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 31. Oktober 1963, PA AA, AA, B 34, 417.

<sup>1098</sup> Stellvertretender Referatsleiter Uhrenbacher – Referat Auslandsinformationen (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Republik Elfenbeinküste und Botschaft in der Republik Ghana und Botschaft im Kaiserreich Äthiopien und Botschaft in der Republik Mali und Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik und Botschaft in der Kongolesischen Republik und Botschaft in der Republik Guinea und Botschaft in der Republik Senegal und Botschaft in der Republik Tanganjika und Botschaft in der Republik Sierra Leone und Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun und Botschaft in der Bundesrepublik Nigeria und Botschaft in der Bundesrepublik Kongo und Botschaft in der Gabunischen Republik und Botschaft in der Republik Togo und Botschaft in der Bundesrepublik Somalia und Botschaft in der Republik Liberia und Generalkonsulat in der britischen Kolonie Kenia, 26. April 1962, PA AA, AA, B 34, 389.

<sup>1099</sup> Staatssekretär Eckardt (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung) an Minister Brentano (Auswärtiges Amt), 6. Juli 1961, PA AA, AA, B 7, 53.

Dienstes ging erst am 1. September 1960 in Betrieb.<sup>1100</sup> Zur Überprüfung der Effektivität des Apparats wurden externe Meinungsforschungsinstitute, wie Quick Research, herangezogen. Ein Mitarbeiter dieses Instituts, Herr Koch, schrieb 1961 dem Leiter des Afrikareferats im Auswärtigen Amt, Hans-Georg Steltzer:

*„Inzwischen haben wir die ersten Ergebnisse unserer Umfrage bekommen. Die Resultate aus Tanganjika werden Sie besonders interessieren. [...] Wir haben vor, noch weitere Länder zu untersuchen. Im September fahre ich nach Mexiko und anschließend nach Japan. Hongkong, Thailand und Ceylon sollen im Oktober drankommen, im November dann Indien und der Iran.“*<sup>1101</sup>

Deutlich früher setzte das westdeutsche Auslandsradio, die Deutsche Welle, mit seiner Programmausstrahlung in den afrikanischen Äther ein.<sup>1102</sup> Bereits 1952 hatte die Deutsche Welle begonnen, ein Testprogramm in den afrikanischen Raum zu senden.<sup>1103</sup> Doch bestand seine Zielgruppe zu diesem frühen Zeitpunkt noch einzig aus den in Afrika beheimateten Auslandsdeutschen.<sup>1104</sup> Erst Anfang der 1960er Jahre sollte es beginnen, sich auch der indigenen afrikanischen Bevölkerung zuzuwenden.<sup>1105</sup> Um seinen Empfang zu verbessern und sein Einzugsgebiet zu erweitern, wurden 1965 im ruandischen Kigali, sowie in Portugal Relaisstationen eingerichtet. Trotz dieser Verstärkung der Sendeleistung bemängelte der westdeutsche Botschafter in Benin, Karl Wand, auch 1971 noch die schlechte Empfangsqualität im westafrikanischen Raum:

*„Der Empfang der Deutschen Welle in Westafrika ist schlecht. Der Sender Jülich [in Nordrhein-Westfalen] kommt meist mit starkem Schwund an, ist oft gestört, bisweilen kaum hörbar. Auch das Relais Kigali [in Ruanda] ist relativ schlecht hörbar. Es scheint, daß sich die Entfernung Westafrika-Ruanda ungünstig auf die Wellenausbreitung auswirkt.“*<sup>1106</sup>

Das Programm der Deutschen Welle wurde zunächst nur auf deutsch übertragen. 1962 begann man dann aber, die Sendungen an die unterschiedlichen afrikanischen Sprachräume anzupassen. Zunächst wurde das Programm zusätzlich in Französisch und Englisch, seit 1963 auch in Kisuaheli

---

<sup>1100</sup> Botschaft in der Kongolesischen Republik an Auswärtiges Amt und Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 5. August 1960, PA AA, AA, B 34, 53.

<sup>1101</sup> Mitarbeiter Koch (Quick) an Referatsleiter Steltzer – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 2. August 1961, PA AA, AA, B 34, 333.

<sup>1102</sup> Pieper, Frauke: Der deutsche Auslandsrundfunk. Historische Entwicklung, verfassungsrechtliche Stellung, Funktionsbereich, Organisation und Finanzierung. München 2000, S. 38 f.

<sup>1103</sup> Schwarzkopf-Stallmach, Hilde: Deutsche Welle 1953-1963. Köln 1963, ohne Seitenangabe.

<sup>1104</sup> Arnold, Klaus: Kalter Krieg im Äther. Der Deutschlandsender und die Westpropaganda der DDR. Münster/u.a. 2002, S. 123.

<sup>1105</sup> Klee 1973, S. 75-91, hier S. 87.

<sup>1106</sup> Botschafter Wand (Botschaft in der Republik Benin) an Auswärtiges Amt, 1. Juli 1971, PA AA, AA, B 6, 175.

und Haussa, 1964 kurzzeitig in Kinyarwanda und seit 1965 in Amharisch ausgestrahlt.<sup>1107</sup> Neben der reinen Programmausstrahlung betätigte sich die Deutsche Welle seit 1959 auch im Programmaustausch mit,<sup>1108</sup> und seit 1964 in der Personalausbildung von, afrikanischen Radiosendern.<sup>1109</sup> Abseits von Presse und Rundfunk kamen nun zudem auch Filme in der Öffentlichkeitsarbeit zum Einsatz. Filmmaterial wurde zunächst über die diplomatischen Vertretungen, seit 1965 über den Filmdienst Transtel an afrikanische Kinos und Sendeanstalten verteilt.<sup>1110</sup> In einigen Staaten kamen zudem westdeutsche mobile Filmvorführwagen, die sogenannten 'Kinomobile', zum Einsatz.

Auch die DDR schuf sich für ihre Öffentlichkeitsarbeit in Afrika eine eigene Infrastruktur. Wie das Auswärtige Amt, besaß auch das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten eine eigene Abteilung zur Erstellung und Koordinierung von Auslandsinformationen. Doch wurde die Öffentlichkeitsarbeit des ostdeutschen Außenministeriums erheblich durch den Umstand erschwert, dass lange Zeit kaum Auslandsvertretungen vorhanden waren, über die man die Informationen in den Zielstaaten hätte schalten lassen können. Stärker als die westdeutsche, musste die ostdeutsche Öffentlichkeitsarbeit sich deshalb auf gesellschaftliche Organisationen und geographische Schwerpunkte stützen. So gaben der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund, die Deutsch-Afrikanische Gesellschaft<sup>1111</sup> und wahrscheinlich auch die Freie Deutsche Jugend Auslandsinformationen der DDR an ihre Partnerorganisationen weiter. Außerdem wurde der Verband Deutscher Journalisten zur Öffentlichkeitsarbeit herangezogen. Er knüpfte Kontakte zu afrikanischen Reportern und unterstützte deren Aus- und Fortbildung<sup>1112</sup> – immer in der Hoffnung, dass diese sich mit einer positiven Berichterstattung über die DDR revanchieren würden. 1963 wurde zu diesem Zweck sogar ein Institut, das Internationale Institut für Journalistik in der DDR, gegründet.<sup>1113</sup> Und auch der Pressedienst der DDR, der Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst, wurde hinzugezogen. Der errichtete zunächst einen Stützpunkt in der Vereinigten Arabischen Republik, später auch in den Republiken Ghana und Guinea – Brückenköpfe, über die der anglophone und der frankophone Sprachraum Westafrikas mit Informationen aus und über Ostdeutschland versorgt wurden<sup>1114</sup> – und

<sup>1107</sup> Schwarzkopf-Stallmach, Hilde: Deutsche Welle 1963-1966. Köln 1966, S. 77 f.

<sup>1108</sup> Pieper 2000, S. 41.

<sup>1109</sup> Settgest 1985, S. 48-65, hier S. 49.

<sup>1110</sup> Pieper 2000, S. 53.

<sup>1111</sup> Stellvertretender Minister Stibi (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Generalsekretär Schönfeld (Liga für Völkerfreundschaft) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. 1963, PA AA, MfAA, A 14585, S. 1-31.

<sup>1112</sup> Ebd.

<sup>1113</sup> Hammoud, Adina: Von der 'Schule der Solidarität' zum Internationalen Institut für Journalistik. In: Heyden, Ulrich van der, Ilona Schleicher, Hans-Georg Schleicher (Hrsg.): Die DDR und Afrika. Band 1: Zwischen Klassenkampf und neuem Denken. Münster 1993, S. 239-244, hier S. 239.

<sup>1114</sup> Kollegium (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Minister Bolz (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, LS-A 342, S. 15-21.

schließlich auch in der Vereinigten Republik Tansania.<sup>1115</sup> Staaten ohne jegliche Vertretung der DDR wurden zudem über den Briefdienst des Nachrichtendienstes, Befreiungsbewegungen über die Vertretung des ostdeutschen Nachrichtendienstes in der Vereinigten Arabischen Republik mit Informationsmaterial versorgt. In einem Bericht über den Stand der auslandsinformatischen Tätigkeit des ostdeutschen Außenministeriums äußerte 1963 der Stellvertretende Minister Georg Stibi gegenüber dem Generalsekretär der ostdeutschen Liga für Völkerfreundschaft, Herbert Schönfeld:

*„Über das ADN-Büro [Büro des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes] in Kairo erfolgte ein ständiger Versand des ADN-Bulletins in 7 ostafrikanische Staaten und an sämtliche Afrika-Büros der einzelnen nationalen Befreiungsbewegungen in Kairo.“*<sup>1116</sup>

Daneben begann, später als die Deutsche Welle – erst Ende der 1950er Jahre – der ostdeutsche Auslandsrundfunk, Radio Berlin International, nach Afrika auszustrahlen. Dafür sendete er sein Programm von Beginn an mehrsprachig. Die Ausstrahlung erfolgte zunächst in Englisch, Französisch und Portugiesisch,<sup>1117</sup> seit 1961 auch in Arabisch und maghrebinischem Arabisch.<sup>1118</sup> Später kamen noch Suaheli, Spanisch, und Haussa hinzu.<sup>1119</sup> Unter Zuhilfenahme von Mitgliedern der algerischen *Armée de Libération Nationale* wurde zudem ein spezielles Sonderprogramm für die algerische Befreiungsbewegung während der Algerienkrise ausgestrahlt.<sup>1120</sup> Auch Radio Berlin International begann frühzeitig, einen Programmaustausch mit afrikanischen Radiosendern einzuleiten. Filmmaterial brachte die DDR dagegen nur langsam in Umlauf. Zunächst beschränkte man sich auf private Filmvorführungen in den Räumen der Auslandsvertretungen.<sup>1121</sup> Später kamen aber auch Filmvorführwagen – je ein Fahrzeug wurde an die Gewerkschaften Ghanas und Guineas, ein weiteres wahrscheinlich an die Gewerkschaft Malis übergeben<sup>1122</sup> – zum Einsatz. Mit Veranstaltungen in privaten Kinosälen tat sich die ostdeutsche Öffentlichkeitsarbeit dagegen schwer. Der deutsch-deutsche Gegensatz erwies sich hier als beinahe unüberwindliche Barriere. Die westdeutschen Auslandsvertretungen bemühten sich nach Kräften, die Vorstellung ostdeutscher

<sup>1115</sup> Botschaft im Kaiserreich Äthiopien an Auswärtiges Amt, 8. November 1972, PA A, AA, B 6, 180.

<sup>1116</sup> Stellvertretender Minister Stibi (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Generalsekretär Schönfeld (Liga für Völkerfreundschaft) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. 1963, PA AA, MfAA, A 14585, S. 1-31, hier S. 16.

<sup>1117</sup> Odermann 2003, S. 164.

<sup>1118</sup> Ebd., S. 179.

<sup>1119</sup> Köhne, Christian: Der Hörfunk der DDR in den 1960er Jahren. Pläne, Innovationen, Wirklichkeiten. Berlin 2010, S. 148.

<sup>1120</sup> Odermann 2003, S. 179.

<sup>1121</sup> Stellvertretender Minister Stibi (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Generalsekretär Schönfeld (Liga für Völkerfreundschaft) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. 1963, PA AA, MfAA, A 14585, S. 1-31.

<sup>1122</sup> Ebd.

Filme in afrikanischen Kinos und afrikanischen Fernsehsendern zu verhindern. So berichtete der westdeutsche Botschaftsrat in Libyen, Gerhard Müller-Chorus, 1971 zufrieden von seinem Erfolg, die Vorführung und Ausstrahlung des ostdeutschen Dokumentarfilms *Bye bye Wheelus* verhindert zu haben:

*„Wie mit Bezugsdrahtbericht bereits berichtet, ist es der Botschaft bisher gelungen, das Zeigen des DDR-Films 'Bye-Bye Wheelus' [eine Dokumentation über die Schließung der amerikanischen Luftwaffenbasis Wheelus Air Force Base in Libyen] in Libyen zu verhindern. In offiziellen wie vertraulichen Gesprächen mit den zuständigen Beamten der libyschen Regierung war hierbei zu erfahren, daß der Leiter der hiesigen DDR-Handelsvertretung, Ronald Böttcher, der am 20. d.M. [des Monats] Libyen für immer verlassen soll, sehr große Anstrengungen unternommen hat, um die arabische Filmfassung sowohl in hiesigen Lichtspieltheatern (35 mm Kopie) als auch im Fernsehen (Ampex-Aufzeichnung [magnetische Videobandaufzeichnung]) zeigen zu können. Ebenso war eine Pressekonferenz anlässlich der Erstaufführung geplant. Zehntausend Exemplare von zwei Broschüren über diesen Film, die z.Z. [zur Zeit] bei der DDR-Handelsvertretung lagern, sollten in Libyen verteilt werden. [...] Die DDR hat ihre diesbezüglichen Pläne jedoch noch nicht aufgegeben. [...] Unsere libyschen Freunde im Generaldirektorat für Nationale Führung sind jedoch weiterhin um die Verhinderung der Aufführung bemüht.“*<sup>1123</sup>

#### *b) Westdeutsche Öffentlichkeitsarbeit in Zentralafrika*

Die Schwerpunkte der westdeutschen Öffentlichkeitsarbeit im zentralafrikanischen Raum lagen in Kamerun und der Demokratischen Republik Kongo. Neben der Verteilung von allgemein gehaltenen westdeutschen Schriften, Radio- und Filmmaterialien durch die jeweilige westdeutsche Botschaft erfolgte die praktische Öffentlichkeitsarbeit in Zentralafrika auch durch das direkte 'Schalten' fertig ausformulierter Artikel, Reportagen und Kommentare in Presse, Rundfunk und später auch Fernsehen.<sup>1124</sup> Das 'Schalten' erfolgte – wie im letzten Unterabschnitt bereits erwähnt – über die vom Auswärtigen Amt gestellten Mittel und größere Unterstützungsleistungen für die jeweiligen zentralafrikanischen Medienapparate. Die dort von westdeutscher Seite lancierten Meldungen, Berichte und Kommentare entstammten meist der Feder eines Mitarbeiters der Deutschen Presse-Agentur,<sup>1125</sup> der jeweiligen westdeutschen Botschaft oder einer anderen staatlichen Stelle der Bundesrepublik. Als Autoren traten sie aber nur selten in Erscheinung. Mal gab man ihnen einen ausgedachten afrikanischen Namen, mal wurde ein tatsächlich bei der Zeitung

<sup>1123</sup> Botschaftsrat Müller-Chorus (Botschaft in der Arabischen Republik Libyen) an Auswärtiges Amt, 16. Juni 1971, PA AA, AA, B 6, 180.

<sup>1124</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Kongolesischen Republik) an Auswärtiges Amt, 17. Oktober 1964, PA AA, AA, B 34, 548.

<sup>1125</sup> Botschafter Munzel (Botschaft in der Bundesrepublik Kongo) an Auswärtiges Amt, 5. Februar 1964, PA AA, AA, B 68, 242.



beschäftigter Journalist als vermeintlicher Verfasser des Artikels angeführt.

Schwierigkeiten bereitete der westdeutschen Öffentlichkeitsarbeit dabei vor allem die Zusammenarbeit mit der Deutschen Welle, deren Nachrichtenprogramm sämtlichen zentralafrikanischen Regierungen zu progressiv und kritisch erschien. In drei Fällen führte das Programm der Deutschen Welle sogar zu einer offiziellen Beschwerde beim Auswärtigen Amt. So äußerte der Präsident des Tschad, François Tombalbaye, 1974 harsche Kritik, nachdem das Programm der Deutschen Welle zur Freilassung einer deutschen Geisel aus den Händen tschadischer Rebellen – die Rebellen hatten das mehrmalige Verlesen eines Kommuniqués über das westdeutsche Auslandsradio verlangt – missbraucht worden war.<sup>1126</sup> 1975 machten die angolanischen Oppositionsbewegungen Frente Nacional de Libertação de Angola<sup>1127</sup> und *União Nacional para a Independência Total de Angola*,<sup>1128</sup> sowie der Staatschef Zaïres, Joseph-Désiré Mobutu,<sup>1129</sup> ihrem Ärger über eine angebliche 'Parteinahme' der Deutschen Welle für die sowjetophile Bewegung – inzwischen Einheitspartei – Movimento Popular de Libertação de Angola im angolanischen Bürgerkrieg Luft. Tatsächlich war ein Mitglied des Movimento in den 1960er Jahren eine Zeit lang in der Deutschen Welle beschäftigt gewesen, so dass eine Beeinflussung des Programms nicht ganz ausgeschlossen werden kann. Und schließlich zeigte sich Mobutu erbost, nachdem er 1968 von der Deutschen Welle für seine Sicherheitspolitik kritisiert worden war. Die Botschaft in Kinshasa telegraphierte an das Auswärtige Amt:

*„vizeausserminister umba di lutete bat mich soeben zu sich und teilte mir auf ausdrueckliche weisung [Staatspräsident] mobutus mit, praesident finde von ihm selbst heute morgen 8.15 uhr abgehörten kommentar deutscher welle ausgesprochen unfreundlich gegenueber kongo und in widerspruch zu unserer amtlich hier mitgeteilten einstellung zum soeldner-problem. habe vizeausserminister auf unabhaengigkeit deutscher welle und gefahr, dass amtliche intervention nur gegenteil bewirke, hingewiesen. minister uebermittelte mir trotzdem wunsch mobutus, dass deutsche welle sofort – nicht erst in ein paar tagen – heute von acp [Agence Congolaise de Presse] verbreitete gegendarstellung mobutus bringe, deren text anschliessend offen durchgegeben wird. halte wiedergabe kongolesischer darstellung im interesse unserer beziehungen fuer wuensenswert und bitte um entsprechende vorstellung bei koelner redaktion, die auch zu groesserer zurueckhaltung bei darstellung kongolesischer fragen ersucht werden sollte.“*<sup>1130</sup>

<sup>1126</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 28. Juni 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103044.

<sup>1127</sup> Schmidt (Botschaft in der Republik Zaïre) an Auswärtiges Amt, 5. Dezember 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108164.

<sup>1128</sup> Botschafter Hase (Botschaft im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland) an Auswärtiges Amt, 11. Dezember 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108165.

<sup>1129</sup> Hachmeier (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 15. Februar 1975, PA AA, AA, AV 21108.

<sup>1130</sup> Giesder (Botschaft in der Republik Zaïre) an Auswärtiges Amt, 13. Januar 1968, PA AA, AA, B 34, 736.

Lediglich im Fall der kongolesischen Söldneranwerbung sollte es dem Auswärtigen Amt gelingen, die Deutsche Welle zu einer Gegendarstellung zu bewegen.<sup>1131</sup>

In den Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas ließ Frankreich der BRD in ihrer Öffentlichkeitsarbeit relativ freie Hand.<sup>1132</sup> In der Zentralafrikanischen Republik wurden einige stipendierte journalistische Ausbildungsplätze vergeben und Artikel geschaltet, im Tschad 0,8 Mio. DM zum Aufbau der Staatsdruckerei,<sup>1133</sup> in Gabun rund 3,7 Mio. DM zum Ausbau des Radiosenders Oyem vergeben,<sup>1134</sup> womit der westdeutschen Öffentlichkeitsarbeit eine gute Grundlage geschaffen werden konnte. In die Republik Kongo wurde zudem ein Kinomobil entsandt. Allein 1962 konnte die mobile Vorführungseinrichtung mit 112 Veranstaltungen rund 160.000 Personen erreichen. Ein Mitarbeiter der westdeutschen Botschaft in Brazzaville, Herr Merta, berichtete dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung beglückt:

*„In den wegen ihrer Unwegsamkeit auch für afrikanische Verhältnisse besonders rückständigen und von der Regierung vernachlässigten Nordprovinzen, war das Erscheinen des deutschen Kinomobils eine Sensation. Der Wunsch nach Wiederholungen und Zusatzprogrammen wurde hier besonders häufig laut. Der 'grosse Wagen' und die gezeigten Filme dürften Gesprächsstoff für Monate bilden – bis zu dem von den Bewohnern erwarteten nächsten Einsatz. Als einsetzender Regen die Durchführung einer Filmveranstaltung gefährdete, trugen Afrikaner einen Fetisch vor dem Kinomobil her, um den Wettergott zur Einsicht zu bringen. Vor allem in den Städten und grösseren Siedlungen gelang es, bei der Bevölkerung erste Vorstellungen von der Bundesrepublik zu vermitteln. Da hier Erlebnisse dieser Art selten sind, dürften die Eindrücke länger als in den mit der Zivilisation in Berührung gekommenen Gebieten nachwirken.“*<sup>1135</sup>

Doch stieß die westdeutsche Öffentlichkeitsarbeit gerade hier, in der Republik Kongo, auch auf erheblichen Widerstand, den selbst ein 1962 an die dortige westdeutsche Botschaft entsandter Pressereferent nicht in den Griff bekam. Progressive Kräfte waren in der Republik Kongo auf dem Vormarsch. Seit Mitte der 1960er Jahre begannen sich kritische Darstellungen und Kommentare zur Bundesrepublik in den kongolesischen Medien zu häufen.<sup>1136</sup> Die Öffentlichkeitsarbeiten der

<sup>1131</sup> Wever (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo und Botschaft in der Republik Ruanda, 15. Januar 1968, PA AA, AA, B 34, 736.

<sup>1132</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Kongolesischen Republik) an Auswärtiges Amt, 5. Februar 1964, PA AA, AA, B 34, 549.

<sup>1133</sup> Bundespresseamt an Auswärtiges Amt und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Bundesministerium für Wirtschaft und Bundesministerium der Finanzen, 20. Januar 1969, PA AA, AA, B 68, 759. ; Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an Auswärtiges Amt, 6. September 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103042. ; Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an Auswärtiges Amt, 15. Mai 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103042.

<sup>1134</sup> Auswärtiges Amt an Interministerieller Referentenausschuß für Technische Hilfe, 30. August 1971, PA AA, AA, B 68, 1010.

<sup>1135</sup> Merta (Botschaft in der Kongolesischen Republik) an Auswärtiges Amt, 24. Mai 1963, PA AA, AA, B 34, 457.

<sup>1136</sup> Geschäftsträger Zierer (Botschaft in der Republik Kongo) an Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der

Volksrepublik China, der Sowjetunion,<sup>1137</sup> der angolanischen Unabhängigkeitsbewegung Movimento Popular de Libertação de Angola,<sup>1138</sup> in geringem Umfang auch Frankreichs,<sup>1139</sup> hatten ebenso zu dieser Entwicklung beigetragen, wie ein Beschluss des Politbüros der kongolesischen Einheitspartei *Mouvement National de la Révolution* von 1966, den kongolesischen Medien eine Propagierung der sowjetischen Lösung in der Deutschen Frage nahezu legen.<sup>1140</sup> Staatspräsident Massamba-Débat, der die radikalsten progressiven Journalisten und Redakteure aus den kongolesischen Medien entfernen ließ,<sup>1141</sup> konnte diese Entwicklung zwar kurzzeitig stoppen, auf längere Sicht jedoch nicht verhindern. Auch wenn sich die westdeutsche Öffentlichkeitsarbeit damit in der Republik Kongo letztlich nicht durchsetzen konnte, so gelang es ihr doch immerhin, gemeinsam mit ihrem ostdeutschen Pendant, die Deutsche Frage in den Fokus des kongolesischen Medienkonsumenten zu rücken. 1966 sollte der kongolesische Außenminister, Charles David Ganao, in der kongolesischen Fernsehsendung *Face à Face* die drängendsten außenpolitischen Fragen aufzählen, mit denen sich die Außenpolitik der Republik Kongo derzeit zu beschäftigen habe. Die Lösung der Deutschen Frage landete auf dem zweiten Platz, direkt nach der Beendigung des Vietnam-Kriegs und noch vor der Lösung des Rhodesien-Konflikts und der endgültigen Zerschlagung des US-amerikanischen Imperialismus.<sup>1142</sup>

Im Fall der portugiesischen Überseeprovinz Angola begnügte sich die westdeutsche Öffentlichkeitsarbeit weitgehend mit der Bespielung des dortigen portugiesischen Medienapparates. Ein größeres Engagement, das über das bloße Schalten von Nachrichten hinausgegangen wäre, war nicht erforderlich. Über viele Jahre konnte so erfolgreich Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden. Selbst unter der zunehmend ostfreundlichen und portugalkritischen Politik der Regierung von Bundeskanzler Willy Brandt blieb Gegenkritik portugiesischer Medien an der Bundesrepublik lange Zeit aus.<sup>1143</sup> Eine Änderung trat erst Ende 1975, nach dem Regierungsantritt der Movimento Popular, ein. Die Nichtanerkennung der von ihr ausgerufenen Volksrepublik Angola durch die

---

Sahara (Auswärtiges Amt), 18. Mai 1967, PA AA, AA, B 68, 632.

<sup>1137</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Kongolesischen Republik) an Auswärtiges Amt, 17. Oktober 1964, PA AA, AA, B 34, 548.

<sup>1138</sup> Geschäftsträger Zierer (Botschaft in der Republik Kongo) an Auswärtiges Amt und Botschaft im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und Botschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika, 23. August 1967, PA AA, AA, B 34, 726.

<sup>1139</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 15. März 1965, PA AA, AA, B 34, 623.

<sup>1140</sup> Botschaft in der Republik Kongo an Auswärtiges Amt, 18. Oktober 1966, PA AA, AA, B 6, 125.

<sup>1141</sup> Geschäftsträger Zierer (Botschaft in der Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 10. Oktober 1968, PA AA, AA, B 6 133.

<sup>1142</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Republik Kongo) an Auswärtiges Amt und Botschaft in Großbritannien und Botschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika, 29. Dezember 1966, PA AA, AA, B 34, 687.

<sup>1143</sup> Generalkonsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola an Referat Ost- und Südafrika (Auswärtiges Amt) und Botschaft in der Republik Portugal und Generalkonsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Mosambik, 11. September 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102569.

Bundesregierung führte auf zum Ausbruch einer gegen die Bundesrepublik gerichteten Medienkampagne der Regierungspartei, welche die bisherigen Erfolge der langjährigen westdeutschen Öffentlichkeitsarbeit wieder allesamt in Frage stellte.<sup>1144</sup>

In Kamerun boten die französischen Stellen der BRD, wohl auch, da hier von französischer Seite ein höherer Wirkungsgrad der westdeutschen Öffentlichkeitsarbeit befürchtet wurde, deutlich stärkeren Widerstand als in den Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas. Erst nach dem Bau der Berliner Mauer im Sommer 1961 entschloss sich Paris, seine dortige Auslandsvertretung zur Zusammenarbeit zu ermuntern. Erleichtert berichtete die westdeutsche Botschaft in Kamerun dem Auswärtige Amt:

*„Die französische Botschaft in Yaoundé hat Weisung erhalten, in allen die gegenwärtige Berlin-Krise betreffenden Fragen, insbesondere in Pressefragen, mit den Botschaften der Bundesrepublik, Groß-Britanniens und den USA [United States of America] engstens zusammenzuarbeiten.“*<sup>1145</sup>

Auch das Auswärtige Amt ging im Fall Kameruns von einem großen Interessentenkreis für seine Öffentlichkeitsarbeit aus und bemühte sich, zumindest anfänglich, um ein besonders intensives mediales Auftreten in dieser einstmals deutschen Kolonie.<sup>1146</sup> Auf der Unabhängigkeitsfeier 1960 stellte die BRD mit zehn Journalisten die größte Delegation ausländischer Medienvertreter, was auf französischer Seite für einige Verstimmung sorgte.<sup>1147</sup> Neue Deutsche Wochenschau und die Wochenschau der Universum Film widmeten den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten Kameruns und dem Kampf der Regierung Ahidjo gegen die Oppositionspartei Union des Populations du Cameroun sogar mehrere ihrer in westdeutschen Kinos gezeigten Nachrichtensendungen, die dann anschließend auch der Regierung Ahidjo für Aufführungen in den Lichtspielhäusern Kameruns zur Verfügung gestellt wurden.<sup>1148</sup> Wohl um die französische Botschaft nicht zu sehr in Unruhe zu versetzen, konnte sich die BRD bei der Mittelvergabe für einzelne Projekte ihrer Öffentlichkeitsarbeit aber auch in Zurückhaltung üben. So wurde das bereits 1961 eingeleitete Projekt der Errichtung einer Staatsdruckerei für die Regierung Ahidjo,<sup>1149</sup> an dem die Bundesrepublik mit einer Hilfe über 1,2 Mio. DM beteiligt war,<sup>1150</sup> hinausgezögert und erst zu

<sup>1144</sup> Generalkonsul Stiehl (Generalkonsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola) an Referat Organisation (Auswärtiges Amt), 24. November 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108166.

<sup>1145</sup> Elles (Botschaft in der Republik Kamerun) an Auswärtiges Amt und Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 17. August 1961, PA AA, AA, B 34, 250.

<sup>1146</sup> Referatsleiter Spang – Referat Haushalt und Finanzen (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 28. Juni 1960, PA AA, AA, B 90, 248.

<sup>1147</sup> Schatten an Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 34, 61.

<sup>1148</sup> Jovy an Auswärtiges Amt, 26. Februar 1960, PA AA, AA, B 34, 34.

<sup>1149</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 31. Mai 1961, PA AA, AA, B 68, 103.

<sup>1150</sup> Interministerieller Referentenausschuß für Technische Hilfe an Auswärtiges Amt, 28. Februar 1968, PA AA, AA, B 68, 524.

Beginn der 1970er Jahre tatsächlich realisiert.

Ganz wollte man sich aus dem kamerunischen Pressewesen aber auch nicht heraushalten. In Westkamerun war 1963 von der *Cameroon Times*, dem Parteiorgan der westkamerunischen *Kamerun National Democratic Party*, ein Deutscher als technischer Leiter eingestellt worden.<sup>1151</sup> Seine Stellung im Unternehmen führte zu einem vermehrten Bezug von westdeutschen Druckereimaschinen und – bereits nach kurzer Zeit – zu einem Vertragsabschluss zwischen der westkamerunischen Zeitung und der Deutschen Presse-Agentur.<sup>1152</sup> Der Vertrag wurde später, aufgrund seiner für die *Cameroon Times* günstigen Konditionen, auch von der ostkamerunischen Nachrichtenagentur *Agence Camerounaise de Presse* übernommen. Die sicherte sich im Gegenzug wohl das Monopol auf die Nachrichtenbeschaffung für die Deutsche Presse-Agentur in Kamerun.<sup>1153</sup> Der Vertragstext konnte in den Akten nicht aufgespürt werden, doch heißt es in einem Bericht der westdeutschen Botschaft, dass Informationen über Kamerun von der Deutschen Presse-Agentur künftig nur noch über die ostkameruner Presseagentur, wahrscheinlich gegen ein Entgelt, bezogen werden sollten.<sup>1154</sup> Die westkamerunische *Cameroon Times* nutzte die Informationen der Deutschen Presse-Agentur im Schnitt für 50% ihrer Artikel und Kommentare. Bei der ostkamerunischen *Agence Camerounaise de Presse* fiel die Übernahmequote mit knapp 3% deutlich bescheidener aus.<sup>1155</sup> Doch ließ sich die Deutsche Presse-Agentur von diesem durchmischten kamerunischen Interesse für die Belange der Bundesrepublik und ihrer Sicht auf die Welt nicht beeindrucken. Als Ende der 1960er Jahre der Vertrag mit der *Agence Camerounaise* auslief, ließ die westdeutsche Agentur sogar einen eigenen Korrespondenten in Yaoundé akkreditieren.<sup>1156</sup>

Film und Fernsehen waren jedoch die eigentlichen Schwerpunkte der westdeutschen Öffentlichkeitsarbeit in Kamerun. Anfang der 1960er Jahre wurden mehrere Kinomobile nach Kamerun entsandt. Mit diesen wurden bereits 1963 21 Veranstaltungen mit 118.000 Besuchern in West-Kamerun und 48 Veranstaltungen mit 107.000 Besuchern in Ost-Kamerun durchgeführt. In einem Bericht der westdeutschen Botschaft in Kamerun hieß es hierzu:

*„Dabei zeigte sich erneut, dass für den Einsatz des Kinomobils Filme, die bilaterale Ereignisse zum Gegenstand haben, großen Anklang finden und nahezu regelmäßig Szenenapplaus hervorrufen. Es darf hervorgehoben werden, daß der Film über den Besuch von Staatspräsident [Ahmadou] Ahidjo in*

---

<sup>1151</sup> Botschafter Döring (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 29. November 1963, PA AA, AA, B 34, 417.

<sup>1152</sup> Lüdecke (Deutsche Presse-Agentur) an Referatsleiter Steltzer – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 10. Oktober 1963, PA AA, AA, B 34, 417.

<sup>1153</sup> Botschafter Döring (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 31. Januar 1964, PA AA, AA, B 34, 419.

<sup>1154</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun an Auswärtiges Amt, 24. Oktober 1967, PA AA, AA, B 6, 125.

<sup>1155</sup> Rüdts (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 29. Juli 1964, PA AA, AA, B 34, 495.

<sup>1156</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun an Auswärtiges Amt, 24. Oktober 1967, PA AA, AA, B 6, 125.

*Deutschland einen für europäische Verhältnisse schwer vorstellbaren Anklang findet. Beifall und zahlreiche lautstarke Ausrufe lassen selbst bei Vorstellungen, an denen nur 500 bis 600 Personen teilnehmen, den Kommentar nahezu untergehen. [...] Bemerkenswert sei ferner, daß nahezu jeder Vorstellung meinungsbildende Persönlichkeiten – Präfekten, Souspräfekten, Bürgermeister, Lehrer, Pfarrer und Missionare – beiwohnen.*<sup>1157</sup>

1967 war die Zahl der Veranstaltungen dann schon auf 198 gestiegen. Rund 600.000 Kameruner besuchten mittlerweile pro Jahr die Vorführungen der Kinomobile.<sup>1158</sup> In den 1970er Jahren nahm die westdeutsche Öffentlichkeitsarbeit dann auch das kamerunische Fernsehen in den Blick. Ein Berater wurde an die Fernsehanstalt von Yaoundé entsandt. Neben dessen Nutzen für die Öffentlichkeitsarbeit hatten hierbei auch ökonomische Gründe eine Rolle gespielt. Die kamerunische Fernsehanstalt stand kurz vor der Umstellung ihres Betriebs von Schwarz-weiß- auf Farbbild und der Beantwortung der Frage, ob sie sich hierbei für die französische SECAM-Technik oder die westdeutsche PAL-Technik entscheiden sollte. Der Berater hatte verständlicherweise die Aufgabe, innerhalb der kamerunischen Sendeanstalt, die Einführung des westdeutschen PAL-Systems zu forcieren. Um französische Gegenmaßnahmen zu verhindern, kabelte die westdeutsche Botschaft in Kamerun 1974 an das Auswärtige Amt:

*„bitte kuenftig drahterlasse in o.a. angelegenheit [die Entsendung des Fernsehberaters] stets zu verschluesseln, da offener fs-verkehr ueber france-cable allen interessierten franzoesischen stellen zugangig ist. franzoesische gegenmassnahmen gegen evtl. einfuehrung des pal-systems in kamerun koennten daher fruehzeitig eingeleitet werden.*<sup>1159</sup>

Auch die westdeutsche Öffentlichkeitsarbeit in Kamerun wurde aber bei weitem vom westdeutschen Engagement in der Demokratischen Republik Kongo in den Schatten gestellt, wo eine Zusammenarbeit mit den belgischen Medien bereits in den 1950er Jahren eingeleitet worden war.<sup>1160</sup> Um die kongolesische Presse, in der es nicht wenige Lumumbisten gab, unter Kontrolle zu bringen, wurde über den Condor-Verlag und die Gesellschaft der Freunde Afrikas e.V. – Letztere war eine Tarnorganisation des Bundesnachrichtendienstes – eine Großdruckerei, die *Imprimerie Concordia*, errichtet, der Mitte der 1960er Jahre wahrscheinlich noch eine zweite Druckerei im Ostkongo angegliedert wurde.<sup>1161</sup> Bei diesem Projekt handelte es sich um eine verdeckte Operation

<sup>1157</sup> Rüdts (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 29. August 1964, PA AA, AA, B 34, 495.

<sup>1158</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun an Auswärtiges Amt, 19. Oktober 1967, PA AA, AA, B 6, 125.

<sup>1159</sup> Horstmann (Botschaft in der Vereinigten Republik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 9. August 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102959.

<sup>1160</sup> Custodis (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung) an Abteilung Handelspolitik (Auswärtiges Amt), 24. Juni 1954, PA AA, AA, B 60, 1. Abg., 17.

<sup>1161</sup> Huber (Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo) an Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 20. Januar 1965, PA AA, AA, B 68, 349.

des westdeutschen Auslandsgeheimdienstes, auf die im übernächsten Abschnitt noch näher einzugehen sein wird. Auch wenn das Projekt ursprünglich nur gegen die Regierung Lumumba angelegt worden war, wirkte es doch lange über dessen Ermordung, im Frühjahr 1961, fort. Erst 1974 wurde die Druckerei,<sup>1162</sup> samt eines finanziellen Zuschusses über 2 Mio. DM, an den zairischen Staat abgetreten.<sup>1163</sup> Als größte und modernste Druckerei des Landes konnte sie ihren Kunden die günstigsten Angebote unterbreiten und ihre Konkurrenz nach und nach vom Markt verdrängen. So aufgestellt war es dem Bundesnachrichtendienst dann ein Leichtes, die kongolesische Presselandschaft nach eigenem Belieben zu gestalten. Wer nicht kooperierte, lief Gefahr, am Ende des Tages ohne gedruckte Zeitungsausgabe dazustehen. Zusätzlich wurden westdeutsche Journalisten direkt an kongolesische Zeitungen entsandt. So beschäftigte die kongolesische Tageszeitung *Étoile du Congo* – wohl in direktem Zusammenhang mit dem Geheimdienstprojekt – bis 1967 westdeutsche Redakteure<sup>1164</sup> und Journalisten.<sup>1165</sup> Beides beflügelte die westdeutsche Öffentlichkeitsarbeit im kongolesischen Pressewesen. Allein vom Dezember 1965 bis zum September 1966 konnten 168 Berichte, die westdeutsche Positionen bezogen, lanciert werden.<sup>1166</sup> Vom Oktober 1966 bis zum September 1967 waren es dann sogar schon 231 Artikel, die, wie die westdeutsche Botschaft in Léopoldville stolz verkündete, nun auch „unentgeltlich“ in kongolesischen Zeitungen platziert werden konnten.<sup>1167</sup> Neben der Presse unterstützte die westdeutsche Öffentlichkeitsarbeit auch geringfügig das kongolesische Rundfunkwesen – 1961 wurden einige Rundfunktechniker ausgebildet und zwei Rundfunkaufnahmewagen gestellt<sup>1168</sup> –, sowie, in größerem Umfang, das kongolesische Fernsehen. Nach der Verstaatlichung des katholischen Fernsehsenders *Telestar* durch die kongolesische Regierung,<sup>1169</sup> kofinanzierte die BRD den Aufbau eines nationalen zairischen Fernsehsenders. Auch hier hatten ökonomische Motive wieder eine Rolle gespielt. Wie schon im Fall der Regierung Ahidjo, sollte auch der Regierung

<sup>1162</sup> Schlichter (Bundeskanzleramt) an Referatsleiter Haas – Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 12. Januar 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103058.

<sup>1163</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an Referat Außenpolitische Fragen der Technischen Entwicklungshilfe; Grundsätze der gesamten Technischen Hilfe und Referat Nord- und Westafrika (Auswärtiges Amt), 14. August 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103058.

<sup>1164</sup> Neumann (Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo) an Auswärtiges Amt und Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 6. Februar 1970, PA AA, AA, B 68, 776.

<sup>1165</sup> Neumann (Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo) an Auswärtiges Amt und Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 7. März 1970, PA AA, AA, B 68, 776.

<sup>1166</sup> Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo an Auswärtiges Amt, 10. November 1966, PA AA, AA, B 6, 125.

<sup>1167</sup> Giesder (Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 17. November 1967, PA AA, AA, B 6 125.

<sup>1168</sup> Krause-Brewer (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung) an Auswärtiges Amt, 11. Dezember 1961, PA AA, AA, B 68, 156.

<sup>1169</sup> Referatsleiter D'Hondt – Referat Zentralafrika (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) an Referat I 2 B (Bundesstelle für Entwicklungshilfe) und Referat Nord- und Westafrika (Auswärtiges Amt) und Kreditanstalt für Wiederaufbau, 21. August 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103058.

Mobutu die Einführung der westdeutschen PAL-Technik bei der Umstellung auf das Farbfernsehen schmackhaft gemacht werden.<sup>1170</sup> Zunächst 5,4 Mio. DM,<sup>1171</sup> später noch einmal 12 Mio. DM Kapitalhilfe wurden in den Aufbau eines nationalen kongolesischen Fernsehsenders von westdeutscher Seite investiert.<sup>1172</sup> Mediale Attacken gegen die Bundesrepublik waren bei einer solch intensiven Öffentlichkeitsarbeit kaum möglich. Lediglich Mitte der 1960er Jahre geriet die Bundesrepublik in den kongolesischen Medien für kurze Zeit in die Kritik. Westdeutsche Zeitungen – und die schon erwähnte Deutsche Welle – hatten Mobutus Anwerbung von Söldnern kritisiert und verurteilt, weshalb Mobutu eine Kampagne gegen die Bundesrepublik inszenieren ließ,<sup>1173</sup> die schließlich in einer generellen Kritik an westdeutschen Versuchen, Einfluss auf die inneren Angelegenheiten des Kongo zu nehmen, kulminierte. Vor allem der Sozialreferent der westdeutschen Botschaft in Léopoldville wurde diesbezüglich – durchaus berechtigt, wie in einem kommenden Abschnitt noch zu zeigen sein wird – scharf attackiert.<sup>1174</sup>

### *c) Ostdeutsche Öffentlichkeitsarbeit in Zentralafrika*

Die Öffentlichkeitsarbeit Ostdeutschlands war, ähnlich derjenigen der BRD, weitgehend vom Vorhandensein einer Vertretung vor Ort abhängig, so dass die späte diplomatische Anerkennung der DDR ihrer Arbeit im zentralafrikanischen Raum lange Zeit enge Grenzen setzte. In den späten 1950er und frühen 1960er Jahren bestand sie im Wesentlichen aus dem wahllosen Versand von Schriften und Broschüren an zentralafrikanische Institutionen und Persönlichkeiten.<sup>1175</sup> Daneben dürfte seit Ende der 1950er Jahre auch Radio Berlin International eine Zuhörerschaft in den zentralafrikanischen Staaten gefunden haben.

Am schwächsten fiel die ostdeutsche Öffentlichkeitsarbeit in der Demokratischen Republik Kongo und in Kamerun aus. Dabei war mindestens ein Mitglied der kamerunischen Oppositionspartei Union des Populations du Cameroun seit 1957 im Öffentlichkeitsapparat der DDR angestellt, wo es die für Afrika südlich der Sahara bestimmten Auslandsinformationen bearbeitete.<sup>1176</sup> Tatsächlich

<sup>1170</sup> Reiche (Botschaft in der Republik Zaïre) an Referat Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der naturwissenschaftlichen Forschung, der technologischen Entwicklung und der Umweltprobleme (Auswärtiges Amt), 20. August 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103058.

<sup>1171</sup> Stecker (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) an Referat Außenpolitische Fragen der Technischen Entwicklungshilfe; Grundsätze der gesamten Technischen Hilfe (Auswärtiges Amt) und Referat West- und Zentralafrika (Auswärtiges Amt), 12. Dezember 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108383.

<sup>1172</sup> Referatsleiter Wever – Referat Nord- und Westafrika (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Republik Zaïre, 20. Dezember 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108383.

<sup>1173</sup> Giesder (Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 28. Januar 1966, PA AA, AA, B 68, 349.

<sup>1174</sup> Giesder (Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 23. Oktober 1965, PA AA, AA, B 68, 440.

<sup>1175</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, Dok. 103, S. 1-16.

<sup>1176</sup> Abteilungsleiter Müller-Roschach – Abteilung West II (Auswärtiges Amt) an Staatssekretär Carstens (Auswärtiges



nachweisen lässt sich für beide Staaten jedoch lediglich der Empfang von Radio Berlin International,<sup>1177</sup> sowie die Lieferung einer größeren Anzahl von Informationsbroschüren.<sup>1178</sup>

Auch in Angola stand die ostdeutsche Öffentlichkeitsarbeit auf schwachen Beinen. Über die Auslandsbüros der Befreiungsbewegung Movimento Popular de Libertação de Angola konnten nur gelegentlich Einzelinformationen im afrikanischen Ausland gestreut werden. Selbst der Umstand, dass einige Mitglieder der Movimento Popular für einige Zeit beim Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst eine Anstellung fanden, konnte daran nur wenig ändern.<sup>1179</sup> Lediglich Ende der 1960er Jahre gelang der ostdeutschen Öffentlichkeitsarbeit hier ein größerer Coup, als sie der Movimento Popular und der Weltöffentlichkeit eine umfängliche Dokumentation über die angebliche westdeutsche Unterstützung Portugals in dessen Kolonialkrieg, der mittlerweile in Angola, Mosambik, Portugiesisch-Guinea und den Kapverdischen Inseln ausgetragen wurde, vorlegte.<sup>1180</sup> 1975, während des Wahlkampfs um die Mehrheit im sich konstituierenden angolanischen Nationalparlament, wurden der Movimento Popular dann polygraphische Maschinen,<sup>1181</sup> möglicherweise auch noch ein Propagandafilm zur Verbesserung ihrer Öffentlichkeitsarbeit, übergeben.<sup>1182</sup> Sogar ein Vertreter des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes wurde nun, kurz vor der Entlassung des Landes in die Unabhängigkeit, in dessen Hauptstadt Luanda akkreditiert.<sup>1183</sup> Letzterer Schritt war allerdings nur auf Verlangen der Sowjetunion erfolgt, die im Sommer 1975 um eine verstärkte Berichterstattung ostdeutscher Medien über die sich bereits abzeichnende Angola-Krise gebeten hatte.<sup>1184</sup>

Nach Äquatorialguinea hatte die DDR noch vor der offiziellen Aufnahme diplomatischer

---

Amt), 5. Oktober 1962, PA AA, AA, B 34, 349.

<sup>1177</sup> 1. Sekretär Schedlich (Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten) an Abteilungsleiter Lessing – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Auslandsinformationen (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten, 27. Oktober 1964, PA AA, MfAA, VS-65, S. 9-11.

<sup>1178</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, Dok. 103, S. 1-16.

<sup>1179</sup> Handelsvertretung in der Republik Guinea an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 9. Januar 1962, PA AA, MfAA, A 15964, Fiche 1, S. 68-70.

<sup>1180</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 28. August 1968, PA AA, MfAA, Dok. 109, Bd. 45.

<sup>1181</sup> Botschafter Weidemann (Botschaft in der Republik Zaïre) an Stellvertretender Minister Willerding (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Abteilungsleiter Röder – Abteilung Ost- und Zentralafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 8. März 1975, PA AA, MfAA, C 6158, Fiche 1, S. 36.

<sup>1182</sup> Botschaft in der Vereinigten Republik Tansania an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 7. Februar 1975, PA AA, MfAA, C 6158, Fiche 1, S. 25-27.

<sup>1183</sup> Hauke an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 3. November 1975, PA AA, MfAA, C 6158, Fiche 1, S. 67-69.

<sup>1184</sup> Minister Fischer (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an 1. Sekretär des Politbüros Honecker – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Vorsitzender Sindermann (Ministerrat) und Mitglied des Politbüros Axen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 24. Juni 1975, BArch, DC 20 / 16890.

Beziehungen einen Presseattaché entsandt.<sup>1185</sup> Zensurmaßnahmen der äquatorialguineischen Behörden, an welche sich die ostdeutsche Vertretung auch gebunden fühlte,<sup>1186</sup> vor allem aber die Einstellung der beiden einzigen Medien des Landes, der Zeitung *Unidad* und des Senders *Radio Malabo*, im Jahr 1975,<sup>1187</sup> bereiteten der ostdeutschen Öffentlichkeitsarbeit jedoch ein frühzeitiges Ende.<sup>1188</sup>

In den Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas war der DDR ebenfalls nur ein begrenzter Erfolg beschieden. In der kurzen Phase der Anerkennung durch die Zentralafrikanische Republik konnten in dessen Presse und Radio lediglich einige Artikel und Beiträge geschaltet werden.<sup>1189</sup> Die Kosten für eine Studie über eine geplante Regierungsdruckerei wurden übernommen.<sup>1190</sup> Zu einem Durchbruch kam es aber nicht – auch, da die dortige westdeutsche Botschaft schon bald mit ersten medialen Störaktionen begann. So musste der ostdeutsche Botschafter in der Zentralafrikanischen Republik, Heinz Deutschland, im September 1970 beim zentralafrikanischen Außenminister, Nestor-Kombot Naguemon, eine Beschwerde gegen einen, die DDR beleidigenden, Artikel in der einzigen Zeitung des Landes einreichen. Außenminister Naguemon war außer sich und erklärte:

*„Der Artikel hat mich tief bewegt und erschüttert. Er entspricht nicht der Ansicht und der Politik der ZAR [Zentralafrikanischen Republik] gegenüber der DDR. Ich werde sofort mit dem amtierenden Informationsminister telefonieren, um Aufklärung und entsprechende Maßnahmen zu verlangen. Ich verurteile den Artikel im Namen der Regierung der ZAR. Er widerspricht der Hochachtung, die Präsident [Jean-Bédél] Bokassa gegenüber der DDR und ihrem Präsidenten [gemeint war wohl der Staatsrat, da das Amt des Präsidenten in der DDR 1960 abgeschafft worden war] hegt. Er widerspricht selbst der Botschaft Bokassas an Gen. [Ministerpräsident der Sowjetunion, Alexei Nikolajewitsch] Kossygin[,] und [Bundes]Kanzler [Willy] Brandt aus Anlass des Abschlusses des Vertrages. Wenn der Präsident diesen Artikel zu Gesicht bekommt, wird er harte Maßnahmen gegen die Verantwortlichen ergreifen. Noch heute wird der Vizepräsident [Antoine Guimali] informiert. Die ZAR wünscht nicht, daß die Freundschaft zur DDR durch derartig verantwortungslose Handlungen belastet wird.“<sup>1191</sup>*

<sup>1185</sup> Presseattaché Dübelt (Botschaft in Santa Isabel) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 7. Februar 1971, PA AA, MfAA, C 1096/78, Fiche 2, S. 107-112.

<sup>1186</sup> 2. Sekretär Kleinhempel (Botschaft in Malabo) an Abteilung Auslandsinformationen (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 23. Mai 1972, PA AA, MfAA, C 1097/78, Fiche 1, S. 35.

<sup>1187</sup> Geschäftsträger Wendlandt (Botschaft in Malabo) an Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Abteilung Nord- und Westafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 15. Februar 1976, PA AA, MfAA, C 1096/78, Fiche 1, S. 3-19.

<sup>1188</sup> Botschafter Münch (Botschaft in Malabo) an Müller – Abteilung Internationale Verbindungen (Deutscher Demokratischer Rundfunk), 17. April 1972, PA AA, MfAA, C 1124/78, Fiche 1, S. 5-6.

<sup>1189</sup> Botschafter Deutschland (Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik) an Stellvertretender Minister Kiese Wetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 828/74, Fiche 1, S. 53-55.

<sup>1190</sup> Geschäftsträger a.i. Laar (Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik) an Generaldirektor (Polygraph) und Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 7. Juni 1971, PA AA, MfAA, C 826/74, Fiche 1, S. 25-26.

<sup>1191</sup> Botschafter Deutschland (Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik) an Stellvertretender Minister

Im Tschad hatte es die ostdeutsche Öffentlichkeitsarbeit da schon etwas leichter. Mitte 1974 gelang es ihr, eine Zusammenarbeit zwischen dem Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst und der *Agence Tchadienne de Presse*, sowie zwischen ostdeutschen und tschadischen Rundfunksendern einzuleiten und ein Ausbildungsprogramm für tschadische Journalisten in der DDR in Gang zu setzen.<sup>1192</sup> Das stärkste öffentlichkeitspolitische Engagement zeigte die DDR aber verständlicherweise in der Republik Kongo. Anfang der 1960er Jahre beschränkte sich die Öffentlichkeitsarbeit zwar auch hier noch weitgehend auf die Verteilung von Informationsbroschüren.<sup>1193</sup> Doch konnte, unter Zuhilfenahme der sowjetischen Auslandsvertretung in Brazzaville, schon zu dieser Zeit, die Vorführung von gegen die DDR gerichteten Kinofilmen, wie die deutsch-US-amerikanische Koproduktion *Tunnel 28* beziehungsweise *Escape From East Berlin*, in dem die Flucht von 28 Menschen aus Ost-Berlin geschildert wird, erfolgreich verhindert werden.<sup>1194</sup> Mitte der 1960er Jahre wurden dann Beziehungen zum kongolesischen Fernsehen aufgenommen. Ein Fernsehberater wurde entsandt und zwei Ausbildungsplätze für Mitarbeiter des kongolesischen Fernsehens in der DDR zur Verfügung gestellt.<sup>1195</sup> 1970, mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, erlebte die ostdeutsche Öffentlichkeitsarbeit dann einen Dammbruch. Erste Reisen<sup>1196</sup> und Kaderausbildungen<sup>1197</sup> wurden nun für das journalistische Führungspersonal der Volksrepublik organisiert. Außerdem wurden ein ostdeutscher Fernsehberater an das kongolesische Informationsministerium<sup>1198</sup> und mehrere ostdeutsche Druckereiberater an die kongolesische Nationaldruckerei entsandt.<sup>1199</sup> Der ostdeutsche Nachrichtendienst und die *Agence Congolaise*

---

Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilungsleiter Kern – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Direktor Grunert – Zentrum für Information und Dokumentation (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Zentrum für Information und Dokumentation (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 16. September 1970, PA AA, MfAA, C 828/74, Fiche 1, S. 31-34.

<sup>1192</sup> Botschaft in der Republik Tschad an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 24. Januar 1975, PA AA, MfAA, C 6270, Fiche 1, S. 3-4.

<sup>1193</sup> Botschafter Sartorius (Botschaft in der Kongolesischen Republik) an Auswärtiges Amt, 20. November 1961, PA AA, AA, B 34, 301.

<sup>1194</sup> Botschaft in der Republik Kongo an Auswärtiges Amt, 11. März 1966, PA AA, AA, B 34, 687.

<sup>1195</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 9. Mai 1967, PA AA, MfAA, C 946/74, Fiche 1, S. 1-2.

<sup>1196</sup> Gesandter Richter (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Abteilungsleiter Kern – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 31. August 1970, PA AA, MfAA, C 920/74, Fiche 1, S. 31.

<sup>1197</sup> Gesandter Richter (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 24. September 1970, PA AA, MfAA, C 925/74, Fiche 1, S. 82-83.

<sup>1198</sup> Minister Winzer (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Kandidat des Politbüros Lamberz - Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 25. Februar 1971, PA AA, MfAA, C 1112/77, Fiche 1, S. 3-4.

<sup>1199</sup> 3. Sekretär Voß (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Stellvertretender Minister Willerding (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Mitarbeiter Büttner – Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Abteilungsleiter Röder – Abteilung Ost- und Zentralafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilungsleiter Henze – Abteilung Auslandsinformationen (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilungsleiter Meyer – Abteilung

*d'Information* schlossen einen Kooperationsvertrag, laut dem der Agence Congolaise Ausrüstung und Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden sollten.<sup>1200</sup> So aufgestellt, gelang es der ostdeutschen Öffentlichkeitsarbeit problemlos, Auslandsinformationen in der Presse, dem Fernsehen<sup>1201</sup> und dem Rundfunk der Volksrepublik zu lancieren.<sup>1202</sup> Auch die mittlerweile im Kongo tätigen ostdeutschen Lehrkräfte wurden in die Öffentlichkeitsarbeit mit einbezogen. So führten Ende 1972 zwanzig sowjetische und fünf ostdeutsche Lehrer an der Pädagogischen Hochschule von Brazzaville eine gemeinsame Konferenz durch, an der die künftige Verbreitung ostdeutscher Auslandsinformationen durch die Lehrkräfte beschlossen und koordiniert wurde.<sup>1203</sup> 1974 wurde zur weiteren Verbesserung der Koordinierung der Auslandsinformationen sogar an der ostdeutschen Botschaft eine Kommission für Auslandsinformationen eingerichtet.<sup>1204</sup> Auch Kongolesen wurden in die ostdeutsche Öffentlichkeitsarbeit eingebunden. Zu Beginn der 1970er Jahre entsandte die Volksrepublik Kongo einen ständigen Korrespondenten in die DDR.<sup>1205</sup> Doch erwies es sich schwieriger als gedacht, den Kongolesen politisch auf Linie der ostdeutschen Öffentlichkeitsarbeit zu halten.<sup>1206</sup> Die in der Volksrepublik vermittelten Inhalte konzentrierten sich im Wesentlichen auf die ostdeutsch-kongolesischen Beziehungen,<sup>1207</sup> sowie die Jahrestage der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands<sup>1208</sup> und der DDR.<sup>1209</sup> Diskreditierungen der BRD

---

journalistische Beziehungen (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 1110/77, Fiche 1, S. 1-12.

<sup>1200</sup> Meyer-Landrut (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Auswärtiges Amt, 19. Juni 1970, PA AA, AA, B 34, 786.

<sup>1201</sup> 2. Sekretär Schröder (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 1110/77, Fiche 1, S. 13-21.

<sup>1202</sup> 3. Sekretär Voß (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Stellvertretender Minister Willerding (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Mitarbeiter Büttner – Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Abteilungsleiter Röder – Abteilung Ost- und Zentralafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilungsleiter Henze – Abteilung Auslandsinformationen (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilungseiter Meyer – Abteilung journalistische Beziehungen (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 1110/77, Fiche 1, S. 1-12, hier S. 6.

<sup>1203</sup> Ebd.

<sup>1204</sup> Botschafter Dordan (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 6. Dezember 1974, PA AA, MfAA, C 6177, Fiche 2, S. 103.

<sup>1205</sup> 1. Sekretär Jahsnowski (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Auslandsinformationen (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 25. Mai 1970, PA AA, MfAA, C 925/74, Fiche 1, S. 51-53.

<sup>1206</sup> 3. Sekretär Voß (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Stellvertretender Minister Willerding (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Mitarbeiter Büttner – Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Abteilungsleiter Röder – Abteilung Ost- und Zentralafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilungsleiter Henze – Abteilung Auslandsinformationen (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilungseiter Meyer – Abteilung journalistische Beziehungen (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 1110/77, Fiche 1, S. 1-12, hier S. 9.

<sup>1207</sup> Ebd., hier S. 3.

<sup>1208</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 1080/77, Fiche 1, S. 15-18.

<sup>1209</sup> Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. Januar 1972, PA AA, MfAA, C 920/74, Fiche 2, S. 106-107.

spielten dagegen kaum eine Rolle.<sup>1210</sup> Wirklich zur Geltung kam der deutsch-deutsche Gegensatz lediglich auf den alljährlichen kongolesischen Paraden und Demonstrationszügen. Transparente in „schwarz-weiss-rot“ und mit „Hakenkreuzen“ versehen<sup>1211</sup> sollten die Öffentlichkeitsarbeit der BRD untergraben, Portraits von Marx und Engels die Bedeutung des 'wahren' Deutschlands für den Aufbau des Sozialismus unterstreichen.<sup>1212</sup> Doch handelte es sich hierbei nur um Randerscheinungen. Spätestens seit 1974 bemühten sich die Botschafter von BRD und DDR, in der Volksrepublik jeglichen publizistischen „Kleinkrieg“ zu vermeiden.<sup>1213</sup> Als 1976 die Geschäftsträgerin der ostdeutschen Botschaft in Brazzaville, in Abwesenheit ihres Botschafters, in einem Interview für die kongolesische Presse die BRD des Imperialismus bezichtigte, fand der westdeutsche Botschafter, Gottfried Fischer, hierfür deutliche Worte:

*„Ich werde sie bei nächster Gelegenheit darauf ansprechen und dabei ihren gegenwärtig abwesenden Botschafter zitieren, der mir vor mehreren Monaten einmal sagte: wir wollen es doch nicht so machen wie die Chinesen, die hier im dritten Land die Sowjets attackieren.“<sup>1214</sup>*

Bei so viel Entgegenkommen verwundert es nicht, dass sich in der kongolesischen Bevölkerung das Verständnis für den Sinn des deutsch-deutschen Gegensatzes in Grenzen hielt. 1974 machte die ostdeutsche Botschaft neben einem propagandistischen Defizit, der „undifferenzierte[n] Gleichsetzung“ von BRD und DDR in den Medien, und einem ökonomischen Defizit, dem Interesse an der „Belebung der ökonomischen Aktivitäten der BRD in der VRK [Volksrepublik Kongo]“, auch eine nationale Ursache für den ungenügenden Erfolg ihrer Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich:

*„[Die] kongolesischen Partner [vertreten] die Meinung[, dass] nach dem Abschluß des Grundvertrages DDR-BRD [...] alle Fragen gelöst [seien]; Sie vergleichen das Verhältnis DDR-BRD mit dem der VR [Volksrepublik] Kongo und Zaires. Die sogenannte Aussöhnung VRK-Zaire [Volksrepublik Kongo-Zaire] auf der Grundlage der Ansicht 'alle seien Brüder' wird auf das Verhältnis der beiden deutschen Staaten übertragen und sogar empfohlen.“<sup>1215</sup>*

<sup>1210</sup> Gesandter Richter (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Abteilungsleiter Kern – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 18. Januar 1971, PA AA, MfAA, C 920/74, Fiche 1, S. 49.

<sup>1211</sup> Botschaft in der Republik Kongo an Auswärtiges Amt und Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo und Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik und Botschaft in der Republik Tschad und Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun und Botschaft in der Gabunischen Republik, 3. September 1969, PA AA, AA, B 34, 785.

<sup>1212</sup> Beyer (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Auswärtiges Amt und Botschaft in der Republik Zaire und Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik und Botschaft in der Republik Tschad und Botschaft in der Gabunischen Republik und Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun, 7. Mai 1971, PA AA, AA, B 34, 785.

<sup>1213</sup> Botschafter Dordan (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Stellvertretender Minister Willerding (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 20. August 1974, PA AA, MfAA, C 1399/78, Fiche 1, S. 16.

<sup>1214</sup> Botschafter Fischer (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Referat West- und Zentralafrika (Auswärtiges Amt), 21. April 1976, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108292.

<sup>1215</sup> Botschaft in der Volksrepublik Kongo an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 2. Januar 1974, PA AA,

#### *d) Zwischenfazit*

Die Öffentlichkeitsarbeit der beiden deutschen Staaten bildete einen der wenigen Bereiche der deutschen Auslandsaktivitäten, in denen der deutsch-deutsche Gegensatz tatsächlich eine größere Rolle spielte. Auch hier muss das Primat aber an anderer Stelle verortet werden. Im Zentrum der Bemühungen lag die jeweilige 'richtige' Darstellung des eigenen Deutschlands, nicht diejenige des 'anderen' Deutschlands.

Auf die zentralafrikanischen Regierungen wirkte die deutsche Öffentlichkeitsarbeit vor allem stabilisierend. Sie unterstützte den technischen Auf- und Ausbau der zentralafrikanischen Presse, seiner Radio- und Fernsehsender und beteiligte sich an der öffentlichen Vermittlung des jeweiligen National- und Staatsbewusstseins. Zusätzlich trug sie mit der medialen Präsentation der jeweiligen deutsch-zentralafrikanischen Beziehungen zur Legitimation der jungen politischen Eliten bei, da sie die Annahme vermittelte, das deutsche Ausland würde mit der jeweiligen zentralafrikanischen Regierung im politischen Konsens stehen.

Die westdeutsche Öffentlichkeitsarbeit war mit weitreichenden Mitteln ausgestattet. Den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit bildete die Demokratische Republik Kongo. Doch auch über deren Grenzen hinaus konnte sie eine größere Wirkung entfalten. Rückschläge, von denen nur die wenigsten tatsächlich dem Wirken der DDR geschuldet waren, blieben zwar nicht aus, konnten letztlich aber stets erfolgreich überwunden werden.

Die Öffentlichkeitsarbeit der DDR verfügte dagegen nur über begrenzte Ressourcen und musste sich dementsprechend mit einer bescheideneren Wirkung auf die zentralafrikanische Bevölkerung zufrieden geben. Lediglich in der Republik Kongo konnte die ostdeutsche Öffentlichkeitsarbeit überhaupt in einem größeren Umfang aktiv werden.

Die Ziele der deutschen Öffentlichkeitsarbeiten konnten in den beiden Kongo-Staaten, wie im übrigen zentralafrikanischen Raum, nur zum Teil verwirklicht werden. Einen vollständigen medialen Sieg konnte keine der beiden Seiten für sich verbuchen – auch wenn die Bundesrepublik diesem in der Demokratischen Republik Kongo ziemlich nahe gekommen sein dürfte. Zumindest die Bedeutung der Deutschen Frage konnte den Zentralafrikanern aber doch relativ erfolgreich an das Zentrum ihres weltpolitischen Bewusstseins herangeführt werden.

---

MfAA, C 6177, Fiche 2, S. 145-195, hier S. 172.

a) ... in Afrika

Die Militärpolitik der beiden deutschen Staaten in Afrika verfolgte im Wesentlichen vier Ziele. Erstens, den Auf- beziehungsweise Abbau der bereits bestehenden, vorgeschobenen westeuropäischen Verteidigungsstellungen in Nordafrika. Zweitens, die Stabilisierung beziehungsweise Destabilisierung westlicher Transportrouten entlang der afrikanischen Küste, über die, zu einem guten Teil, die westeuropäische Erdölversorgung erfolgte. Drittens, die Nutzung weitestgehend entvölkerter Räume für waffentechnische Testläufe. Viertens, die Befriedung und Stabilisierung der jeweiligen befreundeten afrikanischen Staaten und Regierungen. Zur Erreichung des letztgenannten Ziels diente beiden deutschen Staaten das Instrument der sogenannten 'Militärhilfe'. Sie reichte von der Lieferung militärischen Equipments, von Waffen, Munition, Fahrzeugen und Ausrüstungsgegenständen – hierüber hinausgehende, *geheimdienstliche* oder *kommerzielle* Waffen-, Munitions-, Fahrzeugs- und Ausrüstungslieferungen werden in späteren Abschnitten behandelt – über die Bereitstellung militärischer Ausbildungsplätze, die Zurverfügungstellung militärischer Infrastruktur in einem der beiden deutschen Staaten, bis hin zur direkten Beteiligung deutscher Truppen an militärischen und humanitären Operationen eines einzelnen Partners oder gleich eines ganzen internationalen Militärbündnisses.

Die militärische Infrastruktur, auf welche die Bundesrepublik zur Erreichung dieser Ziele in Afrika zurückgreifen konnte, bestand zum einen aus in militärisch relevanten Staaten stationierten westdeutschen Militärattachés, zum anderen aus den dortigen Militärbasen seiner atlantischen Bündnispartner. Westdeutsche Militärattachés befanden sich seit 1960 in der Vereinigten Arabischen Republik,<sup>1216</sup> seit spätestens 1963 in der Republik Sudan<sup>1217</sup> und bereits seit 1956 in der Republik Portugal, von wo die Bundeswehr seit 1961 interessiert den portugiesischen Kolonialkrieg verfolgte.<sup>1218</sup> An Stützpunkten des atlantischen Bündnisses standen der Bundesrepublik, als einem Mitglied der Allianz, 17 Flugbasen und Marinehäfen in ganz Afrika zur Verfügung.<sup>1219</sup> Der Schwerpunkt der westdeutschen Militärpolitik lag aber klar auf Nordafrika – und dies schon seit den frühen 1950er Jahren. In Nordwestafrika planten die Bundesrepublik und Frankreich ein

---

<sup>1216</sup> Bundesministerium für Verteidigung an Abteilungsleiter Etzdorf – Abteilung West II (Auswärtiges Amt), 25. Februar 1960, PA AA, AA, B 14-301, 211.

<sup>1217</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 1. Oktober 1963, PA AA, AA, B 14-IIA7, 840.

<sup>1218</sup> Gesandter Seelos (Gesandtschaft in der Republik Portugal) an Auswärtiges Amt, 28. August 1956, PA AA, AA, B 2, 66.

<sup>1219</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, A 14356, Fiche 2, S. 139-162.

gemeinsames Rüstungsprojekt. In der französischen Überseeprovinz Algerien sollte nahe der Ortschaft Colomb-Bécher ein deutsch-französischer Industriekomplex, zur Produktion von Flugzeugen, Panzern und Raketen errichtet werden<sup>1220</sup> – weit außerhalb der Reichweite russischer Raketen. Sogar eine deutsch-französisch-italienische Forschungsgemeinschaft, zur Durchführung gemeinsamer Atomwaffentests, war im Gespräch.<sup>1221</sup> Die Übernahme der französischen Ministerpräsidentschaft durch Charles de Gaulles, das Referendum zur Ausrufung der V. Republik und de Gaulles Wahl zu dessen Staatspräsident im Jahr 1958 bereiteten beiden Projekten dann aber ein frühzeitiges Ende. 1960 zündete Frankreich bei Reggan in der Westsahara seine erste Atombombe ohne westlichen Partner. In Nordmittelfrika, in Libyen, unterhielten die Vereinigten Staaten von Amerika die größte Basis ihrer Luftwaffe außerhalb Amerikas und die größte Basis des atlantischen Bündnisses außerhalb des offiziellen Einsatzgebietes der Allianz, die Wheelus Air Force Base. Spätestens seit 1958 wurden hier Soldaten der Bundeswehr von Soldaten der Vereinigten Staaten in der Handhabung von Mittelstreckenraketen geschult. Zwölf mobile Abschussanlagen für taktische Matador-C Mittelstreckenraketen mit konventionellen Sprengköpfen hatte die Bundesrepublik kurz zuvor in den Vereinigten Staaten erworben.<sup>1222</sup> Nun wurden einige Dutzend Bundeswehrsoldaten in der libyschen Wüste an ihnen geschult, bevor sie in Stützpunkte des atlantischen Bündnisses auf dem Territorium der Bundesrepublik verlegt werden sollten. Das Pressereferat des Bundesverteidigungsministeriums erklärte dem Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes, Wolf-Ulrich von Hassell, 1958:

*„Nach den bisherigen Planungen der NATO [North Atlantic Treaty Organization] wurde für alle in Europa stationierten NATO-Truppen ein Schießplatz für MATADOR' in Libyen eingerichtet. Dieser Schießplatz 'Wheelus Air Base bei Tripolis' wird zur Zeit von Einheiten der amerikanischen Streitkräfte mit Billigung der Regierung des Vereinigten Königreichs Libyen benutzt. Für die von dieser Regierung überlassenen Stützpunkte an die USA [United States of America] und England erhält Libyen jährlich einen Betrag von insgesamt 45 Millionen DM. Die deutsche Bundeswehr kann mit Schießübungen dieser Fernlenkwaaffe erst nach Beendigung der Ausbildung beginnen. Dies dürfte nach den bisherigen Aufstellungsplanungen nicht vor Mitte 1960 der Fall sein.“*<sup>1223</sup>

Doch auch Piloten der westdeutschen Luftwaffe wurden auf der Air Force Base trainiert. Laut

<sup>1220</sup> Bouhsini 2000, S. 171.

<sup>1221</sup> Kollmer, Dieter H.: German-French armaments cooperation from 1954 to 1972: Between Balance of Payments and Economies of Scale. In: Echternkamp, Jörg (Hg.): Les relations franco-allemandes en matière d'armement au XXe siècle. De la rivalité à la coopération. Troisièmes Rencontres Franco-Allemandes d'Histoire Militaire. Paris 2008, S. 65-76, hier S. 70.

<sup>1222</sup> Gesandter Seydel (Gesandtschaft im Königreich Libyen) an Auswärtiges Amt, 21. April 1958, PA AA, AA, B 14-301, 139.

<sup>1223</sup> Referat Presse (Bundesministerium für Verteidigung) an Mitarbeiter Hassell (Auswärtiges Amt), 14. Mai 1958, PA AA, AA, B 14-301, 142.



einem Bericht der ostdeutschen Vertretung in der Vereinigten Arabischen Republik hielten sich 1961 rund 600 Bundeswehrsoldaten auf der Basis auf.<sup>1224</sup> Eine westdeutsche Akte, welche diese Zahl bestätigt, konnte nicht gefunden werden. Doch dürften, über ein ganzes Jahr verteilt, tatsächlich einige hundert Soldaten der Bundeswehr dort Dienst getan haben. Inwieweit hierüber hinaus auch in Südafrika, in Zusammenhang mit den Apartheidregimen der Republik Südafrika und der Föderation von Rhodesien und Njassaland, engere militärische Kooperationen bestanden, kann auf Grundlage des derzeitigen Forschungsstandes noch nicht abschließend geklärt werden. Im übrigen Afrika trat die westdeutsche Militärpolitik, einmal abgesehen von der Vergabe einer begrenzten Militärhilfe, kaum in Erscheinung. Doch wie so oft trügt der Schein auch hier. Denn die Bundesrepublik war auch an der Entsendung ausländischer, bei ihr stationierter, Truppen des atlantischen Verteidigungsbündnisses beteiligt.

Von den als Truppen der atlantischen Militärallianz in der BRD stationierten belgischen Einheiten, von denen Mitte der 1960er Jahre rund 30 Kompanien zur militärischen Intervention in die Demokratische Republik Kongo aufbrachen,<sup>1225</sup> war schon berichtet worden. Doch auch Frankreich entsandte in Zusammenhang mit Unruhen in seiner Einflusszone, hier seiner Überseeprovinz Algerien, allein 1956 vier Bataillone und eine Brigade, alle waren offiziell als Einheiten der atlantischen Militärallianz in der Bundesrepublik stationiert, nach Nordafrika. Im März 1956 informierte das Bundesverteidigungsministerium das Auswärtige Amt:

*„Bei einem am 12. März durchgeführten Besuch erklärten die beiden französischen Obersten im Auftrag des Oberbefehlshabers der französischen Streitkräfte in Deutschland [Roger Noiret] folgendes:*

*Aus den in der Bundesrepublik Deutschland stationierten weissen französischen Einheiten werden einige Marschbataillone zusammengestellt und nur mit Handwaffen ausgerüstet nach Nordafrika verlegt. Die Verlegung steht entweder kurz bevor oder ist bereits im Gange. Als Marscheinheiten werden aufgestellt:*

*1.) Vier Bataillone in Stärke von je ca. 800 Mann und zwar*

*a) das 19. Jäger Btl., bisheriger Standort Landau/Pfalz,*

*b) das 30. Jäger Btl., bisheriger Standort konnte nicht genannt werden,*

*c) 1 Btl., gebildet aus dem 3. Kürassier-Rgt. (Pz. Jäger), bisheriger Standort Trier,*

*d) 1 Btl., gebildet aus der Feld-Art. Abt. der 3. Inf. Div., bisheriger Standort Koblenz oder Umgebung.*

*2.) Eine Brigade in Stärke von etwa 5 – 6 000 Mann, zusammengestellt aus der im Raum Konstanz stationierten 1. frz. schnellen mech. Division.*

*[...] Es wurde betont, dass die vier abgezogenen Bataillone aber trotz ihrer 'Detachierung' nach Nordafrika weiter zu den in der Bundesrepublik stationierten französischen Streitkräften zählen und später wieder mit den zu ihrer Ablösung aus Rekruten neu gebildeten Einheiten ausgetauscht werden*

<sup>1224</sup> Vizekonsul und Attaché Hähnel (Generalkonsulat in der Vereinigten Arabischen Republik) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 4. März 1961, PAAA, MfAA, A 13765.

<sup>1225</sup> Gülstorff 2007, S. 33 f.

Vor allem der letzte Satz beinhaltet einige Sprengkraft. Hatte doch die Bundesrepublik einen guten Teil der Kosten der bei ihr stationierten NATO-Kräfte zu tragen. Wenn diese nun, im Rahmen der Niederschlagung des Aufstands in Algerien, in Afrika Dienst taten, offiziell aber weiterhin zu den in der Bundesrepublik stationierten Einheiten gezählt wurden, so bedeutet dies, dass die Bundesrepublik sich – zumindest finanziell – direkt am Kampf der europäischen Kolonialmächte gegen die afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen beteiligt hat.

Demgegenüber trat die ostdeutsche Militärpolitik in Afrika – zumindest bis 1975 – praktisch überhaupt nicht in Erscheinung. Wieder wirkte sich das Fehlen ostdeutscher Vertretungen wenig förderlich dabei aus.<sup>1227</sup> Doch bestand auf Seiten der Führung der Nationalen Volksarmee der DDR auch nur wenig Interesse an einem größeren militärischen Engagement auf dem afrikanischen Kontinent.

#### *b) ... in Zentralafrika*

Im zentralafrikanischen Raum orientierte sich die Militärhilfe der beiden deutschen Staaten klar an den Krisenherden der Region. Staaten, wie die Demokratische Republik Kongo und die portugiesische Überseeprovinz Angola, wurden dementsprechend mehr bedacht als etwa die Zentralafrikanische oder die Gabunische Republik.

So hielten sich die Ausgaben Westdeutschlands für Militärhilfe in den Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas in Grenzen. Neben dem Wunsch des tschadischen Präsidenten, François Tombalbaye – auf den im folgenden Unterabschnitt noch einzugehen sein wird –, wurde lediglich den Bitten der gabunischen Regierung – und dies auch nur aus ökonomischen Motiven – Gehör geschenkt. Mitte der 1970er Jahre war das Staatsbudget Gabuns, aufgrund des Ausbaus seiner Erdölförderung, auf rund 8 Mrd. DM angewachsen. Fortan stellte das gabunische Militär für die westdeutsche Rüstungsindustrie einen lukrativen Absatzmarkt dar. Doch musste dieser erst erschlossen werden. Wie in den übrigen Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas hatte die französische Rüstungsindustrie auch hier über mehrere Jahrzehnte ein Monopol besessen, das es nun erst einmal aufzubrechen galt. Helfen sollte der westdeutschen Rüstungsindustrie hierbei die staatliche Militärhilfe. Über sie sollte ein Teil der Kosten der gabunischen Neuanschaffungen gedeckt werden – in diesem Fall, der Kosten des Trainings am neuen Material. Seit 1974 wurden

<sup>1226</sup> Merkwitz (Bundesministerium für Verteidigung) an Referatsleiter Baudissin – Referat Verteidigung und Abrüstung (Auswärtiges Amt), 16. März 1956, PA AA, AA, B 14-301, 180.

<sup>1227</sup> Schöne 1993, S. 31-44, hier S. 33.

vier bis sechs Piloten für Hubschrauber und Flugzeuge mit westdeutscher Militärhilfe fortgebildet.<sup>1228</sup>

In Kamerun, in dem die Regierung Ahidjo vom Partisanenkrieg des radikalen Flügels der Union des Populations du Cameroun, bedroht wurde, fiel die westdeutsche Militärhilfe schon stärker aus. Da die BRD auch hier wieder auf französische Bedenken Rücksicht zu nehmen hatte, verzichtete sie allerdings auf die Möglichkeit einer direkten Waffenlieferung. Stattdessen gewährte sie zwei Ausrüstungshilfen im Umfang von insgesamt 2 Mio. DM, mit denen die Sicherheitskräfte Kameruns in der Bundesrepublik Lastkraftwagen und Personenkraftwagen erwerben konnten.<sup>1229</sup> Diese fanden dann auch schon bald bei Truppenverschiebungen im sogenannten 'Antiterrorkampf' der Regierung Ahidjo gegen die Union des Populations Verwendung. Eine weitere – sogar direkte – finanzielle Unterstützung der kamerunischen Sicherheitskräfte erfolgte über den Lebensmittelfonds der BRD. So hieß es in einem Vermerk des Auswärtigen Amtes über eine Ressortbesprechung zur Finanzierung einer Lebensmittelspende für die Flüchtlingshilfe der *Food and Agriculture Organization* der Vereinten Nationen:

*„Soweit Geldspenden infrage kommen, erklärte das BMF [Bundesministerium der Finanzen] kategorisch, dass hierfür der E-Fonds [Entwicklungsfonds] des AA [Auswärtigen Amtes] in Frage käme. Die beantragte Spende falle unter die Zweckbestimmung des E-Fonds-Titels. So seien aus diesem Fonds beispielsweise auch Mittel für die Polizeitruppe in Kamerun bereitgestellt worden.“*<sup>1230</sup>

Mitte der 1960er Jahre hatten sich die deutsch-französischen Beziehungen dann so weit verbessert, dass auch Waffenlieferungen ins Auge gefasst werden konnten. Doch stellte die Union des Populations mittlerweile keine wirkliche Bedrohung mehr für die Regierung Ahidjo dar. Ihre Kämpfer hatten sich in die Republik Kongo zurückgezogen, von wo sie nur noch gelegentlich kleinere Ausfälle gegen die Grenztruppen Kameruns unternahmen. Dennoch setzte nun eine westdeutsche Militärhilfe ein, die, wie im Fall Gabuns, ihre Ursache in ökonomischen Erwägungen

<sup>1228</sup> Auswärtiges Amt an Referat Nord- und Westafrika (Auswärtiges Amt), 15. November 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102942.

<sup>1229</sup> Referatsleiter Schlitter – Referat Staaten der EWG (einschließlich Überseegebiete), Nordische Staaten, Maghreb, Madagaskar, Somalia, selbständige Staaten West- und Zentralafrikas (ohne Liberia und Sterlingblock-Länder) (Auswärtiges Amt) an Referat Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern (Auswärtiges Amt), 24. Februar 1961, PA AA, AA, B 34, 250. ; Schnabel (Botschaft in der Republik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 8. März 1961, PA AA, AA, B 34, 250.

<sup>1230</sup> Referatsleiter Scheibe – Referat Weltweite und außereuropäische wirtschaftliche Organisationen (Auswärtiges Amt) an Unterabteilungsleiter Sachs – Unterabteilung Allgemeine Handelspolitik (Auswärtiges Amt) und Abteilungsleiter Harkort – Abteilung Handelspolitik (Auswärtiges Amt) und Referat Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern (Auswärtiges Amt) und Referat Staaten der EWG (einschließlich Überseegebiete), Nordische Staaten, Maghreb, Madagaskar, Somalia, selbständige Staaten West- und Zentralafrikas (ohne Liberia und Sterlingblock-Länder) [Abteilung Handelspolitik] (Auswärtiges Amt) und Referat Vereinte Nationen, Internationale weltweite Organisationen (Auswärtiges Amt) und Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 9. Januar 1961, PA AA, AA, B 68, 19.

hatte. Die Streitkräfte Kameruns beabsichtigten 1966, Fahrzeuge und Ausrüstung im Wert von rund 1,2 Mio. DM kommerziell in der BRD zu erwerben. Für die folgenden fünf Jahre war der Einkauf weiterer westdeutscher Militärausrüstung im Wert von 3,3 bis 4,1 Mio. DM bereits fest eingeplant. Der westdeutsche Botschafter in Kamerun, Karl Döring, berichtete dem Auswärtigen Amt von den Planungen der kamerunischen Armeeführung:

*„Das aus Deutschland stammende Material habe sich schon seit langem bewährt. Weitere Versuchsreihen hätten die kamerunischen Streitkräfte nur noch darin bestärkt, sich stärker auf die deutsche Produktion auszurichten. Es sei sichergestellt, dass das erbetene Material voll in den vorhandenen Ausrüstungsbestand integriert werden kann.“*<sup>1231</sup>

Döring war überzeugt, dass die Kameruner durch die wohlwollende Prüfung einer staatlichen Militärhilfe in ihrem Kaufwunsch bestärkt werden könnten.<sup>1232</sup> Ob die Hilfe tatsächlich erfolgte, konnte aus den eingesehenen Akten nicht ermittelt werden. Doch spricht dafür, dass der kommerzielle Export westdeutscher Rüstungsgüter nach Kamerun in den folgenden Jahren merklich anzog. Dies galt für den Export militärischer Ausrüstungsgegenstände und Waffen ebenso, wie für den von Fahrzeugen.<sup>1233</sup> Auch an schweren westdeutschen Waffen, wie Mörsern,<sup>1234</sup> zeigten die Streitkräfte Kameruns nun Interesse.<sup>1235</sup> Um die westdeutschen Rüstungsexporte nach Kamerun weiter anzukurbeln, wurden dann seit 1972 – wie in Gabun – über Militärhilfe größere Kontingente von kamerunischen Offizieren in der Bundesrepublik fortgebildet.<sup>1236</sup> Mitte der 1970er Jahre hatten die westdeutsch-kamerunischen Militärbeziehungen eine solche Intensität erreicht, dass die Regierung Ahidjo bat, einen Militärattaché an ihre Bonner Vertretung entsenden zu dürfen.<sup>1237</sup> Ob dieser dann tatsächlich in Bonn akkreditiert wurde, konnte über die eingesehenen Akten nicht mehr abschließend geklärt werden.

Die meisten westdeutschen Rüstungsgüter kamen aber ohnehin nicht in Kamerun, sondern in

<sup>1231</sup> Botschafter Döring (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 27. Mai 1966, PA AA, AA, B 34, 649.

<sup>1232</sup> Botschafter Döring (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 27. Mai 1966, PA AA, AA, B 34, 649.

<sup>1233</sup> Mabe 1993, S. 160.

<sup>1234</sup> Stellvertretender Referatsleiter Fiedler – Referat Nord- und Westafrika (Auswärtiges Amt) an Unterabteilungsleiter Müller – Unterabteilung 30 [Lateinamerika und Afrika] (Auswärtiges Amt) und Referat Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Erdölpolitik; Außenhandelsförderung, Gewährleistungen im Außenhandel u. Kapitalexport; Rüstungsexportkontrolle (Auswärtiges Amt), 29. März 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102956.

<sup>1235</sup> Dibengue 1994, S. 405. Für die vom Politikwissenschaftler Augustin Dibengue in seiner Arbeit vorgebrachte Behauptung, aus der Bundesrepublik seien sogar Raketen nach Kamerun exportiert worden, konnten in den eingesehenen Akten keine Belege gefunden werden.

<sup>1236</sup> Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 22. Juli 1972, PA AA, MfAA, C 6252, Fiche 1, S. 16.

<sup>1237</sup> Referatsleiter Haas – Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Referat Fremde Missionen und Konsulate, Zeremoniell, Orden (Auswärtiges Amt), 14. Februar 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102955.

Angola zum Einsatz. Waffen, Munition, Ausrüstungsgegenstände und Fahrzeuge wurden von westdeutschen Produzenten entweder direkt in das Krisengebiet oder über Portugal als Zwischenstation an das portugiesische Militär geliefert. Doch sollte man nicht den Fehler machen, deshalb hier nun auch die größte westdeutsche Militärhilfe zu vermuten. Der größte Teil dieser Lieferungen erfolgte auf rein kommerziellem Wege. Dass sich das Auswärtige Amt gegen den Export von Kriegsgerät in das Krisengebiet Angola ausgesprochen hatte, war schon im Abschnitt über die westdeutsche Diplomatie erwähnt worden. Doch besaß das Auswärtige Amt im Bundeswirtschaftsministerium einen mehr als ebenbürtigen Gegenspieler, der alles daran setzte, die westdeutsche Rüstungsindustrie bei ihren lukrativen Geschäften zu unterstützen. Das portugiesische Militär war zwingend auf den Import ausländischer Rüstungsgüter angewiesen und mehr als bereit, hierfür auch tiefer in die Taschen zu greifen. Um sich gegen etwaige Anschuldigungen, die Bundesrepublik unterstütze mit ihren Verkäufen den portugiesischen 'Kolonialkrieg', öffentlichkeitswirksam und juristisch zu schützen, wurde in die Kaufverträge Portugals eine sogenannte 'Endverbleibsklausel' eingefügt, die den Portugiesen, zumindest auf dem Papier, die Ausfuhr der Rüstungsgüter nach Angola und ihre übrigen Überseeprovinzen verbot. Da die BRD die Einhaltung der Klausel jedoch nie überprüfte, war sie nicht mehr als ein Papiertiger.<sup>1238</sup> So wuchsen die westdeutschen Waffenexporte in die Arsenale der portugiesischen Armee bis zur sogenannten 'Nelkenrevolution' im Jahr 1974 von Bonn weitgehend ungehindert an. Den Bedarf des portugiesischen Militär konnten sie dennoch kaum befriedigen, weshalb die Bundesregierung es westdeutschen Unternehmen schließlich sogar gestattete, Waffen und Munition von portugiesischen Rüstungsunternehmen in Lizenz herstellen zu lassen.<sup>1239</sup> Ganz musste aber auch Portugal nicht auf eine reguläre westdeutsche Militärhilfe verzichten. So lieferte die Bundeswehr beispielsweise 10.000 israelische Uzi-Maschinenpistolen und einige tausend belgische Gewehre des Typs FN aus ihren Überschussbeständen über Militärhilfe an das portugiesische Militär.<sup>1240</sup> Als sich die Portugiesen dann 1975 endgültig aus Angola zurückzogen und die drei angolanischen Bürgerkriegsparteien, Movimento Popular de Libertação de Angola, Frente Nacional de Libertação de Angola und União Nacional para a Independência Total de Angola, die Waffen, welche die Portugiesen zurückgelassen hatten, an sich nahmen, gelangte eine westdeutsche Militärhilfe schließlich auch hier in afrikanische Hände.

In der Demokratischen Republik Kongo stand die Kongo-Krise im Zentrum des militärpolitischen Engagements der BRD. Von der Mobilisierung in der BRD stationierter belgischer Einheiten der

<sup>1238</sup> Haftendorn, Helga: Militärhilfe und Rüstungsexporte der BRD. Düsseldorf 1971, S. 17.

<sup>1239</sup> Hallbauer, Bastian: Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal im Zeitalter der Dekolonisation (1960-1974). Hamburg 2016 [aus: <http://ediss.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2016/7700/pdf/Dissertation.pdf> vom 01.05.2016], S. 108-111.

<sup>1240</sup> Ebd., S. 202 und S. 215.

North Atlantic Treaty Organization war bereits berichtet worden. Fast dreißig Kompanien wollte Belgien 1960 insgesamt in die Demokratische Republik Kongo entsenden. Zwanzig von ihnen – also rund 75% – sollten aus westdeutschen Kasernen der Nordatlantikpaktorganisation abgezogen werden. So berichtete der Leiter der Abteilung West II im Auswärtigen Amt, Hasso von Etdorf, dem dortigen Staatssekretär, Hilger van Scherpenberg, 1960 von einem Gespräch, das er mit dem belgischen Botschafter in der BRD, Rémi Baert, geführt hatte:

*„Die belgische Regierung beabsichtige, vorderhand ihre Truppen im Kongo auf eine Stärke von 27 – 28 Kompagnien zu bringen. Es seien bereits 14 Kompagnien von der in der Bundesrepublik stationierten Truppe eingeflogen, 6 weitere Kompagnien würden von hier folgen, so daß der Beitrag der Stationierungstruppen aus der Bundesrepublik insgesamt 20 Kompagnien betragen würde. Der Rest würde von Belgien aus direkt in Marsch gesetzt werden. Die Stärke der Kompagnien belaufe sich auf je 120 bis 150 Mann [Es dürfte sich eher um 270 bis 280 Mann pro Kompanie gehandelt haben. Die belgische Regierung beschloss, insgesamt 7.500 Mann zu entsenden, welche die rund 2.500 belgischen Soldaten, welche sich bei Ausbruch der Unruhen bereits im Kongo befanden, verstärken sollten.<sup>1241</sup>]. Die von Deutschland fortgezogenen Truppen seien nicht direkt nach Léopoldville geflogen worden, sondern zunächst nach einem in Belgien gelegenen Armeeflughafen. Dasselbe sei mit den restlichen 6 Kompagnien beabsichtigt. Stündlich meldeten sich in Belgien Freiwillige, namentlich frühere Offiziere, zum Einsatz im Kongo. Hierunter befände sich auch der hiesige stellvertretende Militärattaché Gerits.“<sup>1242</sup>*

Da es sich um in Westdeutschland stationierte Truppen handelte, ist auch hier wieder davon auszugehen, dass die BRD einen Teil ihrer Stationierungskosten trug und damit indirekt – wie schon im Fall der französischen Streitkräfte, die dann in den Algerienkonflikt entsandt wurden – die belgische Militärintervention kofinanziert hat. Der ostdeutsche Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst griff die Meldung über die belgischen Truppenverlegungen aus Deutschland begierig auf und ergänzte sie mit der Behauptung, dass auch Westdeutsche in den besagten belgischen Kompanien ihren Dienst tun würden.<sup>1243</sup> Beweisen konnte der ostdeutsche Nachrichtendienst diese Aussage allerdings nicht und auch der Autor dieser Arbeit konnte in den eingesehenen Akten keinen Beleg finden, der diese Behauptung bestätigt hätte. Belegen lässt sich dafür aber die Aussage des ostdeutschen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, dass in der Zeit der belgischen Militärintervention ein westdeutscher General das Oberkommando über die Truppen der westlichen Militärallianz inne hatte. General Hans Speidel war von 1957 bis 1963

<sup>1241</sup> Gerard, Emmanuel, Bruce Kuklick: Death in the Congo. Murdering Patrice Lumumba. Cambridge (MA)/London 2015, S. 35 f.

<sup>1242</sup> Abteilungsleiter Etdorf – Abteilung West II (Auswärtiges Amt) an Staatssekretär Scherpenberg (Auswärtiges Amt), 14. Juli 1960, PA AA, AA, NL, von Etdorf, 213-3.

<sup>1243</sup> Gülstorff 2007, S. 33 f.

Oberbefehlshaber der nordatlantischen Streitkräfte in Mitteleuropa und damit auch direkt für die in der Bundesrepublik stationierten Truppen verantwortlich. Eine Mitverantwortung an der Planung, Organisation und Durchführung der belgischen Operation wird man ihm also kaum absprechen können. In einem Bericht des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten von 1960 hieß es hierzu:

*„Der berüchtigte Nazi und jetzige Nato-General [Hans] Speidel hat in Übereinstimmung mit der Adenauer-Regierung den Einsatz der belgischen Truppen ermöglicht, gebilligt und zugestimmt. Er gestattete bereits im Juni 1960 den Abflug des vollmotorisierten Infanterieverbandes der belgischen Nato-Truppen „Cyclist“ aus Arnsburg in Westfalen. Speidel war es auch, der in Übereinstimmung mit dem Nazi-General des Bonner Kriegsministeriums anordnete, der belgischen Luftbrücke Westdeutschland-Kongo alle Unterstützung zu geben.“<sup>1244</sup>*

Zu einer weitergehenden Unterstützung, einer direkten Intervention der westdeutschen Bundeswehr, kam es aber nicht. Als der wohl wichtigste Verbündete der Bundesrepublik, die Vereinigte Staaten, 1964 die Bundesregierung baten, sich mit einem Kontingent der Bundeswehr an der Aufstellung einer internationalen Truppe der Vereinten Nationen zu beteiligen, lehnten Außenminister Gerhard Schröder und sein Staatssekretär, Karl Carstens, kategorisch ab und konnten sich mit dieser Ansicht auch im Bundeskabinett durchsetzen. In der direkten Militärhilfe hielt man sich ebenfalls weitgehend zurück. Einige kongolesische Offiziere wurden Ende 1960 in die Bundesrepublik eingeladen, um sie – wie im Abschnitt zur Diplomatie schon berichtet – vom Lumumbismus zu lösen und – auf die eine oder andere Art – von den Vorzügen des Westens zu überzeugen.<sup>1245</sup> Ein weitergehendes militärisches Ausbildungsprogramm legte die Bundesrepublik jedoch nicht auf. 1961 berichtete der Generalsekretär der Vertretung der Freien Republik Kongo in der Vereinigten Arabischen Republik, André Mandi, dem ostdeutschen Außenministerium, dass in der Bundesrepublik kongolesische Offiziere ausgebildet würden.<sup>1246</sup> In den westdeutschen Akten konnte jedoch kein Hinweis gefunden werden, der diese Behauptung bestätigt hätte. Das selbe gilt für die Aussage des ostdeutschen Ministerrates von 1961, über eine angebliche *„Ausbildung westdeutscher Piloten auf NATO-Luftstützpunkten im Kongo“*, mitten während der Kongo-Krise.<sup>1247</sup> Auch Lieferungen von Waffen, Ausrüstung und Fahrzeugen durch die Bundeswehr sucht man in den westdeutschen Akten zur Demokratischen Republik Kongo vergebens – oder fast vergebens.

<sup>1244</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 10. Oktober 1960, PA AA, MfAA, C 806/74, Fiche 1, S. 26-41, hier S. 34.

<sup>1245</sup> Botschafter Soehring (Botschaft in der Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 9. September 1960, PA AA, AA, B 34, 50.

<sup>1246</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. 1961, PA AA, MfAA, A 17294, Bd 1, Fiche 1, S. 76-81.

<sup>1247</sup> Ministerrat an Ministerrat, 29. April 1961, BArch, DC 20 / 15598.

Tatsächlich erreichte den Kongo eine westdeutsche Militärhilfe und es handelte sich bei dieser Hilfe sogar um Waffen und Munition. Doch war diese Hilfe weder von der Bundesregierung, noch von der Bundeswehr gewollt oder gar geplant gewesen. Ursprünglich hatte die BRD die Waffen – leichte wie schwere – über ihre Militärhilfe an die Regierung von Staatspräsident Aden Abdullah Osman Daar in der Republik Somalia<sup>1248</sup> und die Regierung von Staatspräsident Ibrahim Abbud in der Republik Sudan<sup>1249</sup> geliefert. Deren Soldaten hatten sie dann jedoch, blieb der Sold aus, war das Angebot eines Interessenten nur hoch genug, an zahlungskräftige Kunden, wie die kongolesischen Rebellen der sogenannten Volksrepublik in Stanleyville, weiterveräußert. So kam es, dass sich 1965 Kräfte der Volksrepublik Kongo dank westdeutscher Militärhilfe auch mit westdeutschen Waffen gegen die Truppen der kongolesischen Zentralregierung zur Wehr setzen konnten.

Der Fokus der ostdeutschen militärischen Unterstützung im zentralafrikanischen Raum lag im Wesentlichen auf der Republik Kongo – auf die im übernächsten Unterabschnitt noch einzugehen sein wird – und in begrenztem Umfang auf den Rebellen der Demokratischen Republik Kongo. Andere Staaten erhielten – zumindest bis Ende 1975 – keine militärische Unterstützung.

Mit den Rebellen der Demokratischen Republik Kongo, die sich 1961 um die Regierung der Freien Republik Kongo und zwischen 1964 und 1965 um die Regierung der Volksrepublik Kongo sammelten, hatte das Ministerium für Nationale Verteidigung Großes vorgehabt. 1961 war das Ministerium vom Politbüro des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands damit beauftragt worden, Militärberater zur Regierung Gizenga zu entsenden<sup>1250</sup> und militärische Führungskader der Rebellen in der DDR fortzubilden.<sup>1251</sup> 1964 wurde es dann damit beauftragt – in Zusammenhang mit der ersten ostdeutschen Waffenlieferung in den zentralafrikanischen Raum –, fünf Ausbilder der Nationalen Volksarmee zur Schulung der kongolesischen Rebellen an den ostdeutschen Waffen und zwei Nachrichtenspezialisten der Nationalen Volksarmee zum Aufbau einer direkten Funkverbindung zwischen Stanleyville und Ost-Berlin in den Kongo zu entsenden.<sup>1252</sup> Die 'Wiedervereinigungen' des Kongo 1961 und 1965 bereiteten den Projekten jedoch beide Male – noch in den Planungsphasen – ein vorzeitiges Ende.

---

<sup>1248</sup> Botschafter Sartorius (Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik) an Auswärtiges Amt, 28. Januar 1965, PA AA, AA, B 68, 275.

<sup>1249</sup> Kölner Stadtanzeiger, 6. Januar 1965, AdsD, 1/HWAK000503.

<sup>1250</sup> Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 14. Februar 1961, BArch, SAPMO, DY 30 / J IV 2/2 / 749, S. 3.

<sup>1251</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 23. März 1961, PA AA, MfAA, A 17294, Bd 1, Fiche 3, S. 223-234.

<sup>1252</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 30. Dezember 1964, PA AA, MfAA, A 14593, Fiche 1, S. 9-11.



c) Unterstützung im 'Antiterrorkampf' – Westdeutsche Militärhilfe für die Republik Tschad

In der Republik Tschad regierte seit 1960 François Tombalbaye als Staatspräsident. 1962 gelang es ihm, seine Herrschaft durch die Gründung der Einheitspartei *Parti Progressiste Tchadien* und ein Verbot sämtlicher Oppositionsparteien zu zementieren. Stützen konnte er sich dabei lediglich auf einen schwachen und zudem nur schlecht auf die Weite des tschadischen Raumes angelegten, Sicherheitsapparat. Der bestand, neben einigen Armee- und Polizeieinheiten, aus einem bescheidenen Geheimdienstapparat und einigen lokalen Milizverbänden.<sup>1253</sup> Sicherheit bot ihm deshalb nur ein Militärabkommen mit Frankreich, aufgrund dessen reguläre französische Truppen und Fremdenlegionäre in der tschadischen Hauptstadt, in Fort Lamy, im mehrheitlich von Arabern bewohnten Osten und im mehrheitlich von Nomaden bevölkerten Norden des Landes für Ruhe und Ordnung sorgten.

Mitte der 1960er Jahre wurde dieses labile Machtgefüge nachhaltig erschüttert. Tombalbaye versuchte, um auf nationaler Ebene Gesetze erlassen und Steuern erheben zu können, noch bestehende Machtvakuen im Norden und den Osten des Landes zu schließen. Zur selben Zeit hatte Frankreich, um Stationierungskosten zu sparen, den Abzug seiner Truppen aus eben diesen beiden Landesteilen angeordnet. Schon nach kurzer Zeit war im Osten des Landes, in der Präfektur Guéra, der erste Aufstand ausgebrochen. Bald hatten sich die Unruhen über die Präfekturgrenzen hinaus ausgebreitet. 1966 zogen einige der Aufständischen in den Westen der Republik Sudan, wo sie, unter der Bezeichnung *Front de Libération Nationale du Tchad*, begannen, konzentriert die staatliche Infrastruktur im östlichen Tschad zu attackieren. 1968 hatte der Aufstand dann auch den Norden des Landes erfasst.<sup>1254</sup>

Aus dieser sicherheitspolitischen Misere sah die Regierung Tombalbaye nur einen Ausweg: die vollständige Umstrukturierung des tschadischen Sicherheitsapparats. Die Personalstände der Polizei, der *Gendarmerie*, der Miliz, der *Gardes Territoriaux*, später *Garde Nationale et Nomade*, der Armee, der *Armée Nationale Tchadienne*, und des Geheimdienstes, der *Sûreté Nationale*, wurden entsprechend der angespannten Sicherheitslage aufgestockt.<sup>1255</sup> Zusätzlich wurde 1967, aus ehemaligen Kräften der tschadischen Bereitschaftspolizei, eine schnelle Eingreiftruppe, die *Compagnie Tchadienne de Sécurité*,<sup>1256</sup> aufgestellt. Sie war speziell für die Niederschlagung von Unruhen und die Bekämpfung der Rebellen, die von den tschadischen Behörden als Terroristen eingestuft wurden, vorgesehen. Um beweglich und schlagfertig zu sein, wurde sie von Tombalbaye

<sup>1253</sup> Thompson, Virginia, Richard Adloff: Conflict in Chad. London 1981, S. 47.

<sup>1254</sup> Buijtenhuijs 1998, S. 21-42, hier S. 21 ff.

<sup>1255</sup> Thompson 1981, S. 46.

<sup>1256</sup> Diese 'Sicherheitspolizei' soll laut den Afrikawissenschaftlern Virginia Thompson und Richard Adloff den haitianischen Tontons Macoutes an Grausamkeit in nichts nachgestanden haben (Thompson 1981, S. 47.).

als motorisierter Verband mit leichter und schwerer Bewaffnung konzipiert. Von Tombalbaye, da er als direkter Oberbefehlshaber der neuen Einheit fungierte.<sup>1257</sup> In der Ausstattung seiner Armee mit Waffen, Munition, Ausrüstung und Fahrzeugen war auch der Tschad vertraglich an Frankreich und Lieferungen aus französischer Produktion gebunden. Ein Herantreten an Westdeutschland, eine Bitte um westdeutsche Militärhilfe, war deshalb nicht möglich. Anders stellte sich die Lage im Bereich der polizeilichen Sicherheitskräfte dar. Der Aufbau einer speziellen 'antiterroristischen' Sondereinheit, angesiedelt in einer juristischen Grauzone zwischen Polizei, Armee und präsidialen Sicherheitsdienst, fiel nicht unter die Abmachungen des tschadisch-französischen Abkommens. Im September 1965 konnte Tombalbaye deshalb problemlos eine erste Anfrage betreffend einer sogenannten 'polizeilichen Ausrüstungshilfe' an die BRD richten.<sup>1258</sup> Die lehnte jedoch ab.<sup>1259</sup> Auch ein zweiter Antrag, Ende 1965, diesmal konkreter über 4 Mio. DM zum Aufbau einer sogenannten anti-terroristischen 'Sonderpolizei', die spätere Compagnie Tchadienne, scheiterte.<sup>1260</sup> Neue Ausrüstung, Waffen und Fahrzeuge waren für deren Aushebung aber zwingend erforderlich und so erklärte sich Tombalbaye schließlich zu deren Anschaffung auf rein kommerziellem Wege bereit. Noch im selben Jahr reisten zwei Mitarbeiter des westdeutschen Waffenhandelsunternehmens MEREX, einer Firma, die zu diesem Zeitpunkt eng mit dem Bundesnachrichtendienst zusammenarbeitete, in einen Nachbarstaat des Tschad, die Zentralafrikanische Republik. In deren Hauptstadt, Bangui, war von der dortigen westdeutschen Botschaft für sie ein konspiratives Treffen mit Vertretern Tombalbays organisiert worden. Die westdeutsche Botschaft im Tschad war über den Vorgang dennoch bestens informiert. Das Auswärtige Amt meldete ihr:

*„Reise erfolgt ohne amtlichen oder halbamtlichen Auftrag und sollte bei dortigen Regierungsstellen und Presse auch nicht halbamtlichen Charakter bekommen, da sonst Hoffnung auf Ausrüstungshilfe geweckt würde, mit der angesichts Haushaltslage kaum zu rechnen ist. Direktbeteiligung der Botschaft an Besprechungen sollte möglichst vermieden und, wenn dort unerlässlich, auf Einführung bei amtlichen Stellen beschränkt bleiben. Erbitte Bericht über Ergebnis der Besprechungen.“<sup>1261</sup>*

Die Verhandlungen kamen für beide Seiten zu einem befriedigenden Ergebnis. Tombalbaye erklärte sich bereit, bei MEREX eine Bestellung über 4 Mio. DM in Auftrag zu geben. Von dieser Summe

<sup>1257</sup> Wirz, Albert: Krieg in Afrika. Die nachkolonialen Konflikte in Nigeria, Sudan, Tschad und Kongo. Wiesbaden 1982, S. 376.

<sup>1258</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 29. September 1965, PA AA, AA, B 34, 625.

<sup>1259</sup> Referatsleiter Middemann – Referat Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung, des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens und des Fremdenverkehrs (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Republik Tschad, 18. November 1965, PA AA, AA, B 68, 419.

<sup>1260</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 17. Mai 1966, PA AA, AA, B 14 II A 7, 1280.

<sup>1261</sup> Referatsleiter Middemann – Referat Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung, des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens und des Fremdenverkehrs (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Republik Tschad, 14. Dezember 1965, PA AA, AA, B 68, 419.

sollten 1,6 Mio. DM auf die Lieferung von Lastkraftwagen der Marke Magirus, 1,1 Mio. DM auf die Lieferungen deutscher Ausrüstung entfallen. Mit der restlichen Summe von 1,3 Mio. DM sollte von MEREX weiteres militärisches Material „im Ausland beschafft und ohne Berührung deutschen Hoheitsgebietes nach dem Tschad geliefert“ werden. Dieses Material umfasste neben Landrovern auch Handfeuerwaffen für die Sonderpolizei. Frankreich wurde von der Bundesrepublik über das Geschäft zwischen dem Tschad und MEREX umgehend unterrichtet. Der Leiter des Referats für Rüstungsexporte im Auswärtigen Amt, Herr Middelman, notierte:

*„Nach Angaben von Herrn [Direktor] Hansen hat die Fa. MEREX der Regierung des Tschad erklärt, daß sie einen Teil der ihr erteilten Aufträge ( Waffen ) nicht in Deutschland beschaffen könne, weil dieses der deutschen Politik, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern, widersprechen würde. Die Abstimmung mit der französischen Regierung ist dagegen von der Fa. MEREX gegenüber den Gesprächspartnern im Tschad nicht erwähnt worden. Die Regierung des Tschad hat von dem Gesamtbetrag 50% = etwa 2 Mio DM bereits jetzt und ohne Gegenseicherung der Fa. MEREX zur Verfügung gestellt. Die Ausfuhr der von deutschen Firmen zu liefernden Güter bedarf - nach Angaben der Fa. MEREX - nicht der Genehmigung gemäß Kriegswaffenkontrollgesetz.“*<sup>1262</sup>

1966 erfolgte die erste Lieferung von MEREX im Wert von 0,94 Mio. DM. 1967 und 1969 folgten zwei weitere, kleinere Lieferungen über 0,18 Mio. DM und 0,1 Mio. DM.<sup>1263</sup> Die Hälfte der 4 Mio. DM hatte der Tschad an MEREX in bar bezahlt. Inwieweit der deutsche Staat sich in das Geschäft einschaltete und in die Begleichung der zweiten Hälfte involviert war, lässt sich aus den eingesehenen Akten nur teilweise rekonstruieren. In jedem Fall spekulierte MEREX auf eine staatliche Absicherung seiner Lieferungen über Hermes-Garantien.<sup>1264</sup> Ob diese tatsächlich erfolgte, darüber schweigen sich die Akten allerdings aus. Festgehalten werden kann lediglich, dass die Lieferungen von MEREX maßgeblich zum Aufbau der bereits erwähnten, seit 1967 offiziell bestehenden, Compagnie Tchadienne beigetragen haben. Die westdeutsche Botschaft in Fort Lamy führte hierzu 1970 aus:

*„Bemerkenswert ist die fast ausschließlich deutsche Bewaffnung der CTS [Compagnie Tchadienne de Sécurité], die offensichtlich auf umfangreiche Waffenkäufe aus der Bundesrepublik zurückgeht.“*<sup>1265</sup>

<sup>1262</sup> Referatsleiter Middelman – Referat Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung, des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens und des Fremdenverkehrs (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 31. März 1966, PA AA, AA, B 68, 419.

<sup>1263</sup> Auswärtiges Amt und Bundesministerium für Verteidigung und Bundesministerium für Wirtschaft an Auswärtiges Amt, o.T. Dezember 1971, PA AA, AA, B 14, 1826.

<sup>1264</sup> Referatsleiter Middelman – Referat Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung, des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens und des Fremdenverkehrs (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 31. März 1966, PA AA, AA, B 68, 419.

<sup>1265</sup> Botschaft in der Republik Tschad an Auswärtiges Amt, 8. April 1970, PA AA, AA, B 34, 789.

Deutsche Waffen kamen – wie in der Demokratischen Republik Kongo – aber nicht nur auf Seiten der Regierungstruppen zum Einsatz. Auch die tschadischen Rebellen verfügten über nicht wenige Waffen aus reichsdeutscher Produktion, welche die Wehrmacht 1943 bei ihrem Rückzug aus Afrika zurückgelassen hatte,<sup>1266</sup> und leichte ostdeutsche Waffen, die sie von der palästinensischen Befreiungsbewegung El Fatah kommerziell erworben hatten.<sup>1267</sup> Und als tschadische Truppen 1966 in Grenzgefechte mit den Truppen der Republik Sudan gerieten, da dessen westliche Provinz Darfur den Rebellen als Rückzugsraum diente, kamen hier sogar westdeutsche Waffen gegen die tschadischen Regierungstruppen zum Einsatz.<sup>1268</sup> Ein Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes, Herr Wever, beantwortete 1966 eine diesbezügliche Anfrage der westdeutschen Botschaft im Tschad mit den Zeilen:

*„Im Rahmen der [westdeutschen] Ausrüstungshilfe hat der Sudan in den Jahren 1962 und 1963 auch einige mittelschwere Waffen, darunter Mörser, erhalten.“*<sup>1269</sup>

Nachdem MEREX Anfang 1967 die ersten Lastkraftwagen der Marke Magirus an die Compagnie Tchadienne ausgeliefert hatte,<sup>1270</sup> startete Tombalbaye zum Ende des Jahres einen dritten Versuch, endlich eine westdeutsche Militärhilfe für den Aufbau seiner Sonderpolizei zu erhalten. Diesmal wandte er sich direkt an die westdeutsche Staatsführung, an Bundespräsident Heinrich Lübke.<sup>1271</sup> Und er hatte Erfolg. Ende 1968 stimmte das Bundesverteidigungsministerium einer ersten Ausrüstungshilfe über vierzig tropentaugliche Lastkraftwagen<sup>1272</sup> im Wert von 2 Mio. DM – also genau der Summe, die im tschadischen Abkommen mit MEREX noch ausstanden hatte – zu.<sup>1273</sup> 1969 wurde die Ausrüstungshilfe zwischen dem Bundesverteidigungsministerium und dem Tschad vertraglich fixiert.<sup>1274</sup> Ausschließlich Einheiten der Compagnie Tchadienne waren Nutznießer der Unterstützung aus Bonn.<sup>1275</sup> 1970 folgte ein zweites Abkommen zur Ausrüstungshilfe zwischen dem Bundesverteidigungsministerium und dem Tschad über die Lieferung von Ausrüstung und

<sup>1266</sup> Botschaft in der Republik Tschad an Auswärtiges Amt, 29. September 1970, PA AA, AA, B 34, 789.

<sup>1267</sup> Botschaft in der Republik Tschad an Auswärtiges Amt, 14. November 1970, PA AA, AA, B 34, 789.

<sup>1268</sup> Botschafter Fischer (Botschaft in der Republik Tschad) an Auswärtiges Amt, 7. Oktober 1966, PA AA, AA, B 34, 688.

<sup>1269</sup> Wever (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Republik Tschad, 3. November 1966, PA AA, AA, B 34, 688.

<sup>1270</sup> Botschafter Fischer (Botschaft in der Republik Tschad) an Auswärtiges Amt, 11. Februar 1967, PA AA, AA, B 68, 637.

<sup>1271</sup> Abteilungsleiter Meyer-Lindenberg – Politische Abteilung (Auswärtiges Amt) an Referatsleiter Posadowsky-Wehner – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 26. September 1967, PA AA, AA, B 34, 727.

<sup>1272</sup> Herzog (Bundesministerium für Verteidigung) an Auswärtiges Amt und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 16. Dezember 1968, PA AA, AA, B 68, 637.

<sup>1273</sup> Heuseler (Botschaft in der Republik Tschad) an Auswärtiges Amt, 12. Dezember 1968, PA AA, AA, B 68, 664.

<sup>1274</sup> Heuseler (Botschaft in der Republik Tschad) an Auswärtiges Amt, 18. Januar 1969, PA AA, AA, B 68, 757.

<sup>1275</sup> Botschaft in der Republik Tschad an Auswärtiges Amt, 8. April 1970, PA AA, AA, B 34, 789.

Fahrzeugen – geländegängigen Motorrädern und Lastkraftwagen<sup>1276</sup> – im Wert von 4 Mio. DM.<sup>1277</sup> Die Einsparung, welche die Regierung Tombalbaye damit für ihren Haushalt erzielte, war erheblich. 4 Mio. DM entsprachen 1970 rund 10% des tschadischen Verteidigungshaushalts.<sup>1278</sup> Bis Ende 1971 gelangten mit westdeutscher Militärhilfe etwa zweihundert Kraftfahrzeuge im Wert von rund 4,5 Mio. DM in den Tschad. Über die Verwendung der noch ausstehenden Gelder<sup>1279</sup> sollte 1972 in Bonn erneut verhandelt werden.<sup>1280</sup> Die Anerkennung der DDR durch den Tschad verzögerte zwar die Gespräche,<sup>1281</sup> doch ließen Tombalbaye und sein Kabinett nicht locker.<sup>1282</sup> Ein von der BRD kreditierter kommerzieller Erwerb von Fahrzeugen über 1,5 Mio. DM und Werkstätten über 0,5 Mio. DM durch den Tschad wurde von Staatsminister Djibrine Kherallah ins Spiel gebracht. Die westdeutsche Botschaft erkannte jedoch sogleich den tatsächlichen Hintergrund des Angebots und ergänzte für das Auswärtige Amt:

*„Tatsächlich denkt der Minister [Staatsminister Djibrine Kherallah] an eine ähnliche vertragliche Konstruktion, wie sie schon früher im Zusammenhang mit Ausrüstungshilfe erfolgt ist, d.h. [das heißt] an eine unentgeltliche Hilfe, die jedoch wiederum mit der Auflage verbunden sein könnte, daß das Material zurückzugeben sei, wenn es nicht mehr benötigt werden sollte.“<sup>1283</sup>*

Dennoch ging das Bundesverteidigungsministerium am Ende auf die Bitte nach weiterer Militärhilfe ein.<sup>1284</sup> Mehr als eine Verzögerung der Abläufe hatte die Anerkennung der DDR nicht bewirkt. Laut einem Bericht des ostdeutschen Botschafters im Tschad, Gerhard Krauß, wurden der Compagnie Tchadienne 1973 noch einmal 50 westdeutsche Fahrzeuge geliefert.<sup>1285</sup>

Sogar ein direktes militärisches Engagement der Bundeswehr setzte nun ein – wenn auch offiziell ausschließlich im humanitären Bereich. Mitte der 1970er Jahre war es in der gesamten Sahelzone, und damit auch in weiten Teilen des Tschad, zu einer Dürrekatastrophe gekommen. Das Bundesverteidigungsministerium wurde beauftragt, die Folgen der Dürre zu mildern und eine

<sup>1276</sup> Albrecht 1972, S. 22 f.

<sup>1277</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 11. Juli 1971, PA AA, AA, B 68, 1068.

<sup>1278</sup> Ebd.

<sup>1279</sup> Referat Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung, des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens und des Fremdenverkehrs (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 68, 1068.

<sup>1280</sup> Botschaft in der Republik Tschad an Auswärtiges Amt, 6. April 1972, PA AA, AA, B 68, 1068.

<sup>1281</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 22. Juni 1972, PA AA, AA, B 34, 881.

<sup>1282</sup> Botschaft in der Republik Tschad an Auswärtiges Amt, 17. Januar 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103041.

<sup>1283</sup> Botschaft in der Republik Tschad an Auswärtiges Amt, 17. Januar 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103041.

<sup>1284</sup> Nagel (Auswärtiges Amt) an Bundesministerium für Verteidigung, 8. Februar 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103041.

<sup>1285</sup> Botschafter Krauß (Botschaft in der Republik Tschad) an Abteilungsleiter Röder – Abteilung Ost- und Zentralafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 3. August 1973, PA AA, MfAA, C 1173/77, Fiche 1, S. 8.

Luftbrücke einzurichten, mit der Lebensmittel in die Krisengebiete befördert werden sollten.<sup>1286</sup> Doch kamen diese weniger der dortigen Bevölkerung,<sup>1287</sup> als vielmehr – laut Aussage eines an der Aktion beteiligten Bundeswehrsoldaten – den in den Dürregebieten stationierten tschadischen Sicherheitskräften zu Gute.<sup>1288</sup>

1974 kam es dann zu einem abrupten Abbruch der militärischen Zusammenarbeit. Noch im April des Jahres war von westdeutscher Seite eine weitere Ausrüstungshilfe für 1974/75 über 2 Mio. DM in Aussicht gestellt worden.<sup>1289</sup> Die Geiselnahme eines im Nordtschad stationierten Arztes durch Rebellen und die durch Westdeutschlands eigenmächtige Geiselbefreiung hervorgerufene Verletzung der tschadischen Souveränität, setzten den militärischen Beziehungen dann aber ein jähes Ende. Auf Wunsch der Rebellen hatte die BRD in ihrem In- und Auslandsradio ein umstürzlerisches Kommuniqué verlesen lassen<sup>1290</sup> und 2 Mio. DM Lösegeld gezahlt<sup>1291</sup> – ohne die Regierung Tombalbaye vorher um Erlaubnis gebeten oder auch nur informiert zu haben. Die sah – völlig zu recht – die Souveränität des Tschad verletzt. Sie brach die Beziehungen zur BRD vorübergehend ab, forderte eine offizielle Entschuldigung der Bundesregierung und weitere Militärhilfe als Ausgleich für die 'Unterstützung' der Rebellen. Beide Forderungen standen für die Bundesregierung jedoch nicht zur Diskussion. Nur ein Jahr später wurde Tombalbaye gestürzt und eine Militärregierung unter General Félix Malloum übernahm die Macht. Doch blieb auch dieser nicht mehr allzulange im Amt. 1979 trugen die Rebellen endgültig den Sieg davon. Wieder sollte eine westdeutsche Militärhilfe ihren Besitzer wechseln.

#### *d) Vom schwierigen Aufbau einer Volksarmee – Ostdeutsche Militärhilfe für die Republik Kongo*

Wie die Republik Tschad war auch die Kongolesische Republik nach ihrem Eintritt in die Unabhängigkeit im Jahr 1960 mit Frankreich eine intensive militärische Zusammenarbeit eingegangen. Die kongolesische Armee war – sofern Bedarf bestand – dazu verpflichtet, ihre Waffen und ihr übriges militärisches Equipment aus Frankreich zu beziehen, ihr Personal in Frankreich fortzubilden.

Im Laufe der 1960er Jahre kam es jedoch zu größeren Verschiebungen der Einflussphären im Kongo, die für die kongolesische Armee einige Veränderungen mit sich brachte. Auch hier baute Frankreich seine noch in Brazzaville stationierten Restverbände langsam ab.<sup>1292</sup> Gleichzeitig

<sup>1286</sup> Rauch, Andreas M.: Zivile und militärische Auslandseinsätze der Bundeswehr. In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP) 1 (2004), S. 57-65, hier S. 60.

<sup>1287</sup> Auswärtiges Amt an Botschaft in der Republik Tschad, 28. März 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103041.

<sup>1288</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 6. Mai 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103045.

<sup>1289</sup> Nagel (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 23. April 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103041.

<sup>1290</sup> Krisenstab (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 12. Juni 1974, PA AA, AA, B 1, 575.

<sup>1291</sup> Botschaft in der Tunesischen Republik an Auswärtiges Amt, 12. Juni 1974, PA AA, AA, B 1, 575.

<sup>1292</sup> Generalkonsul Kämpf (Handelsvertretung in der Republik Guinea) an Abteilung Afrika (Ministerium für

gewannen die Einflussphären der Sowjetunion, der Sozialistischen Republik Kuba, der Volksrepublik China und des übrigen sozialistischen Lagers an Raum. Die Revolution von 1963, in deren Folge die pro-westliche Regierung unter Staatspräsident Fulbert Youlou abgesetzt und durch eine dem Sozialismus nahestehende Regierung unter Staatspräsident Alphonse Massamba-Débat ersetzt wurde, ermöglichte es den sozialistischen Staaten, eine schleichende Militarisierung der kongolesischen Gesellschaft einzuleiten. Im Dschungel errichteten sie paramilitärische Ausbildungslager für die progressive Jugendbewegung<sup>1293</sup> und die Volksmiliz des Landes, sowie für Rebellen und Freiheitskämpfer der Demokratischen Republik Kongo, Kameruns und Angolas.<sup>1294</sup> Allein die Volksrepublik China betrieb hier vier Trainingslager für die Rebellen der Demokratischen Republik Kongo.<sup>1295</sup> Schon bald hatte sich die Republik zum beliebtesten Rückzugsgebiet der radikalen progressiven Kräfte des gesamten zentralafrikanischen Raums entwickelt.

Hieraus erwuchsen der Republik Kongo zahlreiche Konflikte mit ihren Nachbarstaaten. Ernsthaft militärisch bedroht fühlte sich Brazzaville von der Demokratischen Republik Kongo, der Bundesrepublik Kamerun und der Republik Portugal. Über den kongolesisch-kongolesischen Grenzkonflikt war schon mehrfach berichtet worden. Auch aus Kamerun waren Rebellen, Mitglieder der oppositionellen Union des Populations du Cameroun, in den 1960er Jahren, als sich abzeichnete, dass der Partisanenkampf in ihrem Heimatland verloren war, in die Republik Kongo geflohen. Von ihren dortigen Rückzugsbasen drangen sie in den folgenden Jahren immer wieder auf das Staatsgebiet Kameruns vor, wo sie sich kleinere Scharmützel mit den Grenztruppen, der Gendarmerie und der Armee Kameruns lieferten. 1967 telegraphierte die westdeutsche Botschaft in Brazzaville an das Auswärtige Amt:

*„insgesamt wird die unterstützung [der Union des Populations du Cameroun durch die Regierung Massamba-Débat] nur zögernd gewährt, wie auch das verhalten der hiesigen regierung vor dem vorfall vom 3.12. gezeigt hat. Sie hatte zuerst die fahrt einer etwa 80 mann starken upc-gruppe von kimongo in den norden des kongo durch kfz- und benzinstellung unterstützt, dann aber als die gruppe ende november die kamerunische grenze erreicht hatte, ihre sofortige rueckkehr angeordnet, allerdings nur mit teilweisem erfolg. Die revolutionaere doktrin, der man opfer bringen muss, spielt bei solchen, den wohlverstandenen interessen des kongo widersprechenden entscheidungen ebenso eine rolle wie vorstoesse einzelner radikaler, die sich der kontrolle des praesidenten [Alphonse Massamba-Débat] entziehen.“*<sup>1296</sup>

Auswärtige Angelegenheiten), 3. Oktober 1964, PA AA, MfAA, C 926/74, Fiche 1, S. 14-15.

<sup>1293</sup> Mitarbeiter Martinetz (LIMEX) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 31. August 1968, PA AA, MfAA, C 1094/77, Fiche 1, S. 36-54.

<sup>1294</sup> Kapitän zur See Pankow (vor Anker in Peking) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 19. November 1970, PA AA, MfAA, C 918/74, Fiche 1, S. 17-18.

<sup>1295</sup> China's International Relations, o.T. Februar 1970, PA AA, MfAA, C 918/74, Fiche 1, S. 10-11.

<sup>1296</sup> Botschaft in der Republik Kongo an Auswärtiges Amt, 14. Dezember 1967, PA AA, AA, B 34, 701.

Auch die angolanische Unabhängigkeitsbewegung *Movimento Popular de Libertação de Angola* hatte in der Republik Kongo Unterschlupf gefunden. Immer wieder startete sie von hier kleinere Raubzüge auf das Territorium der angolanischen Exklave Cabinda, wo sie sich dann Gefechte mit den dort stationierten portugiesischen Truppen lieferte.<sup>1297</sup> Bei jeder Operation einer dieser Rebellengruppierungen mußte die kongolesische Regierung über kurz oder lang mit einem Gegenschlag eines ihrer Nachbarstaaten rechnen.

Eine erste militärische Unterstützung von Seiten der DDR setzte 1967, drei Jahre vor der offiziellen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten, ein. Über eine kleine, verdeckte militärische Ausbildungshilfe wurde der bereits in einem früheren Abschnitt erwähnte Aufbau von 'Grenzdörfern' am südlichen Rand der Republik unterstützt. Drei Kongolesen, die später in den Grenzdörfern – unter anderem – als militärische Ausbilder tätig werden sollten, erhielten eine Ausbildung an einer Kaserne der Nationalen Volksarmee der DDR, die vor der Öffentlichkeit und westlichen Geheimdiensten als landwirtschaftliche Ausbildung getarnt wurde.<sup>1298</sup>

Eine kleinere Ausrüstungshilfe wurde zudem über den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund beigesteuert. Er lieferte 250 khakifarbene 'Arbeitsuniformen' zur Ausstattung der neuen 'Grenztruppen'.<sup>1299</sup> Eine weitergehende Unterstützung blieb aber aus.

Erst 1970 zeigte die DDR Bereitschaft zu einem größeren militärischen Engagement. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR hatte hieran sicherlich einen nicht unerheblichen Anteil gehabt. Eine bedeutend größere Rolle dürfte aber der zu dieser Zeit einsetzende Druck von Seiten der Sowjetunion gespielt haben,<sup>1300</sup> die auch in den folgenden Jahren nicht müde wurde, der DDR die Bedeutung ihrer Militärhilfe an einen Staat, der für das sozialistische Lager, aufgrund seiner Funktion als Brückenkopf von nicht zu unterschätzender Bedeutung war, und in dem es mit Frankreich und der Volksrepublik China zu konkurrieren galt, verständlich zu machen.<sup>1301</sup> 1970 reiste eine Militärdelegation der DDR in die Volksrepublik Kongo, die, neben dem Besuch der Feierlichkeiten anlässlich des IV. Jahrestages der Gründung der Kongolesischen Nationalen Volksarmee, erste militärpolitische Gespräche mit Staatspräsident und Verteidigungsminister

---

<sup>1297</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 13. April 1965, PA AA, MfAA, C 921/74, Fiche 1, S. 5-8.

<sup>1298</sup> Ministerrat an Ministerrat, 3. Februar 1967, BArch, DC 20 / 4536.

<sup>1299</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 7292.

<sup>1300</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 30, IV A 2/20/981.

<sup>1301</sup> Botschaft in der Volksrepublik Kongo an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 19. November 1973, PA AA, MfAA, C 1408/78, Fiche 1, S. 1-4.



Marien Ngouabi und Generalstabschef Ihombi Opango einleitete. Ziel der Verhandlungen war der Abschluss eines größeren Aus- und Fortbildungsprogramms für die kongolesische Volksarmee. Ngouabi zeigte sich am ostdeutschen Vorschlag sehr interessiert. Er erklärte sogar, auf militärischem Gebiet ähnlich intensive zwischenstaatliche Beziehungen zu den sozialistischen Staaten herstellen zu wollen, wie sie bereits seit Jahrzehnten zwischen der Sowjetunion und der DDR bestanden<sup>1302</sup> – ein Unterfangen, dem allerdings weder die DDR, noch die Sowjetunion etwas abgewinnen konnten. Mit Gegenwind hatte auch das Ausbildungsprogramm zu kämpfen. Die kongolesische Militärführung stand dem Projekt ihres Verteidigungsministers und Staatspräsidenten ablehnend gegenüber und so blieben konkrete Abmachungen zunächst aus. Der ostdeutsche Gesandte in der Volksrepublik Kongo, Manfred Richter, sah das größte Hindernis, in der immer noch dominanten französischen Einflussphäre und dem Druck, den die breiten frankophilen Kreise innerhalb der kongolesischen Militärführung auf ihre Regierung ausübten:

*„Es ist eine Tatsache, daß die kongolesische Armee bis noch vor wenigen Jahren alleinige Domäne der Franzosen war und auch heute noch viele Beziehungen und Einflüsse durch das vorhandene, in Frankreich ausgebildete Offizierkorps bestehen. Der Fakt, daß die DDR in den nächsten 5 Jahren einen Großteil kongolesischer Militärkader ausbilden wird, ist daher für den französischen Imperialismus äußerst beunruhigend. Es ist wahrscheinlich, daß dies nicht nur so hingenommen werden wird.“*<sup>1303</sup>

Der kongolesische Außenminister, Charles David Ganao, der Vizepräsident im kongolesischen Staatsrat, Ange Édouard Pongui, und der Stabschef der kongolesischen Armee, Joseph Miokono Onzila,<sup>1304</sup> sie alle arbeiteten gegen das Zustandekommen eines ostdeutsch-kongolesischen Militärabkommens. Außer Staatspräsident Ngouabi konnte lediglich Generalstabschef Louis Sylvain-Goma für die Idee gewonnen werden. Zur 'Erleichterung' seiner Meinungsfindung hatten er und seine Frau zwei Plätze in einem Ferienhaus der DDR erhalten.<sup>1305</sup> Am Scheitern des ostdeutschen Vorschlags konnte aber auch die Stimme Sylvain-Gomas nichts mehr ändern. Zwischen 1971 und 1973 sollte lediglich ein einziger kongolesischer Offizier in die DDR entsandt werden – zu einer Ausbildung als Musikkomponist.<sup>1306</sup>

<sup>1302</sup> 1. Sekretär Jahsnowski (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 5. Juli 1970, PA AA, MfAA, C 920/74, Fiche 1, S. 16-20.

<sup>1303</sup> Gesandter Richter (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Stellvertretender Minister Willerding (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilungsleiter Röder – Abteilung Ost- und Zentralafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilungsleiter Markowski – Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 5. Juni 1973, PA AA, MfAA, C 1399/78, Fiche 1, S. 3.

<sup>1304</sup> Botschafter Dordan (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Abteilungsleiter Markowski – Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 16. September 1975, PA AA, MfAA, C 964/78, Fiche 2, S. 153-154.

<sup>1305</sup> Ebd.

<sup>1306</sup> Oberkommandierender Yhomby-Opango (Nationale Volksarmee der Volksrepublik Kongo) an Minidéfense

1972 unternahmen die beiden Staatsführungen dann einen erneuten Versuch. Die Führung der DDR betraute das Ministerium für Nationale Verteidigung mit der Ausarbeitung eines deutsch-kongolesischen Ausbildungs- und Ausrüstungshilfeabkommens, das bereits Ende des Jahres in der DDR von einer kongolesischen Militärdelegation unter Leitung von Staatspräsident Ngouabi unterzeichnet werden sollte. Zur Vorbereitung dieses Abkommens reiste 1972 eine Delegation der ostdeutschen Nationalen Volksarmee in die Volksrepublik. Ihre Aufgabe war die Sichtung, Analyse und Auswertung der kongolesischen Armee und die Vorbereitung eines auf ihren Erkenntnissen basierenden Vorschlags über eine größere ostdeutsche Ausbildungshilfe.<sup>1307</sup> Über den genauen Inhalt des Vorschlags schweigen sich die eingesehenen ostdeutschen Akten aus. Glücklicherweise besaß aber die westdeutsche Botschaft Kontakteleute im kongolesischen Staatsapparat, die sie über den Inhalt der Vorverhandlungen der ostdeutschen Militärdelegation informierten. 100 Offiziere und 100 Unteroffiziere der kongolesischen Nationalen Volksarmee sollten innerhalb von fünf Jahren in der DDR ausgebildet werden. Des Weiteren wollte sich die Nationale Volksarmee der DDR zur Lieferung von militärischer Ausrüstung – möglicherweise auch von Waffen – für 500 Soldaten der kongolesischen Volksarmee verpflichten.<sup>1308</sup> Um dem Vorhaben Nachdruck zu verleihen, versuchte Ngouabi, einen Militärattaché an die Vertretung seiner Volksrepublik in Ost-Berlin zu entsenden.<sup>1309</sup> Letztlich konnten sich aber wieder die frankophilen Kräfte innerhalb der Staats- und Armeeführung gegenüber Ngouabi durchsetzen und die Entsendung des Attachés verhindern. Erneut musste von einer Vertragsunterzeichnung Abstand genommen werden.

Auch eine im März 1973 in die Volksrepublik entsandte Delegation des Ministeriums für Nationale Verteidigung<sup>1310</sup> und ein Zugeständnis des Hauses im Sommer des Jahres, die vom Kongo

---

(Nationale Volksarmee der Volksrepublik Kongo) und EMG/CAB (Nationale Volksarmee der Volksrepublik Kongo) und DCAM (Nationale Volksarmee der Volksrepublik Kongo) und DSI (Nationale Volksarmee der Volksrepublik Kongo) und BSOLDE (Nationale Volksarmee der Volksrepublik Kongo) und MAJ/EFF (Nationale Volksarmee der Volksrepublik Kongo) und B 1 (Verteidigungsministerium der Volksrepublik Kongo) und B 4 (Verteidigungsministerium der Volksrepublik Kongo) und HMB (Nationale Volksarmee der Volksrepublik Kongo) und TRESORIER (Nationale Volksarmee der Volksrepublik Kongo) und ATTACHE MILITAIRE AMBACONGO-PARIS (Verteidigungsministerium der Volksrepublik Kongo) und ATTACHE MILITAIRE AMBACONGO-MOSCOU (Verteidigungsministerium der Volksrepublik Kongo) und CPA (Nationale Volksarmee der Volksrepublik Kongo) und AC (Nationale Volksarmee der Volksrepublik Kongo), 15. Januar 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102961.

<sup>1307</sup> Gesandter Richter (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 20. September 1972, PA AA, MfAA, C 1406/78, Fiche 1, S. 3.

<sup>1308</sup> Büro des Politbüros – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Büro des Politbüros – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 30 / 9424, S. 2. ; Klingel (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Referat Nord- und Westafrika (Auswärtiges Amt), 2. März 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102961.

<sup>1309</sup> Gesandter Richter (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 20. September 1972, PA AA, MfAA, C 1406/78, Fiche 1, S. 3.

<sup>1310</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Staatspräsident Ngouabi – Präsidialkanzlei (Volksrepublik Kongo), 1. August 1973, PA AA, MfAA, C 6184, Fiche 1, S. 28-29.

angeforderte Ausrüstung auch ohne vertragliche Grundlage zu liefern,<sup>1311</sup> konnten den Ausbau der militärischen Beziehungen nicht wesentlich beschleunigen. Nun intervenierte der Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Erich Honecker, persönlich. Er wies das Ministerium für Nationale Verteidigung an, zwar auch weiterhin auf eine Unterzeichnung des Abkommens hinzuwirken, falls nötig Ngouabi aber noch weiter entgegenzukommen und die Umsetzung der gesamten Militärhilfe, der Ausrüstungs- und der Ausbildungshilfe, auch ohne vertragliche Grundlage einzuleiten.<sup>1312</sup> Es handelt sich hierbei um einen der wenigen Momente, die bei der Erstellung dieser Arbeit ausgemacht werden konnten, bei denen die Parteiführung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands direkt in die ostdeutsche Afrikapolitik eingriff. Inzwischen hatte Ngouabi aber auch selbst von der Blockadehaltung seiner Armeeführung genug. Sein Verteidigungsministerium leitete eine politische Umstrukturierung der Armee ein, in deren Folge die kongolesische Kritik an einer ostdeutschen Militärhilfe zwar nicht gänzlich verstummte, aber doch merklich zurückging. Ende 1973 traten die ersten Kongolesen in der ostdeutschen Botschaft in Brazzaville zur Tauglichkeitsuntersuchung an<sup>1313</sup> und ein erneuter Anlauf zur Unterzeichnung des Abkommens wurde in Angriff genommen. Mitte 1974 konnte von Ngouabi endlich ein Militärattaché in Ost-Berlin stationiert werden. Leutnant Pierre Obou wurde in der DDR als Militär-, Marine- und Luftwaffenattaché akkreditiert.<sup>1314</sup> Im Herbst 1974 wurde die Aushandlung des Abkommens in Angriff genommen. Noch einmal stemmten sich die nicht klein zu kriegenden frankophilen Kreise in der Staats- und Armeeführung gegen das Projekt.<sup>1315</sup> Um den Ausbildungsbeginn aber nicht noch einmal hinausschieben zu müssen, leitete das Ministerium für Nationale Verteidigung das Projekt Ende 1974, wie von Honecker gefordert, ohne vertragliche Grundlage ein.<sup>1316</sup> Zunächst mussten die Kongolesen ohnehin noch sprachlich und ideologisch geschult werden. Diese Vorbereitung der Ausbildung erfolgte am *Centre d'instruction préparatoire aux Ecoles Militaires* des *Camp Djoué* nahe Brazzaville, das Ende 1974 eröffnet worden war. Die Sprachlehrer wurden durch das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen der DDR gestellt.<sup>1317</sup>

<sup>1311</sup> Klingel (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Referat Nord- und Westafrika (Auswärtiges Amt), 9. Mai 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102961.

<sup>1312</sup> Ministerium für Nationale Verteidigung an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 27. Februar 1973, PA AA, MfAA, C 6184, Fiche 1, S. 36-37.

<sup>1313</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 17. Oktober 1973, PA AA, MfAA, C 6184, Fiche 1, S. 18-19.

<sup>1314</sup> Ministerium für Nationale Verteidigung an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 25. Juli 1974, PA AA, MfAA, C 6184, Fiche 1, S. 8-9.

<sup>1315</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 24. September 1974, PA AA, MfAA, C 959/78, Fiche 1, S. 82-84.

<sup>1316</sup> Botschafter Dordan (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 6. Dezember 1974, PA AA, MfAA, C 6177, Fiche 1, S. 95.

<sup>1317</sup> Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 2. Juli 1974, BArch, SAPMO, DY 30 / J IV 2/2 / 1514.

Der erste Sprachkurs für Fähnriche konnte im September 1975 abgeschlossen werden.<sup>1318</sup>

Nur wenige Monate zuvor, am 26. Mai 1975, war es endlich gelungen, das lang ersehnte Militärabkommen zur Ausbildung von Militärkadern, sowie ein dazugehörendes Protokoll,<sup>1319</sup> zu unterzeichnen.<sup>1320</sup> Im Herbst 1975 reisten die ersten Soldaten zum Beginn ihrer militärischen Fortbildung in die DDR.<sup>1321</sup> 56 Offiziere und 80 Unteroffiziere der kongolesischen Nationalen Volksarmee sollten in den folgenden vier Jahren von der ostdeutschen Nationalen Volksarmee fortgebildet werden. Weitere Abkommen folgten. Bis 1989 sollten 424 kongolesische Soldaten ein militärisches Fortbildungsprogramm der DDR durchlaufen. Kein anderer Staat sollte bei der Fortbildung seiner höheren Militärs je in dieser Intensität auf Fortbildungseinrichtung der Nationalen Volksarmee der DDR zurückgreifen.<sup>1322</sup>

#### *e) Zwischenfazit*

Militärpolitik und -hilfe spielten in den deutschen Aktivitäten im zentralafrikanischen Raum nur eine untergeordnete Rolle. Wie aufgezeigt werden konnte, ging es West- wie Ostdeutschland in der Militärhilfe vor allem um eine Stabilisierung der zentralafrikanischen Staaten. Die Stärkung der Zielstaaten und ihrer Regierungen erfolgte, ganz im Sinne des Kalten Krieges, nach außen gegen pro-östliche beziehungsweise pro-westliche afrikanische Staaten, nach innen gegen feindliche Machtgruppen, welche die jeweils herrschende Elite gefährdeten. Das ökonomische Motiv, Militärhilfe als Katalysator deutscher Waffen-, Ausrüstungs- und Fahrzeugexporte zu nutzen, spielte ebenfalls eine Rolle.

Die jeweiligen zentralafrikanischen Regierungen profitierten von der deutschen Militärhilfe durch die Möglichkeit, sich, am Parlament und einem ordentlichen Staatshaushalt vorbei, einen effektiven Sicherheits- und Machtapparat aufbauen zu können. Lieferungen von militärischer Ausrüstung und Waffen, wenn auch nach europäischen Maßstäben in nur geringen Mengen, spielten, aufgrund der ebenfalls meist bescheidenen Größe der jeweiligen zentralafrikanischen Sicherheitsapparate, eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Die Militärhilfe der BRD konzentrierte sich auf die Schwerpunktstaaten Kamerun, Tschad und Angola. Fahrzeuge, Ausrüstungen und Waffen wurden geliefert. Im Vergleich zu ihren westlichen

---

<sup>1318</sup> Botschafter Fischer (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Referat Atlantisches Bündnis und Verteidigung (Auswärtiges Amt), 6. Januar 1976, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108292.

<sup>1319</sup> Ministerium für Nationale Verteidigung an Ministerium für Nationale Verteidigung, o.T. o.M. o.J., BArch, DVW1, 54338.

<sup>1320</sup> Ministerium für Nationale Verteidigung an Ministerium für Nationale Verteidigung, o.T. o.M. o.J., BArch, DVW1, 54337.

<sup>1321</sup> Botschafter Dordan (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Generaldirektor Orschel – Direktionsbereich Übersee I (Ministerium für Außenhandel), 10. Oktober 1975, PA AA, MfAA, C 959/78, Fiche 1, S. 6-7.

<sup>1322</sup> Storkmann 2011, S. 89-104, hier S. 98.

Bündnispartnern, wie Frankreich oder den Vereinigten Staaten, hielt sich die materielle militärische Unterstützung der Bundesrepublik aber in engen Grenzen.

Den geographischen Schwerpunkt der ostdeutschen Militärhilfe bildete der Brückenkopf der sozialistischen Staaten, die Republik Kongo. Die materielle militärische Unterstützung der DDR fiel allerdings sehr bescheiden aus. Im Vordergrund ihrer Militärhilfe standen Ausbildungsprogramme für Offiziere und Unteroffiziere. Größere Waffen- und Ausrüstungslieferungen erfolgten, zumindest bis 1975, nicht.

Verdeckte Unterstützung ...

#### *a) ... in Afrika*

Weit häufiger als militärische Unterstützungsleistungen kamen bei der praktischen Durchsetzung deutscher Interessen in Afrika verdeckte Aktivitäten zum Tragen. Hierbei handelt es sich um finanzielle, materielle und personelle Leistungen, die sowohl an Regierungen als auch an oppositionelle Gruppierungen vergeben wurden.

Täger der verdeckten Unterstützung waren mehrheitlich die bereits erwähnten staatlichen Institutionen, sowie eine Vielzahl gesellschaftlicher Organisationen. Doch auch Geheimdienste, wie der Bundesnachrichtendienst und der Verfassungsschutz Westdeutschlands und das Ministerium für Staatssicherheit waren gelegentlich in diese Art von Hilfestellung involviert. Ob auch deutsche Militärgeheimdienste in ähnlichem Umfang in Afrika operierten, konnte noch nicht abschließend geklärt werden. Bekannt ist bislang lediglich, dass der westdeutsche Militärische Abschirmdienst und die ostdeutsche Verwaltung Aufklärung unter anderem auch in Nordafrika zum Einsatz gekommen sind.<sup>1323</sup>

Der westdeutsche Bundesnachrichtendienst operierte seit Anfang der 1950er Jahre auf dem afrikanischen Kontinent. Wahrscheinlich besaß er schon vor seiner offiziellen Gründung eine eigene Abteilung für den nordafrikanischen Raum. 1956 wurde der Aufgabenbereich dieser Abteilung dann zunächst auf Westafrika und schließlich auch auf 'Äquatorialafrika'<sup>1324</sup> – das in dieser Studie den Namen Zentralafrika trägt – ausgeweitet. Nachgewiesene legale Residenturen des Bundesnachrichtendienstes befanden sich in der Republik Südafrika, in Äthiopien<sup>1325</sup> und in der

<sup>1323</sup> Kabus, Andreas: Auftrag Windrose. Der militärische Geheimdienst der DDR. Berlin 1993, S.128 ff.

<sup>1324</sup> Czaya, Eberhard: Über kolonial-chauvinistische Traditionspflege und den Mißbrauch der Auslandsdeutschen in Afrika, In: Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse (Hg.): Deutsche Aussenpolitik. Afrikanische Gegenwartsfragen. Sonderheft I/1960. Berlin 1960, 118-128, hier S. 126.

<sup>1325</sup> Schmidt-Eenboom 1993, S. 150.

Vereinigten Arabischen Republik.<sup>1326</sup> Mindestens eine illegale Residentur unterhielt der Dienst in Portugal, welche, wie ein dort ebenfalls stationierter westdeutscher Militärattaché, die in den portugiesischen Überseeprovinzen tobenden Konflikte mit den jeweiligen Unabhängigkeitsbewegungen im Auge zu behalten hatte.

Das ostdeutsche Ministerium für Staatssicherheit dürfte den afrikanischen Kontinent erst Ende der 1950er Jahre in seinen Aufgabenbereich integriert haben. Besonders intensiv gestaltete sich seine Arbeit in den Schwerpunktstaaten der ostdeutschen Afrikapolitik. In den 1960er Jahren waren dies die Volksrepublik Sansibar und Pemba, sowie die Republiken Ghana und Sudan. In den 1970er Jahren verlagerte sich das ostdeutsche verdeckte Engagement dann zusehends in die Volksrepubliken Mosambik und Angola, sowie in die Demokratische Volksrepublik Äthiopien.<sup>1327</sup>

#### *b) ... in Zentralafrika*

Der geographische Schwerpunkt der deutschen verdeckten Aktivitäten im zentralafrikanischen Raum lag auf der Demokratischen Republik Kongo. Auf diese wird in den beiden folgenden Unterabschnitten noch dezidiert einzugehen sein.

Deutlich schwächer fielen die verdeckten Aktivitäten der Bundesrepublik im übrigen zentralafrikanischen Raum aus. Besonders galt dies für die Unterstützung bestehender Regierungen. Lediglich im Fall der Kongolesischen Republik erklärte sich die Bundesrepublik 1960 zur Unterstützung des Nachrichtendienstes der pro-westlichen Regierung unter Staatspräsident Fulbert Youlou bereit. Fünf Kongolesen wurden vom Bundesnachrichtendienst geheimdienstlich – wahrscheinlich in antikommunistischen Praktiken – fortgebildet. Ein Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes, Herr Neubert, berichtete 1960 in einem internen Schreiben:

*„Der Chef der kongolesischen Sicherheitspolizei hat über unsere Botschaft in Leopoldville um eine 3monatige Ausbildung von 5 seiner Beamten in der Bundesrepublik gebeten. Der BND [Bundesnachrichtendienst] ist bereit, die Gesamtleitung und organisatorische Durchführung der Ausbildung dieser 5 kongolesischen Beamten zu übernehmen. Referat 407 [Referat Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern] wird gebeten, die entstehenden Passagekosten auf den Entwicklungsfonds zu übernehmen, da nicht zu erwarten ist, daß diese in der derzeitigen Situation von kongolesischer Seite selber getragen werden könnte [sic!].“<sup>1328</sup>*

<sup>1326</sup> Silverstein, Ken, Daniel Burton-Rose: Private Warriors. London/New York 2000, S. 121.

<sup>1327</sup> Gieseke, Jens: Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945-1990. München 2001, S. 221.

<sup>1328</sup> Stellvertretender Referatsleiter Neubert – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Referat Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern (Auswärtiges Amt), 8. September 1960, PA AA, AA, B 34, 54.

Etwas stärker fiel das verdeckte Engagement Westdeutschlands im Fall oppositioneller Gruppierungen aus. Ob im Tschad,<sup>1329</sup> in Gabun, der Zentralafrikanischen Republik,<sup>1330</sup> oder der Republik Kongo,<sup>1331</sup> in jedem dieser Staaten pflegten die westdeutschen Botschaften Kontakte zu Oppositionellen. Hinweise auf eine direkte Unterstützung der Opposition durch westdeutsche Institutionen lassen sich allerdings nur im Fall der fest in die französische Einflussphäre integrierten Gabunischen Republik feststellen. Im Jahr 1965 erschien der Botschafter Gabuns in der BRD im westdeutschen Verteidigungsministerium, um Maschinenpistolen käuflich zu erwerben – ein einmaliger Vorgang im gesamten zentralafrikanischen Raum. Für gewöhnlich wurden Waffen von entsprechend spezialisierten Zwischenhändlern oder direkt von westdeutschen Produzenten bezogen. Mit gutem Grund kann deshalb angenommen werden, dass die Waffen auf verdecktem Wege, ohne Wissen der Regierung von Staatspräsident Léon Mba, beschafft werden sollten. Der Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes, Helmut Middelman, hielt fest:

*„Der hiesige Botschafter von Gabun hat bei General [Konrad] Mühlener (Bundesministerium der Verteidigung – W I – ) angefragt, ob seine Regierung vom Bundesministerium der Verteidigung 50 bis 100 Maschinenpistolen zur Ausrüstung ihrer Gendarmerietruppe käuflich erwerben könne. Auf Rückfrage teilte LR [Eric] Harder Ref. I B 3 nach Rücksprache mit [dem Leiter des Afrikareferates im Auswärtigen Amt, Harald] Graf Posadowsky-Wehner[,] mit, daß gegen den Kauf keine politischen Bedenken bestehen. General Mühlener wurde davon telefonisch unterrichtet, so daß anzunehmen ist, daß der Verkauf durchgeführt ist.“<sup>1332</sup>*

Auch wenn in diesem Zitat davon die Rede ist, dass *die Regierung Gabuns* als Käufer der Waffen auftrat, so wurde der gabunische Botschafter in den Akten des Auswärtigen Amtes doch bereits einige Jahre später als Führungsmitglied der gabunischen Oppositionsbewegung geführt. Und nicht nur das: 1970 wurde er von Staatspräsident Omar Bongo sogar direkt beschuldigt, gemeinsam mit den Vereinigten Staaten *und* der Bundesrepublik Deutschland in subversive Aktionen der gabunischen Opposition zum Sturz seiner Regierung involviert gewesen zu sein.<sup>1333</sup> Auch wenn weder in den west-, noch in den ostdeutschen Akten stichhaltige Belege für eine derartige Betätigung der Bundesrepublik gefunden werden konnten, soll diese Möglichkeit, aufgrund der erwähnten Hinweise, sowie der Tatsache, dass Gabun sich voll in der französischen Einflussphäre

<sup>1329</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 21. Dezember 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103040.

<sup>1330</sup> Bundeskanzleramt an Bundeskanzleramt, o.T. o.M.o.J., BArch, B 136, 6293.

<sup>1331</sup> Botschafter Haßlacher (Botschaft in der Republik Elfenbeinküste) an Meyer-Landrut – Referat Sowjetunion (Auswärtiges Amt), 13. November 1970, PA AA, AA, B 34, 786.

<sup>1332</sup> Referatsleiter Middelman – Referat Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung, des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens und des Fremdenverkehrs (Auswärtiges Amt) an Abteilung Handels- und Entwicklungspolitik (Auswärtiges Amt), 20. Januar 1965, PA AA, AA, B 34, 618.

<sup>1333</sup> Stellvertretender Referatsleiter Bünemann – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Gabunischen Republik, 24. September 1970, PA AA, AA, B 34, 778.

befand und über zahlreiche, auch für die westdeutsche Wirtschaft interessante, Rohstoffvorkommen verfügte, in dieser Arbeit doch nicht ganz ausgeschlossen werden.

In der portugiesischen Überseeprovinz Angola stand der Bundesnachrichtendienst mit der portugiesischen Geheimpolizei *Policia Internacional e de Defesa do Estado* in ständigem Informationsaustausch.<sup>1334</sup> Auch hier wurden aber zusätzlich verdeckte Kontakte mit den oppositionellen Befreiungsbewegungen, zunächst der União das Populações de Angola, später dann der pro-westlichen Frente Nacional de Libertação de Angola, der ebenfalls pro-westlichen União Nacional para a Independência Total de Angola und der pro-östlichen Movimento Popular de Libertação de Angola gepflegt. Eine direkte verdeckte Unterstützung erfolgte nur im Fall der Frente Nacional. Sie wurde über staatliche oder halbstaatliche Stellen – die Quelle ist in dieser Angelegenheit etwas ungenau – mit Waffen<sup>1335</sup> und über die Otto Benecke-Stiftung mit Universitätsstipendien versorgt.<sup>1336</sup> Dem Anführer der nationalen Befreiungsfront, Roberto Holden, soll sogar eine direkte finanzielle Unterstützung zuteil geworden sein. In einem Bericht des Ministeriums für Staatssicherheit, der *„auf der Grundlage zuverlässiger und glaubwürdiger interner Materialien aus führenden politischen und diplomatischen Kreisen der Demokratischen Republik Kongo sowie aus westdeutschen und belgischen diplomatischen Kreisen“* erarbeitet worden war, heißt es, dass Roberto Holden 1968 auf einer Sitzung der *Organisation for African Unity* scharf von den Vertretern der Republiken Mali, Guinea, Kongo und Algerien, sowie der Vereinigten Arabischen Republik für seine Tätigkeit im Dienste des Westens kritisiert worden sei:

*„Gleichzeitig sei von ihnen [den Vertretern der erwähnten afrikanischen Staaten] der Nachweis gebracht worden, daß er [Roberto Holden] seit längerer Zeit von der CIA [Central Intelligence Agency] sowie von Westdeutschland und Großbritannien für seine subversive Tätigkeit beträchtliche finanzielle Mittel erhalte.“*<sup>1337</sup>

Der Anführer der mit der Frente Nacional konkurrierenden Unabhängigkeitsbewegung União Nacional, Jonas Malheiro Savimbi, ein ehemaliger Weggefährte Holdens, beschuldigte diesen, laut

<sup>1334</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 15. Dezember 1967, PA AA, AA, B 150, 114, Fiche 4, S. 8564-8565.

<sup>1335</sup> Tafel (Auswärtiges Amt) an Bundesministerium für Wirtschaft und Referat Portugal, Spanien, Vatikan, Griechenland, Türkei, Zypern (Auswärtiges Amt) und Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) und Referat Afrika südlich der Sahara [Unterabteilung Handelspolitik gegenüber fremden Staaten] (Auswärtiges Amt), 11. Dezember 1962, PA AA, AA, B 68, 64.

<sup>1336</sup> Botschafter Döring (Botschaft in der Republik Zaïre) an Referat Ost- und Südafrika (Auswärtiges Amt) und Botschaft in der Republik Sambia, 28. April 1976, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108164.

<sup>1337</sup> Ministerium für Staatssicherheit an Sekretär für internationale Beziehungen Axen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Minister Winzer (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Hauptverwaltung Aufklärung – Abteilung Äußere Spionageabwehr (Gegenspionage) (Ministerium für Staatssicherheit) und Ablage (Ministerium für Staatssicherheit), 27. August 1968, BStU, MfS, HV A, Nr. 133, S. 89-95.



einem Bericht des ostdeutschen Außenministeriums, ebenfalls, über einen westdeutschen Mitarbeiter bei den Vereinten Nationen, „*ein Prof. Dr. Peter oder Peters*“, Gelder zu beziehen.<sup>1338</sup> Auch wenn Einiges für die Richtigkeit dieser Angaben spricht, muss doch darauf hingewiesen werden, dass in den westdeutschen Akten keine Belege gefunden werden konnten, die diese Anschuldigung bestätigt hätten.

In Kamerun stand der Bundesnachrichtendienst ebenfalls mit der dortigen Sûreté in Verbindung.<sup>1339</sup> Auch hier konzentrierten sich die verdeckten Aktivitäten aber vor allem auf die Opposition. Kontakte bestanden zur Regierung zunächst Britisch-, dann West-Kameruns<sup>1340</sup> – einem, wenn auch nur schwachen, Konkurrenten der frankophilen Regierung Ahidjo – und dem gemäßigten,<sup>1341</sup> wie dem radikalen Flügel der Oppositionspartei Union des Populations du Cameroun. Die Union des Populations war für die BRD aus dreierlei Gründen von Interesse: Erstens, stand ihr gemäßigter Flügel im Parlament von Yaoundé in Opposition zur frankophilen Regierung Ahidjo, was sie zu einem möglichen Mittelsmann deutscher Interessen machte. Zweitens, stand sie dem östlichen Lager nahe, womit sie, gemäß dem Regelwerk des Kalten Krieges, eingedämmt werden musste. Und schließlich, stand ihr radikaler Flügel in engem Kontakt mit staatlichen Stellen der DDR, weshalb sie dringend von einem außenpolitischen Kurswechsel überzeugt werden musste. Themen und Argumente der ostdeutschen Öffentlichkeitsarbeit hatten es sogar schon bis in ihr Parteiorgan, *La Voix du Kamerun*, geschafft. Artikel wie, „*Die Gegenrevolution in Afrika wird von Bonn ferngesteuert*“, in denen die westdeutsche Afrikapolitik mit einem angeblichen neokolonialistischen Ansatz, mit einem 'imperialistischen Habitus', gebrandmarkt wurde, häuften sich bedenklich.<sup>1342</sup> Ihren ersten Versuch, mit der Union des Populations ins Gespräch zu kommen und die radikalen von den gemäßigten Elementen zu trennen, unternahm die Bundesrepublik gleich in den ersten Wochen und Monaten der kamerunischen Unabhängigkeit, im Frühjahr 1960. Über ihre Botschaft in Yaoundé<sup>1343</sup> und den Arzt Dr. Westrick, Sohn des Staatssekretärs im Bundesministerium für Wirtschaft, Ludger Westrick, der im Aufstandsgebiet der Bamileke und der Union des Populations im Auftrag der Bundesrepublik operierte,<sup>1344</sup> wurde Kontakt zum radikalen Flügel der Oppositionsbewegung gesucht und gefunden. Zudem gelang es, über ein Mitglied des

---

<sup>1338</sup> Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 22. April 1964, PA AA, MfAA, A 15964, Fiche 2, S. 98-101.

<sup>1339</sup> Botschafter Döring (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 11. Juni 1965, PA AA, AA, B 34, 583.

<sup>1340</sup> Auswärtiges Amt an Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 17. November 1960, PA AA, AA, B 34, 158.

<sup>1341</sup> Jovy (Botschaft in der Republik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 2. September 1960, PA AA, AA, B 34, 155.

<sup>1342</sup> Botschaft in der Vereinigten Arabischen Republik an Auswärtiges Amt, 22. Juli 1958, PA AA, AA, B 34, 40.

<sup>1343</sup> Jovy (Botschaft in der Republik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 23. Juni 1960, PA AA, AA, B 34, 156.

<sup>1344</sup> Referat Bilaterale technische Hilfe (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 7. September 1961, PA AA, AA, B 68, 34.

exilkamerunischen Basiskomitees der Union des Populations, dessen Ehefrau die Sekretärin des Vizepräsidenten war, bis in die innersten Führungszirkel der Partei vorzustoßen. So meldete die westdeutsche Botschaft in der Republik Guinea 1961:

*„Wie die Botschaft vertraulich in Erfahrung bringen konnte, machen sich schon seit Beginn dieses Jahres in zunehmendem Masse Auflösungserscheinungen in dem hiesigen Exilkomitee der UPC [Union des Populations du Cameroun] bemerkbar. [...] Die Informationen stammen von einem Mitglied des exilkamerunischen 'Comité de base', dessen Frau Sekretärin des verstorbenen Félix Moumié und später Sekretärin des Vizepräsidenten Kingué Abel war, und dessen Schwägerin, die Schwester seiner Frau vom selben Vater und der selben Mutter, die Gattin Moumiés war.“*<sup>1345</sup>

Eine direkte verdeckte Unterstützung der Bewegung erfolgte jedoch nur in geringem Umfang und diente allein der Lösung der gemäßigten von den radikalen frankophoben Kräften. Ahidjo beschuldigte Westrick zwar, automatische Handfeuerwaffen an den radikalen, im Busch kämpfenden Flügel der Oppositionspartei geliefert zu haben<sup>1346</sup> – und ließ ihn deshalb auch des Landes verweisen. Belegen konnte er seine Behauptung aber nicht. Weder in den west- noch in den ostdeutschen Akten konnten Hinweise auf die Vorbereitung oder das Zustandekommen einer solchen Unterstützung gefunden werden. Belegen lässt sich lediglich, dass eine größere, dem gemäßigten Flügel der Union des Populations nahestehende Personengruppe Stipendien zum Studium in der Bundesrepublik erhielt.<sup>1347</sup>

Die DDR hielt sich mit verdeckten Operationen in den Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas ebenfalls weitgehend zurück. Aus Gabun versuchten mehrere Oppositionsbewegungen,<sup>1348</sup> darunter die *Parti de l'Unité Nationale Gabonaise*,<sup>1349</sup> eine namentlich nicht genannte progressive gabunische Exilpartei<sup>1350</sup> und die *Front National de la République Gabonaise*,<sup>1351</sup> mit der DDR in Kontakt zu treten. Sie alle wurden von Ost-Berlin abgewiesen. In der Zentralafrikanischen Republik bestand lediglich ein loser Kontakt zu einer einzelnen kommunistischen Zelle. 1970 meldete der ostdeutsche Botschafter in der Zentralafrikanischen

<sup>1345</sup> Botschaft in der Republik Guinea an Auswärtiges Amt, 12. Dezember 1961, PA AA, AA, B 34, 249.

<sup>1346</sup> Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Unterabteilungsleiter Hess – Unterabteilung Handelspolitische Beziehungen zu fremden Staaten (Auswärtiges Amt) und Abteilungsleiter Harkort – Abteilung Handelspolitik (Auswärtiges Amt), 23. Juni 1961, PA AA, AA, B 68, 129.

<sup>1347</sup> Botschaft in der Republik Kamerun an Auswärtiges Amt, 18. Juni 1960, PA AA, AA, B 34, 158.

<sup>1348</sup> Generalkonsulat in der Republik Guinea an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 28. Juli 1967, PA AA, MfAA, C 907/74, Fiche 1, S. 107-108.

<sup>1349</sup> Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 17. Februar 1961, PA AA, MfAA, C 907/74, Fiche 1, S. 54.

<sup>1350</sup> Botschaft in der Tschechoslowakischen Republik an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 15. September 1965, PA AA, MfAA, C 907/74, Fiche 1, S. 55-56.

<sup>1351</sup> Front National de la Révolution Gabonaise an Vorsitzender Stoph (Ministerrat), 15. Januar 1966, PA AA, MfAA, C 907/74, Fiche 1, S. 95-97.

Republik, Heinz Deutschland:

*„Es existieren keinerlei Putsch- oder Aufstandspläne [der kommunistischen Zelle]. Gegenwärtig besteht ihre Hauptaufgabe darin, den Präsidenten in seinen antiimperialistischen Maßnahmen zu unterstützen und den Einfluß rechter Kräfte auf ihn zurückzudrängen. [...] Für den Fall, das [sic!] die rechten Kräfte jedoch einen reaktionären Putsch planen oder gar ausführen wollten, den der Präsident nicht in der Lage ist zu verhindern, würde die Organisation erstmalig in Aktion treten, versuchen den Rechtsputsch niederzuschlagen und die Macht zu ergreifen. Zu diesem Zwecke wird auf seinem [, Entwicklungshilfeminister Ange-Félix Patassés,] eigenen Gut unter den dort tätigen ausgewählten Arbeitern ein Stoßtrupp aufgebaut.“<sup>1352</sup>*

Auch dieser Gruppierung blieb eine Unterstützung aber versagt. Lediglich im Fall der Republik Kongo zeigte Ost-Berlin sich konzilient. Seit Mitte der 1960er Jahre wurden hier Verhandlungen über die Ausbildung von Mitarbeitern des staatlichen<sup>1353</sup> und des präsidentialen Sicherheitsdienstes durch das ostdeutsche Ministerium für Staatssicherheit geführt.<sup>1354</sup> Die Verhandlungen zogen sich allerdings lange hin. Vor Beginn der 1970er Jahre dürfte kein Ausbildungsprogramm angelaufen sein. Auch zwei Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, die Präsident Marien Ngouabi<sup>1355</sup> und dem kongolesischen Geheimdienst<sup>1356</sup> als Berater und möglicherweise auch als Personenschützer dienten, dürften erst um das Jahr 1974 herum ihren Dienst in Brazzaville angetreten haben. Doch nicht allein zur kongolesischen Regierung, auch zur kongolesischen Opposition bestanden verdeckte Kontakte. Allerdings konnte aus den eingesehenen Akten nicht abschließend geklärt werden, ob sie tatsächlich staatlicher und nicht allein privater Natur gewesen sind. Eine zu Beginn der 1970er Jahre einsetzende progressive Radikalisierung einzelner ostdeutscher Diplomaten und Entwicklungshelfer führte bei diesen zu einer verstärkten Kontaktaufnahme und -pflege mit radikalen kongolesischen Sozialisten, die nur selten auf der politischen Linie der kongolesischen Einheitspartei, der *Parti Congolais du Travail*, lagen. Der Unmut der Regierung Ngouabi ließ nicht lange auf sich warten. Befriedigt konnte der westdeutsche

<sup>1352</sup> Botschafter Deutschland (Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik) an Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 1. Oktober 1970, BArch, SAPMO, DY 30 / IV A 2 / 20 / 984.

<sup>1353</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 19. Dezember 1966, PA AA, MfAA, C 938/74, Fiche 1, S. 21-35.

<sup>1354</sup> 1. Sekretär Jahnsowski (Generalkonsulat in der Republik Guinea) an Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Stellvertretender Abteilungsleiter Weidemann – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Mitarbeiter Schüßler – Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 30. August 1969, PA AA, MfAA, C 1089/77, Fiche 1, S. 17.

<sup>1355</sup> Botschaft in der Volksrepublik Kongo an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 2. Januar 1974, PA AA, MfAA, C 6177, Fiche 2, S. 177.

<sup>1356</sup> Bundesnachrichtendienst an Bundesnachrichtendienst, o.T. o.M. 1978., BArch, B 206, 1823.

Botschafter in der Volksrepublik Kongo, Gottfried Fischer, im Juni 1976 nach Bonn vermelden:

*„Es ist bekannt, daß man hier ohnehin mit der DDR unzufrieden ist, weil sie zwar Versprechungen macht, aber keine wirklichen Leistungen erbringt. Nun hat sich aber die hiesige DDR-Botschaft offensichtlich in die Ereignisse vom 24. März verwickeln lassen. Schon vor dem mißlungenen Streikversuch hatte Präsident Ngouabi mehrfach Andeutungen gemacht, daß einige 'unzufriedene' Elemente Kontakte zu gewissen Botschaften gesucht hätten. Nach Ansicht des rumänischen Botschafters hat es sich dabei um die DDR-Vertretung gehandelt. Der Rumäne will auch erfahren haben, dass sich DDR-Botschafter [Werner] Dordan sehr ungeschickt verhalten habe. Er besitze eben keine diplomatische Erfahrung, sondern fühle sich vor allem als SED-Funktionär [Funktionär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands], meine als Genosse, anderen Genossen Ratschläge erteilen zu müssen, und mische sich dadurch in die inneren Angelegenheiten des Gastlandes ein. Besonders enge Beziehungen unterhielt Herr Dordan stets zu dem früheren Jugendführer [Jean-Jules] Okabando, den man jetzt in ein kleines Dorfhospital verbannt hat. Noch intensiver waren aber seit langer Zeit die Verbindungen der DDR-Botschaft zu der jetzt abgesetzten Gewerkschaftsführung [der Confédération Syndicale Congolaise]. Fast alle der bisherigen leitenden Syndikalisten sind in der Gewerkschaftsschule Fritz Heckert in Bernau ausgebildet worden. Und in Brazzaville führte am Schulungsinstitut der Confédération Syndicale Congolaise ein DDR-'Professor' das große Wort. Er und seine Frau sind nun vermutlich von der hiesigen Regime-Führung mit den oppositionellen Regungen der letzten Zeit in Verbindung gebracht worden. Man hat jedenfalls ihre Wohnung durchsucht und ihnen dann die Abreise empfohlen. Auch Botschafter Dordan fuhr plötzlich in 'Urlaub' Es gab manche Stimmen, die meinten, er würde nicht mehr zurückkehren. Die kongolesische Regierung hat aber offenbar Aufsehen vermeiden wollen und deshalb seine Abberufung nicht verlangt.“<sup>1357</sup>*

Im Fall der beiden kleinen zentralafrikanischen Inselstaaten beschränkten sich die verdeckten Kontakte Ostdeutschlands dann wieder ganz auf die Befreiungs- und Oppositionsbewegungen. In Spanisch-, später Äquatorialguinea, unterhielt die DDR bereits in den 1960er Jahren verdeckte Kontakte zur Bewegung *Frente Popular de Bissila*<sup>1358</sup> und zur indigenen Bevölkerungsgruppe der Bubi.<sup>1359</sup> In den 1970er Jahren konnten dann auch Kontakte zur Befreiungsbewegung *Movimento de Libertação de São Tomé e Príncipe* der portugiesischen Überseeprovinz hergestellt werden. Verdeckte Unterstützung erfolgte allerdings lediglich durch Bereitstellung einiger Studienplätze.<sup>1360</sup> Im Fall Kameruns bestanden seit 1957 die bereits mehrfach erwähnten Verbindungen zur

<sup>1357</sup> Botschafter Fischer (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Referat West- und Zentralafrika (Auswärtiges Amt), 22. Juni 1976, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108292.

<sup>1358</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 1118/78, Fiche 1, S. 12.

<sup>1359</sup> Namentlich nicht genannte Bubi-Opposition an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 1118/78, Fiche 1, S. 13-28.

<sup>1360</sup> Politischer Mitarbeiter Derz (Solidaritätskomitee) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 7. November 1973, PA AA, MfAA, C 6172, Fiche 1, S. 16-19.

oppositionellen Union des Populations.<sup>1361</sup> Neben einer materiellen Solidaritätshilfe<sup>1362</sup> erhielt die Oppositionspartei einige Studien- und Ausbildungsplätze<sup>1363</sup> – möglicherweise auch solche subversiver Art. Besorgt meldete der Mitarbeiter der westdeutschen Botschaft in Kamerun, Michael Jovy, im Juli 1960 an das Auswärtige Amt:

*„Anscheinend soll die sogenannte DDR bei den kommunistischen Infiltrationsversuchen [der Union des Populations du Cameroun] eine Hauptrolle spielen, denn auch im Osten dürfte man sich völlig darüber klar sein, daß die deutsche Karte im Spiel um Kamerun höchsten Wert besitzt. Anweisungen und Durchführungen für die Anstiftung zu sozialen Unruhen sollen von in der sowjetischen Besatzungszone geschulten Agenten ausgehen. Erst in der vergangenen Woche wurde das Wahlkonsulat in Douala vom dortigen Chef der Sûreté davon unterrichtet, daß umfangreiche Pakete mit Propagandamaterial aus der DDR, die mit Luftfracht über Air France ankamen und für die [Gewerkschaft] Union Générale des Travailleurs du Cameroun bestimmt waren, beschlagnahmt worden seien.“*<sup>1364</sup>

Doch dauerte die verdeckte ostdeutsche Unterstützung nur wenige Jahre an. Da der DDR sehr an einer Besserung ihres Verhältnisses zur Regierung Ahidjo gelegen war, wurden zunächst die Unterstützungsleistungen und schließlich selbst die Kontakte zur Partei, Mitte der 1960er Jahre und dann noch einmal Anfang der 1970er Jahre, merklich zurückgefahren.<sup>1365</sup>

Auch in der portugiesischen Überseeprovinz Angola setzte die DDR verständlicherweise ebenfalls ganz auf die Opposition. Mit der sozialistischen Befreiungsbewegung União das Populações de Angola war sie bereits Anfang der 1960er Jahre in Verbindung getreten.<sup>1366</sup> Sie erhielt eine vielseitige, wenn auch bescheidene, verdeckte Unterstützung: materielle Solidaritätshilfen – meist in Form militärisch nutzbarer Ausrüstungsgegenstände –, sowie Studien- und Ausbildungsplätze. Nach der Aufspaltung der Bewegung in eine pro-westliche und eine pro-östliche Organisation, die Frente Nacional de Libertação de Angola und die Movimento Popular de Libertação de Angola, entschied sich die DDR verständlicherweise für die Unterstützung Letzterer. Anfang 1967 erlebte die ostdeutsche verdeckte Unterstützung dann einen ersten qualitativen Schub. Erstmals wurden

---

<sup>1361</sup> Hauptabteilungsleiter Kiesewetter – Hauptabteilung Kapitalistisches Ausland (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 24. November 1959, BArch, SAPMO, DY 30, IV 2 /20/417, S. 35-41.

<sup>1362</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Abteilung Arabische Länder (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 13. April 1959, PA AA, MfAA, A 14353, S. 20.

<sup>1363</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M.o.J., PA AA, MfAA, C 6287, Fiche 1, S. 1-6.

<sup>1364</sup> Jovy (Botschaft in der Republik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 29. Juli 1960, PA AA, AA, B 34, 155.

<sup>1365</sup> Sektionsleiter Kolasa (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Stellvertretender Leiter Haustein (Handelsvertretung in der Republik Frankreich), 14. September 1972, PA AA, MfAA, C 1074/78, Fiche 1, S. 1.

<sup>1366</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. 1960, PA AA, MfAA, A 15964, Fiche 1, S. 1-4.

Waffen und Munition an das Movimento Popular geliefert.<sup>1367</sup> Die Sicherheitsorgane der DDR übergaben aus ihren Altbeständen über tausend halb- und vollautomatische Waffen, mehrere hunderttausend Schuss Munition, sowie eine größere Zahl von Minen.<sup>1368</sup> Den nächsten 'Schub' sollte die ostdeutsche Unterstützung acht Jahre später erleben. Im Herbst 1975 wurde, auf Anregung der Sowjetunion, eine zweite größere militärische Ausrüstungshilfe für die Movimento Popular zusammengestellt. Der Gesandte der Botschaft der Sowjetunion in der DDR, Anatolij Andrejewitsch Gromyko, hatte den Staatssekretär des ostdeutschen Außenministeriums, Herbert Krolkowski, persönlich gebeten, wie die Sowjetunion, das ihr Mögliche zu unternehmen, um einen militärischen Sieg der Movimento Popular in der sich bereits ankündigenden Angola-Krise zu gewährleisten.<sup>1369</sup> Die darauf zusammengestellte ostdeutsche Lieferung umfasste Waffen im Wert von umgerechnet 1,68 Mio. DM,<sup>1370</sup> sowie ein Transportflugzeug zur Heranschaffung der Waffen und Ausrüstungsgegenstände, welche die sozialistischen Staaten über Jahre heimlich in den Militärdepots der Volksrepublik Kongo eingelagert hatten.<sup>1371</sup>

*c) Dem Lumumbismus eine Niederlage bereiten – Westdeutsche verdeckte Unterstützung für die Demokratische Republik Kongo*

Die Kongo-Politik der Bundesrepublik ist in ihren groben Zügen bereits im Abschnitt zur Diplomatie vorgestellt worden. Schon in den ersten Tagen der Unabhängigkeit des Landes war die BRD von der Regierung Lumumba abgerückt, hatte sich zunächst auf die Oppositionspartei Alliance des Bakongo, dann auf die Regierung Adoula und schließlich auf die Mission der Vereinten Nationen konzentriert. Auf Distanz war sie hingegen zu den Regierungen der Rebellen, der Regierung Gizenga in der Freien Republik Kongo im Jahr 1961 und der Regierung Gbenye in der Volksrepublik Kongo in den Jahren zwischen 1965 und 1966, sowie zu den übrigen Anhängern des Lumumbismus gegangen. Das selbe galt – zumindest offiziell – für die rebellierende Provinz Katanga unter ihrem Ministerpräsidenten Moïse Tshombé. Zu Letzterem änderte sich das westdeutsche Verhältnis – wiederum zumindest offiziell – 1964, als dieser von Staatspräsident

<sup>1367</sup> Schleicher, Hans-Georg 1994, S. 7-30, hier S. 26.

<sup>1368</sup> Storkmann, Klaus: Geheime Solidarität. Militärbeziehungen und Militärhilfen der DDR in der 'Dritten Welt'. Berlin 2012, S. 246.

<sup>1369</sup> Minister Fischer (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an 1. Sekretär des Politbüros Honecker – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Vorsitzender Sindermann (Ministerrat) und Mitglied des Politbüros Axen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 24. Juni 1975, BArch, DC 20 / 16890.

<sup>1370</sup> Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 9. September 1975, BArch, DY 30 / J IV 2/2 / 1580.

<sup>1371</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 2. November 1975, PA AA, MfAA, C 6158, Fiche 1, S. 65-66. Der Wert wird in der Quelle mit 6 Mio. M angegeben. Der Wechselkurs lag 1975 bei ca. 1 DM : 3,57 M. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 1,68 Mio. DM.

Kasavubu zum Ministerpräsidenten des Landes ernannt wurde, da nur ihm die Wiedereingliederung der Volksrepublik in den kongolesischen Gesamtstaat zugetraut wurde. Als Oberst Mobutu dann 1965 putschte und sich selbst 1966 zum Staats- und Regierungsoberhaupt ernannte, war fortan er die Bezugsperson der westdeutschen Kongo-Politik.

Was lässt sich nun über die verdeckten Aktivitäten Westdeutschlands im Fall der drei kongolesischen Rebellenregierungen sagen? Mit all diesen oppositionellen Gruppierungen stand die Bundesrepublik in Kontakt – wenn auch ausschließlich inoffiziell. Mit der Regierung Gizenga der Freien Republik Kongo wurde der Kontakt über den westdeutschen Wahlkonsul in Stanleyville und die dort ansässigen Vertreter der westdeutschen Wirtschaft gehalten.<sup>1372</sup> Die Verbindung zur Regierung Gbenye der Volksrepublik Kongo und dem *Comité National de Libération* sicherten die westdeutschen Botschaften in der Republik Kongo und im Königreich Burundi.<sup>1373</sup> Und dies sogar so gut, dass dem Comité bereits 1964 eine Garantie über die Unverletzlichkeit westdeutschen Eigentums und die Unversehrtheit westdeutscher Staatsbürger in den von ihnen befreiten Gebieten abgetrotzt werden konnte. Zufrieden berichtete der westdeutsche Botschafter in der Republik Kongo, Jakob Hasslacher:

*„Weisungsgemäß habe ich durch einen Vertrauensmann der Botschaft dem Generalsekretär des CNL [Comité National de Libération], Senghie Asumani, mitteilen lassen, dass der Brief [Christophe] Gbenyes vom 19. August 1964 an den Herrn Bundespräsidenten [Heinrich Lübke] weitergeleitet worden sei, der mit grossem Dank die Zusicherung der Unverletzbarkeit der Deutschen und des deutschen Eigentums zur Kenntnis genommen habe. Auch die übrigen im o.a. Chi-Brief erwähnten Gesichtspunkte wurden ihm verständlich und überzeugend dargelegt.“*<sup>1374</sup>

Dieses Zugeständnis könnte direkt mit einer finanziellen Unterstützung der Bundesrepublik in Zusammenhang gestanden haben. 50.000 DM wurden 1965 Vertretern des Comités in Brazzaville übergeben<sup>1375</sup> – offiziell um die Ansiedlung ihrer Anhänger im Hinterland der Republik Kongo zu finanzieren und so deren erneute Intervention in der Kongo-Krise zu verhindern.<sup>1376</sup> Auch die Regierung Gizenga soll von westdeutschen Unterstützungsleistungen profitiert haben. So hieß es in

---

<sup>1372</sup> Gülstorff 2007, S. 86.

<sup>1373</sup> 1. Sekretär Schedlich (Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten) an Stellvertretender Minister Kieseewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Auslandsinformationen (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 14. August 1965, PA AA, MfAA, C 790/74, Fiche 1, S. 74.

<sup>1374</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Kongolesischen Republik) an Auswärtiges Amt, 19. November 1964, PA AA, AA, B 34, 548.

<sup>1375</sup> Abteilungsleiter Posadowsky-Wehner – Abteilung Afrika (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Republik Kongo, 8. September 1965, PA AA, AA, B 92, 244.

<sup>1376</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Kongolesischen Republik) an Auswärtiges Amt, 13. Februar 1964, PA AA, AA, B 34, 548.

einem internen Vermerk der Abteilung Internationale Verbindungen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes über ein Gespräch, das diese mit dem ehemaligen ostdeutschen Botschafter im Kongo, Kurt Böttcher, kurz nach dessen Ausweisung, geführt hatte:

*„Der westdeutsche DGB [Deutscher Gewerkschaftsbund] ist sehr aktiv im Kongo. Es gibt in Stanleyville einen und in Léopoldville drei Berater des DGB. Darüber hinaus ist der Deutz-Vertreter im Kongo, Heinrich von Prittwitz, aktiv für die westdeutsche Regierung tätig. Westdeutschland hat dem Kongo über diesen Vertreter, dessen Vater im Bonner Auswärtigen Amt als Unterstaatssekretär tätig ist [wahrscheinlich ist Friedrich von Prittwitz und Gaffron gemeint, der jedoch nach 1945 nicht wieder in den diplomatischen Dienst übernommen worden ist], 250 Studienplätze jährlich angeboten. Er verfügt weiter über unbegrenzte Geldmittel. Von Westdeutschland wird auch die kongolesische Zeitung 'UHURU' [das Parteiorgan des Movement National Congolaise – Lumumba] finanziert und die ganze imperialistische Deutschland-Politik propagiert, so dass im Kongo völlige Unklarheit selbst bei führenden Funktionären über die Lage in Deutschland besteht.“<sup>1377</sup>*

Belege, welche die ostdeutschen Beschuldigungen bestätigt hätten, konnten in den eingesehenen westdeutschen Akten nicht gefunden werden. Auch scheint die Zahl von 250 angebotenen Studienplätzen nur wenig glaubhaft. Doch kann die Möglichkeit eines Engagements dieser Größenordnung auch nicht ganz ausgeschlossen werden. Geld für verdeckte Aktivitäten dieser Art war tatsächlich reichlich vorhanden, wie im Verlauf dieses Unterabschnitts noch zu zeigen sein wird. Auch sei darauf hingewiesen, dass man in den Akten des Archivs der sozialen Demokratie für diese frühe Phase der Kongo-Krise nach in Stanleyville stationierten Beratern des Deutschen Gewerkschaftsbundes vergebens sucht. Dafür ist in den Akten des Auswärtigen Amtes von als Berater des Gewerkschaftsbundes getarnten Agenten des Bundesnachrichtendienstes in Léopoldville die Rede, die größere Geldsummen in den Kongo schleusten, um die Regierung Adoula zu 'unterstützen'. Doch dazu später mehr. Ziel all dieser Maßnahmen war nicht die Stärkung der Rebellen, sondern ihre Schwächung. Gelder und Unterstützungsleistungen wurden gezielt an gemäßigte Kader vergeben, um ihre Stellung in den jeweiligen Führungszirkeln zu stärken und diese nach Möglichkeit zu spalten. Beide Male wurde dieses Ziel erreicht – sicherlich auch dank der verdeckten westdeutschen 'Unterstützung'.

Ganz anders gab sich die Bundesrepublik gegenüber der Regierung der separatistischen Provinz Katanga – zumindest inoffiziell. Kontakt wurde hier über den westdeutschen Wahlkonsul in der Hauptstadt Katangas, in Elisabethville, sowie die westdeutschen Botschaften in der Demokratischen

---

<sup>1377</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. 1961, BArch, SAPMO, DY 34 / 3377.



Republik Kongo<sup>1378</sup> und der Föderation von Rhodesien und Njassaland gepflegt.<sup>1379</sup> Auf eine mögliche finanzielle Unterstützung, durch den Ankauf von Aktien der *Union Minière du Haut Katanga* über die Deutsche Bank, und eine mögliche materielle Unterstützung, durch die Gewährung der Erlaubnis zum Export von westdeutschen Fahr- und Flugzeugen in das Krisengebiet von Katanga, war bereits im Abschnitt zur Diplomatie hingewiesen worden. Doch auch der Export von Waffen und Munition in die Krisenregion war westdeutschen Handelsunternehmen problemlos möglich.<sup>1380</sup> Portugal war hierüber nicht sehr erfreut, da ein Teil der 'offiziell inoffiziell' für Katanga bestimmten Lieferungen in die Hände angolanscher Revolutionäre gelangte. Es verlangte vom Auswärtigen Amt, Maßnahmen gegen die in die Lieferungen involvierten westdeutschen Unternehmen zu ergreifen. Wütend sprach Ende 1962 der stellvertretende Generaldirektor des portugiesischen Außenministeriums bei der westdeutschen Botschaft in Portugal vor und erklärte:

„1.) man [der portugiesische Geheimdienst *Polícia Internacional e de Defesa do Estado*] hat Kenntnis davon, daß eine deutsche Firma Ricom, deren Inhaber der Deutsche Rudi Stärker ist, Kriegsmaterial und Munition den Terroristen und anderen ausländischen Elementen lieferten [sic!] mit der Absicht, diese zum Angriff gegen Angola zu befähigen; [...]

4.) man hat auch Kenntnis davon, daß mit ähnlichen Zielen die deutsche Firma Schenker & Co. in Hamburg 11, Bei den Muhren 5, arbeitet;

5.) Einige der Material- und Munitionslieferungen gingen heimlich von Deutschland ab oder mit dem falschen Vorwand, daß sie für Katanga bestimmt seien.“<sup>1381</sup>

Ergebnisse zeitigte die diplomatische Intervention Portugals jedoch nicht. Ob zudem, wie in einem Bericht des ostdeutschen Ministerrates von 1961 vermutet, auch westdeutsche Institutionen in den Waffenhandel involviert waren,<sup>1382</sup> kann noch nicht abschließend gesagt werden. In den westdeutschen Akten konnte zumindest kein Hinweis gefunden werden, der diese Vermutung bestätigt hätte.

Weit schwerer als die Permissivität, in welcher sich staatliche Stellen der Bundesrepublik bei ihrem Umgang mit kommerziellen Waffenlieferungen in ein Spannungsgebiet – zudem in eines, in dem

<sup>1378</sup> Gülstorff 2007, S. 35 f.

<sup>1379</sup> Schubert (Generalkonsulat in der Föderation von Rhodesien und Njassaland) an Auswärtiges Amt, 10. September 1960, PA AA, AA, B 34, 50.

<sup>1380</sup> Tafel (Auswärtiges Amt) an Bundesministerium für Wirtschaft und Referat Portugal, Spanien, Vatikan, Griechenland, Türkei, Zypern (Auswärtiges Amt) und Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) und Referat Afrika südlich der Sahara [Abteilung Handelspolitik] (Auswärtiges Amt), 11. Dezember 1962, PA AA, AA, B 68, 64.

<sup>1381</sup> Tafel (Auswärtiges Amt) an Referat Portugal, Spanien, Vatikan, Griechenland, Türkei, Zypern (Auswärtiges Amt) und Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) und Referat Afrika südlich der Sahara [Abteilung Handelspolitik] (Auswärtiges Amt) und Referat V A 6 (Bundesministerium für Wirtschaft), 11. Dezember 1962, PA AA, B 68, 64.

<sup>1382</sup> Ministerrat an Ministerrat, 29. April 1961, BArch, DC 20 / 15598, S. 3-47, hier S. 23-24.

die Vereinten Nationen als Konfliktpartei auftraten – übten, wog aber ohnehin die Permissivität, welche sie im Kontext einer anderen fragwürdigen Angelegenheit an den Tag legten: der Anwerbung europäischer Söldner auf dem Territorium der Bundesrepublik. Von der Reise des katangischen Verteidigungsministers, Joseph Yav, Ende 1960 in die Bundesrepublik, war bereits im Abschnitt zur Diplomatie berichtet worden. In Bonn und Köln führte er, laut eigener Aussage, 'Gespräche' zur Anwerbung von „Instrukteuren“ und „Offizieren“. <sup>1383</sup> Das Auswärtige Amt bestritt jeglichen Kontakt Yavs mit staatlichen Stellen der Bundesrepublik. In Ost-Berlin hatte man für diese Stellungnahme nur ein müdes Lächeln übrig. Im 1961 angefertigten Entwurf einer Erklärung des ostdeutschen Außenministeriums zum Neokolonialismus der Bundesrepublik in Afrika hieß es:

*„Der scheinheilige Charakter der Erklärung der Bonner Regierung wird weiterhin durch die Tatsache unterstrichen, dass mit ihrer Billigung westdeutsche Söldner, ehemalige SS-Verbrecher [Verbrecher der Schutzstaffel des 'Dritten Reichs'], Kriminelle und Abenteurer eine aktive Rolle in der Fremdenlegion Tschombes spielen. [...] Es ist bekannt, dass im November 1960 der sogenannte Verteidigungsminister der Provinz Katanga[,] Yav[,] mit offiziellen Vertretern der Bonner Regierung über die Anwerbung von Fachleuten für die Armee von Katanga verhandelt hat. Yav erklärte am 19.11.60 in Brüssel, dass seine Schritte in der Bundesrepublik zu greifbaren Ergebnissen geführt hätten. Er habe zahlreiche Freiwillige gefunden, die bereit seien, sich in den Dienst der Regierung Katangas zu stellen.“* <sup>1384</sup>

Tatsächlich lassen die auf Yavs Reise folgenden Ereignisse auf eine zwischenstaatliche Absprache, zumindest aber auf ein wohlwollendes Stillhalten von Seiten der Bundesregierung schließen. Noch 1960 konnte Katanga über Mittelsmänner ein Anwerbebüro für Söldner in der Bundesrepublik errichten. <sup>1385</sup> Ob die Einrichtung des Büros mit Zustimmung der Bundesregierung erfolgte, darauf geben die eingesehenen Akten keine Antwort. Dass staatliche Stellen der Bundesrepublik der Söldneranwerbung nicht ablehnend gegenüberstanden dagegen schon. Scheinbar waren nicht alle an einem Einsatz in Katanga interessierten Freiwilligen über den genauen Ablauf einer Bewerbung als Söldner informiert worden. So erreichte das Auswärtige Amt noch am 18. November, kurz nach einem der 'Vorträge' Yavs, folgendes Anschreiben:

*„Betr. Bewerbung um Einstellung als Ausbilder bei der Kongo-Armee.  
Ich bewerbe mich hiermit um Einstellung als Ausbilder bei der Kongo-Armee und lege zu diesem Zweck dieses Bewerbungsgesuch mit der Bitte um wohlwollende Prüfung vor.  
Mit verbindlichstem Dank im voraus für Ihre Mühe zeichne ich Hochachtungsvoll Heinz Mazanek.“* <sup>1386</sup>

<sup>1383</sup> Gülstorff 2007, S. 39 ff.

<sup>1384</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Staatssekretär Winzer (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), o. T. o.M. 1961, PA AA, MfAA, A 17822, S. 5-9, hier S. 7.

<sup>1385</sup> Gülstorff 2007, S. 47.

<sup>1386</sup> Söldner Mazanek an Auswärtiges Amt [zur Weiterleitung an die Botschaft der Republik Kongo in Bonn], 18.

Tatsächlich leiteten die Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes diese Bewerbung anstandslos an die antilumumbistisch eingestellte kongolesische Botschaft in Bonn weiter. Entweder handelte es sich dabei um die Botschaft der Demokratischen Republik Kongo oder der Republik Kongo – an welche, das wird aus dem Aktenvermerk nicht ersichtlich –, doch waren in beider Staaten Kräfte in der Regierung tätig, die Katanga und Tshombés Ministerpräsidentschaft unterstützten. Das Bewerbungsschreiben hatte also gute Chancen, sein Ziel zu erreichen.

Doch wie viele weitere, ähnlich geartete Schreiben erreichten den katangischen Verteidigungsminister? Das ostdeutsche Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten war sich in dieser Angelegenheit ziemlich sicher. Insgesamt 600 'westdeutsche Söldner' seien, im Zuge von Yavs 'Werbereise', Anfang 1961, koordiniert vom westdeutschen Militärattaché in der Vereinigten Arabischen Republik, Rainer Kriebel, in die Demokratische Republik Kongo geflogen worden. Informant des ostdeutschen Außenministeriums war der in Kairo stationierte Militärattaché der Tschechoslowakei, Oberstleutnant Rehak. Der ostdeutsche Vizekonsul und Kulturattaché in der Vereinigten Arabischen Republik, Horst Hähnel, berichtete dem ostdeutschen Außenministerium von einem Gespräch, das er im März 1961 mit Rehak geführt hatte:

*„Genosse Rehak informierte im Zusammenhang mit einem kürzlich stattgefundenen Gespräch mit dem westdeutschen Militär-Attaché, Rainer Kriebel, über dessen Tätigkeit in den letzten Monaten außerhalb der VAR [Vereinigten Arabischen Republik]. Kriebel inspizierte während dieser Zeit eine Einheit westdeutscher Truppen in Libyen (600 Mann), die vor einigen Monaten von einem NATO-Stützpunkt [einem Stützpunkt der North Atlantic Treaty Organisation] auf Sizilien nach dem amerikanischen Stützpunkt Wheelus in Libyen [, der bereits erwähnten Wheelus Air Force Base,] gebracht worden waren. [...] Nach der Inspektion in Wheelus flog Kriebel nach Brazzaville-Kongo und anschließend nach Bonn. Später wurde bekannt, daß in Brazzaville ca. 300 Mann westdeutscher Truppen eingetroffen seien, während 300 Mann nach Katanga gebracht wurden. Genosse Rehak wies darauf hin, dass darüber hinaus ein großer Teil der Fremdenlegion Tschombes ehemalige SS-Leute [Leute der Schutzstaffel des 'Dritten Reichs'] seien, die vor allem von der französischen Fremdenlegion in Algerien kommen. In diesem Zusammenhang erinnerte der Unterzeichnete daran, dass der 1. Sekretär der westdeutschen Botschaft in Kairo, [Kurt] Munzel, im Januar 1961 zum Botschafter in Brazzaville ernannt wurde.“<sup>1387</sup>*

Einen Monat später kam es zu einem erneuten Treffen zwischen Hähnel und Rehak, in dem Letzterer die von ihm gemachten Aussagen noch einmal bestätigte:

---

November 1960, PA AA, AA, B 34, 64.

<sup>1387</sup> Vizekonsul und Attaché Hähnel (Generalkonsulat in der Vereinigten Arabischen Republik) an Abteilung Arabische Länder (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Generalkonsulat in der Vereinigten Arabischen Republik, 4. März 1961, PA AA, MfAA, A 13765, S. 226-229.

*„Genosse Rehak bestätigte nochmal seine im Gespräch vom 4.3.1961 gemachten Ausführungen über die Tätigkeit Kriebels im Zusammenhang mit der Entsendung westdeutscher Truppeneinheiten nach dem Kongo. Er betonte, daß er sichere Informationen darüber habe, daß Kriebel – und nicht dessen Sohn [ein Offizier beim Militäргеheimdienst der westdeutschen Luftwaffe] – tatsächlich in dieser Angelegenheit in Brazzaville gewesen sei. Rehak war jedoch nicht bekannt, daß Kriebel nach dem Kongo entsandt werden solle, um dort das Kommando über die westdeutschen Einheiten zu übernehmen. Er hielt dies jedoch nicht für unmöglich.“<sup>1388</sup>*

In den westdeutschen Akten konnte weder ein Hinweis auf die Inspektionsreise Rehaks, noch auf die Entsendung von 600 westdeutschen Soldaten oder Söldnern gefunden werden.

Doch der Reihe nach: Ist es möglich, dass der westdeutsche Militärattaché in Kairo einem ebenfalls dort stationierten tschechoslowakischen Militärattaché über seine Arbeitsreise Bericht erstattet hat? Ganz ausschließen kann man es nicht. Er könnte für den Ostblock spioniert haben. Auch muss die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, dass Militärattachés an einer Schnittstelle des Kalten Krieges in Afrika, wie Kairo, sich gegenseitig auch mit höchst vertraulichen Informationen versorgten, um das zu verhindern, wovor schon der Marschall und Verteidigungsminister der Sowjetunion, Rodion Jakowlewitsch Malinowski, den Leiter der Vertretung der Freien Republik Kongo in der Vereinigten Arabischen Republik, Pierre Mulele, 1961 gewarnt hatte: einen dritten Weltkrieg.

Ist der Rahmen der Geschichte also plausibel? Kriebel war in Kairo stationiert und hatte als Militärattaché Inspektionsreisen auch an Orte außerhalb der Vereinigten Arabischen Republik zu unternehmen. An Orte, an denen westdeutsche Soldaten trainierten – wie die '600 Mann', die an der Wheelus Air Force Base an den Matador Raketen eine Ausbildung absolvierten – und an Orte, in denen eine internationale Krise tobte, wie die Demokratische Republik Kongo. Dass Kriebel bei solch einer Gelegenheit die Kongolesische Republik besucht hat ist durchaus möglich. Der dortige Staatspräsident, Fulbert Youlou, hatte mit der Alliance des Bakongo und Tshombé bereits vor dem Ausbruch der Kongo-Krise paktiert. Auch dieser Teil der Geschichte würde sich also durchaus ins Gesamtbild einfügen. Zeitlich würde sich das Erscheinen der 300 Mann in Katanga im Frühjahr 1961 ebenfalls mit dem derzeitigen Forschungsstand decken. Laut den Historikern Torsten und Wiechmann boten im Januar 1961 rund 20 Franzosen Katanga ihre Dienste als Söldner an. Doch wurde nur ein Bruchteil von ihnen in die katangische Armee übernommen.<sup>1389</sup> Anscheinend hatte

<sup>1388</sup> Vizekonsul und Attaché Hänel (Generalkonsulat in der Vereinigten Arabischen Republik) an Generalkonsulat in der Vereinigten Arabischen Republik und Abteilung Arabische Länder (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Auslandsinformationen (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 18. April 1961, PAA, MfAA, A 13765, S. 223-225.

<sup>1389</sup> Thomas, Torsten, Gerhard Wiechmann: Moderne Landsknechte oder Militärspezialisten? Die "Wiedergeburt" des

Katanga seine Söldnerverbände zu diesem Zeitpunkt bereits anderweitig aufstocken können. Lediglich der Soziologe Ludo de Witte weiß von exilpolnischen Söldnern zu berichten – wieder handelt es sich um 600 Mann –, die der militärische Berater des belgischen Afrikaministers, Major Jules Loos, im Frühjahr 1961 in Großbritannien rekrutiert haben soll.<sup>1390</sup> Auch die Aussage Kriebels, 300 Mann seien nach Brazzaville, 300 weitere nach Katanga befördert worden, passt also durchaus ins Bild. In Brazzaville mussten Söldner stationiert werden, da die Stadt am Ufer des Congo, genau gegenüber von Léopoldville, lag. Im Fall von Unruhen sollte Brazzaville der europäischen Bevölkerung von Léopoldville ein sicherer Rückzugsort sein. Tatsächlich musste die westdeutsche Kolonie, samt der westdeutschen Botschaft in Léopoldville, im Laufe der Kongo-Krise einmal nach Brazzaville evakuiert werden.

Fraglich ist dafür etwas Anderes: Die Aussage Rehaks, es habe sich ausschließlich um westdeutsche Söldner gehandelt. Wahrscheinlicher ist, dass Katanga seine Freiwilligenverbände europaweit anwarb. Dies schließt natürlich nicht aus, dass auch Deutsche an diesem ersten Söldnerkontingent für Katanga – und Brazzaville – partizipierten.

Ob Kriebel nun aber tatsächlich in die Koordinierung der Söldner involviert war und nicht nur eine Inspektionsreise unternahm, lässt sich allenfalls mutmaßen. Kriebel war nicht irgendein gewöhnlicher Militär. Während des Zweiten Weltkriegs hatte er in Rommels sogenanntem Afrikakorps gedient. Mit dessen Auflösung war er der Waffen-Schutzstaffel beigetreten. Nach Kriegsende hatte er dann eine Söldnergruppe von 50 Mann angeführt, welche die syrische Armee für einen Krieg gegen Israel trainierte und 1951 aktiv den Putsch von General Adib asch-Schischlaki gegen Ministerpräsident Maarouf al-Dawalibi unterstützte.<sup>1391</sup> Kriebel besaß also durchaus die nötige Einsatzerfahrung zur Anleitung eines Söldnerkommandos. Doch sei abschließend noch einmal angemerkt, dass Hinweise auf diesen 'Einsatz' ausschließlich in einer ostdeutschen Akte gefunden werden konnten. Selbst der Besuch Kriebels in Brazzaville konnte in keiner westdeutschen Akte – weder zur Republik Kongo, noch zur Demokratischen Republik Kongo – nachgewiesen werden. Eine gewisse Zurückhaltung gegenüber der tschechoslowakischen Quelle scheint deshalb – auch wenn bei einem Projekt einer solchen Größenordnung und Qualität größtmögliche Verschwiegenheit nur zu natürlich gewesen wäre – durchaus angebracht.

Die Söldneranwerbungen der folgenden Jahre erfolgten außerhalb der Bundesrepublik. Dies galt auch für die Aushebung des Söldnerkontingents, das 1964 der frisch zum Ministerpräsidenten ernannte Tshombé neben der regulären kongolesischen Armee aufstellen ließ. Erneut zeigte

---

Söldnerwesens im 20. Jahrhundert im Kongo, 1960-1967. In: Förster, Stig, Christian Jansen, Günther Kronenbitter (Hrsg.): Rückkehr der Condottieri? Krieg und Militär zwischen staatlichem Monopol und Privatisierung. Von der Antike bis zur Gegenwart. Paderborn/u.a. 2009, S. 265-282, hier S. 271 f.

<sup>1390</sup> Witte, Ludo de: Regierungsauftrag Mord. Der Tod Lumumbas und die Kongo-Krise. Leipzig 2001, S. 89.

<sup>1391</sup> Vgl.: <https://www.munzinger.de/search/portrait/Rainer+Kriebel/0/5783.html> vom 01.08.2011.

Westdeutschland nur wenig Interesse, gegen die Anwerbung von Westdeutschen vorzugehen. Ein Hauptanwerbegebiet war die Republik Südafrika.<sup>1392</sup> Auch US-Amerikaner wurden dort angeworben – zumindest anfänglich. Die amerikanische Regierung hatte nur einmal in Pretoria vorgesprochen, schon wurden die südafrikanischen Behörden angewiesen, weitere Anwerbeversuche amerikanischer Staatsbürger durch südafrikanische Söldneragenturen zu verhindern. Anders verhielt es sich bei der Bundesregierung. Sie vertrat die Ansicht, dass die Republik Südafrika außerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs liege und erklärte das Problem der Anwerbung westdeutscher Staatsbürger kurzerhand für abgehakt. Westdeutschen, wie Siegfried Müller, der schon bald in West- wie Ostdeutschland als Kongo-Müller traurige Berühmtheit erlangen sollte, öffnete die Bundesrepublik mit dieser Laissez Faire-Politik Tür und Tor am Congo. 1965, nach der Absetzung Tshombés und Kasavubus und der Machtübernahme Oberst Mobutus, wurde die Anwerbung von Söldnern dann auch wieder direkt in der Bundesrepublik aufgenommen. Die Koordinierung der Anwerbung übernahm nun Klaus Stotz, Inhaber von Dr.-Ing. Rudolf Stotz Ingenieure und Mitglied der Deutsch-Kongolesischen Gesellschaft, der hierbei von Diplomaten der Botschaft des Königreichs Burundi in der Schweiz, Botschafter Albert Bolela und einem Herrn N., unterstützt wurde. Ein Mitarbeiter der Vertretung Burundis, Herr Leysen, teilte 1966 der Mitarbeiterin des Auswärtigen Amtes, Frau Müller, mit:

*„Herr [Albert] Bolela, jetzt Botschafter [Burundis] in Bern, habe ihn heute Mittag besucht. Er versuche mit ihm zusammen in Deutschland Söldner für den Kongo anzuwerben. Dabei unterstütze in Dr. [Klaus H.] Stotz aus Düsseldorf. Er, N., begeben sich deshalb jetzt nach Düsseldorf, um mit Dr. Stotz die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Dr. Leysen sagte Dr. Müller, er halte es für seine Pflicht, das Auswärtige Amt vertraulich von der Angelegenheit zu verständigen, damit sich nicht wieder Zwischenfälle wie bei der burundischen Söldneraktion ereigneten. Im übrigen halte er die Angaben von N. für glaubhaft, umso mehr als N. [...] seiner Meinung nach seit längerer Zeit von Dr. Stotz unterstützt werde. Aus den Akten des Referats Prot 2 [Referat Fremde Missionen, Konsulate und internationale Organisationen] geht hervor, daß Dr. Klaus H. Stotz [...] Präsident der deutsch-kongolesischen Gesellschaft ist oder war und stets gute Kontakte mit dem damaligen Gesandten Bolela hatte. Außerdem hat N. bei seinem kürzlichen Gespräch mit LR Elles [...], erwähnt, daß der burundische Außenminister es besonders begrüßen würde, wenn das für Dr. Stotz beantragte Exequatur als Generalkonsul für Burundi erteilt werden könnte. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit Dr. Leysen und den sich aus den Akten des Ref. Prot 2 ergebenden Verbindungen zwischen Herrn Bolela und Herrn Dr. Stotz einerseits und der Botschaft von Burundi, N. und Dr. Stotz andererseits, hält Ref. Prot 2 die Angaben von Dr. Leysen für glaubhaft und ist der Ansicht, daß die zuständigen innerdeutschen Stellen von der Angelegenheit in Kenntnis gesetzt werden sollten.“*<sup>1393</sup>

<sup>1392</sup> Gülstorff 2007, S. 71 ff.

<sup>1393</sup> Stellvertretende Referatsleiterin Hütter – Referat Fremde Missionen und Konsulate, Zeremoniell (Auswärtiges

Die zuständigen staatlichen Stellen wurden in Kenntnis gesetzt. Doch wieder geschah nichts. Strafrechtliche Konsequenzen scheinen Anwerber von Söldnern nicht befürchtet haben zu müssen. Ein ähnliches Bild gaben die westdeutschen Behörden zwei Jahre später ab, als die von Mobutu angeworbenen Söldner – unzufrieden mit ihrem Dienstverhältnis – rebellierten, brandschatzten und schließlich über den Ostkongo in die Republik Ruanda flüchteten. Die dortige westdeutsche Botschaft deckte den Rückzug der Söldner,<sup>1394</sup> indem sie dem zuständigen Provinzpräfekten eine verdeckte finanzielle Spende zukommen ließ. Die westdeutsche Botschaft in Kigali berichtete dem Auswärtigen Amt:

*„Die Umwechslung des Spendenbetrages in Höhe von DM 4.000,-- ergab Frs. Rw. 98.520,-, für die die nach ärztlicher Auskunft in Cyangugu besonders dringend benötigten, auf beiliegender Rechnung aufgeführten Medikamente beschafft wurden. Da wegen der unzulänglichen Personalbesetzung der Botschaft weder meine Reise noch die eines Botschaftsangehörigen zur Überreichung der Medikamentenspende nach Cyangugu möglich war, wurde sie durch Herrn Gütt, dem deutschen Leiter der Teeplantage, in der die Söldner interniert sind, in meinem Namen dem Präfekten von Cyangugu übergeben.“*<sup>1395</sup>

Mobutu war über die westdeutsche Unterstützung für die rebellierenden Söldner ernsthaft verstimmt. Er äußerte sogar die Vermutung, dass der westdeutsche Botschafter in Léopoldville über eine ständige und direkte Funkverbindung mit den Aufständischen verfüge und ihnen bei ihrer Flucht nach Ruanda geholfen habe.<sup>1396</sup> Weder in den west-, noch in den ostdeutschen Akten konnte allerdings ein Beleg gefunden werden, der diese Anschuldigung bestätigt hätte.

Neben dieser Laissez Faire-Politik im Bereich der kongolesischen Söldneranwerbungen, unterstützte die Bundesrepublik die kongolesische Armee und den militärischen Teil der Mission der Vereinten Nationen auch direkt – im Bereich der Kommunikation. Die Bundesrepublik engagierte sich materiell<sup>1397</sup> und finanziell<sup>1398</sup> beim Auf- und Ausbau des kongolesischen Telefon-

---

Amt) an Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) und Referat Geheimschutz (Auswärtiges Amt) und Referat NATO, WEU (militärische Angelegenheiten) und Verteidigung (Auswärtiges Amt) und Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) und Referat Gesandtschafts- und Konsularrecht, Wiedergutmachung, Verkehrsrecht, Beamtenrecht (Auswärtiges Amt) und Referat Strafrecht, Steuer- und Zollrecht, Zentrale Rechtsschutzstelle (Auswärtiges Amt), 28. Januar 1966, PA AA, AA, B 68, 349.

<sup>1394</sup> Botschaft in der Republik Ruanda an Auswärtiges Amt, 15. August 1967, PA AA, AA, B 92, 362.

<sup>1395</sup> Botschaft in der Republik Ruanda an Auswärtiges Amt, 4. Januar 1968, PA AA, AA, B 92, 362.

<sup>1396</sup> Gülstorff 2007, S. 78 ff.

<sup>1397</sup> Jakob (Bundesministerium für Post- und Fernmeldewesen) an Referat Bilaterale technische Hilfe (Auswärtiges Amt) und Roth (Bundesministerium der Finanzen) und Wolff (Bundesministerium für Wirtschaft) und Echtermöller (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) und Kuhn (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 20. Juni 1962, PA AA, AA, B 68, 156.

<sup>1398</sup> Botschafter Müllenheim-Rechberg (Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 3. September 1965, PA AA, AA, B 68, 351.

und Fernmeldenetzes. So wurde mit den schon mehrfach erwähnten Gegenwertmitteln unter anderem auch der Aufbau der Fernmeldeschule Léopoldville gefördert.<sup>1399</sup> Außerdem wurden angehenden kongolesischen Fernmeldetechnikern Aus- und Fortbildungsplätze in Westdeutschland gestellt.<sup>1400</sup> Wichtiger noch: Über ein Dutzend bundesdeutscher Fernmeldetechniker war, von 1960 bis 1964 über die *Union Internationale des Télécommunications* und von 1965 bis 1968 als 'Entwicklungshelfer' der Bundesrepublik,<sup>1401</sup> im ganzen Kongo im Einsatz. Nicht selten kamen diese Experten bei ihrer Arbeit auch mit Kampfhandlungen in Berührung. So berichtete Fernmeldeinspektor Beyer, ein Mitarbeiter des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen, der über die Internationale Fernmelde-Union im Auftrag der Vereinten Nationen an deren Kongo-Mission teilnahm, im September 1964 von seinem Arbeitsalltag im Ostkongo:

*„Da die 'Mulelisten' [Anhänger von Pierre Mulele, die von der Volksrepublik China unterstützt wurden] unverwundbar sind, hatte die ANC [Armée Nationale Congolaise] auch mächtig Angst und war auch meistens schon geflüchtet, wenn die Rebellen kamen. Schließlich rief die Provinzregierung die Chefs der regierungstreuen Stämme zur Hilfe auf. Diese haben mit ihren eingeborenen Kriegern schon mehrmals Bukavu gerettet. Bukavu hat strategisch eine Schlüsselstellung. Während die Armee nach NATO-Muster [nach Muster der North Atlantic Treaty Organisation] ausgerüstet ist, kämpfen die eingeborenen Krieger mit ihren traditionellen Waffen. Bei den Rebellen ist es gemischt. Bei den Rebellen gibt es die 'Jeunesse Muleliste' das sind Jungs und teilweise auch Mädchen von 8 bis 12 Jahren, die bei Angriffen die erste Welle bilden.*

*Taktik 1 (bei einem Angriff auf eine befestigte Stellung, wenn die ANC noch nicht geflüchtet ist): singend, schreiend, mit untergehakten Armen laufen sie in die Maschinengewehre. An der Brücke Kamanyola z.B. 1. Tag 700, 2. Tag 500, 3. Tag 800 Tote, die Krokodile wurden fett und die UNO [United Nations Organisation] mußte Benzin stiften zum Verbrennen.*

*Taktik 2 (Variante a) bei Einnahme einer Stadt): ein LKW [Lastkraftwagen] vollgepackt mit Rebellen fährt mit Vollgas über die einzige Straße in die Stadt hinein. Die ANC flüchtet zur anderen Seite heraus, bzw. flüchtet schon vorher und die schrägen Elemente in der Bevölkerung beginnen zu plündern und zu marodieren.*

*Variante b) die ANC läuft zu den Rebellen über.*

*[...] Jetzt haben wir hier in Bukavu vier kleine Jagdflugzeuge mit Exilkubanern als Piloten, die mit Raketen die LKW abschießen. An drei aufeinanderfolgenden Tagen über dreißig vollbesetzte LKW. Die ANC wütet mehr unter der Zivilbevölkerung. Es ist wie im Dreißigjährigen Krieg.“<sup>1402</sup>*

<sup>1399</sup> Kirchner (Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen) an Auswärtiges Amt, 7. September 1960, PA AA, AA, B 68, 19.

<sup>1400</sup> Interministerieller Referentenausschuß an Auswärtiges Amt, 20. September 1961, PA AA, AA, B 68, 19.

<sup>1401</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M.o.J., PA AA, AA, B 68, 776.

<sup>1402</sup> Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen an Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 24. November 1964, PA AA, AA, B 68, 242.



Doch die westdeutschen Fernmeldetechniker kamen nicht nur mit den blutigen Gefechten der Kongo-Krise in Kontakt, sie waren auch – im Rahmen ihrer Funktion – direkt an ihnen beteiligt. Sie halfen dem kongolesischen Sicherheitsdienst beim Aufbau eines Funküberwachungsdienstes<sup>1403</sup> und der kongolesischen Armee, sowie den Vereinigten Staaten – insbesondere dessen Auslandsgeheimdienst, der Central Intelligence Agency – *aktiv* bei der Niederschlagung der Rebellenbewegung im Ostkongo. Beyer führte hierzu aus:

*„Nachdem alles so schön gelaufen war, wurde die Politik immer kritischer und als Vorbereitung für eine etwaige Evakuierung ins benachbarte Ruanda habe ich dort für das UNO-Netz [das Netz der United Nations Organisation] einen Sender und Empfänger aufgebaut. Nachdem auch Stanleyville von den Rebellen besetzt und die Lage immer kritischer wurde, begann Radio Stan mit Propagandasendungen, die hier von jedermann, jeder zweite Soldat hat ein Kofferradio – empfangen wurden. Daraufhin habe ich zwei alte Armeesender repariert und mit Modulation als Störsender auf die Frequenz von Stan angesetzt, sodaß in Bukavu und Umgebung der Empfang der Propagandasendungen jetzt nicht mehr möglich ist. Zusammen mit Regierungsleuten haben wir den Funkverkehr der Rebellen beobachtet und aufgezeichnet. Auch jetzt noch hören wir jeden Funkverkehr der Rebellen mit. Nachdem Bukavu einige Male 'beinahe' gefallen wäre, begann es an einem schönen Nachmittag wieder zu knallen und alle UNO-Leute und die meisten Weißen flüchteten über die Grenze nach Ruanda (5 km). Zehn Minuten, nachdem ich die Post verlassen hatte, waren die Rebellen schon drin. Nach kurzer Zeit hatten wir schon über unsere 2. Funkstation in Ruanda Kontakt in Fonie und Grafie und dann habe ich die Nächte nicht geschlafen. Aller Funkverkehr der Armee, der Konsulate und der Regierung lief über unseren Sender. Nach drei Tagen war die Luft in Bukavu wieder einigermaßen und ich erhielt eine Sondergenehmigung von Leo[poldville], zusammen mit den Ärzten nach Bukavu zu gehen. Das übrige UNO-Personal (auch der Schweizer Experte, der wegen seiner Ängstlichkeit ein richtiger Nervtöter wurde) wurde nach Leo evakuiert und ist auch noch da. In den Wochen danach bin ich mit Militäreskorte zur Post gefahren, in die Sendestation, Empfangsstation und auch mit Eskorte gelegentlich in mein Haus, wenn ich dort zu tun hatte. Die Soldaten haben solange Wache gehalten. Nachts mußte ich auf höheren Befehl nach Ruanda zurück. Die Militäreskorte war notwendig, denn auch noch nach einigen Tagen gab es Widerstandsnester in der Stadt und in den Eingeborenenquartieren. Und wie ich eines Morgens zur Post komme, wird geschossen. Ich wartete, da waren in den Vorratsraum neben meinem Telexraum fünf Rebellen eingedrungen, die aber nach kurzer Zeit tot nebeneinander auf der Straße lagen. Inzwischen schlafe ich wieder in meinem Haus und es ist ruhiger. Ich habe jetzt auch noch einen großen Schäferhund, der auf mich aufpaßt. Wenn alles klargeht, bekomme ich Ende der Woche eine Maschinenpistole. Waffenschein habe ich schon vom Innenminister. An Arbeit habe ich neben den Routinesachen die Reparaturen der zerschossenen Telefonzentrale [...] und die Beseitigung der Schäden der sich häufenden Sabotageakte. Mein Telex lief übrigens als erstes, als noch keine Telefone liefen. Ja, und Reparaturen für die Armee, was da so kaputtgeht. Meine Leute sind ziemlich gut. Ich mache jetzt alles, Sendestation mit ungefähr 10 Sendern, Empfangsstation usw. Inzwischen war ich mit einem kleinen Flugzeug auch in Kigali, der Hauptstadt von*

<sup>1403</sup> Huber (Botschaft in der Bundesrepublik Kongo) an Auswärtiges Amt, 2. Juni 1964, PA AA, AA, B 68, 242.

Auch westdeutsche Fernmeldetechniker waren also 1964/65 an der Niederschlagung des Aufstands im Ostkongo beteiligt. Die Operation wurde von westdeutscher Seite gut verdeckt; so gut, dass in keiner ostdeutschen Akte – auch nicht des Ministeriums für Staatssicherheit – ein Hinweis auf sie gefunden werden konnte.

Auch zu einem anderen Projekt, weit größer, stärker finanziert, mit mehr Stellen besetzt und von kaum zu überschätzender Bedeutung für die politische Entwicklung der Demokratischen Republik Kongo, konnte erstaunlicherweise nicht eine einzige Aufzeichnung in einer ostdeutschen Akte ausfindig gemacht werden. Über den Bundesnachrichtendienst ließ die Bundesrepublik Deutschland 1961 ein Projekt anlaufen, das über mehrere Jahre die kongolesischen Medien, die kongolesische Öffentlichkeit, die kongolesische Parteienlandschaft, sowie die Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik des Landes in einem Ausmaß beeinflussen sollte, das es in seiner Intensität durchaus an die Geheimdienstoperationen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion im Kongo heranreichte, wenn nicht diese sogar noch übertraf.<sup>1405</sup> Eingeleitet hatte das Projekt im Herbst 1960 die Oppositionspartei Alliance des Bakongo, der auch Staatspräsident Kasavubu angehörte. In einer streng geheimen Aufzeichnung schrieb der Leiter des Referats für Afrika südlich der Sahara im Auswärtigen Amt, Hans-Georg Steltzer, im Februar 1961:

*„Der BND [Bundesnachrichtendienst] bereitet z. Zt. in Zusammenarbeit mit der kongolesischen Abako-Bewegung und der privaten kongolesischen Genossenschaft Kobakwa eine Aktion im Kongo vor, um auf dem gesamten Staatsgebiet eine demokratische, föderalistische Partei (Rassemblement Fédéraliste Congolaise) aufzubauen. Dieser Wunsch wurde Ende vorigen Jahres auf Veranlassung der Regierung Kasavubu durch den Abgeordneten Nzeza-Nlandu verschiedenen deutschen Stellen übermittelt. Die Regierung hatte um Gestellung von Wahlkampfexperten, Druckereianlagen, Kraftfahrzeugen mit Lautsprecheranlagen usw. gebeten. Sie hatte sich an die Bundesrepublik gewandt, weil wir in Afrika nicht kompromittiert sind und ihr der Aufbau des Kongostaats nach bundesstaatlichen Prinzipien wie bei uns in der Bundesrepublik vorschwebte. Da mir Nzeza-Nlandu seriös erschien und wir der Meinung waren, daß Kasavubu geholfen werden mußte, weil wir nicht tatenlos zusehen konnten, wie der Osten systematisch im Kongo den kommunistischen Umsturz vorbereitete, brachte ich ihn mit dem BND zusammen. Dabei war auch der Gesichtspunkt maßgebend, daß Nzeza-Nlandu in die Hände der CIAS [Comité international d'Information et d'Action Sociale] geraten war, einer antikommunistischen, mit*

<sup>1404</sup> Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen an Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 24. November 1964, PA AA, AA, B 68, 242.

<sup>1405</sup> Vgl.: Masow, Sergej: Die Sowjetunion und die Kongo-Krise 1960 bis 1964. In: Greiner, Bernd, Christian Müller, Dierk Walter (Hrsg.): Krisen im Kalten Krieg. Hamburg 2008, S. 274-296. ; Devlin, Larry: Chief of Station, Congo: Fighting the Cold War in a Hot Zone. New York 2007.

*Bundesmitteln unterstützten Organisation ohne Afrika-Erfahrung, die sich anschickte, über das Bundeskanzleramt eine große Aktion im Kongo aufzuziehen. Eine Einmischung des CIAS hätte für unsere Stellung in Afrika unübersehbare Folgen haben können und mußte daher unterbunden werden. Im Dezember hatte ich eine Unterredung mit dem Präsidenten des BND über die Angelegenheit. Dabei wurde vereinbart:*

- a) Unterbindung der CIAS-Aktion, auf die der BND Einfluß nehmen konnte.*
- b) Prüfung der Hilfswürdigkeit des kongolesischen Vorhabens und zu diesem Zweck Entsendung einer Kommission, getarnt als Gewerkschaftsexperten, nach Léopoldville.*
- c) Keine Beteiligung des Auswärtigen Amtes an künftigen Maßnahmen.*

*Inzwischen ist die Kommission zurückgekehrt und hat sich sehr positiv zu dem Projekt geäußert. [...] Nzeta-Nlandu hält sich z.Zt. wieder in der Bundesrepublik auf. [...] Die gemeinsam von ihm und dem BND gemachten Berechnungen haben einen Minimalbedarf von DM 10 Mill. ergeben. Staatssekretär [Karl Maria] Hettlage [vom Bundesministerium der Finanzen], dem der Plan von dem Präsidenten vorgetragen und erläutert worden ist, soll sich bereiterklärt haben, zunächst DM 6 Mill. zur Verfügung zu stellen; darüber hinaus soll er auch eine Finanzierung des Restbetrages in Aussicht gestellt haben. Der BND ist der Auffassung, daß die Aktion unter allen Umständen durchgeführt werden sollte. Er ist überzeugt, das Unternehmen so tarnen zu können, daß der Bundesregierung keine Unannehmlichkeiten darauf erwachsen können. Ein Vertreter des BND bedeutete mir, daß eine befürwortende Erklärung des Auswärtigen Amtes gegenüber Staatssekretär Hettlage wünschenswert sei. Auf die von mir geäußerten Bedenken, daß damit das Auswärtige Amt in unerwünschter Weise an einer nachrichtendienstlichen Aktion beteiligt würde, verzichtete der BND nach Rücksprache mit seinem Präsidenten auf die Erfüllung dieses Wunsches. Der Vertreter des BND betonte, dass die Nachrichtendienste der Briten und Amerikaner unterrichtet seien. Sie hätten die Aktion gutgeheißen und die betreffenden Regierungen hätten sicherlich Kenntnis davon. [...] Das geplante Vorhaben birgt zweifellos erhebliche Risiken in sich. Die technische Hilfe bei dem Aufbau einer politischen Partei muß als Einflußnahme auf die innenpolitischen Verhältnisse der Kongorepublik gewertet werden. Ein Bekanntwerden könnte in Umkreisen Verstimmung und bei den Freunden des Gizenga-Regimes sehr unfreundliche Reaktionen auslösen. Ferner könnten hierdurch die anlaufenden Maßnahmen zur Ausführung der jüngsten UNO-Beschlüsse im Kongo gestört werden. [...] Bei sorgfältiger Abwägung des Für und Wieder möchte ich mich unter folgenden Voraussetzungen für die Hilfsaktion aussprechen:*

- (1) Es muß sichergestellt sein, daß die Bundesregierung bei einem etwaigen Bekanntwerden nicht belastet werden kann;*
- (2) der Einsatz der Mittel nicht massiv, sondern sukzessiv geschieht;*
- (3) in den nächsten Wochen keine wesentliche Gewichtsverschiebung im Kongo eintritt.“<sup>1406</sup>*

Abteilungsleiter Hasso von Etzdorf leitete die Aufzeichnung an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes weiter, äußerte aber erhebliche Zweifel und schlug vor, das Projekt zurückzuziehen:

<sup>1406</sup> Referatsleiter Steltzer – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Stellvertretender Abteilungsleiter Werz – Abteilung West II (Auswärtiges Amt) und Abteilungsleiter Etzdorf – Abteilung West II (Auswärtiges Amt), 28. Februar 1961, PA AA, AA, B 130, 2378 A.

„Bei Abwägung der für und gegen das Projekt des BND sprechenden Faktoren scheinen mir die Negativen zu überwiegen. Eine Sicherheit, daß Einzelheiten über dieses Unternehmen nicht den Sowjets bekannt werden, scheint mir nicht gegeben. Gerade bei der besonderen Lage in Afrika muß vielmehr damit gerechnet werden, daß nach kurzer Zeit die Sowjets über unseren Versuch, die politische Entwicklung im Kongo durch Geldzahlungen zu steuern, in allen Einzelheiten unterrichtet sein werden. Damit erhalten sie neues Material für ihre Propaganda. Die Bundesrepublik aber würde damit bei sehr vielen schwarzafrikanischen Staaten ihr bisheriges Ansehen als keiner politischen Einmischung in Afrika verdächtigen Nation einbüßen und als Mitstreiter der Kolonialisten erscheinen. [...] Unter diesen Umständen sehe ich mich außer Stande, mich für eine Empfehlung des Projekts bei Staatssekretär [im Finanzministerium, Karl Maria] Hettlage[,] einzusetzen. Wenn auch der BND auf eine solche Empfehlung nicht mehr Wert gelegt hat, so ist das Auswärtige Amt nunmehr doch mit der Angelegenheit befaßt und wird sich – falls die sehr möglichen negativen Folgen eintreten – kaum von ihr distanzieren können. Unter diesen Umständen erschien es mir angebracht, unter Hinweis auf die jüngste Entwicklung im Kongo, bei dem Präsidenten des BND auf eine Zurückstellung des Projekts hinzuwirken.“<sup>1407</sup>

Doch das Bundeskabinett entschied anders. Bereits im Spätherbst 1960 war die, schon im Abschnitt zur Diplomatie angesprochene, Unterstützung der Genossenschaft der Alliance des Bakongo in die Wege geleitet worden. Eine Art staatlicher 'Überbrückungskredit' war einigen Hamburger Großhändlern zur Verfügung gestellt worden, um die Einleitung von Handelsgeschäften zwischen ihnen und der *Société Coopérative dy Bas Congo* zu ermöglichen.<sup>1408</sup> Nun wurde auch der Bundesnachrichtendienst aktiviert und vom Bundeskanzleramt mit der Errichtung einer Druckerei, der Großdruckerei *Imprimerie Concordia*, von der bereits im Abschnitt zur Öffentlichkeitsarbeit die Rede war, betraut. Zur Tarnung des Projektes wurden der Condor-Verlag Karl Fritz und der Verein Deutsche Freunde Afrikas e.V. als offizielle Träger der Druckerei eingesetzt. Zwischen der Einrichtung der Druckerei im Jahr 1961 und deren Übergabe an Zaïre im Jahr 1973 flossen über den Bundesnachrichtendienst rund 23 Mio. DM in das Projekt.<sup>1409</sup> Bereits nach kurzer Zeit hatte sich das technisch und finanziell exzellent aufgestellte Unternehmen im Kongo ein Monopol auf Druckaufträge erobert. Fortan war es ihm problemlos möglich, Zeitungen, Zeitschriften und Verlage zu kontrollieren, die von ihnen verbreiteten Inhalte vorzuzensurieren oder – wie schon im Abschnitt zur Öffentlichkeitsarbeit erwähnt – eigene Inhalte in die tägliche Medienberichterstattung einfließen zu lassen.<sup>1410</sup> Hauptaufgabe der Druckerei war es, die antilumumbistischen und konservativen

<sup>1407</sup> Abteilungsleiter Etzdorf – Abteilung West II (Auswärtiges Amt) an Staatssekretär Carstens (Auswärtiges Amt), 28. Februar 1961, PA AA, AA, B 130, 2378 A.

<sup>1408</sup> Gülstorff 2007, S. 41 ff.

<sup>1409</sup> Staatssekretär Grabert (Bundeskanzleramt) an Minister Eppler (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), 13. April 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103058.

<sup>1410</sup> Giesder (Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo) an Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 15. Dezember 1967, PA AA, AA, B 68, 530.

Kräfte des Landes zu stärken und die lumumbistischen und sozialistischen Kräfte des Landes zu schwächen. Der Erreichung dieses Ziels war auch ein nicht unwesentlicher Teil der Dividende des Unternehmens verpflichtet, die genutzt wurde, um der herrschenden Elite von Léopoldville finanziell unter die Arme zu greifen und oppositionelle Elemente über Bestechungszahlungen an diese zu binden. So heißt es in einem 1968 vom Bundesnachrichtendienst angefertigten Vortragsentwurf, den dessen Präsident, Gerhard Wessel, vor dem Vertrauensmänner-Gremium des Bundestages halten sollte, in einer Anlage über *„nachrichtendienstliche Operationen im Auftrag der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit 'befreundeten' Nachrichtendiensten“* zur Demokratischen Republik Kongo:

*„'Klassisches' Beispiel für Ausnutzung besonderer Möglichkeiten des BND [Bundesnachrichtendienst] durch Bundesregierung: 1961/62 [die Jahresangabe des Bundesnachrichtendienstes ist nicht korrekt. Richtig müsste es heißen: 1960] Bemühungen kongolesischer Politiker (die in Opposition zum amtierenden prokommunistischen Ministerpräsidenten LUMUMBA standen), Hilfe der Bundesregierung zum Aufbau einer Druckerei (als Basis für Propagandaoperationen) und finanzielle Unterstützung ('Bestechungsgelder') zu erhalten. Bundesregierung stark an Unterstützung dieser prowestlichen Kräfte interessiert, zu offiziellen Maßnahmen jedoch außerstande (diplomatische Beziehungen zu LUMUMBA). Deshalb Beauftragung BND, Mittel zu schleusen und Druckerei (über Tarnfirmen) zu errichten. Einsatz mehrerer Mio DM (über BND) – Operation 'Liane' (dem kleinen Ausschuss wiederholt vorgetragen). Jetziger Stand: Grossdruckerei 'Concordia' in Kinshasa vielseitig verwendbare Operations-Basis für BND (westl. Afrika).“<sup>1411</sup>*

Es ist davon auszugehen, dass mit den aus der Druckerei erzielten Gewinnen und dem Medienmonopol ein Großteil der inner- wie zwischenparteilichen Wahlkämpfe des Landes in den 1960er Jahren beeinflusst werden konnte. Reichten die Gelder der Druckerei nicht aus, wurden zusätzliche Mittel aus der Bundesrepublik herangeschafft. So reisten beispielsweise 1961 die bereits erwähnten, als Gewerkschafter getarnten Agenten des Bundesnachrichtendienstes in den Kongo, um Senator Cyrille Adoula mit Bestechungsgeldern auszustatten, die ihm dann seine Wahl zum Ministerpräsidenten garantierten.<sup>1412</sup>

Konträr zu diesem massiven Engagement, nahm sich die obligatorische Unterstützung bei der Fortbildung kongolesischer Geheimdienstmitarbeiter eher bescheiden aus. Lediglich ein Mitarbeiter der kongolesischen Sûreté wurde 1960 in antikommunistischer Propaganda fortgebildet – und dies auch nicht vom Bundesnachrichtendienst, sondern vom Verfassungsschutz und dem

---

<sup>1411</sup> Bundesnachrichtendienst an Bundesnachrichtendienst, 21. Juni 1968, Archiv des Forschungsinstitutes für Friedenspolitik e.V., Wertheim.

<sup>1412</sup> Botschaft in der Republik Kongo an Auswärtiges Amt, 7. Juni 1961, PA AA, AA, B 68, 25.

Bundeskriminalamt.<sup>1413</sup> Erst 1965, nach dem Ende der Mission der Vereinten Nationen, sollte der Bundesnachrichtendienst langsam beginnen, sich stärker in die Fortbildung kongolesischer Geheimdienstmitarbeiter einzubringen.<sup>1414</sup>

Dennoch wurde Anfang der 1970er Jahre das Projekt Großdruckerei eingestellt und das Engagement des Bundesnachrichtendienstes in der Demokratischen Republik Kongo zurückgefahren.<sup>1415</sup> Einen Abdruck in der kongolesischen Geschichte hat die Bundesrepublik mit ihren verdeckten Aktivitäten zweifellos hinterlassen – wenn auch von der Öffentlichkeit weitgehend gänzlich unbemerkt.

#### *d) Weniger ist nicht immer mehr – Ostdeutsche verdeckte Unterstützung für die Demokratische Republik Kongo*

So groß der 'Abdruck' in der Geschichte des Kongo im Fall der Bundesrepublik war, so klein erwies er sich im Fall der DDR. Auch bei den verdeckten Aktivitäten wirkte sich das Nicht-Vorhandensein von Vertretungen – ob nun mit oder ohne diplomatischen Status – für Ost-Berlin nachteilig aus. Als weit hinderlicher erwies sich aber die Tatsache, dass sich das Territorium der von den sozialistischen Staaten protegierten Rebellenregierungen im Osten des Kongo, in dessen Hinterland, befand. Schon die Anlieferung von Hilfsgütern und Helfern aus Ostdeutschland, die entweder aus der Vereinigten Arabischen Republik über die Republik Sudan oder aus der Republik Tanganjika – später Vereinigte Republik Tansania – über die Republik Ruanda, per Flugzeug oder Lastkraftwagen, nach Stanleyville befördert werden mussten, gestaltete sich als schwieriges Unterfangen. Die logistischen Probleme, die sich aus einer verdeckten Unterstützung ergaben, standen ihnen in nichts nach, übertrafen sie häufig sogar noch.

Die erste ostdeutsche verdeckte Unterstützung, welche die Regierung Gizenga im Frühjahr 1961 erreichte, war eine materielle Hilfe des Solidaritätskomitee der DDR im Wert von umgerechnet rund 60.000 DM. Die Güter wurden zunächst von Rostock nach Alexandria verschifft, dort von Vertretern der Freien Republik Kongo übernommen und auf dem Landweg über den Sudan nach Stanleyville verbracht.<sup>1416</sup> Die Verschiffung der Solidaritätshilfe war öffentlichkeitswirksam inszeniert worden, nicht jedoch ihr tatsächlicher Verwendungszweck. Offiziell sollte die Hilfe der kongolesischen Zivilbevölkerung zugute kommen, tatsächlich waren jedoch die Regierung Gizenga

<sup>1413</sup> Gülstorff 2007, S. 43 ff.

<sup>1414</sup> Schmidt-Eenboom 1993, S. 184.

<sup>1415</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M.o.J., PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103058.

<sup>1416</sup> Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 14. Februar 1961, BArch, SAPMO, DY 30 / J IV 2/2 / 749. Der Wert wird in der Quelle mit 300.000 DM (Ost) angegeben. Der Wechselkurs lag 1961 bei ca. 1 DM (West) : 5 DM (Ost). Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 0,06 Mio. DM (West).

und ihre Sicherheitskräfte die Nutznießer. Einen Teil der Lieferung führte Stanleyville seinen Truppen als militärische Ausrüstungshilfe zu. Der Rest wurde gleich an Ort und Stelle von den Vertretern des Regimes weiterverkauft, um die Finanzreserven seiner einzigen offiziellen Auslandsvertretung aufzubessern. So berichtete der 2. Sekretär des ostdeutschen Generalkonsulats in Kairo, Wolfgang Schüßler, 1961:

*„Soweit wir im vergangenen Jahr informiert wurden, sind Teile der Sendung nach Stanleyville gegangen bzw. in der VAR [der Vereinigten Arabischen Republik] verkauft worden, um Geld für andere Zwecke zu bekommen, die [der Leiter der Vertretung der Freien Republik Kongo in Kairo, Pierre] Mulele[,] im Auftrag von [Staatspräsident Antoine] Gizenga erledigen mußte.“<sup>1417</sup>*

Daneben beteiligte sich die DDR aber auch direkt an der Ausstattung der Armee der Freien Republik Kongo. Ursprünglich hatte man in Ost-Berlin an die Lieferung einiger Uniformmuster und Rangabzeichen gedacht. Am Ende wurden aber doch noch ganze Uniformkomponenten gestellt, die dann in einer Schneiderei der Vereinigten Arabischen Republik zu vollständigen Uniformen zusammengenäht wurden.<sup>1418</sup> Unter keinen Umständen hatte Ost-Berlin fertige Uniformen liefern wollen. Dies hätte nur das Risiko erhöht, vom Westen ertappt und dann, aufgrund der Belieferung einer Rebellenbewegung mit militärischer Ausrüstung, international vorgeführt zu werden.<sup>1419</sup>

Ob über diese Unterstützung hinaus auch Mitglieder der kommunistischen Partei Italiens, welche die DDR ebenfalls um militärische Ausrüstung für ihre paramilitärischen Operationen in der Demokratischen Republik Kongo gebeten hatten,<sup>1420</sup> eine solche erhielten, kann aus den eingesehenen Akten nicht abschließend geklärt werden. Falls sie sie erhalten haben sollten, ist es allerdings sehr wahrscheinlich, dass diese, nach ihrem Gebrauch, ebenfalls in den Besitz der kongolesischen Bündnispartner wechselten.

Darüber hinaus war angedacht, angehende Führungskräfte der neuen kongolesischen Volksarmee militärisch von der Nationalen Volksarmee der DDR in ostdeutschen Kasernen aus- und fortbilden zu lassen.<sup>1421</sup> Außerdem sollte verdeckt eine größere Anzahl ostdeutscher Fachexperten nach

---

<sup>1417</sup> 2. Sekretär Schüßler (Generalkonsulat in der Vereinigten Arabischen Republik) an Abteilung Arabische Länder (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und GZ (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten, 27. August 1962, BArch, SAPMO, DY 30 IV 2/20/419, S. 295-297.

<sup>1418</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 24. April 1961, PA AA, MfAA, A 17294, Bd 1, Fiche 6, S. 486.

<sup>1419</sup> Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 4. April 1961, PA AA, MfAA, A 17294, Bd 1, Fiche 3, S. 263-268.

<sup>1420</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 7. März 1961, PA AA, MfAA, A 17294, Bd 1, Fiche 2, S. 122-125.

<sup>1421</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 23. März 1961, PA AA, MfAA, A 17294, Bd 1, Fiche 3, S. 223-234.

Stanleyville entsandt werden. Neben Beratern für den Regierungs- und Verwaltungsapparat,<sup>1422</sup> sowie Bergbauexperten für die Erschließung und den Ausbau der kongolesischen Gold- und Coltanabbaustätten,<sup>1423</sup> sollten dabei auch Militärberater der Nationalen Volksarmee der Regierung von Stanleyville zur Verfügung gestellt werden.<sup>1424</sup> Doch kam letztlich keine der geplanten Entsendungen zustande. Zu früh hatte die Regierung Gizenga sich mit der Regierung Adoula auf ein Zusammengehen in einer neuen Zentralregierung geeinigt.

Zumindest zum Teil konnte dafür ein anderes Geheimprojekt abgeschlossen werden: die bereits erwähnte 'Entwicklungshilfe' zum Aufbau einer eigenen Nationalbank und zur Einführung einer eigenen Währung für Stanleyville. Dieses Projekt war schon bald nach der Gründung der Freien Republik zwingend erforderlich geworden. In ihrer Versorgung mit Konsumgütern war sie ganz auf Lieferungen aus Léopoldville angewiesen. Da das 'befreite' Stanleyville aber kaum Waren produzierte und in den Westkongo exportierte, war das Bargeld langsam aber sicher aus dem Osten in den Westen des Landes abgeflossen. Die Freie Republik brauchte dringend eine neue, vom Westkongo abgekoppelte Währung, um im eigenen Herrschaftsgebiet die Geldwirtschaft wieder in Gang zu setzen. Materielle Werte, welche die Deckung einer neuen Währung ermöglicht hätten, standen der Regierung Gizenga in ausreichendem Umfang zur Verfügung. Aus vertraulicher Quelle wusste die westdeutsche Botschaft in Léopoldville 1961 zu berichten:

*„Gold im Gegenwert von 102 Mio. cfrs. (2.040.000 US\$ [umgerechnet rund 8,16 Mio. DM]) wurde von [Staatspräsident Antoine] Gizenga nach Kairo verbracht und gegen hier vorliegende Quittung von der dortigen Sowjetbotschaft nach Moskau geschickt. Im Gegenwert von 33 Mio. cfrs. (660.000 US\$ [umgerechnet rund 2,64 Mio. DM]) wurde Gold durch Adrian Quari, den früheren Präsidenten der Provinz Kivu (Februar 1961) nachweislich gestohlen. Gold im Gegenwert von 80 Mio. cfrs. (1.600.000 US\$ [umgerechnet rund 6,4 Mio. DM]) wurde durch Anicet Kashamura (CEREA [Centre de Regroupement Africain]), früherer Wirtschaftsminister im Gizenga-Regime, in Genf deponiert; nach seinem Schreckensregiment in der Provinz Kivu hält sich Kashamura jetzt in Marokko auf. Der Rest Gold im Gegenwert von 177 Mio. cfrs. (3.540.000 US\$ [umgerechnet rund 14,16 Mio. DM]) soll beim Conseil Monétaire lagern. Es handelt sich jeweils um chemisch reines Barrengold, 18-22 Karat Feinheitsgehalt. Von dem oben angegebenen Differenzbetrag aus der unkontrollierten Ausfuhr von Rohdiamanten sollen 400 Mio. cfrs. (8.000.000 US\$ [umgerechnet rund 32 Mio. DM]) in Devisen durch die Omari-Regierung [die Provinzregierung von Taris Adrien Omari der Provinz Kivu] an Gizenga abgegeben worden sein; davon wurde ein Teil in die Schweiz transferiert, der Rest liegt auf Gizengas Privatkonto Nr. 81 bei der*

<sup>1422</sup> Ebd.

<sup>1423</sup> 2. Sekretär Schübler (Generalkonsulat in der Vereinigten Arabischen Republik) und Bevollmächtigter Böttger (zur Zeit stationiert in der Vereinigten Arabischen Republik) an Minister Rau (Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel) und Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 6. März 1961, PAA, MfAA, A 17294, Bd 1, Fiche 2, S. 162.

<sup>1424</sup> Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Politbüro - Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 14. Februar 1961, BArch, SAPMO, DY 30 / J IV 2/2 / 749, S. 3.



*Banque du Congo in Stanleyville. Über 1,5 Mill. Cfrs (30.000.000 US\$ [umgerechnet rund 120 Mio. DM]) in Devisenwährung sollen auf Privatkonten [Albert] Kalondji's in Belgien, Frankreich und der Schweiz liegen; [...].*<sup>1425</sup>

Doch war mit Gold und Diamanten allein kein Staat zu machen. Um das Fortbestehen der Freien Republik zu sichern war die Regierung in Stanleyville auf die Einführung einer neuen, eigenen Währung angewiesen. 1961 wurden die bereits erwähnten ostdeutsche Finanzexperten auf Bitten der Regierung Gizenga nach Kairo entsandt, um den Kongolesen bei der Planung zum Aufbau einer eigenen Staatsbank und der Einführung einer eigenen Währung zu helfen.<sup>1426</sup> Doch die Kongolesen erhofften sich noch mehr. Sie baten die DDR auch um die Anfertigung der neuen Währung: den Druck von Banknoten im Wert von 7,7 Mrd. Kongo-Franc<sup>1427</sup> und die Prägung von Münzen im Wert von 280 Mio. Kongo-Franc.<sup>1428</sup> Hier trat dann auch die ökonomische Dimension der verdeckten Aktivitäten der DDR zu Tage. Banknotendruck und Münzprägung sollten nicht als Solidaritätshilfe oder Entwicklungshilfe, sondern als kommerzielles Geschäft abgewickelt werden. Allein die von der Deutschen Wertpapierdruckerei in Leipzig veranschlagten Kosten des Banknotendrucks sollten sich auf umgerechnet rund 0,64 Mio. DM – zuzüglich Transportkosten – belaufen.<sup>1429</sup> Am Ende kam aber auch diese 'kommerzielle Unterstützung', aufgrund der Auflösung der Regierung in Stanleyville, nicht zustande.<sup>1430</sup> Dabei waren erste Entwürfe der neuen Noten bereits fertig gestellt worden. Inwiefern eine weitere Bitte der Regierung Gizenga vom Juni des Jahres, in der es ebenfalls um den Druck kongolesischer Banknoten, hier nun allerdings um den Nachdruck der regulären kongolesischen Währung, also um den Druck von Falschgeld, ging, ebenfalls in Ost-Berlin zu den Akten gelegt wurde, lässt sich aus den eingesehenen Archivquellen nicht abschließend klären. Die Kongolesen hatten dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten bereits einige

<sup>1425</sup> Klingenberg (Botschaft in der Bundesrepublik Kongo) an Auswärtiges Amt, 22. Mai 1962, PA AA, AA, B 68, 19. Die Werte werden in der Quelle mit 2,04 Mio. US-Dollar, 0,66 Mio. US-Dollar, 1,6 Mio. US-Dollar, 3,54 Mio. US-Dollar, 8 Mio. US-Dollar und 30 Mio. US-Dollar angegeben. Der Wechselkurs lag 1962 bei ca. 1 DM : 0,25 US-Dollar. Umgerechnet handelte es sich also um Werte von 8,16 Mio. DM, 2,64 Mio. DM, 6,4 Mio. DM, 14,16 Mio. DM, 32 Mio. DM und 120 Mio. DM.

<sup>1426</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, A 17294, Bd 1, Fiche 3, S. 261-262.

<sup>1427</sup> Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 28. April 1961, PA AA, MfAA, A 17294, Bd 1, Fiche 5, S. 394-404.

<sup>1428</sup> Bevollmächtigter Böttger (zur Zeit stationiert in der Vereinigten Arabischen Republik) an Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 29. April 1961, PA AA, MfAA, A 17294, Bd 1, Fiche 6, S. 491-494.

<sup>1429</sup> Deutsche Wertpapier-Druckerei an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 6. Mai 1961, PA AA, MfAA, A 17295, Bd 2, Fiche 1, S. 22-28. Der Wert wird in der Quelle mit 3,2 Mio. DM (Ost) angegeben. Der Wechselkurs lag 1961 bei ca. 1 DM (West) : 5 DM (Ost). Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 0,64 Mio. DM (West).

<sup>1430</sup> Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Bevollmächtigter Kiesewetter (Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten), 8. Juli 1961, PA AA, MfAA, A 17295, Bd 2, Fiche 3, S. 209.

Scheine ihrer Währung als Vorlage zukommen lassen. In den Akten lässt sich zu dem Vorgang lediglich eine Bemerkung des Stellvertretenden Außenministers, Sepp Schwab, an den Staatsratsvorsitzenden, Walter Ulbricht, finden, in der es heißt:

*„Werter Genosse Ulbricht ! Der beiliegende, von mir als streng geheim behandelte Aktenvermerk wurde bisher nur von dem Genossen Willi Stoph [, zuständig für die Koordinierung und Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des Ministerrates im Staatsapparat,] und dem Genossen Peter Florin [, Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands,] vor dessen Abreise nach M.[Moskau] eingesehen. Es ist notwendig, eine politische Entscheidung herbeizuführen, ob wir den in dem Aktenvermerk geäußerten Wünschen nähertreten können. [...] Meiner Meinung nach sollte man Beschlüsse in der Frage der Unterstützung auf humanitären Gebieten fassen, aber auf den in dem Aktenvermerk vorgetragenen Wunsch nicht eingehen. Sollte anders entschieden werden, dann müsste die weitere Arbeit unter Ausschaltung jedweder staatlicher Seite geschehen.“*<sup>1431</sup>

Auch hier bedeutete das Ende der Regierung Gizenga im Herbst 1961 dann aber das Ende der ostdeutschen Hilfe – zumindest fürs Erste.

Einen zweiten Anlauf wagte die verdeckte ostdeutsche Unterstützung erst wieder zwischen 1965 und 1966. Die Rebellenbewegung war im ganzen Kongo auf dem Vormarsch und die Sowjetunion fürchtete eine Ausweitung der chinesischen Einflussphäre, sollte das sozialistische Lager nun nicht geschlossen auftreten und rasch wieder Solidarität mit den kongolesischen Freiheitskämpfern üben. Das Präsidium des ostdeutschen Ministerrates stellte Gelder im Umfang von umgerechnet rund 0,27 Mio. DM für eine materielle Hilfe bereit. Erneut diente die Unterstützung zum einen der Führung der Rebellenbewegung, der Regierung Gbenye und dem Comité National de Liberation, zum anderen dem Ausbau ihrer Armee. Über den ostdeutschen Volkswirtschaftsrat, das Ministerium für Außer- und Innerdeutschen Handel, das Ministerium für Handel und Versorgung und das Ministerium für Gesundheitswesen wurden dem Regierungs- und Öffentlichkeitsapparat der kongolesischen Bewegung 10 Foto- und Laborausrüstungen, 500 Filme und 10 Schreibmaschinen zur Verfügung gestellt. Hinzu kamen, als militärische Ausrüstung, 2000 Decken, Medikamente, Erste-Hilfe-Ausrüstungen und 10 Faltboote mit Außenbordmotor. Letztere wurden dringend für die Überquerung des Kivusees benötigt, da die Versorgung der Rebellen mittlerweile nicht mehr allein über die Vereinigte Arabische Republik und die Republik Sudan, sondern auch über die Republik Tansania, die Republik Ruanda und das indische Meer erfolgte. Über das ostdeutsche

---

<sup>1431</sup> Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Erster Sekretär des Politbüros Ulbricht – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 26. Juni 1961, PAAA, MfAA, A 17295, Bd 2, Fiche 2, S. 164.

Verteidigungsministerium wurden 10 mobile Funkanlagen des Typs R-104, 30.000 Paar Schuhe und 2.000 Zeltbahnen nach Stanleyville gesandt.<sup>1432</sup> Möglicherweise wurde der Bewegung zudem noch weitere materielle Unterstützung über die angolische Movimento Popular zugeleitet. Der Generalsekretär des Comité National de Libération, Gabriel Yumbu, hatte Ost-Berlin Ende 1965 selbst den Vorschlag unterbreitet, zivile Unterstützung für die Volksrepublik künftig über die angolische Befreiungsbewegung an ihn weiterleiten zu lassen.<sup>1433</sup> Ob Ost-Berlin sich tatsächlich zu diesem Schritt entschloss, konnte aus den eingesehenen Akten allerdings ebenso wenig ermittelt werden, wie die Antwort Ost-Berlins auf die Bitte des Comité von 1964, sie mit kongolesischem Falschgeld auszustatten.<sup>1434</sup> Auch eine geringe zivile Unterstützung, offiziell wieder für die notleidende kongolesische Bevölkerung bestimmt, wurde über das ostdeutsche Rote Kreuz abgewickelt. Tatsächlich richtete sich die Hilfe aber nicht an den 'einfachen' Kongolesen, sondern an die Familien der Elite des Comité, deren Frauen und Kinder über das ostdeutsche Rote Kreuz versorgt wurden.<sup>1435</sup> Ausschließlich dieser Elite wurde dann auch, nach der endgültigen militärischen Niederlage des Comité 1965/66, politisches Asyl in der DDR gewährt. So wurden Antoine-Niatti Mandungu und die vier Kinder Christophe Gbenyes in der DDR aufgenommen, während sich die übrigen Kämpfer in ein afrikanisches Exil zurückziehen oder von den Truppen der Regierung Mobutu gefangen nehmen lassen mussten.<sup>1436</sup> Der Schwerpunkt der ostdeutschen Hilfe lag 1965/1966 aber auch nicht im zivilen, sondern im militärischen Bereich. Hier erhielt das Comité von der DDR seine größte Unterstützung. Auf Bitten der Sowjetunion<sup>1437</sup> und nach Zustimmung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurden Anfang 1965 – erstmals in der Militärgeschichte der DDR – Waffen und Munition an eine zentralafrikanische Bewegung geliefert. Laut der IV. Außereuropäischen Abteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten handelte es sich hierbei sogar um die *weltweit* erste Waffenhilfe der DDR in das nicht-sozialistische

<sup>1432</sup> Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 5. Januar 1965, BArch, SAPMO, DY 30 / J IV 2/2 / 969. Der Wert wird in der Quelle mit 1 Mio. MDN angegeben. Der Wechselkurs lag 1965 bei ca. 1 DM : 3,7 MDN. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 0,27 Mio. DM.

<sup>1433</sup> Abteilungsleiter Fritsch – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Vorsitzender Schmidt (Solidaritätskomitee), 7. Dezember 1965, PA AA, MfAA, C 801/74, Fiche 1, S. 1-2.

<sup>1434</sup> Bevollmächtigter Kiesewetter (Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten) an Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 20. Juni 1961, PA AA, MfAA, A 17295, Bd 2, Fiche 2, S. 161.

<sup>1435</sup> Vertretungsleiter Schedlich (Handelsvertretung in der Republik Sambia) an Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 4. Oktober 1965, PA AA, MfAA, VS-65, S. 95-98.

<sup>1436</sup> Bevollmächtigter Scholz (Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten) an Stellvertretender Minister Stibi (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 27. Januar 1965, PA AA, MfAA, VS-65, S. 25.

<sup>1437</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Erster Sekretär des Politbüros Ulbricht – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Vorsitzender Stoph (Ministerrat) und Mitglied des Politbüros Honecker – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 14. Dezember 1964, PA AA, MfAA, A 14593, Fiche 1, S. 1-3.

Ausland.<sup>1438</sup> Über das ostdeutsche Verteidigungsministerium wurden 2000 Maschinenpistolen mit 60.000 Schuss Munition, 100 Panzerbüchsen des Typs RPG 2 mit 2.000 Granaten und fünf Granatwerfer mit 360 Granaten im Wert von rund 0,55 Mio. DM an die Truppen des Comité geliefert.<sup>1439</sup> Der erste Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, hatte die ostdeutsche Hilfe im Politbüro auf eine rein zivile Unterstützung des Comité beschränken wollen.<sup>1440</sup> Doch Erich Honecker, Sekretär für Sicherheits- und Kaderfragen im Zentralkomitee, hatte sich auf der entscheidenden Sitzung des Politbüros persönlich für eine Ausweitung der ostdeutschen Unterstützung auf militärischem Gebiet stark gemacht.<sup>1441</sup> Es handelt sich hier – nach Honeckers Anordnung zur Ausbildung kongolesischer Militärkader durch die Nationale Volksarmee trotz fehlender Verträge – um das zweite Beispiel einer Aushandlung konkreter Afrikaaktivitäten über das Politbüro, das in den für diese Arbeit vorgesehenen ostdeutschen Akten gefunden werden konnte. Doch machten Honeckers kühnem Vorstoß am Congo bald schon innerafrikanische Entwicklungen einen Strich durch die Rechnung. In der an den Kongo angrenzenden Republik Sudan waren 1965 einmal mehr Konflikte zwischen dem mehrheitlich islamischen Norden und dem überwiegend christlichen Süden ausgebrochen. Dringend benötigten die Kräfte des Südens Waffen. Schon seit Jahren standen sie in regem Austausch mit den kongolesischen Rebellen. Und es kam, wie es kommen musste. Bereits im Mai 1965 gab der Bevollmächtigte der DDR für die arabischen Staaten, Ernst Scholz, zu Protokoll:

*„Informationen zufolge sollen Waffenlieferungen, die über Youba [eine Stadt im Süden des Sudan] geleitet werden, in großem Umfang abgefangen und südsudanesischen Aufständischen zugeleitet werden.“*<sup>1442</sup>

Auch die ostdeutsche Waffenlieferung sollte ihr Ziel nie erreichen.<sup>1443</sup> So kam es zu einem weiteren

<sup>1438</sup> Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 13. Januar 1965, PA AA, MfAA, A 14593, Fiche 1, S. 23-26.

<sup>1439</sup> Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 5. Januar 1965, BArch, SAPMO, DY 30 / J IV 2/2 / 969. Der Wert wird in der Quelle mit 2,049 Mio. MDN angegeben. Der Wechselkurs lag 1965 bei ca. 1 DM : 3,7 MDN. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 0,55 Mio. DM.

<sup>1440</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Erster Sekretär des Politbüros Ulbricht – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Vorsitzender Stoph (Ministerrat) und Mitglied des Politbüros Honecker – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 14. Dezember 1964, PA AA, MfAA, A 14593, Fiche 1, S. 1-3.

<sup>1441</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 22. Dezember 1964, PA AA, MfAA, A 14593, Fiche 1, S. 4.

<sup>1442</sup> Bevollmächtigter Scholz (Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten) an Stellvertretender Minister Stibi (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 2. Mai 1965, PA AA, MfAA, VS-65, S. 49.

<sup>1443</sup> 3. Sekretär Schmid (Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten) an Bevollmächtigter Kieseewetter (Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten), 2. Juni 1965, PA AA, MfAA, C 790/74, Fiche 1, S. 92-94.

Treppenwitz der deutsch-deutschen Afrikapolitik. Während die Bundesrepublik über ihre Militärhilfe Waffen an die Republik Sudan lieferte, die am Ende in den Händen der 'kommunistischen' Rebellen der Volksrepublik Kongo landen sollten, erreichten die für die 'kommunistischen' Rebellen der Volksrepublik Kongo bestimmten Waffen der DDR nie ihr Ziel, sondern die Stadt Youba im Südsudan, wo sie ebenfalls dringend gebraucht wurden – wenn auch nicht zum Aufbau des Sozialismus, sondern zur Verteidigung des Christentums vor nordsudanesischen Islamisten. Das Politbüro zog seine Konsequenzen. Mit Waffenlieferungen an kongolesische Rebellen hielt es sich fortan zurück.<sup>1444</sup>

Verbunden war die ostdeutsche Waffenlieferung mit einer entsprechenden Schulung von Instruktoren der kongolesischen Rebellenarmee an ostdeutscher Waffentechnik. Bereits im Januar 1965, kurz nachdem sich das Politbüro zum Waffenexport entschieden hatte, war der Präsident der Volksrepublik, Christophe Gbenye, mit einem entsprechenden Gesuch an den Bevollmächtigten der DDR für die arabischen Staaten, Ernst Scholz, herangetreten. Scholz berichtete dem ostdeutschen Außenministerium von einem Gespräch, dass er mit Vertretern der Volksrepublik über eine anstehende Reise Gbenyes in die DDR geführt hatte:

*„Bei seiner [, Christophe Gbenyes,] Anwesenheit in der DDR soll auch besprochen werden, wie den kongolesischen Kämpfern die vorgesehene notwendige Ausbildung gegeben werden kann. [...] Präsident Gbenye bat darum, daß in der nächsten Woche – nach Möglichkeit ebenfalls am Freitag, 5.2., – 5 Militärs in die DDR reisen können, um dort als Instruktoren für den Gebrauch der DDR-Lieferungen ausgebildet zu werden.“*<sup>1445</sup>

Tatsächlich reiste dann, getarnt als Teil einer größeren Delegation Gbenyes,<sup>1446</sup> eine Gruppe kongolesischer Militärexperten in die DDR, wo sie – wohl von März bis Mai 1965 – in einer Kaserne der Nationalen Volksarmee der DDR an ostdeutschen Waffen geschult wurde. Weitere Schulungen, gar Fort- oder Ausbildungen, wollte die DDR aber unbedingt verhindern – nicht zuletzt, da Truppen der Volksrepublik in wachsendem Maße personelle und territoriale Verluste zu beklagen hatten. So erteilte der Stellvertretende Außenminister Wolfgang Kiesewetter dem Leiter der IV. Außereuropäischen Abteilung, Günter Fritsch, die Weisung: *„Gen. Scholz soll Frage Ausbildg. von sich aus nicht forcieren!“*<sup>1447</sup> Ganz kann die Existenz weiterer Schulungen, Aus- und

<sup>1444</sup> Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 13. Januar 1965, PA AA, MfAA, A 14593, Fiche 1, S. 23-26.

<sup>1445</sup> Bevollmächtigter Scholz (Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten) an Stellvertretender Minister Stibi (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 27. Januar 1965, PA AA, MfAA, VS-65, S. 25.

<sup>1446</sup> Berliner an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 28. Mai 1965, PA AA, MfAA, C 796/74, Fiche 1, S. 44.

<sup>1447</sup> Bevollmächtigter Scholz (Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten) an Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 1. Juni 1965, PA AA,

Fortbildungen allerdings auch nicht ausgeschlossen werden. So erkundigte sich im Sommer 1965 General Nicolas Olenga vom Comité, ob die *angekündigten* kongolesischen Militärkader bereits in der DDR eingetroffen seien.<sup>1448</sup> Und noch im Oktober 1965 erreichte das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands eine Bitte des Generalsekretärs des *Conseil Suprême de la Révolution*, Gabriel Yumbu, um Unterstützung bei der kurzfristigen Ausbildung militärischer Kader. Interessanterweise unterbreitete auch der Leiter der ostdeutschen Handelsvertretung in Sambia, Werner Schedlich, dem Stellvertretenden Außenminister, Kiesewetter, noch im Oktober einen Vorschlag für die weitere Aus- und Fortbildung kongolesischer Rebelleneinheiten:

*„Hierbei sollte der Schwerpunkt auf die kurzfristige Ausbildung von politischen und Militärkadern gelegt werden. Dem Ersuchen Yumbus soll stattgegeben werden.“*<sup>1449</sup>

Weder in den ost-, noch in den westdeutschen Akten konnten Belege für eine Schulung, eine Aus- oder Fortbildung, oder auch nur einen weiteren Aufenthalt von Kämpfern der kongolesischen Rebellenbewegung in der DDR gefunden werden. Die eben erwähnte ostdeutsch-kongolesische Verhandlung legt aber nahe, dass sich zwischen 1965 und 1966 nicht lediglich eine, sondern zwei bis drei kongolesische Delegationen in der DDR zur militärischen Fortbildung aufgehalten haben müssen. Mit Sicherheit kann dafür davon ausgegangen werden, dass keine Militärkader der Nationalen Volksarmee der DDR in die Volksrepublik Kongo entsandt wurden. General Olenga und Major Wembo stellten zwar die völlig illusorische Bitte nach 200 technischen und militärischen 'Spezialisten'<sup>1450</sup> und tatsächlich war die DDR bereit, fünf Instrukteure und zwei Rundfunkspezialisten – Letztere zum Aufbau einer direkten Funkverbindung zwischen Stanleyville und Ost-Berlin – ihrer Nationalen Volksarmee zu entsenden.<sup>1451</sup> Aber wieder machte ein Zerfall des Regimes von Stanleyville den verdeckten ostdeutschen Stabilisierungsbemühungen einen Strich durch die Rechnung.

1966 wurde das verdeckte Engagement Ostdeutschlands in der Demokratischen Republik Kongo merklich zurückgefahren. Auch die Mehrzahl der Kontakte zu den noch verbliebenen Rebellen, die sich ins Ausland hatten absetzen können, wurde eingestellt. Lediglich zu einigen Kongolesen, die

---

MfAA, VS-65, S. 62-63, hier S. 62.

<sup>1448</sup> 3. Sekretär Schmid (Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten) an Bevollmächtigter Kiesewetter (Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten), 2. Juni 1965, PA AA, MfAA, C 790/74, Fiche 1, S. 92-94.

<sup>1449</sup> Vertretungsleiter Schedlich (Handelsvertretung in der Republik Sambia) an Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 4. Oktober 1965, PA AA, MfAA, VS-65, S. 98.

<sup>1450</sup> Bevollmächtigter Scholz (Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten) an Stellvertretender Minister Stibi (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 2. Mai 1965, PA AA, MfAA, VS-65, S. 49.

<sup>1451</sup> Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 5. Januar 1965, BArch, SAPMO, DY 30 / J IV 2/2 / 969.

1970 in die Volksdemokratische Republik Jemen flohen und sich dort eine neue Operationsbasis aufbauten,<sup>1452</sup> hielt die DDR, über ihre Vertretung in der Republik Irak, auch weiterhin Kontakt.<sup>1453</sup> Stattdessen setzte man in Ost-Berlin nun wieder auf einen alten Vertrauten: Antoine Gizenga. Nach mehreren Jahren Hausarrest hatte der ehemalige Vertreter Lumumbas und Staatspräsident der Freien Republik Kongo Asyl in der Sowjetunion gefunden. 1967 weilte er einmal wieder in der DDR. Und wieder hatte sein Aufenthalt einen politischen Hintergrund. Die Sowjetunion hatte ihn darin bestärkt, wieder politisch in der Demokratischen Republik Kongo in Erscheinung zu treten. Unterstützt von ostdeutschen Beratern setzte er ein Schreiben an Staatspräsident Mobutu auf, in dem er für die Wiedereinführung einer Mehrparteiendemokratie warb und bat, eine von ihm geleitete Oppositionspartei, die *Parti Lumumbistes Unifiés*, an den kommenden Wahlen zum Nationalparlament teilnehmen zu lassen. Ostdeutsche Berater halfen ihm, das Programm der bereits 1964 von ihm gegründeten Partei an die ostdeutschen Lehren des realen Sozialismus anzupassen.<sup>1454</sup> Eine militärische Schwächung der Zentralregierung war nicht mehr Anliegen der ostdeutschen Kongo-Strategie.

#### e) Zwischenfazit

In der verdeckten Unterstützung der beiden deutschen Staaten spielten geostrategische Interessen die entscheidende Rolle. Ähnlich der Militärhilfe zielte auch die verdeckte Unterstützung hierbei primär auf eine Stabilisierung der bestehenden zentralafrikanischen Regierungen ab. Destabilisierungen bildeten dagegen eher die Ausnahme, denn die Regel.

Innerhalb der zentralafrikanischen Staatenwelt führten die verdeckten Aktivitäten zu einer Verschiebung bestehender Machtgefüge, vereinzelt auch zu einem Auflodern bislang nur schwelender Konfliktherde.

Der BRD unterstützte mit ihren verdeckten Operationen 'den Westen', die zentralafrikanischen Regierungen und den Ausbau ihrer eigenen Einflussphäre. Kontakte zur Opposition wurden darüber hinaus in praktisch jedem zentralafrikanischen Staat gepflegt. Die geographischen Schwerpunkte der westdeutschen verdeckten Aktivitäten lagen in der Demokratischen Republik Kongo und der portugiesischen Überseeprovinz Angola.

Die DDR konzentrierte ihre verdeckten Operationen auf die Unterstützung 'des Ostens' und der

<sup>1452</sup> Zacky (Comité Révolutionnaire de la Front Libération Nationale/Lumumba) an Salem El-Beid (Yemeni Socialist Party), 29. Mai 1970, BArch, SAPMO, DY 30, IV A 2 / 20 / 983.

<sup>1453</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 30, IV A 2 / 20 / 983.

<sup>1454</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 21. Juli 1967, BArch, SAPMO, DY 30, IV A 2 / 20 / 983.

progressiven, sowie sowjetophilen Befreiungs- und Oppositionsbewegungen. Der Ausbau einer eigenen Einflussphäre spielte hierbei eine weniger wichtige Rolle. Auch hier lagen die geographischen Schwerpunkte in der Demokratischen Republik Kongo und Angola.

Die Entscheidung für diese Schwerpunktsetzung hatte im Fall beider deutscher Staaten einen primär ökonomischen Hintergrund. Beide Schwerpunktstaaten verfügten über umfangreiche Im- und Exportmärkte, die der Wirtschaft und dem Handel der beiden deutschen Staaten ein erhebliches ökonomisches Entwicklungspotential versprachen.

Mit der Hebung und Nutzbarmachung dieses ökonomischen Potentials durch die deutsche Außenwirtschaft, den deutschen Außenhandel und die deutschen Finanzinstitute wird sich der nun folgende zweite Teil dieses Kapitels, über die wirtschaftlichen Aktivitäten der beiden deutschen Staaten, beschäftigen.

## **Wirtschaftliche Aktivitäten**

Außenwirtschaft ...

### *a) ... in Afrika*

Kommen wir nun zu den Auslandsaktivitäten der zweiten in dieser Arbeit behandelten Akteursgruppe: den Auslandsaktivitäten der west- und ostdeutschen Wirtschaftsunternehmen, deren Anliegen in der Mehrzahl der Fälle, so die These dieser Arbeit, auch das eigentliche Motiv der deutschen Aktivitäten in Afrika gebildet hat.

Wirtschaftliche Aktivitäten werden von Unternehmen der Außenwirtschaft, sowie von Außenhandels- und Finanzunternehmen bestritten – auf die beiden Letzteren wird in den folgenden zwei Abschnitten noch einzugehen sein.

Unter Außenwirtschaft wird in dieser Arbeit derjenige Bereich der Wirtschaft verstanden, der für sein Bestehen dermaßen auf bestimmte Im- oder Exporte aus und nach dem Ausland angewiesen ist, dass er zwangsläufig in die Volkswirtschaften anderer Staaten hinein expandiert. Es handelte sich also um Wirtschaftsunternehmen, die sich langfristig im Ausland etablieren, die bereit sind, dort Investitionen oder Investitionen ähnelnde Ausgaben zu tätigen.

Im interkontinentalen Vergleich fielen die Aktivitäten der deutschen Außenwirtschaften in Afrika eher bescheiden aus. Der primäre und der sekundäre Sektor der west-, wie der ostdeutschen



Außenwirtschaft waren lediglich an einzelnen pflanzlichen und mineralischen Rohstoffen interessiert. In bescheidenem Umfang konnte sich zudem der tertiäre Sektor der BRD, vor allem im Bereich der Bauwirtschaft, in Afrika etablieren. Außenstellen und Tochterunternehmen privater Ingenieurbüros entstanden, die deutsches Expertenwissen für kurzfristige Studien und langfristige Beratungsprojekte feilboten. Der tertiäre Sektor der DDR zeigte in Afrika hingegen – zumindest bis 1975 – praktisch überhaupt keine Präsenz.

Die Ursachen für diese Zurückhaltung waren vielfältig. Innovationen innerhalb der chemischen Industrie, der stetige Anstieg der weltweit abgebauten Rohstoffe und die Öffnung der internationalen Märkte hatten viele Investitionen, die vor 1945 noch unvermeidlich erschienen waren, nach 1945 obsolet werden lassen. Hinzu kamen Korruption und Rechtsunsicherheit, sowie der Druck zahlreicher afrikanischer Regierungen, nicht rein deutsche Außenstellen oder Tochtergesellschaften, sondern gemischte deutsch-afrikanische Unternehmen zu gründen. Bei den auserkorenen afrikanischen Partnerunternehmen handelte es sich dann meist um illiquide Betriebe, deren einziger Zweck darin bestand, Angehörige der jeweiligen afrikanischen Elite in Führungspositionen der neuen Kooperationsunternehmen zu manövrieren.<sup>1455</sup> Hinzu kamen eine illiberale Handels-, eine nationale Wirtschafts- und eine desaströse Finanzpolitik der afrikanischen Regierungen. Unter diesen Umständen mussten Investitionen der deutschen Außenwirtschaften auf dem afrikanischen Kontinent zwangsläufig eine Ausnahme bleiben. Ganz verzichten wollte sie auf den afrikanischen Markt aber auch nicht. Einen akzeptablen Mittelweg fanden viele deutsche Außenwirtschaftsunternehmen in den sogenannten 'Kompensationsgeschäften', bei denen 'Investoren' von ihren afrikanischen Geschäftspartnern für von ihnen zur Verfügung gestellte langfristige 'Kredite' Zusagen über konkrete, langfristige Rohstofflieferungen erhielten.

Westdeutsche Außenwirtschaftsunternehmen waren spätestens seit Anfang der 1950er Jahre auf dem afrikanischen Kontinent aktiv.<sup>1456</sup> Alte Kolonialgesellschaften des Deutschen Reichs spielten allenfalls am Rande noch eine Rolle.<sup>1457</sup> Die meisten der Unternehmen waren bislang nicht selbst auf den afrikanischen Märkten in Erscheinung getreten. Hauptsächlich ging es ihnen um die Förderung von mineralischen Rohstoffen, da pflanzliche Rohstoffe und ihre chemischen Ersatzstoffe dem westdeutschen Markt zu dieser Zeit in ausreichender Quantität zur Verfügung standen. Daneben bemühte sich die westdeutsche Außenwirtschaft auch um die Förderung und den Abbau von Energieträgern.<sup>1458</sup> Doch setzten größere Investitionen hier erst Ende der 1960er Jahre

<sup>1455</sup> Pollak, Christian: Neue Formen internationaler Unternehmenszusammenarbeit ohne Kapitalbeteiligung. München u.a. 1982, S. 12.

<sup>1456</sup> Bonner-Informationsbrief, 31. Juli 1952, PA AA, AA, B 50, 41.

<sup>1457</sup> Czaya 1964, S. 249.

<sup>1458</sup> Friedländer, Paul: Die Expansion des deutschen Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten unter den Bedingungen des Zerfalls des imperialistischen Kolonialsystems. In: Markov, Walter (Hg.): Kolonialismus und

ein, als sich interessierte westdeutsche Unternehmen zur Deutsche Mineralöl-Transformationsgesellschaft zusammenschlossen<sup>1459</sup> und die Bundesrepublik begann, die Prospektierung und Förderung von Rohöl mit staatlichen Geldern in Höhe von rund 0,6 Mrd. DM zu bezuschussen. In einer Aufzeichnung des Bundeswirtschaftsministeriums vom Sommer 1970 zur Sicherung der westdeutschen Erdölversorgung hieß es hierzu:

*„Die Bundesregierung hat im Jahre 1969 ein Starthilfeprogramm für die in der DEMINEX [Deutsche Mineralöl-Explorationsgesellschaft] zusammengefaßten einheimischen Mineralölgesellschaften entwickelt, das ihnen den Erwerb eigener Rohölgellen ermöglichen soll. Der Bund beteiligt sich an diesem Programm mit Darlehn bzw. Zuschüssen in Höhe von 575 Mio. [DM]; [...]. Die in der DEMINEX zusammengefaßten deutschen Mineralölgesellschaften können ein immer wichtigeres Instrument für die Sicherheit unserer Beziehungen zu den Förderländern werden. Ihre Aktivität sollte in Zukunft vor allem auf diese Aktivität ausgerichtet werden. Dabei ist nicht zu verkennen, daß derartige „nationale Aktivitäten“ von den internationalen Gesellschaften [Shell, BP, etc.] ungern gesehen werden; sie befürchten dadurch eine Beeinträchtigung ihrer Führungsrolle.“<sup>1460</sup>*

Die selbe Entwicklung nahm der westdeutsche Uranerzabbau in Afrika. Auch hier schlossen sich Ende der 1960er Jahre die führenden Förderunternehmen zusammen: zur Uran-Gesellschaft, zur Uranerzbergbau-Gesellschaft und zum Konsortium Krupp-Saarbergwerke Preussag.<sup>1461</sup> Auch sie wurden fortan bei ihren Prospektierungen von staatlicher Seite gefördert. Dabei war die Energieträgerkrise von 1973 zu dieser Zeit noch weit entfernt. Doch nicht nur der primäre, auch der sekundäre Sektor Westdeutschlands begann Ende der 1960er Jahre auf dem afrikanischen Kontinent Investitionen zu tätigen.<sup>1462</sup> In der Folge zog die westdeutsche Einfuhr afrikanischer Halbfertigwaren merklich an<sup>1463</sup> – eben, da es sich mehrheitlich um Waren westdeutschen Ursprungs handelte, die, nach kurzer Weiterverarbeitung in Afrika, zur Entfertigung in die Bundesrepublik exportiert wurden.

Im Vergleich hierzu fiel das Engagement der ostdeutschen Außenwirtschaft mehr als bescheiden aus. Bis 1975 trat die ostdeutsche Außenwirtschaft praktisch überhaupt nicht in Afrika in Erscheinung. Die chemische Industrie der DDR und der ostdeutsche Außenhandel scheinen den Bedarf des ostdeutschen Marktes an pflanzlichen und mineralischen Rohstoffen vollauf befriedigt

---

Neokolonialismus in Nordafrika und Nahost. Berlin 1964, S. 375-451, hier S. 400.

<sup>1459</sup> Referatsleiter Bismarck-Osten – Referat Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik (Auswärtiges Amt) an alle diplomatischen Vertretungen der BRD, 4. März 1970, PA AA, AA, B 52, 357.

<sup>1460</sup> Bundesministerium für Wirtschaft an Auswärtiges Amt, o.T. Juni 1970, PA AA, AA, B 52, 356.

<sup>1461</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 35, 369.

<sup>1462</sup> Dolmetscher Iwohn an Auswärtiges Amt, 4. Juli 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108376.

<sup>1463</sup> Dicke, Hugo: Beschäftigungswirkungen einer verstärkten Arbeitsteilung zwischen der Bundesrepublik und den Entwicklungsländern. Tübingen 1976, S. 11.

zu haben. Erst 1979, mit einer Afrikareise des Sekretärs für Wirtschaftsfragen im Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Günter Mittag, gab die ostdeutsche Außenwirtschaft ihre bislang geübte Zurückhaltung auf. Fortan überließen ostdeutsche Außenwirtschaftsbetriebe nicht mehr den Handelsbetrieben der DDR das Feld, sondern griffen selbst aktiv in die Erkundung und Erschließung afrikanischer Rohstoffe ein,<sup>1464</sup> um ihren Bedarf zu befriedigen.

#### *b) ... in Zentralafrika*

Der zentralafrikanische Schwerpunkt außenwirtschaftlicher Bemühungen westdeutscher Unternehmen – ostdeutsche Unternehmen waren, wie schon erwähnt, in Afrika nicht auszumachen – lag auf der Demokratischen Republik Kongo und Angola. Ausschlaggebend waren hierbei die reichen mineralischen Rohstoffvorkommen der beiden Länder.

In den Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas verteilte sich das westdeutsche Engagement sehr ungleichmäßig. Am schlechtesten schnitten, aufgrund ihrer Binnenlage und den damit verbundenen hohen Transportkosten, die Republik Tschad und die Zentralafrikanische Republik ab. Im Tschad trat die westdeutsche Außenwirtschaft, trotz oder vielleicht auch gerade aufgrund der reichen Erdöl- und Uranerzvorkommen, an denen französische Unternehmen, aber auch solche der Vereinigten Staaten, erhebliches Interesse zeigten, überhaupt nicht in Erscheinung.<sup>1465</sup> In der Zentralafrikanischen Republik bestand allenfalls ein begrenztes Engagement in der Diamantförderung. Ein amerikanisch-zentralafrikanisches Diamantförderunternehmen, der *Comptoir National du Diamant*, war, um den Aufbau- und Unterhaltungskosten einer von Staatspräsident David Dacko geforderten Diamantschleiferei zu entgehen, eine begrenzte Zusammenarbeit mit einem deutschen Diamantverarbeitungsbetrieb, der Firma Hahn & Söhne, eingegangen<sup>1466</sup> – vornehmlich, um die bereits erwähnte westdeutsche Entwicklungshilfe für das Projekt in Anspruch nehmen zu können. In einer Vorlage für den Interministeriellen Referentenausschuß für Technische Hilfe hieß es hierzu:

*„Die Diamantschleiferei, an die die deutschen Fachkräfte entsandt werden sollen, wurde im Jahre 1964 auf Initiative des früheren Staatspräsidenten [David] Dacko gegründet. Ihr Träger ist das Comptoir National du Diamant (Taillerie Nationale), dessen Kapital zu je 50% von der zentralafrikanischen*

<sup>1464</sup> Inoffizieller Mitarbeiter Henry (Ministerium für Staatssicherheit) an Offizieller Mitarbeiter Höfner (Ministerium für Staatssicherheit), 10. März 1979, BStU, MfS, HA XVIII, Nr. 8639, S. 56-58.

<sup>1465</sup> Botschaft in der Republik Tschad an Auswärtiges Amt, 4. Dezember 1969, PA AA, AA, B 68, 757. / Auswärtiges Amt an Botschaft in der Republik Tschad, 5. Oktober 1970, PA AA, AA, B 68, 1068.

<sup>1466</sup> Heipertz (Bundesministerium für Wirtschaft) an Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik, 29. Juli 1966, PA AA, AA, B 68, 422.

*Regierung und der amerikanischen Firma Diamond Distributors Inc. aufgebracht wurde. Die Diamond Distributors Inc., die nicht nur Rohdiamanten ankauft, sondern auch zwei Diamantenminen im Lande betreibt, hat sich nur deshalb zu einer Beteiligung am Comptoir bereit erklärt, weil sie ohne dieses Zugeständnis von der zentralafrikanischen Regierung nicht die Konzession für die Ausbeutung der Diamantenvorkommen und den freien Diamantenexport erhalten hätte. [...] Die in der ZAR [Zentralafrikanischen Republik] geförderten Diamanten sollen an Ort und Stelle geteilt, gerieben und bis zum 8-Facetten-Schliff bearbeitet werden und in Deutschland den abschließenden 57-Facetten-Schliff erhalten. Die Firma Hahn & Söhne, die mit der fachlichen Beratung und Überwachung des Ausbildungsprojekts betraut werden soll, wickelt schon Geschäfte auf dieser Basis ab.“<sup>1467</sup>*

Weniger Erfolg zeitigte die westdeutsche Wirtschaftshilfe zur Einbindung der westdeutschen Außenwirtschaft in den zentralafrikanischen Holzeinschlag. Den westdeutschen Holzunternehmen scheinen die Transportkosten letztlich zu hoch gewesen zu sein.<sup>1468</sup>

Stärker war die westdeutsche Außenwirtschaft in der Republik Kongo aktiv. Westdeutsche Holzunternehmen unterhielten die kongolesischen Einschlags- und Verarbeitungsbetriebe *Congolaise Industrielle des Bois*, *Société Congolaise de Bois*,<sup>1469</sup> *Industrie du Bois du Congo*<sup>1470</sup> und *Société des Placages du Congo*.<sup>1471</sup> Auch auf dem sekundären Sektor war die bundesdeutsche Außenwirtschaft tätig. Ein westdeutscher Unternehmer besaß Anteile am Nahrungsmittelproduzenten *Société Congolaise Agro-Industrielle*.<sup>1472</sup> Am stärksten zeigte sich das Engagement der Außenwirtschaft aber in Gabun. Westdeutsche Holzunternehmen betrieben die Einschlags- und Verarbeitungsbetriebe *André Gallais*,<sup>1473</sup> *Les Placages Gabonais*,<sup>1474</sup> *Société Industrielle des Bois Africains*<sup>1475</sup> und *FORESTAV*.<sup>1476</sup> Im Bereich der Energieträger beteiligte sich die Deutsche Mineralöl-Explorationsgesellschaft an der *Société des pétroles d’Afrique Équatoriale* und damit an der Erdölförderung vor der Küste Gabuns.<sup>1477</sup> Und auf dem sekundären Sektor errichtete eine deutsch-französisch-gabunische Gesellschaftergruppe 1970 die Baumwollspinnerei

<sup>1467</sup> Auswärtiges Amt an Interministerieller Referentenausschuß für Technische Hilfe, 1. Juli 1966, PA AA, AA, B 68 422.

<sup>1468</sup> Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik an Auswärtiges Amt, 17. April 1969, PA AA, AA, B 68, 759.

<sup>1469</sup> Botschaft in der Volksrepublik Kongo an Auswärtiges Amt, 20. April 1970, PA AA, AA, B 34, 785.

<sup>1470</sup> Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 8. April 1972, PA AA, MfAA, C 919/74, Fiche 1, S. 22-28.

<sup>1471</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Kongolesischen Republik) an Auswärtiges Amt, 3. Juli 1964, PA AA, AA, B 68, 312.

<sup>1472</sup> 3. Sekretär Schneider (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Auslandsinformationen (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Zentrum für Information und Dokumentation (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 8. Dezember 1970, PA AA, MfAA, C 1099/77, Fiche 1, S. 7-9.

<sup>1473</sup> Botschafter Bammer (Botschaft in der Gabunischen Republik) an Auswärtiges Amt, 14. Oktober 1964, PA AA, AA, B 68, 308.

<sup>1474</sup> Weigl (Botschaft in der Gabunischen Republik) an Auswärtiges Amt, 16. September 1970, PA AA, AA, B 34, 875.

<sup>1475</sup> Botschaft in der Gabunischen Republik an Auswärtiges Amt, 25. April 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102941.

<sup>1476</sup> Jochum – Referat Nord- und Westafrika (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 13. Februar 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102961.

<sup>1477</sup> Weigl (Botschaft in der Gabunischen Republik) an Auswärtiges Amt, 10. Juni 1969, PA AA, AA, B 68, 1007.

*Société Textile du Gabon*, deren Produktion mehrheitlich auf den westdeutschen Abnahmemarkt zugeschnitten war.<sup>1478</sup>

Auch in Kamerun waren westdeutsche Holzunternehmen aktiv. Über die Betriebe *Société Grumes et Placages*,<sup>1479</sup> *Société Nationale du Cameroun Bois*<sup>1480</sup> und einen weiteren, namentlich nicht genannten Betrieb<sup>1481</sup> beteiligten sie sich am Einschlag und der Verarbeitung von Holz. Außerdem betrieb ein westdeutsches Unternehmen Tabakplantagen.<sup>1482</sup> Auf dem sekundären Sektor errichteten und betrieben bundesdeutsche Unternehmen eine Sackfabrik<sup>1483</sup> und möglicherweise auch eine Munitionsfabrik.<sup>1484</sup> Auf dem tertiären Sektor war schließlich die westdeutsche Tourismusbranche an Kamerun – als ehemaliger deutscher Kolonie – interessiert. Ende der 1960er Jahre setzte über den Reiseanbieter Quelle ein Tourismusverkehr von der Bundesrepublik nach Kamerun<sup>1485</sup> und über den Reiseanbieter Pan-Europa von Kamerun in die Bundesrepublik ein, der dann 1975 sogar noch um eine westdeutsche Beteiligung am halbstaatlichen kamerunischen Touristikunternehmen *Société Camerounaise de Tourisme* erweitert werden konnte.<sup>1486</sup> Die westdeutsche Botschaft in Kamerun war über den wachsenden gesellschaftlichen Austausch sehr zufrieden und plante bereits, ihn zu einem festen Bestandteil ihrer Kulturarbeit zu machen. 1969 berichtete der westdeutsche Botschafter in Kamerun, Hans-Gero Lindeiner-Wildau, hierzu dem Auswärtigen Amt:

*„Am 27. Juli 1969 kehrte die letzte von drei kamerunischen Touristengruppen aus Deutschland zurück. Dieser Gegentourismus zeitigte sehr erfreuliche Wirkungen für unsere Stellung zu Kamerun. Es sollte erwogen werden, dem deutschen Touristen-Unternehmen 'Pan-Europa', München, Bundesmittel zur Verbilligung von Berlinreisen der kamerunischen Touristen zur Verfügung zu stellen. Der deutsche Handel hätte gute Gelegenheit, mit seinen Waren, vor allem aus dem Sommerschlußverkauf, in Kamerun mit den teureren und (angeblich) geringwertigen französischen Waren zu konkurrieren. Mit weiterem Ausbau des Tourismus in beiden Richtungen wäre erheblicher politischer Nutzen zu erzielen. [...] Die Begeisterung der aus Deutschland Zurückgekehrten ist so groß, daß sie nahezu politisches Gewicht erlangt.“*<sup>1487</sup>

<sup>1478</sup> Steinbach (Botschaft in der Gabunischen Republik) an Auswärtiges Amt, 27. Mai 1970, PA AA, AA, B 68, 1007.

<sup>1479</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun an Auswärtiges Amt, 1. Juli 1964, PA AA, AA, B 68, 196.

<sup>1480</sup> Introp Tropenholz an Auswärtiges Amt, 5. Februar 1976, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108278.

<sup>1481</sup> Botschafter Fischer (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Referat West- und Zentralafrika (Auswärtiges Amt) und Bundesministerium für Wirtschaft und Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, 16. Dezember 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102962.

<sup>1482</sup> Botschafter Döring (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 29. November 1963, PA AA, AA, B 68, 289.

<sup>1483</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun an Auswärtiges Amt, 11. Mai 1966, PA AA, AA, B 68, 347.

<sup>1484</sup> Botschafter Lindeiner-Wildau (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 10. April 1968, PA AA, AA, B 68, 523.

<sup>1485</sup> Pallasch (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 28. September 1967, PA AA, AA, B 68, 523.

<sup>1486</sup> Botschaft in der Vereinigten Republik Kamerun an Auswärtiges Amt, 1. Februar 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108278.

<sup>1487</sup> Botschafter Lindeiner-Wildau (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 1. August 1969,

Das stärkste Engagement zeigte die westdeutsche Außenwirtschaft jedoch nicht in der einstmaligen deutschen Kolonie, sondern in Angola – auf das im folgenden Unterabschnitt noch einzugehen sein wird – und der Demokratischen Republik Kongo. Dort betrieben auf dem primären Sektor die Pharmaproduzenten Buchler & Co. über die *Bukina*<sup>1488</sup> und C. F. Boehringer & Söhne über die *Pharmakina* Plantagen für den Anbau von Chinarinde.<sup>1489</sup> Letztere unterhielt auch Teeplantagen<sup>1490</sup> und eine Fabrik zu dessen Weiterverarbeitung.<sup>1491</sup> Auch Bayer finanzierte in den Anbau von pflanzlichen Rohstoffen – wohl ebenfalls von Chinin – für seine Arzneimittelproduktion.<sup>1492</sup> Holzunternehmen wurden im Kongo erst spät aktiv. 1972 gründete das Unternehmen Danzer die *Danzer-Zaïre*, erwarb Einschlagskonzessionen, baute drei Rundholz-Verarbeitungsbetriebe, ein Säge-, Hobel- und Furnierwerk, sowie Zubringerstraßen und Hafenanlagen für den Holzexport.<sup>1493</sup> Zurückhaltung übten westdeutsche Außenwirtschaftsunternehmen im Kongo dagegen interessanterweise bei Investitionen in den Abbau mineralischer Rohstoffe. Dafür waren sie umso mehr auf dem sekundären Sektor aktiv. Im Bereich der Weiterverarbeitung pflanzlicher Rohstoffe beteiligten sich die Harburger Ölwerke an der *Presse Elbe Mayumbe*,<sup>1494</sup> bundesdeutsche Unternehmen an der westdeutsch-zaïrischen Speiseöl- und Seifenfabrik *Combinat Industriel de Gemena*<sup>1495</sup> und der Brauereigesellschaft *Société des Brasseries de Bandundu*,<sup>1496</sup> sowie Henninger International und Klöckner Industrieanlagen an der westdeutsch-zaïrischen Brauerei und Mälzerei *Société Industrielle Germano-Zaïroise des Boissons*.<sup>1497</sup> Im Bereich der Weiterverarbeitung mineralischer Rohstoffe waren westdeutsche Unternehmen an der Aluminiumfabrik *Congo Métal*

---

PA AA, AA, B 34, 814.

<sup>1488</sup> Buchler an Botschaft in der Bundesrepublik Kongo, 30. Juni 1964, PA AA, AA, B 68, 290 a.

<sup>1489</sup> Engelhorn (C. F. Boehringer & Söhne) und Köbner (C. F. Boehringer & Söhne) an Botschaft in der Bundesrepublik Kongo, 31. Oktober 1962, PA AA, AA, B 68, 200.

<sup>1490</sup> Nagel (Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 12. Oktober 1965, PA AA, AA, B 68, 439.

<sup>1491</sup> Lohse (Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 14. Juni 1969, PA AA, AA, B 68, 775.

<sup>1492</sup> Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 22. Juli 1972, PA AA, MfAA, C 6252, Fiche 1, S. 16-47.

<sup>1493</sup> Botschaft in der Republik Zaïre an Referat Afrika südlich der Sahara [Abteilung für Handelspolitik, Entwicklungspolitik und Europäische wirtschaftliche Integration] (Auswärtiges Amt), 27. November 1972, PA AA, AA, B 68, 1043.

<sup>1494</sup> Harburger Ölwerke Brinckmann & Mergell an Auswärtiges Amt, 8. Mai 1963, PA AA, AA, B 68, 156.

<sup>1495</sup> Brückner (Botschaft in der Republik Zaïre) an Referat Afrika südlich der Sahara [Abteilung für Handelspolitik, Entwicklungspolitik und Europäische wirtschaftliche Integration] (Auswärtiges Amt), 8. Oktober 1972, PA AA, AA, B 68, 1043.

<sup>1496</sup> Botschafter Döring (Botschaft in der Republik Zaïre) an Referat West- und Zentralafrika (Auswärtiges Amt), 4. Dezember 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103052.

<sup>1497</sup> Brückner (Botschaft in der Republik Zaïre) an Referat Afrika südlich der Sahara [Abteilung für Handelspolitik, Entwicklungspolitik und Europäische wirtschaftliche Integration] (Auswärtiges Amt), 23. Mai 1972, PA AA, AA, B 68, 1043.

*Industrie* in Basoko<sup>1498</sup> und ein deutsch-italienisches Konsortium<sup>1499</sup> an einem Stahl- und Walzwerk bei Maluku beteiligt.<sup>1500</sup> Im Bereich der Bauindustrie betrieb ein westdeutsches Unternehmen die Firma *Carrières des Kasangulu et Extensions*,<sup>1501</sup> Stewering und Söhne die Schotterproduktion *Stewering-Zaïre*<sup>1502</sup> und Klöckner Industrieanlagen, gemeinsam mit einem kongolesischen Unternehmen, eine Zementfabrik bei Kimpese.<sup>1503</sup> Um die Importkontingentierung Zaïres zu umgehen, errichteten westdeutsche Außenwirtschaftsunternehmen zudem Produktionsstätten zur Endverarbeitung westdeutscher Halbfertigwaren. So schufen Klöckner-Moeller den Elektronikbetrieb *Klöckner-Moeller Zaïre*<sup>1504</sup> und Daimler-Benz,<sup>1505</sup> gemeinsam mit *Deutz-Congo*,<sup>1506</sup> zwei Automontagewerke. Der größte Teil dieses Engagements der westdeutschen Außenwirtschaft erfolgte ab 1970 – zu einer Zeit also, als Rohstoffe knapp und Kredite günstig waren. Ein Umstand, auf den im Exkurs dieses Bereichs der Arbeit noch einzugehen sein wird. Ihren Höhepunkt erreichten die Aktivitäten der westdeutschen Außenwirtschaft 1974, mit der Gründung des internationalen Konsortiums *Association Internationale de l'Industrialisation du Nord-Est du Zaïre*. Westdeutsche Unternehmen waren so zahlreich in ihm vertreten,<sup>1507</sup> dass dessen Leitung problemlos in die Hände des westdeutschen Unternehmens Klöckner-Humboldt-Deutz gelegt werden konnte. Offizielles Ziel des Konsortiums war die industrielle Erschließung Nordostzaïres.<sup>1508</sup> Inoffiziell ging es jedoch um ganz etwas anderes. Das tatsächliche Motiv aller Beteiligten war die Aussicht auf einen gesicherten, langfristigen Bezug von Kupfer-, Mangan-, Wolframit-, Zink- und Bleierzen.<sup>1509</sup> Das Projekt sah, verteilt über zehn Jahre, Gesamtinvestitionen

<sup>1498</sup> Krumpholz – Referat I B 6 (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) an Interministerieller Ausschuss für Entwicklungspolitik, 17. Januar 1964, PA AA, AA, B 68, 290 a.

<sup>1499</sup> Paschke (Botschaft in der Republik Zaïre) an Auswärtiges Amt, 18. September 1971, PA AA, AA, B 68, 885.

<sup>1500</sup> D'Hondt - Referat I B 3 (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) an Auswärtiges Amt, 26. Juli 1971, PA AA, AA, B 68, 1046.

<sup>1501</sup> Heipertz – Referat Afrika südlich der Sahara [Abteilung für Handelspolitik, Entwicklungspolitik und Europäische wirtschaftliche Integration] (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo, 29. April 1966, PA AA, AA, B 68, 439.

<sup>1502</sup> Wachter (Botschaft in der Republik Zaïre) an Auswärtiges Amt und Bundesministerium für Wirtschaft und Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, 15. August 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103050.

<sup>1503</sup> Neumann (Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo) an Auswärtiges Amt und Bundesministerium für Wirtschaft und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 12. Juni 1970, PA AA, AA, B 68, 775.

<sup>1504</sup> Klöckner-Moeller an Referat West- und Zentralafrika (Auswärtiges Amt), 18. Juli 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103052.

<sup>1505</sup> Brenken (Verband der deutschen Automobilindustrie) und Schriever (Verband der deutschen Automobilindustrie) an Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, 19. November 1971, PA AA, AA, B 68, 885.

<sup>1506</sup> Heipertz (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo, 27. April 1966, PA AA, AA, B 68, 439.

<sup>1507</sup> Müller (Botschaft in der Republik Zaïre) an Auswärtiges Amt, 5. Februar 1974, PA AA, AA, AV 21107.

<sup>1508</sup> Müller (Botschaft in der Republik Zaïre) an Auswärtiges Amt, 18. Juni 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103051.

<sup>1509</sup> Schlegel (Auswärtiges Amt) an Kremer – Referat Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Erdölpolitik; Außenhandelsförderung, Gewährleistungen im Außenhandel und Kapitalexport; Rüstungsexportkontrolle (Auswärtiges Amt), 3. September 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103052.

des Konsortiums im Umfang von rund 2 Mrd. DM vor. Die Finanzierung des Anteils der beteiligten westdeutschen Unternehmen sollte, so deren Hoffnung, mit Garantien der Bundesrepublik und diese wiederum mit zaïrischen Garantien auf Rohstofflieferungen abgesichert werden. In einem Aide Mémoire, welches das Konsortium Mitte 1975 der Bundesrepublik vorlegte hieß es hierzu:

*„Eine sehr interessante Möglichkeit zur Beschaffung des gesamten benötigten Kapitals ist die weltweite Finanzierung mit Hilfe und Deckung des deutschen Staates durch entsprechende Garantien. Wir sind ueberzeugt, dass dies erreichbar sein muesste, wenn eine Gegendeckung durch langfristige Rohstoff-Lieferverträge erfolgt. Diese Kapitalbeschaffung ist fuer Zaire besonders interessant, da sie neben den Deviseneinnahmen fuer die Rohstofflieferungen zusaetzliche Devisenkredite in grossem Umfange ermoeoglicht, weil die Deutsche Bundesregierung an der Sicherung der Rohstofflieferungen interessiert ist.“*<sup>1510</sup>

Über die hier vorgestellten Aktivitäten der westdeutschen Außenwirtschaft in Zentralafrika hinaus bestanden noch zahlreiche weitere, versteckte Beteiligungen der westdeutschen Außenwirtschaft. Deren gesamtes Ausmaß blieb allerdings selbst den staatlichen Stellen der Bundesrepublik verborgen.<sup>1511</sup> Auch diese Arbeit wird deshalb in dieser Angelegenheit keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben können.

Die Außenwirtschaft der DDR trat, wie schon im letzten Unterabschnitt erwähnt, bis 1975 in Zentralafrika praktisch überhaupt nicht in Erscheinung. Dies hing vor allem mit zwei Umständen zusammen. Zum einen waren ostdeutsche Betriebe weder willens noch fähig, größere finanzielle Risiken im Ausland einzugehen und der ostdeutsche Staat finanziell zu schwach aufgestellt, diese Risiken mit staatlicher Wirtschaftshilfe zu kompensieren. Zum anderen war die ostdeutsche Produktionstechnik auf europäische, nicht aber auf afrikanische Rohstoffe eingestellt. Das Institut für Ökonomie der Entwicklungsländer der Hochschule Bruno Lauschner kam 1973 in einer Studie über die Kompatibilität der Holzindustrie der sozialistischen Staaten mit der kongolesischen Forstwirtschaft zu dem Ergebnis:

*„Die Mitgliedsländer im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe sind technisch und technologisch auf einen Holzeinschlag und die nachfolgenden Bearbeitungsstufen nicht eingerichtet. Die in der UdSSR [Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken] stark entwickelte Technik ist auf Weichhölzer ausgelegt. Beim Holzeinschlag und Abtransport zu den schiffbaren Flüssen oder zur Straße wäre eine Abhängigkeit von vorwiegend westdeutscher Technik gegeben, die bei einem hohen Verschleißgrad eine relativ große Ausgabe in freien Devisen für Ersatzbeschaffung zur Folge hätte. Während der Abtransport auf dem*

<sup>1510</sup> Association Internationale de l'Industrialisation du Nord-Est du Zaïre an Auswärtiges Amt, 3. Juni 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103051.

<sup>1511</sup> Botschaft in der Republik Zaïre an Auswärtiges Amt, 5. August 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103051.



*Flußwege noch realisierbar wäre, würde der Landtransport per Schiene von Brazzaville nach Pointe-Noire besonders in Spitzenbelastungszeiten stets zu Auseinandersetzungen mit den alteingesessenen Holzgesellschaften führen, die zudem ein sehr bewegliches Instrumentarium zur Erlangung von Transportprioritäten anwenden und auch vor Bestechungen des Personals der A.T.C. [Agence Transcongolaise des Communications] nicht zurückschrecken würden, um ihre Transportbedürfnisse zu befriedigen. Wenn nicht, abgestimmt mit allen Ländern im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, eine autarke Produktions- und Transportkette gebildet werden kann, die alle Phasen der Holzproduktion vom Einschlag über den Abtransport zu den schiffbaren Flüssen, Umschlag in Brazzaville und Umschlag in Pointe-Noire umfaßt, dann sollten Erwägungen zur Holzproduktion fallengelassen werden. Nach grober Übersicht für den Bedarf an Edelhölzern für die Mitgliedsländer im RGW [Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe] rechtfertigt der zu erzielende Nutzen nicht den notwendigen Gesamtaufwand.“<sup>1512</sup>*

Allenfalls ostdeutsche Fischereibetriebe könnten hier eine Ausnahme gebildet haben.<sup>1513</sup> Möglicherweise bestanden Stützpunkte der ostdeutschen Fangflotte in der Republik Äquatorialguinea<sup>1514</sup> und der Volksrepublik Kongo.<sup>1515</sup> Belege für diese Vermutung konnten in den eingesehenen Akten allerdings nicht gefunden werden.

#### *c) Von Investitionen und Kompensationen – Westdeutsche Außenwirtschaft in der Republik Angola*

Die portugiesische Überseeprovinz Angola bot der westdeutschen Außenwirtschaft, zumindest zu Beginn der 1950er Jahre, die wohl vielversprechendste Ausgangslage für eine Expansion in den zentralafrikanischen Raum.<sup>1516</sup> Zum einen bestanden auf staatlicher wie gesellschaftlicher Ebene zahlreiche Kontakte zur portugiesischen Elite, was ein gutes Verhältnis zur Provinzverwaltung sicherstellte. Zum anderen lagen die Produktionskosten in Angola auf einem äußerst bescheidenen Niveau, da die Provinzverwaltung einem restriktiven Umgang der Unternehmen mit ihren indigenen Arbeitnehmern relativ aufgeschlossen gegenüberstand – vor allem, nachdem der erste Aufstand der Befreiungsbewegung von 1961 erfolgreich niedergeschlagen worden war. Der westdeutsche Konsul in Luanda, Jürgen Bornemann, sprach von einem System der Zwangsarbeit, welches die portugiesische Regierung in Angola „praktisch offiziell wieder legalisiert“ habe.<sup>1517</sup> In dieser läge,

<sup>1512</sup> Hellmann – Institut Ökonomik der Entwicklungsländer (Hochschule für Ökonomie Bruno Lauschner) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 9. Juni 1973, PA AA, MfAA, C 1412/78, Fiche 1, S. 71-72.

<sup>1513</sup> Zum globalen Fischereiwesen der DDR liegen bislang leider noch keine empirisch umgesetzten Forschungsarbeiten vor.

<sup>1514</sup> 2. Sekretär Kleinhempel (Botschaft in der Republik Äquatorialguinea) an Stellvertretender Minister Willerding (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 9. Mai 1973, PA AA, MfAA, C 1100/78, Fiche 1, S. 26-30.

<sup>1515</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 18. November 1966, PA AA, MfAA, B 230/72, Fiche 1.

<sup>1516</sup> Allardt (Auswärtiges Amt) an alle diplomatischen Vertretungen der BRD, o.T. November 1952, PA AA, AA, B 50, 41.

<sup>1517</sup> Konsul Bornemann (Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola) an Auswärtiges Amt, 7. September

so Bornemann, der ökonomische Standortvorteil der portugiesischen Überseeprovinz. Bewaffnete staatliche<sup>1518</sup> und zivile Kräfte<sup>1519</sup> überwachten die indigenen Arbeiter. Streiks oder gar Aufstände wegen schlechter Arbeitsbedingungen wurden mit Waffengewalt im Keim erstickt. Die auf diesem Wege gesenkten Produktionskosten wurden auch bei der Vergabe von westdeutschen Bundesgarantien berücksichtigt. In seiner Beurteilung der Wirtschaftlichkeit eines Zellulose-Betriebs in Angola, dessen Ausbau mit westdeutscher Ausrüstung über eine Bundesgarantie abgesichert werden sollte, erklärte Konsul Bornemann 1960:

*„In der Preiskalkulation kann jedoch insofern ein großes Risiko liegen, als – falls alle anderen Komponenten berücksichtigt sein sollten – hier offenbar die derzeit sehr tiefen Arbeitslöhne für die nicht-assimilierten Eingeborenen Angolas zu Grunde gelegt worden sind. (im dortigen Raum für freie Arbeiter etwa 1,10 DM pro Tag. [...]) Näheres über die diesbezügliche Planung der Gesellschaft ist nicht bekannt, jedoch muß immer damit gerechnet werden, daß auf Druck von außen hin und insbesondere der UNO [United Nations Organization], die Arbeitsbedingungen der Eingeborenen hier eines Tages überprüft werden könnten und die Bedingungen für eingeborene Arbeiter dann entscheidend geändert würden. Vorläufig hat Portugal erklärt, daß es dem UNO-Beschluß, Auskunft über die Bedingungen und die Lage in den portugiesischen Überseeprovinzen zu verlangen, nicht nachkommen wird.“*<sup>1520</sup>

Ein weiterer Anknüpfungspunkt zur Einleitung von Geschäften bot sich der westdeutschen Außenwirtschaft über die in der portugiesischen Überseeprovinz ansässigen deutschen Pflanzer, Farmer und Händler. Sie bildeten die größte deutsche Kolonie im gesamten zentralafrikanischen Raum. Einige von ihnen hatten es, unterstützt durch verdeckte Kredite des 'Dritten Reiches', nach 1933 zu erheblichem Wohlstand gebracht. In der Beantwortung eines Fragebogens des Auswärtigen Amtes zur Stellung der Deutschen in Angola schrieb der ebenfalls dort ansässige Österreicher, Hubert von Breisky:

*„Die deutschen Staatsangehörigen in Angola stehen zahlenmäßig und auch an Ansehen unter allen Ausländern an erster Stelle. Die Deutschen sind teils Kaufleute in den Städten Luanda, Lobito und Nova Lisboa, zum überwiegenden Teil jedoch Pflanzer im Innern des Landes. Der Großteil der Angola-Deutschen wanderte nach dem ersten Weltkrieg teils aus den früheren deutschen Kolonien, teils aus Deutschland selbst in Angola ein. Manche Pflanzer haben es zu bedeutendem Wohlstand gebracht*

---

1961, PA AA, AA, B 34, 273.

<sup>1518</sup> Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola an Auswärtiges Amt, 31. Oktober 1961, PA AA, AA, B 34, 272.

<sup>1519</sup> Konsul Terfloth (Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola) an Auswärtiges Amt, 15. Februar 1966, PA AA, AA, B 34, 602.

<sup>1520</sup> Konsul Bornemann (Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola) an Auswärtiges Amt und Botschaft in der Portugiesischen Republik, 27. Dezember 1960, PA AA, AA, B 68, 64.

Insgesamt unterhielten diese 'Angola-Deutschen' zehn Sisal-Pflanzungen, fünfunddreißig bis vierzig Kaffee-Plantagen und sechs Handelsunternehmen,<sup>1522</sup> die sich seit 1952 – nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren sie vorübergehend von der portugiesischen Kolonialverwaltung beschlagnahmt worden – wieder voll in deren Besitz befanden.<sup>1523</sup> Da zudem für, aus den Unternehmen erzielte, Gewinne nur eine eingeschränkte Erlaubnis zum Transfer ins Ausland bestand, hatten die Angola-Deutschen diese weitgehend wieder in ihre Besitzungen reinvestiert<sup>1524</sup> oder in den Aufbau kleiner Industrieanlagen zur Weiterverarbeitung ihrer Plantagen-Produktion gesteckt.<sup>1525</sup>

Aufbauend auf diesen Grundlagen konnte sich die westdeutsche Außenwirtschaft den angolanischen Raum zügig erschließen. Schon Mitte der 1960er Jahre waren, laut dem westdeutschen Konsul in Luanda, Klaus Terfloth, einige westdeutsche Außenwirtschaftsunternehmen in Angola in einer „Größenordnung von hundert und mehr Millionen DM engagiert“.<sup>1526</sup> Im Bereich der pflanzlichen Rohstoffproduktion waren die Unifranck Lebensmittelwerke über das portugiesische Lebensmittelunternehmen Torrefacção de Cafés de Portugal an der Companhia Angolana de Agricultura, die für mehr als 80% der angolanischen Kaffeeproduktion verantwortlich war, beteiligt. Die Berman-Opelana-Gruppe unterhielt eigene Sisal-Plantagen.<sup>1527</sup> Westdeutsche Fangflotten betrieben Hochsee- und Küstenfischerei an den Küsten Angolas.<sup>1528</sup> Im Bereich des mineralischen Rohstoffabbaus war – neben dem Eisenerzabbau durch Krupp, auf den gleich noch näher einzugehen sein wird – die Berman-Opelana-Gruppe in den angolanischen Manganerzabbau involviert. Zudem hatten die Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt,<sup>1529</sup> die Uranerzbergbau und die Urangesellschaft schon in den 1960er Jahren erste Prospektionen von Uranerz in Angola

<sup>1521</sup> Breisky an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 34, 17.

<sup>1522</sup> Konsul Soehring (Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola) an Auswärtiges Amt, 18. Februar 1954, PA AA, AA, B 34, 17.

<sup>1523</sup> Smidt an Kaisen, 29. Februar 1952, PA AA, AA, B 34, 17.

<sup>1524</sup> Waldheim (Auswärtiges Amt) an Bundesministerium für Finanzen, Bundesministerium für Wirtschaft, 13. August 1955, PA AA, AA, B 34, 18.

<sup>1525</sup> Konsul Negwer (Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola) an Auswärtiges Amt und Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, 5. September 1962, PA AA, AA, B 68, 63.

<sup>1526</sup> Konsul Terfloth (Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola) an Auswärtiges Amt, 28. Juli 1967, PA AA, AA, B 68, 452.

<sup>1527</sup> Ferreira 1975, S. 36-39. An dieser Stelle sei angemerkt, dass das Auswärtige Amt sämtliche von Eduardo de Sousa Ferreira in seiner Schrift gemachten Angaben intern als haltlos und fehlerhaft zurückweist. Gleichzeitig sei aber auch darauf hingewiesen, dass die Angaben des westdeutschen Konsulats in Luanda Ferreras Schrift nichts desto trotz häufig sehr nahe kommen.

<sup>1528</sup> Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola an Auswärtiges Amt und Botschaft in der Portugiesischen Republik, 18. Februar 1967, PA AA, AA, B 68, 574.

<sup>1529</sup> Ferreira 1975, S. 36.

eingeleitet.<sup>1530</sup> Die Unternehmen wurden in ihren geologischen Erkundungen vom Bundesministerium für Forschung und Wissenschaft verdeckt finanziell unterstützt.<sup>1531</sup> Die Liefersicherheit, die in der portugiesischen Überseeprovinz 'dank der restriktiven portugiesischen Verwaltungshoheit' bestand, hatte in den Bonner Überlegungen, Prospektionen gerade hier zu unterstützen, die entscheidende Rolle gespielt. Das für die westdeutschen Wirtschaftsbeziehungen mit Afrika südlich der Sahara zuständige Referat des Auswärtigen Amtes erklärte noch 1971 in einer Stellungnahme zur Förderwürdigkeit des Uranerzabbaus in Angola:

*„Beteiligungen in Angola und Mosambik sind im gegenwärtigen Zeitpunkt noch günstiger zu beurteilen als in Namibia (Rössing), wo schon heute sehr viel weitergehende VN-Resolutionen [Resolutionen der Vereinten Nationen] jeder Form einer staatlichen deutschen Beteiligung oder gar einer Unterstützung entgegenstehen.“*<sup>1532</sup>

Doch gelang es der Urangesellschaft erst 1970, mit Portugal einen Vertrag über den Abbau von Uranerzen in Angola zu schließen.<sup>1533</sup> Auf dem sekundären Sektor war die westdeutsche Außenwirtschaft zum einen auf dem Gebiet der Nahrungsmittelindustrie tätig. Der westdeutsche Limonaden-Produzent Sinalco unterhielt in Angola ein eigenes Werk. Westdeutsche Außenwirtschaftsunternehmen beteiligten sich am Lebensmittelproduzenten *Sociedade Frigorifico do Sul*, und dem Viehzucht- und Fleischverarbeitungsbetrieb *Sociedade de Carnes de Angola Industrial*. Wie in der Demokratischen Republik Kongo investierten sie zudem auch in den Aufbau von Anlagen zur Endverarbeitung von in der Bundesrepublik vorgefertigten Halbfertigwaren. Westdeutsche Unternehmen beteiligten sich am Aufbau des Elektrobetriebs *Sociedade Angolana de Empreendimentos para o Fornecimento de Energia Eléctrica*,<sup>1534</sup> Continental am Aufbau einer deutsch-schwedischen Automontageanlage,<sup>1535</sup> die Ford-Werke, BMW, Henschel und Hanomag am internationalen Automobilwerk *Sociedade Angolana de Construção e Montagem de Automóveis*.<sup>1536</sup> Schließlich waren westdeutsche Außenwirtschaftsunternehmen auch auf dem chemischen Sektor tätig. Farbwerke Hoechst war direkt mit 40% am angolanischen Chemiebetrieb *Resiquimica de*

<sup>1530</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 4. Dezember 1969, PA AA, AA, B 35, 343.

<sup>1531</sup> Blatzheim (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft) an Referat Außenpolitische Fragen der internationalen technologischen Zusammenarbeit (Auswärtiges Amt), 25. Februar 1970, PA AA, AA, B 68, 794.

<sup>1532</sup> Seldis – Referat Wirtschaftsbeziehungen mit Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Abteilungsleiter Well – Abteilung Politik (Auswärtiges Amt), 8. April 1971, PA AA, AA, B 68, 934.

<sup>1533</sup> Ferreira 1975, S. 35.

<sup>1534</sup> Ebd., S. 38 f.

<sup>1535</sup> Konsul Negwer (Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola) an Auswärtiges Amt und Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, 23. Februar 1962, PA AA, AA, B 68, 63.

<sup>1536</sup> Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola an Auswärtiges Amt und Botschaft in der Portugiesischen Republik und Generalkonsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Mosambik und Bundesministerium für Wirtschaft und Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, 11. Februar 1970, PA AA, AA, B 68, 794.

Angola und indirekt mit 60% über *Resiquimica*, das sich zu 67% im Besitz von *Hoechst Portuguesa* befand, beteiligt. Die *Hoechst Portuguesa* war eine Tochterfirma der Farbwerke Hoechst und zu 100% in ihrem Besitz.<sup>1537</sup> Außerdem war Hoechst, über die *Robbialac Portuguesa*, die zu 93% von Hoechst und *Revertex Holdings* kontrolliert wurde, an *Robbialac Angola* beteiligt. Und schließlich hielt Uhde Anteile am petrochemischen Unternehmen *Sociedade Portuguesa Petroquimica*.<sup>1538</sup>

Die westdeutsche Öffentlichkeit stand der portugiesischen Angola-Politik im Laufe der 1960er Jahre zunehmend kritisch gegenüber. Kritisch wurden von ihr auch die dortigen Aktivitäten der westdeutschen Außenwirtschaft verfolgt. Doch rückte am Ende ausgerechnet ein Unternehmen in den Fokus der westdeutschen Öffentlichkeit, dass gerade *keine* Investition in der portugiesischen Überseeprovinz getätigt hatte: der Krupp Konzern.

Das Unternehmen Krupp hatte Ende der 1950er Jahre ein Kompensationsgeschäft initiiert, um den Auf- und Ausbau der portugiesischen Eisenerzförderung nahe der Städte Cassinga und Cuima zu befördern. Es handelte sich hierbei um eines der zentralen Wirtschaftsprojekte des Landes, dessen Bedeutung für die weitere ökonomische Entwicklung Angolas und den Provinzhaushalt der portugiesischen Verwaltung kaum überschätzt werden kann.<sup>1539</sup> Interesse an der Erschließung der Eisenerze bestand aber nicht nur auf portugiesischer Seite. Auch die westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie hatte ein Auge auf den Import angolanischen Eisenerzes geworfen. In den 1950er Jahren hatte sie begonnen, die 'Dritte Welt' in ihre Rohstoffversorgung mit einzubeziehen. 1960 entstammten bereits über 50% der in der Bundesrepublik verarbeiteten Eisenerze aus den sogenannten 'Entwicklungsländern'.<sup>1540</sup>

Ende der 1950er Jahre hatte sich dem Krupp Konzern die Möglichkeit eröffnet, auch in Angola in dieser Angelegenheit aktiv zu werden. In einem besonders abbauwürdigen Gebiet Angolas, nahe den Städten Cassinga und Cuima, lagen die Rechte auf Prospektion und Förderung von Eisenerzen in den Händen des portugiesischen Unternehmens *Companhia Mineira do Lobito*. Das Unternehmen stand Ende der 1950er Jahre vor einem Problem. Es verfügte zwar über die erforderlichen Rechte, nicht aber über das zum effizienten Abbau der Erze erforderliche Kapital. Die portugiesische Provinzverwaltung drängte auf den Ausbau der Minen. Sie drohte, dem Unternehmen seine Konzessionen zu entziehen, sollte es ihm nicht gelingen, Kapital aufzutreiben, um seine Minen auszubauen und eine Stichbahn zur regionalen Bahnlinie einzurichten, die zum

---

<sup>1537</sup> Ferreira 1975, S. 37.

<sup>1538</sup> Ebd., S. 38 f.

<sup>1539</sup> Konsul Terfloth (Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola) an Auswärtiges Amt, 22. November 1965, PA AA, AA, B 34, 602.

<sup>1540</sup> o.A.: Letzte Schicht. In: Der Spiegel 50 (1961) vom 06.12.61 [aus: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-43367722.html> vom 13.01.2012.].

Exporthafen Mocamedes führte.<sup>1541</sup> Hier sah der Krupp Konzern nun seine Chance, Investitionsgüter zu verkaufen und gleichzeitig mittelfristig – und vergleichsweise kostengünstig – seinen Rohstoffbedarf zu decken. Als Sicherheit für seine Lieferungen – die portugiesische Gesellschaft verfügte nur über begrenzte Barmittel – sollte Krupp die Erze der Minen über mehrere Jahre zu besonders günstigen Konditionen beziehen dürfen. 1959 schlossen Krupp und die Companhia einen Vertrag über die Lieferung von Bergwerksmaschinen und Eisenbahnmaterial im Wert von rund 120 Mio. DM ab.<sup>1542</sup> 1960 stieg dann noch ein dänischer Partner Krupps, die Baufirma *Højgaard & Schultz*, in das Projekt mit ein und erweiterte dessen Umfang auf über 200 Mio. DM.<sup>1543</sup> Die Lieferungen und Leistungen Krupps und *Højgaards* umfassten die Lieferung und Installation von Gruben- und Ausrüstungsmaterial, die Lieferung und den Bau einer Stichbahn, sowie die Lieferung und den Bau eines speziellen Hafens für Eisenerze bei Mocamedes.<sup>1544</sup> Bei der Finanzierung dieses 'Kompensationsgeschäfts' spekulierten Krupp und *Højgaard* auf eine Zwischenfinanzierung über Bürgschaften der westdeutschen Hermes-Versicherungsgesellschaft<sup>1545</sup> und – hierzu hatte man sich *Højgaard ins Boot geholt* – ihres dänischen Pendants.<sup>1546</sup> Nach langen Kabinettsdebatten<sup>1547</sup> gelang es Krupp tatsächlich, eine Hermes-Garantie über 60 Mio. DM und eine weitere Garantie für Fabrikations- und Ausfuhr Risiken über 100 Mio. DM zu erhalten.<sup>1548</sup> Als zweite mittelfristige Zwischenfinanzierung, schließlich würde die Abzahlung über Eisenerzlieferungen einige Jahre – bis 1969 – in Anspruch nehmen, wurden Privatbanken in Anspruch genommen. Auch zwei westdeutsche Bankenkonsortien waren beteiligt. Da deren Kredite hoch verzinst waren, stand die Projektsumme am Ende bei rund 488 Mio. DM.<sup>1549</sup>

Schon vor Krupps Engagement hatte die westdeutsche Eisen- und Stahlindustrie einen Teil ihres Eisenerzes aus Angola bezogen. Von 1957 bis 1962 hatte die westdeutsche Montanindustrie 289.268 t der insgesamt in Angola geförderten 495.099 t Eisenerz importiert und hierfür rund 12

<sup>1541</sup> Funkerbeck (Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola) an Auswärtiges Amt und Botschaft in der Republik Portugal und Bundesministerium für Wirtschaft und Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, 20. November 1958, PA AA, AA, B 68, 66.

<sup>1542</sup> Auswärtiges Amt an Botschaft in der Portugiesischen Republik und Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola, 17. Oktober 1960, PA AA, AA, B 68, 64. Hermann Pössinger hat dieses Kompensationsgeschäft als eine 'Investition' Krupps fehlgedeutet (Pössinger, Hermann: Angola als Wirtschaftspartner. Köln 1966, S. 41.).

<sup>1543</sup> Krupp an Auswärtiges Amt, 22. September 1961, PA AA, AA, B 68, 64.

<sup>1544</sup> Konsul Terfloth (Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola) an Auswärtiges Amt und Bundesministerium für Wirtschaft und Botschaft in der Republik Portugal und Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, 14. März 1966, PA AA, AA, B 68, 452.

<sup>1545</sup> Krupp an Auswärtiges Amt, 22. September 1961, PA AA, AA, B 68, 64.

<sup>1546</sup> Referatsleiter Bottler – Referat Außenhandelsförderung (Auswärtiges Amt) an Referat Schweiz, Österreich, Iberische Halbinsel, östliche Mittelmeerländer (Auswärtiges Amt), 19. Juli 1961, PA AA, AA, B 68, 64.

<sup>1547</sup> Abteilungsleiter Harkort – Abteilung Handelspolitik (Auswärtiges Amt) an Referat Außenhandelsförderung (Auswärtiges Amt), 21. Juni 1961, PA AA, AA, B 68, 64.

<sup>1548</sup> Vertreter Lück (Krupp) an Minister Schröder (Auswärtiges Amt), 23. März 1966, PA AA, AA, B 68, 452.

<sup>1549</sup> Ferreira 1975, S. 37-42.

Mio. DM gezahlt. Westdeutsche Unternehmer waren der größten Abnehmer von angolanischem Eisenerz.<sup>1550</sup> Dank der 'Unterstützung' Krupps für die Companhia rechnete das westdeutsche Konsulat in Luanda bereits für 1964 mit einer Steigerung der angolanischen Eisenerzförderung auf 2 Mio. Jahrestonnen, von denen ein großer Teil erneut der westdeutschen Montanindustrie zufallen würde.<sup>1551</sup>

Der 1961 einsetzende Kolonialkrieg konnte die Zunahme der angolanischen Eisenerzexporte in die Bundesrepublik zumindest nicht belasten. Zur Sicherung des Abbaus gründete die Companhia einen eigenen Sicherheitsdienst, der den Betrieb vor aufrührerischen Arbeitern, marodierenden Banden und Befreiungsbewegungen schützen sollte. Dieser bestand vornehmlich aus ehemaligen portugiesischen Soldaten, zu denen der westdeutsche Konsul in Luanda, Jürgen Bornemann, 1961 in Zusammenhang mit den landesweiten Unruhen der angolanischen Bevölkerung ausführte:

*„Die portugiesische Minengesellschaft 'Companhia Mineira do Lobito' hat gediente Soldaten und Fallschirmjäger angeworben und eine private Sicherheitsgruppe gegründet, die die Eisenerzmine von Cuima bewachen sollen. Nach Eintreffen dieser bewaffneten Miliztruppe führten, wie das Konsulat erfährt, die dort beschäftigten Arbeitseinheiten der Eingeborenen einen Sitzstreik durch und erklärten, nicht unter bewaffneter Bewachung arbeiten zu wollen. Nähere Informationen hierüber waren nicht zu erhalten.“*<sup>1552</sup>

In der afrikanischen wie östlichen – auch der ostdeutschen – Presse wurde der Sicherheitsdienst nicht nur als portugiesisches Unterdrückungsinstrument, sondern auch als private „Söldnerarmee“ Krupps aufgeführt. Als Beleg dienten ihnen Stellungnahmen der angolanischen Befreiungsbewegungen. Der Krupp Konzern und die westdeutschen staatlichen Stellen wiesen die Anschuldigungen vehement zurück.<sup>1553</sup> Sie argumentierten, dass Krupp nie eine offizielle Geschäftsverbindung, nie ein Investitionsgeschäft, mit der Companhia eingegangen war. Bei den angolanischen Befreiungsbewegungen riefen diese Dementis nicht mehr als ein müdes Lächeln hervor. Doch erklärten sie sich schließlich zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts bereit. 1967 hielt das Auswärtige Amt in einem Bericht fest:

---

<sup>1550</sup> Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola an Auswärtiges Amt und Botschaft in der Portugiesischen Republik und Bundesministerium für Wirtschaft, 24. Mai 1962, PA AA, AA, B 68, 64.

<sup>1551</sup> Konsul Negwer (Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola) an Auswärtiges Amt und Botschaft in der Portugiesischen Republik und Bundesministerium für Wirtschaft, 9. April 1962, PA AA, AA, B 68, 64.

<sup>1552</sup> Konsul Bornemann (Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola) an Auswärtiges Amt, 27. April 1961, PA AA, AA, B 34, 271.

<sup>1553</sup> Krupp an Referatsleiter Posadowsky-Wehner – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 24. November 1967, PA AA, AA, B 34, 714. ; Referatsleiter Posadowsky-Wehner – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola, 1. Dezember 1967, PA AA, AA, B 34, 714.

*„Auf nochmaligen Anruf sagt Herr von Sengbusch, dass die Abgaben im Schreiben von Herrn Lück [Vertreter des Krupp Konzerns in Bonn] vom 24.11.1967 authentisch seien. Danach unterhalte Krupp in Angola keinen Werkschutz. Aufgrund des Stillhalteabkommens mit den Partisanen bestehe kein Anlass für eine Schutztruppe. Wenn die Lage noch einmal bedrohlich werde, dann sei es Aufgabe der lokalen Polizei, einzugreifen.“<sup>1554</sup>*

Höchstwahrscheinlich hatte sich die Companhia entschieden, Schutzgeld an die Befreiungsbewegungen abzuführen. Erneute Klagen über ausländische Söldner hatte das Unternehmen fortan nicht mehr zu fürchten.

Abseits einiger medienwirksamer Denunzierungen hatten die Befreiungsbewegungen dem weiteren Ausbau der Eisenerzexporte in die Bundesrepublik aber – wie gesagt – ohnehin nicht viel anhaben können. Bis in die 1970er Jahre hinein konnte er ungebremsst fortgesetzt werden.<sup>1555</sup> Erst der Ausbruch der Angola-Krise, die Intervention der Armee der Republik Südafrika und deren Vormarsch auf den Raum Cassinga führten 1976 zur Zerstörung der Eisenerzförderanlagen, wodurch die Lieferungen in die Bundesrepublik ein Ende fanden<sup>1556</sup> – wenn auch nur ein vorübergehendes.

#### *d) Konkurrenzdruck nicht gewachsen – Ostdeutsche Außenwirtschaft in der Zentralafrikanischen Republik*

In der zentralafrikanischen Republik konzentrierte sich das Interesse ostdeutscher Außenwirtschaftsunternehmen auf Rohhölzer und Rohdiamanten. Doch wurde nur im Fall Letzterer ein reales Engagement eingeleitet. Diamanten waren in der Zentralafrikanischen Republik schon zu Beginn des 20. Jahrhundert gefördert worden. Größere Diamantfelder befanden sich zum einen bei Berbérati und in Yalinga, zum anderen bei Boda-Carnot.<sup>1557</sup> Zur Finanzierung des Staatshaushalts waren sie unentbehrlich. Die zentralafrikanische Regierung erzielte Einnahmen aus der Vergabe von Konzessionen zur Unterhaltung von Feldern, Ankauf- und Exportbüros, sowie durch den Einzug von Zöllen und Abgaben. Seit 1963 belegten Rohdiamanten in den Handelsstatistiken der zentralafrikanischen Republik den ersten Platz. Ihr Anteil an den Gesamtexporten des Landes stieg von 20,5% im Jahr 1962<sup>1558</sup> auf 61% im Jahr 1967.<sup>1559</sup>

<sup>1554</sup> Auswärtiges Amt an Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) und Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 19. Dezember 1967, PA AA, AA, B 34, 714.

<sup>1555</sup> Auswärtiges Amt an Referat Ost- und Südafrika (Auswärtiges Amt), 30. Mai 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102568.

<sup>1556</sup> Walther (HK Benguela) an Auswärtiges Amt, 7. Mai 1976, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108166.

<sup>1557</sup> La Documentation Française (2733), 19. Dezember 1960, PA AA, AA, B 68, 85.

<sup>1558</sup> Volkswirtschaftliche Abteilung (Kreditanstalt für Wiederaufbau) an Auswärtiges Amt, 26. September 1966, PA AA, AA, B 68, 664.

<sup>1559</sup> Theierl (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) an Auswärtiges Amt und



Förderung, Ankauf und Vertrieb der Diamanten erfolgte zunächst privat, über amerikanische und israelische Unternehmen, sowie über zentralafrikanische Privatschürfer. Mit der Unabhängigkeit war es Bürgern der Zentralafrikanischen Republik gestattet worden, sich privat in der Diamantförderung zu betätigen. 1961 waren sie für 2/3 der jährlich geförderten 90.000 Karat Diamanten verantwortlich. 1963 betrug ihr Anteil, bei einer mittlerweile erreichten jährlichen Fördermenge von 402.500 Karat immer noch knapp 50%.<sup>1560</sup> Doch nicht eine Liberalisierung sondern eine Nationalisierung von Förderung, Produktion und Vertrieb der Diamanten schwebte der zentralafrikanischen Regierung vor Augen. 1962 hatten die Zentralafrikanische Republik und Israel ein Abkommen zur Gründung einer gemischten Diamantfördergesellschaft geschlossen. Der gesamte Vertrieb der in der Zentralafrikanischen Republik geförderten und angekauften Diamanten wurde dieser Gesellschaft übertragen.<sup>1561</sup> Doch löste das Gemeinschaftsprojekt bereits 1963 heftige Kritik im zentralafrikanischen Parlament aus, als herauskam, dass Staatspräsident David Dacko es von sämtlichen Steuern und Abgaben befreit hatte. Auf Druck des Parlaments und von Teilen des Kabinetts musste die Gesellschaft wieder aufgelöst werden.<sup>1562</sup> In der Folge konnte das amerikanische Unternehmen *Diamond Distributors* seine Position in der Zentralafrikanische Republik ausbauen. Über dieses Unternehmen stieg dann auch die bereits im Abschnitt zur Wirtschaftshilfe erwähnte westdeutsche Firma Hahn & Söhne in das Geschäft mit zentralafrikanischen Diamanten ein. Die zentralafrikanische Regierung hatte sich aber nur vorübergehend zurückgezogen und arbeitete bereits an einem neuen Versuch zur Nationalisierung der Diamantförderung des Landes. So wurde 1964 in Bangui eine staatliche Diamantbörse errichtet und mit westdeutscher Wirtschaftshilfe die bereits erwähnte Diamantschleiferei der *Diamond Distributors* aufgebaut.<sup>1563</sup> 1969 wurde die Nationalisierung mit dem Einzug der Konzessionen des amerikanischen Unternehmens und der staatlichen Übernahme ihrer Diamantfelder bei Nzako durch eine zu diesem Zweck gegründete nationale Diamantgesellschaft zum Abschluss gebracht. Die beschleunigte Nationalisierung war zwingend erforderlich geworden, da Frankreich seine Unterstützungsleistungen für die zentralafrikanische Republik zurückgefahren hatte.<sup>1564</sup> Die Verstaatlichung sollte eine größere Gewinnbeteiligung der Regierung ermöglichen und helfen, den Staatshaushalt zumindest teilweise zu sanieren.<sup>1565</sup>

---

Bundesministerium für Wirtschaft, 1. Februar 1967, PA AA, AA, B 68, 664.

<sup>1560</sup> Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik an Auswärtiges Amt, 23. Oktober 1964, PA AA, AA, B 34, 553.

<sup>1561</sup> Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik an Auswärtiges Amt, 13. Juni 1962, PA AA, AA, B 34, 384.

<sup>1562</sup> Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik an Auswärtiges Amt, 5. November 1963, PA AA, AA, B 68, 228.

<sup>1563</sup> Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik an Auswärtiges Amt, 23. Oktober 1964, PA AA, AA, B 34, 553.

<sup>1564</sup> Botschafter Deutschland (Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik) an Minister Sölle (Ministerium für Außenwirtschaft) und Stellvertretender Minister Schalck-Golodkowski (Ministerium für Außenwirtschaft) und Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und INTRAC, 2. März 1971, PA AA, MfAA, C 826/74, Fiche 1, S. 4-8.

<sup>1565</sup> Botschafter Deutschland (Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik) an Stellvertretender Minister Schalck-

Der Außenwirtschaft der DDR kam der zentralafrikanische Schritt zur Nationalisierung gerade recht. Diamanten waren auch in der DDR ein rares Gut. 1970 nahm Ostdeutschland diplomatische Beziehungen mit der Zentralafrikanische Republik auf und entsandte Karl-Heinz Deutschland als Botschafter nach Bangui. Wie schon berichtet, konzentrierte sich das ökonomische Interesse der DDR auf die Hölzer und Diamanten des Landes. Da kam es sehr gelegen, dass sich die Regierung Bokassa nach Geldern für ihre finanzschwache nationale Diamantgesellschaft umsah. Eine erste diesbezügliche Anfrage dürfte im September 1970 durch den Handels- und Transportminister der Zentralafrikanischen Republik, Ange Patasse, erfolgt sein, der sich zu dieser Zeit, zur Unterzeichnung einiger Abkommen, in der DDR aufhielt.<sup>1566</sup> Zur Erinnerung: Patasse war der Anführer der im letzten Abschnitt erwähnten kommunistischen Zelle, die Bokassas 'Hinwendung' zum Sozialismus sicherstellen wollte. Er bat seine ostdeutschen Gesprächspartner ganz direkt, an der Erkundung und Erschließung von Bodenschätzen in seinem Land mitzuwirken. Sogar eine gemeinsame ostdeutsch-zentralafrikanische Ausbeutung der Diamantvorkommen wurde angeboten.<sup>1567</sup> Wenige Monate später trat dann in der Zentralafrikanischen Republik Staatspräsident Jean-Bédel Bokassa persönlich an Botschafter Deutschland heran. Bokassa berichtete, dass er die Förderung bei den 1969 von der Zentralafrikanische Republik nationalisierten amerikanischen Diamantfeldern bei Nzako habe wieder aufnehmen lassen. Nun suche er nach einem interessierten Abnehmer. Gegenüber Deutschland führte er aus:

*„Ich habe 300 Jugendliche der Pionierorganisation dort eingesetzt, die dort Diamanten schürfen. Diese Diamanten werden wir verkaufen und auf diese Weise werden wir die Staatsfinanzen aufbessern.“*<sup>1568</sup>

Am 20. Februar 1970 wurden erste konkrete Gespräche zwischen Botschafter Deutschland und Bokassa über die Einleitung eine Kooperation der nationalen zentralafrikanischen Diamantgesellschaft mit einem ostdeutschen Unternehmen geführt. Wenige Tage darauf reiste eine Delegation der ostdeutschen Handelsgesellschaft INTRAC in die Zentralafrikanische Republik, um mit Bokassa in Verhandlungen zu treten. INTRAC war 1964 gegründet worden und gehörte zum

---

Golodkowski (Ministerium für Außenwirtschaft) und Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und INTRAC, 1. März 1971, PA AA, MfAA, C 826/74, Fiche 1, S. 4-8.

<sup>1566</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. 1971, PA AA, MfAA, C 6239, Fiche 1, S. 75-80.

<sup>1567</sup> Botschafter Deutschland (Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik) an Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 21. September 1970, BArch, SAPMO, DY 30, IV A 2 / 20 / 984.

<sup>1568</sup> Botschafter Deutschland (Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik) an Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilungsleiter Kern – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 25. Februar 1971, PA AA, MfAA, C 828/74, Fiche 1, S. 15.

Bereich Kommerzielle Koordinierung des Ministeriums für Außenhandel, der für die DDR schon länger im Diamanthandel tätig war. Am Vormittag des 26. Februar 1970 kam es zu einem ersten Gespräch zwischen der Delegation von INTRAC und Staatspräsident Bokassa. Der Staatspräsident erklärte die grundsätzliche Bereitschaft der nationalen Diamantgesellschaft langfristige Geschäftsbeziehungen mit INTRAC einzugehen. Doch bedrängte er die Delegation gleichzeitig auch, bei ihm Konzessionen zu Aufbau eigener, ostdeutscher Förderstätten und Ankaufbüros zu erwerben. Ein eigenes außenwirtschaftliches Engagement in der Zentralafrikanischen Republik stand für INTRAC jedoch nicht zur Diskussion. Stattdessen erklärte die Delegation, selbst kleinste Fördermengen aufkaufen zu wollen. Am Nachmittag des selben Tages kam es dann zu einem zweiten Gespräch, zu dem auch der Bergbauminister der Zentralafrikanische Republik, Bernard Ayandho, hinzugezogen wurde. Bokassa erklärte, mit dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen zufrieden zu sein und legte der INTRAC-Delegation 15 Rohdiamanten zur Begutachtung vor. Im Gegenzug überreichte die Delegation Bokassa ein Protokoll mit Vorschlägen zum weiteren Verlauf des von ihr gewünschten 'Handelsgeschäfts'. Doch ging der Vorschlag der Delegation deutlich über den einer 'reinen' Handelsunternehmung hinaus. Zwar hatte er zum einen den Ankauf von geförderten und geschmuggelten Diamanten zu Vorzugspreisen zum Gegenstand. Doch enthielt er auch zwei Klauseln, welche die Grenze zwischen Handelsgeschäft und außenwirtschaftlicher Investition verschwimmen ließ. Bei jedem erfolgreichen Abschluss eines Handelsgeschäfts sollte jeweils ein Kredit bis zu einer Höhe von 50% des aktuellen Einkaufswertes vergeben werden. INTRAC spekulierte auf Abschlüsse über rund 5.000 Karat pro Jahr.<sup>1569</sup> Außerdem sollte die DDR über Wirtschaftshilfe Berater an die nationale Diamantgesellschaft entsenden und Mitarbeiter des Unternehmens in der Begutachtung von Diamanten ausbilden.<sup>1570</sup> Bis zum 29. März 1971 wollte die INTRAC einen Mitarbeiter zur Überprüfung der ersten Lieferung entsenden, der dann, nach erfolgreicher Prüfung, am 30. März einen Geschäftsvertrag unterzeichnen und die erste Lieferung bar in US-Dollar bezahlen sollte. Bezugsintervalle von rund zwei Monaten waren geplant. Gegenüber Dritten sollte über die Geschäftsanbahnung Stillschweigen bewahrt werden. In einer Anlage zum Bericht von Botschafter Deutschland an das Ministerium für Außenwirtschaft, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und INTRAC hieß es hierzu:

*„Im Interesse der Entwicklung der Volkswirtschaft beider Länder sind beide Seiten bereit, diese Vorschläge und die sich auf dieser Grundlage möglicherweise ergebenden Verträge strengvertraulich zu*

<sup>1569</sup> Botschafter Deutschland (Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik) an Minister Sölle (Ministerium für Außenwirtschaft) und Minister Schalck (Ministerium für Außenwirtschaft) und Minister Kiesewette (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und INTRAC, 2. März 1971, PA AA, MfAA, C 826/74, Fiche 1, S. 9-10.

<sup>1570</sup> Ebd.

Tatsächlich blieb der westdeutschen Botschaft das Projekt, auch über die Suspendierung des ostdeutschen Botschafters im Jahr 1971 hinaus, verborgen. Bokassa war mit den Vorschlägen der Delegation einverstanden. Er unterzeichnete das Protokoll und beauftragte seinen Bergbauminister, Bernard-Christian Ayandho, auf Grundlage des Protokolls einen Vertrag, zunächst mit einer Gültigkeit von einem Jahr, vorzubereiten. Bei erfolgreichem Geschäftsverlauf sollte der Vertrag dann nach einem Jahr auf unbestimmte Zeit verlängert werden.<sup>1572</sup>

In Folge der erfolgreichen Verhandlungen bat Botschafter Deutschland sein Ministerium, die Möglichkeit der Aktivierung einer Wissenschaftlich-Technischen Zusammenarbeit im Rahmen einer ostdeutschen Wirtschaftshilfe für die Geschäfte von INTRAC zu prüfen. Schließlich betrete INTRAC mit ihrem Engagement und ihrer Bereitschaft, größere Devisenreserven für den Ankauf von Rohstoffen aufzubringen, in der Außenwirtschaft des gesamten sozialistischen Lagers Neuland. Deutschland merkte an:

*„Besonders wichtig ist der Gesichtspunkt, daß die DDR das einzige sozialistische Land sein dürfte, das durch besondere Umstände bedingt bereit ist, der ZAR [Zentralafrikanischen Republik] für ein Landesprodukt in harter Währung zu zahlen.“*<sup>1573</sup>

Um den Abfluss 'harter' Währung aus der DDR zu minimieren, schlug er vor, über Wirtschaftshilfe ein bis zwei ostdeutsche Berater an die nationale Diamantgesellschaft zu entsenden und zwei bis drei Mitarbeiter der Gesellschaft in der DDR fortzubilden.<sup>1574</sup> Der restliche Devisenausgleich sollte über die bereits im Abschnitt zur Entwicklungshilfe erwähnten Projekte erfolgen. Am 15. März stimmten die zuständigen Stellen der DDR einer Unterzeichnung des Geschäftsvertrags zu. Eine zweite INTRAC-Delegation unter Leitung von Hans Kopmann<sup>1575</sup> wurde entsandt, um den Vertrag zu ratifizieren und das Geschäft endlich in Angriff zu nehmen. Zu dieser Zeit hatte Bokassa aber schon wieder Gespräche mit der enteigneten amerikanischen Diamantgesellschaft Diamond

<sup>1571</sup> Ebd.

<sup>1572</sup> Botschafter Deutschland (Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik) an Minister Sölle (Ministerium für Außenwirtschaft) und Stellvertretender Minister Schalck-Golodkowski (Ministerium für Außenwirtschaft) und Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und INTRAC, 2. März 1971, PA AA, MfAA, C 826/74, Fiche 1, S. 6.

<sup>1573</sup> Botschafter Deutschland (Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik) an Stellvertretender Minister Schalck-Golodkowski (Ministerium für Außenwirtschaft) und Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und INTRAC, 1. März 1971, PA AA, MfAA, C 826/74, Fiche 1, S. 2.

<sup>1574</sup> Ebd.

<sup>1575</sup> Botschafter Deutschland (Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik) an Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 28. März 1971, PA AA, MfAA, C6235, Fiche 1, S. 13-16.

Distributors aufgenommen, die immer noch Interesse an den Diamanten des Landes zeigte, im Vergleich mit INTRAC über deutlich größere finanzielle Reserven verfügte und auch bereit war, diese einzusetzen – ein wichtiger Punkt in den Überlegungen Bokassas, der auf eine baldige Auffüllung seines stark unterfinanzierten Staatshaushalts angewiesen war. Bergbauminister Bernard-Christian Ayandho tat sein Möglichstes, um Kopmann und Deutschland zu beruhigen und erklärte ihnen, Bokassa habe lediglich angeordnet, dass das amerikanische Unternehmen ihm eine Studie über die technischen Möglichkeiten der Wiederaufnahme der Produktion auf den nach der Nationalisierung im Dezember 1969 geschlossenen Feldern bei Nzako, sowie über die generelle Reorganisation der industriellen Förderung von Rohdiamanten in der Zentralafrikanische Republik erstelle.

Am 27. März, dem für den Vertragsabschluss festgesetzten Termin, ließ Bokassa dann aber doch die Bombe platzen. Er erklärte, nun den Amerikanern eine erneute Konzession für ihre alten Diamantfelder gewähren zu wollen. Mit der nationalen Diamantgesellschaft habe er andere Pläne. Sie solle zur Erschließung eines neuen, bislang noch völlig unbekannten Feldes herangezogen werden. Die Finanzierung dieser Erschließung solle über den Kredit von INTRAC sichergestellt werden.<sup>1576</sup> Gleichzeitig erklärte Bokassa, dass er Kopmann momentan leider kein Diamantkontingent anbieten könne – schließlich lägen die Diamanten von Nzako nun ja wieder außerhalb seines Einflussbereichs – und bat INTRAC deshalb, den ersten Ankauf zu verschieben. Dabei hatte der Bergbauminister noch am 15. März erklärt, dass bereits 400 bis 500 Karat für einen ersten Ankauf durch INTRAC bereit lägen. Für Kopmann schuf dies eine gänzlich neue Lage, da alle Risikoberechnungen der INTRAC-Zentrale damit hinfällig geworden waren. Botschafter Deutschland protestierte scharf und verwies auf die Einheit von erster Lieferung, Kreditgewährung und Vertragsabschluss. Schließlich gab Bokassa nach und willigte ein, in der folgenden Woche Diamanten für einen ersten Ankauf zur Verfügung zu stellen. Doch hatte es sich hier nur um ein Scheinmanöver gehandelt. Weniger als zwei Stunden vor der geplanten Vertragsunterzeichnung meldete sich Bergbauminister Bernard-Christian Ayandho bei Kopmann und Deutschland telefonisch und erklärte ihnen, dass Bokassa nun noch einmal einige Änderungen für den Vertragsentwurf nachzureichen habe. Statt den von INTRAC für die erste Diamantlieferung gebotenen umgerechnet rund 2,18 Mio. DM verlangte er nun umgerechnet rund 3,64 Mio. DM – ohne dass Kopmann die erste Lieferung auch nur hätte begutachten können – und eine feste

---

<sup>1576</sup> Botschafter Deutschland (Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik) an Minister Sölle (Ministerium für Außenwirtschaft) und Stellvertretender Minister Schalck-Golodkowski (Ministerium für Außenwirtschaft) und Stellvertretender Minister Kattner (Ministerium für Außenwirtschaft) und Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und INTRAC, 28. März 1971, PA AA, MfAA, C 826/74, Fiche 1, S. 16.

Vertragslaufzeit von fünf Jahren.<sup>1577</sup> Damit hatte sich auch das Volumen des von INTRAC zu gewährenden Kredits von umgerechnet rund 1,09 auf 1,82 Mio. DM erhöht.<sup>1578</sup> Dennoch dachte Kopmann noch nicht daran aufzugeben. Gemeinsam mit Deutschland eilte er zum Präsidentenpalast und bat den Bergbauminister, vor der Unterzeichnung des Vertrags noch einmal mit Bokassa sprechen zu dürfen. Nun zeigte Bokassa sein wahres Gesicht. Fassungslos meldete Deutschland nach Ost-Berlin: *„Der Minister entfernte sich, um den Präsidenten zu informieren. er kam sofort zurück: In dieser Minute war auch schon die Abfahrt des Präsidenten zu hören.“*<sup>1579</sup> Für das geplatze Geschäft machte Botschafter Deutschland – sicherlich zu Recht – allein die Diamond Distributors verantwortlich, die Bokassa finanzielle Zugeständnisse gemacht und gleichzeitig unter Druck gesetzt hätten.<sup>1580</sup>

Ganz scheint Bokassa das Geschäft mit den Amerikanern aber auch nicht befriedigt zu haben. Schon im Mai machte er eine Anfrage, ob die DDR bereit sei, die abgebrochenen Gespräche über den Diamanthandel wieder aufzunehmen.<sup>1581</sup> INTRAC verspürte jedoch nur wenig Interesse, noch einmal gegen das amerikanische Unternehmen ausgespielt zu werden und lehnte dankend ab. Der ostdeutsche Geschäftsträger in der zentralafrikanischen Republik, Herr de Laar, war sich sicher: *„Es wäre mit Sicherheit so gekommen, daß wir den Kredit gewährt hätten und niemals Diamanten gesehen hätten.“*<sup>1582</sup> Ohne INTRAC hatte Ost-Berlin aber auch kein Devisenabfluss in die zentralafrikanische Republik mehr zu befürchten. Und so bildete der Abzug von INTRAC auch den Anfang vom Ende der ostdeutschen Entwicklungs- und Wirtschaftshilfe in der Zentralafrikanischen Republik.

<sup>1577</sup> Botschafter Deutschland (Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik) an Minister Sölle (Ministerium für Außenwirtschaft) und Minister Schalk (Ministerium für Außenwirtschaft), Stellvertretender Minister Kattner (Ministerium für Außenwirtschaft), Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und INTRACO, 28. März 1971, PA AA, MfAA, C 826/74, Fiche 1, S. 14-18. Die Werte werden in der Quelle mit 0,6 Mio. US-Dollar und 1 Mio. US-Dollar angegeben. Der Wechselkurs lag 1971 bei ca. 1 DM : 0,28 US-Dollar. Umgerechnet handelte es sich also um Werte von 2,18 Mio. DM und 3,64 Mio. DM.

<sup>1578</sup> Der in der Quelle genannte Wert von 0,3 Mio. US-Dollar hätte sich rein rechnerisch auf 0,5 Mio. US-Dollar erhöht. Der Wechselkurs lag 1971 bei ca. 1 DM : 0,28 US-Dollar. Umgerechnet handelte es sich also um Werte von 1,09 Mio. DM und 1,82 Mio. DM.

<sup>1579</sup> Botschafter Deutschland (Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik) an Minister Sölle (Ministerium für Außenwirtschaft) und Stellvertretender Minister Schalck-Golodkowski (Ministerium für Außenwirtschaft) und Stellvertretender Minister Kattner (Ministerium für Außenwirtschaft) und Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und INTRAC, 28. März 1971, PA AA, MfAA, C 826/74, Bd, Fiche 1, S. 14-18, hier S. 17.

<sup>1580</sup> Ebd., hier S. 20.

<sup>1581</sup> Botschafter Deutschland (Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik) an Minister Winzer (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilungsleiter Kern – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C6235, Fiche 1, S. 5-12.

<sup>1582</sup> Geschäftsträger a.i. Laar (Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik) an Stellvertretender Abteilungsleiter Weidemann – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 12. April 1971, PA AA, MfAA, C 817/74, Bd, Fiche 1, 13.

#### *e) Zwischenfazit*

Die Aktivitäten der deutschen Außenwirtschaftsunternehmen waren in Zentralafrika auf den Ausbau ihrer Positionen auf den dortigen Im- und Exportmärkten ausgerichtet. Reguläre eigene Investitionen wurden dabei nach Möglichkeit vermieden. Direktinvestitionen erfolgten vor allem in Kooperation mit ausländischen Investoren oder verdeckt, um das eigene finanzielle Risiko auf einem überschaubaren Niveau zu halten. Entsprechend schwer gestaltet sich ihre Erfassung.<sup>1583</sup> Der übrige Bedarf der deutschen Außenwirtschaften konnte, dank des sich ausbreitenden Freihandelssystems, über die internationalen Handelsströme abgedeckt werden, auf die im nächsten Abschnitt noch einzugehen sein wird.

Innerhalb der zentralafrikanischen Volkswirtschaften unterstützten die deutschen Investoren vor allem den Auf- und Ausbau des primären und des sekundären Sektors. Auch hier wurde die herrschende Staatselite wieder stabilisiert. Der Zwang, mit meist illiquiden Partnern Kooperationen einzugehen und eine sogenannte 'Afrikanisierung' des Führungspersonals klaglos hinzunehmen, half den zentralafrikanischen Regierungen, Anhänger wie Oppositionelle ruhig zu stellen.

Schwerpunkte der westdeutschen Außenwirtschaft bildeten die Demokratische Republik Kongo und Angola, hinter denen die privatwirtschaftlichen Investitionen in den übrigen Gebieten deutlich zurückstanden.

Die ostdeutschen Außenwirtschaftsunternehmen entfalteten demgegenüber nur eine bescheidene Aktivität. Die Möglichkeiten, die sich ihnen über die internationalen Märkte und chemische Ersatzstoffe boten, waren für ihre Bedürfnisse lange Zeit mehr als ausreichend. Zumindest bis 1975 griff die ostdeutsche Außenwirtschaft hierzu praktisch überhaupt nicht auf eigene Investitionen zurück.

Diese insgesamt betrachtet eher zurückhaltende Entwicklung der deutschen Außenwirtschaften in Zentralafrika hatte einen logischen Hintergrund: Beide profitierten in erheblichem Maße vom kontinuierlich expandierenden Freihandel, von der Globalisierung. Größere Investitionen waren nur noch im Fall von Gütern, die aufgrund einer besonders großen Nachfrage auf den internationalen Märkten lediglich eingeschränkt und zu hohen Preisen zu erhalten waren, erforderlich. Wie genau sich der west- und der ostdeutsche Außenhandel unter dem Banner des Freihandels auf dem afrikanischen Kontinent entfalteten, soll Gegenstand des nun folgenden Abschnitts sein.

---

<sup>1583</sup> Grosche, Günter, Rolf Lehmann-Richter: Die Gewinne aus deutschen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern. Eine empirische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der reinvestierten Gewinne. Düsseldorf 1970, S. 10.

a) ... in Afrika

Auch der deutsche Außenhandel leistete seinen Beitrag zur Befriedigung der deutschen ökonomischen Interessen.<sup>1584</sup>

Unter Außenhandel wird in dieser Arbeit derjenige Bereich der Wirtschaft verstanden, der Güter nicht zur eigenen Weiterverarbeitung, sondern rein zum An- und Verkauf erwirbt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg importierten die Außenhandelsunternehmen der beiden deutschen Staaten zunächst vor allem pflanzliche Rohstoffe aus Afrika. In den 1960er Jahren wandelte sich diese Präferenz. Mineralische Rohstoffe und Energieträger waren nun die bevorzugten Importgüter. In den 1970er Jahren wurden die deutschen Importstatistiken dann zwar noch um industriell produzierte Halb- und Fertigwaren erweitert.<sup>1585</sup> An die Importvolumina der mineralischen Rohstoffe und Energieträger sollten sie jedoch nie heranreichen. Die deutschen Exporte nach Afrika bestanden, wie schon vor dem Zweiten Weltkrieg, aus Konsum- und Investitionsgütern – wie Fahrzeugen, Maschinen oder auch ganzen Industrieanlagen –, sowie aus Kriegsmaterial, wobei die Investitionsgüter in den deutschen Exportstatistiken schon früh die dominante Position einnahmen.<sup>1586</sup> Auch der tertiäre Sektor war in Afrika aktiv – zumindest im Fall der Bundesrepublik. Fachpersonal wurde aus Westdeutschland nach Afrika entsandt und Afrikaner zu Fortbildungsprogrammen in die Bundesrepublik geholt. Zum Einsatz kamen westdeutsche Fachkräfte vor allem auf dem Bau und in der Industrie, in begrenztem Umfang auch im Sicherheitsbereich. So waren westdeutsche Sicherheitskräfte beispielsweise in den Republiken Sudan,<sup>1587</sup> Ruanda<sup>1588</sup> und Burundi,<sup>1589</sup> der Bundesrepublik Nigeria<sup>1590</sup> und im Königreich Libyen<sup>1591</sup>

<sup>1584</sup> Wippel, Steffen: Die Aussenwirtschaftsbeziehungen der DDR zum Nahen Osten. Einfluss und Abhängigkeit der DDR und das Verhältnis von Aussenwirtschaft zu Aussenpolitik. Berlin 1996, S. 14. ; Graewe, Wolf-Dieter: Entwicklungspolitische Zusammenarbeit in der DDR. In: Bücking, Hans-Jörg (Hg.): Entwicklungspolitische Zusammenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Berlin 1998, 81-93, S. 81-93, hier S. 90.

<sup>1585</sup> Schultz, Siegfried, Dieter Schumacher, u.a.: Wirtschaftliche Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland mit den Entwicklungsländern. Baden-Baden 1980, S. 200.

<sup>1586</sup> Winkler 1984, S. 185-198, hier S. 196.

<sup>1587</sup> Baatz 1972 [unveröffentlicht], S. 103.

<sup>1588</sup> 1. Sekretär Heckel (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 28. März 1974, PA AA, MfAA, C 1404/78, Fiche 1, S. 4-5.

<sup>1589</sup> Hütter – Referat Fremde Missionen, Konsulate und internationale Organisationen (Auswärtiges Amt) an Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) und Referat Geheimschutz (Auswärtiges Amt) und Referat NATO, WEU (militärische Angelegenheiten) und Verteidigung (Auswärtiges Amt) und Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) und Referat Gesandtschafts- und Konsularrecht, Wiedergutmachung, Verkehrsrecht, Beamtenrecht (Auswärtiges Amt) und Referat Strafrecht, Steuer- und Zollrecht, Zentrale Rechtsschutzstelle (Auswärtiges Amt), 28. Januar 1966, PA AA, AA, B 68, 349.

<sup>1590</sup> Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 14. Juni 1968, PA AA, MfAA, C 1094/71, Fiche 3, S. 220-226.

<sup>1591</sup> Gesandtschaft im Königreich Libyen an Auswärtiges Amt, 24. Juli 1956, PA AA, AA, B 12, 1123.



aktiv. 1956 berichtete die westdeutsche Gesandtschaft in Libyen dem Auswärtiges Amt von den Restverbänden des ehemaligen Deutschen Afrikakorps, die zwischenzeitlich in britische Dienste getreten waren und nun halfen, gemeinsam mit regulären britischen Soldaten, die Provinz Cyrenaika, bis zum entgültigen Abzug der Briten aus Libyen, zu überwachen:

*„Die Verhältnisse in Benghazi sind im allgemeinen besser, als ich sie eigentlich erwartet hatte. Natürlich gibt es unter den 600 Deutschen in der Cyrenaika einige schwarze Schafe. Aber sie sind zahlenmäßig gering und es sind immer wieder dieselben, die unliebsam auffallen. Ich habe den Eindruck, dass die Deutschen in der Cyrenaika sich langsam von dort absetzen werden und dass man sehen kann, dass im Laufe von zwei bis drei Jahren kaum noch Deutsche bei den dortigen britischen Einheiten sein werden. Die Gründe für das Abwandern sind hauptsächlich darin zu suchen, dass die von den Engländern gezahlten Löhne zu niedrig sind und die Deutschen in anderen Ländern, z.B. in den Vereinigten Staaten, Kanada, der Südafrikanischen Union usw. bessere Bezahlung erwarten. Nur ein kleiner Teil scheint wieder nach Deutschland zurückkehren zu wollen. Die meisten befürchten ihre Einziehung zur neuen deutschen Wehrmacht [der Bundeswehr].“<sup>1592</sup>*

Der tertiäre Sektor der DDR trat in Afrika demgegenüber lange Zeit – von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen – überhaupt nicht in Erscheinung.

Zu Schwerpunkten des deutschen Afrikahandels entwickelten sich die nordafrikanischen Mittelmeeranrainer und die Republik Südafrika.<sup>1593</sup> Hierbei muss allerdings berücksichtigt werden, dass mit diesen Staaten auch Direkthandel betrieben werden konnte, während im übrigen Afrika lange Zeit mit einem Transithandel über Drittstaaten – meist die Mutterländer der einstigen Kolonien – vorliebgenommen werden musste. In den Handelsstatistiken wurde Letzterer dann dem Handel mit dem jeweiligen Drittland zugerechnet. Aus diesem Grund zeichnen die offiziellen Handelsstatistiken nur ein unvollständiges Bild von Art und Umfang der tatsächlichen Warenströme zwischen den beiden deutschen und den afrikanischen Staaten. Noch 1968 erfolgten 67%, 1978 immer noch 55% der westdeutschen Importe aus afrikanischen Staaten über europäische Drittländer.<sup>1594</sup> Statistische Angaben über den Anteil des deutschen Afrikahandels am deutschen Globalhandel sollten deshalb stets mit Vorsicht genossen werden.

Seine afrikanische Infrastruktur konnte der westdeutsche Außenhandels bereits Ende der 1940er Jahre wieder reaktivieren. 1948 rekonstituierte sich der Afrikaverein Hamburg-Bremen.<sup>1595</sup> Anfang der 1950er Jahre nahm die Deutsche Afrika-Linie ihren Linienverkehr mit Afrika wieder auf.<sup>1596</sup>

<sup>1592</sup> Gesandtschaft im Königreich Libyen an Auswärtiges Amt, 24. Juli 1956, PA AA, AA, B 12, 1123.

<sup>1593</sup> Hofmeier 1981, S. 502 f..

<sup>1594</sup> Ebd., S. 12.

<sup>1595</sup> Krämer 1984, S. 11-42, hier S. 20.

<sup>1596</sup> Hücking 1986, S.188.

Deutsch-afrikanische Industrie- und Handelskammern wurden in den westdeutschen Schwerpunktstaaten der 1950er Jahre, der Republik Südafrika und der Republik Ägypten, errichtet.<sup>1597</sup> Um seine Exporte zu erweitern, gründete der bereits erwähnte Afrikaverein Ende der 1950er Jahre einen eigenen Technisch-Wirtschaftlichen Dienst.<sup>1598</sup> Aus dem selben Grund beteiligte er sich 1963 auch am Deutschen Institut für Afrika-Forschung und, als dieses nicht mehr seinen wirtschaftlichen Interesse Folge leisten wollte, am Afrika-Kollegium.<sup>1599</sup> So war der westdeutsche Außenhandel zu Beginn der 1960er Jahre – auch Dank der deregulierenden Wirkung der Römischen Verträge auf den europäisch-europäischen und den europäisch-afrikanischen Handel<sup>1600</sup> – wieder gut auf dem afrikanischen Kontinent aufgestellt.

Noch bestehende Handelshemmnisse konnten in den 1960er Jahren weiter abgebaut werden.<sup>1601</sup> Allerdings stellte die enge wirtschaftliche Verflechtung der afrikanischen Volkswirtschaften mit den Märkten ihrer ehemaligen Kolonialmächte, wie Frankreich<sup>1602</sup> und Großbritannien,<sup>1603</sup> auch weiterhin eine hohe Hürde für die Expansion des westdeutschen Außenhandels dar. Ein weiteres Hindernis erwuchs den westdeutschen Außenhandelsunternehmen aus dem Unternehmungsgeist der westdeutschen Außenwirtschaft. Letztere hatte sich zur Erschließung der afrikanischen Märkte ein neues Geschäftsmodell zurechtgelegt, das bereits erwähnte Kompensationsgeschäft,<sup>1604</sup> mit dem sie auf den afrikanischen Märkten in wachsendem Maße Erfolge erzielen konnte – ganz ohne die bislang übliche Einschaltung deutscher Außenhandelsunternehmen. Das westdeutsche Konsulat in Luanda führte hierzu 1959 aus:

*„Zur Kenntnis des Auswärtigen Amtes darf in diesem Zusammenhang noch bemerkt werden, daß sich in den letzten Jahren auch hier bei den Importeuren immer mehr die Tendenz bemerkbar machte, nach Möglichkeit direkt mit den jeweiligen Lieferwerken, unter Ausschaltung des Exporthandels, in Kontakt zu treten. Zudem verfügen heute sehr viele größere deutsche Industriebetriebe über Exportabteilungen und sind ihrerseits auch nicht mehr auf die Hamburger Exportkaufleute (die größtenteils im Afrikaverein Hamburg-Bremen zusammengeschlossen sind) und auf deren früher oft entscheidend wichtige Zwischenfinanzierung angewiesen.“*<sup>1605</sup>

<sup>1597</sup> Winkler 1984, S. 185-198, hier S. 198.

<sup>1598</sup> Ebd., hier S. 197.

<sup>1599</sup> Möhle, Heiko (Hg.): Branntwein, Bibeln und Bananen. Der deutsche Kolonialismus in Afrika - eine Spurensuche. Hamburg 1999, S. 151-157, hier S. 155 f.

<sup>1600</sup> Mitarbeiter Hansen (Afrika-Verein) an Furler – Unterausschuss 'Brüsseler Verträge' des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten (Bundestag), 28. Mai 1957, PA AA, AA, B 60 (2.Abg.), 5.

<sup>1601</sup> Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik an Auswärtiges Amt, 31. Juli 1967, PA AA, AA, B 68, 664.

<sup>1602</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, A 14614, Fiche 3, S. 199.

<sup>1603</sup> Baumgart, Winfried: Deutschland im Zeitalter des Imperialismus (1890-1914). Grundsätze, Thesen und Strukturen. Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1972, S. 62 f.

<sup>1604</sup> Volkswagenwerk an Abteilung Wirtschaft (Botschaft in der Gabunischen Republik), 3. Mai 1967, PA AA, AA, B 68, 648.

<sup>1605</sup> Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola an Auswärtiges Amt und Bundesministerium für

Und dennoch – auch der westdeutsche Außenhandel florierte. Schon Mitte der 1950er Jahre durchbrach das westdeutsch-afrikanische Handelsvolumen die Milliardengrenze.<sup>1606</sup> 1975 war es dann bereits auf rund 27 Mrd. DM angewachsen. Hiervon entfielen 12,5 Mrd. DM auf die Exporte und 14,4 Mrd. DM auf die Importe der BRD. Westdeutsche Unternehmen führten also mehr Waren aus Afrika ein, als sie dorthin ausführten. In den folgenden Jahren stieg das westdeutsch-afrikanische Handelsvolumen weiter an. 1977 hatte es bereits die Summe von 34 Mrd. DM erreicht.<sup>1607</sup>

Der Außenhandel der DDR mit Afrika setzte – einige Jahre später als sein westdeutsches Pendant – Anfang der 1950er Jahre ein. Rasch wurde der Aufbau einer unterstützenden Infrastruktur eingeleitet. Handelsvertretungen wurden 1954 in der Republik Ägypten, 1956 in der Republik Sudan, 1959 in den Republiken Ghana und Guinea, 1961 in der Republik Mali, 1962 im Königreich Marokko, 1963 in der Republik Algerien und 1964 in der Republik Sambia errichtet. Zudem wurden die halbjährlich stattfindenden Leipziger Messen afrikanischen Geschäftspartnern zugänglich gemacht. Das statistisch erfasste Handelsvolumen stieg von rund 0,3 Mrd. DM im Jahr 1960 – hiervon entfielen 169,1 Mio. DM auf die Exporte und 163,4 Mio. DM auf die Importe der DDR – auf rund 0,8 Mrd. DM 1974 – bei 465,7 Mio. DM Exporten und 317,4 Mio. DM Importen. Im Gegensatz zum westdeutschen Außenhandel überwog in der DDR also klar die Güterausfuhr. Auch hier stieg das Handelsvolumen in den folgenden Jahren weiter an. 1977 hatte es bereits einen Wert von umgerechnet rund 1,4 Mrd. DM erreicht.<sup>1608</sup> Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass in den ostdeutschen Statistiken nur der 'parteipolitisch opportune' Handel aufgeführt wurde.<sup>1609</sup> Der ostdeutsch-westeuropäisch-afrikanische und der ostdeutsch-westdeutsch-afrikanische Transithandel wurden in den statistischen Erhebungen der DDR nicht berücksichtigt.<sup>1610</sup> Viele *ostdeutsche Güter* gelangten aber, klassifiziert als *westdeutsche Produkte*, im Transit über ost- und westeuropäische Staaten, darunter auch und gerade die Bundesrepublik, auf afrikanische Märkte, so dass die tatsächlichen Handelsvolumina deutlich höher gewesen sein dürften als gemeinhin angenommen. So kam es nicht von ungefähr, dass 1958 das westdeutsche Generalkonsulat in Salisbury über ein

---

Wirtschaft, 6. November 1959, PA AA, AA, B 68, 65.

<sup>1606</sup> Gülstorff 2007, S. 14.

<sup>1607</sup> N'dumbe III. 1992, S. 238.

<sup>1608</sup> Winrow 1990, S. 57 f. Die Werte werden in der Sekundärliteratur mit 0,3 Mio. VM, 169,1 Mio. VM, 163,4 Mio. VM, 0,9 Mrd. VM, 465,7 Mio. VM, 317,4 Mio. VM, 0,9 Mrd. VM und 1,4 Mrd. VM angegeben. Der Wechselkurs lag über den gesamten Zeitraum bei ca. 1 DM : 1 VM. Umgerechnet handelte es sich also um Werte von 0,3 Mio. DM, 169,1 Mio. DM, 163,4 Mio. DM, 0,9 Mrd. DM, 465,7 Mio. DM, 317,4 Mio. DM, 0,9 Mrd. DM und 1,4 Mrd. DM.

<sup>1609</sup> Plate 1979, S. 19.

<sup>1610</sup> Vgl.: Fäßler, Peter E.: *Durch den 'Eisernen Vorhang'. Die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen 1949-1969.* Köln/u.a. 2006.

Gespräch mit dem Leiter der Zollverwaltung Rhodesiens festhielt:

„Geographische wie politische Gegebenheiten sprechen dafür, bei deutschen Waren besonders sorgfältig auf die Möglichkeit etwaiger Re-Exporte sowjetzonaler Erzeugnisse zu achten. [...] Zahlreiche [west]deutsche Firmen würden offensichtlich aus reiner Nachlässigkeit nicht zu erkennen geben, ob es sich bei ihnen um den Produzenten oder um den Exporteur handelt.“<sup>1611</sup>

#### b) ... in Zentralafrika

Der Fokus der deutschen Handelsaktivitäten lag im zentralafrikanischen Raum auf den Märkten der portugiesischen Überseeprovinz Angola und der Demokratischen Republik Kongo.

Bereits in den 1950er Jahren war es dem westdeutschen Außenhandel gelungen, sich hier eine eigene Infrastruktur aufzubauen. Über die Woermann-Linie bestand seit 1955 eine direkte Schiffsverbindung zwischen der Bundesrepublik, Belgisch-Kongo und der portugiesischen Überseeprovinz Angola.<sup>1612</sup> Die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft, die sich bereits in mehrere ausländische Handelsgesellschaften eingekauft hatte, die in Zentralafrika operierten, unterhielt eigene Niederlassungen in beiden Schwerpunktstaaten.<sup>1613</sup> Und schließlich bestand mit der Außenstelle der deutsch-portugiesischen Handelsgesellschaft *Sociedade Luso-Alemà* schon früh ein Vertriebsnetz für deutsche Exportgüter in der portugiesischen Überseeprovinz.<sup>1614</sup> In den 1960er und 1970er Jahren wurde diese Infrastruktur weiter ausgebaut. Westdeutsche Handelsunternehmen zum Großeinkauf pflanzlicher Rohstoffe konnten sich auf den zentralafrikanischen Märkten etablieren. Anfang der 1960er Jahre errichtete das westdeutsche Handelsunternehmen *Lutafric* Niederlassungen zum Holzeinkauf in den Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas.<sup>1615</sup> Das westdeutsche Handelsunternehmen *Unicafé* gründete 1966 in der Demokratische Republik Kongo die Tochterfirma *Société Commerciale du Nord-Kivu*, die den Kaffee der kongolesischen Pflanzler aufkaufte.<sup>1616</sup> Westdeutsche Unternehmer gründeten 1971 in Kamerun das Handelsunternehmen *Ibero-Cameroun*, das den von kamerunischen Pflanzern angebauten Kaffee und Kakao erwarb.<sup>1617</sup> Daneben etablierten sich auch Handelsunternehmen, die zur Steigerung der westdeutschen Exporte

<sup>1611</sup> Generalkonsulat in der Föderation von Rhodesien und Njassaland an Auswärtiges Amt, 2. September 1958, PA AA, AA, B 68, 15.

<sup>1612</sup> Übersee-Rundschau, 1955, PA AA, AA, B 34, 6.

<sup>1613</sup> Prager 1986, S. 135 f.

<sup>1614</sup> Botschafter Holzhausen (Botschaft in der Südafrikanischen Union) an Auswärtiges Amt, 17. Juli 1952, PA AA, AA, B 34, 18.

<sup>1615</sup> Vertreter Elshorst (Verein Deutscher Holzeinfuhrhäuser) an Auswärtiges Amt, 24. August 1962, PA AA, AA, B 68, 187.

<sup>1616</sup> Unicafé an Dawitz – Referat V C 5 (Bundesministerium für Wirtschaft), 24. September 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103051.

<sup>1617</sup> Rothfos an Schnabel (Auswärtiges Amt), 19. Oktober 1971, PA AA, AA, B 68, 879.

beitrugen. Die Thyssen Stahlunion erwarb 1972 in der Demokratischen Republik Kongo Anteile am größten Eisenwarenhändler des Landes, an *Jouret-Zaire*.<sup>1618</sup> Drei westdeutsche Chemieunternehmen unterhielten in Angola Niederlassungen für den Vertrieb ihrer Produkte.<sup>1619</sup> In Gabun nahm der westdeutsche Handel sogar so weit zu, dass Anfang der 1970er Jahre, nahe des bereits im Abschnitt zur Wirtschaftshilfe erwähnten gabunischen Hochseehafens Owendo, ein Deutsches Seemannheim errichtet werden musste.<sup>1620</sup>

Die westdeutschen Exporte nach Zentralafrika bestanden vor allem aus Investitionsgütern. Letztere wurden für kleinere Projekte, wie Fabrik-, Brücken- und Straßenbauten, aber auch für größere Projekte von nationaler Tragweite benötigt: den Neu- und Ausbau von Eisenbahnstrecken in Gabun,<sup>1621</sup> der Republik Kongo,<sup>1622</sup> Angola<sup>1623</sup> und Kamerun, von Hafenanlagen in Gabun,<sup>1624</sup> einer Anlage zur Pottaschegewinnung in der Republik Kongo,<sup>1625</sup> von Eisenerzminen,<sup>1626</sup> eines Wasserkraftwerks<sup>1627</sup> – und wahrscheinlich eines Staudamms<sup>1628</sup> – in Angola, des berühmten Inga-Wasserkraftwerks und dessen Stromnetzes,<sup>1629</sup> einer Staatsdruckerei für Banknoten<sup>1630</sup> und eines Stahlwerks in der Demokratische Republik Kongo.<sup>1631</sup> Die westdeutschen Importe verteilten sich, wie im übrigen Afrika auch, auf pflanzliche und mineralische Rohstoffe, sowie Energieträger, eine begrenzte aber wachsende Menge von Halbfertigwaren und eine nur schwer fassbare Zahl von Dienstleistungen.

Die Zahl der Westdeutsche, die als Sicherheitskräfte, also als Söldner, in Zentralafrika zum Einsatz kamen, lässt sich nur schwer quantifizieren. Von den 600 Westdeutschen, die Anfang 1961 laut

<sup>1618</sup> Pannier an Auswärtiges Amt, 21. Mai 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103051.

<sup>1619</sup> Generalkonsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola an Referat Ost- und Südafrika (Auswärtiges Amt), 25. Mai 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102568.

<sup>1620</sup> Steinbach (Botschaft in der Gabunischen Republik) an Auswärtiges Amt, 30. März 1972, PA AA, AA, B 34, 875.

<sup>1621</sup> Botschaft in der Gabunischen Republik an Auswärtiges Amt, 1. September 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102941.

<sup>1622</sup> Botschafter Fischer (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Auswärtiges Amt, 22. Juli 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108294.

<sup>1623</sup> Wohleb (Gesandtschaft in der Republik Portugal) an Auswärtiges Amt, 25. November 1952, PA AA, AA, B 11, 1363.

<sup>1624</sup> Botschaft in der Gabunischen Republik an Auswärtiges Amt, 28. September 1972, PA AA, AA, B 34, 875.

<sup>1625</sup> Hermes an Botschaft in der Republik Kongo und Referat Außenpolitische Grundsatzfragen der Entwicklungshilfe (Auswärtiges Amt), 18. Januar 1967, PA AA, AA, B 68, 658.

<sup>1626</sup> Generalkonsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola an Referat Ost- und Südafrika (Auswärtiges Amt) und Botschaft in der Republik Portugal und Generalkonsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Mosambik, 2. Juli 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102570.

<sup>1627</sup> Hansen (Botschaft in der Republik Portugal) an Auswärtiges Amt, 8. August 1959, PA AA, AA, B 68, 62.

<sup>1628</sup> Schaffarczyk (Botschaft in der Republik Portugal) an Auswärtiges Amt, 15. Juli 1960, PA AA, AA, B 34, 179.

<sup>1629</sup> Lange (Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen) an Auswärtiges Amt, 10. Dezember 1971, PA AA, AA, B 68, 885.

<sup>1630</sup> Brückner (Botschaft in der Republik Zaire) an Referat Nord- und Westafrika (Auswärtiges Amt), 23. Juli 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103052.

<sup>1631</sup> Bartels (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo und Referat Afrika südlich der Sahara [Abteilung für Handelspolitik, Entwicklungshilfe und Europäische wirtschaftliche Integration] (Auswärtiges Amt) und Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 31. Juli 1970, PA AA, AA, B 68, 722.

ostdeutschen Quellen in die Demokratische Republik Kongo gereist sein sollen, um in den Dienst Katangas und des Antilumumbismus zu treten, war schon berichtet worden – auch, dass westdeutsche Akten sich über diese Operation, sollte sie denn stattgefunden haben, ausschweigen. Einen weiteren Hinweis auf das frühe Vorhandensein westdeutscher Söldner im Kongo liefern lediglich eine Reihe von Interviews, die der Westdeutsche Gert Armin Katz im Frühjahr 1961 der Presse der Vereinigten Arabischen Republik und Belgiens gab.<sup>1632</sup> Doch könnte es sich hierbei auch um eine mediale Inszenierung ostdeutscher Stellen gehandelt haben. Nachdem er seine Interviews gegeben hatte, verschwand Katz spurlos. Als der Ministerpräsident Katangas, Moïse Tshombé, dann 1962 erneut ein größeres Kontingent von Söldnern für den Einsatz in seinem Land anwarb, stützte er sich dabei vor allem auf die Überreste der regulären Truppen und Fremdenlegionäre Frankreichs,<sup>1633</sup> die seit den 1950er Jahren in Algerien gegen die dortige Unabhängigkeitsbewegung, die *Front de Libération Nationale*, gekämpft hatten.<sup>1634</sup> Auch unter diesen dürften sich einige Staatsbürger der Bundesrepublik befunden haben.<sup>1635</sup> Internationale Bekanntheit erlangten Westdeutsche als Söldner jedoch erst 1964, als Tshombé von Staatspräsident Kasavubu zum Ministerpräsidenten der Demokratischen Republik Kongo ernannt worden war und begann, ein neues Söldner-Kontingent – nun nicht zum Sturz, sondern zum Erhalt der Zentralregierung – auszuheben.<sup>1636</sup> In der Öffentlichkeit sollte vor allem die Berichterstattung über einen Mann, den Söldner Siegfried Müller, auch bekannt unter dem Namen *Kongo-Müller*, für Furore sorgen.<sup>1637</sup> Schon eine Reportage des westdeutschen Magazins *stern* im Jahr 1964 hatte für einiges Aufsehen gesorgt. Doch erst ein Interview, das Müller 1966 den als westdeutschen Journalisten getarnten ostdeutschen Dokumentarfilmern, Walter Heynowski und Gerhard Scheuman, gab, und welches diese dann zum Thema eines Dokumentarfilms mit dem Titel *Der lachende Mann – Bekenntnisse eines Mörders* machten, brachte der Geschichte den internationalen Durchbruch – auch da Müller in dem Interview seine Tätigkeit in den Kontext einer verdeckten Operation der North Atlantic Treaty Organisation rückte. Ob Tshombé nach seiner Amtsenthebung durch Kasavubu und seiner Flucht ins Ausland im Jahr 1965 erneut westdeutsche Söldner anwarb, um Kasavubu und Mobutu, wie von der westdeutschen Boulevardzeitung *Bild* behauptet, zu stürzen,<sup>1638</sup> lässt sich nur mutmaßen. Die Presse der Demokratischen Republik Kongo nahm die Nachricht jedoch ernst genug, um sie groß herauszubringen. Im Frühjahr 1966 berichtete der Mitarbeiter der westdeutschen Botschaft in

<sup>1632</sup> Vgl.: Mulundu, Kyoni Kya: *Le Katanga et Lumumba ou Les naïvetés unitaristes postcoloniales*. Saint-Denis 2015.

<sup>1633</sup> Gülstorff 2007, S. 59 ff.

<sup>1634</sup> Kühn-Leitz an Auswärtiges Amt, 23. November 1962, PA AA, AA, B 68, 157.

<sup>1635</sup> Gülstorff 2007, S. 59 ff.

<sup>1636</sup> Keller (Botschaft in der Bundesrepublik Kongo) an Auswärtiges Amt, 10. Dezember 1964, PA AA, AA, B 92, 363.

<sup>1637</sup> Vgl.: Bunnenberg 2006.

<sup>1638</sup> Gülstorff 2007, S. 81 ff.

Léopoldville, Manfred Giesder, dem Auswärtigen Amt:

*„heutige leopoldviller morgenpresse [...], bringt in grosser aufmachung artikel bildzeitung ueber angebliche anwerbung deutscher soeldner durch tshombe. Erbitte drahtanweisung, ueber sachverhalt, damit meldung sofort nachdruecklich gegenueber regierung [eine Militärjunta unter Leitung von Joseph-Désiré Mobutu] und presse dementiert werden kann.“*<sup>1639</sup>

Auch in der westdeutschen Öffentlichkeit wurde die Meldung nicht von allen Lesern der Bild als Zeitungssente aufgefasst. So berichtete der westdeutsche Botschafter in Brüssel, Herbert Siegfried, seiner vorgesetzten Dienststelle in Bonn:

*„hiesige botschaft hat bereits jungen deutschen in die heimat geschafft, der in verkennung der lage seine meldung zur tschombe-armee bei der bruesseler kongo-botschaft abgeben wollte und dort abgewiesen wurde.“*<sup>1640</sup>

Und nicht nur Tshombé, auch Mobutu zeigte sich an der Anwerbung westdeutscher Söldner interessiert. Von seinem Versuch, nach 1965 erneut ein Anwerbebüro in der Bundesrepublik zu errichten, war bereits berichtet worden. Doch dürfte er sich als Reinfall erwiesen haben. Als sich Ende der 1960er Jahre die Söldner Mobutus nach einem offenen Aufstand – der Sold war nicht, wie vereinbart, ausgezahlt worden – aus der Demokratischen Republik Kongo zurückzogen, befanden sich, laut der westdeutschen Botschaft in Kinshasa, nur zwei Westdeutsche unter ihnen.<sup>1641</sup> Doch nicht nur in der Demokratischen Republik Kongo lassen sich Aktivitäten westdeutscher Sicherheitskräfte feststellen. Möglicherweise kamen westdeutsche Söldner auch in der Republik Kongo zum Einsatz. 1968 wurde dort eine Gruppe von Söldnern verhaftet und vor dem sogenannten 'Revolutionsgericht' von Brazzaville des versuchten Staatsstreichs gegen die Regierung von Staatspräsident Alphonse Massamba-Débat überführt. Einer der Angeklagten, der Franzose Jacques Debreton, äußerte vor Gericht, von der *Organisation de Renseignements et Action* „mit Sitz in Frankfurt/Main“, die „von einem Franzosen und einem Deutschen geleitet werde“ angeworben und angeleitet worden zu sein.<sup>1642</sup> Leider konnten weder in den west-, noch in den ostdeutschen Akten weitere Hinweise auf diesen Vorgang gefunden werden. Auch im Fall der portugiesischen

<sup>1639</sup> Mitarbeiter Giesder (Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 28. Januar 1966, PA AA, AA, B 34, 349.

<sup>1640</sup> Botschafter Siegfried (Botschaft im Königreich Belgien) an Auswärtiges Amt, 28. Januar 1966, PA AA, AA, B 34, 349.

<sup>1641</sup> Gülstorff 2007, S. 84 f.

<sup>1642</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Republik Kongo) an Auswärtiges Amt und Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo und Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik und Botschaft in der Republik Tschad und Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun und Botschaft in der Gabunischen Republik, 5. Juni 1969, PA AA, AA, B 34, 785.

Überseeprovinz Angola lassen sich Hinweise finden, die auf das Vorhandensein westdeutscher Söldner schließen lassen. Als der vorübergehende Generalsekretär der pro-westlichen Befreiungsbewegung Frente Nacional de Libertação de Angola, Jonas Savimbi, und der Vertreter der angolanischen Exilregierung in der Vereinigten Arabischen Republik, Florentino Duarte, 1964 die DDR besuchten, äußerten beide, dass westdeutsche Söldner zum Schutz der Investitionen der westdeutschen Privatwirtschaft in Angola angeworben worden seien. Seit Herbst 1963 seien „westdeutsche Truppenkontingente“ mit doppelter Aufgabe in Angola stationiert: Zur Fortbildung portugiesischer Soldaten und zum Schutz des bereits im letzten Abschnitt behandelten Eisenerzabbaustätten bei Cuima und Cassinga.<sup>1643</sup> Der Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst der DDR verbreitete darauf die Nachricht, dass westdeutsche „Freiwillige“ als Bergarbeiter getarnt nach Angola gekommen seien und ihr Hauptquartier in der Hauptstadt der Provinz Moxico, in Vila Luso, aufgeschlagen hätten, wo sie militärische Fortbildungen vornehmen würden.<sup>1644</sup> Besorgt fragte der Vertreter des westdeutschen Botschafters bei den Vereinten Nationen, Fritz Caspari, beim Auswärtigen Amt an, wie er reagieren solle:

*„im informationsfunk rot vom 16. april wurde zur information fuer lissabon und leopoldville eine adn-meldung [Meldung des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes] ueber die angebliche erklärung des aussenministers der angolanischen exil-regierung, jonas savimby, uebermittelt. danach soll savimby einem adn-korrespondenten in bagdad gegenueber behauptung ueber das einschleusen 'westdeutscher soeldner' ueber katanga nach angola aufgestellt haben, 'um gegen die angolanische volksbefreiungsbewegung eingesetzt zu werden'. da damit zu rechnen ist, dass diese behauptung unter den afrikanischen delegationen in den vn [Vereinten Nationen] aufgegriffen wird, waere ich fuer eine stellungnahme zu dieser behauptung dankbar, um gegebenenfalls hiesigen verbreitern dieser geruechte sofort begegnen zu koennen.“*<sup>1645</sup>

Jenseits der Frente Nacional, die Mitte der 1960er Jahre die Möglichkeit eines Kurswechsels und eines damit verbundenen Partnertausches, weg vom Westen, hin zum Osten, sondierte – es waren bei der angolanischen Beschuldigung Westdeutschlands also auch erhebliche Eigeninteressen im

<sup>1643</sup> Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Stellvertretender Minister Schwab (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Auslandsinformationen (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Kollegium (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Botschaft in der Sowjetunion und Botschaft in der Tschechoslowakischen Republik und Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten und Handelsvertretung in der Demokratischen Volksrepublik Algerien und Handelsvertretung in der Republik Ghana und Handelsvertretung in der Republik Guinea und Handelsvertretung im Königreich Marokko und Botschaft in der Volksrepublik Sansibar und Pemba und Gesandtschaft in der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und Solidaritätskomitee und Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 22. April 1964, PA AA, MfAA, A 1156, Fiche 1, S. 2-6.

<sup>1644</sup> Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst, o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 7005.

<sup>1645</sup> Vertreter des Botschafters Caspari (Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen) an Auswärtiges Amt, 17. April 1964, PA AA, AA, B 34, 517.



Spiel –, konnte kein weiterer Hinweis auf einen Einsatz westdeutscher Söldner in Angola gefunden werden. Doch sollte die Anschuldigung der Angolaner deshalb noch nicht gleich als gegenstandslos betrachtet werden. Ganz ausschließen kann man die Anwesenheit westdeutscher Söldner in Vila Luso nämlich nicht. Söldner Katangas wurden nachweislich zwischen 1960 und 1963 mehrmals nach Angola evakuiert und dort von der portugiesischen Provinzverwaltung versorgt. Es ist gut möglich, dass einige von ihnen – darunter auch Westdeutsche – in Angola verblieben und dort in den Dienst der portugiesischen Armee, der Sicherheitsbehörden einer angolanischen Provinz oder den Werkschutz eines portugiesischen Unternehmens eintraten. Doch nicht nur als Söldner, auch als Fremdenlegionäre verrichteten westdeutsche Sicherheitskräfte in Zentralafrika ihren Dienst: zumindest im Tschad und in Kamerun. Ob Westdeutsche bereits in den 1950er und frühen 1960er Jahren in den Reihen der französischen Fremdenlegion im Tschad Dienst taten, geht aus den Akten nicht hervor. Dafür aber, dass mehrere dutzend Westdeutsche ab 1969 an der *Opération Limousin* zur Niederschlagung der tschadischen Rebellenbewegung partizipierten. Insgesamt vier Kompanien der Fremdenlegion kamen hierbei zum Einsatz. Laut Aussage eines fahnenflüchtigen Westdeutschen, waren in jeder dieser Kompanien rund 15 Deutsche – insgesamt also rund 60 Mann – als Ausbilder und Unteroffiziere tätig. Mindestens ein deutscher Fremdenlegionär kam bei den Kämpfen sogar ums Leben.<sup>1646</sup> Für eine Beteiligung westdeutscher Fremdenlegionäre an den Kämpfen in Französisch-Kamerun, wo Frankreich zunächst die Regierung von Ministerpräsident André Marie Mbida, dann die Regierung von Staatspräsident Ahidjo gegen die kämpfenden Einheiten der Befreiungsbewegung und späteren Oppositionspartei Union des Populations du Cameroun unterstützte, lassen sich demgegenüber lediglich Stimmen der Union des Populations als Quelle anführen. Laut deren Parteiorgan, der *Voice of Kamerun*, wurden in den Kämpfen um die Vorherrschaft im Lande westdeutsche Kombattanten verwundet und getötet. So hieß es in einer für die Abteilung Internationale Verbindungen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes kopierten und übersetzten Ausgabe des Parteiorgans:

*„In Kamerun besitzt die NATO [North Atlantic Treaty Organization] Militärstützpunkte und die konterrevolutionäre Armee, die auf Seiten der Frankreich-hörigen Marionettenregierung [von Staatspräsident Ahidjo] gegen die kamerunischen Partisanen kämpft, setzt sich ausser aus einheimischen Söldnern auch aus Soldaten und Offizieren der NATO-Länder zusammen. Bei den Kämpfen wurden westdeutsche Soldaten getötet und verwundet. Es soll auch eine Stellungnahme von Seiten der SPD [der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands] im Bundestag dazu gegeben haben.“*<sup>1647</sup>

<sup>1646</sup> Botschaft in der Republik Tschad an Auswärtiges Amt, 8. April 1970, PA AA, AA, B 34, 789.

<sup>1647</sup> Voice of Kamerun, o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 8265.

Unter den Westdeutschen sollen sich, laut Vertretern der Union des Populations, auch Verhör-Spezialisten befunden haben, die in den Gefängnissen und Gefangenenlagern Ahidjos ihren Dienst verrichteten. So berichtete die westdeutsche Botschaft in Guinea 1960 über die dortige nationale Konferenz von Kankan, an der auch Vertreter auswärtiger afrikanischer Staaten und Bewegungen als Beobachter teilnahmen:

*„Während der Wirtschaftskonferenz in Kankan ergab sich die Gelegenheit mit Beobachter-Delegationen aus verschiedenen afrikanischen Ländern in Verbindung zu treten. [...] Der Kamerunese [ein Mitglied der Union des Populations du Cameroun] 'bereicherte' die Diskussion mit der Bemerkung, daß in seinem Lande eine Gruppe deutscher Folterspezialisten aus der Bundesrepublik am Werke sei. Ähnliche Vorwürfe erhoben die beiden Herren aus Togo sowie aus Kenia, die der Bundesrepublik besonders ihre Zugehörigkeit zur NATO [North Atlantic Treaty Organisation], die sie als ein 'doziles' Instrument des Imperialismus bezeichneten, vorwarfen.“*<sup>1648</sup>

Inwiefern diese Beschuldigungen zutreffen kann noch nicht abschließend geklärt werden. Doch gilt es auch bei dieser Aussage zu bedenken, dass die Union des Populations, wie die Movimento Popular, sich sehr an einer Aufstockung ihrer materiellen Hilfe durch die DDR interessiert zeigte und dementsprechend ebenfalls bereit gewesen sein dürfte, es mit der Wahrheit nicht zu genau zu nehmen, um den ostdeutschen Durst nach Belegen für die Fragwürdigkeit der Bonner Afrikapolitik zu stillen.

Wie sah nun der westdeutsche Warenaustausch mit den einzelnen zentralafrikanischen Staaten aus? Aus Äquatorialguinea – auf das im nächsten Unterabschnitt noch einzugehen sein wird – und Sao Tomé und Príncipe wurde vor allem Kakao importiert.<sup>1649</sup> Das Handelsvolumen konnte bis 1975 für Äquatorialguinea auf 8,8 Mio. DM und für Sao Tomé und Príncipe auf 2,8 Mio. DM ausgebaut werden. Allerdings spiegeln sich in den Zahlen von 1975 nicht die Vorjahreswerte. Noch 1974 hatte das Volumen des Handels mit Sao Tomé und Príncipe 10,1 Mio. DM, das mit Äquatorialguinea 4,8 Mio. DM betragen.<sup>1650</sup>

In den Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas hatte es der westdeutsche Außenhandel in den Küstenstaaten, aufgrund der geringen Transportkosten, deutlich leichter als in den Binnenstaaten, gewinnbringende Handelsgeschäfte einzugehen. Aus dem Tschad importierten westdeutsche Unternehmen vor allem Baumwolle,<sup>1651</sup> aus der Zentralafrikanischen Republik Holz

<sup>1648</sup> Botschaft in der Republik Guinea an Auswärtiges Amt, 11. April 1960, PA AA, AA, NL, von Etdorf, 206-1.

<sup>1649</sup> Auswärtiges Amt an Staatssekretär Sachs (Auswärtiges Amt), 30. Juni 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv 108350.

<sup>1650</sup> N'dumbe III. 1992, S. 238.

<sup>1651</sup> Botschaft in der Republik Tschad an Auswärtiges Amt und Bundesministerium für Wirtschaft und Bundesministerium für Landwirtschaft und Bundesministerium für Finanzen und Bundesministerium für Verkehr und Abteilung Seeverkehr (Bundesministerium für Verkehr) und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Deutsche Bundesbank und Bundesstelle für Außenhandelsinformationen

und Diamanten.<sup>1652</sup> Bis 1975 konnte das Handelsvolumen im Fall der Zentralafrikanischen Republik auf 11,2 Mio. DM, im Fall des Tschad auf 25,2 Mio. DM angehoben werden.<sup>1653</sup> Unbedeutende Summen, im Vergleich mit den Handelsvolumina der Küstenstaaten. Aus Gabun wurden Holz<sup>1654</sup> und Manganerz – die westdeutsche Industrie dürfte zu den Hauptabnehmern der vom französischen Förderunternehmen *Compagnie Minière de l'Ogooué* geförderten Manganerz gezählt haben<sup>1655</sup> –, wahrscheinlich auch Erdöl, aus der Republik Kongo Holz und in geringem Umfang ebenfalls Manganerz – die Mine war ein französisch-gabunisch-kongolesisches Kooperationsunternehmen – importiert.<sup>1656</sup> Ihre Küstennähe verschaffte der Republik Kongo 1975 ein Handelsvolumen mit der Bundesrepublik von 81,4 Mio. DM. Gabun bescherte es sogar ein Volumen von 324,6 Mio. DM.<sup>1657</sup> In fast allen diesen Staaten wies der Handel mit Westdeutschland eine steigende Tendenz auf. Lediglich im Fall der Republik Kongo lässt sich, vor allem im Bereich der westdeutschen Importe, eine Stagnation feststellen. Bereits 1960 hatte das Handelsvolumen hier bei rund 80 Mio. DM gelegen.<sup>1658</sup> Doch ist für den geringen Wert im Jahr 1975 weniger ein Desinteresse des westdeutschen Außenhandels, als vielmehr die mit der Gründung der Volksrepublik einhergehende politisch bedingte Umstrukturierung der kongolesischen Volkswirtschaft verantwortlich. Noch 1970 hatte das deutsch-kongolesische Handelsvolumen bei rund 100 Mio. DM gelegen.<sup>1659</sup> Exporte von Waffen und militärischer Ausrüstung erreichten in den vier Nachfolgestaaten – aufgrund der übermächtigen französischen Einflussphäre – nur ein schwaches Niveau. Das reiche Gabun hatte schon in den 1960er Jahren auf kommerziellem Wege für seine Ordnungskräfte Motorräder der Marke Bayerische Motorenwerke<sup>1660</sup> und Wasserwerfer der Marke Mercedes erworben.<sup>1661</sup> Von den Ankäufen des tschadischen Präsidenten Francois Tombalbaye, zur Aushebung einer 'schnellen Eingreiftruppe', war schon im Abschnitt zur Militärhilfe berichtet worden. Eine westdeutsche Waffenlieferung an den kongolesischen Staatspräsidenten Fulbert Youlou, Anfang der 1960er Jahre, die wohl für den mit diesem verbündeten Moïse Tshombé, den Ministerpräsidenten der abtrünnigen kongolesischen Provinz Katanga, bestimmt war, scheiterte dagegen. Die für Waffenexporte zuständigen Behörden wollten eine Weiterleitung der Waffen in das kongolesische Krisengebiet um

---

und Statistisches Bundesamt und Afrika-Verein und Kreditanstalt für Wiederaufbau, 24. März 1965, PA AA, AA, B 68, 662.

<sup>1652</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 1. März 1968, PA AA, AA, B 68, 664.

<sup>1653</sup> N'dumbe III. 1992, S. 238.

<sup>1654</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 34, 375.

<sup>1655</sup> Botschafter Bammer (Botschaft in der Gabunischen Republik) an Auswärtiges Amt, 15. Oktober 1963, PA AA, AA, B 34, 375.

<sup>1656</sup> Botschafter Soltmann (Botschaft in der Kongolesischen Republik) an Auswärtiges Amt, 11. Juni 1962, PA AA, AA, B 68, 84.

<sup>1657</sup> N'dumbe III. 1992, S. 238.

<sup>1658</sup> Boltze an Auswärtiges Amt, 7. Dezember 1960, PA AA, AA, B 34, 197.

<sup>1659</sup> Botschaft in der Volksrepublik Kongo an Auswärtiges Amt, 20. April 1970, PA AA, AA, B 34, 785.

<sup>1660</sup> Weigl (Botschaft in der Gabunischen Republik) an Auswärtiges Amt, 20. Juni 1966, PA AA, AA, B 68, 404.

<sup>1661</sup> Botschaft in der Gabunischen Republik an Auswärtiges Amt, 21. November 1966, PA AA, AA, B 34, 683.

jeden Preis verhindern<sup>1662</sup> – hagelte es zu dieser Zeit doch in wachsendem Maße Kritik von Seiten der Amerikaner, die nicht verstanden, wieso Bonn seine Exporte kriegstauglicher Waren in ein Krisengebiet der Vereinten Nationen nicht in den Griff bekam. So meldete 1962 der Leiter der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes seinem Staatssekretär:

*„Ich habe Herrn Ministerialdirektor Dr. Knieper [aus dem Bundesverteidigungsministerium] heute davon unterrichtet, dass wir nach gründlicher Prüfung des Problems zu der Auffassung gekommen seien, dass es wünschenswert wäre, wenn auch die von den Franzosen uns zugestandene Ausrüstung einer Polizeikompanie unterbliebe. Der Hinweis von Herrn Rudi Sterker [dem in dieses Geschäft involvierten westdeutschen Waffenhändler], die Waffen sollten im Grenzschutz eingesetzt werden, hätte mich darin bestärkt, da erfahrungsgemäss gerade die Aufrüstung afrikanischer oder arabischer Grenzpolizisten gern zur Soldaufbesserung benützt würde und den Besitzer wechselten. Herr Knieper nahm diesen Wunsch zur Kenntnis und versprach, die Angelegenheit „so negativ wie möglich“ zu behandeln.“<sup>1663</sup>*

In Kamerun konnte der westdeutsche Handel auf alte Netzwerke aus der deutschen Kolonial- und Zwischenkriegszeit zurückgreifen und sich bereits in den 1950er Jahren wieder erfolgreich auf dem dortigen Markt etablieren. Noch im selben Jahrzehnt überschritt das Handelsvolumen bereits wieder die Marke von 160 Mio. DM.<sup>1664</sup> Anders als in den Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas umfassten die westdeutschen Exporte hier bereits ab Mitte der 1960er Jahre auch wieder in größerem Umfang Waffen und militärische Ausrüstungsgüter – wie schon im Abschnitt zur Militärhilfe angeführt. Aus Kamerun importierten westdeutsche Unternehmen vor allem Kakao, Kaffee, Holz, Aluminium und Baumwolle.<sup>1665</sup> 1975 hatte das Handelsvolumen den beachtlichen Wert von rund 297 Mio. DM erreicht.<sup>1666</sup>

Auch Angola konnte schon früh in das westdeutsche Handelsnetz integriert werden. Bereits Ende der 1950er Jahre hatte das Handelsvolumen eine Größe von 84 Mio. DM erreicht.<sup>1667</sup> Seit 1960 scheinen die westdeutschen Exporte in die portugiesische Überseeprovinz dann stark vom portugiesischen Kolonialkrieg bestimmt worden zu sein. Westdeutsche Händler lieferten, juristisch abgesichert durch die bereits im Abschnitt zur Militärhilfe erwähnte 'Endverbleibsklausel', in

---

<sup>1662</sup> Unterabteilungsleiter Allardt – Unterabteilung Allgemeine Handelspolitik (Auswärtiges Amt) an Staatssekretär Carstens (Auswärtiges Amt) und Abteilungsleiter Etzdorf – Abteilung West II (Auswärtiges Amt), 17. Februar 1962, PA AA, AA, B 34, 381.

<sup>1663</sup> Unterabteilungsleiter Allardt – Unterabteilung Allgemeine Handelspolitik (Auswärtiges Amt) an Staatssekretär Carstens (Auswärtiges Amt) und Abteilungsleiter Etzdorf – Abteilung West II (Auswärtiges Amt), 26. Februar 1962, PA AA, AA, B 34, 381.

<sup>1664</sup> Referatsleiter Steltzer – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Staatssekretär Scherpenberg (Auswärtiges Amt), 10. September 1959, PA AA, AA, B 34, 60.

<sup>1665</sup> Behnke (Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen) an Auswärtiges Amt, 30. März 1972, PA AA, AA, B 68, 997.

<sup>1666</sup> N'dumbe III. 1992, S. 238.

<sup>1667</sup> Hansen (Botschaft in der Republik Portugal) an Auswärtiges Amt, 8. August 1959, PA AA, AA, B 68, 62.

größerer Zahl Waffen<sup>1668</sup> und Ausrüstung an das portugiesische Militär. Seit 1957 wurden geländegängige Fahrzeuge,<sup>1669</sup> seit Anfang der 1960er Jahre auch Flugzeuge, später sogar Schiffe, zur Patrouille auf küstennahen Gewässern und Flüssen im Landesinneren der portugiesischen Überseeprovinz, geliefert.<sup>1670</sup> Die für Angola bestimmten Waffenexporte dürften allerdings kaum bei der Berechnung der westdeutsch-angolanischen Handelsvolumina berücksichtigt worden sein, da die offiziellen Abnehmer stets in Portugal saßen. Dasselbe dürfte auch für die bereits im letzten Abschnitt erwähnten westdeutschen Waffenlieferungen an die angolische Befreiungsbewegung União das Populações de Angola gegolten haben. Die Importe der Bundesrepublik aus Angola bestanden, neben pflanzlichen Rohstoffen, im Wesentlichen aus Eisen- und Manganerz.<sup>1671</sup> Das Handelsvolumen konnte bis 1975 auf einen Umfang von rund 189 Mio. DM ausgebaut werden; ein guter, wenn auch kein überragender Wert. Doch muss bei dieser Zahl der mit dem Abzug der Portugiesen einsetzende Bürgerkrieg, die Angola-Krise, berücksichtigt werden. Noch 1974 hatte das westdeutsch-angolanische Handelsvolumen die beeindruckende Größe von rund 442 Mio. DM erreicht.<sup>1672</sup>

Auch dieser Wert reichte aber nicht an das westdeutsche Handelsvolumen mit der Demokratischen Republik Kongo heran. Hier hatte sich der westdeutsche Handel am frühesten etablieren können. Bereits 1952 hatte das Handelsvolumen mit Belgisch-Kongo den Wert von 100 Mio. DM überschritten.<sup>1673</sup> Neben der Zentralregierung wurden dabei auch die Rebellenregierungen in Stanleyville,<sup>1674</sup> sowie die separatistischen Regierungen Katangas<sup>1675</sup> und Kasais als Handelspartner akzeptiert.<sup>1676</sup> Ein Export von Waffen und militärischer Ausrüstung an die belgischen Kolonialtruppen setzte schon in den 1950er Jahren ein,<sup>1677</sup> scheint in den 1960er Jahren aber, von Waffen- und Ausrüstungsexporten nach Katanga einmal abgesehen, nicht ausgebaut worden zu sein. Katanga konnte in der Bundesrepublik problemlos Waffen,<sup>1678</sup> Fahrzeuge und sogar Flugzeuge erwerben.<sup>1679</sup> Die Importe des westdeutschen Außenhandels und der westdeutschen Außenwirtschaft

<sup>1668</sup> Hallbauer 2016, S. 99-110 und S. 149-212.

<sup>1669</sup> Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola an Auswärtiges Amt, 14. Juni 1957, PA AA, AA, B 34, 18.

<sup>1670</sup> Hallbauer 2016, S. 164-198.

<sup>1671</sup> Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola an Auswärtiges Amt, 14. Februar 1958, PA AA, AA, B 68, 64.

<sup>1672</sup> N'dumbe III. 1992, S. 238-241.

<sup>1673</sup> Abteilung Handelspolitik (Auswärtiges Amt) an Abteilung Länder (Auswärtiges Amt), 31. August 1955, PA AA, AA, B 60, 2. Abg., 21.

<sup>1674</sup> Munzel (Botschaft in der Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 24. Mai 1961, PA AA, AA, B 68, 47.

<sup>1675</sup> Pötzsch (Botschaft in der Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 12. Juli 1961, PA AA, AA, B 68, 189c.

<sup>1676</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 13. Februar 1961, PA AA, MfAA, A 17294, Bd 1, Fiche 1, S. 84-87.

<sup>1677</sup> Konsul Soehring (Konsulat in der belgischen Kolonie Belgisch-Kongo) an Auswärtiges Amt, 8. April 1958, PA AA, AA, B 14-301, 139.

<sup>1678</sup> Gülstorff 2007, S. 71 ff.

<sup>1679</sup> Auswärtiges Amt an Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen, 25. Oktober 1961, PA AA, AA, B 2, 294, Fiche 4, S. 372-373.

konzentrierten sich, neben pflanzlichen auf mineralische Rohstoffe, wie Kupfererz, Kobalt und Rohdiamanten<sup>1680</sup> und wahrscheinlich auch auf Manganerz. Doch wurden diese zu großen Teilen über Belgien in die Bundesrepublik eingeführt und in den Handelsstatistiken entsprechend als *belgische Waren*, nicht aber als *kongolesische Güter* geführt. So importierten westdeutsche Unternehmen 1962 rund 9% ihres Kupfers und 33% ihres Kobalts über Belgien aus der Demokratische Republik Kongo.<sup>1681</sup> Allein 1965 wurden über Belgien Kupferprodukte im Wert von rund 242 Mio. DM in die Bundesrepublik eingeführt.<sup>1682</sup> Auch kongolesische Diamanten wurden über Belgien bezogen. In einer Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes von 1957 heißt es hierzu:

*„Diamantbort wird von der Diamantwerkzeugindustrie zur Fertigung von Schleifscheiben und Sägen benutzt. Diese Werkzeuge werden von allen Maschinen- und Autofabriken benötigt, vor allem auch von der optischen Industrie. Diamantwerkzeuge spielen bei der Rüstungsfertigung eine erhebliche Rolle. [...] Die laufende Versorgung der deutschen Diamantwerkzeugindustrie mit Bort stösst auf erhebliche Schwierigkeiten. Die Welterzeugung an Industriediamanten, die zu 60% aus Belgisch-Kongo kommt, wird von dem Diamantensyndikat 'Diamond Trade Company', London, aufgekauft und durch dessen Verkaufsgesellschaft 'Industrial Distributors', London, verteilt. Das Londoner Syndikat hat das Weltmonopol für den Diamanthandel. Dort wird nur an einige wenige Abnehmer abgegeben. Hauptbezieher ist Belgien. Ausserdem erhalten Grossbritannien und USA [United States of America] laufende Lieferungen. Keine deutsche Firma ist von dem Londoner Syndikat als Abnehmer anerkannt. Die massgebende Persönlichkeit beim Londoner Syndikat ist Sir Ernest Oppenheimer. Die Familie Oppenheimer ist vor zwei Generationen aus dem Spessart nach England ausgewandert. Sir Ernest Oppenheimer gilt allgemein als nicht deutschfreundlich. [...] Die deutschen Verbraucher können Bort nur auf Umwegen und zu stark erhöhten Preisen beziehen. [...] Bei Direktbezug von 'Industrial Distributors' würden die von den deutschen Firmen benötigten 600.000 Karat loser Bort rd. 6 Mio. DM kosten. Die deutschen Bezieher müssen sich die Ware aber auf dem 'freien' d.h. 'schwarzen Markt' beschaffen und hierfür 70 – 100 % mehr bezahlen. Ausserdem besteht dauernd die Gefahr, dass dieser Aussenseiter-Markt eines Tages überhaupt nicht mehr arbeitet.“*<sup>1683</sup>

In den offiziellen westdeutsch-kongolesischen Handelsstatistiken fanden diese Werte allesamt *keine* Berücksichtigung. Doch auch ohne die westdeutschen Kupfer- und Diamantimporte stieg das westdeutsch-zairische Handelsvolumen bis 1975 auf rund 527 Mio. DM an.<sup>1684</sup>

Die Exporte des ostdeutschen Außenhandels in den zentralafrikanischen Raum bestanden primär

<sup>1680</sup> Botschaft im Königreich Belgien an Auswärtiges Amt, 30. Mai 1955, PA AA, AA, B 68, 15.

<sup>1681</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 13. Dezember 1962, PA AA, AA, B 52, 45.

<sup>1682</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 68, 531.

<sup>1683</sup> Referatsleiter Curtius – Referat Staaten der EWG, Skandinavien, Marokko, Tunesien [Abteilung Handelspolitik] (Auswärtiges Amt) an Unterabteilungsleiter Barga – Unterabteilung Handelspolitische Beziehungen zu fremden Staaten (Auswärtiges Amt) und Abteilungsleiter Harkort – Abteilung Handelspolitik (Auswärtiges Amt), 16. Februar 1957, PA AA, AA, B 60 (2. Abg.), 7.

<sup>1684</sup> N'dumbe III. 1992, S. 238.

aus Konsumwaren, vor allem Textilien, die Importe vor allem aus pflanzlichen Rohstoffen. Noch stärker als im Fall Westdeutschlands erfolgte der ostdeutsche Handel über Firmen aus Drittstaaten. Häufig wurden französische, belgische, portugiesische und westdeutsche Handelsunternehmen – meist handelte es sich um Tarnfirmen der jeweiligen kommunistischen Partei – zwischengeschaltet. Auf diesem Wege gelang es der DDR, ihre Güter unter den Präferenz Zoll-Regelungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu exportieren. Im Fall der Demokratische Republik Kongo wurden beispielsweise die belgischen Firmen SIMPEX und DRAGOSA – beide standen der kommunistischen Partei Belgiens sehr nahe – zwischengeschaltet.<sup>1685</sup> Zu den tatsächlichen Handelsvolumina lassen sich aus diesem Grund keine sicheren Angaben machen – außer dass diese nach 1975 zunahmen, da nun der Direkthandel den ostdeutschen Außenhandel zu dominieren begann.

Wichtigstes ostdeutsches Importgut aus den Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas, aus der Republik Kongo, der Zentralafrikanischen Republik, der Republik Tschad und der Gabunischen Republik, war Rohholz. Eine Ausnahme könnte lediglich das Manganerz aus der gabunisch-kongolesischen Mine gebildet haben.<sup>1686</sup> Manganerz war ein eher ungewöhnlicher Importgut, da es sich bei ihm um einen strategischen Rohstoff handelte. Sein Bezug dürfte direkt mit der bereits im Abschnitt zur Diplomatie erwähnten finanziellen Beteiligung der DDR an der französisch-gabunisch-kongolesischen Minengesellschaft in Zusammenhang gestanden haben. Mengenangaben über die ostdeutschen Manganerzimporte können nicht gemacht werden.

Mit Kamerun waren spätestens Ende der 1950er Jahre Handelsbeziehungen eingeleitet worden.<sup>1687</sup> Aus Kamerun importierte die DDR Kaffee und Kakao. Wertangaben sind wieder nicht möglich, da der Direkthandel – wie schon im Abschnitt zur Wirtschaftshilfe erwähnt – seit Beginn der 1960er Jahre ohne statistische Aufsicht erfolgte, um eine Kooperation mit Kräften, die der Union des Populations du Cameroun nahestanden, zu verschleiern.

Auch mit Angola waren spätestens Ende der 1950er Jahre Handelsbeziehungen hergestellt worden.<sup>1688</sup> Zu den wichtigsten Importgütern der DDR zählten hier Rohkaffee und Rohholz.<sup>1689</sup> Lediglich nach Angola exportierte die DDR – und dies bereits Anfang der 1960er Jahre – auf kommerziellem Wege Waffen und Munition. Möglicherweise waren diese für die dortigen portugiesischen Kommunisten und Mitglieder der sowjetophilen Bewegung Movimento Popular de

---

<sup>1685</sup> Keusch an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 798/74, Fiche 1, S. 89.

<sup>1686</sup> Bammer (Botschaft in der Gabunischen Republik) an Auswärtiges Amt, 29. September 1964, PA AA, AA, B 68, 308.

<sup>1687</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun an Auswärtiges Amt, 23. Juni 1965, PA AA, AA, B 68, 438.

<sup>1688</sup> Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola an Auswärtiges Amt, 17. Dezember 1959, PA AA, AA, B 68, 211.

<sup>1689</sup> Konsul Negwer (Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola) an Auswärtiges Amt, 5. Dezember 1962, PA AA, AA, B 34, 363.

Libertação de Angola bestimmt, möglicherweise aber auch für die nach dem niedergeschlagenen Aufstand verängstigten Portugiesen, die nun ihr Heil und das Wohl ihrer Familien einzig in der Bewaffnung und Militarisierung der Zivilbevölkerung sahen. 1961 legte das westdeutsche Konsulat in Luanda dem Auswärtigen Amt über den Vorgang eine amtliche Bescheinigung vor, in der es hieß:

*„Ausweislich hier vorgelegter Unterlagen (Rechnungen, Konsulatsfakturen, Verschiffungspapiere usw.) aus den letzten Monaten Juli, August, September und Oktober 1961 wird bestätigt, daß der Waffenhandel in Angola ohne Schwierigkeiten mit Einfuhren von Jagd- und Verteidigungswaffen und Munition (Pistolen sowie groß- und kleinkalibrige Jagdwaffen etc.) aus verschiedenen Ländern wie Belgien, Italien, Spanien, Finnland, Tschechoslowakei und SBZ [Sowjetische Besatzungszone] versehen wird. Die Lieferungen erfolgen kurzfristig. Die den oben erwähnten Einfuhren entsprechenden Bestellungen wurden im Juni, Juli und August dieses Jahres erteilt.“*<sup>1690</sup>

Auch im Fall Angolas können Angaben zu den Werten dieser und der übrigen ostdeutschen Lieferungen nicht gemacht werden.

Die frühesten ostdeutschen Handelsbeziehungen in den zentralafrikanischen Raum wurden 1950 mit Belgisch-Kongo geknüpft.<sup>1691</sup> Interessiert war der ostdeutsche Außenhandel an den mineralischen, aber auch den pflanzlichen Rohstoffen des Landes.<sup>1692</sup> Bereits 1960, mit dem Beginn der Kongo-Krise, musste der direkte Rohstoffbezug jedoch praktisch vollständig eingestellt werden. Versuche Ostdeutschlands, ihn im Verlauf der folgenden Jahre wieder aufzunehmen, scheiterten<sup>1693</sup> – auch über das Jahr 1973, in dem die DDR erstmals eine Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo errichten konnte, hinaus. Ob er verdeckt über die Firmen der belgischen kommunistischen Partei fortgeführt wurde, lässt sich aus den eingesehenen Akten nicht abschließend klären. Unter keinen Umständen wollte man in Ost-Berlin aber die Hoffnung auf die Wiederaufnahme eines Direkthandels endgültig begraben. Noch 1975 schrieb der ostdeutsche Botschafter in Zaire, Ronald Weidemann, dem Leiter der Abteilung Ost- und Zentralafrika im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Edgar Röder, von dem mit dem ostdeutschen Handelsministerium ausgearbeiteten ökonomischen Orientierungsplan seiner Botschaft für 1976:

*„Wir sollten jedoch in unserer Grundorientierung davon ausgehen, daß die Beziehungen zwischen der DDR und Zaire weiterzuentwickeln und zu vertiefen sind und diese Beziehungen für uns in erster Linie*

<sup>1690</sup> Hebich an Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola und Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) und Referat Afrika südlich der Sahara [Abteilung Handelspolitik] (Auswärtiges Amt) und Referat West-Ost-Handel (Auswärtiges Amt), 13. August 1962, PA AA, AA, B 68, 64.

<sup>1691</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 21. August 1951, PA AA, AA, B 60, 1. Abg., 5.

<sup>1692</sup> Beil, Gerhard: Außenhandel und Politik. Ein Minister erinnert sich. Berlin 2010, S. 121.

<sup>1693</sup> Sonderbevollmächtigter Thun-Hohenstein an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel und Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 30. August 1960, PA AA, MfAA, C 798/74, Fiche 2, S. 101-104.



aus ökonomischen Gründen für die Zukunft von Interesse sind (Rohstoffe und Absatzmarkt für DDR-Erzeugnisse).<sup>1694</sup>

Importe von 10.000 t Kupfer, 50.000 t Manganerz und 1.000.000 Karat Diamanten, zu dem für den ostdeutschen Außenhandel im zentralafrikanischen Raum ungewöhnlich hohen Importwert von 30 bis 40 Mio. DM, wurden von Weidemann angestrebt.<sup>1695</sup> Ob es dann aber auch tatsächlich gelang, diese Pläne in die Tat umzusetzen, konnte, aufgrund des zeitlichen Rahmens dieser Untersuchung, nicht mehr abschließend geklärt werden.

c) *'Falsches Spiel' mit einem Diktator – Westdeutscher Außenhandel mit der Republik Äquatorialguinea*

Westdeutsche Handelsunternehmen hatten in der Republik Äquatorialguinea schon operiert, als diese noch unter spanischer Kolonialherrschaft gestanden hatte. Ihre spanische Konkurrenz hatte sich aber immer wieder, auch nach der Entlassung Äquatorialguineas in die Unabhängigkeit im Jahr 1968, gegen sie behaupten können.<sup>1696</sup> Doch lief das Handelsabkommen, das spanischen Handelsunternehmen einen Vorsprung vor ihrer ausländischen Konkurrenz verschaffte, zur Jahresmitte 1971 aus. Wichtigstes Exportgut der Republik Äquatorialguinea war Rohkakao, der ausschließlich auf der Hauptinsel des Landes, auf Fernando Pó, angebaut wurde.<sup>1697</sup> Der Haushalt von Staatspräsident Macias Nguema war weitgehend vom Export dieses Rohstoffs abhängig. Um dem Staat hier größtmögliche Erlöse gewährleisten zu können, hatte Nguema die privaten Im- und Exportgesellschaften des Landes verstaatlicht. Um nun auch nach 1971 über eine ausreichend breite Abnehmerbasis für die Exportprodukte seines Landes zu verfügen, hatte Nguema früh begonnen, Verbindungen zu nicht-spanischen ausländischen Handelsgesellschaften aufzunehmen. Auch auf den westdeutschen Abnehmermarkt hatte er schon früh ein Auge geworfen. Hier war er mit dem Hamburger Unternehmer Friedrich Wilhelm Pleuger in Kontakt gekommen.<sup>1698</sup>

Pleuger besaß in Hamburg eine Fabrik, die Pumpen produzierte. Über deren Export auf den afrikanischen Kontinent war es ihm in den 1960er Jahren gelungen, Kontakte mit Vertretern der dortigen Staatseliten zu knüpfen und westdeutsche Interessenten für afrikanische Exportprodukte zu

<sup>1694</sup> Botschafter Weidemann (Botschaft in der Republik Zaïre) an Sektionsleiter Röder – Sektion Ost- und Zentralafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 20. Oktober 1975, PA AA, MfAA, C 6241, Fiche 1, S. 9.

<sup>1695</sup> Botschafter Weidemann (Botschaft in der Republik Zaïre) an Sektionsleiter Röder – Sektion Ost- und Zentralafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 20. Oktober 1975, PA AA, MfAA, C 6241, Fiche 1, S. 9. Die Werte werden in der Quelle mit 30 Mio. VM und 40 Mio. VM angegeben. Der Wechselkurs lag 1975 bei ca. 1 DM : 1 VM. Umgerechnet handelte es sich also um Werte von 30 Mio. DM und 40 Mio. DM.

<sup>1696</sup> Liniger-Goumaz, Max: United States and France and Equatorial Guinea. The dubious "friendships". Three historical synopsis – four bibliographies. Genf 1997, S. 14-17.

<sup>1697</sup> Botschaft im Königreich Spanien an Auswärtiges Amt, 6. Februar 1969, PA AA, AA, B34, 800.

<sup>1698</sup> Steinwaller an Rohde (Auswärtiges Amt), 17. Juli 1970, PA AA, AA, B 68, 769.

gewinnen, was ihm schließlich im Fall Ghanas den Posten eines ghanaischen Generalkonsuls in Hamburg eintrug. Über Ghana kam das Unternehmen Pleuger dann 1970 mit dem Präsidenten von Äquatorialguinea, Macias Nguema, in Kontakt.<sup>1699</sup> Als im Mai 1970 eine Delegation Äquatorialguineas die Bundesrepublik besuchte, um mit Bonn über eine Intensivierung der diplomatischen und ökonomischen Beziehungen zu verhandeln,<sup>1700</sup> wurde diese von Herrn Pleuger begleitet, der die Delegierten in Hamburg mit an Rohkakao und den Absatzmärkten Äquatorialguineas interessierten Unternehmern bekannt machte.<sup>1701</sup>

Diese erste Sondierung verlief für beide Seiten befriedigend. So befriedigend, dass Pleuger bereits wenige Monate später den Plan fasste, Nguema bei seinem Versuch, Äquatorialguinea aus der spanischen Einflussphäre zu lösen, zu unterstützen.<sup>1702</sup> Pleuger plante, die hierzu erforderlichen Lieferungen selbst zwischenzufinanzieren und seine Unkosten durch den Verkauf des äquatorialguineischen Rohkakaos in der Bundesrepublik zu begleichen. Die Vertretung der ostdeutschen Deutsche Seereederei Rostock im polnischen Stettin berichtete hierzu 1970 dem ostdeutschen Außenministerium:

*„Es ist der Plan des Präsidenten der R.Ä.G. [Republik Äquatorial-Guinea], die ökonomische Unabhängigkeit von Spanien zu erlangen, und hier setzt die Mitarbeit der Firma Pleuger mit einer faktischen Finanzierung der Lieferungen nach Fernando Po ein.“<sup>1703</sup>*

In einem ehemaligen Hotel der äquatorialguineischen Hauptstadt Santa Isabel wurden von Pleuger Büroräume angemietet und mit vier Angestellten besetzt. Das Unternehmen charterte ein Schiff, um den seit dem Abzug der Spanier im Jahr 1969 unterbrochenen Fährverkehr zwischen der auf der Hauptinsel des Landes gelegenen Hauptstadt, Santa Isabel, der größten Stadt der Festlandprovinzen, Bata, sowie der kamerunischen Hafenstadt Douala wieder aufzunehmen. In den Festlandprovinzen lebten die Anhänger Nguemas. Die Spanier hatten die einzige Verbindung der Hauptstadt zum Festland unterbrochen, um Nguema von ihnen abzuschneiden<sup>1704</sup> und ihn empfänglicher für die

<sup>1699</sup> Vizepräsident für Seeverkehr Wißmann – Direktion Seeverkehr und Hafenwirtschaft (Deutsche Seereederei Rostock) an Abteilungsleiter Kern – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 13. November 1970, PA AA, MfAA, C 1103/78, Fiche 1, S. 33.

<sup>1700</sup> Referatsleiter Eger – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 15. Mai 1970, PA AA, AA, B34, 800.

<sup>1701</sup> Referatsleiter Eger – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Staatssekretär Frank (Auswärtiges Amt), 13. Mai 1970, PA AA, AA, B34, 800.

<sup>1702</sup> Vizepräsident für Seeverkehr Wißmann – Direktion Seeverkehr und Hafenwirtschaft (Deutsche Seereederei Rostock) an Abteilungsleiter Kern – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 13. November 1970, PA AA, MfAA, C 1103/78, Fiche 1, S. 33.

<sup>1703</sup> Vizepräsident für Seeverkehr Wißmann – Direktion Seeverkehr und Hafenwirtschaft (Deutsche Seereederei Rostock) an Abteilungsleiter Kern – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 13. November 1970, PA AA, MfAA, C 1103/78, Fiche 1, S. 33.

<sup>1704</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun an Auswärtiges Amt, 26. März 1969, PA AA, AA, B34, 800.

Belange der Oppositionspartei, die vor allem auf der Hauptinsel gewählt wurde, zu machen. Flugzeuge wurden angemietet und Medikamente erworben, um die medizinische Versorgung der Bevölkerung, die bislang Spanien sichergestellt hatte, zu übernehmen.<sup>1705</sup> Pleuger lieferte dem Staats- und Sicherheitsapparat Äquatorialguineas eine Vielzahl an Fahrzeugen<sup>1706</sup> und eine Druckerei zur Etablierung eines präsidentialen Propagandaapparates.<sup>1707</sup> Eine von Spanien unabhängige Funk- und Bankverbindung in die Bundesrepublik wurde aufgebaut<sup>1708</sup> und eigens für die geplanten Handelsgeschäfte mit dem Unternehmen Pleuger die *First Commercial Bank Santa Isabel* gegründet. Inhaberin war Frau Irmgard Pleuger, die Gattin des Unternehmers.<sup>1709</sup> Sie war auch bereits als künftige Wahlkonsulin Äquatorialguineas in der Bundesrepublik im Gespräch. Amtsräume in Bonn hatten Pleugers zu diesem Zweck schon angemietet. Nur aufgrund eines Einspruchs des Hamburger Senats kam die Ernennung letztlich nicht zustande.<sup>1710</sup> Dafür glückte eine erste Probelieferung Äquatorialguineas nach Hamburg über 2.000 t Rohkakao. Pleuger trat mit der ostdeutschen Handelsgesellschaft UNI-Africa in Kontakt und vereinbarte eine Rohkakao-Verschiffung von Santa Isabel nach Hamburg, von wo der Rohstoff an die interessierte Industrie weitergeleitet werden sollte.<sup>1711</sup> Um Kosten zu sparen, sollten die ostdeutschen Schiffe auf dem Rückweg von Pleuger für die Regierung Äquatorialguineas eingekaufte westdeutsche Waren transportieren. Pleuger rechnete damit, noch im Jahr 1970 auf diesem Weg einen Rohkakao-Import von 17.000 t zu Stande zu bringen.<sup>1712</sup>

Schon über dieses erste Geschäft kam es im Juli 1970 jedoch zum Streit. Zum einen zeigte es sich, dass unterschiedliche Vorstellungen bezüglich der Warenwerte bestanden. Pleuger war von einem Weltmarktpreis des Rohkakaos von 1.900 DM bis 2.000 DM pro Tonne ausgegangen, Nguema von einem angeblich 'vertraglich festgelegten' Preis von 3.000 DM pro Tonne. Zum anderen hatte Pleuger mit einem reinen Kompensationsgeschäft gerechnet, Staatspräsident Nguema jedoch mit einer Bezahlung in US-Dollar. Schließlich hatte der äquatorialguineische Staat zwar den Handel seines Landes an sich gezogen – um dessen Gewinne voll abschöpfen zu können –, nicht aber die

<sup>1705</sup> Steinwaller an Rohde (Auswärtiges Amt), 17. Juli 1970, PA AA, AA, B 68, 769.

<sup>1706</sup> Botschafter Lindeiner-Wildau (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 10. November 1970, PA AA, AA, B 68, 769.

<sup>1707</sup> Giffels (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 18. August 1970, PA AA, AA, B 68, 769.

<sup>1708</sup> Vizepräsident für Seeverkehr Wißmann – Direktion Seeverkehr und Hafenwirtschaft (Deutsche Seereederei Rostock) an Abteilungsleiter Kern – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 13. November 1970, PA AA, MfAA, C 1103/78, Fiche 1, S. 34.

<sup>1709</sup> Merkel (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 31. Juli 1970, PA AA, AA, B 68, 769.

<sup>1710</sup> Schmidt an Ministerbüro (Auswärtiges Amt), 24. Juli 1970, PA AA, AA, B 68, 769.

<sup>1711</sup> Vizepräsident für Seeverkehr Wißmann – Direktion Seeverkehr und Hafenwirtschaft (Deutsche Seereederei Rostock) an Abteilungsleiter Kern – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 13. November 1970, PA AA, MfAA, C 1103/78, Fiche 1, S. 33.

<sup>1712</sup> Abteilungsleiter Kern – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Vizepräsident für Seeverkehr Wißmann – Direktion Seeverkehr und Hafenwirtschaft (Deutsche Seereederei Rostock), 15. Dezember 1970, PA AA, MfAA, C 1103/78, Fiche 1, S. 30.

nationale Produktion. Die Kakaoplantagen gehörten mehrheitlich den auf der Insel lebenden Anhängern der Oppositionspartei. Nguema hatte erwartet, von Pleuger ausgezahlt zu werden. Von dieser Summe hätte er dann einen Teil als Handelsgewinn einbehalten und den Rest an die eigentlichen Rohkakao-Produzenten ausgezahlt. Erst im Anschluß hatte er bei Pleuger den Ankauf westdeutscher Waren in Auftrag geben wollen.

Um den Streit zu schlichten, sandte Pleuger im August seine Frau zu Gesprächen mit Vertretern Nguemas in die kamerunische Hafenstadt Douala. Dort angekommen, wandte sie sich sogleich an die dortige westdeutsche Vertretung und versuchte, das Auswärtige Amt zur Klärung der Angelegenheit hinzuzuziehen.<sup>1713</sup> Vor den Diplomaten machte Frau Pleuger die eigenen Mitarbeiter, die mittlerweile allesamt entlassen worden waren, für das Zustandekommen der Affäre verantwortlich. Die ehemaligen Mitarbeiter wandten sich wiederum direkt an das Auswärtige Amt und erklärten die Pleugers zu den wahren Schuldigen. Ein ehemaliger Mitarbeiter legte sogar schriftliche Beweise für das angebliche Fehlverhalten seines ehemaligen Dienstherrn vor und erklärte, dass Herr Pleuger dem Staat Äquatorialguinea seit April 1970 5,5 Mio. DM für 2.000 t Rohkakao schuldig geblieben sei.<sup>1714</sup> In einem an das Auswärtige Amt gerichteten Schreiben des ehemaligen Mitarbeiters hieß es:

*„Durch die undurchsichtigen Geschäftsverhältnisse gezwungen, und den bereits vorliegenden Verträgen mit Snr. [Señor] Marques [einem Mittelsmann des Kakaogeschäfts], bin ich mit meiner Frau nach Deutschland zurückgekehrt, um hier eine Klärung vorzunehmen. Der Rückflug geschah gleichzeitig aus Sicherheitsgründen, da die Firma Pleuger dem Staat Fernando Poo, seit April 1970, DM 5,5 Millionen für 2.000 t Kakao, noch zu zahlen hat. [...] Nach Einschaltung eines Rechtsanwaltes wurde ich fristlos entlassen wegen unerlaubtem Verlassen des Arbeitsplatzes und eine Schadensersatzklage erhoben von DM 25.000,--. [...] Alle Faktoren die ich angeführt habe, in Bezug auf Mentalität, politische Spannungen, kaufmännische Unerfahrenheit der Firma Pleuger sowie Landeserfahrung meinerseits, wurden nicht akzeptiert und die Meinung von Frau Pleuger 'alles ist in bester Ordnung' als Gegenargument in den Raum gestellt. [...] Es wird Sie vielleicht interessieren, daß Frau Marcussen, die persönliche Sekretärin von Frau Pleuger, die mit uns in Sta. Isabel war, gleich nach Rückkehr in Hamburg ebenfalls fristlos entlassen wurde. Da die ganze Firma Pleuger die Hand gegen sie hebt, sitzt diese Frau auch in einer Klemme da ein objektiver Situationsbericht fehlt.“*<sup>1715</sup>

Die westdeutsche Botschaft in Yaoundé und das Auswärtige Amt versuchten zunächst, den Streitfall als Privatangelegenheit der Pleugers abzutun, um die diplomatischen Beziehungen der

<sup>1713</sup> Merkel (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 31. Juli 1970, PA AA, AA, B 68, 769.

<sup>1714</sup> Tidow an Giffels (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun), 16. August 1970, PA AA, AA, B 68, 769.

<sup>1715</sup> Ebd.

Bundesrepublik zu Äquatorialguinea nicht unnötig zu belasten.<sup>1716</sup> Im Oktober wurde dann aber ein Geschäftspartner der Pleugers, Hans-Leonhard Steinwaller, der sich zur Klärung des Streitfalls nach Santa Isabel begeben hatte, auf der Insel festgehalten, was erstmals ein Eingreifen der westdeutschen Diplomatie erforderlich machte. Tatsächlich wurde Steinwaller nach einiger Zeit wieder freigelassen.<sup>1717</sup> Die kurzzeitige 'Freiheitsberaubung' zeigte im Auswärtigen Amt aber Folgen. Endlich begann man auch hier die Tragweite der Affäre zu erkennen und sich näher mit der Angelegenheit auseinanderzusetzen. Noch im Oktober hatte Pleuger gegenüber dem Auswärtiges Amt erklärt, dass er für eine Rohkakao-Lieferung im angeblichen Wert von 4 Mio. DM Kompensationsleistungen im Gegenwert von 4,7 Mio. DM erbracht habe.<sup>1718</sup> Im November sprach Pleuger dann schon von angeblich erbrachten Kompensationsleistungen in Höhe von 6,3 Mio. DM. Schriftliche Abmachungen, gar einen Handelsvertrag, konnte Pleuger dem Auswärtigen Amt allerdings nicht präsentieren. Beide Parteien hätten sich beim Abschluss des Geschäfts, so Pleuger, auf das einmal gegebene Wort ihres Handelspartners verlassen.<sup>1719</sup> Als Frau Pleuger dann 1971 der westdeutschen Öffentlichkeit ein von ihr geschriebenes Buch über die Affäre präsentierte, waren die schriftlich fixierten Geschäftsabschlüsse plötzlich doch noch aufgetaucht, so dass sie dem Band in Kopie beigegeben werden konnten.<sup>1720</sup> Das Auswärtige Amt<sup>1721</sup> und die Botschaft in Yaoundé<sup>1722</sup> waren aufgrund dieser 'Unregelmäßigkeiten' nur wenig gewillt, den Einlassungen Pleugers Glauben zu schenken. So schrieb der Leiter des Referats Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara im Auswärtigen Amt, Walter Haas, der westdeutschen Botschaft in Kamerun:

*„Ungewöhnliches Verhalten Pleugers, Liefergeschäft in derartigem Umfang nur mündlich abzuschließen, gibt Veranlassung zu vorsichtiger Beurteilung.“<sup>1723</sup>*

Im November reiste Frau Pleuger erneut zu Gesprächen nach Kamerun und dann, nachdem sie von der Regierung Nguema ein *sauf-conduit* erhalten hatte, nach Santa Isabel, um den Streitfall nun

<sup>1716</sup> Giffels (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 16. September 1970, PA AA, AA, B 34, 800.

<sup>1717</sup> Botschafter Lindeiner-Wildau (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 5. Oktober 1970, PA AA, AA, B 68, 769.

<sup>1718</sup> Referatsleiter Haas – Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun, 6. Oktober 1970, PA AA, AA, B 68, 769.

<sup>1719</sup> Botschafter Lindeiner-Wildau (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 10. November 1970, PA AA, AA, B 68, 769.

<sup>1720</sup> Pleuger, Irmgard: Das verrückteste Jahr meines Lebens, Hamburg 1971, S. 23.

<sup>1721</sup> Referatsleiter Haas – Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun, 6. Oktober 1970, PA AA, AA, B 68, 769.

<sup>1722</sup> Botschafter Lindeiner-Wildau (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 10. November 1970, PA AA, AA, B 68, 769.

<sup>1723</sup> Referatsleiter Haas – Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun, 6. Oktober 1970, PA AA, AA, B 68, 769.

endlich unter vier Augen zum Abschluss zu bringen. Doch die Geschichte nahm einen anderen Verlauf als von den Pleugers erhofft. In Santa Isabel angekommen, wurden Frau Pleuger ihre Papiere abgenommen und sie unter 'Inselarrest' gestellt, bis der Rohkakao bezahlt sei.<sup>1724</sup> Eine Summe von 5,7 Mio. DM stand mittlerweile zur Diskussion. Herr Pleuger machte sich sofort daran, eine Bankbürgschaft für Äquatorialguinea über 5,7 Mio. DM zu organisieren – die er allerdings mit seinen Lieferungen verrechnen wollte – und warb, für den Fall keiner gütlichen Einigung, schon einmal Söldner an, die seine Frau, als letzten Ausweg, gewaltsam von der Insel hätten befreien sollen.<sup>1725</sup> Auch das Auswärtige Amt begann nun, aktiv zu werden – nicht zuletzt, da die Pleuger-Affäre schon bald ihren Weg in die Schlagzeilen westdeutscher Zeitungen gefunden hatte. Der westdeutsche Botschafter in Kamerun, Hans-Gero Lindeiner-Wildau, traute sich zwar nicht selbst auf die Insel,<sup>1726</sup> ließ aber über einen seiner Mitarbeiter Nguema ein Schreiben überbringen, in dem er mit der öffentlichen Denunzierung des Präsidenten in den internationalen Medien drohte, sollte Frau Pleuger nicht unverzüglich freigelassen werden. Nach dessen Rückkehr berichtete Botschafter Lindeiner-Wildau dem Auswärtigen Amt:

*„Präsident Macias schwenkte sofort wutverzerrt das Schreiben des Herrn Botschafters, schrie, es handele sich um eine Drohung und Beleidigung eines Staatspräsidenten. Er stehe auf einer Ebene mit [dem Staatspräsidenten der Vereinigten Staaten, Richard] Nixon, [dem Staatspräsidenten Frankreichs, Georges] Pompidou[,] und [dem Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, Willy] Brandt, der Ton des Schreibens sei indiskutabel. Der Westen wolle ihn bedrohen und erpressen. Er könne auf das Schreiben nicht eingehen und wenn, dann nur mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Ihm sei gleichgültig, was wir der westlichen Presse übergäben und was sie schreibe, er werde in der östlichen Presse seine Darstellung und das Schreiben des Botschafters veröffentlichen. Es sei ein Skandal, dass seit 8 - 9 Monaten der Kakao nicht bezahlt worden sei. Ob das in Deutschland so üblich sei? Frau Pleuger könne sich frei bewegen und sei nicht verhaftet! Wenn die Botschaft die Zahlung garantiere, könne Frau Pleuger jederzeit fahren. Das ganze steigerte sich in Hasstiraden gegen Weisse und den Westen und wiederholte sich vielfach.“*<sup>1727</sup>

Macias verlangte die Bezahlung von 5,7 Mio. DM an die Kammer der Rohkakao-Produzenten Äquatorialguineas bis zum 31. März 1971.<sup>1728</sup> Unter Vortäuschung einer Krankheit seiner Frau und

<sup>1724</sup> Botschafter Lindeiner-Wildau (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 29. Dezember 1970, PA AA, AA, B 68, 769.

<sup>1725</sup> Botschafter Lindeiner-Wildau (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 23. Dezember 1970, PA AA, AA, B 68, 769.

<sup>1726</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun an Auswärtiges Amt, 26. Januar 1971, PA AA, AA, B34, 800.

<sup>1727</sup> Botschafter Lindeiner-Wildau (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 29. Dezember 1970, PA AA, AA, B 68, 769.

<sup>1728</sup> Botschafter Lindeiner-Wildau (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 29. Dezember 1970, PA AA, AA, B 68, 769.

nach Stellung einer Bankgarantie samt Bürgschaft über 5,7 Mio. DM, gültig ab dem 31. März, gelang es Herrn Pleuger schließlich, Mitte Januar 1971, seine Frau doch noch zu befreien.<sup>1729</sup>

Den Gedanken, das Geschäft doch noch zu einem für ihn günstigen Abschluss zu bringen, hatte Pleuger aber noch längst nicht aufgegeben. Da eine Verrechnung des 'Lösegelds' mit seinen Lieferungen in der Schwebe stand,<sup>1730</sup> setzte er nun darauf, sich die noch offenen Rechnungen vom westdeutschen Staat begleichen zu lassen. So erklärte er gegenüber der Führung des Auswärtigen Amtes, während der Affäre von ihren Mitarbeitern um *diplomatische Rücksichtnahme* gebeten worden zu sein.<sup>1731</sup> Da sei es nur billig, wenn das Auswärtiges Amt nun im Gegenzug auch die Kosten seiner Rücksichtnahme trage. Sollte sich das Amt weigern, würde er seinen Einfluss in den westdeutschen Medien geltend machen, um seinem Anliegen Gehör zu verschaffen.<sup>1732</sup> Als dies nichts half, versuchte er sogar, die Angelegenheit vor Gericht zu bringen.<sup>1733</sup> Im Auswärtiges Amt bemühte man sich, Pleugers Anschuldigungen zu ignorieren, da man nur mit weiteren Regressansprüchen rechnete,<sup>1734</sup> und beschränkte sich darauf, die Beziehungen zu Äquatorialguinea wieder zu normalisieren.<sup>1735</sup> Dafür war es aber bereits zu spät. Am 14. April 1971 trat der zentralafrikanische Staat in diplomatische Beziehungen mit der DDR.<sup>1736</sup> Die Pleuger-Affäre hatte bei dieser Entscheidung Nguemas eine maßgebliche Rolle gespielt. Er selbst führte diese Begründung gegenüber Steinwaller ins Feld, als Letzterer Santa Isabel im Winter 1971 einen erneuten Besuch abstattete.<sup>1737</sup>

Von der Aufrechterhaltung seiner Geschäftsbeziehungen zu Pleuger scheint Nguema allerdings weder die Affäre, noch die ihr folgende außenpolitische Weichenstellung abgehalten zu haben. Am 31. März 1971, nur drei Monate nach der Freilassung Frau Pleugers, meldete die Botschaft, dass Herr Pleuger bereits an einer Wiederaufnahme der Geschäftsbeziehungen arbeite.<sup>1738</sup> Noch im selben Jahr scheint dann eine Bezahlung der Lieferungen Pleugers,<sup>1739</sup> wohl in Rohkakao, erfolgt zu sein. 1974 exportierte Äquatorialguinea Rohkakao für 3,2 Mio. DM, 1975 für 1,6 Mio. DM in die

---

<sup>1729</sup> Strothmann (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 26. Februar 1971, PA AA, AA, B 1, 368.

<sup>1730</sup> Botschafter Lindeiner-Wildau (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 17. Februar 1971, PA AA, AA, B34, 800.

<sup>1731</sup> Generalkonsul Pleuger (Generalkonsulat Ghanas in der Bundesrepublik Deutschland) an Minister Scheel (Auswärtiges Amt), 22. Februar 1971, PA AA, AA, B 1, 368.

<sup>1732</sup> Hofmann (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 1. März 1971, PA AA, AA, B 1, 368.

<sup>1733</sup> Hecker (Auswärtiges Amt) an Dabs und Sellner, 12. August 1971, PA AA, AA, B 1, 368.

<sup>1734</sup> Strothmann (Auswärtiges Amt) an Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 9. Februar 1971, PA AA, AA, B34, 800.

<sup>1735</sup> Lindeiner-Wildau (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 17. Februar 1971, PA AA, AA, B34, 800.

<sup>1736</sup> Maier-Oswald (Auswärtiges Amt) an Büro des Staatssekretärs (Auswärtiges Amt), 22. April 1971, PA AA, AA, B34, 800.

<sup>1737</sup> Steinwaller an Minister Scheel (Auswärtiges Amt), 10. Januar 1972, PA AA, AA, B 1, 506.

<sup>1738</sup> Lindauer (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 31. März 1971, PA AA, AA, B 34, 800.

<sup>1739</sup> Steinwaller an Minister Scheel (Auswärtiges Amt), 10. Januar 1972, PA AA, AA, B 1, 506.

Bundesrepublik.<sup>1740</sup> Laut den Akten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten handelte es sich allerdings um 'größere Mengen' Rohkakaos,<sup>1741</sup> so dass davon auszugehen ist, dass sie außerhalb der offiziellen Handelsstatistiken oder über Drittstaaten verrechnet wurden, um Nguema sein Gesicht wahren zu lassen.

#### *d) Von Rostock an die Küsten Afrikas – Ostdeutscher Außenhandel in Afrika*

Teil der Infrastruktur des ostdeutschen Außenhandels im afrikanischen Raum war die Deutsche Seereederei Rostock. An ihr lässt sich gut die Expansion des ostdeutschen Warenverkehrs auf dem afrikanischen Kontinent nachvollziehen und aufzeigen, wie eng ostdeutsche Warenströme häufig mit dem westlichen – vor allem dem westdeutschen – Außenhandel zusammenhingen.

Der Volkseigene Betrieb Deutsche Seereederei Rostock war 1952 in Rostock, dem einzigen Überseehafen der DDR, gegründet worden. Ausgehend vom Motorschiff MS Vorwärts konnte seine Flotte bis 1957 auf 16 Motorschiffe ausgebaut werden.<sup>1742</sup> Zu Beginn der 1960er Jahre befuhren dann schon mehr als einhundert Schiffe in seinem Auftrag die Weltmeere. Das Hauptaugenmerk der Seereederei lag – zumindest offiziell – auf dem maritimen Transport von Gütern aus oder in die DDR, weshalb die Reederei eng mit dem ostdeutschen Speditionsunternehmen DEUTRANS zusammenarbeitete.<sup>1743</sup> Am 1. Januar 1970 wurde dann der Volkseigene Betrieb Deutfracht gegründet, der die Spezialschiffahrt der Seereederei, die Bereiche Kühlgut-, Massengut- und Tankschiffahrt, übernahm.<sup>1744</sup> Zum 1. Januar 1974 wurden Deutfracht und Seereederei dann erneut zum Volkseigenen Betrieb Kombinat Seeverkehr und Hafenwirtschaft – Deutfracht/Seereederei zusammengelegt.<sup>1745</sup> Weltweit war die Seereederei an den maritimen Handelsaktivitäten der DDR beteiligt und trug mit dazu bei, dass ostdeutsche Produkte auch in den zentralafrikanischen Raum gelangten und zentralafrikanische Rohstoffe der ostdeutschen Industrie zugeführt werden konnten. Die Deutsche Seereederei Rostock genoss dabei, wie die gesamte staatlich geführte sozialistische Schiffahrt, den Vorteil, dass neben der Erzielung von Gewinnen auch die Erwirtschaftung von Devisen zu ihren betriebswirtschaftlichen Zielen gehörte. Um Letzteres zu erreichen, war es ihr erlaubt – zumindest vorübergehend – ihre Gewinnerwartung künstlich herabzusetzen, weshalb den sogenannten westlichen 'Konferenzen' – Zusammenschlüssen der alteingesessenen

<sup>1740</sup> N'dumbe III. 1992, S. 238.

<sup>1741</sup> Geschäftsträger Wendlandt (Botschaft in der Republik Äquatorialguinea) an Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Sektion Nord- und Westafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 15. Februar 1976, PA AA, MfAA, C 1096/78, Fiche 1, S. 3-19.

<sup>1742</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Deutsche Seereederei Rostock, o.T. o.M. o.J., LA G, Rep. 251, 1111, S. 100.

<sup>1743</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Bezirksleitung Rostock (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 19. Februar 1962, LA G, Rep. 251, 1236.

<sup>1744</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Deutsche Seereederei Rostock, o.T. o.M. o.J., LA G, Rep. 251, 1129.

<sup>1745</sup> Informationsbulletin der Direktion Seeverkehr und Hafenwirtschaft (Deutsche Seereederei Rostock), 26. Oktober 1973, LA G, Rep. 251, 924.



Schiffahrtsgesellschaften, die regelmäßig auf gemeinsamen Konferenzen ihre Frachtraten festlegten, um sich unliebsame Mitbewerber vom Leib zu halten – in ihr eine ernst zu nehmende Konkurrenz erwuchs. Schon früh begann die Seereederei, reguläre Liniendienste aufzubauen. Die erste reguläre Linie wurde zur Beginn der 1950er Jahre zur Sowjetunion eingerichtet.<sup>1746</sup> In den folgenden Jahren wurde das Liniennetz der Seereederei dann um Dienste nach Ost- und Westeuropa, den Fernen Osten, sowie Mittel- und Südamerika ergänzt.<sup>1747</sup> Außerdem wurden Gemeinschaftslinien mit den Reedereien anderer sozialistischer Staaten eingerichtet. Doch erwies sich die Zusammenarbeit mit den Reedereien der sozialistischen Bruderstaaten – im Wesentlichen handelte es sich um polnische<sup>1748</sup> und sowjetische Reedereien – als schwierig, da diese stets das Monopol auf den Transport von Gütern aus und nach ihren Heimathäfen für sich reklamierten.<sup>1749</sup> Hinzu kamen Fahrten in Kooperation mit und für westliche Unternehmen, sowie sogenannte 'Tramp-Fahrten', bei denen Schiffe der Seereederei sich ihre Routen frei nach den gewinnbringendsten Ladungen, Start- und Zielhäfen suchten. Alle Seegebiete, die mit den Linien, Gemeinschaftslinien, Kooperationen und Tramp-Fahrten der Seereederei nicht bedient werden konnten, wurden mit Schiffen des schwedischen Broström Konzerns angesteuert, zu dem die Seereederei, eigens zu diesem Zweck, einen ständigen Zubringerdienst einrichtete.<sup>1750</sup> Den Im- und Exportbedarf der Außenwirtschaft und des Außenhandels der DDR konnten die Seereederei und der Überseehafen Rostock jedoch kaum befriedigen. Noch 1960 wurde rund ein Viertel sämtlicher ostdeutscher Importe nicht über die Seereederei, sondern über westliche Reedereien angeliefert – hiervon ein Drittel sogar über westdeutsche Reedereien.<sup>1751</sup> In den folgenden Jahrzehnten sollte sich an dieser Aufteilung der ostdeutschen Transportströme nur wenig ändern.

Afrika spielte in den Aktivitäten der Deutschen Seereederei Rostock nur eine untergeordnete Rolle. Mit rund 850 Mitarbeitern stand die Afrikaschiffahrt der Seereederei hinter derjenigen in Asien und Amerika mit 2.139 Mitarbeitern und derjenigen auf der Nord- und Ostsee mit 1.103 Mitarbeitern in der Personalausstattung klar zurück.<sup>1752</sup> Doch war die Seereederei durchaus an einem Ausbau ihres Afrikadienstes interessiert. Dies zeigt nicht zuletzt die Tatsache, dass die Seereederei eigens für ihr Afrikageschäft bei den ostdeutschen Werften einen neuen Schiffstyp in Auftrag geben ließ. Der

<sup>1746</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Bezirksleitung Rostock (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 19. Februar 1962, LA G, Rep. 251, 1236, S. 1.

<sup>1747</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Bezirksleitung Rostock (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 19. Februar 1962, LA G, Rep. 251, 1236, S. 1-2.

<sup>1748</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Deutsche Seereederei Rostock, o.T. o.M. o.J., LA G, Rep. 251, 478.

<sup>1749</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Deutsche Seereederei Rostock, 20. Juli 1972, LA G, Rep. 251, 482.

<sup>1750</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Bezirksleitung Rostock (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 19. Februar 1962, LA G, Rep. 251, 1236.

<sup>1751</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Deutsche Seereederei Rostock, o.T. o.M. o.J., LA G, Rep. 251, 1109.

<sup>1752</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Deutsche Seereederei Rostock, o.T. o.M. o.J., LA G, Rep. 251, 498.

neue Frachtschiffstyp *Afrika* besaß einen flachen Kiel und nur geringen Tiefgang.<sup>1753</sup> Die meisten afrikanischen Häfen waren für die Handelsflotte der DDR zu flach gewesen. Auch eine eigene Infrastruktur wurde von der Seereederei in Afrika installiert. Feste Stützpunkte für die Informationsbeschaffung, den Ankauf von Landesprodukten und die Optimierung der Verschiffung wurden 1958 in der Vereinigten Arabischen Republik, 1964 in der Republik Ghana, 1966 in der Bundesrepublik Tansania, 1968 in der Bundesrepublik Nigeria und 1971 in der Sudanesischen Sozialistischen Union – möglicherweise auch in der Republik Algerien – aufgebaut.<sup>1754</sup> Darüber hinaus steuerte aber auch der westdeutsche Afrika-Verein in Hamburg immer wieder wertvolle Informationen bei, die der Seereederei von Nutzen waren.<sup>1755</sup>

Drei Afrikalinien wurden von der Seereederei bis 1975 in Dienst gestellt. Die erste Linie wurde 1958, in Gemeinschaft mit der nationalen Schifffahrtsgesellschaft der Vereinigten Arabischen Republik und der sowjetischen *Baltic Shipping Company*, eingerichtet.<sup>1756</sup> Ihren Endpunkt bildete Alexandria. In den folgenden Jahren wuchs der ostdeutsche Handelsverkehr mit dem gesamten nordafrikanischen Raum kontinuierlich an, so dass nach 1975 noch eine vierte Afrikalinie nach Algerien und eine fünfte Afrikalinie nach Tunesien eingerichtet werden mussten.<sup>1757</sup>

Der dritte Liniendienst aber wurde bereits 1962 nach Ostafrika eingerichtet. Ursprünglich hatte es sich hierbei um eine Linie für den Direktverkehr mit der Republik Südafrika gehandelt, die nebenbei auch einige arabische Häfen anlaufen sollte. Schon bald hatte der Handel mit den arabischen Staaten aber die Oberhoheit gewonnen. 51,5% der Güter aus dem europäischen Raum gingen an arabische Häfen am Roten Meer, 13,3% an ostafrikanische und 33,5% an südafrikanische Häfen. Auf dem Rückweg wurden die Frachträume dann mehrheitlich mit Gütern der Republik Südafrika befüllt.<sup>1758</sup> 1963 musste die Linie aus politischen Gründen verkürzt werden. In den Vereinten Nationen begann sich Widerstand gegen das Apartheidsregime der Republik Südafrika zu formieren. Keinesfalls wollte Ost-Berlin, nun da die Vereinten Nationen das Apartheidsregime öffentlich verdammt, als dessen Handelspartner in Erscheinung treten.<sup>1759</sup> Endpunkt war nun ein Hafen der Republik Tanganjika oder der portugiesischen Überseeprovinz Mosambik. Doch auch wenn die Verkürzung der Route für den Liniendienst nach Ostafrika einige Einbußen mit sich brachte, war das Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel davon überzeugt, diesem Teil

---

<sup>1753</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Deutsche Seereederei Rostock, o.T. o.M. o.J., LA G, Rep. 251, 1452.

<sup>1754</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Deutsche Seereederei Rostock, o.T. o.M. o.J., LA G, Rep. 251, 1557, S. 24-26.

<sup>1755</sup> Direktor Prill (Flottenbereich Linien Afrika) an Deutsche Seereederei Rostock, 23. April 1971, LA G, Rep. 251, 348.

<sup>1756</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Bezirksleitung Rostock (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 19. Februar 1962, LA G, Rep. 251, 1236, S. 1.

<sup>1757</sup> Aus: <http://www.ms-altmark-dsr.com/countries/routenaltmark.html> vom 01.03.2012.

<sup>1758</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Deutsche Seereederei Rostock, o.T. o.M. o.J., LA G, Rep. 251, 1101.

<sup>1759</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Deutsche Seereederei Rostock, o.T. o.M. o.J., LA G, Rep. 251, 550, S. 41.

Afrikas eine große Zukunft für den Außenhandel mit Ostdeutschland vorhersagen zu können. 1964 hieß es in einem internen Schreiben der Seereederei:

*„Seitens des Außenhandels wird geschätzt, daß das Gebiet in Ostafrika für die Zukunft eine große Entwicklung in den Außenhandelsplänen der DDR bringen wird.“<sup>1760</sup>*

Doch scheint das Ministerium die Macht der im ostafrikanischen Raum operierenden Konferenz und der nationalen afrikanischen Handelsflotten erheblich unterschätzt zu haben.<sup>1761</sup> Flottenbereichsdirektor Prill berichtete 1971 in der Retrospektive über das Vorgehen der Konferenz gegenüber dem Geschäftspartner der Seereederei in Tansania:

*„Offensichtlich auf Drängen der Konferenz wurde Intrata – damalige DSR-Agentur [Agentur der Deutsche Seereederei Rostock] in Dar es Salaam und gleichzeitig wichtigster Ablader – im Juli 1966 gezwungen, den Agenturvertrag mit der DSR zu kündigen und die Nationale Linie [der Bundesrepublik Tansania] zu übernehmen.“<sup>1762</sup>*

Alle Ladung, die ursprünglich für Schiffe der Deutschen Seereederei Rostock vorgesehen gewesen war, wurde nun auf Schiffe des nationalen tansanischen Liniendienstes verfrachtet.<sup>1763</sup> Um dieser Konkurrenz begegnen zu können, musste die Seereederei in Ostafrika neue Wege gehen. 1967 legten sie und die *Polish Ocean Lines* ihre Ostafrikalinien zur Gemeinschaftslinie *Baltafrika* zusammen.<sup>1764</sup> Auf diese Weise gelang es ihnen 1969 tatsächlich, in den ostafrikanischen Transportmarkt einzubrechen und der eingesessenen Konferenz im Bereich der Kaffeebohnen Transporte einen erheblichen Schlag zu bereiten.<sup>1765</sup> Die westdeutsche Fisser Linien-Agentur berichtete 1969 über den Erfolg der sozialistischen Gemeinschaftslinie:

*„Wie inzwischen auch verschiedentlich in der Presse veröffentlicht wurde, sind zwischen den Firmen Maxwell, Nestle und Lyons und dem Baltafrika-Service der DSR/POL [Deutsche Seereederei Rostock/Polish Ocean Lines] langfristige Kontrakte zu einer günstigen Rate geschlossen worden hinsichtlich Kaffeeverladungen ab 1.4.69 ab Ostafrika nach UK [United Kingdom].“<sup>1766</sup>*

---

<sup>1760</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Verkehrsdirektion (Deutsche Seereederei Rostock), 25. April 1964, LA G, Rep. 251, 550.

<sup>1761</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Deutsche Seereederei Rostock, o.T. o.M. o.J., LA G, Rep. 251, 644, S. 2.

<sup>1762</sup> Flottenbereichsdirektor Prill – Linien Afrika (Deutsche Seereederei Rostock) an H.C. Röver, 23. April 1971, Rep. 251, 348, S. 100.

<sup>1763</sup> Flottenbereichsdirektor Prill – Linien Afrika (Deutsche Seereederei Rostock) an H.C. Röver, 23. April 1971, Rep. 251, 348, S. 100.

<sup>1764</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Deutsche Seereederei Rostock, o.T. o.M. o.J., LA G, Rep. 251, 482, S. 37.

<sup>1765</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Deutsche Seereederei Rostock, o.T. o.M. o.J., LA G, Rep. 251, 362, S. 23.

<sup>1766</sup> Fisser Linien-Agenturen an Büttler & Cie, 7. März 1969, LA G, Rep. 251, 362, S. 30.

Der zentralafrikanische Raum wurde 1961, über die zweite Afrikalinie der Seereederei, deren Fokus allerdings nicht auf Zentral-, sondern auf Westafrika lag, in den Linienbetrieb der Reederei integriert.<sup>1767</sup> Im zentralafrikanischen Raum verfügte die Deutsche Seereederei Rostock zur Waren- und Informationsbeschaffung über Agenturen in der Gabunischen Republik, der Republik Äquatorialguinea, der Bundesrepublik Kamerun, der Demokratischen Republik Kongo und der Republik Kongo.<sup>1768</sup> Die Westafrikalinie wurde von Anfang an in Kooperation mit der Polish Ocean Lines und der *Polska Żegluga Morska* als Gemeinschaftslinie unter dem Namen *United West African Service* betrieben.<sup>1769</sup> Im Jahr 1972 trat der Gemeinschaftslinie noch die sowjetische *Estonian Shipping Company* bei.<sup>1770</sup>

Drei feste Routen des Westafrikadienstes bildeten sich im Laufe der Zeit heraus. Eine Nordroute verlief über die Republiken Guinea, Sierra Leone, Liberia, Elfenbeinküste und Ghana. Auf einer Südroute wurden Häfen des Königreichs Marokko, der spanischen Überseeprovinz Kanarische Inseln, der Republiken Guinea, Sierra Leone, Liberia, Elfenbeinküste, Ghana, Togo, Benin, der Bundesrepubliken Nigeria und Kamerun, der Demokratischen Republik Kongo und der Republik Kongo angesteuert. Die dritte Route war eine Expressroute, die – aufgrund des hohen Frachtaufkommens – die Bundesrepublik Nigeria direkt ansteuerte.<sup>1771</sup> Daneben wurden zwei Schiffe unregelmäßig zwischen Rostock und der Republik Guinea eingesetzt, die sich an der Sicherung der Bananenversorgung der DDR, der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik beteiligten.<sup>1772</sup> Zu den wichtigsten europäischen Frachtgütern der Seereederei zählten Konsum-, in begrenztem Umfang auch Investitionsgüter. Bei der afrikanischen Fracht lag der Schwerpunkt auf pflanzlichen Rohstoffen, vor allem auf Rohholz, Kakao und Bananen.<sup>1773</sup>

Der größte Teil der auf der Westafrikalinie beförderten Fracht war nicht für die DDR, sondern für das westliche – vor allem das westdeutsche – und das sozialistische – vor allem das polnische und das tschechoslowakische – Ausland bestimmt.<sup>1774</sup> Im Schnitt landeten lediglich 20% der über die Westafrikalinie transportierten Güter auf dem ostdeutschen Markt.<sup>1775</sup> Allein in der Republik

<sup>1767</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Deutsche Seereederei Rostock, o.T. o.M. o.J., LA G, Rep. 251, 478.

<sup>1768</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Deutsche Seereederei Rostock, o.T. o.M. o.J., LA G, Rep. 251, 250, S. 18-25.

<sup>1769</sup> Wever (Botschaft in der Republik Guinea) an Auswärtiges Amt, 6. Juni 1962, PA AA, AA, B 38, 105.

<sup>1770</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Deutsche Seereederei Rostock, 20. Juli 1972, LA G, Rep. 251, 482.

<sup>1771</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Deutsche Seereederei Rostock, o.T. o.M. o.J., LA G, Rep. 251, 482, S. 21.

<sup>1772</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Deutsche Seereederei Rostock, 19. Februar 1962, LA G, Rep. 251, 1236.

<sup>1773</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Deutsche Seereederei Rostock, o.T. o.M. o.J., LA G, Rep. 251, 702.

<sup>1774</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Deutsche Seereederei Rostock, o.T. o.M. o.J., LA G, Rep. 251, 1236, S. 3.

<sup>1775</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Verkehrsdirektion (Deutsche Seereederei Rostock), 25. April 1964, Rep. 251, 550, S. 151.

Äquatorialguinea war die Seereederei für westdeutsche,<sup>1776</sup> holländische<sup>1777</sup> und spanische<sup>1778</sup> Handelsunternehmen im Einsatz.

Gleichzeitig mussten erhebliche Teile der für den ostdeutschen Markt bestimmten Fracht über westliche Linien transportiert werden, da die Schiffe der Seereederei für einen effizienten Transport vieler afrikanischer Produkte, beispielsweise von Tropenhölzern, die einer speziellen Lagerung bedurften,<sup>1779</sup> nicht ausgerüstet waren. Auch die für eine Bedienung der gesamten ostdeutschen Wirtschaft ungenügende Infrastruktur des Überseehafens Rostock trug dazu bei, dass die Abhängigkeit des ostdeutschen Afrikahandels von westdeutschen Linien und Häfen nie gelöst werden sollte. Allein der Volkseigene Betrieb Holz + Papier bezog jährlich 50.000 t Tropenholz aus Westdeutschland. Die Leitung der Deutschen Seereederei Rostock bemerkte hierzu:

*„Bei unserem Bestreben auch diese Mengen für unseren Liniendienst zu gewinnen, stellte sich heraus, daß die Ablader[,] meistens westdeutsche Firmen[,] derart stark konferenzgebunden sind, daß es auch für das Jahr 1971 sehr schwierig sein wird, diese Importe für die DSR [Deutsche Seereederei Rostock] zu gewinnen. Im positiven Falle sollten diese Mengen dann in Rostock gelöscht werden und nun kommt eine weitere Schwierigkeit hinzu, der Seehafen Rostock ist nicht in der Lage, solche Jahresmengen umschlagsmäßig abzuwickeln. Weder im direkten Umschlag[,] wegen Mangel an Spezialwaggons der Deutschen Reichsbahn[,] noch in Überlagernahme[,] wegen Fehlens geeigneter Lagerkapazität.“<sup>1780</sup>*

Fehlende Schiffs-, Lager- und Transportkapazitäten – dies zeigen die Akten der Deutschen Seereederei Rostock deutlich – machten eine enge Verzahnung des ost- und des westdeutschen Außenhandels erforderlich – mit entsprechenden Auswirkungen auf die deutsch-deutschen Handelsstatistiken. Auch dies gilt es zu berücksichtigen, will man den Anteil des Afrikahandels der DDR am ostdeutschen Globalhandel bestimmen.

#### *e) Zwischenfazit*

Der deutsche Außenhandel im zentralafrikanischen Raum umfasste Importe von pflanzlichen und

<sup>1776</sup> Vizepräsident für Seeverkehr Wißmann – Direktion Seeverkehr und Hafenwirtschaft (Deutsche Seereederei Rostock) an Abteilungsleiter Kern – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 13. November 1970, PA AA, MfAA, C 1103/78, Fiche 1, S. 33.

<sup>1777</sup> Geschäftsträger Knoch (Botschaft in der Republik Äquatorialguinea) an Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 6. Juli 1973, PA AA, MfAA, C 1118/78, Fiche 1, S. 9.

<sup>1778</sup> Geschäftsträger Wendlandt (Botschaft in der Republik Äquatorialguinea) an Sektionsleiter Böttger – Sektion Nord- und Westafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Abteilung Westafrika II (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Botschaft in der Bundesrepublik Nigeria, 17. September 1975, PA AA, MfAA, C 1100/78, Fiche 2, S. 109.

<sup>1779</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Deutsche Seereederei Rostock, 25. August 1972, LA G, Rep. 251, 628.

<sup>1780</sup> Deutsche Seereederei Rostock an Deutsche Seereederei Rostock, 26. Januar 1971, LA G, Rep. 251, 348.

mineralischen Rohstoffen, sowie von Energieträgern. Seine Exporte setzten sich aus Konsum- und Investitionsgütern, aus Waffen und militärischer Ausrüstung, sowie aus Dienstleistungen zusammen.

Das deutsche Handelsvolumen im zentralafrikanischen Raum nahm zwar kontinuierlich zu, blieb allerdings in seinem Wachstum hinter dem durchschnittlichen Anstieg des deutschen Globalhandels zurück. Doch wird bei diesem Volumen lediglich der Direkthandel berücksichtigt, die Möglichkeit des Handels über Drittstaaten gänzlich ignoriert. Der Handel mit zentralafrikanischen Staaten über europäische Drittstaaten bot die Möglichkeit, Europas unausgeglichene Handelsbilanzen durch statistische Simplifizierungen zumindest theoretisch anzunähern. Indirekt trug der deutsche Afrikahandel damit auch zum europäischen Wirtschafts- und Finanzaufschwung – und zum berühmten deutschen Wirtschaftswunder – bei. Desweiteren muss die Möglichkeit fehlerhafter statistischer Erhebungen stärker in die Überlegungen zum Volumen des deutschen Afrikahandels einfließen.<sup>1781</sup> Deutlich höhere Volumina und Wachstumsraten sind für den deutschen Afrikahandel, bei ausreichender Berücksichtigung dieser beiden Faktoren, zu erwarten.

Den zentralafrikanischen Staatsführungen bot sich über den Handel mit BRD und DDR die Möglichkeit, ihr Staatsbudget aufzubessern. Abgaben und Zölle auf Im- und Exporte machten einen erheblichen Teil ihrer Haushalte aus und sie damit unabhängiger von den ohnehin schon bescheidenen direkten und indirekten Steuerabgaben ihrer Staatsbürger.

Der westdeutsche Handel mit Zentralafrika konnte von über 350 Mio. DM Ende der 1950er Jahre auf 1,5 Mrd. DM im Jahr 1975 gesteigert werden. Außenhandelsunternehmen wurde dabei zunehmend, über den Weg des Kompensationsgeschäftes, von Außenwirtschaftsunternehmen verdrängt, die sich ihre Im- und Exportmärkte eigenständig zu erschließen suchten.

Der ostdeutsche Außenhandel mit Zentralafrika, dessen Umfang und Zusammensetzung sich vor allem für dessen Frühphase nur dürftig rekonstruieren lässt, stieg von geschätzten 5 bis 10 Mio. DM um 1960 auf umgerechnet rund 240 Mio. DM um 1976. Der größte Teil, weit über 90%, des Wertes von 1976, entfiel dabei auf den Handel mit der Volksrepublik Angola.<sup>1782</sup> Im Gegensatz zur Entwicklung in Westdeutschland konnten sich die Außenhandelsbetriebe hier gegen die Außenwirtschaftsbetriebe behaupten.

In engem Zusammenhang mit diesem Ausbau der deutschen Im- und Exporte standen, neben den bereits erwähnten Investitionen der Außenwirtschaft, die Aktivitäten der deutschen

---

<sup>1781</sup> Grosche, Günter, Rolf Lehmann-Richter: Die Gewinne aus deutschen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern. Eine empirische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der reinvestierten Gewinne. Düsseldorf 1970, S. 6.

<sup>1782</sup> Winrow 1990, S. 58. Der Wert wird in der Sekundärliteratur mit 240 Mio. VM angegeben. Der Wechselkurs lag über den gesamten Zeitraum bei ca. 1 DM : 1 VM. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 240 Mio. DM.

Finanzinstitutionen und Investoren. Auch diese sollen deshalb im folgenden Abschnitt noch kurz vorgestellt werden.

Exkurs: Investitionen und Finanztransaktionen ...

#### a) ... in Afrika

Auch deutsche Banken und Investitionsgesellschaften waren in Afrika in erheblichem Umfang tätig – zumindest, sofern sie aus der Bundesrepublik stammten.

Geographischer Schwerpunkt der westdeutschen Finanzaktivitäten war die Republik Südafrika, in der bundesdeutsche Banken und Versicherungsgesellschaften sogar Tochtergesellschaften unterhielten, die sich, im Gegensatz zu ihren Unternehmungen in anderen afrikanischen Staaten, vollständig in ihrem Besitz befanden. So besaß die Dresdner Bank 100% der *Dresdner Office Service* und der *Nine Kent Road Dunkel West* in Johannesburg. Die Allianz hielt 100% der Anteile der *Allianz of South Africa* und der *Allianz Insurance* in Johannesburg. Und die Münchener Rückversicherung verfügte über 100% der Anteile der *Munich Reinsurance Company of South Africa*. In den übrigen afrikanischen Staaten hielten westdeutsche Akteure eher geringe Anteile an ausländischen Finanzgesellschaften.

Ein Schwerpunkt der Aktivitäten des westdeutschen Finanzsektors lag auf der Stützung der bundesdeutschen Handelsaktivitäten, wozu er Exportkredite an westdeutsche Außenwirtschafts- und Außenhandelsunternehmen vergab.<sup>1783</sup> Ein weiterer Schwerpunkt lag im Kapitalexport. Hatte sich der westdeutsche Kapitalmarkt zu sehr aufgebläht, wie es zu Beginn der 1960er und dann nochmals zu Beginn der 1970er Jahre der Fall war, dienten Geldanlagen in Afrika als Ablassventil, um eine Inflation in der Bundesrepublik zu verhindern.<sup>1784</sup> Vor allem in den 1970er Jahren gewann dieser Schwerpunkt erheblich an Bedeutung. Die Lösung des US-Dollar vom Goldstandard im Jahr 1971 – über welche die Regierung von Staatspräsident Richard Nixon die Fortsetzung des Vietnam-Kriegs finanzieren zu können glaubte –, führte zu einer Abwertung der amerikanischen Währung und löste in den Vereinigten Staaten eine Wirtschaftskrise aus. In deren Folge brach das Weltwährungssystem auseinander. Bisherige Anleger in US-Dollar suchten ihr Heil nun im Ankauf europäischer Währungen und Investitionen in europäische Unternehmen. Diese Geldschwemme konnte von den europäischen Volkswirtschaften jedoch kaum aufgesogen werden und so entschieden die

---

<sup>1783</sup> Peschke, Doris: Geld für die Apartheid in Südafrika und Namibia. In: Pater, Siegfried, Gert Eisenbürger (Hrsg.): Geld für die Welt. Bundesdeutsche Banken und Dritte Welt. Bornheim-Merten 1987, S. 116-126, hier S. 116.

<sup>1784</sup> Ferreira 1975, S. 19.

europäischen Regierungen, „Off-Shore-Bankplätze“ als Auffanglager für die Flut an Geld zu errichten, über die das überschüssige Kapital als Kredit mit besonders günstigen Konditionen an Entwicklungsländer abgeführt werden sollte.<sup>1785</sup> Auch für westdeutsche Banken und Investoren – sowie die Außenwirtschaft und den Außenhandel der Bundesrepublik – sollten sich die 1970er Jahre *deshalb* zum Höhepunkt ihrer bisherigen Investitionstätigkeit entwickeln.<sup>1786</sup> Viele dieser Kredite erreichten allerdings nie die afrikanische Privatwirtschaft, sondern wurden lediglich zur Abzahlung bereits laufender Kredite, welche die afrikanischen Regierungen bei europäischen Staaten aufgenommen hatten, genutzt.<sup>1787</sup> Die europäischen Geschäftsbanken, darunter auch viele westdeutsche Geldinstitute, wurden so innerhalb relativ kurzer Zeit zu den Hauptgläubigern der Regierungen der sogenannten 'Entwicklungsländer'.<sup>1788</sup>

Banken und Gesellschaften der DDR scheinen sich demgegenüber – zumindest bis 1975 –, bei Investitionen in Afrika um Zurückhaltung bemüht zu haben.<sup>1789</sup>

#### *b) Westdeutsche Investitionen und Finanztransaktionen in Zentralafrika*

Im zentralafrikanischen Raum konzentrierte sich das Engagement westdeutscher Banken, Finanziers und Investoren auf den Einkauf in das zentralafrikanische Bankennetz und den Kapitalexport in renditestarke Anlageobjekte.

Westdeutsche Kreditinstitute waren für gewöhnlich in geringem Umfang direkt – über Einkäufe von 5 bis 10 % der Aktienbestände des jeweiligen Finanzinstituts – an afrikanischen Banken beteiligt. Der Erwerb größerer Anteile war nicht erforderlich, da die Einkäufe für gewöhnlich nur die Bereitschaft afrikanischer Banken, Kredite zur Zwischenfinanzierung von Handelsgeschäften mit der Bundesrepublik zu vergeben, sicherstellen sollten. In den Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas und Kamerun waren die Deutsche Bank an der *Société Camerounaise de Banque*,<sup>1790</sup> der *Union Gabonaise de Banque*,<sup>1791</sup> und der *Banque Commerciale Congolaise*,<sup>1792</sup> die Bayerische Vereinsbank an der *Société Générale de Banques au Cameroun*<sup>1793</sup> und der *Société*

<sup>1785</sup> Milke, Klaus: Die Deutsche Bank und die Dritte Welt. In: Pater, Siegfried, Gert Eisenbürger (Hrsg.): Geld für die Welt. Bundesdeutsche Banken und Dritte Welt. Bornheim-Merten 1987, S. 36-50, hier S. 43.

<sup>1786</sup> Schultz 1980, S. 200.

<sup>1787</sup> Milke 1987, S. 36-50, hier S. 44.

<sup>1788</sup> Ebd., hier S. 44 f.

<sup>1789</sup> Allerdings liegen bislang auch noch keine wissenschaftlichen Arbeiten zur Auslandsarbeit ostdeutscher Finanzinstitutionen in Afrika vor. Die Aussage könnte sich in den kommenden Jahren also durchaus noch als falsch herausstellen.

<sup>1790</sup> Botschaft in der Vereinigten Republik Kamerun an Auswärtiges Amt, 1. Februar 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108278.

<sup>1791</sup> Theierl (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) an Referat Deutsche Ostfragen (Auswärtiges Amt), 29. Juni 1967, PA AA, AA, B 68, 622.

<sup>1792</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 15. Juni 1973, PA AA, MfAA, C 6195, Fiche 1, S. 61-62.

<sup>1793</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun an Auswärtiges Amt, 22. Februar 1963, PA AA, AA, B 68, 196.



*Générale de Banques au Congo*,<sup>1794</sup> sowie die Bremer Landesbank an der *Banque Camerounaise de Développement* beteiligt. Im Fall Letzterer betrug die nachweisbare Beteiligung zwar nur 1%,<sup>1795</sup> dafür entsandte die Landesbank aber 1961 eigens einen Vertreter zum Aufbau einer „Deutschlandabteilung“.<sup>1796</sup> Es war auch geplant, eine kamerunisch-westdeutsche Handelsbank aufzubauen und für die Heranbildung des erforderlichen Personalpools einige Kameruner Bankangestellte als 'Praktikanten' in der BRD zu holen und fortzubilden.<sup>1797</sup> Ob dieses Projekt realisiert wurde, lässt sich den eingesehenen Akten allerdings nicht entnehmen.

In der Demokratischen Republik Kongo war vor allem die Commerzbank aktiv. Sie verfügte über Anteile an der *Société Congolaise de Banque* – ganze 25% der Aktien dieser Bank befanden sich in ihrem Besitz<sup>1798</sup> –, an der *Société Financière de Développement*<sup>1799</sup> und an der *Société Congolaise de Financement et Développement*.<sup>1800</sup> Daneben waren die Norddeutsche Landesbank an der *Banque Internationale pour l'Afrique au Congo*<sup>1801</sup> und die Berliner Handelsgesellschaft an der bereits erwähnten *Société Congolaise de Banque* beteiligt. Die Handelsgesellschaft verfügte sogar über einen Posten im Aufsichtsrat der Bank.<sup>1802</sup> Unterstützung hatte sie hierbei von der belgischen *Banque Bruxelles Lambert* erfahren, die sich bemühte, die Beziehungen der Bank zu den Ländern des Gemeinsamen Marktes über europäische Kapitalverflechtungen zu festigen. Auch die französische *Banque Nationale pour le Commerce et l'Industrie* und die portugiesische *Banco Espirito Santo* hatten die Belgier für eine Beteiligung an der kongolesischen Bankgesellschaft gewinnen können.<sup>1803</sup>

Einige westdeutsche Banken verfügten darüber hinaus auch indirekt, über den Einkauf in andere europäische Kreditinstitute, über Teilhaberschaften an afrikanischen Banken. So partizipierten westdeutsche Kreditinstitute über ihre Beteiligung an der französischen *Banque National de Paris* –

<sup>1794</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 15. Juni 1973, PA AA, MfAA, C 6195, Fiche 1, S. 61-62.

<sup>1795</sup> Kreditanstalt für Wiederaufbau an Auswärtiges Amt und Bundesministerium für Wirtschaft und Bundesministerium für Finanzen und Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Bundesministerium für Verkehr und Bundesministerium für Post und Fernmeldewesen und Deutsche Bundesbank, 16. Februar 1971, PA AA, AA, B 68, 880.

<sup>1796</sup> Vorstand (Bremer Landesbank) an Auswärtiges Amt, 28. August 1961, PA AA, AA, B 68, 197.

<sup>1797</sup> Botschafter Thomsen (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 23. März 1961, PA AA, AA, B 68, 127.

<sup>1798</sup> Neumann (Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 27. November 1970, PA AA, AA, B 68, 775.

<sup>1799</sup> 54. AR-Sitzung an Auswärtiges Amt, 8. Oktober 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108384.

<sup>1800</sup> Paschke – Referat Afrika südlich der Sahara [Abteilung für Handelspolitik, Entwicklungspolitik und Europäische wirtschaftliche Integration] (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 13. März 1971, PA AA, AA, B 68, 888.

<sup>1801</sup> Gülstorff, S. 97.

<sup>1802</sup> Geschäftsinhaber Plotnitz (Berliner Handels-Gesellschaft) an Konsul Soehring (Konsulat in der belgischen Kolonie Belgisch-Kongo), 23. August 1958, PA AA, AA, B 34, 53.

<sup>1803</sup> Konsulat in der belgischen Kolonie Belgisch-Kongo an Auswärtiges Amt und Bundesministerium für Wirtschaft, 23. Mai 1958, PA AA, AA, B 68, 46.

rund 50% des Kapitals der *Banque National de Paris* befanden sich im Besitz westdeutscher und amerikanischer Banken<sup>1804</sup> – an einigen Banken in den Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas und Kameruns. Das Bankhaus C. G. Trinkaus & Co. hielt über die portugiesische Investitionsfirma *Sociedade de Administracao e Gestao de bens mobiliarios Atlantico* Anteile an der *Banco Comercial de Angola*.<sup>1805</sup>

Neben dem Einkauf in Bankgesellschaften taten sich die westdeutschen Banken, wie schon erwähnt, auch durch größere Investitionen hervor, um den übersättigten deutschen Kapitalmarkt zu entlasten. An Gebieten mit einem schwachen ökonomischen Potential war dabei lediglich die Dresdner Bank interessiert. Sie bemühte sich um die Finanzierung eines Staudammbaus in der Zentralafrikanische Republik<sup>1806</sup> und der Republik Kongo.<sup>1807</sup> Letztlich wurde aber keines der beiden Projekte mit deutschen Mitteln verwirklicht. Anders sah die Lage in Staaten mit einem großen ökonomischen Potential aus. In Angola führten die Frankfurter Deutsche Union Bank und die Hamburgische Landesbank zwei Bankenkonsortien an, welche die, bereits im vorletzten Abschnitt erwähnte, *Companhia Mineira do Lobito* 52,5 Mio. DM von einer Gesamtanleihe über 70 Mio. DM bei sich aufnehmen ließen. Außerdem kreditierten zwei Bankenkonsortien unter Führung der Dresdner Bank und der Commerzbank mit rund 221 Mio. DM den Bau des Kunene-Staudamms.<sup>1808</sup> In der Demokratische Republik Kongo war die Deutsche Bank seit Ende der 1950er Jahre in geringem Umfang an einigen belgischen Plantagen,<sup>1809</sup> den *Entreprises Agricoles et Industrielles de l'Équateur Afrique*<sup>1810</sup> und – so eine bereits an anderer Stelle erwähnte ostdeutsche Quelle – wahrscheinlich seit Anfang der 1960er Jahre mit rund 200 Mio. DM an der *Union Minière du Haut Katanga* beteiligt.<sup>1811</sup>

Eine ähnlich große Investitionsbereitschaft zeigten westdeutsche Banken im Kongo erst wieder in den 1970er Jahren. Eine Ausnahme bildete lediglich ein Kredit von 30 bis 50 Mio. DM, den 1964 der bekannte westdeutsche Finanzmakler Rudolf Münemann für Ministerpräsident Tshombé auftrieb.<sup>1812</sup> 1973 vergab ein deutsch-italienisch-britisches Bankenkonsortium dann, unter

<sup>1804</sup> Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 8. April 1972, PA AA, MfAA, C 919/74, Fiche 1, S. 22-28.

<sup>1805</sup> Ferreira 1975, S. 37.

<sup>1806</sup> Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik an Referat Afrika südlich der Sahara [Abteilung für Handelspolitik, Entwicklungspolitik und Europäische wirtschaftliche Integration] (Auswärtiges Amt), 13. Januar 1970, PA AA, AA, B 68, 1071.

<sup>1807</sup> Botschafter Sartorius (Botschaft in der Kongolesischen Republik) an Auswärtiges Amt, 6. Juli 1961, PA AA, AA, B 34, 301.

<sup>1808</sup> Ferreira 1975, S. 35-42.

<sup>1809</sup> Botschaft in der Republik Zaïre an Auswärtiges Amt, 5. August 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103051.

<sup>1810</sup> Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 22. Juli 1972, PA AA, MfAA, C 6252, Fiche 1, S. 16-47.

<sup>1811</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, A 17822, S. 5-9, hier S. 6.

<sup>1812</sup> Gülstorff 2007, S. 67 ff.

Beteiligung der Bayerischen Vereinsbank und der Bayerischen Staatsbank, einen Kredit über 200 Mio. DM an die Regierung Zaïres.<sup>1813</sup> Mitte der 1970er Jahre folgte ein weiterer größerer Kredit eines Bankenkonsortiums mit westdeutscher Beteiligung, diesmal unter Führung der Deutschen Bank, über 127 Mio. DM zur Finanzierung der Produktion von Schiffen für das kongolesische *Office National des Transports* durch die westdeutsche Werftunion.<sup>1814</sup>

Schließlich waren westdeutsche Banken und Finanziers auch über europäische Investitionsgesellschaften an der Entwicklung der zentralafrikanischen Wirtschaft beteiligt. So besaßen die Berliner Handelsgesellschaft<sup>1815</sup> und die Commerzbank Anteile an der französischen Holding-Gesellschaft *Société Financière pour les Pays d'Outre-Mer*, die vor allem in den frankophonen Staaten Afrikas operierte.<sup>1816</sup> 1964 hatten sie 15% der Anteile der Holding-Gesellschaft erworben.<sup>1817</sup> Die Deutsche Bank war, über die *Compagnie Financière Belge des Pétroles*, an der angolanischen *Petróleos de Angola*,<sup>1818</sup> über die belgische Holding-Gesellschaft *Société Financière de Transports et d'Entreprises Industrielles*, in Zaïre an der belgischen *Compagnie d'Outre-Mer pour l'Industrie et la Finance* in Zaïre<sup>1819</sup> und, gemeinsam mit der französischen *Banque de l'Indochine* und einigen weiteren europäischen Banken, an der westdeutsch-belgisch-britisch-französischen Investitionsgesellschaft Konsortium für die wirtschaftliche Nutzung Afrikas, die den Manganerzabbau im mittleren Kongo finanzierte,<sup>1820</sup> beteiligt. In der Republik Kongo war westdeutsches Kapital zudem über die französische staatliche Investmentgesellschaft *Entreprise de Recherches et d'Activités Pétrolières* in das französische Erdölunternehmen *Essence et Lubrifiants de France-Congo* investiert worden.<sup>1821</sup>

### c) Ostdeutsche Investitionen und Finanztransaktionen in Zentralafrika

Ostdeutsche Bankinstitute und Finanzierungsgesellschaften traten im zentralafrikanischen Raum praktisch überhaupt nicht in Erscheinung.

Lediglich bei der Zwischenfinanzierung von Handelsgeschäften waren sie bereit, in geringem

<sup>1813</sup> Brückner (Botschaft in der Republik Zaïre) an Auswärtiges Amt und Bundesministerium für Finanzen und Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, 14. April 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103052.

<sup>1814</sup> Botschafter Döring (Botschaft in der Republik Zaïre) an Dewitz (Bundesministerium für Wirtschaft), 28. Dezember 1974, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103050.

<sup>1815</sup> Elles (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 9. März 1962, PA AA, AA, B 68, 127.

<sup>1816</sup> Hellmann – Institut für Ökonomik der Entwicklungsländer (Hochschule für Ökonomie Bruno Lauschner) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 9. Juni 1973, PA AA, MfAA, C 1412/78, Fiche 1, S. 1-96.

<sup>1817</sup> Vgl.: [http://rhein-main.es/frankfurt\\_commerzbank.htm](http://rhein-main.es/frankfurt_commerzbank.htm) vom 14.09.2011.

<sup>1818</sup> Ferreira 1975, S. 36.

<sup>1819</sup> Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 22. Juli 1972, PA AA, MfAA, C 6252, Fiche 1, S. 16-47.

<sup>1820</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, A 14356, Fiche 2, S. 139-162.

<sup>1821</sup> Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 8. April 1972, PA AA, MfAA, C 919/74, Fiche 1, S. 22-28.

Ausmaß tätig zu werden. Doch nur in der Republik Kongo konnte die Vorbereitung eines Abkommens mit der dortigen Handelsbank in einem nennenswerten Umfang vorangetrieben werden. Ein Verrechnungskonto mit einem zinsfreien, technischen Kredit, einem Swing in US-Dollar im Wert von umgerechnet rund 2,08 Mio. DM, sollte zunächst über die westdeutsche Deutsche Bank in Berlin,<sup>1822</sup> dann über die Zentralbank der DDR, die Deutsche Notenbank<sup>1823</sup> und schließlich über die ostdeutsche Deutsche Außenhandelsbank verwirklicht werden. Aufgrund der Einbindung der kongolesischen Handelsbank in das westdeutsche Handels- und Bankennetz – die Deutsche Bank war, wie schon berichtet, an der kongolesischen Handelsbank *Banque Commerciale Congolaise* beteiligt<sup>1824</sup> – konnte aber selbst dieses bescheidene finanzielle Projekt erst relativ spät realisiert werden.<sup>1825</sup>

#### d) Zwischenfazit

Die Aktivitäten der deutschen Banken und Investoren im zentralafrikanischen Raum wurden weniger von den dortigen Investitionsmöglichkeiten, als vielmehr vom Volumen des deutschen Kapitalmarkts bestimmt. Entsprechend bescheiden fiel das Engagement ostdeutscher Finanziers aus. Ostdeutschland litt über den gesamten Zeitraum seines Bestehens an einer Devisenknappheit. Anders die Bundesrepublik, der es gelang, sich ausländischen Investoren stets aufs Neue zu empfehlen. Devisen waren eher zu viel, denn zu wenig vorhanden. Investitionen waren erforderlich, wollte man nicht Gefahr laufen, über eine Inflation die mühsam angesammelten Werte wieder zu verspielen.

In den zentralafrikanischen Staaten flossen Investitionen der deutschen Finanziers vor allem in den Ausbau der Infrastruktur auf dem Energie-Sektor und in bereits bestehende Unternehmen, die über ihre Im- und Exporte mit der deutschen Außenwirtschaft in enger Verbindung standen.

Die westdeutschen Bankinstitute bemühten sich, den zentralafrikanischen Raum in ihr Geschäftsmodell zu integrieren. So sollten der westdeutsche Handel gefördert und westdeutschem Kapital lukrative Anlagemöglichkeiten geschaffen werden. Höhepunkte westdeutscher Investitionsbereitschaft lassen sich für die Zeit um 1960 und den Beginn der 1970er Jahre

---

<sup>1822</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 1082/77, Fiche 1, S. 13-17. Der Wert wird in der Quelle mit 0,5 Mio. US-Dollar angegeben. Der Wechselkurs lag 1960 bei ca. 1 DM : 0,24 US-Dollar. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 2,08 Mio. DM.

<sup>1823</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 1018/73, Fiche 1, S. 41-45.

<sup>1824</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 15. Juni 1973, PA AA, MfAA, C 6195, Fiche 1, S. 61-62.

<sup>1825</sup> Bereichsleiter Sachse – Bereich arabische und afrikanische Staaten (Ministerium für Außenwirtschaft) an Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 25. September 1968, PA AA, MfAA, C 924/74, Fiche 1, S. 27.

feststellen. Auch die in den beiden letzten Abschnitten erwähnten Kapitalanlagen der Außenwirtschaft und des Außenhandels müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden. Die erste Investitionswelle um 1960 stand vor allem mit dem Wirtschaftswunder der Bundesrepublik in Zusammenhang. Aufgrund der Ende der 1950er Jahre herrschenden Hochkonjunktur zog die westdeutsche Wirtschaft außergewöhnlich viel ausländisches Kapital ins Land. Der westdeutsche Wirtschaftsjournalist Hans Herbert Götz schrieb 1963 in diesem Zusammenhang:

*„Fluchtgeld, Spekulationsgeld, 'vagabundierende' Dollars, die Bundesrepublik sog alles an wie ein Magnet, und die Kreditrestriktionen verfehlten jede Wirkung, nicht zuletzt deshalb, weil sich die Wirtschaft Kreditmittel leicht im Ausland beschaffen konnte.“*<sup>1826</sup>

Ursprünglich war schon damals ein forcierter Kapitalexport in die Entwicklungsländer angedacht gewesen. Am Ende entschloss sich die Bundesregierung dann aber, stattdessen die DM aufzuwerten.<sup>1827</sup> Zumindest bis 1961 machte sich ein Kapitalexport aus der Bundesrepublik nach Zentralafrika aber doch bemerkbar. Die zweite Investitionswelle von Anfang der 1970er Jahre basierte dann im Wesentlichen auf der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise.

Eine Expansion ostdeutscher Banken auf den zentralafrikanischen Raum lässt sich, wie Investitionen ostdeutscher Banken oder Gesellschaften, praktisch nicht feststellen. Die Forschung, gerade in Hinblick auf den Bereich Kommerzielle Koordinierung des ostdeutschen Handelsministeriums, steckt auf diesem Gebiet allerdings noch in ihren Anfängen. Mitte der 1970er Jahre dürften die aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise in Unruhe geratenen Kapitalströme dann auch 'den Osten' und damit die DDR erfasst haben, wodurch hier dann ebenfalls ein Kapitalexport in Richtung Afrika eingesetzt haben dürfte.

Die ökonomischen Beziehungen zwischen Deutschland und Afrika, dies haben die letzten drei Abschnitte deutlich gezeigt, können in ihrer tatsächlichen Bedeutung für die deutschen Afrikaaktivitäten nur schwer eingeordnet werden. Das vorhandene statistische Material reicht selten über den Direkthandel und direkte Investitionen hinaus. Nun waren die direkten, offenen wirtschaftlichen Aktivitäten nicht unbedeutend, der indirekte Handel über Drittstaaten, indirekte Investitionen über Tochterfirmen in Drittstaaten und Kompensationsgeschäfte im Wertumfang von mehreren hundert Millionen DM legen aber nahe, dass in der bisherigen Einschätzung der wirtschaftlichen Bedeutung Afrikas für Deutschland und Deutschlands für Afrika das letzte Wort noch nicht gesprochen wurde – ganz zu schweigen von der Bedeutung der deutsch-afrikanischen

---

<sup>1826</sup> Götz, Hans Herbert: Weil alle besser leben wollen... Porträt der deutschen Wirtschaftspolitik. Düsseldorf/Wien 1963, S. 113 ff.

<sup>1827</sup> Ebd.

ökonomischen Verflechtungen für die deutsch-europäischen Wirtschaftsbeziehungen.

Inwieweit auch die gesellschaftlichen Aktivitäten der beiden deutschen Staaten eine größere Bedeutung innerhalb der deutschen Afrikaaktivitäten einnehmen konnten, dieser Frage soll nun im dritten und letzten Bereich dieser Arbeit nachgegangen werden.

## **Gesellschaftliche Aktivitäten**

Exkurs: (Zentral)afrika im Blick

### *a) (Zentral)afrika und die westdeutsche Gesellschaft*

Im Bewusstsein der deutschen Gesellschaften fristeten der afrikanische Kontinent und der zentralafrikanische Raum über annähernd den gesamten Untersuchungszeitraum ein Schattendasein. Doch ginge man fehl, würde man ihnen deshalb nun gleich jegliche gesellschaftliche Bedeutung absprechen. Wenn die jeweilige deutsche Mehrheitsgesellschaft einer afrikanischen Thematik auch nur wenig abgewinnen konnte, so gab es doch in beiden deutschen Staaten gesellschaftliche Strömungen, welche einzelne afrikanische beziehungsweise zentralafrikanische Themen aufgegriffen und geschickt für sich in Szene setzten, um die jeweilige gesellschaftliche Mitte an sich heranzuziehen.

Zwei Strömungen standen sich innerhalb der westdeutschen Gesellschaft gegenüber – die eine von einer eher konservativen, die andere von einer mehr progressiven Grundhaltung gegenüber Afrika und Afrikanern bestimmt.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit waren es zunächst Vertreter der konservativen Strömung, welche die afrikanische Thematik aufgriffen und mit ihrer Wahl der zu verhandelnden Gegenstände die Grundsteine für den gesellschaftlichen Diskurs der kommenden Jahrzehnte setzen sollten. Diese Grundsteine waren die konservativen gesellschaftspolitischen Konzepte von Rassismus und Kolonialismus, deren fortwährende Gültigkeit die konservative Strömung anhand des afrikanischen Kontinents zu belegen suchte. Zwei Ismen, die den Untergang des 'Dritten Reichs', von Faschismus und Nationalsozialismus, mehr oder weniger unbeschadet überstanden hatten und in der Bundesrepublik bereits wieder weitgehend ungehindert Blüten trieben.<sup>1828</sup> Ein auf Rassismus gestütztes Weltbild, in dem Afrikaner und Afrodeutsche als 'Menschen zweiter Klasse' gehandelt

<sup>1828</sup> Rohrdantz 2009, S. 60. ; Melber 1992, S. 44. ; Bley, Helmut: Unerledigte deutsche Kolonialgeschichte. In: Entwicklungspolitische Korrespondenz (Hg.): Deutscher Kolonialismus. Ein Lesebuch zur Kolonialgeschichte. Hamburg<sup>2</sup> 1991, S. 11-15, hier S. 11 f.

wurden, war ebenso gesellschaftsfähig,<sup>1829</sup> wie die Ansicht, dass der 'Rückständigkeit' weiter Gebiete der Erde am besten mit einer Besiedlung durch 'entwickelte' Völker begegnet werden könne. Der konservativen Strömung war es ein Leichtes, beide Ismen aufzugreifen und in eine realpolitische Forderung, das deutsche Recht auf Kolonien, zu überführen. Die Wiedererrichtung eines deutschen – als Notlösung auch eines europäischen – Kolonialreichs schwebte ihnen vor Augen. Bereits 1951 traten erste Vertreter dieser Strömung an das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt und die Vereinten Nationen heran und forderten die Rückgabe der einstmaligen deutschen Kolonialgebiete in Afrika. So hieß es in einem Einschreiben eines Herrn Gies aus Königstein im Taunus an Bundeskanzler und Außenminister Konrad Adenauer:

*„Anliegend wird der Bericht 'Vorschläge zur Verhinderung der Sowjetisierung Deutschlands' mit einer Uebersetzung ins Englische überreicht. Der englische Bericht wurde Anfang März an das 'Committee of United Nations and Lake Success' eingereicht[,] mit der Bitte um Rückgabe unserer ehemaligen Kolonien in Afrika. In dem Bericht wird daran erinnert, dass der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika W. [odrow] Wilson in seinem Programm der 14 Punkte, dessen Verbindlichkeit vor der Waffenniederlegung Deutschlands im November 1918 der deutschen Regierung bestätigt worden war, eine gerechte Zuteilung von Kolonien in Aussicht gestellt hatte. 'Gleichberechtigung', die man uns jetzt wieder in Aussicht stellt, muss auch für deutsche Kolonien gelten! Wenn Kolonien auch für den Einsatz unserer Flüchtlinge [aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten] vorerst einen sich erst in Jahren auswirkenden Wert besitzen, so ist doch die Tatsache, dass wir mit eigenem Geld unseren tüchtigsten Menschen lebenswerte Möglichkeiten in Aussicht stellen können, im gegenwärtigen Zeitpunkt von grösstem Wert. Dazu kommt der Arbeitszuwachs für Handel und Schiffahrt. Was ferner die Rohstoffbeschaffung (Erze, Oelfrüchte, Edelhölzer, Nahrungsmittel usw.) bedeutet, ohne dass Devisenanforderungen anstehen, lässt sich heute nur ahnen. In den 'Vorschlägen' wird auf die im asiatischen Raum liegenden Kolonien verzichtet. Desweiteren wird im Vorschlag 'B' die Möglichkeit berücksichtigt, besonderen Belangen der Südafrikanischen Union in Bezug auf Deutsch-Südwest-Afrika und Englands Anspruch auf eine Verbindung Rhodesiens mit Kenia über Deutsch-Ostafrika Rechnung zu tragen. Nach den mir vorliegenden Nachrichten, kann mit der Rückgabe von Deutsch-Südwest-Afrika nicht gerechnet werden. Daher der Vorschlag: Austausch gegen Portugiesisch-Ostafrika (Mozambique). Da vor kurzem die Südafrikanische Union den Antrag stellte, direkte Verhandlungen mit dem Committee of United Nations wegen endgültiger Uebernahme des gegenwärtigen Mandats 'Deutsch-Südwest-Afrika' zu führen, sollten auch deutsche Kolonialansprüche angemeldet werden, ehe es zu spät ist.“*<sup>1830</sup>

Bis 1960 sollten das Auswärtige Amt, das Bundeskanzleramt und das Bundespräsidialamt noch zahlreiche weitere, ähnlich lautende Vorschläge aus dem politischen Umfeld dieser Strömung

---

<sup>1829</sup> Massingue, Eva: Sichtbar anders. Aus dem Leben afrodeutscher Kinder und Jugendlicher. Frankfurt am Main 2005, S. 13.

<sup>1830</sup> Gies an Sekretariat (Bundeskanzleramt), 21. Mai 1951, PA AA, AA, B 11, 612.

erreichen – und dort nicht selten auf erhebliche Sympathien stoßen, wie im nächsten Abschnitt noch zu zeigen sein wird.

Bereits zu Beginn der 1950er Jahre begannen sich erste Anhänger der konservativen Strömung in Interessengruppen zu formieren. Organisationen mit kolonialistischem Gepräge und Habitus, darunter der Deutsch-Togo-Bund, der Deutsch-Afrikanische Bund,<sup>1831</sup> die Vereinigung der Ostafrikaner, die Vereinigung ehemaliger Angehöriger des Deutschen Afrikakorps,<sup>1832</sup> der Traditionsverband ehemaliger Schutz- und Überseetruppen,<sup>1833</sup> die Gesellschaft der Freunde Afrikas<sup>1834</sup> und die Deutsche Koloniale Jugend, entstanden. Nicht wenige dieser Organisationen brachten ihre pro-kolonialistische Haltung offen zum Ausdruck. So hieß es im Gründungsmanifest der Deutschen Kolonialen Jugend von 1952:

*„Zusammen mit einigen anderen Jungen habe ich, Hermann DOTZEL, heute eine Jugendgruppe gegründet, die wir Deutsche Koloniale Jugend (DKJ) genannt haben. Die Deutsche Koloniale Jugend soll jedem Deutschen Jungen Gelegenheit geben, sich in der Gesellschaft zu betätigen und seine Treue zu Reich, Volk und Vaterland unter Beweis zu stellen, sowie deren Rechte zu verteidigen. Sie soll weiter hinüber Unterschiede der Konfession und der engeren Landesheimat hinweg anderen Völkern zeigen, daß Deutschland trotz verschiedener Regierungen ein Volk und ein Land ist, das nicht auseinandergerissen werden darf. Sie soll auch unseren schwarzen, braunen und gelben Brüdern in den ehemaligen Schutz- und Pachtgebieten zeigen, daß wir sie nicht vergessen haben und daß unser gegebenes Versprechen noch gilt: WIR KOMMEN WIEDER!“*<sup>1835</sup>

Weitere Konservative versammelten sich in der Europa-Afrika-Union<sup>1836</sup> und der Gesellschaft für Deutsch-Südafrikanische Beziehungen,<sup>1837</sup> die einen Ausbau der zwischenstaatlichen Kooperation zwischen der BRD und der Südafrikanischen Union anstrebten. Andere setzten sich für die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Deutschen in Afrika ein. 1946 riefen aus Asien und Afrika vertriebene Deutsche zu diesem Zweck den Interessenverband Übersee ins Leben.<sup>1838</sup> Und wieder Andere bemühten sich um die Einbindung der Afrikaner in die internationale antikommunistische

<sup>1831</sup> Agboka – Leitung (Bund der deutschtreuen Togoleute) an Auswärtiges Amt, 12. Juni 1959, PA AA, AA, B 34, 113.

<sup>1832</sup> Czaya 1960, S. 118-128, hier S. 119.

<sup>1833</sup> Möhle, Heiko: Colonial Monuments and politics of memory. The debate about a “Tanzania Park” in Hamburg. In: Michels, Stefanie, Albert-Pascal Temgoua (Hg.): La politique de la mémoire coloniale en Allemagne et au Cameroun - The politics of colonial memory in Germany and Cameroon. Actes du colloque à Yaoundé, octobre 2003. Münster 2005, S. 131-142, hier S. 135.

<sup>1834</sup> Gesellschaft der Freunde Afrikas an Auswärtiges Amt, 31. Dezember 1954, PA AA, AA, B 11, 1006, Fiche 1, S. 57.

<sup>1835</sup> Deutschen Kolonialjugend an Auswärtiges Amt, 27. April 1952, PA AA, AA, B 11, 613.

<sup>1836</sup> Gesellschaft der Freunde Afrikas an Referatsleiter Steltzer – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 8. Februar 1955, PA AA, AA, B 11, 1006, Fiche 1, S. 19.

<sup>1837</sup> Happach an Auswärtiges Amt, 23. März 1954, PA AA, AA, B 11, 614.

<sup>1838</sup> Erster Vorsitzender Dewitz (Interessenverband Übersee) an Kanzler Adenauer (Bundeskanzleramt), 20. April 1951, PA AA, AA, B 11, 612.



Bewegung. Der europäische antikommunistische Verband *Comité International d'Information et d'Action Sociale* streckte zu Beginn der 1960er Jahre seine Fühler nach Afrika aus. Unter Führung der westdeutschen antikommunistischen Organisation Volksbund für Frieden und Freiheit gelang ihm zu Beginn der 1960er Jahre die Einrichtung zweier antikommunistischer Partnerorganisationen: einer in der Republik Kongo, einer weiteren in der Demokratischen Republik Kongo.<sup>1839</sup>

Verglichen mit diesem aktionistischen Gebaren der konservativen Strömung traten die Vertreter eines progressiven Weltbildes – in dem Rassismus und Kolonialismus verdammt wurden – bis in die 1960er Jahre hinein eher passiv und unorganisiert in Erscheinung. Allenfalls die moralische und finanzielle Unterstützung der algerischen Unabhängigkeitsbewegung *Front de Libération Nationale* durch die westdeutsche Sozialdemokratie kann an dieser Stelle als Gegenbeispiel angeführt werden.<sup>1840</sup> Doch bestand für die westdeutsche 'Linke' in den ersten Jahren der Nachkriegszeit auch nur wenig Bedarf, Zeit und Geld in die afrikanische Thematik zu investieren.

Für den 'Durchschnittsdeutschen' waren Afrika und der zentralafrikanische Raum zu dieser Zeit nicht weiter von Belang. Allenfalls Flora und Fauna des afrikanischen Kontinents konnten Mitte der 1950er Jahre eine breitere Masse begeistern. 1956 hatte der Hessische Rundfunk mit der Ausstrahlung der schon bald äußerst populären Fernsehserie *Ein Platz für Tiere* begonnen. Vom bekannten Direktor des Frankfurter Zoos, Bernhard Grzimek, moderiert, widmete sie sich unter anderem auch der afrikanischen Tierwelt. Drei Jahre später, 1959, brachte Grzimek seinen ersten und einzigen Kinofilm *Serengeti darf nicht sterben* in die westdeutschen Lichtspielhäuser, der sich nun gleich ganz dem afrikanischen Kontinent widmete, ihn als Lebensraum von Pflanzen und Tieren inszenierte, den es vor den Ein- und Übergriffen der indigenen afrikanischen Bevölkerung zu schützen gelte. Erst 1960, mit dem von den Vereinten Nationen ausgerufenen *Jahr Afrikas*, und der von der Deutschen Afrika-Gesellschaft veranstalteten *Afrika-Woche*,<sup>1841</sup> machte sich hier langsam ein Wandel bemerkbar. Das Interesse der westdeutschen Öffentlichkeit an Afrika begann, sich zu verbreitern. Nicht mehr nur Flora und Fauna, sondern auch die dort lebenden Menschen, ihre Kulturen, Staaten und Gesellschaften wurden nun in wachsendem Maße in den Blick genommen. Ein regelrechter 'Afrika-Hype' entflammte an Schulen und Hochschulen der Bundesrepublik. Schüler und Studenten wurden von ihren Lehrern und Professoren mit der Erarbeitung von Referaten über die jungen afrikanischen Nationalstaaten beauftragt.<sup>1842</sup> Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten machte die afrikanischen 'Entwicklungsländer' zu einem Schwerpunkt

---

<sup>1839</sup> Comité international d'Information et d'Action Sociale an Wickert (Auswärtiges Amt), 7. Februar 1963, PA AA, AA, B 40, 30, S. 121-122.

<sup>1840</sup> Leggewie, Claus: Kofferträger. Das Algerien-Projekt in den 50er und 60er Jahren und die Ursprünge des 'Internationalismus' in der Bundesrepublik. In: Politische Vierteljahresschrift 2 (1984), S. 169-187, hier S. 184.

<sup>1841</sup> Referat Presse (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 24. Oktober 1960, PA AA, AA, B 7, 20.

<sup>1842</sup> Schneider an Auswärtiges Amt, 6. Juni 1961, PA AA, AA, B 34, 333.

seiner jährlichen Delegiertenversammlung.<sup>1843</sup> Der Deutsche Bundesjugendring lud Vertreter seiner afrikanischen Partnerorganisationen ein und veranstaltete gemischte afrikanisch-deutsche Fortbildungsseminare für Jugendleiter.<sup>1844</sup> Einzelpersonen und gesellschaftliche Organisationen begannen, auf humanitäre Krisen in Afrika aufmerksam zu werden und selbständig Hilfslieferungen zur Linderung der notleidenden Zivilbevölkerung zusammenzustellen. Auch einzelne Bundesländer traten in Beziehung zu afrikanischen Staaten, spendeten Stipendien<sup>1845</sup> und Hilfsgüter.<sup>1846</sup> Das erwachende gesellschaftliche Interesse an Afrika rief schon bald das Fernsehen auf den Plan. Der Westdeutsche Rundfunk entschloß sich, einen Dokumentarfilm drehen zu lassen. Um für ausreichend Zuschauer zu sorgen, sollte er über einen ausreichenden Deutschlandbezug verfügen. So entschloß man sich, den ersten Dokumentarfilm über die deutsche Kolonialgeschichte in Afrika zu drehen. 1964 wurde die Fernsehdokumentation *Reichsadler und Giraffe*, noch ganz im herkömmlichen, konservativen Tenor gehalten, im westdeutschen Fernsehen ausgestrahlt – und stieß sogleich auf erhebliche Resonanz. Vor allem eine Passage der Dokumentation wirkte bei vielen Zuschauern noch lange nach. In ihr wurde berichtet, dass viele Askari-Söldner der einstigen deutschen Kolonialtruppen nie den ihnen versprochenen Sold erhalten hatten und deshalb nun in Armut lebten.<sup>1847</sup> Tatsächlich waren die ausstehenden Löhne schon in den 1920er Jahren beglichen worden. Der Westdeutsche Rundfunk hatte mehr schlecht als recht für seine Dokumentation recherchieren lassen. Doch wussten dies die Fernsehzuschauer nicht. Bei ihnen lösten die Bilder von den 'treuen Waffengefährten' Deutschlands, die Anfang der 1960er Jahre in 'bitterer Armut' ihren Lebensabend fristeten, eine Flut von Protestschreiben an ihre Land- und Bundestagsabgeordneten aus, in denen um die Begleichung der 'noch ausstehenden' deutschen Schuld gebeten wurde. Am Ende sah sich die Bundesregierung tatsächlich genötigt, die 'ausstehenden' Löhne noch einmal zu zahlen.<sup>1848</sup>

Die konservative Strömung griff das 'erwachte' Interesse der Bevölkerungsmehrheit an der deutschen Kolonialvergangenheit begierig auf und organisierte Gedenkveranstaltungen für

<sup>1843</sup> Bundesvorsitzender Ibielski (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) an Referatsleiter Steltzer – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 27. Juni 1961, PA AA, AA, B 34, 333.

<sup>1844</sup> Abteilung Jugend – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Jugend – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., DGB-Archiv im AdsD, 5/ DGAU000336.

<sup>1845</sup> Vgl.: Groener (Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik) an Referat Europäische Sicherheit und sonstige regionale Sicherheitsmaßnahmen (Auswärtiges Amt) und Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) und Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 28. November 1968, PA AA, AA, B 68, 640. ; Staatsminister Franke (Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Bundeslandes Hessen) an Referatsleiter Steltzer – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 19. Februar 1962, PA AA, AA, B 34, 363.

<sup>1846</sup> Vgl.: Strobel an Barth, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, Zwischenarchiv 103059.

<sup>1847</sup> Morlang, Thomas: Askari und Fitafita. "Farbige" Söldner in den deutschen Kolonien. Berlin 2008, S. 158.

<sup>1848</sup> Michels, Stefanie: Der Askari. In: Zimmerer, Jürgen (Hg.): Kein Platz an der Sonne. Erinnerungsorte der deutschen Kolonialgeschichte. Frankfurt am Main 2013, S. 294-308, hier S. 303.

ehemalige deutsche Kolonialsoldaten.<sup>1849</sup> Doch auch die progressive Strömung hatte den Wert der Afrikathematik mittlerweile für sich erkannt und begonnen, sich an einer eigenen, kritischen Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialvergangenheit zu versuchen. 1966 erschien die kritisch-progressive Fernsehdokumentation *Heia Safari – Die Legende von der deutschen Kolonialidylle in Afrika*, die sich, unter der Regie von Ralph Giordano, mit Sinn und Unsinn des deutschen Kolonialismus auseinanderzusetzen suchte.<sup>1850</sup> Hierzu bediente sie sich der Argumente eines langsam aber stetig wachsenden Kreises progressiver Kritiker der deutschen Kolonialvergangenheit, die politisch der 68er-Bewegung nahestanden. Wie die 68er radikalisierte sich auch dieser Kreis im Laufe der zweiten Hälfte der 1960er Jahre. Aktionismus begann auch hier, die verbale Auseinandersetzung zu ersetzen. Zahlreiche Denkmäler des deutschen Kolonialismus fielen ihren Anschlägen zum Opfer.<sup>1851</sup>

Im zentralafrikanischen Raum traten die beiden Strömungen vor allem im Rahmen zweier Konflikte in Erscheinung: der Kongo-Krise und dem angolanischen Unabhängigkeitskampf. Konflikten also, die bis 1975 das Bild vom Kalten Krieg in Afrika maßgeblich mitbestimmen sollten.

Während der Kongo-Krise schlug das Herz der konservativen Strömung klar für die Antilumumbisten, vor allem aber für deren 'Vorzeige-Antikommunisten' Moïse Tshombé, dessen Ministerpräsidentschaft es in ihren Augen zu verdanken war, dass sich Katanga gerade noch rechtzeitig aus der Umklammerung der 'kommunistischen' Regierung Lumumba hatte befreien können. Doch beschränkte sich ihr Engagement größtenteils auf gemeinsame Aufrufe an die Bundesregierung, das Auswärtige Amt, einzelne Abgeordnete und internationale Organisationen, wie die Vereinten Nationen. Tatsächlich aktiv wurde nur eine Person: die bereits mehrfach erwähnte Elsie Kühn-Leitz. Kühn-Leitz, Mitbegründerin der hessischen Christlich Demokratischen Union,<sup>1852</sup> hatte zunächst Patrice Lumumba unterstützt,<sup>1853</sup> war aber bereits Anfang Juli 1960 auf die Seite der Antilumumbisten und der Separatisten Katangas übergewechselt. Als promovierte Juristin entwarf sie ihnen juristische 'Anleitungen', zur Ausrufung des Staatsnotstandes für den Kongo, zur Ernennung eines Staatsrates in Katanga, zur Absetzung Lumumbas und zur Ausrufung einer Kongo-

---

<sup>1849</sup> Michels, Stefanie: Askari – treu bis in den Tod? Vom Umgang der Deutschen mit ihren schwarzen Soldaten. In: Bechhaus-Gerst, Marianne (Hg.): *AfrikanerInnen in Deutschland und schwarze Deutsche - Geschichte und Gegenwart*. Beiträge zur gleichnamigen Konferenz vom 13.-15. Juni 2003 im NS-Dokumentationszentrum (EL-DE-Haus) Köln. Münster 2004, S. 171-186, hier S. 182.

<sup>1850</sup> Hübner, Horst: *Kolonialverwaltung, Überseehandel und wissenschaftliche Forschung. Das Beispiel der ehemaligen Deutschen Schutzgebiete im Stillen Ozean*. Bergisch Gladbach 2008, S. 179.

<sup>1851</sup> Zeller, Joachim: Symbolische Politik. Anmerkungen zur kolonialdeutschen Erinnerungskultur. In: Zimmerer, Jürgen (Hg.): *Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904-1908) in Namibia und seine Folgen*. Berlin<sup>2</sup> 2004, S. 192-208, hier S. 206.

<sup>1852</sup> Florin, Katharine: *Bürger schlagen Brücken. Das zivilgesellschaftliche Engagement für die deutsch-französische Annäherung*. Kassel 2009, S. 59.

<sup>1853</sup> Kühn-Leitz an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B34, 221.

Föderation, deren neue Hauptstadt Elisabethville werden sollte.<sup>1854</sup> Einen Bericht für das Auswärtige Amt von Ende August 1960, in dem sie über ihre Zusammenarbeit mit den Antilumumbisten berichtete, beendete sie mit den Worten:

*„Ich bin mir vollkommen im Klaren darüber, dass auf diesen Vorschlag [die Anleitungen], den ich unter den gegenwärtigen Umständen als die einzige Möglichkeit erachte, den Kongo in allerletzter Minute dem Kommunismus zu entreissen, die Bundesregierung selbst direkt nichts unternehmen kann, da sie sonst mit der Anerkennung der Ostzone durch [Ministerpräsident Patrice] Lumumba und somit auch durch Guinea und Ghana rechnen muss. Aber es gibt bestimmt Möglichkeiten, indirekt auf die Geschehnisse Einfluss zu nehmen.“*<sup>1855</sup>

Die westdeutsche Botschaft in Kamerun war über das eigenmächtiges Auftreten von Kühn-Leitz – das, ihrer Ansicht nach, der *Beihilfe* zu einem *Staatsstreich* gleichkam – schockiert. Empört beschwerte sich der Mitarbeiter der westdeutschen Botschaft in Kamerun, Michael Jovy, beim Auswärtigen Amt:

*„Anlässlich ihres Besuches [des Besuches von Kühn-Leitz in Kamerun] kann ich nicht umhin, – bei aller Anerkennung ihres guten Willens –, die schwersten Bedenken gegen ihre, wie sie sich selbst ausdrückte, halb offizielle Tätigkeit als Botschafterin der Bundesrepublik auszudrücken. [...] In der Anlage wird Abschrift eines Schreibens übersandt, daß Frau Dr. Kühn-Leitz unter allen Umständen gesonnen war, mit der Post an den Premierminister der Provinz Katanga zu richten. Frau Dr. Kühn-Leitz weiß nicht, daß ich eine Abschrift dieses Schreibens besitze. [...] Wie daraus hervorgeht, fordert sie praktisch zum Staatsstreich gegen die von der Bundesrepublik immerhin anerkannte legale Regierung des Kongo auf. Auf die Folgen eines solchen Briefes, wenn er in unrechte Hände kommt – und es muß angenommen werden, daß im Kreise des Premierministers [Katangas, Moïse] Tschombé[,] Agenten der anderen Seite sitzen – brauche ich kaum hinzuweisen. Soweit mir Herr [Ministerpräsident Patrice] Lumumba bekannt ist, kann ein solcher Brief ihn zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik veranlassen. Es darf in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß sich Frau Dr. Kühn-Leitz hier in Afrika meiner Kenntnis und meines Wissens nach als eine enge Vertraute des Herrn Bundeskanzlers [Konrad Adenauer] ausgiebt und das immer wieder den afrikanischen Politikern gegenüber betont. [...] Sie hat mir nach Auseinandersetzungen zugesagt, sich meinem Wunsch [den Brief an Tshombé nicht abzusenden] zu fügen, hat sich aber meines Wissens trotzdem eine französische Übersetzung von einer Sekretärin der Botschaft anfertigen lassen. Dieser Sekretärin, Frau Rohrbacher, gegenüber hat sich Frau Dr. Kühn-Leitz über die Botschaft beschwert, die offiziellen Vertretungen der Bundesrepublik würden nicht richtig arbeiten und nicht anerkennen, was sie in halb-offizieller Eigenschaft leisten würde.“*<sup>1856</sup>

<sup>1854</sup> Kühn-Leitz an Staatspräsident Tshombé (Staat Katanga), 25. August 1960, PA AA, AA, B 34, 221.

<sup>1855</sup> Kühn-Leitz an Auswärtiges Amt, 25. August 1960, PA AA, AA, B 34, 221.

<sup>1856</sup> Jovy (Botschaft in der Republik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 31. August 1960, PA AA, AA, B 34, 221.

Doch nicht nur juristisch, auch auf anderem Wege wurden antilumumbistische Kräfte von Kühn-Leitz und einem namentlich nicht genannten Personenkreis – es dürfte sich um Mitglieder der Christlich Demokratischen Union gehandelt haben – protegiert. In einem Bericht des Auswärtigen Amtes wurde festgehalten, dass Kühn-Leitz persönlich an geheimen Versammlungen der Führungsmitglieder der Antilumumbisten teilnehme – sogar deren Sitzungen protokolliere. In einem anderen Bericht des Auswärtigen Amtes hieß es über einen Briefwechsel zwischen dem politischen Berater und Privatsekretär von Staatspräsident Kasavubu, Yves de Halu, und Kühn-Leitz:

*„Sodann wird die Verbindung zu Frau Dr. Kühn-Leitz erwähnt, die mit dem Bundeskanzler Adenauer und Minister [für Wohnungsbau, Paul] Lücke ( Westdeutschland )[,] bekannt ist, eine Einladung zur Afrikawoche nach Deutschland, sowie der Briefwechsel zwischen Frau Dr. Kühn-Leitz und dem Unterzeichneten [Yves de Halu]. Es werden die bereits in Deutschland bestehenden Verbindungen erwähnt und die finanzielle Hilfe, die dadurch der Abako-Bewegung zufließt. Der Unterzeichnete bestätigt auf Wunsch von Herrn [Edmond] Nzeza[-Nlandu, dem Abgeordneten und Mitbegründer der Alliance des Bakongo] den Brief vom 20. durch ein Telegramm: 'Bestätigen Brief vom 20. Nzeza-Nlandu. Erbitte im Namen Kasawubus 5 Einladungen zur Teilnahme an der Afrikawoche in Deutschland. Teilnahme auf Kosten der deutschen Regierung. Brief folgt. De Halu.' Am 22. übersendet der Unterzeichnete einen Brief, der den Text dieses Telegrammes bestätigt und näher erläutert. Der Unterzeichnete gibt bekannt, dass Frau Dr. Kühn-Leitz nach Deutschland zurückgekehrt ist, wo sie von der politischen Lage berichten wird.“<sup>1857</sup>*

Im Auswärtigen Amt war man über diesen, die Anstrengungen der westdeutschen Diplomatie gefährdenden, Privateinsatz nicht sehr erfreut. Der Leiter des Afrikareferats im Auswärtigen Amt, Hans-Georg Steltzer, schrieb Kühn-Leitz Anfang Oktober, nachdem diese ihm zum wiederholten Male über ihre Teilnahme an kongolesischen Sitzungen zum endgültigen Sturz Ministerpräsident Lumumbas und seiner Regierung informiert hatte:

*„Nach meiner Überzeugung haben Sie durch Ihre Teilnahme an diesen Unterredungen mit sog. kongolesischen Separatistenführern ein sehr heisses Eisen angefasst. Ein Bekanntwerden Ihrer Anwesenheit bei diesen Unterredungen könnte für unsere politische Stellung in Afrika sogar gefährliche Folgen haben, zumal Sie auf Ihre Verbindungen zu dem Herrn Bundeskanzler [Konrad Adenauer] und dem Herrn Minister [für Wohnungsbau, Paul] Lücke[,] hingewiesen haben.“<sup>1858</sup>*

<sup>1857</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 20. September 1960, PA AA, AA, B 34, 221.

<sup>1858</sup> Referatsleiter Steltzer – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Kühn-Leitz, 7. Oktober 1960, PA AA, AA, B34, 221.

Auch die progressive Strömung Westdeutschlands nahm sich der Kongo-Krise an.<sup>1859</sup> Während sich ihr konservatives Pendant auf das Aufsetzen von Protestschreiben konzentrierte, brachte sie ihren Unmut durch Demonstrationen zum Ausdruck. Vor allem die Besuche der Bundesrepublik durch Ministerpräsident Moïse Tshombé 1964 und 1965<sup>1860</sup> und der Staatsbesuch Staatspräsident Joseph-Désiré Mobutu im Jahr 1969<sup>1861</sup> boten ihnen hochwillkommene Anlässe, ihre Wut auf die 'Mörder' Lumumbas medienwirksam in Szene zu setzen. Wesentliche Impulse steuerten dabei kongolesische Gaststudenten, die an Universitäten Ost-, wie Westdeutschlands immatrikuliert waren, bei.<sup>1862</sup> Auf den Besuch Ministerpräsident Tshombés im Jahr 1964 reagierten Vertreter des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes mit einem Demonstrationzug durch West-Berlin. Rund 800 Vertreter der 'linken Szene' nahmen an der Veranstaltung teil. Geschätzte 150 von ihnen – die Aktivsten – stammten aus dem Ausland – und dürften an einer Universität der DDR studiert haben. Eine zentrale Figur der 68er-Bewegung, Rudi Dutschke, notierte am Ende des Tages über die erfolgreiche deutsch-afrikanische Zusammenarbeit in sein Tagebuch:

*„War das eine Freude. Die Polizeiführung wie der Bürgermeister [Willy] Brandt werden schon von den Socken gewesen sein. Die meisten vom SDS [Sozialistischen Deutschen Studentenbund] wohl desgleichen, allerdings aus ganz anderen Gründen. Wie eine Demonstration umgebaut werden kann. [...] Nachdem der [Ministerpräsident Moïse] Tschombé sich über die Besatzer-Ecken der Amerikaner mit seinen Gastgebern davongestohlen hatte zum Schöneberger Rathaus, mußten und wollten wir ihm folgen. Die vom Anfang der Demonstration konnten schlecht beginnen, hatten ca. 15-20 Polizisten vor sich. [...] Nun hinten und spontan zu beginnen war klar [...] Zustimmung zu erreichen nicht schwer. Unsere Freunde aus der dritten Welt [wohl Kongolesen] sprangen sofort ein, die Deutschen hatten zu folgen.“*<sup>1863</sup>

Unter Führung der afrikanischen Freunde gelang es, „eingehakt in Ketten“ – wie die jungen Mulelisten der Volksrepublik Kongo aus dem, im Abschnitt zu den verdeckten Aktivitäten erwähnten, Bericht des westdeutschen Fernmeldetechniklers –, gegen die Polizeiabsperungen anzurennen und nicht nur diese zu durchbrechen, sondern auch Tomaten auf den kongolesischen

<sup>1859</sup> Kössler, Reinhart, Henning Melber: The West German Solidarity Movement with the Liberation Struggles in Southern Africa. A (self-) critical retrospective. In: Engel, Ulf, Robert Kappel (Hrsg.): Germany's Africa policy revisited. Interests, images and incrementalism. Münster/u.a. 2002, S. 103-126, hier S. 104 ff.

<sup>1860</sup> Internationale der Kriegsdienstverweigerer an Bundespräsidialamt, o.T. o.M. 1965, BArch, B 122, 5341.

<sup>1861</sup> Neumann (Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 31. März 1969, PA AA, AA, B 68, 776.

<sup>1862</sup> Vgl.: Slobodian, Quinn: Dissident Guests: Afro-Asian Students and Transnational Activism in the West German Protest Movement. In: Pojmann, Wendy (Hg.): Migration and Activism in Europe since 1945. New York 2008, S. 33-55.

<sup>1863</sup> Aus: 'Vor 40 Jahren: Studentischer Protest gegen den kongolesischen Staatspräsident Moïse Tschombe. 'Der Beginn unserer Kulturrevolution' in 'SooderSo-online - Zeitung für internationale Solidarität für die Freiheit der politischen Gefangenen!', 14 (2004), 15 [aus: <http://www.sooderso.net/zeitung/sos14/s15tschombe.shtml> vom 10.01.2012.].

Ministerpräsidenten zu werfen. Dutschke, der diese Demonstration Jahre später als Beginn der 'Kulturrevolution' der 68er-Bewegung bezeichnen sollte, notierte: „*Der imperialistische Agent und Mörder von Lumumba ließ nicht lange auf sich warten. Wir donnerten voll los, [Wolfgang] Schwiedrzik traf ihn voll in die Fresse.*“<sup>1864</sup> Die DDR dürfte am Zustandekommen und dem 'Erfolg' dieses Demonstrationszuges nicht ganz unbeteiligt gewesen sein. Als fünf Jahre später, 1969, Staatspräsident Joseph-Désiré Mobutu die Bundesrepublik besuchte, schienen dem studentischen Aktionismus plötzlich Zügel angelegt. „*Lediglich in Stuttgart gab es ein kurzes aber unangenehmes Intermezzo durch eine Demonstration von etwa 100 Studenten und APO-Anhängern* [Anhängern der sogenannten Außerparlamentarischen Opposition] *vor der Auffahrt zum neuen Schloß*“, wusste ein Mitarbeiter der westdeutschen Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo, Herr Neumann, zu berichten.<sup>1865</sup> Ein Zufall? Wohl kaum. Ende der 1960er Jahre arbeitete das ostdeutsche Außenministerium emsig daran, die Beziehungen der DDR zur Demokratischen Republik Kongo zu verbessern. Verhandlungen waren eingeleitet worden, um die letzten noch in der DDR verbliebenen Lumumbisten unter die Kontrolle der Regierung Mobutu zu bringen. Damit fehlte 1969 eine entscheidende Akteursgruppe, der es 1964 noch so erfolgreich gelungen war, das sprichwörtliche Fass zum Überlaufen zu bringen. Für die progressive Strömung waren der Kongo und Lumumba 1969 als Thema aber ohnehin bereits weitgehend abgehakt. Der angolanische Unabhängigkeitskampf hatte sie mittlerweile ganz in Anspruch genommen; ging es hier doch um einen bewaffneten Konflikt 'Weiß gegen Schwarz', der sich zudem vortrefflich als 'Krieg' einer übermächtigen europäischen Kolonialmacht gegen einen afrikanischen *underdog* inszenieren ließ. Bereits 1960 hatten Anhänger der progressiven Strömung, vor allem Mitglieder der westdeutschen kommunistischen Partei,<sup>1866</sup> das Deutsche Arbeitskomitee Freies Angola gegründet<sup>1867</sup> und in der bundesdeutschen Öffentlichkeit die Notwendigkeit der angolanischen Unabhängigkeit propagiert. Wie in der Kongo-Krise schalteten sich schon bald auch hier Afrikaner – Mitglieder der Befreiungsbewegungen Movimento Popular de Libertação de Angola und Frente Nacional de Libertação de Angola – und ostdeutsche Stellen in die Bemühungen der progressiven Strömung ein. Der Movimento Popular gelang es, über ihre Kontakte zur westdeutschen Sozialdemokratie, sogar, eines ihrer Mitglieder bei der Deutschen Welle unterzubringen und so einen gewissen Einfluss auf dessen Programmgestaltung zu nehmen. Ab spätestens Anfang der 1970er Jahre bildete der angolanische Unabhängigkeitskampf den zentralen Bezugspunkt sämtlicher progressiver Bemühungen in Zusammenhang mit dem zentralafrikanischen Raum. Aus den Reihen der

<sup>1864</sup> Ebd.

<sup>1865</sup> Neumann (Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 31. März 1969, PA AA, AA, B 68, 776.

<sup>1866</sup> Puttkamer (Auswärtiges Amt) an Botschaft in der Portugiesischen Republik, 4. Mai 1960, PA AA, AA, B 34, 62.

<sup>1867</sup> Hessischer Rundfunk an Auswärtiges Amt, 10. August 1960, PA AA, AA, B 34, 63.

progressiven Strömung formierte sich dann auch ein Komitee, das Deutsche Komitee für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique, das durch politische Aktionen in der Bundesrepublik auf die 'unmenschlichen Verhältnisse' in den portugiesischen Überseeprovinzen aufmerksam zu machen suchte. Seine Mitglieder wollten – ähnlich dem berühmten *Russell-Tribunal*, das von 1966 bis 1967 von verschiedenen Intellektuellen in Schweden und Dänemark veranstaltet worden war, um amerikanische Kriegsverbrechen im Vietnam-Krieg medienwirksam aufzudecken – 1972 ein *Angola-Tribunal*, zur Verurteilung der von Portugal während des angolanischen 'Unabhängigkeitskrieges' begangenen 'Kriegsverbrechen' veranstalten. Ganz nebenbei sollte auch noch das kapitalistische Wirtschaftssystem der Bundesrepublik der Mittäterschaft an den portugiesischen 'Verbrechen' überführt werden. In einer dem Komitee unrechtmäßig entwendeten Konzeption des Tribunals, die dem Auswärtigen Amt von konservativer Seite zugespielt wurde, hieß es unter anderem:

*„Ziel des Tribunals*

*In den portugiesischen Kolonien findet seit über 10 Jahren ein Befreiungskrieg statt, von dessen Dimensionen die deutsche Öffentlichkeit bisher kaum Notiz genommen hat. Geringe Beachtung wird auch der Tatsache gewidmet, daß die portugiesischen Unterdrücker massiv von seiten der NATO [North Atlantic Treaty Organization] und insbesondere von der Bundesrepublik durch militärische, politische und wirtschaftliche Hilfe unterstützt werden. Um den Befreiungsbewegungen in Angola und Mozambique in ihrem Kampf wirksam zu helfen, muß es daher unsere Hauptaufgabe sein, in der BRD eine 'publizistische Front' aufzubauen, die eine erste Voraussetzung für eine effektive Einflußnahme auf die Beziehungen Bonn-Lissabon ist. [...]*

*Teilziele*

- a) Durch die Verbreitung des negativen Wortes 'Tribunal' sollen Portugal und die es in der BRD unterstützenden Kreise mit negativem Image belegt werden.*
- b) Durch das Tribunal soll eine Art Publizitätslawine ausgelöst werden, die weiterwirkt.*
- c) Die Ziele und Methoden der Befreiungsbewegungen müssen bekannt gemacht werden (demokratische Organisation, Aufbau von sozialistischen Staaten).*
- d) Alle Gruppen, die sich für die unterdrückten Massen im südl. Afrika einsetzen, sollen ein konkretes Ziel haben, auf das hin sie ihre Arbeit konzentrieren können. Gleichzeitig soll das Tribunal ein Ansporn zur Weiterarbeit sein, ja diese Weiterarbeit und weitergehende Aktionen in größerem Stile als bisher überhaupt erst ermöglichen.*
- e) Durch Anprangerung der Politik der Konzerne und ihres Einflusses auf die Politik der Bundesregierung soll die Zahl der am kapitalistischen System 'Zweifelnden', das die Zustände im südlichen Afrika perpetuieren will, erhöht werden ('Menschlichkeit statt Profit').“<sup>1868</sup>*

<sup>1868</sup> Abteilungsleiter Podewils-Dürnitz – Abteilung Protokoll (Auswärtiges Amt) an Referat Portugal, Spanien, Vatikan, Griechenland, Türkei, Zypern; Nordische Staaten, Österreich, Schweiz, Malteser-Ritter-Orden (Auswärtiges Amt) und Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 10. Januar 1972, PA AA, AA, B 34, 858.



Progressive Denkmodelle gewannen nun gesamtgesellschaftlich an Einfluss. Die Dritte Welt-Bewegung entstand und konnte erfolgreich das westdeutsche gesellschaftliche Bewusstsein auf die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen und Probleme in Afrika lenken.<sup>1869</sup> Die Einhaltung der Menschenrechte, die Lage der Afrikaner in den portugiesischen Überseeprovinzen und im Apartheidsregime der Republik Südafrika wurden in den Fokus der Medien und der Öffentlichkeit gerückt, die westdeutsche Afrika- und Entwicklungspolitik einer kritisch-progressiven Analyse unterzogen. Es gelang sogar, bislang mit konservativen Vertretern besetzte halbstaatliche Organisationen, wie die Deutsche Afrika-Gesellschaft, zu unterwandern. So berichtete 1975 das westdeutsche Aktionskomitee Afrika dem mit ihm kooperierenden ostdeutschen Solidaritätskomitee:

*„1970 begann sich die kritische und emanzipatorische Interessen Afrikas in ihre Überlegungen einbeziehende Öffentlichkeit verstärkt in der DAG [Deutsche Afrika-Gesellschaft] zu organisieren. Die Informationspolitik der Gesellschaft richtete sich zunehmend gegen [die] bundesdeutsche Beteiligung an der Unterdrückung afrikanischer Mehrheiten durch den portugiesischen Kolonialismus und gegen rassistische Minderheitsregime im südlichen Afrika. Dies führte zu einem Interessenkonflikt mit der konservativen Politik des Auswärtigen Amts, das bisher keine überzeugenden Anstalten macht, deutsche Interessen langfristig durch ein solidarisches Partnerschaftsverhältnis in Afrika zu sichern. So versuchte das Auswärtige Amt z.B. [zum Beispiel] die Veröffentlichung der renommierten Vereinigung Deutscher Wissenschaftler gegen die deutsche Beteiligung am Cabora Bassa-Staudamm [in Mosambik] in dem Organ der DAG 'afrika heute' durch massiven Druck auf den Vorstand der Gesellschaft während einer vom AA [Auswärtigen Amt] einberufenen Sitzung unter Leitung des [parlamentarischen] Staatssekretärs [im Auswärtigen Amt, Karl] Moersch[,] zu verhindern. Nach dem entsetzlichen Massaker im Verlauf des Anschlags palästinensischer Freischärler auf die israelische Olympia-Mannschaft in München, September [19]72, widersetzte sich die Informationspolitik der DAG durch Pressekonferenzen und – Mitteilungen wie auch durch Berichte der Zeitschrift 'afrika heute' über die Behandlung der Palästinenser in ihrer besetzten Heimat und durch Analysen des historisch-politischen Hintergrunds des Konflikts der gegen gute deutsch-arabische Beziehungen gerichteten Pressekampagne. [...] Das AA machte auf einer Sitzung unter Leitung des Staatssekretärs [im Auswärtigen Amt, Paul] Frank[,] am 15. Februar [19]74 alle weiteren Zuschüsse der Gesellschaft von der Verminderung ihrer Aktivitäten bezüglich des nordafrikanischen, arabischen Raumes abhängig. Ebenfalls im Sinne ehrwürdiger Herrschaftsmethoden beschied das Auswärtige Amt einen Antrag auf finanzielle Unterstützung der Zeitschrift 'afrika heute – III. Welt': 'es kann nicht Sache einer deutschen, staatlich geförderten Zeitschrift sein, die Interdependenz der Entwicklung von arabischen und schwarzafrikanischen Ländern zu behandeln und für eine Partnerschaft zwischen diesen Gebieten zu werben' (Schreiben vom 12. März*

---

<sup>1869</sup> Kössler 2002, S. 103-126, hier S. 109.

Vieles, was die progressive Strömung bis 1975 vortrug, wurde von der Bevölkerungsmehrheit aufgenommen und rezipiert – wenn auch längst nicht alles. Das westdeutsche Afrikabild war differenzierter geworden. Neben Flora, Fauna und 'schöne Landschaften' waren Menschen mit eigener Kultur, ganze Gesellschaften und Staaten getreten. Kolonialismus war nicht mehr salonfähig.

Ganz im Gegensatz zu einem rassistischen Weltbild, das auch weiterhin die Vorstellungen der westdeutschen Mehrheitsgesellschaft vom Afrikaner entscheidend prägen sollte und herangezogen wurde, um zu erklären, weshalb der afrikanische Kontinent nach der Entlassung der Mehrzahl seiner Staaten in die Unabhängigkeit nicht innerhalb weniger Jahre die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Standards Europas erreicht hatte. Schlug man 1974 im *Modernen Lexikon* des Bertelsmann-Verlags unter dem Stichwort *Neger*, der damals gängigen Bezeichnung für *Afrikaner*, nach, so stieß man auf folgenden Eintrag:

*„Neger, die 'Schwarzen', der Hauptteil der farbigen Bevölkerung Afrikas (über 160 Mill. [Millionen]), die kennzeichnende Gruppe des negriden Rassenkreises, durch Sklavenhandel in großer Zahl nach den Südstaaten der USA [United States of America] (19 Mill.), nach Westindien u. [und] Südamerika (über 20 Mill.) sowie nach Nordafrika u. Westasien (bes. [besonders] Arabien) verpflanzt. Wie alle Völker der Erde, haben sich auch die N. [Neger] mit Menschen anderer Herkunft vermischt, so daß es müßig ist, nach 'Reinrassigkeit' zu fragen. Die N. gelten als lebensstüchtig, außerordentlich anpassungsfähig, geschickt im Lernen (u.a. [unter anderem] fremder Sprachen) u. bei körperl. [körperlicher] Arbeit [...].“<sup>1871</sup>*

Die konservative Strömung hatte an all diesen gesellschaftlichen Entwicklungen nur noch wenig Anteil. Zwar hatte auch sie sich des in Angola tobenden Konflikts angenommen – für Portugal und die portugiesischen Siedler Partei ergriffen –, doch stießen ihre Beiträge, trotz der sie unterstützenden portugiesischen Öffentlichkeitsarbeit, in der westdeutschen Öffentlichkeit nur auf geringe Resonanz. Nachdem Ende 1975 die sowjetophile *Movimento Popular* in Angola die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, zog im folgenden Frühjahr der West-Berliner Landesverband der Jungen Union in einem Demonstrationszug vor das dortige Bundeshaus, um gegen die in seinen Augen zu progressive Angola-Politik der Bundesregierung zu protestieren. In der westdeutschen Öffentlichkeit wurde hiervon jedoch kaum Notiz genommen. Ein Mitarbeiter des Bundeshauses, Herr Klewitz, bemerkte belustigt gegenüber dem Auswärtigen Amt:

<sup>1870</sup> Aktionskomitee Afrika an Solidaritätskomitee, o.T. o.M. 1975, BArch, SAPMO, DZ 8 / 232.

<sup>1871</sup> *Neger*, In: *Das moderne Lexikon*. Gütersloh/Berlin/München/Wien 1974, S. 126-127, hier S. 126-127.

*„Die Demonstration von rund fünfzig Teilnehmern war polizeilich abgesichert wegen der Möglichkeit der Einschleusung linksradikaler Elemente. Sie verlief ruhig und gesittet. [...] Das Geschehnis war [für die westdeutschen Medien] zu geringfügig im Vergleich zu etwa gleichzeitigen Demonstrationen beträchtlicher Grössenordnung (mit Verhaftungen) gegen Fahrpreiserhöhungen der öffentlichen Verkehrsbetriebe in der Innenstadt.“*<sup>1872</sup>

Es sollten noch mehrere Jahre vergehen, bis die konservative Strömung ihre politischen und gesellschaftlichen Vorstellungen im Rahmen einer zentralafrikanischen Thematik wieder erfolgreich in Westdeutschland vertreten konnte.

#### *b) (Zentral)afrika und die ostdeutsche Gesellschaft*

Auch in der DDR war die Mehrheit der Bevölkerung nur begrenzt am afrikanischen Kontinent und der zentralafrikanischen Region interessiert. Und ähnlich der Bundesrepublik war auch hier eine eher konservative Grundstimmung gegenüber Afrika und Afrikanern vorherrschend.<sup>1873</sup> So war es keine Ausnahme, wenn mosambikanische Schüler und Lehrer der Schule der Freundschaft in Staßfurt in den 1970er und 1980er Jahren von Teilen der dortigen Bevölkerung als „*die schwarzen Affen*“ bezeichnet wurden und selbst vor physischen Übergriffen nicht sicher waren.<sup>1874</sup>

Dieser, den ostdeutsch-afrikanischen Beziehungen wenig förderlichen, Grundeinstellung versuchte eine starke progressive Strömung – vornehmlich repräsentiert durch Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Freien Deutschen Jugend – entgegenzutreten. Da sich das hierzu erforderliche Eingeständnis des Vorhandenseins von Rassismus und Kolonialismus in der eigenen sozialistischen Gesellschaft aber nicht mit der offiziellen Parteidoktrin vertrug, beschränkte sich die Auseinandersetzung der Strömung mit den beiden Ismen auf die Verdammung Selbiger in der Bundesrepublik, deren Afrikapolitik angeblich vor rassistischen und neo-kolonialistischen Zügen nur so strotzte. Entsprechend bescheiden war die Resonanz innerhalb der ostdeutsche Mehrheitsgesellschaft. Doch hielt sich die Strömung in den 1950er Jahren auch noch stark zurück. Anti-Kolonialismus äußerte sich vor allem in oberflächlichen, medienwirksamen Inszenierungen, wie der flächendeckenden Abtragung sämtlicher Kolonialdenkmäler auf dem Territorium der DDR, und einer anti-kolonialistisch gefärbten Berichterstattung in den ostdeutschen Medien.<sup>1875</sup> Erst in den 1960er Jahren, als die

<sup>1872</sup> Klewitz – Auswärtige Angelegenheiten (Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin) an Referat Ost- und Südafrika (Auswärtiges Amt) und Referat Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen (Auswärtiges Amt), 2. März 1976, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108165.

<sup>1873</sup> Ayim, May: Die afro-deutsche Minderheit. In: Arndt, Susan (Hg.): AfrikaBilder. Studien zu Rassismus in Deutschland. Münster 2001, S. 71-86, hier S. 82.

<sup>1874</sup> Reuter 2006, S. 159 f.

<sup>1875</sup> Zeller 2004<sup>2</sup>, S. 192-208, hier S. 198.

Staatsbetriebe und gesellschaftlichen Organisationen, von Seiten der Staatsorgane, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, zu einem flächendeckenden Ausgreifen auf Afrika ermuntert wurden, gelang es, auch in der ostdeutschen Mehrheitsgesellschaft ein – wenn auch nur ein leichtes – Interesse für Afrika zu wecken und eine bescheidene gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Kolonialismus und Rassismus einzuleiten.

Der Fokus der progressiven Strömung im zentralafrikanischen Raum lag – wie schon im Fall der westdeutschen konservativen und progressiven Kreise – auf der Kongo-Krise und dem Befreiungskampf in Angola. Ähnlich der konservativen Strömung Westdeutschlands beschränkten sich auch ihre Aktivitäten dabei größtenteils auf die Einreichung von Protestschreiben bei internationalen Organisationen. So verfassten 1964, nachdem belgische und amerikanische Streitkräfte in der Demokratischen Republik Kongo die militärische Operation *Dragon Rouge* durchgeführt hatten, Betriebe der DDR – auf direkte Anweisung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes<sup>1876</sup> – 1.598 Protestschreiben an internationale Einrichtungen.<sup>1877</sup> Die tatsächliche Unterstützung vor Ort wurde dagegen größtenteils den staatlichen Institutionen, den halbstaatlichen Organisationen und den Massenorganisationen, wie dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund und der Freien Deutschen Jugend, überlassen. Für kurze Zeit, Ende der 1950er bis Anfang der 1960er Jahre, war zudem auch der 'Befreiungskampf' der Union des Populations du Cameroun Thema. Sogar eine eigene Organisation, die Gesellschaft für die Freundschaft der Völker Kameruns und der DDR, wurde zur Unterstützung der kamerunischen Revolutionäre gegründet.<sup>1878</sup>

Abseits internationaler Konfliktherde hielt sich das Interesse der progressiven Strömung an Afrika aber in Grenzen und war im Wesentlichen ein inoffizieller Fortsatz der ostdeutschen Außenpolitik. So unterstützten die Freie Deutsche Jugend<sup>1879</sup> und mehrere ostdeutsche Staatsbetriebe<sup>1880</sup> das Tropenkrankenhaus Albert Schweitzers in Gabun propagandistisch und materiell. Das Rote Kreuz der DDR gründete zur Koordinierung seiner Hilfslieferungen sogar ein *Albert Schweitzer-Komitee*. Über die Rolle der Unterstützung des Krankenhauses innerhalb der deutsch-deutschen Systemauseinandersetzung war bereits an anderer Stelle berichtet worden. Als das ostdeutsche Außenministerium sich Mitte der 1960er Jahre um einen Ausbau der Beziehungen zur Republik

<sup>1876</sup> Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Abteilung Internationale Verbindngen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), 25. November 1964, BArch, SAPMO, DY 34 / 3262.

<sup>1877</sup> Abteilung Internationale Verbindngen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindngen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 4175.

<sup>1878</sup> Union Générale des Travailleurs du Cameroun an Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, 16. Juli 1960, BArch, SAPMO, DY 34 / 2126.

<sup>1879</sup> Klingenberg (Botschaft in der Gabunischen Republik) an Auswärtiges Amt, 9. Februar 1967, PA AA, AA, B 92, 422.

<sup>1880</sup> Elektrizitäts-AG Mitteldeutschland an Auswärtiges Amt, 29. März 1963, PA AA, AA, B 92, 422.

Kongo bemühte, wurde auch hier die progressive Strömung – in Gestalt der Freien Deutschen Jugend – aktiviert.<sup>1881</sup> Spätestens seit 1971 leistete die ostdeutsche Jugendorganisation materielle Hilfe und stellte Schulungsplätze für Funktionäre der *Union de la Jeunesse Socialiste Congolaise* in der DDR bereit<sup>1882</sup> – mit nicht unerheblichen Auswirkungen auf die Entwicklung der kongolesischen Einheitspartei. So äußerte der ostdeutsche Botschafter in der Volksrepublik Kongo, Werner Dordan, 1974 zufrieden gegenüber dem ostdeutschen Außenministerium:

„Eine größere Anzahl dieser ehemaligen Jugendhochschüler bekleidet jetzt wichtige Funktionen im Apparat des ZK [Zentralkomitee] der PCT [Parti Congolais du Travail] bzw. [beziehungsweise] an der Parteischule [in Brazzaville].“<sup>1883</sup>

Und schließlich wurde, um die Devisenausgaben für Entwicklungshilfeprojekte in Grenzen zu halten, 1971 die bereits im Abschnitt zur Wirtschaftshilfe erwähnte Freundschaftsbrigade der Freien Deutschen Jugend in die Zentralafrikanische Republik entsandt.

Abseits dieser ersten progressiven Strömung, die sich verständlicherweise stark an den Leitlinien der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands orientierte, erwuchs ab Mitte der 1960er Jahre, aus den christlichen und oppositionellen Kreisen der DDR heraus, eine zweite progressive Strömung, deren erklärtes Ziel es war, Solidarität mit den Völkern der 'Dritten Welt', abseits von Staat und Einheitspartei, zu üben.<sup>1884</sup> Diese neue progressive Strömung kritisierte nicht nur – wie die erste – die Lebensverhältnisse der indigenen Bevölkerung im südlichen Afrika, sie kritisierte auch offen die Unzulänglichkeit der staatlichen Entwicklungshilfe der DDR,<sup>1885</sup> was ihr innerhalb der ostdeutschen Gesellschaft Aufmerksamkeit, Zustimmung allenfalls hinter vorgehaltener Hand, in jedem Fall aber eine Überwachung durch den Staatssicherheitsdienst der DDR eingetragen haben dürfte.<sup>1886</sup> 1971 gründete sich aus ihren Kreisen das ökumenische Netzwerk *Information, Koordination, Tagungen*, dessen Ziel es war, innerhalb der ostdeutschen Gesellschaft einen eigenen progressiven Ansatz für die Solidarität mit den Völkern Afrikas zu implementieren.<sup>1887</sup>

Noch in einem zweiten Punkt stimmten beide Strömungen aber überein. Die Begeisterung am bewaffneten Befreiungskampf, die zu Beginn der 1970er Jahre außer- wie innerhalb der

---

<sup>1881</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 15. Juli 1965, PA AA, MfAA, C 921/74, Fiche 1, S. 9-11.

<sup>1882</sup> Ministerium für Staatssicherheit an Ministerium für Staatssicherheit, o.T. o.M. o.J., BStU, MfS, Allg. S., 395/73, S. 9-12.

<sup>1883</sup> Botschafter Dordan (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 6. Dezember 1974, PA AA, MfAA, C 6177, Fiche 1, S. 97.

<sup>1884</sup> Schleicher, Ilona 1997, S. 291.

<sup>1885</sup> Olejniczak 1999, S. 23-36, hier S. 32.

<sup>1886</sup> Ebd., hier S. 34.

<sup>1887</sup> Ebd., hier S. 32.

ostdeutschen Gesellschaft eine Art „*Revolutionsromantik*“ entfachte, machte weder vor den Vertretern der ersten, noch der zweiten progressiven Strömung halt.<sup>1888</sup> Auch in den ostdeutschen Ministerien, Medien und gesellschaftlichen Organisationen fiel die progressive Radikalisierung auf fruchtbaren Boden. Über das eigenmächtige Auftreten einiger Ostdeutscher in diesen Jahren war schon in vorigen Abschnitten berichtet worden.

Die ostdeutsche Bevölkerungsmehrheit blieb von beiden Strömungen nicht unberührt. Der rassistischen Einstellung gegenüber Afrikanern kamen sie zwar nicht bei – dafür waren sie auch gar nicht angelegt worden –, doch gelang es ihnen immerhin, der Mehrheitsgesellschaft den afrikanischen Befreiungskampf zu Bewusstsein zu bringen und damit auch das von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands propagierte anti-kolonialistische Weltbild salonfähig zu machen.

### *c) (Zentral)afrika im Fokus der Öffentlichkeitsarbeit und der Medien*

Die Bilder, welche in beiden deutschen Gesellschaften von Afrika vorherrschten, entsprachen im Wesentlichen den Inhalten der jeweiligen deutschen Medienberichterstattung. Medien der Berichterstattung waren in beiden deutschen Staaten Zeitungen, Radio- und Fernsehsender, Kinos, Verlage und 'Afrika-Kenner', die vor großem Publikum Vorträge hielten. Öffentlichkeitsapparate von Institutionen, Unternehmen und Organisationen bespielten diese Medien und trugen – der eine mehr, der andere weniger – zur medialen Feinjustierung der einzelnen, Afrika betreffenden Berichterstattung bei. Lange Zeit gaben dabei die Apparate staatlicher Institutionen und halbstaatlicher Organisationen den Ton an.

Die Öffentlichkeitsarbeit in Westdeutschland, die Afrika zum Gegenstand hatte, wurde vor allem über die gemäßigt-konservative Deutsche Afrika-Gesellschaft, das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung betrieben. Während Letztere sich vor allem um die Propagierung der westdeutschen Entwicklungshilfe bemühte,<sup>1889</sup> war das Auswärtige Amt an den diplomatischen Beziehungen mit afrikanischen Staaten förderlichen Bildern interessiert. So berichtete der westdeutsche Botschafter in der Zentralafrikanischen Republik, Reinhard Holubek, 1972 über ein

<sup>1888</sup> Die Historiker Ulrich Mähler und Gerd-Rüdiger Stephan vertreten sogar die Ansicht, dass die Solidarität mit der 'Dritten Welt' die letzte ideologische Brücke weiter Personenkreise mit der Partei- und Staatsführung der DDR gewesen sei. Sie schreiben: „*Wenn SED [Sozialistische Einheitspartei Deutschlands] und FDJ [Freie Deutsche Jugend] in dieser Zeit [Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre] überhaupt jugendliche Zustimmung oder zumindest Loyalität gegenüber dem Staat erreichen konnten, dann war dies vor allem auf die Sympathie mit den Befreiungsbewegungen in den ehemaligen Kolonien zurückzuführen*“ (Mähler, Ulrich, Gerd-Rüdiger Stephan: *Blaue Hemden – Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend*. Opladen 1996, S. 187 f.).

<sup>1889</sup> Kastl – Referat Presse (Auswärtiges Amt) an Unterabteilungsleiter Pauls – Unterabteilung III B [Entwicklungspolitik] (Auswärtiges Amt), 20. Mai 1964, PA AA, AA, B 7, 53.

Gespräch, das er mit der Journalistin des Westdeutschen Rundfunks, Ursula Hasselblatt, geführt hatte:

*„Die Fernsehjournalistin beantragt, für das Westdeutsche Fernsehen, Köln, ein Portrait des Staatspräsidenten [Jean-Bédél Bokassa] drehen zu dürfen. Dabei sollen nicht nur die offizielle Tätigkeit des Staatspräsidenten, sondern auch Familie und Privatleben zum Gegenstand der Reportage gemacht werden. Die WDR-Journalistin [Journalistin des Westdeutschen Rundfunks] möchte ein 'vollständiges und wirkliches Bild' vom Staatspräsidenten Bokassa entwerfen. [...] Es dürfte kaum möglich sein, das von der WDR-Journalistin beabsichtigte objektive Bild zu zeichnen, ohne Tatsachen zu berichten, die in der deutschen Öffentlichkeit unerwünschte Reaktionen hervorrufen könnten. Dazu gehört nicht nur das Familienleben des Staatspräsidenten, sein Lebensstil und seine Auslandsreisen, sondern auch seine Regierungsform und der einstweilen wenig erkenntliche Erfolg der 'Opération Bokassa' in der Landwirtschaft. [...] Ich schlage daher vor, der deutschen Journalistin das prinzipielle Einverständnis des Staatspräsidenten nur dann zu übermitteln, falls sie im Interesse unserer auswärtigen Beziehungen zur ZAR [Zentralafrikanischen Republik] bereit wäre, nicht ein objektives, sondern ein begünstigendes Porträt des Staatspräsidenten zu zeichnen.“*<sup>1890</sup>

Die Öffentlichkeitsarbeiten der konservativen, wie der progressiven Strömung konnten sich lange Zeit nicht gegenüber diesen gut aufgestellten Apparaten der gemäßigt-konservativen staatlichen Kräfte durchsetzen. Erst die sich formierende 68er-Bewegung, die wachsende Zahl afrikanischer Studenten, Auszubildender und Praktikanten, vor allem aber, das Netz aus formellen und informellen Öffentlichkeitsapparaten, das afrikanische Bewegungen, Parteien, Rebellen und Regierungen über Europa ausbreiteten, konnten den Belangen der progressiven Strömung in wachsendem Maße Gehör verschaffen.

Dies galt auch für die Berichterstattung über den zentralafrikanischen Raum – und auch für die Öffentlichkeitsarbeit der Kolonialmächte. Bereits 1955 hatte der Pressereferent des Generalgouverneurs von Belgisch-Kongo, Herr Labrique, beim Auswärtigen Amt vorgesprochen, und erklärt, die kulturellen Beziehungen zwischen der BRD und Belgisch-Kongo verstärken zu wollen.<sup>1891</sup> Noch im selben Jahr hatte Belgien in der Bundesrepublik die Ausstellung *Belgisch-Kongo – gestern und heute* eröffnet<sup>1892</sup> und breit von den westdeutschen Medien rezipieren lassen.<sup>1893</sup> Auch die der belgischen Kolonialverwaltung folgenden kongolesischen Regierungen waren sehr darum bemüht, sich und die in ihrem Land herrschende Krise vor der westdeutschen

<sup>1890</sup> Holubek (Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik) an Auswärtiges Amt, 7. Juli 1972, PA AA, AA, B 34, 882.

<sup>1891</sup> Voos (Konsulat in der belgischen Kolonie Belgisch-Kongo) an Auswärtiges Amt, 22. Dezember 1955, PA AA, AA, B 90, 331.

<sup>1892</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 20. April 1955, PA AA, AA, B 34, 6.

<sup>1893</sup> Übersee-Rundschau (1955) 4, PA AA, AA, B 34, 6.

Bevölkerung ins rechte Licht zu rücken. 1968 wurde hierzu von Staatspräsident Joseph-Désiré Mobutu in der Bundesrepublik die Deutsch-Kongolesische Gesellschaft gegründet. Finanziert von der Demokratischen Republik Kongo und der westdeutschen Privatwirtschaft betrieb sie für Mobutu Öffentlichkeitsarbeit, um das westdeutsche staatliche Engagement in der Demokratischen Republik Kongo zu beflügeln. Volker von Sengbusch, 'Berater und Freund' des kongolesischen Botschafters in der Bundesrepublik, Jacques Massangu, berichtete 1968 dem Leiter des Afrikareferats im Auswärtigen Amt, Harald von Posadowsky-Wehner:

*„[Staatspräsident Joseph-Désiré] Mobutu hat [Botschafter Jacques] Massangu angewiesen, 'dem Staatspräsidenten der Demokratischen Republik Kongo[,] nötigenfalls durch eine demonstrative Gegeneinladung auf Betreiben privater Wirtschafts- und Bankkreise[,] eine Einladung zum Besuch der Bundesrepublik Deutschland diplomatische Satisfaktion zu verschaffen... Zu diesem Zweck wurde der soeben gegründeten Deutsch-Kongolesischen Gesellschaft ein großzügiger finanzieller Rahmen zur Verfügung gestellt. Das Präsidium soll ausserdem beim Auswärtigen Amt einen offiziellen Informationsbesuch durchsetzen. Mobutu ist der deutschen Wirtschaft gegenüber zu ausserordentlichen Konzessionen bereit (Uran, Erze, Edelmetalle, Ausbau des Eisenbahnwesens) und möchte gemäß Direktive vom 17.5.1968 'der BRD politisch beweisen, daß der Kongo zu ihren seriösen Freunden gehört...'“<sup>1894</sup>*

Mit dem selben Hintergedanken ließ die kamerunische Regierung von Staatspräsident Ahmadou Ahidjo bereits Mitte der 1960er Jahre den Besitzer mehrerer westdeutscher Zeitungen als Wahlkonsul in der BRD akkreditieren<sup>1895</sup> und stellte in den 1970er Jahren sogar den Antrag, in der westdeutschen Presse Artikel zur Ankurbelung der Kameruner Wirtschaft über Entwicklungshilfe finanzieren zu dürfen. Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung war über den Antrag nicht sehr begeistert und schrieb dem Auswärtigen Amt:

*„In dem o.a. [oben angeführten] Bericht bittet die Botschaft Jaunde um Gewährung eines Zuschusses von DM 12.000,- als Finanzierungsanteil einer Kamerun-Sonderbeilage der Zeitung 'Handelsblatt'. Vorsorglich teilt das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung hierzu mit, daß eine solche Verwendung der Mittel des Titels 53 104 (politische Öffentlichkeitsarbeit) nicht den Zweckbestimmungen des Titels entspricht und daher die beantragten Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden können.“<sup>1896</sup>*

Wenn auch nicht das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, so gingen doch einzelne

<sup>1894</sup> Sengbusch an Referatsleiter Posadowsky-Wehner – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 30. Mai 1968, PA AA, AA, B 68, 530.

<sup>1895</sup> Referatsleiter Steltzer – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Referat Protokoll 2 (Auswärtiges Amt), 5. Februar 1964, PA AA, AA, B 34, 495.

<sup>1896</sup> Custodis (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung) an Referat Nord- und Westafrika (Auswärtiges Amt), 29. Mai 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102956.



Bundesländer tatsächlich auf solche Anfragen ein.<sup>1897</sup> Auch die Republik Tschad trat aus diesem Grund mit einer eigenen Gesellschaft, der Deutsch-Tschadischen Gesellschaft, in der westdeutschen Öffentlichkeit in Erscheinung.<sup>1898</sup> Andere Regierungen, die offiziell den Weg des Sozialismus eingeschlagen und die DDR diplomatisch anerkannt hatten, wie die Volksrepublik Kongo oder später die Volksrepublik Angola, hatten vor allem die Besserung ihres, aufgrund des Kalten Kriegs belasteten, Images im Sinn. Während die Volksrepublik Kongo hierzu einen Presseattaché in der Bundesrepublik akkreditieren ließ,<sup>1899</sup> begnügte sich die Volksrepublik Angola mit der Einschaltung des Deutsch-Afrikanisch-Arabischen Büros in ihre Belange.<sup>1900</sup>

In der DDR erfolgte die Öffentlichkeitsarbeit für Afrika primär über die Deutsch-Afrikanische Gesellschaft und das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, die ihr einen gemäßigt-progressiven Charakter verliehen. Hinzu kam die Öffentlichkeitsarbeit der ersten progressiven Strömung, die naturgemäß mit der staatlichen Öffentlichkeitsarbeit stark harmonisierte. Die zweite progressive Strömung konnte in den ostdeutschen Medien kaum Fuß fassen. Mehr Erfolg hatten da die Vertreter afrikanischer Bewegungen und Staaten – sofern sie die DDR nur anerkannt hatten.

Wie sah die Afrikaberichterstattung in den deutschen Medien nun aus? Bei der Themenwahl dominierten einerseits Inhalte mit Krisencharakter – Katastrophen und Kriege –, andererseits solche mit Deutschlandbezug. In Letzteren dominierten die zwischenstaatlichen Beziehungen, die Hallstein-Doktrin und der deutsch-deutsche Gegensatz, die angeblich expansive Außenpolitik des jeweils anderen deutschen Staates, sowie Auslassungen über Sinn und Unsinn westdeutscher Entwicklungshilfe und ostdeutscher Solidaritätshilfe die afrikabezogenen Schlagzeilen.

Während die ostdeutschen Medien hierbei ein relativ einheitliches Bild vermittelten, differierten Darstellungen und Meinungen in den freien Medien Westdeutschlands – wie in einer pluralistischen Gesellschaft auch nicht anders zu erwarten – erheblich. So lassen sich für die Kongo-Krise ebenso westdeutsche Zeitungen finden, die den Standpunkt der Zentralregierung beleuchteten, wie auch solche, die versuchten, ihren Lesern die Lage der Regierung der 'Republik' Katanga oder der Regierung der 'Volksrepublik' Kongo zu veranschaulichen.<sup>1901</sup> Auch in der Auseinandersetzung zwischen portugiesischer Provinzverwaltung und angolanischen Befreiungsbewegungen – und

---

<sup>1897</sup> Scholz, Brigitte: Öffentlichkeitsarbeit für die "Dritte Welt". Dargestellt am Beispiel der Partnerschaft Rheinland-Pfalz-Rwanda. Göttingen 1990, S. 50.

<sup>1898</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 17. März 1967, PA AA, AA, B 34, 727.

<sup>1899</sup> Meyer-Landrut (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Auswärtiges Amt, 7. April 1970, PA AA, AA, B 34, 786.

<sup>1900</sup> Dunker – IV B 4 (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung) an Referatsleiter Müller – Referat Ost- und Südafrika (Auswärtiges Amt), 5. Dezember 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108164.

<sup>1901</sup> Dennoch stuft Hans Magnus Enzensberger die westdeutsche Berichterstattung zur Kongo-Krise als konservativ ein (Enzensberger, Hans Magnus: Journalismus als Eiertanz. Beschreibung einer Allgemeinen Zeitung für Deutschland (1962). In: Enzensberger, Hans Magnus: Einzelheiten I. Bewußtseins-Industrie. Frankfurt am Main (8.Aufl.) 1973, S. 18-73, hier S. 61-70.).

später der Konfliktparteien der Angola-Krise – wurden die Positionen aller Kontrahenten, der portugiesischen, ebenso wie derjenigen der Movimento Popular<sup>1902</sup> und der Frente Nacional<sup>1903</sup> vorgestellt. Bereits 1955 hatte die Deutsche Presse-Agentur erstmals Stellung gegen die portugiesische Angola-Politik bezogen.<sup>1904</sup> Und selbst ein konservatives Medium wie Die Welt kam 1961 nicht darum herum, Portugal für dessen brutale Niederschlagung des Aufstands in seiner Überseeprovinz zu kritisieren.<sup>1905</sup>

Auch der rassistische Umgang manch eines Deutschen mit Afrikanern und die deutsche Kolonialvergangenheit fanden in Zusammenhang mit der Afrikaberichterstattung Eingang in zahlreiche deutsche Medien – allerdings praktisch *ausschließlich* in und im Kontext der Bundesrepublik. In der westdeutschen Presse wurde das Problem des Rassismus im eigenen Land spätestens seit Anfang der 1960er Jahre offensiv angegangen. Als der Oberstudiendirektor eines Gymnasiums in Leer, Bruno Gehrman, 1962 versuchte, einem Afrikaner den Zutritt zu einem Schülerball zu verwehren, machte die Geschichte deutschlandweit in der lokalen, regionalen und nationalen Presse Schlagzeilen. Der Journalist des Wiesbadener Kuriers, Rudolf Krämer-Badoni, berichtete unter der Überschrift *Pädagogen-Mißgriff* über den Vorfall:

*„Den Namen Bruno Gehrman wird man sich merken müssen. Er ist ein Leerer, ein Mann aus Leer in Ostfriesland. Und er ist Lehrer, Oberstudiendirektor am dortigen Gymnasium. Schülerball. Ehemalige Schüler und Freunde willkommen. Ein Schüler bringt einen Bayern mit, in Ordnung. Ein anderer führt einen Engländer ein, sehr in Ordnung. Hätte einer den Peer Gynt mitgebracht, die Freude wäre wahrscheinlich unbeschreiblich gewesen. Aber nun brachte ein Ehemaliger einen jungen Studenten aus Kamerun mit, der augenblicklich in Bonn studiert und Geodät werden will. Und der junge Student war natürlich dunkelhäutig. Herr Gehrman lief ebenfalls dunkel an, aber nicht aus Sympathie, sondern aus Entrüstung. Er wies den jungen Mann aus dem Saal. Nicht gesellschaftsfähig. Doch mußte er sich der versammelten Lehrer-, Schüler- und Elternschaft beugen. Sie alle schworen: Wenn der junge Mann nicht hierbleiben darf, findet das Fest nicht statt. Darauf aber wollte es der weiße Vater nicht ankommen lassen. Der junge Mann aus Ostkamerun blieb auf dem ostfriesischen Schülerball. Was mag in Gehrman vor sich gegangen sein? Hält er die Kameruner für Kannibalen? Und selbst wenn sie das wären, auf ostfriesischen Bällen würden sie nur bellen, nicht beißen. Oder sieht Herr Gehrman, wenn er einen Schwarzen sieht, schwarz für die höheren Töchter? Und – wenn er einen Weißen sieht, nicht?“<sup>1906</sup>*

<sup>1902</sup> Generalkonsul Groener (Generalkonsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola) an Auswärtiges Amt, 22. April 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108164.

<sup>1903</sup> Presse- und Kulturreferent Bruhn (Botschaft in der Republik Zaïre) an Referat Ost- und Südafrika (Auswärtiges Amt), 6. November 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108162.

<sup>1904</sup> Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Mosambik an Auswärtiges Amt, 28. Oktober 1955, PA AA, AA, B 34, 17.

<sup>1905</sup> Ahlefeldt an Auswärtiges Amt, 2. September 1960, PA AA, AA, B 34, 63.

<sup>1906</sup> Wiesbadener Kurier, 28. September 1962, PA AA, AA, B 34, 417.

Unter den Leserzuschriften der Süddeutschen Zeitung vom 29. September 1962 fanden sich Beiträge, wie:

*„Ein Schulleiter weist einen farbigen Studenten aus dem Saal, weil er nicht gesellschaftsfähig ist. Da hält man in der ganzen Welt um gut Wetter an, um unsere fluchwürdigen Hitlerjahre in Vergessenheit geraten zu lassen, zahlt Millionen an Wirtschaftshilfe, holt aufgeweckte junge Leute aus diesen Entwicklungsländern, damit sie sich später einmal selbst helfen können. Und so ein famoser Jugenderzieher will so einen armen Kerl dann aus dem Saal werfen! Wer ist dieser Herr Gehrman? Ist er ein Christ? War er ein Nazi? Sei dem wie es sei, als Erzieher unserer Jugend ist er völlig ungeeignet. Ein Lichtblick, dass sich die Lehrerschaft, Elternbeirat und Schüler hinter den farbigen Studenten gestellt haben, das läßt uns hoffen. Nun liegt es an den berufenen Stellen, das ihrige zu tun.“<sup>1907</sup>*

Anders die Medien der DDR – über Rassismus in der DDR. Die Existenz rassistischer Tendenzen innerhalb der ostdeutschen Gesellschaft stand bei ihnen zu keinem Zeitpunkt zur Diskussion. Stattdessen beschränkten sie sich auf die Anprangerung eines angeblich – und tatsächlich – in der bundesdeutschen Gesellschaft grassierenden Rassismus.

Bei der Inszenierung Afrikas wurde im Fall der staats- und parteitreuen Medien der DDR ein besonderer Wert auf die Darstellung einer angeblich sozialistischen Entwicklung der besprochenen afrikanischen Staaten und Gesellschaften gelegt.<sup>1908</sup> Im Fall der freien westdeutschen Medien, die sich stärker an den 'informativischen Bedürfnissen' ihrer Kunden orientieren mussten,<sup>1909</sup> waren die Erzählungen dagegen stärker von boulevardesquen und reißerischen Bildern durchzogen. Nicht ohne Grund beschwerte sich das bundesdeutsche Konsulat in Angola 1962 beim Auswärtigen Amt über die westdeutsche Berichterstattung, die sich nur für das portugiesische Überseegebiet zu interessieren schien, wenn Mord und Totschlag zu berichten waren:

*„Es hat sich dabei allerdings gezeigt, daß die bedeutenderen Agenturen keineswegs regelmäßig berichten und auch durchaus nicht immer die wirklich wichtigen Meldungen bringen. [...] Die Berichterstattung der deutschen Zeitungen beschränkt sich zudem fast ausschließlich auf die militärischen Ereignisse. Wenn eine derartige Meldung zufallsbedingt auf einem deutschen Redaktionsschreibtisch landet, wird sie dann oft, eben weil die Berichterstattung nicht kontinuierlich erfolgt, mit einer verfälschenden Überschrift versehen. Daran dürfte bei der Lage der Dinge wohl auch kaum etwas zu ändern sein. Der seit Monaten andauernde Guerillakrieg, der durchaus kontrolliert abläuft, besitzt eben nicht genügenden Nachrichtenwert, um eine laufende Berichterstattung für deutsche Zeitungen lohnend erscheinen zu lassen. Bedauerlich ist allerdings, daß, abgesehen von kleineren Wirtschaftsmeldungen, über die sonstige*

<sup>1907</sup> Süddeutsche Zeitung, 29. September 1962, PA AA, AA, B 34, 417.

<sup>1908</sup> Bähler, Heinz: Das Bild der Dritten Welt im Neuen Deutschland und in der Neuen Züricher Zeitung. Saarbrücken/Fort Lauderdale 1984, S. 85 f.

<sup>1909</sup> Mücke 2009, S. 520 f.

All diese Faktoren, die Öffentlichkeitsarbeit, die Wahl der Themen und der Inszenierungen führten in den ost-<sup>1911</sup> und westdeutschen Medien<sup>1912</sup> zur Zeichnung eines Afrikabildes, das für Leser, Zuhörer und Zuschauer vor allem durch seine Exotik, Rückständigkeit und Krisen bestach.

#### *d) Zwischenfazit*

Auch wenn der afrikanische Kontinent und der zentralafrikanische Raum für die Mehrheit der west- und der ostdeutschen Bevölkerung keinen großen Stellenwert besaßen, so kann ihnen eine bescheidene Rolle doch nicht abgesprochen werden. Dazu trugen schon allein die Kongo-Krise und der Unabhängigkeitskampf der angolanischen Befreiungsbewegungen bei, die Afrika, eingebettet in das Narrativ des Kalten Krieges, den deutschen Medien immer wieder eine Meldung wert erscheinen ließen.

Europäische Kolonialmächte, (zentral)afrikanische Staaten, Befreiungs- und Oppositionsbewegungen versorgten die deutschen Medien mit ihnen genehmen Informationen und konnten hierbei Medien- und Meinungsbilder in Ost- und Westdeutschland immer wieder in ihrem Sinne beeinflussen. Ihr Hauptziel war dabei stets der Ausbau der deutschen diplomatischen, materiellen und finanziellen Unterstützung, was ihnen in den meisten Fällen auch gelang.

Hierbei half ihnen nicht zuletzt auch ein günstiges gesellschaftliches Klima. Dieses war in beiden deutschen Staaten auf recht unterschiedlichem Wege zustande gekommen. In der Bundesrepublik hatten bis Mitte der 1960er Jahre zwei Strömungen, eine konservative und eine progressive, um die Vorherrschaft gerungen, bis Letztere sich schließlich hatte durchsetzen können.

In der DDR hatte dagegen zunächst eine progressive Grundströmung bestanden, deren Linie stark von den Vorgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bestimmt gewesen war. Im Laufe der 1960er Jahre formierte sich dann aber auch hier, wie in der Bundesrepublik, aus der Gesellschaft heraus, eine zweite progressive Kraft.

So hatten in den 1970er Jahren progressive gesellschaftliche Strömungen in beiden deutschen Gesellschaften die Oberhand gewonnen. Inwiefern es diesen aber gelang, mit ihren Vorstellungen tief in die gesamtgesellschaftliche Mentalität einzutauchen und diese in ihrem Sinne zu beeinflussen, lässt sich nur schwer ermitteln. Zumindest im Fall des Kolonialismus dürfte es ihnen

---

<sup>1910</sup> Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola an Auswärtiges Amt, 30. Mai 1962, PA AA, AA, B 34, 362.

<sup>1911</sup> Bähler 1984, S. 85 f.

<sup>1912</sup> Köpp, Dirke: "Keine Hungersnot in Afrika" hat keinen besonderen Nachrichtenwert. Afrika in populären deutschen Zeitschriften (1946-2000). Frankfurt am Main/u.a. 2005, S. 375-382.

tatsächlich gelungen sein, in der Mehrheitsgesellschaft einen allgemeinen Bewußtseinswandel herbeizuführen.

Weit mehr Einfluss dürften sie aber auf die Aktivitäten der großen gesellschaftlichen Organisationen, der Parteien, der Gewerkschaften, der Kirchen und des Solidaritätskomitees genommen haben. Deren Wirken im zentralafrikanischen Raum soll in den drei nun folgenden Abschnitten vorgestellt werden.

Parteiarbeit ...

#### *a) ... in Afrika*

Die deutschen Parteienlandschaften – dies galt für Ost wie West – waren nur in geringem Maße an Afrika interessiert. Noch am ehesten spielte der Kontinent in ihrer Öffentlichkeitsarbeit – über den Kalten Krieg, über den 'richtigen' Einsatz von Entwicklungshilfe und Solidarität, sowie über den Ausbau der diplomatischen Beziehungen der beiden deutschen Staaten – eine Rolle.

In der Bundesrepublik hielten sich die Parteien im Bundestag der 1950er Jahre – aufgrund der bereits im letzten Abschnitt erwähnten geringen gesellschaftlichen Bedeutung Afrikas und aus Rücksichtnahme auf die verbündeten Mächte Deutschlands in Europa – mit konkreten Anfragen, Stellungnahmen oder Anträgen für oder gegen den Kolonialismus weitgehend zurück. Erste Kontakte zwischen westdeutschen und afrikanischen Parlamentariern wurden erst Ende der 1950er Jahre geknüpft; zunächst auf internationaler Ebene, über das Europäische Parlament und die Interparlamentarische Union, seit 1960 dann auch auf bilateraler Ebene. Nun nahm die Afrikaarbeit auch im Deutschen Bundestag festere Formen an. 1960 wurde dort die *Arbeitsgruppe Europa-Afrika* ins Leben gerufen,<sup>1913</sup> 1962 der *Bundestagsausschuss für Entwicklungshilfe*.<sup>1914</sup>

Doch auch wenn sich die westdeutschen Parteien im Bundestag – und nach außen hin – in Zurückhaltung übten, arbeiteten in ihrem Inneren doch Kräfte, die mit Afrika-Themen Stimmung für sich, ihren Parteiflügel und ihre Partei zu machen suchten. So plädierten Teile des konservativen Flügels der christdemokratischen und christsozialen Koalition für die Wiedererrichtung eines deutschen, beziehungsweise die Beteiligung der Bundesrepublik an einem europäischen Kolonialreich und eine aktive Unterstützung der bereits auf dem afrikanischen Kontinent siedelnden Deutschen. Ansichten und Forderungen solcherart waren unter Christdemokraten – von der Basis

---

<sup>1913</sup> Fritz Erler an Fritz Erler, o.T. o.M. o.J., AdsD, NL Fritz Erler, 162 A.

<sup>1914</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 29. Juni 1968, PA AA, AA, B130, 8320.

bis hinauf zur Parteispitze – weit verbreitet. Der christdemokratische Landesvorsitzende und Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Kai-Uwe von Hassel, trat ebenso für die Wiederaufnahme einer deutschen Besiedlung Afrikas ein, wie der Bundesvorsitzende der Christdemokraten und westdeutsche Bundeskanzler, Konrad Adenauer, der Ende der 1950er Jahre auf seinen berühmten *Kanzlerteas* davon sprach, dass man in einer Angelegenheit, wie der Kolonisierung Afrikas, bei der es „so ähnlich wie früher mit Amerika“ zugehe, auch einmal „Visionen“ haben müsse.<sup>1915</sup> Noch 1972 legte ein Christdemokrat, der nordrhein-westfälische Abgeordnete des Bundestags und des Europaparlaments, Hans Dichgans, dem Auswärtigen Amt eine Reihe von Überlegungen zur deutschen Afrikapolitik vor, in denen er unter anderem ausführte:

*„Da es unmenschlich und unverantwortlich wäre, die Weißen aus Afrika zu vertreiben, welche der modernen Entwicklung dieses Kontinents, seinem Bildungswesen, seinem Verkehrsnetz, seiner beginnenden Industrialisierung die entscheidenden Impulse gegeben habe[n], kann das langfristige Ziel nur in der Bildung vielrassiger Staaten liegen. Portugiesisch-Afrika, Mosambique und Angola sind die einzigen afrikanischen Länder, die diesen Weg gehen. Weiße Siedler, die sich mit dem Schicksal des Landes identifizieren, helfen der Entwicklung weit kräftiger als zeitweise abgeordnete Entwicklungshelfer. Afrika bleibt an echter weißer Einwanderung interessiert und sollte den notwendigen Anreiz gewähren.“*<sup>1916</sup>

Einen Parteitagsbeschluss, der sich für die Aufrechterhaltung des Kolonialismus ausgesprochen hätte, brachte jedoch keiner der christdemokratischen Kolonialenthusiasten zustande. Das selbe galt für den progressiven Flügel der Koalition, aus dem sich nicht Wenige lautstark für eine Unterstützung der Expansion des christlichen Glaubens in der 'Dritten Welt' – und damit auch in Afrika – aussprachen.<sup>1917</sup> Keine der beiden Strömungen konnte letztlich einen politischen Durchbruch erzielen, allenfalls hier und da die Afrikapolitik der Partei, der Bundesregierung und des Auswärtigen Amtes im Einzelfall ein wenig an die eigene Linie heranführen.

Etwas weiter brachte es der progressive Flügel der Sozialdemokraten. 1954 gelang es ihm, auf dem Bundesparteitag in Berlin, einen Parteitagsbeschluss über das Ende des Kolonialismus herbeizuführen. Doch zeigte der Beschluss zunächst – nicht zuletzt, da sich die Sozialdemokraten in der Opposition befanden und die eigenen finanziellen Mittel begrenzt waren – wenig Wirkung. Der konservative Flügel der Partei konnte ihn weitgehend in den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit verbannen.<sup>1918</sup> Allenfalls im Unabhängigkeitskampf Algeriens machte sich der neue außenpolitische

<sup>1915</sup> Adenauer, Konrad: Adenauer: Rhöndorfer Ausgabe: Teegespräche 1955-1958. Berlin 1986, S. 184.

<sup>1916</sup> Mitglied des Bundestages Dichgans (Christlich Demokratische Union Deutschlands) an Referatsleiter Eger – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 20. September 1972, PA AA, AA, B 34, 858.

<sup>1917</sup> Hagenbusch (Christlich-Soziale Union in Bayern) an Auswärtiges Amt, 10. Juni 1959, PA AA, AA, B 1, 64.

<sup>1918</sup> Schwarz, Maria-Theresia: "Je weniger Afrika, desto besser" - die deutsche Kolonialkritik am Ende des 19.

Grundsatz der Partei auch faktisch bemerkbar. Hier ließen die Sozialdemokraten, wie schon im letzten Abschnitt erwähnt, der Befreiungsbewegung Front de Libération Nationale eine finanzielle Unterstützung zukommen. Auch die Bildung der Großen Koalition im Jahr 1966 und der sozial-liberalen Koalition im Jahr 1969 – mit Willy Brandt als erstem sozialdemokratischem Bundeskanzler der BRD – änderte an der faktischen Zurückhaltung der Partei nur wenig. So wenig, dass einer wachsende Zahl von Sozialdemokraten, unter ihnen der außenpolitische Arbeitskreis der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, der Anti-Kolonialismus der Regierung Brandt nicht weit genug ging. Der Unmut wuchs so weit an, dass der Parlamentarische Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Karl Moersch, im März 1972 sogar die Mitglieder des Arbeitskreises zu einem offiziellen Abendessen einladen musste, um ihnen noch einmal persönlich die 'Richtigkeit' der Afrikapolitik der Regierung Brandt nahezu legen. In einer Gesprächsvorlage des Auswärtigen Amtes für Moersch hieß es zur Stimmung innerhalb des Arbeitskreises:

*„Sachstand*

*In letzter Zeit verstärkte sich die Kritik einiger Mitglieder des Aussenpolitischen Arbeitskreises der SPD-Fraktion [Bundestagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands] an der Afrika-Politik der Bundesregierung: Eintreten für Selbstbestimmungsrecht in Afrika sei nur verbal; Bundesregierung distanzieren sich zu wenig von Südafrika und Portugal; portugiesische Herrschaft in Afrika gehe zu Ende; Zukunft gehöre nationalen Unabhängigkeitsbewegungen; DDR werde uns durch Parteinahme für afrikanischen Nationalismus im Wettstreit um Sympathien in der Dritten Welt überrunden.*

*Hintergrund dieser Kritik*

- linke Strömungen bei Jugend und Universitäten in Deutschland;
- Polemik um Cabora Bassa; [ein Staudammprojekt in Mosambik]
- Fortgesetzte Angriffe der DDR gegen Afrika-Politik der Bundesregierung, die auch in Afrika Echo haben
- Kontakte einzelner Abgeordneter zu „progressiven“ Politikern in Afrika.

*Initiativen einzelner SPD-Abgeordneter: Frau von Bothmer hat eine Spendenaktion zugunsten der streikenden Ovambos/Namibia eingeleitet, der sich zehn, zum Teil namhafte Abgeordnete angeschlossen haben [...]. Unterstützung des Angola-Komitees durch Herrn Matthöfer.*

*Auf Bitten des SPD-Arbeitskreises haben Referatsleiter I B 3 [Referatsleiter Eger, Referat Afrika südlich der Sahara] und III A 4 [Referatsleiter Dietrich, Referat Internationale Wirtschaftsfragen der Verteidigung, des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens und des Fremdenverkehrs] (Januar 1972) über einige Aspekte der Afrika-Politik referiert.“<sup>1919</sup>*

---

Jahrhunderts: eine Untersuchung zur kolonialen Haltung von Linksliberalismus und Sozialdemokratie. Frankfurt am Main/u.a. 1999, S. 325.

<sup>1919</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 9. März 1972, PA AA, AA, B 3, 20.

Doch waren Kolonialismus und Antikolonialismus Themen, die vornehmlich innerhalb der Parteien für Gesprächsstoff sorgten. Zwischen den Parteien, auf Bundesebene, dominierten andere Gegenstände den afrikapolitischen Diskurs: nämlich Deutschland- und Entwicklungspolitik. Die Durchsetzung der Hallstein-Doktrin, die Abgabe einer guten Figur im deutsch-deutschen Gegensatz, die Propagierung der Ziele und Werte des Westens und die Erarbeitung einer effizienten Entwicklungspolitik, um Afrika die Möglichkeit einer evolutionären Entwicklung zu eröffnen, wurden wieder und wieder auf der politischen Bühne zur Sprache gebracht.

Auf dem afrikanischen Kontinent selbst waren die westdeutschen Parteien über die ihnen nahe stehenden Stiftungen, die dort als ihre Gehilfen und Mediatoren wirkten, präsent. Zunächst waren vor allem die Friedrich Ebert-Stiftung und die Konrad Adenauer-Stiftung<sup>1920</sup> in Afrika aktiv. Später traten die Friedrich Naumann-Stiftung<sup>1921</sup> und die Hanns Seidel-Stiftung hinzu.<sup>1922</sup> Hauptaufgabe der Stiftungen war die Integration der künftigen Eliten der jeweiligen afrikanischen Parteien, Gewerkschaften, Kooperativen und Medien in das jeweilige eigene Netzwerk.<sup>1923</sup> Ab den 1970er Jahren traten sie dann – inner- wie außerhalb Westdeutschlands – auch als Mediatoren für die Entwicklungspolitik der jeweiligen, ihnen nahe stehenden Partei in Erscheinung.<sup>1924</sup>

Aus der DDR trat, im Gegensatz zur BRD, nur eine Partei in Afrika in Erscheinung: die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Doch auch sie entschied sich erst relativ spät, in Afrika aktiv zu werden. Auf ihren Parteitag sprachen sich die Sozialisten zwar schon früh gegen den Kolonialismus aus. Ähnlich der westdeutschen Sozialdemokratie konnte der konservative Flügel den Beschluß aber auch hier lange Zeit auf die Öffentlichkeitsarbeit der Partei beschränken. Dabei kam ihm der Umstand zu Gute, dass der Fokus der Einheitspartei in den 1950er Jahren noch weitgehend auf dem arabischen Raum lag.<sup>1925</sup> Erste Kontakte zu afrikanischen Politikern wurden erst Ende der 1950er Jahre, über die Sozialistische Staatengemeinschaft, ihre internationalen Organisationen und das internationale Netzwerk der kommunistischen Parteien, aufgebaut – wobei die Initiative hierzu stets von den afrikanischen Bewegungen und Parteien ausging. Im Dezember 1959 nahm die Afrikaarbeit der Einheitspartei dann auch festere Formen an. Im Zentralkomitee

---

<sup>1920</sup> Kraft, Lothar: Partner der gesellschaftspolitischen Entwicklungszusammenarbeit. In: Krieger, Silke (Hg.): Partner für den demokratischen Weg. Die gesellschaftspolitische Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in den Entwicklungsländern. Sankt Augustin 1983, S. 13-34, hier S. 13.

<sup>1921</sup> Dittberner, Jürgen: Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung. Wiesbaden<sup>2</sup> 2010, S. 196 f.

<sup>1922</sup> Mintzel, Alf: Die CSU: Anatomie einer konservativen Partei 1945-1972. Opladen 1975, S. 348.

<sup>1923</sup> Hillebrandt, Ernst, Uwe Optenhögel: Mediatoren in einer entgrenzten Welt. Zur außenpolitischen Rolle der politischen Stiftungen. In: Internationale Politik und Gesellschaft (2001) 2, S. 165-172, hier S. 172.

<sup>1924</sup> Zur Mühlen, Patrick von: Entwicklungspolitische Paradigmenwechsel am Beispiel der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Ende der 1950er- bis zu den 1990er-Jahren. In: Kruke, Anja (Hg.): Dekolonisation. Prozesse und Verflechtungen. 1945-1990. Bonn 2009, S. 411-432, hier S. 432.

<sup>1925</sup> Spanger 1987, S. 161.



wurde die Arbeitsgruppe *Kampf gegen den Kolonialismus* gegründet.<sup>1926</sup> Faktisch beschränkte sich der Antikolonialismus der Partei aber auch weiterhin weitgehend auf dessen Propagierung durch den Apparat der Öffentlichkeitsarbeit. Allenfalls über das seit 1965 der Einheitspartei angeschlossene Solidaritätskomitee, auf das im übernächsten Abschnitt noch näher einzugehen sein wird, waren die Sozialisten direkt an der Unterstützung von Befreiungsbewegungen beteiligt. Erst zu Beginn der 1970er Jahre – und auch dann nur in Ausnahmefällen – wurden die Sozialisten in Afrika direkt aktiv. Sozialistisch ausgerichtete Parteien,<sup>1927</sup> die auf die sowjetische Linie des Marxismus-Leninismus gebracht werden sollten, wurden nun unterstützt. In der Regel konzentrierte sich die Afrikapolitik der Einheitspartei aber auch weiterhin auf Projekte der Öffentlichkeitsarbeit. Bis 1975 sollten die Propagierung des östlichen Lagers, des Gesellschaftsmodells eines gemäßigten Realsozialismus und die Verurteilung der Hallstein-Doktrin den Schwerpunkt der Afrikaarbeit der ostdeutschen Sozialisten bilden.

Andere Parteien, vor allem die ostdeutsche christdemokratische Union, kamen zu Beginn der 1960er Jahre in Afrika zwar auch zum Zuge, dienten aber vor allem dazu, konservative Kreise in Afrika für die DDR<sup>1928</sup> und in der DDR für Afrika zu gewinnen. Eine größere Rolle innerhalb der Afrikaaktivitäten der DDR, gar eine eigene Afrikapolitik, blieb ihr bis zum Ende der DDR verwehrt.

#### *b) ... in Zentralafrika*

Wie im Fall der deutschen Gesellschaften und Medienlandschaften, so lag verständlicherweise auch im Fall der deutschen Parteiarbeit der Fokus in Zentralafrika auf der Kongo-Krise und dem angolanischen Unabhängigkeitskampf. Zumindest war dies das Bild, das Christdemokraten, Christsoziale und Sozialdemokraten in Westdeutschland und Sozialisten in Ostdeutschland von sich zu zeichnen suchten. Suchten, da bei genauerem Hinsehen auf Parteiebene – abseits der Öffentlichkeitsarbeit – nur wenig geschah.

So war die Kongo-Krise durchaus ein Ereignis, zu dem die westdeutschen Sozialdemokraten politisch Stellung zu nehmen suchten. Taten wollten sie den Worten scheinbar aber nicht folgen lassen – schon gar nicht nach dem Ende des Konflikts. Ein Bericht des ostdeutschen Ministeriums für Staatssicherheit, der 1970 das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten erreichte, wusste zwar zu berichten:

---

<sup>1926</sup> Wentker 2007, S. 177.

<sup>1927</sup> Kuppe, Johannes L.: Die Parteiaußenpolitik der SED gegenüber Staaten 'sozialistischer Orientierung' in Afrika. Thesen. In: Baske, Siegfried, Gottfried Zieger (Hg.): Die Dritte Welt und die beiden Staaten in Deutschland. Asperg bei Stuttgart 1983, S. 123, hier S. 123.

<sup>1928</sup> Becker, Felix: Kleine Geschichte der CDU. Stuttgart 1995, S. 239.

*„Intern wurde bekannt, daß Vertreter der kongolesischen Regierungspartei (MPR) [Mouvement Populaire de la Révolution] Verbindungen zur SPD [Sozialdemokratischen Partei Deutschlands] aufgenommen haben. Einem kongolesischen Wunsche entsprechend habe der SPD-Parteivorstand seine Genehmigung zur Finanzierung des Baus einer zentralen Parteischule in Kinshasa erteilt. MPR-Funktionäre sollen auch die Möglichkeit erhalten, an politischen Schulungskursen der SPD in Westdeutschland teilzunehmen.“*<sup>1929</sup>

Doch konnte in den Akten des Archivs der sozialen Demokratie nicht ein Hinweis, geschweige denn ein Beleg gefunden werden, der diese Aussage bestätigt hätte.

Wenig ambitioniert war auch das praktische Engagement der christdemokratisch-christsozialen Koalition. Dabei besaß Letztere – zumindest in der Frühphase der Kongo-Krise – einen afrikanischen 'Partner', der sich gut in die Afrikapolitik und das Afrikabild der Koalition integrieren ließ: Moïse Tshombé. Viele Christdemokraten vertraten die Ansicht, dass die Unabhängigkeit Katangas unter der Ministerpräsidentschaft Tshombés von der Bundesregierung offen unterstützt werden sollte. Dabei wusste der konservative Parteiflügel einen Teil des progressiven Flügels, den Tshombé mit einem öffentlichen Bekenntnis zum Katholizismus – trotz methodistischen Glaubens – für sich eingenommen hatte, an seiner Seite. So schrieb der Vorsitzende des nordbadischen Landesverbandes der Christdemokraten und Landtagspräsident Baden-Württembergs, Franz Gurk, 1960 an Außenminister Heinrich von Brentano:

*„Mein lieber Herr Dr. [Doktor] v. [von] Brentano!*

*[...] Wir haben große Sorge über die künftige Entwicklung im Kongo. Sobald die UNO-Truppen [Truppen der United Nations Organisation] in die Provinz Katanga und die belgischen Truppen dort abziehen werden, dürfte es um die Macht des Ministerpräsidenten Moïse Tschombe geschehen sein, wahrscheinlich auch um sein Leben. Er ist bekanntlich Katholik und dem Westen freundlich zugeneigt. Ich weiß nicht, ob Deutschland in dieser Sache Einfluß ausüben kann und ich weiß auch nicht, ob die zuständigen Beamten des Auswärtigen Amtes und der Deutschen Botschaft im Kongo für solche weltanschaulich irgendwie schattierten Gedanken Verständnis haben. Hier steht aber mehr auf dem Spiel als Konfession. Hier steht auf dem Spiel, daß man möglicherweise in Fortsetzung alter Fehler die Fiktion eines Kongo, die doch nur ein Zufall aus der Gründung von König Leopold von Belgien ist, auf unvertretbaren Gründen aufrecht erhält. Ähnliche amerikanische und UNO-Fehler sind ja hinreichend bekannt, und zwar mit schweren Folgen. Das Ergebnis wäre dann eine große Kongo-Regierung mit kommunistischem Einschlag oder vollkommunistischer Entwicklung aus formalrechtlichen Gründen und nach unserer Sicht aus totalem Unverständnis.*

<sup>1929</sup> Ministerium für Staatssicherheit an Staatssekretär Florin (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Kiewe (Ministerium für Staatssicherheit) und Mark (Ministerium für Staatssicherheit) und Ablage (Ministerium für Staatssicherheit) und Ablage (Ministerium für Staatssicherheit), 16. Juni 1970, BStU, MfS, HV A, Nr. 166, 2/2, S. 305-312, hier S. 310.

*Wenn Sie können, sehr verehrter Herr Bundesaußenminister, verhindern Sie dies und lassen Sie den westlichen Vorteil, der ihm durch die Haltung des Ministerpräsidenten von Katanga geboten wird, nicht unverlierbar aufgeben.*“<sup>1930</sup>

Der christdemokratische Bundestagsabgeordnete Ferdinand Friedensburg vertrat die selbe Ansicht. Er wollte im Bundestag sogar die Anfrage stellen, ob die Bundesregierung die 'unrechtmäßige' Intervention der Vereinten Nationen in Katanga, die sich 'klar gegen die Wünsche der dortigen Bevölkerung richte', finanziell bezuschusst habe<sup>1931</sup> – sie hatte, wie schon im Abschnitt zur Diplomatie angemerkt worden war. Inwieweit die christdemokratische Partei einen oder mehrere der kongolesischen Kombattanten unterstützt hat, lässt sich nur schwer rekonstruieren. Eine offizielle Hilfe blieb aus. Eine inoffizielle Versendung von Hilfsgütern oder Spenden liegt aber durchaus im Bereich des Möglichen. So berichtete das Bundeskanzleramt dem Auswärtigen Amt im Dezember 1961, dass Bundeskanzler Adenauer von der Organisation *Amitiés Katangaises* einen Brief erhalten habe, welcher mit den Worten „*Cher Membre*“ begonnen und Bundeskanzler Adenauer um Überweisung einer finanziellen Spende zur Unterstützung der Unabhängigkeit Katangas gebeten habe.<sup>1932</sup> Es ist gut möglich, dass auch einige der übrigen Antilumumbisten von christdemokratischen Spenden profitiert haben. Auf den Briefwechsel zwischen Frau Kühn-Leitz und Yves des Halu, in dem indirekt auf solche Zusammenhänge verwiesen wurde, war bereits im letzten Abschnitt hingewiesen worden.

Auch in der portugiesischen Überseeprovinz Angola wurden die beiden westdeutschen Volksparteien aktiv. Hier leiteten Christ- und Sozialdemokraten, als sich die inneren Konflikte des Landes zu einer internationalen Krise im Rahmen des Kalten Krieges zuzuspitzen drohten, sogar eine größere Auslandsarbeit ein. Doch soll von dieser erst im nächsten Unterabschnitt die Rede sein. Die den Parteien nahestehenden Stiftungen konzentrierten sich in Zentralafrika ebenfalls auf Angola und die Demokratische Republik Kongo, zusätzlich aber auch auf die Bundesrepublik Kamerun. Inwieweit hierbei die Vergangenheit der ehemaligen deutschen Kolonie eine Rolle gespielt hat, lässt sich aus den eingesehenen Akten nicht ermitteln. Die Konrad Adenauer-Stiftung engagierte sich in Kamerun am *Collège des Travailleurs* und am *Institut Panafricain pour le Développement*. An beiden Einrichtungen waren Mitarbeiter der Stiftung als Ausbilder für Führungskräfte aller Art und Kreditgenossenschafter tätig.<sup>1933</sup> Das Institut Panafricain diente ihr zudem auch als Informationsquelle bei ihrem Versuch, gewinnbringende Projekte für interessierte westdeutsche

<sup>1930</sup> Landesverbandsvorsitzender Gurk (Landesverband Nordbaden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands) an Minister Brentano (Auswärtiges Amt), 2. August 1960, PA AA, AA, B 1, 64.

<sup>1931</sup> Gülstorff 2007, S. 59 ff.

<sup>1932</sup> Staatssekretär Globke (Bundeskanzleramt) an Auswärtiges Amt, 20. Dezember 1961, PA AA, AA, B 34, 333.

<sup>1933</sup> Oncken (Auswärtiges Amt) an Staatssekretär Frank (Auswärtiges Amt), 3. März 1971, PA AA, AA, B 52, 358.

Investoren zu aufzuspüren. So berichtete die westdeutsche Botschaft in Kamerun 1967 dem Auswärtigen Amt in Zusammenhang mit der Reise einiger Absolventen des Institut Panafricain in die Bundesrepublik:

*„Auf diese Weise wird nicht nur der deutsche Beitrag für das IDP [Institut Panafricain pour le Développement] wirkungsvoll zur Geltung gebracht, sondern die jungen Menschen erhalten überdies ihre ersten Eindrücke von Europa aus Deutschland, was den deutschen Interessen in Afrika nur förderlich sein kann. Kein Vertreter hatte die jungen Kameruner aus Jaunde vor deren Abreise zu sich eingeladen. Dabei konnte ich mich selbst davon überzeugen, dass es sich bei ihnen um sehr aufgeschlossene und intelligente junge Menschen handelt – sie erschienen übrigens sämtlich pünktlich, was hier zu den wirklich grossen Ausnahmen gehört. Die Botschaft wird bemüht bleiben, mit diesen vielversprechenden Nachwuchskadern weiterhin einen guten Kontakt zu unterhalten, der schon deshalb wertvoll sein dürfte, weil es gegenwärtig trotz der Präsenz von drei guten deutschen Planberatern noch immer reichlich schwierig ist, genügend zuverlässige Informationen über neue kamerunische Entwicklungsprojekte und deren Relevanz für deutsche private Unternehmungen zu erhalten. Die für das IDP aufgewandten öffentlichen Mittel dürften nach diesen neuen Eindrücken in besonderem Masse – vor allem für die langfristige Entfaltung der deutschen Präsenz in Kamerun – ihre Rechtfertigung erfahren.“<sup>1934</sup>*

Von 1974 bis 1976 sollten am Institut eigens zu diesem Zweck sogar sogenannte „Entwicklungsagenten“ ausgebildet werden.<sup>1935</sup> Auch die der westdeutschen Sozialdemokratie nahestehende Friedrich Ebert-Stiftung war in Kamerun aktiv – wenn auch nur in bescheidenem Umfang. Sie unterhielt ein Tagungszentrum für ihre ehemaligen Stipendiaten aus Kamerun und den Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas, an dem auch Seminare für Gewerkschafter, Genossenschafter und Journalisten aus diesen Staaten abgehalten wurden.<sup>1936</sup>

In der Demokratischen Republik Kongo unterstützten die Konrad Adenauer-Stiftung, die Friedrich Ebert-Stiftung und die Franz Naumann-Stiftung die Arbeit des *Institut d'Études Politiques*. Das Institut bildete kongolesische Führungskräfte aus – „unter der Regie“ der Konrad Adenauer-Stiftung.<sup>1937</sup> Seit 1969 war dann aber auch ein Mitarbeiter der Friedrich Ebert-Stiftung an ihm tätig.<sup>1938</sup> Die Franz Naumann-Stiftung engagierte sich darüber hinaus am *Institut des Sciences et*

---

<sup>1934</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun an Auswärtiges Amt, 27. Juli 1967, PA AA, AA, B 90, 721.

<sup>1935</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 25. Oktober 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102955.

<sup>1936</sup> Friedrich Ebert-Stiftung an Auswärtiges Amt, 21. November 1966, PA AA, AA, B 90, 519.

<sup>1937</sup> Ministerium für Staatssicherheit an Mitglied des Politbüros Axen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Stellvertretender Vorsitzender Weiss (Ministerrat) und Minister Winzer (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Staatssekretär Florin (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Mark (Ministerium für Staatssicherheit) und AG (Ministerium für Staatssicherheit) und Ministerium für Staatssicherheit, 16. November 1972, BStU, MfS, HV A, Nr. 389, S. 39-45.

<sup>1938</sup> Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo an Referatsleiter Haas – Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 68, 777.

*Techniques de l'Information*<sup>1939</sup> und unterhielt wahrscheinlich sogar noch ein weiteres, eigenes Auslandsinstitut in Léopoldville.<sup>1940</sup>

Auf die westdeutsche Stiftungsarbeit in Angola wird, wie gesagt, im nächsten Unterabschnitt noch näher einzugehen sein.

In der DDR konzentrierte die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ihre Auslandsarbeit ebenfalls auf die Demokratische Republik Kongo und Angola. Zumindest war dies das Bild, das sie von ihren Aktivitäten in der Öffentlichkeit zu zeichnen suchte.

Tatsächlich lassen sich jedoch nur wenige Aktivitäten der Einheitspartei im Kongo nachweisen. Diese waren zudem meist propagandistischer Natur. So ließ die Abteilung Agitation und Propaganda des Zentralkomitees der Einheitspartei 1961, anlässlich der Ermordung Patrice Lumumbas, einen Film für ihre in- und ausländische Öffentlichkeitsarbeit produzieren.<sup>1941</sup> Erst für das Jahr 1967 können der Partei Aktivitäten nachgewiesen werden, die tatsächlich den Versuch einer Einflußnahme auf die politische Entwicklung des Landes nahelegen. Wie schon im Abschnitt zu den verdeckten Aktivitäten berichtet, hielt sich der einstige Stellvertreter Lumumbas und Ministerpräsident der ehemaligen Freien Republik Kongo, Antoine Gizenga, in diesem Jahr für einige Zeit in der DDR auf, um das Programm seiner in Untergrund und Exil geflüchteten Partei zu überarbeiten und mit dem kongolesischen Staatspräsidenten, Joseph-Désiré Mobutu, in privaten Briefkontakt über die politische Zukunft seiner Heimat zu treten. Finanziell und ideologisch wurde er in dieser Zeit von den ostdeutschen Sozialisten unterstützt.<sup>1942</sup>

In Angola wurden die Einheitspartei erst Mitte der 1970er Jahre aktiv. Allenfalls in Zusammenhang mit der Tätigkeit des Solidaritätskomitees, dem die Sozialistische Einheitspartei seit 1965 vorstand, kann schon vorher von einem praktischen Engagement gesprochen werden. Doch schloss die Partei erst 1974 mit der vom Solidaritätskomitee schon seit langem unterstützten Befreiungsbewegung Movimento Popular de Libertação de Angola eine erste Vereinbarung über die angestrebte Zusammenarbeit für die Jahre 1974 und 1975 ab.<sup>1943</sup> In der Folge begann die Einheitspartei, die Movimento Popular direkt – auch mit finanziellen Zuwendungen – zu bedenken. So wurden dem Generalsekretär der Movimento Popular, António Agostinho Neto, im November 1974 umgerechnet

---

<sup>1939</sup> D'Hondt (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) an Auswärtiges Amt, 28. November 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 103053.

<sup>1940</sup> Oncken (Auswärtiges Amt) an Staatssekretär Frank (Auswärtiges Amt), 3. März 1971, PA AA, AA, B 52, 358.

<sup>1941</sup> Sektionsleiter Meinhardt (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Wandel – Stellvertretender Minister (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Engel und Lützkendorf und Plietsch - K1 (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 24. April 1961, PA AA, MfAA, A 15760, Fiche 1, S. 23.

<sup>1942</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 21. Juli 1967, BArch, SAPMO, DY 30, IV A 2 / 20 / 983.

<sup>1943</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 9. Mai 1974, PA AA, MfAA, C 6156, Fiche 1, S. 1-8.

rund 16.510 DM in US-Dollar aus der Parteikasse der ostdeutschen Sozialisten als Soforthilfe überwiesen.<sup>1944</sup>

Am aktivsten war die Einheitspartei aber weder in der Demokratischen Republik Kongo, noch in Angola, sondern in der Republik Kongo – auf die im übernächsten Unterabschnitt noch näher einzugehen sein wird. Auch die ostdeutsche Christdemokratie kam in einem Nachfolgestaat Französisch-Äquatorialafrikas, wenn auch nicht in der Republik Kongo, sondern in der Gabunischen Republik, zum ersten – und einzigen – Mal zum Zug. Ihr Generalsekretär, Gerald Götting, besuchte Anfang der 1960er Jahre zwei mal das Albert Schweitzer Hospital in Lambaréné.<sup>1945</sup> Doch dürfte es sich hier wieder nur um einen Fortsatz der ostdeutschen Außenpolitik, nicht aber um eine Handlung, die von der christdemokratischen Parteiführung ausging und der Verfolgung christdemokratischer Ziele diente, gehandelt haben.

### *c) Mäßigung als oberstes Gebot – Westdeutsche Parteiarbeit für die Republik Angola*

Mit dem Ausbruch der ersten Unruhen 1961 und der auf ihre Niederschlagung folgenden Aufnahme eines Guerillakampfes durch die Befreiungsbewegung União das Populações de Angola, war Portugals Überseeprovinz Angola zügig in den Fokus der westdeutschen Medien geraten. Politische Stellungnahmen wurden attraktiv und so meldeten sich schon bald erste Mitglieder, Abgeordnete und Amtsträger der westdeutschen Parteien zu Wort, um der bundesdeutschen Öffentlichkeit ihre Meinung kundzutun und sich gegenüber ihren Wählern außenpolitisch zu profilieren.

Besonders taten sich hierbei die Sozialdemokraten hervor. Ganz auf Linie des Parteitagsbeschlusses von 1954 inszenierte der parteieigene Pressedienst die Operationen der portugiesischen Miliz, später des portugiesischen Militärs, als gegen die Angolaner gerichtete „Ausrottungskampagne“ und bezog eine klare Position gegen die Überseepolitik der portugiesischen Regierung.<sup>1946</sup> Schon bald traten erste Vertreter der União das Populações, später, nach dessen Aufspaltung, dann der pro-östlichen Movimento Popular de Libertação de Angola und der pro-westlichen Frente Nacional de Libertação de Angola mit der Bitte um Unterstützung an die westdeutsche Sozialdemokratie heran. Insbesondere deren progressiver Flügel, um Politiker wie Hans-Jürgen Wischnewski, schien ihnen ein verlässlicher Ansprechpartner. Wischnewski hatte die Movimento Popular es zu verdanken, dass in den 1960er Jahren einer ihrer rangniederen Führungskader, Roberto de Almeida, bei der Deutschen Welle untergebracht werden konnte. Ein gewisser Einfluss auf die Berichterstattung des

<sup>1944</sup> Schleicher, Ilona 1998, S. 45. Der Wert wird in der Sekundärliteratur mit 6500 US-Dollar angegeben. Der Wechselkurs lag 1974 bei ca. 1 DM : 0,39 US-Dollar. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 16.510 DM.

<sup>1945</sup> Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 5. Januar 1965, BArch, SAPMO, DY 30, J IV 2/2/969.

<sup>1946</sup> Pressedienst (Sozialdemokratische Partei Deutschlands), 23. Juni 1961, AdsD, 2/BTFC000579.

Senders über Angola und seine Befreiungsbewegungen dürfte der Bewegung fortan sicher gewesen sein. Zumindest das Politbüro der Bewegung scheint mit der Arbeit Almeidas in der Bundesrepublik sehr zufrieden gewesen zu sein. Im November 1975, nach der Regierungsübernahme der *Movimento Popular*, wurde er zum Generaldirektor des angolanischen Informationsministeriums ernannt.<sup>1947</sup> Auch zur *Frente Nacional* und dessen Gründer Holden Roberto pflegte Wischniewski gute Kontakte. Doch sollte man das Angola-Engagement der westdeutschen Sozialdemokratie zu dieser Zeit auch nicht überbewerten. Von Almeida abgesehen wurden lediglich einige Exilangolaner in die Bundesrepublik geholt und über die den Sozialdemokraten nahe stehende Organisation *Weltweite Partnerschaft* mit Sprach- und Berufsausbildungsplätzen versorgt.<sup>1948</sup>

Zumindest war dies aber immer noch mehr, als die westdeutsche Christdemokratie zu Stande brachte. Selbst in ihrer Öffentlichkeitsarbeit hielten sich Christdemokraten und Christsoziale zunächst zurück, standen – auch mit Rücksicht auf die Angola-Deutschen – eher auf Seiten der Portugiesen, denn auf denjenigen der indigenen Befreiungsbewegungen. In Kontakt dürften sie zunächst nur mit der pro-westlichen *Frente Nacional* getreten sein. Zwar suchten Christdemokraten Mitte der 1960er Jahre auch mit der *Movimento Popular* das Gespräch, doch musste ein Besuch des Auslandsbüros der Bewegung in der Republik Kongo durch den Oberregierungsrat im Bundesministerium des Innern und Mitarbeiter der Konrad Adenauer-Stiftung, Klaus Medert, im Jahr 1966 ergebnislos abgebrochen werden.<sup>1949</sup> Da hatten sich die Christdemokraten aber ohnehin bereits auf anderem Wege in die Angelegenheiten Angolas eingeschaltet – gemeinsam mit der deutschen Sozialdemokratie.

Seit seiner Gründung im Jahr 1960 hatte das im letzten Abschnitt erwähnte progressive Deutsche Arbeitskomitee *Freies Angola* mit kommunistischem Einschlag kontinuierlich an Einfluss gewonnen. Um diese Entwicklung zu stoppen gründeten Politiker der beiden westdeutschen Volksparteien 1964 ein eigenes, gemäßigtes Angola-Komitee. Im Gründungsmanifest dieses Komitees wurde vermerkt:

*„Diese Aufgaben [die Lösung des Konflikts in Angola] lassen sich nicht von kleinen Gruppen engagierter junger Menschen aus Jugend- und Studentenverbänden lösen. [...] Daher soll ein 'Angola-Komitee' gegründet werden, dem Persönlichkeiten angehören, die über einen gewissen Einfluß verfügen, um der bevorstehenden Arbeit finanzielle, publizistische und allgemein fördernde Unterstützung zu erschließen*

---

<sup>1947</sup> Generalkonsul Groener (Generalkonsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola) an Auswärtiges Amt, 22. April 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108164.

<sup>1948</sup> Putzrath (*Weltweite Partnerschaft, Solidarität mit Afrika, Asien und Lateinamerika*) an Mitglied des Bundestags Blachstein (Sozialdemokratische Partei Deutschlands), 28. Juni 1961, AdsD, Blachstein, Peter, S. 19.

<sup>1949</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Republik Kongo) an Konsul Terfloth (Konsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola) und Auswärtiges Amt, 14. April 1966, PA AA, AA, B 34, 602.

*und die bereit sind, dafür ihren Einfluß geltend zu machen.*“<sup>1950</sup>

Besetzt wurde das Komitee mit beiden Parteien nahe stehenden Personen des öffentlichen Lebens, mit Journalisten, Wissenschaftlern und Politikern. Zu Letzteren zählten auch einflussreiche Persönlichkeiten, wie die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Peter Blachstein und Hans Jürgen Wischnewski, und der christdemokratische Abgeordnete Heinrich Gewandt.<sup>1951</sup> Auf Vortragsabenden und Wanderausstellungen wurde zu Spenden für Hilfsaktionen aufgerufen, mit denen die sich zunehmend radikalisierenden Bewegungen in der Bundesrepublik,<sup>1952</sup> in Europa und in Afrika in gemäßigte – vor allem nicht lusophobe – Bahnen gelenkt werden sollten. Im Auswärtigen Amt hoffte man inständig, dass auch das Komitee selbst bei seiner Arbeit keine für Portugal rote Linie überschreiten würde:

*„Da einige Personen des Initiativ-Kreises hier bekannt sind, ergibt sich wohl die Möglichkeit darauf hinzuwirken, daß das „Angola-Komitee“ sich in seiner Arbeit nicht zu Angriffen auf die portugiesische Regierung als solche hinreißen läßt. Anlaß zum Eingreifen erscheint nicht gegeben, wenn auch gewisse Reaktionen auf portugiesischer Seite wohl zu erwarten sind.“*<sup>1953</sup>

Ein frommer Wunsch der Bonner Diplomatie, der jedoch nicht in Erfüllung gehen sollte. Auch wenn das Komitee sich mit seiner Kritik an der portugiesischen Überseepolitik in Zurückhaltung übte, löste doch schon seine Existenz in portugiesischen Kreisen erhebliche Verbitterung aus.<sup>1954</sup> Zeigte die Gründung doch, dass beide deutschen Volksparteien mittlerweile die Unterhaltung von Kontakten zu den Befreiungsbewegungen für opportun hielten. In einer Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes von 1964 wurde vermerkt:

*„Der [christdemokratische] Bundestagsabgeordnete [Heinrich] Gewandt hat von einem deutschen Journalisten aus New York die Nachricht erhalten, daß der Chef der angolanischen Exilregierung [richtig: der Frente Nacional], Holden Roberto, den Wunsch geäußert habe, die Bundesrepublik Deutschland zu besuchen und mit deutschen Parlamentariern zu sprechen. [...] Herr Gewandt ist darüber im Bilde, daß Roberto Holden nicht im Auswärtigen Amt empfangen werden kann und eine etwaige Betreuung durch eine Organisation[,] wie beispielsweise [die] Friedrich-Ebert-Stiftung[,] zu erfolgen hätte. [...] Der zuständige Referent hat Herrn Gewandt empfohlen, sich auch mit dem Abgeordneten Wischnewski in Verbindung zu setzen, der ebenfalls mit Holden Roberto in Verbindung steht und seinen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland befürwortet. Im Hinblick auf das heutige*

<sup>1950</sup> Auswärtiges Amt an Deutsches Komitee (World University Service), o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 34, 517.

<sup>1951</sup> Ebd.

<sup>1952</sup> Auswärtiges Amt an Dg I B (Auswärtiges Amt), 20. März 1964, PA AA, AA, B 34, 517.

<sup>1953</sup> Ebd.

<sup>1954</sup> Botschaft in der Portugiesischen Republik an Auswärtiges Amt, 21. März 1964, PA AA, AA, B 34, 517.



*Gespräch mit Ministerpräsident [der Demokratischen Republik Kongo, Cyrille] Adoula, der mit Holden Roberto befreundet ist und erklärt hatte, daß Holden Roberto bereit ist, mit den Portugiesen zu verhandeln, falls von diesen ernstzunehmende Vorschläge gemacht werden, wird vorgeschlagen, dem Wunsch des Abgeordneten Gewandt zuzustimmen. Da Holden Roberto während der Unabhängigkeitsfeierlichkeiten in Kenia von den Rotchinesen [den Chinesen der Volksrepublik China] Waffenangebote angenommen hat, sollte von westlicher Seite jede Möglichkeit genutzt werden, um Holden Roberto auf seiner grundsätzlich pro-westlichen Linie zu halten.*<sup>1955</sup>

Doch auch wenn sich die westdeutschen Volksparteien damit direkt in den Kampf der angolanischen Befreiungsbewegungen eingeschaltet hatten, so bewegte sich ihre tatsächliche Unterstützung doch noch immer in einem mehr als überschaubaren Rahmen – vor allem, wenn man ihr die 'Milde', welche westdeutsche staatliche Stellen bei Portugals illegalen millionenschweren Waffeneinkäufen in der Bundesrepublik übten, gegenüberstellt. Lediglich eine ostdeutsche Quelle liefert ein anderes Bild. Anfang 1973 berichtete der ostdeutsche Botschafter in Jugoslawien, Karl Kormes, dem Zentralkomitee der sozialistischen Einheitspartei von einem Gespräch, das er mit dem Leiter des Informationszentrums der Movimento Popular in Belgrad, Antonio Jose Condesse, geführt hatte. In seinem Bericht hielt Kormes fest:

*„Es handelt sich darum, daß seit zwei Jahren die SPD [Sozialdemokratische Partei Deutschlands] durch Vermittlung der sogenannten Friedrich-Ebert-Stiftung eine Investitionssumme von 300 Millionen Mark in Sambia deponiert hat, die der FRELIMO [Frente de Libertação de Moçambique] für humanitäre Zwecke zur Verfügung stehen. Darüber hinaus versuche die SPD durch Vermittlung des Roten Kreuzes, der sogenannten Flüchtlingshilfe und anderer sich an Hilfsaktionen für die Freiheitskämpfer zu beteiligen. Dabei spielt ein Sekretär der westdeutschen Botschaft in Daressalam eine entscheidende Rolle. In der Aussprache mit [einem Mitglied des Parteivorstands der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Hans-Jürgen] Wischnewski[,] hat Condesse angeblich als Bedingung für die Annahme der Hilfsangebote die Forderung erhoben, die SPD müsse eine Erklärung abgeben, in der der portugiesische Kolonialismus verurteilt wird. Condesse verlangte weiter, daß die Pflege portugiesischer Soldaten in einem bestimmten Hamburger Hospital eingestellt und die Investitionen der BRD in den Projekten Cabora bassa u. [und] Kunene ebenfalls eingestellt werden. Wischnewski habe geantwortet, daß es Dinge gebe, die die alte Regierung eingeleitet hat, deren sofortige Überwindung aber für die Brandt-Regierung sehr schwer sei. Unter diesen Bedingungen habe Condesse nicht die Möglichkeit gehabt, das Hilfsangebot anzunehmen.“*<sup>1956</sup>

<sup>1955</sup> Referatsleiter Steltzer – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Staatssekretär Carstens (Auswärtiges Amt), 9. Januar 1964, PA AA, AA, B 34, 517.

<sup>1956</sup> Botschafter Kormes (Botschaft in Jugoslawien) an Abteilungsleiter Markowski – Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 25. Januar 1973, PA AA, MfAA, C 6157, Fiche 1, S. 31-33.

Ein Dokument, das diesen Bericht hätte bestätigen können, konnte in den Akten des Archivs der sozialen Demokratie nicht gefunden werden. Wahrscheinlich ist, dass Condese mit seiner Darstellung der Gesprächsinhalte lediglich den deutsch-deutschen Gegensatz ausnutzen und die ostdeutschen Stellen zu einer Anhebung ihrer Unterstützung für seine Bewegung verleiten wollte.

Doch auch wenn sich die Unterstützung der westdeutschen Parteien in einem bescheidenen Rahmen bewegte, in der westdeutschen Öffentlichkeit gewann der angolanische Unabhängigkeitskampf an Popularität. Die Öffentlichkeitsapparate der angolanischen Befreiungsbewegungen und der progressiven Strömung liefen auf Hochtouren.

Der progressive Flügel der Sozialdemokraten wurde nicht müde, die 'Kriegführung' der portugiesischen 'Kolonialmacht'<sup>1957</sup> und die 'Kraftlosigkeit' der Angola-Politik der Regierung Brandt zu kritisieren.<sup>1958</sup> Um seiner Meinung mehr Gehör zu verschaffen, konstituierte sich aus seinen Reihen Anfang der 1970er Jahre das bereits im letzten Abschnitt erwähnte Deutsche Komitee für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique. Vorsitzender wurde der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Hans Matthöfer. Das Komitee sah es als seine Hauptaufgabe an, eine „*publizistische Front*“ gegen den portugiesischen 'Kolonialkrieg' zu eröffnen, um die Regierung Brandt zur einer öffentlichen Distanzierung von Portugal zu bewegen.<sup>1959</sup> 1973 veranstaltete es den Solidaritätskongress *Freiheit für Angola, Guinea-Bissau und Mosambik*, auf dem Matthöfer und Wischnewski, der ebenfalls dem Komitee beigetreten war, die Kontakte der Sozialdemokraten zu den Befreiungsbewegungen öffentlich zelebrierten und ihre Abneigung gegenüber der bisherigen portugiesischen Angola-Politik noch einmal deutlich zum Ausdruck brachten. Portugals Medien reagierten auf diese rüde Abkehr des über viele Jahre so verlässlichen westdeutschen Partners mit gehässigen Ausfällen gegen die BRD und Bundeskanzler Willy Brandt. Das Generalkonsulat in Angola meldete dem Auswärtigen Amt:

*„Das Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland scheint sich allmählich aber stetig und im Gleichklang mit unseren Distanzierungsversuchen zu Portugal abzukühlen. Auf die jüngsten deutschen anti-portugiesischen Demonstrationen (Frelimo-Einladung [Einladung an die Frente de Libertação de Moçambique] der SPD [Sozialdemokratischen Partei Deutschlands] und Stellungnahme Bundesminister [Erhard] Epplers) hat die hiesige Presse erstmals mit deutlicher Verbitterung sowie Angriffen (und nicht mehr wie vorher mit Nachsicht und Verständnis) reagiert. Solche gehässigen Ausfälle gegen Deutschland und Bundeskanzler [Willy] Brandt [...] wären bis vor kurzem noch undenkbar gewesen.“*<sup>1960</sup>

<sup>1957</sup> Parlamentarischer Staatssekretär Moersch (Auswärtiges Amt) an Referat Parlament und Kabinett (Auswärtiges Amt), 16. Oktober 1970, PA AA, AA, B 34, 858.

<sup>1958</sup> Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Auswärtiges Amt, 9. März 1972, PA AA, AA, B 3, 20.

<sup>1959</sup> Abteilungsleiter Podewils-Dürniz – Abteilung Protokoll (Auswärtiges Amt) an Referat Portugal, Spanien, Vatikan, Griechenland, Türkei, Zypern; Nordische Staaten, Österreich, Schweiz, Malteser-Ritter-Orden (Auswärtiges Amt) und Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), 10. Januar 1972, PA AA, AA, B 34, 858.

<sup>1960</sup> Generalkonsul Laub (Generalkonsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola) an Auswärtiges Amt und

Dass im Komitee aber nur der progressive Flügel und nicht die Partei als Ganzes – geschweige denn die Regierung Brandt – wirkte, zeigte sich nicht zuletzt, als die niederländische Nachrichtenagentur *Algemeen Nederlands Persbureau* 1973 berichtete, dass das Angola-Komitee und das Komitee für die Freiheit in Angola, Mozambique und Guinea-Bissau alle afrikanische Staaten dazu aufgerufen habe, die anstehende Aufnahme der BRD in die Vereinten Nationen abzulehnen, bis Westdeutschland sich zur Teilnahme am Waffenembargo der Vereinten Nationen gegen die Republiken Portugal und Südafrika verpflichtet habe.<sup>1961</sup>

Genau in die andere Richtung zielten unterdessen die Attacken des konservativen Flügels der sich mittlerweile in der Opposition befindenden christdemokratisch-christsozialen Koalition. Nicht nur kritisierte er die angeblich massive Unterstützung der pro-östlichen Movimento Popular durch Sozialdemokraten und Bundesregierung.<sup>1962</sup> Mehr noch missfiel ihm eine Angola-Politik, die schon die Möglichkeit einer Aufrechterhaltung der europäischen – und damit auch der deutschen – Besiedlung Angolas von vornherein ausschloss. Letzteres entwickelte sich im Bonner Bundestag zu einem kleinen Politikum, da nicht wenige der deutschen Siedler in Angola um ihre Zukunft bangten und in der Bundesrepublik Stimmung für ihre Anliegen zu machen suchten. Vor allem die christdemokratischen Bundestagsabgeordneten Jürgen Todenhöfer,<sup>1963</sup> Kai-Uwe von Hassel<sup>1964</sup> und Franz Ludwig Schenk Graf von Stauffenberg, bemühten sich um die Wahrung der Interessen der Angola-Deutschen. Letzterer hatte selbst einige Jahre in Angola verbracht und wandte sich in dieser Angelegenheit an den christdemokratischen Ministerpräsidenten Baden-Württembergs, Hans Filbinger, der gebeten wurde, „auf Landesebene aber auch durch ihre Einwirkung beim Bundesrat“ dafür zu werben, dass die Rückführung der Siedler in die Bundesrepublik und ihre Eingliederung in die westdeutschen Sozialsysteme – sollten die Befreiungsbewegungen obsiegen – möglichst unbürokratisch gehandhabt und durch großzügige Bereitstellung von Studienplätzen und Krediten begleitet würden.<sup>1965</sup>

Das Jahr 1975 brachte dann die Wende. Nachdem 1974, im Zuge der sogenannten

---

Botschaft in der Portugiesischen Republik und Botschaft in der Republik Südafrika und Generalkonsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Mosambik, 21. September 1973, PA AA, AA, B 34, 858.

<sup>1961</sup> Obermayer (Botschaft im Königreich Niederlande) an Auswärtiges Amt, 2. Februar 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102569.

<sup>1962</sup> Referatsleiter Eger – Referat Ost- und Südafrika (Auswärtiges Amt) an Referat Vereinte Nationen und ihre Sonderorganisationen (Auswärtiges Amt) und Referat Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden (Auswärtiges Amt), 25. Oktober 1972, PA AA, AA, B 34, 858.

<sup>1963</sup> Vorstandsmitglied Wischnewski – Parteivorstand (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) an Mitglied des Bundestags Todenhöfer (Christlich Demokratische Union Deutschlands), o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108166.

<sup>1964</sup> Hassel an Minister Genscher (Auswärtiges Amt), 24. Juli 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108166.

<sup>1965</sup> Seifert – Vertretung beim Bund (Baden Württemberg) an Merkel (Auswärtiges Amt), 1. Juli 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108166.

Nelkenrevolution, der *Revolução dos Cravos*, in Portugal die Regierung von Ministerpräsident Marcelo Caetano gestürzt worden war, wurde von den nachfolgenden Regierungen unter Adelino da Palma Carlos und Vasco Gonçalves die Dekolonisation der portugiesischen Überseeprovinzen eingeleitet. Im Januar 1975 setzte die Regierung Gonçalves in Angola eine aus Vertretern der drei Befreiungsbewegungen Movimento Popular, Frente Nacional und União Nacional para a Independência Total de Angola zusammengesetzte Übergangsregierung ein. Nur die Ressorts der Außen- und Sicherheitspolitik verblieben vorübergehend in portugiesischen Händen. Im November sollten die Bewegungen das Land in die Unabhängigkeit überführen, einen Präsidenten ernennen, nach Wahlen eine Regierung bilden und dann auch die beiden letzten bei Portugal verbliebenen Ressorts übernehmen.

Erst nun begannen die westdeutschen Parteien, den Schwerpunkt ihrer Angola-Arbeit von den Schlagzeilen deutscher Tageszeitungen hinein in das eigentliche Krisengebiet zu verlagern. Noch im Frühjahr reiste eine Delegation der Sozialdemokraten in die Landeshauptstadt Luanda,<sup>1966</sup> im Herbst dann sogar einzelne Mitglieder der Christdemokraten und der Christsozialen in den Norden des Landes, wo die Kräfte der Movimento Popular und der Frente Nacional, die in der Frage der Wahl des künftigen Staatspräsidenten keine Einigung erzielen konnten, sich bereits bedrohlich gegenüber standen.<sup>1967</sup> Vertreter der Frente Nacional<sup>1968</sup> und der União Nacional erschienen in Bonn und baten um Unterstützung bei ihrem Versuch, die Expansion der sowjetophilen Movimento Popular, die mittlerweile in rasch wachsendem Umfang Unterstützung aus dem sozialistischen Lager erhielt, einzudämmen.<sup>1969</sup> Selbstverständlich unterstützten Christdemokraten und Christsoziale, über die Konrad Adenauer-Stiftung und die Hanns Seidel-Stiftung, die Frente Nacional nun erst recht.<sup>1970</sup> Doch nahmen sich auch die Sozialdemokraten nun verstärkt der Bewegung an. Verdeckt über das Internationale Komitee des Roten Kreuzes ließen sie der Frente Nacional drei Ambulanzen, einen Bus der Marke Volkswagen – wohl für den anstehenden Wahlkampf – und 150.000 DM in bar zukommen, die vom Gesundheitsminister der Übergangsregierung, Samuel Abridada – einem ranghohen Mitglied der Frente Nacional –, in Empfang genommen wurden.<sup>1971</sup> Doch lag der Schwerpunkt der Sozialdemokraten an anderer

---

<sup>1966</sup> Kommission für Internationale Beziehungen (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) an Kommission für Internationale Beziehungen (Sozialdemokratische Partei Deutschlands), o.T. o.M. 1975, AdsD, Friedrich, Bruno, 1/BFAA000536.

<sup>1967</sup> Botschaft in der Republik Zaïre an Auswärtiges Amt, 8. Oktober 1975, PA AA, AA, AV 21108.

<sup>1968</sup> Leiter des Leitungsstabes (Auswärtiges Amt) an Staatssekretär Gehlhoff (Auswärtiges Amt) und Abteilungsleiter Well – Abteilung Politik (Auswärtiges Amt), 6. Juni 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108164.

<sup>1969</sup> Merkel (Auswärtiges Amt) an Generalkonsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola, 28. Mai 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108162.

<sup>1970</sup> Botschaft in der Republik Zaïre an Auswärtiges Amt, 8. Oktober 1975, PA AA, AA, AV 21108.

<sup>1971</sup> Abteilung Politik (Auswärtiges Amt) an Staatssekretär Gehlhoff (Auswärtiges Amt) und Minister Genscher (Auswärtiges Amt), 28. August 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108162.

Stelle: bei der União Nacional. Der Resident der Friedrich Ebert-Stiftung in Sambia, Friedrich Meck, berichtete im Frühjahr 1975 enthusiastisch:

*„Die sambische Regierung hat durch ihren Staatsminister Timothy Kankaas in vorläufig noch inoffiziellen Gesprächen die Frage gestellt, ob die FES [Friedrich Ebert-Stiftung] in der Lage und Willens sei, die UNITA [União Nacional para a Independência Total de Angola] in dem bevorstehenden Wahlkampf zu unterstützen. Sollte die FES ihre Bereitschaft zu erkennen geben, die UNITA zu unterstützen, wird die sambische Seite (KK) [Kankaas] ein entsprechendes Gesuch an die FES richten. [...] Die UNITA plant, den Wahlkampf von 6 Schwerpunktzentren aus zu führen. [...] Die UNITA möchte jedes Zentrum mit einem VW-Bus [Bus der Marke Volkswagen] und zwei VW 181 ausruesten. Die VW-Busse sollten mit einem Lautsprecher, Tonband (Kassette), Schreibmaschine und ein [sic!] Abziehgerrät ausgeruestet sein. Erforderlich waere auch eine Finanzhilfe, um die lfd. [laufenden] Kosten fuer die Wagen zu bestreiten. Sehr interessiert waere man, koennte die FES der UNITA fuer die Zeit des Wahlkampfes einige Experten stellen. Neben der Erfahrung wie man einen Wahlkampf organisiert, sollten die Experten Erfahrungen im Umgang mit kommunistischer Propaganda besitzen. Wichtig ist auch die Mobilisierung der Arbeiterschaft. Es waere zu pruefen, ob die FES nicht in Lusaka ein Seminar fuer die UNITA durchfuehren koennte, um wichtige Wahlkampftechniken zu vermitteln. Die Materialhilfe koennte zollfrei eingefuehrt werden. Keine Einwaeude hat die UNITA, sollte die FES portugiesische Freunde als Experten auswaehlen. Nach meinen Schaetzuungen muesste die Wahlhilfe mindestens DM 500.000 betragen, um einen optimalen Erfolg zu erzielen.“*<sup>1972</sup>

Im Auswärtigen Amt war man über das forsche Auftreten einer der Regierungspartei nahestehenden Stiftung mehr als entsetzt. Ein Mitarbeiter des Ministeriums notierte an den Rand von Mecks Bericht: *„Warum keine Wahlredner? Hier sollten wir m.E. [meines Erachtens] auf die FES [Friedrich Ebert-Stiftung] einwirken damit nicht der Wahlkampf in Angola mit deutschen Steuermitteln geführt wird.“*<sup>1973</sup> Am Ende dürfte sich aber doch die Friedrich Ebert-Stiftung durchgesetzt haben. Wahrscheinlich im Frühsommer erfolgte die Unterstützung – getarnt als Hilfe des Deutschen Gewerkschaftsbundes, da das Auswärtige Amt um eine „diskrete Unterstützung“ gebeten hatte.<sup>1974</sup> Hinzu kamen weitere materielle und Ausbildungshilfen der Stiftung,<sup>1975</sup> sowie eine Medikamentenlieferung im Wert von 40.000 DM.<sup>1976</sup>

Von der Movimento Popular rückte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands dagegen zügig ab.

<sup>1972</sup> Resident Meck – Außenstelle Sambia (Friedrich Ebert-Stiftung) an Auswärtiges Amt, 10. Februar 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108164.

<sup>1973</sup> Resident Meck – Außenstelle Sambia (Friedrich Ebert-Stiftung) an Auswärtiges Amt, 10. Februar 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108164.

<sup>1974</sup> Abteilungsleiter Lahn – Abteilung Politik (Auswärtiges Amt) an Staatssekretär (Auswärtiges Amt), 24. Februar 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108164.

<sup>1975</sup> Merkel (Auswärtiges Amt) an Generalkonsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola, 28. Mai 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108162.

<sup>1976</sup> Abteilung Politik (Auswärtiges Amt) an Staatssekretär Gehlhoff (Auswärtiges Amt) und Minister Genscher (Auswärtiges Amt), 19. Dezember 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108165.

Auch wenn Staatsminister Wischniewski sich noch im September 1975 nicht scheute, in aller Öffentlichkeit zu erklären: „Für uns gibt es nur die MPLA [Movimento Popular de Libertação de Angola].“<sup>1977</sup> Dabei zeigte schon die Tatsache, dass die Movimento Popular mit Medikamenten im Wert von 10.000 DM die geringste Spende erhielt, dass man in Bonn bereits umdisponiert hatte.<sup>1978</sup> Als die Movimento Popular dann im November 1975 die Unabhängigkeit Angolas proklamierte und die Regierungsgeschäfte übernahm – da es ihren bewaffneten Kräften gelungen war, die angolanische Hauptstadt Luanda zu besetzen – war die seit Mai 1974 amtierende, neue sozial-liberale Regierung der BRD, unter Bundeskanzler Helmut Schmidt, nicht zu ihrer Anerkennung bereit. Stattdessen bemühte sie sich, auf europäischer Ebene eine 'anti-imperialistische' Reaktion auf die Angola-Politiken der Sowjetunion, der Republik Kuba und der übrigen Staaten des sozialistischen Lagers, die der Movimento Popular in der sich nun voll entfaltenden Angola-Krise massiv zu Hilfe eilten, zu initiieren.<sup>1979</sup> Noch Ende 1975 erhielt das Exil-Büro der União Nacional in Kinshasa einen Barscheck über 100.000 DM, möglicherweise zusätzlich noch eine weitere Medikamentenspende über 40.000 DM.<sup>1980</sup> Im Frühjahr 1976 erkannte die Regierung Schmidt die Regierungsübernahme der Movimento Popular dann zwar doch noch an, brachte aber deutlich ihren Unmut zum Ausdruck<sup>1981</sup> und unterstützte in den folgenden Jahren der Angola-Krise verdeckt die União Nacional, während sich die Christdemokraten und Christsozialen auf die Frente Nacional konzentrierten. Bitten um Waffenlieferungen, vor allem nach Roland-Panzerabwehrraketen, wurden zwar schon nach kurzer Zeit von der União Nacional an die Sozialdemokraten herangetragen, scheinen dort aber kein Gehör gefunden zu haben. Als der stellvertretende Außensekretär der União Nacional, John Kakumba, Anfang 1976 die Bundesrepublik besuchte, hatte er im Gästehaus der Friedrich Ebert-Stiftung ein Gespräch mit Staatsminister Wischniewski, über das in einem Bericht des Auswärtigen Amtes festgehalten wurde:

„[John] K.[akumba] dankte für die bisherige humanitäre Hilfe, insbesondere Scheck über 100.000,-- DM und bat um Waffen (besonders Panzerabwehrraketen Roland, deutsch-französische Gemeinschaftsproduktion) und weitere humanitäre Hilfe (Ärzte und Medikamente). StM [Staatsminister

<sup>1977</sup> Referat Parlament und Kabinett (Auswärtiges Amt) an Referat Ost- und Südafrika (Auswärtiges Amt) und Ministerbüro (Auswärtiges Amt) und Parlamentarischer Staatssekretär Moersch (Auswärtiges Amt), 9. September 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108164.

<sup>1978</sup> Referatsleiter Müller – Referat Ost- und Südafrika (Auswärtiges Amt) an Referat Koordinierung Humanitäre Hilfe, Besucherdienst Dritte Welt, Konferenzen der nichtgebundenen Staaten (Auswärtiges Amt), 4. November 1975, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108164.

<sup>1979</sup> Arbeitskreis I – Verbindungsstelle für Europafragen (Bundestagsfraktion der Sozialdemokratische Partei Deutschlands) an Bundestagsfraktion der Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 2. Dezember 1975, AdsD, 1/BFAA001233.

<sup>1980</sup> Referatsleiter Müller – Referat Ost- und Südafrika (Auswärtiges Amt) an Staatsminister Wischniewski (Auswärtiges Amt), 13. Januar 1976, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108166.

<sup>1981</sup> Mitglied des Bundestags Stahl (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) an Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 20. Februar 1976, AdsD, 2/BTFG001614.

Wischnewski] erklärte *Waffenlieferungen in Spannungsgebiete als ungesetzlich und daher indiskutabel. Für humanitäre Hilfe sagte er Prüfung zu. (Gegenwärtig werden Schritte unternommen, um das IKRK [Internationale Komitee des Roten Kreuzes] zur Einbeziehung des UNITA-Gebiets [Gebiete unter Kontrolle der União Nacional para a Independência Total de Angola] in Hilfsmaßnahmen zu bewegen.)*<sup>1982</sup>

Doch auch wenn die Sozialdemokraten der União Nacional die Bitte um Waffen ausschlugen, so hatten sie doch, wenn auch erst seit 1975, ihr Möglichstes getan – ebenso wie Christdemokraten und Christsoziale – die politische Entwicklung in Angola doch noch einmal für den Westen herumzureißen. Nur war ihr Möglichstes in diesem Fall nicht gut genug gewesen.

#### *d) Den Sozialismus auf Linie bringen – Ostdeutsche Parteiarbeit für die Republik Kongo*

Die Auslandsarbeit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Republik Kongo setzte nur zögerlich und schleppend ein. Auch hatte sie anfänglich nur wenig mit der Hinwendung des Landes zum Sozialismus zu tun.

Erst 1965, zwei Jahre nach der Regierungsübernahme der gemäßigt-sozialistischen Mouvement National de la Révolution, hatte das Politbüro des Zentralkomitees in Ost-Berlin beschlossen, der Republik Kongo in der Außenpolitik der DDR eine größere Rolle zukommen zu lassen. Wie diese Rolle aussah, darüber bestand im Politbüro kein Zweifel. Das Sitzungsprotokoll vom 5. Juni 1965 hielt fest: „*Die Republik Kongo ( Brazzaville ) könnte als Stützpunkt [als Brückenkopf] für unsere weitere Arbeit in Zentralafrika dienen.*“<sup>1983</sup> Das Politbüro war zu dieser Zeit noch ganz mit der Kongo-Krise beschäftigt und hoffte auf eine vorgeschobene Basis, von der aus es die Vorgänge in und um Stanleyville besser in Augenschein nehmen konnte.

Doch sollte noch ein Jahr vergehen, bis eine erste Partei- und Regierungsdelegation, unter Führung des Leiters der Abteilung Internationale Verbindungen des Zentralkomitees, Peter Florin, in die Republik Kongo reiste. Die Hallstein-Doktrin der BRD, eines der wichtigsten Handelspartner der Republik Kongo, machte deren offiziellen Empfang als Regierungsdelegation jedoch unmöglich. So wurde sie lediglich als Parteidelegation aufgenommen und der kongolesischen Öffentlichkeit präsentiert.<sup>1984</sup> Für Florin hatte diese Inszenierung immerhin den positiven Effekt, nun gänzlich unbekümmert und ohne größere Komplikationen auf parteilicher Ebene zu ersten Vereinbarungen

<sup>1982</sup> Referatsleiter Müller – Referat Ost- und Südafrika (Auswärtiges Amt) an Staatsminister Wischnewski (Auswärtiges Amt) und Staatssekretär Gehlhoff (Auswärtiges Amt) und Minister Genscher (Auswärtiges Amt), 16. Januar 1976, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 108164.

<sup>1983</sup> Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 5. Januar 1965, BArch, SAPMO, DY 30 / J IV 2/2 / 969.

<sup>1984</sup> Abteilung Sowjetunion (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 4. September 1967, PA AA, MfAA, C 921/74, Fiche 2, S. 107.

gelangen zu können. Neben den bereits in mehreren Abschnitten erwähnten Abmachungen auf 'staatlicher' und gesellschaftlicher Ebene wurde ein regelmäßiger interparteilicher Informationsaustausch, sowie die Bereitstellung von Studienplätzen für Führungskader der Mouvement National vereinbart. Außerdem sollte ein Vertreter der DDR, möglichst ein Sozialist, getarnt als Korrespondent des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes oder der Zeitung Neues Deutschland, als Ansprechpartner der Einheitspartei in der Republik Kongo stationiert werden.<sup>1985</sup> Neben einem Ausbau der „faktischen Beziehungen“ – bis hin zur „Herstellung staatlicher Beziehungen“ – sollte dieser Vertreter sich darum bemühen, die „progressive Entwicklung im Kongo“ voran zu treiben.<sup>1986</sup> Ob er tatsächlich entsandt wurde, lässt sich aus den eingesehenen Akten nicht rekonstruieren. Wahrscheinlich übernahmen die zwei, bereits im Abschnitt zur Entwicklungshilfe erwähnten, ostdeutschen Entwicklungshelfer, die Ende der 1960er Jahre in die Republik Kongo entsandt wurden, Teile dieser Aufgaben.

Doch auch ohne offiziellen Vertreter vor Ort kamen die Parteikontakte nicht zum Erliegen. 1967 reiste erstmals eine Delegation der Mouvement National, unter Leitung ihres Politbüromitglieds Hilaire Mounthault, in die DDR, um sich, unter anderem, mit den ostdeutschen Sozialisten über den Ausbau der Parteibeziehungen zu beratschlagen. Mounthault nahm bei dieser Gelegenheit sogar als Gast am VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei in Ost-Berlin teil<sup>1987</sup> – eine gute Möglichkeit, einmal mit der gesamten Führungsriege der Einheitspartei in Kontakt zu treten. Doch hielt sich die Zusammenarbeit auch weiterhin in einem überschaubaren Rahmen. Erneut konnten sich die Sozialisten nicht zu mehr als der Vergabe einiger Studienplätze und ideologischer Schulungskurse für einzelne ausgewählte Kader entschließen.<sup>1988</sup>

Auch als sich zwei Jahre später, Ende 1969, die Mouvement National, im Zuge der wachsenden Spannungen ihres Landes mit der Demokratischen Republik Kongo, veranlasst sah, ihre Beziehungen zum sozialistischen Lager erheblich zu erweitern und, im Rahmen dieser außenpolitischen Weichenstellung ihr Land mit der DDR in diplomatische Beziehungen treten zu lassen, hatte dies auf die Parteibeziehungen letztlich nur einen geringen Effekt.

Eine zweite ostdeutsche Partei- und Regierungsdelegation, erneut unter Führung von Florin, reiste

---

<sup>1985</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 14. September 1966, PA AA, MfAA, C 927/74, Fiche 1, S. 79-85.

<sup>1986</sup> Delegationsleiter Florin (Delegation) an Mitarbeiter Schüßler – Abteilung Internationale Verbindungen (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Oberbürgermeister Schill (Stadt Dresden) und Abteilung Auslandsinformationen (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 28. September 1966, PA AA, MfAA, C 1085/77, Fiche 1, S. 8.

<sup>1987</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 3. Mai 1967, PA AA, MfAA, C 928/74, Fiche 1, S. 3-4.

<sup>1988</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 30, IV A 2/20/981.



in die Republik Kongo, um die diplomatische Anerkennung entgegenzunehmen und mehrere zwischenstaatliche Abkommen zum Abschluss zu bringen – sowie eines, das den Ausbau der Parteibeziehungen zum Gegenstand hatte.<sup>1989</sup> Im Rahmen dieser Verhandlungen dürfte den Kongolesen das bereits im Abschnitt zur Diplomatie erwähnte Geldgeschenk für die Parti Congolais du Travail, wie die Mouvement National mittlerweile hieß, mitgeteilt worden sein. Umgerechnet rund 0,28 Mio. DM erhielt die kongolesische Partei – ob aus der Parteikasse der Sozialisten oder einer ostdeutschen Institution geht aus den Akten nicht hervor. Doch dürfte es sich dabei nicht um ein Geschenk gehandelt haben, das in bar ausgezahlt wurde. Vielmehr ist eine Verrechnung mit bereits fest eingeplanten ostdeutschen Unterstützungsleistungen für die Parti Congolais anzunehmen.<sup>1990</sup> Erneut wurde die Bereitstellung von Studienplätzen, möglicherweise auch von Krankenhaus- und Ferienplätzen vereinbart.<sup>1991</sup> Doch hielt sich das Interesse der ostdeutschen Sozialisten an der Parti Congolais auch weiterhin in Grenzen. Auf der anderen Seite sah es nicht viel besser aus. 1971 reiste lediglich eine Delegation der Parti Congolais in die DDR, um an einer Konferenz ihrer ostdeutschen Genossen über Friedrich Engels teilzunehmen.<sup>1992</sup> Große Teile der kongolesischen Parteiführung und -basis, vor allem aber der Parteijugend, zeigten reges Interesse am Maoismus, andere Führungsmitglieder – und weite Teile der Armeeführung – waren, wie schon im Abschnitt zur Militärhilfe ausgeführt, der französischen Lebensweise sehr zugeneigt. Wie im Bereich der Militärhilfe erschwerten diese Kreise auch hier die Etablierung einer effektiven ostdeutsch-kongolesischen Zusammenarbeit.

Die Wende brachte erst ein Wink der sowjetischen Bruderpartei. Schon länger war die kommunistische Partei der Sowjetunion mit der ideologischen Entwicklung der Parti Congolais unzufrieden gewesen. 1972 war es mit ihrer Nachsicht vorbei. Auf ihrem XXIV. Parteitag stellte sie die kongolesische Einheitspartei in aller Öffentlichkeit als nationalistisch, beziehungsweise nationaldemokratisch dar und verweigerte ihr das Prädikat einer marxistisch-leninistischen Partei.<sup>1993</sup>

<sup>1989</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 21. Dezember 1970, PA AA, MfAA, C 6177, Bd 1, Fiche 3, S. 256-269.

<sup>1990</sup> Der Wert wird in der Quelle mit 1 Mio. M angegeben. Der Wechselkurs lag 1970 bei ca. 1 DM : 3,57 M. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 0,28 Mio. DM.

<sup>1991</sup> Politischer Mitarbeiter Derz (Solidaritätskomitee) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Zentrum für Information und Dokumentation (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Zentrum für Information und Dokumentation (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 27. Juli 1972, PA AA, MfAA, C 962/78, Fiche 1, S. 8-12.

<sup>1992</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. 1971, PA AA, MfAA, C 921/74, Fiche 2, S. 108-115.

<sup>1993</sup> 1. Sekretär Jahnsowski (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Stellvertretender Minister Kiesewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Zentrum für Information und Dokumentation (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten)

Eine Delegation der ostdeutschen Sozialisten, die aus Anlass des Parteitages ebenfalls in Moskau weilte, wurde gebeten, zu intervenieren und einen Lektor für marxistische Philosophie an die Parteischule der Parti Congolais in Brazzaville zu entsenden.<sup>1994</sup> Er sollte Vertretern der sowjetischen Bruderpartei dabei helfen, die Kongolesen auf die 'richtige', die marxistisch-leninistische, die sowjetische Linie zu bringen. Ob der Lektor tatsächlich entsandt wurde, geht aus den eingesehenen Akten nicht hervor, doch war der sowjetischen Bitte ohnehin bereits im Februar 1972 ein misslungener Staatsstreich von Ange Diawara zuvor gekommen, in dessen Folge es zu weitreichenden politischen Umstrukturierungen, sowie einer Verkleinerung des Politbüros und des Zentralkomitees der Parti Congolais kam. Fortan hatte der sowjetophile Flügel innerhalb der kongolesischen Partei die Oberhand. Noch im Juni des selben Jahres entsandte er eine Delegation, unter Führung des Vizepräsidenten der Volksrepublik Kongo und Politbüromitglieds Alfred Raoul, in die DDR, wo sie als Gast am VIII. Parteitag der ostdeutschen Sozialisten teilnahm.<sup>1995</sup> In Ost-Berlin war man mit der ideologischen Entwicklung, welche die kongolesischen Partei seit ihrer Umstrukturierung durchlaufen hatte, sehr zufrieden. Ideologisch war sie näher an den Marxismus-Leninismus herangerückt, auch wenn sie, aus Sicht der ostdeutschen Genossen, von einem adäquaten Verständnis – und Bewusstsein – seiner Inhalte noch weit entfernt war. Dabei gaben ihre Mitglieder sich große Mühe, ihre Partei im rechten Licht zu präsentieren. Ministerpräsident und Politbüromitglied Henri Lopes wurde 1975 auf dem II. Ordentlichen Parteitag der Parti Congolais nicht müde, gegenüber dem Kandidaten des Politbüros der ostdeutschen Genossen, Konrad Naumann, der dem Parteitag als Gast beiwohnte, zu betonen, wie eng die Parti Congolais und die ostdeutschen Sozialisten in ihrer Politik mittlerweile beieinander lägen. Der Leiter der Abteilung für Internationale Verbindungen beim Zentralkomitee, Paul Markowski, berichtete dem Politbüromitglied und Ministerratsvorsitzenden, Horst Sindermann, 1975 von dem Gespräch:

*„Man widme den Beziehungen zur DDR besondere Aufmerksamkeit. Die DDR sei wie die VR [Volksrepublik] Kongo ein kleiner Staat und liege an der Grenze zum Kapitalismus. Er, Henri Lopes, sei noch nie in Berlin gewesen, doch für Kongo bestehe die Realität in der Existenz Kinshasas, von wo aus man über Fernsehen und Rundfunk ein anderes Gesellschaftsmodell propagiere, als es die VR Kongo anstrebe. Dies alles seien Tatsachen, die unsere beiden Staaten miteinander verbänden.“*<sup>1996</sup>

und Zentrum für Information und Dokumentation (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 8. Mai 1971, PA AA, MfAA, C 1074/77, Fiche 1, S. 7-11.

<sup>1994</sup> 1. Sekretär Jahnsowski (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Zentrum für Information und Dokumentation (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Zentrum für Information und Dokumentation (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 1095/77, Fiche 1, S. 33.

<sup>1995</sup> Mitarbeiter Launicke – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 10. Juni 1971, PA AA, MfAA, C 925/74, Fiche 2, S. 155-156.

<sup>1996</sup> Abteilungsleiter Markowski – Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische

Doch war diese 'Verbundenheit' nicht allein der Realität des deutsch-deutschen und des kongolesisch-kongolesischen Gegensatzes, sondern auch der Auslandsarbeit der ostdeutschen Sozialisten geschuldet. Die sowjetische Bitte vom XXIV. Parteitag war in Ost-Berlin nicht auf taube Ohren gestoßen. Als die Parti Congolais nach der Umstrukturierung ihres Politbüros bat, sie, zur Beruhigung der Massen, im, auch im Kongo populären, Fußballsport – die kongolesische Fußballnationalmannschaft hatte soeben den *Africa Cup* gewonnen<sup>1997</sup> – zu unterstützen, stimmte die ostdeutsche Parteiführung sofort zu. Mit sportlichen Erfolgen sollte die kongolesische Bevölkerung über die negative wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die Entfernung populistischer Elemente aus dem Politbüro und dem Zentralkomitee der Einheitspartei hinweggetröstet werden. Gleichzeitig unterstützten die ostdeutschen Sozialisten die sowjetophilen Kongolesen dabei, das politische Ruder in die Hand zu nehmen und die Partei auf Kurs zu bringen. Wissenschaftliche Analysen zur Parti Congolais wurden angefertigt. Das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee wurde mit den hierzu erforderlichen Studien beauftragt.<sup>1998</sup> Mitte 1973 besuchte dann sogar eine Parteidelegation, unter Führung des Vorsitzenden ihrer Revisionskommission, Kurt Seibt, die Volksrepublik Kongo, wo er unter anderem Gespräche mit seinem kongolesischen Pendant, Herrn Bouahy, führte, um die weitgehend leere Parteikasse der Kongolesen durch eine Neuausrichtung ihrer Finanzierung wieder aufzufüllen.<sup>1999</sup>

1974 war die Parti Congolais bereits wieder so weit gefestigt, dass sie beginnen konnte, ihren politischen Einfluss auch im kongolesischen Hinterland, sowie an den Schulen und in der Armee systematisch auszubauen. Sogenannte 'Volksvertretungen' der Parti Congolais wurden auf dem Land errichtet, der Marxismus-Leninismus an allen Oberschulen als Pflichtfach eingeführt und politische Schulungskurse für sämtliche Armeeeinheiten eingerichtet.<sup>2000</sup> Nach und nach konnten so auch die letzten Kader der Parti Congolais,<sup>2001</sup> die sich bislang gegen eine engere Zusammenarbeit ihrer

---

Einheitspartei Deutschlands) an Mitglied des Politbüros – Zentralkomitee und Vorsitzender des Ministerrates Sindermann (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und Ministerrat), 20. Januar 1975, PA AA, MfAA, C 6193, Fiche 1, S. 1-6, hier S. 3.

<sup>1997</sup> 1. Sekretär Jahnsowski (Gesandtschaft in der Volksrepublik Kongo) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 30. März 1972, PA AA, MfAA, C 925/74, Fiche 2, S. 178-180.

<sup>1998</sup> Politischer Mitarbeiter Derz (Solidaritätskomitee) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Zentrum für Information und Dokumentation (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 27. Juli 1972, PA AA, MfAA, C 962/78, Fiche 1, S. 8-12.

<sup>1999</sup> Handelsattaché Balzer (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 17. August 1973, PA AA, MfAA, C 964/78, Fiche 2, S. 163-165.

<sup>2000</sup> Botschafter Dordan (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 6. Dezember 1974, PA AA, MfAA, C 6177, Fiche 1-2, S. 69-144.

<sup>2001</sup> Botschafter Dordan (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 6.

Partei mit den sozialistischen Parteien Osteuropas gestraubt hatten, auf Linie gebracht werden. All diese Erfolge nahmen die ostdeutschen Sozialisten zum Anlass, sich 1975 auch in die Gestaltung des II. Ordentlichen Parteitags der Parti Congolais einzubringen. 1.500 Kongressmappen, zehn Schreibmaschinen, 3.000 bedruckte Tücher, 3.000 Plakate und 500 Wimpel wurden der Parti Congolais zur Verfügung gestellt und drei ostdeutsche Berater nach Brazzaville entsandt.<sup>2002</sup> Die Aufgabe Letzterer beschränkte sich dabei nicht allein auf die Koordinierung der Veranstaltung. Sie halfen Staatspräsident Marien Ngouabi auch bei der inhaltlichen Ausgestaltung des Parteitags. Sie selbst bereiteten die einzelnen Anträge vor, die dem Parteitag dann zur Abstimmung vorgelegt wurden.<sup>2003</sup> Der II. Parteitag unterschied sich dann auch deutlich von seinen ordentlichen und außerordentlichen Vorgängern. Stärker als bisher wurde die Bevölkerung eingebunden, offener als bisher wurden die ökonomischen Probleme des Landes angeschnitten. Der 'westliche Imperialismus' wurde, wie stets, verdammt,<sup>2004</sup> doch wurde gleichzeitig auch erstmals offiziell festgestellt, dass eine vorübergehende Zusammenarbeit mit ihm unerlässlich sei<sup>2005</sup> – ganz gemäß den damals gängigen außenpolitischen Leitlinien des sozialistischen Lagers. In der Folge wurden die Parteibeziehungen weiter intensiviert. Die bereits erwähnte Delegation der ostdeutschen Sozialisten unter Leitung Naumanns<sup>2006</sup> schloss mit den Vertretern der Parti Congolais weitere Vereinbarungen für die Jahre 1975 und 1976 ab.<sup>2007</sup> Die neuen Vereinbarungen beinhalteten dann auch endlich die von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion schon lange herbeigesehnte Entsendung ostdeutscher Lektoren. Gleich zwei wurden der Parteischule der Parti Congolais zugewiesen.<sup>2008</sup> Dennoch war die ostdeutsche Botschaft in Brazzaville mit der politischen Arbeit nur teilweise zufrieden. Die „*Realisierung der Parteivereinbarung zwischen SED [Sozialistischer Einheitspartei Deutschlands] und der PCT [Parti Congolais du Travail]*“, hielt der Jahresbericht der Botschaft für das Jahr 1975 fest, habe sich zu einem „*Schwerpunkt der Arbeit der Botschaft.*“ entwickelt.<sup>2009</sup> Doch vermerkte der Bericht auch, dass die Botschaftsarbeit, „*insbesondere auf*

---

Dezember 1974, PA AA, MfAA, C 6177, Fiche 1, S. 69-144, hier S. 95.

<sup>2002</sup> Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 30, IV B 2/20/293.

<sup>2003</sup> Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 1. Dezember 1974, BArch, SAPMO, DY 30, IV B 2/20/292.

<sup>2004</sup> Botschafter Dordan (Botschaft in der Volksrepublik Kongo) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 6. Dezember 1974, PA AA, MfAA, C 6177, Fiche 1, S. 69-144, hier S. 95.

<sup>2005</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. Dezember 1974, PA AA, MfAA, C 6202, Bd 2, Fiche 1, S. 18.

<sup>2006</sup> Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 30, IV B 2/20/292.

<sup>2007</sup> Politischer Mitarbeiter Balke – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 964/78, Fiche 1, S. 29-30.

<sup>2008</sup> Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 14. Januar 1975, BArch, SAPMO, DY 30 / J IV 2/2 / 1543.

<sup>2009</sup> Botschaft in der Volksrepublik Kongo an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 14. Januar 1976, PA AA, MfAA, C 6177, Fiche 1, S. 18.

*politischem Gebiet*“, immer noch weder den „*Erfordernissen*“ noch den „*Möglichkeiten*“ entspreche<sup>2010</sup> und dementsprechend dringend verbessert werden müsse.

Aber auch wenn die Parteibeziehungen den Idealvorstellungen der zuständigen Stellen an der ostdeutschen Auslandsvertretung in Brazzaville nicht voll entsprachen, so war die Parti Congolais doch – auch dank der Unterstützung ihrer ostdeutschen Genossen – erfolgreich 'auf Kurs' Marxismus-Leninismus gebracht worden.

#### *e) Zwischenfazit*

Die deutschen Parteien operierten im zentralafrikanischen Raum primär aus innenpolitischen Erwägungen heraus.<sup>2011</sup> Im Vordergrund stand die Öffentlichkeitsarbeit. Deren Schwerpunkt lag auf Themen mit Bezug zum Kalten Krieg, bei denen man sich eines ausgeprägten medialen Interesses sicher sein konnte. Direkte Unterstützungsleistungen bildeten demgegenüber eine Ausnahme und nicht die Regel.

Die zentralafrikanischen Parteien und Bewegungen profitierten von der Öffentlichkeitsarbeit ihrer deutschen Partner. Sie erhielten internationale mediale Aufmerksamkeit und inszenierten in ihren Organen und nationalen Medien die Beziehungen zu ihren deutschen Partnern als internationale Zustimmung zu ihrer Politik. Materielle, personelle und finanzielle Zuwendungen spielten demgegenüber zwar auch eine Rolle, sollten aber, aufgrund des im Vergleich zu den übrigen deutschen Aktivitäten geringen Ressourceneinsatzes, nicht überbewertet werden.

Für die westdeutschen Parteien waren der afrikanische und der zentralafrikanische Raum nur eingeschränkt, vor allem im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, von Bedeutung. Meist waren es einzelne Politiker, die sich hier engagierten. Die Parteiorganisationen wurden für gewöhnlich nur dann in größerem Umfang aktiv, wenn sie die Regierung stellten und für ihre Aktivitäten nicht selbst die erforderlichen Ressourcen aufzubringen hatten.

Auch die ostdeutschen Parteien waren nur in einem bescheidenen Ausmaß an Zentralafrika interessiert. Auch hier lag der Schwerpunkt, da die Region mit der Kongo- und der Angola-Krise ausreichend thematischen Stoff für eine anti-westliche Berichterstattung bot, im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Ressourcen zur Unterstützung zentralafrikanischer Parteien brachte lediglich die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ins Spiel und dies auch nur – wie im letzten Unterabschnitt gezeigt – in absoluten Ausnahmefällen. In solchen konzentrierte sie sich dann auf diejenigen politischen Kräfte, die sich aktiv um eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und der

---

<sup>2010</sup> Botschaft in der Volksrepublik Kongo an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 14. Januar 1976, PA AA, MfAA, C 6177, Fiche 1, S. 18.

<sup>2011</sup> Krause, Joachim: Die Rolle des Bundestages in der Aussenpolitik. In: Eberwein, Wolf-Dieter: Deutschlands Neue Außenpolitik. Bd. 4: Institutionen und Ressourcen. München 1998, S. 137-152, hier S. 151.

Sozialistischen Staatengemeinschaft – und damit auch der DDR – bemühten.

Eine ähnliche Zurückhaltung legten auch die Gewerkschaften der beiden deutschen Staaten an den Tag, deren Auslandsarbeit im nun folgenden Abschnitt untersucht werden sollen.

Gewerkschaftsarbeit ...

#### a) ... in Afrika

Mehr noch als im Fall der Gesellschaften, der Medien und der Parteien war die Afrikaarbeit der Gewerkschaften der beiden deutschen Staaten vom Kalten Krieg geprägt. Über akademische, materielle, finanzielle und personelle Unterstützungsleistungen wurde Einfluss auf afrikanische Gewerkschaften und Gewerkschaftsführungen genommen, um sie politisch für das eine oder andere ideologische Lager einzunehmen. Die Propagierung des jeweiligen 'echten' Deutschlands, die Vermittlung humanistischer und demokratischer Werte, wie Anti-Rassismus und Anti-Kolonialismus,<sup>2012</sup> und die Beratung in gewerkschaftlichen Belangen<sup>2013</sup> waren demgegenüber allenfalls von sekundärer Bedeutung.

Im Fall Westdeutschlands war der Deutsche Gewerkschaftsbund der zentrale Akteur. Zunächst operierte er in Afrika nur auf internationaler Ebene, über den pro-westlich ausgerichteten Internationalen Bund Freier Gewerkschaften.<sup>2014</sup> So beteiligte sich der Gewerkschaftsbund beispielsweise finanziell am 1956 vom Internationalen Bund eingerichteten *Fonds für die Opfer des Kolonialismus*.<sup>2015</sup> Von 1958 bis 1960 zahlte er 3 Mio. DM in den Fonds ein. Bis 1963 kamen weitere 9 Mio. DM hinzu, so dass sich der Gewerkschaftsbund am Ende mit rund 14 % an dessen Gesamtetat beteiligte.<sup>2016</sup> Nur langsam begann der Gewerkschaftsbund, auch auf bilateraler Ebene aktiv zu werden. Dies zudem auch nur indirekt, da er sich zunächst durch die Friedrich Ebert-Stiftung vertreten ließ. Über sie wurden 1964 erste Gewerkschaftsberater und Lektoren an afrikanische Gewerkschaften entsandt.<sup>2017</sup> Erst in den 1970er Jahren änderte der Gewerkschaftsbund seine Taktik. Nicht nur trat er nun offen in Erscheinung, auch rückte er, aufgrund der von der sozial-

---

<sup>2012</sup> Uckermann, Helga: Gewerkschaften und dritte Welt. Konzeption, Strategien und Standort im System der Nichtregierungsorganisationen. Sinzheim 1996, S. 75.

<sup>2013</sup> Wortmann, Michael: Gewerkschaftliche Solidarität mit der Dritten Welt. Veränderte Interessen in der neuen internationalen Arbeitsteilung. Saarbrücken u.a. 1984, S. 96 f.

<sup>2014</sup> Schroeder, Wolfgang: Gewerkschaften. In: Schmidt, Siegmund, Gunther Hellmann, u.a. (Hg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden 2007, S. 296-303, hier S. 299.

<sup>2015</sup> Zur Mühlen, Patrik von: Die internationale Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Von den Anfängen bis zum Ende des Ost-West-Konflikts. Bonn 2007, S. 39.

<sup>2016</sup> Rieger 1961, S. 121.

<sup>2017</sup> Hillebrand 2002, S. 127-139, hier S. 128.

liberalen Koalition ausgerufenen Neuen Ostpolitik, von seinem antikommunistischen Arbeitsschwerpunkt – den der Internationale Bund Freier Gewerkschaften so nie geteilt hatte – ab und konzentrierte sich fortan auf die Unterstützung afrikanischer Gewerkschaften bei der Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder.<sup>2018</sup>

Im Fall Ostdeutschlands entfaltete ausschließlich der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund in Afrika eine relevante Aktivität. Auch er operierte in den 1950er Jahren zunächst vor allem auf internationaler Ebene – über den östlich ausgerichteten Weltgewerkschaftsbund – in Afrika. So entsandte er Lektoren an die vom Weltgewerkschaftsbund unterstützten Gewerkschaftsschulen der *Générale des Travailleurs d'Afrique Noire* in Guinea und der *Trade Union Congress* in Ghana.<sup>2019</sup> Parallel liefen in dieser Zeit aber auch schon erste Operationen auf bilateraler Ebene an, wie die materielle Unterstützung der *Union Générale des Travailleurs Algériens*, die in engen Beziehungen zur algerischen Befreiungsbewegung Front de Libération Nationale stand.<sup>2020</sup> Dabei handelte der Gewerkschaftsbund weniger aus Solidarität mit einer afrikanischen Gewerkschaft, als vielmehr aus Solidarität mit den kämpfenden Revolutionären der Befreiungsbewegung. Das selbe Motiv sollte später auch der ostdeutschen Gewerkschaftsarbeit in der Republik Kamerun und der portugiesischen Überseeprovinz Angola zu Grunde liegen. Auf sie wird im Laufe dieses Abschnitts noch zurückzukommen sein. Erst 1959 begann der Gewerkschaftsbund dann auch, verstärkt mit 'echter' Gewerkschaftsarbeit in Afrika in Erscheinung zu treten. Erste afrikanische Gewerkschaftskader wurden nun an der Gewerkschaftshochschule in Bernau aufgenommen.<sup>2021</sup> Auch eine materielle Hilfe setzte jetzt ein – vergeben vom ostdeutschen Gewerkschaftsbund und den staatlichen Institutionen der DDR.<sup>2022</sup> Die bemühten sich nach Kräften, die Auslandsarbeit des Gewerkschaftsbundes in ihre eigenen außenpolitischen Bemühungen zu integrieren. Die außenpolitische Instrumentalisierung der Gewerkschaftsarbeit war zwar längst nicht allumfassend, doch genügte sie vollauf, um in den 1970er Jahren drei Schwerpunktstaaten der ostdeutschen Außenpolitik auch zu Schwerpunkten der ostdeutschen Gewerkschaftsarbeit in Afrika werden zu lassen: die Volksrepubliken Angola und Mosambik, sowie die Demokratische Volksrepublik Äthiopien.<sup>2023</sup>

---

<sup>2018</sup> Uckermann 1996, S. 75 f.

<sup>2019</sup> Schleicher 1998, S. 111-138, hier S. 117.

<sup>2020</sup> Schleicher, Ilona 1998, S. 111-138, hier S. 112.

<sup>2021</sup> Schleicher 1998, S. 111-138, hier S. 117.

<sup>2022</sup> Ebd., hier S. 114.

<sup>2023</sup> Ebd., hier S. 113.

b) ... in Zentralafrika

Wie schon im Fall der deutschen Parteiarbeit lagen auch im Fall der deutschen Gewerkschaftsarbeit die geographischen Schwerpunkte in der Demokratischen Republik Kongo, Angola, Kamerun und der Republik Kongo.

In den Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas leistete der westdeutsche Deutsche Gewerkschaftsbund über die Friedrich Ebert-Stiftung nur eine bescheidene Hilfe, was vor allem mit dem starken Einfluss Frankreichs und der französischen Gewerkschaften zu tun gehabt haben dürfte. Einzelne Gewerkschaftskader aus der Gabunischen Republik,<sup>2024</sup> der Zentralafrikanischen Republik<sup>2025</sup> und der Republik Kongo<sup>2026</sup> wurden in die Bundesrepublik geholt und fortgebildet. Lediglich im Fall der kongolesischen Kader erreichte deren Zahl ein höheres Niveau. Man wollte wohl, nachdem die radikalen Funktionäre sich durchgesetzt und 1963 das Militär beim Sturz des pro-westlichen Staatspräsidenten Fulbert Youlou unterstützt hatten, deren gemäßigten Kadern ein wenig unter die Arme greifen.<sup>2027</sup> Einen ähnlichen Umfang erreichte die Hilfe – wenn auch nicht im Bereich der Fortbildungsplätze – im Tschad. Frankreich hatte der Bundesrepublik hier mehr Freiräume als allgemein üblich eingeräumt – und die Regierung von Staatspräsident François Tombalbaye war 1972 mit der DDR in diplomatische Beziehungen getreten. Es handelt sich hier um den einzigen Fall westdeutscher gewerkschaftlicher Aktivitäten, dessen Ursache im deutsch-deutschen Gegensatz gesucht werden kann. Direkt nachdem der ostdeutsche Freie Deutsche Gewerkschaftsbund im Land in Erscheinung getreten war, hatte der westdeutsche Deutsche Gewerkschaftsbund begonnen, seine Hilfe merklich aufzustocken. Zunächst wurde die liberale *Confédération Africaine des Syndicats Libres du Tchad*, seit 1963 die Einheitsgewerkschaft *Union Nationale des Travailleurs du Tchad* unterstützt. Wie in den anderen Staaten begann die Hilfe auch hier mit der Bereitstellung von Fortbildungsplätzen, umfasste in späteren Jahren aber auch eine geringe materielle und finanzielle Unterstützung für die Öffentlichkeitsarbeit der Einheitsgewerkschaft.<sup>2028</sup> Sogar zwei Berater wurden entsandt.<sup>2029</sup> Ob allerdings der Deutsche Gewerkschaftsbund oder die Friedrich Ebert-Stiftung, wie vom ostdeutschen Außenministerium behauptet, 5 Mio. DM in den Aufbau einer tschadischen Gewerkschaftsschule investierten,<sup>2030</sup> ist

---

<sup>2024</sup> Bammer (Botschaft in der Gabunischen Republik) an Auswärtiges Amt, 30. September 1964, PA AA, AA, B 34, 542.

<sup>2025</sup> Botschaft in der Zentralafrikanischen Republik an Auswärtiges Amt, 25. Mai 1963, PA AA, AA, B 34, 460.

<sup>2026</sup> Gehl (Botschaft in der Kongolesischen Republik) an Auswärtiges Amt, 6. September 1963, PA AA, AA, B 34, 457.

<sup>2027</sup> Botschaft in der Republik Kongo an Auswärtiges Amt, 2. März 1966, PA AA, AA, B 90, 713.

<sup>2028</sup> Botschafter Fischer (Botschaft in der Republik Tschad) an Auswärtiges Amt, 15. Oktober 1965, PA AA, AA, B 34, 625.

<sup>2029</sup> Botschaft in der Republik Tschad an Auswärtiges Amt, 7. Mai 1969, PA AA, AA, B 90, 944.

<sup>2030</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, C 6275, Fiche 1, S. 11-30.



mehr als fraglich. In westdeutschen Akten konnte zumindest kein Hinweis auf einen solch umfangreichen Zuschuss gefunden werden.

Mehr Initiative zeigte der Deutsche Gewerkschaftsbund in Kamerun – und dies sogar ohne den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften und die Friedrich Ebert-Stiftung einzuschalten. Die dortigen Gewerkschaften schienen dem Auswärtigen Amt, aufgrund der wachsenden Spannungen im Land, besonders anfällig für sozialistische und kommunistische Gedankengänge. Der westdeutsche Botschafter in Kamerun, Michael Jovy, berichtete dem Auswärtigen Amt 1960:

*„Die seinerzeitige Aufstandsbewegung der UPC (Union de Population Camerounaise) gegen die französische Schutzherrschaft in Kamerun, ließ schon historisch gesehen dieses Land in die „Avant-Garde der Kämpfer gegen den Kolonialismus“ einrücken. Die geistige und politische Entwicklung seiner intellektuellen Elite hat einen Vorsprung von mehr als einem Jahrzehnt gegenüber derjenigen in den Staaten der ehemaligen AEF [Afrique-Équatoriale Française] und dem belgischen Kongo. Kein Staat dieses Raumes verfügt über eine so große Anzahl afrikanischer Intellektueller im In- und Auslande wie Kamerun. [...] Es haben aus keinem Staate dieses Raumes so viele Afrikaner eine Schulung jenseits des Eisernen Vorhangs erhalten, wie die Kameruner, und nirgendwo in diesem Teile Afrikas sind die afrikanischen Gewerkschaften in einem solchen Maße von Funktionären durchsetzt, die in Prag und Budapest ausgebildet wurden.“<sup>2031</sup>*

Diese Aussage ist bemerkenswert. Legt die explizite Erwähnung von Prag und Budapest, nicht aber von Ost-Berlin und Bernau, doch nahe, dass Jovy und das Auswärtige Amt über die Beziehungen der Union des Populations und manch eines kamerunischen Gewerkschaftskaders mit der DDR und dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund nicht im Bilde waren. Doch auch ohne deutsch-deutschen Gegensatz kam die Deutsche Afrika-Gesellschaft 1960 zu dem Schluss, dass der Bevollmächtigte des Vorstands des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Fred Kassel, Kamerun einen Besuch abstatten müsse. Kassel hatte den Rohentwurf für einen sogenannten 'antikommunistischen Sonderaktionsplan', zur Überführung aller kamerunischen Gewerkschaften in eine Einheitsgewerkschaft, ausgearbeitet, welchen er in Yaoundé den zuständigen staatlichen Stellen präsentierte.<sup>2032</sup> Deren Resonanz fiel positiv aus. Bereits nach kurzer Zeit reiste ein Wissenschaftler – wiederum im Auftrag der Deutschen Afrika-Gesellschaft – nach Kamerun, wo er mit den Führungskadern aller kamerunischen Gewerkschaften in Kontakt trat und ihre Organisationen einer eingehenden Analyse unterzog.<sup>2033</sup> Nachdem er seine Nachforschungen abgeschlossen und den Plan fertig gestellt hatte, reiste der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Willy Richter, nach

---

<sup>2031</sup> Jovy (Botschaft in der Republik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 23. Juni 1960, PA AA, AA, B 34, 156.

<sup>2032</sup> Weltwirtschaft und Internationale Beziehung 8 (1960), BArch, DY 34 / 8265.

<sup>2033</sup> Botschaft in der Republik Kamerun an Auswärtiges Amt, 13. Oktober 1960, PA AA, AA, B 34, 157.

Kamerun. Er bot den Vorsitzenden der kamerunischen Gewerkschaften, als Gegenleistung für den freiwilligen Zusammenschluss zu einer Einheitsgewerkschaft, eine größere Zahl von Fortbildungsplätzen, sowie umfangreiche materielle und personelle Hilfen durch das *Bureau International de Travail* – wohl finanziert über den westdeutschen Gewerkschaftsbund – an.<sup>2034</sup> Doch konnte sich Richter mit seinem Angebot bei der Mehrheit der kamerunischen Gewerkschaftskader nicht durchsetzen und musste unverrichteter Dinge wieder abziehen. In der Folge konzentrierte der Deutsche Gewerkschaftsbund – wie der Internationale Bund Freier Gewerkschaften – sämtliche Hilfe zunächst auf die liberale *Union des Syndicats Libre du Cameroun*. Fortbildungsplätze wurden gestellt<sup>2035</sup> und eine materielle Unterstützung eingeleitet.<sup>2036</sup> Wahrscheinlich wurde auch das Gewerkschaftsorgan *L'Avenir du Travailleur Camerounais* materiell oder finanziell unterstützt.<sup>2037</sup> Sogar juristischer Beistand wurde gewährt. So berichtete 1962 die westdeutsche Wahlkonsulin in Douala, Magdalene Monnier, dem Deutschen Gewerkschaftsbund:

*„Leider haben sich die Besitzer oder Leiter von grossen Unternehmungen hier gar nicht mit dem [sic!] Erfolg der Fr[eien] Gewerkschaften gefreut, sondern alles getan, um die Kommunisten [die Gewerkschaften Union Générale des Travailleurs du Cameroun und Confédération Générale Kamerunaise du Travail, die der Union des Populations du Cameroun nahe standen] zu unterstützen. In einem speziellen Fall sind die Fr[eien] Gewerkschaften dieserhalb mit einer Klage vor das Gericht gegangen. Um dem Anwalt, der sie vertritt, einen Vorschuss zu geben, habe ich dieses Geld Herrn [Generalsekretär Joseph] Amouhou in die Hand gedrueckt. Ich konnte dies tun, da mir eine grosse deutsche Industriefirma 300 DM auf mein Konto ueberwiesen hat fuer meine Sozialarbeiten. [...] Sobald ich die genauen Ziffern der Wahlen [der 1962 anstehenden Gewerkschaftswahlen] mitteilen kann, werde ich Sie auch Ihrerseits um Hilfe bitten, dass Sie ev[entuell] ueber mich den Fr[eien] Gewerkschaften die beiden Bueroraume zahlen ( 6000 CFA = rund 100 DM ), und ev[entuell] einen Teil des Gehaltes eines Angestellten.“*<sup>2038</sup>

Doch hatte diese Strategie nur begrenzten Erfolg. Als sich die Union des Syndicats 1963 – nun auf direkte Anordnung der Regierung von Staatspräsident Ahmadou Ahidjo – mit den übrigen Gewerkschaften zum Gewerkschaftsbund *Fédération des Syndicats du Cameroun* zusammenschloss, gelang es ihr nicht, ihre Kader in die Leitungsebene des neuen Bundes zu

<sup>2034</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, o.T. o.M. o.J., PA AA, MfAA, A 14614, Fiche 3, S. 186-240.

<sup>2035</sup> Schmiedt (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 24. Oktober 1962, PA AA, AA, B 34, 349.

<sup>2036</sup> Sekretariat Tacke – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund) an Sekretariat Bernhard Tacke – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. 1961, DGB-Archiv im AdsD, 5/ DGCY000023.

<sup>2037</sup> Internationale Abteilung – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund) an Internationale Abteilung – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., DGB-Archiv im AdsD, 5/ DGAJ000527.

<sup>2038</sup> Wahlkonsulin Monnier (Wahlkonsulat in Douala) an Sekretariat Tacke – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund), 5. Januar 1962, DGB-Archiv im AdsD, 5/ DGCY000023.

integrieren.<sup>2039</sup> Auf westdeutscher Seite ergriff man nun zwar noch einmal die Initiative. So wurde die westdeutsche Botschaft in Yaoundé mit einem Sozialreferenten verstärkt,<sup>2040</sup> auch wurde ein Teil der bisherigen Unterstützung für die Union des Syndicats nun an die Fédération des Syndicats weitergeleitet. Insgesamt ging das westdeutsche Engagement mit dem Zusammenschluss der kamerunischen Gewerkschaften und dem Niedergang der militanten sowjetophilen Union des Populations dann aber doch zurück. Die Gefahr einer kommunistischen Machtergreifung war gebannt. Schon bald taugte Kamerun nur noch als Schauplatz von Nachkontaktseminaren für Gewerkschaftskader, welche eine von der Friedrich Ebert-Stiftung stipendierte Fortbildung durchlaufen hatten.<sup>2041</sup>

Bescheiden fiel das Engagement des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Angola aus. Unterstützt wurden hier – genauer in der Demokratischen Republik Kongo – die Kader der westlich eingestellten *Liga Ceral dos Trabalhadores de Angola*, die sich nach den Übergriffen der portugiesischen Provinzverwaltung, wie eine erhebliche Anzahl angolanischer Arbeiter, in den Kongo geflüchtet hatten. Dort nahmen sie an Gewerkschaftsseminaren teil,<sup>2042</sup> die offiziell für kongolesische Kader eingerichtet worden waren. Alles weitere überließ der Deutsche Gewerkschaftsbund dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften und der Friedrich Ebert-Stiftung.<sup>2043</sup> Spenden, die von der Jugendorganisation des Gewerkschaftsbundes für angolanische Flüchtlinge gesammelt und in die Demokratische Republik Kongo geleitet wurden, scheinen nicht auf Initiative der Gewerkschaftsführung, sondern der Jugendfunktionäre selbst erfolgt zu sein.<sup>2044</sup> Erst Anfang 1975, im Zuge der sich anbahnenden Angola-Krise, begann der Gewerkschaftsbund, zusammen mit der Friedrich Ebert-Stiftung, den christlichen Gewerkschaften Westdeutschlands und der Konrad Adenauer-Stiftung,<sup>2045</sup> sein Fortbildungsangebot für angolanische Gewerkschafter aus dem politischen Umfeld der Frente Nacional de Libertação de Angola und der União Nacional para a Independência Total de Angola merklich auszubauen. Nach 1975 wurde dieses Programm dann auch auf ehemalige Mitglieder der Movimento Popular de Libertação de Angola, die sich vom sozialistischen Lager abgewandt und nach Zaïre, sowie in die noch nicht von der Movimento Popular besetzten Teile Angolas geflüchtet hatten, ausgedehnt.

Am intensivsten fiel die westdeutsche Gewerkschaftsarbeit in der Demokratischen Republik Kongo

<sup>2039</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun an Auswärtiges Amt, 16. August 1963, PA AA, AA, B 34, 417.

<sup>2040</sup> Botschafter Döring (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 20. August 1963, PA AA, AA, B 34, 417.

<sup>2041</sup> Friedrich Ebert-Stiftung an Auswärtiges Amt, 21. November 1966, PA AA, AA, B 90, 519.

<sup>2042</sup> Wischniewski an Wischniewski, o.T. o.M. o.J., AdsD, Wischniewski, H. J., 1/HWAK000503.

<sup>2043</sup> Internationale Abteilung – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund) an Internationale Abteilung – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. 1963, DGB-Archiv im AdsD, 5/ DGAJ000336.

<sup>2044</sup> Abteilung Jugend – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Jugend – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., DGB-Archiv im AdsD, 5/ DGAU000250.

<sup>2045</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, AV 21108.

aus. Auf sie wird im folgenden Unterabschnitt noch näher einzugehen sein.

Der ostdeutsche Freie Deutsche Gewerkschaftsbund operierte in den Nachfolgestaaten Französisch-Äquatorialafrikas ähnlich seinem westdeutschen Pendant. Die Gabunische und die Zentralafrikanische Republik wurden weitgehend außen vor gelassen. In der Republik Tschad wurde, nachdem die Regierung von Staatspräsident Tombalbaye 1972 diplomatische Beziehungen zur DDR aufgenommen hatte, die Einheitsgewerkschaft *Union Nationale des Travailleurs du Tchad* unterstützt.<sup>2046</sup> Fortbildungsplätze wurden gestellt, eine geringe materielle und finanzielle Hilfe gewährt. Auch ein Lektor – allerdings lediglich zur Abhaltung *eines* einzigen Gewerkschaftsseminars – wurde entsandt.<sup>2047</sup> Doch dürfte es sich bei all diesem Aufwand lediglich um einen Ersatz für ausbleibende staatliche Unterstützungsleistungen gehandelt haben, welche die sowjetischen Kommunisten schon seit längerem von ihren ostdeutschen Genossen – bislang erfolglos – eingefordert hatten. Auch Teile des umfangreichen Engagements des ostdeutschen Gewerkschaftsbundes in der Republik Kongo lassen sich auf diesen Sachverhalt zurückführen. Lose Kontakte hatten hier bereits Ende der 1950er Jahre, über die internationale Gewerkschaftsschule der in Guinea beheimateten Union Générale des Travailleurs d'Afrique Noire, an der sich gelegentlich auch Funktionäre und Lektoren des ostdeutschen Gewerkschaftsbundes aufhielten, bestanden. Um 1963, mit dem Sturz des westlich orientierten Staatspräsidenten Fulbert Youlou, konnte dann eine direkte Unterstützung des kongolesischen Gewerkschaftsbundes *Confédération Syndicale Congolaise* eingeleitet werden. Fortbildungsmaßnahmen, Studienplätze und Berufsausbildungen, sowie eine geringe materielle Unterstützung<sup>2048</sup> für die Öffentlichkeitsarbeit der Gewerkschaft wurden gewährt.<sup>2049</sup> Hinzu kamen auch hier materielle Hilfen, die dem Kongo explizit als Ersatz für aufgrund der Nichtanerkennung der DDR ausbleibende staatliche Leistungen zugeführt wurden. So lieferte der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund die bereits im Abschnitt zur Entwicklungshilfe erwähnten, von der Republik Kongo bei der DDR als 'Entwicklungshilfe' beantragten, Drillichanzüge und Werkzeuge für die zu errichtenden Grenzdörfer.<sup>2050</sup> In den folgenden Jahren

---

<sup>2046</sup> Botschaft in der Republik Tschad an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 29. Oktober 1973, PA AA, MfAA, C 6270, Fiche 1, S. 1-2.

<sup>2047</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 11459.

<sup>2048</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 3269.

<sup>2049</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 7292.

<sup>2050</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), 8. Juli 1966, PA AA, MfAA, C 938/74, Fiche 1, S. 11.

vertieften sich die gewerkschaftlichen Beziehungen. 1967 waren sie bereits so weit gediehen, dass der ostdeutsche Gewerkschaftsbund mit einer materiellen Unterstützung auch die Durchführung des II. Ordentlichen Gewerkschaftskongresses der Confédération Syndicale sicherstellte.<sup>2051</sup> Selbst dessen Satzung wurde nicht etwa in Brazzaville, sondern in der DDR gedruckt.<sup>2052</sup> Der kongolesische Gewerkschaftsbund revanchierte sich mit, an die Regierung von Staatspräsident Alphonse Massamba-Débat gerichteten, außenpolitischen Plädoyers, in denen zu einer baldigen diplomatischen Anerkennung der DDR aufgerufen wurde.<sup>2053</sup> Im Jahr 1970, als die diplomatische Anerkennung der DDR Wirklichkeit geworden war, erfuhren die gewerkschaftlichen Beziehungen dann einen leichten Schub. Zusätzlich zu den Bildungsmaßnahmen in der DDR wurde nun auch der Bau einer Gewerkschaftsschule der Confédération Syndicale – ein Gemeinschaftsprojekt der Gewerkschaften aller Staaten des sozialistischen Lagers<sup>2054</sup> – materiell unterstützt.<sup>2055</sup> Außerdem wurde ein Lektor an die Schule entsandt,<sup>2056</sup> der schon bald auch als Berater und Betreuer einiger Außenstellen der Confédération Syndicale im kongolesischen Hinterland eingesetzt wurde. Im Rahmen all dieser Bildungsmaßnahmen kam es 1974 zu einer Kooperation mit der United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, welche die Arbeit des ostdeutschen Gewerkschaftsbundes fortan kofinanzierte, indem sie die Reisekosten von kongolesischen Kadern in die DDR<sup>2057</sup> und von ostdeutschen Lektoren in die Republik Kongo<sup>2058</sup> übernahm.

In Angola – beziehungsweise dem angolanischen Exil in der Demokratischen Republik Kongo – wurde seit 1960 die östlich orientierte *União Nacional dos Trabalhadores Angolanos* mit Fortbildungsplätzen<sup>2059</sup> und materieller Hilfe unterstützt.<sup>2060</sup> Ein guter Teil der materiellen

<sup>2051</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Confédération Syndicale Congolaise, o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 7292.

<sup>2052</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 7292.

<sup>2053</sup> Botschafter Hasslacher (Botschaft in der Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 10. April 1967, PA AA, AA, B 34, 726.

<sup>2054</sup> Confédération Syndicale Congolaise an Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, 14. März 1970, BArch, SAPMO, DY 34 / 7293.

<sup>2055</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Confédération Syndicale Congolaise, 18. Juli 1969, BArch, SAPMO, DY 34 / 7293.

<sup>2056</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 11428.

<sup>2057</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 11431.

<sup>2058</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 11430.

<sup>2059</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 12. September 1961, PA AA, MfAA, A 15964, Bd, Fiche 1, 16-24.

<sup>2060</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung

Leistungen kam allerdings nicht der Gewerkschaft, sondern der ihr nahe stehenden Befreiungsbewegung *Movimento Popular* zu Gute.<sup>2061</sup> Einen größeren Umfang nahm die Hilfe auch hier erst Ende 1975, mit der Ausrufung der Volksrepublik Angola, an. In den folgenden Jahren wurden die Fortbildungsmaßnahmen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds merklich ausgebaut, wurden Studien- und Ausbildungsplätze in weit größerem Umfang als bislang üblich vergeben.<sup>2062</sup>

Auf einem ähnlichen Niveau und in eine ähnliche Zielrichtung bewegte sich die ostdeutsche Unterstützung für zwei kamerunische Gewerkschaften, die der Union des Populations du Cameroun nahestanden. Auf sie wird im übernächsten Unterabschnitt noch ausführlich einzugehen sein.

Auch in der Demokratischen Republik Kongo fiel das gewerkschaftliche Engagement eher bescheiden aus. Dabei hatte es durchaus vielversprechend begonnen. Auch hier hatten seit Ende der 1950er Jahre, über die guineische Union Générale, Kontakte in die nationale Gewerkschaftsszene, in diesem Fall zur *Confédération Générale Aéfienne du Travail*, bestanden.<sup>2063</sup> Mit dem Eintritt des Landes in die Unabhängigkeit wurde dann bemerkenswerterweise die gemäßigte *Union des Travailleurs Congolais* – nicht die sozialistische *Fédération Générale du Travail du Kongo* und nicht das nationalistische *Syndicat National du Travail* – unterstützt. Sie erhielt eine erhebliche Anzahl an Fort- und Berufsausbildungsplätzen,<sup>2064</sup> eine materielle und möglicherweise auch noch eine finanzielle Hilfe.<sup>2065</sup> Fünfzehn bis zwanzig ihrer Kader sollten eine Fortbildung, vierzig bis fünfzig von ihr – gegen Bezahlung – vermittelte Kongolesen eine Ausbildung zum Facharbeiter in der DDR erhalten.<sup>2066</sup> Bereits im Juli 1960 befanden sich dann aber schon dreißig Kader an der Zentralen Kulturschule des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in Leipzig, wo sie in die sogenannte 'kulturelle Massenarbeit' eingewiesen wurden.<sup>2067</sup> Ende 1960 wurde für einen Teil dieser

---

Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 3268.

<sup>2061</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 7302.

<sup>2062</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 11413.

<sup>2063</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 3269.

<sup>2064</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Kasongo (Fédération Générale du Congo) und Moto (Union Générale des Travailleurs d'Afrique Noire), 22. Oktober 1960, BArch, SAPMO, DY 34 / 2124.

<sup>2065</sup> Muthombo (Union des Travailleurs Congolais) an Deubner (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), 30. März 1962, BArch, SAPMO, DY 34 / 2512.

<sup>2066</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), 24. Februar 1960, BArch, SAPMO, DY 34 / 2512.

<sup>2067</sup> Lazarus an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 24. Juli 1960, PA AA, MfAA, C 799/74, Fiche 1, S. 14-16.

Kongolesen das Fortbildungsprogramm dann möglicherweise sogar noch um Schulungen in subversiven Aktivitäten erweitert. Im September hieß es in einem internen Bericht der Abteilung Internationale Verbindungen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes über ein Gespräch, das man mit einem kongolesischen Gewerkschaftsfunktionär geführt hatte:

*„Er [der kongolesische Gewerkschaftsfunktionär] bittet um eine Aussprache mit den kongolesischen Studenten in Leipzig. Er bittet dabei vertraulich eine Umstellung der Ausbildung zu ermöglichen. Er bittet die Möglichkeit zu überprüfen, diese Studenten als Agitatoren, als Instruktoren für militärische Ausbildung kurzfristig vorzubereiten. Er begründet diese Bitte mit der Notwendigkeit, sich auf bewaffnete Auseinandersetzungen einzustellen, da sie Kenntnis davon erhalten haben, von einem geplanten militärischen Komplott der USA [United States of America] gegen die legitime Regierung der Republik Kongo [die Regierung von Ministerpräsident Patrice Lumumba].“<sup>2068</sup>*

Ob die zuständigen Stellen der DDR auf diesen Wunsch eingingen, geht aus den ostdeutschen Akten leider nicht hervor. Als gesichert kann aber gelten, dass viele der Kongolesen mit dem Fort- und Berufsausbildungsprogramm des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes unzufrieden waren und nach einiger Zeit eigenständig in die Bundesrepublik überwechselten.<sup>2069</sup> Ostdeutschlands 'Kampf' gegen maoistische Tendenzen<sup>2070</sup> und falsche Versprechungen der kongolesischen Gewerkschafter, die Kadern und Auszubildenden nicht selten Studien-, statt Fort- und Ausbildungsplätzen versprochen und erst nach Erhalt eines 'Handgelds' fest zugesagt hatten,<sup>2071</sup> waren für diese Entwicklung ebenso verantwortlich, wie ein kongolesischer Diamantenschmuggelring mit Außenstelle in West-Berlin, der sich stets um neue Komplizen bemühte. So hieß es 1963 in einem internen Bericht des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, über den ehemaligen Schüler der Gewerkschaftshochschule des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bernau, André Tekesala, der sich nach West-Berlin abgesetzt hatte, dass er den sich derzeit in der DDR aufhaltenden Generalsekretär der Gewerkschaft der kongolesischen Ölarbeiter, Herrn N'Koye, aufgesucht und ihm erklärt habe:

---

<sup>2068</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), 16. September 1960, BArch, SAPMO, DY 34 / 2124.

<sup>2069</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), 5. Dezember 1963, BArch, SAPMO, DY 34 / 3262.

<sup>2070</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 2506.

<sup>2071</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 7299.

„Was willst Du eigentlich in der DDR? Komm mit mir nach Westberlin, das ist die richtige Seite, dort haben wir gute Verbindungen, dort kannst auch Du Geld bekommen! Dabei hat er ihm einen dicken Packen mit Dollarnoten gezeigt. [...] Kollege N'Koye war über diesen Zwischenfall sehr erregt und schätzt die Lage folgendermaßen ein: Offensichtlich besteht in Westberlin ein Zirkel von kongolesischen Bürgern, die mit dem ehemaligen Gewerkschaftssekretär [der Union des Travailleurs Congolais] Valentin-Edouard Muthombo in Verbindung stehen, der in verschiedenen Hauptstädten Europas Diamantenschmuggel zu betreiben scheint. ( Siehe Einschätzung durch Kollegen Winkler während des Aufenthaltes in der DDR ) Muthombo hatte auch uns gegenüber durchblicken lassen, dass er über Diamanten verfüge, mit denen er Handel treibe. Kollege N'Koye ist überzeugt, dass zugleich mit diesem illegalen Handel die kongolesische Gruppe in Westberlin in westlichem Auftrag politische Arbeit in der DDR leistet, um damit ihren Handel politisch zu decken.“<sup>2072</sup>

1962, nach dem Ende der Regierungen Lumumba und Gizenga, schwenkte der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund dann auf die kommunistische *Confédération Générale du Travail du Congo*,<sup>2073</sup> 1967 auf die Einheitsgewerkschaft *Union Nationale des Travailleurs du Congo* als Partner um.<sup>2074</sup> Zu größeren Leistungen dürften ihn diese Partner aber kaum bewegt haben. Die Zusammenarbeit mit der Union Nationale scheiterte schon im Vorfeld<sup>2075</sup> und an eine Unterstützung der *Confédération Générale* konnte nach deren Teilnahme an einem letztlich gescheiterten Regierungssturz im Jahr 1969 ebenfalls nicht mehr gedacht werden.<sup>2076</sup> Schließlich war die ostdeutsche Kongo-Politik zu diesem Zeitpunkt schon seit mehr als einem Jahr in gemäßigte Fahrwasser eingetreten. Unter keinen Umständen sollte die in Ost-Berlin schon so lange herbeigesehnte zwischenstaatliche Annäherung durch subversive Aktionen erneut in Frage gestellt werden. Erst sechs Jahre später, 1975, sollte – mit der Einheitsgewerkschaft *Union Nationale des Travailleurs du Zaïre* – wieder Kontakt zu einer kongolesischen Gewerkschaft gesucht werden.<sup>2077</sup>

<sup>2072</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), 5. Dezember 1963, BArch, SAPMO, DY 34 / 3262.

<sup>2073</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 2512.

<sup>2074</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 7299.

<sup>2075</sup> Union Nationale des Travailleurs du Congo an Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, 28. August 1968, BArch, SAPMO, DY 34 / 7299.

<sup>2076</sup> *Confédération Générale du Travail du Congo* an Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, 15. Oktober 1969, BArch, SAPMO, DY 34 / 7299.

<sup>2077</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 11460.



c) Zwischen Antikommunismus und Antilumumbismus – Westdeutsche Gewerkschaftsarbeit für die Demokratische Republik Kongo

In Belgisch-Kongo hatte die indigene Arbeiterschaft kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erstmals die Erlaubnis erhalten, sich gewerkschaftlich zu organisieren.<sup>2078</sup>

Anfang 1946 konstituierte sich das *Syndicat pour Travailleurs Indigènes Congolais Spécialisés*, wenige Monate später die *Association du Personnel Indigène de la Colonie*. Eine geschlossene Sammlung der indigenen kongolesischen Arbeiterschaft wollte die belgische Kolonialverwaltung jedoch unbedingt verhindern. Sie bat deshalb die belgischen Gewerkschaften, sich mehr für die Belange der kongolesischen Arbeiter zu engagieren. Während die christliche *Confédération des Syndicats Chrétiens de Belgique* sich noch dazu aufrufen konnte, mit der *Confédération des Syndicats Chrétiens du Congo* eine eigenständige Gewerkschaftsorganisation im Kongo aufzubauen, beließen es die sozialistische *Fédération Générale du Travail de Belgique* und die liberale *Centrale Générale des Syndicats Libéraux de Belgique* bei der Errichtung von Filialen.<sup>2079</sup>

1959, ein Jahr vor der Entlassung Belgisch-Kongos in die Unabhängigkeit, konstituierte sich dann noch eine weitere indigene Gewerkschaft: das *Syndicat National des Travailleurs Congolais*, das politisch dem *Mouvement National Congolais* – Lumumba nahe stand.

Im Jahr 1960 wurde die kongolesische Gewerkschaftswelt dann auf die unmittelbar bevorstehende Unabhängigkeit Belgisch-Kongos vorbereitet. Die *Confédération des Syndicats Chrétiens du Congo* wurde in die *Union des Travailleurs Congolais*, die Filiale der *Fédération Générale du Travail de Belgique* in die *Fédération Générale du Travail de Kongo* und die Filiale der *Centrale Générale des Syndicats Libéraux de Belgique* in die *Confédération des Syndicats Libres du Congo*, der auch die *Association du Personnel Indigène de la Colonie* und das *Syndicat National des Travailleurs Congolais* beitraten, überführt.<sup>2080</sup> Die kommunistischen Arbeiter mussten sich lange Zeit mit dieser Konstellation zufrieden geben. Erst 1962 gelang es ihnen, eine eigene Gewerkschaft, die *Confédération Générale de Travailleurs Congolaise*, zu gründen. Ein Zusammenschluss zur Einheitsgewerkschaft konnte, aufgrund der Wirren der Kongo-Krise, erst relativ spät in die Wege geleitet werden. 1967 wurden die kongolesischen Gewerkschaften, auf Druck Staatspräsident Joseph-Désiré Mobutus, zur *Union Nationale des Travailleurs du Congo* zusammengefasst, welche 1971 in die *Union Nationale des Travailleurs du Zaïre* umbenannt und der Einheitspartei *Mouvement Populaire de la Révolution* angegliedert wurde.<sup>2081</sup> Innenpolitisch stellten die

<sup>2078</sup> Chico-Kalen Muyemba, Jean-Jérôme: Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Schwarzafrika. Unter besonderer Berücksichtigung von Zaire. Hamburg 1991, S. 78 ff.

<sup>2079</sup> Ndaywel è Nziem, Isidore: Histoire générale du Congo: De l'héritage ancien à la République Démocratique. Paris Brüssel 1998, S. 523.

<sup>2080</sup> Chico-Kalen Muyemba 1991, S. 81.

<sup>2081</sup> Ebd., S. 96 ff.

Gewerkschaften für die Regierung Mobutu fortan keine Gefahr mehr dar.

Westdeutsche Gewerkschaften traten erstmals 1960 in der Demokratischen Republik Kongo in Erscheinung. 1959 hatte das Auswärtige Amt begonnen, Planungen für einen direkten Eingriff in die kongolesische Gewerkschaftswelt in die Wege zu leiten.<sup>2082</sup> Im Frühjahr<sup>2083</sup> und Sommer<sup>2084</sup> 1960 – noch vor der Entlassung Belgisch-Kongos in die Unabhängigkeit – reiste der erste Vertreter einer indigenen kongolesischen Gewerkschaft, der Generalsekretär der noch jungen sozialistischen Fédération Générale und baldige Senator des kongolesischen Parlaments, Cyrille Adoula, in die Bundesrepublik – als Gast des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Dessen Auslandsabteilung stellte zu seiner Betreuung einen Mitarbeiter, Alfred Heider, ab,<sup>2085</sup> der ihn in seinen Planungen zur Abschottung der Fédération Générale vor kommunistischem Gedankengut beriet und unterstützte. Außerdem wurde Adoula ein Berlin-Besuch ermöglicht, auf dem er sich persönlich vom niedrigen Lebensstandard und den bedrückenden politischen Verhältnissen der Arbeiter in der DDR überzeugen konnte. Zufrieden berichtete die westdeutsche Botschaft in Brüssel im Mai 1960 dem Auswärtigen Amt:

*„Nach Rückkehr von seiner Deutschlandreise äusserte sich Herr [Cyrille] Adoula dankbar über den kurzen Aufenthalt in Berlin, der ihm besonders wertvolle praktische Kenntnisse über die im Osten angewandten Methoden vermittelt habe. Er war beim Besuch Ostberlins zufällig Zeuge von Eingriffen der Volkspolizei in die persönliche Freiheit. Bei einer ausgeprägt demokratischen Überzeugung dürfte das Erlebnis ihn besonders für die bevorstehenden Auseinandersetzungen mit kommunistischen Einflüssen im Kongo beeindruckt haben.“*<sup>2086</sup>

Auch eine geringe materielle Hilfe wurde der Fédération Générale gewährt.<sup>2087</sup> Kurz vor der Entlassung Belgisch-Kongos in die Unabhängigkeit, reiste der Leiter der Bundesschule des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herbert Thulatz, in die kongolesische Hauptstadt Léopoldville, um einzelnen Kadern der Gewerkschaft Fortbildungsplätze anzubieten.<sup>2088</sup> Im Auswärtigen Amt war man von den Bemühungen des Gewerkschaftsbundes sehr angetan. Der Leiter der Afrikaabteilung

<sup>2082</sup> Abteilungsleiter Harkort – Abteilung Handelspolitik (Auswärtiges Amt) an Referat Staaten der EWG, Skandinavien, Marokko, Tunesien [Abteilung Handelspolitik] (Auswärtiges Amt) und Referat Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern (Auswärtiges Amt), 30. September 1959, PA AA, AA, B 68, 199.

<sup>2083</sup> Generalsekretär Adoula (Fédération Générale du Travail de Kongo) an Vorsitzender Richter (Deutscher Gewerkschaftsbund), 21. April 1960, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGAJ000570.

<sup>2084</sup> Referatsleiter Steltzer – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Generalkonsul Soehring (Generalkonsulat in der belgischen Kolonie Belgisch-Kongo), 13. Juni 1960, PA AA, AA, B 34, 54.

<sup>2085</sup> Heider – Abteilung Ausland (Deutscher Gewerkschaftsbund) an Wahlkonsulin Monnier (Wahlkonsulat Douala), 26. September 1960, PA AA, AA, B 34, 155.

<sup>2086</sup> Botschaft im Königreich Belgien an Auswärtiges Amt, 24. Mai 1960, PA AA, AA, B 34, 54.

<sup>2087</sup> Botschafter Soehring (Botschaft in der Republik Kongo) an Auswärtiges Amt, 7. Juli 1960, PA AA, AA, B 34, 54.

<sup>2088</sup> Abteilungsleiter Etdorf – Abteilung West II (Auswärtiges Amt) an Generalkonsulat in der belgischen Kolonie Belgisch-Kongo, 27. Juni 1960, PA AA, AA, B 34, 53.

des Auswärtigen Amtes, Hans-Georg Steltzer, sah bereits „eine neue Aera fruchtbarer Zusammenarbeit zwischen Auswärtigem Amt und DGB [Deutschem Gewerkschaftsbund]“ angebrochen.<sup>2089</sup>

Nach der Unabhängigkeit lief das Fortbildungsprogramm rasch an.<sup>2090</sup> Bereits im August trat Adoula aber – unter Hinweis auf ein kaum abschätzbares 'Gefährdungspotential', welches er in der Auslandsarbeit des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der DDR erkennen zu meinen glaubte – wieder an den Deutschen Gewerkschaftsbund heran und bat um einen zügigen Ausbau der westdeutschen Hilfe. Der Generalsekretär wusste um die Mechanik des deutsch-deutschen Gegensatzes und so schrieb er seinem Betreuer Tulatz:

*„Hier sieht man ungeheuer viel Ostdeutsche. Ich musste einen Journalisten abweisen, der mich sprechen wollte, und ihm sagen, daß ich nichts mit ihm zu tun hätte.“*<sup>2091</sup>

Weitere Hilfe wollte der Deutsche Gewerkschaftsbund jedoch nur bei Zustimmung der belgischen Muttergewerkschaft, welche die Fédération Générale seit ihrer Gründung bereits in erheblichem Umfang finanziell bezuschusst hatte, gewähren. Mitte September trafen sich hochrangige Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften und der belgischen Fédération Générale in Brüssel, um über das weitere Vorgehen des westdeutschen Gewerkschaftsbundes zu beraten. Die belgischen Gewerkschaftsfunktionäre bemühten sich, angeleitet von ihrem Generalsekretär, Louis Major, ihre Einflussphäre zu sichern. Doch wussten die westdeutschen Gewerkschaftsfunktionäre den Vertreter des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, Pieter de Jonge, an ihrer Seite. In einem internen Bericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 20. September hieß es über die Besprechung:

*„Eine treffende und mutige Bemerkung machte Kollege [Pieter] DEJONGE zum Schluss der Besprechung: 'So, the Kongo is the monopoly of the Belgians – der Kongo ist also das Monopol der Belgier'. Später meinte er, ich sollte den Kollegen [Willy] Richter bitten alles zu tun, um diese 'Barriere' für eine neue Konzeption der IBFG-Politik [Politik der Fédération Générale du Travail de Belgique] zu brechen.“*<sup>2092</sup>

---

<sup>2089</sup> Referatsleiter Steltzer – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) an Generalkonsul Soehring (Generalkonsulat in der belgischen Kolonie Belgisch-Kongo), 13. Juni 1960, PA AA, AA, B 34, 54.

<sup>2090</sup> Sekretariat Waldemar Reuter – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund) an Sekretariat Waldemar Reuter – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., DGB-Archiv im AdsD, 5/DGDI000028.

<sup>2091</sup> Generalsekretär Adoula (Fédération Générale du Travail de Kongo) an Hochschulleiter Herbert Tulatz (Bundeshochschule des Deutschen Gewerkschaftsbunds in Oberursel), 25. August 1960, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGAJ000570.

<sup>2092</sup> Internationale Abteilung – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund) an Vorsitzender Richter (Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., DGB-Archiv im AdsD, 5/DGAJ000570.

Tatsächlich gelang es dem Deutschen Gewerkschaftsbund am Ende, sich gegenüber den Belgiern zu behaupten. Die Angst vor einer kommunistischen Infiltration der Fédération Générale wog stärker als belgische 'Besitzansprüche'. Man beschloss, eine finanzielle Unterstützung des Deutschen Gewerkschaftsbundes einzuleiten – transferiert über den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, so dass die belgischen Funktionäre zumindest ihr Gesicht vor ihren Mitgliedern wahren konnten.<sup>2093</sup> Darüber hinaus war der westdeutsche Gewerkschaftsbund auch weiterhin beratend für Adoula tätig. Ende 1960 wurde dieser auf der III. Konferenz der Freien Gewerkschaften Afrikas in Tunis unter anderem auch von einem Vertreter des westdeutschen Gewerkschaftsbundes unterstützt. In einem internen Bericht des Gewerkschaftsbundes hieß es über diese Unterstützung:

*„Viel beachtet wurde auch die kurze Begrüßungsansprache des Kollegen [Cyrille] Adoula, der direkt von New York, wohin er den Staatspräsidenten [Joseph] Kasawubu begleitet hatte, nach Tunis gekommen war. Zum Schluss seiner mit Beifall aufgenommenen Ansprache protestierte Kollege Adoula auf das schärfste gegen die Anwesenheit eines Mannes im Kongresssaal, der einer der Hauptschuldigen für die Einschränkung, ja das praktische Verbot der Gewerkschaftsarbeit im Kongo ist. Kollege Adoula zielt damit auf die Anwesenheit des Herrn Serge Michel ( gebürtiger Pole ) hin, der bis zur „Machtübernahme“ durch Oberst [Joseph-Désiré] Mobutu einer der ständig in der internationalen Presse genannten politischen Berater [Ministerpräsident Patrice] Lumumbas war. Zufällig hatte ich vorher jemanden aus einer kleineren Gruppe von Journalisten, die auf dem Vorplatz der Kongresshalle zusammenstanden, sagen hören, „da kommt Serge Michel“. Wenige Minuten später näherte ich mich unauffällig dieser Gruppe und konnte hören wie Serge Michel sagte: Und der sogenannte Gewerkschafter Adoula ist also auch hier!“ Ich unterrichtete Kollegen Adoula von dieser Äusserung Serge Michel's, den er noch nicht persönlich kannte, was dann zu seinem Protest führte.“<sup>2094</sup>*

Doch nicht nur die sozialistische Fédération Générale, auch die liberale Confédération des Syndicats Libres, sowie das *Syndicat du Secteur Bâtiment, Bois et Construction* wurden in das Fortbildungsprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit einbezogen. Um die sich häufenden Ausgaben in Grenzen zu halten, schalteten sich schon bald staatliche Stellen der Bundesrepublik in die Finanzierung des Kongo-Programms ein. So stellte 1962 der Interministerielle Referentenausschuss 0,2 Mio. DM für ein vom Bezirksverband Konstanz des Deutschen Gewerkschaftsbundes eingeleitetes Ausbildungsprogramm für junge Kongolesen zur Verfügung.<sup>2095</sup> Die Friedrich Ebert-Stiftung wurde ebenfalls in die Finanzierung der Maßnahmen

<sup>2093</sup> Internationale Abteilung – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund) an Vorsitzender Richter (Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., DGB-Archiv im AdsD, 5/DGAJ000570.

<sup>2094</sup> Deutscher Gewerkschaftsbund an Deutscher Gewerkschaftsbund, o.T. o.M. o.J., DGB-Archiv im AdsD, 24/2135.

<sup>2095</sup> Interministerieller Referentenausschuss an Auswärtiges Amt, 31. Januar 1962, PA AA, AA, B 68, 25.

eingebunden.<sup>2096</sup> Und zur Koordinierung der Gewerkschaftsarbeit wurde vom Gewerkschaftsbund ein Sozialattaché an der westdeutschen Botschaft in Léopoldville akkreditiert, der dann innerhalb der kongolesischen Gewerkschaften auch für die Interessen des Westens und der Bundesrepublik warb und nach einer Möglichkeit suchte, die mittlerweile gegründete kommunistische Gewerkschaft Confédération Générale zu infiltrieren. Erster Sozialattaché wurde ein Herr Moser.<sup>2097</sup> Schon nach kurzer Zeit wurde der allerdings von Heider, der sich mittlerweile zum Kongo-Experten des Deutschen Gewerkschaftsbundes aufgeschwungen hatte, abgelöst.<sup>2098</sup> Der Generalsekretär der Confédération Générale, Jean Henry Malhonga, wurde nicht müde, gegenüber den Vertretern des ostdeutschen Gewerkschaftsbunds die Gefährlichkeit Heiders für das östliche Lager zu betonen:

*„Der erste Sekretär der westdeutschen Botschaft [sic!], [Sozialattaché Alfred] Heider, ist, wie der Arbeitsminister Kongos gesagt habe, 'der gefährlichste Diplomat'. Er war Mitglied der Nazipartei und wurde wegen subversiver Tätigkeit aus Indien ausgewiesen. Heider sagte, 'mit Leuten aus dem Osten kann man nur in der Sprache der Gewalt reden'. Heider soll mit [dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Willy] Richter[,] zusammenarbeiten und habe Malhonga aufgefordert, nach Westdeutschland zu kommen. Eine Kopie des Briefes vom DGB [Deutschen Gewerkschaftsbund] will Malhonga uns noch zusenden.“<sup>2099</sup>*

Die westdeutsche Gewerkschaftsarbeit wurde nun zunehmend von der Kongo-Krise bestimmt – zumindest, wenn man den ostdeutschen Akten Glauben schenkt. Laut diesen war spätestens seit 1961 ein Berater des Deutschen Gewerkschaftsbundes im von den Rebellen besetzten Stanleyville, drei weitere Gewerkschaftsfunktionäre im von Aufständen bedrohten Léopoldville aktiv.<sup>2100</sup> Hauptziel des westdeutschen Gewerkschaftsbundes sei es, die kommunistische Confédération Générale aus dem Weltgewerkschaftsbund zu lösen und von sämtlicher Unterstützung durch die Gewerkschaften des sozialistischen Lagers abzuschneiden.<sup>2101</sup> Hierzu, und um die übrigen kongolesischen Gewerkschaften fester an den Westen zu binden, habe der Gewerkschaftsbund mit

<sup>2096</sup> Huber (Botschaft in der Bundesrepublik Kongo) an Auswärtiges Amt, 22. August 1964, PA AA, AA, B 68, 290 a. ; Internationale Abteilung – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund) an Internationale Abteilung – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., DGB-Archiv im AdsD, 5/DGAJ000527.

<sup>2097</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 4175.

<sup>2098</sup> Internationale Abteilung – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund) an Internationale Abteilung – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., DGB-Archiv im AdsD, 5/ DGAJ000336.

<sup>2099</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 4175.

<sup>2100</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 3377.

<sup>2101</sup> Verwaltungssekretär Bwanga (Confédération Générale Kamourounaise du Travail) an Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, 22. Februar 1965, BArch, DY 34 / 4175.

stipendierten Praktikaplätzen 'nur so um sich geworfen'. Bis Ende 1961 seien über einhundert Kongolesen in die Bundesrepublik gelockt worden, wo der Gewerkschaftsbund sie dann einer intensiven antikommunistischen Schulung unterzogen habe.<sup>2102</sup> Ob die in den ostdeutschen Quellen gemachten Aussagen zutreffen, ist mehr als fraglich. Schon die Zahl der stipendierten Praktikplätze scheint etwas hoch gegriffen. Auch stammten die Informationen praktisch ausschließlich von lumumbistischen und kommunistischen Kongolesen, die – wie Adoula – um die Bedeutung des deutsch-deutschen Gegensatzes wussten und hofften, ihn zur Verfolgung eigener Interessen weidlich ausschachten zu können. Möglich ist allerdings, dass sich tatsächlich vier Bürger Westdeutschlands in Léopoldville und Stanleyville aufhielten, die von sich 'behaupteten', Gewerkschaftsberater zu sein. Hatten doch – wie schon im Abschnitt zu den verdeckten Aktivitäten berichtet – Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes, zusammen mit Sozialattaché Heider, 1961 Generalsekretär und Senator Adoula die für seine 'Wahl' zum kongolesischen Ministerpräsidenten notwendigen Bestechungsgelder überreicht und für diese Aufgabe die Tarnidentität von Gewerkschaftsfunktionären gewählt.<sup>2103</sup> Als tatsächlich gesichert kann jedoch nur eines gelten. 1964, nachdem Adoula von Staatspräsident Joseph Kasavubu aus dem Amt des Ministerpräsidenten entlassen worden war,<sup>2104</sup> wurden die westdeutschen Leistungen für die kongolesischen Gewerkschaften merklich zurückgefahren.<sup>2105</sup>

Erst zwei Jahre später, 1966, trat der Deutsche Gewerkschaftsbund wieder in der Demokratischen Republik Kongo in Erscheinung. Und nicht nur er, auch die christlichen Gewerkschaften der Bundesrepublik wurden nun aktiv. 1965 hatte Joseph-Désiré Mobutu, mittlerweile zum Generalleutnant befördert, ein zweites mal geputscht. Diesmal war Staatspräsident Kasavubu sein Ziel gewesen, der Ministerpräsident Moïse Tshombé aus seinem Amt entlassen hatte, da dieser ihm zu mächtig geworden war. Aus den Parlamentswahlen von 1965 war eine von Tshombé gegründete nationalistische Partei, die *Convention Nationale Congolaise* als stärkste Kraft hervorgegangen. Für die anstehenden Wahlen zum Staatspräsidenten rechnete Kasavubu mit einem ähnlichen Ergebnis. Nun übernahm Mobutu die Macht. Innerhalb weniger Monate gelang es ihm, einen befreundeten Militär zum Ministerpräsidenten zu ernennen. Für sich hatte er das Amt des Staatspräsidenten reserviert. Die Lumumbisten und deren Anhänger, allen voran Christoph Gbenye, sahen Mobutu fortan als den eigentlichen Gegenspieler des Lumumbismus. Schon bald hatten Kreise um Gbenye

---

<sup>2102</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., BArch, DY 34 / 3377.

<sup>2103</sup> Gülstorff 2007 [unveröffentlicht], S. 41.

<sup>2104</sup> Mitarbeiter Voß – Arbeitsgruppe Ostblock (Deutscher Gewerkschaftsbund) an Internationale Abteilung – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund), 20. August 1964, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGAJ000183.

<sup>2105</sup> Internationale Abteilung – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund) an Internationale Abteilung – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. 1964, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGAJ000527.

erste Pläne zum Sturz des neuen Staatspräsidenten ausgearbeitet. Den kongolesischen Gewerkschaften wurde in diesen Plänen eine entscheidende Rolle zugewiesen. In einem Bericht des ostdeutschen Ministeriums für Staatssicherheit über die kongolesische Befreiungsbewegung vom Mai 1966 – der auf westdeutschen und afrikanischen Quellen basiert – hieß es hierzu:

*„Aus Kreisen der Gbenye-Gruppierung [Gruppierung um den ehemaligen Präsidenten der Volksrepublik Kongo, Christoph Gbenye] wurde intern bekannt, daß diese zur Zeit mit der Ausarbeitung einer neuen Strategie für den Befreiungskampf im Kongo-Leopoldville beschäftigt sei. Nach den Plänen der Anhänger Gbenyes sei die Wiederaufnahme bewaffneter Auseinandersetzungen gegen das Mobutu-Regime nicht vorgesehen. Es bestehe aber die Absicht, dieses Regime zusammen mit progressiven Offizierskreisen und mit Unterstützung der Gewerkschaften noch im ersten Halbjahr 1966 zu stürzen. Mit Hilfe eines solchen Putsches hoffe Gbenye im Kongo an die Macht zu gelangen.“*<sup>2106</sup>

Doch hatte Mobutu die Gefahr schon bald erkannt und kam Gbenye zuvor. Um die Gewerkschaften unter Kontrolle zu bekommen, leitete seine Regierung den Zusammenschluss aller kongolesischen Gewerkschaften in einer Einheitsgewerkschaft, der *Union National des Travailleurs du Congo*, ein, deren Führung er in die Hände ihm loyal ergebener Kader gelegt sehen wollte. Hier kamen nun die westdeutschen Gewerkschaften ins Spiel.

Um den Zusammenschluss möglichst geräuschlos über die Bühne zu bringen und die lumumbistischen Funktionäre endgültig aus den kongolesischen Gewerkschaftsführungen zu verdrängen, entsandten die Friedrich Ebert-Stiftung und die Konrad Adenauer-Stiftung 1966 je einen Gewerkschaftsberater nach Léopoldville.<sup>2107</sup> Der Berater der Konrad Adenauer-Stiftung konzentrierte sich, wohl in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Bund christlicher Gewerkschaften,<sup>2108</sup> auf die christlich orientierte Union des Travailleurs,<sup>2109</sup> der Berater der Friedrich Ebert-Stiftung, wie zuvor der Deutsche Gewerkschaftsbund, auf die sozialistisch orientierte Fédération Générale.<sup>2110</sup> Der Berater der Konrad Adenauer-Stiftung, Johann Iken, zeigte sich, zumindest wenn man der Aussage des Experten der Friedrich Ebert-Stiftung, Otto Bolsch,

<sup>2106</sup> Mitarbeiter Oskar (Ministerium für Staatssicherheit) an Kandidat des Politbüros Axen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Minister Winzer (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Stellvertretender Minister Kieseewetter (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Arbeitsgruppe [ohne nähere Bezeichnung] (Ministerium für Staatssicherheit) und Abteilung Tschechoslowakei (Ministerium für Staatssicherheit) und Ablage (Ministerium für Staatssicherheit), 25. Mai 1966, BStU, MfS, HV A, Nr. 217, S. 5-15, hier S. 13-14.

<sup>2107</sup> Berater Bolsch (Friedrich Ebert-Stiftung) an Internationale Abteilung – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund), 9. Februar 1967, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGAJ000591.

<sup>2108</sup> Berater Bolsch (Friedrich Ebert-Stiftung) an Geschäftsführer Grunwald (Friedrich Ebert-Stiftung), 10. Mai 1967, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGAJ000591.

<sup>2109</sup> Internationale Abteilung – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund) an Internationale Abteilung – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., DGB-Archiv im AdsD, 5/DGAJ000591.

<sup>2110</sup> Internationale Abteilung – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund) an Internationale Abteilung – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., DGB-Archiv im AdsD, 5/DGAJ000591.

Glauben schenkt, dabei nur äußerst begrenzt an einer regulären gewerkschaftlichen Beratung der Union des Travailleurs interessiert. Statt sich für einen Ausbau der Mitbestimmung der Arbeiter in den kongolesischen Betrieben einzusetzen, verteilte Iken, so Bolsch, lediglich 'größere Geldsummen' an Gewerkschaftskader. Bolsch sah in Iken's Vorgehen den skandalösen Versuch, die westdeutsche Gewerkschaftsarbeit im Kongo zu untergraben. Vielleicht hatte er aber auch einfach nur ihren Auftrag nicht ganz verstanden. Spätestens als 1967 der Vereinigungskongress tagte, dürfte dann aber auch Bolsch der Zweck ihres Aufenthalts klar geworden sein.

Staatspräsident Mobutu präferierte einen Wahlsieg des Kandidaten der Union des Travailleurs. Die Mehrheit der Delegierten unterstützte aber den Kandidaten der sozialistischen Fédération Générale. Um einen Meinungsumschwung herbeizuführen, sandte Mobutu am Tag der Entscheidung jugendliche Schläger in den Kongress, die eine Unterbrechung der Sitzung erzwangen. Die Pause wurde von den Vertretern der Union des Travailleurs geschickt genutzt, um Handgelder – die sie wahrscheinlich kurz zuvor von Iken in Empfang genommen hatten – unter den Delegierten zu verteilen. Als die Sitzung wieder aufgenommen wurde, stand der neue Generalsekretär rasch fest. Der Kandidat der Union des Travailleurs hatte den Sieg davongetragen. Fassungslos berichtete Bolsch dem Geschäftsführer der Friedrich Ebert-Stiftung, Günter Grunwald:

*„Ich sah dann [nach Ausrufung einer Unterbrechung der Sitzung] wie viele Kollegen überhaupt das Gebäude verliessen. Auf mein Fragen wurde mir erklärt, dass sich die UTC [Union des Travailleurs Congolais] Mitglieder in dem nur 200 Meter entfernten Büro treffen wollten. Ich setzte mich in den Wagen und fuhr auch nach dort. Ich konnte nicht hineingehen. Aber ich sah sogar einige Delegierte der FGTK [Fédération Générale des Travailleurs du Kongo] und CSLC [Confédération des Syndicats Libres du Congo] in dieses Büro gehen. Dann erfuhr ich auch, was da los war. Jeder, gleich welcher Gewerkschaft er angehörte, bekam dort ein Handgeld. Man spricht von 10.000 FC, das ungefähr 300,- DM waren. Diese Feststellung ist mir von drei verschiedenen Kollegen unabhängig voneinander bestätigt worden. [...] [Nach der Wahl des Generalsekretärs kommt es auf der Versammlung zu lautstarken Unmutsäußerungen über ausländische Mächte, welche die Abstimmung manipuliert hätten] Ich habe nach der Versammlung [dem Vereinigungskongress] mit dem [Generalsekretär der Confédération des Syndicats Libres du Congo,] Kollegen [Alphonse-Roger] Kithima[,] gesprochen, dass die Stiftung und ich selbst nicht das geringste Interesse daran haben könnten, irgendwelche politische Einflussnahme auszuüben. Unsere Aufgabe sei lediglich, den Kollegen hier zu helfen ohne irgendwelche Bedingungen. Kithima erklärte mir dann: „Ich kenne die Stiftung sehr gut und weiss, dass dieses bei der Stiftung nicht der Fall ist. Ich habe auch nicht die Stiftung[,] noch Dich gemeint. Ich habe aber andere Personen gemeint, die hier mit Geld versuchen wollen uns zu beeinflussen. Von Dir und der Stiftung kann keine Rede sein.“ Als ich dann weiter fragte, wen er denn gemeint habe, gab er mir nur zur Antwort, dass ich doch diese Leute selber kennen würde. [...] Dass diese Hilfe stattgefunden hat, teilweise unter erheblichen Geldmitteln wie die Konrad Adenauer Stiftung dieses getan hat, ist nicht zu bestreiten. Wenn*



*sich dann diese Organisationen öffentlich verleugnen lassen müssen, so meine ich, wäre die Zeit, dass man sich fragen sollte, ob es überhaupt vertretbar ist, dass diesen Organisationen weiterhin mit soviel Geld zur Seite getreten wird. Ich kann dieses nicht beurteilen, aber ich bitte Euch [in der Friedrich Ebert-Stiftung], hierüber einmal grundsätzlich zu diskutieren und auch mit der Adenauer Stiftung hierüber zu sprechen.“<sup>2111</sup>*

Nach dem 'Wahl'sieg des Kandidaten der Union des Travailleurs und der Gründung der Einheitsgewerkschaft zog die Friedrich Ebert-Stiftung ihren Berater rasch aus dem Kongo ab.<sup>2112</sup> Die Konrad Adenauer-Stiftung konnte dagegen, nach dem Sieg ihres Favoriten, einen Lektor entsenden,<sup>2113</sup> der fortan am Gewerkschaftsinstitut der Union National Unterricht in Gewerkschaftsarbeit gab.<sup>2114</sup> Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Friedrich Ebert-Stiftung sollten dagegen erst einige Jahre später wieder im Kongo in Erscheinung treten.<sup>2115</sup> Die Wahl von 1967 hatten ihnen zu eindringlich vor Augen geführt, dass Antilumumbismus, nicht die Interessenvertretung der kongolesischen Arbeiterschaft, in der kongolesischen Gewerkschaftsarbeit der kommenden Jahre den Ton angeben sollte.

#### *d) Solidarisch mit Genossen und Kampfgefährten – Ostdeutsche Gewerkschaftsarbeit für die Republik Kamerun*

1944 wurde im von Frankreich verwalteten Mandatsgebiet der Vereinten Nationen, in Französisch-Kamerun, der erste Gewerkschaftsbund für die indigene Arbeiterschaft, die *Union des Syndicats Confédérés du Cameroun*, gegründet. Wie in der Demokratischen Republik Kongo war die Verwaltungsmacht auch hier bestrebt, eine geschlossene Sammlung der indigenen Arbeiter zu verhindern. Filialen und Neugründungen der christlichen, sozialistischen und liberalen Gewerkschaften des Mutterlandes entstanden auch hier.

Das Programm der *Union des Syndicats* trug von Anfang an auch politische Züge. Seine Führungskader sprachen sich für die Selbstbestimmung Kameruns und den Abzug der französischen Verwaltungsmacht aus. Da die Entlassung Kameruns in die Unabhängigkeit nur unter den französischen Kommunisten eine gewisse Popularität genoss, nahm der Gewerkschaftsbund schon

<sup>2111</sup> Berater Bolsch (Friedrich Ebert-Stiftung) an Geschäftsführer Grunwald (Friedrich Ebert-Stiftung), 29. Juni 1967, DGB-Archiv im AdsD, 5/DGAJ000591.

<sup>2112</sup> Botschafter Müllenheim-Rechberg (Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo) an Internationale Abteilung – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., DGB-Archiv im AdsD, 5/DGAJ000591.

<sup>2113</sup> Botschaft in der Demokratischen Republik Kongo an Referatsleiter Haas – Referat Wirtschaftsbeziehungen zu Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt), o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 68, 777.

<sup>2114</sup> Leiter Oncken – Planungsstab (Auswärtiges Amt) an Parlamentarischer Staatssekretär Moersch (Auswärtiges Amt), 3. März 1971, PA AA, AA, B 52, 358.

<sup>2115</sup> Internationale Abteilung – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund) an Internationale Abteilung – Bundesvorstand (Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., DGB-Archiv im AdsD, 5/DGAJ000591.

bald Kontakt zum kommunistischen Gewerkschaftsbund Frankreichs, der *Confédération Générale du Travail*, auf, die ihre Kader dann wiederum mit kommunistischen Kreisen in Frankreich und – was wahrscheinlich weit bedeutsamer war – in Belgien in Berührung brachte. Dem ersten Generalsekretär des kamerunischen Gewerkschaftsbundes, Ruben Um Nyobé, kam diese politische Entwicklung sehr gelegen.<sup>2116</sup> 1948 war er zum Generalsekretär der sich gerade konstituierten ersten nationalistischen Partei der beiden Kameruns, der Union des Populations du Cameroun, gewählt worden. Partei und Gewerkschaftsbund unterhielten fortan verständlicherweise engste Beziehungen. In den folgenden Jahren nahm die politische Arbeit für die Union des Populations Nyobé mehr und mehr in Anspruch, so dass er das Amt des Generalsekretärs der Union des Syndicats schließlich an Jacques N'Gom weiterreichte. Der setzte die nationalistische Politik Nyobés fort und nahm Beziehungen zum östlichen Weltgewerkschaftsbund auf. Als Reaktion darauf trat eine Reihe antikommunistisch eingestellter Kader aus und gründete den Gewerkschaftsbund *Union des Syndicats Autonomes du Cameroun*. Der Weggang dieser eher konservativ eingestellten Kräfte hatte im ursprünglichen Gewerkschaftsbund verständlicherweise einen Machtzuwachs des progressiven Flügels, gleichzeitig aber auch dessen An- und schließlich Überspannung zur Folge. Deren radikal-progressiven Kräften war N'Goms Gewerkschaftspolitik immer noch zu gemäßigt. Sie standen hinter der Union des Populations, die 1955 zum offenen Widerstand gegen die französische Verwaltungsmacht aufgerufen und, nachdem die Franzosen mit Repressionen und Gewalt geantwortet hatten, zu den Waffen gegriffen hatte.

Anhänger dieser harten Linie scharten sich um den frankophoben Gewerkschaftsfunktionär Mayo Beck. Um dieser internen Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen, versuchte N'Gom, dem progressiven Flügel entgegenzukommen. So wurde der Gewerkschaftsbund in *Confédération Générale Kamerunaise du Travail* umbenannt – Kamerunaise, statt Camerounaise, um die Abkehr von Frankreich auch im Namen zu bekunden. Doch war die Spaltung schon zu weit fortgeschritten. 1957 bestanden faktisch zwei Gewerkschaften: eine Beck-Confédération Générale und eine N'Gom-Confédération Générale. 1959 unternahm N'Gom einen letzten Versuch, die beiden Lager doch noch zusammenzubringen, nun unter der Bezeichnung *Union Générale Kamerunaise du Travail*. Doch war seinen Bemühungen auch diesmal kein Erfolg beschieden. Aus den Überresten der beiden Lager konstituierte sich um N'Gom die gemäßigte *Union Générale des Travailleurs du Cameroun*<sup>2117</sup> und um Beck die radikale *Confédération Générale Kamerunaise du Travail*. Beiden Organisationen sollte kein langes Leben beschieden sein.

<sup>2116</sup> Konings, Piet: The History of Trade Unionism in Cameroon. In: Phelan, Craig (Hg.): Trade Unionism since 1945. Towards a Global History. Volume 1: Western Europe, Eastern Europe, Africa and the Middle East. Bern 2009, S. 315-341, hier S. 322.

<sup>2117</sup> Coleman, James Smoot: Political parties and national integration in tropical Africa. Berkeley/Los Angeles/London<sup>3</sup> 1970, S. 351 f.

Mit dem Tod der zwei wichtigsten Führungsmitglieder der Union des Populations – Generalsekretär Um Nyobé fiel 1958 im Gefecht mit französischen Truppen in Französisch-Kamerun, sein Nachfolger, Félix-Roland Moumié, wurde 1960 in der Schweiz vom französischen Geheimdienst ermordet – machten sich in der Union des Populations zunehmend Auflösungserscheinungen bemerkbar. Die beiden ihr nahestehenden Gewerkschaften ereilte ein ähnliches Schicksal. Die Confédération Générale versank rasch in Bedeutungslosigkeit. Die Union Generale konnte sich zwar noch halten, musste 1963 aber dem Gewerkschaftsbund *Fédération des Syndicats du Cameroun* beitreten.<sup>2118</sup> Auch Staatspräsident Ahidjo hatte aus dem Sturz seines kongolesischen Pendants, Fulbert Youlou, gelernt und Konsequenzen gezogen. 1972 wurden sämtliche kamerunischen Gewerkschaften dann in die Einheitsgewerkschaft *Union Nationale des Travailleurs du Cameroun* integriert, die der Einheitspartei *Union Nationale Camerounaise* angegliedert wurde.<sup>2119</sup> Die Möglichkeit, Einfluss auf die Geschicke ihrer Arbeiter zu nehmen, hatten die Kader der Union Generale da aber ohnehin schon lange verspielt.

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund begann erst relativ spät, sich in die kamerunische Gewerkschaftsarbeit einzuschalten. Erste, lose Kontakte waren bereits in den 1950er Jahren über die Gewerkschaftsschulen des Weltgewerkschaftsbundes in Guinea und Osteuropa, an denen ostdeutsche Lektoren unterrichteten und kamerunische Funktionäre unterrichtet wurden, hergestellt worden.<sup>2120</sup> Doch erst Ende 1959, rund vier Jahre nach Beginn des 'Befreiungskampfes', wurde der ostdeutsche Gewerkschaftsbund auch direkt in Kamerun aktiv.

Die gemäßigte Union Générale erhielt Fort- und Berufsausbildungsplätze. Außerdem wurde eine geringe materielle Hilfe eingeleitet. Eine Büste von Karl Marx, Fähnchen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds, Briefbögen und weitere Arbeitsmaterialien wurden geliefert – erreichten jedoch nie ihr Ziel. Die Zollstelle des Hafens von Douala hatte den unschwer zu übersehenen ideologischen Charakter der Lieferung sogleich erkannt und sämtliche Propagandamaterialien beschlagnahmt.<sup>2121</sup> Glücklicherweise galt dies nicht für die – tatsächlich relevante – Lieferung technischer Geräte für die gewerkschaftliche Öffentlichkeitsarbeit. Schreibmaschinen und Vervielfältigungsapparate konnten problemlos in Douala angelandet und Vertretern der Union Générale übergeben werden.<sup>2122</sup>

Die radikale Confédération Générale erhielt zunächst zwar nur Fort- und Berufsausbildungsplätze,

---

<sup>2118</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun an Auswärtiges Amt, 16. August 1963, PAAA, AA, B 34, 417.

<sup>2119</sup> Dike DeLancey, Mike, Rebecca Neh Mbuh, Mark W. DeLancey: *Historical Dictionary of the Republic of Cameroon*. Lanham Maryland<sup>4</sup> 2010, S. 368.

<sup>2120</sup> Chico-Kalen Muyemba 1991, S. 49.

<sup>2121</sup> Union Générale des Travailleurs du Cameroun an Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, 16. Juli 1960, BArch, SAPMO, DY 34 / 2126.

<sup>2122</sup> Ebd.

doch fielen diese dafür deutlich umfangreicher aus, als im Fall der Union Générale. Während Letzterer Mitte 1960 zehn Fortbildungsplätze zugesagt wurden,<sup>2123</sup> hielten sich von der Confédération Générale bereits Ende 1960 elf Kader in Leipzig, sechs in Halle, zwölf in Weimar und sechs in Karl-Marx-Stadt auf.<sup>2124</sup>

Gleichzeitig setzte ein intensiver Informationsaustausch ein, von dem die Öffentlichkeitsarbeit des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und der beiden kamerunischen Gewerkschaften gleichermaßen profitierte. Das Organ des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Zeitung Tribüne, wurde Autoren der Confédération Générale geöffnet, die nun der ostdeutschen Arbeiterschaft von ihrem Kampf gegen die frankophile Regierung von Staatspräsident Ahmadou Ahidjo, die Kamerun dem französischen Neokolonialismus 'geopfert' habe, berichten konnten.<sup>2125</sup> Auch über Westdeutschland und dessen Versuche, die DDR in Kamerun zu desavouieren, wurde der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund von den beiden kamerunischen Gewerkschaften fortan auf dem Laufenden gehalten. So wusste die Union Générale dem ostdeutschen Gewerkschaftsbund 1960 über die westdeutsche Öffentlichkeitsarbeit in Kamerun zu berichten:

*„Wir teilen Euch gleichzeitig mit, daß, während die kamerunische Regierung das aus der DDR kommende Gewerkschaftsmaterial beschlagnahmte, die in Yaoundé bestehende westdeutsche Botschaft zu einer wahren Propagandaagentur geworden ist, von wo man in Massen folgende Dokumente verteilt: „Gesetzlosigkeit, die zu System geworden ist“ (Zusammenstellung von Dokumenten über die „systematische Verletzung des Rechts auf dem Gebiete der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, 1954-1958)“, „Die katholische Kirche in Berlin und in der Sowjetzone Deutschlands“, „Tatsachen über Deutschland“, „Berlin: seine Bestimmung und Berufung – erweiterte Ausgabe 1960“ [...].“<sup>2126</sup>*

Gleichzeitig brachte sich der ostdeutsche Gewerkschaftsbund auch in die Öffentlichkeitsarbeit der beiden kamerunischen Gewerkschaften ein. So hieß es in einem internen Bericht des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes:

*„Sie [die kamerunischen Gewerkschaften] benötigen ferner Beweise darüber, dass faschistische Verbrecher, die an der Ausrottung von Menschen beteiligt waren, heute in der westdeutschen Industrie Schlüsselstellungen einnehmen und welche von diesen jetzt durch Investitionen an der Ausbeutung von*

<sup>2123</sup> Ebd.

<sup>2124</sup> Mitglied Karsten – Kreisverband Eilenburg (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesleitung (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), 21. Dezember 1960, BArch, SAPMO, DY 34 / 2126.

<sup>2125</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 2126.

<sup>2126</sup> Union Générale des Travailleurs du Cameroun an Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, 16. Juli 1960, BArch, SAPMO, DY 34 / 2126.

*Afrikanern beteiligt sind ( z.B. der als Kriegsverbrecher verurteilte Giftgasfabrikant der IG-Farben Fritz-Ter-Meer. Investitionen in Südafrika und Ausbeutung der Grubenarbeiter ( siehe ADN-Meldung [Meldung des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes]).*<sup>2127</sup>

Ende 1960 wurde die Unterstützung der radikalen Confédération Générale dann merklich ausgebaut.<sup>2128</sup> Im Dezember war eine Delegation des kamerunischen Gewerkschaftsbunds, unter Führung eines Mitglieds ihres Bundesvorstands, der gleichzeitig Mitglied des Führungsstabs der Union des Populations war, Robert Ekwalla, in die DDR gereist, um für eine Ausweitung der Unterstützungsleistungen für seine Gewerkschaft und den Befreiungskampf der Union des Populations zu werben. Auch die Möglichkeit einer militärischen Unterstützung wurde von Ekwalla zur Sprache gebracht. Lautstark machte er darauf aufmerksam, dass in seinen Augen die Hilfe des sozialistischen Lagers für den Kampf der Union des Populations bislang verschwindend gering ausgefallen sei. Ein Mitglied des Gewerkschaftsbundes aus dem Kreisverband Eilenburg, der die Delegation betreute, Herr Karsten, versuchte, sich die Enttäuschung der Kameruner mit ihrer vorangegangenen Reise in die Volksrepublik China zu erklären:

*„Diese unklaren Fragen kamen daher, daß die Kollegen 3 Monate in China waren und dort erlebt hatten, daß dort alles an den Waffen ausgebildet wird und wenns im Kindergarten ist.“*<sup>2129</sup>

Zwei Schreibmaschinen, Bücher und eine Landkarte der Sowjetunion wurden der Delegation überreicht, um die aufgeheizte Stimmung wieder zu beruhigen. Am Ende der Verhandlungen erklärte sich der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund zwar nicht zur Lieferung von Waffen, wohl aber zur Erweiterung seiner Unterstützungsleistungen für die Confédération Générale bereit.<sup>2130</sup> Neben Fort- und Berufsausbildungsplätzen wurden nun auch Studienplätze gewährt. Fünf Gewerkschaftskader sollten an der Gewerkschaftshochschule Fritz Heckert, sechs an einer Hochschule und fünfzehn Kameruner an einem Facharbeiterausbildungsbetrieb der DDR aufgenommen werden.<sup>2131</sup> Darüber hinaus wurde eine materielle Hilfe – für den Gewerkschaftsbund

<sup>2127</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 8265.

<sup>2128</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), o.T. o.M. 1961, BArch, SAPMO, DY 30, IV 2 / 20/417, S. 297-299.

<sup>2129</sup> Mitglied Karsten – Kreisverband Eilenburg (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesleitung (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), 21. Dezember 1960, BArch, SAPMO, DY 34 / 2126.

<sup>2130</sup> Ebd.

<sup>2131</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 2126.

und die Union des Populations – eingeleitet.<sup>2132</sup> Mitte 1961 traf die erste Lieferung ein. Sie umfasste fünfzig Fahrräder,<sup>2133</sup> sowie technische Geräte für die Öffentlichkeitsarbeit des Gewerkschaftsbunds<sup>2134</sup> – und Ausrüstungsgüter für die kämpfenden Verbände der Union des Populations. Die Ausrüstung bestand aus zweihundert Decken und neununddreißig Kisten mit Medikamenten im Wert von umgerechnet rund 6.000 DM, sowie fünfhundert Paar Schuhe und Kleidung für Männer und Frauen im Wert von umgerechnet rund 4.000 DM.<sup>2135</sup> Die Lieferung all dieser Waren erfolgte über Guinea. So konnten die dort residierenden Vertreter der Union des Populations diejenigen Teile der Lieferung, die nicht benötigt wurden, auf den Märkten Conakrys an den Meistbietenden weiterverkaufen. Mit den hierbei erzielten Erträgen konnten sie dann weitere, für den Befreiungskampf relevante Güter beziehen – zum Beispiel auf den regionalen Waffenmärkten –, ohne dass die DDR oder der ostdeutsche Gewerkschaftsbund direkt in Erscheinung treten mussten. Ein guter Teil der Erlöse wanderte allerdings lediglich in die Taschen der gewerkschaftlichen Führungskader. So informierte Ende 1961 ein Mitarbeiter der IV. Außereuropäischen Abteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Herr Wohler, den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund über den Missbrauch der ostdeutschen Unterstützungsleistungen durch einzelne Führungskader der Confédération Générale. In einem internen Bericht des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes hieß es hierzu:

*„Kollege Wohler führte weiter aus, dass die C.G.K.T. [Confédération Générale Kamerunaise du Travail] die Solidaritätsgeschenke, besonders des FDGB [Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes], meistbietend in Conakry versteigert hätte und sich dafür einen amerikanischen Wagen gekauft hat ( [Robert] Ekwalla u.[nd] Essomba ).“<sup>2136</sup>*

Ende 1961 erreichte die Union des Populations über die Confédération Générale dann eine zweite Lieferung. Doch trug diese vor allem symbolischen Charakter. Eine größere Anzahl roter Krawatten und Fahnen mit dem Symbol der schwarzen Krabbe, dem Widerstandselement der Union des Populations, wurden übergeben.<sup>2137</sup>

<sup>2132</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 30, IV A 2/20/980.

<sup>2133</sup> Confédération Générale Kamerounaise du Travail an Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, 1. August 1961, BArch, SAPMO, DY 34 / 2126.

<sup>2134</sup> Ebd.

<sup>2135</sup> Ebd. Die Werte werden in der Quelle mit 30.000 DM (Ost) und 20.000 DM (Ost) angegeben. Der Wechselkurs lag 1961 bei ca. 1 DM (West) : 0,2 DM (Ost). Umgerechnet handelte es sich also um Werte von 6.000 DM (West) und 4.000 DM (West).

<sup>2136</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesleitung (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesleitung (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), 5. Dezember 1961, BArch, SAPMO, DY 34 / 2126.

<sup>2137</sup> Confédération Générale Kamerounaise du Travail an Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, 1. August 1961,

Mitte 1962 folgte eine dritte Lieferung. Ein Teil wurde diesmal direkt nach Kamerun, an die im sogenannten 'Maquis' operierenden Guerillakämpfer der Union des Populations, geliefert. Der Rest wurde – wie beim letzten Mal – in Guinea entladen und verkauft. Hierbei kamen umgerechnet rund 32.000 DM zusammen, von denen umgerechnet rund 16.000 DM den Kämpfern der Union des Populations und umgerechnet rund 4800 DM der Confédération Générale zugeführt wurden.<sup>2138</sup> Der Rest dürfte wieder – wie schon beim ersten Mal – zwischen den Führungskadern zum Privatgebrauch aufgeteilt worden sein.

Mit der Übergabe dieser dritten Lieferung hatte der Wille des Gewerkschaftsbundes zur Solidarität mit seinen kamerunischen Genossen dann aber auch sein Ende erreicht. Schon Monate zuvor hatte der kamerunische Gewerkschaftsbund erste Auflösungserscheinungen gezeigt. Teile seiner Führung waren von der Regierung Ahidjo, aufgrund ihrer engen Kooperation mit der Union des Populations, in Konzentrationslagern interniert worden. Ein offener Ausbruch von Streitigkeiten zwischen den verbliebenen Gewerkschaftskadern, die sich nicht über das weitere Vorgehen einigen konnten, war die Folge.<sup>2139</sup> Es gelang ihnen nicht einmal mehr, die fünfzehn 1960 vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund zugesagten Ausbildungsplätze für Facharbeiter zu besetzen, da ihre Vertreter und die der Union des Populations in Ghana und Guinea sich nicht auf die selben Kandidaten einigen konnten.<sup>2140</sup> Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten bemühte sich, das gewerkschaftliche Engagement noch einmal auf die gemäßigte Union Générale zu konzentrieren.<sup>2141</sup> Doch ging der Plan nicht auf. Auch im Fall der Union Générale verharrte der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund fortan in Wartestellung.<sup>2142</sup> 1966 unternahm die Confédération Générale noch einmal einen letzten Versuch, den ostdeutschen Gewerkschaftsbund zu einer Wiederaufnahme seiner propagandistischen und materiellen Unterstützung, sowie zur Einleitung einer subversiven Ausbildungshilfe zu bewegen. In einem Bittschreiben äußerte die Confédération Générale:

---

BArch, SAPMO, DY 34 / 2126.

<sup>2138</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. 1962, BArch, SAPMO, DY 34 / 2507. Die Werte werden in der Quelle mit 2 Mio. F CFA, 1 Mio. F CFA und 0,3 Mio. F CFA angegeben. Der Wechselkurs lag 1962 bei ca. 1 F CFA : 0,02 FF und 1 FF : 0,8 DM. Umgerechnet handelte es sich also um Werte von 32.000 DM, 16.000 DM und 4.800 DM.

<sup>2139</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 34 / 2126.

<sup>2140</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. 1962, BArch, SAPMO, DY 34 / 2507.

<sup>2141</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), 27. November 1962, BArch, SAPMO, DY 34 / 2507.

<sup>2142</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) an Abteilung Internationale Verbindungen – Bundesvorstand (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), o.T. o.M. 1965, BArch, SAPMO, DY 34 / 8265.

*„Um dieses Ziel [die Beseitigung der Regierung Ahidjo] zu erreichen, muß die CGKT [Confédération Générale Kamerunaise du Travail] Gewerkschaftskader bereitstellen, sie im illegalen Kampf ausbilden und sie unter den Werktätigen sowohl in den operationellen als auch in den vom Feind besetzten Gebieten einschleusen.“*<sup>2143</sup>

Doch ging der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund auf solche Bitten nicht ein. Allenfalls zu einer bescheidenen Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit war er noch bereit. Eine begrenzte Menge an Fachliteratur und ein Filmvorführgerät wurden geliefert.<sup>2144</sup> Ansonsten bemühte er sich aber, seine Beziehungen zur Confédération Générale und zur Union Générale auslaufen zu lassen. Als 1972 die Einheitsgewerkschaft *Union Nationale des Travailleurs du Cameroun* gegründet wurde, unternahm der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund nicht einmal mehr den Versuch, mit der Einheitsgewerkschaft in Kontakt zu treten. Kamerun hatte sich endgültig aus seinen afrikapolitischen Überlegungen verabschiedet.

#### *e) Zwischenfazit*

Die Gewerkschaftsbünde der beiden deutschen Staaten operierten im zentralafrikanischen Raum primär vor dem Hintergrund des Kalten Krieges. Das gewerkschaftliche Engagement setzte sich überwiegend aus der Bereitstellung von Fort- und Berufsausbildungsplätzen, sowie aus materieller Hilfe, in begrenztem Umfang auch aus finanzieller Hilfe und der Entsendung von Beratern und Lektoren, zusammen.

Den zentralafrikanischen Gewerkschaften galten die deutschen Unterstützungsleistungen als willkommene Stütze ihrer meist illiquiden Apparate. Aufgrund ihrer praktisch konstanten finanziellen Notlage waren sie auf die Hilfe ausländischer Partnerorganisationen zwingend angewiesen.<sup>2145</sup> Teile der Leistungen wurden an die den Gewerkschaften nahestehenden Parteien, Befreiungs- und Oppositionsbewegungen weitergegeben, weshalb auch die deutschen Gewerkschaften Anteil an der Stabilisierung beziehungsweise Destabilisierung der zentralafrikanischen Staaten und Eliten hatten.

Die westdeutschen Gewerkschaften operierten, zumindest in der Frühphase ihrer Afrikaaktivitäten, vor allem auf internationaler Ebene. Sie waren in die Aktivitäten der internationalen westlichen Gewerkschaftsverbände, wie den sozialistischen Internationalen Bund Freier Gewerkschaften und den christlichen Internationalen Bund Christlicher Gewerkschaften, eingebunden, die von ihren

<sup>2143</sup> Confédération Générale Kamerounaise du Travail an Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, 22. August 1966, BArch, SAPMO, DY 34 / 8265.

<sup>2144</sup> Confédération Générale Kamerounaise du Travail an Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, 4. November 1966, BArch, SAPMO, DY 34 / 8265.

<sup>2145</sup> Chico-Kalen Muyemba 1991, S. 52.



westdeutschen Mitgliedsorganisationen in erheblichem Umfang finanziell bezuschusst wurden. Hinzu kam eine enge Kooperation mit der Friedrich Ebert-Stiftung und der Konrad Adenauer-Stiftung. Zu einer konstanten Unterstützung nur christlicher, nur liberaler oder nur sozialistischer afrikanischer Gewerkschaften kam es dabei nicht. Als Auswahlkriterien für westdeutsche gewerkschaftliche Hilfe können allenfalls die Positionierung im westlichen Lager und eine gemäßigte Gewerkschaftsarbeit, abseits politischer Radikalismen, angeführt werden.

Auch der ostdeutsche Freie Deutsche Gewerkschaftsbund engagierte sich zunächst vor allem auf internationaler Ebene, über den sowjetophilen Weltgewerkschaftsbund. Seine Operationen scheinen sich aber, von internationalen Einzelprojekten, wie der Unterstützung für das Gewerkschaftshaus in der Republik Kongo, einmal abgesehen, schon bald zur Gänze auf die bilaterale Ebene verlagert zu haben. Offiziell ging es dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund um die Stärkung progressiver Gewerkschaften und progressiver Kader innerhalb der Führung konservativer Gewerkschaften. Allerdings lässt sich lediglich im Fall der Unterstützung der Einheitsgewerkschaft der Republik Kongo eine gewerkschaftliche Aufbauarbeit tatsächlich nachweisen. Die übrigen geförderten zentralafrikanischen Gewerkschaften, in Kamerun, der Demokratischen Republik Kongo und der portugiesischen Überseeprovinz Angola, scheinen vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund eher als Transferorganisationen, zur Weiterleitung von für die jeweiligen kämpfenden Oppositions- und Befreiungsbewegungen bestimmten Leistungen, genutzt worden zu sein.

Inwiefern auch die deutschen 'Institutionen des Glaubens', die Kirchen und das Solidaritätskomitee der DDR, sich in deren Unterstützung einschalteten und versuchten, Afrika ihren Stempel aufzudrücken, soll nun im letzten Abschnitt der gesellschaftlichen Aktivitäten dargelegt werden.

## Kirchlicher Beistand und Solidaritätshilfe ...

### *a) ... in Afrika*

Die bei weitem engagiertesten gesellschaftlichen Akteure in Afrika waren weder die Parteien, noch die Gewerkschaften, sondern die Kirchen, im Fall der BRD, und das Solidaritätskomitee, im Fall der DDR. Ein erheblicher Teil der Auslandsarbeit dieser Organisationen war der 'Missionierung' gewidmet: Der Missionierung zum transnationalen Christentum, im Fall der westdeutschen Kirchen, zum sozialistischen Internationalismus, im Fall des ostdeutschen Solidaritätskomitees.

Auf westdeutscher Seite waren die Evangelische und die Katholische Kirche Deutschlands die zentralen Akteure. Kleinere religiöse Gemeinschaften, wie die Zeugen Jehovas, Freikirchen und

Baptisten, entfalteten in Afrika zwar auch eine gewisse Wirkung, doch erlangten sie nie auch nur annähernd die selbe Bedeutung. Der Schwerpunkt der Afrikaarbeit der evangelischen und der katholischen Kirche lag, wie bereits erwähnt, auf der Missionierung der Afrikaner zum jeweiligen christlichen Glauben. Selbst die Leitung der evangelischen Kirche in der sowjetisch besetzten Mark Brandenburg hatte sich – noch 1947 – diesem Ziel verschrieben:

*„Wir nehmen dies [die knappen Geldreserven der evangelischen Auslandsmission] zum Anlaß, den Pfarrämtern und Gemeinden die Verantwortung für die Heidenmission besonders ans Herz zu legen. Eine Kirche, die sich ihrer Missionsverantwortung nicht bewußt ist, muß notwendigerweise verkümmern und vollends in unseren Tagen, wo alles auf eine Weltentscheidung für oder gegen Christus hindrängt, darf es keinen bewußten Christen geben, der an dieser Entscheidung unbeteiligt wäre. Sie wird auf dem Missionsfeld in vorderster Linie durchgekämpft.“*<sup>2146</sup>

Zwar mussten die Kirchenführungen im Osten Deutschlands schon bald wieder zurückrudern, im Westen legte ihnen die Bundesregierung aber keine Steine in den Weg. Dennoch standen die Kirchenführungen mit ihrem offenen Eintreten für eine expansive kirchliche Auslandsmission auch hier schon bald relativ allein. In den 1950er Jahren brach sich in beiden deutschen Gesellschaften ein 'Missionierungsskeptizismus' Bahn, der die Auslandsmissionierung weitgehend aus der regulären Kirchenarbeit verdrängte – zumindest aus dem Bild, das die evangelische und die katholische Kirche innerhalb Deutschlands von sich zu zeichnen suchten. Tatsächlich nahm die Missionsarbeit der beiden westdeutschen Kirchen in Afrika nach 1945 zu.<sup>2147</sup> Doch argumentierten sie nun weniger mit der Verbreitung des Evangeliums als vielmehr mit der Notwendigkeit einer Entwicklungshilfe für die notleidende Bevölkerung der 'Dritten Welt'.<sup>2148</sup> Sie griffen die Mitte der 1950er Jahre aufkommenden Diskurse über die Notwendigkeit der Entwicklung der 'unterentwickelten' Länder begierig auf und entwarfen die Idee einer eigenen, einer kirchlichen Entwicklungshilfe.

Offiziell zielte diese auf die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse, die Freisetzung und Förderung von Selbsthilfe- und Selbstbefreiungskräften, die Befreiung von rassistischer und sozialer Diskriminierung und die Sicherung der Menschenrechte ab<sup>2149</sup> – mit einem Fokus auf dem

<sup>2146</sup> Leitungsmitglied Dibelius – Kirchenleitung (Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg) an Evangelische Pfarrämter (Mark Brandenburg), 10. Mai 1947, EZA, B 2, 332.

<sup>2147</sup> Köhler, Volkmar: Comments on the role of the churches in Germany's Africa policy. In: Engel, Ulf, Robert Kappel (Hrsg.): Germany's Africa policy revisited. Interests, images and incrementalism. Münster u.a. 2002, S. 141-152, hier S. 143.

<sup>2148</sup> Watzal 1985, S. 365.

<sup>2149</sup> Renesse, Ernst-Albrecht von: Die Entwicklungszusammenarbeit der Kirchen. In: Steinbach, Udo, Volkmar Köhler (Hrsg.): Entwicklungszusammenarbeit in Kultur, Recht und Wirtschaft. Grundlagen und Erfahrungen aus Afrika und Nahost. Festgabe für Volkmar Köhler zum 65. Geburtstag. Opladen 1995, 377-400, hier S. 386.

Menschen an sich, unabhängig von Glaube oder Konfession. Tatsächlich spielten Glaube und Konfession aber eine große, die entscheidende Rolle. Beide deutschen Kirchen unterstützten mit ihrer Entwicklungshilfe praktisch ausschließlich Projekte, die Anhängern ihrer jeweiligen christlichen Konfession, der protestantischen beziehungsweise der katholischen Glaubensrichtung, von Nutzen waren. Und nicht nur auf praktischer, auch auf theoretischer Ebene lagen sich die Entwicklungshilfen der beiden deutschen Kirchen praktisch spiegelverkehrt gegenüber. Während das Entwicklungskonzept der katholischen Kirche auf einen ständigen, freiwilligen sozialen Ausgleich zwischen armen und reichen Staaten setzte – also an die Spendenbereitschaft der von Gott Bevorteilten an die von Gott Benachteiligten appellierte –, strebte das Entwicklungskonzept der evangelischen Kirche danach, die 'Entwicklungsblockaden' der sogenannten 'Entwicklungsländer' einzureißen, direkt in das globale Ungleichgewicht einzugreifen und es nachhaltig zu beheben.<sup>2150</sup>

Ihren Anfang nahm die kirchliche Entwicklungshilfe Ende der 1950er Jahre. Zunächst als spontane, einmalige Spendenaktion gedacht,<sup>2151</sup> etablierte die Katholische Kirche Deutschlands im Jahr 1959 die Entwicklungsdienste Misereor, Missio und Adveniat. Die Evangelische Kirche Deutschlands zog mit dem Dienst Brot für die Welt rasch nach. Über diese Einrichtungen wurde finanzielle und personelle Unterstützung zum Auf- und Ausbau, sowie zum Unterhalt konfessionell gebundener Infrastrukturen in der 'Dritten Welt' geleistet. Schnell erreichte die Kirchenhilfe beachtliche Ausmaße. Allein zwischen 1959 und 1961 wurden von den katholischen Gemeinden für Misereor 129 Mio. DM, zwischen 1959 und 1960 von den evangelischen Gemeinden für Brot für die Welt 35 bis 40 Mio. DM gespendet.<sup>2152</sup> Zusätzlich richteten beide Kirchen Dienste zur Unterhaltung eines Pools von Fachkräften für ihre Entwicklungshilfeprojekte ein.<sup>2153</sup> 1962 erlebte die westdeutsche Kirchenhilfe dann einen zweiten Schub. Die Bundesregierung beschloß die jährliche Vergabe eines festen Zuschusses für die Auslandsarbeit der Kirchen, eine staatliche Kirchenhilfe. Zunächst getrennt, über die Katholische und die Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe, seit Anfang der 1970er Jahre dann aber auch im ökumenischen Verbund,<sup>2154</sup> wurden fortan Projekte der kirchlichen Entwicklungshilfe mit staatlichen Bundesmitteln kofinanziert.<sup>2155</sup> Bis 1996 sollten auf diesem Wege staatliche Zuschüsse über insgesamt 6,7 Milliarden DM zusammenkommen.<sup>2156</sup> Eine erhebliche Summe, doch stiegen auch die Beiträge der Gemeinden über die Jahre kontinuierlich an.

---

<sup>2150</sup> Ebd., hier S. 379.

<sup>2151</sup> Ebd., hier S. 385.

<sup>2152</sup> Rieger 1961, S. 136.

<sup>2153</sup> Renesse 1995, S. 377-400, hier S. 387 f.

<sup>2154</sup> Ebd., hier S. 383.

<sup>2155</sup> Ebd., hier S. 389.

<sup>2156</sup> Köhler 2002, S. 141-152, hier S. 145.

Nur selten sollten Bundeszuschüsse mehr als 50% der Gesamtinvestitionen eines Kirchenprojektes ausmachen.<sup>2157</sup> Die gesamten Projektmittel der beiden westdeutschen Kirchen dürften dementsprechend eher im zweistelligen Milliardenbereich gelegen haben.

Auf ostdeutscher Seite war das Solidaritätskomitee der zentrale gesellschaftliche Akteur. Doch sollte über ihm die Auslandsarbeit der ostdeutschen Kirchen nicht ganz vergessen werden. Bereits in den 1960er Jahren gelang es diesen – zunächst in enger Zusammenarbeit mit dem Solidaritätskomitee – Hilfslieferungen für einzelne Empfänger in Afrika zusammenzustellen.<sup>2158</sup> Seit Ende der 1970er Jahre operierten sie eingeschränkt selbständig, seit Mitte der 1980er Jahre dann sogar vollkommen selbständig in Afrika.<sup>2159</sup> Doch erreichte ihre Unterstützung weder quali- noch quantitativ jemals das Niveau der Leistungen des Solidaritätskomitees.

Das Solidaritätskomitee war 1960 zur Unterstützung der Solidaritätsarbeit des Nationalrats der Nationalen Front der DDR gegründet worden. Der Nationalrat, ein Zusammenschluss der Partei- und Massenorganisationen der DDR, hatte sich in den 1950er Jahren zum zentralen Ansprechpartner der Befreiungsbewegungen der sogenannten 'Dritten Welt' entwickelt.<sup>2160</sup> Um ihm seine Arbeit zu erleichtern, wurde ihm 1960 ein Komitee zur Seite gestellt: das Solidaritätskomitee. Es sollte die lästige, bei der täglichen Solidaritätshilfe anfallende Verwaltungsarbeit verrichten, Spendengelder sammeln und auf die zugesagten Projekte verteilen. Zunächst unter der Bezeichnung *Komitee der DDR für Solidarität mit den Völkern Afrikas*, seit 1963 als *Afro-Asiatisches Solidaritätskomitee* und ab 1973 als *Solidaritätskomitee*,<sup>2161</sup> stand es zunächst im Dienst des Nationalrats, ab 1965 dann unter Aufsicht der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.<sup>2162</sup>

Die Einnahmen des Solidaritätskomitees speisten sich im Wesentlichen aus staatlichen Zuschüssen der DDR und Spenden ihrer gesellschaftlichen Massenorganisationen, vor allem des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes. 1960 kamen auf diesem Wege umgerechnet rund 0,48 Mio. DM zusammen.<sup>2163</sup> Zu privaten Spenden kam es zwar auch, doch bewegten sich diese auf einem mehr als bescheidenen Niveau. So setzen sich die Gesamteinnahmen von 1964 über umgerechnet rund 0,74 Mio. DM aus einer Spende des ostdeutschen Gewerkschaftsbundes von 0,63 Mio. DM,

---

<sup>2157</sup> Osner (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) an Kammer für kirchlichen Entwicklungsdienst (Evangelische Kirche Deutschlands), 23. Juni 1969, EZA, B 2, 9057.

<sup>2158</sup> Reichardt, Achim: Nie vergessen - Solidarität üben! Die Solidaritätsbewegung in der DDR. Berlin 2006, S. 132.

<sup>2159</sup> Vgl.: Schulze, Friederike: Das Naluyanda Integrated Project – ein Missions- und Soliaritätsprojekt. In: Heyden, Ulrich van der, Ilona Schleicher, Hans-Georg Schleicher (Hrsg.): Die DDR und Afrika. Band 1: Zwischen Klassenkampf und neuem Denken. Münster 1993, S. 209-222, hier S. 209.

<sup>2160</sup> Reichardt 2006, S. 38.

<sup>2161</sup> Ebd., S. 41.

<sup>2162</sup> Ebd., S. 63.

<sup>2163</sup> Schleicher 1993, S. 194. Der Wert wird in der Quelle mit 2,2 Mio. DM (Ost) angegeben. Der Wechselkurs lag 1960 bei ca. 1 DM (West) : 4,54 DM (Ost). Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 0,48 Mio. DM (West).

mehreren kleinen Zuschüssen, sowie umgerechnet gerade einmal rund 1080 DM tatsächlich privater Spenden zusammen.<sup>2164</sup> Die Gesamteinnahmen stiegen kontinuierlich an. 1982 erreichten sie einen Wert von umgerechnet rund 33,76 Mio. DM.<sup>2165</sup> Doch sollte man sich von der für eine gesellschaftliche Organisation der DDR erheblichen Größe dieser Summe nicht täuschen lassen. Jedes Jahr aufs Neue war das Solidaritätskomitee vor erhebliche logistische Probleme gestellt. Nur selten konnten die aufgesetzten Jahrespläne voll umgesetzt werden. Entsprechend blieb die tatsächlich umgesetzte Auslandsarbeit der Organisation weit hinter den ihr zur Verfügung gestellten finanziellen Ressourcen zurück, erreichten die Rücklagen des Komitees bereits nach wenigen Jahren geradezu astronomische Ausmaße.

Einen Schwerpunkt der Tätigkeit des Solidaritätskomitees bildete die Öffentlichkeitsarbeit. Mittels dieser versuchte es nicht alleine, sich einem ostdeutschen<sup>2166</sup> und afrikanischen Publikum anzunähern,<sup>2167</sup> sondern ebenso auch und gerade in der Bundesrepublik Kreise für seine Anliegen und Ansichten zu gewinnen. So arbeitete das Solidaritätskomitee beispielsweise eng mit westdeutschen Dritte-Welt-Organisationen, wie der Anti-Apartheid-Bewegung, dem Solidaritätskomitee Freies Afrika, dem Deutschen Komitee für Angola, Guinea-Bissau, und Mocambique und dem Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika, zusammen,<sup>2168</sup> die es großzügig mit Informations- und Propagandamaterial belieferte.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Solidaritätskomitees lag in der praktischen Solidarität mit den 'unterdrückten Völkern' Afrikas und Asiens. Zumindest war dies das Bild, welches das Solidaritätskomitee in der ostdeutschen Öffentlichkeit von sich zu zeichnen suchte. Tatsächlich waren es aber die sozialistischen und kommunistischen Befreiungs- und Oppositionsbewegungen – vor allem ihre Führungskader –, die von den Leistungen des Solidaritätskomitees profitierten.<sup>2169</sup> Das Komitee organisierte Materiallieferungen, stellte Studien- und Berufsausbildungsplätze, ermöglichte die ärztliche Behandlung von Verletzten und Kranken und buchte Ferienplätze.<sup>2170</sup> Neben einer direkten Unterstützung der Befreiungs- und Oppositionsbewegungen arbeitete das ostdeutsche Solidaritätskomitee hierbei auch auf internationaler Ebene mit den Solidaritätskomitees anderer sozialistischer Staaten zusammen, welche die Hilfe dann an den eigentlichen Empfänger

---

<sup>2164</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, 31. März 1965, BArch, SAPMO, DZ 8 / 420. Die Werte werden in der Quelle mit 2,059 Mio. MDN, 1,750 Mio. MDN und 3200 MDN angegeben. Der Wechselkurs lag 1964 bei ca. 1 DM : 0,36 MDN. Umgerechnet handelte es sich also um Werte von 0,74 Mio. DM, 0,63 Mio. DM und 1080 DM.

<sup>2165</sup> Schleicher 1993, S. 192-208, hier S. 194. Der Wert wird in der Quelle mit 177,6 Mio. M angegeben. Der Wechselkurs lag 1982 bei ca. 1 DM : 5,26 M. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 33,76 Mio. DM.

<sup>2166</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DZ 8 / 704.

<sup>2167</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DZ 8 / 229.

<sup>2168</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, o.T. o.M. 1974, BArch, SAPMO, DZ 8 / 230.

<sup>2169</sup> Schleicher 1993, S. 192-208, hier S. 207.

<sup>2170</sup> Schleicher 2006, S. 116-135, hier S. 116.

weiterleiteten, sowie auf transnationaler Ebene mit der *Organisation of African Unity*<sup>2171</sup> und der *Afro-Asian Peoples' Solidarity Organization*. Zur Koordination der Zusammenarbeit mit Letzterer unterhielt das Komitee bis 1971 sogar eine eigene Außenstelle in der Vereinigten Arabischen Republik, nahe der Kairoer Zentrale der Organisation.<sup>2172</sup>

#### b) ... in Zentralafrika

Die geographischen Schwerpunkte der Aktivitäten der Kirchen und des Solidaritätskomitees lagen in der ehemaligen deutschen Kolonie Kamerun und – wie schon so häufig – in den beiden zentralafrikanischen Hot Spots des Kalten Krieges, der portugiesischen Überseeprovinz Angola und der Demokratischen Republik Kongo.

Kamerun – auf das im nächsten Unterabschnitt noch näher einzugehen sein wird – und die Demokratische Republik Kongo bildeten die Zentren der westdeutschen Missionsarbeit im zentralafrikanischen Raum. Im Kongo wirkten westdeutsche katholische Missionare in der Missionsgesellschaft vom Heiligen Geist,<sup>2173</sup> dem Orden der Herz Jesu-Missionare<sup>2174</sup> und dem Orden der Steyler-Missionare für die katholische Kirche. Einige erreichten einflussreiche Positionen. So stand ein westdeutsches Mitglied der Herz Jesu-Missionare, Joseph Weigl, von 1961 bis 1967 dem Bistum Ikela als Bischof vor.<sup>2175</sup> Auf protestantischer Seite missionierten Westdeutsche hier seit 1957 über die Basler Mission.<sup>2176</sup>

Abseits von Kamerun und Kongo fiel die westdeutsche Beteiligung an der christlichen Missionierung in Zentralafrika deutlich schwächer aus. So unterhielt die Evangelische Kirche Deutschlands in Angola, trotz der dort lebenden vergleichsweise großen Zahl an protestantischen deutschen Siedlern, nicht eine Missionsstation, nicht eine Kirchengemeinde. Betreut wurden die deutschen Gläubigen vom Landesprobst der Deutschen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Südwestafrika, dem heutigen Namibia, die unabhängig von der Evangelischen Kirche Deutschlands operierte.<sup>2177</sup> Lediglich in der Republik Tschad unterhielt der westdeutsche Zweig der Evangelischen Mission im Tschad, ein gemeinsames Projekt von Freikirchen und evangelischen Landeskirchen, eine Missionsstation.<sup>2178</sup> Hinzu kamen noch einige westdeutsche Zeugen Jehovas,

<sup>2171</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DZ 8 / 9.

<sup>2172</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DZ 8 / 198.

<sup>2173</sup> Abteilung Kultur (Auswärtiges Amt) an Minister Schröder (Auswärtiges Amt), 8. November 1962, PA AA, AA, B 92, 262.

<sup>2174</sup> Missionsprokurator Schunk (Herz Jesu-Mission) an Abteilung Kultur (Auswärtiges Amt), 13. Januar 1961, PA AA, AA, B 92, 143.

<sup>2175</sup> Abteilung Kultur (Auswärtiges Amt) an Minister Schröder (Auswärtiges Amt), 8. November 1962, PA AA, AA, B 92, 262.

<sup>2176</sup> Evangelische Bayaka-Mission an Botschaft in der Republik Kongo, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 92, 486.

<sup>2177</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 92, 340.

<sup>2178</sup> Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (Evangelische Kirche Deutschlands) an Auswärtiges Amt und

die, verteilt über den gesamten zentralafrikanischen Raum, missionarisch tätig waren. Doch wurde ihre Missionsarbeit von staatlicher Seite nicht gern gesehen. Weigerten sich ihre Anhänger doch, Militärdienst zu leisten. So berichtete das westdeutsche Generalkonsulat in Angola noch 1973:

*„Die in Angola lebenden Zeugen Jehovas, die aus religiösen Gründen die staatliche Autorität nicht anerkennen und deshalb auch den Wehrdienst verweigern, werden nach Auskunft der hiesigen Sicherheitspolizei nach [der Insel] Báia dos Tigres im Südwesten Angolas gebracht. Sie leben dort im Lager (residência fixa), dürfen aber arbeiten – meistens in der Fischerei –, und ihre Familien bei sich haben. Das Lager ist nicht eingezäunt und die Insassen haben eine gewisse Bewegungsfreiheit. Báia dos Tigres liegt auf einer langgestreckten, ca. 35 km langen, wüstenhaften Insel, die in einigen km Abstand parallel zum Festland verläuft. Das Festland kann ohne fremde Hilfe nicht erreicht werden, so dass allein schon wegen dieser isolierten Lage keine Einzäunung des Lagers erforderlich ist. Die Zeugen Jehovas dürfen Briefe schreiben und empfangen. Die Freiheitsbeschränkung der Zeugen Jehovas soll sich im allgemeinen auf zwei Jahre belaufen.“*<sup>2179</sup>

Derart bedrängt war es nur natürlich, dass sich die Missionierungserfolge der Zeugen Jehovas, im Vergleich mit denjenigen der evangelischen und der katholischen Kirche Westdeutschlands, in Grenzen hielten.

Unterstützt wurden die westdeutschen Missionare über die Entwicklunghilfeprogramme der Katholischen und der Evangelischen Kirche Deutschlands. So verwundert es nicht, dass sich die geographischen Schwerpunkte der kirchlichen Entwicklungshilfe stark mit denen ihrer Missionsarbeit überschneiden. Kirchliche Entwicklungshilfe fiel in der Zentralafrikanischen Republik, der Republik Kongo, der portugiesischen Überseeprovinz Sao Tomé und Príncipe, der Republik Äquatorialguinea und der portugiesischen Überseeprovinz Angola nur schwach, stärker in der Gabunischen Republik und der Republik Tschad, am stärksten aber in der Republik Kamerun und der Demokratischen Republik Kongo aus. Partner waren, neben den Missionsstationen der eigenen Konfession, die jeweiligen, sich dort langsam formierenden, indigenen katholischen und protestantischen Kirchengemeinden. Eine Ausnahme bildete lediglich Gabun, in dem beide Kirchen, im Rahmen einer ökumenischen Hilfsaktion für nigerianische Flüchtlinge des Biafra-Kriegs, gemeinsam den Aufbau und Unterhalt eines Kinderdorfs kofinanzierten.<sup>2180</sup>

Über Brot für die Welt und Misereor, sowie die Katholische und die Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe wurden im ganzen zentralafrikanischen Raum christliche Grund- und Oberschulen, Ausbildungsstätten und landwirtschaftliche Siedlungsprojekte, sowie medizinische

---

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Bundesschatzministerium, 22. November 1966, PA AA, AA, B 68, 663.

<sup>2179</sup> Generalkonsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola an Referat Ost- und Südafrika (Auswärtiges Amt), 16. April 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102569.

<sup>2180</sup> Kirchenleitung (Evangelische Kirche in Hessen und Nassau) an Kirchenkanzlei, o.T. o.M. 1969, EZA, B 2, 10041.

und soziale Einrichtungen kofinanziert. Am stärksten fiel die kirchliche Entwicklungshilfe in der Demokratischen Republik Kongo aus. Zum Wunsch zu missionieren trat hier noch der Gedanke, christlich-antikommunistisch und christlich-antilumumbistisch zu wirken, hinzu. Auf Letzteres wird im Verlauf dieses Abschnitts noch zurückzukommen sein. Die Katholische Kirche Deutschlands konnte zur Koordinierung ihrer Hilfe im Kongo auf die dort bereits bestehenden katholischen Strukturen zurückgreifen. Die evangelische Kirche Deutschlands, die im Kongo eng mit der protestantischen *Église du Christ au Zaïre* zusammenarbeitete, musste dagegen zur Koordinierung ihrer Projekte – wie die staatliche Entwicklungshilfe der BRD – zunächst eigene Verwaltungsstrukturen errichten. Über Kirchenhilfe wurde in Kinshasa, wie Léopoldville mittlerweile hieß, ein Koordinationszentrum eingerichtet, wurden ein Projektsekretär<sup>2181</sup> und eine mobile Fachberatergruppe angestellt,<sup>2182</sup> sowie Mitarbeiterwohnungen angemietet.<sup>2183</sup>

Antikommunismus und Antilumumbismus waren essentielle Bestandteile der westdeutschen Kirchenhilfe im Kongo. So wurde der Auf- und Ausbau kirchlicher Massenmedien, über die der kommunistischen und lumumbistischen Propaganda Einhalt geboten werden sollte, finanziell unterstützt. Seit 1962 wurde der katholische Radiosender *Star* mit katholischer Entwicklungshilfe bezuschusst.<sup>2184</sup> 1967, nachdem er zum ökumenischen Radio- und Fernsehsender *Télé-Star* erweitert worden war, wurde er dann, bis zu seiner Verstaatlichung, über die Katholische und die Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe kofinanziert.<sup>2185</sup> Das selbe galt für die höheren, konfessionell gebundenen Bildungseinrichtungen, an der die künftige Staatselite herangezogen werden sollte – christlich gewappnet gegen Kommunismus und Lumumbismus. In Léopoldville erhielt die katholische *Université Lovanium* Entwicklungshilfe der katholischen Zentralstelle zum Aufbau von Studentenwohnheimen<sup>2186</sup> und für den allgemeinen Ausbau der Universität.<sup>2187</sup> In Stanleyville wurde die protestantische *Université Libre du Congo* über die evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe mit Zuschüssen für den Aufbau von Studentenwohnheimen,<sup>2188</sup>

<sup>2181</sup> Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland) an Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland), o.T. o.M. o.J., EZA, B 2, 10042.

<sup>2182</sup> Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland) an Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland), o.T. o.M. o.J., EZA, B 2, 10044.

<sup>2183</sup> Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland) an Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland), o.T. o.M. o.J., EZA, B 2, 10045.

<sup>2184</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an Auswärtiges Amt, 14. April 1965, PA AA, AA, B 68, 440.

<sup>2185</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 68, 776.

<sup>2186</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an Auswärtiges Amt, 14. April 1965, PA AA, AA, B 68, 440.

<sup>2187</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 68, 776.

<sup>2188</sup> Bevollmächtigter des Rates am Sitz der Bundesrepublik Deutschland (Evangelische Kirche in Deutschland) an Bevollmächtigter des Rates am Sitz der Bundesrepublik Deutschland (Evangelische Kirche in Deutschland), o.T. o.M. o.J., EZA, B 87, 287.



einer Bibliothek<sup>2189</sup> und den Erwerb von Lehrmaterialien unterstützt.<sup>2190</sup> Noch weiter ging der katholische Missionsorden der Gesellschaft der Missionare von Afrika, die Weißen Väter, der bereits 1959 eine sogenannte antikommunistische „Afrika-Aktion“ eingeleitet hatte, die er 1960 verständlicherweise rasch auf den Kongo ausdehnte. Der Provinzial des Ordens in der Bundesrepublik, Franz Gypkens, beschrieb diese Aktion einem Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes folgendermaßen:

*„Der augenblicklichen Situation in Afrika Rechnung tragend*  
*- wachsende bolschewistische Infiltration,*  
*- vorzeitiges Selbständig-Werden politisch noch unreifer Völker,*  
*- steigende Bedeutung Afrikas für das Schicksal des christlichen Europa und damit der freien Welt -*  
*bereitet der Generalobere der Weissen Väter [ , Léon Volker,] in Zusammenarbeit mit dem Generalobern*  
*der Jesuiten [ , Jean Baptiste Janssens,] eine besondere Afrika-Aktion vor. [...] Die Aktion Afrika hat zum*  
*praktischen Ziel die [antikommunistische, katholische] Schulung der afrikanischen Elite [...].“<sup>2191</sup>*

Die Finanzierung der Afrika-Aktion erfolgte nicht allein über die katholische Kirche, sondern auch über westdeutsche Unternehmen, Banken<sup>2192</sup> und staatliche Institutionen.<sup>2193</sup> Unter westdeutscher Leitung<sup>2194</sup> errichteten die Weißen Väter in Köln, West- und Ostafrika,<sup>2195</sup> sowie – speziell für den zentralafrikanischen Raum – im kongolesischen Bukavu,<sup>2196</sup> antikommunistische Schulungszentren und Apparate für eine antikommunistisch-westlich-christliche Öffentlichkeitsarbeit – mit besonderem Schwerpunkt auf dem katholischen Glauben. Ein ähnlich antikommunistisches Ziel – allerdings ganz ohne missionarischen Hintergedanken – verfolgte die transnational-transreligiöse Gesellschaft *Moral Re-Armament*. Deren Anhänger, unter denen sich auch einige Westdeutsche befanden,<sup>2197</sup> waren bestrebt, die in der Frühphase der Kongo-Krise wankende kongolesische Elite auf westlichen Kurs zu bringen und deren Materialismus mit religiösen 'Heilserwartungen' – und wohl auch der einen oder anderen finanziellen 'Spende' – zu begegnen.<sup>2198</sup>

<sup>2189</sup> Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland) an Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland), o.T. o.M. o.J., EZA, B 2, 10043.

<sup>2190</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 68, 776.

<sup>2191</sup> Leiter Gypkens (Afrikanum) an Unterabteilungsleiter Barmen – Unterabteilung Handelspolitische Beziehungen zu fremden Staaten (Auswärtiges Amt), 9. September 1959, PA AA, AA, B 92, 102.

<sup>2192</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 18. Januar 1960, PA AA, AA, B 92, 102.

<sup>2193</sup> Leiter Gypkens (Afrikanum) an Auswärtiges Amt, 23. Juni 1961, PA AA, AA, B 92, 418.

<sup>2194</sup> Abteilungsleiter Sattler – Abteilung Kultur (Auswärtiges Amt) an Staatssekretär Scherpenberg (Auswärtiges Amt), 6. April 1961, PA AA, AA, B 92, 359.

<sup>2195</sup> Stellvertreter des Stellvertretenden Abteilungsleiters Mühlenhöver – Abteilung Kultur (Auswärtiges Amt) an Referat Kirchliche Beziehungen zum Ausland, Kulturelle Aufgaben caritativer Art (Auswärtiges Amt), 29. März 1960, PA AA, AA, B 92, 102.

<sup>2196</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 68, 776.

<sup>2197</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 14. März 1961, PA AA, AA, B 92, 151.

<sup>2198</sup> Fritsch an Staatssekretär Carstens (Auswärtiges Amt), 26. Februar 1962, PA AA, AA, B 2, 294, Fiche 5, 402.

Antikommunismus war auch in der portugiesischen Überseeprovinz Angola ein Thema. Doch hielten sich beide deutschen Kirchen hier – einmal abgesehen von Stellungnahmen in westdeutschen Medien – lange Zeit zurück. Den wohl größten Schritt stellte die Aufnahme und Betreuung von 45 angolanischen Studenten durch das Evangelische Hilfswerk im Jahr 1961 dar. Bis zum Ausbruch der ersten angolanischen Unruhen hatten die jungen Angolaner in Lissabon studiert und mussten nun mit Repressalien durch Polizei und Geheimdienst des *Estado Novo* rechnen. Ähnlich den 50 kongolesischen Studenten, die 1960 von einer belgischen auf eine deutsche Universität überwechselten, dürfte es auch hier darum gegangen sein, den Angeboten des östlichen Lagers zur Aufnahme eines Studiums an einer sozialistischen Universität oder Hochschule zuvorzukommen. In einem Aktenvermerk des Auswärtigen Amtes von 1961 hieß es zu diesem Vorgang:

*„Am 8. Juli rief der Leiter des evangelischen Hilfswerks (Innere Mission), Stuttgart, [Herbert Keller, beim Auswärtigen Amt] an und teilte folgendes mit: Das evangelische Hilfswerk beabsichtigt, etwa 45 angolanische Studenten, die aus politischen Gründen Portugal verlassen mußten, in Deutschland aufzunehmen; man erbete die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes über die politische Zweckmäßigkeit einer solchen Aktion. Ich teilte dem Herrn mit, daß das Auswärtige Amt grundsätzlich keine Bedenken hat, wenn Angolanern Asyl gewährt wird. Jedoch mußten die Studenten darauf aufmerksam gemacht werden, daß eine politische Aktivität gegen dritte Mächte [Portugal] in der Bundesrepublik unzulässig sei. Nach weiterer Rücksprache mit der Inneren Mission kamen wir überein, daß ich die Konsularabteilung der Botschaft Paris, die die Visa für die Studenten ausstellen würde, entsprechend verständige.“<sup>2199</sup>*

In den folgenden Jahren sollte die evangelische Kirche noch einige weitere Angolaner ins Land holen und betreuen. Viele absolvierten hier eine Berufsausbildung oder ein Studium. Über sie kam die evangelische Kirche auch mit Vertretern der Befreiungsbewegungen in Kontakt. Die evangelische Kirche war für diesen Schritt prädestiniert, hatte die katholische Kirche in Portugal doch ein weitgehendes Glaubensmonopol und musste mit staatlichen Repressionen für ihre dortigen Pfarrer rechnen, sollte sie in dieser für die portugiesische Diktatur so wichtigen Frage für die 'falsche' Seite Partei ergreifen. So blieb die evangelische Kirche in der Angola-Frage lange Zeit die treibende Kraft. Vor allem die evangelische Jugend war es, die zu großen Teilen mit den Befreiungsbewegungen sympathisierte<sup>2200</sup> und die Möglichkeit erkannte, hier nun einmal selbst offen gegen Rassismus und Kolonialismus Stellung beziehen zu können.<sup>2201</sup> Ihre Ideen, ihre Ideale,

<sup>2199</sup> Auswärtiges Amt an Referatsleiter Steltzer – Referat Afrika südlich der Sahara (Auswärtiges Amt) und Referat Portugal, Spanien, Vatikan, Griechenland, Türkei, Zypern (Auswärtiges Amt), 13. Juli 1961, PA AA, AA, B 34, 273.

<sup>2200</sup> Generalsekretär Hilke (Evangelische Studentengemeinde) an Ratsvorsitzende Dietzfelbinger – Rat (Evangelische Kirche in Deutschland), 27. November 1970, PA AA, AA, B 14, 1890.

<sup>2201</sup> Ratsmitglied Beckmann – Rat (Evangelische Kirche in Deutschland) an Kammer der Evangelische Kirche in Deutschland für Entwicklungspolitik (Evangelische Kirche in Deutschland), 23. Juni 1969, EZA, B 2, 9057.

vor allem aber ihr Aktionismus, färbten schon bald auf Teile der Basis und der Führung der evangelischen Gemeinden ab. Mit der Teilnahme der evangelischen Kirchenführung am, bereits vor einigen Abschnitten erwähnten, Kongress Freiheit für Angola, Guinea Bissau und Mozambique,<sup>2202</sup> bezog die evangelische Kirche eine klare Position in der Frage der Zukunft der portugiesischen Überseeprovinzen. In einem internen Bericht des publizistischen Sachverständigengremiums der Evangelischen Kirche von 1973 hieß es hierzu:

*„Das Risiko, daß dabei [bei der Teilnahme der Evangelischen Kirche Deutschlands am Kongress Freiheit für Angola, Guinea Bissau und Mozambique] DKP-nahe Gruppen [Gruppen, die der Deutschen Kommunistischen Partei nahe stehen] die Führung an sich reißen, muß in Kauf genommen werden. Ohne Risiko keine Möglichkeit zu Dialog und Kooperation. Je mehr die Kirche sich engagiert, desto mehr stärkt sie die Glaubwürdigkeit der ihr verbundenen Gruppen. Allerdings sollte sie auf Beteiligung möglichst aller relevanter Richtungen drängen ( z.B. auch M.[arxismus-] L.[eninismus] ), um dem Vorwurf eines exklusiven Bündnisses DKP-EKD [Deutsche Kommunistische Partei-Evangelische Kirche Deutschlands] auszuweichen.“<sup>2203</sup>*

Auch in den katholischen Gemeinden wuchsen die Sympathien für die Befreiungsbewegungen mit der Zeit aber merklich an – so weit, dass sich Pastoren beider Kirchen 1973 sogar dazu entschlossen, einen *Angola-Sonntag* zu veranstalten.<sup>2204</sup> Einen Sonntagsgottesdienst, der sich explizit mit der Problematik der portugiesischen Überseeprovinzen beschäftigen und die Gemeinden zu Unterstützung und christlicher Nächstenliebe für die von Portugal unterdrückten indigenen Völker aufrufen sollte. Die Führung der katholischen Kirche war verständlicherweise auch weiterhin nicht für einen solchen Schritt zu haben. In der westdeutschen Zeitung *Die Welt* ließ sie verlautbaren:

*„Ein Vertreter des Erzbistums Köln erklärte zu dem geplanten „Angola-Sonntag“, sollten hier und da „derart einseitige propagandistische Gottesdienste“ abgehalten werden, was keineswegs die Billigung der Amtskirchen habe, so stelle man den Gläubigen anheim, „diese Gottesdienste nicht geräuschlos zu verlassen.“<sup>2205</sup>*

Erst mit der Nelkenrevolution in Lissabon und der Erklärung der neuen portugiesischen Regierung,

---

<sup>2202</sup> Publizistisches Sachverständigengremium (Evangelische Kirche in Deutschland) an Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland), o.T. o.M. 1973, EZA, B 2, 10826.

<sup>2203</sup> Publizistisches Sachverständigengremium (Evangelische Kirche in Deutschland) an Evangelische Kirche in Deutschland, o.T. o.M. 1973, EZA, B 2, 10826.

<sup>2204</sup> Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland) an Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland), o.T. o.M. 1973, EZA, B 2, 10829.

<sup>2205</sup> *Die Welt*, 16. August 1973, BArch, DO 4 / 3489, S. 1783.

die Überseeprovinzen auf ihre Unabhängigkeit vorzubereiten, lenkte dann auch die Führung der Katholischen Kirche Deutschlands ein. Fortan wurden die Frente Nacional de Libertação de Angola direkt über die katholische Kirche<sup>2206</sup> und die União Nacional para a Independência Total de Angola indirekt über den Ökumenischen Weltkirchenrat unterstützt.<sup>2207</sup>

Auch die Arbeit des ostdeutschen Solidaritätskomitees kreiste im Wesentlichen um Kamerun, die Demokratische Republik Kongo und die portugiesische Überseeprovinz Angola, oder genauer: deren Befreiungs- und Oppositionsbewegungen.

In bescheidenem Umfang war das Solidaritätskomitee in der Republik Äquatorialguinea, der Republik Kongo, sowie der portugiesischen Überseeprovinz Sao Tomé und Príncipe aktiv. Doch diente seine Tätigkeit nur im Fall der portugiesischen Überseeprovinz der Unterstützung einer Befreiungsbewegung. Dem Movimento de Libertação de São Tomé e Príncipe wurden Propagandamaterialien für die Öffentlichkeitsarbeit, Krankenhausplätze für verwundete Kämpfer<sup>2208</sup> und Studienplätze für die Führungskader zur Verfügung gestellt<sup>2209</sup> – mit erheblichem Erfolg. Als das Movimento de Libertação 1975 die Regierungsgeschäfte übernahm, saßen in seinem Politbüro und seinem Zentralkomitee nicht wenige Kader, die ein Studium in der DDR absolviert hatten. Anders lagen die Dinge in den Republiken Kongo und Äquatorialguinea, wo die Unterstützung des Solidaritätskomitees nicht einer 'Befreiung' diente, sondern der Finanzierung von Projekten, mit denen ursprünglich staatliche Stellen Ost-Berlins betraut worden waren. So finanzierte das Solidaritätskomitee für die Genossen in der Volksrepublik Kongo eine Lieferung von Sportausrüstungen,<sup>2210</sup> die Veranstaltung einer kongolesischen Kunstaussstellung in der DDR,<sup>2211</sup> die Erstellung eines Wörterbuchs Lingalla-Französisch und die Bereitstellung mehrerer Krankenhausplätze für Kader der Einheitspartei Parti Congolaise du Travail.<sup>2212</sup> In Äquatorialguinea erfuhr 1968 die Partei *Idea Popular de la Guinea Ecuatorial*, kurz vor den anstehenden Parlamentswahlen, eine begrenzte materielle Unterstützung – wohl im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit.<sup>2213</sup> Nach ihrem Wahlsieg blieben weitere Leistungen aber aus. Erst eine Bitte des ostdeutschen Außenministeriums brachte das Solidaritätskomitee 1973 noch einmal ins Spiel.

<sup>2206</sup> Dinkel an Auswärtiges Amt, 17. September 1975, PA AA, AA, AV 21108.

<sup>2207</sup> Generalkonsulat in der portugiesischen Überseeprovinz Angola an Referat Ost- und Südafrika (Auswärtiges Amt), 23. Juli 1973, PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102569.

<sup>2208</sup> Geschäftsträger Wendlandt (Botschaft in der Republik Äquatorialguinea) an Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Solidaritätskomitee und Abteilung Nord- und Westafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Ost- und Zentralafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 12. September 1974, PA AA, MfAA, C 1098/78, Fiche 1, S. 7-11.

<sup>2209</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, 12. November 1974, BArch, SAPMO, DZ 8 / 164.

<sup>2210</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DZ 8 / 9.

<sup>2211</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, 11. Februar 1972, BArch, SAPMO, DZ 8 / 176.

<sup>2212</sup> Reichardt 2006, S. 71.

<sup>2213</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, 7. Juni 1968, BArch, SAPMO, DZ 8 / 175.

Staatspräsident Macias Nguema hatte um die unentgeltliche Lieferung einer größeren Zahl von Uniformen für eine frisch von ihm ausgehobene Volksmiliz gebeten. Nachdem das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten sich erfolglos bei mehreren ostdeutschen Institutionen und Organisationen um eine Finanzierung dieser Lieferung bemüht hatte, kam es schließlich auf die Idee, das Solidaritätskomitee um Hilfe zu bitten.<sup>2214</sup> Voller Stolz konnte der Geschäftsträger der ostdeutschen Botschaft in Äquatorialguinea, Dieter Wendlandt, 1974 über die Feierlichkeiten zum 6. Jahrestag der Unabhängigkeit Äquatorialguineas berichten:

*„Erstmalig marschierte die Volksmiliz mit sowjetischen Waffen und DDR-Uniformen, in größerer Zahl und besser organisiert als Polizei und Armee zusammen, an der Tribüne vorbei.“*<sup>2215</sup>

Zu den ersten zentralafrikanischen Empfängern einer ostdeutschen Solidaritätshilfe im eigentlichen Sinn – die der Befreiung 'unterdrückter Völker' aus dem Joch der westeuropäischen 'Imperialisten und Kolonialisten' diene – zählte die kamerunische Oppositionsbewegung Union des Populations du Cameroun.<sup>2216</sup> Bereits 1958 hatten drei Führungskader der Bewegung, Félix-Roland Moumié, Ernest Quandie und Saleh Ayoub, den Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten, Ernst Scholz, in Kairo aufgesucht und um Unterstützung gebeten. Kurz darauf hatte Scholz dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten gemeldet:

*„Nachdem mehrere Möglichkeiten erörtert wurden (z.B. [zum Beispiel] Überweisung von Unterstützungsgeldern der Nationalen Front [der DDR] in die Schweiz oder Italien) sagten Dr. [Doktor Félix Roland] Moumie und Herr [Ernest] Quandie aus, dass die zweckmässigste Lösung die Übergabe finanzieller Schenkungen in Ägypten [der Vereinigten Arabischen Republik] wäre. Die Schenkungen könnten in ägyptischen Pfunden getätigt werden. Am besten in bar. Auf diesem Wege würde die notwendige Diskretion gewährleistet sein. Was die Ausfuhr von ägyptischen Pfunden anbelangt, so würden sie damit keine Schwierigkeiten haben. Dr. Moumie äusserte, dass er dieses mit Ali Sabry [Ali Sabri leitete bis 1957 den Nachrichtendienst der Vereinigten Arabischen Republik] regeln würde. [...] In einem Gespräch mit [dem Leiter der ostdeutschen Handelsvertretung in der Vereinigten Arabischen Republik,] Genossen Kurt Enkelmann[,] wurde bezüglich der monatlichen finanziellen Unterstützung der UPC [Union des Populations du Cameroun] folgender gangbarer Weg ausgearbeitet. Die Handelsvertretung Kairo erhält z.B. Anweisungen, dem Genossen Lutz Aulbach monatlich LE 1000 [Livre Égyptienne, umgerechnet rund 12.000 DM] zu geben (natürlich ist diese Summe nur willkürlich*

<sup>2214</sup> Stellvertretender Minister Willerding (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Geschäftsträger Kleinhempel (Botschaft in der Republik Äquatorialguinea), 26. Oktober 1973, PA AA, MfAA, C 1111/78, Fiche 1, S. 3-4.

<sup>2215</sup> Geschäftsträger Wendlandt (Botschaft in der Republik Äquatorialguinea) an Abteilungsleiter Böttger – Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 16. Oktober 1974, PA AA, MfAA, C 1100/78, Fiche 2, S. 144-146, hier S. 146.

<sup>2216</sup> Zentrallausschuss für Volkssolidarität an Solidaritätskomitee, 27. Oktober 1959, BArch, SAPMO, DZ 8 / 704.

*eingesetzt). Lutz Aulbach übergibt das Geld in bar an den Präsidenten der UPC. Auf diese Weise ist gewährleistet, dass die hiesige staatliche Instanz der DDR in keinem Fall in Erscheinung tritt.*<sup>2217</sup>

Ob die Union des Populations tatsächlich von einer ostdeutschen Institution oder Organisation die erbetene finanzielle Unterstützung erhielt, geht aus den eingesehenen Akten nicht hervor. Festgehalten werden kann aber, dass der Nationalrat der Nationalen Front 1959, noch vor der Gründung des Solidaritätskomitees, einen *Solidaritätstag für Kamerun* veranstaltete, auf dem es dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund gelang, 'Privatspenden' im Gesamtwert von umgerechnet rund 65.000 DM einzusammeln.<sup>2218</sup> Das Geld wurde der Union des Populations übergeben, die hiermit in der DDR Kampfausrüstungen erwarb. In welcher Form und in welchem Umfang die ostdeutsche Hilfe in den folgenden Jahren fortgesetzt wurde, lässt sich aus den eingesehenen Akten nur schwer ermitteln. Verschwiegenheit war oberstes Gebot. Auf die Bitte des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, die Staatliche Plankommission möge aus Sicherheitsgründen die ostdeutsche Unterstützung für die Union des Populations in ihren Aufzeichnungen künftig nicht mehr erwähnen, war schon im Abschnitt zur Wirtschaftshilfe hingewiesen worden. Als gesichert kann aber immerhin gelten, dass das Solidaritätskomitee die Union des Populations seit 1960 mit Studienplätzen<sup>2219</sup> und materieller Hilfe unterstützte.<sup>2220</sup> Möglicherweise handelte es sich auch bei der Lieferung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Union des Populations, von der im letzten Abschnitt die Rede war, um eine materielle Unterstützung, die letztlich vom Fonds des Solidaritätskomitees getragen wurde. Die Waren wurden zunächst in die Republik Guinea, später in die Republik Algerien, verschifft, wo sie von Vertretern der kamerunischen Bewegung in Empfang genommen wurden. Wie im Fall der materiellen Hilfe des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes bestand auch die materielle Unterstützung des Solidaritätskomitees aus Gütern, welche die Vertreter der Bewegung zum Teil kommerziell auf lokalen Märkten weiter veräußerten. Mit den hierbei erzielten Einnahmen erwarben sie dann die tatsächlich benötigten Güter – wahrscheinlich Waffen.

Der Kontakt des Solidaritätskomitees zur Union des Populations wurde bis mindestens 1969

<sup>2217</sup> Bevollmächtigter Scholz (Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten) an Hauptabteilung Kapitalistische Länder (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 27. Mai 1958, PA AA, MfAA, A 11182, S. 21-24, hier S. 23-24. In diesem Fall waren nur Währungsdaten aus dem Jahr 1960 verfügbar, die aber sehr nahe an denen von 1958 gelegen haben dürften. Der Wert wird in der Quelle mit 1000 LE angegeben. Der Wechselkurs lag 1960 bei ca. 1 LE : 12 DM. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 12.000 DM.

<sup>2218</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten an Abteilung Arabische Länder (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 13. April 1959, PA AA, MfAA, A 14353, S. 20. Der Wert wird in der Quelle mit 0,25 Mio. DM (Ost) angegeben. Der Wechselkurs lag 1959 bei ca. 1 DM (West) : 3,8 DM (Ost). Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 65.000 DM (West).

<sup>2219</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DZ 8 / 31.

<sup>2220</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DZ 8 / 704.

aufrecht erhalten.<sup>2221</sup> Dies ist durchaus von Bedeutung. Wandte sich die Sowjetunion samt ihrem Solidaritätskomitee doch schon Mitte der 1960er Jahre von der Bewegung ab und ermunterte die DDR mehrfach, es ihr gleichzutun. Wie im Fall Staatspräsident Joseph-Désiré Mobutus in der Demokratischen Republik Kongo spekulierte die Sowjetunion auf reguläre zwischenstaatliche Beziehungen mit Kamerun und zeigte kein Interesse, es sich mit dessen Staatspräsidenten, Ahmadou Ahidjo, aufgrund der revolutionären Phantasien einiger kommunistischer Abenteurer zu verschmerzen. In der DDR hingegen hielten sich Anhänger der Union des Populations noch mindestens bis Ende der 1960er Jahre auf, gingen einer Berufsausbildung oder einem Studium nach. Ob allerdings hierüber hinaus auch die ostdeutsche materielle Unterstützung für die Bewegung so lange aufrecht erhalten wurde, lässt sich nicht abschließend klären. Diesbezügliche Anfragen gab es zuhauf. So bat ein Mitglied des Revolutionären Komitees der Union des Populations, Nicanor Njiawue, das Solidaritätskomitee noch 1963 um „40 Schalldämpferrevolver“, Tonbandgeräte und Fotoapparate zum Aufbau eines eigenen „Sicherheitsdienstes“, sowie den Druck von kamerunischem Falschgeld und falschen kamerunischen Ausweisen, für den sich zunehmend in den Untergrund verlagernden bewaffneten 'Befreiungskampf' der Bewegung.<sup>2222</sup> Ob das Solidaritätskomitee allerdings auf solche Anfragen einging, ob es sie gar an eine staatliche Institution der DDR, wie das Ministerium für Staatssicherheit, weiterleitete, ist mehr als fraglich. In den eingesehenen ostdeutschen Akten konnte zumindest kein Hinweis auf ein solches Vorgehen gefunden werden.

Besser lässt sich da schon die Unterstützung des Solidaritätskomitees für die Befreiungsbewegung in Angola rekonstruieren. Doch soll die Auseinandersetzung mit dessen dortiger Tätigkeit – nicht zuletzt, da sie hier auch am stärksten ausfiel – dem übernächsten Unterabschnitt vorbehalten bleiben.

Das stärkste Engagement des Solidaritätskomitees hätte man eigentlich in der Demokratischen Republik Kongo erwarten können. Wurde der Kalte Krieg hier doch lange Zeit weit schärfer und mit größerer Vehemenz als andernorts ausgetragen. Doch trat das ostdeutsche Solidaritätskomitee hier, abgesehen von einer breit angelegten Öffentlichkeitsarbeit, deren Höhepunkt eine Solidaritätswoche anlässlich der Ermordung Ministerpräsident Patrice Lumumbas im Frühjahr 1961 war,<sup>2223</sup> erstaunlicherweise nicht groß in Erscheinung. Eine materielle Unterstützung im Wert von umgerechnet gerade einmal rund 60.000 DM an die Regierung Gizenga in Stanleyville im Jahr 1961 war das Einzige, wozu das Solidaritätskomitee sich ruhigen Gewissens entschließen konnte.

<sup>2221</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 30, IV A 2/20/980.

<sup>2222</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, 29. Oktober 1963, BArch, SAPMO, DZ 8 / 175.

<sup>2223</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DZ 8 / 228.

Diese einmalige Sendung, an der auch das ostdeutsche Ministerium für Gesundheit und das Rote Kreuz der DDR beteiligt waren, wurde in der Vereinigten Arabischen Republik von den dort stationierten Vertretern der Regierung Gizenga in Empfang genommen. Wie so häufig wurden Teile der Lieferung auf den lokalen Märkten verkauft, die hierbei erzielten Erlöse teils privat zweckentfremdet, teils zum Erwerb für den 'Befreiungskampf' relevanter Güter eingesetzt.<sup>2224</sup> Damit hatte das Solidaritätskomitee aber auch schon seine Schuldigkeit getan. Es verabschiedete sich vom kongolesischen Schauplatz – lange bevor 1964 die Volksrepublik Kongo in und um Stanleyville Gestalt annahm. Kontakte zu einzelnen Oppositionsbewegungen bestanden zwar bis in die 1970er Jahre fort, zu einem tatsächlichen Engagement konnten die Kongolesen das Komitee aber nicht mehr bewegen.

*c) Hilfe nur für Glaubensbrüder – Westdeutscher Kirchlicher Beistand für die Republik Kamerun*

Das Christentum hatte in den Gebieten, die heute die Republik Kamerun bilden, im 19. Jahrhundert, mit der protestantischen Missionsarbeit britischer und deutsch-amerikanischer Baptisten, Einzug gehalten.<sup>2225</sup> Mit der Kolonialisierung Kameruns durch das Deutsche Reich hatten dann deutschsprachige und deutsche Missionsorganisationen die Christianisierung des Landes übernommen. Auf protestantischer Seite engagierten sich seit 1886 vor allem die schweizerische Basler und die deutsche Gossner Mission,<sup>2226</sup> seit 1891 auch deutsche Baptisten, auf katholischer Seite die Gesellschaft des Katholischen Apostolates, die bereits 1905 die Gründung einer ersten apostolischen Präfektur in Kamerun ermöglichte. Der verlorene Erste Weltkrieg und die anschließende Verdrängung des Deutschen Reiches aus dem afrikanischen Raum konnten die Arbeit der deutschen Missionare zwar vorübergehend unterbinden, zu einer vollständigen Einstellung der deutschen Missionsarbeit kam es aber nicht. Auch nach der Umwandlung der deutschen Kolonie in ein Mandatsgebiet des Völkerbunds, unter Verwaltung Frankreichs und Großbritanniens, gelang es deutschen Missionaren in Kamerun zu arbeiten – wenn auch nur unter dem Mantel ausländischer Missionsgesellschaften. Hierbei schälte sich schon bald eine räumliche Trennung heraus. Während sich protestantische Missionare auf Britisch-Kamerun, das spätere Westkamerun, konzentrierten, beschränkte sich die Missionsarbeit der Katholiken weitgehend auf Französisch-Kamerun, das

<sup>2224</sup> Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DY 30, IV 2/20/419. Der Wert wird in der Quelle mit 0,3 Mio. DM (Ost) angegeben. Der Wechselkurs lag 1961 bei ca. 1 DM (West) : 5 DM (Ost). Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 60.000 Mio. DM (West).

<sup>2225</sup> Weber, Charles William: International influences and baptist mission in West Cameroon. German-American missionary endeavour under international mandate and British colonialism. Leiden u.a. 1993, S. 152.

<sup>2226</sup> Seeberg, Martin: Die Gossner Mission und der Kolonialismus, 3 [aus: [http://www.gossnermission.de/media/pdf/texte\\_geschichte\\_kolonialismus.pdf](http://www.gossnermission.de/media/pdf/texte_geschichte_kolonialismus.pdf) vom 18.06.2011.].



spätere Ost-Kamerun. Auch die in den 1950er Jahren einsetzende Vorbereitung der beiden Mandatsgebiete auf die Unabhängigkeit, die 1955 auf katholischer Seite zur Einrichtung des Metropolitanerzbistums Yaoundé, 1957 auf protestantischer Seite zur weitgehenden Überführung der Basler Mission in die indigene *Église Presbytérienne Camerounaise* führte, änderte an deren Willen zur Missionierung nur wenig. Auf katholischer Seite waren weiterhin die Gesellschaft des Katholischen Apostolates, seit Ende der 1950er Jahre Missionare und Laienbrüder der Missionsgesellschaft vom Heiligen Geist, sowie Schwestern der Kongregation der Schwestern vom Allerheiligsten Heiland im Metropolitanerzbistum Yaoundé und den übrigen ihm zugeordneten kamerunischen Präfekturen aktiv.<sup>2227</sup> Auf protestantischer Seite missionierte seit 1954 die freikirchliche deutsch-französisch-schweizerische Europäische Baptistenmission – deren Gläubige, Aktive und Finanziere im Wesentlichen aus der Bundesrepublik stammten<sup>2228</sup> – im Norden Französisch-Kameruns. In und um Maroua<sup>2229</sup> betrieben ihre Missionare seit 1955 in eigener Verantwortung<sup>2230</sup> das *Collège Libamba*,<sup>2231</sup> mindestens eine Missionsstation in den Mandarabergen,<sup>2232</sup> sowie drei Krankenstationen.<sup>2233</sup> Als europäische Organisation mit französischem Einschlag bereiteten ihnen die französischen Behörden hierbei kaum Schwierigkeiten. Auch die überkonfessionelle Herrnhuter Mission, die sich zur Zeit des deutschen Kolonialreichs noch ganz auf Deutsch-Ostafrika konzentriert hatte, begann nach 1945 in Kamerun aktiv zu werden – mit Unterstützung der Evangelischen Kirche Deutschlands.<sup>2234</sup>

Der Gesamtumfang des deutschen Missionspersonals in den 1950er und 1960er Jahren lässt sich nur schwer bestimmen. In einem Bericht des Auswärtigen Amtes von 1962 heißt es zu dieser Frage:

*„Hinsichtlich des Einsatzes deutscher Kräfte in den Missionen Afrikas ist allgemein folgendes zu beachten:*

*1) Die Zahl der Missionsfelder mit ausschließlich deutschen Missionskräften nimmt im Zuge der Schaffung einheimischer Kirchen naturgemäß ab, was aber nicht hindert, daß bei dem Wachstum der jungen Kirchen eine stets gesteigerte Mitarbeit deutscher Kräfte von einheimischer Seite gewünscht und*

<sup>2227</sup> Auswärtiges Amt an Botschafter Thomsen (Botschaft in der Republik Kamerun), o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 34, 156.

<sup>2228</sup> Pressereferent Tölle (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 23. Februar 1962, PA AA, AA, B 34, 349.

<sup>2229</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, 23. Februar 1962, PA AA, AA, B 92, 363.

<sup>2230</sup> Bahnsch (Deutscher Evangelischer Missions-Rat) an Referatsleiter Kunisch – Referat Kirchliche Beziehungen zum Ausland, kulturelle Aufgaben karitativer Art, Medizinalangelegenheiten (Auswärtiges Amt), 1. Oktober 1960, PA AA, AA, B 92, 175.

<sup>2231</sup> Elles (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 26. Oktober 1961, PA AA, AA, B 34, 250.

<sup>2232</sup> Auswärtiges Amt an Botschafter Thomsen (Botschaft in der Republik Kamerun), o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 34, 156.

<sup>2233</sup> Abteilung Kultur (Auswärtiges Amt) an Minister Schröder (Auswärtiges Amt), 8. November 1962, PA AA, AA, B 92, 262.

<sup>2234</sup> Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland) an Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland), o.T. o.M. o.J., EZA, B2, 332.

auch erforderlich ist.

2) Nur noch wenige Missionsinstitute setzen ihren Missionsstab in Afrika ausschließlich aus Angehörigen einer Nationalität zusammen, entsprechend dem Rat, den schon die päpstliche Enzyklika „Maximum Illud“ (1919) auf Grund der Erfahrungen des Ersten Weltkrieges gegeben hatte. Dazu kommen die Erfordernisse der Beteiligung des einheimischen Elements an den Funktionen der Mission, so daß es in vielen Fällen schwierig ist, den Grad der Beteiligung deutscher Kräfte an Missionseinrichtungen genau zu bestimmen.“<sup>2235</sup>

Neben der Missionierung spielte der Kalte Krieg für die westdeutschen Kirchen in Kamerun nur eine untergeordnete Rolle. Auch wenn das sozialistische Lager sich erstaunlicherweise bemüht zeigte, selbst auf diesem Gebiet Fuß zu fassen. So wurde das französischsprachige Kamerun über die protestantische *Société Biblique Protestante de Paris* von der ostdeutschen Evangelischen Haupt-Bibelgesellschaft zu Berlin mit Bibeln beliefert. 1962 berichtete der westdeutsche Botschafter in Kamerun, Karl Döring, dem Auswärtigen Amt:

*„Im kamerunischen Buchhandel (Verkaufsstellen der Bibelgesellschaft) wird eine deutschsprachige Bibel vertrieben, die im Jahre 1955 von der „Evangelischen Haupt-Bibelgesellschaft zu Berlin“ herausgegeben und vom VEB [Volkseigenen Betrieb] Offizin Andersen Nexö in Leipzig III/18/38 gedruckt und gebunden wurde. Auf der letzten Textseite trägt sie den Vermerk „Veröffentlicht unter der Lizenznummer 481 des Amtes für Literatur und Verlagswesen der Deutschen Demokratischen Republik 485/3/55“. Die Botschaft erfährt dazu von der Bibelgesellschaft Jaunde, daß diese Ausgabe, die in erster Linie für deutschsprechende Kameruner bestimmt ist, von der Pariser Bibelgesellschaft geliefert worden ist.“*<sup>2236</sup>

Die evangelische Kirche der Tschechoslowakei bot Geistlichen aus Kamerun sogar Fortbildungs- und Studienplätze an.<sup>2237</sup> Die westdeutschen Kirchen reagierten ihrerseits mit einer begrenzten Lieferung von westdeutschen deutschsprachigen Bibeln und Gesangbüchern<sup>2238</sup> – eine letzte gesellschaftliche Aktion, deren Ursache guten Gewissens im deutsch-deutschen Gegensatz vermutet werden darf. Von weit größerer Bedeutung dürfte in Zusammenhang mit dem Kalten Krieg aber die Entsendung von westdeutschen Beratern für sogenannte 'Dorferneuerungsprogramme' der kamerunischen Regierung gewesen sein, die über den ökumenischen Laurentinskonvent, im Auftrag des Weltfriedensdienstes, erfolgte. Hierbei handelte es sich um Umsiedlungsprogramme speziell für

---

<sup>2235</sup> Referatsleiter Kunisch – Referat Kirchliche Beziehungen zum Ausland, kulturelle Aufgaben karitativer Art, Medizinalangelegenheiten (Auswärtiges Amt) an Büro Staatssekretär (Auswärtiges Amt) und Minister Schröder (Auswärtiges Amt), 8. November 1962, PA AA, AA, B 92, 262.

<sup>2236</sup> Botschafter Döring (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 17. Oktober 1962, PA AA, AA, B 92, 363.

<sup>2237</sup> Jung an Auswärtiges Amt, 28. März 1960, PA AA, AA, B 34, 42.

<sup>2238</sup> Generalkonsul Soehring (Generalkonsul in der belgischen Kolonie Belgisch-Kongo) an Auswärtiges Amt, 2. Juni 1959, PA AA, AA, B 92, 102.

die Volksgruppe der Bamiléké, die den Großteil der Kämpfer der Union des Populations du Cameroun gestellt hatte.<sup>2239</sup> Mit der Umsiedlung wollte der kamerunische Staat seine Kontrolle über ihre Territorien zementieren und die verbliebenen Untergrundkämpfer der Bewegung von ihren Unterstützern abschneiden.

Ansonsten lag das Augenmerk der Kirchen aber ganz auf der Missionsarbeit – wobei die Missionierung selbst zunehmend in die Hände der indigenen Brüder und Schwestern gelegt wurde, die in ihrer Arbeit dann mit westdeutscher Kirchenhilfe unterstützt wurden. So hieß es 1962 in einer Aufzeichnung der westdeutschen Botschaft in Kamerun über die dortige Tätigkeit der Evangelischen Kirche Deutschlands:

*„Die Schlussfolgerungen, die sich aus dem „Afrikanisierungsprozess“ für eine deutsche evangelische Missionstätigkeit ergeben, brachte der (afrikanische) Generalsekretär der Fédération des Églises et Missions Évangéliques du Cameroun et l'Afrique Équatoriale, Pastor [Eugène] Mallo, auf folgende Formel: Den Kirchen und Missionen der Fédération muss die Möglichkeit erhalten bleiben, sich an deutsche Schwesterkirchen mit der Bitte um Hilfe zu wenden. Sie haben allerdings nicht die Absicht, um die Entsendung deutscher Missionare, vielleicht aber um die Entsendung deutscher Spezialisten (Hochschullehrer, Lehrer für höhere Lehranstalten usw.) zu bitten.“*<sup>2240</sup>

Tatsächlich entsandten die westdeutschen Kirchen über die ökumenische Organisation Dienste in Übersee unzählige Berater.<sup>2241</sup> Unter diesen befanden sich nicht wenige Deutschlehrer, die an den von den Kirchen betriebenen kamerunischen Grund- und Oberschulen unterrichteten.<sup>2242</sup> Westdeutsche Kirchen und staatliche Kirchenhilfe der BRD kamen hier also in genau dem Bereich zum Einsatz, der – wie schon im Abschnitt zur Kulturhilfe erwähnt – der westdeutschen Kulturarbeit, aufgrund der Rücksichtnahme auf französische und britische Bedenken, verwehrt geblieben war.

Vor allem im Fall der katholischen Entwicklungshilfe lässt sich darüber hinaus eine starke geographische Überschneidung mit Einrichtungen der katholischen Missionsorganisationen feststellen. Insgesamt flossen bis Mitte der 1960er Jahre rund 60% der katholischen Entwicklungshilfe für Kamerun in eben solche Projekte.<sup>2243</sup> Im Norden Ost-Kameruns wurde über die Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe und Misereor im Rahmen der Dorf- und

---

<sup>2239</sup> Montag – Referat Personelle Hilfe (Auswärtiges Amt) an Berger und Robert und Jovy (Auswärtiges Amt) und Bundesministerium der Finanzen, 23. Januar 1962, PA AA, AA, B 68, 45.

<sup>2240</sup> Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun an Auswärtiges Amt, 23. Februar 1962, PA AA, AA, B 92, 363.

<sup>2241</sup> Kirchliches Außenamt (Evangelische Kirche in Deutschland) an Kirchliches Außenamt (Evangelische Kirche in Deutschland), o.T. o.M. o.J., EZA, B 6, 3702.

<sup>2242</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, Zwischenarchiv, 102955.

<sup>2243</sup> Botschafter Döring (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun) an Auswärtiges Amt, 4. Mai 1965, PA AA, AA, B 92, 363.

Gebietsentwicklung Mayo-Ouldeme ein landwirtschaftliches Ausbildungszentrum errichtet.<sup>2244</sup> Im Süden Ost-Kameruns wurde über die Katholische Zentralstelle und weitere kirchliche Zuschüsse, im Rahmen der *Action Paysanne* der kamerunischen Regierung, das Gesundheits- und Ausbildungswesen in der Genossenschaft N’Kpwang,<sup>2245</sup> ein Dorf mit Schulungszentrum in Minkouma,<sup>2246</sup> ein landwirtschaftliches Ausbildungszentrum in Diang, die Ausstattung eines Hospitals in Tokombere, die Wasserversorgung und Ausrüstung für eine Krankenstation und Lehrwerkstätten in Nsimalen in der Diözese Yaoundé,<sup>2247</sup> sowie die Planung einer Musterzuchtanlage für Kleinvieh<sup>2248</sup> finanziert. Noch weitere Gelder scheinen seitens der Katholischen Kirche Deutschlands geflossen zu sein,<sup>2249</sup> doch ließ sich ihre Verwendung anhand der eingesehenen Akten nicht näher bestimmen.

Auch die Evangelische Kirche Deutschlands unterstützte das Missionswesen ihrer Konfession. Die Basler Mission erhielt von Brot für die Welt einen finanziellen Zuschuss zur Errichtung eines Krankenhauses im westkamerunischen Acha Tugi.<sup>2250</sup> Die Europäische Baptistenmission dürfte ebenfalls mit kleineren finanziellen Unterstützungen für die Projekte ihrer Stationen bedacht worden sein.<sup>2251</sup>

Der Schwerpunkt der Unterstützung der evangelischen Kirche lag aber klar auf dem Auf- und Ausbau der Strukturen der indigenen *Église Presbytérienne Camerounaise*, deren Projekte in erheblichem Umfang kofinanziert wurden. Auf dem wirtschaftlichen Sektor wurden ein landwirtschaftliches Entwicklungsprogramm für die Region Bamoun, der Straßenbau in der Region Bambimbi<sup>2252</sup> und eine landwirtschaftliche Genossenschaft bei Yoko unterstützt.<sup>2253</sup> Auf dem sozialen Sektor wurden Zuschüsse an Krankenstationen in Ndegbele und Legmbe-Ndogbiakat, ein Entbindungsheim in der Präfektur von Ndikinimeke, ein Mädchenwohnheim<sup>2254</sup> und ein

<sup>2244</sup> Auswärtiges Amt an Referat Kirchliche Beziehungen zum Ausland, kulturelle Aufgaben karitativer Art, Medizinalangelegenheiten (Auswärtiges Amt), 16. Juni 1962, PA AA, AA, B 92, 485.

<sup>2245</sup> Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (Katholische Kirche in Deutschland) an Abteilung Kultur (Auswärtiges Amt), 19. März 1963, PA AA, AA, B 92, 485.

<sup>2246</sup> Auswärtiges Amt an Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und Bundesministerium der Finanzen und Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 10. Mai 1963, PA AA, AA, B 92, 485.

<sup>2247</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 34, 495.

<sup>2248</sup> Missionsgesellschaft vom heiligen Geist in Köln am Rhein an Auswärtiges Amt, 26. August 1965, PA AA, AA, B 92, 477.

<sup>2249</sup> Presse- und Informationsamt der Bundesregierung an Referat Kirchliche Beziehungen zum Ausland, kulturelle Aufgaben karitativer Art, Bildungshilfe (Auswärtiges Amt), 11. Dezember 1967, PA AA, AA, B 92, 422.

<sup>2250</sup> Feldsekretär Bachmann (Basler Mission in West-Kamerun) an Botschafter Döring (Botschaft in der Bundesrepublik Kamerun), 13. Oktober 1963, PA AA, AA, B 92, 363.

<sup>2251</sup> Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland) an Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland), o.T. o.M. o.J., EZA, B 2, 5837.

<sup>2252</sup> Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland) an Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland), o.T. o.M. o.J., EZA, B 2, 10045.

<sup>2253</sup> Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland) an Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland), o.T. o.M. o.J., EZA, B 2, 10044.

<sup>2254</sup> Innere Mission und Hilfswerk der Evangelischen Mission Deutschland an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA,

Sozialzentrum in Douala vergeben.<sup>2255</sup> Auf dem Bildungssektor wurden ein kunsthandwerkliches Zentrum bei Mankon<sup>2256</sup> und die Handelsschule in Douala bezuschusst.<sup>2257</sup> Daneben erfolgte, in enger Verzahnung mit der eigenen Konfession, die Unterstützung von evangelischen Grundschulen, primär im bereits erwähnten, von den Kämpfen zwischen kamerunischen Sicherheitskräften und Kämpfern der Union des Populations verwüsteten Bezirk Bamiléké,<sup>2258</sup> von evangelischen Oberschulen und Lehrerseminaren in Limbé, bei Kumba,<sup>2259</sup> in Bansoa, in Edea,<sup>2260</sup> bei Bali<sup>2261</sup> und bei Ndoungué.<sup>2262</sup> Zu kleineren Hilfen kam es im Bereich der Ausbildungs-, Lebensmittel- und Krankenhilfe in Douala, Ndiki-Somo und Bangwa.<sup>2263</sup> Auf dem religiösen Sektor wurde über die Bremer Evangelische Kirche und Brot für die Welt der Ausbau eines nationalen protestantischen Zentrums nahe der Ortschaft Lobethal unterstützt. Das Projekt beinhaltete die Errichtung eines Gemeinde- und Sozialzentrums.<sup>2264</sup> Weitere Hilfe erhielt der Aufbau eines Apparates für die evangelische Öffentlichkeitsarbeit in Kamerun. Zuschüsse wurden für den Bau des evangelischen Literaturzentrums *Centre de Littérature Évangélique* in Yaoundé<sup>2265</sup> sowie für Mitarbeiterwohnungen des *Communication Department*, ehemals *Radio and Literature Department*, der *Église Presbytérienne Camerounaise* in Buéa gewährt.<sup>2266</sup>

All diese evangelischen Projekte konzentrierten sich zunächst auf West-Kamerun und den Süden Ost-Kameruns. Erst mit dem Einsetzen der Dürre in der Sahelzone, die um 1970 den Norden des Landes erfasste, nahm sich die evangelische Kirchenhilfe dann auch dieser Region an. Zuschüsse wurden nun an ein Wiederansiedlungsprogramm, wohl nahe Ngaoundere,<sup>2267</sup> ein Landwirtschafts-

---

AA, B 92, 363.

<sup>2255</sup> Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland) an Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland), o.T. o.M. o.J., EZA, B 2, 10044.

<sup>2256</sup> Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland) an Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland), o.T. o.M. o.J., EZA, B 2, 10042.

<sup>2257</sup> Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland) an Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland), o.T. o.M. o.J., EZA, B 2, 10045.

<sup>2258</sup> Innere Mission und Hilfswerk der Evangelischen Mission Deutschland an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 92, 363.

<sup>2259</sup> Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland) an Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland), o.T. o.M. o.J., EZA, B 2, 5837.

<sup>2260</sup> Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland) an Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland), o.T. o.M. o.J., EZA, B 2, 10044.

<sup>2261</sup> Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland) an Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland), o.T. o.M. o.J., EZA, B 2, 5837.

<sup>2262</sup> Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland) an Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland), o.T. o.M. o.J., EZA, B 2, 10044.

<sup>2263</sup> Innere Mission und Hilfswerk der Evangelischen Mission Deutschland an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 92, 363.

<sup>2264</sup> Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland) an Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland), o.T. o.M. o.J., EZA, B 2, 10849.

<sup>2265</sup> Auswärtiges Amt an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 34, 495.

<sup>2266</sup> Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland) an Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland), o.T. o.M. o.J., EZA, B 2, 10044.

<sup>2267</sup> Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland) an Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland), o.T. o.M. o.J., EZA, B 2, 10044.

und ein Jugendzentrum<sup>2268</sup> ein Spital in Manyemen,<sup>2269</sup> Grundschulen<sup>2270</sup> und eine Lehrerschule in Mokolo vergeben.<sup>2271</sup> Die Schwerpunkte der evangelischen Kirchenhilfe sollten aber auch weiterhin – zumindest bis Ende 1975 – im Westen und Süden des Landes liegen.

An den Strukturen der christlichen Missionierung, die unter deutscher Kolonialverwaltung etabliert und dann unter britischer und französischer Mandatsverwaltung fortgesetzt worden waren, sollte sich also auch nach 1960 nur wenig ändern.

#### *d) Ein kleiner Beitrag zum Sieg des Sozialismus – Ostdeutsche Solidaritätshilfe für die Republik Angola*

Ausgelöst durch die gewalttätige Niederschlagung von indigenen Arbeiterunruhen im Norden des Landes und die sich zuspitzende politische Entwicklung in der benachbarten Demokratischen Republik Kongo brach 1961 in der portugiesischen Überseeprovinz Angola ein gegen die portugiesische Verwaltungsmacht gerichteter Aufstand aus. Befeuert wurde er von der Befreiungsbewegung União das Populações de Angola, deren Freiheitskämpfer von ihrem Exil in der Demokratischen Republik Kongo in den Norden Angolas vorstießen und ihre Bewegung den Angolanern als indigene Führungsmacht eines künftigen freien Angolas empfahlen. Nach der Verlegung größerer Truppenverbände in die Unruhegebiete, gelang es Portugal und den portugiesischen Siedlern zwar, den Aufstand niederzuschlagen, doch hatte der Gewalteinsatz eine Massenflucht der indigenen Bevölkerung Nordangolas in die Demokratische Republik Kongo zur Folge. Auch den Aufständischen gelang es problemlos, den portugiesischen Truppen zu entkommen und sich wieder in den Kongo zurückzuziehen. Gespeist aus dem Elend der Flüchtlingslager wuchsen die Verbände der União das Populações rasch an, doch hatte ihr Erfolg auch andere angolanische Befreiungsbewegungen angelockt, die sich zunächst in die Bewegung einzugliedern suchten, schon bald aber feststellen mussten, dass sich die Bewegung politisch wie personell in eine für sie ungünstige Richtung entwickelte. Hierbei handelte es sich mehrheitlich um Mitglieder der Movimento Popular de Libertação de Angola. 1956 war diese Bewegung aus einem Zusammenschluss der *Partido Comunista Angolano* und der *Partido da Luta Unida dos Africanos de Angola* hervorgegangen, der sich rasch weitere Befreiungsbewegungen angeschlossen hatten.

---

<sup>2268</sup> Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland) an Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland), o.T. o.M. o.J., EZA, B 2, 10045.

<sup>2269</sup> Innere Mission und Hilfswerk der Evangelischen Mission Deutschland an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 92, 363.

<sup>2270</sup> Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland) an Kirchenamt (Evangelische Kirche in Deutschland), o.T. o.M. o.J., EZA, B 2, 10043.

<sup>2271</sup> Innere Mission und Hilfswerk der Evangelischen Mission Deutschland an Auswärtiges Amt, o.T. o.M. o.J., PA AA, AA, B 92, 363.

Ihre Unterstützer saßen in Moskau, diejenigen der União das Populações in Washington.<sup>2272</sup> So war es nur eine Frage der Zeit, bis das fragile Bündnis zerbrach. Aus der União das Populações ging 1962 die Frente Nacional de Libertação de Angola hervor, die sich klar zum Westen bekannte. Die Movimento Popular zog ihre Vertreter ab und schuf sich im kongolesischen Exil eine eigene Infrastruktur. Als dann Ende 1965 Joseph-Désiré Mobutu – ein Unterstützer der Frente Nacional – im Kongo die Macht übernahm, machte er der Movimento Popular die Auflage, sich der Frente Nacional unterzuordnen oder das Land zu verlassen. Deren Führung entschied sich für Letzteres. Das Hauptquartier der Movimento Popular wurde in die Republik Kongo verlegt. Ein Schritt, der sich schon bald als äußerst gewinnbringend herausstellen sollte, war doch die Republik Kongo auf dem besten Weg, sich zu einem Bündnispartner der sozialistischen Staaten, die ja auch die Movimento Popular im Wesentlichen unterstützten, zu entwickeln. Ausgehend von der Republik Kongo unternahm die Bewegung fortan in regelmäßigen Abständen kleinere Einbrüche in die angolanische Exklave Cabinda und nach Nordangola. Erst zu Beginn der 1970er Jahre, mit dem Aufbau einer zweiten Front in Ostangola, nahe der Grenze zu Zimbabwe, gelang es ihr jedoch, Teile angolanischen Territoriums tatsächlich zu infiltrieren. Die Frente Nacional gab sich demgegenüber lange Zeit mit gelegentlichen Übergriffen auf den nordangolanischen Grenzraum zufrieden. Aus Unzufriedenheit über ihre Führung spalteten sich 1966 einige ihrer Vertreter aus dem Süden Angolas ab und gründeten die União Nacional para a Independência Total de Angola, die schon bald in den Republiken Südafrika und Simbabwe Unterstützung fanden. Die militärischen Erfolge aller drei Bewegungen blieben aber auch weiterhin bescheiden. Das portugiesische Militär konnte die Überseeprovinz problemlos halten, der Geheimdienst *Polícia Internacional e de Defesa do Estado* die Bewegungen erfolgreich infiltrieren und ihre Aktivitäten überwachen. Die portugiesische Kontrolle über Angola nahm eher zu denn ab. Einen Umschwung brachte erst die bereits erwähnte Nelkenrevolution des Jahres 1974, in deren Folge die faktische Diktatur des Estado Novo in Lissabon beendet und Gespräche zwischen einer neuen, demokratisch gewählten portugiesischen Regierung und allen drei angolanischen Befreiungsbewegungen über die Dekolonialisierung Angolas eingeleitet werden konnten. Vertreter jeder Bewegung wurden mit Posten einer Übergangsregierung versehen. Nur die Außen- und die Sicherheitspolitik verblieben zunächst in portugiesischen Händen. Im November 1975 sollten den Angolanern dann auch diese beiden Posten übergeben und das Land, nach Abhaltung seiner ersten freien Wahlen, in die Unabhängigkeit entlassen werden. Doch es kam anders. Statt auf eine politische, bereiteten sich alle drei Bewegungen auf eine militärische Lösung der Regierungsfrage vor. Die Unterstützung der

---

<sup>2272</sup> Walker, John Frederick: A Certain Curve of Horn. The Hundred-Year Quest for the Giant Sable Antelope of Angola. New York 2004, S. 146.

Bewegungen aus dem Ausland hatte Anfang 1975 merklich angezogen und entscheidend mit dazu beigetragen, deren Führungen diesen Schritt wagen zu lassen. Der Kalte Krieg hielt Einzug in Angola. Statt Wahlen brachen Kämpfe im Herbst des Jahres aus. Im November gelang es Kräften der Movimento Popular, die angolansische Hauptstadt Luanda von den Kräften der Frente Nacional und der União Nacional zu 'säubern' und die Volksrepublik Angola auszurufen. Die beiden unterlegenen Bewegungen zogen sich in den Osten und den Süden des Landes zurück, wo sie eine Gegenregierung bildeten und die Freie Republik Angola ausriefen. Die Zeit der Angola-Krise war angebrochen. Schon bald standen den Kräften der Movimento Popular, die von der Sowjetunion und Kuba mit Kampfeinheiten unterstützt wurden, im Norden Einheiten der Frente Nacional, unterstützt von Zaïre, den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China, und im Süden Einheiten der União Nacional und der Republik Südafrika, die sich ebenfalls mit Kampfeinheiten direkt in den Konflikt eingeschaltet hatte, gegenüber.

Das ostdeutsche Solidaritätskomitee war bereits 1960, ein Jahr vor dem Ausflammen der ersten Unruhen, auf die angolansische Befreiungsbewegung aufmerksam geworden. Über einen Fonds, der sich an afrikanische Befreiungsbewegungen richtete, flossen Zuwendungen zunächst an die União das Populações,<sup>2273</sup> ab 1961 dann, als sich die Streitigkeiten über die politische Entwicklung der Bewegung zu häufen begannen, an die Movimento Popular.<sup>2274</sup> Lediglich eine Ausnahme konnte in den Akten gefunden werden. Ein Teil der Hilfe des Solidaritätskomitees wurde über die transnationale Organisation for African Unity vergeben. Diese Organisation lieferte zu Beginn der 1970er Jahre – ob versehentlich oder gewollt geht aus den Akten nicht klar hervor – 3.000 ostdeutsche Uniformen, die für die Movimento Popular bestimmt waren, an die Frente Nacional.<sup>2275</sup>

Der Fokus des Solidaritätskomitees lag aber klar auf der Movimento Popular. Die Hilfe des Komitees konzentrierte sich zunächst auf den Auf- und Ausbau deren Bewegungs- und Propagandaapparates.<sup>2276</sup> Eine kleine Zahl von Studien-, eine größere Zahl von Berufsausbildungsplätzen,<sup>2277</sup> sowie eine materielle Unterstützung wurden gewährt. Zu den ersten Lieferungen des Solidaritätskomitees zählten Ausrüstungsgegenstände für den Kampf und die Öffentlichkeitsarbeit der Bewegung.<sup>2278</sup> Letztere umfassten Kameras, Projektoren und Filmmaterial, Erstere Rucksäcke, Feldflaschen, Schrielpfeifen, Marschkompasse, Fahrtenmesser, Äxte, Beile und

---

<sup>2273</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, o.T. o.M. 1960, BArch, SAPMO, DZ 8 / 704.

<sup>2274</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DZ 8 / 229.

<sup>2275</sup> Botschaftsrat Plettner (Botschaft in der Republik Zaïre) an Abteilung Ost- und Zentralafrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) und Abteilung Internationale Verbindungen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 12. November 1974, PA AA, MfAA, C 6158, Fiche 1, S. 12.

<sup>2276</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DZ 8 / 419.

<sup>2277</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DZ 8 / 420.

<sup>2278</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, o.T. o.M. 1961, BArch, SAPMO, DZ 8 / 229.



Drahtschneider, Trainings- und Tarnanzüge und sogar Faltkatamarane samt Außenbordmotoren.<sup>2279</sup> Mit der Lieferung regulärer Uniformen tat sich das Solidaritätskomitee dagegen lange Zeit schwer. Stattdessen lieferte es Textilien, Nähgarn und Nähmaschinen<sup>2280</sup> und bot der Movimento Popular damit die Möglichkeit, sich die von ihr benötigten Uniformen, darüber hinaus aber auch dringend benötigte zivile Kleidungsstücke, selbst herzustellen. Ein Teil der so produzierten Kleidung wurde dann wahrscheinlich auf den kongolesischen Märkten verkauft, um der Bewegung eine zusätzliche Einnahmequelle zu verschaffen.

Die materielle Unterstützung wurde in den folgenden Jahren kontinuierlich ausgebaut. Zu Beginn der 1970er Jahre, mit dem Aufbau der 'Ostfront' und dem damit verbundenen Bedeutungsgewinn der Movimento Popular, begann das Solidaritätskomitee dann, auch höherwertige Güter zu liefern.<sup>2281</sup> So erhielt die Bewegung nun zwanzig Funkgeräte des Typs SEG 20.<sup>2282</sup> Außerdem wurde erstmals eine Unterstützung eingeleitet, die tatsächlich der Zivilbevölkerung der nun offiziell 'befreiten' Gebiete in Ostangola zugute kam. Kleidungsstücke wurden vom Solidaritätskomitee geliefert<sup>2283</sup> – allerdings wahrscheinlich von der Movimento Popular an die Zivilbevölkerung verkauft und nicht, 'im Geiste der Solidarität', verschenkt. Auch wurden über das Solidaritätskomitee 75.000 Schulbücher für die in den 'befreiten Gebieten' lebenden Schulkinder verschickt<sup>2284</sup> – wohl um der internationalen Öffentlichkeit die 'Regierungsfähigkeit' der Bewegung zu demonstrieren.

Der Wert der jährlichen Unterstützung schwankte bis 1970 zwischen umgerechnet rund 0,01 Mio. DM und umgerechnet rund 0,1 Mio. DM.<sup>2285</sup> Erst zu Beginn der 1970er Jahre wurde die jährliche Unterstützung auf durchschnittlich umgerechnet rund 0,21 Mio. DM angehoben.<sup>2286</sup> Zusätzlich wurde nun auch ein Sonderfonds für die Befreiungsbewegungen der portugiesischen Überseegebiete eingerichtet, aus dem die Movimento Popular jährlich umgerechnet rund 0,06 Mio. DM bezog.<sup>2287</sup> 1974 wurde die jährliche Summe aus regulärer Hilfe und Sonderfonds dann noch

---

<sup>2279</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DZ 8 / 31.

<sup>2280</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DZ 8 / 420.

<sup>2281</sup> Schleicher, Ilona 1998, S. 22.

<sup>2282</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, 31. Juli 1974, BArch, SAPMO, DZ 8 / 20.

<sup>2283</sup> Solidaritätskomitee an Parteivorsitzender Neto (MPLA), o.T. o.M. 1974, BArch, SAPMO, DZ 8 / 9.

<sup>2284</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DZ 8 / 20.

<sup>2285</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DZ 8 / 419. Der Wert wird in den Quellen mit 0,05 Mio. DM (Ost) und 0,3 Mio. MDN angegeben. Der Wechselkurs lag 1960 bei ca. 1 DM : 5 DM (Ost) und 1964 bei ca. 1 DM : 3 MDN. Umgerechnet handelte es sich also um Werte von 0,01 Mio. DM (West) und 0,1 Mio. DM.

<sup>2286</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DZ 8 / 9. Der Wert wird in der Quelle mit 0,75 Mio. M angegeben. Der Wechselkurs lag 1970 bei ca. 1 DM : 3,6 M. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 0,21 Mio. DM.

<sup>2287</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DZ 8 / 21. Der Wert wird in der Quelle mit 0,25 Mio. M angegeben. Der Wechselkurs lag 1972 bei ca. 1 DM : 4,16 M. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 0,06 Mio. DM.

einmal auf umgerechnet rund 0,49 Mio. DM aufgestockt.<sup>2288</sup>

Doch konnte die versprochene Hilfe nur selten vollständig umgesetzt werden.<sup>2289</sup> Der Transport der materiellen Unterstützung erfolgte zunächst, wie im Fall der Union des Populations du Cameroun, per Schiff in die Republik Guinea,<sup>2290</sup> sowie in die Demokratische Republik Kongo,<sup>2291</sup> später in die Republik Kongo,<sup>2292</sup> sowie die Bundesrepublik Tansania.<sup>2293</sup> Direkt wurde das eigentliche Zielgebiet Angola erst seit dem Juni 1975 angelaufen.<sup>2294</sup> Die mit diesen Transportwegen verbundenen logistischen Schwierigkeiten,<sup>2295</sup> die vorübergehende Annäherung der Sozialistischen Staatengemeinschaft an die Frente Nacional im Jahr 1964<sup>2296</sup> und Kämpfe innerhalb der Führung der Movimento Popular um die richtige politische Linie zu Beginn der 1970er Jahre<sup>2297</sup> machten eine vollständige Ausschöpfung der für die angolansische Bewegung eingeplanten Unterstützungsleistungen praktisch unmöglich. Verwaltungs- und Kommunikationsschwierigkeiten auf Seiten der DDR und des Solidaritätskomitees verschärften diese Problematik noch. Selbst absolut grundlegende Informationen, zum Beispiel über die erfolgreiche Entgegennahme einer Warensendung, schafften es nur selten bis nach Ost-Berlin.<sup>2298</sup>

Im Herbst 1975 wurde die Unterstützung dann, im Bann der sich bereits ankündigenden Angola-Krise, qualitativ auf eine neue Stufe gehoben. Erstmals schaltete sich das Solidaritätskomitee in die militärische Unterstützung der Bewegung ein. Am 9. September erteilte das Politbüro des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands dem Solidaritätskomitee die Weisung:

*„Das Ersuchen des Präsidenten der MPLA [Movimento Popular de Libertação de Angola], Dr. [Doktor] Agostinho Neto, nach Lieferung nichtziviler Güter wird zugestimmt. Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR[,] Dr. Gerhard Weiss[,] wird beauftragt, diese Lieferung in Höhe von 6 Millionen Mark [umgerechnet rund 1,68 Mio. DM] mit der MS 'Vogtland' nach Pointe Noire / VR [Volksrepublik] Kongo zu verschiffen. Die 6 Mio. Mark werden durch das Solidaritätskomitee abgedeckt.*

<sup>2288</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DZ 8 / 9. Der Wert wird in der Quelle mit 1,9 Mio. M angegeben. Der Wechselkurs lag 1974 bei ca. 1 DM : 3,87 M. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 0,49 Mio. DM.

<sup>2289</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, 9. Dezember 1966, BArch, SAPMO, DZ 8 / 31.

<sup>2290</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DZ 8 / 419.

<sup>2291</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, 17. Februar 1961, BArch, SAPMO, DY 30, IV 2 / 20/416.

<sup>2292</sup> Handelsvertretung in Marokko an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 9. Juni 1964, PA AA, MfAA, A 15964, Fiche 1, S. 80-82.

<sup>2293</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DZ 8 / 202.

<sup>2294</sup> Schleicher 1998, S. 47.

<sup>2295</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DZ 8 / 704.

<sup>2296</sup> Bevollmächtigter Scholz (Büro des Bevollmächtigten der Regierung der DDR für die arabischen Staaten) an Abteilung Afrika (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten), 12. Januar 1964, PA AA, MfAA, A 15964, Fiche 2, S. 124-126.

<sup>2297</sup> Parthier an Solidaritätskomitee, 23. Mai 1974, BArch, SAPMO, DZ 8 / 162.

<sup>2298</sup> Solidaritätskomitee an Generalsekretär Neto (Movimento Popular de Libertação de Angola), o.T. o.M. 1974, BArch, SAPMO, DZ 8 / 9.

[...] *Das Solidaritätskomitee wird beauftragt, kurzfristig die mit der MPLA vereinbarten materiellen Solidaritätssendungen (Anlage 1) mit Sondermaschinen der Interflug nach Luanda/Angola zu fliegen.*<sup>2299</sup>

Die erste ostdeutsche militärische Unterstützung an die Movimento Popular war 1967 im Rahmen einer Waffenlieferungen an alle Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Überseeprovinzen erfolgt.<sup>2300</sup> Doch hatte sich das Solidaritätskomitee hieran noch nicht beteiligt – weder finanziell, noch logistisch. 1972 hatte das Solidaritätskomitee dann erstmals den Transport militärischer Güter, 1974 schließlich auch die Finanzierung einer Waffenlieferung, gerichtet an die *Frente de Libertação de Moçambique*, übernommen.<sup>2301</sup> Dem Beschluss des Politbüros, das Solidaritätskomitee nun auch in die militärische Unterstützung Angolas einzubinden, war ein Gespräch mit einem hohen Vertreter der Sowjetunion vorausgegangen. Im Juni 1975 war der Außenminister der Sowjetunion, Andrei Andrejewitsch Gromyko, persönlich in die DDR gereist, um den Staatssekretär des Außenministeriums der DDR, Herbert Krolikowski, über die sowjetischen Pläne in Angola zu informieren und um einen deutlichen Ausbau der ostdeutschen Unterstützung zu bitten – auch in militärischer Hinsicht. Außenminister Oskar Fischer berichtete dem Politbüro:

*„Genosse [Andrei Andrejewitsch] Gromyko informierte Genossen [Herbert] Krolikowski persönlich darüber, daß die Sowjetunion in den letzten Wochen die MPLA [Movimento Popular de Libertação de Angola] in größerem Umfang mit Waffen, militärischen Ausrüstungen und Transportmitteln (insbesondere LKW [Lastkraftwagen]) unterstützt hat, die über die VR [Volksrepublik] Kongo an die MPLA geliefert wurden.“*<sup>2302</sup>

Waffen und Ausrüstung im Wert von 1,68 Mio. DM wurden nun vom Solidaritätskomitee in Waffenlager, welche das sozialistische Lager in der Republik Kongo unterhielt, verschifft. Von dort wurden sie dann über eine 'sozialistische Luftbrücke', nach Luanda, der Hauptstadt Angolas, in der sich die politische Zukunft des Landes entscheiden sollte, geflogen. Die Waffenlieferung des

<sup>2299</sup> Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 9. September 1975, BArch, SAPMO, DY 30 / J IV 2/2 / 1580, S. 17. Der Wert wird in der Quelle mit 6 Mio. M angegeben. Der Wechselkurs lag 1975 bei ca. 1 DM : 3,57 M. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 1,68 Mio. DM.

<sup>2300</sup> Schleicher 1998, S. 27.

<sup>2301</sup> Ebd., S. 50-54.

<sup>2302</sup> Minister Fischer (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten) an Erster Sekretär des Politbüros Honecker – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Vorsitzender und Politbüromitglied Sindermann (Ministerrat und Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) und Politbüromitglied Axen – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 24. Juni 1975, BArch, DC 20 / 16890. In der Forschung ist dieses Gespräch bislang unberücksichtigt geblieben. Das im Herbst 1975 einsetzende Engagement der DDR wurde von ihr (Storkmann 2011, S. 89-104, hier S. 95. ; Wentker 2007, S. 462.) deshalb als Beweis für eine eigenständige Entscheidungsfindung innerhalb der ostdeutschen Afrikapolitik fehlgedeutet.

Solidaritätskomitees setzte sich aus zehn rückstoßfreien Geschützen B-10, samt 2.000 Splittergranaten und 2.000 Hohlraumgranaten, 10.000 Maschinenpistolen, samt 10 Mio. Schuss Munition, vierzig Pistolen und 10.000 Handgranaten, die Ausrüstungslieferung aus 1.000 Stahlhelmen und 5.850 Tarnanzügen zusammen.<sup>2303</sup> Bei den gelieferten Waffen handelte es sich um Restbestände der Nationalen Volksarmee der DDR, die in den 1960er Jahren ausgesondert und nun vom Komitee aufgekauft worden waren. Darüber hinaus beteiligte sich das Komitee an der Luftbrücke zwischen Brazzaville und Luanda durch die Charterung und Zurverfügungstellung von vier Flugzeugen der ostdeutschen Fluggesellschaft Interflug. Ein fünftes Transportflugzeug wurde zudem käuflich erworben und der Movimento Popular als Geschenk überreicht. Anfang November trafen die ersten Lieferungen des Komitees auf dem Flughafen von Luanda ein.<sup>2304</sup> Ihre Abfertigung überwachte ein als Journalist getarnter Verbindungsmann des Solidaritätskomitees,<sup>2305</sup> der sich gleichzeitig vor Ort mit der Planung weiterer Unterstützungsleistungen zu befassen hatte.<sup>2306</sup>

Als die Movimento Popular dann am 11. November 1975 die Regierungsgeschäfte in Luanda übernahm, begann das Solidaritätskomitee eine Steigerung seiner Leistung in bisher für Zentralafrika unbekannten Dimensionen. Der Angola-Krise wurde vom Solidaritätskomitee nun dieselbe Aufmerksamkeit entgegengebracht, wie den verfolgten Sozialisten in Chile und den siegreichen Kommunisten in Vietnam. Solidaritätsgüter im Wert von umgerechnet rund 2,4 Mio. DM wurden geliefert.<sup>2307</sup> Zusätzlich ordnete das Politbüro die Lieferung weiterer ziviler Güter – vornehmlich handelte es sich um Nahrungsmittel und Kleidung – im Wert von umgerechnet rund 7,9 Mio. DM über das Komitee an.<sup>2308</sup> Wichtiger noch: auf Beschluss des Politbüros wurden noch einmal Waffen und militärische Ausrüstungsgüter im Wert von umgerechnet rund 1,6 Mio. DM über das Komitee bezahlt und geliefert.<sup>2309</sup> Die Waffen scheinen direkt den mittlerweile eingetroffenen kubanischen Kampfeinheiten übergeben worden zu sein. Der Ministerpräsident Kubas, Fidel Castro, hatte Anfang 1976 den Generalsekretär des Politbüros, Erich Honecker, persönlich um

<sup>2303</sup> Schleicher 1998, S. 49.

<sup>2304</sup> Ebd., S. 54.

<sup>2305</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, 17. Oktober 1975, BArch, SAPMO, DZ 8 / 162.

<sup>2306</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DZ 8 / 162.

<sup>2307</sup> Solidaritätskomitee an Solidaritätskomitee, o.T. o.M. o.J., BArch, SAPMO, DZ 8 / 687. Der Wert wird in der Quelle mit 10 Mio. M angegeben. Der Wechselkurs lag 1975 bei ca. 1 DM : 3,57 M. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 2,4 Mio. DM.

<sup>2308</sup> Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 3. Februar 1976, BArch, SAPMO, DY 30 / J IV 2/2 1602. Der Wert wird in der Quelle mit 32,8 Mio. M angegeben. Der Wechselkurs lag 1976 bei ca. 1 DM : 4,15 M. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 7,9 Mio. DM.

<sup>2309</sup> Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) an Politbüro – Zentralkomitee (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands), 3. Februar 1976, BArch, SAPMO, DY 30 / J IV 2/2 1602. Zu den militärischen Lieferungen konnten in den Akten keine qualitativen Angaben gefunden werden. Der Wert wird in der Quelle mit 6,5 Mio. M angegeben. Der Wechselkurs lag 1976 bei ca. 1 DM : 4,15 M. Umgerechnet handelte es sich also um einen Wert von 1,6 Mio. DM.

Ausrüstung für seine Truppen gebeten.<sup>2310</sup> Hinzu kam eine größere Zahl von Krankenplätzen im zentralen Krankenhaus der Nationalen Volksarmee in Bad Saarow für die verwundeten Kämpfer der Movimento Popular – und sicherlich auch Kubas.<sup>2311</sup>

Innerhalb kaum eines Jahres hatte sich die Unterstützung des Solidaritätskomitees mehr als verzwanzigfacht. Doch handelte es sich mittlerweile nicht mehr um eine Befreiungsbewegung, sondern um eine reguläre Regierung, die hier unterstützt wurde. Erneut hatten die vollen Kassen des Solidaritätskomitees die begrenzten finanziellen Möglichkeiten der staatlichen Institutionen der DDR ausgleichen müssen.

#### *e) Zwischenfazit*

Die Aktivitäten der west- wie der ostdeutschen 'Institutionen des Glaubens' im zentralafrikanischen Raum waren, auch wenn sie als uneigennützig Handlungen, basierend lediglich auf moralisch-ethischen Prinzipien, inszeniert wurden, primär auf die 'Missionierung' – die Verbreitung des eigenen Glaubens – des jeweiligen transnationalen Christentums<sup>2312</sup> beziehungsweise des internationalen Sozialismus, und damit auf den Ausbau der eigenen Netzwerke angelegt.

Innerhalb der zentralafrikanischen Staaten profitierten von diesen Unterstützungsleistungen vor allem die Führungen der jeweiligen Partnerorganisationen. Die deutsche Hilfe bot ihnen die Möglichkeit, ohne größere eigene Anstrengungen oder Investitionen die 'Versorgung' der Mitglieder ihrer Organisationen sicherzustellen.

Die Kirchen der Bundesrepublik unterstützten ihre jeweiligen indigenen Glaubensbrüder. Es fällt dabei auf, dass die Kirchenhilfe sich mehrheitlich mit dem Auf- und Ausbau konfessionell gebundener Infrastrukturen beschäftigte. Eine wichtige Stütze ihres Engagements erwuchs den westdeutschen Kirchen aus der staatlichen Kirchenhilfe der BRD. Staat und Kirche gingen eine Symbiose ein, in welcher den Kirchen die Aufgabe zufiel, in den der staatlichen Kultur- und Entwicklungshilfe nur begrenzt zugänglichen Bereichen der Bildung und der medizinischen Versorgung indirekt im westdeutschen Sinne zu wirken.

Auch das Solidaritätskomitee Ostdeutschlands unterstützte die jeweiligen ihm nahestehenden indigenen sozialistischen Organisationen. Im Gegensatz zur westdeutschen Kirchenhilfe wurde hier jedoch nicht deren Infrastruktur, sondern deren Ausstattung gefördert. Im Vergleich mit dem finanziellen, materiellen und personellen Volumen des westdeutschen kirchlichen Engagements

---

<sup>2310</sup> Schleicher, Ilona 1998, S. 54.

<sup>2311</sup> Schleicher 1998, S. 55.

<sup>2312</sup> Jacob Emmanuel Mabe äußert hierzu, dass die deutschen Kirchen „in Wirklichkeit“ keine 'Entwicklungspolitik' betrieben. Ihr Engagement müsse vielmehr „im Rahmen ihrer Missionsarbeit“ betrachtet werden (Mabe 1993, S. 154.).

fielen die Unterstützungsprogramme des ostdeutschen Solidaritätskomitees bescheiden aus. Innerhalb der ostdeutschen gesellschaftlichen Afrikaaktivitäten kam ihnen jedoch eine nicht unerhebliche Bedeutung zu, die dann nach 1975 noch einmal ganz erheblich an Gewicht gewonnen haben dürfte.

Die Kirchen und das Solidaritätskomitee dürften deshalb für BRD und DDR zu den bedeutendsten gesellschaftlichen Akteuren im zentralafrikanischen Raum gezählt haben.

Wie diese gesellschaftlichen, die wirtschaftlichen und die staatlichen Aktivitäten der beiden deutschen Staaten nun – wenn man sie gebündelt betrachtet – analysiert und interpretiert werden können, wird das folgende Kapitel zeigen.

## **IV. Analyse**

In den folgenden Abschnitten sollen nun die deutschen Aktivitäten – der staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ressourceneinsatz West- und Ostdeutschlands – im zentralafrikanischen Raum zusammenfassenden Analysen unterzogen werden. Zunächst werden hierzu Qualität und Quantität des deutschen Engagements, sowie die geographischen Schwerpunktsetzungen und -verschiebungen, die seiner Verteilung zu Grunde lagen, in den Blick genommen. In einem zweiten Schritt werden dann die nationalen und internationalen Motive, deren Zusammenspiel diese Entwicklung der deutschen Aktivitäten hervorrief, vorgestellt und im Hinblick auf ihre Bedeutung für die deutschen Aktivitäten bewertet.

### **Die quantitative und die qualitative Entwicklung der Aktivitäten – Souverän auf Expansion**

Das deutsche Engagement im zentralafrikanischen Raum nahm, in quantitativer Hinsicht, während des gesamten Untersuchungszeitraums – auf staatlicher, wirtschaftlicher, wie auch gesellschaftlicher Ebene – kontinuierlich zu. Der Anstieg der eingesetzten Ressourcen erfolgte dabei relativ stringently. Zu größeren Schüben kam es lediglich bei der Öffnung der afrikanischen Märkte um 1960 und dem Einsetzen der Rohstoff- und Energieträgerverknappung, bei gleichzeitiger Investitionsmittelschwemme, auf den internationalen Märkten Anfang der 1970er Jahre. Sie waren also vor allem wirtschaftlicher, nicht politischer Natur. Lediglich im Fall der ostdeutschen Akteure kann noch ein dritter Schub, um das Jahr 1975 herum, festgestellt werden, der wesentlich in der 'Dekolonialisierung' der portugiesischen Überseeprovinzen begründet lag. Den Umstand, dass die westdeutschen Aktivitäten das ostdeutsche Engagement in quantitativer Hinsicht durchgängig übertrafen, konnte aber auch dieser dritte Schub nicht Wesentlich korrigieren.

Die Qualität des westdeutschen Engagements – sein Inhalt, seine Form und seine Zielsetzung – bestach durch einen erheblichen Kontrast zwischen öffentlicher Inszenierung und realem Auftreten. Im vermittelten Selbstbild der staatlichen und wirtschaftlichen Akteure der BRD überwogen Passivität und Interessenlosigkeit. Tatsächlich betrieben sie jedoch einen aktiven Auf- und Ausbau ihrer Netzwerke, sowie ihrer Im- und Exportmärkte. Das Feld der staatlichen Aktivitäten

dominierten Kreditierungen und andere Unterstützungsleistungen für Wirtschaftsprojekte. Die privatwirtschaftlichen Aktivitäten konzentrierten sich weitgehend auf verdeckte Investitionen in und den Handelsaustausch mit Unternehmen dritter Staaten. Genau anders herum verhielt es sich im Fall der gesellschaftlichen Akteure. Deren Selbstbild strotzte nur so vor Aktivität und Engagement. Doch offenbart ein Blick hinter diese Inszenierung deren eigentlichen Charakterzug: Passivität. Lediglich im Kontext der überragenden Bedeutung, welche der bi- und multilateralen Zusammenarbeit mit 'dem Westen' beigemessen wurde, bestand Einigkeit zwischen öffentlicher Inszenierung und realem Auftreten – doch nur während der 1950er und 1960er Jahre. Bereits Mitte der 1960er Jahre wandten sich die gesellschaftlichen, zu Beginn der 1970er Jahre dann auch die staatlichen und wirtschaftlichen Akteure von der bi- und multilateralen Zusammenarbeit ab – allerdings ohne ihre öffentliche Inszenierung auf den neuen nationalen Kurs umzustellen. So sollte dann auch hier ein Kontrast zwischen Schein und Sein die Qualität der westdeutschen Aktivitäten im zentralafrikanischen Raum bestimmen.

Das selbe galt für die Qualität der ostdeutschen Aktivitäten. Selbstlosigkeit und Aktivität bestimmten ihr Bild auf staatlicher und gesellschaftlicher Ebene, Interessenlosigkeit und Passivität auf wirtschaftlicher Ebene. Tatsächlich stand aber auch hier der Auf- und Ausbau von Netzwerken und Handelsvolumina im Vordergrund. Und wie im Fall der westdeutschen Akteure bestach das inszenierte Bild der Aktivitäten auch hier auf allen Ebenen durch deren Einbindung in die bi- und multilateralen Bündnisse 'des Ostens'. Im Gegensatz zu Ersteren kann hier allerdings zu keinem Zeitpunkt von einer tatsächlichen Zusammenarbeit gesprochen werden. Praktisch über den gesamten untersuchten Zeitraum operierten sie ostdeutschen Akteure primär auf nationaler Ebene.

Es kann festgehalten werden, dass sich das deutsche Engagement in Zentralafrika qualitativ vor allem durch ein eigenständiges Auftreten auszeichnete, wofür quantitativ von Jahr zu Jahr mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt wurden. Wie sich dieses Engagement nun über den zentralafrikanischen Raum verteilte, soll Gegenstand des folgenden Abschnitts sein.

### **Die geographische Entwicklung der Aktivitäten – Schwerpunkte statt Flächen**

Innerhalb des zentralafrikanischen Raumes – wie auch innerhalb der einzelnen zentralafrikanischen Staaten – lässt das Engagement der west- und ostdeutschen Akteure deutliche geographische Schwerpunktbildungen erkennen.

Im Fall der westdeutschen Akteure schälten sich, trotz einer relativ flächendeckenden staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erschließung des zentralafrikanischen Raumes – mit



Ausnahme der Republik Äquatorialguinea, sowie der Demokratischen Republik Sao Tomé und Príncipe –, zunächst mit der Republik Kamerun, später mit der Demokratischen Republik Kongo und der portugiesischen Überseeprovinz Angola, Schwerpunkte in denjenigen Gebieten heraus, in denen sich die westdeutsche Wirtschaft die größten Gewinne versprach. Dabei lässt sich eine langsame Verschiebung des Engagements, weg von Kamerun hin zur Demokratischen Republik Kongo und Angola, erkennen. Im Zuge der Dekolonialisierung, der Umwandlung von Einflusszonen in Einflussphären, und der Liberalisierung der afrikanischen Märkte wurden die alten Netzwerke der deutschen Kolonialzeit zunehmend überflüssig.

Innerhalb der einzelnen zentralafrikanischen Staaten konzentrierten sich die westdeutschen Aktivitäten meist auf die Metropolen, die politischen Hochburgen der jeweiligen Regierungspartei, Knotenpunkte der Infrastruktur und der Wirtschaft des Landes, sowie auf 'Stützpunkte' Westdeutschlands, wie Missionsstationen, Projekte der Entwicklungshilfe oder der Privatwirtschaft. Nur in Schwerpunktstaaten, wie der Demokratischen Republik Kongo und Angola, lassen sich darüber hinaus Aktivitäten abseits von Metropolen und Zentren, im allenfalls rudimentär erschlossenen Hinterland, erkennen.

Im Fall der ostdeutschen Aktivitäten war eine flächendeckende staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Erschließung des zentralafrikanischen Raumes lange Zeit nicht möglich. Die ostdeutsche Staatsführung begründete dies – wie ihr westdeutsches Pendant – mit dem durchschlagenden Erfolg der Hallstein-Doktrin und des deutsch-deutschen Gegensatzes. Doch kann man bei genauerer Betrachtung der Führung in Ost-Berlin auch nur schwerlich den Willen erkennen, Doktrin und Gegensatz durch gezielten Ressourceneinsatz zu überwinden. Und auch nach 1973 wurde der Unwille zur flächendeckenden Erschließung unbeirrt beibehalten. Das ostdeutsche Außenministerium war bemüht, außerhalb seiner beiden Schwerpunktstaaten, der Demokratischen Republik Kongo und Angola – die Republik Kongo diene lediglich als Brückenkopf, Kamerun wurde schon frühzeitig wieder aufgegeben – nur auf Zweitakkreditierungen hinzuwirken.

Innerhalb der zentralafrikanischen Staaten verteilten sich die ostdeutschen Aktivitäten, im Vergleich mit ihren westdeutschen Pendants, stärker über die gesamten Staatsflächen.

Es kann festgehalten werden, dass sich der geographische Schwerpunkt der deutschen Aktivitäten von Kamerun in Richtung Demokratischen Republik Kongo und Angola verschob. Innerhalb der jeweiligen zentralafrikanischen Staaten konzentrierten sich die deutschen Akteure auf bereits relativ gut erschlossene Gebiete. Eine Beteiligung an der Öffnung noch unerschlossener Regionen, meist handelte es sich hierbei um das Hinterland der betreffenden Staaten, fand nur in Ausnahmefällen statt.

Die Motive, die den deutschen Aktivitäten dieser Ausprägung und Entwicklung zu Grunde lagen, die nationalen und die internationalen Interessen von BRD und DDR, sollen in den nun folgenden Abschnitten betrachtet und zusammengefasst werden.

### **Das nationale Motiv hinter den Aktivitäten – Der Ausbau der ökonomischen Beziehungen**

Ursache und Antrieb des deutschen Engagements in Zentralafrika war – betrachtet man die Gesamtheit der eingesetzten Ressourcen – das ökonomische Bestreben Profit zu erzielen. Hinter diesem 'Hauptziel' trat die Vermittlung von Ideen und Idealen deutlich zurück. *Pragmatismus* war der einzige Ismus, der die deutschen Aktivitäten über den gesamten untersuchten Zeitraum begleitete.

Den gesellschaftlichen Organisationen Westdeutschlands ging es um den Auf- und Ausbau von Netzwerken zu ihren jeweiligen zentralafrikanischen Pendants und die Nutzbarmachung der Ereignisse des zentralafrikanischen Raumes für ihre politische Erzählung und Deutung der Realität. Konservative Kreise waren dementsprechend eher an Staaten mit Bezug zum deutschen Kolonialismus interessiert, deren 'erfolgreiche' Entwicklung sich auf alte deutsche Tugenden und Werte zurückführen ließ, progressive Kreise eher an Staaten mit radikalen Befreiungs- und Oppositionsbewegungen, deren Kampf sich in ihre Erzählung über die 'Neokolonialisten' und 'Rassisten' Westdeutschlands einfügen ließ. Westdeutsche Unternehmer und Betriebe spekulierten vor allem auf den Auf- und Ausbau von Netzwerken zur Importerweiterung anderweitig nicht zu beschaffender Rohstoffe. Der Exportausbau trat demgegenüber zwar nicht gänzlich zurück, hinkte in seiner Bedeutung aber doch hinter dem jährlich wachsenden Bedarf von pflanzlichen und mineralischen Rohstoffen, sowie von Energieträgern, hinterher. Ganz auf Linie mit der westdeutschen Wirtschaft lagen die Interessen des westdeutschen Staates in der diplomatischen und rechtlichen Erschließung des zentralafrikanischen Raumes zur Befriedigung westdeutscher ökonomischer Interessen. Die Durchsetzung der Hallstein-Doktrin und des deutsch-deutschen Gegensatzes spielte demgegenüber – dies dürfte diese Studie anschaulich demonstriert haben – eine zu vernachlässigende Rolle.

Auch den ostdeutschen gesellschaftlichen Organisationen ging es in Zentralafrika vor allem um den Auf- und Ausbau der Beziehungen zu ihren jeweiligen gesellschaftlichen Pendants und die Deutung der zentralafrikanischen Ereignisse im Rahmen ihrer politischen Erzählung. Ostdeutsche Betriebe waren in Zentralafrika an pflanzlichen und mineralischen Rohstoffen interessiert. Energieträger spielten dagegen – zumindest bis 1975 – keine größere Rolle. Das Selbe galt für Zentralafrika als

Exportmarkt, mit dem sich die ostdeutschen Betriebe – zumindest im Direkthandel – bis 1975 schwer taten. Doch sei an dieser Stelle noch einmal darauf hingewiesen, dass die Warenströme zwischen der DDR und dem zentralafrikanischen Raum größtenteils über Drittstaaten abgewickelt wurden. Der Erschließung des zentralafrikanischen Raumes für die ostdeutschen Wirtschafts- und Handelsinteressen waren letztlich auch die staatlichen Aktivitäten der DDR verpflichtet. Der reguläre Aufbau zwischenstaatlicher Beziehungen wurde offiziell zwar angestrebt, letztlich aber nur in ökonomisch lohnenswert erscheinenden Gebieten auch tatsächlich unter dem Einsatz größerer Ressourcen vorangetrieben.

Es kann festgehalten werden, dass das zentrale nationale Motiv der deutschen Aktivitäten im zentralafrikanischen Raum der Auf- und Ausbau der staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Netzwerke war. Die Netzwerke dienten wiederum primär der Öffnung der Region zur Befriedigung der deutschen Wirtschafts- und Handelsbedürfnisse. Die Hallstein-Doktrin und der deutsch-deutsche Gegensatz waren demgegenüber allenfalls von marginaler Bedeutung – auch wenn sie in der deutschen Öffentlichkeitsarbeit auf beiden Seiten der Mauer zugegebenermaßen eine tragende Rolle auszuüben hatten.

Inwieweit über diese nationalen Interessen hinaus auch internationale Motive – von den Interessen einzelner verbündeter Staaten, über diejenigen der Supermächte, bis hin zu denjenigen ganzer internationaler Bündnissysteme – bei der Entwicklung der deutschen Afrikaaktivitäten eine Rolle gespielt haben, soll in den nun folgenden Abschnitten beleuchtet werden.

### **Einflussnahmen politischer Bündnispartner – Die Schwäche der Lager**

Bei der Ausgestaltung der jeweiligen deutschen Aktivitäten kamen auch die Interessen der jeweiligen politischen Bündnispartner zum Tragen. Mit einigen Verbündeten bestanden besonders intensive, mit anderen eher lose Kontakte, so dass ihre Einflussnahme auf die deutschen Aktivitäten recht unterschiedlich ausfiel.

Im Fall der westdeutschen Aktivitäten können die Interessen der Gesamtheit der westlichen Verbündeten nur eingeschränkt als Motiv angeführt werden. Internationale Absprachen kamen hier lediglich bei der Koordinierung der Entwicklungshilfe für die Demokratische Republik Kongo, die sich während der Kongo-Krise faktisch unter Kontrolle der Vereinten Nationen befand, zu Stande. Ansonsten fanden Absprachen nur im Kreis der westeuropäischen Verbündeten statt. Regelmäßig kam es hier zu Konsultationen mit einzelnen Partnern, auf denen einzelne Interessen bis auf Projektebene umrissen und abgesprochen wurden, um potentielle Konflikte schon im Keim zu

ersticken. Handelte es sich bei einem der Verbündeten um die ehemalige Kolonialmacht des besprochenen Staates, bemühte sich die BRD um weitestgehende Rücksichtnahme auf deren Interessen und Befindlichkeiten. Eine über Absprachen hinausgehende tatsächliche Projektzusammenarbeit blieb allerdings auch hier eine Ausnahmeerscheinung. Lediglich im Fall der ehemaligen französischen Überseebesitzungen konnte eine überschaubare Anzahl gemischter deutsch-französischer Projekte eingeleitet werden. Doch waren diese von französischer wie deutscher Seite erheblichem Druck ausgesetzt, so dass sich multilaterale europäisch-afrikanische Projekte nie gegen bilaterale deutsch-afrikanische Projekte durchsetzen konnten.

Ähnlich dürftig stellte sich der Einfluss der östlichen Verbündeten auf die Afrikapolitik der DDR dar. Spannungen zwischen einzelnen sozialistischen Staaten erschwerten ein abgestimmtes Vorgehen. Nur vereinzelt fanden Konsultationen von Vertretern aller in einem zentralafrikanischen Staat aktiven sozialistischen Mächte statt. Die meisten Probleme bereitete die Koordination mit der Sozialistischen Republik Rumänien, der Demokratischen Volksrepublik Korea und der Volksrepublik China. Zu regelmäßigen Konsultationen kam es hingegen mit der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, der Volksrepublik Polen und der Republik Kuba. In eine tatsächliche Projektzusammenarbeit mündeten jedoch auch diese Gespräche nur selten. Wie in der Demokratischen Republik Kongo, wo es 1960 ostdeutschen Diplomaten gelang, als tschechoslowakische Ärzte getarnt, in die Demokratische Republik Kongo einzureisen – in enger Zusammenarbeit mit dem tschechoslowakischen Roten Kreuz und dem Außenministerium in Prag. Oder wie in der Republik Kongo, wo sich zu Beginn der 1970er Jahre mehrere sozialistische Staaten am Aufbau und der Unterhaltung einer Gewerkschaftshochschule beteiligten.

Es lässt sich konstatieren, dass die Interessen der westlichen und der östlichen Staaten in ihrer Gesamtheit einen allenfalls marginalen Einfluss auf die west- und ostdeutschen politischen Aktivitäten in Zentralafrika ausgeübt haben. Lediglich einzelnen Bündnispartnern kann hier und da eine begrenzte Rolle zugesprochen werden. Wie sich der internationale Einfluss auf ökonomischer Ebene äußerte, soll der nun folgende Abschnitt beleuchten.

### **Einflussnahmen ökonomischer Bündnispartner – Die Stärke Westeuropas**

Im Bereich der Wirtschaft kam der Einfluss internationaler Interessen auf die deutschen Aktivitäten am stärksten zum Tragen – nicht zuletzt, da hier auch zwei real existierende internationale Bündnissysteme wirkten.

Die westdeutsche Handels- und Wirtschaftspolitik, ihr Privathandel und ihre Privatwirtschaft

wurden zu einem guten Teil von den Interessen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beeinflusst. Die Assoziierungspolitik der Wirtschaftsgemeinschaft in Afrika trug mit dazu bei, dass die in den 1940er und 1950er Jahren entstandenen westdeutschen Einfuhrlinien afrikanischer Rohstoffe und Energieträger über die europäischen Kolonialmächte auch nach der Dekolonialisierung der afrikanischen Staaten weitgehend beibehalten wurden. Die auf diese Weise über westeuropäische Industrieländer umgeleiteten westdeutschen Importe sorgten für einen gewissen Ausgleich der aufgrund wachsender westdeutscher Exporte zunehmend unausgeglichene westdeutsch-westeuropäischen Handelsbilanzen. Auch auf die westdeutsche Entwicklungs- und Wirtschaftshilfe blieb die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nicht ohne Einfluss. Über den Europäischen Entwicklungsfonds wurden in den assoziierten Überseegebieten – die fast den gesamten zentralafrikanischen Raum umfassten – Projekte der öffentlichen Infrastruktur kofinanziert. Gelder der westdeutschen Entwicklungs- und Wirtschaftshilfe konnten so stärker, als es ohne den Einsatz des Entwicklungsfonds möglich gewesen wäre, nach Lage der westdeutschen Interessen vergeben werden.

Bescheidener fiel die Rolle des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe im Fall der Wirtschafts- und Handelspolitik, der Wirtschaft und des Handels der DDR aus. Der Rat hatte schon Mühe, Beschlüsse durchzusetzen, welche die internen Wirtschaftsangelegenheiten seiner Mitgliedsstaaten betrafen. Assoziierungen mit afrikanischen Staaten oder der Aufbau eines Entwicklungsfonds wurden deshalb zu keiner Zeit ernsthaft in Erwägung gezogen. Selbst ein Beobachterstatus für an dem Rat interessierte Staaten wurde im Fall des zentralafrikanischen Raums erst nach 1975 und nur im Fall der Volksrepublik Angola gewährt. Die Handels- und Wirtschaftsunternehmen der sozialistischen Staaten mussten sich hier dementsprechend weitgehend auf sich selbst verlassen, wollten sie sich den zentralafrikanischen Markt öffnen und erschließen.

Doch genossen die ostdeutschen Betriebe einen Vorteil. Die westdeutsche Bundesregierung hatte 1957 bei der Aushandlung der Römischen Verträge faktisch eine Einbeziehung der ostdeutschen Wirtschaft in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft erwirkt. So war es der DDR über den deutsch-deutschen Transithandel möglich, ostdeutsche Produkte über die Wirtschaftsgemeinschaft auf den zentralafrikanischen Markt zu werfen. Die Zurückhaltung, mit der die ostdeutschen Stellen der Frage einer Verdrängung der BRD und der Wirtschaftsgemeinschaft aus dem zentralafrikanischen Raum begegneten, dürfte hier ihre primäre Ursache gehabt haben.

Der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft kann somit in beiden deutschen Staaten ein erheblicher Einfluss auf deren wirtschaftliche Aktivitäten in Zentralafrika bescheinigt werden. Allerdings dürfte dieser weniger im direkten Agieren seiner Organe und Mitgliedsstaaten, als vielmehr im für alle

Seiten profitablen indirekten Wirken seiner Handelsregularien gelegen haben.

### **Einflussnahmen geostrategischer Bündnispartner – Die Dominanz der Supermächte**

Innerhalb der deutschen offenen und verdeckten geostrategischen Aktivitäten spielten die Interessen internationaler Bündnissysteme eine zentrale Rolle. Im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Aktivitäten überwogen hier jedoch nicht die internationalen, sondern die bilateralen Bündnisse.

Im Fall der geostrategischen Aktivitäten der BRD kann den Interessen der multilateralen Bündnisorganisation *North Atlantic Treaty Organization* dabei noch am ehesten eine Rolle in deren Ausgestaltung bescheinigt werden. Halbjährliche und jährliche Konferenzen der Außen- und Verteidigungsminister, sowie der Regierungschefs ihrer Mitgliedsstaaten dienten, wie die Treffen des Nordatlantikrates, nicht nur dem reinen Informationsaustausch über die geostrategischen Entwicklungen in Zentralafrika, sondern auch der Koordination des Engagements ihrer Mitgliedsstaaten an den zentralafrikanischen Hot Spots des Kalten Krieges. Besonders deutlich zeigte sich diese Koordination in der Frühphase der Kongo-Krise, zwischen 1960 und 1962. In diesem Zeitraum bildete der Kongo mehrfach einen der führenden Tagesordnungspunkte auf den Konferenzen der Organisation. Es ist davon auszugehen, dass das offene und verdeckte geostrategische Engagement Westdeutschlands in der frühen Phase der Kongo-Krise in enger Absprache mit den Stellen eben dieser Organisation erfolgte. Eine ähnlich große Aufmerksamkeit wurde dem zentralafrikanischen Raum von Seiten der Nordatlantikpaktorganisation dann erst wieder ab Mitte der 1970er Jahre, in Zusammenhang mit der Angola-Krise entgegengebracht. Mit dem verlorenen Vietnam-Krieg und der Begleichung seiner Kosten, die der amerikanische Staatshaushalt noch über Jahre würde tragen müssen, war die Regierung der Vereinigten Staaten nicht mehr in der Lage, im Kongress eine Bewilligung von Geldern für neue militärische Auslandsoperationen durchzusetzen und auf eigene Faust in der ehemaligen portugiesischen Überseeprovinz zu intervenieren. Westliche Verbündete, darunter auch die BRD, mussten hinzugezogen, die westlichen Interessen auf Konferenzen der Nordatlantikpaktorganisation einbezogen und austariert werden. Außerhalb dieser beiden Momente war die westliche Supermacht, die Vereinigten Staaten von Amerika, jedoch tonangebend. Lediglich ihr gelang es, neben dem regulären Informationsaustausch und allgemeinen Absprachen auch eine begrenzte geostrategische Projektzusammenarbeit mit Westdeutschland zu erwirken. Allerdings beschränkte sich die Zusammenarbeit auf den afrikanischen Hot Spot des Kalten Krieges der 1960er Jahre, die Demokratische Republik Kongo. Und selbst hier waren die Grenzen der westdeutschen

Kooperationsbereitschaft schnell erreicht, kollidierten die amerikanischen Vorstellungen über das 'richtige' westdeutsche Auftreten mit den Interessen der BRD. Eine Grenze, zu deren Überschreitung die Bundesregierung zu keiner Zeit bereit war, stellte beispielsweise die Entsendung von Bundeswehrsoldaten in den Kongo dar, um welche Westdeutschland im Laufe der internationalen Krise mehrfach von amerikanischer Seite gebeten wurde.

Im Vergleich hierzu besaßen die Interessen der Warschauer Vertragsorganisation innerhalb der geostrategischen Aktivitäten der DDR eine allenfalls marginale Rolle. Mehr als die Vereinigten Staaten war die Sowjetunion bemüht, geostrategische Operationen eigenständig zu planen und dann mit einem kleinen Kreis verlässlicher Partner umzusetzen. Dementsprechend wurden die diesbezüglichen Aktivitäten der DDR mehr von bilateralen Absprachen mit der Sowjetunion als von Beschlüssen der Warschauer Vertragsorganisation bestimmt. Klärende Gespräche ostdeutscher mittlerer und hoher Führungskader mit sowjetischen Botschaftern, Mitarbeitern des sowjetischen Außenministeriums oder Parteikadern der kommunistischen Partei der Sowjetunion waren vor geostrategischen Aktivitäten der DDR die Regel. Die Warschauer Vertragsorganisation und ihre Mitgliedsstaaten dienten der DDR dagegen allenfalls zum geostrategischen Informationsaustausch. Zu einer ersten den zentralafrikanischen Raum betreffenden Konferenz der Vertragsorganisation kam es erst im Vorfeld der Angola-Krise. Ursache dieses Rückgriffs auf die Vertragsorganisation war die sich zunehmend bemerkbar machende Emanzipation der Afrikapolitiken ihrer Mitgliedsstaaten von der Sowjetunion. Die direkten bilateralen Absprachen wurden von der Sowjetunion zwar auch nach 1974 fortgesetzt, für eine effektive Koordinierung geostrategischer Aktivitäten scheinen sie jedoch fortan nicht mehr ausgereicht zu haben.

Es kann festgehalten werden, dass die multilateralen Bündnissysteme nur einen begrenzten Einfluss auf die deutschen geostrategischen Aktivitäten erlangen konnten. Die Supermächte, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion, waren hier über den gesamten Untersuchungszeitraum tonangebend.

## V. Auswertung

### Deutschlands Beitrag zum Second Scramble Zentralafrikas

Das konkrete Ausmaß der deutschen Beteiligung am Second Scramble im zentralafrikanischen Raum lässt sich nur schwer ermessen. Qualität und Quantität des jeweiligen deutschen Engagements schwankten von Staat zu Staat erheblich, was allgemein gültige Aussagen, die auf den gesamten zentralafrikanischen Raum angewandt werden können, erschwert. Besonders ausgeprägt war das deutsche Engagement in Staaten mit erheblichen *strategischen Rohstoff- und Energieträgervorkommen* und einer gleichzeitig hohen *Gefährdung der Versorgungssicherheit*. Entsprechend hoch und bedeutsam muss der deutsche Einsatz deshalb an den Hot Spots des Kalten Krieges, in der Demokratischen Republik Kongo und in der portugiesischen Überseeprovinz Angola, veranschlagt werden.

Die BRD unterstützte hier vor allem die gemäßigten Kräfte, die eine evolutionäre Entwicklung ihres jeweiligen Staates in Richtung Westen anstrebten, die der westdeutschen Wirtschaft also im Falle eines Regierungsantritts eine gewisse Versorgungs- und Abnahmesicherheit garantieren würden. So leitete Bonn schon während der Dekolonialisierung Belgisch-Kongos eine größere finanzielle Unterstützung der Kolonialverwaltung in Léopoldville und der belgischen Regierung in Brüssel ein. In der Kongo-Krise förderte es dann die gemäßigten antilumumbistischen, pro-westlichen Kräfte. Die westdeutschen Leistungen umfassten finanzielle Unterstützungen und mediale Inszenierungen, die Entsendung von nachrichtendienstlichem Fachpersonal, sowie eine Laissez-faire-Haltung westdeutscher Behörden gegenüber Söldneranwerbungen auf dem Territorium der Bundesrepublik und dem Export westdeutscher Waffen und Fahrzeuge in das militärische Spannungsgebiet Katanga. Auch in der portugiesischen Überseeprovinz Angola konzentrierte sich die westdeutsche Hilfe auf die gemäßigten Kräfte. Während des portugiesischen Überseekrieges unterstützte die BRD die Bemühungen der Provinzverwaltung in Luanda und der portugiesischen Regierung in Lissabon. Neben finanziellen Hilfen war es auch hier die Laissez-faire-Einstellung manch einer westdeutschen Behörde gegenüber den Waffen- und Fahrzeugexporten der bundesdeutschen Privatwirtschaft in ein Spannungsgebiet, die half, Portugals Herrschaft über seine Überseeprovinzen zu sichern. Die indigenen angolanischen Befreiungsbewegungen wurden hingegen nur in



unbedeutendem Umfang 'protegiert'. Erst mit dem Abzug Portugals und dem Beginn der Angola-Krise, Ende 1975, wurde die Unterstützung für die pro-westlichen Befreiungsbewegungen, die Frente Nacional de Libertação de Angola und die União Nacional para a Independência Total de Angola, dann deutlich ausgebaut. An das Niveau der Hilfe für Portugal, Belgien und selbst die westlich orientierten, antilumumbistischen Kongolesen sollten die westdeutschen Leistungen für die pro-westlichen Angolaner allerdings nicht heranreichen.

Auch die DDR bemühte sich um die Unterstützung derjenigen gemäßigten Kräfte, die eine evolutionäre – allerdings sowjetophile – Entwicklung ihrer Staaten erstrebten. Auch hier spielte der Ausbau der Versorgungssicherheit für die eigene Volkswirtschaft eine zentrale Rolle. Ostdeutschland konzentrierte in der Kongo-Krise seine Unterstützung zunächst ganz auf die gemäßigten sowjetophilen Kräfte der Regierung Gizenga. Diese erhielten eine bescheidene materielle und organisatorische Unterstützung, das spätere Conseil National de Libération dann auch militärische Ausrüstung, Waffen und Munition. Im portugiesischen Überseekonflikt unterstützte die DDR von Beginn an die sowjetophile Bewegung Movimento Popular de Libertação de Angola. Ausrüstungshilfen und eine kleinere Waffenlieferung wurden in den 1960er Jahren gewährt. Doch nahm die Unterstützung auch hier erst mit Ausbruch der Angola-Krise, Ende 1975, einen größeren Umfang an.

Die Bedeutung, welche die deutschen Aktivitäten für das internationale Ringen der westlichen und östlichen Staaten an diesen beiden Hot Spots des Kalten Krieges besaßen, lässt sich nur erahnen. Wenige konkrete Forschungsergebnisse liegen bislang zu den Aktivitäten der beiden Supermächte und der ehemaligen Kolonialmächte in diesen Staaten vor. Die Aufarbeitung der Aktivitäten der schwächeren europäischen, asiatischen, lateinamerikanischen und auch afrikanischen Mächte wurde noch überhaupt nicht in Angriff genommen.

In der Demokratischen Republik Kongo dürfte die BRD vor allem in der Frühphase der Krise zu den bedeutenderen Förderern einer gemäßigten, pro-westlichen Entwicklung des Landes gezählt haben. In der portugiesischen Überseeprovinz Angola dürfte sie sogar während des gesamten Konflikts ein entscheidender Stabilisator des portugiesischen Regimes gewesen sein. Und die DDR half der Movimento Popular mit ihrer geringen aber kontinuierlichen Unterstützung über zahlreiche Durststrecken hinweg, die vielleicht nicht nur *aufgrund*, aber doch auch *dank* der ostdeutschen Unterstützung Ende 1975 für diese in einer Regierungsübernahme endeten.

Geringer fiel der deutsche Beitrag dagegen in Staaten mit weniger bedeutenden Rohstoff- und Energieträgervorkommen und einem geringeren Gefährdungsgrad der Versorgungssicherheit aus. Hier konzentrierte sich das deutsche Engagement auf einen Ausbau der ökonomischen Vernetzung.

Projekte, welche die Errichtung gänzlich neuer Wirtschaftskomplexe zum Gegenstand hatten, bildeten hierbei eine Ausnahme und fanden wiederum lediglich, wie der Aufbau der Eisenerzförderstätten in Angola und die Industrialisierung der nordöstlichen Region der Demokratischen Republik Kongo durch das internationale Konsortium Association Internationale de l'Industrialisation du Nord-Est du Zaïre, an den Hot Spots des Kalten Krieges statt. So begünstigen die deutschen Aktivitäten nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet eine evolutionäre Entwicklung der gesamten zentralafrikanischen Region.

Die Frage, wie BRD und DDR nun im internationalen Ringen um Einflussphären, im zentralafrikanischen Second Scramble, konkret abschnitten, lässt sich dementsprechend, wie schon einleitend bemerkt, schwer beantworten. Fest steht jedoch, dass ihr Engagement vollauf genügte, die deutsche wirtschaftliche Vernetzung im zentralafrikanischen Raum weiter voranzutreiben. Rein finanziell betrachtet nahm der Anteil Zentralafrikas am Afrika- und Globalhandel von BRD und DDR zwar ab, materiell legte er aber zu. Hier zeigt sich der Erfolg der deutschen, *auf Wirtschaft und Handel fixierten* Afrikapolitik. Quantität und Qualität der aus Zentralafrika importierten Produkte konnten gesteigert, deren Preise gleichzeitig aber gesenkt werden. Die beiden deutschen Volkswirtschaften dürften die jeweilige deutsche Beteiligung am Second Scramble deshalb durchaus berechtigt als einen Erfolg verbucht haben.

### **Zur Unvereinbarkeit der Ergebnisse dieser Arbeit mit einigen der derzeitige Forschung zu den deutschen Afrikaaktivitäten dominierenden Thesen**

Konträr zu den Ergebnissen dieser Arbeit – die sich zugegebenermaßen auf den zentralafrikanischen Raum beziehen – präsentiert sich der derzeitige Forschungsstand zu den deutschen Aktivitäten auf dem gesamten afrikanischen Kontinent.

Bereits zu Beginn dieser Studie war auf fünf derzeit gängige Thesen verwiesen worden, deren Aussagen sich nur begrenzt mit den Ergebnissen der hier vorgestellten Sachverhalte und Analysen in Einklang bringen lassen. Sie sollen nun im Folgenden noch einmal vorgestellt und auf der Basis der Darlegungen und Analysen dieser Untersuchung einer Neudefinition unterzogen werden.

#### *a) Trade follows Hallstein? Doktrin und Gegensatz als Leitmotive deutscher Afrikapolitiken*

Die wohl bedeutendste These im Kontext der Erforschung der west- und ostdeutschen Afrikaaktivitäten stellt die Annahme dar, von 1955 bis 1970/72 hätten der deutsch-deutsche Gegensatz und die Aufrechterhaltung beziehungsweise Durchbrechung der Hallstein-Doktrin die

deutschen Afrikapolitiken und -aktivitäten dominiert.

Dabei lässt sich die überragende Bedeutung, die Gegensatz und Doktrin zugesprochen wird, bei eingehender Betrachtung – wie in dieser Arbeit geschehen – leicht in Zweifel ziehen. Das Engagement von BRD und DDR in Afrika hatte schon vor Einführung der Hallstein-Doktrin bestanden und erlebte weder mit deren offizieller Verkündung einen Schub, noch mit deren offiziellem Ende einen Einbruch – geschweige denn einen Abbruch. In den internen Aussprachen der staatlichen Institutionen West- und Ostdeutschlands über Einteilung und Gebrauch der vorhandenen Ressourcen entwickelten sich Doktrin und Gegensatz zwar zu einem viel beschworenen Argument. Dessen exzessiver Gebrauch hatte seine Ursache dann aber vor allem in den Formalien und inoffiziellen Regularien der ministerialen Antragsstellung. Tatsächlich waren jedoch *stets* nationale ökonomische, in Einzelfällen auch internationale geostrategische Argumente ausschlaggebend.

Gerade einmal zwei Projekte konnten im Laufe der Erstellung dieser Arbeit aufgespürt werden, in welchen der deutsch-deutsche Gegensatz mit Erfolg als ausschlaggebendes Argument für einen staatlichen Mehreinsatz von Ressourcen in Stellung gebracht wurde: Bonns Entsendung von Ärzten in die Demokratische Republik Kongo und seine Einrichtung von Partnerschaften zwischen Städten der Bundesrepublik und der Republik Kongo. Beiden war eine Aktion gleicher Art der DDR vorangegangen. Auch das Ringen der Öffentlichkeitsapparate der beiden deutschen Staaten um die 'richtige' Inszenierung des jeweiligen eigenen und fremden Deutschlands kann problemlos in diesen Zusammenhang eingeordnet werden. Drei weitere Beispiele für den deutsch-deutschen Gegensatz als Leitmotiv kommen auf gesellschaftlicher Ebene hinzu: Die Unterstützung des Tropenhospitals von Albert Schweizer in der Gabunischen Republik, die Entsendung von Gewerkschaftsfunktionären in die Republik Tschad und die Lieferung einiger Dutzend Bibeln an Gemeinden der Republik Kamerun. Auch hier hatten gesellschaftliche Organisationen der DDR agiert, gesellschaftliche Organisationen der BRD reagiert. Kein einziges Beispiel konnte indes aufgespürt werden, das direkt mit der Aufrechterhaltung beziehungsweise Durchbrechung der Hallstein-Doktrin in Zusammenhang stand. Im Vergleich mit der Fülle an Aktivitäten, welche die deutschen Staaten und gesellschaftlichen Organisationen insgesamt im zentralafrikanischen Raum unternahmen, waren Doktrin und Gegensatz also durchaus vernachlässigbare Größen.

Tatsächlich waren in den deutschen Afrikapolitiken ökonomische Interessen tonangebend. Zu ihrer Durchsetzung wurden erhebliche Mittel der staatlichen Wirtschafts-, Kultur- und Militärhilfe aufgewandt. Im Fall von Entwicklungshilfe und verdeckter Unterstützung spielten darüber hinaus zwar auch geostrategische Interessen eine Rolle, ein Primat der Hallstein-Doktrin und des deutsch-deutschen Gegensatzes lässt sich aber auch hier nicht erkennen.

Es kann somit festgehalten werden, dass bei einer Beurteilung der gesamten west- und ostdeutschen Afrikaaktivitäten Doktrin und Gegensatz nicht als zentrales Motiv, als Leitmotiv, angeführt werden können. Es waren ökonomische Interessen, welche die deutschen Afrikaaktivitäten bestimmten und die von geostrategischen Motiven, wie dem Kalten Krieg, flankiert und medial inszenierten Motiven, wie dem deutsch-deutschen Gegensatz, allenfalls gelegentlich kaschiert wurden. Am Ende galt eben auch für die beiden deutschen Staaten der Grundsatz: 'flag follows trade' – und nicht: 'flag follows Hallstein'.

*b) Jenseits deutscher Interessen? (Zentral)Afrika, ein marginaler Raum*

Die zweite These erklärt Afrika zu einem für deutsche Belange weitgehend interessenlosen Raum. Allenfalls dessen Norden, mit seinen ökonomisch relevanten Erdölreserven und seiner geostrategisch bedeutsamen Lage am Mittelmeer, und dessen Süden, mit der Republik Südafrika als einer nicht unbedeutender Wirtschaftsmacht und wichtigem geostrategischen Partner bei der Aufrechterhaltung der westlichen Schifffahrtsroute über das Kap, würden bescheidene Ausnahmen darstellen. Das selbe gelte für die gesellschaftlichen Kräfte Deutschlands, deren Aufmerksamkeit ganz von dem französischen Algerienkrieg im Norden und dem 'Kampf' gegen das Apartheidsregime im Süden in Anspruch genommen worden sei. Dem Mittelpunkt des afrikanischen Kontinents, dem zentralafrikanischen Raum, könne gleich jegliche staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung abgesprochen werden. So verwundert es nicht, dass Afrika in Globalbetrachtungen über deutsche Auslandsaktivitäten praktisch durchgängig ein Schattendasein führt.

Dabei dürfte diese Arbeit deutlich gemacht haben, dass auch im zentralafrikanischen Raum für BRD und DDR ökonomische, geostrategische und gesellschaftliche Interessen auf dem Spiel standen. Im Vergleich mit dem deutschen Handel auf den übrigen Kontinenten, vor allem mit den westeuropäischen Staaten, stand das deutsch-afrikanische Handelsvolumen zwar deutlich zurück, doch muss bedacht werden, dass ein nicht unerheblicher Teil des deutsch-afrikanischen Handels nicht als Direkthandel, sondern als Zwischenhandel über westeuropäische Drittstaaten abgewickelt wurde. Der Anteil Afrikas am deutschen Globalhandel war deshalb höher, als in den offiziellen Handelsstatistiken angegeben. Das selbe gilt für den Handel mit dem zentralafrikanischen Raum, der vor allem deshalb gegenüber dem Handel mit der Vereinigten Arabischen Republik und der Republik Südafrika zurückstand, da er nicht, wie dort, im direkten Verkehr abgewickelt wurde. Auch haben bisherige Arbeiten die Involvierung der beiden deutschen Staaten in die geostrategischen Operationen ihrer Verbündeten – auch und gerade in Afrika – nicht oder nur unzureichend reflektiert. Auch hier stand Afrika also keineswegs hinter anderen Kontinenten

zurück. Und schließlich bot der 'schwarze Kontinent' – auch abseits der Unterstützung der algerischen Unabhängigkeitsbewegung und der internationalen Bemühungen um ein Ende des südafrikanischen Apartheidregimes – mit dem portugiesischen 'Kolonialkrieg', der Kongo- und der Angola-Krise deutschen gesellschaftlichen Stömungen und Gruppierungen mindestens ebenso viel Profilierungsmaterial – wenn nicht noch mehr – wie der Korea- und der Vietnam-Krieg in Asien, wie der chilenische Staatsstreich in Lateinamerika, wie die Aktionen der 68er-Bewegung in West- und die Aufstände in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn in Osteuropa.

Afrika und der zentralafrikanische Raum mögen in ihrer Bedeutung für die deutschen Auslandsaktivitäten in einzelnen Bereichen hinter anderen Kontinenten und Regionen zurückgestanden haben. Eine Rolle in den deutschen Geschichten haben sie zweifellos dennoch gespielt.

### *c) Erfolgreich ohne Machtpolitik? Das Gebaren des westdeutschen Staates in Afrika*

Eine weitere These hat die Charakterisierung der westdeutschen Afrikapolitik zum Gegenstand. Deren Wesen wird in der Forschung praktisch durchgängig mit passiven, zurückhaltenden Zügen umschrieben. Ein aktives, gar dominantes, ein machtpolitisches Auftreten, wird dagegen nicht mit ihr in Zusammenhang gebracht.

Dies erstaunt. Konnten in dieser Arbeit doch zahlreiche Beispiele für ein eben solches Gebaren gefunden werden. Im Bereich der Kontaktpflege ließ Bonn Gelder an Politiker und Beamte zur Informationsgewinnung, zur Öffentlichkeitsarbeit und zur Einflussnahme auf deren Amtsführung vergeben. Neben direkten finanziellen Zuwendungen wurden einzelne Mitglieder der Staatselite zudem indirekt, über die Vergabe von Entwicklungs-, Militär- und Kulturhilfe an ihren ministerialen oder politischen Zuständigkeitsbereich, 'gefördert'. Letzteres verschaffte ihnen zusätzlichen Einfluss im Kabinett und somit auch ein Sprungbrett für ihre weitere politische Karriere. Am offensichtlichsten trat der westdeutsche Rückgriff auf machtpolitische Methoden während der Kongo-Krise in Erscheinung. Die Unterstützung antilumumbistischer Kräfte durch die indirekte Kofinanzierung einer der Oppositionspartei Alliance des Bakongo nahestehenden Genossenschaft, der Coopérative du Bas-Congo, du Kwango et du Kwilu und die Hinzuziehung des Bundesnachrichtendienstes beim Aufbau eines antilumumbistischen Propagandaapparats mit dem gleichzeitigen Auftrag der Geldbeschaffung zur Kontaktmittelvergabe dürfte das eindrucklichste Beispiel eines machtpolitischen Auftretens des westdeutschen Staates im gesamten zentralafrikanischen Raum gewesen sein.

Die von Westdeutschland in Afrika ausgeübten Praktiken können deshalb guten Gewissens um den

Begriff der Machtpolitik erweitert werden.

*d) Gefangen zwischen Einheitspartei und Moskau? Zur Entwicklung ostdeutscher Afrikaaktivitäten*

Die vierte These fragt nach den Kräften, die an den Planungen und Entscheidungsfindungsprozessen der ostdeutschen Afrikaaktivitäten beteiligt waren. Während die meisten Forschungsarbeiten das Politbüro und das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, sowie den Staatsapparat der Sowjetunion als zentrale – wenn nicht gar einzige – Instanzen der ostdeutschen Entscheidungsfindung betrachten, meinen zumindest einige – wenn auch nur wenige – Forscher die Beteiligung weiterer Kräfte ausmachen zu können.

Die in dieser Arbeit angestellte Untersuchung der Abläufe hat ergeben, dass die Sozialistische Einheitspartei der DDR und die staatlichen Organe der Sowjetunion tatsächlich nur in einigen wenigen Fällen direkt an der Entscheidungsfindung beteiligt waren – nämlich an solchen, die geostrategische Angelegenheiten betrafen. Andere Problemlagen – vor allem solche der Ökonomie – wurden dagegen weitgehend den jeweiligen Fachinstanzen überlassen: dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und dem Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel. Sie waren die zentralen Instanzen, wenn es um die konkrete Ausgestaltung der ostdeutschen Afrikapolitik ging. Die Rollen des Politbüros, des Zentralkomitees und Moskaus beschränkten sich meist auf die Zustimmung der zuvor von den Afrikareferaten dieser Ministerien ausgearbeiteten Pläne. Zwar saßen zahlreiche Mitglieder der ostdeutschen Einheitspartei in eben diesen und deren Referaten, waren direkt an der Erstellung der Pläne beteiligt. Ob deren Arbeit aber tatsächlich von der Partei, gar 'dem Parteiwillen', bestimmt war, scheint fraglich. Innerhalb des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei, innerhalb und zwischen den staatlichen Institutionen der DDR, sowie zwischen der Partei und den staatlichen Instanzen der DDR waren planerische Unstimmigkeiten keine Seltenheit. Es ist deshalb anzunehmen, dass sich, unabhängig der Parteimitgliedschaft, innerhalb der staatlichen Institutionen Zirkel von Beamten und Mitarbeitern zusammenfanden, die primär an der Durchsetzung der Interessen ihrer jeweiligen Institution arbeiteten. Ideen, die allein auf Parteiebene erdacht wurden, die allein dem eigenen Fortkommen auf Parteiebene dienten, dürften es im afrikapolitischen Alltagsgeschäft sehr schwer gehabt haben.

Bei der Aufarbeitung der ostdeutschen Afrikapolitik sollten deshalb künftig die staatlichen Institutionen noch stärker in den Blick genommen werden. Eine selbst auferlegte Beschränkung auf die Belange der Einheitspartei und der Sowjetunion dürfte bei der Analyse der ostdeutschen Afrikaaktivitäten kaum zielführend sein.

#### *e) Neuanfang oder Kontinuität? Deutsche Afrikapolitiken nach 1945*

Die letzte These beschäftigt sich mit der Frage, ob Charakteristika der deutschen Afrikapolitiken des Deutschen Kaiserreichs, der 'Weimarer Republik' und des 'Dritten Reichs' auch nach 1945 in der west- und ostdeutschen Afrikapolitik in Erscheinung getreten sind. Während die Politikwissenschaft in dieser Frage für einen radikalen Schnitt im Jahr 1945 plädiert, vertritt die historische Wissenschaft die Ansicht, dass durchaus eine evolutionäre Entwicklung – ausgehend vom deutschen Imperialismusgedanken – stattgefunden habe.

Letzterem wird auch in dieser Arbeit zugestimmt. Tatsächlich lässt sich im Fall der BRD eine evolutionäre Entwicklung – unter ökonomischen Prämissen – erkennen. Die Grundlage für diese Entwicklung war bereits in der Afrikapolitik des 'Dritten Reichs' gelegt worden. Die Schaffung einer geographisch umgrenzten deutschen Einflusszone, eines deutschen Kolonialraumes, hatte zu dieser Zeit zwar immer noch im Zentrum der afrikapolitischen Bemühungen gestanden, das Kriterium der Wirtschaftlichkeit hatte sich aber bereits im imperialen Habitus festgesetzt. Direkte deutsche Einflussnahmen sollten auf ein Minimum reduziert, den Afrikanern eine begrenzte Autonomie gewährt werden. Auf diese Planungen konnte nach 1945 zurückgegriffen werden, als es nun darum ging, die staatlichen und wirtschaftlichen Infrastrukturen Afrikas bei ihrem Auf- und Ausbau zu unterstützen.

Im Gegensatz hierzu lässt sich für die Anfänge der Afrikapolitik der DDR tatsächlich – zumindest vorübergehend – inhaltlich ein Neuanfang mit 'revolutionärem' Antlitz – wenn auch zweifellos ebenfalls mit ökonomischem Hintergedanken – konstatieren. Doch gilt dies nur für die frühen Jahre, in denen sich der ostdeutsche Ressourceneinsatz noch in Grenzen hielt. Seit dem Ende der 1960er Jahre stand auch in Ostdeutschland Evolution, nicht Revolution, im Zentrum der afrikapolitischen Bemühungen. So schwenkte auch die DDR auf den evolutionär gewachsenen Pfad ein, den die BRD schon rund zwei Jahrzehnte zuvor betreten hatte und beteiligte sich – zum Wohl ihrer Wirtschaft – fortan ebenfalls am Aufbau der bestehenden zentralafrikanischen Strukturen. Anhänger der Konvergenztheorie werden sich hier zu Recht bestätigt fühlen.<sup>2313</sup>

Es kann somit festgehalten werden, dass eine evolutionäre Entwicklung innerhalb der west- und mit Einschränkungen auch der ostdeutschen Afrikapolitik überwog.

---

<sup>2313</sup> Tobias Schulz hat ganz treffend in seiner Fallstudie über das ostdeutsche Universitätswesen darauf hingewiesen, dass nicht die "Verwissenschaftlichung", wohl aber die "Verwirtschaftlichung" zu einer BRD-konvergenten Entwicklung der DDR beigetragen hat (Schulz, Tobias: „Sozialistische Wissenschaft“. Die Berliner Humboldt-Universität (1960-1975), Köln Weimar Wien 2010, S. 110.).

## Afrika ist überall – Deutschlands Auslandsaktivitäten in der ('Dritten') Welt

Analyseergebnisse, die auf die deutschen Aktivitäten innerhalb Afrikas zutreffen, sollten auch auf die deutschen Aktivitäten außerhalb Afrikas anwendbar sein. Weisen Auswertungen der deutschen Aktivitäten in der 'Dritten', 'Zweiten' und 'Ersten Welt' doch eine erhebliche Parallele auf.

Auch hier stellen der deutsch-deutsche Gegensatz und die Hallstein-Doktrin für die Forschung das zentrale Motiv der deutschen Auslandsaktivitäten der 1950er, 1960er und der beginnenden 1970er Jahre dar.<sup>2314</sup> Die Doktrin wird dabei, von einigen wenigen Forschern abgesehen,<sup>2315</sup> auch hier als ein in sich geschlossen erdachtes Handlungskonzept verstanden, das über sein ursprüngliches Anwendungsfeld der Diplomatie hinaus, eine umfassende Bedeutung für die Gestaltung der staatlichen Auslandsaktivitäten erlangte.<sup>2316</sup> Und auch hier wird ihr Ende, fast durchgängig,<sup>2317</sup> im deutsch-deutschen Grundlagenvertrag von 1972 gesehen.

Gegensatz und Doktrin seien anschließend auf nationaler Ebene wirtschaftlichen Interessen,<sup>2318</sup> auf internationaler Ebene geostrategische Interessen des westlichen und östlichen Lagers gewichen<sup>2319</sup> – begleitet vom Wunsch, Werte, wie Demokratie und Menschenrechte,<sup>2320</sup> in die Welt zu tragen und Stabilität zu erzeugen. Sogar das Verlangen nach einer friedlichen Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten habe sich fortan in ihrem außenpolitischen Wirken bemerkbar gemacht.<sup>2321</sup>

<sup>2314</sup> Als Auswahl seien hier angeführt: Schöllgen, Gregor: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. München<sup>3</sup> 1999, S. 45. ; Gray, William Glenn: Germany's Cold War. The global campaign to isolate East Germany, 1949-1969. Chapel Hill u.a. 2003, S. 221. ; Troche 1996, S. 115. ; Kilian, Werner: Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955-1973. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien. Berlin 2001, S. 359.

<sup>2315</sup> Lediglich Werner Kilian (Kilian 2001, S. 376.) und Gregor Schöllgen (Schöllgen 1999, S. 46.) sehen sie mehr als ein sich langsam aus den außenpolitischen Umständen herausbildendes außenpolitisches Konstrukt.

<sup>2316</sup> Booz 1995, S. 166 ff.

<sup>2317</sup> Einige Forscher sehen die Doktrin erst mit der deutschen Wiedervereinigung beendet. Beispielsweise sind Johannes Kuppe und Andreas Fraude der Ansicht, dass die Außenpolitik der DDR „von Anfang bis Ende“ (Kuppe, Johannes: Die Außenpolitik der DDR. In: Eppelmann, Rainer, Bernd Faulenbach, Ulrich Mählert (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Paderborn 2003, S. 318-326, hier S. 318.) bzw. „immer auch“ (Fraude 2006, S. 13.) als Deutschlandpolitik verstanden werden müsse, da die BRD die Deutsche Frage auch nach dem Grundlagenvertrag weiter offen gehalten habe (Ebd., S. 62.).

<sup>2318</sup> Rock, Philipp: Macht, Märkte und Moral. Zur Rolle der Menschenrechte in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in den sechziger und siebziger Jahren. Frankfurt am Main u.a. 2010, S. 270-278. ; Crome, Erhard, Raimund Krämer: Die Außenpolitik der DDR – Eine vorläufige Bilanz. In: Crome, Erhard, Claus Montag (Hg.): Die verschwundene Diplomatie. Beiträge zur Außenpolitik der DDR. Festschrift für Claus Montag. Berlin 2003, S. 26-45, hier S. 37.

<sup>2319</sup> Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters. 1947-1991. München 2007, S. 325. ; Hellmann 2007, S. 15-46, hier S. 30-35. ; Muth, Ingrid: Die DDR-Außenpolitik 1949 – 1972. Inhalte, Strukturen, Mechanismen. Berlin 2000, S. 49. ; Muth, Ingrid, Karl Seidel: Außenpolitische Interessen der DDR. In: Bock, Siegfried u.a. (Hrsg.): DDR-Außenpolitik im Rückspiegel. Diplomaten im Gespräch. Münster 2004, S. 13-32, hier S. 14 ff. ; Nakath, Detlef: Außenpolitik. In: Herbst, Andreas, Gerd Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler (Hg.): Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch. Berlin 1997, S. 263-277, S. 264.

<sup>2320</sup> Hellmann, Gunther, Rainer Baumann, Wolfgang Wagner: Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung. Wiesbaden 2006, S. 79.

<sup>2321</sup> Maull, Hanns W.: Die prekäre Kontinuität: Deutsche Außenpolitik zwischen Pfadabhängigkeit und Anpassungsdruck. In: Schmidt, Manfred G. (Hg.): Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Innen- und Außenpolitik seit 1949. Wiesbaden 2006. ; Hellmann 2007, S. 15-46, hier S. 31 ff.



Mit den Ergebnissen dieser Arbeit lässt sich diese These kaum in Einklang bringen. Auch in globaler Hinsicht sollte der Hallstein-Doktrin deshalb nicht länger eine überragende und universelle Bedeutung beigemessen werden. Dürften doch letztlich auch hier die nationalen wirtschaftlichen und die internationalen geostrategischen Interessen die ausschlaggebende Rolle gespielt haben.

Die Ergebnisse dieser Arbeit lassen es vielmehr geraten erscheinen, die west- und die ostdeutschen Außenpolitiken und Auslandsaktivitäten noch einmal einer grundlegenden Gegensatz- und Doktrin-kritischen Analyse zu unterziehen. Gerade die Hallstein-Doktrin hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einem *Mythos* entwickelt, der alle übrigen potentiellen Erklärungsmuster deutscher Auslandsaktivitäten weitgehend verdrängt hat. Abseits des europäischen Raumes war und ist deutsche Außenpolitik in der Forschung vor allem immer eines: *Deutschlandpolitik*. Doch dürfte diese Arbeit deutlich gemacht haben, wie wenig das deutsche Engagement im Ausland mit deutsch-deutschem Gegensatz und Hallstein-Doktrin, wie sehr dafür aber mit nationalen ökonomischen und internationalen geostrategischen Interessen in Einklang stand.

Die deutschen Auslandsaktivitäten ... sie waren eben doch weit mehr als bloße Deutschlandpolitik.

### **Der Blick auf die Ökonomie als Perspektivgewinn**

In dieser Arbeit wurde der Versuch unternommen, einen Überblick über die Frühphase der deutschen Aktivitäten im zentralafrikanischen Raum in der Zeit zwischen 1945 und 1975 zusammenzustellen und diesen einer Analyse, sowie einem Vergleich mit dem derzeitigen Forschungsstand über die deutschen Aktivitäten auf dem gesamten afrikanischen Kontinent zu unterziehen.

Möglich war dies dank der makrohistorischen Anlage dieser Untersuchung, die es erlaubte, die deutschen Aktivitäten in einer ganzen Region zu verfolgen. Ausgehend vom Erkenntnisgewinn, welchen diese Vorgehensweise bescherte, scheint es sinnvoll, sich künftig, bei ähnlich gelagerten Fragestellungen, ebenfalls regionaler Projektionsflächen zu bedienen. Bislang liegen zu den deutschen Aktivitäten inner- und außerhalb Europas vor allem Fallstudien vor, die entweder einen einzelnen oder eine kleine Zahl – zudem geographisch meist unzusammenhängender – Staaten zum Gegenstand haben. Diese Arbeit hat gezeigt, dass über makrohistorisch angelegte, regionale Betrachtungen ein erheblicher Perspektivgewinn erreicht werden kann. Für ähnlich regional ausgerichtete Untersuchungen zu den deutschen Auslandsaktivitäten im nord-, west-, ost- und südafrikanischen Raum – aber auch über den afrikanischen Kontinent hinaus – ist ein vergleichbarer Perspektiv- und Erkenntnisgewinn zu erwarten.

Des weiteren ist in dieser Arbeit eine quantitative und qualitative Dominanz der ökonomischen Interessen und ökonomisch bedingten Ressourceneinsätze innerhalb der deutschen Gesamtaktivitäten deutlich geworden. Bei künftigen Untersuchungen der deutschen Auslandsaktivitäten sollten deshalb die bislang immer noch weitgehend vernachlässigten wirtschaftlichen Akteure stärker in den Fokus genommen werden. Insbesondere die historischen Entwicklungen von Wirtschaft und Handel, von Finanzinvestitionen und -transaktionen bedürfen dringend weiterer, eingehender Analysen.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte eine neue Episode der Weltgeschichte begonnen. Zahlreiche Großmächte waren im Niedergang begriffen. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion erhoben sich dagegen aus ihrem Großmachtstatus und wuchsen zu Supermächten heran. Ihnen folgte zu Beginn der 1960er Jahre als dritte Supermacht die Volksrepublik China. Im Laufe dieser Entwicklung brachen die Kolonialreiche der einstigen Großmächte auseinander und zerfielen in eine Vielzahl unabhängiger Staaten. Die über den Kolonialismus gefestigten imperialistischen Strukturen der geographisch definierten formellen Einflusszonen, die zum Ende des 19. Jahrhunderts ihre Vollendung erreicht hatten, brachen auf und ermöglichten der bisher gezügelten Globalisierung eine weitgehend ungehinderte Verbreitung. Lediglich geographisch umrahmte Einflussbereiche blieben den ehemaligen Kolonialmächten erhalten, deren Strukturen aber zunehmend von den Einflussphären dritter Mächte bedrängt wurden. Dies hatte erheblichen Einfluss auf die Entwicklung der weltweiten Handels- und Wirtschaftsstrukturen. Die staatliche Lenkung der nationalen Handelsströme – der kontingentierte Handel – wurde zurückgefahren. Liberale und soziale Marktwirtschaften entstanden auf der ganzen Welt – sieht man von den schwächelnden staatlich gelenkten Volkswirtschaften der sozialistischen Staaten einmal ab.

In Folge dieser Marktöffnungen entbrannte ein globaler 'Handelskrieg', in dem die beteiligten Staaten sich nach Kräften bemühten, auf ausländischen Märkten Rohstoffe zu beziehen und Fertigprodukte abzusetzen. Maßgeblich beeinflusst wurde dieser ökonomische 'Konflikt' vom staatlichen Engagement derjenigen Länder, in welchen sich die meisten Produktionsstätten befanden. Deren Staatsapparate griffen aktiv in ausländische Märkte ein, um ihrer Wirtschaft Vorteile im Im- und Export zu verschaffen. Eine Beschränkung der staatlichen Wirtschafts- und Handelspolitik auf die Hebung und Senkung der eigenen Zölle und Abgaben wurde hierbei schon bald als unzureichend erkannt. Um die eigene Produktion konkurrenzfähig zu halten, wurde ein außenpolitisches Instrumentarium aufgebaut und über die Jahre zielstrebig erweitert. Staatlich finanzierte Kreditierungen, Planungen und die Bereitstellung von 'Probeexemplaren' dienten der künstlichen Verbilligung der von ihren Volkswirtschaften produzierten Güter. Öffentlich finanzierte

Sprach-, Praktika- und Ausbildungsprogramme senkten die Personalkosten der für die anwendungstechnisch anspruchsvolleren Produkte benötigten Fachkräfte und sollten helfen, potentiellen Kunden ihre Kaufentscheidung zu erleichtern. Staatliche Einflusssphären entstanden, deren Essenz sich nicht mehr primär – wie noch im Fall der Einflusszonen und -bereiche – über einen räumlichen, sondern über einen ökonomischen Rahmen definieren ließ.

Eingehende Untersuchungen dieser ausgreifenden Wirtschaftspolitiken, ihrer Instrumentarien – die ursprünglich unter dem Banner des Imperialismus konzipiert worden waren –, doch auch der Wirtschaft, des Handels, der Banken und Investoren dürften Forschungsarbeiten der kommenden Jahrzehnte ein fruchtbares Betätigungsfeld bieten – und dies nicht allein im deutschen Kontext. Wurden doch nicht nur die deutsch-deutschen Auslandsaktivitäten vom außenpolitischen Grundsatz 'flag follows trade' bestimmt.

## Quellenverzeichnis

### Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes

#### Abteilung Auswärtiges Amt (BRD)

*Akten betreffend Afrika im Allgemeinen*

#### **Ministerbüro**

**B 1:** 57, 64, 156, 157, 169, 259, 260, 367, 506, 507, 550, 575

#### **Büro Staatssekretäre**

**B 2:** 28, 65, 66, 67, 76, 80, 85, 93, 94, 96, 97, 105, 168, 172, 174, 204, 213, 216, 217, 294; **B 2-VS:** 372 a

#### **Staatsminister**

**B 3:** 1, 13, 20, 24

#### **Parlaments- und Kabinettsreferat**

**B 4:** 9, 57

#### **Informationsreferat Ausland / Informationsreferat (Öffentlichkeitsarbeit) Ausland**

**B 6:** 125, 133, 175, 180, 199

#### **Pressereferat**

**B 7:** 19, 20, 45, 53

#### **Länderabteilung und Referate 304-307 und 315-318**

**B 11:** 66, 147, 217, 308, 309, 605, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 620, 692, 695, 697, 701, 761, 885, 1006, 1046, 1053, 1360, 1362, 1363, 1370

#### **Ostabteilung**

**B 12:** 466, 482, 494a, 732, 736, 1122, 1123, 1125, 1126, 1128, 1129, 1130, 1131, 1132, 1724, 1732

#### **NATO, Verteidigung und Abrüstung / Sekretariat für Fragen des Pleven-Plans / NATO und Verteidigung / NATO, WEU, Verteidigung / Grundsatzfragen der Verteidigungspolitik Atlantisches Bündnis und Verteidigung**

**B 14-211:** 17, 44, 50, 52, 54, 73, 74, 88; **B 14-II A 7:** 840, 851, 1190, 1196, 1197, 1204, 1211, 1280; **B 14:** 213, 1811, 1826; **B 14-301:** 24, 30a, 30b, 31, 54, 90, 131, 139, 140, 141, 142, 180, 189, 190, 210, 211, 213, 226, 232, 1890

#### **Friedliche Verwendung der Atomenergie**

**B 22:** 39

#### **204 u. a. Länderreferate der Politischen Abteilung, u. a. Ab 1958 Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Italien**

**B 24:** 265

#### **206 u. a. Länderreferate der Politischen Abteilung, u. a. Ab 1958 Portugal, Spanien, Vatikan, Griechenland, Türkei**

**B 26 IA 4:** 318

#### **Afrika südlich der Sahara / Ost- und Südafrika / West- und Zentralafrika / Afrikapolitik**

**B 34:** 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 113, 220, 221, 331, 332, 333, 369, 389, 390, 849, 850

**Außenpolitische Fragen der wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen / Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Technologiepolitik und der Umweltprobleme**

**B 35:** 343, 369

**Berlin und Deutschland als Ganzes / Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen / Außenpolitische Fragen der Durchführung der Abschließenden Regelung in Bezug auf Deutschland / Dienststelle Berlin / Auswärtige Angelegenheiten beim Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin / Verwaltungs- und Abwicklungsstelle Berlin / Dienststelle Berlin**

**B 38 – II A 1:** 105, 106, 108, 198, 246, 302

**Ost-West-Beziehungen**

**B 40:** 24, 30, 31, 32, 33, 34, 108, 109, 147

**Sowjetunion**

**B 41:** 23, 32, 46

**Abrüstung und Sicherheit / Allgemeine Abrüstung, Beobachterdelegation für Abrüstungskonferenzen / Europäische Sicherheit / Technologische, militärische und wirtschaftliche Fragen, Studien auf dem Gebiet der Abrüstung und Rüstungskontrolle / Abrüstung und Rüstungskontrolle ( weltweit ) / Sicherheit in Europa, Abrüstung und Rüstungskontrolle / Verifikation, B- und C-Waffen-Verbote, technologische Fragen, Friedensforschung / Abrüstung und Rüstungskontrolle, Abrüstungsausschuß, Nichtverbreitung, Forschung / Abrüstung und Rüstungskontrolle in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen / Abrüstung und Rüstungskontrolle / Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle, Vertrauensbildung in Europa ( VKSE, VSE ) / Nukleare Nichtverbreitung, Nuklearer Teststopp, Genfer Abrüstungskonferenz, regionale Abrüstung außerhalb Europas, Abrüstungsfragen in den VN, Kernwaffenfreie Zonen / Grundsatzfragen und Bewertung der Implementierung und Verifikation konventioneller Abrüstungs- und Rüstungskontrollabkommen / Implementierung und Verifikation Ausland Implementierung und Verifikation im In- und Ausland / Implementierung und Verifikation Inland Chemiewaffenübereinkommen, Verifikation, B-Waffenübereinkommen / Abrüstung und Rüstungskontrolle, Grundsatzfragen, Sicherheitspolitische Fragen der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Nukleare Abrüstung, NVV, Nukleares Testverbot, Genfer Abrüstungskonferenz, Abrüstung in den VN, Kernwaffenfreie Zonen / Rüstungskontrolle und Abrüstung, militärische Vertrauensbildung und sicherheitsbildende Maßnahmen ( regional, insbesondere im OSZE-Raum ), militärische regionale Sicherheit, VN-Waffenübereinkommen, Landminen, Kleinwaffen, Arbeitstisch 3 ( Sicherheitsfragen ) des Stabilitätspaktes für Südosteuropa / KSE-Vertrag, Implementierung und Verifikation konventioneller Abrüstungs- und Rüstungskontrollabkommen, Open Skies, VN-Waffenregister, UNSCOM, UNMOVIC, OSZE-Kommunikationsnetz / Chemiewaffenübereinkommen ( CWÜ ), Implementierung/Nationale Behörde, B-Waffenübereinkommen ( BWÜ )**

**B 43:** 14

**Handelspolitische Abteilung**

**B 50:** 41, 49, 56

**Allgemeine Handelspolitik**

**B 51:** 27

**Grundsatzfragen der Handelspolitik / Allgemeine Handelspolitische Fragen, Grundsatzfragen Wirtschaftspolitik / Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik, Erdölpolitik, Außenhandelsförderung, Gewährleistungen im Außenhandel und Kapitalexport, Rüstungsexportkontrolle / Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik, Wirtschafts- und Währungsfragen, G7-Wirtschaftsgipfel, IWF, OECD, BIZ, Grundsatzfragen der internationalen Verschuldung, Umschuldungen, Forderungen der ehem. DDR, Transferrubelsalden, bilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu Türkei, Zypern, Malta, USA, Kanada, Japan / Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik, Weltwirtschaftssystem ( einschl. Regionalorganisationen ), OECD, Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik, G7/G8-Wirtschaftsgipfel, IWF, BIZ, Banken- und Kreditwesen, Grundsatzfragen der internationalen Verschuldung, multilaterale und bilaterale Umschuldungen, Pariser Klub, Forderungen der ehem. DDR**

**B 52 - III A 1:** 45, 99, 128; **B 52:** 355, 356, 357, 358, 365, 507

**Afrika südlich der Sahara**

**B 68:** 363, 669, 670

**Völkerrecht und Staatsverträge**

**B 80:** 1097

**501/V2, 502 Gesandtschafts- und Konsularrecht, Verkehrsrecht, ab 1951 Beamtenrecht**

**B 81:** 815

**Strafrecht / Strafrecht, Steuer- und Zollrecht / Strafrecht, Internationales Steuer- und Zollrecht**

**B 83:** 957, 1050, 1054

**Kulturpolitik Grundsatzangelegenheiten / Grundsatzfragen, Gesamtplanung, kulturpolitische Öffentlichkeitsarbeit, Förderung der deutschen Sprache, Gästeprogramm**

**B 90 – 600:** 12, 20, 27, 58, 101, 242, 248, 330, 331, 422, 427, 447, 448, 449, 457, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 536, 611, 711, 713, 721, 940, 941, 943, 944

**Kulturarbeit internationaler staatlicher Organisationen, Gästeprogramm der Bundesregierung / Multilaterale Zusammenarbeit / Kulturelle Zusammenarbeit in internationalen und supranationalen Organisationen ( UNESCO, EG, Europarat, KSZE, OECD, NATO )**

**B 91:** 491

**Kirchliche Beziehungen zum Ausland, Katastrophenhilfe, Medizinalangelegenheiten, Kulturelle Aufgaben karitativer Art Jugend, Sport, Kirchliche Beziehungen zum Ausland / Jugend, Sport, Kirchen**

**B 92:** 4, 16, 18, 102, 110, 120, 125, 143, 149, 151, 155, 157, 165, 169, 175, 176, 177, 218, 220, 230, 244, 262, 313, 335, 336, 340, 359, 362, 363, 371, 372, 414, 415, 418, 422, 423, 425, 429, 430, 432, 461, 477, 485, 486, 487, 521, 524; **B 92 ZWI:** 557, 560, 566, 574, 576, 579, 582, 592, 596,

**Kulturabteilung - Kunst, Film, Rundfunk, Fernsehen**

**B 95:** 1247, 1248, 1266, 1272

**Organisation**

**B 110:** 72, 248, 460, 464 , 933, 936

**Liegenschaften**

**B 112:** 731

**Politisches Archiv und historisches Referat**

**B 118:** 751

**Verschlusssachenregistraturen des Auswärtigen Amts**

**VS:** 2306A, 3857, 4794, 7069A, 7072A, 8320, 8504, 8507, 8517, 10096

**Edition 'Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland'**

**B 150:** 82, 83, 85, 87, 91, 92, 93, 100, 103, 104, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 114, 119, 122, 125, 127, 128, 132, 139, 143, 169

**Politisches Archiv**

**Abt. 2:** 168, 172, 204

**Audiovisuelles Archiv des Auswärtigen Amtes**

**Audiovisuelle Sammlung:** 87, 88, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102

*Akten betreffend die belgischen überseeischen Besitzungen*

**B 60 – 1. Abg.:** 1, 2, 4, 5, 9, 11, 13, 15, 17, 18, 19, 115, 116; **B 60 – 2. Abg.:** 8, 10, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24

*Akten betreffend die britischen überseeischen Besitzungen*

**B 34:** 9, 10, 11, 12, 13, 178, 180; **B 68:** 15, 16, 67

*Akten betreffend die französischen überseeischen Besitzungen*

**B 34:** 1, 2, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 231, 338; **B 60 - 2. Abg.:** 1, 2, 3, 4, 5

*Akten betreffend die portugiesischen überseeischen Besitzungen*

**B 34:** 17, 18; **B 60 - 1. Abg.:** 178, 180

*Akten betreffend die Republik Äquatorialguinea*

**B 34:** 800; **B 68:** 569, 584, 769; **Zwischenarchiv:** 102925, 108261

*Akten betreffend die Republik Angola*

**B 34:** 101, 179, 270, 271, 272, 273, 274, 362, 363, 364, 517, 602, 664, 714, 858; **B 68:** 62, 63, 64, 65, 66, 67, 210A, 211, 256, 298, 452, 573, 574, 794, 934, 978; **Zwischenarchiv:** 102568, 102569, 102570, 108162, 108163, 108164, 108165, 108166, 108167, 108168, 108173, 116754, 116755

*Akten betreffend die Republik Gabun*

**B 34:** 193, 293, 375, 451, 542, 618, 683, 723, 778, 875; **B 68:** 137, 120, 179, 222, 223, 267, 308, 404, 405, 622, 623, 624, 647, 648, 649, 748, 1007, 1008, 1009, 1010; **Zwischenarchiv:** 102941, 102942, 102943, 108268, 108269

*Akten betreffend die Republik Kamerun*

**B 34:** 90, 155, 156, 157, 158, 159, 249, 250, 251, 349, 417, 418, 419, 495, 583, 631, 649, 701, 736, 813, 814, 867; **B 68:** 34, 43, 44, 103, 127, 128, 154, 155, 196, 197, 198, 240, 241, 289, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 438, 523, 524, 525, 526, 719, 720, 879, 880, 881, 882, 883, 997, 998, 999; **Zwischenarchiv:** 102955, 102956, 102957, 102958, 102959, 108278, 108279, 108280, 108281, 108282, 108283, 108284, 108285, 108286, 108287

*Akten betreffend die Demokratische Republik Kongo*

**B 34:** 6, 7, 8, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 160, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 238, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 350, 351, 352, 353, 420, 421, 422, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 584, 585, 586, 587, 650, 651, 702, 703, 736, 737, 815, 816, 868; **B 60 - 2. Abg.:** 1, 2, 4, 5, 6, 7; **B 68:** 19, 25, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 104, 129, 156, 157, 189C, 198, 199, 200, 201, 242, 243, 290A, 290B, 349, 350, 351, 352, 439, 440, 527, 528, 529, 530, 531, 721, 722, 775, 776, 777, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 1042, 1043, 1044, 1045, 1046; **Zwischenarchiv:** 103046, 103047, 103048, 103049, 103050, 103051, 103052, 103053, 103053, 103054, 103055, 103056, 103057, 103058, 108374, 108376, 108377, 108378, 108379, 108380, 108381, 108382, 108383, 108384; AV Neues Amt: 21091, 21107, 21108, 21109, 21110, 21111, 21116

*Akten betreffend die Republik Kongo*

**B 34:** 197, 301, 302, 381, 457, 548, 549, 623, 686, 687, 726, 785, 786, 879; **B 68:** 83, 84, 139, 184, 226, 273, 312, 415, 416, 631, 632, 633, 657, 658, 659, 660, 755, 1026, 1029, 1030; **Zwischenarchiv:** 102960, 102961,

102962, 108290, 108291, 108292, 108293, 108294

*Akten betreffend die Demokratische Republik São Tomé und Príncipe*

**Zwischenarchiv:** 103020, 108350

*Akten betreffend die Republik Tschad*

**B 34:** 200, 307, 383, 459, 552, 625, 688, 727, 789, 790, 881; **B 68:** 85, 119, 140, 186, 228, 274, 314, 419, 420, 637, 638, 639, 662, 663, 664, 757, 758, 759, 1068, 1069, 1070, 1097; **Zwischenarchiv:** 103040, 103041, 103042, 103043, 103044, 103045, 108370, 108371, 108372

*Akten betreffend die Zentralafrikanische Republik*

**B 34:** 308, 384, 460, 553, 626, 689, 791, 792, 882; **B 68:** 121, 187, 275, 315, 421, 422, 640, 641, 665, 760, 876, 1071, 1072, 1073; **Zwischenarchiv:** 103059, 103060, 103061, 103062, 103063, 103064, 103065, 103066, 108385, 108386, 108387, 108388

*Akten betreffend die Republik Libyen*

**AV Neues Amt:** 4343, 4345, 4373

*Akten betreffend die Republik Südafrikas*

**AV Neues Amt:** 18234

*Akten betreffend Nachlässe von Diplomaten und Personalakten*

**NL Etzdorf:** 206-1, 206-4, 206-11, 206-12, 207-8, 208-17, 209-14, 210-8, 213-3; **NL Posadowsky:** 1; **NL Stelzer:** 1; **NL Grobba:** 1; **NL Grewe:** 36, 48,64; **NL Scherpenberg:** 1, 2, 4, 5, 29; **NL Braun:** 52; **NL Hallstein:** 27; **NL Müllenheim:** 122; **Personalakten:** 12499, 57829, 57830

Abteilung Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (DDR)

*Akten betreffend Afrika im Allgemeinen*

**A:** 1154, 1156, 1166, 1167, 1168, 11181, 11182, 11183, 11184, 11217, 11989, 13832, 14154, 14159, 14179, 14197, 14321, 14347, 14353, 14356, 14360, 14583, 14585, 14586, 14589, 14594, 14886, 15110, 15944, 16062, 16730, 16733, 16735, 16959, 16979, 17218, 17315, 17403, 17822, 17943; **B:** 326/72, 1263/75, 3591; **C:** 67/71, 70/73, 146/72, 215, 216, 219, 223, 228, 276, 317/73, 323/74, 411, 412, 459/72, 465/72, 468/72, 480/72, 483/72, 491/72, 500/72, 501/72, 502/72, 503/72, 504/72, 506/72, 507/72, 511/72, 517/72, 518/72, 521/72, 526/72, 527/72, 533/72, 551/72, 735/75, 736/75, 851/74, 971/70, 1083, 1094/71, 1426/75, 1427/75, 1428/75, 1429/75, 1430/75, 1440/75, 1442/75, 1443/75, 1444/75, 1960/72, 1961/72, 5354; **G-A:** 341; **LS-A:** 342, 370, 400, 408, 409, 419, 447, 460, 485, 488, 489, 495, 516

*Akten betreffend die Vereinigte Arabische Republik*

**A:** 13765

*Akten betreffend allgemeine Verschlusssachen*



**VS:** 9, 60, 65, 139, 161, 170, 174

*Akten betreffend die Republik Äquatorialguinea*

**C:** 996/73, 1089/78, 1093/78, 1094/78, 1095/78, 1096/78, 1097/78, 1098/78, 1100/78, 1102/78, 1103/78, 1104/78, 1105/78, 1106/78, 1107/78, 1108/78, 1109/78, 1110/78, 1111/78, 1115/78, 1116/78, 1117/78, 1118/78, 1119/78, 1120/78, 1121/78, 1122/78, 1123/78, 1124/78, 1456/78; **Dok.:** 206

*Akten betreffend die Republik Angola*

**A:** 15964, 16050, 17416; **C:** 4011, 4257, 6148, 6149, 6150, 6151, 6152, 6153, 6156, 6157, 6158, 6161, 6162, 6165, 6166

*Akten betreffend die Republik Gabun*

**A:** 16599, 17230, 17284; **C:** 905/74, 907/74, 909/74, 1011/73, 6264, 6265; **Dok.:** 57

*Akten betreffend die Republik Kamerun*

**A:** 14609, 14614, 17216, 17229, 17802; **B:** 229/72, 578/69 (3); **C:** 1067/78, 1068/78, 1070/78, 1071/78, 1072/78, 1073/78, 1074/78, 1164/77, 1328, 6284, 6285, 6286, 6287; **Dok.:** 103

*Akten betreffend die Demokratische Republik Kongo*

**A:** 11216, 11230, 11369, 11872, 14194, 14195, 14593, 14880, 15760, 17229, 17288, 17294, 17295; **B:** 290/74, 323/74 [vernichtet]; **C:** 408, 782/74, 783/74, 784/74, 785/74, 786/74, 787/74, 789/74, 790/74, 791/74, 792/74, 793/74, 794/74, 795/74, 796/74, 797/74, 798/74, 799/74, 800/74, 801/74, 805/74, 806/74, 807/74, 808/74, 809/74, 810/74, 811/74, 812/74, 813/74, 814/74, 945/78, 946/78, 947/78, 948/78, 949/78, 950/78, 951/78, 952/78, 1028/75, 1450/75, 1588/74, 4252, 4381, 6240, 6241, 6242, 6244, 6245, 6246, 6247, 6248, 6249, 6250, 6251, 6252, 6253, 6254, 6255, 6257, 6258, 6260; **Dok.:** 111; **LS-A:** 371, 372, 389, 405, 477

*Akten betreffend die Republik Kongo*

**B:** 230/72, 578/69 (1), 578/69 (2), 578/69 (3); **C:** 364/77, 404, 909/77, 915/74, 916/74, 918/74, 919/74, 920/74, 921/74, 922/74, 923/74, 924/74, 925/74, 926/74, 927/74, 928/74, 929/74, 930/74, 931/74, 933/74, 934/74, 935/74, 936/74, 937/74, 938/74, 939/74, 940/74, 941/74, 942/74, 943/74, 944/74, 945/74, 946/74, 949/74, 954/78, 955/78, 957/78, 958/78, 959/78, 960/78, 962/78, 963/78, 964/78, 965/78, 1018/73, 1029/75, 1074/77, 1075/77, 1077/77, 1079/77, 1080/77, 1081/77, 1082/77, 1083/77, 1084/77, 1085/77, 1086/77, 1087/77, 1088/77, 1089/77, 1090/77, 1091/77, 1093/77, 1094/77, 1095/77, 1096/77, 1097/77, 1098/77, 1099/77, 1100/77, 1101/77, 1102/77, 1103/77, 1104/77, 1105/77, 1106/77, 1107/77, 1108/77, 1109/77, 1110/77, 1111/77, 1112/77, 1329, 1397/78, 1399/78, 1400/78, 1402/78, 1403/78, 1404/78, 1405/78, 1406/78, 1407/78, 1408/78, 1409/78, 1410/78, 1412/78, 1413/78, 1414/78, 1415/78, 1419/77, 1861, 6177, 6181, 6184, 6185, 6186, 6191, 6192, 6193, 6194, 6195, 6201, 6202, 6205, 6259; **Dok.:** 109, 110; **LS-A:** 429, 432

*Akten betreffend die Demokratische Republik São Tomé und Príncipe*

**C:** 2980, 4253, 4914, 6172, 6175

*Akten betreffend die Republik Tschad*

**B ZR:** 582/69; **C:** 1040/78, 1171/77, 1173/77, 1173/77, 1175/77, 1176/77, 1177/77, 1087/78, 1088/78, 3860, 6267, 6269, 6270, 6271, 6272, 6275, 6276, 6278, 6279; **Dok.:** 221, 222

*Akten betreffend die Zentralafrikanische Republik*

**C:** 617/74, 816/74, 817/74, 818/74, 820/74, 821/74, 822/74, 825/74, 826/74, 827/74, 828/74, 1160/75, 6233, 6234, 6235, 6238, 6239; **Dok.:** 264, 265

**Bundesarchiv (Berlin, Koblenz, Freiburg)**

Staatliche Institutionen und Organisationen der BRD

**Bundeswirtschaftsministerium**

**B 102:** 56646, 57585, 57918, 149845

**Bundesamt für Wirtschaft**

**B 103:** 350, 351

**Bundespräsidialamt**

**B 122:** 5328, 5331, 5332, 5333, 5334, 5335, 5341, 5342, 5343, 5346, 5347, 5387, 5388

**Bundesfinanzministerium**

**B 126:** 3189 (Band 1), 3189 (Band 2)

**Bundeskanzleramt**

**B 136:** 2519, 2913, 2914, 2917, 2925, 2979, 2987, 3000, 3002, 3570, 3576, 3579, 3583, 3592, 3598, 6170, 6172, 6173, 6215, 6234, 6237, 6248, 6254, 6263, 6265, 6288, 6293, 6830

**Bundespresse- und Informationsamt**

**B 145:** 8342, 7657, 1121

**Deutsche Afrika-Gesellschaft**

**B 161:** 93, 115, 119, 137, 144, 282, 283, 275, 278, 335

**Bundesnachrichtendienst**

**B 206:** 1823

**Bundesministerium der Verteidigung**

**BW:** 374223

**Neue Deutsche Wochenschau**

**NDW:** 60/0519

**UFA - Wochenschau**

**UW:** 180/60/3991, 180/60/3993

Staatliche Institutionen und Organisationen der DDR

**Ministerrat der DDR**

**DC 20:** 2161, 2173, 2182, 2204, 4536, 4537, 15597, 15598, 15599, 15627, 15628, 15646, 15647, 15650, 15651, 15652, 15653, 15654, 15655, 15656, 15657, 15658, 15659, 15660, 15696, 15697, 16890, 16891, 16930, 16931

**Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel**

**1/72 DZA Potsdam:** 2512, 3315, 3345; **DL 2:** 10585, 10934, 11329, 11330, 10932, 10935, 11332

**Staatssekretär für Kirchenfragen**

**DO 4:** 215, 250, 3187, 3188, 3489, 3502, 3521, 3872

**Ministerium für Nationale Verteidigung**  
**DVW:** 54337, 54338, 54339

**Solidaritätskomitee der DDR**

**DZ 8:** 4, 9, 16, 20, 21, 31, 34, 38, 162, 164, 175, 176, 194, 195, 196, 198, 199, 200, 202, 217, 225, 228, 229, 230, 231, 232, 241, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 687, 691, 692, 704

**Bundesarchiv Berlin – Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der Deutschen Demokratischen Republik (SAPMO)**

**Verlag der Nation**

**DY 17:** 666, 667, 668, 669, 670

**Büro des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands**

**DY 30:** 9355, 9357, 9424, 9482, 9495, 9517, 9527; **DY 30/IV 2/2.01:** 98; **DY 30/IV A 2/2.01:** 15

**Protokolle des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands**

**DY 30/J IV 2/2:** 748, 749, 752, 790, 931, 969, 1272, 1275, 1281, 1300, 1326, 1331, 1333, 1337, 1340, 1347, 1356, 1495, 1514, 1531, 1532, 1536, 1543, 1557, 1562, 1578, 1580, 1586, 1601, 1602, 1791; **DY 30/J IV 2/2 A:** 1909, 1910, 1911

**Abteilung Internationale Verbindungen**

**DY 30 IV 2/20:** 397, 416, 417, 418, 419, 420, 422, 423, 424, 425, 427, 428, 429, 430, 431; **DY 30 IV A 2/20:** 979, 980, 981, 982, 983, 984; **DY 30 IV B 2/20:** 67, 72, 104, 292, 293, 294

**Außenpolitische Kommission des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands**

**DY 30/IV 2/2.115:** 3, 5, 7, 9, 12, 15

**Büro Walter Ulbricht**

**DY 30:** 3645

**Büro Werner Lamberz**

**DY 30 IV 2/2.033:** 90

**Büro Günter Mittag**

**DY 30 IV A 2/2.021:** 890

**Freie Deutsche Jugend**

**DY 24:** 19100, 19101, 19102, 19103, 19232, 19233, 19234, 19235

**Freier Deutscher Gewerkschaftsbund**

**DY 34:** 2124, 2126, 2506, 2507, 2512, 3262 (Band 1), 3262 (Band 2), 3269, 3268, 3281, 3377, 4175 (Band 1), 4175 (Band 2), 7005, 7292, 7293, 7299 (Band 1), 7299 (Band 2), 7302, 8265, 11413, 11414, 11424, 11426 (Band 1), 11426 (Band 2), 11427, 11428, 11429 (Band 1), 11429 (Band 2), 11430, 11431, 11445, 11459, 11460

**Archiv der Behörde für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik**

**Hauptabteilung Abwehrarbeit in der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen**

**HA I:** 13548, 13548, 13698

**Hauptabteilung Spionageabwehr**

**HA II:** 22859 (2 von 2), 22860, 28716, 28970, 28976, 28978, 29698, 29718, 33940, 35674

**Hauptabteilung Abwehrarbeit in MdI und DVP**

**HA VII:** 5012

**Hauptabteilung Untersuchungsorgan**

**HA IX:** 13590, 17681, 12814, 3463, 9751, 10258, 13692

**Hauptabteilung Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen**

**HA IX/11:** FV 2/71 27 (1 von 2), FV 2/71 27 (2 von 2)

**Hauptabteilung Sicherung der Volkswirtschaft**

**HA XVIII:** 7462, 7473, 7474, 7603, 8379 (1 von 2), 8379 (2 von 2), 8635, 8639, 7466

**Hauptabteilung Verkehr, Post- und Nachrichtenwesen**

**HA XIX:** 3242

**Hauptabteilung Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund**

**HA XX:** 8904, 10091 (1 von 2), 2048, 3234, 7372, 3234

**Hauptabteilung Terrorabwehr**

**HA XXII:** 19241, 225/1, 5992/6

**Hauptverwaltung Aufklärung**

**HV A:** 3 (1 von 2), 3 (2 von 2), 14, 54, 62 (1 von 2), 68 (2 von 2), 74, 75 (1 von 2), 76, 77, 78, 79, 81, 81 (1 von 3), 81 (2 von 3), 81 (3 von 3), 83, 87 (2 von 2), 88, 94, 112, 115 (1 von 2), 115 (2 von 2), 119 (1 von 2), 123 (1 von 2), 123 (2 von 2), 124, 129 (1 von 2), 129 (2 von 2), 131, 133, 138, 140, 142, 143, 156, 163 (1 von 2), 163 (2 von 2), 164, 166 (2 von 2), 167 (1 von 2), 169, 175 (1 von 2), 175 (2 von 2), 177 (1 von 2), 179 (2 von 2), 181 (1 von 2), 188, 204, 205, 209, 212, 213 (2 von 2), 214, 217, 218, 219, 221 (1 von 2), 221 (2 von 2), 224 (1 von 2), 224 (2 von 2), 226, 228, 229, 231, 233, 235, 381, 386, 389, 393, 394, 398, 812 (1 von 2), 1144, 1637

**Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe**

**ZAIG:** 5927, 7018, 9069 (Band 1), 9069 (Band 2), 9069 (Band 3), 9069 (Band 4)

**Allgemeine Sachablage**

**Allg. S.:** 395/73, 407/73, 408/73

**Abteilung Internationale Verbindungen**

**Abt. X:** 52, 838 (1 von 2)

**Abteilung Finanzen**

**Abt. Finanzen:** 1393

**Arbeitsgruppe des Ministers**

**AGM:** 1796

**Arbeitsgruppe Besucherbüros West-Berlin**

**AG XVII:** 4476

**Sekretariat des Ministers**

**SdM:** 976, 2470, 2489, 2495, 2496

**Landesarchiv Greifswald****Deutsche Seereederei Rostock**

**Rep. 251:** 17, 69, 82, 96, 125, 131, 203, 209, 237, 250, 266, 294, 295, 311, 315, 322, 343, 346, 347, 348, 352, 355, 356, 358, 359, 360, 362, 363, 365, 375, 378, 379, 422, 441, 447, 478, 480, 482, 488, 489, 498, 503, 506, 508, 549, 550, 551, 554, 568, 570, 594, 627, 628, 644, 660, 702, 703, 704, 705, 712, 713, 714, 715, 924, 925, 956, 996, 1044, 1060, 1061, 1096, 1101, 1108, 1109, 1111, 1119, 1129, 1171, 1532, 1236, 1268, 1309, 1316, 1414, 1415, 1452, 1475, 1490, 1491, 1530, 1551, 1552, 1553, 1554, 1557, 1558

**VEB Deutfracht Seereederei**

**Rep. 252:** 44, 72, 130, 174, 218, 219, 275

## **Evangelisches Zentralarchiv in Berlin**

### **Kirchenamt der EKD**

**B 2:** 332, 516, 581, 3011, 3012, 3013, 3014, 3015, 3016, 3017, 5835, 5836, 5837, 5838, 9057, 9058, 9059, 9060, 9061, 9866, 10041, 10042, 10043, 10044, 10045, 10826, 10829, 10834, 10849, 10857

### **Kirchenamt der EKD - Berliner Stelle**

**B 4:** 752

### **Kirchliches Außenamt der EKD**

**B 6:** 2955, 2956, 2957, 2958, 2959, 2960, 2961, 2962, 2963, 3701, 3702, 3703, 3704, 3707, 6977, 6978, 6979, 6980, 8651, 8652, 8653, 8654, 8655, 9739

### **Bevollmächtigter des Rates der EKD am Sitz der Bundesrepublik Deutschland**

**B 87:** 57, 58, 286, 287, 301, 584, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 1135, 1136, 1137, 1138, 1139

## **Archiv der sozialen Demokratie**

### Abteilung Sozialdemokratische Partei Deutschlands

#### **SPD-Parteivorstand**

**2/PVBT:** 18, 19

#### **SPD-Bundestagsfraktion 3. Wahlperiode**

**2/BTFC:** 12, 13, 523, 524, 525, 546, 547, 577, 578, 579

#### **SPD-Bundestagsfraktion 5. Wahlperiode**

**2/BTFE:** 1388, 1389

#### **SPD-Bundestagsfraktion 7. Wahlperiode**

**2/BTFG:** 23, 24, 25, 110, 111, 392, 393, 394, 395, 535, 536, 537, 538, 1365, 1366, 1367, 1368, 1488, 1489, 1490, 1491, 1492, 1498, 1499, 1500, 1501, 1502, 1503, 1504, 1505, 1506, 1586, 1587, 1588, 1610, 1611, 1612, 1613, 1614, 1615, 1616, 1807, 1808, 1809, 1810, 1811, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 3739, 3740, 3741, 3742, 3743, 3744, 3745, 3746, 3747, 3748, 3749, 3750

#### **Nachlass Peter Blachstein**

**1/PBAA:** 19, 20

#### **Nachlass Willi Eichler**

**1/WEAA:** 202, 203

#### **Nachlass Fritz Erler**

**1/FEAB:** 162 (a), 162 (b)

#### **Nachlass Bruno Friedrich**

**1/BFAA:** 533, 534, 535, 536, 1231, 1232, 1233, 1537, 1538

#### **Nachlass Kurt Mattick**

**1/KMAA:** 60, 61

#### **Nachlass Erich Ollenhauer**

**2/EOAA:** 41, 42, 241, 242, 287, 288, 291, 292, 371, 372

#### **Nachlass Heinrich Ritzel**

**1/HRAB:** 586, 661, 662, 663

#### **Nachlass Carlo Schmid**

**1/CSAA:** 776, 1363, 1364, 1671, 1672, 1784, 1785, 1786

**Nachlass Erwin Schoettle**

**1/ESAC:** 232, 233

**Nachlass Hans Jürgen Wischnewski**

**1/HWAK:** 503, 504

Abteilung Deutscher Gewerkschaftsbund

**Sekretariat Bernhard Tacke**

**5/DGCY:** 21, 23

**Sekretariat Günter Stephan**

**5/DGCU:** 408

**Sekretariat Waldemar Reuter**

**5/DGDI:** 27, 28, 29, 30

**Abteilung Vorstand**

**5/DGAI:** 28, 29, 32, 33

**Abteilung Jugend**

**5/DGAU:** 214, 250, 336, 570, 571

**Abteilung Bildung**

**5/DGAV:** 1660, 1661, 1662

**Internationale Abteilung**

**5/DGAJ:** 144, 145, 146, 183, 188, 336, 337, 340, 341, 342, 361, 362, 380, 482, 483, 484, 485, 486, 526, 527, 529, 530, 568, 569, 570, 590, 591, 599, 600, 601, 602, 603, 24/2135, 24/2139

**Universitätsarchiv der Freien Universität Berlin**

**Rektorat der Freien Universität Berlin**

**B Rektorat:** 749, 1311

**Präsident der Freien Universität Berlin**

**B Präsident:** ( 1965 – 1966 ), ( 1967 – 1968 ), ( 1969 – 1970 )

**Österreichisches Nationalarchiv - Wien**

**AdR/01:** 634, 635

**Archiv des Forschungsinstitutes für Friedenspolitik**

ohne Bestandsnummer, ohne Signatur

# Literaturverzeichnis

## Unveröffentlichte Arbeiten

Baatz, Wolfgang: Afrika, die NATO und Bonn. Zur Rolle des Imperialismus der BRD bei der Verwirklichung der strategischen Pläne der NATO auf dem afrikanischen Kontinent. Leipzig 1972 [unveröffentlicht].

Bülow, Mathilde v.: The foreign policy of the Federal Republic of Germany, Franco-German relations, and the Algerian war, 1954-62. Cambridge 2006 [unveröffentlicht].

Gutwald, Harald: Die Nationalisierungspolitik, insbesondere auf dem Gebiet des Außenhandels, in den westafrikanischen Republiken Guinea, Mali, Ghana und Nigeria und ihre Bedeutung für die Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR mit diesen Ländern. Berlin 1967 [unveröffentlicht].

Hallbauer, Bastian: Rivalität und Zusammenarbeit in der deutschen und französischen Afrikapolitik in West- und Äquatorialafrika, 1958-1974. Kiel 2007 [unveröffentlicht].

Hirschfeld, Ronald: Die Beziehung der DDR zu Algerien, Syrien und der VAR zwischen 1953-1970. Theorie und Praxis der DDR-Außenpolitik in der 3. Welt. o. O. 1978 [unveröffentlicht].

Oberhummer, Iris Christina: Experten der „wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit“ der DDR in Afrika. Alltag und Lebensweisen zwischen DDR-Richtlinien und angespannter Sicherheitslage in den 1970er und 1980er Jahren. Wien 2010 [unveröffentlicht].

Scharschmidt, Gerhard: Die Bedeutung der politischen und ökonomischen Entwicklungstendenzen der VAR/Ägypten für die Handelsbeziehungen mit der DDR. Berlin 1961 [unveröffentlicht].

Schreiber, Gerhard: Die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Mitgliedsländern des RGW und sozialistisch orientierten Entwicklungsländern, untersucht am Beispiel der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und der VR Angola. Berlin 1985 [unveröffentlicht].

## Onlinepublikationen und -hilfsmittel

[http://fr.wikipedia.org/wiki/Gouvernement\\_Lumumba](http://fr.wikipedia.org/wiki/Gouvernement_Lumumba) vom 10.01.12.

<http://fxtop.com/de/historische-wechselkurse.php> vom 10.01.12.

[http://rhein-main.es/frankfurt\\_commerzbank.htm](http://rhein-main.es/frankfurt_commerzbank.htm) vom 14.09.11.

<http://www.ms-altmark-dsr.com/countries/routenaltmark.html> vom 01.03.12.

<https://www.munzinger.de/search/portrait/Rainer+Kriebel/0/5783.html> vom 01.08.2011.

o.A. 'Vor 40 Jahren: Studentischer Protest gegen den kongolesischen Staatspräsident Moise Tschombe. 'Der Beginn unserer Kulturrevolution' in 'SooderSo-online - Zeitung für internationale Solidarität für die Freiheit der politischen Gefangenen!', 14 (2004), 15 [aus: <http://www.sooderso.net/zeitung/sos14/s15tschombe.shtml> vom 10.01.12.].

Gülstorff, Torben: Die westdeutsche Kongopolitik. 1954-1975. Kiel 2007 [aus: <http://www.grin.com/de/e-book/84010/die-westdeutsche-kongopolitik-1954-1975> vom 09.10.2009].

Gülstorff, Torben: The white man's burden? Die bundesrepublikanische Afrikapolitik um 1960 zwischen "moralischer Verantwortung" und "realen Interessen". In: zeitgeschichte-online Oktober 2010 [aus: <http://www.zeitgeschichte-online.de/Themen-Guelstorff-10-2010> vom 05.11.2011].

Hallbauer, Bastian: Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal im Zeitalter der Dekolonisation (1960-1974). Hamburg 2016 [aus: <http://ediss.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2016/7700/pdf/Dissertation.pdf> vom 01.05.2016].

Kalter, Christoph: Aufbruch und Umbruch: Das „Afrika-Jahr“ vor einem halben Jahrhundert. In: Zeitgeschichte-online Oktober 2010 [aus: <http://www.zeitgeschichte-online.de/Themen-Kalter-06-2010> vom 01.02.2012.].

Nyerere, Julius K.: 'The Second Scramble'. Dar es Salaam 1962 [aus: [http://www.juliusnyerere.info/images/uploads/the\\_second\\_scramble\\_1962.pdf](http://www.juliusnyerere.info/images/uploads/the_second_scramble_1962.pdf) vom 10.01.2012.].

Osabu-Kle, Daniel Tetteh: African Blood For Imperialist Interests: The First And Second Scrambles For Africa. In: allAfrica vom 14.04.01 [aus: <http://www2.carleton.ca/africanstudies/ccms/wp-content/ccms-files/African-Blood-For-Imperialist-Interests.pdf> vom 10.01.2012.].

Seeberg, Martin: Die Gossner Mission und der Kolonialismus. o.O o.J., 3 [aus: [http://www.gossnermission.de/media/pdf/texte\\_geschichte\\_kolonialismus.pdf](http://www.gossnermission.de/media/pdf/texte_geschichte_kolonialismus.pdf) vom 18.06.2011.].

Verber, Jason: The Conundrum of Colonialism in Postwar Germany. Iowa City 2010 [aus: <http://ir.uiowa.edu/etd/758> vom 09.01.2012.].

## **Publikationen**

o. A.: Letzte Schicht. In: Der Spiegel 50 (1961) [aus: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-43367722.html> vom 13.01.12.].

o. A.: West Germany and Portugal. The consequence on the liberation movement in Africa. o. O. 1966.

o. A.: Das Bündnis Bonn-Pretoria. Die Expansionspolitik der Bundesrepublik (West-)Deutschland im Süden Afrikas und ihre Basis in der Republik Südafrika. Denkschrift des Afro-Asiatischen Solidaritätskomitees der Deutschen Demokratischen Republik. Dresden 1967.

o. A.: Neger, In: Das moderne Lexikon. Gütersloh/Berlin/München/Wien 1974, S. 126-127.

o. A.: Die Rolle der DDR in Afrika. Der Warschauer Pakt und die Dritte Welt. In: Wehrpolitische Informationen 26 (1978) 40, S. 2-5.

o. A.: Ostmark zum Willkürpreis. In: Der Spiegel 48 (1989) [aus: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13498743.html> vom 09.01.12.].

o. Hg.: Le Cameroun et l'Allemagne. Expériences coloniales et postcoloniales. Dschang 2005.

Adenauer, Konrad: Adenauer: Rhöndorfer Ausgabe: Teegespräche 1955-1958. Berlin 1986.

Afro-asiatisches Solidaritätskomitee der DDR (Hg.): Denkschrift über die militärische und atomare Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika. Berlin 1964.

Albrecht, Monika: "Europa ist nicht die Welt". (Post)Kolonialismus in Literatur und Geschichte der westdeutschen Nachkriegszeit. Bielefeld 2008.

Albrecht, Ulrich, Birgit A. Sommer: Deutsche Waffen für die Dritte Welt. Militärhilfe und Entwicklungspolitik. Reinbek bei Hamburg 1972.

Allen, Debra J.: The Oder-Neisse line. The United States, Poland, and Germany in the Cold War. Westport in Connecticut/u.a. 2003.

Althausen, Johannes: Kirchliche Beziehungen aus der DDR nach Afrika dargestellt an den Verbindungen der Berliner Mission zum südlichen Afrika. In: Heyden, Ulrich van der, Ilona Schleicher, Hans-Georg Schleicher (Hrsg.): Die DDR und Afrika. Band 1: Zwischen Klassenkampf und neuem Denken. Münster 1993, S. 63-78.



Ammer, Thomas: Zu den Beziehungen DDR-Libyen. Bonn 1983.

Ammon, Ulrich: Auf welchen Interessen beruht Sprachförderungspolitik? Ansätze einer erklärenden Theorie. In: Ammon, Ulrich (Hg.): Sprachförderung. Schlüssel auswärtiger Kulturpolitik. Frankfurt am Main/u.a. 2000, S. 135-150.

Arbeitskreis Afrika (Hrsg.): Südafrika - BRD, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit. Münster 1981.

Arnold, Klaus: Kalter Krieg im Äther. Der Deutschlandsender und die Westpropaganda der DDR. Münster/u.a. 2002.

Arrighi, Giovanni: The World Economy and the Cold War, 1970-1990. In: Leffler, Melvyn P., Odd Arne Westad (Hrsg.): The Cambridge history of the Cold War. Volume III: Endings, 1975-1991. Cambridge 2010, S. 23-44.

Association des germanistes de l'enseignement superieur (Hg.): Negritude et Germanite. L'Afrique Noire dans la litterature d'expression allemande. Dakar 1983.

Auswärtiges Amt (Hrsg.): Die Bundesrepublik Deutschland und Afrika. Dokumentation. Bonn 1985.

Auswärtiges Amt (Hrsg.): Die Bundesrepublik Deutschland und Afrika. Dokumentation 1990-1993. Bonn 1993.

Avoronyo, Raphael Quarshie: Deutschland und Togo. 1847-1987. Frankfurt am Main/u.a. 1989.

Ayim, May: Die afro-deutsche Minderheit. In: Arndt, Susan (Hg.): AfrikaBilder. Studien zu Rassismus in Deutschland. Münster 2001, S. 71-86.

Ba, Amadou Oury: Interkulturalität und Perspektive. Zur Präsenz Goethes und Brechts in Themen der kritischen Intelligenz Afrikas am Beispiel Senghors und Soyinkas. Hamburg 2005.

Baatz, Wolfgang: Zur Militärhilfe der BRD an afrikanische Nationalstaaten. In: Asien Afrika Lateinamerika 2 (1974) 6, S. 947-958.

Bacia, Jürgen, Dorothee Leidig: Kauft keine Früchte aus Südafrika! Geschichte der Anti-Apartheid-Bewegung. Frankfurt am Main 2008.

Backes, Martina: Traumwelten und Trugbilder des touristischen Afrikabildes. In: Golly, Nadine, Stephan Cohrs (Hrsg.): Deplatziert! Interventionen postkolonialer Kritik. Berlin 2008, S. 47-88.

Bäbler, Heinz: Das Bild der Dritten Welt im Neuen Deutschland und in der Neuen Zürcher Zeitung. Saarbrücken/Fort Lauderdale 1984.

Baer, Martin: Von Heinz Rühmann bis zum Traumschiff. Bilder von Afrika im deutschen Film. In: Arndt, Susan (Hg.): AfrikaBilder. Studien zu Rassismus in Deutschland. Münster 2001, S. 253-267.

Balsen, Werner, Karl Rössel: Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte Welt-Bewegung in der Bundesrepublik. Köln 1986.

Bandel, Jan-Frederik: Das Malheur. Kongo-Müller und die Proteste gegen „Africa Addio“. In: iz3w 287 (2005), S. 37-41.

Baranowski, Shelley: Nazi Empire. German Colonialism and Imperialism from Bismarck to Hitler. Cambridge 2011.

Barnett, Thomas: Romanian and East German Policies in the Third World. Comparing the Strategies of Ceaucescu and Honecker. Westport 1992.

Baumgart, Winfried: Deutschland im Zeitalter des Imperialismus (1890-1914). Grundsätze, Thesen und Strukturen. Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1972.

Bayerlacher, Wolfgang: Die außenpolitischen Interessen und die Beziehungen der DDR zu Äthiopien. In: Bock, Siegfried (Hg.): Alternative deutsche Außenpolitik? DDR-Außenpolitik im Rückspiegel. Bd. II. Berlin/u.a. 2006, S. 98-115.

Bechhaus-Gerst, Marianne (Hg.): Koloniale und postkoloniale Konstruktionen von Afrika und Menschen afrikanischer Herkunft in der deutschen Alltagskultur. Frankfurt am Main/u.a. 2006.

Becker, Felix: Kleine Geschichte der CDU. Stuttgart 1995.

Bedi, Lasme Elvis: Deutsch in Afrika. Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. Hamburg 2006.

Beil, Gerhard: Außenhandel und Politik. Ein Minister erinnert sich. Berlin 2010.

Beine, H.: Externe Bestimmungsfaktoren der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland 1960-1980. Eine statistische und historische Analyse. Münster 1984.

Bellers, Jürgen (Hg.): Externe Bestimmungsfaktoren der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland 1960-1980. Eine statistische und historische Analyse. Siegen 2002.

Benger, Franziska: Die Entwicklungszusammenarbeit der DDR in Sansibar/Tansania. In: Heyden, Ulrich van der (Hg.): Kalter Krieg in Ostafrika? Die Beziehungen der DDR zu Sansibar und Tansania. Berlin u.a. 2009, S. 341-389.

Berman, Nina: Impossible missions? German economic, military, and humanitarian efforts in Africa. Lincoln in Nebraska u.a. 2004.

Besier, Gerhard: Internationale Religionspolitik als sozialistische Außenpolitik. Das Beispiel der DDR-Außenpolitik im südlichen Afrika (1970-1990). In: Timmermann, Heiner (Hg.): Die DDR – Politik und Ideologie als Instrument. Berlin 1999, S. 719-756.

Bielenstein, Dieter: Perspectives in Afro-German relations. An international conference under the auspices of the Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn, October 8 - 10, 1975. Bonn Bad Godesberg 1975.

Bigler, Robert M.: The Role of the German Democratic Republic in the Communist Penetration of Africa. In: Grieves, Forest L. (Hg.): Transnationalism in World Politics and Business. New York/u.a. 1979, S. 191-202.

Billy, Jonas Bakoubayi: Musterkolonie des Rassenstaats: Togo in der kolonialpolitischen Propaganda und Planung Deutschlands 1919-1943. Dettelbach 2011.

Birmingham, David, Phylis M. Martin (Hrsg.): History of Central Africa. The Contemporary Years. Since 1960. London/New York 1998.

Bischof, Henrik: Die DDR in Afrika. In: Monatsberichte. Entwicklungspolitische Aktivitäten kommunistischer Länder 11 (1977), S. 261-296.

Blank, Karl-Heinz: Die Handelsbeziehungen zwischen Südafrika und Deutschland 1919-1957. Bonn 1958.

Blasius, Rainer: "Völkerfreundschaft" am Nil. Ägypten und die DDR im Februar 1965. Stenographische Aufzeichnungen aus dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten über den Ulbricht-Besuch bei Nasser. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 46 (1998) 4, S. 747-805.

Bley, Helmut, Rainer Tetzlaff (Hg.): Afrika und Bonn. Versäumnisse und Zwänge deutscher Afrika-Politik. Reinbek bei Hamburg 1978.

Bley, Helmut: Unerledigte deutsche Kolonialgeschichte. In: Entwicklungspolitische Korrespondenz (Hg.): Deutscher Kolonialismus. Ein Lesebuch zur Kolonialgeschichte. Hamburg<sup>2</sup> 1991, S. 11-15.

Bley, Helmut: Deutsche Afrikapolitik. Einleitung. In: Schmidt, Heike, Albert Wirz (Hrsg.): Afrika und das Andere. Alterität und Innovation. Hamburg 1998, S. 373-374.

Bley, Helmut: Afrika in den weltwirtschaftlichen Krisenperioden des 20. Jahrhunderts. In: Feldbauer, Peter, Gerd Hardach, Gerhard Melinz (Hg.): Von der Weltwirtschaftskrise zur Globalisierungskrise (1929-1999). Wohin treibt die Peripherie? Frankfurt am Main 1999, S. 211-224.

- Bley, Helmut, Hans-Georg Schleicher: Deutsch-deutsch-namibische Beziehungen von 1960-1990. In: Larissa Förster, Dag Hendrichsen, Michael Bollig (Hrsg.): Namibia- Deutschland. Eine geteilte Geschichte. Köln 2004, S. 274-291.
- Booz, Rüdiger Marco: „Hallsteinzeit“. Deutsche Außenpolitik 1955-1972. Bonn 1995.
- Bouhsini, Sabah: Die Rolle Nordafrikas (Marokko, Algerien, Tunesien) in den deutsch-französischen Beziehungen von 1950 bis 1962. Aachen 2000.
- Bradley, Mark Philip: Decolonization, the global south, and the Cold War, 1919-1962. In: Leffler, Melvyn P., Odd Arne Westad (Hrsg.): The Cambridge history of the Cold War. Vol. 1: Origins. Cambridge 2010, S. 464-485.
- Brandt, Konstantin (Hg.): Dem Frieden die Freiheit. Die Friedens- und Solidaritätsbewegung der DDR. Berlin 2011.
- Brandt, Willy: Leitlinien der deutschen Afrikapolitik. o.O. 1968.
- Bredow, Wilfried v.: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland: eine Einführung. Wiesbaden 2006.
- Brendel, Gerhard: Die Stellung des ausländischen Handelskapitals in der Wirtschaft Ghanas und die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die Handelsbeziehungen der DDR mit Ghana. Berlin 1963.
- Brenke, Gabriele: Die Bundesrepublik Deutschland und der Namibia-Konflikt. München 1989.
- Breyer, Karl: Moskaus Faust in Afrika. Stuttgart 1979.
- Bücking, Hans-Jörg (Hg.): Entwicklungspolitische Zusammenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Berlin 1998.
- Bülöw, Mathilde v.: The Telefunken Affair and the internationalisation of the Algerian war, 1957-59. In: Journal of Strategic Studies, 28 (2005) 4, S. 703-729.
- Bülöw, Mathilde v.: Myth or Reality? The Red Hand and French covert action in Federal Germany during the Algerian War, 1956-61. In: Intelligence and National Security, 22 (2007) 6, S. 787-820.
- Bülöw, Mathilde v.: Hôtes importuns. Des Algériens en République fédérale pendant la guerre d'Algérie (1957-62). In: Cahn, Jean-Paul, Bernard Poloni (Hrsg.): Migrations et Identités. L'exemple de l'Allemagne au XIXe et XXe siècle. Lille 2009, S. 119-132.
- Büschel, Hubertus: In Afrika helfen. Akteure westdeutscher "Entwicklungshilfe" und ostdeutscher "Solidarität" 1955-1975. In: Kruke, Anja (Hg.): Dekolonisation. Prozesse und Verflechtungen. 1945-1990. Bonn 2009, S. 333-365.
- Büttner, Siegfried: DDR-Hilfe für Entwicklungsländer. In: Einheit 35 (1980) 10, S. 1081-1082.
- Buijtenhuijs, Robert: Chad in the age of the warlords. In: Birmingham, David, Phylis M. Martin (Hrsg.): History of Central Africa. The Contemporary Years. Since 1960. London/New York 1998, S. 21- 42.
- Bunnenberg, Christian: Der "Kongo-Müller". Eine deutsche Söldnerkarriere. Münster 2006.
- Cahn, Jean-Paul, Klaus-Jürgen Müller: La République Fédérale d'Allemagne et la guerre d'Algérie (1954-1962). Perception, implication et retombées diplomatiques. Paris 2003.
- Castro, P. de: L'intervention est-allemande en Afrique. In: Confidential (1979) 1, S. 3-18.
- Cervenka, Zdenek, Mario R. Dederichs: The two Germanies and Africa. In: Africa Contemporary Record 11 (1978/79), S. A92-A108.
- Cervenka, Zdenek, Mario R. Dederichs: The two Germanies and Africa – Eastern advances and Western isolationism. In: Africa Contemporary Record 12 (1979/80), S. A146-A161.
- Cervenka, Zdenek: The two Germanies and Africa during 1980 – Rivals for influence. In: Africa Contemporary Record 13 (1980/81), S. A140-A152.

Cervenka, Zdenek: The two Germanies in Africa. Increase of Bonn's Aid and GDR military assistance. In: Africa Contemporary Record 14 (1981/82), S. A188-A200.

Chamberlain, Muriel Evelyn: The Scramble for Africa. London<sup>2</sup> 1999.

Chico-Kalen Muyemba, Jean-Jérôme: Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Schwarzafrika. Unter besonderer Berücksichtigung von Zaire. Hamburg 1991.

Chico-Kalen Muyemba, Jean-Jérôme: Die Berliner Kongo-Konferenz 1884/85 und die Aufteilung Afrikas. Berlin 1996.

Citino, Robert Michael: Germany and the Union of South Africa in the Nazi Period. New York/Westport in Connecticut/u.a. 1991.

Coker, Christopher: East Germany and Southern Africa. In: The Journal of Social and Political Studies 5 (1980) 3, S. 231-244.

Coleman, James Smoot: Political parties and national integration in tropical Africa. Berkeley/Los Angeles/London<sup>3</sup> 1970.

Conrad, Sebastian: Deutsche Kolonialgeschichte. München 2008.

Croan, Melvin: East Germany and Africa. In: Albright, David E., Jiri Valenta (Hrsg.): The Communist States and Africa. Bloomington in Indiana 1980.

Croan, Melvin: A New Africa Corps? In: The Washington Quarterly 3 (1980) 1, S. 21-37.

Croan, Melvin: DDR-Neokolonialismus in Afrika. Bonn 1981.

Crome, Erhard, Raimund Krämer: Die Außenpolitik der DDR – Eine vorläufige Bilanz. In: Crome, Erhard, Claus Montag (Hg.): Die verschwundene Diplomatie. Beiträge zur Außenpolitik der DDR. Festschrift für Claus Montag. Berlin 2003, S. 26-45.

Cron, Jan C.: Deutsche Unternehmen im Entwicklungsprozeß Südafrikas. Wiesbaden 1997.

Czaya, Eberhard: Über kolonial-chauvinistische Traditionspflege und den Mißbrauch der Auslandsdeutschen in Afrika, In: Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse (Hg.): Deutsche Aussenpolitik. Afrikanische Gegenwartsfragen. Sonderheft I/1960. Berlin 1960, S. 118-128.

Czaya, Eberhard: Achse zum Kap. Das Bündnis zwischen Bonn und Südafrika. Berlin 1964.

Dabo, Gbota: Die Politik Deutschlands und Frankreichs bei der Aushandlung der Verträge von Jaunde bis Lomé-III. Düsseldorf 2000.

Decker, Roman, Cord Eberspächer, Cord Wiechmann: Der Dokumentarfilm als Waffe im Kalten Krieg: "Der lachende Mann. Bekenntnisse eines Mörders" und "Immer wenn der Steiner kam". Sternstunden des Films oder demagogische Demontage? In: Karl, Lars (Hg.): Leinwand zwischen Tauwetter und Frost. Der osteuropäische Spiel- und Dokumentarfilm im Kalten Krieg. Berlin 2007, S. 171-202.

Dederling, Tilman: Ostpolitik and the Relations between West Germany and South Africa. In: Fink, Carole, Bernd Schaefer (Hrsg.): Ostpolitik. 1969-1974. European and global responses. Cambridge 2009, S. 206-231.

Devlin, Larry: Chief of Station, Congo: Fighting the Cold War in a Hot Zone. New York 2007.

Diaby-Pentzlin, Friederike: Democratization: Challenge for Development Policy. In: Engel, Ulf, Robert Kappel (Hrsg.): Germany's Africa Policy Revisited. Interests, Images and Incrementalism. Münster/u.a. 2002, S. 165-177.

Diagne, Ibrahima: L' Afrique dans l'opinion publique allemande. Transferts culturels et formes de perception de l'Afrique dans l'Allemagne de l'entre-deux-guerres et de la Seconde Guerre mondiale (1918-1945). Berlin/u.a. 2009.

- Dibengue, Augustin: Zur Vormachtstellung Frankreichs im frankophonen Afrika. Die Beziehungen Kameruns zu Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland von 1960 bis Anfang der achtziger Jahre im Vergleich. Aachen 1994.
- Dicke, Hugo: Beschäftigungswirkungen einer verstärkten Arbeitsteilung zwischen der Bundesrepublik und den Entwicklungsländern. Tübingen 1976.
- Dike DeLancey, Mike, Rebecca Neh Mbuh, Mark W. DeLancey: Historical Dictionary of the Republic of Cameroon. Lanham Maryland<sup>4</sup> 2010.
- Diop, El Hadj Ibrahima: Das Selbstverständnis von Germanistikstudium und Deutschunterricht im frankophonen Afrika. Vom kolonialen Unterrichtsfach zu eigenständigen Deutschlandstudien und zum praxisbezogenen Lernen. Frankfurt am Main/Berlin 2000.
- Dittberner, Jürgen: Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung. Wiesbaden<sup>2</sup> 2010.
- Döring, Hans-Joachim: „Es geht um unsere Existenz“. Die Politik der DDR gegenüber der Dritten Welt am Beispiel von Mosambik und Äthiopien. Berlin 1999.
- Döring, Hans-Joachim (Hg.): Freundschaftsbande und Beziehungskisten. Die Afrikapolitik der DDR und der BRD gegenüber Mosambik. Frankfurt am Main 2005.
- Dreesbach, Anne: Gezähmte Wilde. Die Zurschaustellung "exotischer" Menschen in Deutschland 1870-1940. Frankfurt am Main/u.a. 2005.
- Düffer, Jost: Kolonialismus ohne Kolonien. Deutsche Kolonialpläne 1938. In: Knipping, F., K.-J. Müller (Hrsg.): Machtbewußtsein in Deutschland am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Paderborn 1984, S. 247-270.
- Düwell, Kurt: Zwischen Propaganda und Friedenspolitik – Geschichte der Auswärtigen Kulturpolitik im 20. Jahrhundert. In: Maaß, Kurt-Jürgen (Hg.): Kultur und Außenpolitik. Handbuch für Studium und Praxis. Baden-Baden 2005, S. 53-83.
- Dunker, Axel (Hg.): (Post-)Kolonialismus und deutsche Literatur. Impulse der angloamerikanischen Literatur- und Kulturtheorie. Bielefeld 2005.
- Durotoye, Adeolu: Nigerian German relations. The role of political culture. Münster/u.a. 2001.
- Eberhardt, Martin: Zwischen Nationalsozialismus und Apartheid. Die deutsche Bevölkerungsgruppe Südwestafrikas 1915-1965. Berlin/u.a. 2007.
- Eberspächer, Cord, Gerhard Wiechmann: Systemkonflikt in Afrika. Deutsch-deutsche Auseinandersetzungen im Kalten Krieg am Beispiel Guineas 1969-1972. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 23 (2008), S. 30-41.
- Eckert, Andreas: Fitting Africa into World History. A Historiographical Exploration. In: Fuchs, Eckhardt, Benedikt Stuchtey (Hrsg.): Writing World History. 1800-2000. Oxford 2003, S. 255-270.
- Eckert, Andreas: Entwicklungshilfe. In: Schildt, Axel (Hg.): Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Ein Lexikon. München 2005, S. 135-136.
- Eckert, Andreas: Kolonialismus. Frankfurt am Main 2006.
- El-Shagi, El-Shagi: Wandel der Konzeption deutscher Entwicklungspolitik. In: Barbier, Hans D., Hartmut Pick (Hg.): Entwicklungspolitik im Spannungsfeld von Solidarität und Eigeninteresse. Ein Symposium der Ludwig-Erhard-Stiftung Bonn am 11. September 1985 in Bonn. Stuttgart/u.a. 1986, S. 5-32.
- Engel, Ulf, Hans-Georg Schleicher (Hg.): Thesen zur Afrikapolitik der beiden deutschen Staaten. Hamburg 1997.
- Engel, Ulf, Hans-Georg Schleicher: Thesen zur Afrikapolitik der beiden deutschen Staaten. In: Engel, Ulf, Hans-Georg Schleicher (Hg.): Thesen zur Afrikapolitik der beiden deutschen Staaten. Hamburg 1997, S. 3-20.
- Engel, Ulf, Hans-Georg Schleicher: Thesen zur Afrikapolitik der beiden deutschen Staaten. In: Schmidt, Heike, Albert

Wirz (Hrsg.): Afrika und das Andere. Alterität und Innovation. Hamburg 1998, S. 375-389.

Engel, Ulf, Hans-Georg Schleicher: Die beiden deutschen Staaten in Afrika. Zwischen Konkurrenz und Koexistenz 1949-1990. Hamburg 1998.

Engel, Ulf: Afrikapolitik im Schatten der Hallstein-Doktrin. Die beiden deutschen Staaten und Tanzania. 1964-1965. Leipzig 1998.

Engel, Ulf: Die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1999. Rollen und Identitäten. Münster u.a. 2000.

Engel, Ulf, Robert Kappel (Hrsg.): Germany's Africa Policy Revisited. Interests, images and incrementalism. Münster 2002.

Engel, Ulf, Robert Kappel: Introduction. Interests, images and incrementalism. In: Engel, Ulf, Robert Kappel (Hrsg.): Germany's Africa policy revisited. Interests, images and incrementalism. Münster u.a. 2002, S. 1-7.

Engel, Ulf: Africa images and Africa policy - Pleading for realism. In: Engel, Ulf, Robert Kappel (Hrsg.): Germany's Africa policy revisited. Interests, images and incrementalism. Münster u.a. 2002, S. 19-37.

Engel, Ulf: "I will not recognise East Germany just because Bonn is stupid". Anerkennungsdiplomatie in Tansania, 1964 bis 1965. In: Heyden, Ulrich van der (Hg.): Kalter Krieg in Ostafrika? Die Beziehungen der DDR zu Sansibar und Tansania. Berlin u.a. 2009, S. 9-29.

Engombe, Lucia: Kind Nr. 95. Meine deutsch-afrikanische Odyssee. Augsburg 2006.

Enzensberger, Hans Magnus: Journalismus als Eiertanz. Beschreibung einer Allgemeinen Zeitung für Deutschland (1962). In: Enzensberger, Hans Magnus: Einzelheiten I. Bewußtseins-Industrie. Frankfurt am Main<sup>8</sup> 1973, S. 18-73.

Erhardt, Helmut: Afrika begann in Pullach. Für den BND auf dem Schwarzen Kontinent. 1958 bis 2000. Schwetzingen 2009.

Erik, Gilbert, Jonathan T. Reynolds: Africa in World History. From Prehistory to the Present. Upper Saddle River in New Jersey<sup>2</sup> 2008.

Eyinla, Bolade Michael: The foreign policy of West Germany towards Africa. Ibadan 1996.

Ferraz, Orlando: Die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland. Unter besonderer Berücksichtigung der SADC. Marburg 2005.

Ferreira, Eduardo de Sousa: Strukturen der Abhängigkeit. Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Angola und Mozambique. Frankfurt am Main 1975.

Fieldhouse, David K.: The West and the Third World. Trade, Colonialism, Dependence and Development. Oxford/u.a. 1999.

Fischer, Bernd: Als Diplomat mit zwei Berufen. Die DDR-Aufklärung in der Dritten Welt. Berlin 2009.

Florin, Katharine: Bürger schlagen Brücken. Das zivilgesellschaftliche Engagement für die deutsch-französische Annäherung. Kassel 2009.

Foltz, William J.: Africa in Great-Power Strategy. In: Foltz, William J. (Hg.): Arms and the African. Military Influences on Africa's International Relations. New Haven/u.a. 1985, S. 1-27.

Fraude, Andreas: Die Außenpolitik der DDR. Erfurt 2006.

Frey, Marc: Die Vereinigten Staaten und die Dritte Welt im Kalten Krieg. In: Greiner, Bernd (Hg.): Heiße Kriege im Kalten Krieg. Hamburg 2006, S. 35-60.

Friedländer, Paul: Die Expansion des deutschen Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten unter den Bedingungen des Zerfalls des imperialistischen Kolonialsystems. In: Markov, Walter (Hg.): Kolonialismus und Neokolonialismus in

Nordafrika und Nahost. Berlin 1964, S. 375-451.

Friedrichsmeyer, Sara (Hg.): *The Imperialist Imagination. German Colonialism and its Legacy*. Ann Arbor in Michigan 1998.

Fröhlich, Birgit: Gedanken zur Entwicklungszusammenarbeit der DDR mit Afrika. In: Heyden, Ulrich van der, Ilona Schleicher, Hans-Georg Schleicher (Hrsg.): *Die DDR und Afrika. Band 1: Zwischen Klassenkampf und neuem Denken*. Münster 1993, S. 148-164.

Gäng, Peter, Reimut Reiche: *Modelle der kolonialen Revolution. Beschreibung und Dokumente*. Frankfurt am Main 1967.

Gerard, Emmanuel, Bruce Kuklick: *Death in the Congo. Murdering Patrice Lumumba*. Cambridge (MA)/London 2015.

Germani, Hans: *Rettet Südwest: Am Schicksal der ehemaligen deutschen Kolonie, dem heutigen Namibia, entscheidet sich die Zukunft Afrikas*. München 1982.

Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse (Hrsg.): *Deutsche Aussenpolitik. Afrikanische Gegenwartsfragen. Sonderheft I/1960*. Berlin 1960.

Gieseke, Jens: *Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945-1990*. München 2001.

Glagow, M. (Hg.): *Deutsche Entwicklungspolitik. Aspekte und Probleme ihrer Entscheidungsstruktur*. Saarbrücken/Fort Lauderdale 1983.

Glass, George A.: East Germany in Black Africa. A new special role? In: *The World Today* 36 (1980) 8, S. 305-312.

Glass, George A.: Die DDR in Schwarzafrika. In: *Rissener Jahrbuch 1979/80*. Hamburg 1979, o.S.

Gleijeses, Piero: Kuba in Afrika 1975–1991. In: In: Greiner, Bernd (Hg.): *Heiße Kriege im Kalten Krieg*. Hamburg 2006, S. 469-510.

Götz, Hans Herbert: *Weil alle besser leben wollen... Porträt der deutschen Wirtschaftspolitik*. Düsseldorf/Wien 1963.

Gomsu, Joseph: *Wohlfeile Fernstenliebe. Literarische und publizistische Annäherungsweisen der westdeutschen Linken an die Dritte Welt*. Opladen/Wiesbaden 1998.

Gonschior, Peter: *Deutsch-afrikanische Industriekooperationen in der Rohstoffwirtschaft. Industriegespräch der DEG mit dem Club von Dakar*. Köln 1980.

Gouaffo, Albert: *Fremdheitserfahrung und literarischer Rezeptionsprozeß. Zur Rezeption der frankophonen Literatur des subsaharischen Afrika im deutschen Sprach- und Kulturraum (unter besonderer Berücksichtigung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR 1949-1990)*. Frankfurt am Main 1998.

Grabner, Walter: 12 Jahre DDR-Beteiligung am Projekt "Steinkohle Moatize". In: Voß, Matthias (Hg.): *Wir haben Spuren hinterlassen! Die DDR in Mosambik. Erlebnisse, Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Jahrzehnten*. Münster 2005, S. 216-269.

Graewe, Wolf-Dieter: *Entwicklungspolitische Zusammenarbeit in der DDR*. In: Bücking, Hans-Jörg (Hg.): *Entwicklungspolitische Zusammenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR*. Berlin 1998, S. 81-93.

Gray, William Glenn: *Germany's Cold War. The global campaign to isolate East Germany, 1949-1969*. Chapel Hill u.a. 2003.

Greig, Ian: East Germany's drive for influence in Africa. In: *Institute for Strategic Studies, University of Pretoria, Strategic Review* June (1985), S. 19-26.

Grimm, Sven: *Die Afrikapolitik der Europäischen Union. Europas außenpolitische Rolle in einer randständigen Region*. Hamburg 2003.

Grosche, Günter, Rolf Lehmann-Richter: Die Gewinne aus deutschen Direktinvestitionen in Entwicklungsländern. Eine empirische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der reinvestierten Gewinne. Düsseldorf 1970.

Gründer, Horst: Geschichte der deutschen Kolonien. Paderborn<sup>5</sup> 2004.

Gründer, Horst: "...da und dort ein junges Deutschland gründen". Rassismus, Kolonien und kolonialer Gedanke vom 16. bis zum 20. Jahrhundert. München 1999.

Gruenthal, Werner: Die kommunistische Bedrohung Südwestafikas und ihre Abwehr. Bonn 1979.

Guevara, Gisela: As relações entre Portugal e a Alemanha em torno da África : finais do século XIX e inícios do século XX. Lissabon 2006.

Gutman, Patrick: West-östliche Wirtschaftskooperationen in der Dritten Welt. In: Greiner, Bernd (Hg.): Ökonomie im Kalten Krieg. Hamburg 2010, S. 395-415.

Haack, Ernst, Martin Jahr: Tausendundeine Ohrfeige den Imperialisten. Eine Betrachtung zur militärpolitischen Lage im Nahen Osten und in Nordafrika. Berlin 1959.

Hablützel, Peter: Historische Forschung und politisches Engagement. Zur Entstehung einer globalen Perspektive in Rudolf von Albertinis Geschichtsschreibung. In: Hablützel, Peter, Hans Werner Tobler, Albert Wirz: Dritte Welt. Historische Prägung und politische Herausforderung. Festschrift zum 60. Geburtstag von Rudolf von Albertini. Wiesbaden 1983, S. 9-25.

Haftendorn, Helga: Militärhilfe und Rüstungsexporte der BRD. Düsseldorf 1971.

Hagemann, Albrecht: Südafrika und das "Dritte Reich" - Rassenpolitische Affinität und machtpolitische Rivalität. Frankfurt am Main/New York 1989.

Hammoud, Adina: Von der "Schule der Solidarität" zum Internationalen Institut für Journalistik. In: Heyden, Ulrich van der, Ilona Schleicher, Hans-Georg Schleicher (Hrsg.): Die DDR und Afrika. Band 1: Zwischen Klassenkampf und neuem Denken. Münster 1993, S. 239-244.

Harding, Leonhard: 1884-1984. Cent ans de relations commerciales. In: N'dumbe III, Kum'a Alexandre (Hg.): L'Afrique et Allemagne, de la Colonisation à la coopération 1884 - 1986, Le Cas du Cameroun. Yaoundé 1986, S. 392-413.

Harding, Leonhard: Geschichte Afrikas im 19. und 20. Jahrhundert. München 1999.

Haspel, Annelie: Kontinuität oder Wandel? Das besondere Verhältnis von Deutschen zu Namibia. Hamburg 1995.

Heidermann, Ingrid: Neo-Kolonialismus oder Wirtschaftshilfe in Afrika? Bonn/Bad Godesberg 1969.

Hein, Bastian: Die Westdeutschen und die Dritte Welt. Entwicklungspolitik und Entwicklungsdienste zwischen Reform und Revolte. 1959-1974. München 2006.

Hellmann, Gunther, Rainer Baumann, Wolfgang Wagner: Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung. Wiesbaden 2006.

Hellmann, Gunther, Reinhard Wolf, Siegmund Schmidt: Deutsche Außenpolitik in historischer und systematischer Perspektive. In: Schmidt, Siegmund, Gunther Hellmann, u.a. (Hg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden 2007, S. 15-46.

Hendrichs, Klaus-Michael: Die Wirtschaftsbeziehungen der Deutschen Demokratischen Republik mit den Entwicklungsländern. Saarbrücken 1981.

Hermann, Gunther J.: Apartheid als ökumenische Herausforderung. Die Rolle der Kirchen im Südafrikakonflikt. Frankfurt am Main 2006.

Heuvel, Martin van den: De DDR in Afrika. In: Internationale Spectator 40 (1986) 7, S. 425-432.



- Heyden, Ulrich van der, Ilona Schleicher, Hans-Georg Schleicher (Hrsg.): Die DDR und Afrika. Band 1: Zwischen Klassenkampf und neuem Denken. Münster 1993.
- Heyden, Ulrich van der, Ilona Schleicher, Hans-Georg Schleicher (Hrsg.): Die DDR und Afrika Band 2: Engagiert für Afrika. Münster/Hamburg 1994.
- Heyden, Ulrich van der: Zwischen Solidarität und Wirtschaftsinteressen. Die "geheimen" Beziehungen der DDR zum südafrikanischen Apartheidregime. Münster 2005.
- Heyden, Ulrich van der (Hg.): Kalter Krieg in Ostafrika? Die Beziehungen der DDR zu Sansibar und Tansania. Berlin/u.a. 2009.
- Hildebrand, Klaus: Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919-1945. München 1969.
- Hillebrand, Ernst: Das Afrika-Engagement der DDR. Frankfurt am Main u.a. 1987.
- Hillebrandt, Ernst, Uwe Optenhögel: Mediatoren in einer entgrenzten Welt. Zur außenpolitischen Rolle der politischen Stiftungen. In: Internationale Politik und Gesellschaft (2001) 2, S. 165-172.
- Hillebrand, Ernst, Volker Vinnai: The Friedrich-Ebert-Stiftung and German policy on Africa. Some remarks. In: Engel, Ulf, Robert Kappel (Hrsg.): Germany's Africa Policy Revisited. Interests, images and incrementalism. Münster 2002, S. 127-139.
- Hofmann, Norbert von, Volker Vinnai, Hermann Benzing: Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Indonesien, Tansania und Zentralamerika seit den 1960er Jahren. Bonn 2011.
- Hofmeier, Rolf: Die wirtschaftliche und rohstoffpolitische Bedeutung Afrikas und seiner einzelnen Regionen (Südafrika, Schwarzafrika, Nordafrika) für die Bundesrepublik Deutschland. Hamburg 1981.
- Hofmeier, Rolf: Das subsaharische Afrika: Stiefkind der aussenpolitischen Aufmerksamkeit. In: Kaiser, Karl, Joachim Krause (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik. Band 3. Interessen und Strategien. München 1996, S. 203-210.
- Hofmeier, Rolf: Five decades of German-African relations: limited interests, low political profile and substantial aid donor. In: Engel, Ulf, Robert Kappel (Hg.): Germany's Africa Policy Revisited. Interests, images and incrementalism. Münster 2002, S. 39-62.
- Holste, Erdwig: Südafrika in der gesamtdeutschen Aussenpolitik. 1989-1994. Kontinuität und Entwicklung. Saarbrücken 2007.
- Holtz, Uwe: Entwicklungspolitik - Deutsche Interessen und Stategien. In: Kaiser, Karl, Joachim Krause (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik. Band 3. Interessen und Strategien. München 1996, S. 221-230.
- Honold, Alexander, Oliver Simons: Einleitung: Kolonialismus als Kultur? In: Honold, Alexander, Oliver Simons (Hrsg.): Kolonialismus als Kultur. Literatur, Medien, Wissenschaft in der deutschen Gründerzeit des Fremden. Tübingen u.a. 2002, S. 7-15.
- Hottinger, Arnold: Die Hintergründe der Einladung Ulbrichts nach Kairo. In: Europa Archiv 19 (1965) 20, S. 107-114.
- Hubrich, Heinrich Georg, Henning Melber: Namibia - Geschichte und Gegenwart zur Frage der Dekolonisation einer Siedlungskolonie. Bonn 1977.
- Hübner, Horst: Kolonialverwaltung, Überseehandel und wissenschaftliche Forschung. Das Beispiel der ehemaligen Deutschen Schutzgebiete im Stillen Ozean. Bergisch Gladbach 2008.
- Hücking, Renate, Ekkehard Launer: Aus Menschen Neger machen. Wie sich das Handelshaus Woermann an Afrika entwickelt hat. Hamburg 1986.
- Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Antiimperialistisches Informations-Bulletin (AIB) (Hg.): Neokolonialismus der BRD und antiimperialistischer Befreiungskampf. Frankfurt am Main 1979.

- Jungbauer, Andreas: Deutsche Afrika-Politik in den 90er Jahren. Hamburg 1998.
- Kabus, Andreas: Auftrag Windrose. Der militärische Geheimdienst der DDR. Berlin 1993.
- Kacza, Thomas: Die Kongo-Krise. 1960-1965. Pfaffenweiler 1990.
- Kamé, Bouopda Pierre: De la rébellion dans le Bamiléké. Paris/u.a. 2008.
- Kappel, Robert: Germany's economic interests in sub-Saharan Africa: The silent agenda. In: Engel, Ulf, Robert Kappel (Hg.): Germany's Africa Policy Revisited. Interests, images and incrementalism. Münster 2002, S. 153-164.
- Karmann, Peter: Militärhilfe der Bundesrepublik Deutschland in Afrika. München 1988.
- Kemme, Manfred: Das Afrikabild in deutschen Religionsbüchern. Eine Untersuchung katholischer Religionsbücher für die Sekundarstufe I. Münster 2004.
- Kenna, Constance (Hg.): Die "DDR-Kinder" von Namibia. Heimkehrer in ein fremdes Land. Göttingen/u.a. 1999.
- Kilian, Werner: Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955-1973. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien. Berlin 2001.
- Klee, Hans Dieter: The Cultural Frame of Reference Applying to Radiobroadcasts to Countries of the Third World – As Illustrated by the Voice of Germany Broadcasts to Africa. In: Böhm, Ulrich (Hg.): African broadcasting in the seventies. International Conference. 25 June to 5 July 1972. Conference report. Berlin 1973, S. 75-91.
- Köhler, Volkmar: Comments on the role of the churches in Germany's Africa policy. In: Engel, Ulf, Robert Kappel (Hrsg.): Germany's Africa Policy Revisited. Interests, images and incrementalism. Münster/u.a. 2002, S. 141-152.
- Köhler, Volkmar: Beziehungskisten: Zum Verhältnis BRD-Mosambik: Ziele, Erfolge und Fehler der bundesrepublikanischen Politik. In: Döring, Hans-Joachim (Hg.): Freundschaftsbande und Beziehungskisten. Die Afrikapolitik der DDR und der BRD gegenüber Mosambik. Frankfurt am Main 2005, S. 173-179.
- Könne, Christian: Der Hörfunk der DDR in den 1960er Jahren. Pläne, Innovationen, Wirklichkeiten. Berlin 2010.
- Köpp, Dirke: "Keine Hungersnot in Afrika" hat keinen besonderen Nachrichtenwert. Afrika in populären deutschen Zeitschriften (1946-2000). Frankfurt am Main/u.a. 2005.
- Kössler, Reinhart, Henning Melber: The West German solidarity movement with the liberation struggles in Southern Africa. A (self-)critical retrospective. In: Engel, Ulf, Robert Kappel (Hg.): Germany's Africa Policy Revisited. Interests, images and incrementalism. Münster/u.a. 2002, S. 103-126.
- Kollmer, Dieter H.: German-French armaments cooperation from 1954 to 1972: Between Balance of Payments and Economies of Scale. In: Echternkamp, Jörg (Hg.): Les relations franco-allemandes en matière d'armement au XXe siècle. De la rivalité à la coopération. Troisièmes Rencontres Franco-Allemandes d'Histoire Militaire. Paris 2008, S. 65-76.
- Konings, Piet: The History of Trade Unionism in Cameroon. In: Phelan, Craig (Hg.): Trade Unionism since 1945. Towards a Global History. Volume 1: Western Europe, Eastern Europe, Africa and the Middle East. Bern 2009, S. 315-341.
- Kraft, Lothar: Partner der gesellschaftspolitischen Entwicklungszusammenarbeit. In: Krieger, Silke (Hg.): Partner für den demokratischen Weg. Die gesellschaftspolitische Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in den Entwicklungsländern. Sankt Augustin 1983, S. 13-34.
- Krämer, Martin: Deutscher Afrika-Handel. Rückblick und Ausblick in kritischer Phase. In: Höpker, Wolfgang (Hg.): Hundert Jahre Afrika und die Deutschen. Pfullingen 1984, S. 69-75.
- Krämer, Martin: Die Chronik des Afrika-Vereins. In: Krämer, Martin (Hg.): Afrika. 50 Jahre Wirtschaftspartnerschaft 1984. Hamburg 1984, S. 11-42.

- Krause, Joachim: Die Rolle des Bundestages in der Aussenpolitik. In: Eberwein, Wolf-Dieter: Deutschlands Neue Außenpolitik. Bd. 4: Institutionen und Ressourcen. München 1998, S. 137-152.
- Krause, Jürgen: Das DDR-Namibia-Solidaritätsprojekt "Schule der Freundschaft". Möglichkeiten und Grenzen interkultureller Erziehung. Oldenburg 2009.
- Krems, Olaf: Der Blackout-Kontinent. Projektion und Reproduktion eurozentrischer Afrika- und Afrikanerbilder unter besonderer Berücksichtigung der Berichterstattung in deutschsprachigen Massenmedien. Münster 2002.
- Krieger, Silke (Hg.): Partner für den demokratischen Weg. Die gesellschaftspolitische Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in den Entwicklungsländern. Sankt Augustin 1983.
- Kühne, Winrich, Bernard von Plate: Two Germanies in Africa. In: Africa Report 25 (1980) 4, S. 11-15.
- Kuhns, Woodrow J.: The German Democratic Republic in Africa. In: East European Quarterly 19 (1985) 2, S. 219-240.
- Kundrus, Birthe: Moderne Imperialisten. Das Kaiserreich im Spiegel seiner Kolonien. Köln/u.a. 2003.
- Kuppe, Johannes: "Investitionen, die sich lohnten - Zur Reise Honeckers nach Afrika", in: *Deutschland Archiv* 12 (1979) 4, S. 347-352.
- Kuppe, Johannes L.: Die Parteiaußenpolitik der SED gegenüber Staaten 'sozialistischer Orientierung' in Afrika. Thesen. In: Baske, Siegfried, Gottfried Zieger (Hg.): Die Dritte Welt und die beiden Staaten in Deutschland. Asperg bei Stuttgart 1983, S. 123.
- Kuppe, Johannes: Die Außenpolitik der DDR. In: Eppelmann, Rainer, Bernd Faulenbach, Ulrich Mähler (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Paderborn 2003, S. 318-326.
- Laak, Dirk van: Imperiale Infrastruktur. Deutsche Planungen für eine Erschließung Afrikas 1880 bis 1960. Paderborn 2004.
- Laak, Dirk van: Über alles in der Welt. Deutscher Imperialismus im 19. und 20. Jahrhundert. München 2005.
- Lamm, Hans Siegfried, Kupper, Siegfried: DDR und Dritte Welt. München 1976.
- Langbehn, Volker Max (Hg.): German Colonialism, Visual Culture, and Modern Memory. New York/u.a. 2010.
- Langer, Peter: Die Außen- und Entwicklungspolitik der Bundesrepublik gegenüber Ghana. Eine Fallstudie zur Überprüfung der neueren Imperialismus-Theorien. Meisenheim am Glan 1975.
- Lappenküper, Ulrich: Die Aussenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990. München 2008.
- Lefèvre, Sylvie: Projets franco-allemands de développement économique en Afrique du Nord (1950-1955). In: *Revue d'Allemagne* 25 (1993), S. 581-588.
- Leggewie, Claus: Kofferträger. Das Algerien-Projekt in den 50er und 60er Jahren und die Ursprünge des 'Internationalismus' in der Bundesrepublik. In: *Politische Vierteljahresschrift* 2 (1984), S. 169-187.
- Leggewie, Claus: Kofferträger. Das Algerienprojekt der Linken im Adenauer-Deutschland. Berlin 1984.
- Lehfeld, Horst: Zum antiimperialistischen Bündnis zwischen der DDR und den national befreiten Staaten Afrikas. In: *Asien, Afrika, Lateinamerika* 7 (1979) 6, S. 1131-1134.
- Lehmann, Rudolf: Mein Traum von Afrika. Hochseefischerei beiderseits des Äquators. Rostock Bargeschagen 2011.
- Letz, Malte: Im Osten nichts Neues? Ostdeutsche Solidaritätsgruppen vor und nach der Wende. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung* 7 (1994) 3, S. 49-62.
- Lewerenz, Susann: Die Deutsche Afrika-Schau (1935-1940). Rassismus, Kolonialrevisionismus und postkoloniale Auseinandersetzungen im nationalsozialistischen Deutschland. Frankfurt am Main/u.a. 2006.

- Liebscher, Gertraud: Die Afrikapolitik des BRD-Imperialismus. In: Deutsche Außenpolitik 23 (1978) 5, S. 89-102.
- Liniger-Goumaz, Max: United States and France and Equatorial Guinea. The dubious "friendships". Three historical synopsis – four bibliographies. Genf 1997.
- Linne, Karsten: "Weiße Arbeitsführer" im "Kolonialen Ergänzungsraum". Afrika als Ziel sozial- und wirtschaftspolitischer Planungen in der NS-Zeit. Münster 2002.
- Linne, Karsten: Deutschland jenseits des Äquators? Die NS-Kolonialplanungen für Afrika. Berlin 2008.
- Löwis of Menar, Henning von: Solidarität und Subversion. Die Rolle der DDR im südlichen Afrika. In: Deutschland-Archiv 10 (1977) 6, S. 643–648.
- Löwis of Menar, Henning v.: Das politische und militärische Engagement der Deutschen Demokratischen Republik in Schwarzafrika. Ein Überblick von 1953 bis 1978. In: Beiträge zur Konfliktforschung 8 (1978) 1, S. 5-54.
- Löwis of Menar, Henning v.: Die DDR und Afrika. In: Gutmann, Gernot, Maria Haendcke-Hoppe: Die Außenbeziehungen der DDR. Heidelberg 1981, S. 221-230.
- Löwis of Menar, Henning v.: DDR und Dritte Welt, In: Brunner, Georg (Hg.): Die innere und äußere Lage der DDR. Berlin 1982, S. 123-140.
- Löwis of Menar, Henning v.: Die Ausbildung von Swapo-Kadern in der Deutschen Demokratischen Republik. Bonn 1983.
- Löwis of Menar, Henning v.: Militärisches und paramilitärisches Engagement der DDR in der Dritten Welt. In: Baske, Siegfried, Gottfried Zieger (Hg.): Die Dritte Welt und die beiden Staaten in Deutschland. Asperg 1983, S. 125-138.
- Lorenzini, Sara: Due Germanie in Africa. La cooperazione allo sviluppo e la competizione per i mercati di materie prime e tecnologia. Firenze 2003.
- Loth, Heinrich: Zwischen Gott und Kattun. Die Berliner Konferenz 1884/85 zur Aufteilung Afrikas und die Kolonialismuskritik christlicher Missionen. Berlin 1985.
- Ludwig, Frieder: Unabhängigkeitsbestrebungen und Dekolonisationsprozesse. Zur Positionierung der Kirchen in Afrika und Asien. In: Kruke, Anja (Hg.): Dekolonisation. Prozesse und Verflechtungen. 1945-1990. Bonn 2009, S. 73-98.
- Ludwig, Harald: Die "DDR" in Afrika (I) – Der Einfluss der SBZ auf die unabhängigen afrikanischen Länder. In: SBZ-Archiv 16 (1965) 6, S. 83-86.
- Ludwig, Harald: Die "DDR" in Afrika (II) – Die Aktivität in den arabischen Ländern. In: SBZ Archiv 16 (1965) 22, S. 351-356.
- Mabe, Jacob Emmanuel: Deutsche Entwicklungspolitik in Kamerun. Theorie und Praxis. Frankfurt am Main/u.a. 1993.
- Mader, Julius: Das NATO-Komplott mit Südafrikas Rassisten. Berlin 1978.
- Mader, Julius: Neokolonialistische Praktiken der BRD gegenüber Namibia. Berlin 1978.
- Mader, Julius: Die NATO-Hilfe für Südrhodesiens Rassisten. Berlin 1978.
- Madörin, Mascha, Gottfried Wellmer, Martina Egli: Apartheidschulden. Der Anteil Deutschlands und der Schweiz. Stuttgart 1999.
- Mählert, Ulrich, Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden – Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend. Opladen 1996.
- Mair, Stefan: Deutsche Interessen in Afrika südlich der Sahara. Definitionsversuche. Ebenhausen im Isartal 1996.

- Makosch, Ulrich: Was bleibt... Afrika in den Medien der DDR. In: Heyden, Ulrich van der, Ilona Schleicher, Hans-Georg Schleicher (Hrsg.): Die DDR und Afrika Band 2: Engagiert für Afrika. Münster/Hamburg 1994, S. 266-277.
- Mar Castro Varela, Maria do, Nikita Dhawan: Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung. Bielefeld 2005.
- Markov, Walter: Der westdeutsche Neokolonialismus – ein Feind der freiheitsliebenden Völker. In: Probleme des Friedens und des Sozialismus 2 (1959) 9, S. 78-80.
- Markov, Walter, P. Friedlaender: Le néo-colonialisme et la politique africaine ouest-allemande. In: Recherches Internationales 22 (1960), S. 181-196.
- Markov, Walter: Probleme des Neokolonialismus und die Politik der beiden deutschen Staaten gegenüber dem nationalen Befreiungskampf der Völker. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Sonderheft IX: Zur Geschichte des Kolonialismus und der nationalen Befreiung (1961), S. 7-46.
- Markov, Walter: La burguesia nacional y el neocolonialismo germanooccidental. In: El movimiento contemporáneo de liberación y la burguesia nacional, Praga 1961, S. 263-282.
- Markov, Walter (Hg.): Kolonialismus und Neokolonialismus in Nordafrika und Nahost. Berlin 1964.
- Markowitz, Reiner: "Die Kommunisten stecken dahinter". Unionsparteien und Algerienkrieg 1954-1962. In: Revue d'Allemagne 31 (1999), S. 555-566.
- Marsh, William W.: East Germany and Africa. In: Africa Report 14 (1969) 3/4, S. 59-64.
- Masow, Sergej: Die Sowjetunion und die Kongo-Krise 1960 bis 1964. In: Greiner, Bernd, Christian Müller, Dierk Walter (Hrsg.): Krisen im Kalten Krieg. Hamburg 2008, S. 274-296.
- Massingue, Eva: Sichtbar anders. Aus dem Leben afrodeutscher Kinder und Jugendlicher. Frankfurt am Main 2005.
- Maull, Hanns W.: Die prekäre Kontinuität: Deutsche Außenpolitik zwischen Pfadabhängigkeit und Anpassungsdruck. In: Schmidt, Manfred G. (Hg.): Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Innen- und Außenpolitik seit 1949. Wiesbaden 2006.
- Mazrui, Ali A., C. Wondji (Hrsg.): General History of Africa VIII. Africa since 1935. London 1993.
- M'Bokolo, Elikia: Comparisons and contrasts in equatorial Africa: Gabon, Congo and the Central African Republic. In: Birmingham, David, Phylis M. Martin (Hrsg.): History of Central Africa. The Contemporary Years. Since 1960. London/New York 1998, S. 67-97.
- McMahon, Robert J.: Heiße Kriege im Kalten Krieg. In: Greiner, Bernd (Hg.): Heiße Kriege im Kalten Krieg. Hamburg 2006, S. 16-34.
- Mehler, Andreas: Cameroun and the Politics of Patronage. In: Birmingham, David, Phylis M. Martin (Hrsg.): History of Central Africa. The Contemporary Years. Since 1960. London/New York 1998, S. 43-66.
- Mehler, Andreas: Crisis Prevention: A New Paradigm for Germany's Africa Policy. In: Engel, Ulf, Robert Kappel (Hrsg.): Germany's Africa Policy Revisited. Interests, Images and Incrementalism. Münster/u.a. 2002, S. 179-188.
- Melber, H.: Bonns Namibia-Politik. Resolution 435, Kontaktgruppe und besondere Verantwortung. Eine kritische Bestandsaufnahme. In: Vereinte Nationen 35 (1987) 2, S. 45-50.
- Melber, Henning: Der Weißheit letzter Schluß. Rassismus und kolonialer Blick. Frankfurt am Main 1992.
- Messiant, Christine: Angola: the Challenge of Statehood. In: Birmingham, David, Phylis M. Martin (Hrsg.): History of Central Africa. The Contemporary Years. Since 1960. London/New York 1998, S. 131-166.
- Metzger, Chantal: L'Allemagne et l'Afrique au XXème siècle. In: Birmingham, David, Muriel Chamberlain, Chantal Metzger (Hrsg.): L'Europe et l'Afrique de 1914 à 1970. Paris 1994, S. 7-105.

Metzger, Chantal: Les relations entre la RDA et l'Afrique noire de 1958 à 1962 vues par Neues Deutschland. In: Revue d'Allemagne 31 (1999), S. 391-403.

Metzger, Chantal: L'empire colonial français dans la stratégie du Troisième Reich (1936-1945). Band 1. Brüssel/ u.a. 2002.

Metzger, Chantal: L'empire colonial français dans la stratégie du Troisième Reich (1936-1945). Band 2. Brüssel/u.a. 2002.

Meyns, Peter: Cooperation without change. The foreign policy of the Federal Republic of Germany in Southern Africa. Bonn 1987.

Michel, Walter: Zwischen Meer und Wüste. Begegnungen in der Demokratischen Volksrepublik Algerien, der Republik Mali, der Revolutionären Volksrepublik Guinea, der Volksdemokratischen Republik Jemen. Berlin 1979.

Michels, Eckard: Die Bundesrepublik und die Unabhängigkeit Tunesiens und Marokkos 1951-1962. In: Revue d'Allemagne 31 (1999), S. 439-452.

Michels, Eckard: Geschichtspolitik im Fernsehen – Die WDR-Dokumentation 'Heia Safari' von 1966/67 über deutsche Kolonialvergangenheit. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 3 (2008), S. 467-492.

Michels, Stefanie: Askari – treu bis in den Tod? Vom Umgang der Deutschen mit ihren schwarzen Soldaten. In: Bechhaus-Gerst, Marianne (Hg.): AfrikanerInnen in Deutschland und schwarze Deutsche - Geschichte und Gegenwart. Beiträge zur gleichnamigen Konferenz vom 13.-15. Juni 2003 im NS-Dokumentationszentrum (EL-DE-Haus) Köln. Münster 2004, S. 171-186.

Michels, Stefanie, Albert-Pascal Temgoua (Hg.): La politique de la mémoire coloniale en Allemagne et au Cameroun - The politics of colonial memory in Germany and Cameroon. Actes du colloque à Yaoundé, octobre 2003. Münster 2005.

Michels, Stefanie: Der Askari. In: Zimmerer, Jürgen (Hg.): Kein Platz an der Sonne. Erinnerungsorte der deutschen Kolonialgeschichte. Frankfurt am Main 2013, S. 294-308.

Milke, Klaus: Die Deutsche Bank und die Dritte Welt. In: Pater, Siegfried, Gert Eisenbürger (Hrsg.): Geld für die Welt. Bundesdeutsche Banken und Dritte Welt. Ein medico-internationales-Buch. Bornheim-Merten 1987, S. 36-50.

Mintzel, Alf: Die CSU: Anatomie einer konservativen Partei 1945-1972. Opladen 1975.

Möhle, Heiko (Hg.): Branntwein, Bibeln und Bananen. Der deutsche Kolonialismus in Afrika - eine Spurensuche. Hamburg 1999.

Möhle, Heiko: Colonial Monuments and politics of memory. The debate about a "Tanzania Park" in Hamburg. In: Michels, Stefanie, Albert-Pascal Temgoua (Hg.): La politique de la mémoire coloniale en Allemagne et au Cameroun - The politics of colonial memory in Germany and Cameroon. Actes du colloque à Yaoundé, octobre 2003. Münster 2005, S. 131-142.

Möller, Harald: DDR und Äthiopien. Unterstützung für ein Militärregime (Arbeitspapier). Berlin 1999.

Möller, Harald: DDR und Äthiopien. Unterstützung für ein Militärregime (1977 – 1989). Eine Dokumentation. Berlin 2003.

Möller, Harald: DDR und Dritte Welt. Die Beziehungen der DDR mit Entwicklungsländern - ein neues theoretisches Konzept, dargestellt anhand der Beispiele China und Äthiopien sowie Irak/Iran. Berlin 2004.

Morlang, Thomas: Askari und Fitafita. "Farbige" Söldner in den deutschen Kolonien. Berlin 2008.

Moser, Thomas: Europäische Integration, Dekolonisation, Eurafrika. Eine historische Analyse über die Entstehungsbedingungen der eurafrikanischen Gemeinschaft von der Weltwirtschaftskrise bis zum Jaunde-Vertrag. 1929-1963. Baden-Baden 2000.

Mükke, Lutz: "Journalisten der Finsternis". Akteure, Strukturen und Potenziale deutscher Afrika-Berichterstattung.

Köln 2009.

Müller, Hans Martin: Die Bildungshilfe der Deutschen Demokratischen Republik. Frankfurt am Main/u.a. 1995.

Müller, Klaus-Jürgen: L'Allemagne et la décolonisation française. Actes du colloque de l'Université de Paris XII, Créteil, 18 au 20 mars 1999. Strasbourg 1999 [In: Revue d'Allemagne 31 (1999).].

Müller-Enbergs, Helmut: Political intelligence. Foci and sources, 1969-1989. In: Friis, Thomas Wegener (Hg.): East German foreign intelligence: myth, reality and controversy. London/u.a. 2010, 91-112.

Mulundu, Kyoni Kya: Le Katanga et Lumumba ou Les naivetés unitaristes postcoloniales. Saint-Denis 2015.

Muscatelli, Vito Antonio, David Vines: Third World Debt and Macroeconomic Interactions Between the North and South. In: Evans, Henry D. (Hg.): Developing Countries and the International Economy. Issues in Trade, Adjustment and Debt. London u.a. 1991, 146-166, hier S. 146.

Muth, Ingrid: Die DDR-Außenpolitik 1949 – 1972. Inhalte, Strukturen, Mechanismen. Berlin 2000.

Muth, Ingrid, Karl Seidel: Außenpolitische Interessen der DDR. In: Bock, Siegfried u.a. (Hrsg.): DDR-Außenpolitik im Rückspiegel. Diplomaten im Gespräch. Münster 2004.

Nakath, Detlef: Außenpolitik. In: Herbst, Andreas, Gerd Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler (Hg.): Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch. Berlin 1997, S. 263-277.

Ndaywel è Nziem, Isidore: Histoire générale du Congo: De l'héritage ancien à la République Démocratique. Paris Brüssel 1998.

N'dumbe III, Kum'a Alexandre: Hitler voulait l'Afrique. Les plans secrets pour une Afrique fasciste 1933-1945. Paris 1980.

N'dumbe III, Kum'a Alexandre: L'Afrique et les Allemagnes - Aperçu des relations historiques 1884-1978. In: Association des germanistes de l'enseignement supérieur (Hg.): Négritude et Germanité. L'Afrique Noire dans la littérature d'expression allemande. Dakar 1983, S. 233-248.

N'dumbe III, Kum'a Alexandre: Aperçu de l'évolution des relations entre le Cameroun et les Allemagnes 1884 - 1980. In: Cahiers d'allemand et d'Études Germaniques 1 (1985) 2, S. 20-45.

N'dumbe III, Kum'a Alexandre: L'enseignement de l'allemand dans les cycles du supérieur au Cameroun - Etat actuel, perspectives. In: Cahiers d'Allemand et d'Études Germaniques 1 (1985) 2, S. 114-128.

N'dumbe III, Kum'a Alexandre (Hg.): L'Afrique et Allemagne, de la Colonisation à la coopération 1884-1986, Le Cas du Cameroun. Yaoundé 1986.

N'dumbe III, Kum'a Alexandre: Aperçu de l'évolution des relations entre le Cameroun et les Allemagnes, 1884-1980. In: N'dumbe III, Kum'a Alexandre (Hg.): L'Afrique et Allemagne, de la Colonisation à la coopération 1884 - 1986, Le Cas du Cameroun. Yaoundé 1986, S. 352-379.

N'dumbe III., Kum'a Alexandre: Was will Bonn in Afrika? Zur Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland. Pfaffenweiler 1992.

N'dumbe III, Kum'a Alexandre: Was wollte Hitler in Afrika? NS-Planungen für eine faschistische Neugestaltung Afrikas. Frankfurt 1993.

N'dumbe III, Kum'a Alexandre: Eine afrikanische Lektüre der deutschen Außenpolitik. In: Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): 125 Jahre Auswärtiges Amt. Festschrift. Bonn 1995, S. 54-58.

N'dumbe III., Kum'a Alexandre: Nationalsozialismus und Apartheid. Rassenideologie und Geldgeschäfte in den Nord-Süd Beziehungen 1933-1973. Berlin 2007.

Ngatcha, Alexis: Der Deutschunterricht in Kamerun als Erbe des Kolonialismus und seine Funktion in der

postkolonialen Ära. Frankfurt am Main/u.a. 2002.

Nolting, Nina v., Thomas Bierschenk, u.a. (Hrsg.): Nation im Exil? Eritreer in Deutschland. Köln 2010.

Nuscheler, Franz: Lern- und Arbeitsbuch der Entwicklungspolitik. Bonn<sup>5</sup> 2004.

Odermann, Heinz: Wellen mit tausend Klängen. Geschichten rund um den Erdball in Sendungen des Auslandsrundfunks der DDR Radio Berlin International. Berlin 2003.

Oldhaver, Mathias: Die deutschsprachige Bevölkerungsgruppe in Namibia. Ihre Bedeutung als Faktor in den deutsch-namibischen Beziehungen. Hamburg 1997.

Olejniczak, Claudia: Die Dritte-Welt-Bewegung in Deutschland. Konzeptionelle und organisatorische Strukturmerkmale einer neuen sozialen Bewegung. Wiesbaden 1999.

Olejniczak, Claudia: Die Dritte-Welt-Bewegung in Deutschland: Historische Entwicklungslinien im Ost-West-Vergleich. In: Andersen, Uwe: Entwicklung der Entwicklungspolitik. Schwalbach am Taunus 1999, S. 23-36.

Ostrowski, Daniel: Die Public Diplomacy der deutschen Auslandsvertretungen weltweit. Theorie und Praxis der deutschen Auslandsöffentlichkeitsarbeit. Wiesbaden 2010.

Pakenham, Thomas: The Scramble for Africa 1876-1912. London 2001.

Paraíso, Jean-Yves: L'image de la République Fédérale d'Allemagne dans les hebdomadaires africains francophones "Jeune Afrique Économia" et "Afrique-Asie" de 1965 à 1976. In: Association des germanistes de l'enseignement supérieur (Hg.): Negritude et Germanité. L'Afrique Noire dans la littérature d'expression allemande. Dakar 1983, S. 249-264.

Pater, Siegfried, Gert Eisenbürger (Hrsg.): Geld für die Welt. Bundesdeutsche Banken und Dritte Welt. Ein medico-internationales-Buch. Bornheim-Merten 1987.

Paul, Axel T.: Korruption als europäisches Erbe? Klientelismus, Kolonialismus und Kleptokratie in Afrika. In: Engels, Jens Ivo (Hg.): Geld - Geschenke - Politik. Korruption im neuzeitlichen Europa. München 2009, S. 275-306.

Paulmann, Johannes: Auswärtige Repräsentationen nach 1945: Zur Geschichte der deutschen Selbstdarstellung im Ausland. In: Paulmann, Johannes (Hg.): Auswärtige Repräsentationen. Deutsche Kulturdiplo-matie nach 1945. Köln u.a. 2005, S. 1-32.

Perraudin, Michael (Hg.): German Colonialism and National Identity. New York/u.a. 2011.

Peschke, Doris: Geld für die Apartheid in Südafrika und Namibia. In: Pater, Siegfried, Gert Eisenbürger (Hrsg.): Geld für die Welt. Bundesdeutsche Banken und Dritte Welt. Ein medico-internationales-Buch. Bornheim-Merten 1987, S. 116-126.

Piazza, Hans: Die Grundlegung der Bündnispolitik der SED mit den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas (1946 bis 1949). In: Asien Afrika Lateinamerika 4 (1976) 3, S. 333-342.

Pieper, Frauke: Der deutsche Auslandsrundfunk. Historische Entwicklung, verfassungsrechtliche Stellung, Funktionsbereich, Organisation und Finanzierung. München 2000.

Plate, Bernard v.: Der Nahe und Mittlere Osten sowie der Maghreb. In: Jacobsen, Hans-Adolf, Gert Leptin, u.a. (Hg.): Drei Jahrzehnte Aussenpolitik der DDR. Bestimmungsfaktoren, Instrumente, Aktionsfelder. Wien 1979, S. 673-698.

Plate, Bernhard v.: Afrika südlich der Sahara. In: Jacobsen, Hans-Adolf, Gert Leptin, u.a. (Hg.): Drei Jahrzehnte Aussenpolitik der DDR. Bestimmungsfaktoren, Instrumente, Aktionsfelder. Wien 1979, S. 657-671.

Plate, Bernard v.: Die Aussenwirtschaftsbeziehungen der DDR zu den Entwicklungsländern und die neue Weltwirtschaftsordnung. Ebenhausen bei München 1979.

Plate, Bernard v.: Aspekte der SED-Parteibeziehungen in Afrika und der arabischen Region. In: Deutschland Archiv 12



(1980) 2, S. 132-149.

Plate, Bernard v.: Die DDR und Gesellschaftspolitische Entwicklungsmöglichkeiten in der Dritten Welt. In: Baske, Siegfried, Gottfried Zieger (Hg.): Die Dritte Welt und die beiden Staaten in Deutschland. Asperg bei Stuttgart 1983, S. 93-108.

Plate, Bernard v.: Revolutionary Change in Africa: Some implications for East German Policy Behavior. In: Nation, R. Craig, Mark V. Kauppi (Hrsg.): The soviet impact in Africa. Lexington in Massachusetts/Toronto 1984, S. 87-103.

Pleuger, Irmgard: Das verrückteste Jahr meines Lebens. Hamburg 1971.

Poenicke, Anke: Afrika in deutschen Medien und Schulbüchern. Sankt Augustin 2001.

Poenicke, Anke: Afrika realistisch darstellen. Diskussionen und Alternativen zur gängigen Praxis - Schwerpunkt Schulbücher. Sankt Augustin<sup>2</sup> 2003.

Poley, Jared: Decolonization in Germany. Weimar Narratives of Colonial Loss and Foreign Occupation. Oxford/u.a. 2005.

Pollak, Christian: Neue Formen internationaler Unternehmenszusammenarbeit ohne Kapitalbeteiligung. München/u.a. 1982.

Post, Ulrich, Frank Sandvoss (Hrsg.): Die Afrikapolitik der DDR. Hamburg 1982.

Poutrus, Patrice G. : An den Grenzen des proletarischen Internationalismus. Algerische Flüchtlinge in der DDR. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 55 (2007) 2, S. 162-178.

Prager, Hans Georg, Frömsdorf, Richard: Es begann auf Sansibar. 100 Jahre DOAG. Eine Bilanz deutsch-überseeischer Wirtschaftsgeschichte. Lübeck 1986.

Preissinger, Tania, Olivier Podevins: Zwischen Hallstein-Doktrin und sozialistischer Solidarität: Das französische Schwarzafrika in den aussenpolitischen Konzeptionen der beiden deutschen Staaten. In: Revue d'Allemagne 31 (1999), S. 377-390.

Radchenko, Sergey: The Sino-Soviet split. In: Leffler, Melvyn P., Odd Arne Westad (Hrsg.): The Cambridge history of the Cold War. Vol. 1: Origins. Cambridge 2010, S. 349-372.

Rauch, Andreas M.: Zivile und militärische Auslandseinsätze der Bundeswehr. In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP) 1 (2004), S. 57-65.

Raynaud, Franziska: Der Deutsch-Unterricht im frankophonen Afrika südlich der Sahara. In: Association des germanistes de l'enseignement superieur (Hg.): Negritude et Germanite. L'Afrique Noire dans la litterature d'expression allemande. Dakar 1983, S. 283-288.

Reichardt, Achim: Nie vergessen - Solidarität üben! Die Solidaritätsbewegung in der DDR. Berlin 2006.

Reime, Sibyl: Die Tätigkeit der DDR in den nichtkommunistischen Ländern. Bd. 8: Schwarzafrika. Bonn 1972.

Renesse, Ernst-Albrecht von: Die Entwicklungszusammenarbeit der Kirchen. In: Steinbach, Udo, Volkmarr Köhler (Hrsg.): Entwicklungszusammenarbeit in Kultur, Recht und Wirtschaft. Grundlagen und Erfahrungen aus Afrika und Nahost. Festgabe für Volkmarr Köhler zum 65. Geburtstag. Opladen 1995, S. 377-400.

Reuter, Lutz R., Annette Scheunpflug: Die Schule der Freundschaft. Eine Fallstudie zur Bildungszusammenarbeit zwischen der DDR und Mosambik. Münster/München/u.a. 2006.

Reyels, Lili: Die Entstehung des ersten Vertrags von Lomé im deutsch-französischen Spannungsfeld 1973-1975. Baden-Baden 2008.

Rieger, Wolfgang: Wirtschaftswunder für farbige Völker? Deutschland und die Entwicklungshilfe. Hamburg 1961.

Rock, Philipp: Macht, Märkte und Moral. Zur Rolle der Menschenrechte in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in den sechziger und siebziger Jahren. Frankfurt am Main u.a. 2010.

Rode, Reinhard: Die Südafrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland 1968-1972. München/Mainz 1975.

Rodrian, Philipp: Das Erbe der deutschen Kolonialzeit in Namibia im Fokus des "Tourist Gaze" deutscher Touristen. Würzburg 2009.

Rödger, Andreas: Die Bundesrepublik Deutschland 1969-1990. München 2004.

Rogers, Barbara, Zdenek Červenka: The nuclear axis. Secret collaboration between West Germany and South Africa. London 1978.

Rohrdantz, Lisa-Marie: Weis(s)heiten im postkolonialen Deutschland. Das Konzept des critical whiteness am Beispiel der Selbst- und Fremdwahrnehmung von Menschen afrikanischer Herkunft und weißen Deutschen in Deutschland. Frankfurt am Main u.a. 2009.

Ropp, K. Frhr. v. d.: Perspektiven einer Lösung des Namibia-Konflikts. Unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der BR Deutschland. In: Verfassung und Recht in Übersee 20 (1987) 4, S. 431-442.

Rosoux, Valérie-Barbara: Les usages de la mémoire dans les relations internationales. Le recours au passé dans la politique étrangère de la France à l'égard de l'Allemagne et de l'Algérie, de 1962 à nos jours. Brüssel 2001.

Rwankote, Mathias Mulumbar: Ostafrika in den Zielvorstellungen der Reichspolitik und der verschiedenen Interessengruppen im Rahmen der kolonialen politischen Aktivitäten in der Zeit der Weimarer Republik. Köln 1985.

Sandvoss, Frank: The German Democratic Republic's policies in Africa. 1982-1983. Balancing aid with trade. In: Africa Contemporary Record 16 (1983/84), S. A217-A224.

Sandvoss, Frank: The German Democratic Republic's policies in Africa. 1983-1984. A balance sheet of losses and gains. In: Africa Contemporary Record 17 (1984/85), S. A179-A185.

Sarris, Louis George: Soviet Military Policy and Arms Activities in Sub-Saharan Africa. In: Foltz, William J. (Hg.): Arms and the African. Military influences on Africa's international relations. New Haven/u.a. 1985, S. 29-57.

Schatten, Fritz: Zur Afrikapolitik des deutschen Kommunismus – Grundlagen, Absichten, Schwerpunkte. In: Der Ostblock und die Entwicklungsländer 19 (1965), S. 15-27.

Scheffler, Thomas: Die SPD und der Algerienkrieg (1954-1962). Berlin 1995.

Scherzer, Landolf: Die Fremden. Unerwünschte Begegnungen und verbotene Protokolle. Berlin 2002.

Schleicher, Hans-Georg: Zwischen Klassenkampf und neuem Denken: Die DDR-Afrikapolitik der achtziger Jahre. In: Internationales Afrikaforum 27 (1991) 4, S. 367-372.

Schleicher, Hans-Georg: Afrika in der Außenpolitik der DDR. In: Heyden, Ulrich van der, Ilona Schleicher, Hans-Georg Schleicher (Hrsg.): Die DDR und Afrika. Band 1: Zwischen Klassenkampf und neuem Denken. Münster 1993, S. 10-30.

Schleicher, Hans-Georg, Ilona Schleicher: Waffen für den Süden Afrikas. Die DDR und der bewaffnete Befreiungskampf. In: Heyden, Ulrich van der, Ilona Schleicher, Hans-Georg Schleicher (Hrsg.): Die DDR und Afrika Band 2: Engagiert für Afrika. Münster/Hamburg 1994, S. 7-30.

Schleicher, Hans-Georg: Zur Politik der DDR gegenüber der zimbabwischen Befreiungsbewegung, in: Asien, Afrika, Lateinamerika 23 (1995) 1, S. 11-27.

Schleicher, Hans-Georg: Juniorpartner der Sowjetunion. Die DDR im südlichen Afrika. In: Behrens, Michael, Robert von Rimscha (Hrsg.): Südafrika nach der Apartheid. Aspekte des politischen, sozioökonomischen und kulturellen Wandels in der Ära de Klerk. Baden-Baden 1996, S. 65-80.

- Schleicher, Hans-Georg, Ulf Engel: DDR-Geheimdienst und Afrikapolitik. In: Aussenpolitik 47 (1996) 4, S. 399-409.
- Schleicher, Hans-Georg: Entwicklungszusammenarbeit und Außenpolitik der DDR. In: Bücking, Hans-Jörg (Hg.): Entwicklungspolitische Zusammenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Berlin 1998, S. 95-110.
- Schleicher, Hans-Georg: Kontinuität und Wandel in der Namibia-Politik der DDR. In: Asien Afrika Lateinamerika 27 (1999) 3, S. 267-298.
- Schleicher, Hans-Georg: Die Interessenlage der Afrikapolitik der DDR. In: Bock, Siegfried (Hg.): DDR-Aussenpolitik im Rückspiegel. Diplomaten im Gespräch. Münster 2004, S. 253-281.
- Schleicher, Hans-Georg: Die Haltung der DDR zu Befreiungsbewegungen am Beispiel der SWAPO Namibias. In: Bock, Siegfried (Hg.): Alternative deutsche Außenpolitik? DDR-Außenpolitik im Rückspiegel. Bd. II. Berlin u.a. 2006, S. 116-135.
- Schleicher, Hans-Georg: GDR Solidarity: The German Democratic Republic and the South African Liberation Struggle. In: The Road to Democracy in South Africa. Vol. 3: International Solidarity. Part 2. Pretoria/Hollywood 2008, S. 1069-1153.
- Schleicher, Hans-Georg: Afrika 1989/90 – das Beispiel Namibia. In: Bock, Siegfried, Ingrid Muth, Hermann Schwiesau (Hrsg.): DDR-Außenpolitik. Ein Überblick. Daten, Fakten, Personen. Bd. III. Berlin 2010, S. 88-94.
- Schleicher, Ilona: Internationalistische Entwicklung der FRELIMO und ihre Beziehungen zur SED. In: Deutsche Außenpolitik 24 (1979) 7, S. 62-76.
- Schleicher, Ilona: Zur Diskussion um die Beteiligung der DDR an Sanktionen gegen Südafrika Anfang der sechziger Jahre. In: Afrika Spectrum 3 (1990), S. 282-293.
- Schleicher, Ilona: FDGB-Offensive in Westafrika. Der Gewerkschaftsbund im Jahr Afrikas. In: Heyden, Ulrich van der, Ilona Schleicher, Hans-Georg Schleicher (Hrsg.): Die DDR und Afrika Band 2: Engagiert für Afrika. Münster/Hamburg 1994, S. 82-93.
- Schleicher, Ilona: Maschinenpistolen, Stahlhelme, LKW. DDR-Unterstützung für den bewaffneten Befreiungskampf. In: Namibia-Magazin 6 (1995) 2/3, S. 44-50.
- Schleicher, Ilona, Hans-Georg Schleicher: Die DDR im südlichen Afrika. Solidarität und kalter Krieg. Hamburg 1997.
- Schleicher, Ilona: Zwischen Herzenswunsch und politischem Kalkül. DDR-Solidarität mit dem Befreiungskampf im südlichen Afrika. Annäherung an ein Erbe. Berlin 1998.
- Schleicher, Ilona: Elemente entwicklungspolitischer Zusammenarbeit in der Tätigkeit von FDGB und FDJ. In: Bücking, Hans-Jörg (Hg.): Entwicklungspolitische Zusammenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Berlin 1998, S. 111-138.
- Schleicher, Ilona: DDR-Solidarität im südlichen Afrika. Auseinandersetzungen mit einem ambivalenten Erbe. Berlin 1999.
- Schleicher, Ilona: Zur materiellen Unterstützung der SWAPO durch die DDR. In: Asien Afrika Lateinamerika 27 (1999) 1, S. 1-18.
- Schleicher, Ilona: Solidarität – gestern und heute? Berlin 2008.
- Schmidt, Siegmund: Afrika südlich der Sahara. In: Schmidt, Siegmund, Gunther Hellmann, u.a. (Hg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden 2007, S. 532-544.
- Schmidt-Eenboom, Erich: Der BND - Schnüffler ohne Nase. München 1993.
- Schneppen, Heinz: Eine Insel und zwei deutsche Staaten. Sansibar und die Hallsteindoktrin 1964-1966. In: Deutschland-Archiv 32 (1999), S. 409-419.

Schneppen, Heinz: Sansibar und die Deutschen. Ein besonderes Verhältnis 1844-1966. Münster 2003.

Schöllgen, Gregor: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. München<sup>3</sup> 1999.

Schöne, Bernhard: Die NVA und das subsaharische Afrika. Zu den militärischen Auslandsbeziehungen der DDR. In: Heyden, Ulrich van der, Ilona Schleicher, Hans-Georg Schleicher (Hrsg.): Die DDR und Afrika. Band 1: Zwischen Klassenkampf und neuem Denken. Münster 1993, S. 31-44.

Scholler, Heinrich: 100 Jahre deutsch-äthiopische diplomatische Beziehungen. 100 Years of German-Ethiopian Diplomatic relations. Von der traditionellen Monarchie zum modernen Staat. Berlin 2007.

Scholz, Brigitte: Öffentlichkeitsarbeit für die "Dritte Welt". Dargestellt am Beispiel der Partnerschaft Rheinland-Pfalz-Rwanda. Göttingen 1990.

Schramm, Percy Ernst: Deutschland und Übersee. Der deutsche Handel mit den anderen Kontinenten, insbesondere Afrika, von Karl V. bis zu Bismarck. Ein Beitrag zur Geschichte der Rivalität im Wirtschaftsleben. Braunschweig/u.a. 1950.

Schroeder, Wolfgang: Gewerkschaften. In: Schmidt, Siegmund, Gunther Hellmann, u.a. (Hg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden 2007, S. 296-303.

Schubert, Michael: Der schwarze Fremde. Das Bild des Schwarzafrikaners in der parlamentarischen und publizistischen Kolonialdiskussion in Deutschland von den 1870er bis in die 1930er Jahre. Stuttgart 2003.

Schultz, Siegfried, Dieter Schumacher, u.a.: Wirtschaftliche Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland mit den Entwicklungsländern. Baden-Baden 1980.

Schultze, Andrea Katarina: In Gottes Namen Hütten bauen. Kirchlicher Landbesitz in Südafrika - die Berliner Mission und die Evangelisch-Lutherische Kirche Südafrikas zwischen 1834 und 2002. Berlin 2002.

Schulz, Brigitte H.: Development Policy in Cold War Era. The Two Germanies and Sub-Saharan Africa, 1960-1985. Münster 1995.

Schulz, Brigitte H.: Die zwei deutschen Staaten und das subsaharische Afrika. In: Greiner, Bernd (Hg.): Ökonomie im Kalten Krieg. Hamburg 2010, S. 163-180.

Schulz, Tobias: „Sozialistische Wissenschaft“. Die Berliner Humboldt-Universität (1960-1975), Köln Weimar Wien 2010.

Schulze, Friederike: Das Naluyanda Integrated Project – ein Missions- und Soliaritätsprojekt. In: Heyden, Ulrich van der, Ilona Schleicher, Hans-Georg Schleicher (Hrsg.): Die DDR und Afrika. Band 1: Zwischen Klassenkampf und neuem Denken. Münster 1993, S. 209-222.

Schwarz, Maria-Theresia: "Je weniger Afrika, desto besser" - die deutsche Kolonialkritik am Ende des 19. Jahrhunderts : eine Untersuchung zur kolonialen Haltung von Linksliberalismus und Sozialdemokratie. Frankfurt am Main/u.a. 1999.

Schwarzkopf-Stallmach, Hilde: Deutsche Welle 1953-1963. Köln 1963.

Schwarzkopf-Stallmach, Hilde: Deutsche Welle 1963-1966. Köln 1966.

Sebald, Peter: Völkerfreundschaft oder Auslandsinformation. Impressionen zum Wirken der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft. In: Heyden, Ulrich van der, Ilona Schleicher, Hans-Georg Schleicher (Hrsg.): Die DDR und Afrika. Band 1: Zwischen Klassenkampf und neuem Denken. Münster 1993, S. 79-94.

Sens, Matthias: 30 Jahre Partnerschaft der Kirchenprovinz Sachsen mit der lutherischen Kirche in Tansania – eine persönliche Sicht. In: Heyden, Ulrich van der (Hg.): Kalter Krieg in Ostafrika? Die Beziehungen der DDR zu Sansibar und Tansania. Berlin/u.a. 2009, S. 131-147.

- Settgast, Siegfried: Zum Nutzen der Rundfunkarbeit in den Entwicklungsländern. In: Deutsche Welle (Hg.): 20 Jahre DWAZ. 1965-1985. Köln 1985, S. 48-65.
- Silverstein, Ken, Daniel Burton-Rose: Private Warriors. London/New York 2000.
- Slobodian, Quinn: Dissident Guests: Afro-Asian Students and Transnational Activism in the West German Protest Movement. In: Pojmann, Wendy (Hg.): Migration and Activism in Europe since 1945. New York 2008, S. 33-55.
- Sohn, Karl-Heinz: Entwicklungspolitik. Theorie und Praxis der deutschen Entwicklungshilfe. München 1972.
- Spacek, Peter: Mit der FRELIMO im Busch. In: Voß, Matthias (Hg.): Wir haben Spuren hinterlassen! Die DDR in Mosambik. Erlebnisse, Erfahrungen und Erkenntnisse aus drei Jahrzehnten. Münster 2005, S. 47-60.
- Spanger, Hans-Joachim: Militärpolitik und militärisches Engagement der DDR in der Dritten Welt. In: Deutschland-Archiv 18 (1985) 8, S. 832-845.
- Spanger, Hans-Joachim, Lothar Brock: Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt. Die Entwicklungspolitik der DDR - Eine Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland? Opladen 1987.
- Speitkamp, Winfried: Deutsche Kolonialgeschichte. Stuttgart 2005.
- Staack, Michael: Handelsstaat Deutschland: Deutsche Außenpolitik in einem neuen internationalen System. Paderborn 2000.
- Stadt, Jochen: "Bruder Gaddafi", Petrodollars und eine Moschee für Leipzig. Die folgenschweren Beziehungen der DDR zu Libyen. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 23 (2008), S. 42-55.
- Stahn, Eberhard: Kommunistische Modelle für Afrika? Ghana und Guinea. Hannover 1967.
- Starrels, John M.: East Germany - Marxist Mission in Africa. Washington D.C. 1981.
- Steinweg, Reiner: Hilfe + Handel = Frieden? Die Bundesrepublik in der Dritten Welt. Frankfurt am Main 1982.
- Stevenson, Jamie: The Union des Populations du Cameroun and Third World Internationalism: Solidarity, Cooperation and Abandonment, 1955-1970. o. O. 2008.
- Stoecker, Helmuth: Germanophilie und Hoffnung auf Hitler in Togo und Kamerun zwischen den Weltkriegen. In: Heine, Peter, Ulrich van der Heyden (Hrsg.): Studien zur Geschichte des deutschen Kolonialismus in Afrika. Festschrift zum 60. Geburtstag von Peter Sebald. Pfaffenweiler 1995, S. 495-500.
- Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters. 1947-1991. München 2007.
- Stoll, Ulrike: Das bayerische Trachtenballett auf Asientournee: Ein Fallbeispiel zur auswärtigen Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland um 1960. In: Paulmann, Johannes (Hg.): Auswärtige Repräsentationen. Deutsche Kulturdiplomatie nach 1945. Köln/u.a. 2005, S. 279-288.
- Storkmann, Klaus: Solidarität und Interessenpolitik. Militärhilfen der DDR für die Dritte Welt. In: Horch und Guck. Zeitschrift zur kritischen Aufarbeitung der SED-Diktatur 4 (2010), S. 26-31.
- Storkmann, Klaus: Fighting the Cold War in southern Africa? East German military support to FRELIMO. In: Portuguese Journal of Social Science 9 (2010) 2, S. 151-164.
- Storkmann, Klaus: Globaler Kalter Krieg? Militärhilfen der DDR für die sogenannte Dritte Welt. In: Mack, Hans-Hubertus, Laszlo Veszprémy u.a. (Hrsg.): Die NVA und die Ungarische Volksarmee im Warschauer Pakt. Potsdam 2011, S. 89-104.
- Storkmann, Klaus: Geheime Solidarität. Militärbeziehungen und Militärhilfen der DDR in der 'Dritten Welt'. Berlin 2012.
- Taubert, Fritz: La guerre d'Algérie et la République Démocratique Allemande. Le rôle de l' "autre" Allemagne pendant

les "événements". (1954 à 1962). Dijon 2010.

Tetzlaff, Rainer: Grundzüge und Hintergründe Bonner Afrika-Politik: Eine Einführung. In: Bley, Helmut, Rainer Tetzlaff (Hg.): Afrika und Bonn. Versäumnisse und Zwänge deutscher Afrika-Politik. Reinbek bei Hamburg 1978, S. 28-69.

Tetzlaff, Rainer, Cord Jakobeit: Das nachkoloniale Afrika. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Wiebaden 2005.

Thesing, Josef (Hg.): In der Welt und für die Welt. 40 Jahre internationale Zusammenarbeit. Persönliche Erfahrungsberichte. Sankt Augustin 2002.

Thiele, Ernst: Asien und Afrika in unseren Zeitungen. Was bringt die deutsche Tagespresse über die Entwicklungsländer in Asien, im Orient und in Schwarz-Afrika? Hannover 1962.

Thomas, Torsten, Gerhard Wiechmann: Moderne Landsknechte oder Militärspezialisten? Die "Wiedergeburt" des Söldnerwesens im 20. Jahrhundert im Kongo, 1960-1967. In: Förster, Stig, Christian Jansen, Günther Kronenbitter (Hrsg.): Rückkehr der Condottieri? Krieg und Militär zwischen staatlichem Monopol und Privatisierung. Von der Antike bis zur Gegenwart. Paderborn/u.a. 2009, S. 265-282.

Thompson, Virginia, Richard Adloff: Conflict in Chad. London 1981.

Toetemeyer, Hans-Günther: Private Initiativen zur Abrundung der deutschen Außenpolitik: Das Beispiel der Deutsch-Namibischen Gesellschaft. In: Steinbach, Udo, Volkmar Köhler (Hrsg.): Entwicklungszusammenarbeit in Kultur, Recht und Wirtschaft. Grundlagen und Erfahrungen aus Afrika und Nahost. Festgabe für Volkmar Köhler zum 65. Geburtstag. Opladen 1995, S. 365-376.

Torma, Franziska: Eine Naturschutzkampagne in der Ära Adenauer. Bernhard Grzimeks Afrikafilme in den Medien der 50er Jahre. München 2004.

Troche, Alexander: Ulbricht und die Dritte Welt. Ost-Berlins "Kampf" gegen die Bonner "Alleinvertretungsmaßnahmen". Erlangen/Jena 1996.

Tüttenberg, Elke: Der Beitrag der Staaten des Ostblocks zur Wirtschaft der Entwicklungsländer Afrikas. Sankt Augustin 1977.

Uckermann, Helga: Gewerkschaften und dritte Welt. Konzeption, Strategien und Standort im System der Nichtregierungsorganisationen. Sinzheim 1996.

Vanthemse, Guy: Belgium and the Congo, 1885-1980. New York 2012.

Voß, Matthias (Hg.): Wir haben Spuren hinterlassen! Die DDR in Mosambik. Erlebnisse, Erfahrungen und Erkenntnisse aus drei Jahrzehnten. Münster 2005.

Wagoner, Fred E.: Dragon Rouge. The rescue of hostages in the Congo. Washington, D.C. 1981.

Walker, John Frederick: A Certain Curve of Horn. The Hundred-Year Quest for the Giant Sable Antelope of Angola. New York 2004.

Walther, Daniel Joseph: Creating Germans abroad. Cultural Policies and National Identity in Namibia. Athens 2002.

Watzal, Ludwig: Die Entwicklungspolitik der katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland. Mainz 1985.

Weber, Charles William: International influences and baptist mission in West Cameroon. German-American missionary endeavor under international mandate and British colonialism. Leiden/u.a. 1993.

Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990. München<sup>4</sup> 2006.

Wentker, Hermann: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System. 1949-1989. München 2007.

Wenzel, Claudius: Die Südafrika-Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1982-1992. Politik gegen Apartheid?

Opladen 1994.

Wesseling, Hendrik L.: Divide and rule. The partition of Africa. 1880-1914. Westport in Connecticut/u.a. 1996.

Westad, Odd Arne: The Global Cold War: Third World Interventions and the Making of our Times. Cambridge 2007.

Wilkens, Andreas: Vom Rhein bis zum Congo. Französisch-deutsche Wirtschaftsprojekte und Politik in Afrika 1950-1959. In: *Revue d'Allemagne* 31 (1999), S. 481-496.

Wille, Andreas, Klaus-Peter Treydte, Volker Vinnai: Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in wichtigen Schwellenländern: Chile, Indien und Südafrika. Bonn 2009.

Willerding, Klaus: Die DDR und die national befreiten Staaten Asiens und Afrikas. In: *Asien Afrika Lateinamerika* 2 (1974) 5, S. 687-700.

Willerding, Klaus: Zur Afrikapolitik der DDR. In: *Deutsche Außenpolitik* 24 (1979) 8, S. 5-19.

Wingert, Roland: Schwarzer Mohn. Das Leben und Denken eines Aufklärers der DDR in Südwest-Afrika. Norderstedt 2006.

Winkler, Gero: Deutsch-Afrikanischer Außenhandel 1933-1983. In: Krämer, Martin (Hg.): *Afrika. 50 Jahre Wirtschaftspartnerschaft* 1984. Hamburg 1984, S. 185-198.

Winrow, Gareth M.: The foreign policy of the GDR in Africa. Cambridge New York/u.a. 1990.

Wippel, Steffen: Die Aussenwirtschaftsbeziehungen der DDR zum Nahen Osten. Einfluss und Abhängigkeit der DDR und das Verhältnis von Aussenwirtschaft zu Aussenpolitik. Berlin 1996.

Wirz, Albert: Krieg in Afrika. Die nachkolonialen Konflikte in Nigeria, Sudan, Tschad und Kongo. Wiesbaden 1982.

Wirz, Albert, Jan-Georg Deutsch: Geschichte in Afrika. Einleitung und Problemaufriß. In: Deutsch, Jan-Georg, Albert Wirz (Hg.): *Geschichte in Afrika. Einführung in Probleme und Debatten*. Berlin 1997, S. 5-16.

Wirz, Albert, Andreas Eckert: The Scramble for Africa. Icon and idiom of modernity. In: Grenouilleau, Olivier Pétré (Hg.): *From Slave Trade to Empire. Europe and the Colonisation of Black Africa 1780s-1880s*. London 2004, S. 133-153.

Wissenschaftliche Konferenz Probleme des Neokolonialismus und die Politik der Beiden Deutschen Staaten gegenüber dem Nationalen Befreiungskampf der Völker (Hrsg.): Vorläufiges Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz "Probleme des Neokolonialismus und die Politik der beiden deutschen Staaten gegenüber dem nationalen Befreiungskampf der Völker" vom 5. bis 8. April 1961 in Leipzig. Band 1. Berlin 1961.

Wissenschaftliche Konferenz Probleme des Neokolonialismus und die Politik der Beiden Deutschen Staaten gegenüber dem Nationalen Befreiungskampf der Völker (Hrsg.): Vorläufiges Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz "Probleme des Neokolonialismus und die Politik der beiden deutschen Staaten gegenüber dem nationalen Befreiungskampf der Völker" vom 5. bis 8. April 1961 in Leipzig. Band 2. Berlin 1961.

Witte, Ludo de: Regierungsauftrag Mord. Der Tod Lumumbas und die Kongo-Krise. Leipzig 2001.

Wortmann, Michael: Gewerkschaftliche Solidarität mit der Dritten Welt. Veränderte Interessen in der neuen internationalen Arbeitsteilung. Saarbrücken u.a. 1984.

Wüstenhagen, Jana: "... [das] Maximum für die DDR heraus [...] holen". Die Rolle von Werner Lamberz im Eritrea-Konflikt 1977/78. Ein Beitrag zur Außenpolitik der DDR. In: Timmermann, Heiner (Hg.): *Die DDR in Deutschland. Ein Rückblick auf 50 Jahre*. Berlin 2001, S. 159-180.

Yang, Ying-feng: Der Alleinvertretungsanspruch der geteilten Länder. Deutschland, Korea und China im politischen Vergleich. Frankfurt am Main/Berlin/u.a. 1997.

Youkpo, Boli Nicodème: Les relations entre la République fédérale d'Allemagne et l'Afrique du Sud, 1949-1982.

Frankfurt am Main/Bern/u.a. 1986.

Young, Crawford: Zaire: The Anatomy of a Failed State. In: Birmingham, David, Phyllis M. Martin (Hrsg.): History of Central Africa. The Contemporary Years. Since 1960. London/New York 1998, S. 97-130.

Zeitlin, Arnold: Hegelian re-entry – The Germans are back in Africa. In: Africa Report 12 (1967) 2, S. 37-45.

Zelleke, Adelheid: 100 Jahre Deutsch-Äthiopischer Freundschafts- und Handelsvertrag. 1905-2005. Bonn 2004.

Zeller, Joachim: Symbolische Politik. Anmerkungen zur kolonialdeutschen Erinnerungskultur. In: Zimmerer, Jürgen (Hg.): Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Der Kolonialkrieg (1904-1908) in Namibia und seine Folgen. Berlin<sup>2</sup> 2004, S. 192-208.

Zenker, Jürgen: Zusammenarbeit der SED mit revolutionär-demokratischen Parteien in Afrika und Asien. In: Deutsche Außenpolitik 22 (1977) 10, S. 93-106.

Zur Mühlen, Patrick von: Die internationale Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Von den Anfängen bis zum Ende des Ost-West-Konflikts. Bonn 2007.

Zur Mühlen, Patrick von: Entwicklungspolitische Paradigmenwechsel am Beispiel der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Ende der 1950er- bis zu den 1990er-Jahren. In: Kruke, Anja (Hg.): Dekolonisation. Prozesse und Verflechtungen. 1945-1990. Bonn 2009, S. 411-432.